









Politische Correspondenz

Karl Friedrichs von Baden.

1783—1806.

Herausgegeben

von der

Badischen Historischen Commission

bearbeitet

von

B. Erdmannsdörffer und K. Obser.

Vierter Band.



Heidelberg.

Carl Winter's Universitätsbuchhandlung.

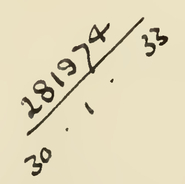
1896.

Politische Correspondenz
Karl Friedrichs von Baden.
1783—1806.

Vierter Band.
(1801—1804.)

Bearbeitet
von
K. Obser.





Heidelberg.
Carl Winter's Universitätsbuchhandlung.
1896.

Vorwort.

Der vorliegende vierte Band der „Politischen Correspondenz“ setzt mit dem Frieden von Lunéville, Febr. 1801, ein und begleitet die badische Politik auf ihren Wegen und in ihrer Entwickelung bis zum März 1804; mit den Acten über den Fall Enghien wird der folgende und letzte, bis zur Gründung des Rheinbunds reichende Band beginnen. Der dringende Wunsch, in zwei Bänden die Publication zu Ende zu führen, nöthigte diesmal zum Verzicht auf einen natürlichen Abschluß, wie ihn etwa der Deputationsreceß d. J. 1803 geboten hätte. Bei der Masse des Actenmateriales, das der gesteigerten Bedeutung des jungen Kurstaates und der Fülle der ihm gestellten Aufgaben entsprechend in diesem Zeitraume gewaltig anschwillt, war es ohnedies mehr als bisher geboten, den Stoff möglichst zu comprimiren und nur das Wesentlichste und Wichtigste wiederzugeben.

Den Grundstock dieses Bandes bilden wiederum die reichen Schätze des Karlsruher Archives; sie werden in erwünschter Weise ergänzt durch zahlreiche Beiträge, die den Staatsarchiven von Berlin, Wien, Paris und Kopenhagen, sowie dem gräfl. Rechberg'schen Haus- und freiherrl. v. Edelsheim'schen Familienarchive entnommen sind.

Lebhaften Dank für willkommene und werthvolle Unterstützung durch Rath und That schulde ich auch diesmal dem Bearbeiter der beiden ersten Bände, Herrn Geh. Hofrath Professor Dr. Erdmannsdörffer; ebenso habe ich Herrn Archivassessor Dr. Al. Cartellieri, der mir bei der Lesung der Correctur freundlichst Beistand geleistet, von neuem zu danken.

Karlsruhe, im Juni 1896.

K. Obser.

Inhalt.

	Seite
Vorwort	V
Einleitung	VII
I. Vom Frieden zu Lunéville bis zur Pariser Convention vom 3. Juni 1802	1
1. Verhandlungen in Regensburg und Wien	3
2. Verhandlungen mit Frankreich	37
3. Die Sendung Geusaus und die Reise des Erbprinzenpaares nach Petersburg.	140
II. Von der Pariser Convention vom 3. Juni 1802 bis zur Annahme des Reichsdeputationshauptschlusses	175
1. Verhandlungen mit Frankreich bis zum Rücktritt Reitzensteins	177
Anhang. Aus den Acten über die Besitznahme der Entschädigungslande	232
2. Sendung des Prinzen Ludwig nach Berlin und Petersburg	235
3. Verhandlungen mit Baiern wegen Abtretung der Pfalz	269
4. Sendung des Prinzen Ludwig nach Paris	289
5. Beziehungen zu Oesterreich	301
6. Sendung des Geh. Raths Meier nach Regensburg und Verhandlungen mit der Reichsdeputation	321
III. Die Anfänge des neuen Kurstaates.	381
1. Verhandlungen in Regensburg und Wien	383
Anhang. „Auszug aus den hiesigen Acten, den österreichischen Sequester betr."	416
2. Beziehungen zu Frankreich	419
3. Würtemberg und das Kreisausschreibeamt	466
4. Reichsritterschaft und Conservatorium	498
Nachträge zu Band I und III	532
Personenverzeichniß	562
Berichtigungen	574

Einleitung.

I. Vom Frieden zu Lunéville bis zur Pariser Convention vom 3. Juni 1802. — 1. Verhandlungen in Regensburg und Wien. März 1801—Juni 1802. So verschiedenartig und entgegengesetzt die Gefühle begreiflicher Weise auch waren, mit welchen von den weltlichen und geistlichen Reichsständen die Nachricht vom Abschlusse des Lunéviller Friedens (9. Februar 1801) aufgenommen wurde, allenthalben war man des Krieges doch gründlich müde und einig vor allem in der Ueberzeugung, daß jeder weitere Widerstand nutzlos, wo nicht von Uebel sei. Noch ehe ein Monat abgelaufen war, mit einer bei der herkömmlichen bedächtigen Behandlung der Reichsgeschäfte völlig ungewohnten, der eigenen Würde wenig angemessenen Eilfertigkeit, ertheilte die Regensburger Reichsversammlung nach eintägiger Berathung am 7. März dem folgenschweren Vertrage die vom Kaiser erbetene Bestätigung[1]. Unter den Fragen, deren endgültige Lösung das Friedensinstrument künftigen Abmachungen vorbehalten hatte, war und blieb in der nächsten Zeit die der Entschädigungen für das Reich die wichtigste. Artikel 7 des Lunéviller Friedens bestimmte, daß „in Uebereinstimmung mit den auf dem Rastadter Congresse förmlich aufgestellten Grundsätzen" die erblichen Reichsfürsten für ihre Verluste auf dem linken Rheinufer im Reiche entschädigt werden sollten, «suivant les arrangements qui d'après ces bases seront ultérieurement déterminés», und erkannte damit im Principe die Rechtsansprüche dieser Reichsstände, unter denen sich, wie wir wissen, auch Baden

[1] Vergl. zum Folgenden L. Häusser, Deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen bis zur Gründung des deutschen Bundes. 4te Auflage II, 333—338, 352 bis 360; eine erschöpfende Darstellung der Regensburger Verhandlungen bei J. A. Reuß, Teutsche Staatskanzlei, J. 1801, Bd. II, S. 1—180. Ueber die Reichspolitik des Berliner und Wiener Cabinets vergl. P. Bailleu, Preußen und Frankreich von 1795—1807. Bd. II, Einleitung S. 15 ff. und A. Beer, Zur Geschichte der österreichischen Politik in d. J. 1801 u. 1802. Archiv für österreichische Geschichte, 52, S. 477 ff.; A. Beer, Zehn Jahre österreichischer Politik, S. 8 ff.; 21 ff.

befand, öffentlich an. Ein kaiserliches Commissionsdecret vom 3. März, das schleunigst ein Reichsgutachten „über die reichsständische Mitwirkungsart zur Beendigung des vorgedachten Friedenswerkes" forderte, erinnerte den Reichstag an die Aufgabe, die ihm bevorstand und ihn während der nächsten Monate vollauf beschäftigte.

„Es ist wol selten" — bemerkt der Herausgeber der „Teutschen Staatskanzlei" mit Recht — „eine reichstägliche Berathung angestellt worden, bei welcher so viele verschiedene Ansichten und Meinungen aufgestellt worden wären, wie bei dieser"[1]; und ein alter Reichstagspraktiker, Graf Görtz, bekennt, daß ihm in langen Jahren niemals ein gleich verwickeltes, mit Schwierigkeiten und Intriguen aller Art verknüpftes Geschäft begegnet sei. Sieht man ab von all' den Schattirungen und Abstufungen der einzelnen Anträge, von der bunten Reihe der Clauseln, Modificationen und Eventualzusätze, so handelte es sich im Grunde schließlich um die Alternative: sollte die völlige Berichtigung des Friedenswerkes mit oder ohne Vorbehalt dem Kaiser oder sollte sie dem Reichstage bezw. einer Reichsdeputation übertragen werden? Bei der Beantwortung der Frage trat, wie nicht zu vermeiden war, der alte Gegensatz zwischen Oesterreich und Preußen, die Unvereinbarkeit der Interessen der in ihrer Existenz gefährdeten geistlichen und der auf ihre Kosten zu entschädigenden weltlichen Reichsstände auf's schärfste hervor.

In Wien wünschte man schon mit Rücksicht auf die Wahrung des eigenen Einflusses im Reiche und die Erhaltung der Reichsverfassung auf's sehnlichste, daß dem Kaiser unbedingte Vollmacht zur Erledigung der schwebenden Angelegenheit ertheilt werde; die österreichische Clientel, vor allem der reichsständische Clerus, der auf dem Wege die drohende Säcularisation möglichst einzuschränken hoffte, trat offen in Regensburg dafür ein. Dagegen bekämpfte die preußische Regierung, welche sich von der Begründung größerer Staatsgebiete durch ausgedehnte Säcularisationen nicht nur eine Schwächung des Nebenbuhlers, sondern auch eine wesentliche Erhöhung der militärischen Leistungsfähigkeit des Reiches versprach[2], im Einvernehmen mit der Mehrzahl der altweltfürstlichen Reichsstände den Antrag der österreichischen Partei auf's entschiedenste und wußte es durchzusetzen, daß der Kaiser lediglich ersucht werden sollte, „die gänzliche Berichtigung der noch vorbehaltenen Gegenstände" einzuleiten und „die aus dieser Einleitung sich ergebenden Resultate dem Reiche zu einer schleunigen, neuen Berathung mitzutheilen" (Reichsgutachten vom 30. April).

[1] Reuß, a. a. O. 1801, II, 25.

[2] Vergl. Bailleu, Preußen und Frankreich, II, S. XV, XIV.

Wie aus den Acten, die wir in dem ersten Abschnitte zusammenstellen, hervorgeht, hat Baden sich in dem Widerstreite der Meinungen keineswegs schlechthin, wie seine Interessen es zu fordern schienen, den Gegnern Oesterreichs angeschlossen. Die Regierung neigte vielmehr auffallender Weise von Anfang an der Ansicht zu, daß man am rascheſten und sichersten an das ersehnte Ziel gelangen werde, wenn man dem Kaiser völlig freie Hand lasse; sie bedachte dabei nicht, daß sie in dem Falle von der Gunst des Wiener Hofes wenig zu erwarten gehabt hätte. Demgemäß war auch in der ersten Instruction für den Reichstagsabgesandten die dem Reichsoberhaupte zu ertheilende Vollmacht an keinerlei Bedingungen geknüpft; nur für den Fall, daß der Kaiser, über dessen Absichten man in Folge widersprechender Nachrichten aus Wien und Regensburg nicht im Klaren war, die Annahme wider Verhoffen ablehnen sollte, wollte man sich in Karlsruhe für eine viergliederige Reichsdeputation erklären. Erst nachträglich entschloß man sich in Folge der Gegenvorstellungen des Grafen Görtz unter gewissen Voraussetzungen, die Vollmacht durch den Antrag auf Mitwirkung von Preußen, Rußland und Schweden einzuschränken. Als dann Görtz dem mit Preußen vereinbarten bairischen Votum, das im Reichsfürstenrathe zum Beschluß erhoben und durch das Reichsgutachten vom 30. April sanctionirt wurde, eigenmächtig beitrat, war die markgräfliche Regierung über diesen Schritt höchst ungehalten; nicht ohne Grund befürchtete sie, daß die mühsam angebahnten besseren Beziehungen zu Oesterreich dadurch auf's neue gestört würden, und gab ihre Mißbilligung schleunigst in Wien zu erkennen.

Wie nicht anders zu erwarten stand, lehnte der Wiener Hof die undankbare, mit so lästigen Bedingungen verbundene Aufgabe, die der Reichstag ihm zugedacht hatte, ab: ein kaiserliches Hofdecret vom 26. Juni überwies die Durchführung des Friedenswerkes „dem unter seinem Oberhaupte versammelten Reich" und forderte von diesem darüber ein weiteres Gutachten. Man war damit wieder glücklich so weit, wie beim Beginne der Comitialberathungen.

Hatte der markgräflichen Regierung schon früher die dilatorische Behandlung der Angelegenheit durch den Reichstag wenig behagt, so besorgte sie vollends von dem neuen Vorschlage Weitläufigkeiten und Schwierigkeiten ohne Ende. Nach wie vor hegte sie daher, gestützt auf die Berichte des Wiener Gesandten, noch die Hoffnung, daß der Kaiser eine unbedingte Vollmacht schließlich doch annehmen werde, und war bereit, in Regensburg darauf hin zu wirken[1]. Aber auch diesmal gelang es dem Einflusse des Berliner Ministeriums, das sich in vertraulichem Meinungsaustausche mit dem Karlsruher

---

[1] Vergl. darüber auch den Erlaß an Geusau vom 11. Juli 1801, Nr. 158.

Geheimerathscollegium über die Grundlinien des Entschädigungsgeschäftes im wesentlichen verständigte, und dem energischen Widerspruche der badischen Gesandten in Paris[1] und Regensburg, die Regierung von ihrem Vorhaben abzubringen. Wenn Görtz insbesondere darauf hinwies, daß ein solcher Schritt den Interessen der altweltfürstlichen Reichsstände direct zuwiderlaufe und nur dazu führe, daß sie die Zeche für die Entschädigung Toskanas zu zahlen hätten, so waren dies schwerwiegende Gründe, die ihre Wirkung wol auch in Karlsruhe nicht verfehlten, um so weniger, als man von preußischer Seite zugleich die beruhigende Versicherung erhielt, daß der Kaiser jedweder Vollmacht durchaus abgeneigt sei. Görtz wurde daher ermächtigt, für Ueberweisung des Entschädigungsgeschäfts an einen engeren Reichstagsausschuß zu stimmen (7. September). Aber wie die Verhandlung über diese Materie von Anfang an reich an Complicationen und Wechselfällen aller Art war, so fehlte ihr auch am Schlusse nicht die überraschende Wendung. Die allgemeinen Verhältnisse der europäischen Politik hatten wider Vermuthen in jüngster Zeit eine Annäherung zwischen dem Berliner und Wiener Hofe herbeigeführt; in den Unterredungen zwischen Haugwitz und Stadion war über eine Reihe der schwebenden Fragen eine Einigung erzielt worden, die vorübergehend selbst die Aussicht auf eine gemeinsame Erledigung der deutschen Angelegenheiten eröffnete. Dem Abkommen gemäß sollte eine aus acht Mitgliedern bestehende Reichsdeputation mit unbeschränkter Vollmacht und Vorbehalt der Ratification durch Kaiser und Reich in Regensburg das Friedensgeschäft zu Ende führen; unter den Reichsständen, auf welche die Wahl fiel, war von preußischer Seite ursprünglich auch Baden genannt, von Oesterreich jedoch durch Würtemberg ersetzt worden. Als daher der Vertreter des Kaisers am 14. September im Fürstenrathe einen entsprechenden Antrag stellte, schlossen sich Preußen und all' die Reichsfürsten, die bisher für einen Reichstagsausschuß gestimmt, mit ihnen auch Baden, seinem Vorgange alsbald an. Ein paar Wochen später, am 2. October, erfolgte auf dieser Grundlage ein Reichsgutachten. Der Reichstag hatte seine Schuldigkeit gethan und blieb fortan wieder auf die Rolle eines stummen Zuschauers beschränkt; niemand ahnte, daß bis zum Zusammentritte der Deputation noch Jahr und Tag vergehen würden.

Hatten bisher die Regensburger Vorgänge die Aufmerksamkeit der Reichsstände in erheblichem Maße auf sich gelenkt, so trat in der Folge, nachdem die formelle Angelegenheit abgethan war, die Entschädigungsfrage selbst immer mehr

[1] Ueber Reitzensteins Stellung zu dem Antrage vergl. den Bericht vom 31. Juli 1801, Nr. 90. Seine Bemerkungen lehren, daß er den wahren Vortheil Badens richtiger erkannte, als die Leiter der Karlsruher Politik.

in den Vordergrund der politischen Erörterungen. Die Annahme lag nahe, daß in dieser rein deutschen Angelegenheit die beiden Vormächte im Reiche ein entscheidendes Wort mitzusprechen hätten, und in der That fehlte es nicht an Versuchen der Berliner und Wiener Diplomatie, sei es gemeinsam, sei es in Verbindung mit Rußland oder Frankreich das gestellte Problem zu lösen. —

Es war daher begreiflich, daß die nächstbetheiligten Reichsstände sich bei Zeiten bezüglich ihrer Entschädigungen die Zustimmung und Fürsprache der beiden Höfe zu sichern bemühten. Auch Baden schlug diesen Weg ein. Im Vertrauen auf die aus den Tagen Friedrichs des Großen überlieferten und in den Stürmen der Revolutionskriege neugefestigten freundschaftlichen Beziehungen zu Preußen hatte Markgraf Karl Friedrich bald nach dem Friedensschlusse in Berlin die Unterstützung seiner Ansprüche nachgesucht und in verbindlichster Weise zugesagt erhalten. Der preußische Gesandte in Paris empfing die Weisung, die badischen Interessen nach Kräften zu fördern. Nachrichten, die von dort einliefen und späterhin durch Wiener Meldungen bestätigt wurden, erweckten indeß gelinde Zweifel an der Aufrichtigkeit dieser Versprechungen. Aus einer Unterredung mit Lucchesini, in welcher dieser, wie es auch den Thatsachen entsprach, angedeutet hatte, daß das Interesse Preußens für den Süden des Reichs naturgemäß nicht das gleiche sei wie für den Norden, gewann Edelsheim die Ueberzeugung, daß das Berliner Cabinet sich ernstlich nur um die Entschädigung des Erbstatthalters sowie der nassauischen und hessischen Häuser bekümmere, Baden dagegen höchstens in zweiter Linie in Betracht komme[1]. In diesem Zusammenhange klang daher auch die Mittheilung keineswegs unglaublich, daß Preußen in einem angeblich aus dem Ende des Jahres stammenden Indemnisationsplane die Entschädigung Badens im Principe zwar gebilligt, aber völlig dem Gutfinden der Pariser Machthaber anheimgestellt habe. Man empfand in Karlsruhe diese Zurücksetzung um so schwerer, als die Regierung sich in den Fragen der Reichstagspolitik, wie wir sahen, den Intentionen des Berliner Hofes durchweg, wenn auch manchmal widerstrebend, gefügt und in Wien dadurch Anstoß erregt hatte. Allem Anscheine nach war kein sicherer Verlaß auf Preußen; eine wesentliche Förderung seiner Sache durfte und konnte der Markgraf, wie die Dinge lagen, von dieser Seite nicht erwarten.

Noch weniger aber sicherlich von Oesterreich. Die Pflege der diplomatischen Beziehungen zum Kaiserhofe lag seit dem Herbst 1799 bekanntlich in den Händen des Freiherrn Otto von Gemmingen[2], dessen Bemühungen in

---

[1] Vergl. Nr. 72.

[2] Dem Namen nach figurirte neben ihm noch der Freiherr von Mühl als Geschäftsträger, ohne daß sich die Karlsruher Regierung irgendwie um ihn bekümmert oder seiner

kritischer Zeit es, wie wir im letzten Bande sahen, gelungen war, einen völligen Bruch zu verhüten und die durch die Macht der Verhältnisse gebotene Wendung der badischen Politik wo nicht zu rechtfertigen, so doch einigermaßen zu entschuldigen. Die Aufgabe, die ihm in dem Zeitraume, der uns hier beschäftigt, zufiel, war eine bescheidene, wenig dankbare. Der Gegensatz der Interessen der beiden Regierungen in der Entschädigungsfrage zwang ihn naturgemäß, auf jede Initiative zu verzichten und sich auf die Rolle eines aufmerksamen Beobachters zu beschränken[1]. Die Abstimmungen in Regensburg trugen nicht dazu bei, seine Stellung zu erleichtern, insbesondere der Widerspruch gegen die Wiederbesetzung der durch Todesfall erledigten Reichsstifter Münster und Köln wurde seinem Hofe übel verdacht.

Die Conferenzen mit Gemmingen, die auf dessen Betreiben gelegentlich eines Besuches des Markgrafen am bairischen Hoflager Ende August zu München und Augsburg stattfanden, überzeugten den Minister von Edelsheim, daß Baden niemals auf ein freiwilliges Entgegenkommen Oesterreichs zählen dürfe und sein Heil lediglich auf dem engen Anschlusse an Frankreich beruhe[2]. Dagegen schien nach den Mittheilungen des Wiener Gesandten einige Hoffnung auf die Erwerbung des Breisgaus vorhanden. Wie verlautete, war Erzherzog Ferdinand, der Schwiegersohn und präsumtive Erbe des Herzogs von Modena, höchst unzufrieden mit der Entschädigung, welche diesem im Lunéviller Frieden zugefallen war, da sie keineswegs den Verlust des italienischen Stammlandes aufwog[3]. Für den Fall, daß in Folge seiner Weigerung der Breisgau in die verfügbare Entschädigungsmasse wieder einbegriffen werden sollte, mußte Baden vor allem daran gelegen sein, diesen alten zähringischen Hausbesitz wieder an sich zu bringen und zu verhüten, daß ein anderer Reichsstand sich dort festsetze. Gegenüber der Aussicht auf eine höchst vortheilhafte Arrondirung kamen gewisse Nachtheile, welche in der ständischen Verfassung des Landes beruhten, auch nach Reitzensteins Dafürhalten nicht in Betracht. Gemmingen wurde daher angewiesen, zunächst weitere Erkundigungen, insbesondere auch über den wahren Werth der Einkünfte, einzuziehen und die Sache womöglich so einzuleiten, daß der Wiener Hof mit dem Vorschlage selbst hervortrete. Schließlich ist freilich aus dem ganzen Projecte auch dies-

---

Vermittlung bedient hätte, bis er im Juni 1803 bei Gemmingens Ernennung zum ständigen Gesandten seines Amtes enthoben wurde und bald darauf starb.

[1] «Toute sa besogne se réduit à observer et à nous mander exactement tout ce qui peut parvenir d'intéressant à sa connaissance.» Vergl. Nr. 109.

[2] Vergl. das Rescript Edelsheims vom 27. October 1801, Nr. 102.

[3] Ueber die Verhandlungen zwischen dem Erzherzoge und dem Wiener Hofe wegen des Breisgaus vergl. Nr. 102 und insbesondere Nr. 366.

mal nichts geworden; wie so manches andere verschwand es wieder, ohne daß es überhaupt ernstlich zur Erörterung gelangt wäre, um später bei anderer Gelegenheit von neuem aufzutauchen. Gemmingen hatte offenbar die Stimmung in Wien allzu sanguinisch beurtheilt.

Wie wenig die leitenden Staatsmänner daselbst gewillt waren, die badischen Ansprüche wirksam zu fördern, verrieth schon die Instruction für den neuernannten Gesandten beim schwäbischen Kreise, Freiherrn Karl von Buol-Schauenstein, der sich Ende November in Karlsruhe als Nachfolger des Grafen Fugger vorstellte; während den geistlichen Kreisständen die Versicherung ertheilt wurde, der Kaiser werde „zur Rettung der alten Reichsverfassung" alles aufbieten, sollte Buol sich am badischen Hofe „über die vorliegenden Geschäfte ganz geschlossen halten" und auf ein paar allgemeine Redensarten vom besonderen Wohlwollen Sr Majestät beschränken. Auf's unzweideutigste trat diese Abneigung aber zu Tage, als im Verlaufe der Verhandlungen mit Rußland[1] der Botschafter Graf Rasumowsky dem österreichischen Vicestaatskanzler einen Entschädigungsplan vorlegte, der unter Vermittelung des Zaren eine gemeinsame Lösung der Frage durch Oesterreich und Preußen anstrebte und u. A. vorschlug, alle in dem Separatfrieden von 1796 begründeten Forderungen des Markgrafen zu bewilligen. Wenngleich man in Wien zuvor eifrigst betheuert hatte, man werde mit Rücksicht auf die russische Verwandtschaft Baden, Baiern und Würtemberg thunlichst begünstigen, gab man sich nun alle erdenkliche Mühe, die badischen Verlustberechnungen herabzudrücken, und bestand darauf, daß zum mindesten die rechtsrheinisch-speierischen Lande von dem badischen Loose ausgeschieden werden müßten. Am liebsten hätte man es freilich wol gesehen, wenn dem Markgrafen, einem früheren österreichischen Antrage entsprechend, lediglich das bischöflich straßburgische Amt Ettenheim nebst ein paar unbedeutenden Abteien und Reichsstädten zugetheilt worden wäre.

Der Versuch einer russischen Vermittelung ist, wie wir wissen, vor allem an dem Widerstande Oesterreichs gegen die Vergrößerung Preußens gescheitert. Statt sich zu verständigen, haben die beiden deutschen Mächte „während der schwersten Krisis, die je den alten deutschen Staat erschüttert hat"[2], die Entscheidung über die Zukunft des Reichs der Willkür des Ersten Consuls überlassen und sich alles Einflusses darauf begeben.

---

[1] Vergl. darüber A. Beer, Archiv für österreichische Geschichte, 52, 509 ff., 538 ff.; A. Fournier, Gentz und Cobenzl, S. 23, 29 ff.; Martens, Recueil des traités et conventions conclus par la Russie, II, 374 ff.

[2] H. v. Treitschke, Deutsche Geschichte, I, 182.

2. Verhandlungen mit Frankreich. Februar 1801—Juni 1802. — Wenn das Wiener Cabinet sich eine Zeit lang dem Glauben hingegeben hatte, Frankreich werde bei der endgiltigen Ordnung der deutschen Angelegenheiten wenig mitzureden haben[1], so erwies sich dies gar bald als eine verhängnißvolle Täuschung. Von Anfang an bildete die selbstständige Regelung dieser Frage vielmehr das ausgesprochene Ziel der französischen Politik; mit meisterlichem Geschick hat die Pariser Regierung den Vortheil der Lage erfaßt und, unterstützt durch die Uneinigkeit der deutschen Vormächte und das ungestüme Drängen der entschädigungslüsternen Reichsstände, ihre lang gehegten Pläne durchgesetzt.

Unmittelbar nach dem Friedensschlusse, während man sich in Paris anschickte, die politische Karte Deutschlands von Grund aus umzugestalten, begannen die Wallfahrten deutscher Diplomaten und Agenten nach der Seine, entwickelte sich dort auf dem großen Ländermarkte jener unwürdige Wettbewerb um die französische Gunst, jenes sattsam bekannte Handeln und Feilschen um deutschen Grund und Boden, bei dem ohne Rücksicht auf eine jahrhundertelange Geschichte und Zusammengehörigkeit die Bande zwischen Fürst und Unterthanen zerrissen und Land und Leute nach der Laune und dem Vortheile der französischen Staatsmänner vergeben wurden[2]. Man wird jenes Treiben in seinen Auswüchsen gewiß stets als einen häßlichen Fleck in unserer Geschichte verdammen, aber man darf, um gerecht zu sein, dabei doch nicht vergessen, daß bei einer Anzahl von Reichsständen, was von ihrer Seite geschah, eine bittere Nothwendigkeit war. In dieser Lage befand sich insbesondere Baden. Es hatte im Kriege auf dem linken Rheinufer empfindliche Verluste erlitten: von Preußen durfte es, wie wir sahen, eine wirksame Verwendung nicht erwarten; in Wien begegnete man ihm mit schlecht verhehltem Uebelwollen. Wo anders konnte es da Hilfe suchen und finden als bei der Nachbarrepublik, die in einem Vertrage, an dem der Markgraf auch in schwierigster Lage unerschütterlich festgehalten, eine Entschädigung für die erlittene Einbuße förmlich zugesichert hatte? Wollte Karl Friedrich sich und seine Interessen nicht selbst aufgeben, so mußte er auf seinem Scheine bestehen und gleich den Andern entschlossen zugreifen, um nicht von seinen rührigen Nachbarn überholt und dauernd zu politischer Ohnmacht verurtheilt zu werden. Es war für den Markgrafen von unschätzbarem Werth, daß in dem entscheidenden Momente ein

[1] Vergl. A. Beer, a. a. O. 52, 481.

[2] Vergl. Thiers, Histoire de Consulat etc., IV, 66; Bignon, Geschichte von Frankreich; Deutsch von Hase, II, 195; von Gagern, Mein Antheil an der Politik, I, 108 ff.

Reitzenstein in Paris seine Sache führte; überzeugt, daß jetzt oder nie die Gelegenheit gekommen sei, dem Hause der Zähringer eine seinem Alter und seiner früheren Bedeutung entsprechende Machtstellung zu erringen, ist dieser Diplomat mit klarem Blick und sicherer Beherrschung der Situation, mit festem, zweckbewußtem Wollen, unbekümmert um die kleinlichen und schwächlichen Rücksichten, von denen man sich in Karlsruhe oft leiten ließ, und unermüdlich in seinem Pflichteifer dem Ziele zugesteuert, das ihm gestellt war. Seine auf langjähriger Erfahrung beruhende Vertrautheit mit den Pariser Zuständen, seine genaue Kenntniß der Personen und Verhältnisse haben ihm die Aufgabe erheblich erleichtert. Nutzbringend sind für ihn, wie wir sehen, vor allem die Beziehungen zu Jacques Mathieu geworden — einem Bruder jenes aus dem Kriegsjahre 1796 uns bekannten Commissärs der Rheinarmee —, der als Hilfsarbeiter Talleyrands bei dem Entschädigungsgeschäfte eine wichtige Rolle spielte und als vielumworbener Makler in dem großen Länderhandel gleich seinem Herrn und Meister die Begehrlichkeit der deutschen Fürsten nach Kräften ausbeutete, um sich zu bereichern.

Neben Reitzenstein begegnen wir in Paris vorübergehend auch dem leitenden Minister, Freiherrn von Edelsheim, der auf die Kunde von dem Lunéviller Frieden anfangs März nach der Seinestadt geeilt ist, um dem noch immer an den Folgen seiner schweren Erkrankung leidenden Gesandten in dieser entscheidungsvollen Zeit mit Rath und That zur Hand zu gehen, bis ihn Ende April die Nachricht von dem Thronwechsel in Petersburg wieder nach Karlsruhe zurückrief.

Wir können uns selbstverständlich an dieser Stelle auf das Detail der Verhandlungen nicht einlassen und müssen uns darauf beschränken, die wichtigsten Momente kurz hervorzuheben. Während der ersten Monate, die dem Lunéviller Friedensschlusse folgten, beschäftigten die Friedensverhandlungen mit Rußland und England die französische Diplomatie zu angelegentlich, als daß man Zeit und Lust gehabt hätte, sich mit der deutschen Frage ernstlich zu befassen. Wol ist bald nach dem Frieden auf Wunsch Bonapartes, wie wir erfahren, ein umfassender Entschädigungsplan ausgearbeitet worden, der, insofern er bereits die Unterwerfung aller neufürstlichen und reichsgräflichen, sowie reichsstädtischen und reichsritterschaftlichen Territorien unter die Landeshoheit der altweltfürstlichen Reichsstände in Anregung brachte, weit radicaler angelegt war, als alle folgenden, und die Absichten schon deutlich errathen ließ, welche Frankreich späterhin in den Jahren 1805 und 1806 verwirklichte. Die reichlich bemessene Entschädigung des Markgrafen sollte danach in dem rechtsrheinischen Gebiete der Grafschaft Hanau-Lichtenberg, den Herrschaften Lahr

und Geroldseck, der Ortenau, dem Breisgau und einem Theile des pfälzischen Oberamts Bretten bestehen, während die rechtsrheinischen Ueberreste der Bisthümer Speier, Straßburg und Basel, die Grafschaft Bonndorf, das Großpriorat Heitersheim, die Reichsstädte der Ortenau nebst der dortigen Ritterschaft der badischen Souveränität unterworfen werden sollten[1]. Wie man sieht, ein Zuwachs an Land und Leuten, an Macht und Einfluß von solchem Umfange, daß dabei nicht mehr die Rede sein konnte von einem einfachen Ersatze des wirklichen Verlustes, vielmehr das Bestreben unverkennbar hervortrat, in diesem wolabgerundeten, von der Rücksicht auf eine österreichische Nachbarschaft für immer befreiten Grenzstaate, der sein Dasein lediglich Frankreich verdanken sollte, eine feste, zuverlässige Stütze der künftigen Rheinbundspolitik, ein gefügiges Werkzeug Bonaparte'scher Pläne zu schaffen. Vorläufig blieb indeß das ganze Project auf dem Papiere. Ein Fortschritt in den Verhandlungen über die deutschen Angelegenheiten machte sich erst im Herbst 1801 bemerkbar, als am 1. October die Präliminarien mit England unterzeichnet und durch die Verträge mit Rußland vom 8./10. October die freundschaftlichen und friedlichen Beziehungen zu dem Zarenreiche auch formell wiederhergestellt wurden. Durch die geheime Convention vom 10. October verpflichteten sich die beiden Mächte, nach einem gemeinsamen Plane, zu dessen Annahme die betheiligten Parteien bestimmt werden sollten, die Entschädigungsfrage zu regeln; zugleich wurde vereinbart, Baiern und Würtemberg mit Rücksicht auf ihr verwandtschaftliches Verhältniß zum russischen Herrscherhause eine ihren Verlusten angemessene, billige Entschädigung zuzuwenden[2]. In einem Zusatzartikel vom gleichen Tage, dessen Wortlaut vor kurzem erst bekannt geworden ist, wurde diese generelle Garantie auch auf Baden ausgedehnt. Reitzenstein erhielt durch Mathieu von dem Abkommen alsbald Nachricht und empfing die tröstliche Versicherung, Frankreich betrachte nicht nur die Durchführung der geheimen Friedensbestimmungen von 1796 als «une des principales bases de l'arrangement définitif», sondern werde auch bemüht sein, dem Markgrafen «à cause de sa fidélité» noch weiteren Gebietszuwachs zu verschaffen. Den Mittheilungen wurde von Bonaparte und Talleyrand der ausdrückliche Wunsch beigefügt, daß Karl Friedrich seinen verwandtschaftlichen Einfluß in Petersburg benütze, um den Zaren zu bestimmen, bei dem gemeinsamen Friedenswerke den

[1] Vergl. Nr. 69.

[2] Der geheime Hauptvertrag bei De Clercq: Recueil des traités de la France. I, 474 ff. Der Zusatzartikel bei Tratchevsky: Frankreich und Rußland im Zeitalter Napoleons I. (Titel russisch). Band I, 258 ff. Schriften der kaiserlich russischen historischen Gesellschaft, Band 70. Die erste Erwähnung desselben bei Bignon: Geschichte von Frankreich. Deutsch von H. Hase. II, S. 57.

Absichten Frankreichs fernerhin keine Schwierigkeiten zu bereiten; es war der erste Versuch, mit Hilfe des Karlsruher Hofes, dessen Ergebenheit man sich durch Begünstigung in der Entschädigungsfrage zu sichern trachtete, auf die Politik des Zarenreiches einzuwirken. Man wählte diesen Weg um so mehr, als auf eine Unterstützung der französischen Wünsche durch den russischen Botschafter in Paris, Grafen Morkow[1], nicht zu zählen war. Ein geschworener Gegner der consularischen Regierung und ihrer Bestrebungen, ein ebenso entschiedener Anhänger Oesterreichs, dem er seine Erhebung in den Reichsgrafenstand verdankte, hätte er wol mit dem Londoner Woronzow am liebsten gesehen, wenn Kaiser Alexander sich in die deutschen Händel nie eingemischt und mit dieser „Infamie" nicht befaßt hätte[2]; nachdem die Einmischung einmal erfolgt war, hat er bis zum letzten Augenblicke den französischen Forderungen in der Frage der Entschädigungen und Säcularisationen den zähesten Widerstand entgegengesetzt und nach dem Zeugnisse Talleyrands die Interessen des Wiener Hofes besser zu wahren gewußt, als dessen Botschafter, Graf Philipp Cobenzl[3]. Auch den badischen Wünschen gegenüber erwies er sich wenig willfährig; die geflissentliche Vernachlässigung derselben gab, wie wir sehen, wiederholt Anlaß zu lebhaften Klagen und Beschwerden beim Petersburger Hofe, sie schien um so bedenklicher, als er gleichzeitig, offenbar durch den dominirenden Einfluß der Kaiserin-Mutter bestimmt, die würtembergischen Ansprüche in auffallender Weise befürwortete[4]. Es ist höchst bezeichnend für seine Gesinnungen gegen Baden, daß der erwähnte Zusatzartikel vom 10. October nicht, wie es den bestimmten Weisungen des Zaren entsprochen hätte, auf sein Betreiben, sondern lediglich auf eine Anordnung des Ersten Consuls, der er sich halb widerwillig fügte, dem Vertrage beigefügt wurde.

Aus den Unterredungen, die Reitzenstein im Anschlusse an die Convention mit Morkow hatte, gewann er die Ueberzeugung, daß eine nennenswerthe

---

[1] Die correcte, auch von Tratchevsky recipirte Namensform lautet Morkow und nicht, wie man häufig liest, Markow.

[2] Vergl. Woronzows Schreiben an Graf Panin vom 2./14. August 1801, in welchem der Botschafter diese Einmischung des Zaren als ein schreiendes Unrecht bezeichnet, mit dem Bemerken: «Il est plus digne de sa grandeur de ne prendre aucune part à cette infamie». A. Brückner, Materialien zur Lebensbeschreibung des Grafen Nikita Panin. 1888—1892 in 7 Bänden. VI, 541. — Zur Charakteristik von Morkow vergl. Bodenstedt, Russische Fragmente, 317 ff.; Mémoires du Prince Ad. Czartoryski, I, 355 ff., Th. v. Bernhardi, Geschichte Rußlands, II, 2, S. 487 ff.

[3] Vergl. Talleyrands Erlaß an Hédouville vom 17 Prairial an X, bei Tratchevsky, a. a. O. I, 430 ff.

[4] Vergl. Tratchevsky, a. a. O. I, 337. Unten S. 126.

Unterstützung von dieser Seite nicht zu erwarten war; gab sich doch der verwünschte „Kalmücke", wie er im Aerger gelegentlich von dem Badener wol bezeichnet wird, den Anschein, als ob er überhaupt von einem Gebietsverluste des Markgrafen keine Ahnung habe. Um so mehr verließ sich Reitzenstein daher auf Frankreichs Beistand. Nach den Mittheilungen Mathieus zeigte sich die französische Regierung Ende November 1801 geneigt, auch mit Baden bezüglich seiner Entschädigung ein ähnliches Sonderabkommen zu treffen, wie es mit Baiern am 24. August zu Stande gekommen, mit Preußen und Würtemberg[1] zur Zeit geplant war; Reitzenstein sollte das Karlsruher Ministerium um Vollmacht und Instruction zur Einleitung neuer Verhandlungen ersuchen. Zugleich kam man auf die wichtige Frage der Erwerbung des Breisgaus zurück, auf dessen Besitz, übereinstimmend mit Gemmingens Meldungen auch nach französischer Ansicht der Wiener Hof keinen sonderlichen Werth legte. Talleyrand wünschte, wie Mathieu zu verstehen gab, dringend, daß Oesterreich für immer von der Rheingrenze entfernt und der Fehler wieder gut gemacht werde, den Bonaparte zu Campo Formio durch die Abtretung des Landes an den Herzog von Modena begangen. Der Markgraf sollte daher nach Mathieus Rath unter die übrigen Entschädigungsansprüche auch die Forderung aufnehmen, daß, falls der Breisgau von dem Herzoge beharrlich ausgeschlagen werde und wieder in die allgemeine Entschädigungsmasse zurückfalle, das Land keinem andern als dem badischen Loose zugetheilt werde. Nicht minder werthvoll und erfreulich für Karl Friedrich war die Nachricht, daß Reitzensteins Anspielungen auf die Kur anscheinend auf günstigen Boden gefallen waren; in höchst geschickter Weise wies der badische Unterhändler darauf hin, daß, wenn Würtemberg, Hessen-Kassel und Toskana zu Kurstaaten erhoben würden, eine Uebergehung Badens einer unverdienten Kränkung gleichkäme und das französische Interesse selbst die Gleichstellung Badens erheische, damit nicht der Einfluß Oesterreichs im Süden vermöge der Stimmen von Toskana und Würtemberg überwiege. Mathieu gestand, daß dies in der That eine höchst wichtige Angelegenheit sei, «qui regardait la France beaucoup plus encore que la maison de Bade elle-même», und empfahl, auch diesen Punkt zum Gegenstande künftiger Verhandlungen zu machen.

Bereitwillig ging man in Karlsruhe auf die verschiedenen Vorschläge ein und ertheilte durch Geh. Rathsbeschluß vom 30. Januar 1802 dem Pariser Gesandten die erbetene Vollmacht und Instruction: als Entschädigung wurden,

[1] Der Vertrag mit Preußen wurde am 23. Mai, der mit Würtemberg, dessen Wortlaut noch unbekannt ist, am 20. Mai 1802 unterzeichnet. Vergl. E. Schneider, Würtembergische Geschichte. S. 417.

im wesentlichen nach den Anträgen Reitzensteins, unter Verzicht auf die entfernten Lande am Bodensee und Main die zwischen Kraich und Bleiche belegenen reichsständischen Territorien, nebst dem Breisgau und den Waldstädten ins Auge gefaßt, mit dem Bemerken jedoch, daß man, falls das Ganze nicht zu erlangen sei, dem an erster Stelle genannten Gebietscomplexe „der mehreren Convenienz wegen" den Vorzug gebe. Zugleich mußte man sich in dem vorgerückten Stadium, in welchem sich die deutschen Angelegenheiten nun befanden, auch wol oder übel entschließen, dem Beispiele, das Würtemberg, die beiden Hessen u. a. längst gegeben, zu folgen und in Paris die unvermeidlichen Geldopfer zu bringen. Das ist, wie wir später sehen werden[1], geschehen, aber doch mit mehr Würde und Zurückhaltung, als anderwärts oft der Fall war: die Karlsruher Regierung hat weder die Initiative vor anderen Reichsständen ergriffen, noch sich wie die kurmainzische auf Abmachungen eingelassen, die einem Handelsgeschäfte gleichkamen; auch die eisige Kälte, mit der Mme Grand, die vielumschmeichelte, einflußreiche „Freundin" Talleyrands, gelegentlich Reitzenstein behandelte, verfehlte bei diesem die beabsichtigte Wirkung.

Inzwischen hatte sich in Paris die Meinung geändert; als die neuen Weisungen für den badischen Gesandten dort einliefen, war nicht mehr die Rede von einem Sonderabkommen: man glaubte sich offenbar die Mühe sparen zu können und mittelst der geplanten Convention mit Rußland bequemer und rascher zum Ziele zu kommen. In den Verhandlungen zwischen Talleyrand und Morkow war bereits anfangs Februar die badische Entschädigung zur Sprache gelangt. Man war sehr verschiedener Ansicht darüber. Während der Russe, angeblich auf Grund einer von dem Erbprinzen früher überreichten Denkschrift, für Baden lediglich die im Separatfrieden von 1796 zugesicherten Gebiete begehrte, ohne sich im mindesten darum zu kümmern, daß diese Entschädigung in eben jener Denkschrift als eine unzureichende bezeichnet und er selbst von Petersburg angewiesen worden war, weitergehende Ansprüche zu unterstützen, verhehlte Talleyrand sein Erstaunen darüber nicht und erklärte rundweg, der Erste Consul wünsche dringend, daß das badische Loos reichlicher bemessen werde. Wie die Dinge lagen, hielt man es in Paris für unumgänglich nothwendig, die persönliche Intervention des Zaren zu Gunsten Badens anzurufen. Ein Schreiben Bonapartes vom 16. Februar, in welchem es als eine Ehrenpflicht Frankreichs bezeichnet wurde, dem Markgrafen einen seinen Verdiensten und angesehenen Familienalliancen entsprechenden Gebietszuwachs zu verschaffen,

[1] Vergl. Nr. 224 und 227. Wir erfahren hier, daß selbst Preußen ähnliche Aufwendungen für nöthig erachtet hat; um so weniger wird man Baden daraus einen besonderen Vorwurf machen dürfen.

verfolgte diesen Zweck; gleichzeitige Vorstellungen Karl Friedrichs sollten nach Bonapartes Rath den Schritt am Petersburger Hofe unterstützen.

Während man das Resultat der vereinten Bemühungen abwartete, traf Reitzenstein für alle Fälle seine Vorkehrungen. Auf Ersuchen Talleyrands überreichte er am 17. März ein Memoire über die badischen Ansprüche, das nach dem ausdrücklichen Wunsche des Ministers von der Annahme ausging, daß Baden in außerordentlicher Weise bevorzugt werden solle, und demgemäß als Minimum der Entschädigung einen Bevölkerungszuwachs von 46000, als Maximum einen solchen von 283000 Seelen vorschlug. Die Denkschrift, welche in den Grundzügen mit der Instruction vom 30. Januar übereinstimmte, ist auch insofern beachtenswerth, als hier zum erstenmale neben der Möglichkeit einer Erwerbung des Breisgaus, die man stets im Auge behielt, die Eventualität eines Anfalls der rechtsrheinischen Pfalz ernstlich in den Bereich politischer Combinationen gezogen wurde[2]. Natürlich, wie es die Rücksicht auf das verwandte Fürstenhaus gebot, nur für den Fall, daß der Kurfürst von Baiern sich freiwillig seiner Rechte auf diesen abgelegenen Landestheil begebe und eine bequemere Arrondirung vorziehe und finde. Mit geringen Erwartungen, mehr versuchsweise, um das Terrain zu sondiren und die Forderung des Breisgaus um so sicherer durchzusetzen[3], wurde das Project anfänglich zur Discussion gebracht, bis es im weiteren Verlaufe, von der französischen Regierung freundlich aufgenommen und nachdrücklich unterstützt, von der bairischen im Hinblick auf anderweitige Vortheile gebilligt, wo nicht begünstigt[4], in demselben Maße an Aussicht auf Verwirklichung gewann, wie die breisgauischen Pläne sich mehr und mehr als hoffnungslos erwiesen.

---

[1] Vergl. K. von Beaulieu-Marconnay, Karl von Dalberg und seine Zeit, I, 262 ff.

[2] Wie sich aus der von Reitzenstein verfaßten geheimen Instruction für Geusau (Nr. 158) ergiebt, war der Gedanke daran wol schon im Frühjahr 1801 vorübergehend aufgetaucht, ohne daß er aber bei den Verhandlungen während der nächsten Monate weiter verfolgt worden wäre.

[3] Vergl. S. 112.

[4] Wie weit die Darstellung von Montgelas, Denkwürdigkeiten, S. 70, der zu Folge der Münchener Hof sich in der Frage lediglich dem Drucke Frankreichs gefügt habe, nicht durch das Verlangen, sich gegen gewisse Vorwürfe zu rechtfertigen, beeinflußt ist, läßt sich ohne Kenntniß der bairischen Acten nicht entscheiden. Nach den Berichten Reitzensteins, in denen nirgends von einem solchen Drucke die Rede ist, will es vielmehr scheinen, als ob man in München die Gelegenheit, sich der entfernten pfälzischen Lande auf möglichst vortheilhafte Art zu entledigen, bereitwillig ergriffen hätte; wenigstens versichert Mathieu schon am 12. Mai, «que Mr de Cetto même désire que les états de l'Electeur ne touchent plus au Rhin». Vergl. S. 125.

Mitte April traf in Karlsruhe die ersehnte Antwort des Zaren ein; sie lautete überaus zufriedenstellend und übertraf, wie Edelsheim gesteht, die eigenen Erwartungen. In einem vom gleichen Tage (26. März) datirten Schreiben an den Ersten Consul versicherte Kaiser Alexander, er werde für jede Begünstigung des Markgrafen höchst erkenntlich sein und seinem Botschafter neue Weisungen zugehen lassen «qui le mettront à même de cultiver cette bonne volonté que vous lui témoignez et de convenir avec le gouvernement français de tout ce qui pourrait la lui assurer de la manière la plus avantageuse». Man war in Paris befriedigt: Talleyrand selbst meinte, ohne die moralische Unterstützung Rußlands wäre es nicht leicht gefallen, die von Frankreich geplante Vergrößerung Badens durchzusetzen.

Auch bei Morkow verfehlte die Kundgebung des Zaren ihre Wirkung nicht. Als Reitzenstein, gestützt auf diese Zusicherungen, von neuem bei dem Botschafter sein Heil versuchte, kam es zwar anfangs zu einer lebhaften Auseinandersetzung, bei welcher der Russe über seine bisherige, mit den wolwollenden Intentionen des Zaren so wenig harmonirende Haltung allerlei unliebsame Dinge zu hören bekam, schließlich lenkte er aber doch begütigend ein und schien im allgemeinen nicht abgeneigt, auf die badischen Forderungen nunmehr einzugehen. Seine Aeußerungen ließen hoffen, daß er sich für einen Bevölkerungszuwachs von 150000 Köpfen verwenden werde und die Erwerbung des Breisgaus gesichert sei; nur bezüglich der Kur machte er Schwierigkeiten, indem er auf den Widerstand hinwies, den Oesterreich voraussichtlich einer Vermehrung der protestantischen Kurstimmen bereiten werde.

Näher und näher rückte die Entschädigungsfrage ihrer Lösung; seit dem Frieden von Amiens war die französische Regierung eifrig damit beschäftigt, die Nachricht von der bevorstehenden Zusammenkunft der Beherrscher Rußlands und Preußens zu Memel beschleunigte die Verhandlungen[1]. In der zweiten Hälfte des Mai, in den Tagen vom 16.—18. d. M., fanden die entscheidenden Conferenzen zwischen Talleyrand und Morkow statt, welche das Schicksal Badens bestimmten. Der Bericht, den Reitzenstein darüber erstattet hat, ist von hohem Interesse[2]: er läßt erkennen, wie Talleyrand die dem Markgrafen zugedachten Vergünstigungen dem Russen, der auch in diesem letzten Stadium der Dinge von neuem Einsprache erhob, Schritt für Schritt förmlich abgerungen hat[3]. Ohne daß man dies je beansprucht, wurden dem

[1] Bignon, a. a. O. II, 201 ff. Vergl. auch Bailleu, a. a. O. II, S. XXV.

[2] Vergl. Nr. 140.

[3] In ähnlichem Sinne äußert sich auch Talleyrand gegen Hédouville: Morkow habe nicht nur höchst gleichgiltig alles, was man für Baiern und Baden thun wollte, auf-

badischen Looſe — wie Reitzenſtein geſteht, «plutôt .... d'une manière obreptice que de l'aveu formel de Mr de Morkow» — die Reichsſtädte Ueberlingen, Pfullendorf, Biberach, Wimpfen und Heilbronn zugefügt. Vom Breisgau war nicht weiter die Rede, dagegen gelang es dem Miniſter mittels Beſeitigung des zweiten geiſtlichen Kurfürſten den Antheil Baierns durch das Bistum Augsburg und die Abtei Kempten zu vermehren, ſo daß die Pfalz verfügbar wurde. In der Schlußredaction des Planes wurden dementſprechend die drei pfälziſchen Oberämter Bretten, Heidelberg und Ladenburg mit den Städten Mannheim und Heidelberg dem Markgrafen zugewieſen: wie Reitzenſtein rühmte, ein unſchätzbarer Gewinn, «cent mille fois plus belle que le Brisgau». Ein weiterer Artikel benannte als Candidaten für die in Vorſchlag zu bringenden neuen Kurwürden neben dem Herzoge von Würtemberg und dem Landgrafen von Heſſen-Kaſſel an erſter Stelle den Markgrafen von Baden[1]. Kein Wunder, wenn angeſichts ſolcher Erfolge Reitzenſtein bekennt, Talleyrand habe ſich ſelbſt übertroffen und rechts und links alles genommen, was menſchenmöglich war, um das badiſche Loos zu verbeſſern. Noch im letzten Augenblicke indeß, kurz vor dem Abſchluſſe, machte Morkow neue Bedenken geltend; er proteſtirte gegen die Abtretung von Heilbronn, das für Würtemberg beſtimmt ſei, und ſetzte ſeinen Willen durch. Dagegen fanden die Einwendungen gegen die Zuweiſung der Pfalz, die er mit Rückſicht auf die toskaniſche Entſchädigung erhob, keine Beachtung. So wurde dann am 3. Juni[2] endlich die Convention, welche die Grundlage des deutſchen Entſchädigungswerkes bilden ſollte, von beiden Seiten unterzeichnet. Baden erhielt danach das Bistum Konſtanz, die rechtsrheiniſchen Theile der Bistümer Speier, Straßburg und Baſel, ſowie die Grafſchaft Hanau-Lichtenberg, die oben genannten drei pfälziſchen Aemter, die Herrſchaft Lahr, die Reichsſtädte Offenburg, Zell a. H., Gengenbach, Ueberlingen, Biberach, Pfullendorf und Wimpfen, endlich die Abteien Schwarzach, Frauenalb, Lichtenthal, Allerheiligen, Gengenbach, Etten-

---

genommen, ſondern ſich ſogar direct über die Begünſtigung des Markgrafen und der übrigen Fürſten beklagt, «parce que c'était atténuer l'indépendance de l'Autriche». d. d. 17 Prairial an X. Tratchevsky, a. a. O. I, 430 ff., 442.

[1] Vergl. auch das Schreiben Bonapartes an den Zaren vom 3 Prairial (23. Mai). Correspondance de Napoléon, VII, 602. In der Correſpondenz Morkows begegnet die Forderung der Kur für Baden zum erſten Male in dem Berichte vom 30. April; wie hier mitgetheilt wird, hat Talleyrand, für den Fall, daß die Kölner oder Trierer Kur beſeitigt werde, die Uebertragung der Würde auf das badiſche Fürſtenhaus angeboten, «par une suite de l'intérêt que le gouvernement français mettait à complaire à V. M. I.». Tratchevsky, a. a. O. I, 397.

[2] Durch einen Irrthum Reitzenſteins wird in den badiſchen Acten als Datum der 4. Juni angegeben; wir haben das Verſehen überall ſtillſchweigend berichtigt.

heimmünster, Petershausen und Salmansweiler, nebst der Kur. Alles in allem ein Gebiet von annähernd 62 Quadratmeilen mit rund 280000 Einwohnern[1], das einen sechs= bis siebenfachen Ersatz für die linksrheinischen Verluste bedeutete, eine Entschädigung weit reichlicher, als sie in dem Vertrage von 1796 vorgesehen war und im Verhältnisse zur Einbuße einem zweiten Reichsstande zu Theil geworden ist. Talleyrand hat später zur Begründung angeführt, Bonaparte habe damit nicht nur den verwandten Höfen von Rußland und Schweden einen Gefallen erweisen, sondern auch sein Wolwollen gegen einen Fürsten bekunden wollen, der in gefahrvoller Zeit Einsicht genug besaß, an Frankreichs Geschicken nicht zu verzweifeln, und, um seine neue Würde mit Anstand zu behaupten, eines angemessenen Gebietszuwachses bedurfte[2]. Gewiß hat man in Paris auch diesen Motiven Rechnung getragen, aber maßgebend ist für die französische Politik in erster Linie doch nur die Rücksicht auf den Vortheil gewesen, den sie sich von der Bildung eines ansehnlichen, seinem Schöpfer zu unauslöschlichem Dank verpflichteten Kurstaates durch Stärkung des eigenen und Verdrängung des österreichischen Einflusses im Süden des Reichs versprach.

Bei dem Abschlusse der Convention vom 3. Juni war von beiden Seiten verabredet worden, daß der gemeinsame Entschädigungsplan weder dem Reichstage, noch einem fremden Cabinete mitgetheilt werden solle, bevor die binnen 50 Tagen einzuholende Ratification durch den Zaren erfolgt sei. Von dieser Bestätigung hing vorläufig alles noch ab. Aeußerungen Morkows ließen Schlimmes befürchten. Die eigene Sorge und der Wunsch der französischen Regierung bestimmten daher Reitzenstein, in den ersten Junitagen eine Reise nach Karlsruhe anzutreten, auf die wir in einem späteren Abschnitte zurückkommen werden.

---

3. **Die Sendung Geusaus und die Reise des Erbprinzenpaares nach Petersburg. März 1801—März 1802.** — Die Actenstücke, die wir in diesem Abschnitte zusammenstellen, beschäftigen sich mit den Beziehungen zu Rußland. An ihrer Spitze stehen die Nachrichten über die unselige Katastrophe, der in der Nacht vom 22./23. März Kaiser Paul zum Opfer gefallen ist. Ein Brief der jungen Kaiserin an ihre Mutter, mitten in der Aufregung der ersten Stunden geschrieben, bietet interessante Details über die Vorgänge

[1] Ich folge hier den statistischen Berechnungen von Heunisch, welche im Allgemeinen als die zuverlässigsten anzusehen sind; die Angaben bei Häusser, Deutsche Geschichte, II, 410, sind ungenau und führen irre.

[2] Talleyrand an Hédouville, 17 Prairial an X. Tratchevsky, a. a. O. I, 439.

in der Mordnacht. Mit dem Ausdrucke lebhaften Abscheues über die Unthat mischte sich bei ihr, wie man erkennt, doch auch ein menschlich vollkommen begreifliches Gefühl der Erleichterung; mit dem russischen Volke athmete auch sie wieder auf, da sie von dem despotischen Drucke, unter dem sie jahrelang mit der ganzen kaiserlichen Familie gelitten, befreit war und zum erstenmale wieder in den Briefen an die Eltern, ohne Zwang und Furcht ihren innersten Empfindungen freien Lauf lassen konnte[1].

Man kennt die Wandlungen in dem Verhältnisse der europäischen Mächte, welche das Ereigniß zur Folge hatte. Auch für die Schicksale des badischen Fürstenhauses war dasselbe von weittragender Bedeutung. Wir erinnern uns der tiefen Mißstimmung gegen den Karlsruher Hof, die seit dem Bekanntwerden des geheimen Separatfriedens den Zaren Paul erfüllte[2]. In schwerer Sorge sah daher Karl Friedrich den Entschließungen des russischen Herrschers in der Entschädigungsfrage entgegen, nur im Vertrauen auf die Fürsprache und Vermittelung des Berliner Hofes wagte er überhaupt, ihn um seine Unterstützung anzugehen[3]. Wie man heute weiß, waren diese Befürchtungen durchaus gerechtfertigt: während bei der Aufstellung des russischen Entschädigungsplanes sowol, als bei den Verhandlungen über eine Annäherung an Frankreich, welche durch die Mission Kolytchews im Januar 1801 eingeleitet wurden, die Interessen Baierns und, Dank dem Einflusse seiner würtembergischen Gemahlin, insbesondere auch Würtembergs in dem Zaren einen mächtigen und eifrigen Beschützer fanden, wurde der Ansprüche des Markgrafen mit keinem Worte gedacht[4]. Kein Zweifel, daß sich das Loos desselben, wäre

---

[1] «Qu'il y a longtemps, maman chérie» — schreibt sie der Mutter — «que je n'ai pu Vous écrire librement! Quelque peine bien réelle que me fasse le triste genre de mort de l'Empereur, je ne puis cependant m'empêcher d'avouer que je respire avec la Russie entière». d. d. 14./26. März. — Und in einem Briefe an seine Frau schildert Graf Panin die Veränderung, die in jenen Tagen in dem Wesen der Zarin vorgegangen, wie folgt: «Elle est embellie et changée du tout au tout pour les manières. Un ton d'aisance rempli de dignité remplace cette timidité excessive qui l'empêchait autrefois de faire valoir tous les moyens qu'elle a pour la représentation.» Vergl. Brückner, Graf Nikita Panin, VI, 7.

[2] Vergl. Politische Correspondenz, III, S. L ff.

[3] Vergl. Nr. 6.

[4] Vergl. die Note Rostopschins vom 26. Sept. 1800 und den Bericht Clarkes vom 19 Frimaire bei Tratchevsky, a. a. O. I, 10, 18. Betr. der würtembergischen Entschädigung, die in der Kur und den Bistümern Münster, Osnabrück, Paderborn und Hildesheim bestehen sollte, vergl. Bailleu, Preußen und Frankreich, II, 34, Anm. 2 und die interessante Denkschrift des Barons Nicolai vom 29. April 1801 bei Brückner, Materialien zur Lebensbeschreibung des Grafen Nikita Panin, Bd. VI, 327 ff., sowie unten Nr. 69.

Kaiser Paul länger am Leben geblieben, nicht so günstig gestaltet hätte, wie es der Fall war. Mit lebhafter Freude begrüßte man daher in Karlsruhe in jähem Uebergang von banger Furcht zu siegesfroher Hoffnung den Regierungsantritt Alexanders, der in entscheidungsvoller Zeit dem badischen Fürstenhause eine glänzende Perspective eröffnete. Saß doch an der Seite des jungen Herrschers in jugendlicher Schönheit[1], ausgestattet mit reichen Anlagen des Geistes und Gemüthes, geliebt von dem Gatten und wie ein Abgott verehrt von dem Volke, die Enkelin Karl Friedrichs nunmehr auf dem Throne des Zaren! Mochte man doch von ihrer Anhänglichkeit an die Eltern und die alte Heimat, zumal bei dem mächtigen Einflusse, den die Erbprinzessin, wie auf alle ihre Töchter, so auch auf diese ausübte, zuversichtlich erwarten, daß sie sich der Sache Badens wirksam annehmen werde! Und war doch endlich die Annahme, die später durch die Thatsachen widerlegt wurde, damals noch allgemein verbreitet, daß sie eine politische Rolle zu spielen berufen und entschlossen sei und den Zaren nach ihrem Willen lenken werde[2].

Schon wies man auch in Paris, wo man sofort den Werth dieser verwandtschaftlichen Beziehungen erkannte und für die französische Politik nutzbar zu machen strebte, den Markgrafen deutlich auf die russische Vermittelung hin. „Wir können" – bemerkte Bonaparte dem Minister von Edelsheim bei seiner Abschiedsaudienz — „selbstverständlich wegen Eurer Entschädigung den Krieg nicht fortsetzen oder von neuem beginnen, aber sorgt, daß Rußland Eure Interessen kräftig unterstützt, und es soll an unserer Bereitwilligkeit nicht fehlen!"[3]

Als sich Karl Friedrich daher Mitte April entschloß, den Oberstkammerherrn von Geusau abermals mit einer Mission nach Petersburg zu betrauen[4], geschah es nicht nur, um das russische Herrscherpaar zur Thronbesteigung in officieller Weise zu beglückwünschen, sondern auch in der Absicht, die eigenen Wünsche hinsichtlich der Entschädigung demselben nachdrücklichst zu empfehlen. In einer vortrefflich geschriebenen, zum Theile vermuthlich von französischer

---

[1] «Belle comme Psyche.» Vergl. die hübsche Charakteristik der Kaiserin in den Memoiren der Gräfin Edling, die als Fürstin Stourdza ihrem Hofstaate angehört hatte. Mémoires de la Comtesse d'Edling. Moscou, 1888. S. 33, 57 ff. – Eine Biographie Elisabeths hat der russische Staatsrath Vetterlein zu Petersburg in Angriff genommen.

[2] Vergl. Mémoires de la Comtesse d'Edling, S. 36/37; von Vivenot, Vertrauliche Briefe des Freiherrn von Thugut, II, 35, und unten Nr. 351.

[3] Vergl. Nr. 101.

[4] Ueber die erste Sendung vom Jahre 1797 vergl. Politische Correspondenz, II, Einl., S. XLIV ff.

Seite inspirirten geheimen Instruction, welche Reitzenstein für Geusau entworfen hatte, wurde dieser über den Stand der Angelegenheit unterrichtet: die Garantie der Integrität Badens, die Erwerbung des Breisgaus und, wenn möglich, auch der Pfalz, sowie die Verleihung der Kurwürde, das waren im Wesentlichen die Ziele, die als erstrebenswerth bezeichnet wurden; in geschickter Weise waren alle Motive, die sich für die Gewährung dieser Forderungen anführen ließen, zusammengefaßt.

Man kann nicht behaupten, daß die Sendung Geusaus die badischen Interessen wesentlich gefördert hat. Die Umstände schienen nicht sonderlich günstig. Die Entschädigungsangelegenheit, über die man gleichzeitig mit Berlin, Wien und Paris verhandelte, war noch zu verwickelt, die Stimmung in Petersburg den Ansprüchen der deutschen Reichsstände, die man durchweg übertrieben fand, wenig geneigt, die Minister selbst zurückhaltend und unzugänglich. Zum Theil lag die Schuld aber auch an Geusau. Die ängstliche Sorge, das Ceremoniell zu verletzen, hielt ihn ab, mit dem Zaren selbst zu sprechen, so oft ihm auch geflissentlich Gelegenheit dazu geboten wurde; eben so wenig wagte er, den Ministern eine Note zu übergeben, wie dies beispielsweise von würtembergischer Seite ohne jedes Bedenken schon im April geschehen war. So kam es, daß Ende Juli sein ganzer Erfolg in ein paar allgemeinen Versprechungen der Kaiserin und des Grafen Panin bestand.

Was in Petersburg erreicht wurde, verdankte Baden ausschließlich der Intervention des Erbprinzenpaares. Schon in den ersten Tagen der neuen Regierung hatte Kaiser Alexander seine Schwiegereltern zum Besuche an seinem Hofe eingeladen und damit einen Lieblingswunsch seiner Gemahlin erfüllt. Durch allerlei Zwischenfälle, insbesondere die Verlobung der zweitjüngsten Tochter Marie mit dem Prinzen Wilhelm von Braunschweig[1], wurde die Abreise der hohen Herrschaften bis zum 13. Juni verschoben. Der Empfang am russischen Hofe[2] war ein überaus herzlicher und ehrenvoller. Der Erbprinz konnte nicht Worte genug finden, das offene, liebenswürdige Entgegenkommen Alexanders zu rühmen. Einer der ersten Schritte des Kaisers war es, daß er seinem Schwiegervater und Schwager,

---

[1] Die Verlobung erfolgte nach manchen Schwierigkeiten am 12. Juni 1801, die Vermählung am 1. Nov. 1802; nach kurzer, überaus glücklicher Ehe starb die landflüchtige, vom Hasse Napoleons verfolgte Fürstin am 20. April 1808 zu Bruchsal an den Folgen einer Frühgeburt, während der Herzog wenige Jahre später bei Quatrebras die Todeswunde empfing. Vergl. das anziehende Lebensbild von P. Zimmermann, Marie, Herzogin von Braunschweig-Lüneburg-Oels. Braunschweig 1893.

[2] Ueber die Reise nach dem Norden vergl.: Aus dem Leben des Freiherrn L. Chr. H. Gayling von Altheim. S. 141 ff.

dem Prinzen Karl, der mit den Schwestern Marie und Amalie die Eltern begleitete, ihren früheren Rang in der Armee und ihre Regimenter wieder verlieh und damit gut machte, was Zar Paul in leidenschaftlicher Aufwallung verschuldet[1]. Auch in der Entschädigungsfrage ging er bereitwillig auf die Vorstellungen des Erbprinzen ein und versicherte, er wünsche dringend dem Markgrafen „die untrüglichsten Beweise seiner Hochachtung" geben zu können. Auf sein Verlangen überreichte Karl Ludwig eine Denkschrift, welche den in den Revolutionskriegen erlittenen Verlusten die im Separatfrieden von 1796 stipulirten Entschädigungen gegenüberstellte und angesichts der Unzulänglichkeit der letzteren den Zaren ersuchte, in eine Vergrößerung des badischen Looses, zu der Frankreich gerne die Hand bieten werde, auch seinerseits einzuwilligen. Die Weisungen, die darauf (am 28. September) an die Gesandten zu Paris, Wien und Regensburg ergingen, entsprachen vollkommen den Erwartungen; insbesondere Graf Morkow erhielt den gemessenen Befehl, falls Bonaparte wirklich so günstige Gesinnungen hege, auf's eifrigste in jeder erdenklichen Weise die badischen Interessen zu fördern, auf deren Berücksichtigung man in einem Zeitpunkte, wo Frankreich anscheinend so hohen Werth auf eine Wiederannäherung lege, um so zuversichtlicher zählen dürfe[2]. Auch die Sympathien des Zaren für die Erbprinzessin fielen dabei ins Gewicht: bei jeder Gelegenheit bezeugte er der geistvollen, erfahrenen und energischen Fürstin, mit der er sich über politische Dinge gerne unterhielt, seine aufrichtige Verehrung. Aus Aufzeichnungen über ihren Aufenthalt in Petersburg ersehen wir, wie angelegentlich ihr lebhafter Geist sich auch mit den russischen Zuständen beschäftigte, wie sie im Gegensatze zu den Bestrebungen Laharpes dem Kaiser vor allem vor einer Ueberstürzung der inneren Reformen zu warnen versuchte[3]. Mancherlei Pläne und Gerüchte, welche an ihre Reise anknüpfen, zeigen, welch' mächtigen Einfluß auf ihren Schwiegersohn man der hohen Frau zugetraut hat. Die Königin von Neapel hatte einen ihrer Vertrauten, einen Grafen Erbach, eigens an sie entsandt, mit dem Ersuchen, an der Newa für ihre Sache zu wirken[4]. In russischen Kreisen erzählte man sich sogar, die Erbprinzessin gehe nach Petersburg in der festen Absicht, des Kaisers ersten Minister, den als Preußenfreund ihr persönlich verhaßten Grafen Panin zu stürzen. Die Zumuthungen des neapolitanischen Agenten wurden indeß vorsichtiger Weise

---

[1] Vergl. Politische Correspondenz, Bd. III, Einleitung, S. 50 ff.

[2] Vergl. Nr. 184.

[3] Vergl. Mémoires du Prince A. Czartoryski, Paris 1887, I, 274.

[4] Vergl. Nr. 161. Nachforschungen nach den auf diese Sendung bezüglichen Papieren im gräflich Erbach'schen Hausarchive haben keinen Erfolg gehabt.

von ihr abgelehnt; das Gerede über Panin klingt so unwahrscheinlich, das Unternehmen selbst erscheint so gewagt und politisch unklug, daß man das Ganze getrost in das Bereich der Fabel verweisen darf[1].

Das Ziel, das sich die badische Regierung vorläufig in Petersburg gesteckt, war erreicht. Am 17. October trat daher Geusau, nachdem er zuvor noch den Krönungsfeierlichkeiten in Moskau beigewohnt und von den Weisungen an Morkow und Rasumowsky Abschrift erhalten hatte, den Rückweg in die Heimath an. Das Erbprinzenpaar hatte sich schon früher, Mitte September, verabschiedet, um einer Einladung seines Schwiegersohnes, des Königs von Schweden, nach Stockholm zu folgen. Mit einer erschütternden Katastrophe schloß, wie man weiß, die nordische Reise, die unter den günstigsten Aussichten begonnen, ab. Das Unglück fügte es, daß in der Nähe von Arboga der Reisewagen des Erbprinzen umstürzte; der jähe Schreck verursachte einen Schlaganfall, dessen Folgen der wohlwollende, treffliche Fürst in der Vollkraft der Jahre am 16. December erlag[2]. Sein einziger Sohn, Prinz Karl, war nunmehr in einem Alter, wo er der führenden Hand des Vaters wohl noch bedurfte, der künftige Erbe Badens.

II. Von der Pariser Convention vom 3. Juni 1802 bis zur Annahme des Reichsdeputationshauptschlusses. — 1. Verhandlungen mit Frankreich bis zum Rücktritte Reitzensteins. Juni 1802 bis Juni 1803. — Mit den Actenstücken, die wir in diesem Abschnitte mittheilen, wenden wir uns wieder den Pariser Verhandlungen zu. Durch die Juniconvention war die Entschädigungsfrage, soweit es sich um territoriale Veränderungen handelte, abgesehen von Oesterreich, im wesentlichen entschieden. Die Fragen, die während der nächstfolgenden Monate Gegenstand diplomatischer Erörterungen wurden, sind naturgemäß mehr von untergeordnetem Werthe, die Vorgänge in Paris verlieren, zumal nach dem Zusammentritte der Reichsdeputation der Schwerpunkt des Entschädigungs- und Friedensgeschäftes nach Regensburg verlegt wurde, an Interesse. Soweit es seine Aufgabe war und im Bereiche der Möglichkeit lag, hat Reitzenstein auch

[1] Leider ist die gesammte, zweifellos umfangreiche und politisch bedeutsame Correspondenz der Erbprinzessin mit wenigen Ausnahmen im Karlsruher Archive nicht mehr vorhanden. Zu diesen Ausnahmen zählt der Briefwechsel mit der Kaiserin Elisabeth, aber auch hier fehlen die Jahrgänge 1802/3, sowie alle eigenen Concepte. Die Originalschreiben der Erbprinzessin dürften sich wol in den Petersburger Archiven befinden und manche werthvollen Aufschlüsse für die badischen Verhältnisse enthalten.

[2] Vergl. die Schilderung eines Augenzeugen, des Freiherrn von Gayling: Aus dem Leben des Freiherrn Gayling von Altheim, S. 180, sowie unten Nr. 192.

in diesem Zeitraume den Vortheil Badens stets eifrig gewahrt. Bei der Hast, mit der im letzten Stadium der Abschluß der Convention vom 3. Juni betrieben wurde, und der immerhin mangelhaften Kenntniß der verwickelten deutschen Gebietsverhältnisse, welche die contrahirenden Theile besaßen, konnte es nicht ausbleiben, daß Irrthümer dabei mit unterliefen und Lücken sich im Entschädigungsplan fanden. So war das Ritterstift Odenheim, eine ehemalige Benedictinerabtei, die seit dem 14. Jahrhundert unter der Schirmvogtei der Speirer Bischöfe stand[1], aus Versehen in dem Plane nicht genannt, obgleich dasselbe sowohl in dem Separatfrieden von 1796 als in den Vorberathungen über die Juniconvention dem Markgrafen wiederholt zugesichert worden war. Reitzenstein beeilte sich daher, in Paris deshalb vorstellig zu werden, ehe Andere ihm zuvor kämen. Seine Sorge war um so begründeter, als sich in der französischen Hauptstadt eine Menge kleiner reichsständischer Agenten herumtrieb, die begierig nach solch' herrenlosen Entschädigungsobjecten fahndeten. Hatte sich doch, verlockt durch massenhafte Nachfragen, unter Mathieus Mitwirkung und, wie es scheint, nicht ohne Talleyrands Vorwissen, eigens eine Gesellschaft organisirt, die den Länderschacher vollkommen geschäftsmäßig betrieb und gegen einen bestimmten Procentsatz der Einkünfte die noch verfügbaren Reste der Entschädigungsmasse verhandelte[2]. Mit solch' schamlosem Handel hat Reitzenstein selbstverständlich seine Hände nie befleckt, aber er konnte doch nicht der Versuchung widerstehen, auch seinerseits mit Reclamationen hervorzutreten, sei es auch nur, um durch die Geltendmachung weitergehender Ansprüche die Erwerbung von Odenheim um so sicherer durchzusetzen. So wünschte er, unter Berufung auf den Wortlaut der Convention, welcher „die Reste der Grafschaft Lichtenberg auf dem rechten Rheinufer" Baden zuwies, daß man in Karlsruhe, um gewisse anderweitige Zugeständnisse von Hessen-Darmstadt zu erlangen, auch das hessische Amt Schafheim als Zugehörde der Grafschaft fordere, obgleich bei den früheren Verhandlungen niemals davon die Rede gewesen war. Die Regierung konnte sich indeß nicht dazu entschließen und lehnte die Acquisition, deren Rechtstitel denn doch ein ziemlich zweifelhafter war, ab, noch ehe der modificirte Entschädigungsplan vom 8. October zu Gunsten Darmstadts Remedur schaffte.

Aehnlich verhielt es sich mit den Forderungen, die auf Einverleibung des kurmainzischen Amtes Hirschhorn und des kurpfälzischen Oberamtes Mosbach, bezw. der Kellerei Hilsbach abzielten; auch hier handelte es sich um Gebiete,

---

[1] Ein Gebiet von $1^1/_2$ Quadratmeilen mit 5569 Einwohnern. Nach einer bei den Acten befindlichen statistischen Tabelle aus dem Jahre 1802.

[2] Vergl. Nr. 204 und 213.

über welche die Juniconvention noch nicht verfügt oder, wie Reitzenstein bezüglich Mosbachs vermuthete, doch noch keine endgiltigen Bestimmungen getroffen hatte, die aber zur Ergänzung und Abrundung des badischen Looses wol geeignet erschienen. Wir werden später sehen, wie weit der Markgraf den Vorschlägen seines Gesandten hierin nachgab und mit welchem Erfolge.

Zunächst nahm eine dringlichere Angelegenheit seine Aufmerksamkeit in Anspruch. Ungestüm, ohne den Spruch der Reichsdeputation abzuwarten, beeilten sich die mächtigeren Reichsstände, die das Beispiel der Mäßigung hätten geben sollen, ihren Antheil an der allgemeinen Beute in Sicherheit zu bringen: am 3. August ergriff Preußen von den ihm zugewiesenen Landen provisorisch Besitz, Baiern und Oesterreich folgten alsbald nach. Es war ein offenkundiger Rechtsbruch, für den es eine stichhaltige Entschuldigung nicht gab. Natürlich wollten nun auch die Mindermächtigen und Kleinen, da der Nachbar dem Nachbarn mißtraute, nicht länger zurückbleiben. Würtemberg und Hessen-Darmstadt bemühten sich, die Zustimmung Bonapartes zu gleichem Vorgehen zu erwirken. Anderer Ansicht war anfänglich Reitzenstein; solange Frankreich nicht förmlich darauf bestehe, schien ihm ein solcher Schritt schon aus rein praktischen Erwägungen nicht geboten: maßvolle Zurückhaltung, meinte er, bringe dem Markgrafen mehr Ehre und gewinne ihm die Zuneigung seiner künftigen Unterthanen in erhöhtem Maße[1]. Erst als Bonaparte, im Zusammenhang mit den Maßregeln, die er in Folge der Besetzung Passaus zum Schutze Baierns ergriff, seinen Adjutanten, General Lauriston, nach München entsandte und ihm gleichzeitig ein Schreiben an Karl Friedrich mitgab, das die dringende Aufforderung zur Besetzung der Entschädigungslande enthielt, empfahl auch Reitzenstein, dem Rathe zu folgen. Zögernd und nicht ohne Bedenken wegen der Unzulänglichkeit der militärischen Kräfte entschied man sich in Karlsruhe, um fremden Occupationsgelüsten und etwaigen Verschleuderungen und Veräußerungen durch die Säcularisirten vorzubeugen, für die provisorische Besitzergreifung (16. September); in einem Anhang zu diesem Abschnitte haben wir die wichtigsten Nachrichten darüber zusammengestellt. Mitte October war die Occupation der neuen Landestheile, bei der man in erfreulichem Gegensatze zu manchen anderen Reichsständen im Allgemeinen mit weiser Schonung und anerkennenswerther Mäßigung verfuhr, allenthalben beendet; die Administration verblieb noch den bisherigen Regierungsbehörden, bis gemäß der Erklärung der vermittelnden Mächte vom 15. November acht Tage später, am 23. November, auch die Civilbesitznahme und Huldigung überall erfolgte.

[1] Vergl. Nr. 206.

Seit dem Zusammentritte der Reichsdeputation im Herbste 1802 stand Reitzensteins diplomatische Thätigkeit in engster Verbindung mit den Verhandlungen in Regensburg. Alle für Baden einigermaßen wichtigen Fragen, die dort zur Berathung gelangten, beschäftigten, wie man aus seinen Berichten ersieht, auch ihn, sei es daß er um Rath und Unterstützung angegangen wurde, sei es daß er ungefragt sein Urtheil darüber abzugeben für gut fand. Mochte es sich um Mehrung des badischen Looses, um die Sustentation des säcularisirten Clerus, um die Fortführung der Comitialstimmen von Speier und Straßburg, um ein Abkommen wegen der Rheinschiffahrt oder um Maßregeln gegen den österreichischen Sequester handeln — wir können hier auf Einzelheiten nicht eingehen —: stets war er, als ein treuer Wächter der Interessen seines Herrn, eifrig bemüht, das Wohl des Landes zu fördern. Er befand sich dabei freilich nicht immer im Einklang mit den Anschauungen der Regierung, und es fehlte nicht an Verstimmungen, die das gegenseitige Verhältniß trübten. Auch seine Beziehungen zu Edelsheim litten darunter: wiederholte Klagen des Ministers über die ungünstigen wirthschaftlichen Verhältnisse der Pfalz und die schwere Schuldenlast, die man übernehmen sollte, verletzten Reitzenstein, der mit Stolz auf diese Erwerbung blickte und überzeugt war, daß bei einer geordneten Verwaltung das Land bald emporblühen werde, auf's empfindlichste: nur durch die Vorsicht seiner Frau und Edelsheims begütigendes Einlenken wurde, wie es scheint, ein offener Bruch verhütet[1]. Gelegentlich eines kurzen Aufenthaltes in Karlsruhe im November, auf dessen Veranlassung wir im folgenden Abschnitte eingehen werden, kam es zu neuen gereizten Auseinandersetzungen: während die Geheimen Räthe Reitzensteins Forderungen vielfach übertrieben und maßlos fanden, warf er der Regierung und insbesondere ihrem Vertreter in Regensburg Mangel an Einsicht und energischem, schneidigem Vorgehen vor.

Wie schon die Wahrnehmung bewies, daß selbst gegen die Verleihung der Kurwürde Bedenken laut wurden[2], entbehrten Reitzensteins Klagen nicht völlig der Berechtigung; zumeist trug aber wol, wie auch Edelsheim zugab[3], an seiner Mißstimmung eine krankhafte Ueberreizung der Nerven die Schuld, die Folge jener schweren Krankheit, die im Frühjahr 1801 sein Leben bedroht hatte, sowie der übermenschlichen Anstrengung im Berufe, welche die Ereig-

---

[1] Vergl. Nr. 229 und 235.

[2] Vergl. Nr. 239.

[3] „Indessen mag dies zum Theil wol von seinen kränklichen Umständen herrühren, die ihm öfters die Sachen in dem nachtheiligsten Lichte darstellen." Edelsheim an Meier, Karlsruhe, 23. Oct. 1802.

nisse der nächsten Zeit erfordert. Sein durch langes Leiden geschwächter Körper war der gewaltigen Arbeitslast, die allein auf seinen Schultern ruhte, auf die Dauer nicht gewachsen; er erkannte, daß er unter diesen Umständen sein Amt nicht mehr weiterführen könne[1], und der Entschluß reifte in ihm heran, sobald nach Beendigung des Friedenswerkes die Lage der Geschäfte es erlaubte, seinen Abschied zu nehmen, um im Süden Erholung und volle Genesung zu suchen. Bei seinem ersten Besuche in Karlsruhe, im Juni 1802, scheint er der Regierung davon Mittheilung gemacht zu haben; so ungern der Markgraf sich auch von seinem treuen Berather trennte, mußte er doch einwilligen. Man suchte nach einem geeigneten Nachfolger; ein Herr von Egloffstein, ein Graf Bohlen und der Hesse von Malsburg wurden genannt. Schließlich fiel die Wahl auf einen jungen Pfälzer Adeligen, einen Neffen des Kurerzkanzlers, den Freiherrn Emmerich Joseph von Dalberg. Voll warmer, dankbarer Anerkennung gedachte Karl Friedrich in einem Schreiben vom 26. Februar 1803 der unvergänglichen Verdienste, die sich Reitzenstein um sein fürstliches Haus erworben: niemals werde die Erinnerung daran in seiner Seele verlöschen. «Mais j'espère — so fügte er hinzu, — que le moment, où Vous quitterez Paris, Monsieur, ne sera pas celui qui dissoudera les rapports, qui ont existé jusqu'ici entre Vous et moi; au contraire je désirerais de les voir consolidés plus étroitement, si Vous pouviez Vous résoudre à m'aider à gouverner un pays à l'agrandissement duquel Vos soins et Vos travaux sages et judicieux ont si essentiellement contribué.»[2] Die Verleihung einer lebenslänglichen Pension von 3000 fl. und Ernennung zum wirklichen adeligen Geheimen Rathe bildeten die äußeren Beweise fürstlicher Huld und Erkenntlichkeit; weitergehende Anerbietungen von Seiten Edelsheims lehnte der edle, uneigennützige Mann in bestimmter Weise ab. Am 5. Juni überreichte Reitzenstein dem Ersten Consul sein Abberufungsschreiben, indem er zugleich seinen Nachfolger vorstellte. Die Abschiedsworte, die er bei diesem Anlasse an Edelsheim richtete, zeugen von seiner vornehmen Sinnesart und Gerechtigkeit; nach mancherlei Verstimmungen klingen sie aus wie ein versöhnender Schlußaccord.

Seine diplomatische Laufbahn war damit vorläufig beendet, aber mit Befriedigung und stolzem Selbstbewußtsein durfte er auf sie zurückblicken: in

---

[1] Vergl. Nr. 266.

[2] Mitgetheilt bei K. A. von Reichlin Melbegg, H. E. G. Paulus und seine Zeit, II, 17, wo überhaupt mehrfach Papiere Reitzensteins benützt werden, die heute leider nicht mehr vorhanden und mit dem Nachlasse von dem Neffen und Erben des Ministers offenbar vernichtet worden sind.

den sieben Jahren, die er in Paris zugebracht, war der Grund gelegt worden zu dem modernen badischen Staate, war die kleine Markgrafschaft aus bescheidenen Verhältnissen herangewachsen zu einem ansehnlichen Kurstaate. Und nächst der Gunst der Zeitumstände war dieser Erfolg in erster Linie seinen Bemühungen und dem Geschicke zu verdanken, mit dem er in treuer Hingebung, opferwillig und selbstlos bis zum letzten Augenblicke seine Pflicht erfüllte. Auch Bonaparte hatte ihn schätzen gelernt und versagte ihm beim Abgange das Zeugniß nicht, daß er eifrig jede Gelegenheit benützt habe, um die freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich zu festigen[1].

---

2. Die Mission des Prinzen Ludwig nach Petersburg. Juni 1802 — Januar 1803. —

Wie wir uns erinnern, war die Reise, die Reitzenstein Anfangs Juni nach Karlsruhe unternahm, veranlaßt durch die Sorge, daß der Zar der eben erst vereinbarten Convention die Bestätigung versagen werde. Wahrnehmungen Talleyrands und Andeutungen von Seiten Morkows ließen befürchten, daß der Bericht, mit welchem der russische Botschafter den Vertrag begleitete, nicht günstig ausfallen werde; sie waren, wie der nunmehr vorliegende Wortlaut desselben ergiebt, nur zu begründet. Auf das schärfste bekämpfte Morkow die Annahme dieses Entschädigungsplanes, der Preußen unverhältnißmäßig begünstige, Oesterreich, die einzige Schutzwehr gegenüber dem französischen Ehrgeize, dauernd seines Einflusses im Reiche beraube und das Reich selbst völlig zertrümmere; mit vollem Recht wies er, die künftige Entwicklung der Dinge vorausahnend, darauf hin, daß die deutschen Fürsten, die Frankreich ihre Entschädigung verdankten, immer mehr in die Abhängigkeit von dieser Macht gerathen und ihren ehrsüchtigen Plänen zu dienen gezwungen würden[2]. Begreiflicher Weise legte man in Paris wie in Karlsruhe den größten Werth darauf, daß die Bestrebungen Morkows vereitelt würden. Talleyrand wünschte, daß der Markgraf, dessen Interessen ja gleichfalls auf dem Spiele standen, ungesäumt einen Kurier nach Petersburg abgehen lasse und den Zaren schriftlich um seine Zustimmung ersuche; die Abordnung eines eigenen Gesandten sollte diesen Schritt unterstützen. In sichtlicher Ungeduld bemerkte Bonaparte nachdrücklich, es sei Zeit, daß die Kaiserin sich endlich zeige und ihren Einfluß geltend mache[3]. Auch in Karlsruhe erkannte man, daß Eile

[1] Vergl. Nr. 267. Das Schreiben findet sich auch bei Reichlin Meldegg, a. a. O. II, 16.

[2] Vergl. Morkows Bericht vom 4. Juni bei Tratchevsky, a. a. O. I, 416 ff.

[3] Vergl. S. 136/137.

noth thue und ging bereitwillig auf das französische Ansinnen ein. Von einer Entsendung Edelsheims, an die man anfänglich gedacht, sah man ab: der Minister war in dieser kritischen Zeit unentbehrlich. Statt dessen entschloß sich Karl Friedrich den jüngsten seiner noch lebenden Söhne, Prinzen Ludwig, mit der politischen Mission zu betrauen. In der Conferenz vom 29. Juni im Ettlinger Schlosse wurde die Instruction festgestellt: danach wurde der Prinz angewiesen, zunächst in Berlin dem Könige nochmals eindringlich die Unterstützung der badischen Interessen zu empfehlen und bei dem Anlasse sich nach dem Resultate der Monarchenzusammenkunft in Memel, von dem eventuell seine Verhandlungen in Petersburg abhingen, zu erkundigen. Seine Hauptaufgabe am russischen Hofe war natürlich, die unverweilte und uneingeschränkte Ratification der Juniconvention durch den Zaren zu erwirken; daneben galt es aber noch eine Reihe anderer Anliegen vorzubringen, deren Berücksichtigung in dem Entschädigungsplane wünschenswerth erschien. Vor allem sollten die Erwerbung von Odenheim und die Ertheilung des ohnehin mit der Kurwürde verknüpften Privilegiums de non appellando für sämmtliche Kurlande sicher gestellt, und „je nachdem sich guter Wille offenbare", eine Ergänzung des badischen Looses durch das kurmainzische Unteramt Hirschhorn beansprucht werden. Nur für den Fall, daß der Zar ernstlich geneigt wäre, noch weiter zu gehen, und zu Vorschlägen förmlich aufforderte, wurde der Prinz ermächtigt, auf die Möglichkeit eines Eintausches des Oberamtes Mosbach hinzuweisen, die durch die Mediatisirung der Reichsstadt Augsburg gegeben würde. Absichtlich war diese letzte Forderung gegen den Willen Reitzensteins so verclausulirt worden, daß sie voraussichtlich wirkungslos bleiben mußte; da der Markgraf bisher niemals daraufhin gewirkt habe, daß ein Reichsstand durch sein Verschulden seiner Existenz beraubt werde, wollten Edelsheim und Meier auch ferner diesen Grundsatz weiser Mäßigung gewahrt wissen.

Anfangs Juli trat Prinz Ludwig die Reise an[1]. Der Empfang in Berlin, wo er aus seinen preußischen Militärjahren her noch in guter Erinnerung stand und bei seiner warmen Anhänglichkeit an das Hohenzollern'sche Königshaus stets gerne gesehen war, entsprach durchaus seinen Erwartungen. Der König, der ihn zum Generallieutenant beförderte, versprach, nach Kräften für die badische Entschädigung einzutreten; Graf Haugwitz theilte ihm abschriftlich den Abschnitt des Entschädigungsplanes, der Baden betraf, mit und informirte ihn über die Zusammenkunft in Memel, bei der keinerlei politische Abmachungen getroffen worden seien.

[1] Auch Thiers: Histoire du Consulat, IV, 89 gedenkt derselben, verwechselt den Prinzen aber mit seinem älteren Bruder und läßt ihn in Finnland (!) verunglücken.

Inzwischen war, während der Prinz noch in Berlin weilte, die Ratification der Juniconvention erfolgt. Nicht ohne Bedenken und mancherlei Kämpfe im Schooße des Staatsraths. Man verargte es Morkow, daß er nicht rechtzeitig, ehe in Paris alles definitiv geregelt worden, die Regierung über die Verhandlungen unterrichtet habe, und der Zar nun gleichsam gezwungen sei, die Acte zu unterschreiben «comme un enfant à qui l'on fait faire ce qu'on veut»[1]. Graf Kotschubey insbesondere opponirte lebhaft, aber die Mehrheit entschied sich nach einem Vortrage des Vicekanzlers Fürsten Kurakin vom 7. Juli doch, um einmal zum Ende zu kommen, für die unverweilte Bestätigung, zumal durch weiteren Aufschub die Interessen der dem Zaren verwandten Fürsten nur geschädigt und Bonaparte schließlich doch nicht an der Durchführung seines Willens gehindert werden könnte[2]. Die dringenden Bitten des Markgrafen, zu denen sich wol ähnliche Vorstellungen der übrigen deutschen Verwandten gesellten, thaten das Ihrige: am 16. Juli unterzeichnete der Zar; durch den schwedischen Gesandten, Baron Stedingk, der auf Weisung des Königs sich eifrig der Sache des Markgrafen angenommen, erhielt Karl Friedrich die erste Nachricht davon. Ein verbindliches Schreiben Alexanders folgte und bestätigte, daß der Entschädigungsplan ohne Verzug dem Reichstage vorgelegt werden solle. Der wichtigste Theil der dem Prinzen zugedachten Aufgabe war somit ohne sein Zuthun erledigt. Unmittelbar nach seiner Ankunft in Petersburg (9. August) übergab er dem Zaren eine Note, in der unter Hinweis auf die schweren finanziellen Opfer, welche die Versorgung der säcularisirten Geistlichkeit billigerweise erheische, nebst dem oben erwähnten Privilege Odenheim und Hirschhorn als Ergänzung des badischen Looses gefordert wurden. Der Zar, der anfänglich wol weitergehende Ansprüche befürchtet hatte[3], nahm die Denkschrift wohlwollend auf, nicht minder seine Minister, und schon nach wenigen Tagen empfing Prinz Ludwig die tröstliche Versicherung, daß dem Gesandten in Paris und Regensburg Ordre ertheilt sei, entsprechende Zusätze zu dem Entschädigungsplane nachdrücklichst zu beantragen. Zu spät kam aus Karlsruhe die Weisung, auf Hirschhorn zu verzichten: sie war veranlaßt durch eine Unterredung mit Mathieu, in der Reitzenstein sich überzeugt hatte, daß man auf die Erwerbung dieses kurmainzischen Amtes, das dem Hause Nassau-Usingen zugedacht sei, nicht mehr ernstlich zählen dürfe. Ohne sich zu compromittiren, konnte Prinz

---

[1] Vergl. Mémoires du Prince Ad. Czartoryski, I, 357.

[2] Vergl. die eingehenden Mittheilungen Kotschubeys über die Ratificationsfrage bei Al. Wassilitchikow, Les Razoumowski, II, 4, 305 ff.

[3] Vergl. seine Aeußerung auf die erste Kunde von der Mission des Prinzen. Nr. 208.

Ludwig die Schritte, die er gethan, so wenig rückgängig machen, als später, wo man wol in einer Anwandlung von Schwäche die ungleich berechtigtere Förderung von Odenheim vorübergehend fallen zu lassen geneigt schien. Er mußte im Gegentheil wünschen, daß die Regierung die glücklichen Resultate, die er in Petersburg erzielt, festhalte und in Paris und Regensburg ihrerseits kräftigst unterstütze; es war daher eine bittere Enttäuschung für ihn, als er später erfuhr, daß nicht ohne ihr Verschulden Hirschhorn verloren gegangen und dem Landgrafen von Hessen-Darmstadt zugefallen sei.

Mit Erfolg hatte der Prinz, soweit es an ihm lag, die Aufgabe, die ihm bei seiner ersten diplomatischen Mission gestellt wurde, gelöst; befriedigt und durch kaiserliche Huld reich ausgezeichnet, verließ er daher am 12. September wieder die russische Hauptstadt; beim Abschiede gab ihm der Zar die Versicherung mit auf den Weg, daß er sich stets gern dem badischen Fürstenhause gefällig erweisen werde: der Markgraf möge sich daher bei jedem Anlasse, wo er ihm nützen könne, vertrauensvoll an ihn wenden.

Wie die höchst merkwürdigen Actenstücke ergeben, mit denen wir diesen Abschnitt beschließen, sollte sich bald eine Gelegenheit bieten, wo man sich in Karlsruhe dieses Versprechens erinnerte. Der Ministerwechsel, der im September 1802 zu Petersburg stattfand und an Stelle des Frankreich wohlgesinnten Kurakin den Grafen Al. Woronzow ans Ruder brachte, weckte in Paris allerlei Besorgnisse; nach den Berichten des Gesandten in Petersburg mußte man in dem neuen Vicekanzler, der die Sympathien seines Bruders für England theilte, das Haupt der Kriegspartei, die zu erneutem Bruche drängte, erblicken. In einem Augenblicke, wo von ferne schon ein neuer Conflict mit dem britischen Inselreiche drohte, galt es alles aufzubieten, um den Einfluß dieser, wie man annahm, von der Kaiserin-Mutter begünstigten Faction lahm zu legen. Dazu sollte u. A. die zwischen den Höfen von Karlsruhe und Petersburg bestehende Familiencorrespondenz benützt werden. Mit geheimen Aufträgen des Ersten Consuls begab sich Reitzenstein Ende October nach der badischen Residenz. Unter der Maske eines wohlmeinenden Warners und Freundes verbarg Bonaparte geschickt seine eigenen Wünsche und Absichten: die vom Salon der Kaiserin-Mutter ausgehende altrussische Opposition gegen das liberale Regiment des Zaren wurde aufgebauscht zu einer tiefangelegten, Thron und Leben des Kaiserpaares bedrohenden Verschwörung[1], der die regierende

[1] Möglich, daß auch die Nachrichten über hochverrätherische Umtriebe einiger Gardeofficiere dieser Warnung zum Vorwand dienten. Vergl. den Bericht Hédouvilles vom 22 Fructidor an 10 bei Tratchevsky, a. a. O., I, 502, sowie Bignon, a. a. O., III, 141.

Kaiserin — und das war die Quintessenz — nur entrinnen könne, wenn sie energischen Antheil an den Geschäften nehme, sich an die Spitze einer eigenen Partei stelle und bei der Auswahl der künftigen Berather der Krone sich von dem Rathe des französischen Gesandten leiten lasse. Dies alles sollte der jungen Zarin von Seiten ihrer Karlsruher Anverwandten eindringlich vorgestellt werden. Es ist nicht bekannt, ob die Erbprinzessin-Wittwe, der diese Aufgabe naturgemäß zufallen mußte, sich darauf eingelassen hat, aber man darf es, wie die Dinge liegen, wol füglich bezweifeln: sie war zu klug, um den Plan nicht zu durchschauen, und wol auch zu vorsichtig, um die französischen Machenschaften irgendwie zu unterstützen. Dagegen kam man in einem anderen Punkte dem Verlangen des Ersten Consuls nach. Auf Wunsch Bonapartes bemühte sich Karl Friedrich seinen kaiserlichen Enkel wegen der Einmischung Frankreichs in die Angelegenheiten der Schweiz, die man an der Newa mit Mißtrauen verfolgte, nach Kräften zu beruhigen: die französische Politik, so versicherte er, verfolge dort keine eigensüchtigen Pläne, sondern bezwecke lediglich Wiederherstellung der Ordnung und Ruhe; als Nachbar der Schweiz könne er selbst sich nur darüber freuen, daß der dort herrschenden Anarchie ein Ende bereitet werde. Die Antwort des Zaren, so verbindlich sie in der Form auch war, ließ indeß doch darüber keinen Zweifel, daß er den Betheuerungen Bonapartes, die in auffallendem Widerspruche mit den Thatsachen standen, keinen Glauben schenkte. Der Versuch des Ersten Consuls, mit Hilfe des Markgrafen auf die Haltung und Stimmung des russischen Hofes einzuwirken, war völlig mißglückt.

---

3. Verhandlungen mit Baiern wegen Abtretung der Pfalz. Juni — November 1802. — Unter den Erwerbungen, die dem Hause Baden zufielen, weitaus die stattlichste und politisch bedeutsamste war das aus den Oberämtern Heidelberg, Ladenburg und Bretten bestehende Gebiet der rechtsrheinischen Pfalz: das alte Stammland der pfälzischen Kurfürsten, von wechselnden Schicksalen heimgesucht, wie kaum ein zweites auf deutscher Erde, gesegnet mit reichen, natürlichen Hilfsquellen, bewohnt von einer fleißigen, geistig regsamen Bevölkerung, und im Besitze einer Hochschule, die auf eine stolze jahrhundertelange Vergangenheit zurückblickte[1]. Aber freilich es war mehr

[1] Der badische Antheil an der Pfalz umfaßte 17 □Meilen mit 100000 Einwohnern; nach der letzten Zählung von 1786: 96843 Seelen. Die Angaben über die Einkünfte schwanken; nach Zusammenstellungen aus den Jahren 1802/3 werden die Gesammteinkünfte auf 509460 fl. 11 kr., die Reineinkünfte nach Abzug der Verwaltungskosten auf 360049 fl. 31 kr. berechnet; andere Tabellen aus gleicher Zeit geben niedrigere Zahlen (535497 fl.,

ein Wechsel auf die Zukunft, als ein augenblicklich fühlbarer Gewinn, den Baden empfing: in Folge der Mißwirthschaft unter Karl Theodor und der jahrelangen Kriegsleiden war das Land verwahrlost und verschuldet, unfähig aus eigenen Mitteln sich zu erhalten und mit einem erheblichen Deficit belastet.

Es fiel daher dem Münchner Hofe, wie wir sahen, nicht sonderlich schwer, sich dieser Besitzung zu entäußern, für die er in den fränkischen und schwäbischen Bisthümern reichlichen Ersatz fand, und man spottete wohl geringschätzig über den zweifelhaften Werth der badischen „Entschädigung"; in Karlsruhe aber war man trotz der mißlichen Umstände, unter denen man die Erbschaft der Wittelsbacher antreten sollte, von vornherein entschlossen, durch redliche Arbeit und weise Verwaltung der Pfalz wieder zu blühendem Gedeihen zu verhelfen und durch die beschämende That dem Vorgänger den Spott heimzuzahlen[1]. Die Geschichte der badischen Verwaltung aus dieser Zeit, die uns in Aussicht gestellt ist, wird lehren, wie die Regierung ihr Wort eingelöst hat.

Wir haben uns hier auf die Abtretung der Pfalz, soweit sie die äußere Politik berührt, zu beschränken. War die Verzichtleistung Baierns an sich verhältnißmäßig leicht und mühelos erwirkt worden, so stießen die Verhandlungen über die Modalitäten und Bedingungen, unter denen der Uebergang stattfinden sollte, wider Erwarten auf erhebliche Hindernisse. Es handelte sich um die Entscheidung einer Reihe, zum Theil höchst schwieriger Fragen, wie die Uebernahme der Civildiener und des Militärs, die Ausscheidung des kurfürstlichen Privateigenthums, die Vertheilung der Landesschulden u. A. mehr.

Die Verhältnisse lagen um so verwickelter, als neben Baden ja gleichzeitig auch Hessen-Darmstadt, Leiningen und Nassau als Miterben der Pfalz auftraten und entsprechend für ihren Antheil aufzukommen hatten. Ein erster Versuch Edelsheims, durch persönliche Bemühungen eine Verständigung mit dem Münchner Cabinete zu erzielen, mißglückte, ebensowenig führten die Verhandlungen, zu denen der Oberstkammerherr von Geusau Ende September an den bairischen Hof entsandt wurde, zu einem befriedigenden Ergebnisse. Die markgräfliche Regierung zeigte sich aufrichtig bestrebt, soweit es mit ihrer Würde und dem eigenen Interesse irgend vereinbar war, bis zur äußersten Grenze der Nachgiebigkeit zu gehen, und man einigte sich daher wol über eine Anzahl minder wesentlicher Punkte. Gerade in den wichtigsten Fragen

bezw. 356434 fl.). Mit Berücksichtigung des Zinsaufwandes für die ungeheuere Staatsschuld ergab sich aber nach Erhebungen des Hofraths Gaum ein jährliches Deficit von 66651 fl. Vergl. Nr. 223.

[1] Vergl. Nr. 235 und 314.

aber stand Meinung gegen Meinung. Dies galt vor allem bezüglich der vielberufenen Pfälzer Schuldangelegenheit, die über ein halbes Jahrhundert die Federn der Diplomaten und Finanzmänner in Bewegung setzte und gewaltige Stöße von Acten hinterließ. Die Noth der Kriegsjahre hatte die pfalzbairische Regierung wiederholt zur Aufnahme größerer Anleihen gezwungen, die im Verein mit erheblichen Zahlungsrückständen schließlich im Jahr 1803 eine Staatsschuld von rund 9,200000 fl. repräsentirten[1]. Es war klar, daß diese Capitalien zur Bestreitung der Bedürfnisse der gesammten pfälzischen Lande, nicht etwa blos der rechtsrheinischen Aemter gedient hatten; § 38 des Reichsdeputationsschlusses bestimmte aber im Einklang mit dem vierten Entschädigungsprincip der Juniconvention, daß die für ihre linksrheinischen Verluste entschädigten Reichsstände die auf den dortigen Besitzungen lastenden Schulden auf die rechtsrheinischen Entschädigungslande zu übernehmen hätten. Daraus ergab sich für Baiern die Verpflichtung zur Concurrenz an der pfälzischen Staatsschuld von selbst. Ein zweites kam hinzu: die Sechsmillionenanleihe vom Jahre 1796 war aufgenommen worden mittels Verpfändung der Einkünfte der Aemter Heidelberg und Mosbach, der Grafschaft Leuchtenberg und des Herzogthums Neuburg; als Besitzer der Oberpfalz blieb somit Baiern auch ferner Hypothekarschuldner. Allein während die markgräfliche Regierung in durchaus loyaler Weise von Anfang sich bereit erklärte, den auf sie entfallenden Antheil an der Staatsschuld zu tragen, weigerte sich das Münchner Ministerium unter allerlei, oft recht nichtigen Ausflüchten, — insbesondere unter Berufung auf ein Abkommen mit Frankreich vom 24. August 1801, vermöge dessen diese linksrheinischen Schulden angeblich auf die Republik übergingen, —auf das entschiedenste, irgendwelche Verbindlichkeit seinerseits anzuerkennen. An seinem hartnäckigen Widerstande scheiterten alle vermittelnden Bemühungen der Diplomatie: eine Entscheidung von Seiten der Mediatmächte wurde nicht getroffen, der Einigungsversuch eines Schiedsgerichtes blieb ohne Erfolg, und so schleppte sich der leidige Handel von Jahrzehnt zu Jahrzehnt, aus der Zeit des Rheinbunds hinüber in die des Bundestags, bis endlich im Jahre 1859 die Krone Baiern sich zu einem Vergleiche bequemte und damit die Berechtigung der gegnerischen Forderungen zum Theile einräumte.

Materiell von geringerer Bedeutung, dagegen vorübergehend von ernstem politischem Charakter war der Streit um die Mannheimer Sammlungen. Durch Schenkung vom 5. Februar 1800 hatte Kurfürst Max Joseph die Mannheimer literarischen, naturwissenschaftlichen und kunstgeschichtlichen Sammlungen,

[1] Vergl. darüber den Aufsatz bei Häberlin, Staatsarchiv, XI, 52 ff.

darunter jene kostbaren Kunstschätze, die heute eine Zierde der Münchner Gallerie bilden, der dortigen Akademie der Wissenschaften als Eigenthum überwiesen, — „bis“, wie ein etwas dunkler, einschränkender Zusatz besagte, „zur zukünftigen Organisation“. Gestützt auf diese und andere Urkunden protestirten die Akademie und die Stadtverwaltung auf das lebhafteste gegen die von Baiern beabsichtigte Wegführung der Sammlungen, während die Münchner Regierung nicht minder eifrig behauptete, daß jene Schenkung nur unter Vorbehalt erfolgt und lediglich fingirt worden sei, um die werthvollen Bestände unter dem Schutze eines wissenschaftlichen Instituts vor französischer Plünderung sicher zu stellen. Die Ansprüche der Mannheimer Akademie waren, wie man sich auch in Karlsruhe im Laufe der Verhandlungen überzeugte, nicht berechtigt, wol aber sprach man die Erwartung aus, daß der Kurfürst aus Billigkeitsgründen die Stadt und Akademie, zu deren Hebung und Förderung seine Vorfahren meist jene Sammlungen eingerichtet, derselben nicht gänzlich berauben werde. Eine Vereinbarung mit Baiern kam indeß während Geusaus Anwesenheit in München nicht zu Stande und blieb späteren Verhandlungen vorbehalten. Noch ehe sie erfolgte, erfuhr man von höchst ärgerlichen und unerquicklichen Auftritten, die sich in der Nacht vom 14./15. November zu Mannheim abgespielt hatten. Eigenmächtig, ohne sich um die Einsprache der badischen Regierung und die Reclamationen der Akademie zu kümmern, ordneten die bairischen Commissäre die Verpackung und Wegschaffung der Sammlungen an und betrieben dieselbe bei Nacht und Nebel mit solcher Eile, daß die Gegenstände vielfach beschädigt wurden. Da die badischen Commissäre vergeblich um vorläufige Einstellung dieser Maßregeln ersuchten, blieb ihnen schließlich nichts übrig, als Siegel an das Sammlungsgebäude anzulegen und Wachposten in dem Schlosse aufzustellen. In der ersten Erbitterung dachte man in Karlsruhe, falls die Baiern, wie verlautete, mit gewaffneter Hand den Transport erzwingen wollten, einen Augenblick daran, Gewalt der Gewalt entgegenzusetzen, und ertheilte der Garnison Marschordre, aber schon am andern Tage gewann die Mäßigung wieder die Oberhand: Karl Friedrich konnte sich nicht entschließen, um der Akademie willen Leib und Leben seiner Unterthanen aufs Spiel zu setzen, und befahl seiner Commission, sich auf Protest zu beschränken[1]. Inzwischen war die Kunde von den Mannheimer Vorgängen auch nach München gedrungen und hatte dort eine gewaltige Aufregung erzeugt. Der Kurfürst fühlte sich persönlich beleidigt und begehrte von dem Markgrafen als Genugthuung sofortige Abberufung der badischen Commissäre.

---

[1] Vergl. Nr. 322/3.

Wie sein Minister, Graf Montgelas, gleichzeitig an Edelsheim schrieb, hatten zwei Bataillone Infanterie und zwei Schwadronen nebst einer Batterie bereits Weisung erhalten, in Gewaltmärschen nach der Pfalz zu eilen, andere Abtheilungen, eventuell die gesammte Truppenmacht sollten folgen. Gleichsam als Ultimatum stellte er eine Reihe von Forderungen, von deren Bewilligung er die Rücknahme der militärischen Anordnungen abhängig machte. Die Dinge lagen indeß nicht so schlimm, als es den Anschein hatte. Durch die Beschlüsse des Geheimen Raths vom 15. November waren die bairischen Forderungen theilweise schon aus freien Stücken erfüllt, jede Gefahr eines blutigen Conflictes im Voraus beseitigt. Auch die Drohungen des Münchner Cabinetes waren wol mehr auf Einschüchterung berechnet als ernst gemeint; wurden sie doch von dem Zugeständnisse begleitet, daß die Wegführung der Sammlungen eingestellt werden sollte. Die Antwortschreiben des Markgrafen und seines Ministers dienten vollends zur Beruhigung der erhitzten Gemüther: sie ließen keinen Zweifel übrig, daß die bedauerlichen Vorfälle im wesentlichen durch die bairischen Commissäre verschuldet seien, verriethen im übrigen aber die Neigung zu versöhnlichem Entgegenkommen. So konnte am 23. November wie in den übrigen Landestheilen, auch in der Pfalz ohne alle Störungen und Zwischenfälle die Civilbesitznahme stattfinden. Ein paar Wochen später, im Verlaufe der Ausgleichsverhandlungen, die wegen der noch zu erledigenden Differenzpunkte von den beiderseitigen Commissionen zu Mannheim geführt wurden, leisteten die badischen Bevollmächtigten etwas voreilig, ohne günstigere Nachrichten aus Paris abzuwarten, endgiltig Verzicht auf die Sammlungen und schafften die Streitfrage damit aus der Welt.

---

4. Sendung des Prinzen Ludwig nach Paris. November bis December 1802. — Wir wenden uns in diesem Abschnitte der Mission zu, die in den letzten Tagen des November den Prinzen Ludwig nach Paris geführt hat. Ohne Zuthun Edelsheims, der im Gegentheile mit einer gewissen Beklemmung der Reise entgegensah, wurde der Markgraf zu dem Schritte, wie es scheint, lediglich durch die Vorstellungen Reitzensteins bewogen. Die Erkenntniß, daß es angebracht sei, in dem Zeitpunkte, da Baden in den vollen Besitz der Entschädigungslande gelangte, dem Ersten Consul den Dank für seine Mitwirkung abzustatten, sowie die Erwägung, daß die Entsendung eines badischen Prinzen zu dem Zwecke in Paris als ein Beweis ganz besonderer Aufmerksamkeit und Ehrung betrachtet und Gelegenheit bieten werde, mancherlei andere Anliegen, die man verfolgte, vorzubringen, mochte für Karl Friedrich den Ausschlag gegeben haben. Im Vordergrunde der mit dieser Mission verknüpften Interessen

stand eine politisch bedeutsame Materie, der wir im Rahmen dieser Publication zum ersten Male begegnen, — die Erbfolgeangelegenheit der Grafen von Hochberg.

Schon bei seiner zweiten Vermählung hatte sich Karl Friedrich in einer von sämmtlichen Söhnen aus erster Ehe unterzeichneten Versicherungsurkunde vom 24. November 1787 ausdrücklich bezüglich der Successionsrechte etwaiger männlicher Nachkommen aus zweiter Ehe nähere Bestimmungen vorbehalten und entsprechend durch eine weitere Disposition vom 20. Februar 1796 aus eigener Machtvollkommenheit verfügt, daß beim Aussterben des Mannesstammes aus erster die Söhne aus zweiter Ehe, die er zu Grafen von Hochberg erhob, zur Erbfolge in den gesammten Landen gelangen sollten[1]. Die Katastrophe von Arboga nöthigte den Markgrafen, sich von neuem mit der Frage zu beschäftigen und für den Fall seines Hinscheidens sein Haus zu bestellen. Gewisse Rücksichten auf den Erbprinzen, die ihn vordem vielleicht zur Zurückhaltung bestimmt, fielen mit dem Tode desselben hinweg. Der muthmaßliche Erbe des Thrones, Prinz Karl, stand, noch minderjährig, in jugendlichem Alter; von den beiden Söhnen Karl Friedrichs war der ältere, Prinz Friedrich, kränklich und kinderlos, der jüngere, Prinz Ludwig, unvermählt und, wie es schien, einer Ehe abgeneigt. Die Möglichkeit eines Erlöschens des älteren badischen Mannesstammes, mit der früher kaum ernstlich gerechnet werden konnte, war nun wider Erwarten auf einmal näher gerückt und angesichts dieser Lage traten dem Markgrafen naturgemäß all' die Schrecknisse eines Erbfolgekrieges, wie sie die Pfalz ehedem an sich erfahren, deutlicher als je vor Augen. In schwerer Sorge dachte er an die Gefahr einer Zertrümmerung, die den künftigen Kurstaat bedrohte und die Arbeit einer langen, segensreichen Regierung zu vernichten strebte. Die Ereignisse der Jahre 1815—1818, die Ansprüche, die Baiern im Hinblick auf das Aussterben der älteren Zähringischen Linie damals geltend machte, beweisen auf's klarste[2], daß es nicht eitle Schreckbilder waren, die dem Markgrafen vorschwebten. Es genügte ihm daher nicht, wenn er durch letztwillige Verfügung vom 27. März 1802 das Hausstatut vom 20. Februar 1796 erneuerte und bestätigte; vielmehr geboten ihm, wie er selbst erklärte, Pflicht und Gewissen, dahin zu wirken, daß das familiengesetzlich anerkannte Erbfolgerecht der Grafen von Hochberg beim Abschlusse des großen Friedenswerkes, analog einer Bestimmung des Teschener Friedens, von

[1] Vergl. J. L. Klüber, Acten des Wiener Congresses, VIII, 166 ff.

[2] Vergl. die Verhandlungen darüber, sowie den Briefwechsel zwischen Großherzog Karl und König Max Joseph von Baiern vom März 1818 bei Klüber, a. a. O., VIII, 141 ff., und Varnhagen v. Ense, Denkwürdigkeiten, IX, 240 ff.

Kaiser und Reich förmlich garantirt und dadurch allem weiteren Uebel vorgebeugt werde. Der Plan wurde, vermuthlich weil man von Seiten der Erbprinzessin oder des bairischen Kurhauses Widerspruch befürchtete, in tiefes Geheimniß gehüllt; außer Reitzenstein, in dem man wol den Urheber erblicken darf, war, so weit wir sehen, nur Prinz Ludwig eingeweiht. Aufgabe des Letzteren sollte es sein, zunächst in Paris die Stimmung zu sondiren. Nach einer Aeußerung des Prinzen, der einzigen leider, die darüber vorliegt, fand die Idee den vollen Beifall Bonapartes. Bei der Beendigung der deutschen Angelegenheiten werde, so meinte dieser, wol der Zeitpunkt kommen, sie zu verwirklichen. Trotz der günstigen Aufnahme auf französischer Seite verlautete in Karlsruhe während der folgenden Monate merkwürdiger Weise nichts mehr von dem Projecte. Möglich, daß die Erbprinzessin Wittwe davon erfuhr und Anlaß gab zu neuen Bedenken, welche einen vorläufigen Verzicht räthlich erscheinen ließen. Weisungen des Petersburger Hofes aus dem October 1803, die wir des Zusammenhangs wegen hier schon anführen, machen diese Annahme wenigstens wahrscheinlich; sie ergeben, daß der Zar von dem Vorhaben Kenntniß erhalten hatte und, vermuthlich durch die Erbprinzessin beeinflußt, dasselbe nach Kräften zu vereiteln bemüht war, indem er das Berliner Cabinet nicht ohne Erfolg einlud, in Regensburg Einsprache dagegen zu erheben. Graf Görtz, der, wie sich zeigt, persönlich dem Projecte wenig geneigt und überzeugt war, daß Baiern im eigenen Interesse sich gleichfalls widersetzen werde, erhielt in Folge dessen Auftrag, Erkundigungen darüber einzuziehen, vermochte aber nichts Sicheres zu ermitteln. Auch nach Wien war das Gerücht offenbar gedrungen; der österreichische Botschafter in Paris versuchte den badischen Gesandten darüber auszuholen, ohne daß dieser anscheinend selbst recht Bescheid wußte. Immerhin gewährten die Erklärungen des Grafen Cobenzl die Hoffnung, daß der Wiener Hof sich bereit finden werde, die Erbfolgerechte der Grafen von Hochberg anzuerkennen, falls es dem Markgrafen gelinge, die Zustimmung des Zaren zu erlangen und, wie bezeichnender Weise hinzugefügt wurde, die badische Politik sich künftig nicht mehr vorwiegend im preußischen Fahrwasser bewege. Aber freilich gerade an der ersten Voraussetzung fehlte es, wie wir sahen, völlig, und so kam es wol, daß man in Karlsruhe von weiteren Schritten in der Sache zunächst absah; wenigstens enthalten die dortigen Acten bis zum Herbst 1804 keinerlei Nachrichten, die auf eine erneute Erörterung der Angelegenheit schließen ließen[1].

---

[1] Möglich, ja in hohem Grade wahrscheinlich, daß die uns unzugänglichen Briefe der Erbprinzessin Wittwe an ihre Töchter in Petersburg und München über all' diese Verhandlungen später noch einmal wichtige Aufschlüsse geben werden.

Daß Karl Friedrich darum seinem Lieblingswunsche nicht dauernd entsagte, ist bekannt und wird sich aus dem folgenden Bande des Näheren ergeben.

Die günstige Stimmung, die Prinz Ludwig oder Graf Eberstein, wie sein Incognito lautete, in Paris vorfand, erstreckte sich indeß nicht nur auf die Erbfolgefrage. Die Auszeichnungen, mit denen Bonaparte ihn geflissentlich überhäufte, fielen auf und gaben, wie es scheint, sogar Anlaß zu dem Gerüchte, daß eine Vermählung des Ersten Consuls mit der jüngsten Enkelin Karl Friedrichs, Prinzessin Wilhelmine, geplant sei[1]. Jedenfalls erleichterte der Empfang dem Prinzen seine Aufgabe. Seine Vorstellungen wegen der Mannheimer Sammlungen fanden Gehör; Bonaparte sprach die bestimmte Erwartung aus, daß dieselben an Ort und Stelle verblieben, freilich zu spät, denn als die Nachricht nach Karlsruhe gelangte, war der endgültige Verzicht bereits erfolgt. Ein anderes Anliegen betraf die Zuweisung der im Badischen gelegenen Güter und Gefälle der breisgauischen Mediatstifter, die als Ersatz für den Verlust der Herrschaft Ostrach früher schon von Reitzenstein begehrt worden waren. Man schien auf französischer Seite entschieden geneigt, dem Wunsche, zumal wenn er vom Zaren befürwortet würde, zu entsprechen. Auch von dem Breisgau war wieder einmal die Rede. Der Markgraf oder doch sicherlich sein Sohn mochte hoffen, daß bei den Verhandlungen, die zur Zeit über einen Ausgleich mit Oesterreich schwebten, sich vielleicht Gelegenheit zur Erwerbung bieten werde; jedenfalls hielten sie es schon im Hinblick auf künftige politische Veränderungen für angezeigt, den Ersten Consul für den Gegenstand zu interessiren. In einer langen, höchst beachtenswerthen Unterredung mit dem Prinzen, die am 18. December zu St. Cloud stattfand, gab Bonaparte zu erkennen, daß er, um die Contiguität der badischen Lande zu vervollständigen und Oesterreich, wie der eigene Vortheil gebot, von der Rheingrenze zu entfernen, bereit sei, dem Markgrafen den Breisgau zu verschaffen, legte aber vor allem Werth darauf, daß der Zar bestimmt werde, den Wunsch nach einer weiteren Vergrößerung Badens „sowol in Ansehung des Breisgaus[2] als der den breisgauischen Mediatstiftern in den altbadischen Landen zustehenden Gefälle" ihm persönlich vorzutragen. Das alte Lied, daß Kaiserin Elisabeth lebhafteren Antheil an den Regierungsgeschäften nehmen müsse, wurde dabei von neuem wiederholt; die Mittel und Wege, die zu dem Zwecke vorgeschlagen wurden, waren bezeichnend für die Bonaparte'sche Politik. In dem letzten Stadium

---

[1] Vergl. Seite 296.

[2] Ein Anerbieten, der Erbprinzessin den Breisgau zuzuwenden, ist derselben nach dem Tode ihres Gemahls vom Petersburger Hofe gemacht, von ihr aber, ohne daß sie in Karlsruhe davon gesprochen, abgelehnt worden. Vergl. Nr. 246.

der Pariser Verhandlungen mit Oesterreich bildet diese Scene zu St. Cloud eine merkwürdige Episode; im bisherigen Verlaufe derselben war, so weit wir unterrichtet sind[1], nie von einem Verzichte Modenas auf den Breisgau die Rede gewesen. Wie diese überraschende Wendung gleichsam kurz vor Thorschluß gekommen, läßt sich mit Sicherheit nicht sagen; aus den Aufträgen für den Zaren wird man wol schließen dürfen, daß Bonaparte selbst eine Einigung mit dem Wiener Hofe noch in weiter Ferne glaubte. Wider Erwarten änderte sich indeß die Situation abermals rasch. Genau acht Tage nach jener Unterredung, am 26. December, unterzeichnete Talleyrand die Convention mit Oesterreich, welche den Breisgau sammt der Ortenau endgültig dem Herzoge von Modena überließ; die Rücksicht auf die Stimmung in England und Rußland, die zusehends unfreundlicher wurde, drängte offenbar zum Abschlusse.

Einen praktischen Erfolg hat die Mission des Prinzen Ludwig somit auch in der vorliegenden Frage für den Augenblick nicht erzielt, wol aber sind nach verschiedenen Seiten hin Anregungen gegeben worden, deren Wirkungen in der Zukunft hervortraten. Freilich bedeutete sie zugleich einen Schritt weiter auf dem verhängnißvollen Wege, der zum Rheinbund führte; je eifriger man die Gunst Frankreichs suchte, um so mehr gerieth man, halb unbewußt, ohne es zu wollen, in ein Abhängigkeitsverhältniß, aus dem es kein Entrinnen mehr gab. „Ihr werdet im nächsten Kriege mit Oesterreich unsere Avantgarde bilden": mit diesen Worten hat der Dictator schon damals ohne Umschweife dem Prinzen die Rolle bezeichnet, die er Baden zugedacht und drei Jahre später auch aufgezwungen hat.

---

5. Beziehungen zu Oesterreich. Juni 1802—März 1803. — Die Convention vom 3. Juni bedeutete für die österreichische Diplomatie eine völlige Ueberraschung; zu spät erkannte der Wiener Hof die Gefahr einer politischen Vereinsamung, in die er durch das Verschulden der eigenen Staatskunst gerathen war. Aber dem ausgesprochenen Willen der vermittelnden Mächte gegenüber war an Widerstand nicht mehr zu denken: „und wenn Bonaparte, meinte damals Philipp Cobenzl, die Hälfte unserer Monarchie forderte, wir könnten es ihm nicht wehren"[2]; die Aussicht auf eine entscheidende Mitwirkung bei der Regelung der Entschädigungsangelegenheit war unwiderbringlich verscherzt. Auch in der Correspondenz mit Gemmingen, deren wich-

[1] Vergl. Ad. Beer, a. a. O. Archiv für österreichische Geschichte, 52, 522 ff.

[2] Vergl. Al. Wassilitchikow, Les Razoumowski. Edition française par A. Brückner, II, 2, S. 45. — Im übrigen A. Beer, Archiv für österreichische Geschichte, 52, S. 520.

tigste Stücke wir der Vollständigkeit wegen in diesem Abschnitte mittheilen, prägt sich dies aus; sie tritt an inhaltlicher Bedeutung hinter dem übrigen diplomatischen Schriftwechsel der Karlsruher Regierung zurück. Es gab eigentlich keine wesentlichen Anliegen, über die man zur Zeit mit dem Wiener Cabinete zu verhandeln gehabt hätte; man hatte von ihm weder etwas zu fürchten, noch viel zu hoffen.

Sieht man ab von dem bekannten Projecte einer Erwerbung des Breisgaus, bezw. der Ortenau, das, durch allerlei Muthmaßungen und mehr oder minder beglaubigte Gerüchte auf's neue angeregt, auch im Beginn dieser Periode noch nicht zur Ruhe kam, so concentrirte sich im Grunde das Interesse der Wiener Verhandlungen ausschließlich auf den Uebergang der Kurwürde auf Baden. Der Entschädigungsplan der vermittelnden Mächte hatte, wie wir wissen, für Baden, Würtemberg und Hessen-Kassel die Kur in Vorschlag gebracht; es war daher, wie die Dinge lagen, kaum mehr als die Erfüllung einer Formalität, wenn die betreffenden Reichsstände den Kaiser um die Verleihung der neuen Würde ersuchten. Trotzdem entschloß sich Karl Friedrich nur zögernd und erst, nachdem die Andern mit dem Beispiele vorangegangen waren, zu diesem Schritte. Bei der tief in seinem Innersten wurzelnden Achtung vor dem Reichsoberhaupte und der Reichsverfassung, die einen Grundzug seines Wesens bildete, glaubte er wol ein solches Vorgehen nicht zu verantworten zu können, so lange der Kaiser nicht selbst dem Entschädigungsplane zugestimmt. Die gleiche Mäßigung, die er hier beobachtete und die man in Wien mit aufrichtigem Danke anerkannte, bewährte er auch im weiteren Verlaufe der Angelegenheit. Unter den neuen Kurstaaten war Baden an erster Stelle genannt, vermuthlich weil der Markgraf von Frankreich zuerst als Candidat für eine der in Wegfall kommenden geistlichen Kuren aufgestellt worden war[1]; daß damit irgend ein Vorrang verbunden sein solle, war nirgends gesagt. Wol aber faßte man am Stuttgarter Hofe dies so auf und behauptete, daß dem Herzoge vermöge seiner bevorzugten Stellung im schwäbischen Kreise, wie im Reichsfürstenrathe, auch im Kurcollegium der Vortritt vor Baden gebühre.

Langwierige Erörterungen über diese unerquickliche Rangfrage, die uns heute ziemlich belanglos erscheint, auf dem Hintergrunde jener Zeit aber und im Zusammenhange insbesondere mit der althergebrachten Rivalität der beiden Reichsstände im schwäbischen Kreise durchaus verständlich war, knüpften sich daran an. Man wird der Politik des Markgrafen dabei das Lob nicht versagen, daß sie in maßvoller Zurückhaltung nur berechtigte Ansprüche zu wahren versuchte. Während Würtemberg am Wiener Hofe, wie wir aus

[1] Vergl. S. 122, Anm. 1.

Gemmingens Berichten ersehen, alle Hebel in Bewegung setzte, um die Präcedenz zu erlangen, und in der Kaiserin-Mutter zu Petersburg eine mächtige Fürsprecherin seiner Interessen fand[1], verzichtete Karl Friedrich, obgleich ihm ähnliche Mittel und Wege zu Gebot standen, von vornherein auf jeden Wettbewerb. So billig und begründet, ja mit Rücksicht auf seinen künftigen Einfluß im schwäbischen Kreise unerläßlich, ihm der Wunsch nach voller Gleichstellung erscheinen mochte, so wenig strebte er nach dem Vorrange. In diesem Sinne wurde schon dem Geheimen Rath Meier bei seinem Abgange nach Regensburg bedeutet, der Markgraf sei mit einer gleichmäßigen Alternation einverstanden; aber auch als Wiener Meldungen von den dortigen Bemühungen Würtembergs berichteten und die Befürchtung aussprachen, die Entscheidung möchte, falls sie dem Kaiser übertragen werde, zu Gunsten des Herzogs ausfallen[2], gab Karl Friedrich dem wiederholten Drängen seiner Geheimen Räthe, die ihm empfahlen, die Intervention Frankreichs nachzusuchen, nicht nach, sondern wollte die Bestimmung des Rangs lediglich der Gnade des Kaisers und dem Gutfinden der Mediationshöfe überlassen, — in der Erwartung jedoch, wie später beigefügt wurde, daß er «inter pares» nicht zurückgesetzt werde[3]. So lagen die Dinge im wesentlichen unverändert, bis Ende Januar 1803 in Regensburg eine Wendung eintrat, auf die wir des Zusammenhangs wegen hier schon eingehen[4]. Bei einer Besprechung mit den hessen-kasselschen Gesandten hatten diese bereits früher einmal die Alternation nach der im Fürstenrathe bestehenden Strophenordnung, welche Würtemberg in den meisten Fällen den Vortritt einräumte[5], als ein annehmbares Auskunftsmittel bezeichnet, ohne daß man badischerseits, wie begreiflich, sich darauf weiter eingelassen hätte. Um so mehr war die Karlsruher Regierung daher erstaunt, als sie Mitte Februar erfuhr, daß jener Vorschlag durch den Grafen Görtz förmlich wiederholt worden sei und laut einer Note der vermittelnden Mächte vom

---

[1] Vergl. Tratchevsky, a. a. O. I, 498.

[2] Bericht Gemmingens vom 20. October 1802. Nach den „Actenmäßigen Erläuterungen" des Geh. Raths Meier vom 26. Februar 1803.

[3] Vergl. S. 308/309 und S. 362/363.

[4] Die betreffenden Actenstücke sind im Abschnitt 6 mitgetheilt.

[5] Unter den neuen Kurfürsten gehörten Baden, Würtemberg und Hessel-Kassel im Fürstenrathe zu den sogen. alternirenden Häusern, die zur Vermeidung von Rangstreitigkeiten erstmals im Jahre 1576 eine bestimmte Reihenfolge, nach der mit Sitz und Stimme abgewechselt werden sollte, vereinbart hatten; nach der letzten, auf einem Vertrage vom Jahre 1740 beruhenden Strophenordnung hatte Baden unter 10 Fällen nur zweimal vor Würtemberg, dieses aber achtmal vor Baden den Vorsitz. Vergl. J. J. Moser, Teutsches Staatsrecht, 36, S. 59 ff.; Vertrag und Strophenordnung von 1740 ebenda 36, S. 97 ff.; 108 ff.

11. Februar eine entsprechende Bestimmung dem Reichsdeputationsschluß einverleibt werden sollte. Wie Graf Görtz später zu seiner Rechtfertigung anführte, bewogen ihn zu dem auffallenden Schritte Vorstellungen des französischen Bevollmächtigten Laforest und die auf gewisse Wahrnehmungen gegründete Besorgniß, daß, falls er nicht schleunigst die Hand zu dem Zugeständnisse biete, die Sachlage verschlimmert und Würtemberg den Vorrang ohne jede Einschränkung erlangen werde. Dazu gesellte sich die Erwägung, daß man endlich zum Abschlusse kommen und jeden Anlaß zu Streitigkeiten, die möglicherweise die Activität des Reichstags hemmten, beseitigen müsse. Wie dem nun sein mochte: wenn er auch nicht, wie nachträglich in Karlsruhe mit Unrecht behauptet wurde, die Weisung erhalten hatte, auf der Präcedenz zu bestehen, jedenfalls handelte er eigenmächtig wider seine Instruction, die ihm eine so weitgehende Nachgiebigkeit nicht verstattete, und bekam dafür scharfe Vorwürfe zu hören. Die Ueberzeugung, daß die diplomatische Vertretung Badens am Reichstage einem preußischen Minister nicht anvertraut bleiben dürfe, brach sich bei dem Anlasse erstmals Bahn. An dem Geschehenen war freilich nicht mehr viel zu ändern. Alle Versuche, den Beschluß der vermittelnden Mächte rückgängig zu machen, wurden mit dem Hinweise auf die daraus entspringenden Schwierigkeiten abgelehnt; was man erreichte, war lediglich eine Erklärung der Mediatoren, wonach die Alternation nur innerhalb des Kurcollegiums gelten und der vollen Ranggleichheit außerhalb desselben keinen Abbruch thun solle, ein Compromiß, der, wie ein namhafter Staatsrechtslehrer jener Zeit richtig urtheilte, eine Quelle neuer Conflicte in sich barg[1]. Im allgemeinen aber war die leidige Rangfrage damit entschieden; nicht in dem von Baden erhofften Sinne, aber doch, wie die Folge lehrte, ohne merklichen Nachtheil.

---

6. Sendung des Geh. Raths Meier nach Regensburg und Verhandlungen mit der Reichsdeputation. August 1802—Mai 1803. — Um die Mitte des August versammelten sich zu Regensburg die Vertreter der vor Jahresfrist zu Mitgliedern der Reichsdeputation ernannten Stände: gegenüber dem gebieterischen Drängen der vermittelnden Mächte hatte auch der Kaiser nicht länger zu zögern gewagt und durch Hofdecret vom 22. Juli die Einberufung verfügt. Mit einer Note vom 18. August legten die Bevollmächtigten Frankreichs und Rußlands der Deputation, die am 24. August ihre Sitzungen eröffnete, der Abrede gemäß ihren Entschädigungsplan vor; der demüthigende Schlußsatz, daß binnen zwei Monaten die Entschädigungs-

[1] Vergl. J. L. Klüber, Ueber Einführung, Rang, Erzämter, Titel, Wappenzeichen und Wartschilde der neuen Kurfürsten. Erlangen 1803.

angelegenheit erledigt sein müsse, bewies nur zu deutlich, daß die beiden Mächte nicht gesonnen waren, sich, wie vormals zu Rastadt, auf lange Debatten einzulassen, und der Deputation lediglich die bescheidene Rolle zufiel, als Vollstreckerin ihres Willens ihren Abmachungen das reichsgesetzliche Siegel aufzudrücken. Es kann hier unsere Aufgabe nicht sein, die Verhandlungen dieser Körperschaft im Zusammenhange zu verfolgen[1]; sie kommen für uns nur, soweit sie für die badischen Verhältnisse bestimmend geworden sind, in Betracht.

Gleich der Mehrzahl der übrigen Reichsstände, die durch Particulargesandte und Agenten ihre Anliegen bei der Deputation betreiben ließen, entschloß sich auch Markgraf Karl Friedrich zu dem Schritte. Da eine Vertretung durch den Grafen Görtz in Paris mißbilligt[2] und wol auch in Karlsruhe nicht gewünscht wurde, erhielt Geh. Rath Emanuel Meier den Auftrag, sich nach Regensburg zu begeben, um dort die Interessen seines Herrn zu wahren. Ein verdienter Staatsmann, der im Collegium mit Recht hochangesehen war und auch auf dem Rastadter Congresse als Mitarbeiter Edelsheims sich bewährt hatte, der aber in Regensburg, wo er selbständig auftreten und handeln sollte, sich seiner Aufgabe doch nicht völlig gewachsen zeigte. Von Natur aus schüchtern und bedächtig, dem geselligen Verkehre, wie er nun einmal für die Regensburger Diplomaten geboten war, innerlich abgeneigt, und, wie er selbst bedauert, der französischen Sprache nicht hinlänglich kundig, entbehrte er ein Theil jener Eigenschaften, die Reitzensteins Erfolge begründeten. Seinem geradsinnigen rechtschaffenen Wesen widerstrebte überdies das wüste, tolle Intriguenspiel, das sich am Sitze der Reichsversammlung entwickelte. Indem er von der Ueberzeugung ausging, die er schon zu Rastadt vertreten, daß Baden eigentlich nur fordern dürfe, was rechtmäßig durch Verluste belegt werden könne, erfüllten ihn alle weiteren Zumuthungen, die von Karlsruhe oder Paris gestellt wurden, mit Sorge und entlockten ihm gelegentlich wol die Klage: „Soll denn Billigkeit und Gewissenhaftigkeit von dem Indemnitätsgeschäft immer entfernt bleiben?“ Er übersah dabei freilich völlig, daß keiner der andern Reichsstände nach diesen Grundsätzen verfuhr und es in einer Zeit, wo Gewalt vor Recht ging und jeder rücksichtslos den eigenen Vortheil verfolgte, auch für den Markgrafen schlechterdings ein Gebot der Staatsraison war, die

---

[1] Vergl. darüber: Protokoll der außerordentlichen Reichsdeputation zu Regensburg. 2 Bände nebst 4 Bänden Beilagen; eine Uebersicht der Verhandlungen bei K. A. v. Hoff, Das deutsche Reich vor der französischen Revolution und nach dem Frieden von Lunéville, II, 53 ff.; L. Häusser, Deutsche Geschichte, II, 382 ff.

[2] Vergl. Nr. 206.

Gunst der Verhältnisse, durch die er in besonderem Maße bevorzugt wurde, auszunützen.

Meiers Haltung hat denn auch wesentlich dazu beigetragen, daß gewisse Entschädigungsobjecte, deren Erwerbung man ins Auge gefaßt und bereits als gesichert betrachten konnte, Baden entgingen, andere, welche schon in der Juniconvention förmlich garantirt waren, verkürzt wurden. Vor allem zeigte sich dies in der Hirschhorner Angelegenheit. Wie wir uns entsinnen, war auf Betreiben des Prinzen Ludwig vom Zaren auch nach Regensburg Weisung erlassen worden, dieses ehedem kurmainzische Unteramt für Baden zu fordern. Ohne Zweifel wäre auch Baden, wie die Dinge lagen, in den Besitz gelangt, wenn man in Karlsruhe sowol, als in Regensburg sich eifriger der Sache angenommen hätte. Statt dessen machte Meier geltend, daß Baden aus der Juniconvention keinerlei Ansprüche auf Hirschhorn ableiten könne, und brachte es dahin, daß seine Regierung darauf verzichtete; ebenso lehnte er den Vorschlag, Hirschhorn dem Fürsten von Leiningen zu überlassen und als Ersatz die Kellerei Hilsbach zu begehren, mit der Begründung ab, daß dies ein schlechter Tausch für den Fürsten wäre, zu dessen Gunsten sich der Markgraf wiederholt so angelegentlich verwendet habe[1]. Und als ihm von französischer und russischer Seite von neuem der Erwerb des Amtes mit der Verpflichtung, den Grafen von Wartemberg zu entschädigen, nahe gelegt wurde, protestirte er weder gegen diese Auflage, von der in Petersburg nie die Rede war, noch ließ er sich überhaupt auf das Anerbieten ein; ja selbst in dem günstigsten Momente, wo in Folge anderweitiger Entschädigung des Grafen Hirschhorn wieder frei wurde, versäumte er die Ansprüche Badens zu erneuern. Erst durch die Declaration der vermittelnden Mächte vom 8. October, welche verschiedene Modificationen des Entschädigungsplanes beantragte, erfuhr er, daß Hirschhorn dem Landgrafen von Hessen-Darmstadt zufalle; zu spät kam aus Karlsruhe, wo man inzwischen wieder anderen Sinnes geworden war, die Ordre, auf der früheren Forderung zu bestehen.

Aber auch in anderer Hinsicht brachte die Declaration vom 8. October, die man bis zum letzten Augenblicke geflissentlich vor Meier geheim gehalten, eine unliebsame Ueberraschung. Trotz dem wiederholten Versprechen, daß das badische Loos nicht geschmälert werden solle, ließen sich die Gesandten der vermittelnden Mächte durch gegentheilige Vorstellungen bestimmen, von den Besitzungen der Abtei Salem die Herrschaft Schemerberg nebst einigen Ortschaften, deren Ertrag auf 17000 fl. geschätzt wurde, loszureißen und dem Fürsten von

---

[1] Vergl. u. a. Politische Correspondenz, II, 635.

Thurn und Taxis als Entschädigung zu überweisen. Wenn dagegen in § 5 die mittelbaren und unmittelbaren Besitzungen und Rechte auf der Südseite des Neckars, die von öffentlichen Stiftungen und Körperschaften des linken Rheinufers abhingen, dem Markgrafen zugesprochen wurden[1], so konnte dies als ein hinreichender Ersatz für den Ausfall von Hirschhorn und den Verlust von Schemerberg nicht betrachtet werden. Dessen ungeachtet war die Karlsruher Regierung mit dem modificirten Entschädigungsplane doch nicht unzufrieden; abgesehen davon, daß durch denselben der Besitz von Odenheim gesichert und die dem Hochstift Konstanz incorporirten Klöster Reichenau und Oehningen etwaigen Nachstellungen Dritter entzogen wurden, waren auch manche andere, insbesondere finanzielle Vortheile und Erleichterungen damit verbunden[2]. Als eine Auszeichnung des Markgrafen, die freilich viel Mühe und Arbeit eintrug, mochte es gelten, wenn ihm sowie dem Herzoge von Würtemberg der Auftrag ertheilt wurde, die Entschädigung der Reichsgrafen aus der Masse der zu dem Zwecke zur Verfügung gestellten schwäbischen Reichsstifter endgültig festzusetzen. Auf Meiers Vorschlag ernannte Karl Friedrich den ehemaligen Bürgermeister der Reichsstadt Rottweil, Joh. Bapt. Hofer, der vor kurzem mit dem neugeschaffenen Titel eines Geh. Referendärs in badische Dienste übergetreten und als gründlicher Kenner der schwäbischen Kreisverhältnisse geschätzt war, zum Bevollmächtigten für die Verhandlungen der Subcommission, die zu Ochsenhausen tagte und nach dreimonatlicher angestrengter Thätigkeit Ende Januar 1803 ihre Geschäfte beendete[3].

Mit dem Indemnisationsplane vom 8. October war für Baden die Frage der territorialen Erwerbungen abgeschlossen; die späteren Redactionen und Modificationen des Deputationshauptschlusses haben an dem badischen Loose nichts weiter geändert. Einige Schwierigkeiten bot indeß noch die Acquisition von Lahr. Nach der Juniconvention sollte diese Herrschaft an Baden fallen, sobald der bisherige Landesherr, Nassau-Usingen, in den Besitz der ihm als Entschädigung zugedachten Grafschaft Sayn-Altenkirchen gelangte; da aber auf Grund eines früheren Abkommens die genannte Grafschaft, so lange Markgraf Karl Alexander von Ansbach lebte, Preußen gegen Zahlung einer Rente eingeräumt war, so hing in letzter Linie der ganze Besitzwechsel, sofern keine anderweitige Verständigung mit Preußen erfolgte, von dem Tode des Markgrafen ab.

---

[1] Es handelte sich dabei im wesentlichen um den Wormser Stiftshof zu Wimpfen, die speirische Hälfte von Neckarsteinach und den Antheil des Straßburger Frauenhauses an Kehl.

[2] Vergl. Nr. 411.

[3] Die umfangreichen Acten der Subcommission liegen im Karlsruher Archive.

Die Verhältnisse wurden noch verwickelter, als das fürstliche Haus Sayn-Wittgenstein begründete Erbansprüche auf die Grafschaft anmeldete. Den Bemühungen Meiers gelang es schließlich, einen Vergleich mit den übrigen Interessenten herbeizuführen; durch die Conventionen vom 25. October und 4. November[1] wurden die Wittgenstein'schen Ansprüche mit Geld abgefunden und die Ansbacher Rente von Baden übernommen, so daß der baldigen Besitznahme von Lahr nun kein Hinderniß mehr im Wege stand.

Im Zusammenhange mit der Entschädigungsfrage beschäftigten den badischen Abgeordneten auch gewisse Projecte seiner Regierung, die darauf abzielten, den jungen Kurstaat möglichst vortheilhaft abzurunden, und zu dem Ende den Austausch einiger neuerworbener badischer Gebiete gegen günstiger gelegene enclavirte oder angrenzende Besitzungen benachbarter Reichsstände vorschlugen. Vor Allem dachte man in Karlsruhe daran, die entfernt liegenden Lande am Bodensee abzugeben, sei es an Modena gegen Abtretung des Breisgaus, sei es an Würtemberg gegen Ueberlassung von Rottweil, St. Georgen und Hornberg; gegen die Reichsstadt Biberach hoffte man von Fürstenberg die Herrschaft Hausen oder von dem Grafen von der Leyen das Oberamt Geroldseck einzutauschen; dem Fürsten von Leiningen endlich sollte Waibstadt gegen Sinsheim angeboten werden. In der That wurden auch durch den Geh. Rath Meier, der schon bei seiner Abreise nach Regensburg angewiesen worden war, die Stimmung daselbst zu sondiren, Verhandlungen mit Fürstenberg und Würtemberg eingeleitet; während die ersteren resultatlos im Sommer 1803 abgebrochen werden mußten, führten die letzteren am 10. December 1802 zu einem Präliminarrecesse, der von einem umfangreicheren Tausche zunächst absah und sich auf die wechselseitige Abgabe einiger Ortschaften beschränkte[2]. Da indeß wider Erwarten die würtembergische Ratification ausblieb, verlief auch hier wieder alles im Sande. Von all' den Arrondirungsprojecten, mit denen man sich in Karlsruhe getragen, wurde am Ende nur eines verwirklicht: durch die Verträge mit Hessen-Darmstadt vom 14. März und 11. Juni 1803 gelangte man gegen Verzicht auf Stadt und Dorf Wimpfen in den Besitz von Eschelbach, Bargen und Aglasterhausen[3].

An ihrem Abschlusse hatte Meier freilich nicht mehr Theil; die Unterzeichnung der Convention mit Würtemberg bildete den letzten Act seiner Regensburger Thätigkeit. Die Deputation hatte im Laufe des October und November die erforderlichen Bestimmungen für die Regelung und Vertheilung der auf

[1] Vergl. Nr. 417 und 419.
[2] Vergl. Nr. 433.
[3] Vergl. Nr. 444.

den Entschädigungslanden haftenden Schulden, sowie für die Versorgung der Beamten- und Dienerschaft getroffen, und am 23. November den Deputationshauptschluß in erster Fassung angenommen; die Neuorganisation der Kreise und Umgestaltung der katholischen Diöcesanverfassung, bei deren Berathung Meiers Anwesenheit noch nöthig gewesen wäre, sollte, wie verlautete, bei der Deputation nicht zur Sprache kommen. Waren somit allem Anscheine nach Fragen von Bedeutung, bei denen wichtige Interessen Badens auf dem Spiele standen, nicht mehr zu erledigen, so wünschte andererseits die Regierung, der eben jetzt durch die Uebernahme der neuen Lande eine kaum zu bewältigende Fülle von Arbeit erwuchs, dringend die Rückkehr Meiers, die denn auch am 11. December erfolgte. An seiner Stelle wurde Graf Görtz mit der Fortführung der Geschäfte betraut: als am 7. Januar 1803 die Berathungen des Reichstages über den Deputationsschluß vom 23. November begannen, war er einer der ersten, der sich im Namen des Markgrafen für die unbedingte Annahme aussprach. Allein die Fassung des Recesses war noch keine endgiltige; weitere Reclamationen der Reichsstände und Erklärungen der vermittelnden Mächte brachten immer wieder neue Zusätze. Daß auf diesem Wege durch Verschulden von Görtz der Streit um den Vorrang in der Kur zu Ungunsten Badens entschieden wurde, haben wir oben schon dargelegt. Ein anderer sehnlichst gehegter Wunsch ging dagegen durch die Noten der Mediatoren vom 18. und 31. Januar in Erfüllung: das von ihnen als Grundlage für eine Neuordnung des Fürstenraths entworfene Stimmenschema überwies, gemäß dem Grundsatze, daß die Virilstimmen der Säcularisirten auf die Besitzer der Hauptorte der Entschädigungslande übergehen sollten, dem Markgrafen außer seinen bisherigen drei Comitialstimmen die Stimmen von Konstanz, Bruchsal (statt Speier) und Ettenheim (statt Straßburg), um die sich Meier und Reitzenstein früher bereits beworben hatten[1]. Die einzige Aufgabe, deren sich Graf Görtz bei der Deputation noch zu entledigen hatte, bestand in der Abgabe der Erklärungen über die Sustentation der Säcularisirten, wie sie durch § 51 des Recesses vom 23. November geboten war[2]. In einer Reihe von Verträgen, welche die badische Regierung während der ersten Monate des Jahres 1803 mit den Bischöfen von Konstanz, Basel und Speier abschloß, wurde nach den von der Deputation festgesetzten Normen der denselben zu bewilligende Unterhalt rechtlich fixirt. Einer ähnlichen Verpflichtung gegenüber dem Bischofe von Straßburg, wurde der Markgraf durch den Tod des Cardinals Rohan

[1] Vergl. Beilagen zu dem Protokolle der a. o. Reichsdeputation zu Regensburg, IV, 5 ff. — Nr. 427 und 437.

[2] Vergl. Nr. 434, 440, 450 und 457.

im Februar d. J. enthoben, statt dessen sah er sich aber genöthigt, als künftiges Mitglied des Kurcollegiums den auf ihn entfallenden Beitrag zur Sustentation des bisherigen Kurfürsten von Trier zu leisten. Die finanzielle Belastung, die durch die Versorgung der Bischöfe und Domcapitel, sowie der Klostergeistlichkeit dem in Folge der langjährigen Kriegsdrangsale ohnehin in Unordnung gerathenen Staatshaushalte erwuchs, war keine unbeträchtliche[1] und bedeutete auf Jahre hinaus eine erhebliche Schmälerung der Staatseinkünfte, die um so schwerer empfunden wurde, je trüber sich die allgemeine Finanzlage gestaltete. Wol wurden auch in Karlsruhe vereinzelt Stimmen laut, welche eine minder rücksichtsvolle Behandlung der Säcularisirten empfahlen, aber die Regierung Karl Friedrichs ließ sich dadurch nicht beirren, sondern that, was Gerechtigkeit und Billigkeit geboten, und erfüllte, wie mit wenigen Ausnahmen von dem Clerus übereinstimmend anerkannt wurde[2], in durchaus loyaler und wohlwollender Weise ihre Verbindlichkeiten.

Am 25. Februar erfolgte endlich die Annahme des Deputationshauptschlusses in seiner definitiven Redaction; nach kurzer Berathung ertheilte auch der Reichstag durch Reichsgutachten vom 24. März mit kaiserlicher Ratification vom 27. April demselben die ersehnte Bestätigung. Damit war das große Werk der deutschen Fürstenrevolution von 1803 beendet. Mit unzähligen kleinen und kleinsten staatlichen Gebilden waren die althergebrachten theokratischen Formen der Reichsverfassung für immer vernichtet, der ganze mittelalterliche Bau des Reichs aufs schwerste erschüttert und sein völliger Zusammenbruch nur noch eine Frage der Zeit. Ein gewaltiges und gewaltthätiges Werk der Zerstörung, und doch zugleich wider den Willen jener Macht, die auf das Verderben des Reiches sann, ein Schritt weiter auf dem Wege zur deutschen Einheit, ein nothwendiger Verjüngungsproceß, dessen heilsame Folgen erst in späterer Zeit zu Tage traten. Kurfürst Karl Friedrich aber sah sich nunmehr an dem Ziele, das seine politischen Berather seit dem Sommer 1796, freilich

[1] Die jährlichen Deputate für die vier Bischöfe beliefen sich allein auf 86500 fl.

[2] Auch der preußische Ministerresident von Madeweiß berichtet gelegentlich aus Stuttgart: die Stifter und Klöster, die an Baden gefallen seien, wünschten sich dazu Glück. In Würtemberg verfahre man anders. Der Abt von Zwiefalten z. B., wo der Herzog reiche Vorräthe und viele Capitalien vorgefunden, sei nur dürftig entschädigt, seine Mönche insgesammt mit jährlich 250 fl. abgefunden worden. Der Contrast zwischen Baden und Würtemberg falle allgemein auf, wie denn auch eine Flugschrift „Vergleichung der alten mit den neuen Würtembergern" dem Herzoge den Markgrafen als rühmliches Vorbild vor Augen stelle. — Ueber das nicht minder schroffe Vorgehen Baierns gegen die Säcularisirten vergl. die soeben veröffentlichte Studie von Graf Du Moulin-Eckart: München und Wien, 1800—1805. Forschungen zur Kultur- und Literaturgeschichte Baierns. IV, 209.

in viel bescheidenerem Sinne, angestrebt und im Wechsel der politischen Verhältnisse mit Geschick stets beharrlich verfolgt hatten: auf den Trümmern des geistlichen Fürstenthums erhob sich mit verstärkter Macht und gesteigertem Ansehen der neue badische Kurstaat, dessen innerer Ausbau die nächste und wichtigste Sorge der Zukunft bildete.

III. Die Anfänge des neuen Kurstaates. — 1. Verhandlungen in Regensburg und Wien. März 1803—März 1804. — So umfassend das Fundamentalgesetz auch angelegt war, das die Reichsdeputation in ihrem Hauptschlusse hinterlassen, es blieb in mancher Hinsicht doch nur Stückwerk. Eine Reihe bedeutsamer, noch unerledigter Fragen, bei deren Entscheidung auch Baden lebhaft betheiligt war, beschäftigte, wie die Acten dieses Abschnittes ergeben, die Reichsstände noch geraume Zeit. Das galt vor allem von der Sequester-Angelegenheit[1]. Schon vor Monaten hatte nämlich der Wiener Hof die Beschlagnahme aller Besitzungen, Gefälle und Capitalien verfügt, welche die säcularisirten Stifter und Klöster auf österreichischem Boden oder unter österreichischer Landeshoheit innegehabt. Zur Begründung berief man sich auf das sogenannte Heimfallrecht (droit d'épave), welches dem Landesherrn das fiscalische Occupationsrecht über alles herrenlose Gut im vollen Umfange seines Gebietes einräume; dieses Recht, wurde behauptet, habe der Kaiser sich überdies in Artikel 4 des Preßburger Friedens unter den «droits de propriété et autres qui compètent à S. M. l'Empereur comme souverain des états héréditaires d'Autriche» ausdrücklich vorbehalten. Im Grunde lag lediglich ein Act souveräner Willkür vor, durch den Oesterreich sich mühelos um Millionen bereicherte. Wie der Erlanger Rechtslehrer J. L. Klüber damals in einer eigenen Schrift[2] überzeugend nachwies, fehlten für den Begriff des Heimfallrechts alle Voraussetzungen, und abgesehen davon waren laut § 36 des von Kaiser und Reich genehmigten Deputationsschlusses jene angeblichen bona vacantia „gleich viel, wo sie immer gelegen waren", notorisch den Besitzern der säcularisirten Lande als ein Theil ihrer Entschädigung zugesprochen worden; Oesterreich selbst aber hatte sich seine «droits de propriété» nur soweit gewahrt, als es die Durchführung des Entschädigungsplanes zuließ, und unzweideutig anerkannt, daß alle Rechte, über die besonders verfügt

---

[1] Vergl. darüber K. A. v. Hoff, Das deutsche Reich vor der französischen Revolution und nach dem Lunéviller Frieden. II, 295 ff.

[2] Vergl. J. L. K[lüber], Das Occupationsrecht des landesherrlichen Fiscus im Verhältniß zu den Besitzungen, Renten und Rechten, welche den säcularisirten .... geistlichen Stiftungen in fremdem Gebiete zustanden. O. O. 1804.

worden, auf ihre neuen Inhaber übergehen sollten. Auch Baden wurde mit vielen anderen Reichsständen[1] durch die österreichischen Gewaltmaßregeln in Mitleidenschaft gezogen: die in der Landgrafschaft Nellenburg gelegenen Besitzungen und Gefälle des Hochstifts und Domcapitels Konstanz, sowie der Abteien Salem und Petershausen, desgleichen beträchtliche Kapitalien im Werthe von mehr als einer Million Gulden, welche die Bistümer Speier und Konstanz in österreichischen Staatsfonds angelegt und bei der Wiener Bank deponirt hatten, wurden unter jenem fingirten Rechtstitel mit Beschlag belegt.

Wurde auch auf Vorstellungen Gemmingens und Verwendung des russischen Botschafters in Wien der Sequester gegen die Zugehörden des Hochstifts Konstanz in der Folge wieder aufgehoben, so wurde er doch bezüglich der übrigen Objecte trotz aller Reclamationen in Wien und Regensburg aufrecht erhalten; Baden könne sich ja, meinte Graf Cobenzl, der selbst anscheinend dieses widerspruchsvolle Verfahren mißbilligte, an den in seinem Gebiete gelegenen Besitzungen der breisgauischen Klöster schadlos halten. Selbst als man sich in Karlsruhe entschloß, den Weg gütlicher Verhandlungen zu betreten und zu Opfern bereit zeigte, scheiterte der Ausgleich an der Uebermäßigkeit der österreichischen Forderungen. So blieb die Sache unentschieden, bis im Preßburger Frieden Nellenburg an Würtemberg fiel, das nun bezeichnender Weise, obgleich es selbst früher eifrig gegen die willkürliche Anwendung des Heimfallrechtes protestirt, als Rechtsnachfolger Oesterreichs den Sequester weiter bestehen ließ; erst durch den Staatsvertrag vom 2. October 1810 gelangte Baden in den Besitz der Nellenburger Zugehörden, die im wesentlichen in den Aemtern Hilzingen, Stetten a. k. M. und Möncḫhof bestanden.

Eine Auseinandersetzung mit Oesterreich, die dem Streite wegen der sequestrirten Capitalien ein Ende bereitete, war bereits durch den Staatsvertrag vom 27. September 1808 erfolgt; Baden leistete danach gegen eine Geldabfindung von 800 000 fl. Verzicht auf alles den „säcularisirten Hochstiftern, Abteien und Corporationen gehörige, bewegliche und unbewegliche Eigenthum, welches in den k. k. österreichischen Staaten und Kassen befindlich und kraft des Heimfallrechtes mit Beschlag belegt und eingezogen worden" war.

Weit wichtiger und von allgemeinerer Bedeutung als diese immerhin nur particulare Interessen in beschränktem Umfang berührende Materie war die Frage der Reorganisation der katholischen Kirche und ihres Verhältnisses zum Staate, deren Erledigung gleichfalls ein Vermächtniß der Reichs-

[1] Vergl. die Reclamationen derselben in den Beilagen zum Protokoll, a. a. O. Reichsdeputation, Band IV, passim.

deputation bildete. Begreiflicher Weise konnte Kurfürst Karl Friedrich ihrer Entscheidung um so weniger gleichgiltig entgegen sehen, als er nunmehr über ein Land von gemischt confessionellem Charakter mit weitaus überwiegend katholischer Bevölkerung gebot. Man hatte ursprünglich gehofft, daß die Regensburger Deputation sich mit der Angelegenheit befassen und wenigstens die vermöge der territorialen Veränderungen bedingte Neueintheilung der Diöcesen vornehmen würde. Nach den Weisungen, die für den Fall an Meier ergingen[1], legte man in erster Linie aus guten Gründen Werth darauf, daß die alten Sprengel von Konstanz, Basel, Straßburg und Speier, soweit sie in den Bereich des neuen Kurstaates fielen, zu einem aus staatlichen Mitteln zu dotirenden Landesbistume zusammengefaßt und jeder Unterordnung unter auswärtige Bischöfe, die leicht eine Quelle mißlicher Conflicte werden konnte, entzogen wurden; zur Erleichterung der Verwaltung dachte man daran, den Konstanzer Bischofssitz mehr nach dem Centrum der badischen Lande, etwa nach Gengenbach oder bei einer Erwerbung des Breisgaus nach Freiburg zu verlegen. Schon fand sich auch in dem bisherigen Bischofe von Basel, Freiherrn Franz Xaver von Neven, ein, wie es schien, in mehrfacher Hinsicht geeigneter Bewerber für den neuen Episkopat. Der Deputationsreceß beließ indeß alles beim Alten, bis, wie § 62 besagte, „eine andere Diöcesaneinrichtung auf reichsgesetzliche Art getroffen sein" würde; er verwies also auf ein Reichsconcordat. Und in der That gewann es im Frühsommer 1803 den Anschein, als ob dieses Project seiner Verwirklichung sich näherte. Durch Gemmingen empfing die badische Regierung werthvolle Nachrichten über die Conferenzen, die zu jenem Zweck seit dem Mai d. J. zwischen dem Nuntius Severoli, dem Reichsreferendär v. Frank und dem geistlichen Rath Kolborn zu Wien stattfanden. Es war eine stolze Genugthuung für den verdienten Schöpfer der badischen Organisationsedicte, Geh. Rath Brauer, wenn von betheiligter Seite versichert wurde, daß diese Gesetze dem Concordatsentwurfe des öftern zu Grunde gelegt werden sollten. Da Gemmingen glaubte, daß seine Bemerkungen einige Berücksichtigung bei den Verhandlungen finden würden, erbat er sich von seinem Hofe eingehende Instruction. In dem von Brauer redigirten Geh. Rathserlasse vom 29. Juni[2], der als Ausgangspunkt der neueren badischen Kirchenpolitik angesehen werden kann, entwickelte die Regierung ihr Programm: Regelung des Verhöltnisses der deutschen Kirche zur römischen Curie im Geiste der Emser Punctationen und Wahrung der staatlichen Rechte gegenüber der kirchlichen Gewalt in allen wichtigen Fragen: das waren im

[1] Vergl. die Nummern 390, 394, 399 und 402.

[2] Vergl. Nr. 485.

wesentlichen die leitenden Grundsätze dieses kirchenpolitischen Glaubensbekenntnisses, auf das wir hier nicht näher eingehen können, das aber in der zu erwartenden Geschichte der badischen Verwaltung zweifellos seine Stelle finden wird. Ob der Wiener Gesandte von dem Rescripte Gebrauch gemacht hat, wissen wir nicht. Obgleich die Berathungen über das Reichsconcordat sich erst im Herbst resultatlos zerschlagen haben[1], wird in seinen allerdings lückenhaft erhaltenen Berichten das Thema nur noch einmal vorübergehend gestreift.

Zur gleichen Zeit etwa begab sich Gemmingen nach Karlsruhe, um sich, wie er schrieb, über eine Reihe wichtiger Fragen, vermuthlich reichspolitischer Natur, mit Edelsheim persönlich zu besprechen: nach Erledigung der mit dem Uebergange der Kur verknüpften Formalitäten, welche die Vorbedingung für die feierliche Introduction im Kurcollege bildeten und für den Wiener Hof auf ein ziemlich lucratives Geschäft hinausliefen[2], schien seine Anwesenheit am kaiserlichen Hofe für einige Zeit entbehrlich. In Folge verschiedener Zwischenfälle, die wir später kennen lernen werden, hat sich dann freilich seine Rückkehr länger, als vorauszusehen war, verzögert und erst im April 1804 stattgefunden.

Inzwischen boten die Verhandlungen der Regensburger Reichsversammlung, auf die wir noch einen Blick zu werfen haben, wieder einmal das Bild kläglichster Zerfahrenheit. Der Streit um die Virilstimmen war dort in vollem Gange[3]. Das dem § 32 des Deputationsrecesses einverleibte Schema der Stimmen im Fürstenrathe hatte, wie man weiß, durch Creirung neuer und Uebertragung der ehemals geistlichen Stimmen auf weltliche Fürsten in dieser Körperschaft eine stattliche protestantische Mehrheit geschaffen; kein Zweifel, daß der Einfluß Oesterreichs, der bisher dort vorgeherrscht, dadurch aufs empfindlichste bedroht und geschmälert wurde. In dem Ratificationsdecrete vom 19. Mai nahm der Kaiser daher von der Ratification ausdrücklich jenen Paragraphen aus; ein weiteres Hofdecret vom 30. Juni empfahl dem Reichstage die Angelegenheit zu erneuter Erörterung. Mit schlechtgewählten Gründen wurde von den kaiserlichen Kronjuristen die Behauptung aufgestellt, daß die im westphälischen Frieden anerkannte Religionsparität sich auch auf die Zahl der Stimmen erstrecke, und daß daher zur Herstellung dieser arithmetischen Gleichheit entweder eine Reihe katholischer Stimmen neu geschaffen oder eine

---

[1] Vergl. A. Frantz, Das Project eines Reichsconcordats und die Wiener Conferenzen von 1804, Festgabe der Kieler Juristenfacultät zu Iherings 50jährigem Doctorjubiläum, S. 182 ff.; von Beaulieu-Marconnay, Karl von Dalberg, I, 338.

[2] Vergl. S. 390/391.

[3] Vergl. darüber L. Häusser, Deutsche Geschichte, II, 476 ff.

entsprechende Anzahl protestantischer Stimmen suspendirt werden müsse. Selbstverständlich konnte sich die badische Regierung mit einer solchen Forderung, die, wie Görtz treffend ausführte, ebenso sehr dem Recht und Herkommen, wie dem Geiste des Zeitalters widersprach, nicht befreunden; nur im äußersten Falle wollte sie sich zu dem Zugeständnisse verstehen, daß alle neu creirten Stimmen vorläufig bis zum Austrag der Sache ruhen sollten. Dagegen zeigte sie sich entsprechend einem Wunsche des Wiener Hofes bereit, dahin mitzuwirken, daß das Princip allgemeiner, wechselseitiger Duldung und voller bürgerlicher Rechtsgleichheit für alle drei christlichen Confessionen unter die Grundgesetze des Reichs aufgenommen würde.

Schon beim Beginne der Berathungen des Reichstags — Mitte November — ergab sich, daß den österreichischen Anträgen eine erdrückende Majorität gegenüberstand, welche an den Bestimmungen des Deputationsrecesses festhielt und ihre Bestätigung durch den Kaiser begehrte; andererseits lehrte ein bezeichnender Vorfall, der sich in den ersten Tagen zutrug, deutlich, daß Oesterreich den Kampf mit allen Mitteln aufzunehmen entschlossen war. Als nämlich am 14. November im Fürstenrathe die Abstimmung an Speier und Straßburg kam, bezeichnete der präsidirende österreichische Gesandte von Fahnenberg diese Stimmen als erloschen und ihre Fortführung als unzulässig. Wiewol Graf Görtz wiederholt energische Verwahrung dagegen einlegte und das gute Recht in dem Falle offenkundig auf Seiten Badens war[1], beharrte das Wiener Cabinet in dieser Frage ebenso hartnäckig auf seinem Standpunkte, wie in der Virilstimmenangelegenheit überhaupt. Unumwunden erklärten die österreichischen Gesandten, der Kaiser werde ein nach dem Wunsche der Mehrheit abgefaßtes Reichsgutachten niemals genehmigen, da dasselbe seinen Interessen zuwiderlaufe, und nicht vergeblich drohten sie mit dem alten Schreckmittel einer Itio in partes, die, wie man in Karlsruhe mit gutem Grund besorgte, die Verwirrung aufs höchste gesteigert hätte. Der Streit wirbelte viel Staub auf, eine Fluth von Flugschriften erschien, die das Für und Wider erörterten, auch an Vermittelungsvorschlägen von Seiten der Reichsversammlung fehlte es nicht. Alles umsonst; man kam um keinen Schritt weiter. Der Wiener Hof blieb bei seiner ablehnenden Haltung, die Majorität des Reichstags aber vermochte sich aus Furcht vor der angedrohten Itio in partes zu einem entscheidenden Beschlusse nicht aufzuraffen. Die Verhandlungen zogen sich in die Länge, wurden durch die Debatte über den Fall Enghien unterbrochen und verliefen schließlich völlig im Sande, ohne daß je ein Reichs-

[1] Vergl. darüber die klaren Ausführungen Aegidi's, Der Fürstenrath nach dem Lunéviller Frieden. S. 279—299.

gutachten zu Stande gekommen oder Baden zur Ausübung seiner bestrittenen Stimmen gelangt wäre. Von all den wichtigen und dringenden Fragen aber, welche die Reichsdeputation dem Reichstage zur Lösung hinterlassen, von einer Neueintheilung und Reorganisation der Kreise, Berichtigung des Matricularwesens, Einsetzung einer Reichsexecutionscommission u. A. ist, wesentlich in Folge jenes Zwistes, der lähmend auf die ganze Thätigkeit der Regensburger Reichsboten wirkte, keine in Angriff genommen, geschweige erledigt worden. Ein paar Reichsgutachten über Materien von durchaus untergeordneter Bedeutung bildeten das einzig sichtbare, positive Ergebniß der Arbeiten, die den Reichstag in den letzten Jahren seines kümmerlichen Daseins beschäftigten.

---

2. Beziehungen zu Frankreich. Juni 1803—März 1804. — Mit dem Zeitraume, den die Actenstücke dieses Abschnittes behandeln, beginnt die diplomatische Thätigkeit des neuernannten kurbadischen Gesandten, Freiherrn Emmerich Joseph von Dalberg[1]. Ein Sprößling des alten, hochangesehenen rheinischen Rittergeschlechts der Kämmerer von Worms genannt von Dalberg, ein Sohn jenes feingebildeten, kunstsinnigen Leiters der Mannheimer Hofbühne, Wolfgang Heribert, dessen Name mit der Jugendgeschichte Schillers unzertrennlich verbunden ist, hatte er in dem väterlichen Hause, das einen Sammelpunkt für die literarischen und künstlerischen Kreise der kurpfälzischen Residenz bildete, in jungen Jahren vielseitige Anregung empfangen und eine sorgfältige Erziehung genossen. Nachdem er ein paar Semester zu Göttingen studirt und sich einige Zeit zu Erfurt bei seinem Oheim, dem Coadjutor, aufgehalten, trat er in die österreichische Gesandtschaftskanzlei zu Regensburg ein und machte hier unter Hügels Leitung seine diplomatische Schule durch, bis Kurfürst Max Joseph ihn bei seinem Regierungsantritte nach Mannheim berief und zum Landescommissariatsrathe ernannte. Als dann die Pfalz an Baden fiel, entschloß er sich, gleich seinem Vater, seine Dienste dem neuen Landesherrn zu widmen; der Empfehlung Edelsheims und wol auch, wie zu vermuthen steht, der Rücksicht auf seine verwandtschaftlichen Beziehungen zum Kurfürsten-Erzkanzler verdankte der kaum Dreißigjährige den ehrenvollen Auftrag, als Nachfolger Reitzensteins die Pariser Gesandtschaft zu übernehmen. Die Wahl war, wenngleich sie einen vollgewichtigen Ersatz bei weitem nicht bot, doch keine

---

[1] Ueber Dalbergs Lebenslauf vergl. Nouvelle biographie universelle, Bd. 12, S. 801; v. Beaulieu-Marconnay, Karl v. Dalberg, I, 6. Die Angabe der erstangeführten Quelle, daß er in Paris nur dem Namen nach als Vertreter Badens figurirt, ein Anderer aber die Geschäfte geführt habe, beruht natürlich völlig auf Irrthum.

ungünstige. Es fehlte dem angehenden Diplomaten nicht an mancherlei Fähigkeiten, die sein verantwortungsschweres Amt erheischte; seine gewandten, gefälligen Formen ebneten ihm, wie Reitzenstein richtig voraussah, die Wege; der russische Botschafter, der ihm anfänglich ebenso unfreundlich wie seinem Vorgänger begegnete, mußte doch seine Intelligenz und Klugheit rühmen[1]; seine Berichte, die uns vorliegen, verrathen im Allgemeinen die Gabe rascher Auffassung und verständiger Beurtheilung der politischen Verhältnisse, daneben freilich auch, zumal in dem hier behandelten Zeitabschnitte, eine gewisse Unsicherheit und Unbeständigkeit der Meinung, eine Neigung zu phantastischen, ins Ungemessene schweifenden Combinationen und Entwürfen, die sich, wie man in Karlsruhe nicht verkannte, mit der Wirklichkeit der Dinge keineswegs vertrug.

Die Zeit, in der er seine Stellung antrat, erforderte einen aufmerksamen Beobachter. Der Conflict, der über der Räumung Maltas mit England entstand und zum Bruche des Friedens von Amiens führte, die Rüstungen gegen das Inselreich und die Besetzung von Hannover, sowie die wachsende Verstimmung über diese Vorgänge und die Behandlung der italienischen Angelegenheiten, die in Petersburg sich bemerklich machte, zeigten den Ernst der Lage und rückten die Gefahr eines europäischen Krieges näher. Es ist, schon im Hinblick auf den späteren Entwicklungsgang des badischen Gesandten, nicht ohne Interesse, in unseren Acten zu verfolgen, wie er sich diesen Fragen gegenüber verhielt. In den ersten Monaten seiner diplomatischen Laufbahn stand er noch völlig unter französischem Einflusse, eifrig bemüht, die neue Wendung der Dinge zum Vortheile Badens auszunützen. Die drohende Aufhebung des Malteserordens, in Verbindung mit Verhandlungen, welche der Graf von der Leyen wegen eines Verkaufs seiner linksrheinischen Besitzungen in Paris eingeleitet, begrüßte Dalberg als eine erwünschte Gelegenheit, in den Besitz der Grafschaft Geroldseck und der breisgauischen Gebiete der Johanniter zu gelangen. Noch günstigere Aussichten eröffnete anscheinend die Occupation von Hannover. Nach Mittheilungen Mathieus ging man in Paris mit dem Plane einer Auftheilung Hannovers unter Preußen, Oldenburg und Hessen-Darmstadt um; sollte es, meinte Dalberg, in dem Falle nicht gelingen, den Landgrafen gegen eine Entschädigung im Norden zum Verzicht auf seine alten Stammlande zu bewegen und einen Theil derselben für Baden zu erwerben? Von dem Theilungsobjecte ist weiter nichts bekannt, es klingt auch nach allem, was wir über die Absichten der französischen Regierung bezüglich Hannovers wissen,

[1] Tratchevsky, a. a. O. II, 385. «Jeune homme aussi sage et intelligent qu'honnête et incapable d'en imposer.»

wenig wahrscheinlich, aber Dalberg war von seiner Existenz überzeugt und bemaß danach seine Schritte. Als er durch Mathieu erfuhr, daß Bonaparte im Anschlusse an seine belgische Reise einen Besuch in Mainz plane und dort den Kurfürsten in Begleitung des Prinzen Ludwig zu sehen hoffe, befürwortete er sofort eifrig eine solche Zusammenkunft, die der Eitelkeit des Ersten Consuls schmeicheln, dem Kurfürsten aber erwünschten Anlaß bieten werde, seine Interessen bei der Entscheidung über Hannover und den Malteserorden zur Sprache zu bringen. Während Edelsheim allzu unterwürfig die Bereitwilligkeit des Kurfürsten zu erkennen gab, änderte indeß Bonaparte seinen Willen plötzlich und ließ durch Talleyrand mittheilen, daß er die Fahrt nach Mainz aufgegeben habe. Bald darauf vollzog sich in den Anschauungen Dalbergs eine gründliche Wandlung. Noch in einer Depesche vom 19. Juli bezeichnete er Frankreich als den einzigen Beschützer Badens und bekannte sich zu dem Reitzensteinschen Satze, daß die badische Politik durch die Kanonen von Straßburg bestimmt werde (que notre politique est sous le canon de Strasbourg). In einer den ersten Augusttagen entstammenden Denkschrift wiederholte er zwar diese Phrase, entwickelte zugleich aber höchst absonderliche Ideen, die ein weiteres, leider nur bruchstückweise überliefertes Memorandum vom October d. J. noch unverhüllter hervortreten ließ. Der spätere französische Staatsmann und Herzog von Napoleons Gnaden zeigte sich hier als entschiedener Gegner Bonapartes: die Bildung einer großen europäischen Coalition, die Wiederherstellung des bourbonischen Königthumes und Beschränkung Frankreichs auf seine alten Grenzen von 1789, sowie die Reorganisation der gesammten europäischen politischen und territorialen Verhältnisse, das waren die Grundzüge des ebenso kühnen als abenteuerlichen Planes, der ihn beschäftigte und den er bis ins Einzelne ausarbeitete. Der Erbprinzessin aber sollte die Aufgabe zufallen, die Höfe von Petersburg, Berlin und Stockholm durch ihren mächtigen persönlichen Einfluß für das Project zu gewinnen; vielleicht konnte auch der König von Schweden bewogen werden, die Denkschrift, auf die sich Dalberg anscheinend nicht wenig einbildete, in London und Petersburg vorzulegen. Es waren, wie man sieht, bedenkliche Bahnen, in welche der Pariser Diplomat die kurfürstliche Politik zu lenken versuchte. Allein man war in Karlsruhe denn doch vorsichtiger und verhehlte sich nicht, daß ein kleiner Mittelstaat, wie Baden, der wehrlos jeden Augenblick der Rache Frankreichs preisgegeben war, zu einem so gefährlichen Spiele die Hand nicht bieten durfte. Der Kurfürst, so wurde dem Gesandten bedeutet, müsse sich absolut darauf beschränken, die Ereignisse abzuwarten, niemals aber dürfe er es wagen, sie herbeizuführen oder irgend welche Initiative zu ergreifen. Mit dieser ent-

schiedenen Absage war die Sache für beide Theile erledigt. Aehnliche Versuchungen von anderer Seite blieben in dieser von reichsständischen Bündnißentwürfen aller Art erfüllten Zeit der badischen Regierung zwar nicht völlig erspart, aber doch erfolglos: der von Hessen-Kassel geplante Fürstenbund unter französischem Protectorate, für den Dalberg wenig Sympathie bezeugte, wurde aufgegeben, ehe überhaupt eine ernstliche Anfrage deshalb nach Karlsruhe erging[1]; von dem Beitritte zu einer neuen, gegen die Uebergriffe Frankreichs und die Einmischung Rußlands gerichteten Union unter preußischer Führung, worüber im Auftrage des Königs Prinz Wilhelm von Braunschweig die Stimmung des Kurfürsten erforschen sollte[2], war bei der Anwesenheit des Prinzen im Januar 1804, wenn überhaupt, jedenfalls nur vorübergehend unter bestimmter Ablehnung der Berliner Anträge die Rede.

Wie oben bemerkt, zählte Dalberg bei seinem Projecte auf die Mitwirkung des Königs von Schweden: wir haben in diesem Zusammenhange noch des Aufenthalts Gustav Adolfs am badischen Hofe[3] mit ein paar Worten zu gedenken. Ende Juli 1803 hatte der König in Begleitung seiner Gemahlin Schweden verlassen, um einem schon früher ausgesprochenen Wunsche folgend seinen fürstlichen Verwandten in Karlsruhe einen längeren Besuch abzustatten; nach einer ersten Begegnung mit dem Kurfürsten in Frankfurt war das königliche Paar am 20. September in Karlsruhe eingetroffen. Angesichts der kritischen Lage der europäischen Verhältnisse konnte es nicht ausbleiben, daß allerlei Gerüchte auftauchten, welche der Reise, die den König über ein Jahr von der Heimath ferne hielt, eine politische Deutung gaben. Mit Mißtrauen hatten die Pariser Regierungskreise von vornherein dieser Reise entgegengesehen; es wurde behauptet, und auch Edelsheim neigte anfänglich zu der Ansicht, daß Gustav Adolf damit umgehe, einen neuen Kreuzzug gegen Frankreich zu predigen und die deutschen Mächte für die geplante Coalition zu gewinnen. Die Vermuthung war, wie unsere Acten ergeben, eine irrige. Der König hat keineswegs mit solchen Absichten den deutschen Boden betreten; er war vielmehr augenscheinlich von dem aufrichtigen Bestreben beseelt, mit Frankreich in freundlichem Einvernehmen zu leben. Davon zeugte der Wunsch nach einer persönlichen Begegnung mit Bonaparte, den er wiederholt zu erkennen gab[4],

---

[1] Vergl. Nr. 542.

[2] Vergl. S. 460, Anm. 2.

[3] Vergl. darüber die eingehenden und interessanten Mittheilungen bei B. v. Schinkel, Minnen ur Sveriges nyare historia. IV, 149—185.

[4] Vergl. Nr. 263, 540 und 541.

der Eifer, mit dem er ihm die Annahme des Kaisertitels empfahl[1], und die Bewunderung, die er im Gespräche mit Massias dem Charakter und Genie des Ersten Consuls zollte. Persönliche Andeutungen und Aeußerungen seines Cabinetssecretärs ließen sogar darauf schließen, daß er einen festeren Anschluß an Frankreich suchte und ein Bündniß mit dieser Macht damals einer Anlehnung an Rußland oder England vorzog; Massias selbst berichtet, daß der König im November den bekannten St Génié, der immer noch in Karlsruhe sein Wesen trieb[2], mit dem Auftrage nach Paris entsandte, zu sondiren, ob man im Falle eines Bruches mit Rußland dort einer Allianz mit Schweden geneigt sei. Ob und wie weit die einer Quelle von zweifelhaftem Werth entstammende Nachricht begründet ist, daß von französischer Seite dem Könige später zu München in der That Anträge dieser Art unterbreitet und mit dem Anerbieten von Norwegen verknüpft worden seien, läßt sich nach unseren Acten mit Sicherheit nicht feststellen. Die Thatsache, daß Talleyrand noch Ende November eine sorgfältige Ueberwachung des Königs angeordnet und in der Regierungspresse Ausfälle gegen denselben geduldet hat, läßt im allgemeinen nicht gerade auf ein sonderliches Entgegenkommen schließen. Erst allmählich vollzog sich, wie es scheint, unter dem Einflusse der Emigranten und der verderblichen Einflüsterungen des Generals Armfelt, eines berüchtigten Ränkeschmiedes, in der Stimmung Gustav Adolfs ein Umschwung, bis dann bei der Nachricht von der Ettenheimer Gewaltthat sein leidenschaftlicher Haß gegen Bonaparte zum erstenmale in hellen Flammen ausbrach und seiner Politik die verhängnißvollen Pfade wies, die schließlich in der Katastrophe des Jahres 1809 endigten. Man hat von schwedischer Seite, ohne übrigens bestimmte Belege anzuführen, die Erbprinzessin Amalie für diese Wendung verantwortlich gemacht und behauptet, sie habe ihren Schwiegersohn zum Bruche mit Frankreich gedrängt[3]. Im Karlsruher Archive finden sich keinerlei Anhaltspunkte für diese Ansicht, die um so geringere Wahrscheinlichkeit besitzt, als die Fürstin zu klug und besonnen war, um durch einen solchen den Interessen des Landes und den Absichten der Regierung zuwiderlaufenden Schritt sich selbst und den Bestand des jungen Kurstaates zu gefährden. Waren doch, soweit wir sehen, Karl Friedrich und seine Minister in dem Zeitpunkte, wo sie die Augen Europas auf den Karlsruher Hof gerichtet wähnten, doppelt bemüht, alles zu ver-

---

[1] Vergl. B. von Schinkel, Minnen ur Sveriges nyare historia. IV, 151; G. Swederus: Schwedens Politik und Kriege in den Jahren 1808—1814. Deutsch von C. Frisch, I, 7.

[2] Vergl. Politische Correspondenz, III, S. XXII.

[3] Schinkel, a. a. O. 4, 155.

meiden, was irgendwie auf der einen oder andern Seite Verdacht erwecken konnte, und eifrig bestrebt, den König, dessen launische, auf unseliger Veranlagung beruhende Anwandlungen schon damals störend hervortraten, von allen unbesonnenen Handlungen zurückzuhalten[1]. Eine Aufgabe freilich, die nicht leicht fiel und deren man sich gerne enthoben sah, als Gustav Adolf Ende November auf einige Monate nach München übersiedelte. Im nächsten Bande, im Zusammenhange mit der Affaire Enghien werden wir über seinen späteren Aufenthalt am badischen Hofe zu berichten haben.

---

3. Würtemberg und das Kreisausschreibeamt. Juni 1803 bis April 1804. — Schon im geheimen Separatfrieden von 1796 war dem Markgrafen das mit dem Bisthum Konstanz verbundene schwäbische Kreisausschreibeamt[2] zugesichert und damit die Aussicht auf eine einflußreiche, bevorzugte Stellung im schwäbischen Kreise eröffnet worden, nach der die badische Politik seit Jahrhunderten wiederholt offen und insgeheim getrachtet hatte[3]. Auch nach den Bestimmungen des Deputationsrecesses, der die säcularisirten Lande mit den daran haftenden Rechten den neuen Besitzern überwies (§ 36), und nach den Erklärungen der vermittelnden Mächte konnte kein Zweifel darüber bestehen, daß Kurfürst Karl Friedrich berechtigt war, als Nachfolger des Bischofs von Konstanz die demselben gebührenden Befugnisse eines kreisausschreibenden Fürsten auszuüben. Wider alles Erwarten aber bereitete Würtemberg, wie unsere Acten lehren, Schwierigkeiten; die alten rivalisirenden Tendenzen, die in den letzten Jahren die nachbarlichen Beziehungen vielfach gestört, traten auch bei diesem Anlasse noch einmal mächtig hervor. Man ignorirte in Stuttgart zunächst einfach die badischen Ansprüche und erließ, als ob niemand darein zu reden hätte, einseitige Verfügungen an die Kreisstände. Als indeß Kurfürst Friedrich im Juni 1803 wiederum, ohne mit Baden vorher Rücksprache zu nehmen, eigenmächtig eine Kreisumlage anordnete, hielt man in Karlsruhe die Zeit für gekommen, sich energisch gegen diese Anmaßungen zu verwahren. Freilich ohne jeden Erfolg. Der Stuttgarter Hof lehnte die geforderte An=

---

[1] Vergl. Nr. 532 und 582.

[2] Ueber Begriff, Ursprung und historische Entwickelung des Kreisausschreibeamtes vergl. die neuen Untersuchungen des Freiherrn E. Langwerth von Simmern, Die Kreisverfassung Maximilians I. und der schwäbische Reichskreis bis zum Jahre 1648, S. 67 ff.

[3] Zuletzt wol zur Zeit des siebenjährigen Krieges im Jahre 1760, wo Baden=Durlach mit preußischer Hilfe das würtembergische Directorium und Kreisausschreibeamt zu gewinnen hoffte. Vergl. K. Obser, Zur Mission des Freiherrn G. L. von Edelsheim, Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins, N. F. III, 355.

erkennung der kreisausschreibeamtlichen Rechte Badens ab: die Reichsdeputation, so bemerkte man, habe die künftige Organisation der Reichskreise dem Reichstage überlassen; ehe Kaiser und Reich sich darüber geeinigt, könne man die badischen Ansprüche nicht gelten lassen. Vergeblich wies die Karlsruher Regierung darauf hin, daß die Frage, ob ihr ein Anrecht auf das Kreisausschreibeamt zustehe, mit der inneren Verfassung und Einrichtung der Kreise nicht das mindeste zu schaffen habe, und längst durch die Deputation auf's unzweideutigste entschieden sei[1]. Würtemberg suchte nach neuen Ausflüchten und berief sich auf die Religionsparität, die in einem gemischten Kreise wie dem schwäbischen bezüglich des Kreisausschreibeamtes geboten und hergebracht sei: eine Behauptung, die schon allein durch die Thatsache, daß im achtzehnten Jahrhundert drei katholische Herzöge neben den Bischöfen von Konstanz jenes Amt verwaltet hatten, genügend widerlegt wurde[2]. Die Folge war, daß Baden, ohne sich weiter um den Widerspruch Würtembergs zu kümmern, den Kreisständen anzeigte, daß es seine neuen Funktionen übernommen habe, und sie aufforderte, künftig nur noch gemeinsamen Ausschreiben Gehorsam zu leisten.

So spitzten sich die Dinge immer mehr zu, und eine heillose Verwirrung drohte, wenn beide Theile auf ihrem Standpunkte beharrten, in dem wichtigsten aller Reichskreise jede Thätigkeit der Kreisorgane lahm zu legen. Kurfürst Karl Friedrich entschloß sich indeß, wie er in der Rangfrage versöhnlich entgegengekommen war, auch jetzt, zu einem gütlichen Ausgleiche die Hand zu bieten und eine von Würtemberg beantragte Conferenz zu beschicken. Anfangs December begab sich Gemmingen in seinem Auftrage nach Stuttgart, um dort die würtembergischen Vorschläge entgegenzunehmen. Nach dem Berichte, den er bei seiner Rückkehr erstattete, bestand die wesentlichste Forderung des Stuttgarter Hofes in dem Anspruche auf den Vorrang, den die Bischöfe von Konstanz im Kreisausschreibeamte bisher vor Würtemberg innegehabt. Karl Friedrich zeigte sich bereit, in diesem Punkte um des lieben Friedens willen nachzugeben, vorausgesetzt daß „bei allen und jeden andern Vorkommenheiten" seine volle

---

[1] Vergl. die Nummern 585—87; die betreffenden Schreiben vom 25. Juli, 8. August und 23. October 1803 sind übrigens in einer Flugschrift: „Der engere und allgemeine schwäbische Kreisconvent zu Eßlingen vom 1. November bis 20. December 1804. Schwaben 1805", S. 7 ff., bereits gedruckt.

[2] Auch bei J. J. Moser, Von der teutschen Craysverfassung, S. 187, neigt zur Verwerfung der Parität. Bezeichnend ist übrigens, daß im Jahre 1733, als in Würtemberg die katholische Linie zur Regierung gelangte, Baden-Durlach auf Grund derselben Anschauung, welche die Karlsruher Regierung im Jahre 1803 verwarf, seine alten Ansprüche auf das Kreisausschreibeamt erneuerte. Vergl. Schöpflin, Historia Zaringo-Badensis, IV, 382.

Gleichstellung gewahrt und das würtembergische Kreisdirectorium auf bestimmte Geschäfte beschränkt würde. So ging Gemmingen Ende December mit neuen Instructionen nach Stuttgart. Allein bei aller Auszeichnung, die Kurfürst Friedrich ihm persönlich widerfahren ließ, rückten die Verhandlungen, auf deren Einzelnheiten wir hier nicht eingehen können, doch nur langsam vor. Edelsheim beklagte sich bitter, daß eine Angelegenheit, die bei einigem guten Willen der Würtemberger in fünf Tagen hätte erledigt werden können, ebenso viel Wochen in Anspruch nehme. Erst am 2. Februar wurde ein Vertrag unterzeichnet, der auf Grund der herkömmlichen Normen die beiderseitigen Rechte festsetzte und im allgemeinen wol allen billigen Erwartungen entsprach[1]. Hofer und Baur von Heppenstein, die vermöge ihrer früheren Stellung[2] in den Kreisverhältnissen wol bewandert und daher zur Begutachtung aufgefordert waren, riethen dringend zur Annahme der Convention. Mit Fug und Recht wies insbesondere Hofer in vollster Uebereinstimmung mit Gemmingen darauf hin, daß die Opfer, die Baden bringe, der Verzicht auf ein zweifelhaftes Vorsitzrecht und die Einräumung eines unschädlich gemachten Titels, bei weitem durch die Vortheile überwogen würden, welche die Erwerbung des Kreisausschreibeamtes darbiete. Eine Einigung mit Würtemberg schien ihm zur Zeit durch die Zustände im schwäbischen Kreise, dessen zerrüttete Finanzen einer schleunigen Reform bedurften, dringend geboten, geradezu unerläßlich aber im Hinblick auf die Gefahr neuer kriegerischer Verwickelungen und die Lage der Reichsritterschaft: wie auch immer das Schicksal dieser Körperschaft entschieden werden mochte, im Besitze des Kreisausschreibeamtes vermochte Baden nicht nur die bedrängte Ritterschaft wirksamer zu schützen, sondern auch im Falle ihrer Auflösung „den rivalisirenden Vorgreifungen Anderer vorzubeugen“, bis eine Regelung der Verhältnisse auf reichsgesetzlichem Wege erfolgte. In einer Sitzung des Geheimen Raths vom 14. Februar, in deren Verlauf sich Karl Friedrich selbst lebhaft an der Debatte betheiligte und gewisse von Geh. Rath Herzog geäußerte Bedenken widerlegte, wurde denn auch beschlossen, dem Vertrage die Ratification zu ertheilen; ausgenommen wurden jedoch einige Paragraphen, die wegen ihrer unklaren Fassung Stoff zu künftigen Streitigkeiten enthielten oder Verpflichtungen auferlegten, welche die Rechte der Kreisstände beeinträchtigten und Beschwerden erzeugen mußten. Man war in Karlsruhe nicht darauf vorbereitet, daß die Stuttgarter Regierung, mit der man sich über alle wichtigen Fragen geeinigt, an der Ausschließung dieser im übrigen ziemlich belang-

---

[1] Vergl. Nr. 602.

[2] Hofer als Bürgermeister der Reichsstadt Rottweil und Baur als bischöflich konstanzischer Gesandter beim schwäbischen Kreis.

losen Stellen Anstoß nehmen würde. Allein das Unerwartete geschah: die würtembergischen Minister bestanden auf der unveränderten Annahme des Ganzen. Vergeblich bemühte sich Karl Friedrich, der eine friedliche Verständigung aufrichtig wünschte und mit allen Mitteln erstrebte, den benachbarten Kurfürsten durch persönliche Vorstellungen zur Nachgiebigkeit zu bewegen, vergeblich schlug seine Regierung in entgegenkommender Weise einen Zusatzartikel vor, der zwischen den beiderseitigen Meinungen vermittelte. Die Stimmung war höchst bedenklich, ein Abbruch der Verhandlungen schien unvermeidlich. „Wir gleichen Leuten, — bemerkte Gemmingen treffend, — die über die innere Einrichtung eines gemeinschaftlichen Hauses streiten, unterdessen aber die Löschungsmittel versäumen, während die Flamme überall drohet". In der festen Ueberzeugung, daß ein Conflict, mochte Baden sich auch noch so sehr im Rechte befinden, Aergerniß erregen und fremden Mächten erwünschten Anlaß zur Einmischung in die Angelegenheiten des Kreises geben werde, rieth er, noch einen letzten Versuch zu wagen, und empfahl zu dem Ende die Annahme der beanstandeten Paragraphen mit einigen ziemlich geringfügigen Abänderungen, die er in Stuttgart durchzusetzen hoffte. Nicht ohne Widerstreben ging man in Karlsruhe darauf ein; Geh. Rath Brauer vor allem wollte von weiteren Zugeständnissen gegenüber der „würtembergischen Dictatur" nichts wissen und stimmte für sofortige Einstellung der Verhandlungen. Schließlich war es doch wol der Kurfürst selbst, der zu Gunsten der Gemmingen'schen Anträge entschied und, indem er über kleinliche Bedenken hinwegsah und nur das Wohl des Ganzen im Auge behielt, damit unzweifelhaft das Richtige traf. Auch in Stuttgart wurden nun die Abänderungsvorschläge ohne weiteren Widerstand genehmigt, so daß am 7. März die Auswechslung der Ratificationsurkunden stattfinden konnte und Gemmingens Sendung mit einem Erfolge endete, der auch auf die gegenseitigen Beziehungen der beiden Staaten günstig wirkte: an Stelle der Entfremdung und Eifersucht, die bisher zwischen denselben bestanden, trat mehr und mehr ein freundnachbarliches Einvernehmen, das äußerlich zunächst in der wechselseitigen Ernennung von Gesandten seinen Ausdruck fand.

---

4. Reichsritterschaft und Conservatorium. Dec. 1803—Juni 1804. — Aus dem Zusammenbruche des alten Reichs, den die große Staatsumwälzung des Jahres 1803 herbeigeführt, hatte die Reichsritterschaft ihre Existenz glücklich gerettet: während die geistlichen Staaten und Stifter und mit wenigen Ausnahmen auch die im Reiche verstreuten reichsstädtischen Gemeinwesen der neuen Zeit zum Opfer fielen, blieben jene Ueberreste mittelalterlichen Staatslebens, die sich in ihrer eigenthümlichen Verfassung und Sonderstellung trotz mancher Anfechtungen

Jahrhunderte hindurch erhalten, unter dem theuer erkauften Schutze Frankreichs unangetastet bestehen. Aber freilich, man schien nicht überall gewillt, sich um den Deputationsreceß und seine Garantien zu kümmern[1]. Aus Baiern vor allem hatte man schon seit Ende 1802 viel von gewaltsamen Eingriffen in die Rechte und Freiheiten der Ritterschaft gehört: kein Zweifel, daß hier ein planmäßiges Vorgehen vorlag, das unter geschickter Ausnützung der allgemeinen Verwirrung die völlige Unterdrückung dieser Körperschaft bezweckte. Im October 1803 wagte die Münchner Regierung den letzten Schritt; sie erklärte offen, der reichsunmittelbare Adel müsse in sein ursprünglich landsässiges Verhältniß zurückgeführt werden, und ließ in den enclavirten oder angrenzenden ritterschaftlichen Orten Frankens und Schwabens überall Besitznahmepatente anschlagen und die Unterthanen huldigen[2]. Andere Reichsstände, wie Hessen-Kassel und -Darmstadt, Oranien-Fulda, Würtemberg und Leiningen, folgten alsbald dem Beispiele und fielen über die wehrlose Ritterschaft her; die Sorge, von dem Nachbar überholt zu werden, beschleunigte ihre Maßregeln. Selbst die kleinen Reichsfürsten und Grafen konnten der lockenden Versuchung nicht widerstehen, ohne zu bedenken, daß, wenn der Stein einmal im Rollen war, auch ihnen über kurz oder lang ein gleiches Schicksal drohte; sogar ein Graf von Salm Reifferscheidt, der vor dem Reichsrecesse kaum ein paar Dorfschaften sein eigen nannte, spielte nun den großen Herrn und that wacker mit. Da die Ansprüche der occupirenden Reichsstände sich vielfach durchkreuzten, waren häufige Conflicte unvermeidlich: in den ritterschaftlichen Orten, wo heute diese, morgen jene Truppen einzogen und sich wechselseitig vertrieben, wußte man nicht mehr, wer eigentlich Gebieter sei[3]. Alles in allem, unwürdige Zustände, die an die schlimmsten Tage des Faustrechts gemahnten.

Einer der wenigen Reichsfürsten, die an diesem wüsten, allen Gesetzen Hohn sprechenden Treiben nicht Theil genommen, wiewohl die ritterschaftlichen Besitzungen im Kraichgau ihm bequeme Gelegenheit geboten hätten, war Kurfürst Karl Friedrich. Im Gegentheil, als Hessen-Darmstadt, durch das Vorgehen der Andern ermuthigt, seine Truppen im Kraichgau einrücken und eine Anzahl von Ritterorten besetzen ließ, die in badischem Lehensverbande standen oder doch zur badischen Interessensphäre gehörten, gebot der Kurfürst dem Landgrafen Einhalt und zwang ihn, sein Militär wieder zurückzuziehen,

[1] Vergl. zum Folgenden: L. Häusser, Deutsche Geschichte, II, 481 ff.; Berghaus, Deutschland vor 50 Jahren, I, 385—406; Häberlin, Staatsarchiv, Bd. XI—XIV; Thiers, Histoire du Consulat, V, 525 ff.

[2] Ueber die bairischen Occupationen vergl. R. Graf Du Moulin Eckart in den Forschungen zur Cultur- und Literaturgeschichte Baierns, IV, 216 ff.

[3] Vergl. Nr. 627.

indem er zugleich die Ritterschaft durch die Versicherung beruhigte, daß er seinen constitutionellen Gesinnungen gemäß sie jederzeit, sofern nicht eine Zwangslage eintrete, im ungeschmälerten Genusse ihrer Rechte und Freiheiten belassen werde[1]. Je seltener man damals solche Worte aus fürstlichem Munde vernahm, um so lebhafteren Beifall fanden sie in den ritterschaftlichen Kreisen, um so aufrichtiger dankte der kraichgauische Adel dem Fürsten, „der in allem, was edel und gut ist, seit vielen Jahren die praktische Lehre giebt", für seinen Schutz[2].

Inzwischen hatte das Generaldirectorium der Ritterschaft auch beim Wiener Hofe Hilfe gesucht und gefunden. Gesetz und Verfassung, noch mehr aber das eigene Interesse[3], geboten dem Kaiser, sich der bedrängten Körperschaft, die stets seinen Einfluß im Reiche gestützt, nach Kräften anzunehmen. So erging denn auf Grund eines Reichshofrathsbeschlusses vom 23. Januar 1804 ein kaiserliches „Conservatorium", welches alle ungesetzlichen Schritte für null und nichtig erklärte und den Kurerzkanzler, die Kurfürsten von Baden und Sachsen, sowie das Erzhaus Oesterreich zu Conservatoren bestellte, mit dem Auftrage, den Besitzstand der Reichsritterschaft vom 1. December 1802 allenthalben, nöthigenfalls mit Waffengewalt, wiederherzustellen und über den Erfolg binnen zwei Monaten Bericht zu erstatten. Karl Friedrich, der, wie ausdrücklich hervorgehoben wurde, diesen ehrenden Beweis kaiserlichen Vertrauens seinen „bewährten verfassungsmäßigen Gesinnungen" verdankte, erklärte sich bereit, sich der ihm übertragenen Aufgabe zu unterziehen. Aber freilich, bis der schwerfällige Apparat der Commission in Bewegung gesetzt war, bis die Conservatoren Regensburg zum Sitze derselben gewählt, bis endlich die Subdelegirten selbst ernannt und mit Vollmacht versehen waren, verstrichen Wochen und Monate. Mittlerweile hatte sich die politische Situation sehr zu Ungunsten des Conservatoriums verschoben. Bei den ersten Versuchen Dalbergs, die Stimmung in Paris zu sondiren, hatte er im allgemeinen den Eindruck gewonnen, daß man dort die Vergewaltigung der Ritterschaft, insbesondere das rücksichtslose Vorgehen Baierns mißbilligte. Frankreichs Haltung in dieser Frage entsprach durchaus seinen politischen Interessen: der Conflict mit England, die Sorge vor einer neuen Coalition beschäftigten Bonaparte zu sehr, als daß er in diesem Augen-

[1] Vergl. Nr. 624.

[2] Vergl. Nr. 634.

[3] Daß die Rücksicht auf den eigenen Vortheil dabei überwog, bezeugt auch Oubril, der aus einer Unterredung mit Cobenzl die Ueberzeugung gewann, daß der Wiener Hof sogar einer Auflösung der Ritterschaft zustimmen werde, «pourvu qu'elle en retirât des avantages proportionnés à ceux qu'en recueilleraient les autres états d'Empire». Tratchevsky, a. a. O., II, 504.

blicke den Ausbruch unabsehbarer Wirren wünschen mochte, die möglicherweise auch im Reiche die Fackel des Kriegs entzündeten[1]. Als indeß mit der Kunde von dem Conservatorium allarmirende Nachrichten nach Paris gelangten, wonach Oesterreich beträchtliche Streitkräfte in Oberschwaben und an der bairischen Grenze zusammenziehe, wurde der Verdacht rege, daß der Wiener Hof unter dem constitutionellen Deckmantel des Conservatoriums lediglich seine eigenen Rüstungen und seine Absichten auf Erwerbung des Innviertels zu verbergen trachte[2]. Der preußische und bairische Gesandte nährten diesen Argwohn, dessen sich auch Gemmingen nicht erwehren konnte, geflissentlich. Eine rascher Umschwung erfolgte. Bonaparte drohte, sofort 40000 Mann in Baiern einrücken zu lassen, falls Oesterreich seine Rüstungen nicht einstelle und seine Truppen zurückberufe. Vergeblich bemühte sich Cobenzl, das Conservatorium als eine durchaus unverfängliche Maßregel zu rechtfertigen; seine Vorstellungen wurden in schärfstem Tone zurückgewiesen[3]. Die ritterschaftlichen Händel, erklärte Talleyrand, gehörten vor den Reichstag, vor ein Schiedsgericht der vermittelnden Mächte. — Und wirklich ließ Bonaparte, bezeichnenderweise ohne die Zustimmung Rußlands abzuwarten, am 10. März durch den französischen Geschäftsträger Bacher in Regensburg die erneute Intervention der beiden Regierungen ankündigen[4]. Am gleichen Tage wurde Massias beauftragt, dem Karlsruher Hofe sein Befremden über die Annahme des Conservatoriums auszudrücken und auf die von Seiten Oesterreichs der Sicherheit des Reiches drohenden Gefahren hinzuweisen[5]. Auch Preußens Stimme ließ sich warnend in Karlsruhe vernehmen. Das Berliner Cabinet hatte in dem Eintreten des Wiener Hofes zu Gunsten der Ritterschaft von vornherein nur einen Versuch, das kaiserliche Ansehen im Reiche zu stärken, erblickt und wenig Freude darüber bezeugt: nach Bachers Erklärung vom 10. März legte Graf Görtz auf Weisung des Berliner Hofes energische Verwahrung ein gegen das Conservatorium, bei dem der Kaiser als Partei, Richter und Executor in einer Person auftrete und Preußen verfassungswidrig übergangen worden sei[6]. Gleichzeitig forderte das Berliner Ministerium die badische Regierung direct auf, die angekündigte Intervention der Mediatoren abzuwarten. Die Verlegenheit, in der man sich in Karlsruhe befand, war um so größer, als der zu Besuch daselbst verweilende König von

---

[1] Vergl. Ed. Wertheimer, Geschichte Oesterreich-Ungarns im ersten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts, I, 185 ff.

[2] Vergl. A. Fournier, Gentz und Cobenzl, S. 94.

[3] Vergl. Nr. 642.

[4] Häberlin, Staatsarchiv, XII, 81.

[5] Vergl. Nr. 644.

[6] Häberlin, Staatsarchiv, XII, 82 ff.

Schweden, der von München aus bereits eine entschiedene Erklärung zu Gunsten der Ritterschaft in Regensburg hatte überreichen lassen, jede Einmischung der vermittelnden Mächte verwarf. Allein der vereinte Druck, der von Paris und Berlin ausgeübt wurde, wirkte schließlich doch lähmend auf die Entschließungen der kurfürstlichen Regierung. Man war wol überzeugt, daß, um den Schein zu retten, „zu Ehren des Kaisers und Reichs" etwas geschehen und die Subdelegirtencommission wenigstens zusammentreten müsse, um schleunigst zu constatiren, daß ihre Aufgabe im wesentlichen bereits erfüllt sei; weiter zu gehen, verspürte man aber ebensowenig Lust, wie andere Conservatoren. Zum Ueberfluß gab man in Paris und Berlin die beschwichtigende Versicherung ab, daß Baden einer Erledigung der ritterschaftlichen Angelegenheit durch den Reichstag und die vermittelnden Mächte nicht entgegen sein werde.

Unter solch' ungünstigen Vorzeichen traten am 27. März die Subdelegirten zu ihrer ersten Sitzung in Regensburg zusammen. Da die badische Regierung nicht durch einen Diplomaten vertreten sein konnte, der in seiner Eigenschaft als preußischer Gesandter das Conservatorium im Reichstag zu bekämpfen hatte, wurde an Stelle des Grafen Görtz der Freiherr von Gemmingen nach Beendigung der Stuttgarter Verhandlungen zum Subdelegirten ernannt, mit der Vollmacht, bei seiner Weiterreise nach Wien den kurerzkanzlerischen Minister von Albini zu substituiren. Das Resultat der ersten drei Sitzungen ließ das Ende schon vorausahnen. Man begnügte sich, dem Kaiser und den vom Conservatorium betroffenen Reichsständen Nachricht von der Constituirung der Commission zu geben und das Generaldirectorium der Ritterschaft zum Bericht über die Wiederherstellung des Status quo und den Umfang, in welchem dieselbe erfolgt, aufzuforden. Allein auch diese höchst harmlosen Maßregeln, die, wie man nur zu deutlich sah, „zwischen Nichtsthun und compromittirendem Thun" ängstlich den Mittelweg einhalten sollten, erregten das Mißfallen der Pariser Machthaber, die augenscheinlich erwartet hatten, daß nach der Note Bachers von einem Conservatorium überhaupt nicht mehr die Rede sein könne. In einer Note vom 14. April gab Talleyrand dem badischen Gesandten mit dürren Worten zu verstehen, wie peinlich es den Ersten Consul berührt habe, daß der Kurfürst, ohne zuvor in Paris anzufragen, das kaiserliche Mandat angenommen habe, bezeichnete angesichts der bevorstehenden Intervention der Mediatmächte das Fortbestehen der Commission als überflüssig, ihre weitere Thätigkeit als beleidigend und sprach die bestimmte Erwartung aus, daß der badische Subdelegirte abberufen würde. Wie die Dinge lagen, durfte Dalberg diese unerhörte französische Anmaßung und Einmischung in rein interne Angelegenheiten des Reichs nicht als unstatthaft verdientermaßen zurückweisen;

seine Antwort klang, zumal auch Lucchesini die französischen Reclamationen getreulich unterstützte, wie eine Entschuldigung und Rechtfertigung. Der Kurfürst, bemerkte er, habe durchaus nach bestem Gewissen im Sinne der Reichsverfassung gehandelt, im übrigen trügen die Weisungen an Gemmingen Talleyrands Forderungen Rechnung. Auf die Frage der Abberufung ging er nicht ein. Nur gesprächsweise betonte er, daß ein solch' auffallender Schritt gleichzeitig auch von Seiten des Kurerzkanzlers und Kursachsens in einer Weise, die in Wien keine Verstimmung erzeugte, erfolgen müsse. In Uebereinstimmung mit der Note an Dalberg verwies Bachers Verbalerklärung vom 28. April die Reichsstände von neuem auf die Entscheidung der vermittelnden Mächte: man erwarte daher, daß alle weiteren Verhandlungen der Subdelegation auf sich beruhen würden. Es bedurfte unter diesen Verhältnissen nicht erst der Karlsruher Weisung, man möge sich thunlichster Zurückhaltung befleißigen und vorsichtig die kommenden Ereignisse abwarten: auch die übrigen Conservatoren waren, wie sich aus Albinis Meldungen ergiebt, nicht geneigt, aus der passiven Rolle, die sie bisher gespielt, herauszutreten. Mochten sie sich auch, so wenig wie Baden, zu einer Abberufung ihrer Gesandten verstehen, so bestand die Commission doch thatsächlich nur noch dem Scheine nach. Am 2. April hatte sie ihre letzte Sitzung abgehalten; seitdem konnte sich Albini, obgleich das Generaldirectorium der schwäbischen Ritterschaft dringend darum nachsuchte und reichlich Stoff zu Berathungen vorlag, nicht entschließen, eine weitere Conferenz anzuberaumen. Schon der Vorschlag, Mahnschreiben an die Stände zu erlassen, gegen die Beschwerden eingereicht worden waren, schien ihm bedenklich und unannehmbar. Man müsse sich eben, meinte er, „in unserm lieben Reich mit halben Erfolgen begnügen" und damit zufrieden geben, daß im wesentlichen doch überall, ohne daß ein Einschreiten nöthig geworden, Gehorsam geleistet worden sei. Die noch einlaufenden Reclamationen wurden, wie man schließlich übereinkam, ad acta gelegt, indem man es dem Reichshofrathe überließ, sie zu prüfen und das Erforderliche zu verfügen: ein billiges Auskunftsmittel, das die Conservatoren jeder Verantwortung enthob.

Dieses letzte Lebenszeichen, das die Regensburger Commission von sich gab, stammte aus der Mitte des Juni. Dann wurde alles still, und man hörte monatelang nichts von ihr, ebenso wenig aber von der angekündigten Intervention der vermittelnden Mächte, die in Regensburg von vornherein nur geringer Neigung begegnete und nach dem Bruche mit Frankreich vollends unausführbar wurde[1]. Der Wiener Hof verzichtete darauf, das Conservatorium

[1] Vergl. Tratchevsky, a. a. O., II, 476, 484 ff., 580 ff.

aus seiner Lethargie aufzurütteln, und mußte sich auch in dieser Frage Frankreich gegenüber zur Nachgiebigkeit bequemen, da er nicht hinlänglich gerüstet war, um den Kampf aufzunehmen. Ueber dem Interesse, das die Verhandlungen über den Fall Enghien in Anspruch nahmen, gerieth das Conservatorium völlig in Vergessenheit, und es bedurfte im März 1805 erst eines kaiserlichen Excitatoriums, um das Reich daran zu erinnern, daß diese Commission noch existirte. Freilich hatte, wie wir im nächsten Bande sehen werden, auch dieser letzte Versuch, sie zu thatkräftigem Vorgehen zu bewegen, kein Glück. So fristete denn die Reichsritterschaft in steter Ungewißheit über ihr Loos ihr politisches Sonderleben weiter, bis die Stürme des dritten Coalitionskrieges sie hinwegfegten und die Frage über Sein oder Nichtsein endgültig entschieden wurde.

I.

Vom Frieden zu Lunéville bis zur Pariser Convention vom 3. Juni 1802.



1. Verhandlungen in Regensburg und Wien. März 1801—Juni 1802.

1. Karl Friedrich an den Grafen Görtz.

Karlsruhe, 2. März 1801.

[Friedensratification. Bedenken.]

Görtz hat mit Bericht vom 25. Febr. das kais. Hofdecret vom 21. d. M. übersandt, welches dem Reichstage möglichst schleunige Ratification des Reichsfriedens empfiehlt[1]. Der Markgraf ermächtigt seinen Gesandten, für dieselbe zu stimmen, hegt jedoch gewisse Bedenken, da in dem Friedensschlusse nicht festgesetzt ist, worin die Entschädigungen bestehen, noch wann, wo und wie sie bestimmt werden sollen, und wünscht, womöglich darüber erst noch die Ansicht anderer betheiligter Stände zu hören[2].

Concept.

2. Kurfürst Max Joseph von Baiern an Karl Friedrich.

Bayreuth, 15. März 1801.

[Das Friedensgeschäft. Reichsständische Mitwirkung: Vollmacht für den Kaiser unter Mitwirkung Preußens und Rußlands und Zulassung reichsständischer Gesandter. Bedenken gegen eine Deputation.]

Der Kurfürst glaubt, daß es im Hinblicke auf das Commissionsdecret vom 3. März d. J.[3] im gemeinsamen Interesse der durch Abtretungen auf dem linken Rheinufer geschädigten weltlichen Reichsstände liege, darüber zu wachen, daß „das zu ihrem Vortheile bedungene Entschädigungsprincip eine ihren gerechten Erwartungen entsprechende Anwendung erhalte". Eine reichsständische Mitwirkung, wie das Decret sie begehre, sei nur auf zweierlei Art denkbar: entweder der Reichstag ertheile dem Kaiser die Vollmacht, auch für das Reich Frieden zu schließen, oder er wähle eine Deputation zu diesem Zwecke. In ersterem Falle habe man den Vortheil, daß die Verhandlungen rasch zu Ende geführt würden; etwaige Bedenken könne man dadurch beseitigen, daß man gleichzeitig bedinge, daß Rußland und Preußen unmittelbarer Antheil an dem Friedensgeschäfte gestattet werde und den Reichsständen unverwehrt bleibe, wegen ihrer Sonderinteressen eigene Gesandte abzuschicken, „welche

[1] Reuß, Teutsche Staatskanzlei, 1801, I, 218.

[2] Die Berathung beginnt am 6. März, schon am 7. März wird durch Reichsgutachten der Friede ratificirt. Vergl. Häusser, Deutsche Geschichte, II, 333 ff. Das badische Votum bei Reuß, a. a. O., 1801, I, 296.

[3] Bei Reuß, a. a. O., 1801, II, 160 ff.

alsdann bei den Tractaten ohne Widerrede oder sonstige Hindernisse zuzulassen wären". Der Friede selbst erhalte auf diesem Wege eine festere Garantie.

Im zweiten Falle werde scheinbar das ständische Mitwirkungsrecht mehr berücksichtigt und zum Ausdrucke gebracht, allein die Zusammensetzung der Deputation falle sehr schwer. Einer Uebertragung der Vollmacht auf die vormalige Rastatter Deputation sei Frankreich abgeneigt; „ein zu sehr in die Enge gezogener" Ausschuß erwecke die Besorgniß, daß das Interesse der geschädigten Stände hier nicht genügend gewahrt werde; zum mindesten werde er aus sechs Gliedern, zwei Kurfürsten und vier weltlichen Fürsten bestehen müssen. Der Einfluß der Deputation werde indeß, wie die Erfahrung lehre, nie entscheidend, wenn sie nicht durch mächtige Vermittler unterstützt werde.

Der Kurfürst ersucht den Markgrafen, ihm seine Ansicht über die gegenwärtige Frage mitzutheilen, um bei der Abstimmung über das Commissionsdecret die gemeinsamen Interessen am zweckmäßigsten wahren zu können.

---

3. Graf Görtz an Karl Friedrich.

Regensburg, 16. März 1801.

[Commissionsdecret vom 3. März. Abneigung in Wien gegen eine mehrgliedrige Reichsdeputation und Vollmachtsübertragung auf den Kaiser.]

Ein kaiserl. Commissionsdecret vom 3. März fordert ein Gutachten des Reichs über die Art der reichsständischen Mitwirkung bei dem Friedensgeschäfte[1]. Die kaiserl. Minister, speciell v. Fahnenberg, eröffnen, mit der Bitte um Mittheilung an ihre Höfe, sämmtlichen Gesandten, nach Ansicht des Kaisers wäre eine Reichsdeputation, aus wenigen Mitgliedern, etwa nur Kurmainz und Kursachsen, bestehend, zu wählen und zu beauftragen, die Verhandlungen in Lunéville oder gar in Paris zu führen. Der Kaiser selbst sei der Uebernahme einer Vollmacht abgeneigt.

---

4. König Friedrich Wilhelm III. von Preußen an Karl Friedrich.

Berlin, 16. März 1801.

[Zusicherung der preußischen Unterstützung.]

Ew. Durchlaucht und Liebden haben mir in Dero Schreiben vom 25. v. M.[2] einen abermaligen Beweis Ihres freundschaftlichen Zutrauens gegeben und ich wiederhole Denenselben darauf mit dem größten Vergnügen die Versicherung, daß ich aufrichtigst wünsche dazu beizutragen, daß der gegenwärtige entscheidende Zeitpunkt auch in Absicht Ihrer gerechten Entschädigungsansprüche einen möglichst befriedigenden Ausgang gewinnen möge. Mein Gesandter zu Paris erhält den erneuerten Auftrag, Dero Bevollmächtigten mit seinem Rath und seiner Verwendung, so viel es nur immer die Umstände gestatten, zu unterstützen und er wird in Gemeinschaft mit dem dort anwesenden Botschafter Seiner russisch Kaiserlichen Majestät diesen Befehl gewiß gern und mit Eifer vollziehen. Ew. Durchlaucht und Liebden werden von meiner stets gegen Dieselben und Dero Haus gehegten

[1] Ueber die folgenden Verhandlungen am Reichstag vergl. Häusser, Deutsche Geschichte, II, 332 ff., 352 ff.

[2] Fehlt. — Gleichzeitig hatte Edelsheim den Grafen Haugwitz um Befürwortung der badischen Entschädigungsansprüche ersucht. dd. 26. Febr. Orig. Berlin St.=A.

wahren Freundschaft und Theilnahme überzeugt sein, daß der günstige Erfolg seiner Bemühungen mir zur herzlichen Freude um so mehr gereichen wird, als Dieselben darin eine neue Bestätigung der unwandelbaren und aufrichtigen Gesinnungen finden werden, mit welchen ich verbleibe ꝛc.

---

5. König Friedrich Wilhelm III. von Preußen an den preuß. Gesandten in Paris, Lucchesini.

Berlin, 17. März 1801.

[Weisung, die badischen Entschädigungsansprüche zu unterstützen.]

. . . Le Margrave de Bade vient de m'écrire pour demander que Vous soyez autorisé à appuyer de mon intention les demandes que fera son ministre, le B^on d'Edelsheim, envoyé de sa part à Paris, pour y faire valoir ses titres à une juste indemnisation des pertes et des sacrifices que cette guerre lui a causés. L'amitié que je porte à ce Prince et l'intérêt que j'ai pris de tout temps au bien-être de sa maison me font désirer qu'elle ait lieu d'être satisfaite pour sa part du résultat final des négociations . . . . et je Vous charge volontiers de témoigner cet intérêt et de rendre au B^on d'Edelsheim pour l'objet de ses réclamations tous les bons offices qui dépendront de Vous. . . . .

Concept, gez. Haugwitz. Berlin St.-A.

---

6. Karl Friedrich an König Friedrich Wilhelm III. von Preußen.

Karlsruhe, 26. März 1801.

[Dank für die zugesagte Unterstützung, Schreiben an Kaiser Paul. Bedenken wegen dessen Aufnahme. Bitte um Rath und Vermittlung.]

In dem jetzigen ebenso wichtigen, als noch unaufgeklärten Zeitpunkte, der über die Entschädigungen meines großen Verlustes auf dem linken Rheinufer entscheiden soll, und in dem Stand der Sorge, in welchen ich mich dadurch versetzt befinde, gereicht es mir zu einer außerordentlichen Beruhigung, die tröstliche Versicherung der vielvermögenden königl. Unterstützung durch das gnädigste Schreiben Ew. ꝛc. vom 15. d. M. [sic! leg. 16] zu empfangen. Indem dieses hohe Wohlwollen in mir den lebhaftesten Wunsch rege macht, Höchstderoselben meine tiefste Dankerkenntlichkeit dafür hierdurch schriftlich darbringen zu dürfen, belebt es mich auch mit dem devoten Vertrauen, eine weitere deßfallsige Angelegenheit in die wohlwollenden Hände Ew. ꝛc. zu legen. Höchstdieselben haben nämlich gnädigst geruhet, Dero in Paris bestehende Gesandtschaft anzuweisen, in Gemeinschaft mit dem dort anwesenden kaiserl. russischen Botschafter sich für meine Angelegenheiten zu verwenden. . . . . Eben deswegen aber darf ich Höchstdenenselben nicht verborgen lassen, daß ich bis daher an des russischen Kaisers Majestät ein eigenes deßfallsiges Ansuchen zu erlassen, um der allbekannten Abgeneigtheit willen,

welche ich durch den Abschluß des von dem Drang der Umstände vor mehreren Jahren mir abgenöthigten Separatfriedens mit Frankreich mir zuzuziehen das schmerzliche Schicksal hatte, Bedenken tragen mußte. Wenn nun in dieser Lage ich noch immer nicht weiß, wie am kaiserlich russischen Hofe ein unmittelbares Anschreiben von mir würde aufgenommen werden und ich doch von der russischen Gesandtschaft ohne mein geziemendes Ansuchen bei des russ. Kaisers Majestät eine Mitunterstützung zu hoffen nicht wage, so weiß ich in dieser Verlegenheit ein sicher[er]es Beruhigungsmittel nicht zu finden, als abermals Ew. Königl. Majestät gewogene Gesinnungen deßfalls in Anspruch zu nehmen, indem ich Dieselben gehorsamst ersuche, entweder das verschlossene und zugleich in offener Abschrift hier anliegende Ansuchungsschreiben[1] durch die königl. Gesandtschaft in Petersburg mit Empfehlung zur geneigten Aufnahme übergeben zu lassen, oder mir einen gnädigen Fingerzeig zu geben, wie etwa, wann dieses nicht rathsam von Höchstdenselben erachtet würde, ich sonst mein Benehmen einzurichten hätte, um der mir durch die königl. verehrteste Einleitung zugedachten kaiserl. russischen Mitverwendung theilhaftig zu werden. . . . .

Concept Brauers.

7. Karl Friedrich an den Kurfürsten Max Joseph von Baiern.

Karlsruhe, 26. März 1801.

[Zulassung reichsständischer Gesandter zum Friedensgeschäfte zweifelhaft. Reichsdeputation allein möglich. Vier Mitglieder.]

Der Markgraf dankt für die wichtigen Mittheilungen des Kurfürsten. Allerdings biete der Vorschlag, dem Kaiser die Friedensverhandlungen zu übertragen, manche Vortheile, zweifelhaft aber sei es, ob die beiden paciscirenden Mächte sich die Zuziehung von Gesandten der Reichsstände gefallen lassen würden. Inzwischen sei indeß von Wien und Regensburg die Meldung eingelaufen, der Kaiser werde eine Vollmacht seitens des Reichs nicht annehmen; mithin bleibe nur der Weg einer Deputation übrig, die am zweckmäßigsten nach seiner Ansicht aus vier Mitgliedern, darunter Kurbaiern als Vertreter der linksrheinisch geschädigten Stände, gebildet werde.

Uebrigens sei er, da ihm die Absichten des Kaisers sowohl, wie Preußens und Hannovers noch nicht bekannt seien, zur Zeit nicht im Stande, sich endgiltig in der Sache zu äußern, werde aber ein vertrauliches Einvernehmen gegen den Kurfürsten beobachten.

Concept Brauers.

8. Karl Friedrich an den Grafen Görtz.

Karlsruhe, 7. April 1801.

[Unschlüssigkeit am Reichstage. Unklarheit über die Absichten des Kaisers. Gefahr einer itio in partes. Vorläufige Weisung wegen des Votums.]

Die Zeit drängt, da die Reichstagsberathung über das Commissionsdecret vom 3. März bereits begonnen hat. Der Markgraf bedauert die große Meinungsverschiedenheit,

---

[1] Vergl. den dritten Abschnitt.

Das Schreiben wird dem preuß. Gesandten in Petersburg übersandt; angesichts des Thronwechsels hofft der König auf guten Erfolg. Friedrich Wilhelm III. an Karl Friedrich. Berlin, 19. April.

die darüber herrsche[1]. Eine itio in partes, wodurch mit der Vorfrage das ganze Friedensgeschäft selbst auf unabsehbare Zeit vertagt werde, müsse um jeden Preis vermieden werden. Nach einem Berichte sei der Kaiser nicht abgeneigt, eine unbedingte Vollmacht zu übernehmen, nach andern wünsche er die Wahl einer Deputation.

Der Markgraf beauftragt seinen Gesandten, dahin zu stimmen, daß der Kaiser im Namen des Reichs ersucht werde, „die zur gänzlichen Berichtigung des Reichsfriedensgeschäfts noch ermangelnde besondere Uebereinkunft zu treffen". Sollte derselbe ablehnen, so wäre eine Reichsdeputation, bestehend aus Kurmainz, Kursachsen, Magdeburg und Baiern, mit gleicher Vollmacht wie die Rastatter versehen, zu wählen.

Görtz möge jedoch das Votum nicht eher ablegen, bis die kurbrandenburgische Instruction eingelaufen sei, um eventuell noch gewisse Aenderungen vornehmen zu können.

Concept Meiers.

9. Graf Görtz an Karl Friedrich.

Regensburg, 12. April 1801.

[Bedingte Vollmacht für den Kaiser; Antrag auf Mitwirkung Preußens und Rußlands, auch im Interesse von Baden.]

Görtz räth dem Markgrafen, „entweder in Ansehung der Uebertragung an Kaiserl. Majestät .... einer bedingten statt einer gänzlich unbedingten [scil. Vollmacht] den Vorzug zu geben, da auf letztere auch kein einziger weder protestantischer, noch altweltfürstlicher Hof stimmen wird", oder seinem früheren Vorschlage gemäß auf Mitwirkung Preußens und Rußlands anzutragen, zumal gerade jetzt bei der Thronbesteigung Kaiser Alexanders „die Anrufung von Rußland wohl Dero Interesse am angemessensten sein möchte"[2].

10. Graf Görtz an Karl Friedrich.

Regensburg, 27. April 1801.

[Ablegung des badischen Votums. Eigenmächtiger Zusatz: Beitritt zum bairischen Antrage.]

Görtz hat heute den Instructionen vom 7. und 15. April entsprechend das badische Votum abgelegt, mit dem eigenmächtigen Zusatz jedoch, daß der Markgraf, „wenn der in dieser Weise ehrerbietigst gemachte Antrag den gehofften Beifall nicht erhalten sollte, dem weiteren in der vortrefflichen herzogl. bairischen Abstimmung enthaltenen Antrag[3] mit beitreten" werde. Er habe den Schritt gethan in der festen Ueberzeugung, daß der badische Antrag auf Mitwirkung Preußens und Rußlands aussichtslos sei und sonst überhaupt „keine Meinung, selbst nicht die unbedingte Uebertragung an den Kaiser eine gesetzliche Majorität" erhalten hätte, während auf diesem Wege das Zustandekommen eines Reichsgutachtens gesichert sei.

---

[1] Görtz befürchtete, daß im Kurcollegium kein Beschluß zu Stande komme und im Fürstenrathe eine itio in partes erforderlich werde. Bericht vom 30. März.

[2] Es verbleibt bei der Instruction vom 7. April, nur wird gestattet, in einem Zusatze die Verwendung der Kronen Schweden, Rußland und Preußen zu beantragen, falls die Majorität der protestantischen Stände sich dafür erkläre. Rescript vom 15. April.

[3] Danach sollte dem Kaiser die Einleitung des Friedensgeschäfts, worüber er dem Reiche seine Anträge vorzulegen habe, übertragen werden. Reuß, a. a. O., 1801, II, 39. Der Antrag war mit Preußen vereinbart, welches am gleichen Tage (27. April) demselben officiell beitrat.

11. Graf Görtz an Karl Friedrich.

Regensburg, 1. Mai 1801.

[Oesterreichische Intriguen. Ablehnung einer unbedingten Vollmacht durch den Reichstag. Reichsgutachten vom 30. April.]

Görtz berichtet über den Endverlauf der Reichstagsberathung über das Hofdecret vom 3. März. Nachdem von österreichischer Seite durch Intriguen und Drohungen jeder Art alles versucht worden sei, „durch eine unbeschränkte Vollmacht dem Kaiser das ganze Entschädigungsgeschäft unbedingt in die Hände zu bringen", und Graf Colloredo sich sogar zu der Aeußerung habe verleiten lassen, der Kaiser werde jede andere Uebertragung als einen Schimpf betrachten, sei trotzdem, zunächst im Fürstenrathe mit einer absoluten Mehrheit von 48 Stimmen, beschlossen worden, den Kaiser zu ersuchen, „näher einzuleitende Anträge" dem Reichstage zu schleuniger Berathung und Genehmigung vorzulegen. Am 30. April sei dann im Einverständniß mit den beiden andern Collegien ein Reichsgutachten in dem angeführten Sinne zu Stande gekommen.

„Nie — versichert Görtz —, ich muß es wiederholen, ist ein beschwerlicheres und mit allen Intriguen verwickelteres Geschäft während meines Hierseins am Reichstage behandelt worden."

12. Karl Friedrich an den Grafen Görtz.

Karlsruhe, 4. Mai 1801.

[Tadel. Unzufriedenheit mit den Beschlüssen des Reichstags.]

Der Markgraf bedauert, daß Görtz seinem Versprechen entgegen das preußische Votum nicht „in Zeiten" mitgetheilt, und hofft, „daß der von demselben gutbefundene Beisatz[1] zu unserem Voto den erwarteten guten Erfolg haben und überhaupt die von der Mehrheit, wie es scheint, intendirende dilatorische Einleitung der ferneren Tractate der Ruhe des Reichs und dem Wohl der evangelischen Stände wahrhaft angemessen erfunden werden möge".

Concept.

13. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 8. Mai 1801.

[Eigenmächtiges Vorgehen des Grafen Görtz. Mißbilligung. Wunsch nach rascher Beendigung des Entschädigungsgeschäfts.]

Theilt mit, daß der in dem Comitialvotum vom 27. April ausgesprochene Beitritt zu dem pfalzbairischen Antrage[2]

„von unserm bekannten H. Comitialgesandten eigenmächtig eingeschaltet worden, ohne uns darüber im mindesten zu präveniren, welches dann S^mus auch um so mehr mißbilligen und ihm unverholen haben, da hiernach das Reichsgutachten ausgefallen ist, das vielleicht ohne die Zuziehung unserer 3 Reichstagsstimmen nicht wol hätte geschehen mögen; dadurch aber nun die verzögerliche und beschwerliche Lage entstehet, daß die Stände über den Entschädigungsplan

[1] Der Tadel gegen Görtz, von dessen Vorgehen man wenig erbaut war, klingt in der ursprünglichen Fassung des Rescripts schärfer: man hätte gewünscht, der bairische Zusatz wäre aus dem für die badischen Verhältnisse berechneten Votum weggeblieben.

[2] S. oben Nr. 10.

deliberiren und sich selbst das Urtheil sprechen sollen. Es ist dahero nichts mehr zu wünschen, als daß die Hauptcontrahenten, Frankreich und der Kaiser, durchgreifen und die Sache zum geschwinden Ende bringen mögen. . . .

14. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 14. Mai 1801.

[Zur inneren Lage Oesterreichs. Mangelnde Centralisation der Verwaltung. Finanzen. Systemlosigkeit der auswärtigen Politik.]

. . . . Seit dem Austritt des Baron Thugut aus dem Ministerium bilden sich die einzelnen Zweige der inneren Staatsverwaltung wieder nach der ehemaligen Weise, und die verschiedenen Departements gehen ihren alten Gang[1], nur freilich vereinzelt, ohne daß irgendwo ein Vereinigungspunkt der gesamten Regierung wäre. Nur bei einer so großen Masse und bei den fast unerschöpflichen Hülfsquellen der österreichischen Monarchie läßt sich die Möglichkeit denken, daß die Staatsmaschine gleichsam von selbst geht, wie das wirklich der Fall ist, wobei aber freilich so manche Hülfsmittel unbenutzt bleiben, welche im Staate liegen und allerdings erforderlich wären, um die zerrütteten Finanzen wiederherzustellen. Auch ist dieser Gegenstand der einzige, welcher einige Verlegenheit zu machen scheint. Man hat eine Finanzcommission niedergesetzt, welche dem Staatsminister Grafen von Kollowrat Bericht erstatten soll, wie das Gleichgewicht zwischen Einnahme und Ausgabe wiederherzustellen sei[2]. Mehrere Vorschläge sind bereits gemacht und verworfen worden, da man außerordentliche Auflagen vermeiden will und die gewöhnlichen Einnahmen doch nicht hinreichen, um die laufenden Ausgaben nebst den ungeheuren Zinsen der Staatsschulden zu bestreiten, weit entfernt, daß man auf stufenweise Tilgung der Schulden selbst denken könnte.

Was die auswärtigen Verhältnisse anbetrifft, so besteht darüber kein System, und Niemand ist vorhanden, der sich dieser Geschäfte anders unterziehet, als um das Laufende so viel, als dringend nothwendig ist, zu besorgen.

Der Graf Trautmannsdorf, welcher von seinem Vorfahrer kein System vorgefunden hat, kann, da er die Geschäfte nur einstweilen führt, gar nicht darauf denken, erst ein System zu gründen, und der Cabinetsminister Graf Colloredo, von dem er abhängt, ist keineswegs dazu geeignet. Auch weiß man hier nicht, was aus dem ganzen politischen Wirrwarr werden soll.

Graf Cobenzl wünscht dringend seine Abberufung, da er in Paris nichts erreiche; nach seiner und des russischen Botschafters Rückkehr werde sich ein politisches System im Anschlusse an England „von selbst“ bilden. Man vermuthe, daß die enge Verbindung zwischen Rußland und Oesterreich, wie sie unter Katharina II. bestanden, wieder erneuert werde.

---

[1] Vergl. über diese inneren Verhältnisse Wertheimer, Gesch. Oesterreichs und Ungarns, I, 101 ff. Fournier, Gentz und Cobenzl, 14 ff.

[2] Ueber die Finanzlage, über welche Gemmingens Berichte vielfach interessante Mittheilungen enthalten, vergl. Wertheimer, a. a. O. I, 107 ff.

15. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 17. Mai 1801.

[Peinlicher Eindruck des Reichstagsvotums. Beruhigung durch Edelsheims Erläuterungen. Das Reichsgutachten dient nur preußischen Interessen.]

. . . . Vous sentez bien que l'affaire du votum de Bade à la Diète m'a fait passer de mauvais moments; j'avais tout le temps tâché de faire naître l'opinion que M[sgr] le Margrave entendait n'être d'aucun parti, qu'il ne voulait que le bien général et ne réclamait que ce qui lui appartient de justice et ce que le bien-être de sa maison exige. On ne peut disconvenir que les déliberations de la Diète paraissent démentir par l'effet le langage que j'ai tenu et je n'ai pas dû m'étonner d'une forte récidive de froideur vis-à-vis de moi. Je m'étais déjà résigné, sachant d'ailleurs que je n'aurais dorénavant à prétendre ici à autre chose qu'à cette considération qu'on doit à l'homme qui remplit scrupuleusement ses devoirs. J'ai eu l'honneur de Vous le mander, lorsque je me suis trouvé dans le cas de prendre une résolution décisive et de me vouer sans réserve et sans autres ménagements à la besogne de laquelle je m'étais chargé. Depuis ce temps je suis entièrement résigné à devoir déplaire quelquefois et, je le répète, je ne prétends qu'à la considération qu'on ne me refusera sans doute jamais. Avec tout cela j'ai été fort aise d'apprendre par V. Exc. le véritable état des choses et que S. A. S. n'a pas changé de système. . . .

In einem deutschen Berichte vom gleichen Tage bemerkt Gemmingen, er werde, um nicht die täglich mehr um sich greifende Erbitterung zu mehren, von den Eröffnungen Edelsheims nur „mit größter Behutsamkeit" Gebrauch machen. „Es kann sein, daß dieses Reichsgutachten einer höheren Politik des Berliner Hofes angemessen sei; für die übrigen Reichsstände aber ist es zuverlässig eine falsche Maßregel, welche denjenigen, die das Entschädigungsgeschäft hindern wollen, willkommen sein müßte, wenn nicht auch da Leidenschaften im Spiel wären, und wenn ihnen je etwas willkommen sein könnte, was von Berlin kommt."

---

16. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 1. Juli 1801.

[Rectification des Comitialvotums. Fernhalten von der Debatte über die Entschädigungsfrage.]

. . . . Die Mäßigung, welche in den markgräflich Baden'schen Reichstagsabstimmungen geherrscht hat, ist nicht zu verkennen und allerdings den mir bekannten Gesinnungen S[r] Hf. D. gemäß; die künftige Abstimmung wird die beste Veranlassung geben, zu berichtigen, was der höchsten Absicht zuwider in der letzten Abstimmung willkürlich hineingesetzt wurde, und so werden sich S. Hf. D. auf demjenigen Standpunkte befinden, welcher Ihrer Würde und zugleich Ihrem Interesse gemäß ist. Irre ich nicht, so können Höchstdieselbe sich von allen den gehässigen Diskussionen entfernt halten, welche das Entschädigungsgeschäft noch herbeiführen wird. Nachdem von der französischen Regierung sowohl in jenem

abgenöthigten Partikularvertrage, als in dem letzten Reichsfrieden anerkannt wurde, daß S. Hf. D. für den auf dem linken Rheinufer erleidenden Verlust müssen entschädiget werden; nachdem das Reich selbst in dem 7ten Artikel des bestätigten Friedensschlusses übernommen hat, den Verlust zu tragen, welcher den einzelnen Reichsständen durch die Abtretung des linken Rheinufers entsteht, so scheint es nicht blos überflüssig, sondern auch schädlich zu sein, an der Erörterung Theil zu nehmen, wie diese Entschädigung geschehen soll und woher sie zu nehmen sei, während die Beurtheilung, ob die künftig anzubietende Entschädigung dem Verluste gemäß sei, allemal vorbehalten bleibt, und die politischen Veränderungen dazu können benutzt werden, um dabei nicht zurückgesetzt zu werden. Mir scheint, daß der bestimmte und erklärte Vorsatz, an der Bestimmung und Erörterung der Entschädigungen als einer S. Hf. D. persönlich betreffenden Angelegenheit keinen Antheil nehmen zu wollen, sehr ausführbar wäre, und viele Unannehmlichkeiten, sowie manche falschen Schritte ersparen würde, die unter den jetzigen Umständen der so wandelbaren Politik fast unvermeidlich sind. . . .

17. Graf Görtz an Karl Friedrich.

Regensburg, 6. Juli 1801.

[Hofdecret vom 26. Juni. Zurückweisung der bedingten Vollmacht. Ueberweisung des Friedensgeschäfts an den Reichstag.]

Ein Hofdecret vom 26. Juni[1] lehnt die durch das Reichsgutachten vom 30. April dem Kaiser „übertragene bedingte Einleitung“ der Friedensverhandlungen ab, überweist letztere „dem unter seinem Oberhaupte versammelten Reich“ und erwartet von diesem ein vollständiges weiteres Reichsgutachten.

Görtz beschwert sich heftig „über den bittern, belehrenwollenden, hämischen, und das Ansehen des Reichsoberhaupts dabei selbst compromittirenden Ton, der noch alles übertrifft, was bis jetzt aus der Feder des dermaligen Reichsreferendarii von Frank an den Reichstag gekommen ist“. — Er ist übrigens überzeugt, daß das Hofdecret im Einverständnisse mit der französischen Regierung erlassen worden sei und Frankreich selbst auf diesem Wege die Verhandlungen beendigt zu sehen wünsche[2].

18. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 12. Juli 1801.

[Besuch des Fürsten von Dessau. Die Reise des Markgrafen nach München verschoben.]

. . . . S. Hf. D. waren Willens auf die freundschaftliche Einnahme [sic!] des H. Kurfürsten bereits am 1ten d. M. eine kleine Reise nach München oder vielmehr Nymphenburg anzutreten und sich 5—6 Tage bei den dortigen Herrschaften aufzuhalten, allein ein unerwarteter Besuch, womit der würdige Fürst

---

[1] S. Reuß, a. a. O., 1801, II, 60ff.

[2] Bericht v. 13. Juli. Vergl. dagegen die Depesche Bachers v. 2. Juli bei Du Casse, hist. des négoc. diplomatiques etc., II, 407.

von Anhalt-Dessau[1] den H. Markgrafen in seiner gegenwärtigen Einsamkeit überraschet hat, veranlasset nun den Aufschub jenes Vorhabens, welches vermuthlich bis nach vollendeter Bad- und Brunnenkur, somit bis Ende August oder September verschoben bleiben dürfte. Frau Gräfin von Hochberg, Prinz Louis und ich sollen den H. Markgrafen dahin begleiten[2]. . . .

19. Karl Friedrich an den Grafen Görtz.

Karlsruhe, 13. Juli 1801.

[Ueberweisung des Friedensgeschäfts an den Reichstag unzuläßig. Ausschließliche Uebertragung desselben auf den Kaiser der einzige Ausweg.]

Der Markgraf bedauert die durch das Hofdecret vom 26. Juni geschaffene Lage der Dinge: was man von einer Reichsdeputation nicht habe erwarten können, dürfe man sich noch weniger von einem allgemeinen Reichsconvente versprechen. Er könne sich daher kaum im äußersten Falle entschließen, zur Comitialverhandlung, sei es in corpore, sei es in Ausschüssen, beizuwirken, sondern erneuere den Wunsch, „daß Kaiserl. Majestät im Namen des Reichs die gänzliche Berichtigung des Friedensgeschäfts besorgen möchten"[3]; dies sei der einzige Ausweg, der zum Ziele führe, und er gebe die Hoffnung nicht auf, daß der Kaiser einen derartigen Auftrag noch übernehmen werde.

Concept.

20. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 14. Juli 1801.

[Der Markgraf mit Gemmingens Ansichten über die in der Entschädigungsfrage vom Reichstag zu beobachtende Politik einverstanden.]

Gemmingens Anschauungen (Bericht vom 1. Juli) haben den vollen Beifall des Markgrafen gefunden, der darüber an Edelsheim schreibt: „Des Herrn von Gemmingen Bericht ist so vernünftig und den Umständen angemessen, daß solcher gewiß den vollkommensten Beifall verdient. Ich hoffe Sie übermorgen ausführlich darüber zu sprechen[4]."

Mittheilung des Rescripts an Görtz vom 13. Juli, jedoch mit dem Ersuchen, davon nur mit der „behörigen Vorsicht", wo es ersprießlich scheine, Gebrauch zu machen.

21. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 22. Juli 1801.

[Wünscht eine Begegnung in München. Verständigung über politische Fragen.]

. . . . Sollte aus der Reise nach München noch etwas werden, so wünschte ich sehr bei dieser Gelegenheit Seiner Durchlaucht aufwarten und mich mit Ew. Exc. unterreden zu können, wenn anders mein hiesiger Aufenthalt noch von längerer Dauer sein sollte; ich bedarf über gewisse Dinge Aufklärungen, die sich

[1] Fürst Leopold Friedrich Franz, der aus den Unionsverhandlungen bekannte Freund des Markgrafen.

[2] In seiner Antwort bemerkt Gemmingen: „der Genius Deutschlands müsse zu der Zeit die Favorite umschwebt und sich gefreut haben, daß es noch deutschen Geist unter den Herrschern giebt; möchte er auch in andere übergehen! Wir bedürfen es sehr."

[3] Vergl. die Instruction vom 7. April, oben Nr. 8.

[4] Daß die badische Regierung Gemmingens Ansichten in der That zu den ihrigen gemacht hat, lehrt Edelsheims Erlaß an Geusau v. 11. Juli. S. Abschnitt 3.

nicht schriftlich geben lassen, und die Gesichtspunkte sind seit meiner Abreise von Karlsruhe so ganz anders geworden, daß es nicht schädlich wäre, sich über gewisse Dinge zu verstehen, von denen damals kaum die Rede sein konnte. . . .

22. Graf Görtz an Karl Friedrich.

Regensburg, 23. Juli 1801.

[Kurmainzischer Antrag auf Wahl einer Reichstagsdeputation. Bedenken wegen des Rescripts vom 13. Juli. Gegen die Ertheilung einer unbedingten Vollmacht.]

Der kurmainzische Directorialgesandte von Steigentesch hat am 21. d. M. in Vorschlag gebracht, eine Deputation «in comitiis et ex comitialibus» zu wählen, welche ihr Gutachten über das Friedensgeschäft dem Reichstage vorzulegen hätte.

Görtz ist mit dem Rescripte vom 13. Juli nicht einverstanden, er glaubt nicht, daß der kaiserl. Hof insgeheim noch den Wunsch hege, die Verhandlungen allein zu führen; Hügel stimme dem Mainzer Antrage vollkommen zu. Görtz betrachtet „eine gänzliche Uebergebung des Entschädigungsgeschäftes in die Hände des Kaisers . . . . als das nachtheiligste Ereigniß für Deutschland, für dessen weltliche Erbfürsten und als den gewissen Umsturz der deutschen Verfassung". Die Entschädigung des Großherzogs von Toskana werde in dem Falle sicherlich auf Kosten der weltlichen Erbfürsten erfolgen. Er glaube daher nicht, daß ein altweltfürstlicher Reichsstand einer unbedingten Uebertragung beipflichten werde und könne.

23. Das preußische Ministerium an den badischen Geh. Rath.

Berlin, 28. Juli 1801.

[Grundlinien des Entschädigungsgeschäfts.]

Wunsch nach einer vertraulichen Verständigung mit dem Karlsruher Hofe bezüglich des Hofdecrets vom 26. Juni; Mittheilung der in Berlin herrschenden Auffassung. Dem in dem Hofdecrete vorgezeichneten Wege könne man „unbedenklich beitreten". Bei der Erstattung eines neuen Reichsgutachtens in dieser Frage liege zunächst die Fixirung der Grundsätze ob, die zur Basis „der weiteren Friedensberichtigung dienen sollen". Es handle sich hier zuvörderst um Feststellung eines Anrechts auf Entschädigung, um Bestimmung der zu entschädigenden Stände (nur erbliche, wirkliche Reichsstände!), um Ausmittelung des Gebietsverlustes (auf Grund der Reineinkünfte nach Abzug der Verwaltungskosten), um Zuweisung angemessener Entschädigungen (Bestreben nach möglichster Arrondirung mit den übrigen Besitzungen), und endlich um Aufstellung gewisser Normen für den Uebergang der säcularisirten Lande in die Hände der neuen Besitzer. Man hofft, die badische Regierung werde diese Grundsätze billigen und „nach solchen" bestens zur Berichtigung des Friedensgeschäftes mitwirken.

Gez. Haugwitz.

24. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 5. August 1801.

[Unterredung mit Trautmannsdorff. Neigung des Kaisers zur Uebernahme einer unbeschränkten Vollmacht.]

Hat in einer Unterredung mit dem Minister Grafen Trautmannsdorff[1] von dem Rescripte an Görtz vom 13. Juli Gebrauch gemacht: der Markgraf wünsche dringend, daß der Kaiser „die völlige Ergänzung" des Friedensgeschäfts übernehme.

[1] Nach Thuguts Rücktritt im Jan. 1801 interimistisch mit der Leitung der auswärtigen Geschäfte beauftragt.

Er hat mir darauf geantwortet, daß er dem Kaiser diese Gesinnungen des Herrn Markgrafen vorzulegen nicht ermangeln werde und voraus versichert sei, daß Se Majestät von diesem wiederholten Beweise des Zutrauens geschmeichelt sein würden. So ungerne der Kaiser sich auch entschlossen hätte, einen Auftrag zu übernehmen, der mit so vielen Schwierigkeiten verbunden wäre, und bei dem es sich voraussehen lasse, daß wenig Dank davon zu erwarten sei, so würde er sich doch dazu verstanden haben, wenn der gegebene Auftrag nicht so wäre geartet gewesen, daß er weder seiner Würde angemessen war, noch zum Zwecke führen konnte.

Auf meine Aeußerung, wie ich hoffe, Se Majestät würden doch den Auftrag noch übernehmen, sobald das Mißverständniß gehoben sei, welches aus der Abfassung des vorigen Reichsgutachtens entstanden wäre, erwiderte mir Graf Trautmannsdorf, daß er nicht autorisirt sei, sich darüber zu erklären, daß aber seine Privatmeinung dahingehe, Se Majestät würden unter Voraussetzung einer gehörig gegebenen Vollmacht sich dem Geschäfte wol schwerlich entziehen können, da nur auf diese Art das Ende zu erreichen sei und bei längerem Verzuge nicht vorauszusehen wäre, welche nachtheiligen Folgen die unterlassene Beendigung des Friedensgeschäftes noch haben könnte[1]. . . . .

25. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 5. Aug. 1801[2].

[Thugut und seine Gegner. Sein Einfluß auf die Geschäfte besteht fort. Voraussichtliche Verdrängung der Gegenpartei.]

Aufschlüsse über die innern Verhältnisse. Der Kaiser hege noch immer besonderes Vertrauen gegen Thugut und werde darin bestärkt durch seine Gemahlin und den Cabinetsminister Grafen Colloredo, „der nur durch Hilfe des Baron Thuguts irgend eine politische Existenz erhalten kann". Die Partei, die Thugut verdrängt, bestehe aus der Familie des Reichsvicekanzlers Colloredo, den alten Staatsministern und der Mehrheit des Adels und stütze sich auf den Erzherzog Karl. Die Sendung Cobenzls habe sie benützt, um dem Grafen Trautmannsdorf, Schwager des Reichsvicekanzlers, die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten zu verschaffen, mehrere Gesandtschaftsposten mit ihren Anhängern zu besetzen und den mit Thugut liirten bisherigen Finanzminister Grafen Saurau zu entfernen: „vorzüglich aber stützte sie ihre Unternehmung darauf, daß dem Erzherzog das Militärfach unbeschränkt übertragen wurde".

Ihre Herrschaft scheine aber nicht von Dauer. Graf Colloredo bleibe Cabinetsminister und stehe in steter Verbindung mit Thugut[3]. „Da alle Geschäfte natürlich nur

[1] Noch Ende Sept. versichert Gemmingen, daß der Kaiser zur Uebernahme einer unumschränkten Vollmacht geneigt sei und hoffe, daß der Reichstag sich dafür entscheide; auch er wünsche dies, «croyant plus facile de concilier au Sme Margrave la faveur de la cour de Vienne que de vaincre la jalousie des co-états». An Edelsheim, 23. Sept.

[2] Der vorige Bericht vom gleichen Tage Dictat, der vorliegende eigenhändig.

[3] Vergl. A. Fournier, Gentz und Cobenzl, S. 23, Anm. 3; E. Wertheimer: Gesch. Oesterreichs und Ungarns im ersten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts, I, 106 ff.

durch das Cabinet ihre letzte Bestimmung erhalten; da die auswärtigen Angelegenheiten demselben sogar ganz unmittelbar einverleibet wurden, so daß Graf Trautmannsdorff, der ohnedem nur ad interim angestellet ist, täglich seine Weisung bei dem Cabinetsminister holen muß, blos das Organ desselben ist und nur soviel von den Geschäften erfährt, als man ihm mittheilt . . ., während Graf Cobenzl in Paris nach Directionen, die er durch den Cabinetsminister unmittelbar erhält, seinen eigenen Gang geht und besonders auf die Reichskanzlei, zum großen . . . Verdruß derselben, wenig Rücksicht nimmt, da endlich der Baron Thugut sich zu Preßburg aufhält, welches nahe genug ist, um eine beständige Verbindung zu gestatten, — so hatte jene Partei eigentlich keine wesentliche Veränderung bewirkt." Ein Umschwung stehe bevor; wenn Ludwig Cobenzl, der „klug genug war, sich einer Partei unterzuordnen, welche er durch die Kaiserin begünstiget fand und die den Gesinnungen des Kaisers entspricht", zurückkehre, sein Vetter Philipp Cobenzl als Botschafter nach Paris, Graf Saurau nach Petersburg gehe, „so kömmt nicht blos die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, sondern auch ihre Ausführung auf den wichtigsten Plätzen wieder aus den Händen der Partei". Auch ihre Verbindung mit dem Erzherzog sei nur eine zufällige, es lasse sich „die Möglichkeit einer anderseitigen Annäherung denken", um so mehr, als der Erzherzog sich der Ueberzeugung nicht verschließen könne, „daß nach der jetzigen Weise alle Wirksamkeit gelähmt ist".

---

26. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 8. Aug. 1801.

[Der Markgraf mit einer Begegnung einverstanden. Wahl des Ortes.]

. . . . Je m'empresse de Vous prévenir que M^{sgr} le Margrave que j'ai quitté hier au matin à la Favorite dont j'ai partagé en partie le séjour m'a chargé de Vous marquer que S. A. S. sera certainement très charmé de profiter de toute occasion qui pourra lui procurer la satisfaction de s'entretenir avec Vous. Toutefois Elle soumet entièrement à Votre jugement, si une telle entrevue peut se faire sans inconvénient à M[unic] ou Nymphenbourg, où on ne manquera pas d'observateurs et de surveillants, ou bien s'il conviendrait mieux peut-être de choisir un autre endroit pour cet effet, p. e. à Augsbourg, soit en allant, soit au retour? Nous ne partirons pas d'ici avant le 17 ou 18 du courant, nous resterons 4 à 5 jours à Nymphenbourg: voilà sur quoi il faut tabler. . . .

---

27. Der badische Geh. Rath an das preußische Ministerium.

Karlsruhe, 17. Aug. 1801.

[Grundsätze des Entschädigungsgeschäfts. Schwierigkeit der Reichstagsbehandlung. Uebertragung der Vollmacht auf den Kaiser. Wiederbesetzung der Kölner Kur.]

Dank für die Schreiben vom 28. Juli und 7. Aug. Die Entschädigung der weltlichen Erbfürsten durch Säcularisationen bilde die Basis der künftigen Verhandlungen, im Interesse der betr. Reichsstände liege es allerdings, ihr Anrecht auf solche bei der Abstimmung über das Decret vom 26. Juni zu wahren. Die Frage, „wer und welcher Verlust?" zu entschädigen sei, könne nicht umgangen werden, ebenso wie die Billigkeit es fordere, daß die Titularen, deren Besitzungen säcularisirt würden, auf Lebenszeit angemessen

entschädigt würden. Verluste und Entschädigungen seien nach dem reinen Rentenertrage abzuschätzen und danach die Schadloshaltung zu bestimmen. Eine derartige förmliche Liquidation werde indeß, wie man befürchte, wenn sie vor dem Reichstage verhandelt werde, unendliche Schwierigkeiten und Weitläufigkeiten verursachen und die wünschenswerthe Beendigung der Verhandlungen in weite Ferne rücken.

Aus diesem Grunde habe der Markgraf schon früher den Wunsch ausgesprochen, daß unter Mitwirkung der Kronen Preußen, Schweden und Rußland und mit Zuziehung der betheiligten Stände zu den Verhandlungen der Kaiser die Berichtigung des Friedensgeschäfts übernehmen möchte, und halte dies auch jetzt noch für das zweckmäßigste Mittel zur Beförderung des Friedens. Er wünsche daher angelegentlich, „über obige Besorgnisse und, wie dieselben zu beseitigen wären, die weitern erleuchteten Gedanken" des preußischen Ministeriums zu vernehmen und werde deshalb die Instruirung des Reichstagsgesandten, so lange als möglich, verschieben. Mit dem Antrage wegen Erledigung der Reichsstifter sei man einverstanden[1].

Abschrift.

---

28. Gemmingen an Edelsheim.

München, Dimanche matin[2] (23. Aug. 1801).

[Ankunft in München.]

J'ai l'honneur de prévenir V. Exc. que je suis arrivé hier au soir et que j'attendrai ici Vos ordres ultérieurs. Comme j'ai cru devoir éviter toute apparence mystérieuse, j'ai prévenu Mr de Trautmannsdorff que j'allais profiter de l'occassion de pouvoir faire ma cour à S. A. S. M^{sgr} le Margrave. . . . .

---

29. Résultat des conférences qui ont eu lieu à Munic[3].

O. D. (Ende August 1801.)

[Uebersendung von statistischem Material. Mittheilung des Resultats der Verhandlungen an den fremden Höfen.]

1. Le ministre Baron d'Edelsheim s'est engagé à envoyer au Bon de Gemmingen aussitôt que cela se pourra les états des pertes.

2. On lui enverra de même un état approximatif des possessions et revenues ecclésiastiques enclavées dans les états de M^{sgr} le Margrave.

3. G[emmingen] sera instruit des résultats des négociations directes avec la cour de Petersbourg ainsi que des insinuations du gouvernement

---

[1] In einem Schreiben vom 7. Aug. hatte das preuß. Ministerium, unter Hinweis auf den kürzlich erfolgten Tod des Kurfürsten von Köln, empfohlen, dahin mitzuwirken, daß die durch Todesfall erledigten Reichsstifter vorerst nicht wieder besetzt würden, da sonst die Berichtigung des Entschädigungsgeschäftes nur auf's neue verzögert werde. — Vergl. über den daran anknüpfenden Conflict zwischen Oesterreich und Preußen Häusser, II, 358 ff.

[2] Da der Markgraf mit Edelsheim am 20. Aug. nach München abreist, kann nur der folgende Sonntag, der auf den 23. Aug. fällt, gemeint sein.

[3] Ueber die Conferenzen mit Gemmingen zu München und Augsburg vergl. auch Abschnitt 2; am 2. Sept. trifft er wieder in Wien ein.

français ou de la cour de Berlin, afin de pouvoir se concerter selon les circonstances avec l'ambassadeur russe.

4. G[emmingen] tâchera d'avoir des informations aussi détaillées que possible sur les revenues du Brisgau et suivre à cet égard les directions qui lui ont été données.

Aufzeichnung Gemmingens.

30. Das preußische Ministerium an den badischen Geh. Rath.

Berlin, 28. Aug. 1801.

[Ueberweisung des Entschädigungsgeschäfts an einen Comitialausschuß im Einverständniß mit Oesterreich.]

Die Ermittelung und Liquidation der Verlustmasse werde allerdings mit Weitläufigkeiten verknüpft sein, wenn der gesammte Reichstag darüber berathe.

Im vollen Einverständnisse mit dem Wiener Hofe, der eine Vollmacht nicht annehmen wolle noch könne[1], erachte man es daher für das beste, daß ein Reichstagsausschuß die Vorverhandlungen führe, und ersuche auch den Geh. Rath um seine Mitwirkung zu diesem Ende.

Gez. v. Haugwitz.

31. Karl Friedrich an den Grafen Görtz.

Karlsruhe, 7. Sept. 1801.

[Zustimmung zur Verweisung des Entschädigungsgeschäfts an das Reich. Vorschläge für das Reichsgutachten. Vacanz der Reichsstifter.]

Da der Wiener Hof, wie sich aus den Berichten des Grafen ergiebt, der Berichtigung des Friedensgeschäftes durch das Reich zustimmt, fallen die Bedenken, die man in Karlsruhe bisher gehegt, weg. Der Gesandte erhält daher nunmehr Instruction für die Abstimmung über das Hofdecret vom 26. Juni. Man hätte gewünscht und wünsche jetzt noch, der Kaiser würde jene Aufgabe übernommen haben. Da aber die Entscheidung dem Reiche zugewiesen sei, bleibe nichts übrig, als sich mit dem verlangten Gutachten zu befassen. Wesentlich im Anschlusse an das Geh. Rathsschreiben vom 17. Aug.[2] stellt die Instruction zunächst das Anrecht der linksrheinisch begüterten weltlichen Fürsten auf Entschädigung durch Säcularisation fest, fordert dann Bestimmung der zu entschädigenden Stände, der Entschädigungsobjecte, eine möglichst genaue, doch „in Zeiten ausführbare" Abschätzung der Verlust- und Entschädigungsobjecte, sowie angemessene Schadloshaltung der Titularen „in Ansehung ihres anständigen Unterhalts" und stimmt für Ueberweisung des Entschädigungsgeschäfts an einen engeren Reichstagsausschuß, über dessen Ernennung man sich näheres noch vorbehalte. Im Interesse der Beschleunigung der Arbeit wird zugleich dem Wunsche Ausdruck verliehen, daß bis zur Berichtigung des Entschädigungswerkes die erledigten oder noch in Erledigung kommenden Reichsstifter unbesetzt gelassen werden sollten[3].

Concept Meiers.

---

[1] Die Darstellung des preuß. Cabinets entspricht wohl nicht völlig dem Sachverhalte: Oesterreich hat sich nur widerstrebend dem Wunsche Preußens gefügt und zu einem Compromiß verstanden. Häusser, II, 353 ff.

[2] S. oben Nr. 27.

[3] S. ebenda.

32. Graf Görtz an Karl Friedrich.

Regensburg, 14. Sept. 1801.

[Wahl der Reichsdeputation. Baden in Vorschlag.]

Görtz hat sich mit den k. k. Gesandten gestern dahin verständigt, daß die mit unbeschränkter Vollmacht zu versehende Reichsdeputation aus acht Ständen: Kurmainz, Kurböhmen, Kursachsen, Kurbrandenburg, Baiern, Deutschmeister, Würtemberg und Hessen-Kassel bestehen soll[1]. Der Antrag wird im Kurcollegium durch Kurböhmen-Oesterreich formulirt. — Auf Ersuchen der k. k. Minister tritt der Markgraf laut Weisung an Görtz vom 21. Sept. demselben im Fürstenrathe bei; durch Reichsgutachten vom 2. Oct. wird er zum Beschluß erhoben.

33. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 16. Sept. 1801.

[Die Einkünfte des Breisgaus.]

Der ehem. Präsident der vorderösterreichischen Regierung, von Summerau, hat Auftrag erhalten, dem Erzherzoge Ferdinand von Modena eingehenden Aufschluß über die Einkünfte des Breisgaus zu ertheilen[2]. Dieselben scheinen sich freilich durchschnittlich nur auf 110000 fl. belaufen zu haben und sollen auf 200000 fl. gestiegen sein, aber man behaupte, bei anderer Verwaltung werde das Land einen größeren Ertrag abwerfen.

34. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 30. Sept. 1801.

[Die badischen Entschädigungsansprüche geltend zu machen. Sorge vor einer Ueberholung durch andere Reichsstände und Erledigung durch die Deputation. Erwerb des Gebietes zwischen Kraich, Rhein und dem Schwarzwald.]

|: La tournure que prennent les affaires ne me paraît rien moins qu'avantageuse pour Mgr le Margrave. Il est évident que les intérêts majeurs sont déjà arrangés ou le seront sans la coopération de la Députation qui n'aura qu'à proposer leur sanction. Cette Députation ne sera occupée qu'à restreindre les prétentions des perdants dont les parts ne sont pas déjà préalablement faites et servira de prétexte pour ne pas remplir les engagements pris. . . . .

. . . . On entendra de toutes parts prêcher une modération dont certainement on n'aura pas donné l'exemple. Il ne faut pas nous faire illusion: nous n'avons rien à attendre de la bienveillance de la cour de Vienne; le dernier votum à la Diète, où S. A. et l'Electeur Palatin se

---

[1] Anfänglich war Görtz von Berlin aus angewiesen, für eine Deputation von 6 Mitgliedern, darunter Baden oder Würtemberg, zu stimmen. Bericht vom 11. Sept. Vergl. Häusser, II, 354. Häussers Angabe, daß Baden auch von österreichischer Seite in Vorschlag gebracht worden, beruht dagegen auf Irrthum. Vergl. Beer, Zehn Jahre österr. Politik, S. 21; Kleinschmidt, Karl Friedrich, S. 151.

[2] Einen Auszug aus dem Berichte bildet wohl das von Bader, Die ehemaligen breisgauischen Stände, 168 ff. mitgetheilte Actenstück.

trouvent les seuls états qui se soient réunis à la Prusse contre l'élection de Munster[1], — surtout après que l'Archiduc y était déjà élu —, ce vote qu'on considère ici sous tous les rapports comme entièrement influencé par le cabinet de Berlin, m'a reculé de beaucoup. Nous paraissons également avoir peu à nous promettre du cabinet prussien, qui se borne à favoriser l'Electeur Palatin et le Landgrave de Cassel et qui, comme à Rastadt, prêchera de la modération aux autres. Ce n'est pas seulement la modicité de l'indemnisation que je crains, je redoute bien plus encore le futur ordre des choses, quand à un nouveau changement qui sera une suite nécessaire de celui qu'on prépare à présent, la maison de Bade ne se trouvera pas dans une catégorie à en pouvoir tirer partie. Si moyennant l'arrangement prochain les états du S^me^ Margrave se trouvaient entourés et coupés par un état prépondérant et qu'il ne reste pas d'étoffe pour fournir un jour une acquisition proportionnée aux avantages que d'autres sauront se procurer, alors je croirais la situation politique de cette auguste maison vraiment précaire.

Ces considérations me font croire qu'il n'y a pas un moment à perdre pour prendre un parti décisif et d'employer tous les moyens pour ne pas être dans le cas de discuter devant la Députation les intérêts du S^me^ Margrave, c'est le moment — ou jamais — de tirer parti des liaisons que la maison de Bade peut avoir et de réclamer les promesses du gouvernement français. Il n'y a qu'une volonté bien prononcée et une marche ferme et assurée qui pourra mener au but et faciliter les moyens aux puissances qui voudront s'intéresser pour S. A. S. Ce but me paraît déterminé par les localités; le pays situé le long du Rhin depuis Bâle jusqu'à la Kraich dont la limite sera le Rhin vers le sud et l'ouest, le Kraich vers le nord et les pays de Wurtemberg et Furstenberg vers l'orient, — ce district doit être l'objet sur lequel toute notre attention doit se porter, c'est là qu'il faut non seulement trouver les dédommagements proportionnés aux avantages que les autres co-états auront, mais où il faut chercher à se ménager la prépondérance et d'où on doit tâcher d'éloigner par tous les moyens possibles des voisins tels que l'Electeur Palatin et le Duc de Wurtemberg. Tout ce que M^sgr^ le Margrave ne pourrait obtenir en dédommagement dans ce district, je désire que cela reste aux ecclésiastiques, la raison en est toute simple, mais si cela n'est pas possible, il est essentiel de tâcher que de petits états y trouvent leur dédommagements.

Quant aux moyens de parvenir à ce but tout dépend de la question, si contre toute attente la maison d'Autriche veut ou peut encore conserver

---

[1] S. oben Nr. 27 und 31 und weiter Nr. 36.

le Brisgau. On ne peut alors s'attacher qu'aux possessions ecclésiastiques dans le district désigné et attendre le reste du temps; mais si cette possession doit être abandonnée par la cour de Vienne, je crois toujours encore qu'on pourrait l'intéresser pour le projet que j'ai proposé, y disposer le S^me Margrave, et, ceci une fois arrangé, nous devons, ce me semble, devenir les protecteurs des ecclésiastiques possessionnés dans ce district, ou si cela ne se peut pas, il faut insinuer aux comtes favorisés qu'ils y demandent leur part.

Au reste la marche à prendre dans ces négociations ne peut être indiquée qu'en général, les circonstances devant déterminer le reste, mais ce qui me paraît constant sous tous les rapports, c'est qu'il faut, abstraction faite de tous les calculs de pertes, uniquement insister sur la nécessité de fixer la future existence politique de la maison de Bade par des arrangements analogues aux concessions qu'on pourrait faire à d'autres états. Ce principe me paraît devoir être clairement articulé à chaque occasion et surtout vis-à-vis des puissances qui voudront prendre intérêt pour M^sgr le Margrave; aussi je crois que sous ce rapport rien ne sera peut-être plus dangereux que de produire un état des pertes et de le faire discuter, avant que les états prépondérants aient présenté les leurs pour réaliser les arrangements qui ont été pris au préalable. Ce sont leurs calculs qui doivent déterminer le genre à adopter et qui sans doute légitimeront toutes les prétentions que le S^me Margrave pourrait faire. :|

---

35. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 10. October 1801.

[Unterredung mit Rasumowsky. Bereitwilligkeit, die badischen Interessen zu fördern. Verständigung mit Gemmingen.]

|: Depuis le retour de Rasumowsky[1] nous nous sommes vus souvent, mais en évitant de part et d'autre avec raison d'entrer en conversation sur les intérêts du S^me Margrave, parceque lui n'avait pas encore ses instructions et que moi j'attendais également les renseignements nécessaires sur le calcul des pertes et sur le résultat des négociations de S. A. S. à Pétersbourg. Enfin avant-hier le Cte de Rasumowsky a entamé la matière quelques heures après que son secrétaire d'ambassade fût arrivé, se trouvant par là plus à son aise. Il m'a dit que les intentions de son maître de favoriser la cause de M^sgr le Margrave lui étaient connues, que l'Impératrice de Russie lui avait beaucoup recommandé cet objet et que son respect personnel pour la maison de Bade ferait qu'il s'acquitterait de ce

[1] Von Petersburg.

devoir avec tout le zèle possible, qu'il espère recevoir des ordres précis à cet égard[1], ayant déjà insinué à Pétersbourg à Mme la Princesse héréditaire, qu'elle ferait bien de les lui faire donner; qu'en attendant nous nous concerterions sur toutes les démarches préliminaires. Je lui ai fait observer qu'il s'agissait d'un objet bien plus important que des simples indemnités, que c'était la future existence politique de la maison de Bade qui devait être assurée, et que le grand point paraissait être d'éviter que les grandes affaires ne fussent arrangées, sans que les intérêts de M^sgr^ le Margrave ne fussent en même temps soignés. Le Cte Rasumowsky a été de mon avis, mais il m'a assuré que, comme certainement rien ne se ferait à Vienne sans son intervention, il aurait soin de m'en prévenir. Ceci doit me rassurer en quelque sorte, — sans toutefois me donner une dangereuse sécurité. . . . :|

---

36. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 13. Oct. 1801.

[Das badische Votum bezüglich der Wahlen in Köln und Münster. Oesterreichs Mißbilligung. Gerücht über die Reise des Erbprinzen.]

Die k. k. Gesandten in Regensburg haben ihre Befriedigung darüber ausgesprochen, daß Baden ihrem Antrage bezüglich der Wahl der Reichsdeputation beigetreten[2]; dies habe in Karlsruhe um so angenehmer berührt, als nach Gemmingens Bericht der Schlußsatz des badischen Votums vom 14. Sept. in Wien Mißfallen erregt und man sogar behauptet habe, außer Baiern sei nur Baden in diesem Punkte dem preußischen Votum beigetreten[3]. Dies sei unrichtig, denn auch andere Reichsstände, wie Hessen-Kassel, Nassau u. a., hätten sich ähnlich vernehmen lassen; auch habe man in Karlsruhe, „zur Zeit als der diesseitige sehr angemessene Beisatz bewilligt ward, nicht die mindeste Ahnung von der inmittelst zu Münster vollzogenen Bischofswahl" gehabt.

|: Dank für die Mittheilungen vom 30. Sept.

En attendant Vous verrez jusqu'où l'ambassadeur de Russie est instruit de nous protéger. L'Empereur avant de partir de Pétersbourg en a réitéré l'assurance la plus positive au Prince héréditaire. Mais ce qui me chipote véritablement c'est qu'il a aussi demandé au Prince, si son ambassadeur pouvait faire mention à Vienne de certaine prétendue lettre interceptée dont je Vous ai parlé à Munic[4] etc. Si cela arrivait, il n'en résulterait qu'une clabauderie bavaro-palatine sans fin et sans but. Tâchez donc de prévenir confidemment cet esclandre auprès du Cte Rasumowsky. :|

Concept.

---

[1] In Wahrheit hatte Rasumowsky die Weisungen Kurakins von 16. Sept. (gr. St.?) durch seinen Botschaftssecretär wol bereits erhalten. Vergl. Abschnitt 3.

[2] S. oben Nr. 31.

[3] S. oben Nr. 34.

[4] Zur Erläuterung vergl. den Abschnitt über Geusau's Mission nach Petersburg.

37. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 14. Oct. 1801.

[Unterredung mit Cobenzl. Mäßigung in den Entschädigungsansprüchen.]

Gemmingen hat vorgestern dem Vicestaatskanzler Grafen Cobenzl gelegentlich einer Unterredung die „Angelegenheiten" des Markgrafen empfohlen, sich aber „absichtlich ganz im allgemeinen" gehalten.

Nur als er von Mäßigung in den Entschädigungsansprüchen einige Worte fallen ließ, antwortete ich ihm, daß S. Hf. D. zuverlässig nicht das Beispiel übertriebener Forderungen geben würden, daß Ihnen die Erhaltung der deutschen Verfassung so sehr als irgend jemanden angelegen sei, daß Sie aber bei Ihren Entschädigungsansprüchen sich natürlich desjenigen Maßstabes bedienen würden, welcher irgend andern Mitständen zu statten kommen möchte[1]. . . . .

38. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 29. Oct. 1801.

[Der geh. Artikel vom 10. Oct. zu Gunsten Badens. Vorsichtige Zurückhaltung in Wien.]

|: Vertrauliche Nachricht von dem geh. Artikel der französisch-russischen Convention vom 10. Oct. zu Gunsten Badens[2].

Ces renseignements très officiels et authentiques dont je Vous recommande itérativement le secret, Vous éclairciront suffisamment pour redoubler de circonspection et de réserve dans les circonstances présentes, afin que nous n'apportions pas nous-mêmes des entraves aux dispositions inappréciables de la France et de la Russie en notre faveur. . . . :|

Concept.

39. Graf Görtz an Edelsheim.

Regensburg, 31. Oct. 1801.

[Reise nach Berlin. Voraussichtliche Ernennung zum kurbrandenburgischen Deputirten, event. Vertretung beim Reichstag durch einen badischen Abgeordneten.]

Görtz ist im Begriffe, für einige Zeit nach Berlin[3] zu reisen: er wird dort die Interessen des Markgrafen nicht vergessen. Da ihm voraussichtlich in Regensburg die beschwerliche Aufgabe «d'être le député brandenbourgeois» zufalle und der Markgraf wol einen seiner Minister «in locum deputationis» abordiniren werde, frage es sich, «si Msgr le Margrave ne voudrait pas en l'accréditant à la Députation lui donner en même temps les pouvoirs de son ministre à la Diète ad interim ou conjointement avec moi. . . . .

[1] Vergl. oben Nr. 34.

[2] Vergl. Abschnitt 2.

[3] Görtz wird zur Theilnahme an den Vorberathungen über die Aufgabe der Reichsdeputation nach Berlin berufen. Bericht des badischen Agenten Faudel vom 27. Oct.

40. Edelsheim an den Grafen Görtz.

Karlsruhe, 6. Nov. 1801.

[Görtz nach Berlin berufen. Vertretung durch Rechberg. Unterstützung der badischen Interessen durch Preußen. Der Pariser Vertrag vom 10. Oct. Wahl eines Delegirten für Regensburg.]

. . . . M^sgr^ le Margrave me charge d'assurer à V. Exc. qu'il Lui a une sensible obligation de ce qu'Elle ait engagé M^r^ le Bon de Rechberg à se charger de notre voix pendant Votre absence, cher et digne ami. S. A. S. félicite la bonne cause de l'apparition de V. Exc. à Berlin dans cet important moment et Elle se repose avec bien de la confiance sur les bons offices en faveur de nos intérêts, persuadée comme Elle l'est de Son amitié personnelle et du zèle que V. Exc. Lui marque constamment. . . . .

La protection de S. M. le Roi de Prusse achèvera de rendre efficace celle que l'Empereur de Russie et le Gouvernement français viennent de marquer d'une manière bien prononcée au Margrave, en consignant, comme je puis Vous en assurer *confidemment*, dans un article secret du traité de paix conclu dernièrment les faveurs particulières qui devaient être accordées à la maison de Bade dans le partage des indemnités. Quant à l'envoi d'un député à Ratisbonne pendant les délibérations prochaines M^sgr^ le Margrave n'a pris jusqu'à présent aucune résolution là-dessus; mais en tout cas on se conformera absolument à ce que ma chère Excellence jugera absolument nécessaire à cet égard. . . . .

Gräfl. Rechberg'sches Hausarchiv.

---

41. Der russische Botschafter Graf Rasumowsky an den Hofvicekanzler Grafen Cobenzl.

Wien, 8. Nov. 1801.

[Der russische Entschädigungsplan. Allgemeine Voraussetzungen und Grundsätze. Tableaux comparatifs. Die badische Entschädigung.]

Im Anschlusse an eine Unterredung mit Cobenzl vom 7. Nov. legt Rasumowsky einen Entschädigungsplan seines Hofes vor[1]. Es handle sich zunächst um Feststellung der Principien, «qui doivent servir de base à l'édifice politique de l'Empire». Die Ueberzahl und Schwäche der Reichsstände habe zweifellos die Verluste des letzten Krieges mitverschuldet, bei einem Wiederausbruche des Kriegs sei das Reich der gleichen Nothlage preisgegeben, falls die Mächte nicht eine Neuordnung der Dinge schüfen, «en formant des débris de l'Empire des masses plus consistantes, plus homogènes et qui soient susceptibles d'un système politique». Daraus folge:

---

[1] Vergl. zum Folgenden Martens, Recueil des traités . . . conclus par la Russie, II, 376; A. Beer, Zur Geschichte der österreichischen Politik in den Jahren 1801—2, Arch. f. öst. Gesch., Bd. 52, S. 509 ff. Das vorliegende Actenstück scheint Beer nicht gekannt zu haben.

«1. que la nouvelle formation des états qui composent le corps germanique doit augmenter sa force relative à l'égard de ses voisins et particulièrement de la France;

2. que les états auxquels leur position géographique impose le devoir honorable de protéger la patrie doivent avoir des moyens de résistance et des points de défense contre toute agression hostile.»

Beruhend auf diesen Principien, werden als Basis eines allgemeinen Entschädigungsplanes folgende Punkte in Vorschlag gebracht:

1. Die Entschädigungen werden festgesetzt durch freundschaftliche Verständigung der Höfe von Wien und Berlin unter russischer Vermittlung.

2. Entsprechend dem Ergebnisse wird die Reichsdeputation die nöthigen Instructionen empfangen.

3. Die Verhandlungen werden von den drei Höfen geheim gehalten, nur dem Münchener Hofe werden die ihm zugedachten Entschädigungen mitgetheilt.

4. «La cour de Vienne et celle de Berlin communiqueront d'un commun accord le plan convenu au gouvernement français»; falls dort Bedenken gegen die Durchführung erhoben werden sollten, wird Rußland interveniren.

5. Die Verhandlungen mit Baiern wegen eines Austausches bairischer Gebietstheile gegen schwäbische geistliche Besitzungen werden völlig unabhängig sein von dem Entschädigungsgeschäfte, die Entschädigung lediglich von dem freien Ermessen des Kurfürsten abhängen.

6. Die Entschädigung der weltlichen Reichsfürsten erfolgt durch Säcularisationen; eine Entschädigung der geistlichen Stände findet nicht statt.

7. «La constitution germanique sera maintenue autant que pourra le permettre l'intérêt de ses membres, sous le rapport de la sûreté commune.»

8. Les trois Electeurs ecclésiastiques seront conservés, si l'excédant des sécularisations suffit au soutien de leur dignité.

9. Die Entschädigungen sind zu beschränken «à une équitable et stricte compensation des pertes réelles»; eine Ausnahme findet nur statt, wo die öffentliche Sicherheit des Reichs es erheischt.

Für die Verhandlungen werden Conferenzen von Bevollmächtigten der drei Mächte zu Wien oder Berlin empfohlen[1].

Rasumowsky überreicht beiliegend die in Petersburg redigirten «tableaux comparatifs», welche das Detail des Entschädigungsplanes enthalten; sie betreffen die Entschädigungsvorschläge für Toskana, Baiern, Preußen, Oranien, Würtemberg und Baden; bezüglich der übrigen Reichsfürsten erwartet Rußland die Vorschläge Oesterreichs und Preußens. Zu der Entschädigung des Großherzogs von Toskana wird bemerkt, Rußland stimme vollkommen einer Fixirung derselben in Schwaben zu und biete auch seine Vermittlung bei den Tauschverhandlungen mit Baiern an, nur könne man dem Kurfürsten nicht zu einer Abtretung des rechten Isarufers rathen, «qui placerait sa capitale sur la nouvelle frontière»[2].

Bei dem bairischen Tableau wird hervorgehoben, kein Reichsstand habe solche Verluste und Einbußen im Kriege erlitten wie Baiern; es verdiene daher vor allen andern Berücksichtigung, um so mehr, als eine Festigung seiner Macht eine Schranke schaffe zwischen Oesterreich und Frankreich und im Interesse der künftigen Sicherheit des Reiches liege.

---

[1] Die Angabe Beers, daß Rußland nur Berlin als Conferenzort vorgeschlagen, ist demnach irrig; eine Meinungsverschiedenheit zwischen dem Wiener und Petersburger Hofe, wie er annimmt, bestand anscheinend nicht.

[2] Ueber diese Forderung vergl. Montgelas, Denkwürdigkeiten, 57.

«Il ne reste aucune observation particulière à ajouter aux dernières tables No. 5 et 6.»

Das beiliegende «Tableau comparatif des pertes du Margrave de Bade et des indemnités qu'on lui destine» führt die linksrheinischen Verluste auf, die auf 40000 Seelen und 313841 fl. Einkünfte[1] geschätzt werden, bezeichnet als begehrte Entschädigung die im geh. Frieden von 1796 zugesicherten Gebietstheile und schlägt vor, zu bewilligen, «ce qu'il demande». — Oesterreich hatte, wie eine Randbemerkung ergiebt, schon früher vermuthlich durch den Grafen Saurau als Entschädigung das Amt Ettenheim, die Abteien Gengenbach, Frauenalb und Schwarzach, die Reichsstädte Gengenbach und Zell a/H., sowie die speirische Hälfte der Herrschaft Gernsbach, im ganzen angeblich 10¹/₄ Quadratmeilen mit 125700 Seelen und 211000 fl. Einkünften, in Vorschlag gebracht; es wendet sich jetzt gegen den russischen Entschädigungsplan auch in diesem Punkte, greift auf Grund statistischen Materials die badischen Verlustberechnungen an, sucht nachzuweisen, daß die vorgeschlagene Entschädigung Einkünfte im Betrage von 447000 fl. repräsentire, und wünscht daher, daß zum mindesten der rechtsrheinische Theil des Bisthums Speier von dem badischen Loose ausgeschieden werde[2].

Wien St.-A.

---

42. Instruction für den k. k. Gesandten Freih. v. Buol-Schauenstein.[3]

[Wien], 8. Nov. 1801.

[Rundreise in Schwaben. Aufschlüsse über die kais. Politik in der Entschädigungsfrage. Die Wahl der Reichsdeputation ein nothgedrungener Compromiß. Möglichste Erhaltung der Reichsverfassung. Weisungen für den Besuch in Karlsruhe.]

Bei seiner ersten Rundreise in Schwaben werde der Gesandte vielfach Fragen „über den Stand der für das gesammte Reich so wichtigen Entschädigungsangelegenheit und über die diesfälligen Gesinnungen des allerhöchsten Hofes“ zu beantworten haben.

Die Friedensbestimmungen seien bekannt, ihre Durchführung Sache der Reichsdeputation. Die geistl. Stände scheinen durch ihre Zusammensetzung beunruhigt, aber es sei nicht in der Macht Kais. Majestät gelegen, „ein angemesseneres Verhältniß der geistlichen gegen die weltlichen Reichsstände zu bewirken“. Man habe sich „eine Deputation dieser Art“ gefallen lassen müssen, andernfalls wäre eine förmliche Trennung der Reichsstände nach der Verschiedenheit ihrer Interessen erfolgt und damit Frankreich ein Vorwand gegeben worden, wegen angeblicher Verzögerung der Reichsfriedensexekution seine Truppen im Reiche wieder einrücken zu lassen. Es habe ohnedies schon Mühe genug gekostet, neben der Berufung des Hoch- und Deutschmeisters auch die von Kurmainz und Kursachsen durchzusetzen.

---

[1] Diese Daten sind wol der Note des Erbprinzen vom 17. Aug. entnommen (s. Abschnitt 3), im übrigen wird hier, wie man sieht, auf die badischen Wünsche keinerlei Rücksicht genommen.

[2] Die näheren Ausführungen in den Observations sur les tableaux etc. Bei A. Beer, a. a. O., Arch. f. öst. Gesch. 52, S. 539 ff. — Der Entschädigungsplan selbst ist bekanntlich an dem Widerstande Oesterreichs gescheitert.

[3] Früher k. k. Gesandter beim Reichstag, dann beim niedersächsischen Kreise, seit kurzem Vertreter Oesterreichs am Münchner Hofe und beim schwäbischen Kreise. Seine Geschäftskenntniß und Liebenswürdigkeit wird gerühmt. Die absprechende Charakteristik bei Montgelas, Denkwürdigkeiten, S. 59, ist beeinflußt durch persönliche Feindschaft.

In „Ansehung der Indemnitätsvertheilung“ hege der Kais. Hof noch die gleichen Gesinnungen wie früher „von dem ersten Augenblick, wo diese unglückliche Entschädigungsart in Proposition gekommen ist“. Noch zur Stunde sei er eifrigst bemüht, die größern Höfe, welche auf das Geschäft entscheidenden Einfluß haben, zur Billigkeit und Mäßigung zu bestimmen und sie zu veranlassen, „zur Rettung der alten Reichsverfassung, deren Umsturz mit der Unterdrückung der geistlichen Reichsstände nothwendig erfolgen muß, noch das möglichste beizutragen“. Die Hoffnung freilich, daß dieser Zweck erreicht werde, sei gering, da gerade von Seiten der mächtigen Reichsstände den Absichten des Kaiserl. Hofes am heftigsten entgegengearbeitet werde. Folgen Weisungen für die Antrittsaudienz bei dem Bischofe von Augsburg, Kurf. von Trier, bei dem Bischofe von Konstanz und dem Herzoge von Würtemberg.

. . . . An dem markgräfl. badischen Hof wollen sich Ew. ꝛc. unter dem Vorwand der ermangelnden besondern Instructionen über die vorliegenden Geschäfte ganz geschlossen halten, doch aber sich daselbst so benehmen, daß man Euer ꝛc. besonderes Vertrauen zu bezeigen nicht abgehalten werden kann; zu welchem Ende dann Euer ꝛc. es an nachdrücklichen Versicherungen von der besonderen Rücksicht Sr Majestät für das badische Haus nicht werden ermangeln lassen. . . . .

Concept. Wien. St.-A.

43. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 15. November 1801.

[Die Entscheidung liegt in Petersburg und Wien. Zurückhaltung Gemmingens.]

|: . . . . Le Nro 15[1] a été pour moi fort instructif; il m'a confirmé dans le système que je m'étais déjà formé depuis la réponse que j'ai reçue à mon supplément au Nro 63[2]: de ne rien avancer qui puisse croiser nos autres projets ou espérances. Comme tout ce que je pourrais faire, quelqu'avantageux que cela me paraisse, restera toutefois au dessous de ce qu'on promet à Paris, la prudence me dicte de ne pas me compromettre, mais si ce système me met à mon aise pour la commission dont je suis chargé, je n'en suis pas moins inquiet sur cette initiative que le gouvernement français doit prendre. Je sais à ne pas en douter que la cour de Pétersbourg veut se concerter avec celle de Vienne sur les affaires de l'Empire et que, tout en recommandant au gouvernement français les intérêts du Sme Margrave, elle n'aimerait pas à les voir soignés sans son intervention principale et autre-part qu'ici. J'ai pu avoir quelques doutes, si ce désir ne provenait pas seulement du Cte Rasumowsky qui souhaiterait peut-être de jouer le premier rôle dans cette négociation, mais je me suis convaincu que c'est véritablement l'intention du cabinet de Petersbourg, d'agir de concert avec la cour d'ici relativement au plan des dédommagements et d'éviter par là le bouleversement dont l'Empire germanique est menacé,

[1] d. d. Karlsruhe, 29. Oct. Oben Nr. 38.
[2] d. d. Wien, 30. Sept. Oben Nr. 34.

enfin que la Russie croit qu'il est de son intérêt de soutenir le pouvoir chancelant de l'Empereur. Il n'y a que l'indécision du cabinet de Vienne, sa marche tortueuse et ses projets hors de saison qui entravent jusqu'à présent le tout. Dans ces circonstances je me suis bien gardé de m'ouvrir entièrement envers Rasumowsky sùr les intentions que le gouvernement français paraît avoir de se mettre en avant pour réclamer l'accomplissement des stipulations des paix séparées.

Je me suis borné à lui faire observer que, si la cour de Russie voulait jouer un rôle principal dans les affaires de l'Empire germanique, il paraissait être plus que temps d'y prendre une part active selon un projet bien formé. L'ambassadeur attend le rétour d'un courrier qui doit lui apporter de nouvelles instructions. Heureusement il n'a été faite aucune mention dans les dépêches de Pétersbourg de la clabauderie dont il était question à Munic. :|

44. Graf Görtz an Edelsheim.

Berlin, 20. Nov. 1801.

[Lage der Dinge. Stimmung in Berlin Baden gegenüber.]

Sein Aufenthalt in Berlin wird voraussichtlich länger dauern.

Les fers sont au feu — ou aux feux, mais jusqu'à ce qu'ils soient bien chauffés et que la matière soit assez rendue ductile pour passer sous le marteau, il faudra encore quelques opérations chimiques. . . .

Quoique je puis garantir V. Exc. que les dispositions du Roi pour Msgr le Margrave et les intérêts de sa maison soient des plus amicales et prononcées, j'ai pourtant vu avec un sensible plaisir, ce que Vous m'avez confié, se trouver consigner (sic!) à cet égard dans des transactions récentes entre deux grands gouvernements[1] et je conseille qu'on s'applique à faire usage de ce véhicule, car dans ces affaires c'est comme dans les mauvais chemins, wo man oft mehr als eine Vorspann braucht. . . .

45. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 25. Nov. 1801.

[Angriffe auf die Reichsverfassung. Umwandlung in ein Föderativsystem. Gemmingen gegen diese Tendenzen.]

Unverkennbar ist die Tendenz mehrerer Reichsstände, „die schon möglichst ausgedehnte Territorialhoheit unter den gegenwärtigen Umständen vollends zur völligen Souveränität zu bringen und die bisherige, allerdings wenig beachtete Verfassung in ein gänzliches Föderativsystem umzuwandeln“. Man müsse aber wünschen, daß das alte und veraltete Reichsgebäude wenigstens so lange bestehen bleibe, bis „ein anderes, dauerhaftes und den Umständen angemessenes errichtet sei“.

[1] S. Nr. 40. Der badische Agent v. Fandel in Berlin, der das Schreiben übersendet, bemerkt dazu, Graf Görtz habe ihm heute mitgetheilt, „daß er mit dem, was Baden durch Indemnisation erhalten sollte, nicht zufrieden wäre, sondern [es] nach seiner Anlage ganz anders ausfallen müßte“. Berlin, 21. Nov.

Solche Garantien biete aber seines Erachtens ein Föderativsystem nicht, denn er sei überzeugt, „daß selbst der Kurfürst von [der] Pfalz als der mächtigste unter den nicht gekrönten Reichsständen bei jenem Systeme hinlängliche Selbstständigkeit" nicht erhalten würde.

46. Fandel an Edelsheim.

Berlin, 28. Nov. 1801.

[Dänisch-badisches Heirathsproject.]

. . . . Nach Nachrichten aus Kopenhagen schmeichelt man sich dorten, mit des Prinzen Karl von Baden Durchlaucht und einer dänischen Prinzeß eine Vermählung zu Stande zu bringen.[1] Der dänische Gesandte hat es mir als ein Project seines Hofes vertraut. . . .

47. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 4. Dec. 1801.

[Ankunft Buol-Schauensteins in Karlsruhe. Günstiger Eindruck. Reise des Erbprinzen.]

. . . . En attendant j'ai à Vous informer que le ministre impérial S. Exc. M^r^ le Bon de Buol-Schauenstein est venu présenter ses lettres de créance[2] à M^sgr^ le Margrave mardi passé; il a parfaitement répondu sous tous les rapports au portrait avantageux que Vous nous en aviez fait, et je puis dire avec vérité qu'ainsi que M^sgr^ le Margrave j'ai trouvé cette nouvelle connaissance infiniment aimable et intéressante. J'espère que ce ministre aura également été assez content de nous, du moins n'ai-je pas vu de longtemps le Margrave autant à son aise avec un étranger de sa catégorie. . . .

Für den 26. Nov. ist die Abreise des Erbprinzen von Stockholm in Aussicht genommen, seine Ankunft in Karlsruhe erwartet man bis zum 25. Jan. 1802.

48. Baron v. Buol-Schauenstein an den kais. Conferenz- u. Cabinetsminister Grafen Colloredo.

Ulm, 6. Dec. 1801.

[Empfang in Karlsruhe. Unterredungen mit Edelsheim. Badens Absicht angeblich nur auf Theile des konstanzischen Gebiets gerichtet. Mißbilligung der preußischen Politik und ihrer Täuschungsversuche. Conservative Reichspolitik Edelsheims. Reise der Gräfin Hochberg nach Wien.]

Ew. Excellenz kann ich nicht genug die ausnehmend zuvorkommende Aufnahme und stets ähnliche Begegnung anrühmen, welche ich an dem badenschen Hofe gefunden habe. . . .

[1] Es handelt sich um eine Verlobung des Prinzen Karl, späteren Großherzogs, mit der Prinzessin Sophie Juliane, der 1788 geborenen Tochter des Erbprinzen Friedrich von Dänemark. Noch im März 1802 berichtet der Secretär Wieland an den Fürsten von Dessau, es sei viel von dem Projecte die Rede; auch wähle aus dem Grunde die Erbprinzessin den Weg über Kopenhagen. (Zerbster Archiv.) — Vergl. auch weiter unten den Bericht des österr. Gesandten v. Buol, München, 8. Juni 1802. Im Karlsruher Archive haben sich keine auf ein solches Project bezügliche Correspondenzen mit dem dänischen Hofe gefunden.

[2] d. d. Wien, 13. August.

Der Herr Markgraf beschränkte sich im allgemeinen, seine tiefste Devotion gegen Se Kais. Majestät zu versichern und sein fürstl. Haus dem Allerhöchsten Schutze zu empfehlen. Der erste Minister, Herr von Edelsheim, hat sich ungeachtet zweier längerer Unterredungen, welche er mit und bei mir pflog, auch in Ansehung der Entschädigungsangelegenheiten nicht besonders herausgelassen, außer daß er gelegentlich fallen ließ, daß etwa das eine oder andere konstanzische Oberamt — nicht aber das gesammte fürstl. Gebiet, wie es der Herr Fürstbischof ahndet — zur Convenienz des Herrn Markgrafen gereichen könnte. Dieser Minister schien vorzüglich bestrebt, das Benehmen seines Hofes zur Zeit der mit Frankreich gepflogenen Unterhandlungen durch den erfahrenen Drang der Umstände zu rechtfertigen und that übrigens sehr desgleichen, mit der dermaligen preußischen Politik äußerst unzufrieden zu sein. Er mißbilligte insbesondere das Benehmen dieses Hofes in Ansehung der jüngsten Wahlen[1] und äußerte, daß sowol in dieser Angelegenheit als in Rücksicht des zur Berichtigung der Entschädigungen gewählten Weges einer Deputation der badensche Hof von dem preußischen inducirt worden wäre, indem in beiden Veranlassungen gleich anfangs von Seiten des Berliner Cabinets zu glauben gegeben worden wäre, als hätte ein diesfällig vorläufiges geheimes Einverständniß mit unserm Allerhöchsten Hofe bestanden.

So wenig ich mir auch erlauben kann, die Aufrichtigkeit der Edelsheimschen Aeußerungen zu verbürgen, so hat mir gleichwol der Wunsch der möglichsten Erhaltung der jetzigen Reichsverfassung bei ihm unzweideutiger als bei vielen zu sein geschienen, nicht als wäre H. von Edelsheim dem katholischen Religionstheil an und für sich weniger abgeneigt, als es alle Protestanten nach unverrückten Grundsätzen sind, wol aber weil dieser Minister diesen Grundsätzen nicht so leidenschaftlich anhängen dürfte, um nicht zu benehmen, daß die an die Stelle der dermaligen Verfassung zu tretenden Abänderungen in der Folge vorzüglich den mindermächtigen Erbfürsten weit unbehaglicher als die bisherige Geistlichkeit werden möchten.

Die Frau Gräfin von Hochberg, welche bekanntlich dem Herrn Markgrafen zur linken Hand angetraut ist, hat verlauten lassen, daß sie künftiges Jahr nach Wien zu reisen gedächte. Es scheint nicht, daß dieses Vorhaben ohne besondere Absicht, etwa in den Fürstenstand erhoben zu werden oder auch zu Gunsten ihrer Söhne eine allerhöchste Gnade nachzusuchen, gefaßt worden sei.

Ich bin ꝛc.

Wien St.-A.

---

[1] In Köln und Münster. Die Behauptung E.'s, Preußen habe sich in dieser Frage auf eine Vereinbarung mit Oesterreich berufen, ist unrichtig, sie trifft nur für den Vorschlag einer Deputation zu. S. oben Nr. 30.

49. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 11. Dec. 1801.

[Die Aussichten auf Aufrechterhaltung der Reichsverfassung gering. Wahrung des Gleichgewichts unter den Reichsständen bei der Neuordnung der Dinge.]

Die Reichsangelegenheiten sind in Stockung gerathen durch die Verhandlungen der großen Höfe. In Wien wünscht man Aufrechterhaltung der Reichsverfassung, in Berlin strebt man ihre Vernichtung an, Rußland sucht zu vermitteln. Pfalzbaiern und Hessen-Kassel bekennen sich offen zu der Anschauung des Berliner Cabinets, der Herzog von Würtemberg wird davon bis jetzt nur durch seine Händel mit den Ständen abgehalten, Kursachsen wird geschehen lassen, was es nicht billige: die Stimmenmehrheit der künftigen Reichsdeputation scheint mithin „für eine wesentliche Veränderung der Staatsverfassung" entschieden.

. . . . Unter diesen Umständen bewährt sich immer mehr, daß es für den Durchlauchtigsten Markgrafen nicht blos mehr auf Entschädigung für den erlittenen Verlust ankomme, sondern daß auf die Herstellung eines hinlänglichen Gleichgewichts müsse gedacht werden, ohne das keine Sicherheit in einem Föderativsystem bestehen kann, so sehr man übrigens meiner Ueberzeugung nach wünschen muß, daß dieses System nicht stattfinden möge. Ich versäume keine Gelegenheit, gehörigen Orts geltend zu machen, wie sehr die Sorge für die künftige Existenz des hohen Hauses Baden jetzt dringende Angelegenheit sei, um demselben in der neuen Ordnung der Dinge so viel Sicherheit zu schaffen, als die Umstände es nur immer gestatten. . . . .

50. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 16. Dec. 1801.

[Der Wiener Hof einer Abtretung des Breisgaus an Baden geneigt.]

|: Les opinions paraissent se fixer sur la convenance de faire entrer le Brisgau dans les dédommagements de M^sgr. le Margrave. Il serait fort agréable de voir venir cette proposition et d'y pouvoir répondre selon les circonstances. :|

51. Edelsheim an den Grafen Görtz.

Karlsruhe, 17. Dec. 1801.

[Nachdrücklichere Unterstützung der badischen Interessen durch Preußen dringend erwünscht.]

Mittheilungen über das Schreiben des Zaren an den Markgrafen vom 18. Nov.[1]

Connaissant, mon cher et digne ami, Votre zèle en faveur des intérêts du Margrave, je ne suis pas en peine du plaisir que Vous partagerez avec moi en recevant cette confidence; mais je voudrais que Vous puissiez inspirer les mêmes sentiments au ministère du Roi, car quoique les fers soient au feu, comme Vous dites fort bien, on dit que le four ne chauffe pas pour nous chez Vous[2]. Cela est d'autant plus affligeant, que nous nous

[1] Vergl. Nr. 61 und Abschnitt 3.

[2] S. oben Nr. 44, Anm.

sommes déjà bien souvent fort mal mis et recommandés ailleurs par notre dévouement aux principes et au système prussien, ce qu'on prétend s'être encore manifesté tout récemment d'une manière bien marquante etc. Il est bien certain que pour peu que Votre excellent Roi voulût maintenant nous protéger et concourir aux dispositions infiniment favorables de l'Empereur Alexandre et du gouvernement français à notre égard, d'une indemnisation cossue et conforme à l'intérêt général que notre position devrait inspirer à toutes les puissances qui auraient sérieusement à cœur d'établir un système solide en faveur des princes d'états héréditaires dans l'Empire Germanique. Personne mieux que Vous, chère Excellence, pourra développer le véritable intérêt qu'on aurait chez Vous à favoriser efficacement ce système et *qui* pourrait inspirer au Margrave une confiance plus entière que celle qu'il fonde sur les preuves multipliées d'attachement et d'amitié que V. Exc. lui a données dans les circonstances les plus décisives. . . . .

Gräfl. Rechberg'sches Hausarchiv.

52. Baron v. Buol-Schauenstein an den kais. Conferenzminister Grafen Colloredo.

München, 1. Jan. 1802.

[Nachricht von dem Tode des Erbprinzen. Die künftige Stellung der Erbprinzessin Wwe peinlich.]

Beim Neujahrsempfang theilt der Kurfürst die Nachricht von dem Tode seines Schwiegervaters, des Erbprinzen von Baden, mit und äußert dabei die Besorgniß, „als dürfte der verwittibten Frau Erbprinzessin nunmehr mancher Verdruß von Seiten der dem Herrn Markgrafen zur linken Hand angetrauten Gräfin von Hochberg gemacht werden. Der russische Gesandte hat hierauf mit mir versichert, daß die Frau Erbprinzessin den beiden Kaiserl. Höfen auf alle Fälle stetshin ausnehmend theuer bleiben würde."

Wien. St.-A.

53. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 20. Jan. 1802.

[Mittheilungen über einen preußischen Entschädigungsplan.]

V. Exc. saura sans doute déjà qu'il est arrivé à Berlin une déclaration officielle de la part du Premier Consul sur le plan d'indemnisation qui lui avait été communiqué[1]; on prétend que le ministère prussien n'en a été nullement content, parceque cette déclaration n'était pas de nature à faire avancer la besogne et laissant le doute sur l'ensemble, montrait même quant aux détails une grande diversité d'opinions.

[1] Auch ein «Mémoire séparé» Reitzensteins vom Dec. 1801 spricht von einem Entschädigungsplan, den Preußen neuerdings überreicht, und theilt einige Details darüber mit. In den von Bailleu, a. a. O., II, 61 ff. mitgetheilten Actenstücken ist nirgends von einem solchen Plane aus dieser Zeit die Rede; das letzte Project datirt vom Juli 1801.

Je suppose qu'on n'aura pas manqué d'informer V. Exc. que le gouvernement français a cru voir dans ce plan du cabinet de Berlin une grande partialité et que plusieurs états de l'Empire, notamment le Sme Margrave, y avaient été négligés[1]: j'ignore à quel point cela soit vrai, mais la lettre qui l'a mandé était écrite par quelqu'un qui ne pouvait pas se douter qu'un employé de Msgr le Margrave en aurait connaissance. . . .

Concept.

54. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 27. Jan. 1802.

[Die Entscheidung in der Entschädigungsfrage liegt in Paris; die andern Mächte zu uneinig. Oesterreich mit der Wendung zufrieden.]

|: Tout paraît indiquer que le foyer des négociations pour les affaires d'Allemagne est très décidément fixé à Paris, faute de s'entendre de la part des cours de Pétersbourg, Berlin et Vienne dont certainement aucune a voulu ce qui cependant était facile à prévoir. . . .

En attendant on est ici assez content de cet ordre des choses, on croit avoir gagné la main au cabinet de Berlin, parcequ'on se flatte que le gouvernement français adopte le principe que toute indemnisation ne se ferait qu'à raison de la perte et qu'il voudra conserver les trois électeurs ecclésiastiques. . . . . :|

Concept.

55. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 9. Febr. 1802.

[Die geistl. Fürsten uneinig. Ein geschlossenes Vorgehen nach dem Vorschlage von Kurmainz wird aus Mißtrauen abgelehnt. Der Herzog von Modena und der Breisgau.]

. . . . Mr Seuffert[2], référendaire intime du Prince Evêque de Wurzbourg, vient d'arriver depuis quelques jours: il est vraiment étonnant, combien peu des princes ecclésiastiques agissent de concert et combien chacun tâche d'escamoter aux autres la planche avec laquelle ils espèrent se sauver du naufrage. Je sais positivement que l'Electeur de Mayence, effrayé par les expressions problématiques du cabinet de Berlin, a proposé une réunion des états ecclésiastiques, mais qui n'a pas été approuvé par eux; ils se sont souvenus, combien Mr d'Albini, se croyant assuré de la conservation de *son* électorat, avait constamment suivi le principe d'isoler

---

[1] Nach dem «Mémoire séparé» stellte Preußen die Entschädigung Badens, die es im Princip billig fand, völlig dem Ermessen der franz. Regierung anheim.

[2] Geh. Ref. Joh. Mich. Seuffert, der politische Berather der beiden letzten Fürstbischöfe von Würzburg. Vergl. „Kurzer . . . Abriß der seither geführten Staatsverwaltung im Hochstift Würzburg. W. 1803."

les intérêts de son maître: on peut au reste douter, si cette rancune est prudente.

Der Herzog von Modena, wird versichert, hat kategorisch erklärt, daß er den Breisgau niemals annehmen werde, «en préférant une spoliation totale à un simulacre d'indemnisation».

Copie.

56. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 25. März 1802.

[Absichtliche Verbreitung falscher Gerüchte, auch über Baden.]

. . . . Es waltet in der Politik unserer Tage ein böser Dämon, wo er auch seinen Hauptsitz mag aufgeschlagen haben, der durch absichtlich falsche Nachrichten wechselsweise bald eitle Hoffnungen nährt, bald unnöthige Unruhe erzeugt, immer aber das allgemeine Mißtrauen unterhält und vermehrt. Es hat diesem Dämon beliebt, sich auch seit einiger Zeit wieder mit badenschen Angelegenheiten zu beschäftigen, Gerüchte von neuen Einverständnissen zu verbreiten und selbst sich des Datums aus Karlsruhe zu bedienen, um die falsche Nachricht wegen des Breisgaues unter die Leute zu bringen. Das alles läßt sich nicht ändern, bleibt aber darum nicht weniger unangenehm. . . .

Copie.

57. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 28. März 1802.

[Einladung der Erbprinzessin nach Rußland. Der Markgraf wünscht Rückkehr des Prinzen Karl. Gründe.]

. . . . D'après les dernières lettres de Mme la Princesse héréditaire de Stockholm la cour de Russie lui fait les plus vives instances pour l'engager à prendre son retour par Pétersbourg. L'Impératrice Elisabeth a même écrit une lettre infiniment touchante à M^sgr le Margrave pour le prier de seconder ses voeux auprès de Madame sa mère, celle-ci a refusé 4 fois, mais l'Empereur vient de lui envoyer un de ses aides de camp, M^r d'Albedyll, pour l'y déterminer; elle a voulu que le Margrave décidât ou, pour mieux dire, confirmât son refus d'une manière très positive. C'est cependant ce que le Margrave n'a pas jugé entièrement convenable, mais en remettant à Mme la Princesse héréditaire elle-même le parti qu'elle jugera à propos de prendre à cet égard, regrettant toutefois véritablement le retard que ce voyage apporterait de nouveau à son espoir de l'embrasser bientôt, il a insisté sur le retour immédiat du jeune Prince héréditaire, que le grandchambellan de Geusau ramènera en droiture ici, supposé que Mme la Princesse héréditaire et la Princesse Marie fassent encore le crochet par Pétersbourg[1]. . . . .

[1] Nach Edelsheims Vorschlag bemerkte der Markgraf in seiner Antwort an die Kaiserin vom 16 März: als Großvater und Landesherr habe er die Pflicht, darüber zu wachen,

58. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 18. Mai 1802.

[Oesterreich in Ungewißheit über die Entschädigungsverhandlungen.]

: Die Verhandlungen über die Entschädigungsfrage stocken; «tout ce que le Cte Cobenzl à Paris et le ministre de Russie peuvent obtenir ne sont que des réponses vagues. . . . . Il est positif que l'ambassadeur de France n'est nullement instruit sur ce qui concerne l'Empire Germanique, qu'au moins il n'en a jamais fait mention vis-à-vis de Cte Cobenzl . . . qu'en conversation particulière. Je sais à ne pas douter que tant à Pétersbourg qu'ici on est dans une obscurité totale sur tout ce qui concerne l'Empire Germanique». . . . .:|

Copie.

---

59. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 26. Mai 1802.

[Der schwedische Geschäftsträger zur Unterstützung der bad. Interessen angewiesen. Bitte um nähere Instruction.]

Der schwedische Geschäftsträger v. Silverstolpe hat, wie er mittheilt, am 1. d. M. Weisung erhalten, sich in der Entschädigungsfrage für die badischen Interessen beim Wiener Hofe nachdrücklichst zu verwenden.

Auf die Anfrage des H. v. Silverstolpe, ob von bestimmten Entschädigungsgegenständen die Rede sei, auf welche man bei dem hiesigen Ministerium anzutragen habe, erwiderte ich ihm, daß ich dazu keine Aufträge erhalten hätte, und daß mir auch die Natur des Geschäfts keine solche Bestimmung zu gestatten scheine, indem nicht allein die Größe des Verlusts, sondern auch die neuen Verhältnisse bei wahrscheinlichen Veränderungen der deutschen Verfassung dabei in Betrachtung kommen müßten.

Da der H. v. Silverstolpe sich seines Auftrages gegen den Vicestaatskanzler Grafen Cobenzl ungesäumt entledigen wird, so gedenke ich dem Grafen Rasumowsky von jener Eröffnung Nachricht zu geben und die weitern Weisungen abzuwarten, welche Euer Excellenz mir in Rücksicht auf diese Verhältnisse geben werden. . . . .

---

60. Baron v. Buol-Schauenstein an den kais. Conferenzminister Grafen Colloredo.

München, 8. Juni 1802.

[Gerücht von einer badisch-dänischen Doppelheirath.]

. . . . Man will hier ziemlich bestimmt wissen, daß der Besuch, welchen die verwittibte Frau Erbprinzessin von Baden am kgl. dänischen Hofe abzustatten im Begriffe steht, zum Zwecke habe, zwischen Ihrem Herrn Sohne, dem dermaligen

---

daß der Prinz über der steten Zerstreuung, in der er nun seit fast einem Jahre lebe, nicht „die ihm zu seiner Bestimmung noch so äußerst nothwendigen Kenntnisse und Application vernachläßige“.

Erbprinzen, und der Tochter des dänischen Erbprinzen und hiernächst dem Erstgeborenen dieses Prinzen und Ihrer jüngeren Tochter eine Doppelheirath zu stiften. Die ersten diesfälligen Anträge sollen bereits erwünschten Eingang gefunden haben[1]. . . .

Wien. St.-A.

61. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 9. Juni 1802.

[Weisungen für Gemmingens Verhalten gegenüber dem Wiener Hofe in der Entschädigungsfrage. Schreiben des Zaren vom 18. Nov. 1801. Die Protection des Wiener Hofes nachzusuchen.]

Von den an Silverstolpe ergangenen Weisungen des Königs von Schweden ist man in Karlsruhe bereits durch den Obersten Borgenstjerna in Kenntniß gesetzt worden. Der Markgraf billigt, daß Gemmingen dem russischen Botschafter davon Mittheilung gemacht.

Vous pouvez également réclamer ses bons offices relativement à cet objet, dès que Vous en jugerez l'occasion opportune, avec d'autant plus d'assurance que l'Empereur, son maître, a informé lui-même M^{sgr} le Margrave il y a déjà quelques mois en substance[2]: «que la bien juste sollicitude dont S. M. J. était constamment animée pour les intérêts de S. A. et ceux de sa maison, Lui avait fait saisir avec empressement l'occasion que Lui avait fourni une lettre particulière du Premier Consul, par laquelle celui-ci avait demandé Son approbation et Son suffrage relativement aux indemnités et autres avantages qui pourraient être procurés à la maison de Bade dans les arrangements définitifs d'Allemagne, pour lui témoigner en réponse, combien il tenait à coeur à S. M. J. de voir obtenir au Margrave dans ces arrangements futurs non seulement tous les dédommagements, mais encore tous les avantages dont sa position et les pertes qu'il avait essuyées pourraient être susceptibles; qu'Elle s'en était expliquée dans cette circonstance de la manière la plus propre à encourager les bonnes dispositions du Premier Consul à cet égard et à lui faire connaître que ce serait l'obliger Elle-même que de concourir à tout ce qui pourrait être agréable et avantageux au Margrave et seconder ainsi les desirs de S. M. J. et l'intérêt particulier qu'Elle portait au Margrave . . .; qu'Elle venait en conséquence de donner de nouveaux ordres au Cte de Morkow à Paris, qui ajouteraient encore aux précédentes instructions pour tout ce qui avait rapport à nos dédommagements le dégré d'intérêt et d'instance qui résultait du concours favorable des intentions de S. M. J. avec celles du gouvernement français à ce sujet.

Pénétré de la plus profonde gratitude d'une si heureuse réunion des vues les plus favorables à son égard M^{sgr} le Margrave n'aurait eu de désir

[1] S. oben Nr. 46. Anm.

[2] Das im Folgenden erwähnte, verloren gegangene Schreiben vom 18. Nov. 1801 vermuthlich.

plus ardent que de pouvoir chercher à s'assurer incessament de rencontrer auprès de la cour de Vienne les mêmes sentiments de bienveillance et des dispositions semblables à appuyer puissamment les intérêts de sa maison dans l'arrangement définitif des affaires d'Allemagne; mais ne se déguisant pas, combien d'autres objets plus importants devaient occuper en première analyse l'attention de la cour Imp[le], S. A. S. attendait avec sollicitude pour implorer cette puissante protection une époque favorable qui paraissait ne pas pouvoir se présenter plus convenablement que, lorsqu'une fois la députation désignée de l'Empire Germanique . . . . aurait été convoquée. . . . .

Cependant comme il semble maintenant que les bases principales de l'arrangement définitif pourraient bien être déterminées auparavant ailleurs, M[sgr] le Margrave ne croit pas pouvoir être taxé d'indiscrétion ni de faire une démarche trop prématurée en Vous chargeant, M[r] le Baron, de ne pas différer davantage à implorer de sa part la puissante protection de S. M. J. en faveur de cet objet, en tâchant de rappeler à cette occasion le souvenir des gracieux intérêts et des dispositions bienveillantes qu'Elle daignait accorder autrefois à la maison de Bade et dont M[sgr] le Margrave a eu le bonheur de recueillir mainte fois les inappréciables assurances. . . .

2. Verhandlungen mit Frankreich.
(Febr. 1801—Juni 1802.)

62. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 22. Febr. 1801.

[Frankreichs Verträge mit den Reichsständen. Beeinflussung Talleyrands durch Geldanerbieten.]

|: Es geht die Rede, Frankreich wünsche die in früheren Verträgen mit den Reichsständen übernommenen Verpflichtungen unbedingt zu erfüllen.

. . . . Comme qu'il en soit, Msgr. le Margrave me charge de Vous assurer qu'il consent volontiers à une récompense offrable pour Talleyrand, pour peu que Vous jugiez que ce sacrifice, à la vérité un peu tardif, puisse encore être de quelqu'effet salutaire. S. A. S. ne veut pas fixer la somme, afin de ne pas Vous gêner, laissant absolument à Votre disposition de la déterminer selon les circonstances et les convenances. . . . :|

Concept.

63. Bemerkungen Karl Friedrichs zur Entschädigungsfrage.

o. D. (Febr. 1801.)

[Feststellung der Grenze gegen Würtemberg. Wirthschaftliche Rücksichten erheischen den Verbleib des Hagenschießwaldes bei Baden.]

Mit dem Herrn von Reitzenstein hatte ich einstens eine Unterredung über das Entschädigungsgeschäft und er sprach von einer Aquisition durch ein Stück vom Würtembergischen, wo die Enz die Grenze bis Pforzheim machen sollte. Da machte ich ihm beobachten, daß dadurch der beträchtliche und schöne Wald, der Hagenschieß, verloren gehen würde. Nun glaube ich, daß es gut sein würde, ihm dieses wieder in's Gedächtniß zurück zu rufen, indeß man dem H. von Edelsheim davon Nachricht gebete, welchem es gewiß bekannt ist, welcher Schade der Stadt Pforzheim dadurch geschehen würde, da der Flotzverein, aus über 100 Familien bestehend, nebst vielen anderen von dem Holzhandel und der dabei zu verrichtenden Arbeit lebenden Menschen, aus den umliegenden Orten, die davon leben, keine

Arbeit mehr finden würden (sic!), zu geschweigen daß die neue Holländer Holzkompagnie[1] gleich im Werden wieder aufhören müßte, weil man ihr das versprochene Holz nicht würde geben können ꝛc. ꝛc.

Es würde also zu wünschen sein, daß, im Fall davon die Rede sein sollte, bei Enzberg oder Niefern über die Enz hinüber eine andere Grenzlinie gefunden werden möchte[2].

Eigenhändig.

64. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 25. Febr. 1801.

[Außerordentliche Sendung Edelsheims nach Paris.]

Je m'empresse de Vous prévenir, M^{r} le B^{on}, que Msgr. le Margrave s'est déterminé aujourd'hui à m'envoyer promptement à Paris pour témoigner au Premier Consul une attention particulière dans les circonstances présentes et pour Vous soulager pendant une quinzaine de jours, autant qu'il dépendra de moi[3]. . . . .

Concept.

65. Groos an Edelsheim.

Paris, 26. Febr. 1801.

[Reitzenstein mit einem weiteren Memoire beschäftigt.]

Die Ankunft des Grafen Kolytchew steht bevor und mit ihr der Beginn der Arbeiten über das Entschädigungswerk.

|: . . . . Le Bon de Reitzenstein s'occupe dans ce moment d'un nouveau mémoire sur les dédommagements ultérieurs à réclamer qui (sic!) présentera au premier jour, quoique Talleyrand Périgord il y a quelques jours se soit refusé à plusieurs envoyés d'entrer en négociation sur ce point, apparemment puisqu'on avait voulu attendre pour cet effet l'accession de l'ambassadeur russe et le retour d'un courrier que Lucchesini a envoyé à Berlin. . . . . :|

66. Edelsheim an Meier.

Paris, 8./10. März 1801.

[Schwierigkeiten des Entschädigungsgeschäfts. Langsames Vorrücken der Verhandlungen.]

Reitzensteins Befinden bessert sich langsam.

|: Bei alledem sind wir meines Dafürhaltens doch noch um keinen Schritt weiter, und wenn gleich Talleyrand-Périgord im Allgemeinen äußerte, man habe

[1] S. oben Bd. III, 409. — Ueber diese neue Gesellschaft, Firma Böhringer & Cie., die an Stelle der Murgcompagnie die Holzausfuhr nach Holland übernimmt, vergl. Kolb, Hist. stat. Lexikon von Baden. III. 58.

[2] Darunter vermerkt Geh. Rath Meier: „Hieraus habe ich am 3ten März 1801 dem Herrn von Reitzenstein das Nöthige bemerklich gemacht".

[3] Am 3. März trifft Edelsheim in Paris ein; in dem Begleitschreiben an Bonaparte vom 26. Febr. spricht der Markgraf seinen Dank für den Friedensschluß aus, in der Hoffnung auf «Votre puissant appui aux prochaines déterminations définitives des indemnisations que j'ose espérer à si juste titre». Concept.

sich im Frieden die nähere Bestimmung der Indemnisationen vorbehalten und werde auf die Erfüllung der Tractaten vorzügliche Rücksicht nehmen, so setzte er doch auch weiter hinzu, die Reclamationen häuften sich immer mehr und mehr und würden sich wohl hie und da sehr kreuzen. Ebenso sagte mir heute Bonaparte in der öffentlichen Audienz — nachdem er NB. gefragt hatte, ob der Herr Markgraf bei den Abtretungen des Reiches an Frankreich auch etwas verliere, — eh bien, il faudra que nous tâchions de le satisfaire autant qu'il sera possible. Die Entschädigung des Großherzogs von Toskana auf Kosten des deutschen Reiches erschweret alles ungemein, und Lucchesini scheint bis jetzt noch nicht gewiß zu sein, welche Bistümer man eigentlich ihm zuwenden wolle, indem, wie er mich ausdrücklich versicherte, hierüber an Preußen noch keine Eröffnung geschehen sei. Dahingegen habe ihm Talleyrand-Périgord in Ansehung Badens mehrmalen geäußert, daß sich Frankreich verbunden erachte, für dessen Entschädigung zu sorgen.

Indessen soll Graf Goertz die Weisung erhalten haben, die Ratification des Friedens beim Reichstag möglichst zu facilitieren, dabei aber doch die Vorbehalte derer, die sich praegraviert finden möchten, nicht zu hindern. . . .

Bei diesen Umständen scheint selbst die Möglichkeit noch unbegreiflich, wie das Saecularisations- und Entschädigungssystem in kurzem erledigt werden solle und könne, vielmehr läßt sich das Ende davon wol schwerlich mit einiger Gewißheit voraussehen. . . . .:|

67. Edelsheim an Karl Friedrich.

Paris, 17. März 1801.

[Die Verhandlungen stocken. Reitzensteins Verbindung mit Jacques Mathieu. Bemühungen für die Grafen von Hochberg.]

: Die Verhandlungen rücken nicht vor, es wäre aber von Uebel, «de presser les choses dans ce moment de stagnation»; man wolle sich offenbar mit der Entschädigungsfrage nicht befassen, bevor das Reich den Frieden ratificirt habe.

Cependant le Bon de Reitzenstein a trouvé le moyen de faire ces jours-ci, pour ainsi dire depuis son lit, des insinuations très efficaces à un[e] des principales chevilles-ouvrières, dont il paraît s'être acquis toute l'estime et la confiance personnelle et qui par son influence et les bons principes qu'il a su lui inspirer déjà depuis quelque temps[1], pourra plus effectuer en faveur de notres (sic!) intérêts que toutes les représentations officielles qu'on ferait dans les circonstances présentes à Bonaparte et au ministre

[1] Wie sich aus der weitern Correspondenz ergiebt, ist zweifellos Jacques Mathieu, der Souschef der deutschen Abtheilung des auswärtigen Amtes, gemeint — ein Bruder des Kriegscommissärs der Rheinarmee von 1796, sowie des ursprünglich für Karlsruhe designirten Geschäftsträgers. (Polit. Correspondenz, Bd. II./III. — Vergl. über ihn Masson, Le département des affaires étrangères etc. S. 370; Nouvelle biographie universelle. 34, 212.)

des relations extérieures, dont le premier est par dessus cela presque inaccessible et le dernier aussi superficiel qu'insuffisant. . . . .

Ebenso wird bei der gegenwärtigen Lage der Dinge ein von anderer Seite her gemachter Versuch, durch Vermittelung des Generals Moreau gewisse Wünsche in Paris durchzusetzen, völlig erfolglos bleiben[1]. :|

68. Edelsheim an Karl Friedrich.

Paris, 25. März 1801.

[Verzögerung der Rückkehr des Couriers. Französischer Entschädigungsplan, günstig für Baden.]

|: Helbing wird nun einige Tage später abreisen, damit was allenfalls von den russischen Gesinnungen zu erfahren wäre, mit dieser Gelegenheit gemeldet werden könne. Mittlerweile hat H. von Reitzenstein im engsten Vertrauen entdeckt, daß von dem auswärtigen Departement dieser Tage ein vollständiger Entschädigungsplan Bonaparte vorgelegt worden, der, wenn er ihn genehmiget, unser Interesse ganz vorzüglich begünstigen wird. Nach der damaligen Lage der Reichstagsangelegenheiten wird auch wol daher unser in Comitiis abgelegtes Votum den Umständen ganz angemessen befunden werden. :|

69. Geheime Note Reitzensteins.

Paris, 31. März 1801.

[Französischer Entschädigungsplan. Leitende Gesichtspunkte. Entschädigung Toskanas und Verzicht Oesterreichs auf die schwäb. Vorlande. Die badische Entschädigung. Vortheile und Lasten. Bedenken vom badischen Standpunkte. Aufgaben der bad. Politik für die weiteren Verhandlungen.]

Unmittelbar nach Abschluß des Lüneviller Friedens wurde dem Departement der auswärtigen Angelegenheiten ein Plan über die Entschädigungen der deutschen Fürsten und die innere Einrichtung des deutschen Reichs abverlangt, wobei als ausgemacht vorausgesetzt wurde, daß das französische Gouvernement die Direktion dieser Angelegenheit zu übernehmen gesonnen seie und die andern größern europäischen Mächte diese Direktion sich ohne Opposition gefallen lassen würden. Dieser Plan ist ausgefertigt und am 9. laufenden Monats März dem ersten Konsul zur Approbation vorgelegt worden. . . . .

---

[1] Unter Umgehung der badischen Gesandtschaft in Paris und, wie es scheint, ohne Vorwissen Karl Friedrichs war von Seiten einer dem Markgrafen nahestehenden Persönlichkeit der Versuch gemacht worden, unter Vermittelung des Generals Moreau eine Einwirkung auf Talleyrand in dem Sinne auszuüben, daß u. a. den Söhnen des Markgrafen aus zweiter Ehe bei der in Aussicht stehenden Vertheilung der Entschädigungsmasse ein Gebietserwerb zugewiesen werde, «qui pût les autoriser au droit de séance à la Diète». Der Markgraf sprach in einem Schreiben an Edelsheim seine lebhafte Mißbilligung dieses Schrittes aus (6. März 1801), der übrigens, wie Edelsheim richtig voraussieht, ohne alle weiteren Folgen blieb.

Frankreich soll — dies wird als erster Grundsatz vorangestellt — die Direction des ganzen Entschädigungsgeschäfts erhalten, der Plan selbst sich nicht nur auf Deutschland, sondern auch, und dies im Widerspruch mit Bonaparte (?), auf Italien erstrecken. Es wird zu dem Zwecke die vollständige Säcularisation aller deutschen Erz- und Hochstifter, sowie des päpstlichen Gebietes vorgeschlagen, der erste Consul ist indeß mit der Ausdehnung dieser Bestimmung auf den Kirchenstaat nicht einverstanden und wird selbst die Beibehaltung eines geistlichen Kurfürsten nicht ungerne sehen.

Im Hinblick auf die Ordnung der deutschen Angelegenheiten soll als leitendes Princip das Bestreben gelten, die deutschen Reichsstände dem Einflusse der prädominirenden Mächte Oesterreich und Preußen möglichst zu entziehen und ihnen auch gegen Frankreich größere Unabhängigkeit zu verschaffen, so daß sie gleichsam als Barriere zwischen den drei Staaten fortbestehen. „Zu diesem Ende hat man für nöthig erachtet, damit die Constitution sich mehr der Form eines Föderativsystems annähern könne, den deutschen Staaten nicht nur durch Austausch und andere conveniente Mittel mehrere Ausrundung und Consistenz zu verschaffen, sondern auch mit wenigen Ausnahmen — vermuthlich Nassau — die Zahl der regierenden Häuser nur auf die altweltfürstlichen einzuschränken und die geistlichen Territorien sowohl als jene der neufürstlichen und reichsgräflichen Häuser, der Reichsstädte und der Reichsritterschaft der Landeshoheit der am nächsten gelegenen altweltfürstlichen Häuser zu unterwerfen."

Ueber die für Baden bestimmten Entschädigungen hat Reitzenstein durch seinen „vertrauten Freund"[1] nähern Aufschluß erhalten.

Man habe vorausgesetzt, daß eine Abtretung des Breisgaus an Modena nicht stattfinden dürfe, da sie dem französischen Interesse zuwiderlaufe, und darauf hingewiesen, daß Oesterreich völlig aus Schwaben entfernt werden müsse, aber gerade dieser Punkt stoße auf Schwierigkeiten theils wegen Bonaparte's Abneigung, theils wegen eines geheimen Artikels des Lüneviller Friedens, demzufolge, wie Reitzenstein in Erfahrung gebracht, Salzburg, Berchtesgaden und Passau als Entschädigung für den Großherzog von Toskana bestimmt worden. Man habe daher den Vorschlag gemacht, der als die Basis des ganzen Systems anzusehen sei, dem Großherzoge außer den ebengenannten Gebietstheilen auch noch den größten Theil Baierns — vermuthlich die Oberpfalz und die nördlich der Donau und östlich vom Inn gelegenen Länder — unter der Bedingung anzubieten, daß Oesterreich seine schwäbischen Besitzungen mit in die Indemnisationsmasse werfe, dem Großherzoge die nördliche Grenze von Tirol und das Innviertel abtrete und endlich sich verpflichte, daß das neugeschaffene Großherzogthum auf ewige Zeiten eine Secundogenitur in der Weise bleiben solle, daß nach dem Aussterben der männlichen Nachkommenschaft des Großherzogs das Land an die des Erzherzogs Ferdinand, des Herzogs von Modena zu fallen, die modenesische Linie aber auf den Breisgau zu verzichten habe[2].

Falls Oesterreich auf dieses Projekt eingehe, handle es sich in zweiter Linie um eine nothdürftige Entschädigung Baierns. Die neue Grenze würde, wie Reitzenstein schließen zu dürfen glaubt, von der Rheinpfalz, dem südwestlichen Franken und nordöstlichen Schwaben entlang, bis zur Donau unterhalb Ulm laufen, von da auf dem rechten Ufer aufwärts bis zu ihrem Ursprung, dann südlich bis an den Rhein bei Waldshut, so daß Baiern in Gestalt eines Hufeisens die würtembergischen und badischen Lande umschließen würde.

. . . . „Für Baden endlich ist der Strich Landes zwischen dem Rhein und dem Schwarzwald von Ketsch bis Waldshut also assigniret, daß es das Hanau-

---

[1] Vergl. Nr. 67. — Ueber die Rolle, die Mathieu bei den Entschädigungsverhandlungen spielt, s. v. Gagern, Mein Antheil an der Politik, I, 110 ff.

[2] Vergl. über das Project A. Beer, Arch. f. öst. Gesch., 52, 483.

Lichtenbergische, die Herrschaften Lahr und Geroldseck, die Ortenau, das gesammte Breisgau, den auf der rechten Seite des Rheins gelegenen Theil der Waldstädte und den diesseits der Kraich gelegenen Theil des Oberamts Bretten als Eigenthum, über den auf der rechten Seite des Rheins gelegenen Theil der Bisthümer Basel, Straßburg und Speier hingegen, sodann über die Grafschaft Bonndorf, das Johannitermeisterthum Heitersheim, die drei Reichsstädte Offenburg, Gengenbach und Zell am Harmersbach und die ortenauische Reichsritterschaft die Landeshoheit bekommen solle.

Als mißliebige Zulage zu diesen Entschädigungen ist es aber auch darauf abgesehen, den altweltfürstlichen Häusern, die am meisten favorisirt werden, die Verbindlichkeit aufzulegen, die Indemnisation der geringeren, durch die Cession des linken Rheinufers verlierenden Stände zu übernehmen. .... In Ansehung des badischen Hauses .... ging zwar ein schon vor mehreren Monaten gemachter Plan dahin, mit der Einverleibung des Breisgau's die Verbindlichkeit der Entschädigung der fürstlichen und gräflich Leiningischen und Salmischen Häuser und der gräflich Leyenschen Familie zu verbinden; es ist aber solches in dem dermaligen Plan dahin abgeändert worden, daß Baden dafür die ortenauische und elsässische Ritterschaft für ihren Verlust entschädigen solle. Die große, alles entscheidende Frage geht also dahin, in wie ferne dieses onus mit dem für uns auserserhenen commodo in Verhältniß stehe.

Dabei handle es sich zunächst wieder um die Frage, wieviel man als Entschädigung für die linksrheinischen Verluste den andern altweltfürstlichen Häusern gegenüber ansehen müsse.

Reitzenstein meint, „es dörfte wol für Ausgleichung des diesseitigen, jenseitsrheinischen Verlusts alleräußerstens das im Separatfrieden Versprochene zu rechnen sein. Der einzige diesfallsige Maßstab bleibt, da von den diesseits rheinischen Entschädigungsobjectis die Revenuen nicht genau bekannt sind, die Population. Nun beträgt die Bevölkerung der badischen Lande auf dem linken Rheinufer, exclusive Rodenmachern und Hespringen, nach einer genauen Berechnung nicht mehr als 29176 Einwohner, daher der ganze Populationsverlust mit Hinzurechnung der Luxemburgischen Herrschaften, von welchen keine Volkszählung existiret, sich höchstens auf 36000 Menschen belaufen mag. Rechnet man dagegen, daß blos das Bisthum Speier mit Hinzurechnung der domkapitularischen- und Stift Odenheimischen Besitzungen eine Population von wenigstens $\frac{42-43}{\text{m.}}$ Seelen hat[1], so wird man sich leicht überzeugen, das solches mit Hinzurechnung des Oberamts Schliengen, Amts Ettenheim und Bisthums Konstanz und der Lichtenberg-, Lahr- und Geroldseckischen Lande nahezu das Doppelte des diesseitigen Verlusts beträgt. ....

[1] Diese Angabe ist entschieden zu hoch gegriffen; nach einer handschriftlichen Zusammenstellung vom J. 1805 belief sich die Bevölkerung der rechts-rheinischen Orte, die ehemals zum Bisthum und Domcapitel Speier und Stift Odenheim gehörten, auf 36065 Seelen.

Ueber die weitere Vorfrage, welche Ausdehnung man den Worten: Entschädigung der ortenauischen und elsässischen Ritterschaft zu geben gesonnen sei, hat Unterzogener blos so viel mit einem flüchtigen Blick in den Plan, in dem jedoch alle Angaben übertrieben calculirt zu sein scheinen, sehen können, daß es in solchen als ein oneröses Object von dem Werth von 110000 Unterthanen aufgeführet ist. Da nun der Verlust der Reichsritterschaft gewiß nicht auf den 5ten Theil evaluirt werden kann, so muß man annehmen, entweder daß, wie Unterzogenem von der besten Quelle versichert worden, das onus hauptsächlich deswegen als so groß dargestellet worden seie, damit die Cession des ganzen Breisgau's an Baden, die ohnehin viel Geschrei erregen würde, desto weniger Widerspruch von Seiten der andern lädirten Reichsstände erleide, oder daß die Absicht der französischen Regierung seie, die ganze elsässische Ritterschaft von ihren Gütern zu depossediren und auf das rechte Rheinufer zu transportiren, in welch' letzterem Fall jedoch durch zweckmäßige Unterhandlung und darbietende handgreifliche Gründe eine sehr beträchtliche Verminderung des oneris um so mehr zu hoffen ist, je weniger sich ein vernünftiger Grund zu der Verschiedenheit des Looses denken läßt, das sonach der elsässischen Ritterschaft im Vergleich gegen alle übrigen Adligen im übrigen Frankreich . . . . bestimmt wäre, und um so stärkere Gründe sich daher angeben lassen, die zumuthende Entschädigung nur auf diejenigen Mitglieder der elsässischen Ritterschaft, die wegen der Besitzungen, die sie zugleich auf dem rechten Rheinufer haben, sich als Reichsangehörige zu betrachten befugt sind, zu restringiren, in welchem Fall das diesfallsige onus wol ganz erträglich ausfallen dörfte. . . . .

Man müsse indeß, meint Reitzenstein, auf alles gefaßt sein und sich daher genauen Aufschluß darüber verschaffen, ob die reinen Einkünfte der dem geheimen Vertrage von 1796 neu zugefügten Entschädigungsobjecte, d. h. Bretten, Oberkirch, Ortenau und Breisgau, die gedachten Lasten aufwiegen würden.

Es bleibe freilich noch die Säcularisation der mittelbaren Stifter im Breisgau als Ausweg übrig, aber man müsse demgegenüber bedenken, daß die Aufhebung derselben bei den künftigen dortigen Unterthanen allzuviel Unwillen erregen dürfte und ein großer Theil der Einkünfte dieser Stifter wiederum ad pias causas und zwar zur Förderung der Lehr- und Erziehungsinstitute, vor allem der Universität Freiburg verwendet werden müsse.

Gelinge es, die Verhandlungen dahin zu leiten, daß die zugemutheten Lasten und Verpflichtungen die reellen Vortheile nicht übersteigen, so sei der politische Gewinn, der in der Erwerbung eines ununterbrochenen Landesstriches von Ketsch bis Waldshut bestehe, ein unermeßlicher. Andernfalls frage es sich, ob man diesem letztern zu lieb ein Opfer bringen oder aber sich lediglich an den Inhalt des geh. Vertrags halten und nur eine geringe Zugabe, etwa Oberkirch, fordern wolle.

Alles hänge indeß in erster Linie, wie erwähnt, davon ab, ob Österreich mit Gewalt oder auf gütlichem Wege zum Verzicht auf seine schwäbischen Besitzungen und den Breisgau gebracht werden könne. Obgleich dies in der That fraglich, möge man das Ganze doch ja nicht für einen leeren Traum ansehen. Reitzenstein selbst habe den Plan im Manuscript gesehen und wisse zuverlässig, daß er von Talleyrand approbirt worden sei. Am 28. d. M. sollte eine für Josef Bonaparte bestimmte Abschrift fertig werden, die zu dem Project erforderliche Karte war aber noch nicht ausgearbeitet.

Was nun die Schattenseiten des Plans betreffe, so werde man einen Hauptmangel darin finden, daß Baden über die geistlichen Stifter nur die Landeshoheit erhalten und mithin eine eigentliche Säcularisation, wie man glauben könnte, gar nicht stattfinden solle. Allein das Departement der auswärtigen Angelegenheiten habe diese Bestimmung nur getroffen, um den ersten Consul bei seiner präsumirten Vorliebe für die kathol. Religion nicht durch die Idee einer gänzlichen Vernichtung der Bisthümer von der Ausführung des Planes überhaupt abzuschrecken (sic!), es setze aber voraus, daß, da für die künftigen Landesherren „das illimitirteste ius circa sacra" bestimmt werden solle, die völlige Incorporation der geistlichen Lande von selbst erfolgen werde.

Trotz dieser Versicherung müsse man indeß darauf bestehen, daß letzteres, d. h. die völlige Einverleibung, ausdrücklich garantirt werde. Zu tadeln sei ferner, daß die neuen Grenzen, namentlich gegen Osten, viel zu ungenau angegeben seien und einer bestimmteren Fassung bedürften.

Endlich seien, wie bereits bemerkt, die Zahlen der Bevölkerung überall viel zu hoch gegriffen. Man habe die Einwohnerzahl sämmtlicher badischer Lande vor dem Kriege auf 274000 Seelen, also mindestens um 70000 zu viel, angegeben. Ebenso seien die Ortenau auf 24000 und der Breisgau auf 173000 Seelen taxirt worden, während nach genaueren Nachrichten erstere nur 16120 und letzterer 137347 Einwohner zu zählen scheine. So sei es freilich leicht gewesen, den zukünftigen Bestand der badischen Lande auf 509000 Unterthanen zu schätzen, mithin einen Gewinn von 125000 Seelen zu berechnen.

Als Resultat des bisherigen unterthänigsten Vortrags möchte sich wol von selbst darlegen, daß die wichtigsten Gegenstände der diesseitigen Bemühungen und Unterhandlungen folgende sein werden:

1. Die Execution eines so vortheilhaften Planes aus allen Kräften zu befördern und zu betreiben.

2. Die genaue Bestimmung der östlichen Grenze der künftig badischen Lande insofern zu sollicitiren, daß darunter die Grafschaft Bonndorf, der schon gedachte Theil des Oberamts Bretten und womöglich die Landeshoheit über die Herrschaft Hausen exprimirt werde[1].

3. Es nicht bei der bloßen Territorialsubjection der Bisthümer zu belassen, sondern die vorauszusehenden desfallsigen Bemühungen der übrigen altweltfürstlichen Häuser mit aller Kraft zu unterstützen.

4. Gleichfalls darauf zu bringen, daß die Befugniß zu Einziehung der Stifter und Klöster, soweit sie von der Landesherrschaft selbsten für unentbehrlich gehalten werden, sowie überhaupt aller geistlichen Gefälle so genau exprimirt werde, daß keine desfallsige Chikanen der Reichsgerichte . . . . zu befürchten sein mögen.

5. Mit dem französischen Gouvernement dahin zu negociiren, daß das Entschädigungsonus der elsässischen Ritterschaft in möglichst enge Grenzen eingeschränkt werde. Da dieses ein Gegenstand ist, der soferne die Indemnisation über die Mitglieder der Reichsritterschaft extendirt werden sollte, das deutsche

---

[1] Dies war im Plane nicht ausdrücklich bemerkt, aber mündlicher Aeußerung zufolge als selbstverständlich bewilligt worden.

Reich gar nichts angeht, sondern lediglich das französische Privatinteresse betrifft, so qualificirt sich solcher um so mehr zu einer blos privativen Negociation, bei welcher, um zu reussiren, sehr beträchtliche Präsente an baarem Geld durchaus nicht zu sparen sein werden.

6. Die Befugniß, mit Benachbarten, zumal Würtemberg und Pfalz, wechselseitig konvenable Tauschverträge zu machen, wird sich von selbst verstehen und ist hiebei Folgendes zu bemerken:

a) daß Kurpfalz für den Abtritt des Dorfs Dettenheim und der Oberamt Brettenschen Orte Bretten, Heidelsheim, Weingarten, Ringelsheim[1], Diedelsheim, Gölshausen und etwa noch Zaisenhausen unfehlbar den Abtritt der speierischen Appertinenzorte Waibstadt, Brombach, Halb-Neckarsteinach, Ketsch, vielleicht auch der bei Eppingen liegenden Stift-Odenheimischen Orte Rohrbach und Landshausen begehren werde;

b) daß die speiersche Herrschaft Neuhausen mitten im Würtembergischen, desgleichen die für Würtemberg ebenfalls fast unentbehrlichen breisgauischen Städte Villingen und Bräunlingen vielleicht sehr gute Gelegenheit darbieten dörften, einige der würtembergischen vom Badischen enclavirten Orte, vorzüglich Unteröwisheim, Gochsheim, Grünenwettersbach ꝛc. einzutauschen;

c) endlich daß die Abtretung der für Fürstenberg so gut gelegenen Herrschaft Bonndorf dem badischen Hause, wenigstens den unteren Theil der Herrschaft Hausen würde eintragen können[2].

Ist auch viel von alle diesem nur *pium desiderium*, so ist doch die Sache viel zu wichtig, um nicht reife Ueberlegung und die Bitte um genaue, präcise Instruction zu verdienen.

---

70. Talleyrand an Moreau.

Paris, 13 Germinal an 9 (3. April 1801).

[Erkenntlichkeit Frankreichs gegen Baden.]

Général! J'ai reçu . . . . la lettre que vous m'avez écrite en faveur du Margrave de Bade.

Les dispositions de reconnaissance du Gouvernement Français sont toujours les mêmes à l'égard de ce prince. Le Premier Consul sait avec quelle fermété il s'est tenu dans le parti de la neutralité, et il se prêtera autant que possible à favoriser les prétentions de sa maison. Je vous salue.

---

[1] Soll heißen Rinklingen!

[2] Eine Note, welche sämmtliche hier angeführten Desiderien zusammenfaßt, d. d. 18. April (28 Germinal), liegt abschriftlich bei den Acten; ob Reitzenstein dieselbe indeß in Paris überreicht, ist zweifelhaft; im Pariser Archive findet sie sich wenigstens nicht.

71. Edelsheim an Karl Friedrich.

Paris, 7. April 1801.

[Die geheime Note vom 31. März. Geheimhaltung auch gegen Prinz Ludwig. Weitere Reclamationen zu widerrathen.]

Uebersendet durch den Courier Helbing «un précis très important et on ne peut pas plus secret»[1], von Reitzenstein verfaßt, empfiehlt dringend Geheimhaltung desselben, auch gegen den Prinzen Ludwig: «non pas que je mette le moins du monde sa discrétion envers V. A. en doute, mais parce qu'en prenant fort à coeur ce qui pourra le concerner personnellement dans ce nouvel arrangement, il lui serait absolument impossible de cacher entièrement à d'autres l'impression désagréable que lui ferait cette découverte.

Je dois donc en conscience insister très respectueusement qu'Elle daigne ne se faire lire ce précis qu'à porte close par le conseiller privé Meier, après le lui avoir confié préalablement, afin qu'il puisse le parcourir en secret avec tout au plus deux de ses collègues.»

Ob der Erste Consul den Plan in der vom auswärtigen Amte vorgeschlagenen Fassung acceptiren wird, ist noch ungewiß.

V. A. S. n'aura pas de peine à y remarquer que les indemnités qui lui sont destinées d'après ces dispositions vaudraient plus du double de ce qui était stipulé par le traité secret. Il serait après ceci assez superflu de vouloir démontrer l'impossibilité de chercher à entraver les résultats de ce plan par des réclamations tout à fait inutiles en ce moment et peut-être fort malavisées en faveur de Messeigneurs les Princes cadets ou des Comtes de Hochberg.

Je rendrai compte dans une dépêche particulière que je joindrai également ici du résumé de deux entretiens assez intéressants que j'ai eus nouvellement avec le Mis de Lucchesini. . . .

72. Edelsheim an Karl Friedrich.

Paris, 8. April 1801.

[Unterredung mit Lucchesini. Mittheilungen über die russische und österreichische Politik in der Entschädigungsfrage; Rath, die preuß. Protection neuerdings nachzusuchen. Zurückhaltung Reitzensteins. Kolytchew.]

Edelsheim hat durch Lucchesini ein Antwortschreiben des Grafen Haugwitz vom 17. März erhalten[2]; aus der Unterredung, die er bei dem Anlaß mit dem preußischen Gesandten gehabt, theilt er die wichtigsten Punkte mit.

Rußland sei mit der Entschädigung des Großherzogs von Toskana in Deutschland nicht einverstanden, leiste aber keinen Widerstand, bei der Vertheilung der übrigen Entschädigungsobjecte wünsche es die strengste Gerechtigkeit gewahrt zu sehen: «de façon que S. M. J. ne prétendrait nullement à cet égard une disproportion en faveur de ses protégés et peut-être au détriment des autres Princes lésés».

Graf Cobenzl habe nach Kolytchews[3] Ankunft diesen und Lucchesini für eine geheime Verständigung zu gewinnen gesucht «pour régler entre les trois cours, à l'exclusion de

[1] Die „geheime Note" vom 31. März.

[2] Vgl. oben S. 4 ff.

[3] Der russische Vicekanzler Graf Kolytchew, den Paul I. behufs friedlicher Verständigung mit Frankreich nach Paris entsandt.

la France, l'objet des indemnisations dans l'Empire, mais le Mis de Lucchesini se doutant bien que ce ne serait peut-être qu'un stratagème qui ne devrait servir ensuite qu'à inspirer au gouvernement français de la méfiance contre l'intervention des deux cours du Nord relativement aux arrangements définitifs de la pacification, a entièrement déjoué cette tentative».

Relativement au plan général de Bonaparte ou plutôt du ministre des relations extérieures et de ses faiseurs pour l'arrangement définitif en Allemagne, le Mis de Lucchesini paraît savoir aussi qu'il sera vraisemblablement question, d'établir dorénavant des masses plus considérables sous certains princes de maisons héréditaires, auxquels les autres, moins puissants, seraient incorporés et subordonnés en raison de leur position locale.

Il pense — ou du moins il témoigne — que dans cet arrangement la maison de Bade, pour laquelle on lui avait marqué dans toutes les occasions, où il était question des intérêts de V. A. S., les dispositions les mieux prononcées, serait très favorablement avantagée. Cette assertion m'a paru d'autant plus vraie que les expressions de Talleyrand que le Mis Lucchesini m'a rapportées à ce sujet sont littéralement conformes à celles que j'ai eu l'honneur de rapporter dans une de mes premières dépêches et que je tenais alors immédiatement du ministre des relations extérieures. . . . .

Il ne met pas non plus en doute une sorte de prédilection, dont on soupçonne toujours le Premier Consul pour l'Autriche, mais il pense qu'elle ne servira qu'à l'aigrir davantage contre elle, lorsqu'il se sera convaincu entièrement des erreurs très préjudiciables aux intérêts de la France, auxquelles ce sentiment l'a déjà souvent entraîné.

En m'insinuant qu'il était à supposer que la cour de Berlin expédierait vraisemblablement incessamment à Petersbourg un plan relativement aux indemnisations qui contiendrait les principaux désirs de tous ceux qui auraient recherché l'appui de S. M. Prussienne (et dont on suppose le Mis Lucchesini d'être lui-même l'auteur) il me témoigna, qu'il serait peut-être utile qu'on se pressât aussi de la part de V. A. S. de faire parvenir au Cte Haugwitz les objets qu'Elle pourrait désirer, afin que Ses réclamations ne fussent pas traversées peut-être par les demandes de quelqu'autres (sic!) prétendants. Mais des considérations fort essentielles me déterminèrent à observer la plus grande circonspection à cet égard envers lui, en me rabattant sur le regret que les démarches qu'on pourrait faire de notre part à ce sujet seraient sans doute beaucoup trop tardives, puisque l'expédition du susdit plan serait déjà faite de Berlin, avant que les ouvertures de V. A. pourraient y parvenir[1].

---

[1] In Wahrheit war der preußische Entschädigungsplan schon Anfangs März in Petersburg vorgelegt worden. Vgl. Bailleu, a. a. O. II, 34 Anm. 2.

Parmi les raisons qui me paraissent devoir nous prescrire cette réserve actuellement encore envers la cour de Berlin, je ne puis pas déguiser qu'il avait échappé au M[is] Lucchesini dans la suite de notre conversation, mais déjà avant l'ouverture que je viens de rapporter, des réflexions assez marquantes sur les modifications naturelles de l'intérêt de la Prusse pour le nord ou le midi de l'Allemagne — et choses semblables.

Il en résulte en dernière analyse que la cour de Berlin ne s'intéresse principalement que pour le Prince d'Orange et les maisons de Nassau, pour celles de Hesse et par égard pour la Russie encore pour le Duc de Wurtemberg. Le M[is] de Lucchesini assure néanmoins que le Roi prendrait indubitablement aussi fort à coeur les dédommagements dûs à la maison de Bade et que lui (M[is] de Lucchesini) en avait toujours parlé sur ce pied au gouvernement d'ici etc.

. . . Je n'ai pas négligé de faire en son temps aussi bien auprès du C[te] Cobenzl que de l'envoyé de Russie les démarches et insinuations convenables que V. A. S. m'avait recommandées à mon départ de Carlsruhe. L'un et l'autre y ont répondu obligeamment et M[r] de Kolytchew m'ayant particulièrement témoigné que V. A. S. devrait écrire directement à l'Empereur de Russie pour lui demander son appui, je ne lui ai pas laissé ignorer que depuis Elle avait effectué cette démarche et que le C[te] de Haugwitz venait de me marquer que le M[is] de Lucchesini avait l'ordre du Roi de s'employer en toute manière en faveur de nos intérêts. . . .

---

73. Gutachten der Geh. Räthe Meier und Brauer[1].

o. D. (Anfang April 1801.)

[Gutachten über Reitzensteins Note vom 31. März. Abwägung der aus dem Entschädigungsplan resultirenden Vortheile und Lasten. Mangel an statistischem Material für den Breisgau, dessen Erwerbung aus politischen Gründen geboten.]

Man habe wol nie daran gezweifelt, daß die in dem Vertrage von 1796 versprochenen Entschädigungen an sich in jeder Hinsicht einen mehr als vollständigen Ersatz gewähren würden, wenngleich sie mit der ebenso unvermeidlichen als billigen temporären Verpflichtung belastet würden, den lebenslänglichen, standesgemäßen Unterhalt der Bischöfe zu bestreiten. Man habe dabei vorausgesetzt, daß diese Last nach billigen Grundsätzen geregelt werde, und die Nothwendigkeit, einen Territorialbischof zu bestellen, wol bedacht, auf die Fortdauer der Domcapitel aber nicht gerechnet.

Wenn aber Bischöfe und Domcapitel bestehen bleiben und ihre Territorien nur unter badische Landeshoheit kommen sollten, so erleibe die projectirte Entschädigung eine empfindliche Einbuße. Der neue Plan nehme Konstanz und Salmansweiler zurück, gebe Bretten und Oberkirch als Surrogat und belaste die weiterhin zugefügte Ortenau und den Breisgau mit der Entschädigung der Ritterschaft im Elsaß und der Ortenau.

Es frage sich daher, in welchem Verhältnisse Last und Nutzen hier stehen.

---

[1] Redigirt von Meier; mitunterzeichnet von Brauer.

Wie Geh. Rath Meier in Erfahrung gebracht, wurde die Ortenau „vor dem badischen Anfall“ auf circa 20000 fl. Einkünfte geschätzt. Oberkirch trage außer den Forstrevenuen und Naturalabgaben 19803 fl. an Geld, Ettenheim 6813 fl., — alles nach Abzug der Besoldungen.

Bretten, Heidelsheim, Gölshausen, Rinklingen, Diedelsheim und Weingarten habe man i. J. 1767 auf 27143 fl. Einkommen taxirt.

Die Einkünfte des Breisgau's dagegen seien unbekannt, auch wisse man kein Mittel, sie zu erfahren; schon der verstorbene Geh. Rath Reinhard habe sich vergeblich bemüht, darüber Aufschluß zu erhalten.

Diese wenigen Angaben würden kaum zu einer zuverlässigen Beantwortung der Frage nach der Höhe der Lasten und des reinen Ertrages der Entschädigungsobjecte ausreichen, trotzdem glaube man, das Breisgau werde nicht unerhebliche Einkünfte liefern, und erachte selbst für den Fall, daß die auf demselben ruhenden Lasten den Reinertrag gänzlich absorbiren würden, den politischen Vortheil, welchen die Acquisition des Breisgau's gewähre, doch für zu bedeutend, als daß der Verzicht darauf zu verantworten wäre. Man möge daher Reitzenstein auf seine Hauptfrage dahin bescheiden, daß in keinem Falle die Erwerbung des Breisgau's aufgegeben werden dürfe, vorausgesetzt, daß die Lasten den Reinertrag nicht in allzubeschwerlicher Weise überschreiten sollten.

Die übrigen Anträge Reitzensteins zeugen von seiner Vorsicht und seien den diesseitigen Absichten gemäß.

74. Edelsheim an Karl Friedrich.

Paris, 12. April 1801.

[Der französische Entschädigungsplan. Cobenzl und Josef Bonaparte. Lucchesini's Entschädigungsproject Baden ungünstig.]

Klagen über mangelndes Entgegenkommen beim Durchmarsch französischer Truppen durch Baden.

|: Au reste il nous a été confirmé aujourd'hui de bonne part que les principes infiniment favorables dont V. A. S. a été informée depuis peu relativement aux dédommagements qu'on Lui destine sont si solidement fondés qu'il paraissent même déjà approuvés maintenant, en partie du moins du 1er Consul, et que s'il y avait peut-être encore moyen d'écarter de l'Empire Germanique l'indemnisation pour le Grand Duc de Toscane, qu'alors le lot de V. A. S. deviendra peut-être encore un peu plus considérable. On nous a assuré aussi que les propositions et demandes du Cte de Cobenzl sont devenues si exorbitantes par la facilité peut-être qu'il a rencontrée auprès de son hôte à Morfontaine[1] à seconder ses vues, que le 1er Consul en a été choqué et que cela n'a pas peu contribué à raffermir le crédit de Talleyrand. . . .

Von einem Ministerwechsel, einer Ersetzung Talleyrands durch Josef Bonaparte, ist nicht mehr die Rede.

Quant au plan du Mis de Lucchesini relativement aux indemnisations, il nous est revenu, et on a même prétendu avoir à cet égard une conviction certaine, que les maisons de Bade et de Darmstadt y sont si mal

[1] Landsitz Josef Bonaparte's, bei dem der österreichische Minister zu Besuche weilte.

lotées (sic!) que — pour me servir de la propre expression de la personne intéressée qui nous a fait cette confidence — on recommanderait mieux un domestique. . . . :|

75. Edelsheim an Karl Friedrich.

Paris, 13. April 1801.

[Tod Kaiser Pauls. Rückkehr Edelsheims nach Karlsruhe.]

Der außerordentliche russische Gesandte, Graf Kolytchew, theilt dem Minister nach einer Audienz bei Talleyrand mit, daß Kaiser Paul am 25. März in Folge eines Schlaganfalles («d'un coup d'apoplexie») verstorben sei; zweifellos werde dem badischen Hofe die wichtige Nachricht schon durch Depesche übermittelt sein. Angesichts dieser Wendung der Dinge gedenkt Edelsheim nach der Abschiedsaudienz bei Bonaparte sofort nach Karlsruhe zurückzukehren, um dort noch vor der Abreise des Oberstkammerherrn von Geusau, den man jedenfalls nach Petersburg abordnen werde, einzutreffen[1].

76. Edelsheim an Karl Friedrich.

Paris, 16. April 1801.

[Eindruck der Petersburger Nachricht in Paris. Empfiehlt Groos als Secretär für Geusau. Warnungen.]

|: L'événement de la Russie fait ici une d'autant plus forte impression que les circonstances en paraissent assez suspectes et qu'il renverse peut-être de vastes plans que le génie toujours agissant de Bonaparte pourrait s'être flatté gratuitement d'exécuter à l'aide de l'Empereur Paul[2].

Geusau brauche bei seiner Petersburger Reise unbedingt einen geschäftsgewandten, in jeder Hinsicht zuverlässigen Secretär, wozu der Assessor Groos sich vorzüglich eigne. «Il faut surtout dans les circonstances présentes ne se servir que de subalternes dont on soit bien sûr qu'ils n'aient aucune attache ou connexion ni individuelle ni collective qui puisse exposer et compromettre sous aucun rapport les secrets qui parviennent à leur connaissance.» Jede Indiscretion könne verderblich werden, «si elles pouvaient peut-être servir indirectement d'aliment à une secte dont les statuts et vastes desseins me sont assez précisément connus[3]. Je suis forcé par devoir et en conscience de rappeler très instamment ces considérations à V. A. S.» :|

77. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 8./10. Mai 1801.

[Mißstimmung in Paris gegen Kolytchew, daher Zurückhaltung geboten. Ein Bruch zwischen Frankreich und Rußland für Baden bedenklich. Vermählungsprojecte der Prinzessin Marie: gegen eine Verbindung mit Würtemberg oder Darmstadt.]

|: Man ist in Paris mit dem Auftreten des russischen Gesandten Kolytchew, der aus seiner Abneigung gegen Frankreich kein Hehl mache, unzufrieden; Duroc ist durch Courier

[1] Seine Ankunft in Karlsruhe erfolgt am 27. April.

[2] Vergl. Bailleu, a. a. O. II, 38.

[3] Vermuthlich Anspielung auf die Clique St. Géniés.

angewiesen worden, über den unhöflichen Ton, den er in seinen Noten anschlage[1], in Petersburg Beschwerde zu führen.

... C'est aussi par cette raison que je tâcherai d'être vis-à-vis de lui aussi réservé que possible, quoique dans un assez long entretien que j'eus dernièrement avec lui il m'ait engagé à lui communiquer en détail ce que nous désirions dans l'affaire des indemnités, en me promettant qu'il en écrivait à Pétersbourg, parcequ'il se croyait autorisé de s'employer en notre faveur avant même d'avoir reçu à ce sujet des ordres formels de son gouvernement. J'aurai d'autant plus soin de marcher avec lui bride en main, que je n'ai eu nullement de la peine à m'apercevoir qu'il nous croyait amplement dédommagés par quelques misérables petits territoires ecclésiastiques et que notamment il n'avait pas la moindre disposition de favoriser nos vues sur le Brisgau qu'il destine de bon coeur au Duc de Modène. . . .

P. S. (10. Mai 1801).

Je suis singulièrement étonné qu'on se sent déjà de la répugnance pour le mariage avec le Pce de Brunswic[2]. Non seulement il me paraît tant soit peu malhonnête de rompre une alliance sortable qui avait déjà été en quelque sorte agréée, mais je crois aussi qu'il y a très peu de politique à manifester ainsi une vanité déplacée. — Notre alliance actuelle avec la Russie nous peut devenir très dangereuse, si le parti anglais dût décidément gagner le dessus à Pétersbourg et si Duroc surtout, qui doit préparer les voies à un autre, n'est pas heureux dans sa mission. . . . Déjà Mr de Dreyer[3] m'a prévenu que jusqu'ici le gouvernement français avait montré beaucoup de modération à l'égard des événements de la Russie, mais que si le nouvel Empereur adoptât le système qu'on lui suppose peut-être à tort, je devrais me préparer à toute sorte d'attaques et de démonstrations d'animosité. Ceci soit dit pour l'instruction de Mr de Geusau. . . .

Je mets mon esprit à la torture pour deviner qui peut être l'époux plus auguste qu'on destine à Me la Princesse Marie. Serait-ce le Prince héréditaire de Wurtemberg ou, si j'ai bien expliqué quelques propos de Mr de Pappenheim, celui de Darmstadt? Chacune de ces deux maisons voudra renouer ses anciennes liaisons avec la Russie ou en contracter de nouvelles. Nous devrions cependant nous dire que dans chacun de ces cas nous nous fouetterions nous-mêmes, parceque ce sont justement ces deux maisons qui vont sur nos brisées dans l'affaire des indemnités, et que ce serait

[1] S. den Notenwechsel mit Talleyrand bei Tratchevsky, a. a. O. I., 138 ff.

[2] Man hatte in Karlsruhe seit einiger Zeit eine Verlobung der Prinzessin Marie, zweitjüngsten Tochter des Erbprinzen, mit dem Prinzen Friedrich Wilhelm von Braunschweig-Wolfenbüttel geplant. Vgl. P. Zimmermann, Marie, Herzogin zu Braunschweig. S. 3 ff.; 7 ff.

[3] Dänischer Geschäftsträger in Paris.

par conséquent le comble de mauvaise politique de les aider contre nos propres intérêts. La vanité est plus grande traîtresse encore que l'indiscrétion. . . . :|

78. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 13. Mai 1801.

[Reichsgutachten vom 30. April. Mission Geusau's nach Petersburg; eine rasche Entscheidung im Hinblick auf dieselbe nicht wünschenswerth.]

|: Reitzenstein erörtert mit Rücksicht auf das letzte Reichsgutachten[1] die verschiedenen Wege, welche Oesterreich demgegenüber einschlagen könnte, und gelangt zu dem Resultate, daß eine rasche Entscheidung der Dinge durchaus nicht wünschenswerth sei.

. . . Je pense au contraire que nous ne pouvons que gagner au retard, en considérant surtout que ce retard est indispensable, si nous voulons que le nouvel Empereur de Russie ait le temps nécessaire pour étudier les affaires de l'Europe et y prendre part d'une manière assez efficace et surtout assez *tempestivement,* pour que son intervention puisse nous être utile. Autrement les négociations de Mr de Geusau viendront trop tard, au lieu que, si la conclusion traîne en longueur, le voyage même de Mme la Princesse peut encore être mis à profit, si l'on sait s'y prendre comme il faut. Je suis charmé qu'un homme du caractère de Mr de Geusau y soit, parcequ'il ne manque pas de l'esprit du monde et de conduite nécessaire pour faire écouter ses avis à tout le cortège et donner des conseils salutaires et capables de concilier à notre cour l'estime et l'amitié des ministres par la sobriété, l'affabilité et la politesse aussi nécessaire que convenable sous tous les rapports. Il me paraît si essentiel d'être bien dans l'esprit des personnes influentes et de ne pas les effaroucher par des hauteurs déplacées que j'ose proposer à V. Exc. d'en faire le sujet d'une lettre confidentielle à Mr de Geusau. Tout dépendra de la bonne opinion qu'on prendra et des premières impressions qui s'effacent rarement. . . . :|

In doppelter Ausfertigung, praes. 14. bezw. 30. Juni.

79. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 19. Mai 1801.

[Zur allgemeinen Lage. Das braunschweigische Vermählungsproject. Bedenken dagegen.]

|: Edelsheim theilt die Anschauungen Reitzensteins über die Unsicherheit der Lage in Rußland. Eine Spannung zwischen dem Petersburger und dem Wiener Hofe sei vorhanden.

. . . Mais cette disharmonie ne cimentera peut-être que d'avantage une étroite liaison entre les gouvernements français et autrichien, et les princes de l'Empire finiront, comme Vous l'avez déjà pressenti, par être le sacrifice d'une telle alliance. . . .

[1] Vom 30. April. S. oben Nr. 11.

Quant aux projets de mariage pour Me la Princesse Marie, il n'avaient pas encore été fort avancés et ne sont pas non plus encore entièrement rejetés, quoiqu'il soit cependant hors doute que le Prince a trois frères qui selon l'ordre naturel doivent succéder avant lui à la régence et que par dessus cela son caractère moral ne jouit pas d'une trop bonne réputation. Vous avez deviné fort juste les deux princes héréditaires qu'on a eus en vue longtemps, avant qu'il fût question de ce nouveau prétendant. . . . :|

Concept.

80. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 22.–26. Mai 1801[1].

[Entschädigungsplan Kaiser Pauls. Abtretung Würtembergs an Baiern. Erbitterung der Stände gegen den Herzog. Wunsch nach Vereinigung mit Baden. Bedenken.]

|: Die würtembergischen Stände haben, wie Legationsrath Abel mittheilt, von Berlin authentische Nachrichten über einen Entschädigungsplan empfangen, den Kaiser Paul dort vorgelegt.

Darnach soll Würtemberg dem Kurfürsten von Baiern zufallen, der als Äquivalent für die Abtretung Baierns an den Großherzog von Toskana das südliche Schwaben, den Breisgau und die obere Markgrafschaft erhalte, der Herzog von Würtemberg aber solle durch die Bisthümer Münster, Paderborn, Osnabrück und Hildesheim entschädigt werden[2]. Allem Anscheine nach habe der Herzog, seines Landes und seiner Unterthanen überdrüssig, selbst dem Zaren den Vorschlag gemacht und durch seinen Vertreter in Petersburg, General von Nicolai, unterstützt. Die Stände seien höchst aufgebracht darüber, daß der Herzog sein Land verhandeln wollte, zumal an einen Fürsten von fremder Religion, sie legen nun auch ihrerseits keinen Werth darauf, einen Herrn zu behalten, der von ihnen nichts wissen wollte.

. . . . C'est donc par suite de toutes ces considérations que Mr Abel, auquel par des raisons qui vont suivre l'exécution de ce plan ne paraît nullement impossible, m'a exprimé son voeu, pourque notre influence et surtout les instances verbales de Mme la Princesse héréditaire puissent déterminer l'Empereur actuel à poursuivre les vues de son père dans ce point seulement que le Duc de Wurtemberg fût établi en Westphalie, n'importe que ce fût avec 4 évêchés ou avec un seul[3], mais avec le changement capital que le Duché au lieu d'être donné à l'état de Bavière le fût à notre maître . . . .

Abel hält das Project keineswegs für aussichtslos. Oesterreich werde, um seine alten Pläne auf Baiern durchzusetzen, mit allem Eifer für den Entwurf eintreten. Der Einfluß, den Baden in Petersburg besitze, sei mächtig, und es werde nicht schwer fallen,

[1] Ein zusammenhängender Bericht, die Depeschen vom 22., 23. und 26. Mai umfassend.

[2] Vergl. Häusser, deutsche Geschichte, II., 348, Bailleu, a. a. O. II., 37, sowie den Bericht Abels vom 11. Juli 1801 bei Breede, La Souabe etc. Aus letzterem ergiebt sich zugleich, daß die Idee einer Vereinigung mit Baden nicht von den Ständen ausgeht, die, wenn irgend möglich, an ihrem Herrscherhause festzuhalten wünschen. Abel hat dieselbe, wol um für alle Fälle das Terrain zu sondiren, aus eigenem Antrieb zur Sprache gebracht.

[3] Abel meint an anderer Stelle, das Bisthum Münster werde eine genügende Entschädigung für den Herzog bilden.

ihn auszunützen. Preußen werde auch nichts gegen das Project einzuwenden haben oder doch zu schwach sein, um erfolgreichen Widerstand entgegensetzen zu können.

Für Schwaben selbst erwachse daraus ein erheblicher Vortheil, es werde künftig nur noch in zwei Ländercomplexe zerfallen, beide beträchtlich genug, ihre Unabhängigkeit und Neutralität zu behaupten. Reitzenstein dankt Abel für seine Eröffnungen, meint jedoch, «que toutes favorables que ses idées paraissent être pour la maison de Bade, elles l'étaient peut-être moins pour le pays et que je n'y voyais pas autant un agrandissement de celui-ci qu'une conquête faite par le Duché de Wurtemberg sur le bas Margraviat». Abel selbst habe dies zugestanden, «en ajoutant néanmoins qu'il fallait bien sacrifier les intérêts moindres aux plus grands et que la ville de Carlsruhe, si elle dût perdre l'avantage d'être résidence, pourrait être indemnisée d'une autre manière».

Immerhin könne man, meint Reitzenstein, das Project im Auge behalten[1] und durch Geusau mit aller Vorsicht das Terrain in Petersburg sondiren lassen, um sich zu überzeugen, «jusqu'à quel point on pourra compter sur les bonnes intentions et surtout sur l'énergie de la Russie.» :|

---

81. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 31. Mai 1801.

[Schreiben der Kaiserin Elisabeth an die Erbprinzessin. Förderung der badischen Interessen durch den Zaren.]

Der russische außerordentliche Gesandte Graf Murawjew, der in Wien die Thronbesteigung Kaiser Alexanders notificirt, hat von Berlin aus ein Schreiben der Kaiserin an ihre Mutter übersandt.

. . . Il y est dit entr'autres que l'Empereur l'avait chargée de lui marquer, en réponse à la recommandation des intérêts de la maison de Bade que ce n'était pas par partialité pour son épouse, mais par un sentiment de justice et d'affection bien fondé qu'il les appuyerait de son mieux partout où l'occasion se présenterait. . . .

Concept.

---

82. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 14 Prairial an 9 (4. Juni 1801).

[Besuch des Kurfürsten von Baiern. Complimente. Alexander I. und die Verschwörung gegen Kaiser Paul.]

L'Electeur de Bavière, que j'ai vu ici, me charge, Citoyen Ministre, de Vous remercier des bontés que Vous avez pour M. de Cetto. Il m'a dit entr'autres choses, que la bataille de Hohenlinden lui avait fait autant de plaisir qu'à nous, vu que, s'il n'eût tenu qu'aux Autrichiens, il ne serait jamais retourné à Munich.

---

[1] Noch im Herbst d. J. hat Abel darüber mit Cetto verhandelt. Bericht Lucchesini's v. 18. Sept. 1801. Berl. St.-A.

Il paraît certain, qu'Alexandre 1er était instruit de la conspiration, qu'il croyait, dit-on, avoir uniquement pour but l'abdication de son père. Hors de son lit et dans l'incertitude, il en attendit plus d'une heure le dénouement.

Paris. Archiv.

83. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 14. Juni 1801.

[Abreise der bad. Herrschaften nach Rußland. Verlobung der Prinzessin Marie mit Prinz Wilhelm von Braunschweig.]

Der Erbprinz mit Gemahlin, Prinz Karl und die Prinzessinnen Marie und Amalie sind gestern nach Petersburg abgereist; der Abschied war «véritablement triste», die Erbprinzessin schien «sensiblement affectée ... d'un prétendu pressentiment de ne plus revoir Carlsruhe». Vor der Abreise, am 12. Juni, hat noch die Verlobung der Prinzessin Marie mit dem Prinzen Friedr. Wilhelm von Braunschweig stattgefunden.

... Il en a un peu coûté à la mère de consentir à un engagement formel dans un moment si peu opportun, où elle était occupée de tant d'objets indispensables, mais les instances du Prince ont été si pressantes, et les heureuses préventions qu'il a inspirées généralement et particulièrement à l'objet de ses voeux les plus chers ont si puissamment déterminé en sa faveur que tous les scrupules se sont pour ainsi dire évanouis la veille de la séparation. . . .

Quant aux fantasmagories de certain jésuite incarné, je ne Vous en parle pas, parceque je trouve qu'on est déjà trop entouré d'illusions et de préstiges pour chercher à s'en forger davantage[1]. . . .

Concept.

84. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 25 Prairial an 9 (14. Juni 1801).

[Reise nach Stuttgart. Stellung am badischen Hofe. Anfechtungen.]

Abreise des Erbprinzen nach Petersburg; der Markgraf wird den Sommer und Herbst auf dem Lande zubringen. Massias wünscht daher für einige Zeit nach Stuttgart und Augsburg zu gehen, wo er mehr nützen könne. Prinzessin Marie hat sich verlobt, «une des meilleures et des plus jolies personnes de l'Europe».

Généralement j'ai eu à me louer de tous les Prussiens et Suédois que j'ai vus. J'ai trouvé beaucoup d'insolence et de nullité dans trois envoyés russes, qui sont venus à cette cour. Toutes les fois qu'ils ont été peu honnêtes, j'ai usé envers eux la loi du talion, et je m'en suis bien trouvé. Ils sont d'un pays où il faut donner ou recevoir des coups de bâton. Cette observation peut s'appliquer, avec des modifications, à toute l'Allemagne. Il est un moyen, qui jusqu'à présent m'a réussi, pour mettre à la raison tous ceux, qui sont nos ennemis de coeur, et pour les-

---

[1] Die Stelle bezieht sich möglicherweise auf Abels Vorschläge; s. oben Nr. 80.

quels l'existence de la République est un supplice et un scandale. Si vous nous y forcez, leur dis-je, nous vous rendrons guerre pour guerre; vous ne voulez pas de nous; nous ne voudrons pas de vous; et vous savez par l'expérience, combien la victoire nous rendrait la vengeance facile.

Ces détails peuvent donner l'idée de la situation d'un envoyé républicain chez l'étranger.

Parif. Archiv.

85. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 13.—17. Juni 1801.

[Badens Interesse an der Abtretung Würtembergs an den Kurfürsten von Baiern. Aussicht auf Erwerbung des Breisgau's und würtembergischer Gebietstheile.]

|: Das würtembergisch-bairische Tauschproject ist vor einem Monat durch den Grafen Cobenzl bei dem bayrischen Gesandten v. Cetto in Vorschlag gebracht worden[1], eine Antwort ist noch nicht erfolgt, augenscheinlich wünscht der Kurfürst darüber erst die Ansicht Rußlands und Preußens zu hören. Vielleicht habe bei dem Besuche des Kurfürsten in Karlsruhe von dem Project etwas verlautet[2]. Reitzenstein hält aus verschiedenen Gründen den Vorschlag nicht für ernst gemeint, sondern lediglich darauf berechnet, die Verhandlungen zu verwickeln, immerhin müsse man aber mit der Möglichkeit der Verwirklichung rechnen. Für Baden sei das Tauschproject keinesfalls gleichgiltig. Niemals werde man sicherlich zugeben, daß Baiern einer österreichischen Nebenlinie zufalle, ohne daß Oesterreich auf seine schwäbischen Lande verzichte. «Dans cette supposition l'état des choses reviendrait au projet connu de V. Exc. que j'ai vu chez Mathieu et qui nous est si favorable qu'il paraît qu'il est tout à fait dans les voeux de notre ministère d'en solliciter l'exécution autant que possible, quoique je n'aie pas encore reçu là-dessus un seul mot d'instruction.»

Falle Würtemberg nach dem Projecte an den Kurfürsten von Baiern, so werde der neue Landesherr auf die Integrität des Herzogthums vermuthlich nicht allzu hohen Werth legen, somit sich vielleicht ein Anlaß bieten, den linken Enzuferdistrict von dem Enzursprung bis Pforzheim, wo nicht bis zur Einmündung in den Neckar, «le plus beau et le plus riche de tout le Duché», zu erwerben und dagegen auf die mainzischen Aemter und die auf dem rechten Neckarufer gelegenen Theile der Pfalz zu verzichten. :|

86. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 22. Juni 1801.

[Rußland garantirt die Integrität Baierns.]

|: Je partage infiniment Votre opinion sur le motif des propositions du Cte Cobenzl relativement à la Bavière et sur les vues de la cour de Vienne d'embrouiller davantage par là les arrangements définitifs. L'Electeur aurait

[1] Vergl. Vreede, La Souabe etc. S. 214. Bei den weiteren Verhandlungen zwischen dem Wiener und Münchener Hofe ist von dem Projecte nicht mehr die Rede. Beer, Arch. f. öst. Gesch. 52, 496; Montgelas, Denkwürdigkeiten, 57.

[2] Kurfürst Max Josef weilte Ende Mai kurz in Karlsruhe, um seine Gemahlin, die seit Mitte des Monats sich dort aufhielt, abzuholen.

sans doute voulu consulter la Prusse et la Russie avant que de s'expliquer sur un point si important. Il n'en a parlé précisément ici, néanmoins il a assez été question entre nous de la cession d'une partie de la Bavière etc., mais l'Electeur a prétendu être certain que la cour de Petersbourg surtout ne consentirait pas à aucun démembrement de ses états[1]. :|

Concept.

---

87. Geh. Rathsprotokoll.

Karlsruhe, 6. Juli 1801.

[Hofdecret vom 26. Juni. Man wünscht durch Reitzenstein Aufklärung über Frankreichs Stellung zu demselben.]

Mit Comitialbericht vom 2. Juli ist das kaiserl. Hofdercet vom 26. Juni[2] zugegangen. Der Geh. Rath von Reitzenstein wird ersucht, sich zu erkundigen, ob demselben eine Mittheilung an, bezw. Verständigung mit der französischen Regierung vorangegangen, und wie man in Paris über die Beendigung des Friedensgeschäfts denke.

---

88. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 7. Juli 1801.

[Vergebliche Bemühungen Würtembergs in Paris. Geldopfer. Der Herzog dagegen. Abberufung Normanns.]

Baron Normann ist nach Stuttgart zurückgekehrt[3].

Toutes les peines que celui-ci s'est données pendant un séjour de six mois et toute la protection de Mr de Kolytchew ne lui ont servi absolument à rien, si bien qu'il n'a pas même pu parvenir à un commencement de négociation et que Mr Talleyrand n'a accepté de sa part ni un projet de traité, ni un mémoire quelconque relativement aux indemnités que Msgr le Duc de Wurtemberg désire et qui à la verité comprennent une très grande partie du Cercle de Souabe. Mr de Normann a cru s'apercevoir enfin que la seule manière de se frayer le chemin d'une négociation était de délier la bourse et il a mandé à son maître qu'il était d'autant plus indispensable de se soumettre à cette fâcheuse nécessité que tous les autres ministres s'y étaient également soumis, et que nommément Mr de Pappenheim avait fait sauter 900000 — *neuf cent mille* — livres pour se faire écouter. Mais Msgr le Duc, très surpris de cette proposition, ayant d'ailleurs reçu de Pétersbourg les assurances les plus précises de la protection de l'Em-

---

[1] Die Integrität Baierns ist von russischer Seite von vornherein als Basis der Verhandlungen mit Frankreich aufgestellt worden. S. Tratchevsky, Frankreich und Rußland im Zeitalter Napoleons (Titel russisch) I, 10 ff.; Du Moulin Eckart: Baiern unter dem Ministerium Montgelas. I, 370.

[2] S. Nr. 17.

[3] S. Vreede, a. a. O. 230; Roth v. Schreckenstein: Denkwürdigkeiten des Grafen v. Normann-Ehrenfels. 184 ff.

pereur Alexandre, a répondu qu'il ne saurait comprendre, comment le Landgrave de Darmstadt, dont les finances étaient notoirement très dérangées, avait pu trouver et sacrifier une somme d'argent aussi considérable, mais qu'au surplus les démarches de ce prince ne pouvaient lui servir de règle de conduite et que, l'état des choses étant tel, il aimait mieux s'adresser — pour obtenir quelques indemnités — à l'Autriche, et quil ne voulait plus avoir rien à faire avec la France. En même temps il a rappelé sa légation, dont il ne reste que Mr de Seckendorff ici pour gérer les affaires de telle manière que cela pourra se faire. . . .

89. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 9. Juli 1801.

[Graf Görtz und das Hofdecret. Man erbittet sich Reitzensteins Rath.]

|: Mittheilung des Hofdecrets vom 26. Juni.

. . . . Notre subdélégué qui, à ce qu'il dit, ne se permet pas de porter préalablement un jugement, comment ce décret pourra être exécuté ni aucune réflexion sur plusieurs passages marquants de son contenu ou sur le véritable but et les suites qui pourraient en résulter pour tout l'Empire et particulièrement pour les membres du Corps Germanique qui s'y trouveraient le plus intéressés, témoigne en attendant que, quoiqu'il se proposât de suivre bien ponctuellement les instructions que nous lui enverrions d'ici, il se trouverait rassuré bien davantage, si à cause de l'importance majeure de cet objet, on voulût le faire assister en personne par quelqu'un du ministère. . . . Il nous importe infiniment d'êtré éclairé pas Vos lumières à ce sujet et à savoir Votre sentiment sur la manière dont nous pourrions le plus convenablement nous expliquer dans cette circonstance[1]. . . . . :|

Concept.

90. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 31. Juli 1801.

[Oesterreichs Verhältniß zu Frankreich. Widerräth die Ertheilung einer unbeschränkten Vollmacht an den Kaiser. Verschleppung der Reichstagsverhandlungen wünschenswerth. Mittel und Wege. Abfälliges Urtheil über Görtz.]

|: Graf Cobenzl[2] hat den Baron von Seckendorff, der nach der Abreise des Barons von Normann die würtembergischen Geschäfte in Paris besorgt, auf Ehrenwort versichert, es sei nach dem Lüneviller Frieden kein weiteres Abkommen zwischen Oesterreich und Frankreich getroffen worden; die Beziehungen der beiden Mächte seien noch dieselben wie am Tage nach dem Friedensschlusse. Da man die geheimen Absichten des Wiener Cabinets nicht kenne, werde es am sichersten sein, meint Reitzenstein, «qu'on évite plus que toute

[1] Folgt nach Randbemerkung der Auszug aus dem Geh. Rathsprotokoll vom 6. Juli.

[2] Graf Philipp Cobenzl, der ältere Bruder des österr. Vicekanzlers Grafen Ludwig Cobenzl. — Vergl. über ihn v. Arneth, Graf Philipp Cobenzl und seine Memoiren. Archiv f. österr. Geschichte, 67, 1 ff.

autre chose qu'il soit donné à l'Empereur des pleinpouvoirs illimités pour l'arrangement de cette affaire». Ertheile man dem Kaiser unbeschränkte Vollmacht, so werde er einen doppelten Zweck erreichen, einmal die Reichsfürsten Frankreich entfremden, indem er den Beweis der Unzuverlässigkeit dieser Regierung liefere, und dann Frankreichs Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands zurückweisen und den verhaßten Artikel VII des Lüneviller Friedens beseitigen.

Pour parer donc à cet inconvénient il n'y a pas de meilleur moyen que de faire en sorte que la conclusion finale de la Diète traîne encore en longueur. Cela me paraît même sous tous les rapports d'une nécessité *visible* et *urgente*, puisque par une manière plus expéditive de procéder on risquerait de se compromettre gravement dans un moment où les grandes puissances, particulièrement l'Autriche, n'auraient pas encore développé leurs véritables intentions. . . . . Assurément il ne saurait y avoir d'expédient plus sûr pour cela que celui d'une Députation nombreuse que M[r] de Goertz mande avoir déjà été proposée. Elle remplira parfaitement le but que d'après mon opinion nous devons nécessairement avoir et il existe même assez de questions préliminaires sans la décision préalable desquelles la Diète ne pourra jamais cheminer et dont par conséquent on laissera la discussion à la Députation. Il y a même parmi ces points préliminaires quelques uns de si délicats que je ne pense pas que nous nous soucierons d'être du nombre des élus. . . . .

Die Deputation werde sich zunächst mit einem motivirten Gutachten über die allgemeinen Prinzipien zu befassen haben. «C'est dans cet esprit, que je m'occupe à l'heure qu'il est d'un très unmaßgeblichen und unvorgreiflichen projet de suffrage qui me paraît pouvoir être émis par nous à Ratisbonne.» Bis zum 10. August, hofft Reitzenstein, werde Edelsheim diesen Entwurf in Händen haben[1].

Quant à la demande de M[r] de Goertz de l'aider dans ses importants travaux, je suis à la vérité bien persuadé que ce sera une peine superflue par la raison simple que Messieurs de la Diète ne seront dans tout ceci que pour la forme; mais comme je viens d'apprendre que V. Exc. accompagnera Monseigneur dans son voyage de Munic, il ne sera toujours pas superflu de faire une petite excursion à Ratisbonne, seulement pour voir de plus prés, de quelle manière M[r] de Goertz s'y conduit, parcequ'on écrit de Berlin que sa conduite est des plus ridicules, si bien qu'on le prendrait plutôt pour l'envoyé de l'abbé d'Ochsenhausen que pour celui du Roi de Prusse et qu'on avait même déjà songé à le remplacer, ce qui aurait probablement eu lieu, si l'on n'avait pas fait la réflexion qu'il ne s'agissait de rien d'important et de sérieux dans la place qu'il occupe. :|

---

[1] Der Entwurf, den Reitzenstein ausgearbeitet, datirt vom 17. Aug. Vergl. das badische Ministerialschreiben an das Berliner Cabinet vom gleichen Tage. Oben Nr. 27.

91. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 9. August 1801.

[Geheime Zusammenkunft mit Gemmingen. Reichsdeputation. Entschiedene Unterstützung von Rußland nicht zu erwarten.]

|: Der Markgraf hatte mit großem Interesse die Depesche vom 31. Juli gelesen und erwartet dringend die versprochenen weiteren Nachrichten. Edelsheim hofft, dieselben noch vor seiner Abreise nach München, wohin er sich mit dem Markgrafen in der nächsten Woche begeben werde, zu erhalten.

. . . Je compte me ménager un rendez-vous secret sur la route avec Mr de Gemmingen, qui pourra nous apprendre bien des choses intéressantes de Vienne qu'on ne peut presque pas confier à la plume, mais dont je Vous informerai toutefois en son temps, s'il en vaut la peine.

Au reste nous ne concevons pas trop bien jusqu'à présent, comment on pourra écarter des questions préliminaires dont la députation comitiale devra s'occuper la discussion sur la masse générale des pertes et des indemnités. Toutefois on s'éclaircira bien volontiers de Vos observations et de Vos conseils à cet égard. . . . .

Quant à la protection de la Russie, il y a grande apparence qu'elle sera assez insignifiante pour tous ses protégés, l'Empereur étant trop occupé du rétablissement de son administration intérieure et surtout de ses finances pour pouvoir se déterminer à aucune déclaration vigoureuse et suffisamment soutenue en faveur d'aucun prince de l'Empire germanique[1] . . . .:|

Concept.

---

92. Reitzenstein an Meier[2].

Paris, 5. Sept. 1801.

[Die Verhandlungen am Reichstag. Scharfe Kritik des badischen Votums. Nothwendige Verständigung mit Preußen.]

|: Reitzenstein bezweifelt, daß die Reichstagsverhandlungen wesentlichen Einfluß auf den Gang der Dinge ausüben werden.

. . . . Es sollte mir aber demohngeachtet leid thun, wenn ein bei dem Geschäft so sehr interessirter Reichsstand, wie Baden, ein Votum ablegen sollte, das dem wahren Gesichtspunkt, aus dem die Sache anzusehen ist, so wenig entsprechend wäre, als dasjenige sein würde, das in dem diesseitigen Antwortschreiben nach Berlin zum voraus angedeutet worden. Ohne mindeste Vorliebe für mein Project, habe ich doch gefunden, daß es mit dem preußischen ungemeine Aehnlichkeit hat, und es wird einem jeden protestantischen Reichsstand, der sich

---

[1] In ähnlichem Sinne hatte sich Edelsheim auf Grund von Berliner Nachrichten unter Hinweis auf die Reformen im Innern, die ihrer Lösung durch den Zaren harrten, schon in einer Depesche vom 20. Juni geäußert.

[2] Edelsheim ist mit dem Markgrafen am 20. August nach München abgereist; in seiner Abwesenheit führt Geh. Rath Meier die Correspondenz mit Reitzenstein.

in dieser großen Angelegenheit mit seinem voto von dem preußischen zu sehr entfernt, sehr übel für die Zukunft aufgenommen werden. . . . .:|

---

93. Note des Geh. Raths Meier.

O. D. (Sept. 1801)[1].

[Badische Verlustsberechnungen. Scheu vor einer Liquidation. Rastadter Entschädigungsplan.]

Nach dem kurbrandenburgischen Vorschlag soll der Verlust der jenseits rheinischen Besitzungen nicht nach der Größe der Oberfläche, auch nicht nach der Inwohnerzahl, sondern nach dem reinen Ertrag nach Abzug der Administrationskosten und sonstigen Lasten berechnet und mit mehrjährigen Etats aus den Zeiten vor dem Krieg belegt werden.

Ein solcher Etat nach einem Durchschnitt von den Jahren 1789, 1790 und 1791 ist bereits vorhanden.

Darnach beläuft sich von den hiesigen Besitzungen und Gefällen jenseits Rheins, inclusive der Landskroner Rente und der Rheinzölle, der Totalertrag auf 227 826 fl., die onera auf 46 027 fl., der reine Ertrag auf 181 799 fl., wovon die Rheinzölle mit 9112 fl. wiederum abzuziehen sind, wenn sie nicht allgemein supprimiret werden.

Außerdem betragen die geistlichen Gefälle:

im Sponheimischen jährlich 16 314 fl., und geistl. Capitalien waren vorhanden 119 978 fl.

Die Prinzen Friedrich und Louis schlagen an:

1.	ihren ererbten 1/3 an der Herrschaft Kuzenhausen zu	161 791.40 fl.
2.	den in der Folge erkauften 1/3 zu	181 958.20 „
3.	die dortigen Privatgüter und Zehnten	7292.05 „
4.	die dortigen Capitalien	135 209.20 „
		486 251.25 fl.

Der Herr Geh. Rath von Reitzenstein hat angenommen die Revenuen mit Einschluß derer von Stiftern und öffentlichen Kassen ohne

Abzug der Lasten zu	294 651 fl.
die Revenuen von Kuzenhausen zu	19 189 „
	313 840 fl.

Es wäre also zu wissen nöthig, wie bei einer vorseienden Liquidation der letztere ungleich höhere Ertrag zu belegen seie?

Vorzüglich aber sollte man wissen, ob man auf irgend eine Liquidation sich einlassen müsse — die alle Vortheile des Separatfriedens vernichten würde —

[1] Die Note ist undatirt, fällt aber, wie der Zusammenhang lehrt, unzweifelhaft in diese Zeit, vergl. Nr. 94.

und ob man nicht solche dadurch umgehen könnte, daß das franz. Gouvernement, seinen vielfältigen Versicherungen getreu, sich für Baden darstellte und für dasselbe diejenige Entschädigung oder wenigstens das Aequivalent dafür verlangte, die [sic!] ihm durch den Separatfrieden versprochen worden ist.

Es ist daher äußerst daran gelegen, die baldige Gewißheit zu erlangen, wessen man sich von dem franz. Gouvernement zu versehen habe, welchen Effect es seinem Friedensvertrag geben, ob und wie es Baden vertreten wolle, und wie sich letzteres bei dem erfolgenden Aufruf zur Liquidation benehmen solle, um nicht den Verheißungen des Separatfriedens selbst zu entsagen und doch auch nicht zwischen zwei Stühlen zu sitzen.

In dem zufällig zur Hand gebrachten Indemnisationsproject der franz. Ministres zu Rastadt haben sie den badischen Verlust evaluirt auf 230000 fl. und zur Entschädigung vorgeschlagen[1]:

das Amt Schliengen, das Oberamt Oberkirch, Kloster Allerheiligen mit übrigen Dependenzen des Bisthums Straßburg, die nicht schon anderen angewiesen sind,	angeschlagen zu 80000 fl.
die Abtei Schwarzach, Frauenalb und Lichtenthal, angeschlagen zu	80000 „
das Speierische bis an die Kraich, mit Ausnahme dessen, was anderen angewiesen wird, die inländischen Besitzungen geistlicher Etablissements, deren chef-lieu jenseits Rheins ist,	60000 „
den Ort Dettenheim	10000 „
	230000 fl.

Zur Rechtfertigung dieses Vorschlags wurde bemerkt:

Constanz &c. und das Kreisausschreibeamt zu geben seie unthunlich;

Odenheim seie für Pfalz, — Ettenheim für Leyen bestimmt;

Seeligenstadt &c. seie zu entlegen;

Salmansweiler überwiege zehnfach den Verlust der Prinzen, welche ihr Herr Vater bedenken könne;

das Privilegium de non appellando zu verlangen, würde nur Contestationen erregen, und

die Tax[ischen]-Posten, als dem Fürsten bestätiget, könnten nicht aboliert werden;

die Kriegskosten[2] müsse jeder auf sich leiden.

---

[1] Vergl. Polit. Correspondenz, III, 133.

[2] Der durch den Krieg verursachte Schaden und Kostenaufwand jeder Art wird im Oct. 1801 von der markgräfl. Rentkammer für die Zeit vom April 1792 bis October 1801 auf 18529970 fl. 36 kr. berechnet.

94. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 19/20. Sept. 1801.

[Zurückweisung der Besorgnisse wegen einer Liquidation der bad. Verluste. Belege vorhanden.]

|: Beruhigt Edelsheim wegen der bezüglich einer Berichtigung des Entschädigungsgeschäfts durch eine Reichsdeputation geäußerten Besorgnisse[1]; die deutschen Angelegenheiten werden sicherlich nicht «par des voies et procédures juridiques et suivant des liquidations sollemnelles» entschieden. Eine Verlustberechnung habe er schon zur Zeit des Rastadter Congresses übersandt, wo man in Karlsruhe ähnliche Befürchtungen gehegt. Schon damals habe er versichert, «qu'il ne serait pas encore question de cette formalité[2]».

Uebrigens besitze er die erforderlichen Belege, «qui à la vérité ne font que justifier l'exagération de mes calculs, mais qu'on pourra malgré cela tourner de manière à jeter de la poudre aux yeux du grand public».

Wünsche man die Actenstücke in Karlsruhe, so werde er sie durch Courier übersenden. :|

---

95. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 22. Sept. 1801.

[Geh. Verhandlungen zwischen Baiern und Oesterreich. Sorge vor Benachtheiligung Badens.]

|: Mittheilungen über die geheimen Verhandlungen zwischen dem Wiener und Münchener Hofe wegen Abtretung eines Theils von Baiern[3].

Le résultat de tout cela pour nous est que les gros lots s'arrangent en secret, tandis que nous serons peut-être réduits à exposer nos intérêts à une députation en partie malévole, en partie insouciante, après que leurs affaires particulières auront été arrangées d'avance, à moins que le gouvernement français ne fasse du moins valoir ses bons offices pour nous procurer ce qu'il nous a stipulé. . . . :|

Concept.

---

96. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 12 Vendémiaire an 10 (4. Oct. 1801).

[Störung der freien Rheinschiffahrt. Würtembergische Händel und Frankreichs Intervention.]

M. le B^on d'Edelsheim se plaint dans une note qu'il m'adresse, que des marchandises appartenant à des bourgeois de Carlsruhe ont été arrêtées par les préposés de la douane de Spire sur un bâteau qui remontait le *Thalweg* droit du Rhin et qui avait été chargé à Francfort pour Schreck, village de Margraviat. J'en ai écrit au souspréfet de Spire et au conseiller d'état Jollivet.

En supposant la vérité des faits établis dans le mémoire des plaignants, un pareil acte est une expropriation odieuse, tendant — s'il était répété —

---

[1] In einer verloren gegangenen Depesche vom 13. Sept.

[2] Polit. Correspondenz, III, 136.

[3] S. Beer, Arch. f. öst. Gesch. 52, 469.

à alarmer l'Allemagne et à détruire l'idée de justice et de modération, qui fait la gloire et la force du gouvernement consulaire.

Trotz aller französischen Reclamation hat der Herzog von Würtemberg neue Verfolgungen gegen die Mitglieder des ständischen Rathes verhängt[1].

Paris. Archiv.

---

97. Zusatzerklärung Talleyrands zu der geheimen Convention zwischen Rußland und Frankreich vom 10. Oct. 1801[2].

Paris, 18. Vend. an 10 (10. Oct. 1801).

[Baden in der Entschädigungsfrage gleichmäßig wie Baiern und Würtemberg zu begünstigen.]

Talleyrand erklärt, daß zufolge Art. 2 der geh. Convention die Verträge von Tolentino, Lunéville und Florenz, soweit sie das Schicksal Italiens bestimmt, in Kraft bleiben sollen, und daß bezüglich Art. 8 die französische Regierung sich Baiern gegenüber bereits verbindlich gemacht habe, in keine Zerstückelung des gegenwärtigen Besitzstandes des Kurfürsten einzuwilligen.

Le ministre plénipotentiaire français a déclaré en outre: que le 1er Consul pour faire une chose particulièrement agréable à S. M. l'Empereur de Russie et par estime personnelle pour le Margrave de Bade était disposé à se regarder comme engagé en faveur de ce Prince de la même manière qu'il l'est en faveur de l'Electeur Palatin et du Duc de Wurtemberg et comme s'il existait à cet égard une clause expresse dans la convention secrète de ce jour[3].

Mr le Cte de Morcow, min. plénip. de S. M. l'Empereur de Russie a reconnu avoir reçu cette déclaration.

Gez. Ch. M. Talleyrand. Arcadi Cte de Morcow.

Nach dem Drucke bei Tratchevsky.

---

[1] In Folge dieser würtembergischen Verwickelungen erhält Massias von Talleyrand den Auftrag, nach Stuttgart zu gehen und Beschwerde zu führen wegen Nichtbeachtung des Friedens von Lunéville (Art. 17). Am 14. Oct. trifft er dort ein. Die folgenden Berichte enthalten eingehende Nachrichten über seine dortigen Verhandlungen: der Herzog wird schließlich genöthigt, alle politischen Gefangenen freizugeben und seine Verfolgung der Landstände einzustellen.

[2] Zum erstenmale publicirt durch Tratchevsky, Frankreich und Rußland im Zeitalter Napoleons I. Bd. I, 258 ff. Petersburg 1890. Schriften der kaiserl. russischen historischen Gesellschaft. Band 70. — Der geh. Hauptvertrag bei De Clercq: Recueil des traités de la France. I, 474 ff.

[3] Art. 7 und 8 der Convention bestimmen, daß Würtemberg und Baiern «une indemnité . . . proportionnée à ses pertes et conforme à la justice», bezw. «un équivalent à sa convenance et d'après les règles de la plus stricte justice» erhalten sollen. — Den Entwurf einer Vereinbarung der beiden Großmächte über die Entschädigung Würtembergs, der aus dem Frühjahr 1801 stammt, theilt Tratchevsky, a. a. O., I, 673 mit.

98. Reitzenstein an Edelsheim[1].

Paris, 10/16. Oct. 1801.

[Unterredung mit Mathieu. Zurückweisung der Besorgnisse wegen Frankreichs Haltung in der Entschädigungsfrage. Frankreichs Unterstützung sicher. Audienz bei Bonaparte und Talleyrand. Vertrag vom 10. October. Frankreich wünscht Einwirkung auf Rußland in der Entschädigungsfrage. Geldopfer.]

Mittheilungen über den Frieden mit England. Weist die von Edelsheim in einem verloren gegangenen Erlasse vom 13. Sept. geäußerten Bedenken wegen Frankreichs Haltung in der Entschädigungsfrage zurück.

... Au surplus j'ai eu là-dessus un entretien avec Mathieu, vis-à-vis duquel je me suis donné l'air d'avoir les mêmes appréhensions que celles que V. Exc. m'a marquées. Je lui dis donc que la tournure que les affaires commençaient à prendre à Ratisbonne me déplaisait singulièrement, que les notes de Mr Bacher étaient assez froides et marquaient un intérêt tellement *général* que ceux qui se trouvaient avoir des rapports *particuliers* avec la France en devaient trembler, que tout paraissait devoir être remis à une députation dont la majeure partie était disposée contre nous, ce qui équivalait donc à un abandon formel, qu'on était déjà très inquiet à Carlsruhe ..., qu'il ne s'agissait pas ici de simples promesses, mais qu'il était nécessaire que ce que la France voulut nous procurer, elle le demandât impérativement à la députation et qu'elle prît absolument notre place, puisque autrement nous étions bien sûrs de n'obtenir à cause même de notre attachement pour la France qu'une ombre d'indemnité; que la paix étant actuellement faite avec l'Angleterre et la députation de l'Empire devant être munie de pleinpouvoirs illimités, il n'y avait aucune excuse pour la France, si elle ne faisait pas ce que je demandais, puisque les choses étaient maintenant dans un tel état que tout le monde devait être convaincu que ce serait la France qui dirigerait l'affaire des indemnités et qu'ainsi, si quelque prince se trouverait (sic!) désavantageusement partagé, on dirait avec raison que c'était, parceque la France n'avait pas voulu qu'il le fût mieux. Pour sonder le terrain encore davantage, je finis par lui dire qu'on disait tout hautement en Souabe que l'évêché de Constance, dont l'acquisition ne nous était nullement indifférente, ne nous tomberait pas en partage et qu'il était question de prétendus équivalents sur lesquels j'étais étonné de n'être pas consulté préalablement à toute occasion. V. Exc. avouera que j'ai présenté les motifs de nos alarmes dans la plus grande force possible, mais Mr Mathieu a répondu au fond presque de la même manière que je l'ai fait dans mon N° 25[2]. Il me dit qu'il ne pouvait pas empêcher qu'on ne fût inquiet chez nous, mais à quoi je

---

[1] Die Depesche umfaßt 32 Quartseiten.

[2] d. d. 19/20. Sept. Oben Nr. 94.

pensais — m'a-t-il demandé — pour l'être moi-même ou pour prétendre que le gouvernement français fît des démarches, avant que le moment n'en fût venu? Il me fit alors plusieurs ouvertures dont voici ce qu'il y a de plus essentiel. . . .

a) Frankreich könne seine Vermittelung erst nach Wahl und Zusammentritt der Reichsdeputation geltend machen; wahrscheinlich werde zu dem Ende ein außerordentlicher Gesandter nach Regensburg geschickt.

b) Vorläufig müsse die Unterhandlung über einige Hauptfragen erst ihrem Ziele näher gebracht werden; über die Entschädigung des Großherzogs von Toskana habe man sich noch keineswegs geeinigt.

c) que le gouvernement français se proposait effectivement d'adresser à la députation la demande formelle de l'accomplissement de notre traité secret; que tous ceux qui composaient le gouvernement pour la partie diplomatique, savoir Talleyrand, Durant[1] et lui, Mathieu, étaient d'accord sur ce point et que comme la conduite observée par nous et dont les généraux qui avaient fait la guerre en Allemagne faisaient en toute occasion l'éloge au 1er Consul méritait quelque faveur particulière, ils étaient très disposés à proposer des indemnités *additionnelles,* mais que dans le moment actuel on ne pouvait pas encore entrer dans des détails là-dessus, puisque le 1er Consul qui craignait de rendre par là la discussion générale encore plus compliquée s'y refusait par cette raison entièrement; qu'il pouvait cependant me dire avec assurance que les deux maisons pour lesquelles la France s'intéresserait avec le plus grand zèle, étaient celle de Bavière et de Bade, — la *première* . . . à cause de son extrême importance politique pour la France, puisque la Bavière était naturellement destinée à être le principal boulevard contre l'Autriche et la *seconde* à cause de sa fidélité envers la République et pour montrer que la France avait la volonté et la force de favoriser ses amis; qu'après nous deux on aurait aussi de l'égard pour le Duché de Wurtemberg, dont le prince était à la vérité un fou complet, mais dont le pays demandait l'attention de la France pour les intérêts de laquelle il était absolument nécessaire d'organiser d'une manière stable l'Allemagne méridionale, où on ne pouvait compter que ces trois maisons prédominantes. . . .

Quant à ce qui nous regarde particulièrement, il me dit encore que notre traité avait été déjà envoyé à Bacher avec l'explication que, comme il était à peu près le seul qui subsistait encore formellement, son exécution ne serait pas seulement demandée par la France, mais qu'elle devait même faire *une des principales bases* de l'arrangement définitif. . . .

---

[1] Durant de Mareuil, Chef der ersten politischen Abtheilung im Auswärtigen Amte, s. *Masson,* Le département des affaires étrangères pendant la révolution, S. 369; vergl. auch Gagern, Mein Antheil an der Politik, 1, 109.

Si après tant d'assurances positives il m'aurait pu rester encore des doutes sur les dispositions favorables de la France à notre égard, un entretien que j'ai eu le 9 de ce mois avec Mr de Talleyrand et qui m'a principalement déterminé à envoyer un courrier était bien fait pour les dissiper entièrement.

Veranlaßt durch Kolytchews Auftreten, der ziemlich offen von der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten gesprochen, und die Wiederannäherung zwischen Rußland und England, die eine neue Allianz mit England befürchten lasse, habe er, bemerkt Reitzenstein einleitend, — für diesen Fall von Baden die Folgen abzuwenden versucht, welche ein Krieg mit Rußland bei den nahen Beziehungen desselben zu Baden für letzteres haben könnten, und Mathieu wie dem dänischen Geschäftsträger v. Dreyer gegenüber hervorgehoben, daß Baden alles aufgeboten habe, um in Petersburg für ein freundschaftliches Zusammengehen zwischen Rußland und Frankreich zu wirken; alles Uebel komme lediglich von der Kaiserin-Mutter, die den Kaiser bevormunde.

Peut-être que l'adjudant Duroc a également fait au 1er Consul des rapports qui coïncidaient avec ce que je viens de dire: comme qu'il en soit, le 1er Consul m'aborda à l'audience du 7, en me demandant, quelles nouvelles j'avais de Msgr. le Margrave. Je crus devoir saisir cette occasion pour lui dire que, quoique je ne pouvais pas encore avoir des lettres qui m'annonçassent l'impression agréable que la nouvelle de la paix avec l'Angleterre aurait faite, je le priais néanmoins qu'il me permît de lui présenter l'hommage de mes respectueuses félicitations sur un événement aussi glorieux. Ce petit compliment ayant été accueilli, le 1er Consul me dit en outre qu'il était informé des entretiens que notre ministre à Pétersbourg, le général Geusau, avait eus avec S. M. l'Impératrice régnante aux sujets des rapports politiques de la Russie. Quoique V. Exc. ne m'ait encore rien marqué là-dessus, j'ai hasardé toutefois d'interrompre à ces mots le 1er Consul et de lui dire que dès lors il avait certainement la plus entière conviction que tout ce qui avait été possible de faire avait été fait de notre part avec le plus grand zèle pour concourir à opérer un rapprochement aussi désirable que celui de la Russie avec la France: sur cela il répliqua que tout cela était très bien, qu'il désirait cependant que Mr de Geusau reçût des nouveaux ordres pour presser cette affaire avec plus d'ardeur encore. . . . Il finit en me disant: «il faut que Vous écrivez cela à Votre cour!» et passa en suite outre. . . .

Reitzenstein entschließt sich, durch Courier über die Unterredung Bericht zu erstatten.

. . . Dèsque j'eus pris cette résolution, je fus voir le ministre[1] le surlendemain de l'audience, c'est à dire le 9 de ce mois, et lui dis que le 1er Consul m'avait dit telle et telle chose, et que je me proposais d'en envoyer le rapport à ma cour par un courrier extraordinaire . . . ., mais que n'ayant pas pu dans l'audience me pénétrer suffisamment de ce que

[1] Talleyrand.

le 1er Consul voulut précisément que nous devions tâcher d'obtenir à Pétersbourg, je croyais qu'il était sous tous les rapports de mon devoir non seulement de lui faire part de cette commission, mais de le consulter même sur ce que j'avais à écrire à ma cour et de le prier sans la moindre indiscrétion de me mettre un peu sur les voies, parceque je ne voulais pas lui cacher qu'ayant entendu de toute part que la paix entre la France et la Russie allait être incessamment conclue je craignais fort qu'à moins qu'il n'eût la bonté de me donner des éclaircissements plus amples je risquais de me donner auprès de ma cour un ridicule complet . . . dans le cas que la nouvelle de la paix avec la Russie y parvînt peut-être au même moment que le rapport par lequel je mandais que nous devions faire de nouveaux efforts à Pétersbourg pour opérer ce rapprochement. Sur cela le ministre me répondit qu'il allait volontiers me donner tous les éclaircissements nécessaires: que ce que le 1er Consul m'avait dit ne regardait pas proprement les relations politiques de la Russie avec la France, puisque à parler strictement ces deux puissances n'avaient réciproquement rien à démêler entr' elles et que d'ailleurs le traité pour le rétablissement des anciennes liaisons . . . était déjà aussi bien que conclu, de sorte qu'il serait signé peut-être encore le soir même[1] . . , mais que ce que le 1er Consul désirait et en quoi il voulut que nous tâchions d'employer l'influence que les liens du sang devaient pourtant nous donner, c'était que la Russie suivît un autre système par rapport aux affaires de l'Allemagne, c'est à dire des sécularisations et des indemnités. Il me dit là-dessus, ce que je ne savais déjà que trop, savoir que jusqu'ici la Russie n'avait fait que mettre des entraves à la pacification de l'Allemagne, que s'opposer aux sécularisations et vouloir conserver les états ecclésiastiques . . . , qu'actuellement la paix avec l'Angleterre étant faite tout cela devait enfin finir, que le ministère de Pétersbourg devait songer aux intérêts de toute l'Europe et ne pas s'obstiner à empêcher le retour de la tranquillité et à entraver le seul moyen d'y parvenir, que c'était pour cet effet que la France désirait très sincèrement que la Russie voulût aller de concert avec elle et que le gouvernement français ne demandait pas mieux sinon que la Russie s'entendît et s'arrangeât là-dessus avec lui, puisque alors cette affaire irait absolument au gré de ces deux puissances, sans que rien pût s'y opposer. Il ajouta qu'il approuvait fort que je me proposais d'envoyer mon rapport par un courrier extraordinaire et qu'il m'invitait de profiter de cette occasion pour mander en même temps et officiellement à ma cour que dans le traité de paix avec la Russie il avait été consigné par ordre exprès du 1er Consul dans un article séparé et secret que la maison de Bade devait être particulièrement et principalement favorisée dans le partage

[1] S. oben Nr. 87.

des indemnités et qu'il avait eu le plaisir le plus grand et le plus sincère de consigner . . . cette stipulation expresse en notre faveur dans le traité, ayant désiré depuis longtemps de pouvoir nous donner des preuves authentiques de ses sentiments envers nous. . . .

J'ai cru après cet entretien que l'honnêteté exigeait absolument que j'écrivisse au ministre quelques lignes de remercîment; c'est ce que j'ai fait le lendemain d'après la copie ci-jointe[1]. . . . Il m'a paru convenable de glisser dans mon billet une phrase qui pût faire deviner au ministre qu'il pouvait compter sur quelque reconnaissance de notre part.

Pappenheim, der Darmstädtische Gesandte, habe bereits 900000 fl geopfert; der Landgraf von Kassel halte, wie man in Darmstadt voll Sorge erfahren, die Summe von 2 Millionen fl bereit, «pour l'employer ici, dès que la pomme serait assez mûre»[2].

Je n'écris pas ceci à V. Exc. pour demander aussi une dépense de quelques millions, et Elle se rappelle au reste parfaitement, bien que je n'ai pas fait grand cas jusqu'ici de la mauvaise humeur de Mme Gross[3] qui à la vérité m'a reçu dernièrement, lorsque je l'ai vue pour la 1ere fois au dîner à la campagne, avec la plus grande froideur, mais les choses étant actuellement beaucoup plus avancées qu'elles ne le furent jamais, il faut pourtant se préparer à ce qui est indispensable. Nous avons toujours l'avantage unique que, puisque nos indemnités sont déjà en partie réglées, . . . nous n'avons pas besoin de gagner quelqu'un par des largeurs disproportionnées, c'est pourquoi je crois qu'à vue de pays nous irons loin avec à peu près 100000 écus à répartir entre Talleyrand, Durant, Mathieu et Bacher. . . .

Wie die Dinge liegen, wird es nöthig sein, Gensau dem Wunsche Talleyrands gemäß zu instruiren; zugleich wird es sich empfehlen, daß der Markgraf Talleyrand für seine Unterstützung danke und dem Zaren seine Befriedigung über den Frieden mit Frankreich kundgebe; ebenso, daß Edelsheim an Talleyrand und Panin schreibe.

---

99. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 24. Oct. 1801.

[Die Schreiben nach Paris und Petersburg.]

Der Markgraf läßt für die wichtigen Mittheilungen vom 10.—16. Oct. danken. Beifolgend die beiden Schreiben an Talleyrand; nach Rußland habe man Reitzensteins Rath zufolge gleichfalls geschrieben. Der Erbprinz hat den Entwurf einer dem Kaiser zu überreichenden Note begehrt und erhalten[4].

Concept.

---

[1] Liegt bei den Acten, ebenso die Antwort Talleyrands vom 19 Vendém., in der dieser seiner Genugthuung Ausdruck verleiht: «à Vous réitérer au nom du 1er Consul les assurances que Vous transmettez aujourd'hui à Votre cour».

[2] Vergl. über dieses Treiben: Häusser, deutsche Gesch. II, 339 ff.

[3] Madame Le Grand, die bekannte Maitresse, später Gemahlin Talleyrands, s. v. Gagern, Antheil an der Politik, I, 107.

[4] Vergl. Abschnitt 3.

100. Karl Friedrich an Talleyrand.

Karlsruhe, 25. Oct. 1801.

[Danksagung. Wunsch nach Erkenntlichkeit. Schreiben nach Rußland.]

Beglückwünscht Talleyrand zu den jüngsten Friedensschlüssen; seit 200 Jahren habe Frankreich keinen so ruhmvollen Frieden zu verzeichnen. Dank für die Berücksichtigung der badischen Interessen in dem geh. Frieden mit Rußland: sie verdoppele den Wunsch «de trouver l'occasion de Vous en prouver ma plus vive reconnaissance».

Je me suis empressé de saisir sans délai l'occasion que selon le rapport du Bon de Reitzenstein le 1er Consul a bien voulu m'en faire donner; il ne dépendra pas de moi que le succès des démarches que je viens de faire en conséquence à Pétersbourg ne réponde complètement à mes voeux[1]. . . . .

Concept Edelsheims; Orig. Paris. Archiv.

101. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 27. Oct. 1801.

[Die Lage günstig. Die Audienz bei Bonaparte zu Malmaison. Bereitwilligkeit zu Geldopfern.]

Befriedigung über die günstige Wendung der Dinge.

Du moins n'avais-je pas lieu de me douter d'un intérêt aussi prononcé pour nous, lorsque Bonaparte me dit à la Malmaison[2]: «tenez, à Vous parler franchement, Vous comprenez bien que nous ne pouvons pas prolonger ou recommencer la guerre pour Vos indemnités, mais faites en sorte que la Russie appuye bien fortement les intérêts de la maison de Bade et nous les recommande, alors nous les seconderons de notre mieux».

Die wichtigen Dienste, die Reitzenstein dem Lande seit 5 Jahren geleistet, werden nie vergessen werden.

Im übrigen stehe die Summe, die er in Vorschlag gebracht, zu seiner Verfügung: «Si les résultats répondent aux heureuses apparences où se trouvent présentement nos intérêts, on n'aura certainement pas à regretter un tel sacrifice».

Concept.

102. Edelsheim an Reitzenstein[3].

O. D. (27. Oct. 1801.)

[Gemmingens Eröffnungen zu Nymphenburg. In Wien Neigung zum Verzicht auf den Breisgau. Die Erwerbung desselben für Baden und ihre Bedenken. Weisungen.]

Au rendez-vous que M^sgr^ le Margrave avait donné au Bon de Gemmingen à l'occasion de notre voyage à Nymphenbourg[4] celui-ci a développé des renseignements et des notions secrètes sur la situation présente des

[1] In einem Schreiben vom gleichen Tage theilt Edelsheim dem Minister den Inhalt seines Schreibens an den Grafen Panin mit, worin er nicht versäumt habe, «à mettre dans tout leur jour les avantages d'un concert intime entre la France et la Russie».

[2] In der Abschiedsaudienz, vor Edelsheims Rückkehr nach Karlsruhe. S. oben Nr. 75.

[3] Mit der Aufschrift «Pour servir d'information secrète au Bon de Reitzenstein à Paris», als Beilage zur Depesche vom 27. Oct. durch Kammerrath Vierordt nach Paris überbracht.

[4] S. oben S. 15 ff.

affaires intérieures et extérieures de la cour de Vienne . . . . Je n'entreprendrai pas de Vous tracer un précis exact et complet des différents entretiens qu'on s'est ménagé avec lui pendant les quatre ou cinq jours qu'il a passés avec nous à Munic et ensuite encore à Augsbourg, il me faudrait remplir tout un cahier pour cela; mais je puis Vous assurer que le résultat des considérations diverses qu'il a présentées à Monseigneur ne s'est jamais écarté d'un principe fondamental, quoique très confidentiel — «que nous ne devions et ne pouvions dans les circonstances présentes ni chercher, ni trouver notre salut autre part que dans l'appui et la protection de la France et que jamais nous n'aurions aucune faveur à attendre de la cour de Vienne de son propre gré».

Jugeant cependant par quelques données assez certaines que l'Archiduc Ferdinand ne voulait absolument pas entendre parler du Brisgau comme objet de dédommagement pour le Duc de Modène, son beau-père, le Bon de Gemmingen désira de savoir, si au cas que leur constant refus d'accepter cette indemnisation obligeât la cour de Vienne de la faire rentrer dans la masse des dédommagements pour les états perdants de l'Empire, M^{sgr} le Margrave ne serait pas disposé à l'acquérir, supposé toutefois qu'on pût amener les choses au point que la proposition en fût faite pour ainsi dire par la cour de Vienne elle-même?

Parmi les considérations qui nous avaient si souvent paru rendre cette possession peu désirable sous plusieurs rapports pour la maison de Bade, Vous Vous souviendrez qu'on se fondait entr'autres aussi sur le préjugé de la grande médiocrité des revenus que ce pays pourrait rapporter au Margrave; le Bon de Gemmingen écarta cette objection par l'assurance très certaine que l'Archiduc Ferdinand dans une discussion pleine de mauvaise humeur sur l'insuffisance de ce dédommagement, destiné au Duc de Modène, avait dit avec vivacité: qu'est-ce que 300000 florins que le Brisgau pourra tout au plus rapporter sous une bien bonne administration à côté de la perte des revenus du Duché de Modène etc.? En conséquence le Bon de Gemmingen pensait qu'au défaut de mainte autre indemnité qui quoique promise au Margrave par le traité secret avec le gouvernement français, nous echapperait pourtant peut-être lors de l'arrangement général l'acquisition du Brisgau malgré quelques inconvénients irrémédiables, comme p. e. la constitution fondamentale du pays et ses états permanents, formerait pourtant un dédommagement d'autant plus convenable à la maison de Bade qu'il lui serait sans doute bien sensible de voir passer cette possession entre les mains de quelqu'autre état de l'Empire dont le voisinage pouvait nous sembler infiniment désagréable. .

Après que le pour et contre à ce sujet eut été suffisamment discuté de part et d'autre, il fut enfin convenu que le Bon de Gemmingen à son

retour à Vienne tâcherait préalablement de se procurer des renseignements aussi exacts que possibles sur le véritable rapport annuel du Brisgau; qu'il veillerait à tout ce qui concernerait cet objet . . . . surtout si, comme il s'en flattait, il parvenait à amener indirectement les choses au point qu'on vînt lui suggérer officiellement l'idée de cette indemnisation, dont alors il ne rejetterait pas la proposition, mais se réserverait d'en faire promptement son rapport au Margrave et de demander les instructions nécessaires à ce sujet, en témoignant toutefois sans affectation que l'idée de cette proposition n'était certainement jamais venue à S. A. S., — qu'ensuite Monseigneur prendrait préalablement Votre avis sur cette affaire dont on Vous préviendrait en attendant.

Beifolgend die Berichte Gemmingens vom 16. und 30. Sept.[1] Reitzenstein wird ersucht, seine Ansicht mitzutheilen.

Concept.

103. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 29. October 1801.

[Unterredung mit Morkow; dessen Gleichgiltigkeit gegen Badens Interessen.]

|: Il est d'autant plus essentiel de faire à V. Exc. le rapport de mon entretien avec Mr de Morkow[2] qu'il Lui prouvera de la manière la plus évidente d'un côté, combien sont fondées les plaintes du gouvernement français contre le ministère russe . . . . et de l'autre côté, combien il est d'une nécessité urgente que nous fassions tout ce qui peut moralement dépendre de nous pour opérer quelque changement dans le système de ce cabinet au moyen de l'influence que nous sommes censés d'avoir sur l'Impératrice régnante et de celle que nous devons souhaiter qu'elle prenne sur l'Empereur pour contrebalancer le crédit de l'Impératrice douairière. Il s'entend de soi-même que j'ai donné pour principal motif de ma visite le désir de présenter à S. Exc. russe l'hommage de ma gratitude pour sa haute et puissante protection dont nous venions de recueillir les fruits. J'en donnai l'honneur entièrement à lui. . . . . V. Exc. ne saurait croire à quel point ce compliment peu mérité rendit confus Mr de Morkow, et cela même tellement qu'il ne me répondit que presque en balbutiant, que dans tout ce qu'il avait fait il était sûr de n'avoir fait que remplir les intentions de S. M. l'Empereur qui désirait très certainement de donner à Msgr le Margrave des preuves de son amitié, mais qu'il ne pouvait s'empêcher d'ajouter qu'il avait trouvé dans le gouvernement français des dispositions extraordinairement favorables à notre égard, puisque non seulement le ministre des relations extérieures lui avait fortement exprimé ses voeux à ce sujet, mais que même le 1er Consul lui avait parlé en personne

[1] Oben Nr. 33 und 34.

[2] Die betr. Unterredung hatte am 25. Oct. stattgefunden.

touchant la maison de Bade avec le plus grand intérêt. Mr de Morkow me demanda même, si j'allais bien souvent chez Talleyrand, puisqu'il s'intéressait si fort pour nous, à quoi je répondis qu'il n'y avait que le mauvais état de ma santé qui m'empêchait de m'y présenter aussi souvent que mon devoir l'exigeait certainement sous tous les rapports.

Je tâchai ensuite d'entrer un peu plus en matière, en lui disant que, comme la décision des affaires à Ratisbonne ne paraissait pas tout-à-fait prochaine et que je craignais de lui déplaire par des importunités prématurées, j'osais le prier qu'il voulût bien m'indiquer lui-même le moment, où il pouvait m'être permis de lui présenter un petit aperçu des pertes éprouvées par la maison de Bade et des objets de dédommagement qui lui étaient les plus essentiels.

Il me répondit qu'effectivement le moment favorable n'était pas encore arrivé, mais que je ferais bien de tenir prêt mon mémoire pour que je pusse le lui donner, dès qu'il le jugerait à propos, et à cette occasion il me demanda, si donc Monseigneur était également compris parmi les princes qui perdaient par cession de la rive gauche du Rhin. — La suite par le courrier prochain. :|

---

104. Reitzenstein an Edelsheim[1].

Paris, 2.—7. November 1801.

[Unterredung mit Morkow. Schlußfolgerungen: die russischen Minister unzuverlässig, die Kaiserin ohne politischen Einfluß.]

|: Je ne lui cachais nullement la surprise que me causait une question qui à mon avis décélait autant de malveillance que d'ignorance, et je crus pouvoir ajouter que la maison de Bade était dans une situation doublement fâcheuse, puisque outre ses pertes territoriales très considérables, outre l'énormité de celles essuyées par les suites de la guerre et le terrible perspective d'en avoir le théâtre dans toutes celles à venir, le Margraviat avait encore une situation si désavantageuse qu'à moins de quelques conventions particulières dont le succès dépendait en partie de celui d'autres négociations plus importantes et plus compliquées, il ne pouvait presque pas trouver d'indemnité convenable, puisque les états ecclésiastiques à portée du pays se réduisaient aux tristes restes des trois petits évêchés de Spire, Strasbourg et Bâle, qui ne suffisaient pas à beaucoup près à offrir à la maison de Bade même l'apparence d'être suffisamment dédommagée. Mr de Morkow ne m'ayant répondu à cela que par un verbiage qui ne menait absolument à rien, en disant qu'en général l'arrangement des indemnités en Allemagne ne pouvait que consumer un temps trés consi-

---

[1] Folge der Depesche vom 29. Oct.

dérable . . . , je crus qu'il était nécessaire de lui représenter le danger évident d'une trop grande lenteur dans cette négociation qui, comme nous en avions déjà vu plus d'une fois l'exemple, pouvait encore être entravée par des événements imprévus; j'ajoutai que l'occasion présente était décisive pour l'existence future de la maison de Bade, qu'il ne se présenterait jamais une autre où S. M. I. pût donner à ses bonnes grâces autant d'efficacité . . . . Enfin je lui observai que l'existence du Corps Germanique à laquelle la Russie avait toujours pris tant d'intérêt devait être dorénavant regardée comme reposant exclusivement sur les maisons des princes séculiers, et que la tranquillité future de l'Allemagne semblait même exiger que les princes, surtout [ceux] qui se trouvaient voisins de la France, pussent acquérir un peu plus de forces et se rendre tant soit peu plus respectables à un voisin aussi formidable, quoique malgré cela, et quand même M^sgr le Margrave fût indemnisé aussi largement que possible, cet accroissement ne serait jamais assez considérable pour pouvoir exciter la jalousie des grandes puissances. . . .

Ce fut alors seulement que Mr de Morkow parla avec un peu moins de dissimulation. Il me dit qu'il ne s'agissait certainement pas de jalousie de la part des grandes puissances, mais que l'Autriche elle-même craignait qu'elle ne pourrait pas trouver un dédommagement équivalent à ses propres pertes[1] — (La suite au courrier prochain.) — (7. Nov.) et que dès lors on ne pourrait songer qu'à établir surtout des indemnités seulement aussi approchantes que possible des pertes essuyées. . . .

Die Schlußfolgerungen ergeben sich von selbst.

1. Auf die russischen Minister ist trotz der Beziehungen zum Kaiserhause für Baden kein Verlaß,

«aussi longtemps que ces Messieurs ne seront pas amenés par des circonstances quelconques à un point qui les fasse changer de conduite». «Je crois bien que l'Empereur est le plus digne prince qu'on puisse se figurer et qu'aussi il nous veut sincèrement du bien ainsi qu'à tout le genre humain, . . . mais cette bienveillance en théorie me paraît tellement généralisée que son application pourrait bien être subordonnée aux passions et à la cupidité des ministres qu'il emploie.»

2. Die Behauptung Talleyrands, daß Rußland unter dem Einflusse des Wiener Cabinets stehe und für Oesterreich große Vorliebe hege, findet Reitzenstein durch seine Wahrnehmungen bestätigt.

3. Sie bestärken ihn in dem Verdachte, den er schon lange gehegt,

«que l'Impératrice régnante n'exerce aucune influence et n'en aura pas au moins durant la vie de sa belle-mère qui paraît gouverner bien plus que l'Empereur. Les Russes sont trop souples, pour qu'ils ne m'eussent pas fait un tout autre accueil et qu'ils n'eussent pas épousé nos intérêts avec un tout autre zèle, s'ils avaient cru que l'Impératrice régnante eût assez d'empire, pourqu'ils eussent à craindre son ressentiment ou à espérer quelque chose de ses bonnes grâces.»

---

[1] Die Depesche bricht mitten im Satze ab; der Bericht vom 7. Nov. schließt unmittelbar daran an.

4. Die Unterredung beweist endlich, was Talleyrand versichert: «que ce n'est pas à la protection de Mr de Morkow, mais uniquement à la volonté décidément exprimé du Premier Consul, que nous devons l'article mentionné de la paix avec la Russie».[1] :|

105. Memoire Reitzensteins.

Paris, 19. Nov. 1801[2].

[Störungen der freien Rheinschiffahrt. Reclamationen bedenklich, weil Privatinteressen im Spiele. Wucherische Ausbeutung des französischen Exportgeschäfts durch den Pariser Ring. Zollvorschriften.]

Erneute Eingriffe in die freie Rheinschiffahrt sind erfolgt: Es handelt sich dabei um Beschlagnahme einiger mit Gütern von der Frankfurter Messe befrachteter, nach Schröck bestimmter Schiffe, deren sich franz. Zollwächter angeblich auf der franz. Seite des Thalwegs, unter dem Vorwande, daß sie englische Contrebande mit sich führten, bemächtigt hatten (Geh. Rathsprotokoll v. 12. Oct.). Reitzenstein verweist auf frühere Vorstellungen. Französische Privatinteressen sind dabei vorzugsweise im Spiel. Eine Reihe einflußreicher Personen in Paris hat sich etwa vor Jahresfrist die Erlaubniß zum Import von Getreide, bezw. Export verbotener Waaren nach und aus England zu verschaffen gewußt und durch Verkauf dieser Concessionen an französische Handelscompagnien unermeßlichen Reichthum erworben. Der Preis der Lebensmittel ist durch letztere künstlich auf's Doppelte gesteigert worden. Da das Volk darüber murre, habe man, um es zu besänftigen, in Holland und am Rhein auf Kosten der Nachbarn ebenso strenge als lächerliche fiscalische Vorschriften erlassen, angeblich zum Schutz gegen den verderblichen Schleichhandel der Deutschen mit Holland und England.

Erwäge man, daß ein in Paris allmächtiger Ring die Schuld daran trage, so werde man auch die Fruchtlosigkeit aller Reclamationen von deutscher Seite begreifen. Selbst Lucchesini habe sich davon überzeugt und seine Regierung gewarnt, durch derlei Schritte sich nicht die Feindschaft mächtiger Kreise zuzuziehen. Wenn Preußen sich hüte, diese empfindliche Seite zu berühren, werde sich weit mehr noch für Baden Behutsamkeit empfehlen. Reitzenstein wird daher in glimpflicher Weise die Freigebung der Schiffe und ihrer Fracht beantragen, auf weitere Schritte aber, wie sie ihm von Karlsruhe zugemuthet werden, verzichten.

106. Reitzenstein an Edelsheim[3].

Paris, 20.—27. Nov. 1801.

[Unterredung mit Mathieu. Der Zusatzartikel zur Convention vom 10. Oct. und seine Entstehung. Antrag auf Einleitung von Verhandlungen über einen traité additionnel. Motive. Erwerbung des Breisgaus. Desiderien bei einem neuen Vertrage. Die Kurwürde. Diplomatische Präsente.]

. . . . Je dois commencer par dire que la conversation un peu vive . . . . avec Mathieu[4] n'a cependant pas laissé de faire une impression

[1] Bei der Beurtheilung dieser und anderer Depeschen aus dieser Zeit wird man nicht vergessen dürfen, daß Reitzenstein unter Nachwirkung seiner Krankheit und in Folge von Ueberanstrengung — seit dem Abgange von Groos hatte er allein alle Geschäfte zu erledigen und nicht einmal einen Schreiber zur Verfügung — leidend und vielfach von nervösen Anfällen heimgesucht war.

[2] Dem Markgrafen vorgelegt in der Geh. Rathssitzung vom 28. Dec.

[3] Wohl die umfangreichste Depesche Reitzensteins, — sie zählt 46 Quartseiten und ist mit dem Berichte vom 14. Dec. erst bei Vierordts Rückkehr nach Karlsruhe am 16. Dec. expedirt und am 20. dort überreicht worden.

[4] S. oben Nr. 98.

assez forte et avantageuse sur lui, de sorte que dans le courant de la semaine passée il m'a fait venir expressément chez lui où nous avons eu ensemble une conférence assez importante de trois heures complètes. Il me dit d'abord que le soir même de ma dernière visite il avait fortement représenté au Cen Durant, chef de bureau pour les affaires de l'Allemagne et de la Russie, la nécessité de faire dans le moment actuel quelque chose de plus décisif pour la maison de Bade. . . . . Durant le prit alors à côté, en lui disant qu'il était bien aise de pouvoir lui confier que dans ce moment même mes voeux venaient déjà d'être réalisés, puisque le traité de paix avec la Russie qui avait été signé le jour même contenait une stipulation expresse en faveur de la maison de Bade. Il lui fit même lire ensuite l'article en question et lui fit un récit de la manière dont cela s'est fait. . . . Le ministre russe n'avait réellement réclamé que pour la Bavière et cela dans la manière la plus énergique et la plus décidée. Quant à nos intérêts il n'en fut pas même question. Le 1er Consul, singulièrement étonné de ce que la Russie avait oublié la maison de Bade qui lui était le plus attachée par les liens du sang, s'expliqua bientôt cette indifférence, comme il devait le faire, en supposant que le ministère russe nous voulait du mal, parceque nous avions conservé nos relations amicales avec la France. Ce fut donc surtout par cette raison que le 1er Consul ordonna expressément de répondre à Mr de Morkow que la France était très disposée à accéder aux voeux de S. M. J. touchant la Bavière, mais que le gouvernement français demandait que la même stipulation qui serait insérée dans le traité pour la Bavière conformément à la demande de la Russie, le fût dans les mêmes termes pour la maison de Bade comme condition faite de la part de la France[1].

. . . . Mr Mathieu ne s'est pas contenté de cette ouverture. Il est allé plus loin, en me disant que le moment lui paraissait venu à présent pour entamer la nouvelle négociation pour un traité secret plus avantageux que j'avais sollicité avec tant d'instances depuis quatre années et qu'il me conseillait décidément de me faire envoyer pour cet effet des pleinpouvoirs spéciaux de la part de Msgr le Margrave. Il ajouta que ce qui le portait à me donner ce conseil, c'était qu'il avait des raisons de croire que le 1er Consul était maintenant enfin déterminé à prendre des mesures décisives pour l'arrangement des affaires de l'Allemagne et à se concerter pour cet effet avec les princes les plus puissants ou les plus favorisés.

Mit Baiern sei ein Vertrag bereits abgeschlossen [am 24. Aug.], mit Würtemberg und Preußen stehe ein Abkommen bevor.

---

[1] S. den Vertrag v. 10. Oct. bei *De Clercq*, a. a. O. I, 475. Artikel 8 garantirt Baiern eine Entschädigung «d'après les règles de la plus stricte justice».

Dèsque Mathieu me donnait cet avis, il me parut clair que le ministre des relations extérieures l'avait chargé de me faire cette ouverture. . . . .

Pour sonder donc le terrain un peu davantage, je répondis à la proposition de Mathieu par des divulgations, en lui disant que le motif qu'il venait d'alléguer ne me persuadait pas entièrement, puisque je savais bien la raison, pour laquelle le 1er Consul avait exigé que l'Electeur de Bavière et le Duc de Wurtemberg devaient conclure des traités de paix séparés, le motif de cette demande ayant été que ces deux princes, en votant non seulement à Ratisbonne pour la reprise des hostilités, mais en donnant outre leur contingent des troupes à la solde de l'Angleterre, s'étaient mis dans le cas d'être considérés comme ayant fait individuellement la guerre à la France, qu'ainsi on pouvait les astreindre à des traités de paix particuliers, mais que la maison de Bade dont les traités avec la France subsistaient dans toute leur force et rigueur ne se trouvait nullement dans la même catégorie. . . . .

In dem Vertrage mit Baiern sei nur eine vollständige Entschädigung im allgemeinen zugesichert worden, keineswegs aber bestimmte Entschädigungsobjecte: solle Baden die sicheren Garantien, die seine Verträge bieten, preisgeben auf die Gefahr hin, daß ihm gleich Baiern in einem neuen Vertrage nur generelle Versprechungen ertheilt würden?

Cette objection était telle qu'elle mettait Mr Mathieu dans l'inévitable nécessité de s'expliquer plus clairement. Il le fit avec tant de détails que je dois nécessairement en partager le rapport en 3 parties, dont la 1ère contiendra l'exposé des motifs qui pourraient porter le gouvernement français à entrer avec nous dans des arrangements précis, malgré qu'il ait cru ne pouvoir le faire vis-à-vis de la Bavière; la seconde partie sera particulièrement relative aux espérances de faire comprendre parmi les nouvelles stipulations l'acquisition du Brisgau; la dernière comprendra quelques articles accessoires qu'il sera nécessaire ou du moins désirable de pouvoir faire entrer dans le cas que Monseigneur se décidât à le faire négocier. . . .

[Ad. 1.] Or Mathieu me disait touchant cette question préliminaire qu'à la vérité le 1er Consul s'était refusé et n'avait presque pu que se refuser à des promesses déterminées en faveur de la Bavière, mais que les relations politiques de la maison de Bade vis-à-vis de la France différaient aussi essentiellement de la situation où se trouvait la Bavière *d'un côté,* parceque celle-ci n'avait pas l'avantage d'avoir en sa faveur, comme nous l'avions, un traité antérieur qui contenait déjà des stipulations déterminées . . . . et de *l'autre côté* en ce qu'il n'était pas question d'entamer *l'intégrité* du *Margraviat,* tandis que celle de la *Bavière* au contraire dépendait, comme tout le monde le savait, de la fixation du sort du ci-devant Grand-Duc de Toscane et que par conséquent la stipulation d'une indemnité pour

l'Electeur de Bavière était dépendante de l'arrangement des affaires de Toscane. . . . .

Auf diese Entschädigungsfrage eingehend, skizzirt Reitzenstein nach Mittheilungen Mathieu's die geheimen Verhandlungen zwischen dem Wiener und Münchner Hofe: ersterer habe vier Entschädigungsprojecte in Vorschlag gebracht, in allen vier Fällen habe Oesterreich sich den Austausch seiner schwäbischen Besitzungen gegen einen entsprechenden Theil an Salzburg vorbehalten, man dürfe daher wohl annehmen, daß es auf dieselben überhaupt keinen sonderlichen Werth lege, sondern sich im Gegentheil ihrer zu entäußern bestrebe, vor allem dann aber auch des Breisgaus, «dont la possession lui serait alors tout à fait à charge».

[Ad. 2.] Je savais depuis très longtemps, et j'ai eu l'honneur de le marquer plus d'une fois de bouche et par écrit à V. Exc., qu'on avait hautement désapprouvé ici la cession du Brisgau au Duc de Modène stipulée par la paix de Campo Formio, qu'on n'avait jamais cessé de reconnaître ici la nécessité absolue d'éloigner l'Autriche pour toujours des bords du Rhin et qu'on s'est sérieusement occupé des moyens de remédier à la faute que le défaut de connaissances géographiques et politiques avait fait faire à Bonaparte dans cette occasion comme dans bien d'autres. . . . .

Mr Mathieu croit que, pourvu que la pacification générale soit sérieusement voulue de l'Autriche, elle ne ferait aucune difficulté d'ajouter à la cession de toute l'Autriche antérieure celle du Brisgau, si elle pouvait parvenir à l'acquisition de la partie de la Bavière ci-dessus déterminée, mais il m'a fait pressentir que Talleyrand n'osait pas trop proposer le projet de ce changement au 1er Consul, à moins qu'il ne puisse lui en présenter un motif direct. C'est, — m'a-t-il dit, — particulièrement *dans cette vue* et afin de parvenir de cette manière au but d'éloigner l'Autriche du Rhin conformément aux anciennes idées du gouvernement français qu'il *désire même* qu'en annonçant au ministre des relations extérieures la transmission des pleinpouvoirs spéciaux pour la négociation du traité additionnel, sollicité depuis si longtemps, je lui déclare en même temps que Msgr le Margrave désirerait surtout que, dans le cas où le Duc de Modène continuât de refuser le Brisgau et que ce pays dût tomber dans la masse générale des indemnités, il ne soit cédé à aucune autre maison qu'à celle de Bade. Il avait voulu au commencement que nous devions *expressément demander la cession du Brisgau,* mais après que je lui eus fait comprendre qu'il était absolument impossible que nous demandions un pays appartenant à l'Empereur et qu'une telle démarche ne me serait jamais permise de ma cour, il convint qu'une déclaration plus modérée, telle que je viens de l'exprimer pourrait suffire. . . . .

Diese Ausführungen berühren sich mit den Aufschlüssen, die Gemmingen über die Geneigtheit des Wiener Cabinets zu einer Abtretung des Breisgaus ertheilt[1], aber Gem-

[1] S. oben Nr. 102.

mingen gebe nicht Mittel und Wege an, dieses Ziel zu erreichen. Nichts sei lächerlicher als die Rolle, die er Baden zumuthe, falls man in den Besitz des fraglichen Gebiets gelangen könne.

Wollten die anderen Mächte in ähnlicher Weise vorgehen, so könnte ein Jahrhundert vergehen, bis die Entschädigungsangelegenheit glücklich erledigt wäre.

. . . L'avis qu'on demande de moi à cet égard se réduit donc à très peu de choses. Le seul inconvénient que j'ai trouvé à l'acquisition du Brisgau et que j'ai eu l'honneur de développer à Monseigneur même tant à Carlsruhe, qu'à Badewiler se rapporte . . . à l'existence d'un comité d'états provinciaux dans ce pays. Il est de toute impossibilité qu'on puisse jamais songer à anéantir ces états provinciaux; il en résultera donc inévitablement une disparité tant soit peu choquante dans la constitution du pays, en ce qu'une partie aura une espèce de représentation nationale, tandis que l'autre s'en trouvera dépourvue. On peut craindre encore que cette dernière ne veuille se prévaloir de cette disparité pour faire consentir le gouvernement à rendre l'existence des états provinciaux *commune* à tout le pays, et il pourrait survenir des situations politiques où une pareille demande se trouverait tellement appuyée que le gouvernement se verrait dans une grande perplexité, quel que soit le parti qu'il voudrait prendre. Voilà le véritable inconvénient, il ne m'appartient que de le présenter; à Monseigneur seul appartient la décision. Je dirai donc seulement qu'il n'existe *point de milieu* entre l'alternative *ou* de renoncer probablement pour jamais à nos spéculations sur le Brisgau, c'est à dire au *seul* moyen de donner à notre pays la contiguité qui lui manque, *ou* bien de nous soumettre de bonne grâce à une condition qui peut nous paraître désagréable, mais dont nous trouverons sans peine les expédients avec une conduite sage et adaptée aux circonstances. Comme donc V. Exc. m'a marqué que Monseigneur veut me faire l'honneur d'avoir mon avis sur cette question, je ne balance nullement à opiner *très décidément* pour l'affirmative . . . .

[Ad. 3.] Il me reste maintenant à parler des autres objets de discussion que nous avons encore à traiter avec la France[1]. Tout ce qui est relatif à la frontière du Rhin, à la possession des îles et au chemin de halage doit être considéré comme entièrement aboli, soit par les déclarations conciliantes, faites déjà par le gouvernement français lors des négociations de Rastadt, soit surtout par la paix de Lunéville. . . . Malgré cela le sentiment de notre propre dignité surtout me paraît exiger évidemment qu'il soit expressément énoncé dans le nouveau traité . . . que les stipulations du premier traité relatives à ces objets soient regardées comme non-avenues et que toute cette affaire soit réglée d'après la teneur de la paix de Lunéville.

[1] Vergl. im Folgenden die beiden Friedensverträge von 1796. Politische Correspondenz, Band II, 463 ff.

Un autre objet bien plus important regarde la contribution en numéraire et en bois de construction à laquelle notre traité secret nous a obligés. Mr Vierordt est porteur d'un rapport au conseil privé dans lequel j'ai établi que cette double contribution peut être évalué tout au plus à la somme *totale* de 384000 fl. et qu'en déduisant de cette somme celle de 364720 fl., à la valeur de laquelle ont été évalués les livraisons, faites à l'armée française *en sus* de celles imposées dans notre traité d'armistice, il ne reste dû de notre part que la valeur assez médiocre d'environ 37440 fl. Il s'agira donc maintenant, non seulement de faire reconnaître par le gouvernement français la liquidité de ce décompte, mais encore d'obtenir de lui la remise de ce qui reste dû en considération des pertes énormes qu'en contravention du même traité d'armistice l'armée française a fait éprouver au Margraviat . . . pendant la retraite de Moreau et depuis le second passage du Rhin. . . .

Vient ensuite l'abolition des articles 13 et 18 du traité secret qui éprouvera, à ce que je pense incomparablement moins de difficulté. — Le point le plus essentiel sera après tout celui des *indemnités*, où il s'agira des quatre points suivants 1) de la partie de l'évêché de Strasbourg, promise précédemment au Duc de Wurtemberg; 2) de l'engagement d'arranger l'indemnisation de l'Electeur de Bavière de manière que la partie du grandbaillage de Bretten contiguë au Margraviat nous puisse être cédée; 3) de la stipulation qu'en cas que le Brisgau dût entrer dans la masse des pays destinés pour les dédommagements des princes de l'Empire, il ne soit donné à aucun autre prince qu'à Msgr. le Margrave; 4) d'obtenir que dans ce cas il soit ajouté au Brisgau non seulement l'Ortenau et la partie des villes forestières, situées sur la rive droite du Rhin, ce qui doit s'entendre de lui-même, mais encore les trois villes impériales d'Offenburg, Gengenbach et Zell sur le Harmersbach avec leurs territoires, l'abbaye de Gengenbach et le comté de Bonndorf, dépendant de celle de St Blaise. Dans le cours de la négociation je verrai bien, s'il sera possible de mettre sur le tapis l'acquisition de la petite portion du canton de Bâle sur la droite du Rhin. . . .

V. Exc. voit que mes projets ou du moins mes voeux se dirigent exactement vers l'exécution du projet primitif présenté il y a huit mois par le département des affaires étrangères au 1er Consul[1], abstraction faite toutefois de l'échange pernicieux de la ville de Pforzheim contre le district de Knittlingen. Je ne parle pas d'un dédommagement additionnel pour LL. AA. SS. les deux Princes Frédéric et Louis et encore moins de la fixation d'un établissement pour les jeunes Comtes de Hochberg, parce-

[1] S. oben Nr. 69.

qu'il faut convenir que, dans le cas où nous obtiendrions le grand but d'avoir un pays non-interrompu depuis Waldshut jusqu'à Ketsch, je ne pourrais qu'être fort embarrassé de me justifier de reproches trop mérités, en poussant mes prétentions encore plus loin. Il suffit qu'on soit persuadé que je tâcherai d'aller aussi loin que possible.

Je n'ai même pas négligé de sonder déjà d'avance le terrain sur un point aussi délicat et épineux qu'important, en disant à Mathieu que sans doute il serait ridicule et inconvenant de notre part de faire des prétentions déplacées et même au delà de nos forces, mais que cependant je ne pouvais m'empêcher de lui avouer que, dans le cas que les maisons de Wurtemberg, Hesse-Cassel, Orange et Toscane fussent élevées à la dignité électorale, les maisons de Bade et de Mecklembourg seraient pour ainsi dire extrêmement humiliées, parcequ'elles seraient alors parmi les altweltfürstl. Häuser les seules qui n'eussent pas la dignité électorale; que je ne lui en parlais pas dans le dessein d'aspirer dès à présent à cette élévation, mais qu'il devait considérer lui-même, à quel point l'état de nos rapports politiques se trouverait alors changé à notre désavantage, quel ascendant surtout la maison de Wurtemberg gagnerait sur nous par ce changement et quelle serait l'impression que cela produirait dans l'opinion publique, en considérant que le Duc de Wurtemberg, l'ennemi le plus obstiné et le plus irréconciliable de la France, avait obtenu par la protection de l'Autriche l'espèce de suprématie que la protection de la France n'avait pu procurer à son fidèle et loyal voisin[1]. Das Interesse Frankreichs selbst fordere in dieser Hinsicht die Gleichstellung Badens mit den genannten Reichsständen, «ne fût-ce que pour contrebalancer par les suffrages des maisons de Bavière et de Bade l'influence que ceux des maisons de Toscane et de Wurtemberg donneraient à l'Autriche sur la direction des affaires politiques de l'Allemagne méridionale, auxquelles la France était aussi particulièrement intéressée».

J'avais prévu de très fortes objections et une répugnance très marquée contre cette insinuation. Je fus donc d'autant plus agréablement surpris de la voir non seulement parfaitement bien accueillie, mais de me voir même fortement *excité* par Mathieu de faire entrer ce point dans les objets d'une nouvelle négociation, parce que, — disait-il —, il sentait parfaitement bien que c'était une affaire très importante pour l'avenir et qui regardait la France beaucoup plus encore que la maison de Bade elle-même.

---

[1] In der That war französischerseits schon im Mai bei den Verhandlungen zu Morfontaine von der Uebertragung der Trierer Kurwürde auf Baden die Rede. Vergl. *Du Casse,* hist. des négoc. diplom. relatives aux traités de Lunéville etc. II, 371.

Voilà donc selon mon avis les principaux points sur lesquels il faudrait faire rouler cette négociation.

Es frage sich, wie man das Verlangen nach einem traité additionnel motiviren wolle. Mathieu meine, man solle sich auf den Vorgang Baierns und Würtembergs berufen. Das gehe aber nicht an, man habe mit Frankreich ja im Frieden gelebt, der Vertrag von 1796 bestehe noch. Ueberdies laufe man Gefahr, den Glauben zu erwecken, als ob man den Vertrag mit dem Directorium für die Consularregierung nicht mehr für verbindlich halte. Der einfachste Weg bestehe wol darin, daß man in einem Schreiben an Talleyrand unter Hinweis auf die wiederholten Bemühungen Badens um Abschluß eines traité additionnel angesichts der Beweise des Wohlwollens, die der erste Consul neuerdings dem Markgrafen gegeben habe, dem Wunsche nach Einleitung neuer Verhandlungen Ausdruck verleihe und Reitzenstein Specialvollmacht ertheile.

«Ce qui mérite plus d'attention est peut-être l'article des dépenses que ce traité occasionnera.» Cetto habe an diplomatischen Präsenten etwa 100000 fl. — darunter für Talleyrand eine Dose im Werthe von 20000 fl., für das Bureau 15000 fl. — aufgewendet, also ein Drittel der Summe, die der Markgraf zu opfern bereit sei, es blieben mithin noch 200000 fl. übrig, die man, sobald die Reichsdeputation die von Frankreich vorgeschlagenen Entschädigungen bewilligt haben werde, einflußreichen Persönlichkeiten zuwenden könne.

Reitzenstein wendet sich dann gegen einige Bedenken, die man gegen die neuen Verhandlungen geltend machen könnte. Das Säcularisationsprincip sei anerkannt, Oesterreich protegire die Fürsten seines Hauses, Preußen bemühe sich für Oranien, Nassau und Hessen, Baden könne sich also nur auf Frankreich stützen. Aber vielleicht werde man sich in Paris auf neue Verhandlungen gar nicht einlassen, vielleicht habe Mathieu nur seine Privatmeinung ausgesprochen? Dies sei möglich, aber man laufe dabei keine Gefahr, da man lediglich ein Ansinnen erneuere, das man schon vor vier Jahren gestellt. Vielleicht erhalte man, was man begehre, nicht im vollen Umfang? Aber selbst wenn man außer den im geheimen Vertrage zugesicherten Landen nur das Oberamt Oberkirch erhalte, sei dieses eines solchen Opfers werth, denn für 4000 Ldr. wäre nicht ein einziges Dorf des Oberamts feil gewesen. Es wäre denkbar, daß die bestehende Regierung in Paris gestürzt würde, allein auch in dem Falle stünde nichts zu besorgen, denn die Erfahrung habe gelehrt, daß alle bisherigen Regierungen die Verträge mit Baden respectirt hätten.

Reitzenstein hofft spätestens Anfang Januar auf Mittheilung der Entschließung seiner Regierung.

---

107. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 14. Dec. 1801.

[Die Erwerbung der Aemter Lichtenau und Willstätt, der Herrschaft Lahr und Grafschaft Hohengeroldseck gesichert. Bitte um statistisches Material.]

.... On a déjà signifié à Mr. de Pappenheim que les deux baillages de Lichtenau et Willstätt étaient destinés pour la maison de Bade; à quoi il a consenti sous la condition d'une bonne indemnité. On a également averti Mr de Gagern[1] que la seigneurie de Lahr devait nous être cédée et qu'on offrait en échange à la maison de Nassau le comté d'Altenkirchen

[1] Hans Christoph Ernst von Gagern, der Verfasser der bekannten Denkwürdigkeiten.

duquel il a témoigné être satisfait. L'établissement du Cte de Leyen vers le lac de Constance pour l'indemniser non seulement de Bliescastel, mais encore de Hohengeroldseck est enfin aussi presque décidé, de sorte que nous pouvons presque compter avec une espèce d'assurance sur la réunion de ces trois domaines intéressantes à notre pays. Ces différents détails sont fort secrets. . . .

Ersucht um Geheimhaltung dieser Mittheilungen gegen Gemmingen, «qui ne peut qu'embrouiller nos relations politiques, sans qu'il en puisse jamais résulter le plus petit avantage».

Bitte um vollständige Abschrift der Instructionen des Fürsten Kurakin und der durch den Erbprinzen in Petersburg überreichten Note[1], sowie um Uebersendung aller statistischen Hilfsmittel, deren man in Karlsruhe habhaft werden könne.

---

108. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 15. Dec. 1801.

[Keine Antwort von Panin. Antwortschreiben des Kaisers an den Markgrafen.]

|: . . . . Je n'ai pas encore de réponse à ma lettre au Cte de Panin[2]; qui sait ce qu'elle sera devenue à l'époque du renvoi de ce ministre? Mais M^sgr le Margrave a reçu dimanche une réponse de l'Empereur Alexandre de propre main, en date du 18 nov.[3] dont toutes les expressions sont extrêmement amicales et qui finit ainsi: «veuillez, mon très cher grand-père, agréer l'assurance du sincère attachement que je Vous ai voué et dont j'espère pouvoir un jour Vous convaincre par les soins que je ne cesserai de mettre à Vos intérêts qui me sont sûrement bien chers». :|

Concept.

---

109. Edelsheim an Reitzenstein.

o. D. (30. Dec. 1801)[4].

[Zurückhaltung gegen Gemmingen. Seine Stellung lediglich eine beobachtende.]

. . . . Ne croyez donc pas, mon cher B^on, que je puisse jamais être assez mal avisé pour confier au Bon de Gemmingen les renseignements secrets que Vous nous procurez, et il sera si peu dans le cas de pouvoir gâter ou entraver nos affaires qu'il ne lui est pas même accordé la moindre

---

[1] Vergl. Abschnitt 3.

[2] Vergl. oben S. 70 Anm. 1.

[3] Das Original nicht mehr vorhanden. Ueber den Inhalt s. den Erlaß Edelsheims an Gemmingen v. 9. Juni 1802 oben S. 35.

[4] Das Datum ergiebt sich aus der Empfangsanzeige Reitzensteins.

faculté de se prêter à aucune négociation quelconque et que toute sa besogne se réduit à observer et à nous mander exactement tout ce qui peut parvenir d'intéressant à sa connaissance. . . .

Concept.

110. Protokoll des Geh. Raths.

Karlsruhe, 30. Jan. 1802.

[Man entschließt sich, über einen traité additionnel zu verhandeln.]

Smus haben heute Vormittag eine besondere Zusammenkunft[1] anzuordnen geruhet und Sich den jüngsten Bericht Ihres Gesandten zu Paris, Geh. Raths von Reitzenstein, sammt denen ihm vormals unterm 10ten Junius[2] und 5ten November 1797 zugegangenen Aufträgen unterthänigst vortragen lassen, sofort in Erwägung aller Umstände die höchste

Entschließung

gefaßt, ersagtem Gesandten von Reitzenstein neue Unterhandlungen mit dem französischen Gouvernement über eine zu Stande zu bringende Convention additionnelle zu dem im Jahre 1796 mit der Republik Frankreich abgeschlossenen Separatfriedenstractat zu committiren und zu dem Ende die vorläufig entworfene Specialvollmacht und nähere Instruction sammt der weiteren Bevollmächtigung, daß er zu Verehrungen über die Summe von viertausend Louisd'or disponiren könne, nachdem diese Entwürfe die höchste Genehmigung erhalten haben, zur wirklichen Aussfertigung bringen und ihm durch den demnächst zur interimistischen Besorgung der Gesandtschaftssecretariatsstelle nach Paris abgehenden Kammerassessor Groos sicher behändigen zu lassen.

In fidem huius protocolli:

Frh. von Gayling. Frh. v. Edelsheim. E. Meier. Fr. Brauer.

111. Instruction für Reitzenstein[3].

Karlsruhe, 30. Januar 1802.

[Formulirung der badischen Wünsche betr. des traité additionnel.]

Im Eingange wird Reitzenstein ermächtigt, betr. derjenigen Artikel des Friedens von 1796, welche theils allzubeschwerlich gefallen, theils durch den Frieden von Lunéville eine Aenderung erfahren, neue Unterhandlungen anzuknüpfen.

Zuvörderst verweisen Wir auf Unsere in eben dieser Absicht unterm 10ten Junius und 5ten Nov. 1797 gegebenen Instructionen, insoweit sie nach dem inzwischen erfolgten Lüneviller Friedensschluß annoch anwendbar sind, und hegen insbesondere

[1] Anwesend die Geh. Räthe von Gayling, Edelsheim, Meier und Brauer.

[2] Polit. Correspondenz, II, 599; die Instruction vom 5. Nov. ist nicht mehr vorhanden.

[3] Vergl. zum Folgenden den Bericht Reitzensteins vom 20.—27. Nov. 1801 (oben Nr. 106), dessen Vorschläge der Instruction zur Richtschnur dienen.

in Ansehung des öffentlichen Vertrags immer noch den angelegentlichsten Wunsch, es werde der 2te und 3te Artikel solche Modificationen erhalten, damit sie mit Unsern reichsständischen Verpflichtungen sich vereinigen lassen.

Gegen den 4ten und 5ten Artikel können Wir nun keine weitere Einsprache haben, nachdem die in dem Lünéviller Frieden geschehene Abtretung des linken Rheinufers von Kaiser und Reich ratificiret worden ist, und als Folge dieses Friedensschlusses, welcher den Thalweg des Rheinflusses zur Grenze zwischen Deutschland und Frankreich festsetzt, müssen Wir nunmehro von denenjenigen Anforderungen ausdrücklich losgesprochen werden, welche in Art. 6, 8, 9 und 10 enthalten sind.

Bei dem 11ten Artikel haben Wir nie einen Anstand gefunden, auch in Ansehung des 12ten wiederholen Wir nur die in Unserer Instruction vom 10ten Junius 1797 gemachten Bemerkungen und bei dem Inhalt der übrigen Artikel können Wir es lediglich bewenden lassen.

Belangend den geheimen Vertrag, so hat es mit dem 3ten und 4ten Artikel eben die Beschaffenheit wie mit dem 6, 8, 9 und 10ten des öffentlichen Vertrags und müssen Wir dahero sowol von der Cession der Feste Kehl als von dem Abtritt eines Geländes von 50 Morgen auf der rechten Rheinseite, der Festung Hüningen gegenüber, ausdrücklich entbunden werden.

Bei dem 5ten, 6ten und 7ten Artikel lassen Wir es bei Unseren vorigen Erklärungen bewenden, und der 8te hat indessen durch den von Kaiser und Reich ratificirten Lünéviller Frieden seine Bestimmung erhalten.

In Ansehung des 9, 10, 11, 12 und 13ten Artikels belassen Wir es bei Unserer Instruction vom 10ten Junius 1797 und bei dem 14ten haben Wir nunmehro keinen Anstand; auch ist der 15te von Unserer Seite mehr als vollständig erfüllet worden.

Das wenigste, was Wir dagegen verhoffen können, ist die Befreiung von der in Art. 16 und 17 Uns anbedungenen weiteren Geld- und Holzcontribution, deren Betrag übrigens Unser Abgeordneter mit dem, was Wir auf den ersten Contributionsansatz zuviel geliefert haben — den ungeheuren Schaden bei dem Rückzug der Rhein- und Moselarmee im Jahr 1796 ungerechnet —, mehr als hinlänglich belegen wird.

Auch in Ansehung des 18ten Artikels wiederholen Wir lediglich die vorderen Instructionen.

Soviel hingegen die Versprechungen der französischen Regierung in articulo 1 und 2 betrifft, so müssen Wir den Wunsch dringend wiederholen, und Unser Abgeordneter hat sein vorzügliches Augenmerk darauf zu richten, daß die von dem französischen Gouvernement besonders in Art. 1 für Unsere Cessionen Uns zugesicherte Cedenda, anstatt zu deren Verschaffung nur bona officia eintreten zu lassen, Uns förmlich garantiret und daß solchen zum allerwenigsten die Herrschaft Oberkirch beigesetzt werde. Da Wir aber mit diesen Gegencedendis für

den Verlust, den Wir durch die Abtretung des linken Rheinufers erleiden und für die über 21 Millionen Gulden sich belaufenden Kriegskosten und Schaden keine vollständige Entschädigung erlangen, wenn zumalen in Betrachtung gezogen wird, daß die von Uns abgetretenen jenseits rheinischen Lande der ansehnlichsten Verbesserungen, in die Wir sie zu versetzen bereits angefangen hatten, fähig sind und daß Uns durch die Aufhebung Unserer lehnsherrlichen Rechte über die ausgebreiteten überrheinischen Besitzungen Unserer zahlreichen Vasallen die Hoffnung zu sehr beträchtlichen Rückfällen entgehet, so dürfen Wir von der Billigkeit sowol als von der Politik der französischen Regierung erwarten, sie werde bei obgedachten Versprechungen nicht stehen bleiben, sondern Uns zu einer Entschädigung verhelfen, die Unseren großen Aufopferungen und Unserer künftigen mehreren Selbstständigkeit angemessen sein mag.

Außerdem daß Uns die diesseitigen Zubehörden der Bisthümer Speier, Straßburg und Basel mit Einschluß des Stifts Odenheim zu Theil werden, müssen Wir Unser Absehen zunächst auf die Ortenau, die Reichsstädte Offenburg, Gengenbach, Zell am Harmersbach, die Prälatur Gengenbach und die Grafschaft Bonndorf, aber auch ebenso vorzüglich darauf richten, daß Uns wo immer möglich der an Unsere Lande anstoßende Theil des Oberamts Bretten nebst dem Ort Dettenheim, die würtembergischen Orte Grünenwettersbach und Palmbach, die Herrschaften Lahr und Geroldseck sammt den Hanau-Lichtenbergischen Aemtern diesseits des Rheins zugeschieden, denen jetzigen Besitzern aber anderswo eine convenable Vergütung verschafft werde, wogegen Wir auf diejenigen Gegenstände verzichten würden, die Uns in der Gegend des Bodensees und im Mainzischen eben zum Behuf schicklicher Anstauschungen zugedacht sind.

Sollte der Fall eintreten, daß der österreichische Antheil am Breisgau sammt den Waldstädten von dem Herrn Herzog von Modena beharrlich ausgeschlagen und in die Entschädigungsmasse geworfen würde, so dürfte sich die günstige Gelegenheit darstellen, daß die Geneigtheit der französischen Regierung diejenigen Ansprüche realisire, welche Unserem fürstlichen Haus von jeher an das Breisgau zugestanden haben. Dieser Wunsch bleibt jedoch dem ersteren insoweit untergeordnet, daß, wenn beide nebeneinander nicht stattfinden können, Wir den ersteren, nämlich denen Entschädigungsgegenständen zwischen der Kraich und der Bleich[1] der mehreren Convenienz wegen den Vorzug geben. — Auch erwarten Wir von dem Wohlwollen des französischen Gouvernements, dasselbe werde, wenn neue Kurwürden errichtet werden sollten, nicht geschehen lassen, daß Wir bei deren Vergebung in ein ungleiches Verhältniß gegen das fürstliche Haus Würtemberg versetzt werden, als welches Uns nicht nur äußerst empfindlich fallen, sondern auch für alle Zukunft die widrige Folge haben würde, daß der würtembergische Einfluß auf die Angelegenheiten des gesammten Schwäbischen Kreises ein nach-

---

[1] Nebenflüßchen der Elz, bei Kenzingen in diese mündend.

theiliges Uebergewicht gewinne, — der Unserige hingegen in gleicher Maaße sich verringern würde. Indem Wir nun Unserem Abgeordneten in vorstehendem Unsere Wünsche und Hoffnungen anvertrauen, so sind Wir zugleich im voraus überzeugt, — und dafür bürgt Uns sein bisheriger unermüdeter, mit ebensoviel Einsicht als Klugheit verbundener Eifer für das Beste Unseres fürstlichen Hauses, — derselbe werde seinerseits nichts ermangeln lassen, um den Ausgang der anzugehenden neuen Unterhandlungen, die er unverfänglich und auf die schicklichste Weise zu entamiren wissen wird, dahin zu leiten, damit ersagte Unsere Wünsche, soweit nur immer möglich, in Erfüllung gehen, und zum wenigsten die in dem 1796er Friedensvertrag versprochenen Entschädigungen mit Hinzugabe des Oberamts Oberkirch Uns förmlich garantiret werden mögen.

Auch wiederholen Wir demselben die Versicherung Unseres unwandelbaren geneigten und gnädigen Wohlwollens.

Concept Meiers; Orig. besiegelt und unterzeichnet von dem Markgrafen und Edelsheim.

---

112. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 31. Januar 1802.

[Vorläufige Mittheilung über die neue Instruction. Reitzensteins Vorschläge in allen Punkten genehmigt.]

. . . . Je m'empresse de Vous informer aussi que dans une délibération particulière qui a eu lieu hier dans le cabinet de Msgr le Margrave, S. A. S. a donné des résolutions définitives sur toutes Vos propositions dont aucune n'a rencontré la moindre objection nulle part, conséquemment les instructions qui avaient provisoirement déjà été minutées d'avance y sont entièrement conformes et Vous seront expédiées, dès qu'on aura achevé de les écrire au net. Il n y aura pas un jota de change, moyennant quoi Vous pouvez y compter en tous points, comme si Vous les possédiez déjà effectivement. . . . .

Concept.

---

113. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 5. Febr. 1802.

[Audienz bei Bonaparte. Notification des Todes des Erbprinzen.]

Reitzenstein hat bei dem Empfange am 4. Febr. Bonaparte den Tod des Erbprinzen angezeigt. Der schwedische Gesandte erscheint in tiefer Trauer, Morkow dagegen trägt mit gewohnter Rücksichtslosigkeit sogar „weißen Degen und Schnallen". Bei Entgegennahme des Notificationsschreibens bezeugt der erste Consul seine lebhafte Theilnahme.

|: . . . . Talleyrand m'a demandé, si cet événement apportait quelques changements dans nos rapports politiques: j'ai pu lui répondre en bonne conscience, que non. . . . . :|

114. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 17. Febr. 1802.

[Schreiben Bonaparte's an den Zaren. Verwendung für Baden. Die Kurwürde. Bonaparte wünscht, daß der Markgraf Rußlands Zustimmung erwirke. Die Entschädigungsfrage. Neues Project. Das badische Loos.]

Berichtet über eine Unterredung mit Talleyrand, die am gleichen Tage stattgefunden.

. . . . Le ministre me dit que le gouvernement français commençait dès ce moment à s'occuper sérieusement de l'arrangement des affaires en Allemagne et que c'était pour contribuer à la plus prompte décision de cette affaire, mais surtout pour favoriser d'autant plus particulièrement la maison de Bade, que le 1er Consul envoyait ce soir un courrier extraordinaire à Pétersbourg avec une lettre immédiate de sa part à l'Empereur en personne; que le motif de cette lettre était de répondre à deux lettres précédentes que l'Empereur Alexander avait de même écrites immédiatement au 1er Consul . . . ., mais que dans cette réponse il se trouvait particulièrement la période textuelle suivante[1]:

> «que le 1er Consul était particulièrement porté pour la maison de Bade à laquelle il désirait donner des preuves marquantes tant de son estime personnelle pour S. A. S. le Margrave actuellement régnant que des sentiments qui lui avaient été inspirés en faveur de cette maison par la loyauté constante qu'elle avait manifestée pendant toute cette guerre et qu'il avait eu occasion de remarquer lui-même pendant son séjour à Rastadt, que par ces raisons il avait l'intention de procurer à Son Altesse non seulement un agrandissement considérable en territoire et revenus, mais aussi *le bonnet électoral;* que l'Empereur de Russie étant de près allié à la maison de Bade, le 1er Consul ne doutait nullement que Sa Majesté ne vît avec plaisir ces dispositions et qu'Elle n'avait Elle-même celle (sic!) d'y coopérer de Sa part; qu'ainsi le 1er Consul, aimant à se concerter avec la Russie touchant les affaires de l'Allemagne, désirait que l'Empereur lui fît connaître dans Sa réponse que l'élévation de la maison de Bade à la dignité électorale et son agrandissement proportionnel Lui tenai[en]t aussi à coeur, et qu'enfin Sa Majesté s'expliquait sur l'extension qui pourrait être donnée à cet agrandissement, dans le cas que les conjonctures la favoriseraient de telle manière que ce fût[1]».

---

[1] Vergl. zum Folgenden das Schreiben Bonaparte's an Alexander I. vom 16. Febr., Correspondance de Napoléon, VII, 489. Bonaparte hält den Moment für geeignet, dem Markgrafen einen seinen verwandtschaftlichen Beziehungen zu Rußland entsprechenden Gebietszuwachs zu verschaffen: «ce serait une dette que la France payerait à un Prince si recommandable par ses vertus, qui s'est toujours conduit avec une grande sagesse». Von der Kur ist jedoch nirgends die Rede.

Cette lettre à l'Empereur Alexandre ne passera ni par les mains de M[r] de Morkow, ni du ministère de S[t] Pétersbourg; le courrier français doit la remettre directement à l'Empereur.

L'intention du 1[er] Consul est que l'Empereur lui réponde de même sans l'intermédiaire des ministres, parcequ'on présume qu'autrement ceux-ci donneraient une réponse qui ne serait peut-être pas bien conforme aux sentiments véritables et personnels de Sa Majesté. Le 1[er] Consul a donc marqué au ministre des relations extérieures qu'il serait de la plus grande nécessité que M[sgr] le Margrave envoyât *sur le champ* un courrier extraordinaire de sa part avec une lettre à l'Empereur qui devait lui être remise par S. M. l'Impératrice et dans laquelle Son Altesse fît les plus grands efforts pour persuader l'Empereur à donner directement au 1[er] Consul une réponse analogue aux intentions qu'il veut réaliser en notre faveur. . . . . Pour que nous puissions aller tout droit au but, le ministre conformément aux ordres du 1[er] Consul m'a formellement autorisé à dire dans mon rapport que M[sgr] pourrait écrire sans détour à l'Empereur que j'avais officiellement mandé non seulement le départ du courrier français et le contenu ci-dessus mentionné de la lettre qu'il était chargé de remettre à Sa Majesté mais aussi la communication directe et officielle qui m'en avait été faite par le ministre. . . . .

Pour me mettre seulement à même de savoir, si nous pouvions réclamer de la Russie la spécification détaillée et individuelle des objets qui devaient composer notre indemnité et agrandissement, j'ai dit au ministre qu'à l'exception des différentes petites enclaves qui devaient dans tous les cas faire partie de nos *indemnités*, les deux pays dont l'acquisition serait la plus convenable pour *agrandir* la maison de Bade convenablement à la nouvelle dignité que la bienveillance du 1[er] Consul lui destinait étaient incontestablement le Brisgau et le Palatinat du Rhin, qu'ainsi il me paraissait qu'il s'agissait principalement de savoir avant tout, si le Brisgau avait toujours encore la destination de devoir former l'établissement du Duc de Modène, et si d'un autre côté les arrangements qui seraient amenés par la nécessité de dédommager amplement la maison Palatine de ses pertes énormes pourraient être de nature que cette maison ne fût plus la voisine immédiate de la France, dans lequel cas seul d'un dédommagement suffisant qui pourrait être donné autre part à l'Electeur de Bavière, proche allié de la maison de Bade, cette dernière pouvait se permettre des vues d'agrandissement vers le Palatinat du Rhin. Mais le ministre me répondit là-dessus qu'on ne pouvait pas encore entrer aussi avant dans les détails et que ni la destination du Brisgau, ni les arrangements qui pourraient être pris relativement à l'Electeur de Bavière n'étaient encore définitivement fixés, ... et qu'il suffisait pour le présent que l'Em-

pereur de Russie exprimât à peu près *la quotité de l'agrandissement en population* que Sa Majesté verrait avec plaisir et désirait que la France procurât concurremment avec la dignité électorale à la maison de Bade. . . .

Verweist auf ein neuerdings von der franz. Regierung aufgestelltes Entschädigungsproject.

. . . . D'après ce projet dans lequel . . . . il entre comme une des bases principales que la France n'ait plus aucun point de contact immédiat ni avec la Prusse ni avec l'Autriche, ni même avec la Bavière, on nous a réellement déjà destiné le pays qui s'étend depuis Bâle jusqu'à Mannheim, c'est à dire au bas Necker, sans qu'on ait encore des idées décidément fixées touchant le pays entre le Necker et le Mein. Or, le territoire compris entre Bâle et Mannheim le long du Rhin, — en ayant cependant soin de ne prendre pour ligne de démarcation vers l'est que la ligne qui s'étend depuis Neckargemund le long de l'Elzbach jusqu'à Eppingen, de là en suivant les frontières du Duché de Wurtemberg et les sommités de la Forêt Noire jusque vers les sources du Danube, ensuite vers Todtnau aux sources de la Wiese et de la Wehr, enfin le long de cette petite rivière jusqu'à son embouchure dans le Rhin . . ., parce que dans ce projet de nous donner une extension de territoire jusqu'au Necker les villes forestières proprement dites ne nous sont pas destinées, — peut contenir, y compris le Margraviat actuel, une population de 450000—460000 habitants et si nous pouvions étendre des vues d'agrandissement à la vérité assez immodérées jusqu'à y comprendre encore les *villes forestières* et le *reste* du Palatinat du Rhin sur la *droite* du Necker, cette population pourrait augmenter jusqu'à 550 — peut-être même jusqu'à 600000 âmes. D'après cela il me paraît que, si l'on disait dans la lettre à l'Empereur: «que les intentions déjà actuellement connues du gouvernement français destinaient à la maison de Bade une population de 450000—460000 âmes, mais qu'on avait raison d'espérer d'en obtenir l'augmentation jusqu'à la somme de 600000 âmes, dans le cas que S. M. l'Empereur exprimât au 1er Consul le vœu de voir donner à la maison de Bade cet agrandissement qui paraissait nécessaire pour pouvoir soutenir d'autant mieux la dignité électorale», on pourrait certainement se rendre le témoignage d'avoir entièrement épuisé tout ce qui serait possible — je ne dis pas — d'*obtenir*, mais seulement de *mettre en avant*, sans exciter contre nous la rumeur générale de toutes les puissances de l'Allemagne. . . . .

. . . Folgen Rathschläge und Winke betr. Abfassung des Schreibens an den Zaren, das am besten durch die Kaiserin selbst, nicht durch den Minister überreicht werde.

115. Bonaparte an Karl Friedrich.

Paris, 2 Vent. an 10 (21. Febr. 1802).

[Beileidsbezeugung beim Tode des Erbprinzen.]

J'ai reçu avec une vive sensibilité la nouvelle qui V. A. S. m'a donnée de la mort de son fils, le prince héréditaire. Je partage sincèrement la douleur qu'un événement aussi funeste a causée à V. A. S. et Elle doit être persuadée que je rends trop de justice à Son excellente conduite dans Ses rapports avec la République Française, pour ne pas être toujours empressé de Lui témoigner l'intérêt que prend le Gouvernement à tout ce qui La concerne.

Je prie etc. . . . .

Copie.

---

116. Karl Friedrich an Kaiser Alexander I. von Rußland[1].

Karlsruhe, 23. Febr. 1802.

[Bitte um Begünstigung bei der Regelung der Entschädigungsfrage mit Berufung auf das Schreiben Bonaparte's an den Zaren.]

Die Antwort, die der Zar auf sein Schreiben vom 22. Oct. v. J.[2] ertheilt, ermuthigt den Markgrafen, abermals seine Unterstützung nachzusuchen.

Je viens d'être informé officiellement de la lettre que le Premier Consul de la République Française a eu l'honneur d'expédier à S. M. I. ces jours-ci, par un courrier extraordinaire ainsi que du contenu textuel de la période qui s'y trouve particulièrement à mon sujet[3]. Le Premier Consul désire même qu'en réclamant la protection de V. M. I. je m'appuye de tout ce qu'il a eu l'honneur de Lui exprimer relativement à cet objet et des dispositions prononcées du gouvernement français en ma faveur.

V. M. I. n'aura pas de peine à reconnaître dans ces procédés du Premier Consul, combien sa délicatesse et sa haute considération pour Elle lui font rechercher de laisser uniquement dépendre de Sa bienveillance envers une maison qui a le bonheur de se trouver actuellement Sa très proche alliée, le sort et la splendeur futures de celle-ci. Il est tout aussi indubitable que le gouvernement français se prêtera avec empressement à tout ce que S. M. I. paraîtra souhaiter à cet égard. J'ose donc espérer qu'Elle daignera ne pas laisser échapper une occasion si favorable — et même unique — de procurer par Sa haute protection dans le nouvel ordre des choses qui résultera nécessairement de l'arrangement définitif des affaires d'Allemagne, une telle existence au grand-père de S. M. l'Impératrice et à la maison de Bade, par laquelle notre position reçoive une consistance et un dégré de considération conforme aux rapports qui appartiennent à ma

---

[1] Expedirt durch den Courier Gaber, der am 24. Febr. Karlsruhe verläßt und am 13. März in Petersburg eintrifft; die Reisekosten des Couriers belaufen sich auf 2270 fl.

[2] S. oben S. 35 u. 83.

[3] Correspondance de Napoléon, VII, 489. Vgl. oben S. 88.

maison dans la catégorie des anciennes maisons héréditaires de l'Empire; ce qui, vu les grands changements qui sont à prévoir, ne saurait être effectué sans des agrandissements proportionnés. V. M. I. donnera par là un témoignage marquant de l'efficacité de Sa puissante protection envers les proches parents de S. M. l'Impératrice et la splendeur future de la maison de Bade ne dépend, Sire, que de la protection de S. M. Imp^{le} dans cette circonstance[1]. . . . .

Concept Edelsheims.

117. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 26. Febr. 1802.

[Unterredung mit Morkow. Weisungen seines Hofes. Seine Verhandlungen mit Talleyrand über die badische Entschädigung. Talleyrand findet die Vorschläge Rußlands zu bescheiden. Zurückhaltung Morkows. Vorwürfe.]

|: Klagen über die abstoßende, ja feindselige Haltung des Grafen Morkow. Auf sein Ersuchen hat Reitzenstein am 22. d. M. eine Unterredung mit ihm.

Ma conversation avec lui fut assez longue et extrêmement intéressante et amusante à la fois pour moi, puisqu'étant alors suffisamment instruit de tout, je pouvais d'autant mieux pénétrer ses intrigues et sa malveillance. Mes premiers explications ne lui permirent pas de douter que je ne fusse exactement informé du contenu de ses instructions, son embarras devait donc être d'autant plus grand, puisqu'il était forcé de me faire une confession, on ne peut pas plus singulière, en me disant qu'on lui avait transmis de Pétersbourg un tableau des indemnités que chacun des princes lésés devait avoir et que dans ce tableau[2] on avait destiné à la maison de Bade absolument tout ce qu'elle avait demandé par le mémoire que le défunt prince héréditaire avait remis à l'Empereur, qu'il s'était conformé à l'indication de ce tableau dans une note qu'il avait présentée au ministre des rel. ext. et qu'il ne pouvait s'empêcher de m'informer que le ministre lui avait répondu que les objets d'indemnisation destinés dans ce tableau à la maison de Bade paraissaient au gouvernement français être insuffisants, que cette indemnité n'était pas aussi libérale que la France voulut qu'elle le fût, qu'ainsi on désirait qu'elle fût suffisamment augmentée[3]. — La suite à demain! :|

---

[1] Gleichzeitig theilt Edelsheim der in Petersburg weilenden Prinzessin Amalie den Inhalt der letzten Depesche Reitzensteins (oben Nr. 114) vertraulich mit; Frankreich werde einem Gebietszuwachse bis zu einer Bevölkerung von 5—600000 Einw. zustimmen. Sie möge von diesen Eröffnungen nur mündlich vorsichtigen Gebrauch machen, sich aber bemühen, den Kaiser für das Project zu gewinnen.

[2] Vermuthlich identisch mit dem Tableau, das Rasumowsky in Wien vorgelegt hatte. S. oben S. 25.

[3] Vergl. den Bericht Morkows vom 15. Febr. bei Tratchevsky, I, 336, der mit dieser Darstellung völlig übereinstimmt.

118. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 27. Febr. 1802.

[Folge der vorigen Depesche.]

|: V. Exc. conçoit bien toute l'indignation que me fit éprouver un aveu aussi étrange et même déshonorant pour la gloire de l'Empereur de Russie, aussi ne pus-je m'empêcher d'observer à Mr de Morkow, que les intentions généreuses et libérales du 1er Consul . . . envers la maison de Bade ne m'étaient pas inconnues, mais que non obstant cela j'avais cru jusqu'ici de pouvoir me flatter d'un appui plus efficace de la part de la Russie et cela d'autant plus que non seulement il s'agissait principalement de l'augmentation des objets d'indemnité stipulés déjà dans notre traité secret, mais que le défunt prince héréditaire avait dans sa note, remise à l'Empereur, surtout insisté sur l'insuffisance de cette indemnité et que S. M. avait paru s'en être entièrement convaincu, puisqu'Elle avait daigné en assurer Msgr le Margrave même avec l'assurance d'avoir ordonné que les réclamations résultantes de cette insuffisance fussent partout protégées. Ce que Mr de Morkow me dit alors pour justifier ce procédé fut encore plus singulier que tout le reste. Il me dit en propres termes qu'il n'avait proposé au gouvernement français une indemnité aussi faible pour la maison de Bade que pour donner une preuve éclatante de l'impartialité et du désintéressement absolu de la Russie . . . ., qu'il avait aussi fait cette même observation au ministre Talleyrand en réponse à la sienne, mais que comme les intentions affectueuses de son maître envers Msgr le Margrave lui étaient parfaitement connues, il n'avait pas manqué d'ajouter verbalement à cette explication qu'il était charmé de voir que le gouvernement français était si fortement prononcé en notre faveur et que certainement plus la France nous procurerait et plus elle ferait de plaisir à l'Empereur[1].

V. Exc. conviendra sans doute avec moi que j'aurais pu dire à Mr de Morkow les choses les plus sanglantes sur l'inexécution des ordres les plus précis et surtout sur le désintéressement qu'une puissance qui a pris les 2/5mes de la Pologne veut montrer à l'Europe aux dépens de la maison de Bade, mais Elle conviendra aussi que ce n'aurait été que de la peine perdue et que je n'aurais fait que d'aigrir davantage un homme qui ne connaît qu'intrigue et intérêt pécuniaire.

Morkow ermächtigt Reitzenstein, von diesen Eröffnungen seinem Hofe Mittheilung zu machen.

Quant au ministre Talleyrand, il me dit que je me pouvais appuyer auprès de lui de tout ce qu'il venait de me dire, mais que je devais me

---

[1] Vergl. damit übereinstimmend den Bericht Morkows vom 15. Februar bei Tratchevsky, I, 337.

garder de lui parler du tableau général, proposé par la Russie, puisqu'il me suffisait de savoir seulement ce qui avait été destiné à la maison de Bade. . . . . :|

119. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 28. Febr. 1802.

[Unterredung mit Morkow. Folgerungen.]

|: Reitzenstein knüpft an die Mittheilungen Morkows einige Folgerungen.

. . . . 1°. D'abord il est permis de soupçonner que les ordres même du cabinet de Pétersbourg ne sont pas entièrement conformes aux intentions exprimées dans la lettre circulaire de Mr de Kurakin[1], surtout si le tableau des indemnités proposés pour les princes lésés a été rédigé à Pétersbourg et envoyé dans cette forme à Mr de Morkow. Ce dernier croyait se montrer bien généreux envers moi, en m'assurant que tout ce que nous avions demandé nous était destiné par ce tableau; je présume donc qu'on y a mis en ligne de compte les objets des dédommagements stipulés déjà dans notre traité secret et dont l'augmentation fait précisément le plus grand objet de nos voeux. . . . . 2°. Mr de Morkow n'ayant pas voulu que je prisse connaissance de la totalité de ce tableau, il est permis de soupçonner en outre que les conditions proposées de la Russie en faveur d'autres maisons, particulièrement celle de Bavière et de Wurtemberg, sont proportionnellement beaucoup plus avantageuses que celles proposées pour nous[2]. 3°. Comme d'après l'assurance de Mr de Morkow ces propositions doivent comprendre au moins les objets stipulés dans notre traité secret et que Mr de Talleyrand lui a observé que l'indemnité de la maison de Bade devait être plus forte, j'en conclus avec une certaine espèce d'assurance que l'intention du gouvernement français a réellement été l'accomplissement de ce que le tableau connu de Mr Mathieu nous aurait assuré[3]; c'est du moins une preuve convaincante à ajouter à tant d'autres que la France est la seule puissance qui veuille sincèrement nous favoriser. . . .:|

120. Edelsheim an Reitzenstein.

März 1802[4].

[Expedition der Schreiben nach Petersburg. Hédouville in Karlsruhe. Beileidsschreiben Bonaparte's.]

. . . . Nos amis M[eier] et B[rauer] ayant eu la complaisance de copier mes minutes des lettres à l'Empereur de Russie et à Me la Princesse Amélie[5] afin de pouvoir Vous les communiquer, Vous verrez exacte-

[1] Vergl. Abschnitt 3.

[2] Diese Folgerung ist, soweit sie Würtemberg betrifft, wie das auf dessen Entschädigung bezügliche Tableau ergiebt, unrichtig. (Wien. St.-Arch.)

[3] S. oben Nr. 69.

[4] Ohne Tagesdatum; jedenfalls anfangs März.

[5] Vergl. Abschnitt 3.

ment, cher Baron, le parti que j'ai tiré des idées que Vous nous avez suggérées à cet égard.

En outre le Margrave a écrit une lettre de propre main à l'Impératrice dont . . . le contenu a été très propre à réveiller aussi son zèle pour la prospérité de sa maison. . . . Je suis bien impatient des résultats de ces tentatives et quelles seront les réponses que nous aurons de Pétersbourg. Il ne m'a pas paru que le ministre Hédouville[1] fût informé le moins du monde de cette démarche immédiate du 1er Consul auprès de l'Empereur de Russie et en conséquence je me suis bien gardé aussi de lui en toucher quelque chose; il ne m'a pas parlé que de l'article secret du traité entre la France et la Russie qui nous concerne, mais, selon ce qu'il en a dit ensuite en particulier à Massias, le Duc de Wurtemberg se trouverait également compris dans cet article mentionné.

Mittheilung einer Abschrift «de la délicieuse lettre de condoléance du 1er Consul»[2].

Je Vous avoue qu'indépendamment même des expressions infiniment obligeantes de cette lettre la différence marquante de la courtoisie qui y est employée d'avec celle de certaine autre lettre antérieure[3] sert encore à me confirmer davantage l'opinion que je partage depuis longtemps avec Vous, que le 1er Consul veut sérieusement nous élever un peu plus dans les conjonctures présentes.

Concept.

---

121. Aperçu des objets d'indemnités dont l'acquisition conviendrait le mieux à la maison de Bade pour la dédommager des pertes que la cession de la rive gauche du Rhin à la France lui fait essuyer[4].

Paris, 16. März 1802.

[Ungenügende Entschädigung für die Verluste durch den Separatfrieden. Streben nach größerer Contiguität durch Erwerbung der „Enclaven“. Man begehrt Oberkirch, Offenburg, Gengenbach und Zell a. H., eventuell den Breisgau und die rechtsrheinische Pfalz. Kurwürde. Frankreichs Interesse an diesem Machtzuwachs.]

La maison de Bade perd par la cession de la rive gauche du Rhin à la France les deux grands-baillages de Kirchberg et Birkenfeld, 8 autres baillages non moins considérables et 4 seigneuries domaniales. Ces possessions formaient pour la plus grande partie le ci-devant Cté de Sponheim, elles étaient des provinces immédiates de l'Empire sur lesquelles les Margraves exerçaient la souveraineté territoriale la plus étendue et qui leur

---

[1] General Hédouville, der neu ernannte französische Botschafter am russischen Hofe, war auf dem Wege nach Petersburg am 4. März zu kurzem Besuch in Karlsruhe angekehrt.

[2] Vergl. oben Nr. 84; Massias hatte das Schreiben am 5. März überreicht.

[3] Anspielung auf Bonaparte's Schreiben vom 30. Juli 1800. Polit. Correspondenz, III, 381.

[4] Ueber die Entstehung dieser von Reitzenstein verfaßten Denkschrift vergl. Nr. 123.

donnait en même temps droit de suffrage aux diètes du Cercle du Haut-Rhin. La maison de Bade perd également le baillage de Beinheim en Alsace et les importantes seigneuries de Rodemachern, Hesperange et Useldingen dans le Duché de Luxembourg. Les Princes Frédéric et Louis enfin . . . perdent ²/₃ de la seigneurie de Kutzenhausen en Alsace. . . . Ces possessions comprenaient 4 villes, 9 bourgs, 140 villages, 3 châteaux et 18 hameaux. Leur population se montait d'après les dénombrements, qui comme on sait restaient toujours au dessous de la vérité, 41824 habitants, sans compter la seigneurie de Kutzenhausen. La perte en revenus tant des caisses que des établissements publics se monte à près de 400000 fl. d'Empire ou 900000 livres tournois par an. La partie du Margraviat située sur la rive droite du Rhin a été en outre presque continuellement le théâtre de la guerre et les pertes qui en sont résultées ont été calculées à plus de 22000000 de florins, c'est à dire près de 50000000 de livres. Ce beau pays est ruiné, l'existence politique de la maison de Bade, la plus antique de l'Allemagne, une maison dont les ancêtres ont été grands princes dans un temps où ceux de plus grandes puissances de l'Europe n'avaient encore aucun nom dans l'histoire, est perdue pour l'avenir, si les mains généreuses de la France ne la relèvent pas dans la conjoncture actuelle. Les circonstances, dans lesquelles le traité secret passé avec la France le 5 fructidor an IV fut conclu, ne permirent pas de remplir suffisamment le but indiqué . . . . Folgt eine Aufzählung der dort angeführten Entschädigungsobjecte. . . . . L'insuffisance de cette indemnité est sensible, en jetant seulement un coup d'œil sur la carte; elle n'a jamais été méconnue par le gouvernement français, c'est par la suite de cette considération que le soussigné n'a jamais douté d'obtenir l'assurance d'une indemnité plus étendue, mais ce qui doit mettre le comble à la confiance de son maître, c'est que le Premier Consul par un effet de bienveillance qu'il est de sa générosité d'accorder à un voisin toujours loyal, toujours fidèle, a voulu que ce prince dût compter sur sa puissante protection.

Les objets additionnels d'indemnité que la situation du Margraviat peut mettre S. A. dans le cas de désirer préférablement, sont naturellement ceux dont l'acquisition pourra donner à ses états plus de contiguité et plus de consistance. Les états qui restent à la maison de Bade sur la rive droite du Rhin se prolongent entre le Rhin et la Forêt Noire depuis les frontières de la République Helvétique jusqu'à celle du Palatinat du Rhin, mais les différentes parties qui les composent sont séparées entre elles par des enclaves assez considérables. La maison de Bade ne peut avoir d'autre but que de réunir ces enclaves à ses possessions; l'accomplissement de ce but est le seul moyen de donner au Margrave et à ses successeurs la force politique que l'intérêt même de la France exige de

procurer à une maison dont tous les états ne sont que frontières françaises, qui par conséquent ne peut avoir, ne cherchera et n'aura jamais d'autre appui que celui de cette grande puissance et qui a assez témoigné que ce n'est qu'à elle qu'elle désire être redevable de son lustre. . . . . Le coup d'œil le plus superficiel sur la carte de l'Allemagne fait voir ce qui manque encore à la consolidation du Margraviat outre les objets contenus dans le traité secret, mais il n'y a que le baillage d'*Oberkirch*, dépendant de l'évêché de Strasbourg et les 3 petites villes imp^les^ d'Offenbourg, Gengenbach et Zell au Harmersbach avec leur territoires pour l'acquisition desquels ainsi que d'un surcroît d'indemnité en faveur des Princes Frédéric et Louis le soussigné puisse directement émettre son vœu; toutes les autres enclaves comprises dans l'étendue de pays ci-dessus désignée, appartiennent ou à la maison d'Autriche ou à celle de Bavière. Il peut donc craindre d'être taxé d'indiscrétion, mais il remplirait mal ses devoirs, s'il ne se permettait pas de représenter que dans le cas où la maison d'Autriche, désirant pour la branche de Modène un établissement plus conforme aux intérêts de la monarchie que le Brisgau, consentît à ce que ce pays fît partie de la masse destinée aux indemnités, la maison de Bade doit désirer d'autant plus vivement que ce territoire ainsi que l'Ortenau et les villes forestières fussent ajoutés à son lot qu'elle a depuis près de 4 siècles les droits les plus incontestables sur ce pays, le plus ancien des vastes domaines dont elle était autre fois la souveraine[1]. Quant au Palatinat du Rhin, le soussigné contreviendrait à ses ordres les plus précis, s'il se permettait la moindre démarche à laquelle on pourrait donner le but de blesser les intérêts de S. A. E. de Bavière, mais dans le cas seulement où les dédommagements que la maison de Bavière réclame justement pour ses pertes immenses fussent stipulés d'une manière qui, pour consolider d'autant plus la masse de l'Electorat, l'éloignât des bords du Rhin, le soussigné ne saurait supprimer le désir que la partie du Palatinat y contigue fût incorporée au Margraviat dans une prolongation et latitude telle que les circonstances pourraient mettre le gouvernement français à même d'en procurer l'acquisition à S. A. le Margrave.

Un vœu additionnel enfin c'est que dans la supposition où quelques-uns des princes les plus marquants de l'Empire dussent être élevés à la dignité électorale, cette élévation fût étendue à la maison de Bade qui est la première de toutes par la noblesse de son origine. La France n'aura jamais ici de voisin plus dévoué et S. A. S. le Margrave transmettra à ses descendants comme une hérédité inviolable la fidélité aux sentiments de reconnaissance envers la France et sa vénération pour la personne du 1er Consul. Pour ce qui est des motifs de politique que la France peut y

[1] Vergl. Polit. Correspondenz, III, 78 ff.

avoir, il ne conviendrait nullement au soussigné d'en parler, il sait que le gouvernement français ne saurait se proposer un but plus noble que le bonheur de l'Europe et par conséquence la plus grande stabilité possible de la paix continentale, que la France ne saurait mieux s'assurer cette stabilité qu'en s'entourant le long de ses frontières de voisins dont la loyauté soit éprouvée et qu'elle rende assez puissants pour leur procurer une certaine consistance politique. Il ose enfin hardiment avancer et il en appelle au jugement de tous les hommes d'état et de tous les militaires que, depuis la cession de la rive gauche du Rhin, il n'existe absolument aucune partie de la frontière française qui soit aussi importante pour cette puissance que celle comprise entre le Rhin et la Forêt Noire depuis la Suisse jusqu'au Necker. C'est précisément là que sont situés les états actuels de la maison de Bade, c'est là qu'il est digne de la France de l'agrandir et de montrer à l'Europe dans cet exemple sa puissance, sa bienveillance et la sagesse de sa politique en même temps[1].

Abschrift von Groos.

---

122. Evaluation statistique.

Paris, 17. März 1802.

[Statistisches Material. Abschätzung der Gebietsverluste und Entschädigungen nach der Kopfzahl.

Les états de S. A. S. Margrave de Bade comprenaient avant la guerre une population de 270000 âmes[2]. La cession de la rive gauche du Rhin a fait perdre à la maison de Bade près de 42000 âmes[3]; il lui reste donc sur la rive droite environ 175000.

La population des états destinés d'après le traité secret du 5 fructidor [an] IV à servir d'indemnité au Margrave ne peut être évaluée qu'approximativement, parce qu'il ne s'est pas fait dans les états ecclésiastiques de l'Allemagne des recherches statistiques aussi précises que dans la plupart des états séculiers. Celle par exemple de la partie de l'évêché de Spire, située sur la droite du Rhin, a été estimée par les uns à 15000,

---

[1] Eine inhaltlich entsprechende, nur kürzer gefaßte Note wird gleichzeitig Bonaparte überreicht; das vorliegende Memoire war für Talleyrand bestimmt.

[2] Die statistische Litteratur dieser Zeit (Fr. H. v. Lang, Gaspari, Hoff u. a.) beziffert den linksrheinischen Verlust Badens sehr verschieden. Ihre Angaben schwanken zwischen 23—36000 Einw. Nach den im Gen.-Landesarchive vorliegenden statistischen Erhebungen hat die Bevölkerung der gesammten Markgrafschaft sich im J. 1789 auf 196602 Seelen belaufen, die linksrheinischen Aemter, mit Ausnahme von Rodemachern und Hesspringen, für welche sich kein Material findet, zählten 27684 Einwohner. Weitere Erhebungen aus dem J. 1800 berechnen die Bevölkerung der rechtsrheinischen Lande auf 177687 Köpfe.

[3] Reitzenstein übersieht hier völlig den Widerspruch dieser mit den früheren Angaben von badischer Seite. S. oben das Promemoria v. 10. Jan. 1799 u. die geh. Note Reitzensteins vom 31. März 1801. Polit. Correspondenz, III, 139; IV, 40 ff.

par d'autres à 20000 et même jusqu'à 24000. Quant aux deux baillages de l'évêché de Strasbourg, on diffère depuis 5000 jusqu'à 25000 âmes et ainsi de suite. D'après l'estimation qui paraît s'éloigner le moins de la vérité on peut compter[1]

	âmes
1. pour l'évêché de Spire	20000
2. pour celui de Strasbourg	10000
3. pour celui de Constance	10800
4. pour les pauvres restes de celui de Bâle, âmes ou plutôt mendiants	1800
5. les baillages de Lichtenau et Willstädt (Hesse Darmstadt)	7500
6. la seigneurie de Lahr (Nassau Usingue)	6700
7. le comté de Hohengeroldseck (famille de Leyen)	3900
	60700.

Il n'y aurait donc qu'une augmentation de 18000 âmes de population et ce bénéfice apparent disparaît totalement, quand on considère les pertes énormes de la guerre, le dérangement des finances, la diminution extrême des revenus, comparativement à ceux perçus sur la rive gauche, enfin les charges considérables dont l'entretien nécessaire à tant de bénéficiers doit grever les objets destinés aux indemnités.

En supposant que l'évêché de Constance peut être échangé

8. contre la seigneurie de Hausen (Furstenberg), évaluée à une population de 14000 âmes, il y aurait un bénéfice de . . . . sur celle de Constance.	3200
9. La partie indispensablement nécessaire du grand-baillage de Bretten (Palatinat) peut contenir	7800
10. L'Ortenau autrichienne avec les 3 villes d'Offenbourg, Gengenbach et Zell sur le Harmersbach a été estimée d'après un calcul qui à la vérité paraît trop fort à . . .	16000
11. L'abbaye de Gengenbach à	300
	88000.

Le soussigné est fondé d'assurer que ces objets-là, par l'acquisition desquels le Margraviat augmenterait d'une population de 46000 âmes environ, composent le minimum de ce qui pourrait avoir l'apparence de quelque dédommagement. Se flattant néanmoins que le gouvernement français ne voudra assurément pas en rester là, il a l'honneur d'observer

[1] Die folgenden Zahlen sind, wenn man sie den Angaben von Hoff, Gaspari, Lang, Kolb u. a. gegenüberhält, ausnahmslos zu niedrig gegriffen und ersichtlich nur darauf berechnet, Frankreich über den wahren Werth der begehrten Entschädigungsobjecte zu täuschen.

12. que le Brisgau, déduction faite du Frickthal, du C[té] de Bonndorf . . . . y compris cependant les villes forestières sur la droite du Rhin peut contenir . . . . . — âmes 110000
13. la partie du Palatinat du Rhin sur la gauche du Necker (déduction faite de Bretten) 56000
14. celle sur la droite du Necker, déduction faite des baillages un peu éloignés de Boxberg, Uzberg[1] et Lindenfels 53000
15. le C[té] de Bonndorf 8000
16. les baillages mayençais de Heppenheim et Bensheim . . 10000.

Comme il est permis d'admettre plusieurs suppositions, la colonne A. de la table ci-jointe expose la population future des états de Bade depuis le *minimum* ci-dessus indiqué; les autres sont progressives, en supposant lit. B. l'augmentation de ces états par le Brisgau; lit. C. par Bonndorf; lit. D. par le Palatinat jusqu'au Necker; lit. E. par le reste du Palatinat et lit F. par une prolongation du territoire jusqu'à la frontière du pays de Hesse Darmstadt. En déduisant de chacune de ces 4 dernières colonnes la somme de 110000 âmes équivalente à la population de Brisgau, on saura ce qui resterait au Margraviat dans le cas que l'établissement de l'Archiduc Ferdinand dût se faire selon le traité de Lunéville. Il s'entend de soi-même que ni les pertes des Princes Frédéric et Louis de Bade, ni l'objet de leur indemnité, c'est à dire l'abbaye de Salmansweiler à la quelle ils désireraient d'ajouter celle de Petershausen ne sont compris dans ce tableau.

Le soussigné laisse à d'autres le soin d'exagérer leurs pertes et de diminuer la valeur des objets d'indemnité qu'ils réclament; pour lui il a cru qu'une grande franchise et sincérité était la meilleure preuve du respect qu'il porte au C[en] ministre des relations extérieures et de la confiance sans bornes de son maître dans la grande protection du puissant gouvernement français.

Copie von Groos.

Tableau progressif[2].

A.	B.	C.	D.	E.	F.
âmes	âmes	âmes	âmes	âmes	âmes
1. les objets Nr. 1—11 88000	1. lit. A. 263000	1. lit. B. 373000	1. lit. C. 381000	1. lit. D. 437000	1. lit. E. 490000
2. le Margraviat sur la droite du Rhin 175000	2. le Brisgau 110000	2. Bonndorf 8000	2. le Palatinat jusqu'au Necker 56000	2. le reste du Palatinat 53000	2. les baillages de Heppenheim et Bensheim 10000
263000	373000	381000	437000	490000	500000
population avant la guerre 217000					
bénéfice 46000	156000	164000	220000	273000	283000

[1] sic! Ozberg.
[2] Beilage zu Nr. 122.

123. Reitzenstein an Talleyrand.

Paris, 17. März 1802.

[Baden und Rußland. Verzicht auf Konstanz gegen Erwerbung der Grafschaft Hausen. Unumgängliche Forderungen. Statistisches Material. Geneigtheit zur Anknüpfung neuer Verhandlungen.]

Citoyen Ministre.

J'ai besoin de toute Votre indulgence, C^en^ ministre, pour oser espérer que Vous accueillerez avec bonté quelques observations confidentielles, s'il m'est permis de me servir de cette expression, que j'ai l'honneur d'ajouter à mon mémoire d'hier.

1. Mittheilungen über die Note, die der Erbprinz im vorigen Jahre in der Entschädigungsfrage zu Petersburg überreicht, über die darauf erfolgte Resolution des Zaren und die Weisungen an Morkow vom 16. Sept. 1801. (Vergl. Abschnitt 3.)

2. Bonaparte's Wunsch entsprechend ist ein Courier mit verschiedenen Schreiben nach Rußland abgegangen.

3. Einflußreiche Persönlichkeiten sind bestrebt, für ein Zusammengehen Rußlands mit Frankreich in der Entschädigungsfrage zu wirken.

4. L'évêché de Constance étant trop éloigné du Margraviat de Bade, il conviendrait parfaitement à mon maître d'en pouvoir faire l'échange avec le Prince de Furstenberg contre le C^té^ de Hausen dans la vallée de Kinzig.

5. Outre l'acquisition de ce district, c'est plus particulièrement celle du baillage d'Oberkirch et d'une partie du moins de celui de Bretten avec les indemnités contenus dans le traité secret, enfin l'Ortenau et les 3 villes imp^les^ de Offenbourg, Gengenbach et Zell qui est tellement indispensable à la maison de Bade, qu'à moins de l'obtenir elle cessera d'avoir la consistance d'un état indépendant . . . .

6. J'ai l'honneur d'ajouter ci-près une évaluation de la population que pourront comprendre les états futurs de mon maître sous différentes suppositions. Il n'est pas nécessaire que j'entre là-dessus dans de plus grands détails. La France veut bien nous protéger, Elle a tous les moyens de le faire. Quant au Brisgau et les villes forestières, il est permis de croire que la maison d'Autriche en proposera elle-même l'abandon et qu'alors la France ne voudra le donner à aucun autre prince qu'à mon maître. Tout le pays appartient à la noblesse et au clergé, les revenus pour le prince sont presque nuls, mais son acquisition donnerait au Margrave un arrondissement que je ne hésite pas de regarder comme vraiment précieux.

Les justes prétentions de la maison de Bade non seulement sur le Brisgau et le Cte de Hohengeroldseck, mais encore sur les principautés de Neufchâtel et de Valengin[1], touchant lesquels je puis avoir l'honneur

---

[1] Vergl. betr. dieser übrigens zweifelhaften Ansprüche v. Weech, Bad. Geschichte, S. 72 ff.

de Vous présenter un petit exposé, dès que Vous l'ordonnerez, donne plus de force encore aux motifs qu'on pourra faire valoir à l'égard de mon maître. Dans le cas enfin que l'honneur dût m'être réservé d'entrer dans une négociation plus formelle relativement à ces différents objets, j'ai celui de Vous communiquer la copie conforme des pleinpouvoirs que ma cour m'a envoyée depuis quelque temps à cet effet . . . .

Abschrift von Groos.

124. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 19. März 1802.

[Memoire und Beilagen. Talleyrand und Mathieu günstig gestimmt. Aussicht auf Erwerbung des Breisgaus; die Pfalz begehrt Preußen für Oranien. Voraussichtlicher Widerstand Oesterreichs wegen der Kur. Ansprüche der Grafen v. d. Leyen auf Salem; daher event. Entschädigung der Prinzen durch die Grafschaft Bonndorf. Indiscretionen Gaylings.]

|: . . . Le 1er Consul vient il y a 3 jours de me faire dire par le ministre des rel. ext. de présenter un mémoire sur les demandes d'indemnité que je croyais que la maison de Bade était en droit de réclamer pour ses pertes. Le ministre m'a dit en même temps que je devais faire ce mémoire avec la supposition à la vérité que la maison de Bade devait être traitée d'une manière particulièrement favorable, mais qu'il désirait néanmoins que je ne fisse que des propositions telles qu'elles pourraient être regardées comme praticables. . . .

Reitzenstein ging sofort an die Arbeit und entwarf in 24 Stunden die Denkschrift nebst der statistischen Beilage und dem Schreiben an Talleyrand; Groos fertigte noch in der Nacht die Abschriften an, so daß Reitzenstein vorgestern bereits dem Minister die Schriftstücke überreichen konnte.

Ayant profité de cette occasion pour ajouter la copie conforme de mes pleinpouvoirs à l'effet d'une négociation, j'ai présenté le tout au ministre qui non seulement m'a très obligeamment remercié de la célérité que j'y avais mise, parce que, — disait-il, — il voulait s'en occuper toute suite (sic!) et en faire sans délai son rapport au 1er Consul. Effectivement ayant été voir hier Mr Mathieu, je l'ai déjà trouvé occupé de mes paperasses pour préparer le rapport en question . . . . J'ai profité sur le champ de l'opportunité de l'occasion pour disposer Mr Mathieu pour faire son rapport aussi avantageusement [que] possible en notre faveur. Pour me faire mieux comprendre, il faut que j'ajoute que j'avais projeté un tableau progressif de mes demandes partagé en 6 colonnes suivant le plus ou moins d'étendue qui pourrait être donné à nos indemnités.

Folgen kurze Angaben darüber.

. . . . Comme nous sommes tous persuadés que ce que j'ai présenté comme le minimum vaut déjà presque le triple de nos pertes, j'éprou-

---

[1] S. oben Nr. 13—91.

vais déjà une grande satisfaction que Mr Mathieu me dît que, quant aux objets y contenus, je pouvais être assez tranquille, puisque le gouvernement français en regardait déjà la cession à la maison de Bade comme certaine et hors de question. Quant au Brisgau, il me dit qu'on y insisterait également dans le rapport qui sera fait au 1er Consul, que ses espérances à cet égard venaient encore d'être fortifiées, parce que Mr de Cobenzl avait été amené à déclarer lui-même que l'article du traité de Lunéville concernant l'établissement du Duc de Modène dans le Brisgau devait être nécessairement regardé comme nul et non avenu, qu'ainsi ce pays retournant par cette déclaration à la maison d'Autriche et les raisons qui obligeaient la France à ne pas laisser l'Autriche sur les bords du Rhin étant connues . . . ., le ministre en aurait plus beau jeu pour établir la nécessité de le procurer à la maison de Bade. Mais c'était aussi tout ce que Mr Mathieu s'était proposé de nous destiner dans son rapport. A force d'instances je l'ai néanmoins persuadé à proposer encore pour nous la partie du Palatinat du Rhin située sur la gauche du Necker.

Ce n'est pas que je m'abandonne légèrement à des espérances aussi étendues ni que je désirerais que Msgr. le Margrave regardât un tel agrandissement comme praticable, mais dans ce pays-ci il faut plus demander pour obtenir moins . . . . Mr Mathieu ne m'a pas laissé ignorer que la plus grande difficulté dans ce vaste projet proviendrait de la part de la Prusse, parce qu'elle voulait absolument établir le Prince d'Orange à Mannheim, en ajoutant au Palatinat non seulement le pays de Darmstadt, mais encore l'évêché de Spire, quoique le gouvernement français soit assez résolu de ne pas céder sur ce dernier point[1]. Il ne se présentera pas moins de difficulté du côté de l'Autriche à l'égard de la dignité électorale, parce que Mr de Cobenzl a déjà représenté avec la dernière véhémence que l'égalité des deux religions en Allemagne serait trop compromise, en ne voulant presque substituer que des Electeurs protestants aux Electeurs catholiques dont deux doivent être supprimés. Je verrais plus dans tout ceci, quand le 1er Consul se sera déterminé à m'admettre à une négociation; il y a cependant un seul point sur lequel je désirerais des éclaircissements et une instruction secrète . . . . c'est relativement aux intérêts de Msgrs. les Princes Frédéric et Louis. L'abbaye de Salmansweiler est convoitée par les Ctes de Leyen; de la part de la France on est autant plus embarrassé de s'y refuser qu'on demande déjà à cette même famille pour nous le sacrifice du Cté de Geroldseck. Il va donc peut-être été mis en question de substituer à l'abbaye de Salmansweiler le Cté de Bonndorf, et c'est pour

[1] In den Actenstücken bei Bailleu, a. a. O., Bd. II, 73 u. passim, verlautet nichts über dieses Project; jedenfalls ist, wenn es je bestanden hat, bald darauf verzichtet worden.

cela que je voudrais bien savoir, si les princes y perdront beaucoup ou non . . . . Mr Mathieu m'a dit que les princes y gagneraient toujours les pensions à donner aux bénéficiers et qu'en cas qu'ils dussent perdre malgré cela, l'acquisition du Brisgau pour la branche régnante était assez considérable, pour que celle-ci pût les indemniser pour le surcroît des revenus de Salmansweiler. C'est donc sur tout cela qu'il m'importe beaucoup d'avoir un mot d'instruction; j'ai cru que V. Exc. aimera mieux d'en faire le rapport à Elle que d'en écrire à Mr Vierordt[1]. C'est par délicatesse touchant certains rapports que je me suis abstenu de m'adresser au chargé d'affaires des princes.

. . . . Je n'ai pas encore pu répondre au reste au No. 13[2] de V. Exc., mais l'étonnement que le No. en question du Publiciste m'avait causé a été moins fort, après que j'eus vu dans le procés verbal de la conférence soi-disante secrète du 25 janvier que Mr le président de la chambre y a été admis. Il me paraît que cela seul peut expliquer bien des indiscrétions qui deviendront peut-être encore plus dangereuses, si Mr de Gayling trouve moyen de se prévaloir de cette première admission pour pénétrer toute la situation de nos rapports politiques.

Mon devoir m'oblige à mander à V. Exc. tout ce qui me parvient de nouveau et d'intéressant, mais je ne puis pas être responsable des suites que peuvent avoir des indiscrétions — je ne dis pas préméditées, mais involontaires d'un homme tout charmé de savoir quelque chose de nouveau et de pouvoir se donner un air d'importance envers ses dames ou peut-être même des employés du *Bund*[3] auxquels son serment l'oblige de dire tout ce qu'il sait . . . .:]

---

[1] Kammerrath Heinr. Vierordt, mit der Vertretung der Interessen der Prinzen betraut.

[2] Fehlt. Das Schreiben bezog sich zweifellos auf gewisse Indiscretionen betr. der badischen Entschädigung, die ein Karlsruher Correspondent im «Publiciste» vom 21. Febr. begangen und über die sich Reitzenstein noch am gleichen Tage bei Edelsheim mit dem Beifügen beklagt hatte: «J'avoue que je connais en Allemagne peu de petites villes de province où la manie de se mêler de la politique soit aussi générale qu'à Carlsruhe».

[3] Den „Bund", der hier erwähnt wird, hatte Reitzenstein schon in einem Mémoire séparé vom Nov. 1801, wo er über eine angeblich von den franz. Staatsräthen Portalis und Dumas geleitete Verschwörung zur Vernichtung des Protestantismus und Erhebung der katholischen zur alleinherrschenden Religion berichtet hatte, mit dem Bemerken gestreift: «confédération dont notre ridicule Bund de Carlsruhe n'est qu'une des ramifications les plus insignifiantes». Nach diesen Andeutungen scheint es sich also nicht um einen Conventikel von Illuminaten oder Freimaurern, an die man zunächst denken könnte, gehandelt zu haben. Da sich nirgends weitere Nachrichten darüber finden, läßt sich Genaueres nicht feststellen.

125. Kaiser Alexander I. an Karl Friedrich.

St. Petersburg, 14./26. März (prs. 16. April) 1802.

[Berücksichtigung der badischen Interessen. Schreiben an Bonaparte. Weisungen an Morkow. Beileid über den Tod des Erbprinzen.]

Monsieur mon cousin. J'ai reçu la lettre de V. A. S. du 23 février n. st.[1]. La bien juste sollicitude dont je suis animé pour les intérêts de S. A. S. et ceux de Sa maison m'a fait saisir jusqu'ici toutes les occasions qui se sont présentées de témoigner, combien il me tient à cœur de Lui voir obtenir dans les arrangements futurs de l'Allemagne non seulement tous les dédommagements, mais encore tous les avantages dont Sa position et les pertes qu'Elle a essuyées peuvent La rendre susceptible. J'ai manifesté cette intention, en donnant dès le mois d'octobre dernier des ordres analogues à mes ministres à Vienne, à Paris et à Ratisbonne[2] et j'ai lieu de croire que les ouvertures qui ont été faites dans ce sens au gouvernement français n'ont pas peu contribué aux dispositions qui viennent en effet de m'être annoncées par le 1er Consul[3], de seconder mes désirs et l'intérêt particulier que je porte à V. A. S. et à Sa maison. Je m'en suis expliqué avec lui dans ma réponse de la manière la plus propre à encourager ses bonnes dispositions et à lui faire connaître, combien ce serait m'obliger moi-même que de concourir à tout ce qui pourrait Vous être agréable et avantageux[4].

Je vais donner de nouveaux ordres à mon ministre à Paris qui ajouteront encore aux premières directions que je lui ai données pour tout ce qui a rapport à Vos dédommagements, le degré d'intérêt et d'insistance qui résulte de ce concours favorable de mes intentions avec celles du gouvernement français. Mais il serait à propos que le ministre de V. A. S. reçût l'ordre de se concerter avec le Cte de Morkow, afin qu'il puisse d'autant mieux combiner ses démarches à faire auprès du gouvernement français . . . .

Il est superflu, Mr mon cousin, de chercher à Vous convaincre de la sincérité de mes intentions: Vous devez en trouver la source dans les

---

[1] S. oben Nr. 116.

[2] Vergl. Abschnitt 3; Tratchevsky, a. a. O., I, 257.

[3] Vergl. das Schreiben Bonaparte's an Alexander vom 27 Pluv. an 10 (15. Febr. 1802). Correspondance de Napoléon I, 7, 489. Tratchevsky, I, 340.

[4] Vergl. das Schreiben Alexanders an Bonaparte, 26. März n. St., bei Tatistcheff, Alexandre I et Napoléon (1801—12), Paris 1891, S. 26 ff. Der Zar dankt für die günstigen Gesinnungen Bonaparte's gegen Baden. Morkow, der bezüglich der badischen Entschädigungen schon früher instruirt worden, solle neue Weisungen erhalten, «qui le mettront à même de cultiver cette bonne volonté que Vous lui témoignez et de convenir avec le gouvernement français de tout ce qui pourrait les lui assurer de la manière la plus avantageuse».

sentiments bien sincères que je Vous ai voués. Ils doivent être de sûrs garants à V. A. S. de la part que j'ai prise à la perte cruelle qu'Elle vient de faire et qui m'a été d'autant plus sensible à moi-même qu'indépendamment des liens bien chers pour moi qui m'attachaient au Prince héréditaire, j'ai eu la satisfaction de pouvoir apprécier personnellement les belles qualités de son âme et ses vertus . . . .

Unterschrift eigenhändig.

---

126. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 26. März 1802.

[Die Instructionen vom 30. Jan. lassen Reitzenstein freien Spielraum. Man wird sich statt Salem mit der minderwerthigen Grafschaft Bonndorf begnügen. Geheimhaltung der Verhandlungen gegen die Prinzen. Beruhigung wegen Gaylings Indiscretionen.]

|: Msgr. le Margrave Vous fait ses plus sensibles remercîments du zèle et de l'activité que Vous employez partout . . . . S. A. S. pense au reste qu'outre la certitude que Vous devez avoir de son entière confiance, Vos instructions du 30 janvier de cette année, en Vous exprimant toute l'étendue de nos vœux relativement aux indemnisations conformément à Vos propres indications, Vous laissent cependant la latitude de modifier du plus au moins les objets qu'on désirerait . . . ., sans vouloir insister absolument sur des prétentions qui Vous présenteraient dans le cours de la négociation des difficultés essentielles par le gouvernement français et qui pourraient par là, sinon faire échouer entièrement la négociation, du moins en ralentir trop le succès et raffroidir [sic! refroidir] les dispositions favorables du 1er Consul et du ministère pour nos intérêts . . . Ce sera donc suivant Votre rapport vraisemblablement le cas relativement à l'abbaye de Salmansweiler, qu'on avait même déjà supposée il y a quelque temps d'être destinée à entrer dans les dédommagements de l'Electeur Palatin. Quant au Cté de Bonndorf que Vous pensez qu'on voudra y substituer pour nos princes et de la différence qu'il peut y avoir entre les revenus de ces deux objets, il résulte des renseignements que nous avons pu nous procurer à la hâte là-dessus que selon le «Matricularanschlag» Salmansweiler paye pour 1 mois romain fl. 130, Bonndorf seulement fl. 22 . . . ., que les revenus annuels de Salmansweiler doivent monter à fl. 78000 et ceux de St Blaise de ce côté-ci du Rhin seulement à fl. 46000. Comme qu'il en soit, néanmoins il ne semble nullement nécessaire, ni convenable à Msgr. le Margrave d'informer nos princes en aucune manière des changements qui peuvent survenir dans le cours de la négociation et des stipulations qui en résulteront ultérieurement. Msgr. le Margrave représente les princes, ses fils, actuellement comme alors du 1er traité. . . . S. A. S. souhaite donc bien sincèrement que Vous puissiez

leur procurer l'indemnité la plus brillante et la plus agréable et, si ce peut être Salmansweiler, tant mieux, mais il ne dépend pas de lui de commander aux circonstances et de surmonter des difficultés invincibles, en exposant même peut-être des intérêts majeurs . . . .

Von Seiten Gaylings sind keine Indiscretionen zu befürchten; man habe ihn «celui qui doit délier les cordons de la bourse», zur geheimen Sitzung beiziehen müssen, «afin de prévenir surtout les objections insidieuses d'un autre opinant que je m'attendais à y voir assister»; er habe nur einen flüchtigen Einblick in die Instructionen erhalten, seitdem habe man ihm keine Mittheilungen mehr gemacht. :|

Concept.

127. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 2. April 1802.

[Die franz. Regierung zieht Erkundigungen über den Werth der linksrheinischen Verluste ein. Vorsicht Massias gegenüber.]

|: Ayant appris confidemment que les ministres français près différentes cours de l'Allemagne ont reçu l'ordre secret de se procurer sous main des renseignements authentiques sur les véritables pertes que la cession de la rive gauche du Rhin a fait essuyer aux princes intéressés, j'ai cru ne pas devoir tarder un moment d'en prévenir V. Exc., afin qu'Elle puisse avoir soin, pour que les personnes dont le C^en Massias est le plus entouré et qu'il pourrait être dans le cas de consulter soient endoctrinées de la manière que nos intérêts l'exigent. Il faudra pour cela qu'on dise à Mr Massias de tous les côtés que les pertes de la maison de Bade se montent à 40 et quelque mille sujets en population et entre 3- à 400000 fl. d'empire de revenus . . . .:|

128. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 11. April 1802.

[Die Erbprinzessin Wwe. von der Correspondenz mit Rußland unterrichtet. Ihre Gegenwart in Petersburg wünschenswerth.]

|: Der König von Schweden hat sich in Folge von Mittheilungen über Morkows Verhalten erboten, durch seinen Gesandten in Petersburg dem Kaiser die Interessen Badens dringend zu empfehlen. Geusau wird der Erbprinzessin Wwe. in Stockholm die nöthigen Aufschlüsse geben.

. . . . Au reste je pense comme Vous, Monsieur, que la présence de la belle-mère à Pétersbourg eût été bien plus avantageuse en ce moment pour nos intérêts que celle de la belle-sœur. Cependant notre courrier a remis ses dépêches[1] à la Princesse Amélie le 14 mars et nous attendons maintenant d'apprendre ce qui en résultera . . . . :|

Concept.

[1] Vergl. oben S. 91 Anm. 1.

129. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 17. April 1802.

[Antwort des Zaren. Vertrauliche Mittheilung desselben in Paris. Der Aufenthalt der Prinzessin Amalie in Petersburg aus politischen Gründen verlängert.]

Beifolgend in Abschrift die Antwort des Zaren auf das markgräfl. Schreiben vom 23. Febr.[1], die der Courier gestern überbracht.

Vous verrez sans doute avec une satisfaction égale à la nôtre, combien le succès de notre démarche a surpassé nos espérances . . . . Je ne vois aucun inconvénient que Vous communiquiez confidemment au ministre des relations ext. la lettre de l'Empereur, en lui faisant valoir notre exactitude à suivre dans cette circonstance la marche qu'il Vous avait tracée et le succès favorable qui en a résulté par les bons offices de l'Impératrice et de M^e^ la Princesse Amélie. Vous n'aurez pas de peine à pénétrer à cette occasion, de quelle manière l'Empereur Alexandre a exprimé ce qu'il s'était proposé d'écrire au 1er Consul en notre faveur.

D'après ce coup d'essai infiniment satisfaisant, il paraît fort essentiel pour les intérêts de Msgr. le Margrave que M^e^ la Princesse Amélie continue son séjour à Pétersbourg jusqu'à la conclusion définitive des indemnités, d'autant plus qu'il y a apparence que Mme sa mère persévèrera dans ses refus d'y retourner . . . .

Wie Massias indirect durch Abel erfahren und Edelsheim vertraulich mitgetheilt, hat Normann für den Herzog v. Würtemberg die Kur nebst dem größten Theile von Schwaben begehrt; die andern Kreisstände sollen dem Herzoge völlig untergeordnet werden.
Concept.

---

130. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 21. April 1802.

[Schreiben an Morkow. Vorschläge für dieselben. Die Antwort des Zaren scheint etwas zurückhaltend.]

|: A la suite de nouvelles communiquées de Pétersbourg je désirerais bien vivement que Msgr. le Margrave voulût se laisser disposer par V. Exc. d'écrire à Mr de Morkow une lettre d'honnêteté et que cette lettre fût accompagnée d'une autre de la part de V. Exc. pour ce ministre, qui agit contre nous moins encore peut-être par un esprit d'animosité particulière, mais principalement par instigation du parti intéressé à s'opposer au système des sécularisations . . . . V. Exc. jugera même, si vis-à-vis d'un homme aussi peu susceptible de sentiments et de motifs délicats que l'est le Calmoucke auquel j'ai à faire, il ne serait pas utile de rédiger la lettre de Msgr. le Margrave de telle manière qu'il pût prévoir

---

[1] S. das Schreiben des Zaren vom 14./26. März.

qu'on ne cessera de se plaindre toujours de lui, aussi longtemps qu'il ne cessera de nous faire preuve de sa malveillance. Pour le moins je désirerais que Msgr. le Margrave lui dît en termes nets que S. A. espérait qu'il avait d'autant moins de peine à appuyer sincèrement les intentions déjà suffisamment connues et exprimées du gouvernement français, qu'il sentirait lui-même, à quel point la gloire de son maître y serait intéressée sous plus d'un rapport, et que S. A. avait eu la consolation de recevoir de S. M. l'Empereur l'assurance la plus formelle qu'Elle avait daigné donner des ordres précis à cet égard[1]. Au reste la lettre de l'Empereur toute jolie qu'elle est ne laisse pas que de me paraître un peu froide; il ne parle pas même du défunt Prince héréditaire sous le titre de beau-père, et, quant à l'objet principal, il n'est marqué nulle part, si l'Empereur a exprimé au 1er Consul, qu'il voulait que la maison de Bade obtînt avec la dignité électorale un état d'une population de tant et tant hommes . . . .:|

---

131. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 20—25. April (exp. 29. April) 1802[2].

[Audienz bei Bonaparte. Günstige Antwort aus Petersburg. Unterredung mit Talleyrand und Mathieu. Der Bericht der „deutschen Abtheilung" in der Entschädigungsfrage äußerst vortheilhaft für Baden. Aussicht auf Erwerbung des Breisgaus, ev. auch der Pfalz. Mahnung zur Geduld. Belege für das statist. Material.

Reitzenstein hat schon vor geraumer Zeit einen schwedischen Kammerherrn, Baron von Bonde, der in geheimer Mission in Paris weilt und in vertraulicher Correspondenz mit dem Könige steht, unter Hinweis auf Morkows Verhalten ersucht, den Stockholmer Hof zu einer Intervention in Petersburg zu bestimmen: diesem Schritt verdankt offenbar das Schreiben des Königs an den Markgrafen (vergl. Nr. 128) seine Entstehung.

Erwartet voll Ungeduld die Antwort aus Petersburg und ersucht um sofortige abschriftliche Mittheilung derselben. Er bedürfe ihrer um so mehr, als Bonaparte in der letzten Audienz am 18. April ihm gegenüber bemerkt habe:

«qu'il savait que notre courrier était arrivé à Pétersbourg et qu'il y avait apporté des lettres de Msgr. le Margrave analogues à l'objets en question, qu'il avait reçu la veille la réponse de l'Empereur[3] et qu'on insisterait sur les propositions faites de sa part».

V. Exc. ne doute pas que je fus transporté de joie d'une assurance aussi formelle, mais outre le 1er Consul il y a encore le ministre des rel. ext. vis-à-vis duquel je ne puis pas me hasarder de m'engager bien en avant, à moins de ne savoir le contenu des réponses faites à Msgr. le Margrave . . . .

---

[1] Die beiden Schreiben werden am 27. April Reitzensteins Vorschlägen entsprechend ausgefertigt. S. Nr. 132/3.

[2] Mit Copien der Denkschrift und des Schreibens an Talleyrand durch den Secretär Gerstlacher nach Karlsruhe überbracht.

[3] Vergl. oben S. 105 Anm. 3.

Continuation du 22 avril 1802.

J'avais écrit jusqu'ici, lorsqu'hier matin le chasseur de V. Exc. arriva avec Sa dépêche du 17 du courant. Je me suis rendu sur le champ chez le ministre des rel. ext. Je l'ai informé substantiellement que l'Empereur de Russie avait pleinement accueilli la communication des intentions généreuses du 1er Consul envers la maison de Bade, qu'il avait assuré Msgr. le Margrave d'avoir marqué ses sentiments à cet égard dans sa réponse, et j'y ai ajouté que j'avais d'autant plus lieu de me flatter, que la manière dont S. M. les avait exprimés avait d'autant plus répondu à la juste attente du 1er Consul que celui-ci avait daigné me dire dans la dernière audience qu'il avait reçu la réponse de l'Empereur et qu'on insisterait maintenant sur les propositions faites touchant la maison de Bade .... J'ai .... bien remarqué que le ministre était un peu embarrassé à cause de l'assurance aussi positive donnée par le 1er Consul, il s'efforça d'entortiller son explication dans des mots assez vagues et me dit enfin que la réponse de l'Empereur avait effectivement été conforme aux dispositions du gouvernement français, que celui-ci avait eu l'intention de nous procurer non seulement les objets d'indemnités que nous avions demandés, mais de plus grands avantages encore, qu'on n'aurait jamais pu parvenir à nous les procurer à moins de la coopération d'une autre grande puissance, que c'était pour cela qu'on s'était adressé à la Russie et que la réponse de l'Empereur donnait maintenant au gouvernement français cette force morale qui avait été nécessaire pour nous procurer ce qui était dans l'intention de la France de nous faire avoir.

Reitzenstein verzichtet vorerst darauf, weiter in Talleyrand zu bringen, und verabschiedet sich, indem er der Hoffnung Ausdruck giebt, zu einer neuen Verhandlung betr. der Entschädigungen in Bälde zugelassen zu werden.

.... Je ne manquerai pas d'aller encore avant la réexpédition de Louis[1] chez Mr Mathieu et de le ferrer encore touchant les principaux objets que je désire; en attendant je sais déjà qu'il est fort mécontent, de ce que le ministre l'ambine[2] trop, à ce qu'il dit, et qu'il est toujours trop timide pour soumettre au 1er Consul ses travaux préparatoires, faute desquels on n'a si souvent fait que de l'eau claire dans toute cette histoire ....

(Folge vom 25. April.) Unterredung mit Mathieu.

.... J'y ai pris une information plus exacte du rapport qui a été fait de la part du département des affaires étrangères sur le mémoire dont j'ai eu l'honneur de joindre ici la copie[3]. En me référant entièrement

[1] Edelsheims Jäger, der die Depesche vom 17. April überbracht.
[2] sic! lies lambine.
[3] Oben Nr. 121 und 122.

pour l'éclaircissement ultérieur à la petite échelle progressive qui s'y trouve jointe, je puis assurer qu'on a établi en principe invariable que l'incorporation aux états de Msgr. le Margrave des objets compris sous lit. A. —, exception toute fois faite de l'Ortenau autrichienne, — s'entendait d'elle même . . .; mais qu'en outre la France devait encore insister absolument sur la cession, à y ajouter de la part de l'Autriche, de l'Ortenau et du Brisgau. Mr Mathieu m'assura de nouveau qu'on commençait à espérer que ce second article qui nous ferait aller à notre échelle jusqu'à lit. B. éprouverait également moins de résistance qu'on l'avait craint encore il y a peu de temps, puisqu'après la dernière déclaration de Mr de Cobenzl, et l'Autriche ne pouvant dans aucune supposition rester sur les bords du Rhin, il ne s'agissait presque plus que de déterminer le 1er Consul à consentir, à ce que l'Autriche obtînt et prît un équivalent pour la perte totale du Brisgau. Dans le rapport en question on a représenté les objets sous lit. A. simplement comme indemnité pour les pertes essuyées et conséquemment de stricte et absolue nécessité; l'augmentation de cette indemnité par le Brisgau a été considérée comme le moyen le plus propre de montrer à l'Allemagne que la France avait la volonté et la force de procurer à ceux qui s'étaient montrés ses amis les avantages les plus considérables. Quant aux autres tables comprises dans l'échelle mentionnée, particulièrement celles sous lit. D. u. E., comprenant les deux moitiés du Palatinat du Rhin d'après le partage du Necker, le rapport a été encore plus avantageux, si je puis le dire sincèrement, qu'il pouvait être permis de s'en flatter . . . .

Wie bereits gemeldet[1], hat Mathieu s. Zt. auf Wunsch Reitzensteins auch den größeren Theil der Rheinpfalz unter die badischen Entschädigungen aufgenommen.

Or dans ce rapport tel qu'il a été approuvé par le chef de la division allemande, Durant, et transmis par lui au ministre, on remarque à la vérité que cette demande additionnelle était sans doute subordonnée à la question préliminaire, si la maison de Bavière pouvait être suffisamment dédommagée de toutes ses pertes, en y ajoutant le Duché de Bergen (sic!) et le Palatinat, mais que dans le cas, où par suite des négociations qui se faisaient avec l'Autriche . . . . la possibilité de dédommager l'Electeur Palatin plus à portée de l'Electorat de Bavière devait exister, il serait alors très politique et très convenable pour la France de procurer ce pays aussi à la maison de Bade, surtout — et c'est cette considération sur laquelle on a malheureusement le plus appuyé — si la Russie demandait que la France obtînt cet agrandissement pour Msgr. le Margrave.

Pour ce qui regarde les raisons de politique qui doivent déterminer la France à y donner les mains de son côté, on en a développé deux

[1] Oben S. 103.

avec beaucoup de sagacité dans le rapport en question: l'une parce que la maison de Bade avait des alliances aussi respectables que la Russie, la Suède et la Bavière . . . .; l'autre raison était que cet agrandissement permettrait alors à la maison de Bade de soutenir la dignité électorale que la gloire de la France demandait également à tâcher de lui procurer, puisque l'Autriche par la Toscane et le Wurtemberg et la Prusse par Cassel et Orange avaient chacun deux candidats à placer dans ce collège, qu'ainsi la France devait y placer au moins un pour elle.

V. Exc. conviendra assurément que ce qui s'est fait jusqu'à présent doit être considéré comme le non plus ultra de ce que nous pouvons désirer; l'acquisition du Palatinat . . . . est à la vérité très subordonnée à d'autres questions et même plus que douteuse, mais les bonnes dispositions où j'ai maintenant mis le collaborateur du ministre à cet égard me font du moins espérer que le but principal en sera mieux atteint. C'est à dire que, quand on trouvera une impossibilité absolue à nous procurer le Palatinat, on insistera avec d'autant plus de force à nous procurer le Brisgau, et qu'on ne consentira pas que la maison de Wurtemberg soit élevée à la dignité électorale, sans que celle de Bade y soit aussi comprise. Au reste Mathieu m'a confirmé ce que j'ai déjà remarqué par la contenance du ministre que les choses n'étaient pas encore arrivées à un état parfait de maturité; il m'exhorta beaucoup à prendre encore quelque peu de patience . . . . ajoutant en même temps, qu'il n'était nullement surpris que le ministre n'a pas voulu entrer en explication et m'avait même paru être embarrassé, puisque je pouvais lui croire sur sa parole que le ministre lui-même ne savait pas encore, à quel projet le Premier Consul s'arrêterait définitivement . . . .

Pour ce qui est des prétentions du Mr de Normann, Mr Mathieu à qui l'on a donné son mémoire pour l'examiner, a lui-même commencé à m'en parler. Il a demandé presque toutes les abbayes de la Souabe et plus de 30 villes impériales, la prévôté d'Ellwangen et l'évêché de Strasbourg. Quant à ce dernier point, nous pouvons être tranquilles, et pour ce qui est de la supériorité territoriale qu'il doit avoir demandé sur les autres princes et états du Cercle de Souabe, cette proposition est rédigée de manière qu'elle paraît seulement se borner à la noblesse immédiate dont les biens sont enclavés dans le Duché de Wurtemberg. On a trouvé l'ensemble très ridicule et l'a traité de même[1]. . . .

---

[1] So erzählt Reitzenstein an anderer Stelle, Talleyrand habe sich trotz aller Vorstellungen bis jetzt geweigert, Normann dem ersten Consul vorzustellen; es sei darüber sogar zu Thränen gekommen und Talleyrand selbst habe die Geschichte mit dem Bemerken verbreitet: «il faut avouer que Mr de Normann n'est pas beau, quand il pleure».

Reitzenstein ist inzwischen damit beschäftigt, die Schätzung der linksrheinischen Verluste zu berichtigen. Wenn er dieselben auf 350000 fl. jährl. Einkünfte berechne, übertreibe er immer noch weniger wie seine Collegen. Cetto z. B. gebe die Einwohnerzahl des Herzogthums Berg auf mehr als 500000 Seelen, Graf Beust die Einkünfte der kurmainzischen Aemter Heppenheim und Bensheim auf 2 Millionen an: «auprès de tels Messieurs je suis quoique je puisse faire un modèle de modération».

Klage über den zunehmenden gesellschaftlichen Luxus und dadurch gesteigerten Aufwand, der ihm beschwerlich falle.

132. Karl Friedrich an den Grafen Morkow.

Karlsruhe, 26. April 1802.

[Das Schreiben des Zaren. Aufforderung zu kräftiger Unterstützung der badischen Interessen.]

Der Markgraf theilt dem Grafen den wesentlichen Inhalt des kaiserlichen Schreibens vom 26. März d. J. mit.

. . . . Je suis bien persuadé, Mr le Cte, qu'en conséquence Vous serez d'autant plus animé à appuyer de toute Votre influence les dispositions déjà suffisamment connues et exprimées du gouvernement français sur cet objet, que la gloire même de S. M. l'Empereur paraît intéressée sous plus d'un rapport à rendre efficace sa puissante protection envers une maison qui a le bonheur de lui appartenir par les liens du sang les plus chers et qui sont un garant inappréciable du vif intérêt que S. M. I. daigne témoigner constamment à toute ma famille, dont nous sommes tous pénétrés de la plus profonde reconnaissance . . . .

Concept Edelsheims.

133. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 27. April 1802.

[Schreiben an Morkow. Andeutungen über seine unfreundliche Haltung in einem Schreiben an Prinzessin Amalie.]

|: Beiliegend die beiden Schreiben an den Grafen Morkow.

. . . . Msgr. le Margrave a voulu que pour engager ce ministre à suivre les ordres de son maître on lui présentât les motifs énoncés afin de le ramener, s'il se peut, avec douceur. Cependant je n'en ai pas moins exprimé dans une lettre à Me la Princesse Amélie en date du 20 de ce mois ce qui suit et, comme je sais que l'Empereur verra certainement cette lettre, S. M. I. pourra s'apercevoir suffisamment que nous n'avons pas lieu de nous louer de son appui . . . . Voici le passage précité: «Conformément aux intentions de S. M. l'Empr, le Margrave a fait expédier samedi un courrier au Bon de Reitzenstein à Paris avec des ordres réitérés relativement au concert particulier qu'il a depuis longtemps déjà cherché avec Mr le Cte de Morkow sans y avoir peut-être réussi autant qu'il l'aurait désiré, mais les nouvelles instructions que S. M. vient de faire expédier à son

ministre ne manqueront pas sans doute de ranimer son zèle et de le disposer sincèrement en faveur d'une maison qui a le bonheur d'appartenir de si près à l'Empereur et que S. M. daigne protéger si efficacement.» . . .:|
Concept.

134. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 29. April 1802.

[Die Rheingrenze. Fixirung des Thalwegs. Französische Wünsche: die Grenzlinie unabhängig von der Wandlung des Thalwegs. Interpretation des Lunéviller Friedens.]

Reitzenstein hat „mit den beiden Chefs de bureau" vor ein paar Tagen eine Unterredung wegen des sog. Thalweges des Rheins gehabt. Wie er erfährt, soll die „Fixirung des Thalweges blos auf die Sicherheit der Schiffahrt Bezug haben", um so mehr, als die Absicht des Lunéviller Friedens offenbar dahin gehe, daß der Thalweg, wie er zur Zeit des Friedensschlusses beschaffen, als bleibende Grenze zu betrachten sei[1], da die Grenze zweier großer Staaten nicht solchen Wandlungen unterworfen sein dürfe, wie es der jährlich sich ändernde Thalweg in der That sei. Wenn also auch alljährlich der Schiffahrt wegen der Thalweg aufs neue abgesteckt werde, so sollen dadurch „weder Eigenthums-, noch Hoheits-, noch sonstiges Benutzungsrecht" irgendwie angetastet werden. „Hiernach habe man daher badischerseits um so weniger Anlaß, eine Neuerung gegen den bisherigen Gebrauch, wonach jederzeit der Straßburger Schifferschaft die Aussteckung des Thalwegs zugestanden sei, zu verlangen." Reitzenstein entgegnet, eine derartige Interpretation des Lunéviller Friedens gehe das gesammte Reich an, eine baldige deutliche Erklärung über den Punkt sei deshalb dringend nöthig, um für die Folge alle nachbarlichen Differenzen zu verhüten. Einstweilen sehe er einer solchen entgegen, zumal er nicht genügend instruirt sei, um sich auf Detailfragen einlassen zu können. — Dem Vernehmen nach werde im Staatsrath z. Z. über den Gegenstand debattirt; die Ansichten seien getheilt: viele wünschten das für Deutschland bedenkliche Prinzip aufzustellen, „daß die souveraineté des Rheinstroms beiden Theilen gemeinschaftlich über den ganzen Strom hinüber zustehen solle". Das werde in der Praxis die fortdauernde Unterdrückung des Schwächeren durch den Stärkeren zur Folge haben; das Reich müsse sich daher, meint Reitzenstein, dagegen möglichst wahren.

135. Note Reitzensteins an Markow.

Paris, 6. Mai 1802.

[Gesuch um Unterstützung in der Entschädigungsfrage. Hinweis auf den bestimmtesten Willen des Zaren und der französischen Regierung. Uebertragung der Kur mit einer Bevölkerung von 500000 Seelen.]

Eingang ähnlich wie in der Note an Talleyrand vom 16. März (oben Nr. 123). Beiliegend die «Evaluation statistique» und das «Tableau progressif».

«En donnant au tableau des objets les plus convenables à la maison de Bade une étendue jusqu'à concurrence de 500000 âmes, le soussigné s'est rigoureusement

[1] Art. 6 des Lunéviller Friedens besagt lediglich: «qu'en conformité de ce qui avait été expressément consenti au congrès de Rastadt par la députation de l'Empire et approuvé par l'Empereur, le Thalweg du Rhin soit désormais la limite entre la République Française et l'Empire Germanique . . .» Martens, Recueil des principaux traités, VII. 540.

borné là où commence la possibilité de soutenir convenablement la dignité électorale; tous les pays dont il est question appartenaient déjà autrefois à la maison de Bade. . . . . De malheureuses circonstances lui ont ravi ses plus beaux domaines; il est juste qu'elle tâche de profiter du concours actuel des circonstances favorables pour sortir d'une médiocrité à laquelle elle ne put jamais être destinée . . . .»

Gewichtige Gründe lassen hoffen, daß die Uebertragung der Kurwürde auf Baden und eine derselben entsprechende Vergrößerung «est l'intention la plus expresse et la plus décidée du 1er Consul»[1]; die franz. Regierung habe zweifellos anerkannt, daß ein Bevölkerungsstand von mindestens 500000 Seelen zur Wahrung dieser Würde unerläßlich sei; die Antwort, die der Markgraf auf ein nach Petersburg gerichtetes Schreiben erhalten, habe in dieser Hinsicht all' seine Wünsche erfüllt, «en ce que Sa Majesté a daigné l'assurer d'avoir répondu au 1er Consul d'une manière à devoir encore augmenter les dispositions favorables dans lesquelles il se trouvait envers la maison de Bade». Auch in Paris habe man, wie Reitzenstein sich überzeugt, das Schreiben an Bonaparte in diesem Sinne ausgelegt. Die Uebertragung der Kur mit einer Bevölkerung von 500000 Einw. dürfe daher wohl gelten «comme un point décidément convenu entre les deux puissances».

Versicherungen der Dankbarkeit. Complimente.

Copie.

---

136. Reitzenstein an Morkow. Note additionnelle.

Paris, 7. Mai 1802.

[Die linksrheinischen Lehen und ihre Einbuße. Die Einkünfte der Ortenau und des Breisgaus gering, daher weitere Gebietszugaben erforderlich. Zuweisung der Pfalz. Entschädigung der Prinzen.]

Anknüpfend an die Unterredung vom 6. Mai[2] legt Reitzenstein dem russischen Gesandten einige weitere Bemerkungen vor.

1. In dem «Tableau des pertes» sind nicht erwähnt die zahlreichen Lehen auf dem linken Rheinufer, die unter badischer Hoheit gestanden; der Sponheimer Lehenshof habe allein 300 Vasallen umfaßt. Durch die Abtretung des linken Rheinufers werde Baden der Aussicht auf den Rückfall dieser Lehen beraubt.

2. Ueber die Ansprüche auf den Breisgau, Hohengeroldseck und Neufchâtel ist Reitzenstein bereit, eigens eine Note zu überreichen.

3. Die durchschnittlichen Einkünfte der österreichischen Ortenau und des Breisgaus belaufen sich nach der beiliegenden Berechnung der markgräfl. Rentkammer auf 20—bezw. 40000 fl. Vom finanziellen Standpunkte aus bedeute ihre Erwerbung daher nicht mehr «que le patrimoine d'un riche particulier». Da das Land fast ausschließlich dem Adel gehöre, dürfe man seinen Werth nicht nach der Seelenzahl bemessen. Um so mehr rechnet Reitzenstein auf die Zustimmung Morkows «à l'effet d'obtenir encore sans exception tous les objets compris dans les 3 dernières colonnes du tableau progressif».

4. Für den Fall, daß Baiern nicht am Rhein entschädigt und die rechtsrheinische Pfalz zur weiteren Verfügung frei gestellt werde, wird Morkow angelegentlich ersucht,

---

[1] Vergl. Morkows Bericht vom 30. April 1802, wo ausdrücklich hervorgehoben wird, daß die französische Regierung dem Markgrafen die Kurwürde zuzuwenden wünsche. Tratchevsky, a. a. O. I, 397.

[2] Vergl. darüber den Bericht vom 11./15. Mai, Nr. 139.

dieses Gebiet, mit Einschluß der kurmainzischen Aemter Heppenheim und Bensheim, Baden zuzuweisen. Für die beiden Prinzen wird außer Salmansweiler die kleine Abtei Petershausen begehrt.

Copie.

137. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 8. Mai 1802.

[Bevorstehende Verfassungsänderung. Erbconsulat, bezw. Kaiserthum der Bonapartes. Ober- und Unterhaus. Militärische Vorbereitungen.]

|: Je m'empresse de prévenir V. Exc. que sous peu, peut-être avant la fin du mois courant de mai, nous serons temoins d'un changement capital dans la forme du Gouvernement Français. La première magistrature qui probablement n'aura plus le nom actuel, puisqu'il est fortement question de lui substituer celui d'Empereur des Gaules sera déclarée héréditaire, de manière que chaque Empereur ou Premier Consul, comme on voudra, pourra désigner de son vivant son successeur, mais qu'il sera obligé de le choisir dans la famille Bonaparte. Il y aura ensuite une chambre haute et chambre basse. La chambre haute se composera de tous les sénateurs actuels. Chacun de ses membres aura 75000 ₶ d'appointements et dorénavant on n'y sera éligible que quand on aura 25000 ₶ de revenus. La chambre basse se composera des membres actuels du Corps législatif et du Tribunat. Le Second Consul sera président à vie de la chambre basse. Tous ces changements seront proposés par un sénatus-consulte. On dit dans le public que le successeur du Premier Consul actuel sera le premier enfant mâle de Madame Louis Bonaparte, mais comme le successeur est encore à naître, il paraît plus probable que celui de la famille qui sera désigné en attendant sera Joseph Bonaparte. Il y a des personnes qui prétendent que l'exécution de ces mesures serait appuyée par un corps d'armée de 24000 hommes qu'on ferait venir à Paris, mais cette nouvelle me paraît dénuée de tout fondement, puisque l'état des choses est tel qu'on n'a assurément pas besoin de la moindre force militaire pour protéger tous les changements qui se préparent . . . . :|

138. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 11. Mai 1802.

[Das Erbconsulat scheitert. Die Vorgänge im Senat. Opposition in der Armee: Delmas, Moreau. Consulat auf Lebenszeit. Entscheidung durch Plebiscit.]

|: Les journaux d'aujourd'hui apprendront à V. Exc. que le grand projet de rendre héréditaire le gouvernement de Bonaparte a entièrement

échoué[1]. Comme c'est la première fois que cela lui arrive et qu'on m'a communiqué tous les détails à cet égard, je crois devoir mander à V. Exc. ce qui est de plus intéressant. Le principal moteur de toute l'affaire était Rœderer qui au reste n'avait d'autre but que de se recommander par cette idée. Les deux présidents du Tribunat et du Corps législatif étaient pleinement gagnés et l'on ne se persuadait nullement qu'il pouvait exister dans le Sénat conservateur des personnes assez hardies pour s'opposer à ces changements dont on regardait l'exécution comme immanquable. On avait chargé le sénateur Garant-Coulon de faire la proposition dans le comité secret du Sénat, mais on ne prévit pas que des généraux distingués feraient éclater leur mécontentement d'une manière capable à encourager le parti de l'opposition. C'est ce qui a réellement eu lieu. Le jour de la grande parade (5 du courant) était fixé pour attaquer ouvertement le Premier Consul; le général Delmas — le même qui a été à Carlsruhe[2] — devait commencer l'attaque et l'on ne pouvait guère choisir un homme plus déterminé, puisqu'il avait dit peu de jours auparavant que, si Bonaparte voulait changer la forme du gouvernement, il se sentait assez de courage pour lui brûler la cervelle au milieu de ses gardes. Le complot fut cependant découvert et on donna l'ordre d'arrêter sur le champ le général Delmas. Celui-ci, prévenu du danger qu'il court, se sauve chez le général Oudinot, l'un des généraux les plus distingués et les plus respectés de tous les partis. Le Premier Consul en étant averti et voulant prévenir des extrémités fâcheuses fait venir chez lui le général Oudinot et lui dit qu'il savait que le général Delmas était caché chez lui et qu'il doit lui dire de quitter sur le champ la ville de Paris et que l'affaire en resterait là, mais que, faute de cette retraite volontaire, il le ferait arrêter dans la maison même où il s'était caché. Sur cela Oudinot répond, qu'il ne manquerait pas de dire au général Delmas, quelle était l'intention du Premier Consul, mais que, si on s'avisait de vouloir l'arrêter, lui-même serait obligé de défendre ce général, puisqu'il était son ami. V. Exc. ne doute nullement que le Premier Consul en fût furieux; il se contenta néanmoins de dire au général Oudinot qu'il ne l'avait pas fait venir pour entendre de lui de pareils propos; Oudinot persuade ensuite amicalement le général Delmas de se soustraire à une esclandre désagréable et les choses en sont probablement restées là. Ce qui est plus important

---

[1] Vergl. im Folgenden: Lanfrey, Hist. de Napoléon, II, 437 ff. — Thiers, Hist. du Consulat, III, 376 ff. Der Senat hatte bekanntlich statt des Consulats auf Lebenszeit lediglich beantragt, Bonaparte auf weitere 10 Jahre zu wählen; der Staatsrath dagegen beschloß, das Volk um seinen Willen zu befragen.

[2] Im Juli 1796; vergl. Polit. Correspondenz, II, 372; v. Weech, Gesch. der Stadt Karlsruhe, I, 130.

encore, c'est que le général Moreau lui-même doit avoir dit assez publiquement, qu'il se tairait aussi longtemps que Bonaparte ne toucherait pas au point de la libre élection, mais que s'il venait à être question de dignité héréditaire, Moreau ferait parler de lui. Je ne doute presque nullement que ce ne soit cette espèce de déclaration du général Moreau, qui a presque tous les militaires pour lui, qui ait non seulement empêché le Premier Consul de passer outre, mais qui ait même donné assez de courage au Sénat pour faire tout autre chose qu'on avait voulu de lui. C'est principalement le sénateur Lanjuinais comme patriote et ami du général Moreau qui dans un discours qu'on m'assure être un chef-d'œuvre s'est élevé avec la plus grande force contre le projet en question et qu'il a réuni une majorité immense à son opinion, puisqu'il n'y a eu dans le Sénat conservateur que 8 voix pour un changement de constitution et 61 pour le parti mitoyen qu'on a pris par ménagement et pour ne pas exposer à un ridicul complet le chef du Gouvernement, le Corps législatif et le Tribunat. Tout cela a donc été ce qu'on appelle un coup manqué, pour ne pas me servir d'une expression moins délicate.

Au reste il faut féliciter le Premier Consul, la France et toute l'Europe de la tournure que cette affaire a prise actuellement, puisque d'après le mécontentement et l'animosité des soldats on pouvait craindre qu'un changement de constitution aurait été immediatement suivi d'une répétition du 10 août. Rœderer a cru s'insinuer par les espérances flatteuses qu'il a données au Premier Consul, mais tout le monde espère et désire maintenant, qu'il subisse la peine méritée de ses adulations honteuses. Du moins on peut espérer que la tranquillité publique se soutiendra maintenant assez longtemps, pour que tout ce qui reste encore à faire pour arranger définitivement les affaires d'Europe puisse être achevé. Il serait inutile de prier V. Exc. de ne communiquer à qui que ce soit des nouvelles trop délicates, pour qu'elles puissent être transmises sans danger.

Par apostille. Dans ce moment le Moniteur d'aujourd'hui arrive et fait connaître que le Premier Consul a tranché le nœud, en se faisant proposer à la nation comme son chef à vie. Pourvu qu'il se soutienne jusqu'après l'arrangement définitif des indemnités d'Allemagne, en attendant il y a tout à craindre des volcans prêts à éclater à tout moment. :|

---

139. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 11.–15. Mai (prs. 31. Mai) 1802.

[Gereizte Auseinandersetzung mit Morkow. Anfänglich Widerstand, schließlich Nachgiebigkeit bezüglich der Kur und des Umfangs des Gebietszuwachses. Bemühungen wegen des Breisgaus und der Pfalz. Unterstützung der letzteren bei Mathieu. Klagen Talleyrands über Morkow. Badische Taktik in der Entschädigungsfrage.]

Die Weisungen, welche der mit der Anzeige von dem Friedensschlusse zu Amiens nach Petersburg abgefertigte russische Courier von dort zurückgebracht, haben in Morkows Haltung einen völligen Umschwung veranlaßt[1]. Dies zeigt sich, als Reitzenstein ihm am 4. d. Mts. die Schreiben des Markgrafen und Edelsheims überreicht.

. . . . Il me dit que jusqu'à présent il n'avait pas pu se faire connaître ni en bien, ni en mal de Msgr. le Margrave, puisque dans le temps où il avait été membre du ministère de Pétersbourg il n'y avait pas eu des rapports très intimes entre la Russie et la cour de Bade, qu'il paraissait néanmoins qu'on avait donné à Msgr. une idée désavantageuse de son zèle et de ses sentiments, et comme il n'y avait pas donné lieu de sa part, il fallait qu'un intermédiaire quelconque eût prévenu l'esprit de Son Altesse contre lui. Quoique cet exorde fût assez intelligible et personnellement dirigé contre moi, je fis semblant de ne pas le comprendre du tout; je lui répondis avec la plus grande politesse que j'avais lieu de douter très fort qu'il pût y avoir personne qui ne rendît pas assez de justice à Son Excellence . . . .

Es knüpft sich daran eine längere persönliche Auseinandersetzung zwischen den beiden Gesandten. Morkow wirft Reitzenstein Mangel an Vertrauen vor: er habe ihn nicht von den Schritten, welche man in Paris und Petersburg gethan, benachrichtigt; Reitzenstein erinnert dagegen daran, daß er schon vor geraumer Zeit ihm ein Memoire habe überreichen wollen, es aber unterlassen habe, da Morkow versichert, der richtige Moment sei noch nicht gekommen und der Abschluß des Friedens mit England stehe noch ferne, — welch' letztere Behauptung er sogar noch wenige Tage vor der Unterzeichnung des Friedens wiederholt habe. Zudem habe Morkow versprochen, wenn es nöthig sei und der günstige Augenblick erschienen, ihn selbst zu benachrichtigen, es sei also nicht seine (Reitzensteins) Sache gewesen, ihn weiter zu drängen.

. . . . Après ce préambule assez long Mr de Morkow entra d'abord en matière, en me demandant d'un air un peu brusque, s'il était donc vrai que Msgr. le Margrave avait écrit à l'Empereur pour être élevé à la dignité électorale, que cette idée lui était entièrement nouvelle . . . . Il ne pouvait presque pas se lasser de me marquer son extrême surprise d'une idée qui parut lui faire un très grand déplaisir. Ma réponse fut qu'à la vérité le vœu d'être élevé à la dignité électorale n'avait pas été formé par la maison de Bade depuis aussi longtemps, qu'il m'apprenait pas l'avoir été par celle de Wurtemberg, puisqu'alors nous avions encore

---

[1] Ueber diese Weisungen vergl. das Schreiben des Zaren an Bonaparte vom 26. März bei Tratchevsky, I, 370.

été dans la persuasion que la composition du collège électoral subsisterait telle qu'elle avait été avant la guerre, mais que les circonstances ayant paru amener la nécessité d'un changement dans cette composition et Msgr. le Margrave n'ayant pas pu douter plus longtemps que la plupart des princes marquants de l'Allemagne, notamment ceux de Cassel, de Wurtemberg, d'Orange et un prince autrichien voulaient profiter de cette conjoncture pour se faire admettre dans le collège électoral, Son Altesse n'avait pas pu se dispenser de se mettre sur les rangs avec d'autant plus de droit que la maison de Bade était d'une origine bien plus illustre que plusieurs autres et qu'on ne pouvait pas, comme je lui ai dit tout expressément, faire en sorte qu'un prince de cette catégorie n'eût pas le sentiment de sa dignité. Je remarquais que cette explication un peu forte fit beaucoup d'impression sur lui.

Morkow wünscht eine Abschrift von dem Schreiben des Markgrafen an den Zaren zu sehen; da aber Reitzenstein sich erinnert, daß darin weder von der Kur, noch der nothwendigen weiteren Entschädigung die Rede, diese Dinge vielmehr ausschließlich in dem Schreiben an die Prinzessin Amalie berührt worden, bemerkt er ausweichend, er kenne das erstere nur aus einem Auszuge, sei aber sehr wohl über den Inhalt des Schreibens Bonaparte's unterrichtet und wisse daher die gnädige Gesinnung des Zaren, der in seiner Antwort an den Markgrafen die Vorschläge Bonaparte's vollkommen gebilligt habe, sehr wohl zu würdigen.

Mr de Morkow se convainquit apparemment par tous ces détails qu'on s'était ouvert ici trop bien envers moi, pour qu'il pût espérer de me tromper davantage; il se borna donc à prévoir seulement de grandes difficultés de la part de l'Autriche, à me demander ensuite si la constitution de l'Empire n'en souffrirait pas et à compter sur ses doigts, en marquant toujours une entière répugnance, les 11 électeurs qu'il y aurait ensuite en Allemagne. De là il entama l'article de nos indemnités et agrandissements et il demanda que je lui apportasse le surlendemain un mémoire détaillé de tout ce que nous désirions . . . . Il répéta encore qu'il était instruit que j'avais donné cette même marque de confiance à Mr Talleyrand et que j'aurais dû user de même envers lui, puisqu'il avait non seulement à l'époque de sa paix avec la France[1] insisté auprès du gouvernement français, — malgré qu'il n'en avait eu ni ordres, ni instruction, — de stipuler que la maison de Bade devait être particulièrement favorisée dans l'affaire des indemnités, mais qu'il avait aussi ensuite conformément aux ordres de sa cour, qui ne lui étaient parvenus que postérieurement à la paix, présenté au ministère des rel. ext. un projet par lequel on nous avait assigné tout ce que nous avions demandé. J'avoue que cette nouvelle marque de perfidie ou

---

[1] Der Friedensvertrag vom 8./10. Oct. 1801; die Weisungen des Zaren vom 4. Sept. n. St. (Tratchevsky, I, 256) mußten damals Morkow längst bekannt sein; ein Courier von Petersburg nach Paris brauchte höchstens 3 Wochen (s. Tratchevsky, I, 362). Zur weiteren Würdigung von Morkows Behauptungen vergl. oben Nr. 117 u. 118.

plutôt de fourberie m'indigna, au point que je me permis de me prévaloir avec moins de ménagements de ce que je savais relativement à cette affaire. C'est pourquoi que je lui dis que je savais très bien ce qui avait été désigné dans le projet dont il parlait, mais qu'autant qu'il pouvait m'être permis d'en porter un jugement il me paraissait que les dispositions, manifestées déjà précédemment par S. M. l'Empereur, avaient donné à mon S^{me} maître le droit d'attendre tout autre chose de l'interposition de ses bons offices, puisque d'un côté il était constant que dans ce tableau on n'avait assigné à la maison de Bade que les objets d'indemnités compris dans notre traité secret avec la France et que de l'autre côté il n'était pas moins sûr que dans le mémoire présenté à Sa Majesté par le défunt prince héréditaire il avait été précisément question de l'insuffisance de cette indemnité[1] . . . . Je ne saurais dire à V. Exc., à quel point Mr de Morkow fut piqué de cette observation, à laquelle il donnait l'explication bien naturelle à la vérité que je voulais lui faire entendre que nous aurions obtenu sans son assistance tout aussi bien ce qu'il avait eu la générosité de nous assigner. Il me demanda donc avec beaucoup d'humeur, si je croyais que nous n'avions pas besoin de la Russie? Je répliquais, en répétant ma phrase mot pour mot, que le sens qu'il lui donnait n'y était pas, mais qu'il me paraissait convenable à la grandeur de la Russie qu'on ne recourait pas à elle pour peu de choses et que ç'aurait été méconnaître même la puissance de son monarque que de la réclamer pour des objets consentis déjà par un autre gouvernement. Mr de Morkow ne voulant pas encore se rendre à l'évidence de ce raisonnement, observa que la France n'aurait cependant pu réaliser les stipulations de notre traité secret que par la force et que, quand il s'agissait d'exécuter quelque chose par la force, il fallait aussi s'attendre à de la résistance, et qu'ainsi le consentement de la Russie dans notre indemnité . . . . aurait toujours été absolument nécessaire. Une preuve de malveillance aussi loin poussée m'impatienta à mon tour, je lui dis donc ces propres mots: «Mais, M^{r} le Cte, comment pouvez-Vous croire que l'idée seulement ait pu venir à mon maître de rencontrer de l'opposition et de la résistance contre une trop faible indemnité de la part d'un monarque auquel il a l'honneur d'appartenir par les liens du sang? . . . .» Ce fut enfin sur cela que Mr de Morkow, se radoucissant entièrement, me fit mille protestations de l'amitié de son maître en y ajoutant même de mander à Msgr. le Margrave qu'il servirait Son Altesse avec autant de zèle que le meilleur de ses serviteurs. Il me recommanda ensuite de nouveau la prompte communication de mon mémoire, et je profitais de cette occasion pour l'informer préalablement que mes

[1] Vergl. Abschnitt 3.

vœux comprenaient une augmentation des états actuels de Msgr. jusqu'à une population de 500000 âmes, à quoi il me répondit qu'il me donnait la plus grande latitude, et que je pouvais, si je voulais, demander un million d'habitants et même la moitié de l'Allemagne!

Ce fut par là que finit notre premier entretien; il me parut nécessaire de me rendre sur le champ chez le ministre des rel. ext. Je lui rendis un compte succint de ce qui m'était arrivé . . . . Il me parut que le ministre était sensiblement flatté de cette attention; du moins il me reçut mieux que jamais et me parla sur tout plus ouvertement et avec plus d'assurance que jusqu'ici. Ce ne fut que dans ce moment que je fus suffisamment initié dans la nature des rapports entre la Russie et la France à notre égard, puisque le ministre me dit entre autres choses qu'il n'y avait que deux jours qu'il avait eu là-dessus une conférence avec Mr de Morkow, que c'était dans cette conférence qu'il lui avait fait l'ouverture de l'intention où le 1er Consul était touchant l'élévation de la maison de Bade à la dignité électorale qu'il lui avait même précisément dit que ce point était le *premier des désirs du 1er Consul*[1]. Enfin il me dit que la réponse de l'Empereur de Russie, étant analogue aux différentes propositions de la France, je pourrais parler à Mr de Morkow de la dignité électorale de la maison de Bade et de l'agrandissement proportionnel de ses états comme d'une affaire déjà convenue entre les deux puissances et sur laquelle on ne devait plus revenir.

Am folgenden Tage diplomatisches Diner in den Tuilerien, nach dessen Beendigung Bonaparte sich mit Morkow zu einer Berathung zurückzieht. Vermuthlich ist dabei auch von Baden die Rede gewesen, wenigstens findet Reitzenstein am 6., als er Morkow auf Wunsch ein Memoire über die Entschädigungen[2] überreicht, diesen bedeutend günstiger gestimmt.

Ce n'est pas qu'il ne me marqua que mes prétentions lui paraissaient extrêmement exagérées et qu'elles étaient aussi regardées comme telles par le gouvernement français, mais du moins il ne s'effaroucha plus de la dignité électorale, en disant même qu'il fallait faire main basse sur deux Electeurs ecclésiastiques et qu'alors si ces Electeurs devaient être remplacés par d'autres princes, la maison de Bade devait être en première ligne pour cette élévation . . . .

Quant à nos indemnités j'appris par lui que dans sa grande conférence avec Talleyrand la note que j'avais remise à celui-ci avec le tableau progressif y joint . . . . avait été examinée en détail. Je crus

---

[1] Schon Ende April hatte Talleyrand Morkow gegenüber den Wunsch ausgesprochen, wenn eine der geistl. Kuren in Wegfall komme, aus Gefälligkeit gegen den Zaren Baden die Kurwürde zu übertragen (Bericht Morkows vom 30. April bei Tratchevsky, a. a. O., I, 398); ein förmlicher Vorschlag erfolgt von Seiten Talleyrands Anfangs Mai (Bericht Morkows vom 10. Mai, ebenda, I, 400).

[2] Oben Nr. 203.

m'apercevoir en effet, comme Mr de Talleyrand me l'avait déjà fait pressentir, que mes prétentions avaient été fortement recommandées; néanmoins Mr de Morkow me dit que, comme j'avouais moi-même que toute la population des états de Msgr. le Margrave ne s'était élevée avant la guerre qu'à 217000 âmes et que la cession du Rhin ne nous en avait fait perdre que 42000, c'était beaucoup trop aller que de vouloir, en demandant jus'qu'à 25000 [?] âmes de population, plus que doubler la masse totale de pays que Msgr. le Margrave avait eu auparavant. Il convint toutefois après les réprésentations convenables que je lui fis à cet égard que d'un côté les pertes causées par la guerre au Margraviat de la rive droite et surtout de l'autre côté les prétentions de la maison de Bade sur le Brisgau, le Cté de Geroldseck et les Principautés de Neufchâtel et Valengin, enfin la protection éminente de la Russie et de la France méritaient une considération particulière; enfin il me demanda, si je ne serais pas très content, s'il réussirait [sic!] à nous procurer un bénéfice de 150000 de population, ce qui lui paraissait bien le maximum du tout ce que nous pourrions désirer. Je crus qu'il serait imprudent de heurter Mr de Morkow trop directement et dès le premier moment où il commençait à devenir plus raisonnable; d'ailleurs je voyais bien par la marche que cette affaire prenait que l'opinion même de Mr de Morkow nous assignait déjà le Brisgau et l'Ortenau, c'est à dire ce qui dans mon tableau progressif est compris dans les deux premières colonnes A. et B., puisqu'en ajoutant au bénéfice proposé par lui-même de 150000 âmes 42000 âmes de perte, il en résultait 192000 âmes d'indemnité et que les objets compris dans les deux colonnes mentionnées ne montaient qu'à 6000 âmes de plus, il me parut donc s'en suivre de ce raisonnement que devant regarder comme assez probablement assurée l'acquisition du Brisgau et de l'Ortenau, mon but devait être de dresser des batteries plus directement sur le Palatinat du Rhin et de me donner l'air de mettre peu d'importance au Brisgau. C'est pourquoi que je répondis à Mr de Morkow, ... que je m'attendais bien que l'Autriche mettrait de la difficulté de céder une de ses provinces à la maison de Bade et que je connaissais trop bien les sentiments de mon maître pour ne devoir pas déclarer au nom de Son Altesse qu'Elle serait au désespoir, si Elle pouvait avoir à se reprocher d'avoir tardé de 24 heures seulement l'accomplissement définitif de la paix générale pour une demande quelque juste qu'elle était d'ailleurs incontestablement; qu'ainsi et dans le cas où Mr de Morkow s'apercevait dans sa négociation avec Mr de Cobenzl, que l'abandon de Brisgau présentait des difficultés insurmontables, je lui déclarais dès à présent que je m'en désisterais, mais que ce serait alors une raison d'autant plus forte pour insister absolument sur les autres objets compris

dans les 3 dernières colonnes de mon tableau . . . . Cette réponse déconcerta Mr de Morkow tout-à-fait et ce ne fut qu'alors qu'il me parla avec un peu plus de sincérité. Il me dit que le Duc de Modène refusait absolument le Brisgau, que le but de l'Autriche était bien moins de conserver ce pays pour elle-même que d'obtenir pour le Duc de Modène un établissement plus proportionné à la perte de son pays et que Mr de Cobenzl assurait que le Brisgau était un misère qui ne rapportait que 40000 fl. de revenu net. Après cette explication je pouvais sans inconvénient changer aussi de langage. Je disais donc que les renseignements que j'avais été à même de me procurer sur les revenus du Brisgau s'accordaient tout-à-fait avec les assertions de Mr de Cobenzl et recevaient par conséquent un nouveau degré de certitude par le propre témoignage de ce ministre, que d'un autre côté l'Ortenau avait été assez longtemps dans la possession de la maison de Bade-Bade, pour que nous puissions savoir mieux que personne ce qu'elle rapportait et que je pouvais lui donner la preuve que son rapport ne se montait pas tout-à-fait à 20000 fl. par an, qu'ainsi il était impossible d'imputer à l'indemnité de la maison de Bade le Brisgau et l'Ortenau en proportion de leur population et que Mr de Morkow se persuaderait par là que l'acquisition de ce pays ne suffisait pas encore pour donner à la maison de Bade l'agrandissement qui lui paraissait juste et convenable à lui-même; que d'ailleurs la maison de Bavière qui avait fait des pertes aussi énormes . . . . avait le plus grand intérêt de ne plus toucher dorénavant aux bords du Rhin, mais d'obtenir des dédommagements plus à portée de la masse de l'Electorat; que c'était donc vers ce point que la politique de la Russie me paraissait devoir se tourner de préférence et que dans le cas où ce but pourrait être rempli, le Palatinat du Rhin serait l'acquisition la plus précieuse et même inappréciable que la maison de Bade pourrait jamais faire.

Der Vorschlag eines Verzichts auf den Breisgau dürfe, meint Reitzenstein, weder von Frankreich, noch von Rußland ausgehen, da Oesterreich sonst den Werth des Landes zu hoch veranschlagen und seine Ersatzansprüche steigern werde; das Anerbieten müsse durch Oesterreich selbst erfolgen, entsprechend den Bestimmungen des Lunéviller Friedens.

Mr de Morkow me répondit en me congédiant qu'il travaillerait maintenant à notre affaire et que je devais être assuré qu'il ferait pour Msgr. le Margrave tout ce que les circonstances rendraient possibles. Comme je lui observai sur cela qu'il me paraissait que le concert de la Russie avec la France devait bien avoir quelqu'influence dans cet affaire, il me répondit qu'il le regardait comme décisif en faveur de la maison de Bade[1].

---

[1] Eine vorläufige Mittheilung über die Conferenzen mit Morkow erfolgt durch eine Depesche des Legationssecretärs Groos vom 7. Mai (prs. 12. Mai).

Am 9. d. M. überreicht Reitzenstein dem russischen Gesandten eine zweite Note[1], in der er noch bestimmter auf der Gesammtheit seiner Forderungen besteht, da Morkow gesprächsweise geäußert, Bonaparte wünsche nicht die Nachbarschaft einer Macht ersten oder zweiten Ranges am Rheine. Morkow verspricht, sich angelegentlichst für Baden zu verwenden, «tout ce qui serait humainement possible» . . . .

Du 14 mai 1802.

Unterredung mit Mathieu.

Je me rendis donc chez lui avanthier, 12 du courant, et ne lui ayant rien laissé ignorer sur l'état actuel de mes négociations, je lui dis qu'étant assuré que le ministre ne terminerait rien définitivement avant de l'avoir consulté, je le priais d'insister le plus fortement possible sur les points suivants:

1° sur le danger de remettre l'exécution des arrangements en Allemagne jusqu'après celle des projets contre la Turquie . . . .

2° sur la nécessité d'insister que l'indemnité de la maison de Bavière fût arrangée de manière, à ce que le Palatinat du Rhin restât disponible. Il m'a dit que Mr de Cetto même désire que les états de l'Electeur ne touchent plus au Rhin;

3° sur la convenance de donner alors le Palatinat à la maison de Bade. Il m'a promis de s'y intéresser autant qu'il sera possible;

4° sur l'impossibilité de mutiler le pays et de le partager en 2 parties séparées par le Necker. J'ai surtout appuyé sur la raison qu'un Electeur futur de Bade devait avoir une capitale un peu plus considérable que Carlsruhe, comme p. e. Mannheim, et qu'il était inconvenant que la capitale fût à l'extrême frontière, qu'en outre toute la banlieue de Heidelberg et presque tous les revenus qui restaient encore à l'université étaient de l'autre côté du Necker, qu'enfin les baillages mayençais de Heppenheim et Bensheim devaient être regardés comme faisant parti du Palatinat, puisqu'ils n'étaient que la continuation de la Bergstrasse. Je l'assurais même que, s'il ne se trouvait point d'amateur du faible reste du pays de Worms dont à la vérité le revenu ne suffisait guère pour les pensions à donner aux bénéficiers, je m'y résoudrais peut-être également.

J'ai remarqué beaucoup de bonne volonté à l'égard de tous mes vœux, car je n'ai été décidément refusé qu'à l'égard de la petite partie du Palatinat à l'est de la rive droite du Necker, c'est à dire Mosbach, Boxberg etc. et j'ai assuré que nous ne nous plaindrions pas, si la ligne de nos frontières fut seulement tirée de manière, à ce que Hilsbach et Eppingen y fussent compris, qu'ensuite elle s'approchât du Necker pour passer ce fleuve là où il commence à se tourner vers l'ouest, c'est à dire dans les environs de Neckarelz à peu près d'où elle gagnerait les

---

[1] S. oben Nr. 136.

frontières du côté d'Erbach pour longer ensuite le C[té] de Katzenellenbogen . . . .

Betr. der Entschädigung der beiden Prinzen verhehlt Mathieu nicht, daß der Fürst von Thurn und Taxis für seine in der That außerordentlichen Verluste dringend das Oberamt Ostrach und Schemerberg, d. h. die Hälfte der Abtei Salmansweiler verlange.

Du 15 mai.

Conferenz mit Talleyrand.

. . . . Je lui ai trouvé encore des dispositions tout-à-fait excellentes et telles que nous pouvons le désirer: plût à Dieu que M[r] de Morkow en fût animé également, mais M[r] de Talleyrand m'a dit là-dessus des choses qui doivent nous démontrer de plus en plus son insigne fourberie. Il ne prend à notre égard que le rôle de contradicteur et s'efforce autant du moins qu'il est en lui de rabaisser ce que le gouvernement français veut faire en notre faveur. Chaque fois que la France propose un article avantageux à notre égard, il ne fait que demander de plus grands avantages pour le Duc de Wurtemberg, de sorte qu'il ne peut avoir d'autre but que de nous faire perdre tous les avantages que nous espérons ou de profiter des dispositions du 1[er] Consul en faveur de la maison de Bade pour élever d'autant plus celle de Wurtemberg[1]. Une autre conséquence qui en résulte naturellement c'est la confirmation de ce dont je me suis aperçu depuis si longtemps, savoir que ce n'est pas l'Empereur, mais sa mère qui tient la main du gouvernement, que l'Impératrice soit-disant régnante ne peut avoir ni esprit ni caractère, que les grandes assurances du C[te] de Kotschubey envers M[e] la Princesse Amélie n'ont été que des mots en l'air, enfin qu'il serait bien à désirer que M[me] la Princesse héréditaire reçoive ma lettre du 16 mars[2] assez à temps pour se déterminer encore au voyage de Pétersbourg et à un assaut vigoureux immédiatement dirigé contre ces coquins de ministres qui n'ont en vue que la protection de la mère et qui se soucient fort peu des affections et de la gloire de leur faible monarque. Pourquoi donc le Roi de Suède n'est-il pas sur le trône de Russie? Tout aurait déjà changé de face il y a longtemps.

J'ai oublié de marquer plus haut que j'ai excepté dans mon calcul de la population du Brisgau le grand-prieuré de Heitersheim, par la raison que la Russie veut toujours encore se donner l'air de protéger l'ordre de

---

[1] Vergl. die Beschwerden, die Talleyrand über diesen Widerstand führt: Talleyrand an Hédouville, 6. Juni, bei Tratchevsky, I, 442.

[2] Reitzenstein hatte in demselben die Erbprinzessin dringend ersucht, bei einer Rückreise über Petersburg, wo ihre Gegenwart höchst nöthig werde, für die badischen Interessen, die durch Morkow völlig vernachlässigt würden, nachdrücklichst einzutreten und im Sinne einer aufrichtigen Aussöhnung zwischen Rußland und Frankreich, von der auch Badens Geschick abhänge, zu wirken. Undatirte Copie von Groos.

Malte et que Mr de Morkow n'y aurait trouvé que de nouveaux prétextes de chicane. J'ai pensé que, si nous acquerrons le Brisgau, les 5 villages dont le grand-prieuré est composé ne nous gêneront pas beaucoup et qu'au prochain changement qui se fera dans l'ordre nous n'aurons aucune peine de nous emparer sans opposition de cette misère. Il est à prévoir qu'un changement total dans l'ordre n'est pas éloigné.

Il serait au reste superflu de vouloir détailler à V. Exc. le but et la nature de ma négociation actuelle. Je n'oublie jamais le principe que les objets compris dans la colonne de Lit. A. de mon tableau seraient déjà à eux seuls une bien belle indemnité; mais mon but réel est toujours de m'assurer de l'étendue du pays entre Waldshut et Ketsch. Pour trouver moins d'opposition dans ce projet, je demande beaucoup plus . . . .

---

140. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 20. Mai 1802.

[Conferenzen zwischen Talleyrand und Morkow über den Entschädigungsplan. Erneute Intriguen Morkows. Günstige Feststellung der badischen Entschädigung. Verdienst von Talleyrand und Mathieu. Zuwendung der Pfalz. Sicherung der Kur. Bedenken wegen Baierns Zustimmung.]

|: Die gestrige Unterredung mit Mathieu hat bestätigt, — was der preuß. Legationsrath Roux ihm bereits mitgetheilt, — daß Graf Morkow, seiner Instructionen und officiellen Versprechungen ungeachtet, mehr als je bestrebt ist, den Interessen der Reichsfürsten, speciell Badens entgegenzuarbeiten[1]. Morkow habe den ersten Consul dazu bestimmt, unter möglichster Wahrung der bestehenden Verhältnisse die volle Integrität Oesterreichs und den Ausschluß jedes Gebietstausches im Reiche als Princip zu genehmigen. Dies bedeute für Baden den Verzicht auf den Breisgau, Lichtenau und Lahr. In einer Conferenz mit Talleyrand, am 16. d. M.[2], habe er des weiteren zunächst die Erhaltung der drei geistlichen Kurfürsten begehrt, sich schließlich aber mit zweien begnügt. Für den Großherzog von Toskana habe er Passau, Salzburg, Berchtesgaden und den rechtsufrigen Inndistrict gefordert, während der Kurfürst von Baiern sich mit Bamberg, Würzburg und Eichstädt zufrieden geben sollte.

Quant à la maison de Bade, il exigeait impérieusement qu'elle devait se contenter des évêchés de Constance, Spire et Strasbourg, puisqu'en conséquence des deux beaux principes susdits il n'y avait pas autre chose à lui offrir.

C'est par quoi la 1ère conférence se finit et j'ai tout lieu de croire que Talleyrand ne sachant plus de quel bois faire flèche, en fut tout-à-fait altéré.

---

[1] Beide hatten Reitzenstein u. a. anvertraut, daß Morkow im Verein mit dem Cardinal Caprara sich neuerdings eifrig für die Erhaltung der drei geistlichen Kurfürsten bemüht habe. Bericht vom 19. Mai.

[2] Ueber diese Conferenzen, in denen sich Morkows Widerstand hauptsächlich gegen die geplante Vergrößerung Preußens richtet, vergl. die Berichte Morkows vom 10. Mai und 4. Juni, sowie Talleyrands Erlaß an Hédouville vom 6. Juni bei Tratchevsky, a. a. O., I, 400 ff., 416 ff., 430 ff.

Une seconde conférence fut marquée au 17; dans le court intervalle on convint que ni la maison de Bavière, ni celle de Bade ne pouvaient être maltraitées de cette sorte . . . . Dans cette seconde conférence on devait s'occuper des maisons du second ordre, en commençant par Darmstadt et Nassau. Ce fut alors que Talleyrand observa que, puisqu'on était déjà dans la nécessité d'indemniser ces maisons de leurs pertes territoriales sur la rive gauche du Rhin, il n'y avait pas le moindre inconvénient d'ajouter aux pertes pour lesquelles elles devaient être dédommagées Lichtenau et Lahr pour améliorer d'autant le lot de la maison de Bade. Morkow y consentit enfin, non sans quelque difficulté. Ce fut cependant un premier pas en notre faveur. Un second pas fut fait par la proposition de Talleyrand qu'il fallait encore ajouter à notre lot les 3 villes impériales de Gengenbach, Offenbourg et Zell sur le Harmersbach avec l'abbaye de Gengenbach, ce qui fut également consenti sans opposition. En 3me lieu il fut convenu qu'il fallait adopter pour principe général que les sécularisations devaient frapper non seulement les pays ecclésiastiques en eux-mêmes, mais encore les revenus et propriétés chapitraux et les abbayes immédiates; en conséquence ce principe fut aussi adopté à notre égard, et l'on ajouta expressément dans la désignation de notre lot le Ritterstift Odenheim et les abbayes de Schwarzach, Frauenalb et Ettenheimmunster, auxquels j'ai trouvé moyen de faire ajouter dans la copie celles de Lichtenthal et Allerheiligen. En 4me lieu on a ajouté le reste de l'évêché de Bâle avec ses revenus chapitraux et voici de quelle manière finit la seconde conférence.

La 3me eut lieu avant-hier: on y commença par rappeler à Mr de Morkow que dans notre traité secret l'abbaye de Salmansweiler avait été stipulée pour les Princes Frédéric et Louis et qu'il fallait que cet article eût son entière exécution. Mr de Morkow s'en récria comme d'une chose absolument impossible, mais à force de persévérance Talleyrand resta non seulement maître du champ de bataille, mais il fit ajouter sous la raison que cela avait également été promis aux princes, l'abbaye de Petershausen. Enfin on inséra encore, plutôt pour dire la vérité, d'une manière obreptice que de l'aveu formel de Mr de Morkow, les 5 villes impériales d'Uberlingen, Pfullendorf, Biberach, Wimpfen et Heilbronn. V. Exc. verra par la seule énumération de ces objets que Talleyrand s'est réellement surpassé dans une circonstance aussi critique, puisqu'Elle verra qu'on a pris à droite et à gauche tout ce qui était humainement possible de prendre pour améliorer notre lot . . . .

Ce fut dans cet état qu'avanthier encore le projet fut présenté au 1er Consul. Talleyrand était déjà convenu avec ses chefs de bureau que la Prusse et la maison de Bade ne lui paraissaient pas encore assez bien partagées. Je ne sais pas ce qui peut avoir été fait pour la Prusse . . .,

mais quant à nous, Talleyrand a encore représenté au 1er Consul avec tant de force la nécessité de faire davantage en faveur du Msgr. le Margrave qu'il était parvenu à arracher quasi de lui, que nous devions avoir une augmentation de 50000 âmes de population et que pour aider un peu la Bavière il devait être encore retranché le second Electeur ecclésiastique. A peine Talleyrand fut-il de retour avec cette double résolution, qu'il en fit profiter pour la Bavière et pour [la] Bade, en proposant de donner à la Bavière le lot entier du deuxième Electeur ecclésiastique, savoir l'évêché et la ville d'Augsbourg, la prévôté et la ville de Kempten et toutes ses possessions ecclésiastiques et villes impériales entre l'Iller et le Lech, et d'obliger la Bavière par contre à céder le Palatinat du Rhin dont il nous fit destiner les $\frac{4}{5}$mes, c'est à dire tout ce beau pays, à l'exception seulement des 3 grand-baillages de Mosbach, Boxberg et Ozberg. Je ne saurais assez admirer ni la constance des assauts que Mathieu a livrés en notre faveur, ni celle du ministre des rel. ext. qui dans des circonstances qui auraient pu passer pour désespérées a su nous conduire pas à pas à un dédommagement qui, si nous l'obtenons, nous vaut mieux que les deux premières colonnes de mon tableau progressif, puisque le Palatinat rapporte certainement 4 fois plus que tout le Brisgau. Je dois ajouter que, quant à la dignité électorale, elle est solennellement reconnue; le 1er Consul avait marqué qu'il ne s'en désisterait pas[1] et j'ai lu moi-même dans le traité projeté le § suivant «Comme il est probable que la constitution de l'Empire pourra se maintenir mieux, en admettant les princes les plus influants de l'Empire dans le collège électoral, les parties contractantes proposent de créer 3 nouveaux Electeurs dans les personnes du Margrave de Bade, du Duc de Wurtemberg et du Landgrave de Hesse-Cassel»[2]. Ainsi Msgr. le Margrave, ce que je puis assister (sic!) sur mon honneur, se trouve même en première ligne . . . . On était occupé hier à copier au net tout le projet; s'il est définitivement agréé, on l'enverra peut-être dans quelques jours déjà à la Diète de Ratisbonne . . . . Talleyrand a religieusement promis de ne plus le soumettre au 1er Consul et d'intimer à Mr de Morkow que c'est la dernière volonté du gouvernement français . . . .

Reitzenstein hegt nur ein Bedenken: er befürchtet, daß der Kurfürst von Baiern, der in der That bei dem vorliegenden Entwurfe nicht genügend berücksichtigt sei, darauf bestehen werde, daß die Rheinpfalz ihm verbleibe. Mathieu räth daher, im Verein mit Preußen und Baiern darauf zu bringen, daß auch der letzte geistliche Kurfürst völlig beseitigt oder doch mindestens zum Verzicht auf den schönsten Theil Niederbaierns —

[1] Vergl. das Schreiben an Alexander vom 23. Mai, aus dem sich ergiebt, daß eine Einigung über die Kur mit Morkow stattgefunden. Corresp. de Napoléon, VII, 602.

[2] Vergl. die Convention vom 3. Juni (Martens, Suppl. III, 238 ff.). Die betr. Stelle ist hier zwar nicht wörtlich, aber inhaltlich richtig wiedergegeben.

zwischen Regensburg und Passau, Donau und Böhmerwald — gezwungen werde, in welchem Falle Baiern wohl gerne in die Abtretung der Rheinpfalz einwilligen würde.

Folgen Mittheilungen über die Entschädigung der übrigen Reichsstände, die im wesentlichen durch die Convention vom 3. Juni später bestätigt werden und zeigen, wie vorzüglich Reitzenstein informirt ist. :|

---

141. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 24. Mai 1802.

[Aenderung. Entschädigung des Kurerzkanzlers. Baden erhält die pfälzischen Aemter Heidelberg, Mannheim und Bretten, ebenso Anwartschaft auf Lahr. Die konstanzischen Besitzungen in der Schweiz.]

|: Reitzenstein macht dem preußischen Legationsrath Roux von dem Plane Morkows, dem Kurerzkanzler einen beträchtlichen Theil Niederbaierns zuzuweisen, Mittheilung; Roux eilt sofort zu Lucchesini.

Je ne saurais dire, si c'est réellement l'opposition de Mr de Lucchesini à l'arrangement projeté ou l'impudence trop loin poussée de Morkow qui, ayant mis à bout la patience du gouvernement français, l'a fait changer de plan. Ce qui est certain, c'est qu'avanthier à 6 heures du soir le projet a été définitivement arrêté par Talleyrand, de manière que l'Electeur ecclésiastique conservé n'aura que l'évêché de Ratisbonne et le grand-baillage d'Aschaffenburg; ainsi la Bavière à la gauche de l'Inn du moins conservera son intégrité. Dans ce même projet il est réellement stipulé que la maison de Bade doit avoir outre les objets marqués dans ma dernière dépêche les villes de Mannheim et Heidelberg et les 3 grand-baillages de Bretten, Heidelberg et Ladenburg, ceux de Mosbach, Boxberg et Uzberg [lege: Ozberg] devant former avec les baillages mayençais de Miltenberg et Amorbach l'indemnité du Prince de Linange, et celui de Lindenfels devant être ajouté au défaut d'Aschaffenburg au lot de la maison de Darmstadt . . . . La seigneurie de Lahr nous est expressément stipulée, mais nous ne pourrons entrer en jouissance qu'après la mort du Margrave d'Ansbach, puisque ce prince conserve les revenus du Cté d'Altenkirchen, que la régence d'Hannovre administrera et ne remettra qu'après la mort du Margrave entre les mains de la maison d'Usingen pour laquelle il formera l'équivalent de Lahr . . . .

Voilà maintenant l'ensemble du projet. Il a dû être mis au net aujourd'hui, il y aura ce soir une conférence finale avec Mr de Cetto et demain le tout sera mis sous les yeux du 1er Consul, pour qu'il y donne sa sanction . . . .

Il existe encore dans le projet actuel une différence de notre traité secret extrêmement avantageuse pour nous, c'est que dans celui de là (sic!) la France s'était réservé les biens de l'évêché de Constance, situés en territoire suisse, et actuellement il n'est plus et ne doit plus être question de

cette réserve. Ce serait fort important, puisque les revenus de cette partie de l'évêché de Constance sont évalués à 128000 fl. par an, mais nous ne pourrons y compter, ce me semble, qu'autant que la France aura renoncé à l'exécution de ses vues supposées sur la Suisse. Nous voilà donc toujours encore entre la crainte et l'espérance, mais il est possible que cela se débrouille maintenant bientôt . . . . :|

142. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 29. Mai 1802.

[Bevorstehender Abschluß der Convention mit Rußland. Persönlicher Meinungsaustausch in Karlsruhe nothwendig.]

|: Die Verhandlungen über den Entschädigungsplan werden mit größtem Eifer geführt; in 3–4 Tagen wird der Abschluß der Convention zwischen Rußland und Frankreich erwartet. Es werde dann, meint Reitzenstein, nöthig sein, daß er sich auf ein paar Tage in die Nähe von Karlsruhe begebe.

Bitte um strengste Geheimhaltung der letzten Depeschen gegen Jedermann, mit Ausnahme des Markgrafen. :|

143. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 2. Juni 1802.

[Beschwerden der Erbprinzessin über Morkow in Petersburg. Eine Ausdehnung der Grenze gegen Heilbronn für den Handel wünschenswerth.]

|: Edelsheim zeigt den Empfang der Depeschen vom 11.–24. Mai an und spricht im Namen des Markgrafen dessen lebhaftesten Dank aus für die verdienstvollen Bemühungen Reitzensteins, welche ebensoviel Eifer als Gewandtheit und Scharfblick verrathen.

. . . . Quant aux insinuations à faire à l'Empereur Alexandre au sujet de la conduite injustifiable de Mr de Morkow[1] outre qu'il n'y aurait plus moyen de les faire parvenir à temps à Memel, le Margrave serait fort embarrassé de savoir à qui il y pourrait adresser une lettre à l'Empereur, attendu que selon les avis de Mr Faudel du 25 mai l'Impératrice Elisabeth ne sera positivement pas du voyage, mais heureusement Mme la Princesse héréditaire a déjà prévenu en partie nos désirs, n'ayant pas laisser ignorer la malveillance de ce ministre pour nos intérêts à l'Empereur, son maître, en lui marquant expressément dans une lettre en date du 23 avril qu'il ne faisait rien de ce que portaient les ordres et les promesses de S. M. I. sur cet objet. Ensuite elle a encore écrit à la Princesse Amélie pour l'encourager de son mieux à continuer toujours avec le même zèle et avec toute l'activité possible à recommander nos intérêts . . . . Elle me dit encore dans une lettre du 10 mai qu'elle se croyait assurée de la prudence et de l'activité de la Princesse Amélie en

[1] Reitzenstein hatte neuerdings (20. Mai) eine Beschwerde über Morkow empfohlen.

mettant de la suite à cette affaire qui vraiment était entre de meilleures mains que les siennes[1]. . . .

Man werde nun das Resultat der Zusammenkunft des Zaren mit dem Könige von Preußen zu Memel abwarten: sollte ein weiterer Schritt in Petersburg noch nöthig werden, so werde man unverzüglich einen Courier dahin abgehen lassen.

Il me faut encore Vous dire un mot sur les indemnités dont Vous m'avez confié les dispositions spéciales . . . . Moins nous étions en droit de nous jamais attendre à tout ce que Vous étiez en si bon chemin d'obtenir, plus nous voudrions maintenant que rien n'y manquât. Il faut bien cependant se soumettre aux circonstances et, puisqu'il n'y a plus à espérer que le Brisgau et la Ortenau nous tombent en partage, on serait bien aise que d'un autre côté l'extension jusqu'à Heilbronn, mentionnée dans un de Vos derniers numéros, mais qui semble révoquée par Votre toute dernière dépêche, ait pu avoir lieu, Msgr. le Margrave y entrevoyant de grands avantages pour la nouvelle compagnie du flottage vers la Hollande[2] . . . . :|

Concept.

144. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 3. Juni 1802.

[Morkow vereitelt die Zuweisung von Heilbronn. Sein Widerstand gegen die Abtretung der Pfalz; Sorge vor seinem Einflusse auf die Entscheidung des Zaren. Gegenvorstellungen in Petersburg; Abreise Edelsheims dahin nothwendig.]

|: Neue Schwierigkeiten durch Morkow.

. . . . Le projet de médiation tel que j'ai eu l'honneur de l'annoncer par ma dernière dépêche étant déjà tout prêt d'être signé, Morkow fit encore une protestation formelle contre la cession de la ville de Heilbronn à Msgr. le Margrave, en disant que cette ville se trouvait expressément placée dans le tableau des indemnités destinées au Duc de Wurtemberg à qui elle devait d'autant plus être conservée qu'elle n'avait jamais été demandée par la maison de Bade . . . . Morkow mit une telle chaleur dans cette demande qu'il alla jusqu'à déclarer, qu'à moins que Heilbronn fût rayé du lot de Bade et ajouté à celui de Wurtemberg, il ne pouvait pas absolument signer le projet en question, de sorte que Talleyrand pour ne lui laisser pas le prétexte d'appuyer son refus sur ce nul point, fut obligé de lui céder à cet égard.

---

[1] Die Erbprinzessin war damals noch leidend und glaubte nicht, sich den Anstrengungen einer Reise nach Petersburg unterziehen zu können. Die angeführten Schreiben fehlen.

[2] Die neue Pforzheimer Flößcompagnie, für die sich Karl Friedrich lebhaft interessirte. S. oben S. 37 ff. Am 9. April hatte er mit Edelsheim in Mannheim der Abfahrt des ersten Floßes nach Holland beigewohnt.

A peine eut-on consenti sur cet article qu'il fit de nouvelles difficultés touchant le Palatinat du Rhin, et il n'eut pas honte de s'opposer encore directement à la cession de la portion de ce pays qui nous est destinée. Il poussa l'impudence à un tel point qu'il allégua ouvertement pour cause de son refus d'abord que la cession de ce pays à Msgr. le Margrave n'était pas marquée dans les instructions qu'il avait de Pétersbourg et ensuite que, si on voulait dépouiller du Palatinat l'Electeur de Bavière, il fallait nécessairement lui accorder plus d'indemnité et que plus on donnait à la Bavière, moins on pourrait donner au Grand-Duc de Toscane. Cette dernière raison surtout ne laissa plus de doutes sur les véritables sentiments de Morkow et l'aveu qu'il en fit ouvertement scandalisa Mr de Talleyrand d'autant plus, que dans une conférence précédente, où la cession à la maison de Bade des 2 villes de Mannheim et Heidelberg et des 3 grand-baillages de Bretten, Heidelberg et Ladenburg avait été longuement discutée, on avait formellement déclaré à Mr de Morkow que la totalité de tous les autres objets proposés en notre faveur était regardée comme la juste indemnité de nos pertes, mais que la France voulait outre ces indemnités faire au Margrave un cadeau surérogatoire par cette portion du Palatinat et, qu'outre les raisons particulières qu'avait la France de favoriser la maison de Bade plus que toutes les autres, elle y était encore déterminée en considération de la personne de S. M. l'Impératrice de Russie. Talleyrand avait cru mettre par ce compliment Mr de Morkow dans l'impossibilité d'opposer sans une extrême indécence des difficultés à cette faveur; aussi le fourbe n'y répondit-il alors que par un sourire agréable et par la demande, si l'on pouvait croire que la maison de Bade se contenterait alors de cette indemnité; Talleyrand, Durant et Mathieu . . . . y répondirent affirmativement et ce fut précisément l'accueil que Morkow fit semblant de faire à cette proposition qui leur fit croire qu'il avait reçu de nouveaux ordres en notre faveur. Mais cette fois-ci les nouvelles tentatives de l'Excellence russe n'eurent aucun succès; on lui répondit que cette affaire du Palatinat était la volonté du gouvernement français. . . .

Der Kurfürst von Baiern, bemerkte man, werde für den Verlust der Pfalz durch das Bisthum Augsburg und die Abtei Kempten entschädigt, die Morkow einem zweiten geistlichen Kurfürsten zugedacht habe; außerdem bestehe man auf der Integrität Baierns; den Gedanken, das rechte Innufer dem Großherzoge von Toskana zu überlassen, habe man aufgegeben. Der Großherzog möge sich seine Entschädigung suchen, wo er wolle: in Deutschland werde er keinen Fuß breit außer Salzburg, Passau und Berchtesgaden erhalten. Trotz aller Entgegnungen Morkows blieb man französischerseits fest bei dieser Erklärung.

. . . . Je dois ajouter encore que Mr de Cetto a été formellement prévenu de l'intention de la France de le faire renoncer au Palatinat dont la plus grande partie était destinée à la maison de Bade. Il fut assez sage pour ne faire aucune objection contre cette destination, mais comme

à l'époque de cette ouverture il était encore question de donner la rive droite de l'Inn au Grand-Duc de Toscane, Mr de Cetto fut extrêmement . . . allarmé de la proposition de déposséder son maître de deux possessions aussi précieuses que Mannheim et les salines de Reichenhall. Il disait . . . que Bamberg, Wurzbourg et Eichstaedt pouvaient à peine être considérés comme une indemnité suffisante de la perte de la maison Palatine sur la gauche du Rhin et que les objets de dédommagement assignés en Souabe ne le dédommageraient nullement des deux grands sacrifices qu'on exigeait encore; qu'ainsi il fallait lui conserver ou le cercle de l'Inn ou le Palatinat. Ce fut ensuite de ces considérations extrêmement justes que le gouvernement français ayant l'alternative de diminuer ou l'indemnité du Grand-Duc de Toscane ou celle de la maison de Bade, se détermina pour la première de ces deux propositions, de manière qu'Augsbourg et Kempten durent être assignés à Mr de Cetto comme équivalent du Palatinat du Rhin. On lui observa que maintenant il pouvait être tout-à-fait content, aussi ne marqua-t-il plus une répugnance et s'est borné à dire que, comme son maître n'était point encore instruit de l'abandon du Palatinat qu'on exigeait de lui, il fallait du moins lui en faire le rapport avant de pouvoir y souscrire formellement. Voilà l'état actuel des affaires; . . . . la personne de qui je tiens tout ceci sous la condition du secret le plus inviolable[1] m'a averti que nous ferions bien de tenir prêt un courrier [pour] St. Pétersbourg, pour prier l'Empereur de Russie de suspendre sa résolution touchant le projet actuel jusqu'à l'arrivée d'un ministre extraordinaire, par lequel Msgr. le Margrave était sur le point d'implorer le secours de S. M. dans cette circonstance décisive. L'opinion de cet ami sincère et véritablement respectable se rencontre merveilleusement avec celle que j'avais déjà depuis quelques jours, m'étant proposé de prier V. Exc. de ne pas trop s'effrayer, si je Lui représentais la nécessité presqu'absolue de se décider Elle-même au pénible voyage de Pétersbourg. Voilà ma raison qui me paraît — j'ose le dire, sans réplique. La condition que Morkow s'est réservée de ne faire regarder sa signature comme obligatoire qu'après le retour du courrier qu'il va envoyer à Pétersbourg m'est justement suspecte, quand je considère l'insigne malveillance de ce traître et les efforts constants qu'il a faits pour favoriser l'Autriche, le Duc de Wurtemberg et les prêtres et pour attaquer la Prusse, la Bavière et nous . . . .

Reitzenstein vermuthet, die Uebertragung der Kur sei der Punkt, der Morkow am wenigsten behage: sie zu vereiteln, widersetze er sich jeder weiteren Vergrößerung Badens. Es stehe daher zu befürchten, daß er in seinen Berichten nach Petersburg gegen die Zu-

[1] Vermuthlich Mathieu.

weisung der Pfalz protestiren und beantragen werde, die Genehmigung des Entschädigungsplanes davon abhängig zu machen.

. . . . La portion du Palatinat dont la France veut nous faire présent se monte à 96000 âmes de population, elle peut être évaluée à plus de 400000 fl.[1] de revenus; sous d'autres rapports encore c'est une acquisition inappréciable pour la maison de Bade et cent mille fois plus belle que le Brisgau; sans elle enfin nous courrons le plus grand risque de nous voir échapper la dignité électorale. Toutes ces considérations réunies sont décisives à mes yeux pour obliger Msgr. le Margrave à faire des démarches promptes et vigoureuses. V. Exc. y verra également des raisons assez déterminantes pour Son patriotisme pour prendre sur Elle la fatigue d'un aussi long voyage. De mon côté je reconnais également la nécessité de me rendre à Carlsruhe pour un abouchement indispensable, avant que ce voyage soit entrepris . . . .

Sobald Morkow seinen Courier mit der Entschädigungsacte abgefertigt habe, verspricht Reitzenstein, unverzüglich Nachricht zu geben, und ersucht, dann sofort auch von Karlsruhe einen Courier nach Petersburg abzuschicken, um durch dringende Vorstellungen bei dem Kaiser und seiner Gemahlin vorläufig einen Aufschub der definitiven Entschließung zu erwirken.

. . . . L'envoyé de Suède est passé avanthier chez moi pour me notifier que l'ambassadeur de Stedingk[2] avait reçu les ordres les plus précis du Roi de Suède de soutenir nos intérêts à Pétersbourg avec la dernière vigueur . . . .:¦

---

145. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 4. Juni (prs. 8. Juni) 1802.

[Unterzeichnung der Convention. Badens Entschädigung. Unzufriedenheit Morkows. Unterredung mit Talleyrand. Schreiben an den Zaren; Verwendung für die Ratification. Abschied von Bonaparte.]

Die Convention ist heute von Morkow unterzeichnet worden; sein Courier geht in der Nacht noch ab. Er hat Reitzenstein den auf Baden bezüglichen Abschnitt gestern zur Einsicht vorgelegt. Darnach erhält Baden das Bisthum Konstanz, die rechtsrheinischen Reste der Bisthümer Speier, Basel und Straßburg, die pfälzischen Aemter Ladenburg, Bretten und Heidelberg mit den Städten Heidelberg und Mannheim, die Herrschaft Lahr, «lorsque le Prince de Nassau sera mis en possession d'Altenkirchen», die rechtsrheinischen Reste der Grafschaft Hanau-Lichtenberg, die Reichsstädte Offenburg, Zell a. H., Gengenbach, Ueberlingen, Biberach, Pfullendorf und Wimpfen, endlich die Abteien

---

[1] Die Angaben über die Einwohnerzahl der betr. pfälzischen Landestheile bei Hoff, Kolb, Gaspari u. a. schwanken zwischen 96—100000. Die Einkünfte schätzt Gaspari, Der Reichsdeputationsreceß, auf 500000 fl.

[2] Baron Ehrenswärd, schwedischer Gesandter in Paris; Baron Stedingk, schwedischer Botschafter in Petersburg.

Schwarzach, Frauenalb, Allerheiligen, Lichtenthal, Gengenbach, Ettenheimmünster, Petershausen und Salmansweiler; überdies die Kurwürde[1].

Cette dernière portion était écrite en dehors de la colonne, ce qui m'a prouvé que ce n'est que dans le dernier assaut que la France a réussi à la faire insérer, mais probablement cela n'est pas ainsi dans la copie en double qui a été signée et qui représente l'original. Mr de Morkow m'a assuré à la vérité que tout cela était entièrement arrangé, convenu et appuyé par la Russie et qu'il avait même exprimé ses remercîments des sentiments favorables de la France envers la maison de Bade, en assurant que cela serait bien agréable à l'Empereur . . . .

Morkow verhehlt indeß dabei nicht, daß das Loos, welches Preußen zufalle, zu beträchtlich sei und Rußlands Zustimmung nicht finden könne; aus weiteren Bemerkungen entnimmt Reitzenstein, daß nach Morkows Ansicht Oesterreich ganz Oberschwaben erhalten, Baiern mithin nothgedrungen auf dem Besitze der Pfalz bestehen müsse.

Comme donc on peut facilement deviner l'esprit du rapport que Morkow enverra à sa cour, tout notre sort dépend de la célérité avec laquelle nous préviendrons les machinations de ce dangereux ennemi. Je viens de parler à cet égard dans l'audience dont je sors dans ce moment avec le ministre des rel. ext. et même avec le 1er Consul directement qui me paraissent tous les deux également persuadés de la perfidie du Russe.

. . . . Mr de Talleyrand me prit après le dîner dans un cabinet à part et me dit avec la plus grande énergie que cette mesure[2] ne suffisait pas ou plutôt qu'elle ne valait rien, puisqu'elle donnait aux ministres russes le temps d'envoyer auparavant un courrier à Vienne ce qui ferait certainement avorter tout le projet. Il me dit que ce qu'il fallait faire et ce qu'il désirait lui-même, était que j'envoyasse ce soir encore un courrier extraordinaire à ma cour et de[3] proposer à Msgr. le Margrave d'envoyer sur l'*heure même* un autre courrier à Pétersbourg avec une lettre des plus pressantes et qui contiendrait en substance ce qui suit: «que S. M. l'Empereur était sans doute déjà informée ou le serait incessamment . . . . d'un projet de médiation de la part de la Russie et de la France . . . . qui se trouvait dans ce moment soumis à la sanction de Sa Majesté; que

---

[1] Vergl. Martens, Traités de la Russie, II, 388. — Zur Motivirung dieser überaus reichlichen Entschädigung wird bemerkt: «le 1er Consul a non seulement désiré faire en ceci quelque chose d'agréable à la Russie, à la Suède, à la Bavière, il a encore voulu signaler la bienveillance de la France envers un Prince, qui, dans le moment le plus périlleux, a eu le bon esprit de ne pas désespérer de nos destinées» ꝛc. Talleyrand an Hédouville, 6. Juni 1802, bei Tratchevsky, a. a. O., I, 437. Vergl. weiter den Bericht Talleyrands an den Senat vom 21. August.

[2] Ein an den Zaren zu richtendes Ansuchen, seine Entscheidung bis zur Ankunft eines außerordentlichen badischen Gesandten auszusetzen.

[3] Der Satz fällt hier aus der Construction.

si ce projet de traité obtenait cette sanction, il n'était nullement douteux que sa communication à la Diète de Ratisbonne ne fût immédiatement suivie de la sanction de l'Empire Germanique, que par là enfin la tranquillité de l'Allemagne serait rétablie après 12 ans de guerre et de malheur, et que le sort des princes de l'Empire en général se trouverait amélioré et leur existence consolidée pour l'avenir; qu'en particulier la maison de Bade qui avait eu le bonheur de jouir de la protection de la Russie et pour laquelle la France était aussi bien disposée, se trouvait dans ce cas, qu'ainsi le sort futur de cette maison comme de toute l'Allemagne ne dépendait plus que du consentement de Sa Majesté dans l'acte en question, convenu et signé à Paris; . . . . que d'après toutes ces considérations S. A. ne pouvait s'empêcher — qu'Elle le devait au contraire au Prince héréditaire actuel et à toute Sa postérité — de conjurer S. M. avec les dernières instances de donner aussi promptement que possible Sa sanction à l'acte en question, en déclarant, qu'Elle ratifiait et tenait pour bon le projet signé par le ministre Talleyrand et Mr de Morkow, et d'envoyer un double du traité avec la ratification dans le même temps à Son chargé d'affaires à Ratisbonne qu'Elle l'enverrait à Son ministre à Paris.»

Mr de Talleyrand a particulièrement insisté sur la nécessité de ce dernier point, en me disant qu'on prendrait des mesures, pour qu'au moment où la ratification de l'Empereur de Russie arriverait à son chargé d'affaires à Ratisbonne, un agent français qui s'y trouverait — et qui sera à ce que je crois Mr Mathieu — communiquerait sur le champ ce projet à la Diète au nom de la France et de la Russie . . . .

Ein ähnliches Ansinnen hat Talleyrand an den bairischen Gesandten von Cetto gerichtet[1]. Nach Ansicht des letzteren empfehle es sich, daß Baden gemeinsam mit Baiern zu dem Ende in Petersburg vorstellig werde.

Von Talleyrand begiebt sich Reitzenstein zu dem ersten Consul, um sich zu verabschieden und ihm mitzutheilen, daß er auf ein paar Tage nach Karlsruhe gehen und dort über die weiteren Rußland gegenüber zu ergreifenden Maßregeln Vortrag erstatten werde. Die Idee, Edelsheim nach Petersburg zu senden, billigt Bonaparte außerordentlich; im übrigen meint er, «qu'il fallait absolument que nous poussions la pointe et que l'Impératrice devait se montrer enfin». Der Markgraf, räth Reitzenstein, möge die Kaiserin dringend ersuchen, ihren ganzen Einfluß aufzubieten, um ihren Gemahl zu der uneingeschränkten Ratification der Convention vom 3. Juni zu bestimmen.

146. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 7. Juni 1802.

[Schwedens Intervention in Paris und Wien. Das Wiener Cabinet, ohne Sympathien für Baden, fügt sich der Macht der Verhältnisse. Schreiben an Cobenzl.]

|: Der schwedische Oberst Borgenstjerna theilt ihm am 5. d. M. mit, der König sei durch Talleyrand officiell informirt, daß dem Markgrafen, entsprechend der Verwendung

[1] Ueber die hierdurch veranlaßten Bemühungen des bairischen Gesandten in Petersburg, Baron Posch, die Ratification zu erwirken, vergl. Tratchevsky, a. a. O., I, 455.

Schwedens, die Kurwürde nebst einem angemessenen Gebietszuwachs zugedacht sei. Auch der schwedische Geschäftsträger in Wien, Baron Silverstolpe, ist durch Ordre vom 7. Mai angewiesen worden, sich der badischen Interessen anzunehmen[1]. In einer Unterredung mit dem Vicekanzler Grafen Cobenzl glaubte Silverstolpe seinem Berichte zufolge zu bemerken:

«Qu'on ne devait vraisemblablement qu'à la nécessité des circonstances qui concouraient heureusement en faveur de Msgr. le Margrave que la cour de Vienne se prêta à l'accomplissement des vœux qu'on pouvait avoir à cet égard; ce ministre lui laissant entrevoir assez clairement qu'on croyait avoir des motifs bien plus fondés de s'intéresser en faveur du Duc de Wurtemberg, que cependant les choses étant déjà parvenues au point où elles se trouvaient maintenant, l'Empereur serait charmé de prouver à S. M. Suédoise tout particulièrement en cette circonstance le cas qu'il faisait de Son amitié et de l'intérêt qu'Elle prenait à la maison de Bade.»

Angesichts der Lage der Dinge findet der Markgraf daher für gut, dem Vicekanzler die badischen Interessen im allgemeinen neuerdings zu empfehlen, wie dies durch Edelsheim schon früher in Paris geschehen[2]. Eine nähere Besprechung der Frage behält sich Edelsheim bis zu Reitzensteins Ankunft vor. :|

Concept.

---

147. Lucchesini an König Friedrich Wilhelm III.

Paris, 11. Juni 1802.

[Baden und Baiern wenden sich an die regierende Kaiserin von Rußland wegen der Ratification; Würtemberg, eifersüchtig auf beide Staaten, sucht sie durch die Kaiserin-Mutter zu hintertreiben.]

. . . Le retard de l'expédition[3] donnera probablement le temps aux cours de Bade et de Munic d'instruire l'Impératrice régnante à coopérer au même but et ceci me paraît d'autant plus nécessaire que tous les discours du Bon de Normann, ministre de Wurtemberg, décèlent peu de satisfaction du lot que l'on destine au Duc, son maître, beaucoup de jalousie pour l'agrandissement de la Bavière et une envie indécente pour l'élévation en dignité et l'augmentation de puissance de la maison de Bade; . . . . ce ministre ne m'a pas caché l'espoir dans lequel paraissait être le Cte de Morkow, le ministre de Vienne et lui, que l'influence de l'Impératrice douairière de Russie pourra arrêter la conclusion de ces affaires et en modifier les conditions . . . .

Berlin. St.-A.

---

[1] Vergl. oben Nr. 59.
[2] Vergl. oben Nr. 61.
[3] Der Convention vom 3. Juni.

148. Reitzenstein an Edelsheim.

Straßburg (11. Juni 1802)[1].

[Abreise von Paris. Ankunft in Ettlingen. Reisehinderniß.]

Dans ce moment — 8 h. du matin — Mr le maire me fait dire que la crue du Rhin . . . . est devenue si forte cette nuit que le passage est interrompu même pour les piétons et que le courrier de la malle devra passer en bateau. Je m'étais proposé d'aller ce soir jusqu'à Bish.[2] pour être demain samedi vers les 5 h. du soir à Ettlingen. En cas que le passage devienne praticable, j'exécuterai mon projet, mais en cas contraire, je ne pourrai arriver que 24 heures plus tard. . . . .

---

[1] Die Datirung ergiebt sich aus dem Vermerk: «ce vendredi matin»; Reitzensteins Abreise von Paris war am 7. d. Mt. erfolgt. Wie früher, nimmt er auch jetzt wieder im Schlosse zu Ettlingen Absteigequartier.

[2] Bischofsheim.

3. Die Sendung Geusau's und die Reise des Erbprinzenpaares nach Petersburg. März 1801—März 1802.

149. Kaiserin Elisabeth von Rußland an die Erbprinzessin Amalie[1].

Petersburg, 13./25. März 1801.

[Ermordung des Zaren Paul. Die Vorgänge im Palais Michailow. Einladung der kaiserlichen Familie. — Einladung nach Petersburg.]

. . . . Tout est calme à présent, mais la nuit d'avanthier à hier était affreuse[2]. Ce qui était à craindre depuis longtemps est arrivé, il y a eu une révolte menée par les gardes, par les officiers des gardes plutôt. On [a] été pénétré chez l'Empereur au palais Michel à minuit: lorsque la foule avait sortie, il n'était plus; on assure que la frayeur lui a causé une apoplexie, mais il y a une apparence de crime qui fait frémir toutes les âmes qui ont la moindre délicatesse, qui ne sera jamais éffacée de la mienne. La Russie certainement va respirer après une oppression de 4 ans et, si une mort naturelle avait terminé les jours de l'Empereur, je n'aurais pas éprouvé peut-être ce que j'éprouve à présent; car l'idée d'un crime est affreuse. Vous pouvez Vous figurer l'état de l'Impératrice; quoique pas toujours heureuse, son attachement pour l'Empereur était excessif. Et le Grand-Duc Alexandre, Empereur aujourd'hui, il était anéanti absolument par la mort de son père, par la manière dont il est mort. Son âme sensible en restera à jamais déchirée. Que je Vous donne quelques détails, Maman, de ce que je me rappelle, car cette nuit me semble à présent comme un mauvais songe! Vous rendre compte du tumulte qui accourut chez le Grand-Duc, des cris de joie retentissant encore à mes oreilles, c'est impossible. J'étais dans ma chambre et je n'ai entendu que

---

[1] Das vorliegende Schreiben wird durch Staffette befördert.

[2] Ueber die Vorgänge in Petersburg vergl. (Th. v. Bernhardi) „Die Ermordung Kaiser Pauls" in v. Sybels Histor. Zeitschrift, 3, 133 ff. und die gleichfalls auf Bennigsens Darstellung zurückgehenden Aufzeichnungen des sächsischen Gesandten Rosenzweig, in der Zeitschrift: „Aus allen Zeiten und Landen", Bd. I, Jahrg. 1882; die Denkwürdigkeiten des Kurländers v. Heyking bei F. Bienemann: Aus den Tagen Kaiser Pauls, 211 ff.; die 1887 veröffentlichten Mémoires du Prince Ad. Czartoryski, I, 223—64; endlich Th. v. Bernhardi, Gesch. Rußlands, II, 2, 421 ff.

Die in russischer Sprache erschienenen Werke von Solowjew, L'Empereur Alexandre I, und Bogdanowitsch, Hist. du règne de l'Empereur Alexandre I, konnten nicht benützt werden.

les hourrah — Vous savez que c'est le vivat russe. Bientôt après le Grand-Duc entre et m'annonce la mort de son père. Dieu! Vous n'avez pas d'idée de notre désespoir. . . . . Le Grand-Duc part pour le palais d'hiver dans l'espoir d'attirer la foule après lui, il ne savait ce qu'il faisait; il croyait trouver du soulagement ici. Je monte chez l'Impératrice[1], elle dormait encore, cependant la grande-gouvernante de ses filles était allée la préparer à cette affreuse nouvelle; elle descend chez moi absolument égarée et c'est ainsi que nous avons passé toute la nuit; elle, devant une porte fermée qui donne sur l'escalier, a peroré les soldats qui ne voulaient pas la laisser passer, car elle voulait voir le corps de l'Empereur, a invectivé les officiers, nous, le médecin qui était accouru, tout ce qui l'approchait enfin. Elle était dans le délire, c'est bien naturel. Anne[2] et moi a (sic!) conjuré les officiers de la laisser passer au moins chez ses enfants, eux qui nous opposaient tantôt les ordres qu'ils avaient reçus, Dieu sait de qui — dans ce moment tout le monde ordonne — tantôt des raisons[3]. Enfin un désordre semblable à celui d'un rève. Je demandais des conseils, je parlais à des gens avec qui je n'ai jamais parlé et avec qui je ne parlerai peut-être plus de ma vie, je conjurais l'Impératrice de se calmer, je faisais mille choses à la fois, je prenais cent résolutions[4]. C'est une nuit que je n'oublierai jamais.

La journée d'hier était plus calme, mais cruelle aussi, nous passâmes enfin ici au palais d'hiver, après que l'Impératrice eut vu le corps de l'Empereur, car il (sic!) ne put pas la persuader de quitter le palais Michel avant. Je passai ma journée à pleurer tantôt avec cet excellent Alexandre, tantôt avec l'Impératrice. Il faut à celui-ci l'idée de rendre le bien-être à sa patrie pour le soutenir, il n'y a point d'autre motif qui puisse lui donner de la fermeté. Et il lui en faut, car grand Dieu! dans quel état a-t-il reçu cet empire! Adieu donc maman chérie . . . . Adieu encore une fois. Tout est calme et tranquille, si ce n'est une joie presque folle qui règne depuis le dernier du peuple jusqu'à la noblesse; il est bien triste que cela ne doive pas même étonner.

[1] Die folgenden Mittheilungen über das Verhalten der Kaiserin Witwe im Verein mit der Darstellung Czartoryski's, I, 251, lassen dasselbe doch in günstigerem Lichte erscheinen als der Aufsatz Bernhardi's in der Histor. Zeitschrift, 3, 161 ff. und seine Darstellung in der Geschichte Rußlands, II, 2, 435 ff.

[2] Großfürstin Anna, Schwägerin der regierenden Kaiserin, Gemahlin des Großfürsten Konstantin.

[3] Oder la raison: die Worte sind undeutlich geschrieben.

[4] Czartoryski rühmt übrigens die Fassung und Geistesgegenwart der jungen Kaiserin, deren der Zar stets dankbar gedacht: «la seule qui conserva de la présence d'esprit», «le seul pouvoir qui, en exerçant une influence intermédiaire accueillie par tous, devint un véritable médiateur de consolation, de trève ou de paix entre son époux, sa belle-mère et les conjurés», I, 256.

Adieu enfin, je suis continuellement interrompue. Maman chérie, adorée, ah, si ce changement pouvait me donner l'espoir de Vous revoir! Il faut laisser passer le premier temps, et si ma vie y suffit, au moins le plus grand obstacle est levé[1]. Mais hélas devoir le repos à un crime est incompatible dans mon esprit, dans mon cœur.

Je ne puis finir, il y a longtemps que je ne Vous ai parlé en liberté! . . . .

Eigenhändig.

150. Umständlicher wahrer Bericht, aus dem Russischen übersetzt[2].

Man muß wißen, daß das Mißvergnügen und Verdruß äußerst groß und biß zur Verzweiflung gestiegen war. Kein Mensch konnte es dem Paul zu Dank machen. Er wurde tirannisch, seine Wohlthaten wurden seltener und gegen Dürftige oder aemtliche [sic!] unerbittlich. In allen Provinzen wurden große und kleine, die Geistlichkeit, die Städte und das Volk aufgehetzt und aufgewühlet, besonders durch viele Lügen und Erfindungen. In Petersburg, wenn er geritten oder gefahren kam, waren alle Fenster leer, ein jeder lief davon, auch auf den Straßen die Fußgänger. Um seiner los zu werden, tractirte man mit sehr vielen von den Dimittirten Ausgeschlossenen, Relegirten, daß sie alles Verlohrne wieder erhalten würden, und noch größere Recompence zu gewärtigen, wenn sie sich würden gebrauchen lassen, eine neue Revolution zu machen oder beizutragen; mit offenen Armen wurde dieses goutirt. Nun kam man zu Paul und machte ihm glauben, daß eine große Revolution entstehen könnte, sofern er sie nicht rapellirt, das würden seine besten treuesten Bewährer seyn; dieses geschahe, er rapellirte einige, und diese sind es, die nach ihrer Zurückkunft alle Dicasterien und Militär zur Rebellion und Empörung animirten. Dieses reussirte um desto beßer, als er die Barbarey gegen die Engländischen Comtoirs begangen und alles Eigenthum sich anmaßte ꝛc. Nun muß man wißen, daß sehr viele der vornehmsten Herrschaften, theils in Petersburg, theils in Moskau und anderen Orten, denen reichen Engländern große Summe Geld schuldig waren, diese befahl er unbarmherzigerweise als wie sein Eigenthum einzukassiren. Die besten Städte und viele andere reiche einsäßige Rußen hatten Lieferungs-Kontracte mit den Engländern gemacht und das Geld vorausgenommen, um mit den Produkten abzuzahlen. Dieses Geld mußte mit Execution als sein Eigenthum herbeigeschafft werden, wodurch

[1] Schon am folgenden Tage lädt die Kaiserin im Auftrage des Kaisers, der sie damit freudig überrascht, die Eltern zu einem Besuche in Petersburg ein, «si cela Vous est humainement possible». An Markgräfin Amalie, d. d. 14./26. März.

[2] Wir bringen hier das Schriftstück, das in einer Abschrift von der Hand des Hofraths Herzberg bei den Acten liegt und wohl durch Geusau nach Karlsruhe überbracht worden ist, — eine unbehilfliche Uebersetzung mit all ihren stilistischen und orthographischen Fehlern zum Abdruck. Enthält der Bericht auch viele Irrthümer und Uebertreibungen, so dürfte er eines gewissen Interesses andererseits wieder doch nicht völlig entbehren.

sehr viele Leute ruinirt wurden, und so bald sich einer Banqueroute angab, wurde er ohne Untersuchung nach der Syberischen Kolonie geschickt. Die Städte waren mit Abgaben beschwert, der Bauer mußte 10 Copiken jährlich mehr bezahlen. Der Handel lag danieder, keine Producte waren erlaubt zu versenden oder zu verkaufen, aller Handel Verkehr hatte aufgehört, nicht allein in Europa sondern auch in Asien. An Persien wollte er Krieg declariren und lies die Provinz Kilicien als ein Eigenthum reklamiren. Persische Seiden sind mehr als $\frac{40}{m.}$ ℔ confiscirt. Astracan, Georgien wurden überrumpelt und zu Rußischen Sklaven gemacht, in die Zeitung lies er einsetzen, daß Heraclius ihn zum Erben in seinem Testamente gemacht; nicht ein wahres Wort. Seit 2 Jahren wollten die Chineser und die anderen Nationen, wegen den vielen Vexationen gar keinen Handel mehr treiben, wodurch das ohnedieß blutarme Syberien gänzlich ruinirt worden. Man könnte ein Buch schreiben über alle diese Ungerechtigkeiten. Dazu ward Paul durch erkaufte Rathgeber, sich der Nation täglich gehäßiger zu machen, verleitet, bis endlich der Zeitpunkt kam, daß er ganz wie gestört mit Engelland, ja mit der ganzen Welt; auch ganz bestimmt schon mehr als seit zwei Jahren darauf gesonnen plötzlich mit Preußen zu brechen. Ein klarer Beweis davon ist, daß so eine große Armee von 80000 Mann, die alle längst der Preußischen Grenze schon parat gestanden, und deren Unterhalt Milionen gekostet, und alle Grenzen gesperrt. Als nun die Subovs und viele andere rapellirt worden, so wurden selbige gebraucht, diesen Coup de main zu vollziehen. Platon Subow war sehr freundlich und dem jetzigen Kaiser zugethan, weil er in seiner Jugend von der Großmutter der großen Katharine vorzüglich geliebt ward, dieser und sein Bruder Nicolay machten sich immer Geschäfte und suchten noch mit drey andern des conjurés Gelegenheit mit Alexandre einer oder der andere sich zu unterhalten. General Pahlen bemerkte dieses, war theils selber degoutirt durch Pauls veränderlichen Charakter, abgeschreckt durch das allgemeine mécontentement welches unvermeidlich einen Ausbruch nach sich ziehen mußte, theils aber auch wegen sein eigen Interesse, um nicht zu fallen, sondern sich zu mainteniren, daß er bei einer neuen Veränderung mit obigen eine Explication hätte, und mitstimmte, dem Alexandre dringend alles zu entdecken, und mit Bedrohung, daß sein eigen Leben nicht in Sicherheit seye und das Wohl seiner Familie, als des Reichs es erforderte, den Paul einzuziehen, nach Unterzeichnung der Renunciation der Regierung an Alexandre. Diese Renunciations-Acte war schon fertig, auch sogar 2000 Exemplare gedruckt, um solche gleich im ganzen Reiche zu verschicken. Mit fertigen Sachen ging man zu Alexandre, à la tète war Pahlen und obiggenannter mit den Subovs ꝛc. ꝛc. Ihrer waren 6. Pahlen der 7te, drey Tage darnach sollte dieses geschehen. Alexandre nahm das Ehrenwort von den 7 Personen, Pauls Leben unverletzt zu lassen, und hat sie gebeten — um Gottes Willen schont nur das Leben

meines Vaters. Den morgenden Tag darauf, näherten sich wie gewöhnlich die obiggenannten dem Alexandre, der Paul aber rufte den Subow, und sagte ihm ganz trocken, was hast Du mit dem Großfürsten Alexandre immer so viel zu plaudern, es wäre beßer die Parade zu betrachten, zu Alexandre aber kehrt er sich ganz freundlich um, und sagte laut: trau den Subows nicht, klopfte den Alexandre auf die Schultern, embarassirt ihn, dieser küßte ihm die Hand, beide wurden ganz weichmüthig bis auf Thränen, die 7 aber standen nahe bei; Paul sagte zu seinem Sohne, morgen will ich Dir etwas neues erzählen, worüber Du Dich wundern wirst, kehrt sich gegen Pahlen und befiehlt ihm, daß er nach dem Essen sogleich zu ihm kommen soll; dieß geschah. Als Pahlen herein kam, befahl Paul, daß zwei Regimenter die ganze Nacht parat seyn sollen, vor Tage aufzumarschiren, wo er es befehlen würde; als dieses geschehen, wollte Pahlen abgehen, Paul rief ihn zurück: hören sie Pahlen, erzählen Sie mir umständlich, wie man meinen Vater umgebracht hat, tritt ihm unter die Augen, und sieht ihn ganz feurig und starr an; Pahlen antwortete, daß das, was vor 40 Jahren paßirt wäre, ihm gar nicht bekannt sey, weil er damals nur als Unter-Offizier bei der Garde gestanden, diese Frage wiederholte der Kaiser dreimal; Pahlen blieb bei der Wahrheit, daß er davon nichts wiße, auch nichts gewußt habe, ohne sich zu decontenanciren, und schickte sogleich zwei Offiziere bei die zwey Regimenter mit dem Befehle, so wie ihn Paul ertheilte, Paul aber mißtrauisch schickte seinen Adjutanten bei die Regimenter, wiederholte seinen Befehl, und läßt sich die schriftliche Ordres die Pahlen gegeben bringen; findet alles richtig und sagt, Pahlen ist mir doch getreu, und ein sehr accurater General. Nun kann man sich aber vorstellen, wie allen denen Herren zu Muthe gewesen, bei Pahlen kamen sie verkleidet zusammen, da wurde beschloßen, gegen Mitternacht die Sache auszuführen, denn sie waren der Meynung: die Sache wäre verrathen. Das Alexandre-Regiment hatte die Wache, außer der Haupt-Wache mußte man noch 3 Piquets paßiren, dieses war ohne Pahlen nicht möglich, weil sogar die Großfürsten, Söhne des Kaisers, nicht durchgelassen werden sollten, außer Pahlen allein; der Befehl war, seine Person zu aller Zeit und Stunde herein zu laßen; diesen Befehl hatten auch die Kammerdiener; sehr viele so die Wache hatten, waren schon gestimmt; durch die Hauptwache ging es gut, bei dem 2ten Piquet war ein Ruße, der Pahlen durchlies, aber die andern nicht; es wurde Lärm, Pahlen aber kehrte sich um und sagte, ich arretire diese im Namen des Kaisers. Nun kamen sie an das 3te Piquet von 50 Mann Grenadiere; als man Pahlen gewahr wurde, ward er ohne Widerstand durchgelaßen, und diese 50 Mann waren schon gestimmt, Pahlen zu escortiren. Nun mußte man noch durch drei verschlossene Thüren; ganz leise wurde angeklopft, Antwort: Pahlen; sogleich eingelaßen, bei der zweiten wurde Paul schon wach, rief laut, laßt keinen herein; man sagt, ein Courier aus Paris; er sprang aus dem Bette, hatte seine Kleider schon an, darauf prellten sie herein, er erschrack und rief

Wache, greif zum Degen. Pahlen und Platon Subow zeigten, daß sie vom Senat und der ganzen Nation abgeschickt, er sollte die Renunciation unterschreiben, als er es durchgelesen, haut er nach Subow, ein anderer Rußischer General parirte den Hieb, der Rußische General hatte einen Säbel aber nicht blank und schlug Pauln den Arm unterwärts dem Ellenbogen morsch entzwei, daß Pauln der blanke Degen aus der Hand fiel und erbärmlich schrie: O Pahlen! ist das mein Dank? rette mich von den Mördern! Pahlen und der älteste Subow Platon konnten das nicht ansehen, ihnen wurde bange vor dem Geschrei, weil alle Laquaien ꝛc. ꝛc. schon liefen und schrien, der Kaiser wird umgebracht; der andere Subow aber, der lange Nicolai, nahm vom Tisch eine marmorne Papier-Keule, und schlug ihm den Kopf und Schlaf, daß er niederfiel, dann bekam er noch einen Stich, da aber noch Zeichen von Leben waren, wurde er mit der Schärpfe erdroßelt. Die 50 Grenadire nahmen Posto; Pahlen befahl, weder die Kaiserin, noch sonst einen Menschen hinein zu lassen; die Leiche ward ins Bette gelegt. Pahlen soll gerufen haben, schont sein Leben. Als der Kaiser immer um Hilfe gerufen, liefen Bediente und andere mit Degens ꝛc. ꝛc. Allein da sie Pahlen, Subovs und Grenadire mit aufgepflanzten Bajonetten sahen, verstachen und verschlossen sie sich, daß niemand zu sehen war. Allen Verbotts ungeachtet, hat die Kaiserin ihren Gemahl doch gesehen, fiel aber dabei in Ohnmacht und ward ohne Kenntniß weggetragen. Pahlen und die Subovs nahmen den jetzigen Kaiser Alexander I. sogleich zu Pferde, und ritten bei die zwei Regimenter. Der General-Marsch war schon geschlagen, sie waren parat, und Alexander wurde proklamirt, und sogleich von allen Regimentern unter lautem Jubel gehuldigt; man glaubte, daß der Vater bene volens abdiquirt, da er selbst den Abend vorher an die Regimenter noch die Ordre gegeben, parat zu seyn und zu marschieren. Als es Tag wurde, erfuhr man, daß er vom Schlag gerührt worden, weil er sich alteriert und geärgert hätte, und dabei blieb es. Kurz darnach als er zwei Tage auf dem Parade-Bette gelegen, wo es dunkel und zwei Reihen Grenadiere von beiden Seiten standen, damit keiner sich nähern durfte, die Hand zu küßen, als es in Rußland gebräuchlich ist, wurde er ohne großen Pomp begraben. Auf dem Kopfe hatte er keine Krone, weil er sehr verwundet war, sondern einen erschrecklich großen Huth, der ihm das halbe Gesicht bedeckte.

151. Karl Friedrich an Kaiser Paul I.[1]

Karlsruhe, 26. März 1801.

[Nachgesuchte Unterstützung der badischen Entschädigungsansprüche.]

Der zwischen Sr Russisch Kaiserl. Majestät namens des Reichs mit der französischen Republik abgeschlossene Friede läßt nun voraussehen, daß nächstens

[1] Vergl. oben Nr. 6. Das Schreiben ist durch den preußischen Gesandten in Petersburg, Grafen Lusi, dem neuen Zaren überreicht worden.

die Berichtigung der desfallsigen Entschädigungen ebenfalls mit gedachter Republik zur Unterhandlung kommen wird, wobei dann wegen des beträchtlichen Verlustes, den meine Markgrafschaft an überrheinischen Landen erleidet, ich vorzüglich mit betheiligt bin. Mir würde dabei nichts zu einer kräftigeren Unterstützung und zu einem beruhigenderen Troste gereichen können, als wann Ew. K. M. sich meines Interesse mitanzunehmen und Allerhöchstdero Gesandtschaft in Paris dazu mit der Allergnädigsten Willensmeinung zu versehen geruhen wollten. Ich wage es daher in dem Bewußtsein der bei mir unverrückt angedauerten treusten Verehrung und Ergebenheit an Ew. K. M. und im Vertrauen auf die erhabenen Regentengesinnungen, womit Allerhöchstdieselben Bedrängter sich anzunehmen gewohnt sind, um diese Kaiserl. Gnade hiermit in jener tiefsten Verehrung zu bitten, in welcher ich stetshin zu beharren die Gnade habe.

Concept Brauers.

152. Kaiserin Elisabeth von Rußland an den Erbprinzen Karl Ludwig von Baden.

Petersburg, 14./26. März 1801.

[Die Militärrevolution. Das Ende Pauls I. Rückkehr der Ruhe.]

Hauptmann von Gayling[1] geht nach Karlsruhe:

Il Vous portera la triste nouvelle de la mort de l'Empereur, d'autant plus affligeante pour sa famille, qu'elle a été causée par un événement qui fera toujours frémir toute personne bien pensante. Malheureusement le défunt Empereur n'était pas aimé par le plus grand nombre de sa nation, et depuis assez longtemps un soulèvement général était à craindre; cette calamité au moins n'a pas eu lieu, mais une révolte de la noblesse ou plutôt seulement d'une partie des gardes a terminé ses jours par la frayeur qu'il en a eu[2]. Il m'est impossible de Vous donner tous les détails que Vous pourriez désirer, mon cher père, sur ce triste sujet, mais Mr de Gayling pourra Vous donner tous ceux que Vous désirerez. Permettez-moi aussi de Vous attester ici que Mr de Gayling n'a pas été au nombre des révoltés, je comprends parfaitement que le soupçon seul pourrait Vous indisposer contre lui. Tout le régiment dans lequel il sert, qui est celui de l'Empereur d'aujourd'hui, a resté tranquille spectateur de cet événement affreux. J'ose Vous assurer de même que la plus parfaite tranquillité règne dans Pétersbourg, jamais on n'a vu de révolution pareille opérée aussi tranquillement et sans verser une goutte de sang . . . .

Eigenhändig.

[1] Friedrich von Gayling, zweitältester Sohn des Präsidenten, Hauptmann im russischen Garderegiment Semenowsky, war mit der Notification der Thronbesteigung Kaiser Alexanders am badischen Hofe betraut worden. Er traf am 15. April in Karlsruhe ein.

[2] Bekanntlich ist dies die officielle Darstellung, die von Petersburg aus verbreitet wurde.

153. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 19 Germinal an 9 (9. April 1801).

[Tod Kaiser Pauls. Einfluß der Erbprinzessin auf die neue Kaiserin.]

Die Nachricht vom Tode Kaiser Pauls ist eingetroffen.

Son successeur sera probablement gouverné par son épouse, femme d'un grand caractère, qui conserve, malgré son éloignement, le plus vif attachement pour sa mère, la Princesse héréditaire de Bade[1]. Je continuerai de cultiver l'amitié de celle-ci, puisque dans les circonstances actuelles elle peut devenir utile à la République.

Paris. Archiv.

154. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 21 Germ. an 9 (11. April 1801).

[Nachrichten über das Ende Pauls I. Sympathien Alexanders für Frankreich und Bonaparte. Großfürst Konstantin.]

La Princesse héréditaire de Bade reçut hier, à neuf heures du soir, de sa fille, l'Impératrice actuelle de Russie, une lettre en date du 25 mars, lendemain de la mort tragique de Paul I[2].

Es folgen Mittheilungen über das Ende des Zaren, die zeigen, daß Massias über den Inhalt des betr. Schreibens ziemlich genau unterrichtet ist.

Le jeune Empereur est anéanti par ce coup imprévu. Son épouse insiste beaucoup dans la lettre qu'elle écrit sur la douleur où il est plongé. Il paraît que ce prince n'a eu ni assez d'ambition, ni assez de courage, pour influer sur son sort dans un moment aussi critique. . . . . Il a une admiration bien sentie pour le 1er Consul, dont une lettre le flatterait et le confirmerait peut-être dans ses sentiments envers la France, que son père, dans les premières années de son règne, n'a jamais pu lui faire haïr. Au reste, les ministres, qu'avait rappelés Paul Ier quelque temps avant sa mort, étaient fort bien avec son fils Alexandre. On craint le Grand-Duc Constantin, autre espèce de Paul Ier, mais qui ne lui ressemble qu'en laid.

Paris. Archiv.

155. Geusau an Edelsheim.

Karlsruhe, 13. April 1801.

[Mission nach Petersburg. Bitte um Instruction. Beiordnung eines Secretärs.]

J'ai bien de regrets que V. Exc. ne se trouve pas ici dans ce moment, où il est question de m'envoyer en Russie[3]. J'ai grand besoin d'une instruction. . . . .

---

[1] Ueber den Einfluß der Erbprinzessin auf ihre Töchter s. die charakteristische Aeußerung Armfelds in den Denkwürdigkeiten von Montgelas, S. 553.

[2] Oben Nr. 149.

[3] Zur Beglückwünschung des neuen Zaren gedachte man in Karlsruhe den Oberstkammerherrn von Geusau, der schon früher im Jahre 1796 in außerordentlicher Mission am russischen Hofe verweilt (s. Polit. Correspondenz, Band II, S. XLIV. ff.), nach Petersburg abzuordnen.

V. Exc. pourra de Paris même me donner les meilleurs règles de conduite, que j'espère pouvoir recevoir encore ici, sinon Elle trouvera moyen de me les faire parvenir en arrivant à Pétersbourg . . . .

Wünscht dringend, daß ihm diesmal ein gewandter, der französischen Sprache wol kundiger Secretär beigegeben werde.

---

156. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 26 Germ. an 9 (16. April 1801).

[Alexander und der allgemeine Friede. Englischer Einfluß bei der Verschwörung. „Natürlicher Tod" Pauls I. — Die Gesinnungen Preußens zu erforschen durch Edelsheim.]

Ein russischer Gardeofficier ist aus Petersburg eingetroffen mit Briefen für den Markgrafen und die Erbprinzessin. Der neue Kaiser soll sich sehr für den allgemeinen Frieden aussprechen; aber das nachgiebige und entgegenkommende Verhalten, das er alsbald den Engländern gezeigt hat, spricht nicht dafür, daß es ihm damit sehr ernst ist.

Au reste, il paraît qu'il est au fond et véritablement honnête homme, et que déjà deux fois il avait empêché une catastrophe pareille à celle du 24 mars[1].

Il y a environ un an que le germe d'une insurrection se manifesta à Pétersbourg. Les popes, auxquels les Anglais avaient persuadé[2], que Paul Ier, devenu Grand-Maître de l'Ordre de Malthe, devait dire la messe papale, avaient commencé à agiter le peuple. Paul Ier ne l'ignorait pas, et il était assez loyal pour se fier à lui. Le lendemain de sa mort, son successeur a donné l'ordre de faire couper les manons plaqués de poudre et de pommade, que les gardes devaient avoir collés au dessus de leurs oreilles. Est-ce pour faire autrement que son père? Ce sera, sans doute, pour capter les soldats ennuyés de ce genre de frisure.

L'officier qu'il a envoyé, à en juger par ses discours, doit avoir dans ses instructions l'ordre de persuader autant que possible, que la mort de Paul Ier est naturelle: son corps a été ouvert; les médecins ont attesté par serment, qu'il n'y avait point eu de violence et qu'il était mort d'une apoplexie foudroyante. Le cadavre est tout bleu.

On prétend, que quelques jours avant sa mort l'Empereur défunt était très mal disposé pour la Prusse[3]. Mr le Bon d'Edelsheim serait à même, citoyen ministre, de Vous donner quelques notions exactes sur les vrais sentiments de cette puissance, chez laquelle il a des relations particulières, outre que le chargé d'affaires du Margrave en Prusse[4] a accès

---

[1] Das Folgende wol nach Mittheilungen des Hauptmanns von Gayling.

[2] Aehnliche Verdächtigungen sind bekanntlich von französischer Seite vielfach wiederholt worden. Histor. Zeitschrift, 3, 145. Vergl. dagegen Rambaud, Hist. de la Russie. Dtsche. Ausgabe. S. 583.

[3] Vergl. Histor. Zeitschrift, 3, 156.

[4] Finanzrath v. Faudel, ein Günstling des Grafen Haugwitz, der diesen Beziehungen auch seine Ernennung verdankte. Vergl. Polit. Correspondenz, I, 26.

dans les bureaux diplomatiques. Je suis presque sûr, que les affections personnelles de M. d'Edelsheim le portent vers la Prusse; il aime les Prussiens, parce que sa femme les aime. Il se croit très fin et il apprendra mystérieusement à M. Lucchesini les secrets que Vous voudrez que celui-ci sache. . . . .

Parif. Archiv.

157. Karl Friedrich an Kaiser Alexander I. von Rußland.

Karlsruhe, 27. April 1801.

[Creditiv für Geusau. Rußlands Verwendung in der Entschädigungsfrage.]

Creditiv für Geusau.

En Vous appelant, Sire, à régner sur Vos vastes Empires, la Providence confirme les heureux présages que Vos éminentes vertus leur assuraient d'avance. Mais l'Europe entière en partagera les salutaires influences sur les affaires générales et j'ose espérer avec la plus respectueuse confiance que V. M. J. daignera particulièrement accorder à ma maison les effets de Sa puissante protection à l'occasion des arrangements définitifs qui vont être déterminés pour l'Allemagne conséquemment à la paix conclue à Lunéville . . . .

Verweist auf Geusau's weitere Eröffnungen[1].

Concept Edelsheims.

158. Note secrète à l'usage de S. Exc. Mr l'envoyé extraordinaire Bon de Geusau.

29. April 1801[2].

[Geheime Instructionen. Französisches Entschädigungsproject. Würtembergs Absichten auf Pforzheim vereitelt. Entschädigung Toskana's. Man begehrt die Pfalz. Traditionelles Interesse Rußlands an der Entschädigungsfrage. Warnung vor einer französisch-österreichischen Allianz. Gefahren für Baden im Falle eines Bruchs zwischen Rußland und Frankreich.]

Pour que S. Exc. Mr le Bon de Geusau soit mis en état de donner à sa mission à Pétersbourg la direction la plus utile aux intérêts de Msgr. le Margrave, il paraît indispensable d'ajouter quelques notions statistiques à ses instructions.

Folgen Mittheilungen über die linksrheinischen Verluste und die im Separatfrieden zugesicherten Entschädigungen, z. Th. gleichen Wortlauts, wie in dem Memoire des Erbprinzen vom 17. Aug. d. J.[3]

L'insuffisance de cette indemnité pour dédommager complètement la Maison de Bade de toutes ses pertes a été reconnue sans peine; le gou-

---

[1] Gleichzeitig richtet der Markgraf Empfehlungsschreiben an die russischen Minister Fürst Kurakin, Graf Panin und Graf Nicolaus Romanzow. Geusau's Abreise erfolgt am 2. Mai, als Secretär begleitet ihn Assessor Groos.

[2] Redigirt von Reitzenstein am 22. April, in Karlsruhe zur Genehmigung vorgelegt und von Edelsheim unterzeichnet am 29. April.

[3] S. unten Nr. 175.

vernement français lui-même a senti cette vérité et il paraît qu'à l'époque de la paix de Lunéville son intention était de faire renoncer le Duc de Modène et l'Archiduc Ferdinand d'Autriche à la possession du Brisgau et d'ajouter aux indemnités du Margrave, dont l'évêché de Constance et l'abbaye de Salmansweiler auraient été retranchés, la partie du Brisgau, située sur la rive droite du Rhin, de même que l'Ortenau autrichienne, les trois petites villes impériales Offenbourg, Gengenbach et Zell sur le Harmersbach, une partie du grand-baillage de Bretten, le reste de l'évêché de Strasbourg, savoir le baillage d'Oberkirch, le comté de Bonndorf et la supériorité territoriale sur le comté de Hausen et les possessions de la Noblesse de l'Empire[1]. Malgré les avantages apparents de cet arrangement, on a été fondé depuis de concevoir de violents soupçons qu'un agent secret des états provinciaux du Duché de Wurtemberg[2] qui a gagné une grande influence sur les travailleurs en sousordre a suggéré l'idée, d'obliger la Maison de Bade à échanger les deux tiers au moins du grand-baillage de Pforzheim — y compris surtout la ville de ce nom — contre la partie du territoire wurtembergeois depuis la frontière du baillage de Bretten entre Knittlingen et Maulbronn jusque vers Eppingen. Comme ce projet et la cession de Pforzheim, la ville la plus importante de tout le Margraviat, serait absolument destructif à la prospérité du pays et qu'il est de nature à ne pouvoir jamais être agréé sous aucune condition, il n'a pas été plutôt éventé, qu'aussitôt le ministre B^on d'Edelsheim a réussi à y porter l'attention du Premier Consul et à obtenir son assurance formelle que pas un pouce du territoire actuellement appartenant à S. A. S. le Margrave n'en serait aliéné; le Premier Consul chargea même le B^on d'Edelsheim de donner cette assurance positive de sa part à Monseigneur. Cette promesse formelle est sans doute faite pour dissiper toutes les inquiétudes qu'un pareil projet aurait pu donner, surtout en considérant que depuis la mort de feu l'Empereur de Russie la protection éminente, dont le Duc de Wurtemberg jouissait, a entièrement cessée, mais il n'en sera pas moins utile de faire des instances pressantes auprès du nouvel Empereur, pour qu'il prenne l'intégrité des présents états du Margrave sous sa garantie. Dès qu'on sera absolument rassuré sur ce point . . . ., le projet susdit du gouvernement français est évidemment du plus grand avantage pour la Maison de Bade et il faudra s'appliquer à le faire appuyer par la Russie le plus fortement que possible.

---

[1] Vergl. Reitzensteins Note vom 31. März; oben Nr. 69.

[2] Vermuthlich Legationsrath Abel. Ueber das folgende Project ist weiter nichts bekannt; Edelsheim hat darüber nach der Rückkehr von Paris wol mündlich Bericht erstattet.

Il y aurait même quelqu'espoir pour S. A. S. de faire augmenter cette indemnité d'une manière très brillante, puisque le plan actuel et susdit de la France étant calqué sur l'obligation d'indemniser le Grand-Duc de Toscane en Allemagne, ce qu'il est presque impossible d'effectuer autrement qu'aux dépens de la Bavière, il ne s'agirait que de trouver quelques moyens d'indemniser le Grand-Duc *hors de l'Allemagne* pour réaliser une idée plus conforme à la saine politique, savoir: de faire renoncer l'Electeur de *Bavière* au faible reste de ses possessions sur le Rhin et de le dédommager entièrement du côté de la Bavière même, où tout ce qu'il pourra obtenir sera infiniment plus important pour lui que la conservation de ce qu'il possède isolément vers le Rhin . . . .

In der That habe man für den Großherzog die drei päpstlichen Legationen als Entschädigung in Vorschlag gebracht; da dies auf Kosten der cisalpinischen Republik geschehe, werde Bonaparte vielleicht Widerstand leisten, wofern nicht Rußland dem Wunsche Ausdruck gebe, daß der Großherzog in Italien entschädigt werde.

Quand cette grande difficulté n'existera plus, le gouvernement français ne demandera pas mieux que de procurer à l'Electeur de Bavière un dédommagement superbe dans les Cercles de Bavière et [de] Franconie et dans la Haute Souabe, et alors il ne serait nullement impossible, et il entrera même dans les *dispositions actuelles* de la France, d'ajouter au lot de la Maison de Bade tout le Palatinat du Rhin avec les baillages mayençais de *Heppenheim, Bensheim, Amorbach* et *Miltenberg,* c'est à dire *jusqu'au Mein,* ce qui formerait alors un territoire assez étendu pour pouvoir être érigé en Electorat. Un accroissement pareil de puissance, de dignité et de considération convient à l'importance d'une protection telle que celle de la Russie, et il ne sera nullement impossible de faire valoir auprès des ministres du nouvel Empereur des raisons solides pour démontrer qu'il est de l'intérêt même de la Russie de donner à sa politique la direction que le gouvernement français désire et qui pourra être indirectement d'une aussi grande utilité à la Maison de Bade . . . .

Gensau möge an die Politik Katharina's II. erinnern, die auf die Aufrechterhaltung der Reichsverfassung den höchsten Werth gelegt, um das Gleichgewicht zwischen Oesterreich und Preußen, «dont la Russie a tant d'intérêt de balancer le pouvoir et l'influence», zu wahren. Der letzte Krieg und seine Folgen haben das Reich geschwächt, seine Widerstandskraft gelähmt. Die Säcularisation der geistlichen Lande und ihre Einverleibung bilde daher das einzige Mittel, «pour donner . . . . plus de consistance et de force aux princes séculiers qu'on doit dorénavant regarder comme les seuls véritables membres de l'Empire germanique et comme les piliers d'un édifice sur lequel repose peut-être . . . . la sûreté de l'Europe entière».

C'est une seconde paix de Westphalie qu'il faut à l'Allemagne sous plus d'un rapport, et aucune puissance n'est plus propre que la Russie à se charger dans cette circonstance décisive du premier rôle. Il ne faudra

pour cela que la manifestation de la volonté précise de l'Empereur à cet égard; la Prusse n'agira que conformément à cette volonté; la France y est attentive et l'Autriche ne pourra alors qu'acquiescer aux décisions d'une aussi grande puissance. L'Autriche ne s'abuse nullement sur ce point; son système politique est encore le même; il tend toujours également à affaiblir les princes séculiers, à dominer les princes ecclésiatiques et à préparer par ces moyens l'asservissement total de l'Allemagne. Il n'est donc pas difficile de prévoir qu'à moins d'y être forcée par des démonstrations vigoureuses de la Russie, elle s'opposera de tous ses moyens au système des sécularisations; il y a même déjà des indices que le Cte de Cobenzl travaille à faire goûter au gouvernement français le projet d'une alliance of- et défensive[1]. Des personnes, dont l'intérêt est lié à celui de la Russie, paraissent craindre que le Mis de Lucchesini et par conséquent le cabinet de Berlin ne soient complètement la dupe de ces manoeuvres, dont le résultat ne saurait être vu tranquillement par la Russie elle-même, puisqu'il s'agirait sans doute d'un partage de quelques provinces de la monarchie ottomanne. On est néanmoins fondé à se persuader que dans ce moment-ci cette négociation n'a pas encore fait de progrès sensibles et que le gouvernement français attendra, pour se décider définitivement, le parti que le cabinet de Pétersbourg prendra dans les circonstances actuelles.

Diese Winke werden Geusau genügen. Frankreichs günstige Gesinnungen gegen Baden sind bekannt, sie haben sich seit Alexanders Regierungsantritt gesteigert, dank den verwandtschaftlichen Beziehungen, die zum Karlsruher Hofe bestehen; es ist aber zweifellos, daß, wenn eine Annäherung und Einigung zwischen Rußland und Frankreich nicht gelingt, eben um jener Beziehungen willen Frankreichs volle Rache sich gegen Baden richten wird.

Ce dernier motif paraît surtout de nature à pouvoir être verbalement présenté à S. M. l'Impératrice; il faut espérer que S. Exc. Monsieur le Bon de Geusau arrivera assez tôt à Pétersbourg pour faire valoir tous ceux qui pourraient être d'un effet salutaire et pour empêcher que l'ascendant du parti anglais ne fasse pas échapper à la Maison de Bade la plus brillante perspective qu'elle ait jamais eu, d'après ce que le Premier Consul Bonaparte lui-même a fait entendre assez précisément au B^on^ d'Edelsheim. — Il est à croire que cette dernière appréhension soit dénuée de fondement, parce que le cabinet de Pétersbourg ne saurait se déguiser que l'Angleterre se trouve à la veille d'une crise si violente, qu'on ne pourra guère compter sur son alliance et qu'au contraire la France sera toujours intéressante pour la Russie et formidable à l'égard surtout de ses voisins, tels que le

[1] Vergl. über dieses Project Cobenzls Wertheimer, Gesch. Oesterreichs 2c., I, 135; bezüglich der Absichten auf die Pforte, ebenda I, 136; Beer, Arch. f. öst. Gesch., 52, 489. Auch diese Stelle zeigt, wie vorzüglich Reitzenstein meist informirt ist.

Margrave de Bade, quelque puisse être sa forme de gouvernement et les événements ultérieurs qu'on ne saurait prévoir au juste, mais qui changeront probablement aussi peu l'influence de la France et son système politique, qu'ils ne pourront affaiblir ses moyens de défense et d'attaque, à la quelle le Margraviat sera toujours et nécessairement exposé en premier lieu.

159. Geh. Rathsprotokoll.

Karlsruhe, 30. April 1801.

[Sendung Geusau's nach Petersburg. Empfehlungsschreiben. Bewerbung um Rußlands Unterstützung in der Entschädigungsfrage. Geheime Note. Rußlands Mitwirkung beim Friedensgeschäfte.]

Nach Anzeige des Markgrafen ist der Oberstkammerherr, Geh. Rath von Geusau, beauftragt worden, als außerordentlicher Gesandter nach Petersburg zu gehen, die Glückwünsche seines Hofes zur Thronbesteigung dem Kaiserpaare zu überbringen und während „der bevorstehenden Hinkunft des Erbprinzen und seiner Gemahlin in Petersburg zu verbleiben".

Empfehlungsschreiben an die allerhöchsten Herrschaften, sowie die Minister Graf Pahlen, Fürst Kurakin und die Grafen Panin und Romanzow.

Geusau wird zugleich angewiesen, die badischen Interessen „sowol überhaupt, als insbesondere bei den vorhandenen Friedensarrangements und Entschädigungen in Deutschland" an geeigneter Stelle zur Unterstützung zu empfehlen, „auch womöglich zu erwirken, daß hiernach die Kaiserl. russischen Gesandtschaften in Wien und Paris mit günstigen Instructionen zu solchem Ende versehen werden".

„Außerdem habe er sich pro informatione über die dermaligen hiesigen Verhältnisse und zu seinem weiteren darnach abzumessenden Benehmen an diejenigen geheimen Aufklärungen zu halten, welche ihm nach der Intention Smi der Minister von Edelsheim mittheilen werde."

Schließlich wird dem Gesandten „pro notitia und zum allenfallsig dienlichen Gebrauch" eröffnet, daß die Comitialgesandtschaft Weisung erhalten habe, bei der Berathung über das kaiserl. Commissionsdecret vom 3. März zu beantragen, es möchte des Römischen Kaisers Majestät „unter anderm mit geneigter Verwendung des russisch kaiserlichen Hofes" die Beendigung des Friedensgeschäftes übernehmen[1].

160. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 23. Mai 1801.

[Abreise der Familie des Erbprinzen nach Petersburg[2]. Ihr Gefolge.]

. . . . Der Termin zur Abreise der Frau Erbprinzessin des H. Erbprinzen, Prinzen Karls, Prinzessin Amélie und Marie nebst Suite ist noch nicht zu=

[1] Vergl. oben S. 7.

[2] Der Einladung des russischen Kaiserpaares entsprechend (s. oben S. 142, Anm. 1) treten die badischen Herrschaften am 13. Juni die Reise nach Petersburg an. Ueber die Reise und den Aufenthalt in Petersburg s. die tagebuchartigen Aufzeichnungen des Begleiters, Rittmeister von Gayling: Aus dem Leben des Freih. Ludw. Christ. Heinr. Gayling von Altheim, S. 139–161. Am 26. Juni passiren die hohen Reisenden Berlin, am 14. Juli bei Polangen die russische Grenze.

verlässig bestimmt, wird aber vermuthlich im Anfang des nächsten Monat Juni anberaumt werden. H. Geh. Rath von Wöllwarth, H. Major und Reisemarschall von Stetten, H. Major v. Röder und H. Rittmeister v. Gayling werden die Herrschaften begleiten; von Damen aber wird eine Frau von Hack, geborene von Rathsamshausen, die ehemalen Hofdame bei der Frau Prinzessin gewesen, die Stelle einer temporären Oberhofmeisterin vertreten . . . .

Concept.

161. Edelsheim an Geusau.

Karlsruhe, 5. Juni 1801.

[St Génié. Seine Bemühungen, sich dem Gefolge des Erbprinzen anzuschließen. Im Solde der Königin von Neapel.]

Nachrichten über die bevorstehende Reise des Erbprinzen:

Le fameux Mr de St Génié[1] et ses adhérents ont remué ciel et terre pour le faire passer en Russie sous les auspices et la protection de Mme la Princesse héréditaire. Elle a toutefois résisté avec fermeté à cette proposition qui doit s'être étendue même jusqu'à lui offrir de bons conseils toutes le fois qu'elle se trouverait dans quelqu'embarras. . . . On croyait que St Génié renoncerait à ce projet, mais j'apprends qu'il vient de s'expliquer très précisément à Mme la Princesse sur ce sujet, en l'informant qu'il ira à Pétersbourg sur ses propres crochets et pour son propre compte. Elle lui a fait dire — et dit elle-même — qu'elle ne pouvait pas l'en empêcher, mais qu'elle n'aurait certainement pas le moindre rapport avec lui pendant son séjour en Russie et ne pourrait pas l'y recevoir jamais etc.: toutes ces représentations n'ont fait que blanchir jusqu'à présent; cependant Msgr. le Margrave qui m'a ordonné d'informer V. Exc. de tout ceci, se propose d'employer — je crois le grand-maréchal[2] — pour l'engager à différer au moins son voyage de 5 à 6 semaines. Il est difficile à déterminer, qui peut lui fournir les fonds pour cette entreprise toujours assez coûteuse. Vous serez peut-être fort surpris, quand je Vous dirai que je suis assez fondé à présumer que ce pourrait bien être la Reine de Naples qui a un agent secret ici dont les tentatives auprès de Mme la Princesse pour lui faire épouser ses intérêts et lui accorder ses bons offices près la cour de Pétersbourg ne me sont pas restées entièrement inconnues[3]. Je prie cependant V. Exc. de ne pas faire sem-

---

[1] Vergl. über diese Persönlichkeit Polit. Correspondenz, 3, 393.

[2] Oberhofmarschall Mis de Montperny.

[3] In den Karlsruher Acten fehlen weitere Nachrichten, dagegen ergiebt sich aus einem Schreiben Murawjews an Panin vom 23. Aug. 1801, daß am 25. Mai ein Graf Erbach sich im Auftrage der Königin Karoline nach Karlsruhe begeben, um die Erbprinzessin zu bestimmen, in Petersburg die Interessen der Königin zu fördern. Vergl. A. Brückner, Materialien zur Lebensbeschreibung des Grafen N. Panin (Titel russisch), Petersburg 1892, Bd. VI, 614.

blant d'en être prévenu, quand Mme la Princesse lui en parlera. Elle s'y est fort prudemment refusée, mais ce ne sera vraisemblablement pas la dernière tentative directe ou indirecte. . . .

---

162. Geusau an Edelsheim.

Petersburg, 9. Juni (prs. 30. Juni) 1801.

[Empfang in Petersburg. Russische Zustände. Graf Panin. Deutsche Agenten. Die Entschädigungsfrage.]

Geusau ist am 28. Mai in Petersburg eingetroffen. Der Zar und seine Gemahlin haben ihn gnädig empfangen. Fürst Kurakin bemerkt bei Entgegennahme der markgräflichen Schreiben: «Vous êtes en règle, mais l'Empereur sera sur un autre pied avec Vous».

Denen Envoyés und allen vom diplomatischen Fach wird der Zutritt am Hof äußerst erschwert.

Ob hier ein gutes Vernehmen, Eintracht und Zufriedenheit herrscht, getraue ich nicht zu behaupten. Alle Diener der vorigen Regierung sind beibehalten worden, — worüber andere unzufrieden sind.

Der Geschäftsgang gehe „äußerst langsam", Graf Panin, der mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten betraut sei, lasse sich nicht sehen, halte sich meist auf dem Lande auf, die Briefe an ihn bleiben gewöhnlich unbeantwortet. „Alle königlichen, kurfürstlichen und fürstlichen Höfe haben Gesandte oder Emissaires hier, den mächtigen russischen Beistand anzuflehen, in diesem Zeitpunkt entschädigt zu werden."

. . . . Es sollen fünf Punkte sein, worüber Rußland mit Frankreich tractiren will, wovon der eine ist, daß die deutschen Reichsfürsten, so wirklich Verlust erlitten, entschädigt werden sollen. Pfalz-Baiern und Würtemberg sind benannt, Baden aber nicht[1]. . . .

---

163. Geusau an Edelsheim.

O. D. (Juni 1801)[2].

[Baiern. Zusicherungen der Kaiserin. General Duroc.]

|: Der bairische Gesandte, Baron Rechberg[3], hat den Grafen Panin bisher ebensowenig als Geusau gesprochen.

. . . . Pfalz-Baiern nimmt alle Entschädigungen an, wehrt sich aber durchaus, nur ein Dorf herzugeben . . . . Die Kaiserin habe ich auf das dringendste gebeten, sich ihres Hauses anzunehmen. Sie hat es auf eine gute

---

[1] Vergl. die Rescripte an Kolytchew, sowie die Instruction für seinen Nachfolger Morkow vom 9. Juli, wo nirgends der badischen Interessen gedacht wird. Tratchevsky, a. a. O., I, 201 ff. Betr. der Basis der Verhandlungen vergl. Tratchevsky, I, 10, 26; Bailleu, a. a. O., II, 10.

[2] Der Bericht fällt, wie der Inhalt ergiebt, jedenfalls in die ersten Wochen von Geusau's Aufenthalt in Petersburg.

[3] Ueber Rechbergs Mission vergl. die Denkwürdigkeiten von Montgelas, S. 56.

Art versprochen und gesagt, daß es der Kaiser gerne thun wird. Ich frug, an welchen von den drei Ministres ich mich wenden sollte; sie nannte mir P[anin]. Dieser ist inaccessible und kalt. Von der Kaiserin habe ich gehört, daß der D[uroc] ihr bei der ersten Audienz zu verstehen gegeben, daß der erste Consul gerne für das Interesse des M[arkgrafen] besorgt sein wolle[1]. :|

Concept.

164. Geusau an Edelsheim.

Petersburg, 18. Juni (prs. 6. Juli) 1801.

[Das Petersburger Cabinet und die Entschädigungsfrage. Zurückhaltung, möglichste Beschränkung der Entschädigungen, Beibehaltung der geistlichen Kurstaaten.]

Geusau hat dem Grafen Panin das Schreiben des Markgrafen[2] überreicht und ihm die Interessen Badens empfohlen.

Mehr zu sagen von meiner Seite, Memoire oder Note zu präsentiren, würde überflüssig gewesen sein, indem man sich russischerseits über die Entschädigungen im deutschen Reich dermalen noch nicht explicieren will, auch noch nicht kann, da man sich noch nicht auf keine Weise weder mit Frankreich, noch mit England berichtigt und festgesetzt hat und wenig Zutrauen in die Versicherungen des ersten Consuls setzt, zumalen da es so langsam in Italien mit der Wiederherstellung der Königreiche von Neapel und Sardinien, für die man sich interessirt, hergeht. Alle Gesandte finden, daß man wegen Indemnitäten hier herunter gestimmt wird, selbst der bairische und würtembergische, die alte Tractaten des Kaiser Pauls reclamiren[3] . . . .

|: Das Land ist nicht frei von Factionen. Graf Pahlen ist an der Spitze der französischen Partei. Rußland will nicht gern einen Kanonenschuß thun; wenn er gethan werden soll, so wird er gewiß nicht auf die Engländer gerichtet werden. Man will auch nicht den Franzosen den Weg nach Ostindien bahnen, welches Kaiser Paul thun wollte, daher werden sich auch die Franzosen nicht geneigt finden lassen in den Angelegenheiten, wofür sich Rußland interessiret. An dem Lunéviller Frieden hat man hier vieles auszusetzen. Ueber die Entschädigungssache erhält man keine befriedigende Antwort. Alle Forderungen findet man zu übertrieben. Man will aber auch nicht den Großherzog von Toskana im deutschen Reich entschädigt haben. Ich weiß, daß vor einigen Tagen der Kaiser dem mecklenburgischen Gesandten, der, keine Entschädigung zu fordern, sondern nur gegen alle Ländervertauschung sich präcavirt, gesagt: er wäre wegen der überspannten Forderungen von Entschädigungen

[1] Vergl. die entsprechende Weisung Bonaparte's in der Instruction für Duroc vom 4 Floréal (24. April) bei Tratchevsky, a. a. O., I, 114.

[2] S. oben S. 149, Anm. 1.

[3] Baiern hatte am 1. Oct. 1799 einen Allianzvertrag mit Rußland geschlossen, über den würtembergischen Vertrag ist nichts bekannt. Vergl. Du Moulin Eckart, Montgelas, I, 197 ff.

embarassirt, um so mehr, da er doch Rücksicht zu nehmen hätte, daß die drei geistlichen Kurfürsten beibehalten würden. Dem bairischen hat er geantwortet: Il n'y a pas assez d'étoffe là pour satisfaire tous les princes . . . .

Mir bleibt nichts übrig zu thun, als die Kaiserin Elisabeth zu bitten, . . . daß sie oder noch besser der Kaiser selbst seine Ministres auffordert, bei einem günstigen Zeitpunkt wegen dieser Sache sich des Hauses Baden anzunehmen. Die Frau Erbprinzessin hat alle Regeln der Klugheit zu beobachten, um nichts für die Kaiserin Elisabeth zu verderben und nicht mit regrets heimzukehren . . . . :|

165. Geusau an Edelsheim.

Petersburg, 23. Juni 1801.

[Vorsicht wegen der Friedensverhandlungen mit England. Charakteristik des Kaisers. Stimmung und Lage in Rußland. Deficit.]

|: La paix avec les Anglais qui va se conclure sans la participation des Français me ferme la bouche et fait que je ne puisse rien réclamer auprès des ministres russes au sujet des indemnisations pour ne pas gâter les affaires de notre maître. . . .

L'Empereur gouverne son empire avec douceur, son bon cœur se manifeste en tout, il ne met de la confiance prépondérante dans personne. Il ne fait rien non plus au moins pas grande chose pour personne; il vit comme il a vécu comme Grand-Duc, il suit en cela le Roi de Prusse d'aujourd'hui, il ne se sert pas de la cour impériale et personne ne sait où il en est, ni ce qu'il a à faire. L'Empereur compte sur l'amour de la nation, il y a cependant des factions. Le soldat chérit la mémoire de feu l'Empereur, qui le tourmentait, mais qui lui donnait de temps en temps un rouble[1]. L'Empereur d'aujourd'hui a trouvé un déficit pour le courant de 60 ou 75 millions, il se retranche en tout et son trésorier général lui a promis d'être au pair au bout de l'an. L'Empereur voudrait soulager et améliorer le sort de son peuple, les grands n'y trouvent pas leur compte et s'y opposent. :|

Concept.

166. Geusau an Karl Friedrich.

Petersburg, 26. Juni 1801.

[Verminderung des badischen Gefolges durch die Finanzlage geboten.]

Das Gefolge des Erbprinzen, dessen Liste nach einem Berichte Geusau's vom 23. Juni 43 Personen aufweist, wird in Petersburg zu zahlreich befunden[2]. Die Kaiserin wird deshalb ihre Mutter um Verminderung desselben ersuchen. Fürst Wolkonsky, „der

[1] Ueber die Stimmung unter den Soldaten und ihre Anhänglichkeit an Paul I. vergl. Mémoires de Czartoryski, I, 251 ff.

[2] Vergl. Gayling, a. a. O., S. 148; die Angabe bei Kleinschmidt, Karl Friedrich, S. 151, ungenau.

nämliche, der vor einigen Jahren zu Karlsruhe gewesen ist", wird die hohen Reisenden an der Grenze empfangen.

|: Kaiser Paul hat bei seiner Thronbesteigung festgesetzt, daß die Kaiserin-Mutter nach seinem Tode den Rang vor der regierenden Kaiserin behalten, das Recht, die Orden zu vergeben, von dem Hofe freigehalten und jährlich eine Million Rubel haben solle. Die regierende Kaiserin soll jährlich 600000 Rubel haben. Da der Kaiser das große Deficit tilgen will, so nimmt er nicht mehr, als was er als Großfürst bezogen hat, und hat der Kaiserin Elisabeth angezeigt, bis dahin auch nicht mehr zu nehmen, als sie als Großfürstin gehabt. Hierinnen liegt die Ursache, warum unser Gefolg zu zahlreich gefunden werden mußte. Nach aller Wahrscheinlichkeit wird Laharpe wieder hierherkommen[1]. :|

Copie Edelsheims.

167. Edelsheim an Geusau.

Karlsruhe, 11. Juli 1801.

[Der Reichstag und das Entschädigungsgeschäft. Directe Mitwirkung des Reichs nicht wünschenswerth. Baden wird einer Discussion am Reichstag fernbleiben. Abwartende Politik.]

Erörterung des Hofdecrets vom 26. Juni[2], zur „Privatinformation" Geusau's; mit Recht verwerfe dasselbe das letzte Reichsgutachten als unausführbar, zweckwidrig und der kaiserlichen Würde wenig angemessen. Es liege, meint Edelsheim, so sehr in der Natur der Sache, daß der Kaiser das Entschädigungsgeschäft berichtige, daß „eine ernstliche und beharrliche Ablehnung des dahin zielenden Auftrags", die man angeblich befürchte, sich kaum denken lasse. Die Mehrheit des Reichstags könne keine Bedenken tragen, dem Kaiser eine unumschränkte Vollmacht zu übertragen. „Alle Begünstigungen, welche sich irgend ein Kreisstand durch seine übrigen politischen Verhältnisse versprechen mag, gewinnen dadurch lediglich nichts, wenn die Unterhandlungen durch unmittelbare Mitwirkung des Reichs gepflogen werden, ihr Einfluß würde auch bei derjenigen Unterhandlungsweise bestehen, die ohnedem vielleicht einzig zum Zweck führen könnte."

Von den „gehässigen Discussionen" beim Reichstag, welche gedachtes Entschädigungsgeschäft noch herbeiführen werde, könne Baden sich füglich fern halten. Nachdem durch den Separatfrieden mit Frankreich, wie durch Art. 7 des Lüneviller Friedens das Anrecht Badens auf Entschädigung festgestellt und garantirt worden, sei es überflüssig, wo nicht schädlich, „an der Erörterung theilzunehmen, wie diese Entschädigung geschehen soll . . . ., während die Beurtheilung, ob die künftig anzubietende Entschädigung dem Verlust vollständig genug angemessen sei, allemal noch vorbehalten bleibt".

Eine bestimmte Entschließung über das „Benehmen in Comitiis" sei noch nicht erfolgt, eile für den Markgrafen keineswegs, um so weniger, als der Friede mit England wol auch Einfluß auf die deutschen Angelegenheiten haben könne; überhaupt aber könne, solange die Entschädigung des Großherzogs von Toskana noch unbestimmt sei, eine Erledigung der reichsständischen Ansprüche gar nicht gewünscht werden.

Im übrigen überlasse der Markgraf Geusau's Ermessen „jede ihm am zweckmäßigsten dünkende Einleitung", die zur Förderung der badischen Interessen dienen könne.

---

[1] Ueber die Reise Laharpe's, die, wie Kolytchew berichtet, im Auftrage Bonaparte's erfolgt, vergl. A. Brückner, Panin, VI, 163.

[2] Vergl. oben S. 11 ff.

168. Geusau an Karl Friedrich.

Petersburg, 15./27. Juli 1801.

[Empfang der badischen Herrschaften in Rußland. Weisungen an Kolytschew.]

Geusau hat am 17. Juli die badischen Herrschaften in Riga empfangen und berichtet über ihre Weiterreise[1]. Von russischer Seite ist alles Erdenkliche aufgeboten worden, dieselbe zu erleichtern und die Reisenden zu ehren. „Die Kaiserin kam bis über Koskowa auf dem Weg entgegen in Begleitung der Großfürstin Anna und einer Hofdame. Die Freude des Wiedersehens bei Umarmung der durchlauchtigsten Mutter war rührend. . . . . Zu Strelna trafen wir den Kaiser an, der ganz allein dahin gekommen war und welcher mit unseren Herrschaften nach Kaminoi-Ostrow[2] fuhr; die Suite wurde hierher ins Marmorpalais logirt." Die Kaiserin-Mutter hat den Prinzessinnen Amelie und Marie den Katharinenorden nach Koskowa entgegengeschickt.

|: Geusau hat bisher noch kein Memoire überreichen können, die Umstände waren nicht günstig. Der Kaiser wolle zweifellos „wirklich helfen". In einer Note, die Kolytschew wegen der Entschädigungen Baierns und Würtembergs überreicht, habe er „aus eigenem Antrieb" Baden beifügen lassen. :|

---

169. Erbprinz Karl Ludwig an Karl Friedrich.

Kaminoi-Ostrow, 15./27. Juli 1801.

[Empfang am Kaiserhof. Günstige Gesinnung des Zaren gegen Baden. Wiedereinsetzung des Erbprinzen in seine militärischen Würden.]

Am 11./23. Juli trafen die fürstl. Reisenden an ihrem Ziele ein; der Kaiser und seine Gemahlin waren ihnen eine Strecke Weges entgegengeeilt, sie zu begrüßen. Die Aufnahme ist eine glänzende.

Der Erbprinz hat bereits Gelegenheit gefunden, „dem Kaiser unsere Lage gegen Frankreich und den Wunsch, hinlänglich entschädigt zu werden", vorzutragen.

Er billigt sehr, was geschehen, wünscht sehr Gelegenheit zu haben, Ihnen die untrüglichsten Beweise seiner persönlichen Hochachtung gegen Ihre Person und Familie, die er ganz als die seinige ansieht, geben zu können. Er hat schon, wie er mir sagte, seinem Geschäftsträger in Paris befohlen, unser Interesse aufs beste nach der Lage der Sachen zu besorgen.

Auf die Frage, an welchen seiner Minister er sich zu wenden habe, erhält der Erbprinz zur Antwort: «adressez Vous toujours à moi et donnez-moi par écrit, par un mémoire l'exposé de Vos désirs».

Nur schade, daß der Kaiser gar keinen Gesandten spricht und also Herr von Geusau nicht mit ihm selber sprechen kann[3] und ich zu nichts Officiellem instruirt bin und nicht das Herz habe, außer in generalioribus mich einzulassen . . . .

. . . . Auch muß ich melden, daß der Kaiser mir auf die gnädigste Weise mein gehabtes Regiment und Rang in der Armee wieder ertheilt hat. Er

[1] Vergl. „Aus dem Leben des Freih. L. Ch. H. v. Gayling", S. 151 ff.

[2] Kaminoi (Kamenny)-Ostrow, Sommeraufenthalt des Kaiserpaares bei Petersburg.

[3] An anderer Stelle klagt der Erbprinz über Geusau, dem er wiederholt Gelegenheit verschafft, den Kaiser zu sprechen, der aber stets aus Gründen des Ceremoniells es nicht schicklich finde.

sagte: «Je n'ose Vous le proposer, mais si Vous voulez, je Vous rends Votre ancien régiment[1], il est bon; celui du Prince Charles ne vaut rien, je lui en donnerai un autre . . . .»

Eigenhändig.

170. Gensau an Edelsheim.

Petersburg, 15./27. Juli 1801.

[Die Minister der Entschädigungsfrage gegenüber kühl. Mangelndes Einverständniß mit Frankreich. Bitte um Entwurf eines Memoires.]

|: Verweist bezüglich der günstigen Zusicherungen des Kaisers auf das Schreiben des Erbprinzen. Man erachte übrigens die Entschädigungsansprüche der Reichsstände in Petersburg für übertrieben.

La Russie ne veut pas qu'il y ait trop de changements et trop de sécularisations en Allemagne. D'ailleurs les ministres russes ne veulent surtout pas que l'Empereur s'intéresse trop pour les Princes de l'Empire et qu'on recommence la guerre pour cela. Les ministres et les conseillers seront toujours les maîtres ici. Vraisemblablement la Russie ne sera pas trop bien avec la France et par conséquent sa protection nous sera peut-être plus défavorable qu'avantageuse. . . .

Falls der Erbprinz dem Kaiser ein Memoire übergeben solle, ersucht Gensau um Zusendung des Entwurfs durch Courier. :|

171. Edelsheim an Gensau.

Favorite, 12. Aug. 1801.

[Geltendmachung der badischen Gebietsverluste. Verweis auf Art. 1 der geh. Instruction. Verwerthung der übrigen Artikel unangebracht.]

|: Mittheilung der von Preußen aufgestellten Grundsätze des Entschädigungsgeschäfts[2]. Der Markgraf erwartet, Gensau werde gehörigen Orts die nöthigen Vorstellungen machen, «pour faire connaître à l'Empereur et à ses principaux ministres toute l'étendue de nos pertes et la justice d'un dédommagement complet». Damit der Erbprinz jedoch, wenn der Kaiser ihn frage, die Verluste nicht zu niedrig angebe, werde es nöthig, «que V. Exc. lui fasse faire par Mr Groos un extrait du 1er article de la note secrète, rédigée par le Bon de Reitzenstein à Paris, le 22 avril de l'année courante»[3].

Quant aux autres articles de la note mentionnée, Monseigneur ne croit ni nécessaire, ni prudent d'en faire aucun extrait par écrit. Dans les circonstances présentes il n'en pourrait pas même résulter aucun avantage, mais bien plutôt des préjudices. Il conviendra donc d'en user constamment à cet égard avec toute la circonspection que prescrit l'importance de ces notions très secrètes. :|

Concept.

[1] Das Musketierregiment Koslow; Prinz Karl erhielt später das kleinrussische Grenadierregiment. S. „Aus dem Leben des Freih. Ludw. Christ. Heinr. v. Gayling", S. 196.

[2] S. oben Nr. 23.

[3] S. oben Nr. 158.

172. Geusau an Karl Friedrich.

Petersburg, 17. Aug. 1801.

[Stand der Verhandlungen. Weisungen aus Berlin. Abreise des Zaren nach Moskau, der badischen Gäste nach Schweden.]

. . . . Die letzte Berliner Depesche an den Grafen von Lusi in Betreff der Entschädigungssache lautet, daß, da S. M. der König sowohl seinen Schaden, als dasjenige, was er verlangen könne, dem Reichstage völlig übergeben hätte, so solle sein Gesandter keine weitere Demarchen und Nachsuchungen hierüber bei dem Petersburger Hof mehr machen. Man hält daher allgemein dafür, daß alle Reichsfürsten, welche entschädigt werden müssen, ein nämliches thun werden. Dieses soll aber nicht verhindern, in meinem Nachsuchen fortzufahren, daß die russischen Gesandten zu Wien und zu Paris beauftragt werden, das Interesse von Ew. Durchlaucht zu befördern . . . .

Der Kaiser hat als Reisebeitrag dem Erbprinzenpaare 100000 Rubel angewiesen.

Der Kaiser geht nun nicht den 17ten, wie es anfänglich festgesetzt war, sondern den 12ten September unseres Stils nach Moskau[1]. Die mecklenburgischen Herrschaften reisen den 13ten ab nach Hause, und Herr und Frau Erbprinzeß Durchl. wollen den 17ten abreisen; ob diese Rückreise nun wegen einem Rendezvous über Stralsund oder vielleicht gar über Stockholm gehen wird, ist noch nicht ausgemacht und hängt davon ab, welche Nachrichten dieserwegen von Schweden eingehen werden . . . .

---

173. Geusau an Edelsheim.

Petersburg, 17. Aug. 1801.

[Unterredung mit Graf Panin. Vorwiegendes Interesse für Baiern.]

|: . . . . Le Cte Panin s'exprime bien poliment, quand on lui recommande les intérêts de notre Sme maître; je lui [ai] fait part des bonnes intentions de l'Empereur envers le Margrave et en conséquence de là je l'ai supplié de les communiquer aux ministres de S. M. à Vienne et à Paris, afin qu'ils s'intéressent pour la maison de Bade pour laquelle la justice parle. Il a dit que les intentions de l'Empereur à cet égard lui étant connues, qu'on en prendrait soin, mais que les affaires étaient plus embrouillées que jamais.

On prend ici très chaudement le parti de l'Electeur Palatin comme d'un prince plus puissant qu'on veut s'attacher. L'on est très fâché contre la cour de Vienne de ce qu'elle a fait marcher des troupes dans le Haut Palatinat.[2] :|

---

[1] Zu den Krönungsfeierlichkeiten; auch Geusau nimmt an denselben Theil.

[2] Vergl. Montgelas, Denkwürdigkeiten, 58.

174. Edelsheim an Geusau.

Karlsruhe, 17. Aug. 1801.

[Uebersendet den Entwurf eines Memoires für den Erbprinzen.]

En conformité des désirs de Msgr. le Prince héréditaire et de V. Exc. . . . . je joins ici le projet d'une note que Msgr. le Margrave pense que le Prince héréditaire pourrait présenter à S. M. l'Empereur[1].

Falls der Erbprinz den Entwurf billige, möge er ihn unterzeichnen; eine Abschrift könne Geusau einem der Minister überreichen.

---

175. Projet d'une note que S. A. S. Msgr. le Prince héréditaire pourrait présenter à S. M. l'Empereur de Russie.

O. D. (exp. 17. Aug. 1801).

[Darlegung der badischen Verluste in den letzten Kriegen. Bitte um Unterstützung der badischen Interessen in Wien und Paris.]

S. M. I. m'ayant ordonné de Lui présenter par écrit ce qui peut concerner essentiellement les intérêts de la maison de Bade dans les circonstances actuelles, j'ai l'honeur de mettre à Ses pieds le présent exposé, en La suppliant très humblement de ne vouloir toutefois le considérer que comme une information spéciale et confidente dont il ne soit fait aucun usage officiel et public dans le cours des négociations ultérieurés.

Les pertes que la maison de Bade fait par la cession de la rive gauche du Rhin consistent en deux grand-baillages (Kirchberg et Birkenfeld), 8 baillages et 4 seigneuries domaniales très considérables. Toutes ces possessions qui formaient pour la plus grande partie le ci-devant Comté de Sponheim étaient des provinces immédiates de l'Empire, sur lesquelles les Margraves exerçaient la souveraineté territoriale la plus étendue . . . . qui leur donnait en même temps le droit de suffrage aux diètes du cercle du Haut Rhin . . . .

Dazu tritt der Verlust des Amtes Beinheim, der Herrschaften Rodemachern und Hesspringen, sowie eines Theiles der Herrschaft Kutzenhausen.

. . . . La population de ces pays cédés qui comprenaient 3 villes, 9 bourgs, 139 villages, 3 châteaux et 18 hameaux ou métairies, se montait au commencement de la guerre à environ 40000 âmes; les revenus des possessions immédiates se montaient à 227473 fl. et ceux des possessions médiates à 86368 fl., ensemble 313841 fl. En outre les pertes que le Margraviat, théâtre continuel de la guerre, a essuyées par ses suites ont été évaluées déjà à l'époque de la paix de Campo Formio à près de 19 millions de florins auxquels on devra sans doute ajouter au delà de 2 millions que les deux campagnes suivantes, surtout celle de l'année 1799 ont coûtés au Margrave et au pays.

---

[1] S. die folgende Nummer.

Allerdings hat der geheime Vertrag von 1796 dafür eine Reihe von Entschädigungen festgesetzt, aber die französische Regierung selbst verkennt deren Unzulänglichkeit keineswegs und wird sich unzweifelhaft bestreben: «à favoriser l'augmentation de ces indemnités depuis l'avénement de S. M. I. au trône de toutes les Russies, si Elle daigne protéger et soutenir efficacement les intérêts d'une maison qui a la bonheur inappréciable de Lui être alliée si intimement.

Le Premier Consul s'en est même expliqué ainsi envers le ministre d'état du Margrave, le B^on d'Edelsheim, dans une audience particulière à la Malmaison, le 22 avril de cette année, veille du départ de ce ministre de Paris, en lui témoignant, combien le gouvernement français marquerait volontiers dans cette circonstance son désir de complaire aux vues de L. L. M. M. I. I., en favorisant des indemnités ultérieures de la maison de Bade d'une manière conforme à la perspective qu'une si brillante alliance devait lui promettre.

C'est donc à la puissante protection de S. M. l'Empereur de toutes les Russies que la maison de Bade ose recommander instamment son sort et ses intérêts et ce sera pour elle le comble de la gloire et de la satisfaction de devoir à ce puissant appui sa consistance et sa splendeur futures.

Il ne m'appartient pas de préjuger les moyens que S. M. I. trouvera les plus convenables pour faire ressentir efficacement à ma maison toute l'étendue de Sa haute bienveillance, mais fondé sur les gracieuses dispositions qu'Elle m'a fait l'honneur de m'exprimer à cet égard, j'ose espérer qu'outre ces mesures Elle daignera aussi faire charger Ses ambassadeurs à Vienne et à Paris ainsi que Ses ministres à Berlin et à Ratisbonne d'appuyer puissamment nos intérêts partout où l'occasion s'en présentera.

Concept und Abschrift Edelsheims.

---

176. Karl Friedrich an den Erbprinzen Karl Ludwig.

Nymphenburg, 24. Aug. 1801.

[Verwendung für ein Gesuch Klopstocks. Rasumowsky soll in Wien zu Gunsten Badens interveniren.]

. . . . Ich bitte Dich, mein lieber Carl, den beyligenden Brief des alten Dichter[1] der Kayserin Elisabeth vorzulesen, ich konnte ihm nicht wol abschlagen, sein Begehren anzubringen; wenn es stattfinden und ausgeführt werden kann, so würde es ein gefundener Schaz für die Litteratur und vielleicht für die Geschichte des Orientalischen Reichs sein. Von dem Kaiser würde es alsdann abhängen, wie es sich von selbsten verstehet, nach Wolgefallen darüber zu

---

[1] Vergl. Obser: Klopstocks Beziehungen zum Karlsruher Hofe. Zeitschr. f. Geschichte des Oberrheins, VI, 252, 260.

disponiren. Wollte Er vorerst davon der Carlsruher öfentliche Bibliotek überlassen, so würde es eine Gnade sein; daß Klopstock von denn etwann gefunden werdenden Manuscripten Gebrauch mache, wird wol der Kaiser immer zu gestatten geruhen.

Da es dem Kaiser gefällig gewesen ist, mit Dir auf eine so gnädige Arth über das Interesse unseres Haußen (sic!) zu sprechen und Dir zu erlauben, Dich an seine Person selbst zu wenden, so würde es sehr gut sein, wenn Du Ihm den Vortrag machtest, seinen Botschafter, den Grafen Rosamoski (sic!), dahin beauftragen zu wollen, daß er sich bey Gelegenheit des vorseienden Entschädigungs-Geschäftes zum Vortheil unseres Hauß zu verwenden habe und mit dem Baron von Gemmigen (sic!) darüber zu sich besprechen möge. Der Graf Rosamosky wird, wie ich von dem H. von Gemmigen, welcher hier ist, vernommen habe, gegen die Mitte des künftigen Monaths in Wien eintreffen. . . . .

Eigenhändig.

177. Edelsheim an Geusau.

Nymphenburg, 24. Aug. 1801.

[Weisung an Rasumowsky. Gerücht von einer Geldanleihe Bonaparte's bei Rußland durch badische Vermittlung. Geplante Wahl Badens in die Reichsdeputation. Bedenken.]

. . . . Ensuite Vous serez sans doute encore à même, Monsieur, de Vous assurer, si en effet Mr de Rasumowsky a reçu des ordres précis d'appuyer à Vienne les intérêts du Margrave. Cela serait essentiel sous tous les rapports . . . .

Vous serez aussi indigné que nous de l'absurde anecdote qu'on doit avoir cherché à mettre sur notre compte, relativement à une prétendue négociation *sonnante* que le 1er Consul de la République française devrait avoir entamée en Russie par l'entremise de nos A. A. S. S. Il n'est presque pas concevable que la malveillance puisse imaginer des imputations aussi ridicules que controuvées.

Verweist bezüglich des Details auf ein Schreiben der Kurfürstin von Baiern an ihre Mutter, die Erbprinzessin[1].

Theilt mit, daß Preußen Baden als Mitglied der Reichsdeputation vorzuschlagen beabsichtige[2]; wie man in Wien darüber denke, wisse er nicht; in Berlin hoffe man, dort keinen Widerstand zu finden.

Ce n'est au demeurant guères chose à ambitionner dans les circonstances présentes, mais il faut toutefois voir venir et je crois que Monseigneur ne s'expliquera qu'à bonnes enseignes sur l'acceptation ou le refus, parceque dès nos jours le moindre changement des circonstances en apporte aussi fort naturellement dans la manière de les apprécier . . . .

---

[1] Fehlt.

[2] S. oben S. 18, Anm. 1.

178. Gensau an Edelsheim.

Petersburg, (20. Aug.)/1. Sept. 1801.

[Bemühungen der Erbprinzessin. Günstige Stimmung für Baden. Duroc.]

|: Les bontés et les attentions de l'Empereur envers nos Altesses ne discontinuent pas; il écoute favorablement la plupart des propositions de Mme la Princesse héréditaire et il paraît mettre de la confiance en elle. Les promesses qu'il a faites à sa belle-mère de s'intéresser pour la maison de Bade sont faites pour inspirer de la consolation . . . .

Auch Graf Panin, dem Gensau am 22. Aug. eine Zusammenstellung der badischen Verluste übergeben, hat alles versprochen. General Duroc räth dringend, die Bemühungen zu verdoppeln, «pour engager l'Empereur à se prononcer fortement pour les intérêts de la maison de Bade». :|

---

179. Gensau an Edelsheim.

Petersburg, 27. Aug./8. Sept. 1801.

[Umschwung. Günstigere Beurtheilung der Entschädigungsfrage. Zustimmung zu einer Entschädigung Toskana's in Baiern; Beibehaltung der geistlichen Kurstaaten.]

|: Umschwung in Petersburg: je dois prévenir actuellement qu'il paraît que dans ce moment ce cabinet veut se prêter aux circonstances, pour que l'on finisse tout de bon et pour se rapprocher avec le gouvernement français, comme aussi pour s'arranger avec la cour de Vienne, qui insiste pour qu'une grande partie de la Bavière soit cédée au Grand-Duc de Toscane; on commence à trouver bon et juste qu'il y ait des indemnisations pour les princes de l'Empire qui ont dû faire des sacrifices. Lorsque Mr de Rechberg a eu son audience de congé, le Cte Panin lui a dit, qu'il conseillait à l'Electeur de céder une partie de la Bavière, comme le seul moyen d'effectuer des indemnités à l'Electeur et à quelques autres princes de l'Empire.

Nach wie vor aber bestehen Rußland und Oesterreich auf der Erhaltung der geistlichen Kurfürsten: zur Entschädigung bleiben mithin nur die Bisthümer, Reichsstädte und reichsritterschaftlichen Gebiete.

Auch Fürst Kurakin hat um Mittheilung eines Memoires über die badischen Entschädigungsansprüche gebeten; Gensau erwidert, er erwarte ein solches stündlich aus Karlsruhe.

Comme il me questionna beaucoup, je lui ai dit verbalement que les restes de l'évêché de Spire situés sur la rive droite du Rhin, les restes des évêchés de Strasbourg, Bâle, Constance ne pouvaient à peine suffire pour indemniser. Il m'a dit qu'on devait se presser à donner ce mémoire, puisque l'on était occupé à dresser un plan. Depuis que le cabinet de Berlin se désiste de son insatiabilité, le cabinet de Pétersbourg est plus coulant pour les princes de l'Empire, mais surtout pour l'Electeur de Bavière. :|

180. Geusau an Karl Friedrich.

Petersburg, 30. Aug./11. Sept. 1801.

[Lavaters Nachlaß. Einladung der badischen Herrschaften nach Schweden. Uebergabe des Memoires. Weisungen an die russischen Gesandten zu Paris und Wien. Zusicherungen Durocs.]

... Wegen den nachgelassenen merkwürdigen Sachen Lavaters befürchte ich hier nichts ausrichten zu können, indem man die Geldausgabe dafür besonders scheuet. Ihre Majestät, die Kaiserin-Mutter, schätzen zwar überaus das Andenken des seligen Lavaters, behaupten aber, wie ich selbst von Höchstdenselben gehört, daß Sie bereits seinen ganzen Nachlaß besitzen. Der Geh. Rath von Nicolai, der nicht lavaterisch gesinnt ist, sagt, daß man schon zu viele Ausgaben seinetwegen gemacht hätte[1]. . . .

Die zu Wien verbreitete verleumderische Nachricht[2] haben des Herrn und der Frau Erbprinzessin Hf. D. bei Sr Majestät dem Kaiser angebracht. Ich habe solche dem Fürsten Kurakin communicirt und zu Moskau werde ich den Grafen Panin davon unterichten, so daß diese Sache als eine abscheuliche Verleumdung an den Tag kommen wird.

Der schwedische Major von Suder, Generaladjutant des Gouverneurs von Finnland, Generals von Klingsporn, ist als Courier hier angekommen und hat ein sehr gnädiges Einladungsschreiben des Königs an unsere durchlauchtigsten Herrschaften, nach Stockholm zu kommen, überbracht. Dieser Major bleibt hier bis zur Abreise, die nach dem Equinoxe sein wird. Auf der schwedischen Grenze empfängt der schwedische General Klingsporn die Herrschaften und bringt sie nach Åbo, wo der premier gentilhomme de la chambre, Baron von Hamilton, und ein Generaladjutant des Königs mit zwei Yachten sein werden. Die Pferde, Tafel und Logis werden von Seiten des Königs gegeben. Der schwedische Ambassadeur[3] sagt mir, daß der König seine Attention verdoppeln und alles anwenden werde, seine hohen Gäste mit Würde und Anstand zu bewirthen. . . .

|: Das mir zugegangene Exposé[4] haben des Herrn Erbprinzen Durchl. Sr Majestät dem Kaiser übergeben, zu gleicher Zeit habe ich solches dem Fürsten Kurakin übergeben. Graf Panin war schon abgereist, diesem werde ich es zu

[1] In derselben Angelegenheit hatte Geusau am 12. Juni berichtet, er habe mit Geh. Rath von Nicolai gesprochen: „Die sechs Kisten" (Nachlaß?) seien eingetroffen die Kaiserin könne sich aber nicht entschließen, „die Ausgabe zu machen, das Ganze zu übernehmen". Die Lavater'schen Erben scheinen durch badische Vermittlung den Nachlaß dem russischen Hofe zum Kauf angeboten zu haben. Vergl. Nr. 186. Ueber Lavaters Beziehungen zu Karl Friedrich s. Funck: Lavater und der Markgraf K. Fr. v. Baden. Freiburg 1890.

[2] S. oben Nr. 177.

[3] Baron Stedingk. Ueber die Reise nach Schweden s. „Aus dem Leben des Freih. L. Ch. H. v. Gayling", S. 161 ff.

[4] Das unter Nr. 175 mitgetheilte Memoire.

Moskau zustellen. Schon vor einiger Zeit, wie ich auch einberichtet habe, hat mir der Graf Panin die Zusage gegeben, daß die russischen Minister zu Wien und Paris beauftragt seien, sich für das badische Haus zu verwenden; nun werde ich ihn noch darum bitten, daß auch den russischen Ministern zu Berlin und Regensburg der nämliche Auftrag gegeben werden möchte, wie auch, daß der Graf Rasumowsky zu Wien sich mit dem H. v. Gemmingen daselbst en rapport setzen möchte. — Duroc hat mir den Tag vor seiner Abreise ein höfliches Billet geschrieben, daß er zu mir kommen wolle und mich zu sprechen hätte. Da ich frühzeitig nach Kaminoi-Ostrow fahren mußte, kam ich ihm zuvor und ging zu ihm; er sagte mir, daß er schon vor einiger Zeit zu Gunsten Ew. Durchlaucht an den Ersten Consul geschrieben habe, daß er solches nun nur noch mehr unterstützen würde, da er bei seiner Abschiedsaudienz noch mehr gewahr geworden, daß der Kaiser sich für das badische Haus interessire und daß der Graf Panin ihm solches besonders anempfohlen hätte. . . .

181. Erbprinz Karl Ludwig an Karl Friedrich.

Kaminoi-Ostrow, 31. Aug./12. Sept. 1801.

[Abschied vom Kaiser. Ehrungen.]

Der Kaiser ist heute nach Moskau abgereist, der Abschied war überaus herzlich, „als wenn er unser Sohn wäre".

Der Kaiser ist ein wahrhaft guter Herr als Regent, Gatte, Freund und Verwandter; er empfiehlt sich Ihnen, liebster Vater, vielmals und läßt Ihnen sagen, daß seine Botschafter in Paris und Wien ganz zu unseren Gunsten instruirt seien und daß er [für] das Interesse unseres Hauses auf das beste sorgen werde . . . .

Beim Abschied erhielten der Erbprinz und sein Sohn die Brillanten des Andreasordens, seine Gemahlin das Bild des Kaisers in Brillanten und seine Töchter Amelie[1] und Marie, die Braut des Prinzen Wilhelm von Braunschweig, die Brillanten des St. Katharinenordens.

182. Erbprinz Karl Ludwig an Karl Friedrich.

Petersburg, 2./14. Sept. 1801.

[Weisung an Rasumowsky. Klagen über Geusau's Lässigkeit.]

Verweist auf die jüngsten Zusicherungen des Kaisers. Graf Rasumowsky werde sich mit dem Herrn von Gemmingen in Wien berathen.

. . . . Der Kaiser frug mich bei dieser Gelegenheit, ob sein Botschafter an einem gewissen großen Hof[2] von dem bewußten Billet Erwähnung thun solle.

[1] Prinzessin Amelie bleibt auf dringenden Wunsch der Kaiserin in Petersburg; es wird ihr für die Dauer ihres Aufenthalts ein Jahrgeld von 15000 Rubel zugewiesen.

[2] Rasumowsky. Es handelt sich um das oben Nr. 177 berührte, in Wien angeblich auf Grund eines aufgefangenen Briefes verbreitete Gerücht über den Endzweck der Reise des Erbprinzen. Vergl. auch das Rescript an Gemmingen vom 13. October; oben S. 21.

Ich bat ihn, deswegen mit dem Herrn von Geusau zu sprechen. Ich hatte dabei die Absicht, letzterem eine Unterredung in meiner Gegenwart mit dem Kaiser zu verschaffen, welches für unser Interesse sehr vortheilhaft hätte sein können. Da aber der Herr von Geusau auf zwei Einladungen, nach Kaminoi-Ostrow zu kommen, nicht erschienen ist, so bitte gehorsamst den guten Willen für die That zu nehmen. . . .

Die Entschuldigung Geusau's, er habe keine Pferde auftreiben können, läßt der Erbprinz nicht gelten; er bezweifelt, ob Geusau in Moskau Zeit und Gelegenheit finden werde, den Kaiser zu sprechen.

183. Karl Friedrich an Geusau.

Karlsruhe, 18. Sept. 1801.

[Zustimmung zur Reise nach Moskau. Aufgabe während des dortigen Aufenthalts. Lavaters Nachlaß.]

Billigt die Reise nach Moskau:

Ich zweifle nicht, daß wehrend dem Aufenthalt in Moskau sich Gelegenheiten ereignen werden, den Kaiser zu sprechen, welche Sie gewiß benuzen werden, um bey den günstigen Gesinnungen des Monarchen für mein Hauß bei Ihm dessen Interesse bey denen bevorstehenden Entschädigungen in günstige Erinnerung zu bringen; wir leben in einer Epoque, die zwar sehr kritisch ist, die aber auch gute Folgen haben kann. . . .

Können Sie noch etwas bei der verwittibten Kaiserin für Lavatters Erben thun, so soll es mir sehr lieb sein.

Eigenhändig.

184. Der russische Vicekanzler Fürst Kurakin an den russischen Gesandten Grafen Morkow in Paris.

Petersburg, 16. Sept./(28. Sept.) 1801.

[Weisung zu energischer Unterstützung der badischen Interessen. Frankreich günstig gestimmt. Zuwendung einer reichlicheren Entschädigung.]

Les liens de parenté et d'amitié qui attachent l'Empereur à la S^me Maison de Bade font prendre à S. M. I. le plus vif intérêt à ce que dans les arrangements futurs, relatifs aux indemnités à accorder en Allemagne, elle puisse en obtenir de proportionnés aux sacrifices, auxquels elle a été forcée par la cession de la rive gauche du Rhin à la France[1].

Le Prince héréditaire pendant son séjour ici a réclamé la puissante intervention de notre auguste Maître dans les négociations, qui s'ouvriraient

[1] Schon früher ist in diesem Sinne eine Ordre an Morkow ergangen: in einem Rescripte vom 4. Sept. bemerkte der Zar, wenn er bisher der badischen Interessen nicht gedacht habe, sei dies nur geschehen, weil er geglaubt, «qu'une stipulation expresse était superflue pour engager le 1er Consul d'avoir égard à ma sollicitude pour un prince auquel je suis uni par les liens les plus chers». Tratchevsky, a. a. O. I, 256.

pour fixer, avec proportion et équité et définitivement, les indemnités auxquelles le Margraviat de Bade a droit de prétendre pour les pertes considérables qu'il a essuyées. J'adresse à V. Exc. l'extrait ci-annexé d'un exposé qui La mettra à même de connaître avec plus d'étendue l'objet de la demande de Msgr. le Margrave et les arrangements éventuels déjà pris avec la France et auxquels S. A. S. avait été dans le cas de souscrire[1].

Ces différents objets d'indemnité ayant paru insuffisants au Margrave et peu proportionnés à ses pertes, son ministre à Paris, le baron d'Edelsheim en a fait la représentation au gouvernement français; il s'en est même expliqué avec le Premier Consul, qui lui a laissé entrevoir l'espérance d'en obtenir d'ultérieurs, en témoignant à cette occasion son désir de complaire en cela à S. M. I.

Si telles sont en effet les dispositions de ce premier magistrat de la République française, il ne Vous sera que plus aisé, Mr le Comte, de remplir à cet égard les ordres de l'Empereur. Mais quelles que puissent être les facilités ou les obstacles que Vous rencontrerez à faire valoir les droits de la Maison de Bade, il Vous est expressément recommandé d'appuyer ses représentations et les démarches de son ministre, en faisant connaître en toute occasion tous les motifs de l'intérêt que prend S. M. I. à une Maison qui Lui est si intimement alliée et qui Lui font désirer qu'elle soit traitée le plus favorablement dans cet arrangement général. Nous avons tout lieu de présumer qu'une semblable considération ne sera pas employée sans succès près du gouvernement français, à une époque où doit s'effectuer un rapprochement auquel il a toujours manifesté attacher un grand prix.

Copie.

---

185. Fürst Kurakin an den russischen Gesandten in Wien, Grafen Rasumowsky.

Petersburg, 16. Sept./(28. Sept.) 1801.

[Empfehlung der badischen Interessen in Wien.]

Eingang gleichlautend wie bei Nr. 184.

.... Ces différents objets d'indemnité, dont on donne l'expectation à la Maison de Bade, sont visiblement insuffisants, pour la dédommager de ce qu'elle a perdu, tant en territoire qu'en numéraire pendant la durée de la guerre. La circonstance heureuse pour cette Maison, d'être alliée à S. M. I, a dû nécessairement relever ses espérances; et en effet, l'Empereur a donné les ordres les plus précis à son plénipotentiaire à Paris, de porter le gouvernement français à procurer à Msgr. le Margrave un équivalent plus supportable des pertes qu'il a essuyées.

---

[1] Auszug aus dem Memoire, welches der Erbprinz dem Zaren überreicht. S. oben Nr. 175.

Toutes ces mesures ne pouvant s'effectuer sans le concours immédiat de la cour de Vienne, l'intention de l'Empereur est que Vous disposiez S. M. l'Empereur des Romains à adopter à l'égard de la S^me^ Maison de Bade les mêmes principes de justice et à concourir même comme chef de l'Empire, à faire obtenir à un de ses membres, allié de S. M. I., des dédommagements équitables.

Il ne pourra qu'être utile au succès des démarches de V. Exc., qu'Elle fasse valoir tout le prix que Votre Auguste Maître attacherait à cette marque de déférence de la cour de Vienne pour l'intervention de S. M. I. dans une circonstance où les intérêts de la Maison de Bade sont si intimement liés avec Son désir de lui donner une marque efficace de Sa bienveillante protection.

Copie.

---

186. Fürst Kurakin an den russischen Geschäftsträger in Regensburg, von Klüpfell.

Petersburg, 16. Sept./(28. Sept.) 1801.

[Empfehlung der badischen Interessen; Unterstützung der Entschädigungsansprüche am Reichstage.]

Tout ce qui peut avoir rapport à l'objet des indemnités en Allemagne et au système que les grands cours ont adopté à cet égard devant être agité à la Diète de l'Empire, Vous ne pouvez qu'être très attentif, Monsieur, à suivre tous les mouvements de cette assemblée dans les nombreuses délibérations auxquelles d'aussi grands intérêts pour le Corps germanique ne peuvent manquer de donner lieu.

Unter den Reclamanten, welche die Intervention Rußlands nachgesucht, befindet sich Baden. Der Zar wünscht dem nahe verwandten Fürstenhause einen Beweis seines Wohlwollens zu geben.

J'ai reçu ordre en conséquence de Vous prescrire, Monsieur, d'apporter la plus active vigilance à observer tout ce qui peut concerner ses intérêts dans cet arrangement général.

Beiliegend ein Auszug des «Exposé». Hinweis auf die entsprechenden Instructionen an die Gesandten in Paris und Wien. Auch Klüpfell möge das Seinige thun und den Gesandten am Reichstage zu verstehen geben, wie sehr sich der Kaiser für eine billige, den Verlusten angemessene Entschädigung Badens interessire.

Nous avons tout lieu d'espérer qu'un semblable motif de détermination ne sera pas employé sans succès près de la Diète, dont plusieurs membres ont eu également recours à l'intervention de notre auguste Maître.

Copie.

---

187. Geusau an Edelsheim.

Moskau, 20. Sept./2. Oct. 1801.

[Rückkehr Geusau's. Einhändigung der abschriftlichen Weisungen für die russischen Gesandten in Wien, Paris und Regensburg.]

Ankunft in Moskau am 20. Sept. Die Krönung hat am 27. Sept. stattgefunden. Da die Festlichkeiten vorüber und seine Mission beendet, wird Geusau um seine Abschiedsaudienz nachsuchen[1]. Edelsheims Auftrag vom 24. August ist erledigt:

Je ne répèterai donc rien et je me borne à dire que j'apporterai les copies des lettres écrites aux différents ministres à notre sujet que le Prince Kurakin m'a données par ordre[2]. Je me flatte que V. Exc. en sera content. On doit ces succès aux soins de Msgr. le Prince et de Mme la Princesse héréditaire. . . .

---

188. Karl Friedrich an Kaiser Alexander I. von Rußland[3].

Karlsruhe, 22. Oct. 1801.

[Freude über den Frieden mit Frankreich. Ein Einvernehmen beider Staaten gerade jetzt für Baden von Bedeutung.]

Dank für die freundliche Aufnahme des Erbprinzen und die Begünstigung der badischen Interessen.

Le traité qu'Elle [scil. V. M.] vient de faire signer à Paris me donne un motif de consolation d'autant plus essentiel que le rapprochement d'un si puissant monarque avec le gouvernement français ne peut pas manquer de confirmer davantage les dispositions favorables de la France envers moi, lesquelles la position locale de mes états me rendront toujours de la plus grande importance; surtout à l'époque présent où l'arrangement des indemnités qui dépendra principalement de concert de V. M. I. avec ce gouvernement déterminera la consistance future de ma maison. . . .

Concept Edelsheims.

---

189. Edelsheim an den Grafen Panin[4].

Karlsruhe, 22. Oct. 1801.

[Eine Verständigung zwischen Rußland und Frankreich in der Entschädigungsfrage im Interesse Badens dringend wünschenswerth.]

Verweist auf das Schreiben des Markgrafen an den Kaiser.

D'après des rapports authentiques de Paris le gouvernement français attache le plus grand prix non seulement à cultiver la meilleure amitié

---

[1] Geusau's Abreise von Moskau erfolgt am 17. Oct.; am 15. Nov. trifft er wieder in Karlsruhe ein.

[2] S. oben Nr. 184—86.

[3] Ueber die Veranlassung zu diesem und dem folgenden Schreiben s. oben S. 69. Die Antwort des Zaren fehlt, sie datierte vom 18. Nov. Vergl. oben Nr. 61 u. 108.

[4] Eine Antwort ist nicht erfolgt, da mittlerweile in Petersburg ein Ministerwechsel erfolgte und Panin durch den Grafen Kotschubey ersetzt wurde. Vergl. oben S. 83, Mémoires de Czartoryski, I, 277; Brückner, Panin, VI, 612 ff.

avec la Russie, mais particulièrement à pouvoir prendre avec cette puissance des arrangements communs touchant l'affaire des sécularisations et des indemnités en Allemagne; il est donc hors de doute que la protection de S. M. I. procurera à la maison de Bade une nouvelle existence et un nouveau lustre, si le cabinet de Pétersburg daigne s'entendre là-dessus avec ce gouvernement.

Eine **baldige** Berichtigung des Entschädigungsgeschäfts ist dringend nothwendig, «attendu que l'incertitude actuelle des résultats de cet important dénouement ne fait qu'alimenter davantage une fermentation dont les suites pourraient devenir infiniment fâcheuses» . . . .

Concept.

---

190. Karl Friedrich an den Erbprinzen Karl Ludwig.

O. D. (Oct. 1801).

[Dankende Ablehnung der Einladung zur Rückkehr nach Petersburg wegen der Vermählung der Prinzessin Marie.]

Je suis véritablement pénétré de la plus sensible reconnaissance des marques réitérées des bontés de l'Empereur envers Vous et la Princesse héréditaire. La pressante invitation de retourner de Stockholm à Pétersbourg et d'y passer l'hiver[1] est infiniment flatteuse sous tous les rapports et Vous pouvez juger, combien il m'en coûte de me voir forcé par les circonstances à Vous priver d'une perspective si satisfaisante; je ne Vous parlerai pas du désir que j'ai de Vous revoir; mais Vous savez avec quelle impatience le Duc de Bronswic attend l'union de ma petite-fille Marie avec le Prince Guillaume, son fils, qu'on lui a promis que ce mariage serait célébré aussitôt que possible. Il y paraît si bien complû que son ministre s'est déjà empressé à nous envoyer le contrat de mariage formel, dont on n'a fait suspendre l'expédition définitive qu'à cause de Votre absence. Vous n'aurez donc pas de peine à sentir, combien Votre présence et celle de la Princesse héréditaire et de Marie sont essentiellement nécessaires.

Je suis persuadé que l'Empereur rendra justice à la solidité de ce motif et que S. M. n'en sera pas moins convaincue que nous apprécions tous bien véritablement sa bienveillance dont nous osons espérer avec confiance la conservation. . . .

Concept Edelsheims.

---

[1] Der Kaiser hatte die badischen Herrschaften zu wiederholtem Besuche auf der Rückreise von Schweden eingeladen; der Erbprinz selbst hatte dann aber seinen Vater gebeten, mit der hier angeführten Motivirung die Erlaubniß zu versagen, da er von Stockholm lieber direct nach Hause zurückkehre. Schreiben vom 8. Sept.

191. Erbprinzessin Amalie an Karl Friedrich[1].

Haga, 31. Dec. 1801.

[Tod des Erbprinzen. Klage.]

C'est la malheureuse femme de Votre si bon fils, du meilleur des hommes qui implore Votre pardon et Votre pitié, Monseigneur! Il me faut cette certitude pour supporter tout le poids de ma cruelle existence, car j'ai perdu le repos de mes jours depuis la perte affreuse que j'éprouve par la mort de ce cher Prince. Je me reproche le voyage, ma sécurité sur sa santé, mon trop peu de prévoyance etc.; cependant je croyais avoir tout si bien prévu, et Dieu sait que je n'ai fait aucune démarche sans sa volonté. Mon bonheur est anéanti à jamais, il n'y a que des bontés, Monseigneur, qui puissent adoucir mon malheureux sort. Daignez me les assurer et protégez mes enfants, je Vous en conjure. . . .

Eigenhändig.

---

192. Erbprinzessin Amalie an den Landgrafen Christian von Hessen-Darmstadt[2].

Haga, 8. Jan. 1802.

[Die Katastrophe von Arboga.]

Mittheilungen über den Tod des Erbprinzen.

. . . . On vint me dire — le 14 décembre au soir — qu'il[3] avait eu un petit accident, je vais chez lui, il se trouvait sur un lit et l'on le déshabillait. Il me dit: ah, Vous voilà, ma chère. Il parlait difficilement et s'en plaignait; au moment où je lui donnai du thé, il prit une suffocation et une convulsion affreuse, depuis il ne m'a plus entendue ni reconnue. Je le précédé (sic!) et l'attendais à chaque poste, encore à la dernière, je n'en partis pas avant qu'il fût arrivé et je n'étais pas à 100 pas, lorsqu'il versa et personne n'a[4] . . . . une voiture, c'était à une petite distance d'Arboga; il sortit encore de sa voiture, disant qu'il ne s'était pas fait du mal, il voulut aller à pied, on le persuada de se mettre sur un traîneau bien enveloppé; pendant ce petit trajet on remarqua qu'il parlait avec difficulté. Les médecins assurent que l'apoplexie était inévitable, même sans la chûte dont il n'était pas blessé. Le Roi et tout le monde me marque un intérêt bien vif. . . .

Auszug von der Hand des Landgrafen Christian. Staatsarchiv Darmstadt.

---

[1] Durch den Obersten Borgenstjerna bestellt. Ueber die Katastrophe von Arboga s. oben die Einleitung.

[2] Landgraf Christian, der jüngste Bruder der Erbprinzessin.

[3] Scil.: le Prince héréditaire.

[4] Das folgende Wort unleserlich.

193. Karl Friedrich an die Erbprinzessin Wwe. Amalie[1].

Karlsruhe, 13. März 1802.

[Tod des Erbprinzen. Beileid und Trost.]

Nous avons fait tous deux une perte irréparable par la mort de mon cher fils; je puis me mettre à Votre place, Princesse, et sentir avec Vous; quoique nos rapports au cher défunt soient différents, notre douleur est égale. Je suis bien aise, de Vous voir résignée à la volonté de Dieu. Il nous soutiendra.

Comptez sur moi, Princesse, et sur le désir que j'ai et que j'aurai toujours, de Vous rendre Votre état présent aussi agréable qu'il me sera possible; mais je Vous prie instamment de me donner Votre confiance, quoique je n'aie pas lieu d'en douter; je pense qu'une confiance réciproque est devenue maintenant plus nécessaire. Il est de mon devoir d'avoir soin de Vos enfants, j'espère de Vous avoir donné des preuves que ce devoir m'est cher, et il me le sera toujours.

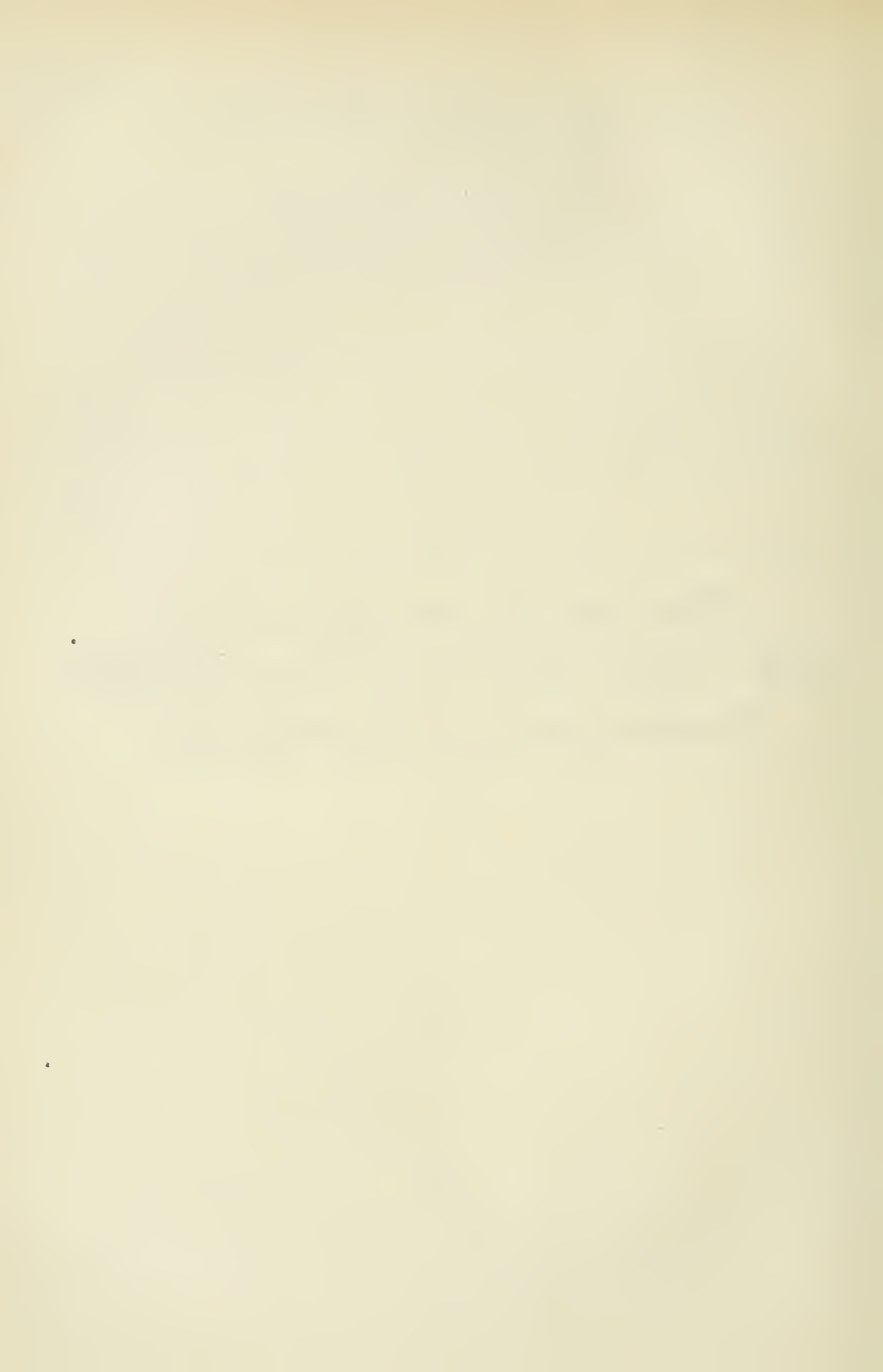
Dank für die Güte und Aufmerksamkeit, die der König der Erbprinzessin erzeige.
Abschrift.

---

[1] Durch Geusau nach Schweden überbracht. Ein erstes Beileidschreiben hatte der Markgraf schon am 19. Januar an die schwer geprüfte Fürstin gerichtet. Eigenh. Concept.

II.

Von der Pariser Convention vom 3. Juni 1802 bis zur Annahme des Reichsdeputationshauptschlusses.



1. Verhandlungen mit Frankreich bis zum Rücktritt Reitzensteins.
(Juni 1802 – Juni 1803.)

194. Groos an Edelsheim.

Paris, 27. Juni 1802.

[Baiern willigt in die Abtretung der rechtsrheinischen Pfalz ein. Bedingungen: Uebernahme der Schulden, Ausfolgung des kurfürstlichen Privateigenthums.]

|: . . . . J'ai l'honneur d'informer V. Exc. par ma lettre d'aujourd'hui de ce que Mr Mathieu m'a chargé de prévenir Mr de Reitzenstein. D'abord il m'a paru infiniment satisfait de la lettre de Mr de Reitzenstein et il m'a dit de le prévenir que l'Electeur avait déjà fait réponse au 1er Consul et au ministre relativement à la cession du Palatinat du Rhin, qu'il avait déclaré que quelque cher que lui valait le sacrifice d'un pays auquel il était tant attaché, il consentait néanmoins à l'arrangement proposé[1], puisque la France le demandait et par considération toute particulière pour Msgr. le Margrave; que ce n'était que dans les seules mains de la maison de Bade qu'il pouvait tranquillement voir passer une province qu'il affectionnait avec une sollicitude vraiment paternelle et que S. A. E. n'attachait à cette cession que deux conditions, 1° que les dettes affectées au Palatinat tomberaient à la charge du nouvel acquéreur, 2° que l'Electeur conserverait la propriété de son mobilier qui se trouvait dans le Palatinat. Mr Mathieu dit tenir de Mr de Cetto que la masse de ces dettes n'était pas considérable; quant à la 2e condition il a entrevu de lui même qu'il répugnerait à la délicatesse de Msgr. le Margrave d'en agir autrement que conformément aux désirs de S. A. E. :|

195. Groos an Reitzenstein.

[Paris], 30. Juni 1802.

[Abreise Mathieu's über Straßburg nach Regensburg. Unveränderte Lage der Dinge. Baldige Abreise des Prinzen Ludwig nach Petersburg wünschenswerth.]

Mr Mathieu, au lieu de me donner la lettre promise, m'a dit qu'il partira après-demain pour Strasbourg[2] et que de là il aura l'honneur de

[1] Ueber die politischen Erwägungen, welche die bairische Regierung zum Verzichte bestimmten, vergl. v. Montgelas, Denkwürdigkeiten, 70 ff.

[2] Seine Abreise verzögert sich bis zum 6. Juli.

Vous écrire. Il compte d'y passer une 10^{aine} de jours, en attendant ses ordres ultérieurs pour se rendre à Ratisbonne . . . . Il m'a en outre chargé de Vous marquer que les choses n'avaient en rien changé depuis et que l'Electeur de Bavière en même temps qu'il avait fait transmettre à Paris son consentement aux nouveaux arrangements, avait aussi fait expédier un courrier extraordinaire à Pétersbourg avec des dépêches absolument dans le même sens. Mr Mathieu, quoique je lui aie dit qu'il était arrivé des nouvelles favorables du nord, désire cependant que le départ du Prince Louis ne soit plus différé. Quant à Vous, Monsieur, il Vous prie d'attendre sa lettre avant de Vous décider au retour . . . . . .

Copie.

---

196. Reitzenstein an Edelsheim.

[Ettlingen], 1. Juli 1802.

[Befriedigende Antwort von Montgelas wegen der Pfalz. Bedenken. Klage über Mangel an Entschlossenheit. Dringt energisch auf Abreise des Prinzen Ludwig.]

En ayant l'honneur de renvoyer ci-joint à V. Exc. la lettre de Mr Brauer ainsi que la réponse un peu tardive de Mr de Montgelas[1], j'ai celui d'observer à l'égard de cette dernière qu'elle est à la vérité un peu étudiée et qu'on y remarque quelque embarras, mais que toutefois elle est aussi conciliante et amicale qu'on peut le désirer d'une première ouverture sur un point aussi chatouilleux. Ce n'est pas de ce côté que je crains quelque chicane, puisque la France y mettrait bientôt fin, mais comme j'ai vu par les journaux que le courrier envoyé par l'Electeur à Pétersbourg a devancé le nôtre de 8 jours à peu près, je crains que Mr de Montgelas n'ait peut-être proposé à l'Impératrice mère de vouloir céder Ulm au Duc de Wurtemberg pour conserver le Palatinat. Pour y voir clair et pour obvier autant que possible aux machinations qui pourraient déjà avoir eu lieu de la part des autres cabinets dans lesquels je remarque beaucoup plus d'activité et des résolutions bien plus promptes que chez nous, il est donc infiniment urgent que le départ de Msgr. le Prince Louis ne souffre plus le moindre délai . . . .

Il ne restait plus pour l'information du Prince que le précis des instructions du g^{al} Hédouville[2]; je l'ai commencé et il sera fini demain à midi. Le départ ne pourrait-il donc pas être *irrévocablement* fixé à après-demain? Si V. Exc. n'y insiste pas avec force, on le reculera d'un jour à l'autre . . . .

---

[1] Vom 26. Juni. Vergl. II, Abschnitt 3.

[2] Bei den Acten; wie sich ergiebt, ein Auszug der Instructionen für den französischen Gesandten in Petersburg, Hédouville, vom 6. Juni, in welche Reitzenstein in Paris wol Einblick gewonnen hatte. Bei Tratchevsky, a. a. O. I, 430.

197. Reitzenstein an Edelsheim.

[Ettlingen], 3. Juli 1802.

[Die Instructionen Hédouville's. Die jüngste Erklärung des Kurfürsten von Baiern. Schuldenlast der Pfalz. Schleunige Abreise des Prinzen Ludwig.]

J'ai l'honneur d'envoyer à V. Exc. mon petit précis[1]. Je l'ai fait aussi court que possible avec l'attention de me servir dans les passages essentiels des mêmes mots dont on s'est servi, autant que je m'en rappelais, dans l'original. La déclaration de l'Electeur[2] me paraît divine. Elle me suggère, ainsi que l'article des dettes, — qui se montent *pour le seul grand-baillage de Heidelberg* à $2^1/_2$ jusqu'à 3 millions de florins, — une idée que je soumettrai à V. Exc., dès que j'aurai l'honneur de Lui parler.

J'ai appris que l'endroit où se rend Msgr. le Prince Louis n'est plus un mystère. Comme on le saura donc déjà à Stoutgart, la nécessité extrême de presser le départ avec la dernière vivacité n'en est que plus évidente . . . .

Empfiehlt, die Erbprinzessin Wittwe hiervon zu benachrichtigen, damit Prinz Ludwig nicht mehr genöthigt sei, die Schreiben abzuwarten, welche sie ihm mitzugeben gewünscht.

---

198. Herzog Friedrich von Würtemberg an Karl Friedrich.

Ludwigsburg, 11. Juli 1802.

[Wünscht eine Zusammenkunft an der Grenze zur Besprechung der politischen Lage.]

Les circonstances du moment et le dénouement qu'elles vont amener sous peu, me paraissent d'un intérêt si majeur que jamais la réunion des princes de l'Empire voisins ne fut plus désirable ni plus nécessaire. Aucun moyen ne me paraît plus sûr pour amener à ce but que lorsqu'on parvient à s'expliquer personnellement et sans l'entremise de tiers, auxquels il est souvent difficile de saisir le vrai sens de nos intentions. Ces considérations me font désirer vivement d'avoir l'avantage de conférer avec V. A. S. sur des objets aussi majeurs qu'également intéressants pour Elle et pour moi. Je La prie donc de vouloir bien me fixer l'endroit où sur nos confins réciproques nous pourrons nous rencontrer; ce sera avec empressement que je m'y rendrai . . . .

Eigenhändig.

---

199. Karl Friedrich an Herzog Friedrich von Würtemberg.

Karlsruhe, 12. Juli 1802.

[Eine Entfernung von Karlsruhe wegen Kurgebrauchs nicht möglich.]

Der Markgraf dankt für das Schreiben des Herzogs und betheuert sein aufrichtiges Streben nach Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen beider Nachbarstaaten.

---

[1] Vergl. Nr. 196.

[2] Vergl. oben Nr. 194.

Il n'y a que les eaux et les bains que je viens de commencer depuis peu qui, en m'empêchant de m'absenter d'ici, peuvent retarder mon empressement à profiter de la proposition de V. A. S. pour une entrevue en lieu tiers.

Si cependant la circonstance Lui paraissait assez intéressante pour La déterminer à vouloir me faire l'honneur de venir à Carlsruhe à tel jour qui Lui conviendrait le mieux, je me féliciterais véritablement de pouvoir Lui réitérer alors de vive voix l'assurance des sentiments de la haute considération etc. . . . .[1]

Concept Edelsheims.

---

200. Reitzenstein an Edelsheim.

[Ettlingen], 13. Juli 1802.

[Wünscht Sondirung der Absichten des Herzogs in Stuttgart. Ein Besuch in Karlsruhe in Edelsheims Abwesenheit zu verhindern.]

Réflexion faite sur la lettre de Msgr. le Duc de Wurtemberg, il m'a paru que dans tous les cas il sera essentiellement nécessaire que V. Exc. reçoive la commission de pénétrer à Stoutgart les intentions du Duc, parceque je crains qu'autrement il n'épie le moment de Votre absence[2] pour fondre inopinément sur Carlsruhe et tâcher de surprendre Monseigneur, pouvant être sûr alors de trouver Son Altesse sans une seule personne de confiance.

Je m'occuperai aujourd'hui à coucher sur le papier mes petites idées relativement aux discussions à prévoir avec l'Electeur de Bavière . . . .

---

201. Reitzenstein an Edelsheim.

Ettlingen, 19. Juli 1802.

[Zusammenkunft mit Mathieu in Straßburg. Besprechung mit Edelsheim. Notizen für Prinz Ludwig.]

J'ai l'honneur de mander à V. Exc. qu'étant parti de Strasbourg[3] hier à $1^1/_4$ h. de l'après-midi, au moment où le passage du Rhin était devenu praticable, je suis arrivé ici vers les 10 h. et demie du soir. Ayant bien des choses essentielles à rapporter à V. Exc., j'attends Ses ordres

---

[1] Der Herzog bedauert in seiner Antwort vom 18. d. M., daß er bei der Lage der Dinge darauf verzichten müsse, dem Markgrafen zu begegnen, und spricht die Hoffnung auf baldige Herstellung seiner Gesundheit aus. (Eigenhändig.)

[2] Edelsheim plante eine Reise nach München.

[3] Nach einer Unterredung mit Mathieu, zu der Reitzenstein sich am 15. d. M. dahin begeben hatte. Tagebuch des Geh. Raths Meier.

pour savoir, si Elle a le projet de venir ce soir ici, ou si c'est à Carlsruhe que je dois avoir l'honneur de Lui faire agréer de bouche l'hommage de mes respects[1].

202. Denkschrift Reitzensteins.

Ettlingen, 24. Juli 1802.

[Die künftige Verwaltung der Kurlande. Feststellung der Activa und Passiva. Schuldentilgungscommission. Garantiefonds. Strengste Oeconomie im Staatshaushalt.]

Vorschläge für die künftige Landesverwaltung. Der Eingang der nur abschriftlich erhaltenen Denkschrift fehlt.

Reitzenstein fordert:

1. Sobald Kaiser und Reich den Entschädigungsplan ratificirt haben, genaue Feststellung der Activa und Passiva der neuerworbenen Lande durch eine eigens zu berufende Commission.

2. Bestellung einer Schuldentilgungsdeputation unter dem Vorsitz des Markgrafen; derselben wäre „unabhängig von Kammer und Schatulle eine sichere Revenue von 200000 fl. als einen sich durch die Zinsen der jährlich abgetragen werdenden Schulden immer verstärkenden Fonds" mit der womöglich auch den Regierungsnachfolger bindenden Cautel zu überweisen, daß dieser Fonds niemals unter irgend welchem Vorwande geschmälert werden dürfe. „Allgemeines Zutrauen und Hebung des öffentlichen und privaten Credits würden die segensreiche Wirkung dieses Actes edler Selbstverleugnung sein."

3. Folgt ferner, daß es wahre Dienerpflicht ist, S^mo devotest anzurathen, keinerlei Vorschläge, die unvollkommen unterrichtete oder blos durch den Glanz der Kurfürstenwürde und der großen herrlichen Länderacquisitionen geblendete Personen zu Vermehrung des Hofstaats, Marstalls, Militärs und ähnlicher Rubriken ohnfehlbar machen werden, anzuhören, sondern vielmehr die strengste Oeconomie als ersten Regierungsgrundsatz aufzustellen. S^mus werden zu erwägen die Gnade haben, daß alles Glänzende dem Nützlichen, daß selbst das anscheinend Nützliche dem eisernen Gesetz der Nothwendigkeit aufgeopfert werden muß . . . . Daß das Gesetz der Nothwendigkeit wirklich existire, zeigt nebenstehende Bilanz von Einnahme und Ausgabe, vereint mit dem Erfahrungssatz, daß eine einzige, wenn auch noch so kleine Abweichung von der strengen Ordnung immer ein ganzes Heer von Ueberschreitungen hinter sich hat . . . . Die heimfallenden Pensionen bieten übrigens einen ganz natürlichen, immer steigenden Fonds zu gemeinnützigen Anstalten für Universitäten, Schulen, Kirchen, Straßen und Kanäle, öffentliche Etablissements, Bauten etc. dar.

Wer S^mo anders rathet, würde zeigen, daß ihm entweder die ersten Elemente einer soliden Staatsadministration fremd seien, oder daß derselbe fremdartige Rücksichten der einzigen Rücksicht, die ein ehrlicher Mann haben soll, nämlich jener für das Wol des Staats vorziehe.

Abschrift Edelsheims.

---

[1] Mit einem weitern Billet vom gleichen Tage übersendet Reitzenstein «quelques-uns des points qu'il sera le plus intéressant de faire connaître à Msgr. le Prince Louis».

203. Note Reitzensteins[1].

Ettlingen, 24. Juli 1802.

[Bilanz der Einnahmen und Ausgaben in den neuen Landestheilen.]

Die Einkünfte der für das hochfürstliche Haus Baden bestimmten Entschädigungen dürften folgendermaßen anzusehen sein:

		fl.
1.	Die drei rheinpfälzischen Oberämter mit den beiden Städten wahrscheinlich	350000
2.	Der Rest des Bisthums Speier nach beinahe ganz zuverlässigen Nachrichten	180000
3.	Die domcapitularischen Einkünfte, zuverlässig	20000
4.	Die Probstei Odenheim (nach Traitteur)[2]	58000
5.	Der Rest von Straßburg, wahrscheinlich	45000
6.	Das Hanau-Lichtenbergische	45000
7.	Lahr	48000
8.	Der Rest von Basel mit den domcapitularischen Einkünften	15000
9.	Das Bisthum Konstanz	189000
10.	Die Abtei Salmannsweiler	83000
11.	„ „ Petershausen	40000
12.	„ „ Gengenbach	23000
13.	Allerheiligen	15000
14.	Ettenheimmünster	25000
15.	Schwarzach	15000
16.	Frauenalb	15000
17.	Lichtenthal	10000
18.	Die sieben Reichsstädte mit ihren Gebieten zur Herausbringung einer runden Zahl	23000
		1200000 fl.

Von dieser, dem Anschein nach so großen Summe werden aber folgende unvermeidliche Ausgaben zu bestreiten sein:

		fl.
1.	Die Zinsen der auf den acquirirenden Landen haftenden Schulden werden höchstwahrscheinlich betragen	150000
2.	Das dermalige Deficit der bisherigen Revenuen beläuft sich auf	200000
3.	Die Pensionen der Geistlichkeit in vier Bisthümern und acht Abteien mit allerwenigstens	250000
4.	Die beiden durchlauchtigsten Prinzen haben als Aequivalent zu erwarten ohngefähr	100000
		700000

---

[1] Beilage zu der vorigen Denkschrift.

[2] Th. Traitteur, der bekannte pfälzische Statistiker.

	[Uebertrag 700000]
5. Die Administration der neuen Lande wird wenigstens kosten	120000
6. An Pensionen für die zufallende unbrauchbare Civildienerschaft nur	30000
7. Die Kurfürstenwürde zieht eine vermehrte diplomatische Ausgabe nach sich von wenigstens	75000
8. Die Vermehrung des Militärs mit einem einzigen Bataillon kostet wahrscheinlich	75000
9. Ist es dringend nöthig, einen Fond d'amortissement zu errichten von wenigstens	200000
	1200000 fl.

Hierbei ist zu bemerken:

1. daß die Einnahmen zwar überall auf das sorgfältigste, aber doch nur, soweit es möglich war, sich davon Kenntniß zu verschaffen, angegeben worden;

2. daß Odenheim, dessen Acquisition doch noch nicht über allen Zweifel erhaben ist, mit der beträchtlichen Summe von $\frac{58}{m}$ fl. gezählt worden;

3. daß Lahr mit $\frac{48}{m}$ fl. gerechnet ist, man es aber dermalen noch nicht erhält;

4. daß die Einnahme von Konstanz durch unversehene Ereignisse in der Schweiz außerordentlich geschmälert werden kann;

5. daß alle vorstehenden Ausgaben unvermeidlich und aufs geringste gerechnet sind.

Copie Edelsheims.

204. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 8. Aug. 1802[1].

[Vertretung Badens bei der Reichsdeputation. Der Entschädigungsplan. Odenheim fehlt in demselben. Weitere Mängel. Verhandlungen wegen Schafheim. Länderschacher in Paris.]

|: Unterredung mit Talleyrand, der mittheilt, daß die beiden Couriere mit der vom Zaren und Bonaparte unterzeichneten Convention im Laufe des Vormittags nach München abgegangen seien, um sie den Gesandten von Rußland und Frankreich am dortigen Hofe, v. Bühler und Laforest, zur Weiterbeförderung an den Reichstag zu überbringen. Als Talleyrand sich nach der Vertretung Badens in Regensburg erkundigt, beeilt sich Reitzenstein zu versichern, der Markgraf werde, wenngleich Graf Görtz Baden dort vertrete, zweifellos bereit sein, ein Mitglied des Ministeriums eigens nach Regensburg zu den Verhandlungen zu entsenden, eine Erklärung, die Talleyrand sichtlich befriedigt: «sans doute parce qu'on croit que le ministre de Prusse serait peut-être moins docile à ce qu'on nous marque de la part de la France touchant les votes à émettre».

. . . . Quant à notre prévôté d'Odenheim, je me suis convaincu ici que nous ne sommes pas les seuls qui aient à se plaindre de confusion et

[1] Seit dem 27. Juli ist Reitzenstein wieder auf seinen Posten zurückgekehrt.

de mauvaise rédaction du projet de partage[1]. Une ville en Westphalie a été donnée en même temps au Roi de Prusse et au Stathouder, le lot du Prince de Wittgenstein n'est pas exprimé avec précision, celui de la maison d'Usingen est aussi exprimé peu clairement, enfin Mr de Pappenheim se trouve dans un embarras tout-à-fait pareil par rapport au baillage de Lorsch qui n'est pas exprimé dans son lot et qu'on prétend toutefois n'avoir été donné à personne . . . . Il a eu la franchise de me confier un autre embarras, touchant le baillage de Schafheim[2], puisqu'on lui a écrit de Darmstadt, comme c'est aussi bien exact, qu'il se trouvait dans notre lot le reste de Hanau-Lichtenberg et que nous pourrions nous en prévaloir pour prétendre contre l'intention de la France même à Schafheim . . . . Je me suis contenté de lui dire qu'effectivement on ne nous avait pas seulement adjugé le reste de Lichtenberg sur la droite du Rhin, mais qu'il aurait aussi pu lire dans l'énumération des pertes de Msgr. le Landgrave que ses indemnités lui avaient été assignées pour la perte de la *totalité* de ce comté, qu'au reste je n'avais pas été dans le cas d'en demander l'explication précise. Je sais bien que nous ne pourrons jamais soutenir une pareille prétention, mais il faudra du moins que la maison de Darmstadt en vienne à nous faire faire des représentations par le gouvernement français, et alors nous pourrons faire valoir notre prompte condescendance pour appuyer avec d'autant plus de force la demande d'Odenheim. Je me suis bien gardé de proférer seulement le mot de cette prévôté, puisqu'il y a une foule de petits intriguants ici qui sont à la piste de pareils objets oubliés pour les acheter argent comptant, il est bon donc qu'on ne soupçonne pas même cet oubli, d'autant plus que Mathieu qui sait les intentions primitives ne se trouve pas ici. Quant aux autres objets de mon appetit désordonné, Hirschhorn doit avoir été ajouté dans le temps au lot déjà assez considérable du Cte de Wartenberg et touchant Hilsbach Mr de Lucchesini m'a assuré que le lot du Prince de Linange avait été déterminé par le Premier Consul immédiatement.

---

205. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 15. August 1802.

[Rückkehr von München. Begegnung mit Mathieu. Besuch auf der Favorite. Rußlands Ratification.]

Edelsheim ist seit dem 12. d. M. von seiner Reise nach München und Regensburg zurückgekehrt[3].

[1] Durch Versehen ist im Entschädigungsplan vom 3. Juni das Ritterstift Odenheim unter den badischen Entschädigungsobjecten nicht aufgeführt worden.

[2] In der heutigen Provinz Starkenburg. Nach dem Aussterben der Hanau-Lichtenbergischen Linie (1736) war das Amt an Hessen-Darmstadt gefallen.

[3] Vergl. unten Abschnitt 3, insbesondere Edelsheims Bericht vom 3. August.

.... Mr Mathieu se trouvait sur le point de repartir d'ici où il était arrivé la veille, lorsqu'il apprit que je venais aussi d'y toucher barre; il eut la complaisance de se résoudre à différer son voyage jusqu'au lendemain; nous nous réunîmes, le Cen Massias et moi, à le persuader de venir dîner le lendemain à la Favorite. Je m'y rendis à 5 h. du matin, et ces Messieurs y arrivèrent à midi. Jamais je n'ai vu Msgr. le Margrave plus à son aise à une première connaissance, et il m'a paru qu'on partageait réciproquement une bien sincère satisfaction à cet égard. ....

Beiliegend ein Schreiben des Fürsten Kurakin an den Markgrafen, welches ein bairischer Courier von Petersburg überbracht hat[1].

Concept.

---

206. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 17. August 1802.

[Gegen provisorische militärische Besitznahme der Entschädigungslande. Note wegen Odenheim. Talleyrands Abneigung gegen Görtz; wünscht Abordnung eines eigenen Gesandten nach Regensburg. Geschenke für Talleyrand, Durant und Mathieu.]

Oesterreich wird sich, nach Reitzensteins Ansicht, sicherlich mit der Besitzergreifung der zugewiesenen Lande nicht beeilen, um nicht den anderen Reichsständen ein Beispiel zu geben. Es empfiehlt sich daher, nichts zu überhasten, sondern ruhig zu warten, bis Frankreich zu diesem Schritte aufforderе. Normann und Pappenheim sind allerdings entgegengesetzter Meinung, letzterer bemüht sich um jeden Preis, die Ermächtigung dazu zu erhalten.

Die Lage der Entschädigungsobjecte Württembergs und Darmstadts, die der Besitznahme keinerlei Schwierigkeiten bereitet, gestattet dies. Anders in Baden: die Gebiete am Bodensee können hier nur mittels eines Marsches durch fremdes Gebiet — Schweiz oder Oesterreich — besetzt werden, und dies ist bedenklich. Es frägt sich überdies, ob die Vortheile einer provisorischen militärischen Besitznahme eine solche Expedition überhaupt lohnen würden[2]. Das einzige, was man thun könne, — meint Reitzenstein, — wäre die Beschlagnahme der Gefälle und Einkünfte, welche die für Baden bestimmten geistlichen Entschädigungslande aus der Markgrafschaft beziehen.

Wegen Odenheim hat Reitzenstein nach dem Eintreffen der russischen Ratificattion, durch Schritte Normanns veranlaßt, die vermuthlich auf Zuweisung der zum Stifte gehörigen Orte Waldangelloch und Großgartach abzielten, Talleyrand eine Note[3] übergeben.

.... Le ministre m'a absolument répondu dans le même sens qu'il avait fait précédemment à Mr de Pappenheim touchant le baillage de

---

[1] Beilage fehlt. Zweifellos das Schreiben vom 6./18. Juli, welches Rußlands Zustimmung zu dem Entschädigungsplane anzeigt. Vergl. den Abschnitt über die Mission des Prinzen Ludwig nach Rußland.

[2] In einem weiteren Berichte vom 18. August weist Reitzenstein auf die kühle Aufnahme, die Pappenheim mit seinem Anliegen bei Talleyrand gefunden, hin und warnt eindrücklich aufs neue vor übereilten Schritten, «persuadé . . . qu'il sera plus honorable sous tous les rapports d'agir avec modération et que Msgr. le Margrave ne s'en conciliera que davantage l'amour et l'attachement de ses nouveaux sujets».

[3] dd. 16. August. Abschrift bei den Acten.

Lorsch, c'est à dire qu'il ne pouvait donner aucune réponse à toutes les demandes additionnelles ou partielles de cette espèce, que le plan général était maintenant présenté à la Députation, que c'était donc à Ratisbonne que l'affaire devait être définitivement consommée. . . . . Il me demanda ensuite de nouveau, si donc Msgr. le Margrave n'avait pas encore envoyé à Ratisbonne un ministre à part? . . . . Comme je sais cependant par mes communications avec mes collègues que ce n'est précisément qu'à moi qu'il a parlé sur cet objet avec tant de force, je n'ai pas eu de peine à me persuader entièrement que c'est par la seule raison qu'on ne veut pas ici de Mr de Goertz. Je crois que c'est encore Lucchesini qui lui joue ce mauvais tour, du moins on prétend savoir que Mr de Goertz aurait intrigué auprès de ses anciennes connaissances à Pétersbourg pour faire avorter la convention de Paris non seulement pour ce qui regarde les autres princes de l'Empire, mais même à l'égard de la Prusse. D'après une accusation aussi grave on craint que ce grand ami de la bulle d'or ne s'acquitte à Ratisbonne très mal de sa commission, et c'est certainement à cause de cela que Mr de Talleyrand insiste si fort, pour que Msgr. le Margrave y envoye *sur le champ et sans le moindre délai,* comme il s'est exprimé, un de ses ministres, auquel il faudra donc donner l'instruction principale de s'en tenir exclusivement à Mrs Laforest et Mathieu et de ne pas se laisser ni intimider, ni amadouer par le grand cordon jaune[1]. . . . . Il me reste encore un point à toucher: c'est celui des présents. Ayant appris que la cour de Berlin a envoyé à Mr de Talleyrand une tabatière d'environ mille louis de valeur et cent mille francs en billets de banque, je crois qu'il sera extrêmement honnête, si nous donnons exactement le même présent, ce qui nous fera, comparé avec les 150000 ₶ destinées, une économie de 20000 ₶ au moins, qui suffira pour couvrir ce qu'on nous a conseillé de donner à Mr Durant en sus de 30000 ₶ destinées originairement[2]. Mr Mathieu de son côté n'aura non plus à se plaindre, si, au lieu d'aller à l'égard de lui aussi à 150000 ₶, nous nous bornons aux 100000 dont je lui ai déjà parlé, pour avoir 50000 ₶ de reste qu'il nous faudra donner à Mr Laforest. De cette manière nous ne dépenserons pas un sol de plus. V. Exc. jugera néanmoins mieux que moi, s'il est convenable de se borner à ces présents ou d'en donner de plus magnifiques. On assure que Mr de Waitz[3] a sur lui des lettres de change jusqu'à 1000000 d'écus. . . .

---

[1] Wol eine Anspielung auf den Grafen Görtz als Inhaber des Schwarzen Adlerordens (seit 1790), der an einem Bande von dieser Farbe getragen zu werden pflegt.

[2] Diese früheren Abmachungen sind wol während Reitzensteins Aufenthalt in Karlsruhe getroffen worden; ursprünglich waren nur 4000 Louisd'or für den Zweck ausgesetzt. S. oben Nr. 110.

[3] Gesandter des Landgrafen von Hessen-Cassel.

207. Rapport fait au Premier Consul en sénat par le ministre des relations extérieures[1].

(Paris, 21. August 1802.)

[Die Entschädigung der kleineren Staaten. Bevorzugung Badens. Politische und persönliche Gründe.]

.... Le règlement des indemnités secondaires a aussi été proposé d'après des convenances générales et particulières, et on n'a rien négligé pour les établir dans une juste proportion des pertes reconnues. Il pourra cependant paraître que la maison de Bade a été plus avantagée que les autres; mais il a été jugé nécessaire de fortifier le Cercle de Souabe qui se trouve intermédiaire entre la France et les grands états germaniques et le Premier Consul s'est applaudi que dans cette circonstance la politique fût parfaitement d'accord avec la disposition du gouvernement français qui ne pouvait voir qu'avec plaisir une augmentation de puissance accordée à un Prince dont les vertus avaient obtenu depuis longtemps l'estime de l'Europe, dont les alliances avaient si honorablement distingué la famille et dont la conduite pendant tout le cours de la guerre a mérité particulièrement la bienveillance de la République. ....

Copie.

208. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 22. August 1802.

[Schreiben des Zaren. Zweifel an dem Erfolge der Mission des Prinzen Ludwig.]

Mittheilung der Antwort des Zaren an den Markgrafen[2].

|: Je ne puis pas Vous cacher mes sollicitudes sur la mission du Prince Louis. En apprenant sa prochaine arrivée à Pétersbourg, l'Empereur a dit: Eh, mon Dieu! n'en ai-je donc pas encore fait assez pour eux? que me veut-on davantage? :|

Concept.

209. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 23. August 1802.

[Bemerkungen zum Entschädigungsplan. Sustentation des Clerus. Absichten auf Odenheim und Hirschhorn. Vergleich wegen Schafheim. Baden und die öffentliche Meinung. Auseinandersetzung mit der Stadt Straßburg. Präsente.]

Befriedigung über Talleyrands Bericht an den Senat vom 3. Fructidor (oben Nr. 207).

.... La prévôté d'Odenheim ne se trouvant pas nommément comprise dans le projet des indemnités, et l'article deuxième des propositions additionnelles annexées à la déclaration portant que les biens des chapitres

[1] Bericht Talleyrands über den Entschädigungsplan, abgedruckt im Moniteur vom 4. Fruct. (22. August 1802); deutsch in Posselts Europ. Annalen, J. 1802, IV, S. 243.

[2] Vergl. unten II, Abschnitt 2.

dont il n'a pas formellement été fait emploi, doivent être appliqués à d'autres destinations spéciales[1], il sera nécessaire de se procurer à Ratisbonne des informations plus précises sur les prétentions qu'en vertu de cet article deuxième Msgr. le Margrave pourrait faire tant par rapport à l'entretien de l'Evêque de Constance et de son chapitre qui sera probablement maintenu, que touchant les pensions viagères et alimentaires du nombreux clergé qui se trouvera à notre charge dans trois autres évêchés et 8 abbayes. Ce clergé étant certainement très nombreux, et le restant des évêchés étant en partie hors de toute proposition avec cette charge — ce dont l'évêché de Bâle présente la preuve la plus frappante, en ce qu'il sera impossible de trouver dans les revenus de ses 5 pauvres villages, de quoi pouvoir suffire à l'entretien de l'Evêque et du chapitre de Bâle, — il paraît que ce serait une proposition extrêmement modérée que de se borner à la demande seule de la prévôté d'Odenheim et de renoncer à la jouissance de tout autre couvent médiat ou immédiat dont on pourrait . . . . réclamer pour cet effet l'adjudication. . . . .

J'ai vu dans le projet que les 2 baillages mayençais de Hirschhorn et Lorsch, qui composent avec ceux de Heppenheim et de Bensheim le grand-baillage de Starkenburg, ne sont assignés à personne. S'il en sera question à Ratisbonne, comme je le suppose, ne pourrait-on pas faire trouver convenable de notre part à Mrs Laforest et de Bühler, d'assigner ces 2 petits objets aux deux Princes à qui ils conviennent le plus par leur localité, savoir Hirschhorn à Msgr. le Margrave et Lorsch au Landgrave de Darmstadt?

Bezüglich der Grafschaft Hanau-Lichtenberg wird bemerkt:

Il est vrai que ce qu'on a directement eu en vue de notre part s'est borné aux deux seuls baillages de Lichtenau et de Willstaett, mais il n'en est pas moins vrai aussi de l'autre côté que le projet d'indemnité assigne précisément à la maison de Bade *tout* ce qui reste sur la rive droite du Rhin du C^té^ de Lichtenberg, sans distraction de quelqu'appertinence, et que le baillage de Schafheim en fait indubitablement partie, du propre aveu de Mr de Pappenheim. Voilà donc une question à trancher où l'on fera bien d'apporter des deux côtés un esprit de conciliation et de modération. C'est pourquoi je suis d'avis d'offrir le cas advenant à la maison de Darmstadt la cession du baillage de Schafheim dont la population se monte à 3000 âmes environ, seulement contre la cession de la part que Msgr. le Landgrave a au village de Künsbach[2], contenant 800

[1] Vergl. die Declaration der beiden Großmächte vom 16. Juli bezw. 6. Aug. d. J. im Protokoll der Regensburger a. o. Reichsdeputation. Beilagen. Bd. I, 29 ff.

[2] Gemeint ist wol Kürnbach, Bez.-Amt Bretten, über welchen Ort Baden bekanntlich heute noch mit Hessen Condominat ausübt.

âmes environ, et contre celle des possessions, droits et revenus qui appartenaient jusqu'ici aux chapitres de Mayence et de Worms dans les baillages de Heidelberg et Ladenbourg. . . . .

Da man sich vielfach aus Mißgunst über die Entschädigung Badens aufhalte, empfiehlt Reitzenstein, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen, den Dr. Posselt zu ersuchen, in seinen „Europäischen Annalen" vermöge statistischer Notizen den Nachweis zu führen, daß Baden noch auf weit reichlichere Entschädigungen Anspruch habe[1].

|: J'ai à ajouter quelques remarques secrètes à la partie ostensible de ma dépêche. 1⁰. Le 3me article des propositions additionnelles fera voir [que] ce que j'ai supposé touchant l'établissement du principe, suivant lequel les biens, appartenants aux hôpitaux et communes des deux rives du Rhin, tomberont réciproquement à la disposition des gouvernements respectifs, a été tout-à-fait fondé. Il n'est donc nullement nécessaire de se prêter à des conditions onéreuses vis-à-vis [de] la commune de Strasbourg[2], mon avis serait tout au plus qu'on ne donnât quelqu'espoir d'y accéder qu'après que le gouvernement français nous aura préalablement mis dans la possession réelle de toutes nos indemnités, y compris nommément la prévôté d'Odenheim, et qu'il nous aura en outre engagé ses bons offices pour la libre jouissance des biens suisses appartenants à l'évêché de Constance. Comme ce point tient pareillement à cœur à Mathieu, et que néanmoins il n'osera nous attaquer ouvertement, à cause de la disposition précise du projet et des intentions si prononcées en notre faveur du 1er Consul, Mr Meier aura beau jeu de lui lier les mains et de le faire efficacement concourir à l'obtention de nos vœux touchant les points exprimés en clair. 2⁰. V. Exc. croira certainement que c'est à présent le moment de faire tenir prêt à disposition les 15000 louis destinés préalablement à des présents auxquels il faudra ajouter un cadeau de la valeur de 1000 ou 1500 louis pour notre protecteur Morkow et le tiers à peu près pour Mr de Cetto.

Quant à ce qui regarde Mrs Laforest et de Bühler[3] etc., c'est naturellement hors du compte que j'ai présenté à Msgr. le Margrave. S. A. jugera également, s'il est convenable de faire une démarche quelconque pour exprimer la sensibilité du beau compliment que le 1er Consul a fait uniquement à Monseigneur dans des termes il faut en convenir bien flatteurs et d'une manière qui fera époque dans notre histoire. :|

---

[1] Ist wol unterblieben; wenigstens enthalten die „Europäischen Annalen" keinen derartigen Hinweis.

[2] Wol wegen der Einkünfte und Besitzungen zu Kehl, wo die Stadt mit Baden und Nassau früher Condominat ausgeübt.

[3] Vertreter Frankreichs und Rußlands bei der Reichsdeputation. Ueber Laforest, der seit November 1801 als französischer Gesandter in München residirt, s. Masson, Le département des affaires étr. etc., S. 407 und 464.

210. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 27. August 1802.

[Zurückweisung der Verdächtigungen von französischer Seite gegen Görtz. Wahl eines Nachfolgers für Reitzenstein.]

.... Il m'est revenu par une voie indirecte des préjugés calomnieux que quelqu'ennemi malicieux du pauvre Cte de Goertz doit avoir cherché à répandre en secret sur son compte[1]; s'ils Vous étaient peut-être parvenus en partie ou en entier, je ne suis pas en peine que Vous n'en ayez pénétré l'absurdité, non seulement parceque les anciennes relations que ce ministre pourrait avoir conservées en Russie datent d'à peu près une 20^aine d'années et ne lui sauraient donner la moindre influence actuellement, mais surtout parceque n'ayant ... nullement été informé de l'objet en question qu'après la ratification, il lui aurait fallu agir par inspiration et ensuite encore par des moyens aërostatiques pour être seulement dans la possibilité de faire des menées sourdes bien contraires déjà en elles-mêmes à ses devoirs et inadmissibles avec l'opinion du caractère d'un honnête homme dont la réputation n'a jamais été flétrie sur ce point. ....

En attendant recevez bien mes hommages et l'assurance que je ne cesse de m'occuper des recherches que Vous me recommandez à l'égard d'un successeur eventuel[2]; j'ai même présentement une lueur d'espérance d'y pouvoir réussir pour le terme que Vous m'avez fixé.

Concept.

---

211. Bonaparte an Karl Friedrich.

Paris, 11 Fruct. an 10. (29. Aug. 1802).

[Aufforderung zur Besitznahme der Entschädigungslande.]

J'ai reçu la lettre de V. A. S. du 24 juillet[3].

Elle va se trouver placée au rang qu'exigeaient l'illustration de Ses alliances et le véritable intérêt de la France. Je me félicite d'avoir trouvé cette occasion éclatante de témoigner à V. A. S. l'estime que j'ai pour Elle.

L'Autriche, la Russie[4] et la Bavière ayant chacune occupé les possessions qui leur reviennent, il me paraît instant que V. A. S. occupe les

---

[1] Vergl. oben Nr. 206.

[2] Vergl. die Einleitung.

[3] In dem betreffenden, von Reitzenstein während seines Aufenthalts in Ettlingen entworfenen Schreiben hatte der Markgraf dem Ersten Consul seinen Dank für das Friedenswerk und die seinem Hause erwiesene Gunst ausgesprochen. Abschrift.

[4] Sic! lege: Prusse. — Das Schreiben wird durch den Brigadegeneral Lauriston überbracht, der am 3. September in Karlsruhe eintrifft und vom Markgrafen auf Schloß Favorite empfangen wird. Abgedruckt in der Correspondance de Napoléon I,

pays qui Lui sont échus. S'il se présentait quelqu'obstacle, je n'oublierai rien pour le lever promptement. J'apprendrai avec plaisir que V. A. S. jouit paisiblement de Ses nouveaux états.

Je La prie etc.

Unterschrift eigenhändig.

212. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 31. August 1802.

[Cobenzl über die Convention vom 3. Juni. Oesterreichischer Entschädigungsplan und seine Aussichten. Preußens Absichten auf Altenkirchen bedenklich wegen Lahr.]

|: Die österreichische Partei ist über den Entschädigungsplan aufgebracht; Graf Ph. Cobenzl bezeichnet ihn offen als «modèle de sottise et d'ignorance dont l'unique but était de renverser de fond en comble la Constitution Germanique et que c'était comme si l'on distribuait à des enfants un panier plein de noix et d'abricots». Oesterreich hat, wie Reitzenstein erfährt, in Berlin und Petersburg einen neuen Entschädigungsplan vorgelegt, der Preußen alles gewähre, was ihm zugewiesen sei, und das Princip der totalen Säcularisation adoptire, unter der Voraussetzung jedoch, daß der Großherzog von Toskana außer seinem jetzigen Loose noch ganz Oberschwaben erhalte, wodurch Baiern gezwungen werde, die Pfalz zu behalten[1]. Wenn man in Berlin indeß vielleicht auch geneigt sei, das Project zu begünstigen, erscheint es Reitzenstein doch aussichtslos.

.... J'ai encore remarqué par quelque mots echappés maladroitement à Lucchesini qu'on protège très fortement à Berlin l'opposition de la régence d'Hannovre à la cession du C^{té} d'Altenkirchen dont il me paraît que la Prusse ne serait pas mal aise de faire l'acquisition pour elle-même[2]. On jugera certainement qu'il sera nécessaire d'informer sans délai de ce point capital notre illustrissime ambassadeur à Pétersbourg, puisque c'est de cette cession que dépend pour nous l'importante acquisition de Lahr. .... :|

213. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 1. Sept. 1802.

[Compagnie für Länderschacher unter Mathieu's Leitung in Paris. Bemühungen der Reichsritterschaft für Entschädigung.]

|: Je sais à ne pas en douter que sous l'annonce confidente d'une compagnie qui se serait formée à Paris offrant au corps équestre de solli-

---

Bd. VIII, S. 17. — Ein weiteres Schreiben, das Talleyrand gleichzeitig an Edelsheim richtet, bezeichnet die Besitznahme als «le moyen le plus sûr de parer aux difficultés et d'amener la conclusion des arrangements de l'Allemagne».

[1] Vergl. dagegen A. Beer: Zur Gesch. der österr. Politik in den Jahren 1801 und 1802. Archiv f. österr. Geschichte. 52, 518ff.

[2] Nach der Declaration der Mediationsmächte vom 16. Juli/6. August sollte Hannover auf seine Erbfolgerechte auf die Grafschaft Sayn-Altenkirchen verzichten, die Grafschaft selbst nach dem Tode des Markgrafen Karl Alexander von Ansbach an Nassau-Usingen übergehen und dann erst Baden in den Besitz der Herrschaft Lahr gelangen.

citer auprès de la Députation de l'Empire des indemnités pour les pertes . . . . sur la rive gauche du Rhin, en y employant les objets à séculariser dont on n'aurait pas encore disposé, le Cen Mathieu a contracté avec des députés de la noblesse à condition qu'elle payera à la soi-disante compagnie 12°/o de tout ce qu'elle obtiendra et 3000 fl en sus pour chaque million du total. Vous devinerez aisément le chef et les associés de cette compagnie d'après l'agent qui dirige cette négociation et qui la secondera sans doute efficacement à Ratisbonne. . . . . :|

Baron von Berstett[1] hat vor ein paar Tagen auf der Durchreise nach Regensburg, wo er die Interessen der Ritterschaft vertreten soll, in Karlsruhe verweilt und Massias um eine Empfehlung an Laforest gebeten; er führt ein genaues Verzeichniß aller noch verfügbaren Entschädigungsobjecte bei sich.

Concept.

---

214. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 3. Sept. 1802.

[Audienz bei Bonaparte. Aufforderung zur provisorischen Besitznahme der geistlichen Entschädigungslande. Lucchesini. Rathschläge wegen der Occupation. Wahrung strengster Mannszucht.]

Vor der Audienz bei Bonaparte am 2. Sept. Begegnung mit Cetto, der Reitzenstein mittheilt, man habe ihn wegen der Besetzung Passau's durch die Oesterreicher[2] am letzten Sonntag (29. Aug.) nach Malmaison zu Talleyrand berufen und ihm eröffnet, General Lauriston sei beauftragt, nach München zu gehen und den Kurfürsten des nachdrücklichsten Schutzes der französischen Regierung zu versichern; auch dem Markgrafen von Baden werde er in ähnlicher Angelegenheit ein Schreiben Bonaparte's überbringen.

. . . . Enfin dans l'audience même ce fut le 1er Consul qui devance (sic!) encore dans cette occasion comme dans bien d'autres Mr de Talleyrand, en me parlant de l'occupation et en me demandant, si nous y avions déjà procédé ou si du moins nous y procédérions actuellement. Je lui répondis qu'elle n'avait pas encore eu lieu, mais que d'après mes dernières lettres j'avais lieu de croire qu'on y allait procéder dans ce moment même. Le 1er Consul en fut satisfait, et je lui présentais alors Mr de *Rosenfels*[3] auquel j'avais heureusement conseillé, en montant, de dire au 1er Consul, en cas qu'il lui fît la demande, combien nous avions de troupes disponibles, que nous en avions 2000. Effectivement le 1er Consul lui fit cette demande et Mr de Rosenfels y répondit, comme je lui avais dit, sur quoi le 1er Consul me dit que cela lui paraissait plus que suffisant pour les occupations, mais ensuite il ajouta que par l'effet

---

[1] Auf Berstett sind zweifellos auch die obigen Mittheilungen zurückzuführen.

[2] Vergl. darüber Häusser, II, 380; Montgelas, Denkwürdigkeiten, S. 64.

[3] Karl Wilhelm v. Rosenfels, badischer Oberstlieutenant à la suite, später vorübergehend Geschäftsträger in Wien, damals zu Besuch in Paris.

des indemnisations actuelles nos forces seraient doublées et que probablement notre état militaire le serait aussi. . . . .

Am Abend wird Reitzenstein durch Talleyrand officiell über den Inhalt des Schreibens Bonaparte's informirt.

Le ministre y a ajouté sur ma demande à cet égard qu'il n'y avait même aucune difficulté à faire occuper les pays dans lesquels nous ne pouvions passer qu'à travers le territoire autrichien et que dans nos réquisitoires (sic!) pour le passage des troupes nous n'avions qu'à nous appuyer de l'exemple de l'Autriche elle-même.

Auch Lucchesini empfiehlt dringend sofortige militärische Besitzergreifung und räth, sämmtliche Abteien und Klöster nebst ihren Einkünften mit Sequester zu belegen.

. . . . D'après une invitation aussi formelle et directe je crois bien que Msgr. le Margrave ne se dispensera plus de faire procéder à l'occupation au moins de Bruchsal, Oberkirch, Ettenheim, Schliengen et l'évêché de Constance. Comme il ne faut pas faire les choses à demi, je crois qu'on fera bien de ne pas se contenter d'une stricte occupation militaire, mais de suivre en entier l'exemple de la Prusse, en faisant publier des patentes dans la même forme que les patentes prussiennes.

Comme M^r^ l'Evêque de Spire est notre plus proche voisin, je crois que Msgr. le Margrave voudra avoir l'égard pour lui de lui envoyer la lettre par un ambassadeur extraordinaire qui pourrait tirer un parti extrêmement avantageux de la lettre du 1er Consul . . . . pour faire sentir à l'Evêque que, puisque la France a jugé l'occupation à propos, il peut bien juger qu'en cas de mauvais procédé un soutien puissant est à portée de nous. . . . . Le même avertissement pourrait être donné également de bouche au Cardinal de Rohan qui en sera assez bien persuadé et qui ne demandera pas mieux que de pouvoir manger en sûreté la pension alimentaire qui lui sera assignée.

Avec ces précautions, je ne doute presque pas que la garnison de Carlsruhe ne suffise pour l'occupation d'Oberkirch et de Bruchsal. Je crois devoir y ajouter le conseil très direct que la garnison badoise de Bruchsal envoie sur le champ un détachement ne fût-ce que de 25 hommes à Odenheim. Cette prévôté étant sous la Schirm- Schutz- und Kastenvogtei de l'évêché de Spire, ce titre suffit pour nous autoriser à la comprendre dans notre occupation. . . . .

Les troupes envoyées à Oberkirch prendraient également possession par un détachement de l'abbaye d'Allerheiligen qu'on mettrait sous le séquestre complet comme ci-dessus. Je suis persuadé que, si on donne la commission civile à M^r^ le grand-baillif de Harrant dont l'oncle Mr de Lassolaye, frère du baillif à Gernsbach, est baillif à Oberkirch, il n'y aura guère d'opposition. Des commissaires de la régence et de la chambre

s'en acquitteraient sans doute avec plus de facilité encore à Schwarzach, Frauenalb et Lichtenthal. Enfin la petite garnison de Rastadt devrait, ce me semble, suffire malgré sa faiblesse à l'occupation d'Ettenheim, Ettenheimmünster et de l'abbaye de Gengenbach. Comme l'occupation de l'évêché de Constance demandera un peu plus de mesures de précaution, et que toutes les convenances exigent qu'on attende la réponse de l'Electeur Dalberg avant que d'y procéder, on aura assez de temps pour préparer par le rappel des semestriers un détachement suffisant pour cette opération ainsi que pour la prise de possession de Salmansweiler, Petershausen et Uberlingen où il ne faudra partout qu'un simulacre de troupes. Mais en même temps et, dès qu'on aura écrit à l'Electeur de Dalberg, il sera nécessaire d'envoyer une personne capable à Berne pour demander du gouvernement helvétique qu'il donne les ordres nécessaires pour recevoir convenablement et pour faciliter les opérations des commissaires que nous enverrons dans les appartenances de l'évêché de Constance, situées en Suisse, pour prendre possession des titres et revenus. . . .

Für Lauriston schlägt Reitzenstein ein Geschenk im Werthe von 500 Lsd. vor.

. . . . Il serait sans doute fort inutile de rappeler à l'attention de ceux qui seront occupés de toutes nos affaires qu'il faudra non seulement faire le meilleur choix possible des officiers qui commandent nos troupes, mais qu'il faudra même les rendre responsables sous peine de cassation de la bonne discipline des soldats, car si nos soldats se conduisent dans les pays à occuper, comme je sais positivement qu'ils se sont conduits dans les Pays-Bas, nous débuterons par nous faire mépriser des grandes puissances et abhorrer de nos nouveaux sujets. . . .

---

215. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 7. Sept. 1802.

[Vorbereitungen zur Besitznahme der Entschädigungslande, auch der Pfalz und der hessischen Aemter. Man befürchtet Schwierigkeiten von Darmstadt. Diplomat. Präsente. Bairisch-österreichische Differenzen wegen der Occupationsfrage.]

J'ai l'honneur, Mr le Baron, de Vous communiquer au pli la copie des importantes lettres dont je Vous ai prévenu dernièrement[1]. Empressé à se conformer aux avis bienveillants du Premier Consul, Msgr. le Margrave fait tout disposer pour les exécuter le plus tôt possible et comme des considérations majeures ont fait juger d'une nécessité indispensable de rendre cette mesure simultanée pour tous les objets de nos indemnités, S. A. S. vient d'inviter l'Electeur et le Landgrave à donner les ordres nécessaires, en ce qui les concerne, pour que cette prise de possession pro-

---

[1] Wol die Schreiben Bonaparte's und Talleyrands. Oben Nr. 211.

visoire se fasse du meilleur gré et sans rencontrer nulle part aucun obstacle quelconque. Dès que les réponses de ces deux proches parents seront entrées, on procèdera ultérieurement. Comme le chef de brigade Lauriston ne manquera pas de témoigner à Msgr. l'Electeur et à son ministre que le Premier Consul désapprouverait les entraves ou délais qu'on pourrait vouloir apporter à la plus prompte exécution de ce dessein, commandé par les circonstances, nous devons espérer de ne rencontrer qu'empressement, complaisance et facilités de ce coté-là, mais je Vous avoue que je ne nous crois pas aussi assurés de la part du Landgrave de Darmstadt, attendu que selon des avis particuliers il n'a fait prendre possession militaire jusqu'à présent que des objets qui forment les indemnités pour ses pertes transrhénanes, en exceptant soigneusement les objets qui lui sont destinés en compensation de la cession du C^{té} de Hanau-Lichtenberg dont il conserve encore la possession. . . .

Ce n'est au reste que par la crainte de commettre une indiscrétion, en écrivant trop souvent au Premier Consul, que S. A. S. s'est refusé la satisfaction de lui témoigner immédiatement, combien Elle est touchée des expressions de sa bienveillance et de son affection; Elle se réserve cependant de lui offrir cet hommage, lorsqu'Elle pourra l'informer du résultat des démarches mentionnées . . . .

Edelsheim beauftragt Reitzenstein, in Paris eine Dose mit der markgräflichen Namensschiffre in Brillanten zu bestellen, um sie dem General Lauriston als Zeichen der Erinnerung und Erkenntlichkeit zu übergeben.

|: Für die Dose für Lauriston werden 100 Louisd'or[1] bewilligt.

Nous réservons au reste un capital de 200 000 fl pour tous les présents etc. Quant à notre prise de possession nous espérons de recevoir encore des éclaircissements ultérieurs de Ratisbonne avant l'entrée des réponses de Munic et de Darmstadt, afin de nous décider précisément si elle portera le nom et le caractère de possession provisoire militaire ou autrement. Le ministre impérial à Munic a reçu le 2 de ce mois l'ordre de demander à l'Electeur de ne pas faire d'occupation en Souabe et de témoigner derechef le désir de sa cour d'entrer en négociation avec l'Electeur pour l'augmentation du lot du Grand-Duc. Mr de Montgelas a répondu préalablement que l'Electeur avait déjà fait prendre possession en Souabe, ce qui est exactement vrai au pied de la lettre, mais qu'est-ce qui nous pendra peut-être à l'oreille, si les vues de l'Autriche s'étendent peut-être aussi jusque sur l'évêché de Constance?[2] :|

Orig. v. Edelsheim'sches Fam.-Archiv.

---

[1] Nach dem Concept 150.

[2] Die im Original unleserlichen Schlußzeilen ergänzt nach dem Concepte im Haus- und Staatsarchive.

216. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 7. Sept. 1802.

[Vorstellungen bei Pappenheim wegen Verzögerung der Uebergabe von Willstätt und Lichtenau.]

. . . . Mr de Pappenheim . . . . a été hier chez moi; il a amené le discours sur la cession définitive des baillages de Lichtenau et de Willstätt et il a voulu mettre sur le compte de l'Electeur de Bavière le retard apporté dans cette affaire. Je ne lui ai point caché que je croyais que Msgr. le Margrave était étonné d'un pareil procédé et que, le Premier Consul ayant demandé à être instruit par S. A. S. du résultat de Ses occupations, Elle n'avait pu s'empêcher de Lui écrire qu'Elle était encore à attendre la réponse du Landgrave touchant l'occupation des deux baillages mentionnés, que c'était même à ce que je croyais par amitié personnelle pour le Landgrave que Monseigneur s'était encore entièrement abstenu de s'en plaindre. Cette petite remontrance a fait son effet. Mr de Pappenheim m'assura que les ordres en étaient déjà expédiés ou allaient l'être dans ce moment et que Msgr. le Margrave serait mis incessamment dans la possession . . . .

---

217. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 16. Sept. 1802.

[Memoire wegen Odenheim. Rasche Besitznahme mindestens der geistlichen Gebiete wünschenswerth. Beschwerden Bonaparte's über Albini. Französisch-preußischer Vertrag vom 5. September, Plan eines deutschen Neutralitätsbundes. Schreiben des Markgrafen an Talleyrand. Morkow. Absichten auf einen Theil des Amts Mosbach. Klage über das langsame Vorgehen Badens.]

En conséquence de ce que V. Exc. m'a communiqué touchant le succès des démarches de Msgr. le Prince Louis à Pétersbourg[1], je n'ai pas manqué de renouveler mes instances au sujet de la prévôté d'Odenheim par la note ci-jointe[2]. J'ai voulu la remettre hier à Mr de Talleyrand en personne, mais n'ayant trouvé ni lui, ni le chef de la division de l'Allemagne, Mr Durant, j'y retournerai aujourd'hui. V. Exc. y verra que je n'ai touché que legèrement la demande des deux baillages mayençais de Hirschhorn et Lorsch, d'un côté puisqu'on était convenu que le Prince ne demanderait directement qu'Odenheim, et d'un autre côté puisque j'ai appris qu'on interprète ici le partage de l'Electorat de Mayence de manière, que tout ce

---

[1] Edelsheim hatte am 8. Sept. Reitzenstein den Bericht des Prinzen Ludwig vom 16. August (s. den Abschnitt über dessen Mission) zum dienlichen Gebrauche mitgetheilt.

[2] d. d. 16. Sept. (29 Fruct. an X); Reitzenstein ersucht in derselben auf's neue um Zuweisung des Stiftes Odenheim, das nur als Zugehörde des Bisthums Speier zu betrachten und lediglich aus Versehen im Entschädigungsplane nicht ausdrücklich aufgeführt worden sei; Rußland sei bereit, dazu mitzuwirken.

qui ne serait pas nominativement assigné à l'Electeur ecclésiastique, aux deux maisons de Hesse et au Prince de Linange serait censé d'appartenir à la maison de Nassau-Usingen. Il m'a donc paru qu'il était plus convenable de déclarer d'avance que ces deux objets ne sont demandés qu'au cas où ils n'avaient été destinés à personne autre et que cette modération ferait d'autant mieux ressortir la justice de notre réclamation touchant Odenheim[1] . . . .

A l'égard de toutes nos occupations en général je soupire de jour en jour après la nouvelle qu'il y a été procédé. Je conçois parfaitement que la délicatesse exige d'attendre des réponses de Munic et de Darmstadt, mais pourquoi ne pas en attendant occuper du moins ce qui est sous notre main, savoir les évêchés de Spire et de Strasbourg avec les abbayes? Tous ces Messieurs ne sont parfaitement convaincus que depuis peu qu'ils n'échapperont plus à leur sort; dès lors on doit s'attendre qu'il s'appliqueront uniquement à mettre à part tout ce qu'ils pourront attrapper; conséquemment chaque heure de retard pour ainsi dire fait du tort aux finances de Msgr. le Margrave.

|: Baron Beust hat sich genöthigt gesehen, einen Courier nach Regensburg zu senden und dem Kurerzkanzler das lebhafte Mißfallen der französischen Regierung über Albini auszudrücken, «en y ajoutant qu'on savait bien que le même homme avait joué le même rôle avec succès à Rastadt, mais que le gouvernement actuel n'en serait pas la dupe et que l'Electeur devait choisir sans détour, s'il voulait être l'ami ou l'ennemi de la France[2]; qu'au premier cas il serait conservé d'après le projet, mais que dans l'autre cas on offrirait à l'Autriche qui ne demanderait pas mieux, l'archichancelariat et que le Bon de Dalberg serait l'homme du monde duquel la France se soucierait le moins».

Il vient d'être signé ici il y a peu de jours un traité des plus importants entre la France et la Prusse[3] par lequel toutes les indemnités accordées à la Bavière, nommément Passau, sont solennellement garanties à l'Electeur et en vertu duquel la Prusse doit inviter les Princes laïques de l'Empire à un Fürstenbund un peu plus solide que le premier. Mr Roux . . . a été envoyé à Berlin avec ce traité pour y pousser sa prompte ratification; jusque là la chose sera traité avec le plus grand mystère et je crois même que ni Mr de Cobenzl, ni Morkow ne s'en doutent encore. Bonaparte a dit à Lucchesini que la Bavière devait bien être de cette confédération,

---

[1] Noten ähnlichen Inhalts ergehen an Morkow und Lucchesini.

[2] Vergl. damit übereinstimmend den Bericht Beusts vom 9. Sept. bei Beaulieu-Marconnay: Karl von Dalberg, 1, 292.

[3] Der Vertrag abgedruckt bei De Clercq, Recueil des traités de la France, I, 605; über seine Entstehung vergl. die Actenstücke bei Bailleu, a. a. O. II, 106–112, über das Bundesproject selbst Bailleu, II, 110, 114. Obgleich Preußen danach, wie es scheint, sich gegen den Plan nicht ablehnend verhalten hat, ist derselbe nicht weiter verfolgt worden. Eine Einladung an den Karlsruher Hof ist nie ergangen.

puisqu'elle avait pour principal but la conservation de cet état, que le Landgrave de Cassel était sous la main de la Prusse et que pour la maison de Bade, il en répondait. C'est ce que Lucchesini m'a dit lui-même . . . . Comme on ne doute nullement de la ratification du Roi, nous devons nous attendre bientôt à une invitation amicale, à laquelle nous nous serons certainement très empressés de nous rendre. Cette confédération au reste ne doit avoir aucun caractère hostile; elle doit seulement protéger et garantir l'exécution de la convention du 4 juin et établir de fait sa sanction, ensuite elle doit maintenir la neutralité armée de l'Allemagne, en cas qu'il y eût une guerre entre la France et l'Autriche, dont le théâtre serait alors exclusivement porté en Italie. Dans le cas seul où l'Autriche s'obstinerait à vouloir conserver Passau ou à prétendre un pouce de terrain de plus pour le Grand-Duc, la Prusse doit conjointement avec la France faire marcher contre cette puissance . . . .

Reitzenstein wünscht, daß der Markgraf ein eigenhändiges[1] Dankschreiben an Talleyrand richte, in welchem er ihn ersuche, das ihm zugedachte Geschenk als Zeichen seiner Erkenntlichkeit anzunehmen.

Morkow behauptet, wegen Odenheim noch keine Instructionen zu besitzen: Il est furieux de la tournure que les affaires prennent et m'a dit avec le ton d'aigreur le plus prononcé que Mr de Normann avait fait des demandes additionnelles, sur lesquelles il avait fait un rapport à l'Empereur, mais que la décision avait été négative. Apparemment le bon ami est inconsolable que nous réussissons mieux . . . . Mr Greuhm[2] m'a fait lecture d'une lettre du Prince de Linange de Ratisbonne d'après laquelle Mathieu a dit en propres termes, que le baillage de Mosbach n'était assigné à la maison de Linange qu'éventuellement en cas que ses autres indemnités ne se montassent pas à un revenu de 400000 fl. qui lui était proprement destiné; il ne faudrait donc pas se lasser de faire représenter par Mr Meier aux ministres français à Ratisbonne, à quel point le baillage de Heidelberg était gravé des dettes et combien nous nous en trouverions dédommagés par une très petite partie du baillage de Mosbach, ne fût-ce même que la Kellerei de Hilsbach.

Les Wurtembergeois nous ont donc encore devancé dans leur prise de possession. Je crains bien que nous ne soyons encore dans cette occasion comme dans l'amnistie[3] et comme partout les derniers à nous mettre en activité.

Mr de Lucchesini aurait fort désiré que le P^ce Louis fût resté plus longtemps à Pétersbourg. Il m'a dit qu'il savait par sa correspondance

[1] Der Markgraf lehnt dieses Ansinnen ab; ein Fürst in seinem Alter, meint Edelsheim, sei doppelt entschuldigt. An Reitzenstein, 29. September.

[2] Agent des Fürsten von Leiningen.

[3] sic! lege: armistice.

qu'il avait été fort utile à l'affermissement du système prussien et qu'une vedette pareille aurait été excellente jusqu'à l'entière conclusion des affaires . . . .:|

---

218. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 18. Sept. 1802.

[Morkow und Talleyrand unterstützen die Absichten auf Odenheim. Antwort des Markgrafen auf Bonaparte's Schreiben.]

Morkow, dem Reitzenstein gleichfalls eine Note wegen Odenheim überreicht, hat zu Badens Gunsten bei der französischen Regierung intervenirt. Talleyrand hat versprochen, sofort die nöthigen Weisungen nach Regensburg abgehen zu lassen. Er scheint im übrigen es übel zu vermerken, daß der Markgraf das Schreiben Bonaparte's[1] noch nicht beantwortet. Reitzenstein mahnt dringend, das Versäumte nachzuholen.

---

219. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 21. Sept. 1802.

[Mathieu weist die leiningischen Ansprüche auf Mosbach ab.]

|: . . . . Quant au baillage de Mosbach, le Prince de Linange a écrit à Greuhm que Mathieu ne lui en laissait aucun espoir, disant qu'il y avait une convention en vertu de laquelle ce baillage devait n'être cédé par l'Electeur de Bavière qu'à la maison de Bade. Greuhm ne sait ce qu'il doit en penser . . . .:|

---

220. Karl Friedrich an Bonaparte.

Karlsruhe, 26. Sept. 1802.

[Dankschreiben. Die Besitznahme der Entschädigungslande ist erfolgt; nur Darmstadt zögert.]

Dankt für die Sendung Lauristons, dessen Aufträgen er nachzukommen sich beeilt habe[2].

. . . . Elles [scil. Vos intentions] ont été exécutées, dès que l'administration générale à Mannheim s'est trouvée autorisée par les ordres de l'Electeur à acquiescer à celle [scil. occupation provisoire] des trois baillages du Palatinat du Rhin, qui me sont dévolus, il ne s'est non plus présenté d'obstacle nulle part ailleurs et quoique l'avis des directions définitives que le Landgrave de Darmstadt aura fait donner à cette fin aux préposés de ses baillages de Lichtenau et Willstaett me manque encore jusqu'à présent, je ne doute pas que l'occupation n'en puisse avoir également lieu incessamment . . . .

Concept Edelsheims.

---

[1] Oben Nr. 211.

[2] Ein gleichzeitig an Talleyrand gerichtetes Schreiben des Markgrafen bezeichnet dessen Bericht an den Senat als «chef-d'œuvre de l'art et de l'éloquence». Als Zeichen seines Dankes schickt Karl Friedrich dem Minister sein Bild. Concept Edelsheims.

221. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 26. Sept. 1802.

[Vorsicht wegen speierischer Capitalien. Preußens Absichten auf Altenkirchen. Die Erwerbung von Lahr gefährdet.]

|: Je crois devoir ajouter à mes dernières dépêches deux observations, les observations suivantes: 1⁰ Selon une notice manuscrite que j'ai lue au Congrès de Rastadt, la chambre des finances de Bruchsal avait en 1791 un million de florins de capitaux placés en différents endroits. Je ne doute donc pas que Mr Herzog qu'on dit être nommé commissaire pour Bruchsal n'ait l'instruction de rechercher soigneusement un objet aussi important . . . . et d'empêcher à cet égard toute fraude et prévarication[1].

Ce que j'ai mandé hier[2] touchant les vues secrètes de la Prusse sur Altenkirchen . . . . m'a eté confié par Mr de Waitz. Mr de Lucchesini a dit à la vérité qu'il fallait toujours obliger la maison de Nassau à nous céder Lahr sans égard à cet équivalent que la Prusse pourrait au besoin remplacer par un autre objet. Néanmoins et malgré cette assurance, je pense qu'il faudra s'empresser d'informer Mr Meier de cette circonstance, comme j'ai déjà prié V. Exc. il y a 6 semaines, d'en donner connaissance à Msgr. le Prince Louis. Il faudrait charger Mr Meier d'en parler confidentiellement à Mathieu et de lui dire que nous espérons d'autant plus que la France opposera une résistance énergique à tout ce qui pourrait directement ou indirectement entraver la libre puissance de Lahr qu'il y avait déjà longtemps qu'on avait proposé à Mr de Gagern Altenkirchen comme équivalent de Lahr et qu'il avait accepté cette proposition sans difficulté, malgré que les prétentions de Wittgenstein n'auraient pas pu être ignorées de lui . . . .:|

222. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 29./30. Sept. 1802.

[Anweisung wegen der Geschenke. Baiern und Darmstadt bereiten in der Occupationsfrage Schwierigkeiten.]

Die Schreiben für Bonaparte und Talleyrand werden noch rechtzeitig vor dem Empfange vom 7. Oct. eintreffen. Das Bankhaus Goll in Frankfurt a. M. hat Ordre, Reitzenstein für die erforderlichen Geschenke 10000 Lsdr. anzuweisen; Talleyrand, Durant und sein Bureau sind zuerst zu berücksichtigen, Morkow und Cetto können warten.

. . . . Je crois Vous avoir déjà marqué que Monseigneur a chargé Mr le grand-chambellan Bon de Geusau de l'arrangement à régler avec Mr de Montgelas qui toutefois se fera réciproquement par des notes et, Mr Herzberg[3] accompagnant notre négociateur, je ne suis pas en peine que

[1] Vergl. den Abschnitt über Meiers Sendung nach Regensburg.

[2] Der betr. Bericht fehlt.

[3] Hofrath J. G. Herzberg. Vergl. über diese Mission Abschnitt 3.

les instructions dont il est muni ne soient exactement observées, mais cela ne diminuera en rien du tout la mauvaise volonté de Mr de Montgelas et les entraves ou les injustices qu'il nous fera éprouver. On croit nous faire une grâce inappréciable de nous céder les trois baillages du Palatinat contre les belles indemnités que l'Electeur reçoit d'un autre côté etc. — La cour de Darmstadt se conduit aussi à notre égard d'une manière presqu'inexplicable. Croiriez-Vous que, quoique l'Electeur ait permis au Landgrave tout comme à nous d'occuper provisoirement les districts qui lui sont dévolus et qu'on les ait effectivement déjà occupés, néanmoins nous ne pouvons pas au moment où je Vous écris encore obtenir une réponse définitive pour pouvoir occuper Lichtenau et Willstätt? Malgré cela Mr. de Pappenheim s'attendra peut-être aussi à un présent, lorsqu'il apprendra que Cetto en reçoive un . . . .

Folgt Auszug aus dem Berichte des Geh. Rath Meier, d. d. Regensburg, 25. Sept., die Wittgenstein'schen Ansprüche betr. S. unten Abschnitt 6.

Orig. v. Edelsheim'sches Fam.-Archiv. Copie im Haus- und St.-Archiv.

---

223. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 7. Oct. 1802.

[Einkünfte der rechtsrheinischen Pfalz. Deficit und Schuldenlast. Unregelmäßigkeiten beim Besitzübergang.]

|: . . . . Pour Vous donner en attendant un aperçu de l'état des finances dans le Palatinat dont nous avons maintenant déjà des tableaux fort exacts par nos commissaires, je me bornerai à Vous communiquer les résultats incontestables suivants:

Bei der Generallandeskasse beträgt die ganze Einnahme der diesseits rheinischen Pfalz nach Abzug der besonderen Landeskassen, woraus auch die dahingehörigen Ausgaben und Besoldungen bestritten werden, 650 000 fl., die Ausgaben jener G.-L.-K. aber 758 308 fl.; mithin zeigt sich hier ein Deficit von 108 308 fl. Hiernach betrifft verhältnißmäßig auf die drei an Baden fallenden Oberämter Heidelberg, Ladenburg und Bretten die Einnahme im ganzen 400 000 fl., die Ausgabe aber 466 651 fl., mithin ein Deficit von 66 651 fl. jährlich.

Cela fait trembler et n'en fait sentir que davantage la rigueur avec laquelle on recherche et applique tous les moyens et les principes qui peuvent favoriser une spoliation totale de tout ce qui peut être enlevé ou aliéné, quelquefois même par pure usurpation. Le total des dettes dont le Palatinat est grevé, monte à sept millions dont notre part fera passé quatre millions et M[ontgelas] a déjà prononcé sans appel que l'Electeur n'y avait à prendre aucune part . . . . :|

Orig. v. Edelsheim'sches Fam.-Archiv. Concept im Haus- und St.-Archiv.

224. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 8. Oct. 1802.

[Bestimmungen wegen der Geschenke. Die preußischen Präsente. Rückkehr zu früheren Beschlüssen.]

|: . . . . V. Exc. se rappelle certainement que j'avais proposé en premier lieu 100000 ₶ pour le ministre, autant pour Mathieu et autant pour Joseph Bonaparte; ensuite 30000 pour Durant et 12000 pour les bureaux. Elle se rappelle aussi qu'ayant consulté sur cet article un quidam [1], celui-ci me dit d'employer les 100000 ₶ destinés pour Joseph à un autre usage, en augmentant le présent pour Talleyrand jusqu'à 150000 ₶ et que ce quidam me dit là-dessus des particularités qui ne laissèrent aucun doute ni à Msgr. le Margrave, ni à V. Exc. sur la convenance de ce conseil. C'est ce qui fut décidément réglé à Ettlingen; ayant ensuite appris à mon arrivée ici que le présent du Roi de Prusse n'avait consisté qu'en 100000 ₶ en argent et une boite de 30000 ₶, j'écrivis à V. Exc. qu'il ne me paraissait pas malhonnête de rester dans les mêmes bornes . . . . Je viens d'apprendre que mes premiers renseignements avaient été erronés, puisque la boîte envoyée à Talleyrand avait la valeur de 66000 ₶ outre les 100000 ₶ en billets de banque [2] . . . . Cette information plus exacte ayant donc entièrement changé l'état des choses, j'ai cru qu'il fallait nécessairement revenir à la première décision prise à Ettlingen, et que la boite ne pouvait avoir une valeur moindre de 2000 louis . . . . :|

225. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 10. Oct. 1802.

[Finanzielle Nachtheile des Erwerbs der Neckarpfalz.]

. . . . Les renseignements que nous recevons du Palatinat deviennent de jour en jour plus désolants. La rubrique des pensions civiles et militaires monte actuellement à fl. 183443, ce qui fait à peu près la moitié de toute la recette de la caisse générale. Cette considération n'empêche cependant pas qu'à Munic on n'ait encore augmenté tout récemment plusieurs pensions du double et triple malgré les fortes représentations du commissariat général. Il en est de même relativement aux appointements des gens en place dont plusieurs ont reçu depuis notre occupation provisoire des augmentations assez considérables [3] . . . . A vue de pays il semble qu'on ne pourra guères se flatter d'entrer en jouissance avant une 30^{aine} d'années malgré l'importance des indemnités qui doivent nous tomber en partage.

v. Edelsheim'sches Fam.-Archiv.

[1] Mathieu. S. unten Nr. 227.

[2] Nach persönlicher Mittheilung des preußischen Legationsraths Roux.

[3] Ähnlich die Schenkung vom 6. Sept. an die Universität Heidelberg. Vergl. E. Winkelmann: Die Univ. Heidelberg in den letzten Jahren der pfalz-bair. Regierung. Zeitschr. f. Gesch. des Oberrheins, 36, 76.

226. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 10. Oct. 1802.

[Das Schreiben an Bonaparte hat gewirkt. Pappenheim dringt auf sofortige Abtretung von Willstätt und Lichtenau. Französische Intervention in der Schweiz. Baden verzichtet auf Schafheim. Absichten Darmstadts auf Neckarsteinach.]

. . . . Pour ce qui est de la conduite de la cour de Darmstadt, j'ai lieu de croire que le peu de mots contenus à ce sujet dans la lettre de Msgr. le Margrave au 1er Consul et le petit commentaire que j'y ai ajouté vis-à-vis Mr de Pappenheim a déjà suffi pour faire sentir à celui-ci la nécessité de changer de conduite. Il m'a dit hier, c'est à dire 24 h. après l'audience, que le retard de la réponse du Landgrave avait été fondé jusqu'ici sur le prétexte que la régence de Mannheim n'avait pas encore voulu permettre l'occupation de la partie palatine du baillage d'Umstadt . . . ., que cependant il reconnaissait lui-même que c'était un mauvais prétexte qui ne saurait être justifié; que cela n'était pas sa faute, puisque cela répugnait à ses sentiments; enfin qu'il venait d'écrire une dépêche très forte à Msgr. le Landgrave, dans laquelle il l'exhortait vivement de donner sur le champ les ordres nécessaires pour l'occupation de Lichtenau et de Willstaett . . . .

Morkow ist wüthend über Frankreichs Einmischung in die Schweizer Angelegenheiten; Reitzenstein dagegen begrüßt dieselbe im Interesse des Friedens und der Ruhe, vor allem in Schwaben, und wünscht ernstlich, daß Bonaparte Präsident der Helvet. Republik werde. Vielleicht könnte Prinz Ludwig in einem Schreiben an den Zaren einfließen lassen, daß die süddeutschen Fürsten Bonaparte's Intervention in der Schweiz als eine neue Friedensbürgschaft betrachteten, «puisque les suites de l'anarchie complète dont ce malheureux pays était désolé depuis 4 ans auraient été incalculables par l'esprit de l'insubordination qui aurait fini de gagner toute la nation et par étendre son influence surtout sur la Souabe. Cette petite contremine viendrait bien à propos pour déranger les infâmes calculs de ce misérable Morkow.»

La nouvelle que Votre Excellence trouvera à la fin de mon petit avis allemand[1] au sujet des entreprises de Mrs. de Hesse-Darmstadt sur Neckarsteinach mérite toute attention. C'est une preuve manifeste de cet esprit de chicane qu'ils nous ont déjà fait éprouver à l'occasion de l'occupation de Lichtenau et de Willstaett. Si ce que Mr de Pappenheim m'a dit l'autre jour touchant une lettre de notre Sérénissime maître à Msgr. de Landgrave est vrai, nous avons commencé par céder à l'égard de Schafheim. C'est maintenant la récompense. J'aurais bien désiré qu'on eût pu s'assurer d'une réciprocité de sentiments de la part du Landgrave . . . .

---

[1] Mit der Aufschrift: „Unmaßgebliche Bemerkungen über verschiedene in den Berichten des H. Geh. Raths Meier enthaltene Punkte". U. a. wird darin bemerkt, Hessen-Darmstadt habe neuerdings Absichten auf den Wormser Antheil an Neckarsteinach geäußert.

227. Note séparée très secrète[1].

O. D. (10. Oct. 1802).

[Verschiedene Vorschläge in der Geschenkfrage.]

Première proposition faite à Ettlingen:		Seconde proposition faite à mon retour de Str[asbourg]:	
	₶		₶
1.	100 000 pour Mr de Talleyrand.	1.	150 000 pour Mr de Talleyrand.
2.	100 000 pour J[oseph] B[onaparte].		
3.	100 000 pour Mr M[athieu].	2.	150 000 pour Mr M[athieu].[2]
4.	30 000 pour Mr Durant.	3.	50 000 pour Mr Durant.
5.	12 000 pour les bureaux.	4.	12 000 pour les bureaux.
6.	12 000 pour Mr Bacher.	5.	12 000 pour Bacher.
7.	6 000 pour son secrétaire.	6.	6 000 pour son secrétaire.
	360 000 ₶ ou 15 000 louis.		380 000 ₶.

J'ajoutai alors qu'en employant mille louis au présent à faire à Mr de Morkow, autant pour Mr de Montgelas, enfin 2 à 3000 louis pour des objets qui se présenteraient encore, la dépense totale monterait probablement à 20 000 louis, et cette somme fut trouvée de tout le monde très médiocre en égard des circonstances. Lorsque je consultai là-dessus certaine personne[3], on conseilla d'employer mieux les 100 000 ₶ sous No 2 pour augmenter de 50 000 ₶ le présent No 1 et de 20 000 ₶ celui de No 4. J'en rendis compte à mon retour à Ettlingen, en ajoutant qu'il m'avait paru très clair que l'intention avait été de faire également augmenter de 50 000 ₶ le présent No 3 . . . .

Für Laforest, dessen Ernennung zum Gesandten in Regensburg man erst später erfahren, hat man 50 000 ₶, für seinen Secretär 10000 ₶ bestimmt. Für den Fürsten Kurakin, der den Entschädigungsplan unterzeichnet, schlägt Reitzenstein ein Geschenk im Werthe von 3000 Lsdr. vor.

Alles in allem werden die Ausgaben für diese Zwecke 250 000 fl. nicht übersteigen[4].

---

228. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 15. Oct. 1802.

[Besitznahme der Grafschaft Lichtenberg. Freundliches Entgegenkommen des Kurerzkanzlers; Schwierigkeiten seitens des Bischofs von Speier.]

. . . . L'occupation du Cté de Lichtenberg s'est faite depuis avec la concurrence la plus obligeante de la part de Mr Kappler[5] qui redouble

[1] Beilage zum vorigen Berichte Reitzensteins. — [2] Vergl. v. Lang, Memoiren, 2, 53. — [3] Mathieu, mit dem Reitzenstein im Juli in Straßburg über diese Dinge conferirte. Vergl. oben Nr. 224. — [4] Nach einer endgültigen Zusammenstellung vom 24. Dec. 1802 sind im ganzen für diplomatische Präsente verausgabt worden 499889 ₶, wovon 21000 bezw. 12000 ₶ noch auf Bühler und Massias entfallen. — [5] Darmstädtischer Regierungsrath und Oberbeamter in der Grafschaft Lichtenberg. Vergl. H. Hüffer, Hessen-Darmstadt auf dem Rastadter Congresse. Westdeutsche Zeitschrift II, 167 ff.

maintenant ses attentions et prévenances sous tous les rapports. L'Electeur Archichancelier, en sa qualité d'Evêque de Constance, nous prévient aussi à tous égards en ce qui nous peut paraître désirable relativement à l'évêché occupé et il n'y a sorte d'éloges qu'il ne nous fasse dans toutes ses lettres, en nous communiquant les ordres qu'il a donnés à sa régence de mettre sous les yeux de notre commission tous les états, papiers, actes et documents qu'elle pourrait juger à propos d'inspecter dès à présent. Mr de Bruchsal[1] tient une conduite beaucoup moins conciliante, se plaignant à tout instant de quelques Vorgriffe der hochfstl. Commission, tandisque l'autre loue la loyauté et les formes amicales qu'elle apporte à toutes ses démarches.

v. Edelsheim'sches Fam.-Archiv.

229. Reitzenstein an Edelsheim[2].

Paris, 15. Oct. 1802.

[Werth des Erwerbs der Pfalz. Gereizte Auseinandersetzung darüber mit Edelsheim. Drohungen.]

Reitzenstein fühlt sich verletzt durch die wiederholten Klagen über den schlechten Gewinn, den die Erwerbung der Neckarpfalz bedeute[3].

Pour juger du mérite de l'aperçu des recettes et dépenses de la caisse générale, il faudrait que j'eusse cet aperçu sous les yeux pour voir, si une grande partie des dépenses ne provient peut-être pas tant de l'entretien des trois régiments qui étaient ordinairement en garnison à Mannheim et Heidelberg[4], que pour celui des nombreux employés et pensionnaires attachés autrefois à l'administration de tout le pays. Dans ce cas-là je ne donnerais pas six sous pour le résultat . . . .

Er habe nicht nöthig, eine Unterhandlung zu rechtfertigen, «qui procure à Msgr. le Margrave le sextuple de ses pertes, qui double les forces que le pays avait avant la guerre qui met S. A. en 1ère ligue parmi les princes en l'empire et qui enfin après plus de quatre siècles de malheurs et d'affaiblissement successif est le premier exemple dans l'histoire de Bade des avantages qu'on retire d'une politique combinée aux intérêts du pays».

Gereizte Auseinandersetzung mit Edelsheim, der ihm schon in Ettlingen Schwierigkeiten bereitet habe. Reitzenstein droht die öffentliche Meinung zum Schiedsrichter aufzurufen: «la seule récompense que je désire, c'est qu'on me permette de m'en aller».

---

[1] Bischof Wilderich von Speier.

[2] Vorliegende Depesche ist nicht an ihre Adresse gelangt; Frau von Reitzenstein hat dieselbe, durch Aeußerungen ihres Gemahls veranlaßt, die Schlimmes besorgen ließen, geöffnet und zurückgehalten. Mittheilung an Edelsheim vom 16. Oct. — Das Schreiben selbst hat sich in Reitzensteins Nachlaß gefunden.

[3] S. oben Nr. 223 und 225.

[4] Nach Notizen Edelsheims vom 14. Sept. beliefen sich die Kosten für das pfälz. Militär auf jährlich 200000 fl., an welcher Summe die Rheinpfalz selbst nur 48000 fl. gezahlt habe.

230. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 18. Oct. 1802.

[Kritik des modificirten Entschädigungsplanes. Verlust von Ostrach an Taxis. Baron Vrints. Die konstanzischen Besitzungen in der Schweiz. Intervention zu Gunsten der Universität Freiburg. Man wünscht im Breisgau Vereinigung mit Baden.]

Bemerkungen zu dem modificirten Entschädigungsplane vom 8. Oct.[1] Reitzenstein bedauert, daß man sich die Aemter Hirschhorn und Neckarsteinach habe entgehen lassen. Die Aufzählung der Abtei Reichenau und der Propstei Oehningen bedeute keinen Zuwachs, da sie seit zwei Jahrhunderten schon dem Bisthum Konstanz incorporirt seien.

. . . . L'adjudication des biens et propriétés appartenants aux établissements publics et corporations de la rive gauche du Rhin me paraît également grossir sans nécessité aux yeux du public la liste de nos indemnités, puisqu'elle est déjà une suite nécessaire de la mesure générale contenue dans le premier projet.

Der schlimmste Punkt sei die Bestimmung zu Gunsten von Taxis wegen der Herrschaft Ostrach[2]. Niemals sei in Paris davon die Rede gewesen. Man habe offenbar den Geh. Rath Meier damit überrascht, es handle sich dabei um Einkünfte von 66000 fl. Vermuthlich habe Laforest, der früher als Regierungscommissär bei der Administration der Posten in Beziehungen mit Herrn von Vrints, dem Agenten des Fürsten v. Taxis, gestanden sei, dabei die Hand im Spiele gehabt. «Vrints c'est l'homme du monde, je ne dirai pas le plus fin, mais certainement le plus souple . . . il est d'ailleurs d'une politesse qui lui gagne tous les cours, puisque je me souviens encore très bien lui avoir entendu dire à Mme Reubell du temps du Directoire qu'il enviait le sort du chien favori de Mme, puisqu'il pouvait toujours l'approcher et qu'elle répandait du bonheur sur tout ce qui l'environnait»[3].

Um wenigstens einigermaßen Ersatz für den Ausfall zu finden, habe er Talleyrand eine Note überreicht, in der er vorschlage, die dem Malteserorden überwiesenen Einkünfte der breisgauischen Stifter aus der Markgrafschaft Baden zuzuwenden.

Quant aux biens de l'évêché de Constance en Suisse, il faudra sans doute attendre le dénouement définitif des affaires dans ce pays, mais ne pourrait-on pas en attendant séquestrer les revenus des corporations de Bâle dans le grand-baillage de Lœrrach? Ce serait toujours un commencement de représailles qui amènerait plutôt des propositions raisonnables d'accommodement . . . .

|: Ein Professor der Universität Freiburg hat sich als Abgeordneter derselben bei Reitzenstein gemeldet[4] und ihn gebeten, sich dafür zu verwenden, daß die Hochschule für ihre linksrheinischen Verluste einigermaßen entschädigt werde. Da Reitzenstein darauf hinweist, daß der Breisgau dem Großherzoge von Toskana zufalle, er selbst es daher ablehnen müsse, irgendwelche Schritte zu thun, wird ihm versichert, nach zuverlässigen Nachrichten

---

[1] Vergl. Abschnitt 6.

[2] Vergl. unten Abschnitt 6.

[3] Aehnliches berichtet bekanntlich Gagern, a. a. O., I, 119, aus dem Salon der Mme Le Grand, wenn hier nicht eine Verwechslung vorliegt.

[4] Professor Hug. Ueber seine Sendung vergl. Pfister: Die finanziellen Verhältnisse der Universität Freiburg, S. 106; über die erheblichen linksrheinischen Verluste ebenda, S. 104; Schreiber, Gesch. der Universität Freiburg, III, 75.

werde Oesterreich den Breisgau gegen Ueberlassung des Bisthums Konstanz und der Abtei Salem, die mit den übrigen vorderösterreichischen Landen näher im Zusammenhange stünden, dem Markgrafen abtreten.

«Il ajouta que tout le Brisgau désirait avec la dernière impatience de ne faire qu'un seul pays avec le Margraviat de Bade, que le Duc de Modène ne pouvait pas accepter ce pays, puisque les abbayes données à l'ordre de Malte en auraient été la principale ressource et qu'il n'y avait que Msgr. le Margrave seul qui à cause de l'arrondissement pourrait en tirer parti.» Wie Reitzenstein, der wiederholt betheuert, daß er von dem ganzen Projecte nichts wisse, erfährt, wünscht die Universität die Ueberlassung einiger Zugehörden der Klöster St. Blasien, Schuttern und Thennenbach. :|

231. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 27 Vendém. an 11 (19. Oct. 1802).

[Die Rangfrage der neuen Kurfürsten. Präcedenz, zum mindesten volle Gleichberechtigung Badens.]

Edelsheim hat mit Massias wegen der Rangfrage gesprochen, er scheint selbst nicht überzeugt zu sein, daß das Recht auf Seiten des Markgrafen sei.

Je crois devoir Vous en prévenir, Citoyen Ministre, dans la persuasion où je suis qu'il est utile à la République que le Margrave ait l'égalité si non la prééminence; son droit me paraît incontestablement fondé sur les déclarations de la France et de la Russie qui seules font les titres des nouveaux Electeurs et dans lesquelles le Margrave est constamment nommé avant le Duc de Wurtemberg, il a en outre pour lui l'ancienneté de sa famille, ses droits comme succédant à l'Evêque de Constance et son attachement à la France et à la personne du Premier Consul . . . .

Paris. Archiv.

232. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 20. Oct. 1802.

[Klagen über den Verlust der Ostracher Zugehörden. Wo möglich, Remedur.]

Der Verlust der Zugehörden von Ostrach empfindlich.

Lorsque Mr Meier à Ratisbonne réclama contre cette clause auprès du C^en^ Mathieu il lui ferma la bouche, en répliquant que le Prince de La Tour était précisément dans le même cas à cet égard, comme le Margrave à l'égard d'Odenheim, qui, sans avoir été exprimé nommément, lui avait pourtant été destiné par le gouvernement français. Il est notoire que l'étendue de *l'administration actuelle* d'Ostrach a été fort accidentelle, momentanée et de pure convenance locale, mais nullement en signe de reconnaissance du prélat de Salmansweiler, qu'il regardait ces baillages comme des dépendances de celui d'Ostrach.

Mettant toute confiance dans les assurances inappréciables du Premier Consul, confirmées souvent par le ministre des relations extérieures et

même encore en dernier lieu par la mission extraordinaire du général Lauriston, «qu'il n'y aurait pas la moindre altération au lot du Margrave», il a été aisé au Bon de Vrints de nous jouer en plein par des intrigues secrètes et de fausses assertions qui ont sans doute induit les médiateurs en erreur. Néanmoins c'est maintenant, y compris Ostrach, une affaire de 36 mille florins de revenus annuels[1] que perdent nos Princes Frédéric et Louis auxquels Salmansweiler a été destiné et dont Msgr. leur père va leur céder incessamment la possession effective . . . .

Si Vous croyez qu'il y ait encore moyen de faire redresser ou du moins modifier cet article en faveur de nos Princes qui y perdent essentiellement, Msgr. le Margrave Vous en aura une bien véritable obligation . . . .

v. Edelsheim'sches Fam.-Archiv.

233. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 21. Oct. 1802.

[Reise nach Karlsruhe auf Bonaparte's Wunsch. Aufträge des ersten Consuls wegen Rußland.]

|: Je profite du retour de Mr Fischer pour annoncer à V. Exc. qu'en conformité des intentions ou plutôt des ordres du 1er Consul que Mr de Talleyrand m'a communiqués hier dans une conférence particulière, il faut que je parte d'ici pour me rendre à Carlsruhe dans une commission fort importante à la vérité, mais en même temps d'une nature extrêmement fâcheuse et épineuse. Il s'agit de mander à Msgr. le Margrave ce que le 1er Consul pense des affaires de la Russie, notamment du dernier changement ministériel[2], et les moyens qui lui paraissent les plus propres pour rendre à l'Impératrice Elisabeth une influence absolument nécessaire et pour préserver cette Princesse et l'Empereur même des dangers auxquels ils pourraient bientôt se trouver exposés. En même temps le 1er Consul désire que Msgr. le Margrave communiquât à l'Empereur les véritables projets de la France touchant la Suisse pour le rassurer entièrement sur les alarmes qu'on aurait pu tâcher de lui inspirer par analogie de ce qui s'est passé à Lyon. Le 1er Consul proteste qu'il se refusera même à toutes les sollicitations des Suisses de se mettre à la tête de leur gouvernement, qu'il ne veut que rétablir l'ordre, prévenir des révolutions sans cesse renaissantes et contribuer à l'établissement d'un gouvernement qui serait

[1] Vergl. dagegen die offenbar zu hoch gegriffenen Angaben Reitzensteins, oben Nr. 230.

[2] Im Sept. war der Frankreich freundlich gesinnte Vicekanzler Fürst Kurakin in Folge der Umtriebe der englischen Partei entlassen und durch Alexander Woronzow, den Bruder des Botschafters in London, ersetzt worden. Vergl. die Berichte Hédouville's bei Tratchevsky, a. a. O. I, 495ff., 511ff.

assez impartial entre la France et l'Autriche pour maintenir l'indépendance et la neutralité de ce pays; enfin qu'après l'établissement d'un gouvernement pareil il ne laisserait sous aucun prétexte des troupes françaises en Suisse. Je viendrai tout seul et je compte descendre à la poste à Carlsruhe . . . . :|

---

234. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 22. Oct. 1802.

[Ersucht, vor seiner Ankunft mit Baiern keinen Vergleich einzugehen.]

|: Etant très occupé aujourd'hui . . . . je me borne à exprimer à la suite de la dépêche N° 54 [vom 16. Oct.] qui vient de m'entrer mon vœu, pour qu'il ne soit fait aucun changement[1] définitif avec l'Electeur de Bavière avant mon arrivée à Carlsruhe[2] . . . . :|

---

235. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 23. Oct. 1802.

[Tröstlichere Nachrichten aus der Pfalz. Bisherige Mißwirthschaft. Bei tüchtiger Verwaltung wird sich das Land erholen trotz der Schulden. Verhalten des Münchener Hofes.]

Mittheilung einer Note, welche Geusau in der Pfälzer Schuldenangelegenheit dem Minister von Montgelas überreicht hat.

. . . . Quoique parmi les rapports susmentionnés ceux de nos commissaires à Mannheim continuent à nous fournir les preuves les plus évidentes de l'archiméchante administration de ce pays, il est cependant permis d'entrevoir par des tableaux fort exacts que l'activité du second commissaire, Mr le conseiller aulique Gaum, nous a déjà procurés, les énormes déprédations dont l'abolition aussi prompte que possible pourra infiniment avancer le rétablissement de l'ordre et des avantages réels qui en résulteront immanquablement. J'avoue que je goûterai une satisfaction inexprimable, si nous pouvons nous venger de cette manière de la méprisable conduite de Mr de Montgelas envers nous et des sarcasmes mordants que l'Electeur n'a pas cessé de lâcher contre tout le ministère du Margrave — et particulièrement contre moi, pendant le dernier séjour de Mme la Princesse héréditaire à Munic, et leur prouver qu'une cession qu'ils cherchent à couvrir de ridicule et du plus grand mépris reprendra bientôt sous la sage administration du Margrave tout l'éclat dont elle peut être susceptible. Un financier étranger, fort instruit, et qui connaît à fond la valeur intrinsèque et les moyens du Palatinat du Rhin, me fait espérer dans peu un

---

[1] sic! Zu lesen ist wol arrangement.

[2] Reitzensteins Abreise nach Karlsruhe erfolgt am 24., seine Ankunft daselbst am 29. Oct., noch am gleichen Abend trafen der Markgraf und Prinz Ludwig mit ihm bei Edelsheim zusammen, wo „bis gegen 10 Uhr politisirt" wurde.

plan achevé d'après lequel ce pays serait remis en état de se soutenir par lui-même dans 5 à 6 ans et même dans un moindre espace de temps, si on réussissait à faire participer le Haut Palatinat ainsi que de droit et de justice au payement des dettes. Il paraît qu'on reconnaît généralement l'équité de ce dernier principe à Ratisbonne, d'où nous apprenons de bonne part que dès les premières propositions de cette cession à Paris on n'a accusé le montant des dettes du Palatinat qu'à environ 3 millions de fl.[1] . . . .

v. Edelsheim'sches Fam.-Archiv.

236. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 23. Nov. 1802.

[Die Civilbesitznahme der Pfalz und der übrigen Entschädigungslande erfolgt.]

. . . . En attendant Vous serez heureusement arrivé à Paris[2] et Vous aurez déjà appris que le terme pour les prises de possession a été avancé de 8 jours par la dernière note des ministres médiateurs à Ratisbonne. En conséquence nous effectuons la nôtre *partout* où nos instructions à ce sujet ont pu arriver à temps *aujourd'hui*; ce qu'il y a de plus remarquable peut-être à cet égard, c'est que précisément le pays où nous nous sommes attendus aux plus grandes entraves est cependant celui où cette prise de possession civile aura précédé toutes les autres. Après des mesures réciproquement fort orageuses et des explications assez désagréables, notre commission à Mannheim est pourtant parvenue encore hier au soir à convenir à l'amiable avec les plénipotentiaires de l'Electeur à Mannheim, Mrs de Rumford et de Reibeld, qu'aujourd'hui à onze heures précises les bourgeois et tous les serviteurs seraient dégagés de leur serment et hommage et qu'à midi précis la transaction des trois baillages et villes principales à la maison de Bade serait solennellement faite . . . . Cela n'a pourtant pas empêché qu'on ait encore employé jusqu'au dernier moment toutes sortes de moyens pour entraver cette cession . . . .

v. Edelsheim'sches Fam.-Archiv.

237. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 26. Nov. 1802.

[Prinz Ludwig nach Paris. Briefwechsel des Markgrafen mit dem Kurfürsten von Baiern. Karl Friedrich giebt nach.]

Prinz Ludwig, der am Abend nach Paris abgeht, wird über die Lage der Dinge näheres berichten.

. . . . En outre j'ai l'honneur de Vous communiquer la lettre authentique que l'Electeur a adressée au Margrave relativement aux difficultés qui

[1] Das vorliegende Schreiben ist zweifellos durch die Mittheilungen der Frau von Reitzenstein (S. 205, Anm. 2) veranlaßt und bestimmt, ihren Gemahl zu beruhigen.

[2] Reitzenstein trifft am 22. Nov. wieder in Paris ein.

se sont élevées à Mannheim et la réponse fort complaisante que notre S[me] maître a expressément ordonné qui [sic!] y fût faite[1], ne voulant pas que les choses dussent être poussées plus loin. Msgr. le Prince Louis Vous dira tous les détails ultérieurs . . . .

Concept.

---

238. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 26. Nov. 1802.

[Die Comitialstimmen von Speier und Straßburg. Verhandlungen mit der Schweiz wegen der Konstanzer Gefälle.]

|: Rücksprache mit Talleyrand, die Uebertragung der Stimmen von Speier und Straßburg betreffend; der Minister ist damit völlig einverstanden und empfiehlt nur, möglichst bald geeignete Schritte in Regensburg zu thun[2].

. . . . Quant à l'échange des possessions constançoises en Suisse, quelques membres de la Consulte helvétique m'en ont déjà parlé, et le ministre Talleyrand m'a également promis la médiation du gouvernement français à cet égard. Il serait peut-être bon que l'on m'envoyât des pleinspouvoirs en forme d'entamer et de conclure cette négociation, mais pour que je puisse y voir un peu plus clair, il sera nécessaire de m'envoyer des renseignements exacts sur la nature, la valeur et les charges de toutes les possessions . . . . Notre commission à Meersburg n'aura pas de peine à se procurer ces renseignements; en outre je crois que, puisque le 1[er] décembre est arrivé et que l'intérieur de la Suisse n'est plus troublé, il faudra sans délai s'adresser derechef au Sénat de Berne et le prévenir que, puisque le principal motif allégué par lui pour différer notre prise de possession n'existait heureusement plus et que la déclaration de la France et de la Russie, en accordant à la Suisse la faculté de racheter les possessions étrangères[3], les confirmait précisément, jusqu'à ce que le rachat fût effectué, Msgr. le Margrave ne pouvait plus se dispenser d'exercer provisoirement les droits de l'Evêque de Constance dans lesquels il était succédé . . . . :|

---

239. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 27. Nov. 1802.

[Beschleunigung der Finalredaction des Deputationsrecesses. Mecklenburg und Darmstadt bemühen sich um die Kur; Frankreich abgeneigt. Bedenken in Karlsruhe wegen der Kur.]

|: On commence à présumer de toute part qu'on pressera avec la plus grande vivacité la rédaction finale du recès de la Députation et sa présentation à la Diète de l'Empire, pour qu'il n'y manque rien que la

---

[1] Vergl. den Abschnitt 3.

[2] Ein entsprechender Antrag war dort bereits gestellt. S. Meiers Note vom 25. Nov. in dem Abschnitte über Meiers Sendung nach Regensburg.

[3] § 29 der Declaration vom 23. November.

ratification impériale contre laquelle serait ensuite échangée l'augmentation du lot du Grand-Duc .... La cour de Vienne a déclaré qu'elle regardait le bonnet électoral comme une partie considérable de l'augmentation qu'elle demande .... Nous aurons donc certainement dix Electeurs. Quant à le onzième, la Russie a renouvelé derechef ses instances pour le procurer au Duc de Mecklembourg-Schwerin[1], et j'ai appris par Mr de Talleyrand lui-même que ce Prince, loin derefuser, comme Mr Brauer a voulu me l'assurer à Carlsruhe, cette dignité, l'a vivement négociée à Pétersbourg et que ce n'est que le gouvernement français qui l'a refusée. La cour de Berlin se porte à présent aussi pour le Duc de Meckelbourg, et il paraît que toutes les sollicitations du Landgrave de Darmstadt, pour parvenir encore à cette occasion à la dignité électorale, ont été infructueuses ce dont il m'a marqué le plus vif ressentiment. D'après cela il paraît qu'il n'y a que quelques Messieurs à Carlsruhe dont la sagacité se refuse de pénétrer les avantages d'une telle promotion. :|

---

240. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 30. Nov. 1802.

[Annäherung zwischen Wien und Petersburg. Gefahr eines Systemwechsels in Rußland; Folgen für Baden. Abreise des Prinzen Ludwig dringlich.]

|: .... Quant à Msgr. le Prince Louis, je l'attends avec la plus grande impatience, l'ayant déjà annoncé à Mr de Talleyrand d'après ce qui était convenu à l'époque de mon départ de Carlsruhe. La situation des affaires est telle qu'il ne saurait arriver trop tôt, puisqu'on assure que la cour de Vienne gagne tous les jours davantage à St Pétersbourg. Il est par conséquent de la plus haute importance de s'assurer des idées personnelles du 1er Consul relativement à la Russie et des impressions qu'un changement total de politique en Russie pouvait [sic!] laisser dans son esprit à notre égard. J'espère cependant que Msgr. le Prince aura lui-même assez bien jugé la nécessité de ne pas trop retarder ce qui est une fois résolu .... :|

---

241. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 2. December 1802.

[Civilbesitznahme der Pfalz. General Rumford. Vollmacht zu einem Abkommen mit der Schweiz. Verhandlungen zwischen Stuttgart und Wien wegen Kaufs der unteren Grafschaft Hohenberg. Keine Aussicht auf Zuweisung der Einkünfte der breisgauischen Stifter.]

Die Civilbesitznahme der Rheinpfalz ist ohne Störung am 23. Nov. erfolgt.[2]

On a donc pu se dispenser d'y employer des moyens extraordinaires; je ne disconviendrai pas cependant que le général Rumford ne paraisse

---

[1] Vergl. Tratchevsky, a. a. O. I, 473.

[2] Vergl. v. Feder, Gesch. der Stadt Mannheim, II, 8ff.

fort piqué maintenant de s'être laissé pour ainsi dire escamoter cette prise de possession civile à Mannheim avant avoir réglé, comme le portaient ses instructions, les contestations qui restent à discuter encore entre nos commissaires respectifs . . . .

Geusau und Herzberg sind am 1. Dec. nach Mannheim abgereist, Edelsheim hofft aber wenig auf Erfolg, wenn nicht das Erscheinen des Markgrafen vielleicht den General Rumford günstiger stimme[1].

Quant aux indications préalables que Vous trouverez aussi dans ces extraits[2] relativement aux possessions constançoises en Suisse, Monseigneur pense que personne ne sera mieux à portée que Vous, Monsieur, d'entamer et de conclure sous la protection du gouvernement français une négociation favorable sur cet objet avec les membres de la Consulte helvétique à Paris. En conséquence S. A. S. Vous fait expédier des pleinspouvoirs en forme à cet effet[3] et on a donné dès aujourd'hui les directions nécessaires à notre commission à Meersburg pour Vous fournir . . . . les renseignements les plus exacts qu'elle pourra se procurer . . . .

|: Il nous est revenu d'assez bonne part relativement aux vues qu'on a supposées au Duc de W[urtemberg] pendant Votre séjour ici que, quoiqu'il n'y ait pas d'indice d'aucune démarche précise de sa part pour l'acquisition du Brisgau et de l'Ortenau, il n'est pourtant pas douteux qu'il a fait proposer à la cour de V[ienne] d'acheter le bas comté de Hohenberg, partie en quittances de fournitures, partie en argent comptant; de plus il s'est montré disposé à entrer en négociation pour toutes les parties des possessions autrichiennes en Souabe qui avoisinent plus ou moins ses états. Il n'y a pas de doute non plus que le Roi d'Angleterre devait fournir les fonds pour cette acquisition à compte de la dot de la Duchesse, de manière que le montant du prix dont on conviendrait devait être défalqué de la dette que la cour de Vienne a contractée en Angleterre. On doit avoir répondu à Vienne que, si S. M. l'Empereur et Roi faisait quelqu'emploi d'une partie de Ses possessions en Souabe, Elle ne serait pas contraire à s'entendre avec le Duc sur l'aliénation du reste; mais que dans le cas contraire, Elle ne comptait jamais démembrer la Souabe autrichienne. Voilà l'état présent des choses, mais on ne peut jamais répondre de ce qui sera à l'ordre du jour demain. Agissant comme l'est le Duc, il voudra peut-être profiter des bonnes dispositions du Roi, son beau-père, et l'Archi-

---

[1] Vergl. Abschnitt 3.

[2] Auszüge aus Berichten des Geh. Rath Meier.

[3] Die Vollmacht liegt im Original vor; Reitzenstein wird ermächtigt zu einer Uebereinkunft mit der helvetischen Republik «relativement aux possessions helvétiques dans nos états et ceux qui nous reviennent en Suisse, . . . sauf de réclamer en cas de besoin la protection et médiation de l'illustrissime Premier Consul». d. d. 2. Dec. 1802. Aehnliche Vollmacht ertheilen die beiden Prinzen.

duc Ferdinand, grand calculateur et financier, comme feu l'Empereur, son père, ... aime trop l'argent qu'on peut mettre à intérêts, pour ne pas le préférer à des possessions dont il paraît se défier beaucoup pour l'avenir.

Den Nachrichten aus Regensburg zufolge ist an eine Ueberweisung der dem Malteserorden zugedachten Einkünfte der breisgauischen Stifter nicht zu denken[1]; der Markgraf hat daher darauf verzichtet, in seinem Schreiben an den Zaren[2] dieses Wunsches zu gedenken. :|

Concept.

242. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 25. Dec. 1802.

[Die Sustentation der Bischöfe von Speier, Konstanz, Straßburg und Basel. Conflict mit Speier. Kurzsichtige Klagen in Karlsruhe über die Geldopfer. Persönliches.]

. . . . J'ai l'honneur de Vous prévenir aussi que Msgr. le Margrave a fait au Prince Evêque de Spire l'offre d'une rente de quarante quatre mille florins, ce qui fait environ la moitié du revenu net que le Margrave pourra tirer de la principauté de Bruchsal, après que les fraix de l'administration, les pensions etc. en auront été déduits, mais ce modeste et pieux Evêque ne demande que 24 000 florins de pension viagère, à condition toutefois qu'on lui laisse la libre jouissance, même une sorte de disposition, d'un million de florins des capitaux épargnés par ses prédécesseurs dont il croit dans sa profonde sagesse qu'on ne saurait en bonne conscience pas lui refuser la possession sans la plus criante injustice[3]. Il vient de borner depuis sa prétention aux dits capitaux à la somme de 500 000 fl., mais voulant s'en rapporter uniquement à une interprétation authentique de la Députation et du Chef de l'Empire sur cet important objet, il a dépêché son fameux Joachim[4] à Ratisbonne et à Vienne et veut attendre maintenant avec une résignation chrétienne cette décision. En attendant les ministres médiateurs et M[r] d'Albini ainsi que quelques autres, auxquels le C[te] de Gœrtz a fait part de ces prétentions déraisonnables et déplacées, blâment hautement l'Evêque et trouvent la proposition qui lui a été faite fort acceptable et même généreuse, comparativement à ce qui a été fixé aux Evêques de Hildesheim, de Paderborn et de Fulde dont les revenus étaient en partie le triple de ceux de l'Evêque de Bruchsal.

L'Electeur Archichancelier a fait exprimer avec franchise par Mr. d'Albini qu'il s'attendait relativement à l'évêché de Constance au minimum

---

[1] Vergl. oben Nr. 230 und Meiers Bericht vom 30. Nov., Abschnitt 6.

[2] Vom 26. Nov. S. den Abschnitt über die Mission des Prinzen Ludwig nach Petersburg.

[3] Ueber diese Verhandlungen mit dem Bischofe von Speier vergl. das Geh. Rathsprotokoll vom 26. Aug. d. J. Abschnitt 6.

[4] Speirischer Geh. Rath und Leiter der bischöflichen Politik.

de 20000 florins[1], et Msgr. le Margrave y a déjà acquiescé avec l'empressement que lui inspire la loyauté des procédés de ce Prince dans tout ce qui a pu concerner la résignation de son évêché. Il nous reste ensuite encore le Cardinal de Rohan et l'Evêque de Bâle à pensionner, mais en leur laissant même en entier le revenu net de ces restes d'évêchés, il n'auront — surtout le dernier — pas de quoi vivre . . . .

|: Je Vous épargnerai, Monsieur, le détail de tout ce que je suis obligé d'endurer, chaque fois qu'il est question de quelque nouveau déboursé relativement à l'affaire des indemnisations; peu s'en faut qu'on ne me reproche à moi, je ne sais pas trop avec quel fondement, la générosité trouvée presque scandaleuse des ministres médiateurs de la Députation de l'Empire envers les Princes ecclésiastiques qu'on aurait, dit-on, tout aussi bien pu laisser en place, si on ne voulait pas les mettre plus mal qu'ils ne seront. L'avenir et les héritages successifs ne sont absolument comptés pour rien; nous voudrions jouir du présent, et sous ce rapport on se persuade que notre satisfaction ne saurait nullement paraître complète ou suffisante. Il ne me reste plus rien à répondre à ce refrain journalier; tout ce qu'il y a de raisonnable à dire a été épuisé maintefois et devient dorénavant fort inutile; il n'en sera ni plus ni moins, jusqu'à ce qu'on pourra faire chanter les vigiles des trépassés pour une bonne moitié au moins de ces saints usufruitiers dont on trouve l'existence et la conservation fort inutiles.

Wenn Reitzenstein sich gekränkt fühle[2] und seine Abberufung dringend wünsche, habe auch er alle Ursache, an seinen eigenen Rücktritt zu denken, da er nach 43jähriger diplomatischer Thätigkeit täglich neue Erfahrungen mache «de toute l'ingratitude dont cette carrière est susceptible sous plusieurs rapports». Nichtsdestoweniger werde er, solange er auf seinem Posten stehe, den wichtigen Diensten, die Reitzenstein geleistet, und die der Markgraf auch jetzt wieder vollkommen anerkenne, stets gerecht werden. :|

Orig. v. Edelsheim'sches Fam.-Archiv; Concept, d. d. 24. Dec., im Karlsruher Staats-Archiv.

---

243. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 29. Dec. 1802.

[Prinz Ludwig zurück. Dank gegen Reitzenstein. Ernennung neuer Commissäre für die Mannheimer Verhandlungen. Verbleib der Sammlungen in Mannheim.]

Prinz Ludwig ist am 28. Dec. wieder in Karlsruhe eingetroffen; seine Mission ist geglückt, der Markgraf hat seine lebhafte Anerkennung über die wichtigen Dienste, die Reitzenstein dabei geleistet, ausgesprochen. Dank für die interessanten Eröffnungen.

General Rumford ist abberufen und durch den Geh. Rath v. Lamezan ersetzt worden; andererseits hat der Markgraf an Stelle Geusau's den Vicepräsidenten v. Wrede ernannt und beauftragt, die Mannheimer Verhandlungen zu Ende zu führen.

---

[1] Vergl. v. Beaulieu-Marconnay, Karl v. Dalberg, I, 308.

[2] Vergl. Reitzensteins Bemerkungen am Schlusse der Depesche vom 23. December, Abschnitt 4.

.... En attendant notre commission, d'après les avis qui lui ont été communiqués d'ici successivement, se propose de ne rien laisser emporter et suivant les insinuations peut-être gratuites de Mr. de Rumford il serait à présumer que l'Electeur se proposerait de laisser les cabinets à Mannheim à quelques peu de pièces près qu'il voudrait se réserver, afin qu'il fût dit qu'il eût dépendu de lui d'en conserver davantage. On parle vaguement aussi d'une proposition de nous remettre 3000 hommes de troupes palatines que S. A. Electorale ne pouvait ni ne voulait pas garder[1] .... Les tapisseries et glaces doivent rester au château, cependant on prétend qu'on continue à empaqueter clandestinement des bustes et des livres. Tout cela doit être bientôt décidé maintenant ....

v. Edelsheim'sches Fam.-Archiv.

---

244. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 31. Dec. 1802.

[Die Pfälzer Schuldenfrage. Reclamationen der Mannheimer Akademie wegen der Sammlungen. Bemerkungen über den Unterhalt der Bischöfe. Note wegen der Stimmen von Bruchsal und Ettenheim.]

Empfang der Depesche vom 25. d. M. Bezüglich der Vertheilung der Pfälzer Schulden und Pensionen[2] empfiehlt Reitzenstein Zusammengehen mit den Darmstädtischen Bevollmächtigten, «puisqu'on peut être assuré que ceux-ci n'iront pas trop loin dans leur condescendance envers Msgr. l'Electeur». Wegen des Verbleibs der Sammlungen in Mannheim habe Prof. Medicus sich neuerdings an ihn gewendet und gleichzeitig die Fürsprache des Tribunen Koch nachgesucht. Die ganze Angelegenheit scheine gründlich verwirrt: ohne Mittheilung sämmtlicher Actenstücke könne er daher in der Sache keine weiteren Schritte thun.

Die Pension für den Bischof von Speier findet Reitzenstein reichlich bemessen; im übrigen scheine der Bischof beträchtliche Capitalien auf die Seite geschafft zu haben, denn er habe, wie verlaute, in Frankfurt das Rothe Haus um 20000 Lsdr. gekauft. Man möge dem Sachverhalte nachforschen.

Pour ce qui regarde l'Evêque de Bâle, sa sustentation ne nous tombera pas à charge, puisqu'elle doit être ainsi que celle de l'Evêque de Liège être repartie sur la masse totale des indemnités. Quant au Cardinal de Rohan, on prétend que sa santé est si dérangée qu'on pourra être généreux envers lui sans trop incommoder nos finances.

Enfin puisque M^r le Cte de Gœrtz mande que c'est surtout de Paris qu'on attend encore des instructions concernant les droits de suffrage à

---

[1] Mittels Note vom 3. Januar 1803 erklärte die badische Ausgleichcommission dem bairischen Bevollmächtigten, der Markgraf sei bereit, 1000 Mann Infanterie nebst einer Schwadron Cavallerie zu übernehmen, zu mehr könne und werde er sich nicht verstehen. Der Vorschlag wurde angenommen; etwa 1150 Mann pfälzischer Truppen traten in Folge dessen in badische Dienste. Vergl. die näheren Ausführungen im badischen Militäralmanach, J. 1861, S. 78—87.

[2] Vergl. Abschnitt 3.

la Diète, je m'occuperai sur le champ d'une note par rapport aux suffrages de Bruchsal et Ettenheim que je présenterai lundi prochain au ministre des relations extérieures . . . .

245. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 5. Jan. 1803.

[Die Pariser Convention vom 26. Dec. 1802. Widerstand Oesterreichs gegen Uebertragung der Stimmen von Bruchsal und Ettenheim. Verwendung für den König von Sardinien in Petersburg bedenklich.]

|: Reitzenstein berichtet über die Pariser Convention vom 26. Dec. v. J.

Tout ce que Mr de Cobenzl s'est encore réservé, c'est d'admettre dans la Diète de l'Empire plusieurs princes ecclésiastiques pour égaliser les suffrages catholiques et protestants.

Quant à ceux que nous demandons pour Spire et Strasbourg, j'ai remis une note au ministre qui m'a dit que l'Autriche se donnait toutes les peines imaginables pour nous en dépouiller, mais que le gouvernement français y était attentif et que la conservation de ces deux suffrages serait insérée dans les prochaines instructions des ministres français à Ratisbonne . . . . On assure en même temps que le Roi de Sardaigne, ou plutôt les personnes qui l'entourent et qui lui ont déjà fait perdre sa couronne, lui ont fait faire de nouveau de si terribles faux-pas que Bonaparte ne veut plus entendre parler d'une indemnité quelconque. Ceci est de la dernière importance pour nous, puisque si notre courrier pour Pétersbourg n'est point encore parti, il faudra retrancher de la lettre à l'Impératrice ce qui aurait été relatif à ce malheureux Roi[1], et que dans le cas contraire il faudrait se rétracter sur cet article. Peut-être que ce qui était destiné au Roi de Sardaigne sera-t-il donné au Duc de Modène. On me dit de toute part que le 1er Consul veut encore agrandir notre Sme maître et Mr de Pappenheim paraît y compter si fort qu'il se remue déjà autant que possible pour attrapper dans ce cas la partie du Palatinat sur la droite du Neckar. J'aurai demain une conférence préliminaire avec deux députés suisses . . . . :|

246. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 6. Jan. 1803.

[Schreiben der Erbprinzessin an Kaiserin Elisabeth. Früheres Anerbieten des Zaren betr. des Breisgaus. Vermittelung Bonaparte's in der Pfälzer Angelegenheit. Erfolglosigkeit der Beschwerden des Bischofs von Speier.]

|: Mme la Princesse héréditaire écrit aujourd'hui ou demain au plus tard à Pétersbourg conformément aux indications que Vous lui avez en-

[1] Vergl. Abschnitt 2. Ueber die Verhandlungen wegen Sardinien vergl. die Actenstücke bei Tratchevsky, I, 582 ff.; 608 ff.

voyées par le Prince Louis[1]. Le Margrave lui a donné par écrit une promesse très précise qu'en cas de réussite, il lui augmentera annuellement son revenu de 20000 fl. affectés sur l'augmentation d'indemnités dont il est question et du moment qu'il en pourra prendre possession. Mme la Princesse croit elle-même que cet engagement fera un effet d'autant plus efficace en Russie, que peu après la mort de feu le Prince héréditaire on doit lui avoir proposé de vouloir s'intéresser, partout où il appartenait, à lui faire avoir pour elle-même le Brisgau sous la condition qu'après sa mort il serait annexé aux états de son fils. La Princesse n'appréciant apparemment pas dans les premiers temps de sa grande douleur tout l'avantage qui reviendrait de cette acquisition à sa maison, a décliné entièrement les insinuations qui lui ont été faites alors et n'en a même pas fait la moindre confidence à personne, jusqu'au moment où il vient d'être de nouveau question de cet objet . . . . Pourvu que maintenant ce ne soit pas trop tard! . . . .

Vorschläge betr. der zu vertheilenden diplomatischen Präsente. :|

J'ai eu l'honneur, M^r^ le B^on^, de Vous informer avant-hier de quelques détails sur nos affaires interminables du Palatinat. Monseigneur est bien persuadé qu'elles ne finiront jamais sans la bienveillante intervention du 1er Consul; S. A. m'a ordonné en conséquence de Vous supplier itérativement de Vous y intéresser avec le zèle et le dévouement qu'Elle Vous connaît, Monsieur, pour tout ce qui peut La concerner. Elle pense que, si on soutient gratuitement à Munic que le don fait à l'académie n'a été que simulé, qu'en ce cas le gouvernement français qui ne s'est désisté alors du dessein d'enlever les objets de Mannheim, que parce qu'on les avait déclarés appartenir à l'académie, aurait maintenant parfaitement le droit de les revendiquer et de les laisser peut-être ensuite par un nouvel acte de générosité à cette malheureuse académie . . . .

La mauvaise réussite des tentatives de l'Evêque de Spire à Vienne et à Ratisbonne le tient maintenant dans un très grand embarras, ne sachant comment faire pour nous persuader qu'il n'a jamais eu l'intention de s'adresser à la Députation de l'Empire ou à l'Empereur ce qu'il avait pourtant dit et écrit auparavant. Son Mr Joachim fait maintenant semblant d'avoir toujours conseillé la plus grande modération et néanmoins il fait encore des prétentions fort exagérées auxquelles Monseigneur est bien décidé à ne pas se prêter . . . .

Concept.

247. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 13. Jan. 1803.

[Neues Schreiben der Erbprinzessin an Kaiserin Elisabeth. Klage über die lästigen Zumuthungen. Verwendung des Markgrafen zu Gunsten von Massias.]

|: Mme la Princesse a écrit dès aujourd'hui pour rétracter ce qu'elle a mandé par le dernier courrier extraordinaire à l'Impératrice Elisabeth

[1] Vergl. Abschnitt 4.

relativement au Roi de Sardaigne[1]. Mais je ne puis pas Vous dissimuler qu'elle m'a témoigné d'être vivement affectée des démarches successives qu'on lui avait fait faire depuis quelque temps en Russie, qui finiront selon son opinion par l'y rendre parfaitement ridicule et incapable de jamais y rendre aucun service salutaire dans la suite . . . . :|

Massias, der befürchtet, seine Stellung möchte einem andern Diplomaten übertragen werden, hat durch den Prinzen Ludwig den Markgrafen ersucht, sich bei Bonaparte für sein Verbleiben zu verwenden. Der Markgraf würde ihm gerne den Gefallen erweisen, wünscht aber, da er sich in Paris nicht compromittiren möchte, erst Reitzensteins Ansicht zu hören.

Concept.

248. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 14. Jan. 1803.

[Verhandlungen mit der Schweiz. Stockars Bemühungen in Regensburg. Widerstand Oesterreichs gegen die badische Kur.]

|: Bitte um Anweisung der für das russische Botschaftspersonal bestimmten Gelder.

Le second point c'est que je crois m'apercevoir par le langage et par les négociations des Suisses qu'ils n'ont que très peu d'envie de négocier ici les affaires que nous avons avec eux, que leur but est de gagner du temps et que surtout ils se flattent beaucoup que Mr de Stockar réussira à Ratisbonne auprès des ministres français à faire encore changer dans le recès définitif l'article qui nous adjuge l'évêché de Constance, de manière que la République helvétique soit autorisée à s'en saisir pour la fondation d'un évêché particulier. Il n'y a donc pas un moment à perdre pour fixer sur ce point l'attention de Mr de Gœrtz ou de Mr le conseiller intime Meier. Je ne sais, si ce dernier reste maintenant à Carlsruhe ou il est retourné à Ratisbonne . . . .

Mr Stockar pourra fort aisément travailler à Ratisbonne à notre détriment, s'il est le seul qui parle dans cette affaire et, comme Mathieu est absolument le seul qui puisse faire de la besogne et qu'au contraire Talleyrand et Durant n'ont ni les connaissances, ni la solidité nécessaires pour le travail, il s'ensuit que je ne puis pas remédier d'ici aux opérations de Stockar à Ratisbonne. On est accoutumé ici à regarder de pareils objets comme des accessoires de peu d'importance. . . . . J'ai appris que la cour de Vienne avait encore formé une seule demande pour accéder ensuite aux opérations de la Députation, cette demande était de rayer du nombre des nouveaux Electeurs Bade et Hesse-Cassel pour les suppléer par Toscane et le Grand-maître Teutonique, à la quelle proposition on a répondu avec véhémence et indignation. . . . . :|

[1] Vergl. oben Nr. 245.

249. Groos an Edelsheim.

Paris, 21. Januar 1803.

[Verwendung des Markgrafen für Massias bedenklich. Gerüchte, die Besetzung der französischen Gesandtschaft in Karlsruhe betreffend.]

|: Mr de Reitzenstein[1] s'étonne, comment Mr Massias a pu concevoir l'idée d'engager Msgr. le Margrave de solliciter auprès du 1er Consul sa conservation à Carlsruhe et son élévation au rang de ministre plénipotentiaire, tandis que ce serait précisément le moyen le plus propre de desservir Mr Massias auprès de son gouvernement. . . . .

Als Rivalen, meint Reitzenstein, könnten für Massias nur in Betracht kommen: Herr v. Beauharnais, ein Schwager von Josefine Bonaparte[2], und Grouvelle, der frühere Gesandte in Kopenhagen, der sich schon um den Karlsruher Posten beworben habe.

Il serait donc d'avis que Msgr. le Margrave fît savoir à Mr Massias qu'après avoir entendu Mr de Reitzenstein sur cette affaire, il lui avait fait enjoindre de saisir la première occasion, s'il s'en présentait, pour rendre justice à la satisfaction que S. A. éprouvait de la manière à se conduire de Mr Massias, mais que d'après la connaisance assez exacte qu'il s'était acquise depuis son long séjour à Paris sur la manière de se conduire, il devait regarder comme infiniment nuisible aux intérêts de Mr Massias une pareille sollicitation faite de propre mouvement et sans attendre une concurrence favorable des circonstances. Au reste il a mandé il y a longtemps qu'on avait le plan d'envoyer à Carlsruhe un ministre plénipotentiaire de la France auprès de la personne seule de Msgr. le Margrave et outre cela encore un chargé d'affaires dans le cercle de Souabe qui devait également résider à Carlsruhe. La résidence de ce dernier sera peut-être momentanément transférée à Augsbourg. . . . :|

250. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 5 Pluv. an 11 (25. Jan. 1803).

[Badens Beziehungen zu Rußland. Der Markgraf. Unaufrichtige Politik seiner Minister gegen Frankreich. Geplante Reise der Erbprinzessin nach Petersburg.]

Des renseignements successifs et non équivoques m'ont donné la clef des démarches faites par le ministère du Margrave près la cour de Pétersbourg. Je dois avant tout Vous dire que dans toutes les occasions j'ai trouvé dans ce Prince des sentiments d'équité, de droiture, d'attachement et de reconnaissance pour la personne du Premier Consul: mais à soixante-

[1] Ein heftiger Anfall der damals epidemisch in Paris auftretenden Influenza hatte Reitzenstein neuerdings auf das Krankenlager geworfen; während seiner Krankheit übernahm Groos die Berichterstattung.

[2] Gemeint ist wol der Marquis François de Beauharnais, der später, 1805, Gesandter am etrurischen Hofe wurde.

quinze ans on ne peut ni tout faire ni tout voir. Son ministère, qui avait à se répopulariser aux yeux de l'Autriche, de la Prusse et de la Russie, a eu depuis environ deux ans pour plan de conduite d'être favorable à la France dans les apparences et non dans les effets; ainsi l'on engageait la Princesse héréditaire qui était à Stockholm d'aller à Pétersbourg pour y détruire ou balancer l'influence de l'Impératrice douairière, en lui imposant en même temps une condition qu'on savait lui rendre la chose impossible; c'était d'y aller sans son fils et de le renvoyer à Carlsruhe. Persuader la France d'un solide attachement par des promesses et quelques démonstrations, persuader du contraire les puissances étrangères en n'agissant point efficacement, telle a été la politique des ministres du Margrave qui, par leurs alliances ou les faveurs qu'en reçoivent eux ou leurs parents sont tenus de ménager ces mêmes puissances[1]. — C'est par là que j'ai expliqué le peu d'égards qu'ils ont eu pour les recommandations du sénateur Lacépède, du ministre Laforest et de ceux qui tiennent à la gloire de la République et de son Premier Magistrat, c'est par là encore que j'ai expliqué le scrupule minutieux avec lequel ils ont cherché à me cacher les détails de certaines démarches dont ils m'avaient communiqué le fond, craignant sans doute que je ne pusse en sonder la réalité. Ces soupçons que j'en avais se sont changés en certitude par les renseignements que j'ai acquis. Je Vous en instruis, Citoyen Ministre, comme l'exige le devoir de ma place.

Pariser Archiv.

251. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 18 Pluv. an 11 (7. Febr. 1803).

[Bühlers Mission nach Wien. Project einer Vermählung der Prinzessin Amalie.]

Mittheilungen über die Bemühungen des würtembergischen Ministers v. Bühler in Wien um den Vorrang im Kurcollege. Der Markgraf ersucht den Ersten Consul, sich seiner anzunehmen.

L'Archiduc Joseph s'est rendu à Pétersbourg pour voir et épouser, au cas qu'elle lui convienne, la Princesse Amélie de Bade[2]; c'est dit-on l'Impératrice douairière qui ne pouvant lui offrir sa nièce peu favorisée des qualités du corps veut faire le mariage et se rendre ainsi agréable à l'Autriche . . . .

Pariser Archiv.

252. Groos an Edelsheim.

Paris, 16. Febr. 1803.

[Die Verhandlungen mit der Schweiz. Absichten Darmstadts auf das Oberamt Ladenburg.]

|: Le ministre helvétique n'a point encore transmis de réponse de la part de son gouvernement à M^r^ le Bon de Reitzenstein sur les ouvertures

[1] Wol Anspielung auf Edelsheim und seine österreichischen und baierischen Familienbeziehungen.

[2] Vergl. Nr. 257; Kleinschmidt, Karl Friedrich, S. 158.

faites touchant un arrangement réciproque, ce dont ce dernier est bien aise, puisque sa maladie l'empêcherait également de suivre cette affaire, cependant il a lieu d'espérer que les Suisses ne réussiront point dans leur plan, vu qu'ils n'ont pas les moyens pécuniaires pour faire valoir leurs prétentions . . . .

Pappenheim klagt, Darmstadt sei im Entschädigungsplane zu kurz gekommen; es scheint, daß er Absichten auf den zwischen Weinheim und Heppenheim gelegenen Theil des Oberamts Ladenburg verfolgt. :|

---

253. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 22. Febr. 1803.

[Sorge des Markgrafen für Reitzensteins Wiederherstellung. Lebenslängliche Rente. Der Unterhalt des Bischofs von Basel. Zumuthungen der vermittelnden Mächte.]

Der Markgraf nimmt lebhaftesten Antheil an Reitzensteins Wiederherstellung und hofft, daß der Aufenthalt in einem milderen Klima die erwünschten Folgen haben und ihm selbst die tröstliche Aussicht eröffnen werde, «de Vous voir reprendre, après que Vous aurez recouvré Votre précieuse santé, une part immédiate et active aux plus importantes affaires dans son ministère».

J'ose me permettre du su de Monseigneur de Vous prévenir confidemment que, désirant de Vous témoigner effectivement, combien il partage avec sensibilité tout ce qui doit concourir à l'exécution de Votre séjour projeté dans un climat plus convenable pour accélerer Votre entier rétablissement, S. A. S. Vous destine, pour subvenir à la dépense que cet objet exigera nécessairement, le montant complet de la restitution qui a été stipulée d'après Vos propres propositions dans Votre brevet, expédié à Badenweiler le 31 août 1798; relativement à l'avance de 18000 ₶ qui Vous a été faite alors pour Votre établissement, équipement etc., dont en décomptant selon les termes du contrat 5000 ₶ pour environ 5 années de demeure à Paris depuis la susdite époque, il resterait maintenant 13000 ₶ à restituer, mais que Monseigneur désire de Vous voir employer aux dépenses pour le rétablissement de Votre santé. En outre S. A. S. Vous destine une pension ou rente viagère de 3000 fl. dont la moitié soit réversible à Mme de R. Je présume même que Monseigneur sera très disposé à en faire encore davantage, dèsque les circonstances deviendront plus favorables, c. à. d. lorsque les revenus de ses indemnités pourront être portés à un meilleur rapport.

On n'a pas encore terminé avec l'Evêque à Waghäusel, qui paraît n'être pas satisfait des offres qu'on lui a faites[1]. Tout le revenu des restes de l'évêché de Bâle se réduisant, en déduisant le payement des intérêts qui sont affectés sur ces possessions, à environ fl. 2500 seulement, et la Députation de l'Empire ou plutôt les ministres médiateurs n'ayant pas trouvé d'étoffe pour assigner au P^ce Evêque davantage que 10000 fl. annuellement, M^rs

---

[1] Ueber die Sustentationsverhandlungen mit den Bischöfen von Speier und Basel vergl. unten Abschnitt 6.

de Laforest et de Bühler m'ont écrit officiellement pour disposer Monseigneur le Margrave à se charger du complément entier des 10000 fl. qui manquaient pour le minimum; S. A. S. a acquiescé à cette sollicitation pressante, tant en considération de ce bienveillant intérêt, que de la position vraiment affligeante de ce respectable prélat et de la circonstance favorable que la mort du Cardinal à Ettenheim allègera un peu pour l'avenir les charges considérables dont les indemnités de Monseigneur le Margrave se trouvent affectées. Toutefois S. A. S. espère avec une entière confiance, ainsi que je l'ai exprimé dans ma réponse à Mrs les ministres médiateurs, qu'ils La garantiront maintenant de toute espèce de charge ou de diminutions et dommages ultérieurs. . . . .

Concept.

254. Bericht des Legationssecretärs Groos[1].

Karlsruhe, 26. Febr. 1803.

[Noten wegen Zuweisung der Johannitergefälle. Günstige Aufnahme bei Durant, kühle bei Morkow.]

Groos hat am 17. im Auftrage Reitzensteins dem Chef der ersten politischen Abtheilung, Durant, eine Note betr. die Johannitergefälle[2] überreicht, zu der das Gerücht, daß die deutsche Zunge des Malteserordens aufgehoben, bezw. dem Deutschorden einverleibt werden solle, die Anregung gegeben. Durant versichert, man habe deshalb bereits nach Regensburg geschrieben und es sei mehr als wahrscheinlich (plus que probable), daß dem Wunsche des Markgrafen entsprochen werde; auch bezüglich der Erwerbung von Schuttern und Thennenbach zeigt er sich willfährig.

Bei Morkow findet Groos nicht das gleiche Entgegenkommen. Der russische Gesandte meint, „es sei jetzo nichts mehr zu machen und es bleibe bei dem, was in Regensburg definitiv verhandelt worden sei". Einem Dritten könne es gleichgültig sein, „ob Oesterreich oder der Malteserorden im Besitz der breisgauischen Mediatstifter sei, indem die desfallsige Disposition lediglich keinen Einfluß auf das Säcularisationssystem habe, und alle unsere Schritte seien vergebens".

Erst nach eindringlichen Gegenvorstellungen verspricht Morkow, die Note nach Regensburg zu befördern und alles zu thun, „wodurch er seine tiefe Verehrung gegen Smum bethätigen könne"[3].

[1] Groos ist Ende Februar dauernd nach Karlsruhe zurückgekehrt, wo er bald als Legationsrath in die Geh. Kanzlei eintritt und von da ab nach den Weisungen Edelsheims meist die Correspondenz mit den Gesandten in Paris und Wien besorgt. An seine Stelle tritt als Secretär der Pariser Gesandtschaft für kurze Zeit der junge Fr. Gerstlacher.

[2] d. d. 16. Febr. Es wird darin auf's neue um Zuweisung der Gefälle der breisgauischen Stifter im Lande ersucht, da der Johanniterorden für seine Verluste ohnehin sechsfach entschädigt sei; für den Fall, daß den Breisgauer Stiftern selbst ein anderes Schicksal zugedacht werde, «les deux couvents de Schuttern et de Thennenbach . . . . seraient ceux qui conviendraient le plus à la maison de Bade». Der § 26 des Reichshauptschlusses vom 25. Febr. entschied indeß entgiltig über das Schicksal dieser Stifter und ihrer Zugehörden zu Gunsten des Johanniterordens.

[3] Wie wenig diesem Versprechen zu trauen war, lehrt die Note, die Morkow am 11. April an Talleyrand richtet und mittels deren er schleunigste Einsetzung des Großpriors zu Heitersheim in die ihm zugewiesenen Entschädigungslande fordert. Tratchevsky, a. a. O. II, 86.

255. Graf Görtz an König Friedrich Wilhelm III. von Preußen.

Regensburg, 11. März 1803.

[Project einer Vermählung der Prinzessin Amalie von Baden mit dem Erzherzoge Joseph.]

. . . . Votre Majesté aura sans doute déjà connaissance du mariage qui doit se faire entre l'Archiduc Palatin et la Princesse aînée de Bade, laquelle se trouve depuis près de deux ans à Pétersbourg, pour où ce Prince s'est mis en route de Vienne le 7 de ce mois. Ce mariage se fait par l'entremise et sous les auspices directs de l'Impératrice de Russie mère[1] . . . .

Berlin. St.-Arch.

---

256. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 12. März 1803.

[Die Wiedereinführung der Rheinzölle unter den bestehenden Verhältnissen eine wesentliche Hilfsquelle. Dank für die Fürsorge des Markgrafen für die Zukunft.]

Ayant encore remarqué . . . . dans l'extrait protocolaire du 15 février adressé à M[r] le C[te] de Gœrtz[2] que le rétablissement des péages du Rhin a paru entièrement destructif du commerce et de la navigation sur ce fleuve, j'ose me permettre l'opinion qu'aussi longtemps que le système actuel des douanes se soutiendra en France, il ne peut absolument pas être question d'un commerce florissant sur le Rhin. C'est sous ce point de vue que j'ai vivement désiré le rétablissement des péages qui fournit une ressoure précieuse pour des objets essentiels et dont le fardeau sera toujours supporté définitivement, du moins pour la plus grande partie, par les Hollandais. C'est toujours une petite consolation.

Maintenant je viens à la suite du Nr. 12 de Votre Excellence de 25 février, par laquelle Elle me fait part des intentions généreuses autant que gracieuses de Msgr. le Margrave à mon égard . . . . Dèsque j'aurai assez de forces pour pouvoir écrire de ma propre main[3], je remplirai un devoir sacré, en mettant l'hommage de ma plus profonde reconnaissance aux pieds de Msgr. le Margrave. Il me reste cependant un seul mot à ajouter dont je me ferais même un devoir de me taire, si Votre Ex-

---

[1] Schon am 25. Febr. hatte Gemmingen dem Minister von Edelsheim von dem in Rede stehenden Heirathsplane Mittheilung gemacht; über den wahren Sachverhalt vergl. Nr. 257. Wenn Helfert, Königin Karoline von Neapel, S. 89, das Gerücht verzeichnet, als habe man im Jahre 1803 an eine Vermählung des verwittweten Herzogs Ferdinand von Toskana, damaligen Kurfürsten von Salzburg, mit einer badischen Prinzessin gedacht, so beruht dies wol nur auf einer Verwechslung mit dem Erzherzoge Joseph.

[2] In demselben war mit Bezug auf die Supplementnote der vermittelnden Mächte vom 11. Febr., welche die Einführung einer „Navigationsoctroi" anordnete, bemerkt worden, daß der Markgraf den „Passus wegen der Rheinzölle für äußerst beschwerlich ansehen müßte und in ihm das Grab der Rheinschifffahrt und des Rheincommerces zu finden befürchtete". Vergl. Beaulieu-Marconnay, Karl v. Dalberg, I., 315 ff.

[3] Reitzenstein ist noch immer genöthigt, alle Berichte seinem Secretäre zu dictiren.

cellence n'avait pas exprimé qu'une amélioration future de l'état des finances pourrait disposer Son Altesse à étendre encore Ses libéralités. C'est à cause de cette remarque que je dois protester d'avance, que je regarde la rente que Monseigneur veut bien avoir la grâce de m'assurer comme abondamment suffisante pour le reste de mes jours, d'autant plus que Leurs Altesses les Princes Frédéric et Louis m'ont également fait un gracieux présent d'une somme qui représente une rente de 600 fl. Or il faudrait certainement avoir très mauvaise opinion de celui qui ne trouverait pas un revenu de 3600 fl. au delà même de tous les besoins qu'un honnête homme peut avoir. . . . .

---

257. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 12. März 1803.

[Angebliche Verlobung der Prinzessin Amalie mit dem Erzherzog Palatin. Thatsächliches. Dalberg als Nachfolger Reitzensteins in Aussicht genommen.]

Vous aurez sans doute été aussi surpris que nous, mon cher B^on^, de la nouvelle du projet de mariage entre l'Archiduc Palatin et notre Princesse Amélie à Pétersbourg, peut-être en savez-Vous même beaucoup plus que nous par ce qui aura pu parvenir à Votre connaissance des renseignements qui auront été donnés directement à ce sujet au gouvernement français. Cependant je ne doute pas que Msgr. le Prince Louis pendant son séjour à Paris Vous ait parlé des vues qu'on avait présumées à l'Impératrice mère à ce sujet depuis la mort de feu le Prince héréditaire, mais on a dès lors regardé l'exécution de ce projet comme si invraisemblable qu'on y a prêté d'autant moins d'attention qu'il n'y a jamais eu des démarches ou d'insinuations faites directement à ce sujet envers notre cour.

Voilà précisément à quoi nous en sommes jusqu'à présent, et on vient même de m'assurer que l'assertion de ce projet se trouve formellement révoquée dans une gazette imprimée à Vienne . . . .

Une nouvelle que je m'empresse avec le plus grand intérêt à Vous mander aujourd'hui, c'est que, grâce aux persuasions réitérées de M^r^ le grand-chambellan Bon de Geusau que Msgr. le Margrave avait envoyé tout exprès pour cet objet à Mannheim, j'ai tout lieu d'espérer que le jeune Bon de Dalberg acceptera, du moins pour un temps limité, la place qu'on lui destine[1]. Je vais tout à l'heure lui écrire pour l'inviter de la part de S. A. S. à se rendre de suite ici pour quelques jours, afin de terminer définitivement cette affaire avec lui . . . .

Concept.

---

[1] Schon im Januar hatte Massias an seine Regierung berichtet, der junge Dalberg, der z. Z. in Karlsruhe weile, scheine zum Gesandten in Paris ausersehen. Bericht vom 13 Nivôse an 11. Pariser Archiv. Vergl. im übrigen die Einleitung.

258. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 16. März 1803.

[Tadelnde Bemerkungen über die Vertretung der badischen Interessen in Regensburg durch Görtz und Meier.]

|: Ce qui est des appréhensions que V. Exc. a marquées à Mr de Gœrtz relativement aux projets du Duc de Wurtemberg de nous dépouiller des droits inhérants à l'évêché de Constance, il y a longtemps que je les ai conçues, et je m'étonne seulement que de la manière dont nos affaires sont conduites à Ratisbonne nous n'ayons encore éprouvé plus de défaites que jusqu'ici. S'il nous arrive encore quelque mauvaise affaire, ne l'imputons pour Dieu qu'à nous-mêmes. . . . Au fond cela ne me regarde pas, puisque je n'ai qu'à me mêler de ma propre besogne qui s'est assez distinguée de ce qui a été fait depuis. Mais c'est une chose inouïe en vérité qu'au moment, où nos intérêts les plus chers sont débattus à Ratisbonne, nous n'y ayons personne. Mr de Gœrtz n'a nul dévouement pour le service de Monseigneur et, quant à l'inconduite de Mr Meier, j'ai entendu ici une anecdote presqu'incroyable, mais qui malheureusement n'est que trop vraie. Néanmoins quelque peu de succès que ce dernier ait eu, n'aurait-il pas mieux valu l'y laisser jusqu'à la fin finale que d'y n'avoir personne? Pourquoi lui avoir permis de quitter son poste? pourquoi alors même ne l'avoir pas remplacé par Mr Herzog par exemple . . . qui a beaucoup plus de jugement et de bon sens que la plupart de ceux que je connais à Carlsruhe? Maintenant qui est-ce qui plaide nos intérêts auprès des ministres médiateurs? . . . . Je ne serai donc nullement surpris, si j'apprends au premier jour quelque nouvelle défaite. Cela me paraît au contraire tout naturel, et nous n'en serons informés que lorsque tout sera fait, comme cela eut lieu lors du projet du 8 octobre passé dont nous n'eûmes connaissance que lorsqu'il fut imprimé, tandis qu'il avait été concerté avec les ministres de Wurtemberg, Taxis et autres[1] . . . . :|

---

259. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 26 Germinal an 11 (16. April 1803).

[Loyalität des Markgrafen. Edelsheim unzuverlässig, ein Gegner Frankreichs. Beschwerden über ihn.]

Dans un moment où l'Angleterre paraît provoquer la France à une rupture, et où son intérêt est de replonger le continent dans les horreurs de la guerre, je dois Vous donner de nouveaux renseignements sur l'esprit du ministère d'un Prince qui par ses alliances tient aux principales cours de l'Europe.

[1] Vergl. Abschnitt 6.

Je Vous répète avec vérité, Citoyen Ministre, que toutes les relations que j'ai pu avoir avec le Margrave, les moindres particularités de sa vie qui sont parvenues à ma connaissance, m'ont convaincu de plus en plus du caractère véritablement honnête et loyal de ce respectable souverain; mais il a soixante et seize ans, il ne peut voir les détails par lui-même, et tout s'est fait jusqu'à présent par l'influence de Mr le Bon d'Edelsheim et surtout de sa femme . . . .

Il [sc. Edelsheim] est loin d'être dévoué au gouvernement français; il feint d'être honteux des services qu'en a reçus son maître et il met sa politique à prouver son indépendance, en affectant d'éloigner et d'humilier tout ce qui tient de loin ou de près à la France. Ainsi un lieutenant au service de Neuwied, cousin du sénateur Lacépède, muni de lettres de recommandation de son parent, présenté par moi, n'a pu obtenir une lieutenance dans les troupes du Margrave; Mr Bock, homme infiniment estimable par son honnêteté et son savoir et également recommandé par le sénateur Lacépède, présenté par moi, a été incivilement éconduit . . . . Je ne multiplierai point les griefs qui sont loin d'être épuisés; j'ajouterai seulement que Mr le Bon d'Edelsheim n'a négligé aucun petit moyen pour paraître aux yeux du public me donner le moins de considération possible, et que pour peu que j'eusse été homme à me laisser humilier, il s'en serait fait une gloire et un mérite: il a été, pour que Mr le Cte de Borgenstjerna[1] eût le pas avant moi, jusqu'à m'assurer qu'il avait une mission publique et un caractère équivalent à celui de ministre plénipotentiaire, mensonge prouvé par les faits et par la correspondance que j'ai eue à ce sujet avec Mr le Bon d'Edelsheim. Si je ne Vous ai pas fait plutôt part de ces discussions, Citoyen Ministre, c'est que je connaissais la petitesse de toutes ces affaires d'étiquette, et que je me sentais assez de force pour me tenir à ma place. Je ne Vous les rapporte dans ce moment que comme une preuve de l'esprit qui anime le Bon d'Edelsheim, jaloux de se donner aux yeux des Allemands un air de patriotisme, en traitant avec peu d'égards ce qui tient à la République, dévoué à la Prusse dans la dépendance de laquelle sont ses terres, et à l'Autriche où sa fille a épousé le lieutenant général Giulay, et prêt, je n'en doute pas, à leur sacrifier autant qu'il le pourra, sans se compromettre, les intérêts du gouvernement français.

Pariser Archiv.

260. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 16. April 1803.

[Empfiehlt eine Uebereinkunft mit dem Kurerzkanzler wegen der Rheinzölle.]

|: Ayant appris confidentiellement que la cour de Berlin a déjà pris avec l'Electeur Archichancelier au sujet de la perception des péages sur le

[1] Der König von Schweden hatte im Januar 1802 seinen Generaladjutanten, Oberst v. Borgenstjerna, nach Karlsruhe entsandt, um das Herz des entschlafenen Erbprinzen zu überbringen. Vergl. „Aus dem Leben des Freiherrn Gayling v. Altheim", S. 179.

Rhin des arrangements très avantageux et propres à écarter tous les inconvénients que le système adopté pourrait faire craindre pour les droits territoriaux et de jurisdiction des princes riverains, j'ai cru en devoir prévenir V. Exc. pour qu'on s'empresse de prendre là dessus des informations complètes à Berlin et de conclure un arrangement sur le même pied, puisqu'autrement nous pourrions bien n'obtenir que des conditions moins avantageuses[1] . . . .:|

261. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 23. April 1803.

[Vorstellungen wegen des Sequesters bei Talleyrand. Beruhigende Versicherungen.]

. . . . D'après les éclaircissements que V. Exc. m'avait encore communiqués dans Son Nr. 24[2] touchant le séquestre mis par la cour de Vienne sur plusieurs appertinences de l'évêché de Constance et des abbayes de Salmansweiler et Petershausen, j'ai cru devoir en même temps solliciter d'avance l'appui éventuel du gouvernement français à cet égard. Le ministre m'a répondu, en ajoutant même que je pouvais le mander officiellement à ma cour, qu'on ne devait nullement s'inquiéter de cette mesure et que la cour de Vienne conformément au projet des indemnités serait très décidément obligée à restituer sans la moindre exception tout ce qu'elle avait envahi. Malgré cela il me paraît cependant très essentiel, 1° de nous en plaindre à la Diète, d'autant plus que la cour de Berlin veut y soutenir très efficacement la cause tout-à-fait pareille du Prince d'Orange, 2° de m'envoyer une désignation exacte des objets séquestrés par l'Autriche et de leur valeur en revenu.

262. Groos an Reitzenstein.

Karlsruhe, 2. Mai 1803.

[Annahme der kurfürstlichen Würde. Festlichkeiten. Dalberg, Vater und Sohn, in Karlsruhe.]

Die Nachricht von der Ratification des Deputationsrecesses durch den Kaiser ist gestern eingetroffen.

S. A. a d'abord adopté le titre électoral. Toutes les fêtes relativement à cet événement se borneront à un service divin qui aura lieu dimanche

[1] § 39 des Reichsdeputationshauptschlusses überläßt es dem Kurerzkanzler, nach Aufhebung der bisherigen Rheinzölle im Namen des Reichs betr. der künftigen Erhebung des Rheinschifffahrtgeldes (Navigationsoctroi) mit Frankreich ein Abkommen zu treffen; die Octroieinnehmer auf deutscher Seite werden vom Kurerzkanzler ernannt und von den Landesherren bestätigt, mit denen der erstere auch wegen Unterhaltung des Leinpfades Rücksprache nehmen wird. — Ueber die Verhandlungen mit Preußen vergl. v. Beaulieu-Marconnay, Karl von Dalberg, II, 6 ff.: sie beziehen sich lediglich auf Ueberweisung der Ueberschüsse aus den Rheinzöllen an den Kurerzkanzler.

[2] Fehlt. Ueber die Sequesterangelegenheit vergl. Abschnitt 5.

prochain en actions de grâces et à une grande cour de félicitations à laquelle assisteront tous les dicastères[1].

Der junge Dalberg wird heute erwartet; sein Vater, den der Kurfürst zum Obersthofmeister und wirklichen Geh. Rath ernannt, wird in ein paar Tagen folgen, «S. A. S. E. se proposant de le faire appeler quelquefois au conseil pendant le séjour qu'Elle compte faire à Mannheim».

Concept.

263. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 16 Floréal an 11 (6. Mai 1803).

[Der König von Schweden wünscht eine Begegnung mit Bonaparte auf badischem Boden.]

Wie schon früher berichtet, hat Oberst Borgenstjerna Massias ein Schreiben des kgl. schwedischen Geh. Secretärs von Lagerbjelke überbracht, «dans laquelle il avait parlé du voyage que S. M. devait faire à Carlsruhe et du désir qu'Elle aurait de profiter de cette circonstance pour s'aboucher avec le Premier Consul». Borgenstjerna habe ihn nun neuerdings daran erinnert; er sei ermächtigt, ihm zu erklären, «que si Vous pouvez trouver un moyen de faire cette réunion dans un lieu quelconque du pays du Margrave, on est ici très disposé à l'accueillir favorablement et même avec empressement».

Pariser Archiv.

264. Edelsheim an Talleyrand.

Karlsruhe, 15. Mai 1803.

[Accreditirung Dalbergs.]

Edelsheim empfiehlt den neu ernannten Gesandten Baron von Dalberg[2]; der Kurfürst hoffe, daß diese Wahl die volle Billigung des ersten Consuls finden werde.

Les qualités personnelles qu'il possède sont encore particulièrement distinguées par sa proche parenté avec l'Electeur Archichancelier dont il a l'honneur d'être le neveu, et son zèle et son dévouement pour tout ce qui concerne la mission qui lui est confiée ne peuvent pas laisser douter de ses heureux succès, s'il obtient le suffrage de Votre Excellence qu'il ambitionne véritablement, et si Elle le trouve digne de Sa confiance . . . .

Concept.

265. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 20. Mai 1803.

[Die Note der vermittelnden Mächte vom 9. Mai. Lucchesini. Repressalien wegen des Sequesters gegen die breisgauischen Stifter.]

|: . . . . C'est encore Mr de Lucchesini dont les insinuations au moins imprudentes ont le plus contribué à la dernière note remise par les ministres médiateurs à la Députation de l'Empire[3], puisqu'il avait dit partout et

---

[1] F. von Weech, Gesch. der Stadt Karlsruhe, I, 179 ff.

[2] Dalbergs Creditiv datirt vom gleichen Tage.

[3] Die Note vom 9. Mai; Beilagen zum Protokoll, IV, 435. Die Bemerkung bezieht sich augenscheinlich auf die Stelle, wo die Erwartung ausgesprochen wird, daß alle Renten, Pensionen und Schulden «doivent . . . . être acquittées avec une honorable exactitude».

même au ministre Talleyrand que le meilleur moyen de faire cesser les séquestres des Autrichiens était de refuser unanimement à tous les évêques dépossédés les pensions alimentaires stipulées par le recès de la Députation. J'ai tout lieu de croire que ce n'est que contre une mesure aussi atroce que les déhortations des ministres médiateurs sont dirigées et que, si nous bornons nos représailles aux appartinences des couvents du Brisgau, personne n'y trouvera à rédire . . . . :|

266. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 7. Juni 1803.

[Abschiedsaudienz bei Bonaparte. Vorstellung Dalbergs. Verabschiedung von Edelsheim.]

Reitzenstein hat Dalberg in der Audienz vom 5. d. M. dem Ersten Consul vorgestellt und sein Abberufungsschreiben überreicht.

Il [sc. Dalberg] a été reçu par le 1er Consul de la manière la plus gracieuse et je ne doute nullement qu'étant infiniment mieux fait que moi pour plaire ici et se soutenir, il en réussira d'une manière très brillante dans sa nouvelle carrière . . . .

Les marques touchantes de la précieuse confiance de mon Sme maître et de celle de V. Exc. . . . . m'auraient fait faire tous les sacrifices possibles, si je n'avais pas dû reconnaître depuis plus de 2 ans qu'avec un corps qui nous fait passer au lit la moitié de notre temps, il est d'une impossibilité absolue de continuer des fonctions quelconques. Je supplie V. Exc. de vouloir bien mettre aux pieds de S. A. E. mes hommages les plus respectueux de l'éternelle et profonde reconnaissance de toutes Ses bonnes grâces . . . .

En ayant maintenant l'honneur de prendre congé de V. Exc., il ne me reste qu'à La prier très instamment d'être bien persuadé de la vérité de mes sentiments respectueux que je Lui conserverai à jamais. J'ose La prier en retour qu'en cas qu'Elle daigne conserver quelque souvenir de moi, Elle veuille bien ne se rappeler de toute ma conduite que la partie qui aura pu mériter Son approbation personnelle. Je me permets d'exprimer à V. Exc. le vif désir que tout le reste soit entièrement oublié; j'y gagnerai beaucoup, parce qu'il ne Lui restera alors que le souvenir de ma fidélité envers mon maître, de mon dévouement à Elle et de la bonne volonté que j'ai tâché d'apporter à toutes les choses[1] . . . .

---

[1] Reitzenstein beabsichtigt, wie er an anderer Stelle mittheilt, bis zum Ablaufe seines Miethvertrages — Mitte Juni — in Paris zu bleiben, dann nach St. Cloud überzusiedeln und im Herbst nach dem Süden zu gehen. Am 2. Oct. berichtet Dalberg, Reitzenstein werde am 25. d. M. abreisen, zunächst nach Italien, dann nach der Schweiz, und erst im Laufe des nächsten Jahres nach Deutschland zurückkehren, wo er sich in Heidelberg niederzulassen gedenke.

267. Bonaparte an Karl Friedrich.

St. Cloud, 24 Prairial an 12 (13. Juni 1803).

[Reitzensteins Rücktritt. Anerkennung seiner Verdienste.]

J'ai reçu la lettre par laquelle V. A. S. E. m'informe de la nécessité où Elle s'est trouvée d'accorder la retraite entière de Son service au Bon de Reitzenstein[1] . . . . Je ne puis que rendre une justice entière à la conduite qu'il a tenue ici dans l'exercice de ses fonctions politiques et du zèle avec lequel il a saisi toutes les occassions de fortifier tous les sentiments heureux qui attachent la République Française à V. A. S. E. Je La prie d'être bien persuadée de mon attachement particulier à Sa personne et de la part que je prends à tout ce qui peut intéresser Sa gloire et Sa prospérité.

Copie.

[1] d. d. 15. Mai. Concept.

Anhang.

Aus den Acten über die Besitznahme der Entschädigungslande[1].

Am 3. September 1802 hatte Markgraf Karl Friedrich auf Schloß Favorite aus den Händen des Brigadegenerals Lauriston das Schreiben Bonaparte's vom 29. August in Empfang genommen, welches die Aufforderung zur provisorischen Besitznahme der Entschädigungslande enthielt. In einer Denkschrift „über ein vorläufiges Besitznehmen der Indemnisationsprojecte" vom 4. September, die noch ohne Kenntniß dieses Vorgangs ausgearbeitet war, hatte gleichzeitig Geh. Rath Brauer im Hinblick auf die österreichischen und preußischen Occupationen die Frage, ob und in welcher Weise Baden dem Beispiele dieser Mächte folgen solle, erörtert. Oesterreich, wird bemerkt, habe den Weg der militärischen Besitznahme eingeschlagen, wobei die alte Regierung vorläufig noch fortbestehen bleibe, fremden Occupationsgelüsten aber rechtzeitig vorgebeugt und die „definitive Ergreifung des Staatsbesitzes" vorbereitet werde; Preußen dagegen habe sich auf dem Wege der Civilbesitznahme „der Staatspossession", „der völligen Regierung der Indemnitätslande" provisorisch bemächtigt. Brauer verkennt nicht, daß eine solche Civilbesitznahme an sich aus mancherlei triftigen Gründen höchst wünschenswerth wäre, allein es könnte ein Umschlag eintreten, das ganze Entschädigungsproject könnte noch in letzter Stunde scheitern und dann wäre „aus dem rechtlichen Staatszustand" diese Maßregel vor erfolgter Genehmigung des Entschädigungsplanes durch die Deputation nicht zu rechtfertigen, „aus einem anarchischen Staatszustand mittelst des Nothrechts" aber nur dann, wenn Frankreich und Rußland zu dem Schritte kategorisch aufforderten oder alle andern Reichsstände von einiger Bedeutung ihn bereits gethan hätten. Eine Militärbesitznahme dagegen erscheint Brauer im Hinblick auf die 1200 Mann, die Baden lediglich zur Verfügung stehen, nicht minder bedenklich; sie stifte, ob sich nun die Gegner des Entschädigungsprojects schließlich dem Willen der vermittelnden Mächte fügen oder nicht, keinerlei Nutzen, verursache erheblichen Aufwand und führe leicht zu allerlei Mißhelligkeiten zwischen Militär und Bevölkerung, zudem biete die Durchführung einer solchen Maßregel große Schwierigkeiten: ohne die Zustimmung der bisherigen Landesherren könne man nun und nimmer die Pfalz und Hanau-Lichtenberg, ohne Oesterreichs Willen nicht die unter seinem Schutze stehenden Reichsstädte der Ortenau occupiren. „Ich kann also" — schließt Brauer — „nicht bergen, daß mir die Maßregel äußerst bedenklich scheint, daß ich noch jetzo meinem in dieser Materie schon oft vorangestellten Satz treu bleibe, die Vorsehung wirken zu lassen, ihr nicht aus Händen zu gehen, wo man zu handeln aufgefordert ist, aber ihr auch

[1] Ich gebe hier nur einen kurzen Ueberblick über diese Angelegenheit, indem ich mir eine eingehendere Darstellung, insbesondere auch der politischen und wirthschaftlichen Zustände in den neuen Landestheilen auf Grund der umfangreichen Specialacten über die Occupation vorbehalte.

nicht durch voreiliges Handeln vorlaufen zu wollen, und daß ich nach meiner Ueberzeugung rathen muß, solange nichts zu thun, bis man nicht wenigstens mit Pfalz und Darmstadt wegen ihrer Cedendorum im Reinen ist, auch den Erfolg der Deputationssession vom 31. Aug. und das Benehmen von Oesterreich gegen die Majorität der vermuthlichen Abstimmungen eingesehen hat, mithin wenigstens etwas richtiger urtheilen kann, ob es sich ernstlicher opponiren, oder nur, was es nicht zu hindern gedenkt, nicht billigen will." In einem Nachtrage zu diesem Gutachten vom gleichen Tage hält Brauer, nachdem er mittlerweile von dem Auftrage, dessen sich Lauriston entledigt, erfahren hat, seine Bedenken aufrecht, wiewol er die Bedeutung der französischen Aufforderung nicht verkennt, und empfiehlt für den Fall, daß der Markgraf gegen seine — Brauers — Ueberzeugung sich für sofortige Occupation entscheiden sollte, wenigstens „zu Vermeidung des Gehässigen eines Staatsbesitzes und des Auffallenden eines unzulänglichen Militärbesitzes einen medium terminum" zu wählen, in der Weise, daß „ein Civilcommissär nur mit weniger Bedeckung blos an den Hauptorten jenes Bezirks aufzustellen wäre, der aber dann alle zugehörigen Orte von Zeit zu Zeit bestreifen ließe". Dieser, ein „mit der nöthigen Weltklugheit und Vorsicht versehener Diener", müßte dann den „politischen Habacht und Kundschafter machen, übrigens aber sich in nichts meliren", und, wie der beiliegende Entwurf eines Besitznahmepatents besagt, „die Grenzen einer blos provisorischen Occupation streng" beobachten. In der Geh. Rathssitzung vom 6. Sept. wird der Inhalt des Schreibens Bonaparte's zur Kenntniß gebracht und mitgetheilt, der Markgraf habe gesprächsweise auf einige Bedenken hingewiesen und insbesondere betont, daß es nöthig sei, „vordersamst mit den Höfen zu München und Darmstadt in Communication zu treten"; Lauriston habe darauf versprochen, in München das Erforderliche „bemerklich zu machen". Nach Verlesung und Besprechung der Gutachten entscheidet sich der Markgraf für baldige provisorische Besitznahme, unter Beobachtung aller erdenklichen Vorsicht und Zurückhaltung. Es sollen daher zunächst Pfalz-Baiern und Hessen-Darmstadt um ihre Zustimmung angegangen und Geh. Rath Meier ersucht werden, seine Meinung bezüglich der Durchführung der Maßregel mitzutheilen und sich in Regensburg „mit Confidentioribus" darüber zu berathen. Nachdem auch Meier nach Rücksprache mit Mathieu, Bühler und Görtz sich für sofortige provisorische Besitznahme durch Civilcommissäre, event. unter militärischer Bedeckung, erklärt (Bericht vom 12. Sept.) und Würtemberg und Hessen-Darmstadt gleichfalls zur Occupation geschritten, entschließt man sich in Karlsruhe nicht länger zu zögern. Der Kurfürst-Erzkanzler als Bischof von Konstanz, die Bischöfe von Speier, Straßburg und Basel, die Prälaten der Reichsstifter und die Magistrate der Reichsstädte, die künftig Baden zufallen sollen, werden am 14. Sept. davon benachrichtigt, daß der Markgraf sich, wenn er seine eigenen Interessen nicht vernachlässigen wolle, genöthigt sehe, von den Entschädigungslanden provisorisch Besitz zu ergreifen, sich dabei aber jedes Eingriffs in die Regierung und Verwaltung derselben enthalten und ihre Regenten im Genusse ihrer bisherigen Einkünfte belassen werde. Auf Vorschlag des Geh. Raths Brauer werden am 16. Sept. drei ständige Occupationscommissionen gebildet, welche die Geschäfte bis zum definitiven Uebergang der neuen Landestheile zu führen haben. An die Spitze der ersten soll Geh. Rath Reinhard treten: ihr fällt die Aufgabe zu, das rechtsrheinische Bisthum Konstanz, die Abteien Salem und Petershausen nebst den Reichsstädten Biberach, Ueberlingen und Pfullendorf zu besetzen. Eine zweite unter Geh. Referendar Herzog überwacht die Occupation der speierischen Lande, des Stifts Odenheim und der Reichsstadt Wimpfen, eine dritte endlich unter Geh. Rath Wöllwarth die der Rheinpfalz. Des weitern sollen Geh. Rath Preuschen von Hanau-Lichtenberg, Geh.-Rath von Roggenbach von den Reichsstädten Offenburg, Gengenbach und Zell a/H. dem Amte Ettenheim und Kloster Ettenheimmünster, Obervogt von Harrant von dem Oberamte Oberkirch, Landvogt von Kalm

von dem rechtsrheinischen Gebiete des Bisthums Basel und Obervogt v. Lassolaye nebst Geh. Hofrath Stößer von den Mediatklöstern Schwarzach, Frauenalb und Lichtenthal Besitz ergreifen. Der Oberamtsverweser Maler, der dem Geh. Rath Reinhard beigegeben wird, erhält den Auftrag, in Bern die Zustimmung der Regierung zur Occupation der unter schweizerischer Hoheit gelegenen konstanzischen Besitzungen zu erwirken. Eine von Geh. Rath Reinhard und Geh. Rath Brauer gemeinsam entworfene Instruction vom gleichen Tage (16. Sept.) weist die Civilcommissäre nochmals an, sich jeder Einmischung in die Landesverwaltung zu enthalten und nur, falls sie Handlungen gewahrten, die eine „merkliche Deteriorirung der Besitzungen zum Nachtheil Smi" zur Folge hätten, einzuschreiten und darüber zu berichten: im übrigen haben sie vor allem Erkundigungen einzuziehen über die Verhältnisse und die politische Verfassung der betr. Gebiete, die Stimmung und Wünsche des Volkes, die Brauchbarkeit der bisherigen Beamten u. a. · Das den Civilcommissären beigegebene Militärcommando, das die Besitznahmepatente öffentlich in den Hauptorten anschlägt, untersteht völlig ihren Weisungen.

Zur Besetzung der neuen Landestheile werden etwa 1100 Mann Infanterie und 60—70 Mann Kavallerie verwendet[1] und zwar gehen nach Mannheim am 22. Sept. Oberstlieutenant von Eck mit 1 Bataillon 3 Compagnien nebst einer Abtheilung Reiterei und Artillerie, nach Bretten am 29. Sept. Hauptmann Haf, nach dem Bodensee am 21. Sept. Oberstlieutenant v. Harrant mit dem Füsilierbataillon Rastadt, Husaren und Artillerie, nach dem speirischen Gebiet am gleichen Tage Oberstlieutenant v. Lindheim mit einer Compagnie und einer Abtheilung Husaren, nach Hanau-Lichtenberg am 9. Oct. Oberlieutenant Max von Stockhorn mit einiger Mannschaft. Mitte October ist mithin die provisorische Besitznahme überall vollzogen, und die Truppen können wieder in ihre alten Standquartiere einrücken: nur in Mannheim, Heidelberg und Wimpfen wird das zur Besetzung commandirte Militär noch länger belassen. Als dann am 17. Nov. aus Regensburg die Nachricht eintrifft, daß in Folge der neuesten Erklärung der Mediationsmächte die definitive Civilbesitznahme schon acht Tage vor dem 1. Dec. d. J. stattfinden solle, ordnet die badische Regierung sofort die nöthigen Maßregeln an; das Besitznahmepatent datirt vom 19. Nov. Nach dem Vorschlage Brauers werden zugleich provisorische Regierungscommissionen in Mannheim, Bruchsal und Meersburg bestellt, welche, bis die Entwürfe der künftigen Landesorganisation ausgearbeitet und genehmigt sein würden, spätestens bis 1. Mai 1803, die Geschäfte weiter führen sollen. Die militärische Besetzung sowol, wie die definitive Uebernahme der Regierung begegnet fast nirgends nennenswerthen Schwierigkeiten. Am entgegenkommendsten zeigt sich die bischöfl. konstanzische Regierung; dagegen erhebt von Frankfurt aus Bischof Wilderich von Speier lebhaften Widerspruch gegen alle Eingriffe in seine landesherrlichen Rechte, ohne damit freilich etwas zu erreichen. Ernster Natur ist lediglich der Conflict, der zwischen Baden und Baiern wegen der Pfalz auszubrechen droht; in einem besonderen Abschnitte werden wir, was darüber zu bemerken ist, mittheilen.

[1] Vergl. Badischer Militäralmanach, J. 1861, S. 62 ff.

2. Sendung des Prinzen Ludwig nach Berlin und Petersburg. (Juni 1802 — Januar 1803.)

268. Karl Friedrich an Kaiser Alexander I.[1]

Karlsruhe, 15. Juni 1802.

[Bitte um Ratification der Convention vom 3. Juni und Wiederherstellung des Friedens.]

Die Convention vom 3. Juni wird dem Zaren in diesem Augenblicke unterbreitet; ratificire er, so werde auch der Reichstag zweifellos in Bälde seine Sanction ertheilen und Deutschland den Frieden, den es seit 12 Jahren entbehre, erhalten. Mit der Zukunft des Reiches hänge auch das Schicksal Badens von seiner Entscheidung ab.

Une médiation qui après tant de tentatives infructueuses doit rendre le repos à l'Allemagne, à toute l'Europe, est un acte bien digne de la gloire de V. M. J. et de Ses sentiments magnanimes; son extrême importance doit d'autant plus faire désirer à l'humanité entière et à toutes les anciennes maisons héréditaires de l'Empire germanique que le moment et les circonstances si favorables à l'exécution de ce plan salutaire soient mis à profit de toute part avec le zèle et la célérité nécessaires.

Er bitte und beschwöre daher den Zaren, die Ratification «aussi promptement que possible» zu vollziehen; der geringste Verzug könne das ganze Friedenswerk zum Scheitern bringen.

Concept Edelsheims.

269. Edelsheim an den schwedischen Botschafter von Stedingk in Petersburg.

Karlsruhe, 15. Juni 1802.

[Sorge vor Morkows Umtrieben. Ihre Vereitelung und Betreibung der Ratification durch Stedingk.]

Edelsheim setzt Stedingk von dem Widerstande in Kenntniß, den Graf Morkow den Entschädigungsansprüchen Badens entgegengesetzt; es stehe zu befürchten, daß er dem Kaiser von der Ratification des Planes abrathen werde. Stedingk wird daher ersucht, die unverweilte Genehmigung desselben zu betreiben, «en tâchant d'écarter . . . . les impressions défavorables qu'on pourrait chercher à inspirer contre les avantages que la France s'efforce véritablement à procurer à Msgr. le Margrave».

Concept.

[1] Durch den Courier Gaber zugleich mit dem nächstfolgenden Schreiben an Stedingk expedirt und am 4. Juli, also 12 Tage vor der Ratification, in Petersburg präsentirt.

270. Protokoll, die Mission des Prinzen Ludwig nach Berlin und Petersburg betreffend.

Schloß Ettlingen, 29. Juni 1802.

[Instruction für die Verhandlungen in Berlin und Petersburg. Odenheim, Hirschhorn, das privilegium de non appellando, ev. auch der leiningische Theil des Oberamts Mosbach.]

An der außerordentlichen Sitzung nehmen Theil: der Markgraf und Prinz Ludwig, sowie die Geh. Räthe von Edelsheim, Reitzenstein und Meier; der letztere führt das Protokoll.

Aus den schriftlichen und mündlichen Berichten des Geh. Raths von Reitzenstein hat der Markgraf erfahren, daß anfangs Juni zwischen Talleyrand und Morkow ein Entschädigungsplan verabredet und unterzeichnet und Baden in demselben durch die Verwendung Frankreichs wesentlich begünstigt worden, daß aber, da alles von der Ratification des russischen Kaisers abhänge, Talleyrand sowohl, als Bonaparte den Rath ertheilt, durch schleunige Absendung einer geeigneten Persönlichkeit nach Petersburg die unverweilte Genehmigung der Convention zu betreiben.

S^mus sind hierdurch bewogen worden, vorläufig — unterm 15. d. M. — ein hiernach eingerichtetes Ersuchschreiben an des russischen Kaisers Majestät zu erlassen und solches durch einen Courier der Prinzessin Amélie Hf. D. zuzufertigen.

Hiernächst und soviel die persönliche Ablegation nach Petersburg betrifft, haben des Prinzen Louis Hf. D. auf den Ihro beschehenen Antrag Sich bereit erkläret, in dieser wichtigen Angelegenheit die Reise nach Petersburg zu übernehmen, um alldorten in dem jetzigen entscheidenden Zeitpunkt das beste des fürstlichen Hauses aufs eifrigste zu betreiben.

Es wurde daher in heutiger Conferenz beschlossen

Ihrer Hf. D. loco instructionis zu Ihrem Benehmen folgendes zu erkennen zu geben:

1. Wäre der Weg über Berlin einzuschlagen, dorten ein Empfehlungsschreiben S^mi regnantis . . . . und ein weiteres von dem Ministre von Edelsheim an den Grafen von Haugwitz, worin die fernere Königliche Protection in der Entschädigungsangelegenheit nachgesucht wird, mit den dienlichsten Insinuationen abzugeben und sich bestens zu bemühen, einmal die vollständige Abschrift des im Eingang gedachten Entschädigungsprojects zu erhalten, und dann, soweit es nur immer möglich, die Resultate der kaiserlichen und königlichen Zusammenkunft in Memel[1] . . . . in sichere Erfahrung zu bringen, indem solche zu einem sicheren Leitfaden des näheren Benehmens in Petersburg dienen dürften.

2. In Petersburg habe Prinz Ludwig Schreiben des Markgrafen und der Erbprinzessin Wwe.[2] dem Kaiser zu übergeben und „nach Zeit und Umständen" dem Minister des Aeußern ein Memoire[3], ganz oder zum Theile, vorzulegen.

---

[1] Ueber die Zusammenkunft des Zaren mit König Friedrich Wilhelm III. zu Memel, die am 10. Juni stattgefunden, vergl. Bailleu, II, 98, 103; Wassiltchikow, Les Razoumowski, II, 2, S. 43 ff., II, 4, S. 305 ff.

[2] Vergl. Nr. 271 und 274.

[3] Unten Nr. 272.

3. Wenn es in Berlin nicht glücken sollte, eine vollständige Abschrift des obgedachten Entschädigungsprojects zu erhalten, so wäre in Petersburg die erste Sorge darauf zu verwenden, das Original desselben einzusehen und eine Abschrift davon entweder vom russ. Ministerio oder vom franz. Gesandten zu erlangen, um sich zu überzeugen, ob das Stift Odenheim im badischen Loos wirklich übergangen[1], ob es nicht anderswohin namentlich vergeben und ob überhaupt die für Baden bestimmten Entschädigungsobjecte präcise so beschrieben sind, wie sie vom Geh. Rath von Reitzenstein memoriter aufgefaßt und dahier referiret worden sind.

Gegen ersagten französischen Gesandten[2], sowie gegen den königl. schwedischen Botschafter seie volles Vertrauen zu bezeugen und hinwiederum von ihnen zu erwarten, da sie mit den günstigsten Instructionen für das badische Interesse versehen seien . . . .

4. Der vorzüglichste und Hauptgegenstand der Mission bestehe darin, die bisherige russisch-kaiserliche Protection bestens zu verdanken, deren wirksamste Fortdauer angelegentlichst zu imploriren und dann insbesondere zu erwirken, daß die in Paris abgeschlossene Convention, ohne etwaigen Widersprüchen oder Gegenvorstellungen Gehör zu geben, russisch-kaiserlicherseits nicht nur genehmigte, sondern auch zur unverweilten Genehmigung des Reichstags und zum Vollzug befördert, auch der badische Entschädigungsantheil förmlich garantirt werde.

Die vorausgegangene Erforschung dessen, was in Memel verabredet worden, werde unfehlbare Winke an Handen geben, wie dieser Endzweck am sichersten zu erreichen und in wie weit von Preußen — wie zu vermuthen — hierin schon vorgearbeitet . . . .

5. Hiernächst bestehe das wichtigste desiderium in der Versicherung des Stifts Odenheim, das schon der Separatfrieden von 1796 dem hiesig fürstlichen Hause zugesagt habe[3]. Zweifellos sei das Stift nicht „anderswohin" vergeben, sondern nur durch Versehen des Copisten in der Convention ausgelassen worden.

Um nun jenes Versehen zu berichtigen und sich gegen alle Einsprache sicher zu stellen, wäre die Einleitung dahin zu treffen, daß das Stift Odenheim zu Petersburg der Convention als ein badisches Entschädigungsobject namentlich eingerückt, oder daß der russ. Gesandte in Regensburg auf dessen Einrückung in das Friedensinstrument ausdrücklich instruiret oder doch wenigstens angewiesen werde, demjenigen beizutreten, was der franz. Geschäftsträger daselbst desfalls proponiren werde.

6. Da schon der Separatfriede von 1796 das Versprechen enthalte, dem fürstl. Haus Baden das privilegium de non appellando zu verschaffen, auch der demselben zugedachte Theil der kurpfälzischen Lande solches ohnehin genieße

[1] Vergl. oben Nr. 204.

[2] Damals General Hédouville.

[3] Siehe Polit. Correspondenz, Band II, S. 481.

und [solches] mit der Ertheilung der Kurwürde in Gemäßheit der goldenen Bulle auf sämmtliche Kurlande überzugehen pflege, so seie nicht zu zweifeln, daß des Römischen Kaisers Majestät ein privilegium de non appellando illimitatum, das die gesammten künftig badischen Lande umfasse, ertheilen werden, wenn des russischen Kaisers Majestät sich dahin zu verwenden geruhen.

Diese Fürsprache . . . . wäre dahero angelegentlich zu sollicitiren.

7. Auf vorstehende desideria seie nun das erste und vorzüglichste Augenmerk zu richten und darüber die Negociation in Petersburg ohne Rückhalt sogleich anzugehen.

Damit könne, je nachdem sich guter Wille veroffenbare, der Wunsch verbunden werden, daß das mainzische Unteramt Hirschhorn sammt dem darin befindlichen Kloster gleichen Namens annoch in das badische Loos fallen möge, indem es zwar zu dem mainzischen Oberamt Starkenburg gerechnet werde, jedoch aber zu denen dem Haus Hessen-Darmstadt zugedachten Aemtern Heppenheim und Bensheim nicht gehöre, sondern als vacant anzusehen seie und für Baden von bedeutender Convenienz sein würde, weil es an und in dem Oberamt Heidelberg liege.

8. Nur in dem Fall, wenn der russisch-kaiserliche Hof zur mehreren Begünstigung des fürstlichen Hauses Baden eine geflissene ernstliche Neigung zeige und zur Darlegung der Mittel gleichsam auffordere, wie demselben ein noch besseres Loos zu verschaffen wäre, seie mit dem Vorschlag hervorzugehen, daß und wie solches mittelst Ueberlassung der Reichsstadt Augsburg an Baiern gegen Cedirung einiger von seinen fränkischen Entschädigungsobjecten an Baden, um damit den Theil des Oberamts Mosbach diesseits dem Neckar von Leiningen eintauschen zu können, sich bewirken lassen dürfte.

Jedoch seie selbst bei aller wahrnehmenden Geneigtheit dieser Vorschlag so lange auszusetzen, bis man von der allhier bevorstehenden Unterredung mit dem nach Regensburg bestimmten französischen Agenten Mathieu Favier[1] und von der von ihm zu erforschenden Wahrscheinlichkeit, wie das französische Gouvernement solchen Vorschlag ansehen möge, nähere Nachricht werde gegeben haben.

Dahero sei von dem in § 2 lit. c. angezogenen Memoire an den russischen Kaiser . . . anfänglich weiter nicht Gebrauch zu machen, als insoweit es die in §§ 4, 5, 6 et positis ponendis in § 7[2] enthalte.

9. Da dem Vernehmen nach bei der kaiserlichen und königlichen Zusammenkunft in Memel ein hessendarmstädtischer Abgeordneter erschienen und nach weitlosen Vermuthungen das Verlangen angebracht haben dürfte, daß die darmstädtische Entschädigung, sei es nun wegen des Abtritts von Hanau-Lichtenberg an Baden oder unter dem Vorgeben, daß Baden auch das Breisgau erlange, bis an den Neckar vorgerückt werde, wodurch das Oberamt Ladenburg

[1] Ueber diese Besprechung mit Mathieu siehe Nr. 201, 272 und 279.

[2] Sic! zu ergänzen etwa: „erwähnten Desiderien“.

und ein großer Theil vom Oberamt Heidelberg verloren gienge, so wäre diesem Anbringen entgegen zu arbeiten und fest darauf zu dringen, daß es hierunter lediglich und unabänderlich bei der abgeschlossenen Convention verbleibe.

Mit vorstehenden Beschlüssen wurden die eifrigsten Wünsche für die glückliche Reise des durchlauchtigsten Prinzen und für den besten Erfolg Ihres patriotischen Unternehmens verbunden[1].

Von der Hand des Geh. Raths Meier.

271. Edelsheim an die Erbprinzessin Wwe. Amalie.

O. D. (Ende Juni 1802)[2].

[Schreiben der Erbprinzessin an den Zaren. Empfehlung der badischen Interessen. Nachdrücklichste Vorstellungen bei der Kaiserin Elisabeth.]

Edelsheim dankt der Erbprinzessin Wwe. im Namen des Markgrafen dafür, daß sie sich gelegentlich der Mission des Prinzen Ludwig bereit erklärt, mittels eines Schreibens an Kaiser Alexander die badischen Interessen nachdrücklichst zu empfehlen; zugleich theilt er ihr die Punkte, die der Markgraf dabei berücksichtigt wissen möchte, nach den Vorschlägen Reitzensteins mit.

Quant à S. M. l'Impératrice Elisabeth, il pourrait être d'une nécessité absolue de lui parler beaucoup plus fortement, en ne lui cachant pas que le 1er Consul avait dit en propres mots qu'il était temps qu'elle se montrât enfin, et en lui représentant que son cœur lui reprocherait sans doute éternellement le défaut d'énergie qu'elle aurait montré dans une occasion où le sort futur de son grand-père et de son frère pouvait principalement dépendre d'elle et où surtout une faute commise ne pourrait jamais être reparée, si on laissait échapper le moment actuel.

Concept.

272. Mémoire confidentiel pour être présenté au Cte de Kotschubey[3].

O. D. (Ende Juni 1802).

[Odenheim und Hirschhorn. Ersatz für den Verlust von Heilbronn. Die Mediatisirung von Augsburg ermöglicht den Erwerb des leiningischen Theils von Mosbach.]

Die badischen Wünsche hinsichtlich Odenheims und Hirschhorns sind ebenso bescheiden als billig, und bedürfen keiner weiteren Rechtfertigung. Heilbronn, das ursprünglich

[1] Ein von Reitzenstein ausgearbeiteter Instructionsentwurf stimmt mit dem obigen im wesentlichen überein, nur wird darin auch das hessische Amt Schafheim angesprochen, und die Forderung sub 8. bestimmter gestellt. Die Mediatisirung von Augsburg, die begehrt wird, erregt bei Edelsheim und Meier schwere Bedenken, da man dadurch Frankreich, von dem die Reichsstadt ihre Existenz wol theuer erkauft habe, offendiren werde und der Markgraf bisher stets vermieden habe, „direct darauf zu wirken, daß durch Ihr Veranlassen einem Reichsstand die Existenz benommen werde“. Diese Bedenken haben wol die vorliegende Fassung von § 8 veranlaßt.

[2] Die Rückkehr der Erbprinzessin von der nordischen Reise nach Karlsruhe erfolgt am 26. Juni; in die ersten Tage nach ihrer Rückkunft ist zweifellos das vorliegende Schreiben zu verlegen.

[3] Von Reitzenstein entworfen, beiliegend eine zweite Denkschrift, die nachzuweisen versucht, daß die Vereinigung Augsburgs mit Baiern beiden Theilen nur zum Vortheil

Baden zugedacht war, ist in Folge der Vorstellungen Morkows verloren gegangen und Würtemberg zugewiesen worden; zweifellos habe Morkow dabei den wahren Sinn seiner Instructionen in seltsamer Weise verkannt, da der Zar ihn sicherlich nicht angewiesen habe «à affaiblir les avantages d'une maison alliée».

Es gelte, einen Ersatz ausfindig zu machen. Ein solcher wäre möglich, wenn der Zar sich entschließen würde, die Reichsstadt Augsburg Baiern zu überweisen und seinen Willen der Deputation kund zu geben. Dann wäre Baiern seinerseits in der Lage, einige würzburgische Aemter auf dem rechten Tauberufer an Baden abzutreten, die Baden gegen den leiningischen Theil des Oberamts Mosbach, auf dem linken Neckarufer, der etwa 9—10000 Seelen zähle, austauschen könnte.

273. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 13 Messidor an 10 (2. Juli 1802).

[Prinz Ludwig an Hédouville empfohlen. Bedenken wegen seiner Mission. Eine ständige diplomatische Vertretung in Petersburg vorzuziehen.]

Le Prince Louis de Bade va partir pour Pétersbourg. Je lui ai donné pour le général Hédouville une lettre de recommandation qu'il m'a demandée. J'ai cru devoir observer à ce Prince qu'il portait de trop en Russie son caractère d'oncle de l'Impératrice, que cette qualité tiendrait ouverts sur lui les yeux d'une autorité singulièrement jalouse; que si un de ces hasards fâcheux qu'aucune prudence humaine ne peut se promettre entièrement d'éviter, venait à le contrarier, son voyage aurait un effet directement contraire à celui qu'il se proposait[1]; qu'enfin au lieu de la course que S. A. allait faire à Pétersbourg il serait autrement avantageux, d'y tenir, à poste fixe, un des sujets du Margrave sans aucune illustration, mais qui aurait de la sagesse, des lumières, et porteur de bonnes recommandations; que cette mesure n'avait point les inconvénients dont je venais de lui parler.

Je n'ai pu m'entretenir sur ce sujet avec Mrs Edelsheim et Reitzenstein, vis-à-vis desquels le Prince Louis m'avait recommandé un silence absolu, bien que je susse qu'ils étaient les directeurs des arrangements de ce voyage.

Paris. Archiv.

274. Karl Friedrich an Kaiser Alexander I. von Rußland.

Karlsruhe, 4. Juli 1802.

[Dank für die Protection des Zaren. Empfehlung des Prinzen Ludwig.]

Sire!

L'heureux retour de ma belle-fille, la princesse héréditaire, et nos entretiens journaliers ne peuvent qu'augmenter toujours davantage ma pro-

gereichen und insbesondere dem Handel der Stadt zu neuem Aufschwung verhelfen werde. Prinz Ludwig sollte diese Noten in Petersburg übergeben, hat aber aus den weiter unten (Nr. 305) angeführten Gründen darauf verzichtet.

[1] Talleyrand mißbilligt diesen eigenmächtigen Schritt des Massias in einer Randbemerkung.

fonde reconnaissance des marques inappréciables de bienveillance et d'affection dont V. M. I. a comblé ma famille et de la haute protection qu'Elle accorde encore actuellement aux intérêts de ma maison dans une circonstance aussi importante que décisive pour notre sort et notre existence future. Je ne puis me refuser la consolation de charger mon fils, le Prince Louis, de porter aux pieds de V. M. I. l'hommage des sentiments dont je suis pénétré à cet égard; le vif désir de les Lui faire exprimer par un parent qui m'est si cher a motivé principalement cette démarche. Daignez, Sire, l'accueillir gracieusement et ajouter foi à tout ce qu'il aura le bonheur de représenter à Votre Majesté de ma part; surtout lorsqu'Elle lui permettra de L'entretenir du dévouement sans bornes et de la profonde vénération avec lesquels je suis etc.

Copie Edelsheims.

275. Note des Grafen Görtz.

Berlin, 6. Juli 1802.

[Rangstreitigkeiten unter den neuen Kurfürsten vorauszusehen. Bitte um Instruction.]

.... Il s'élèvera alors d'abord une discussion entre les nouveaux Electeurs pour la préséance. La convention entre la Russie et la France autant que j'ai pu remarquer par une lecture rapide de cette importante pièce, les nomme: Bade, Wurtemberg et Hesse Cassel. Ils sont tous les trois parmi les Princes alternants, mais Wurtemberg parmi ceux-là prétend être des premiers et dans le cercle de Souabe ce Prince précède effectivement sans contradiction celui de Bade. Ce sont de futilités, mais il serait d'autant plus fâcheux, s'ils devaient arrêter la marche, — selon les anciennes idées l'ordre aurait été: Wurtemberg, Hesse, Bade. Les ordres du Roi me seront nécessaires sur ce point ....

Berlin. St.-Arch.

276. Karl Friedrich an König Friedrich Wilhelm III. von Preußen.

Karlsruhe, 7. Juli 1802.

[Bitte um Preußens Fürsprache in der Entschädigungsfrage. Mission des Prinzen Ludwig.]

Eure Königliche Majestät haben mich durch die gnädigsten Zuschriften vom 16. März und 19. April des vorigen Jahrs[1] zu meinem unauslöschlichen Dank huldreichst zu versichern geruhet, daß Höchstdieselben geneigtest dazu beitragen würden, damit ich für den erlittenen schweren Kriegsverlust einen möglichst befriedigenden Ersatz erlangen möge.

Indessen scheint der entscheidende Zeitpunkt zur allgemeinen Berichtigung der Entschädigungsangelegenheiten, dem man schon dermalen nach dem Abschluß des Lunéviller Friedens nahe zu sein glaubte, erst jetzo wirklich einzutreten, und

[1] Siehe oben S. 4, 6.

ich wage es daher, bei Eurer Königlichen Majestät die inständigste Bitte um Höchstdero fernere vielvermögende Unterstützung devotest zu erneuern.

Ich wage noch mehr. Da an dieser Höchstdero Protektion mir alles gelegen ist, so erbitte ich für meinen Sohn, des Prinzen Louis zu Baden Liebden, die gnädigste Erlaubnis, Eurer Königlichen Majestät Gegenwärtiges persönlich überreichen und ehrerbietigst vortragen zu dürfen, daß ich in die geneigte Königliche Verwendung in dieser für mich und mein fürstliches Haus äußerst wichtigen Sache vertrauensvoll meine größte Hoffnung setze, daß ich die Verpflichtung zur immerwährenden innigsten Dankbarkeit auf meine Nachkommen vererben werde und daß ich in grenzenloser Verehrung unwandelbar verharre rc.

Concept Edelsheims, Karlsruhe. Orig. Berlin. St.-Arch.

277. Edelsheim an Prinz Ludwig.

Karlsruhe, 14. Juli 1802.

[Zusammenkunft Reitzensteins mit Mathieu. Mittheilung ihres Resultats. Beabsichtigte Begegnung des Herzogs v. Würtemberg mit dem Markgrafen.]

.... Reitzenstein, ayant reçu cette nuit une estafette du C^en^ Mathieu pour lui annoncer son arrivée à Strasbourg, il s'y est rendu ce matin pour une couple de jours; à son retour je manderai à Votre Altesse le résultat le plus essentiel de ses conférences[1] ....

Mittheilung der Correspondenz mit dem Herzoge von Würtemberg[2]. Es werde sich zeigen, ob der Herzog in seinem Verlangen nach persönlicher Aussprache «son inquiétude d'avoir l'air de nous faire une première visite» überwinden werde.

278. Faudel an Edelsheim.

Berlin, 17. Juli 1802.

[Haugwitz über die badische Entschädigung. Note wegen der preußischen Occupationen an das Wiener Cabinet.]

.... Die Entschädigungen, die S. Hf. D. der Herr Markgraf erhalten, sind der weisen Regierung und Leitung in denen kritischen Lagen dieses vortrefflichen Fürsten und Ew. Excellenz zuzuschreiben und angemessen; Minister von Haugwitz hat mir hiervon ein Detail gemacht und dabei seine herzliche Theilnahme und Freude bezeugt, — auch dabei den Ausruf gethan, mit denen Worten: „Ich würde mich herzlich freuen, wenn das Ausgleichen der Sache uns das Glück verschaffte, den würdigen Minister von Edelsheim hier zu sehen" .... Als einen besonderen Beweis des Zutrauens kann ich es ansehen, daß mir der Herr Minister die heute nach Wien abgehende hiesige Deklaration mitgetheilt,

[1] Reitzenstein kehrt am 18. d. M. von Straßburg zurück. Die in Aussicht gestellte Depesche Edelsheims fehlt; über ihren muthmaßlichen Inhalt s. Nr. 279. Die Note Reitzensteins o. D. und Nr. 305.

[2] Oben Nr. 198 ff.

die ich hier beilege und die in aller Betracht denen sämmtlichen Fürsten, die Entschädigung erhalten, zum Trost dienen kann[1]. . . .

279 Note Reitzensteins[2].

O. D. (Ende Juli 1802).

[Nachträge bezw. Abänderung der Instruction für den Prinzen Ludwig. Keinerlei Aussicht auf Erwerbung von Hirschhorn und Hilsbach und Mediatisirung von Augsburg. Warnungen vor der österreichischen Politik.]

Smo Princ. Ludovico werden hauptsächlich folgende Umstände zu wissen nöthig sein:

1. Daß das Ritterstift — la prévôté — Odenheim niemand anders in der Convention vom 3ten Juni zugedacht und wirklich blos durch ein Versehen des Copisten ausgelassen worden, daß auch die influirenden Personen des französischen Gouvernements bereits die Intention hätten, in Regensburg zu erkennen zu geben, wie die Säcularisation dieser Propstei zu Gunsten Badens ohnehin ihre Meinung gewesen und sie blos dafür gehalten hätten, daß sich solches, da der Sitz derselben ohnehin in Bruchsal sei, von selbst verstehe.

2. Daß wegen der Aemter Hirschhorn und Lorsch nichts auszurichten sei; da dem ohnehin gering durchkommenden Haus Nassau-Usingen alles Mainzische auf dem linken Mainufer exclusive der Darmstadt und Leiningen zugeschiedenen Aemter ausgeworfen sei, so gehe die Intention Frankreichs dahin, daß obige beide Aemter mit zu dem nassauischen Loose gehören sollten. Blos in dem Fall also, daß etwa Darmstadt unter glücklicheren Aussichten deren Acquisition zu negociiren suche, sei das Bemühen dahin zu richten, daß dieses Haus zwar das . . . Amt Lorsch, Baden aber alsdann wenigstens das Aemtchen und Kloster Hirschhorn erhalte.

3. Von allen Augsburg betreffenden Versuchen müsse ebenfalls gänzlich abstrahirt werden, indem bereits ein augsburgischer Abgeordneter nach Paris gegangen sei, dem das franz. Gouvernement ohnfehlbar schon officiellement und gegen gute Bezahlung die fortdauernde Immedietät dieser Stadt garantirt haben werde[3]. Ohnehin sei

[1] Preußen erklärt darin, daß es die nunmehr seinerseits erfolgende Besitznahme der ihm kraft der Pariser Convention vom 23. Mai zugefallenen Territorien erst dann als völlig beendet betrachten werde, „wenn durch den Weg der Reichsdeputation der letzte Stempel darauf gelegt worden". Das Gleiche gelte von allen anderen Entschädigungen. „Zufolge dieser Grundsätze", so schließt die Note, „werden diejenigen deutschen Fürsten, welche Ansprüche auf Entschädigungen zu machen haben, die nunmehr erfolgende Occupation dererjenigen, die Preußen zukommen, als einen Vorgang anzusehen haben, der wesentlich dazu beitragen wird, auch ihre gerechten Forderungen baldigst realisirt zu sehen."

[2] Zur Datirung vergl. S. 242 Anm. 1. — Vermuthlich liegen uns hier die Mittheilungen vor, die Edelsheim von Reitzenstein über die Conferenzen mit Mathieu erwartet und Reitzenstein mit Billet vom 19. Juli übersendet. Vergl. S. 181 Anm. 1.

[3] Geh. Rath von Pflummern, der anfangs Juli Karlsruhe auf der Durchreise nach Paris passirt. Meier an Edelsheim, 7. Juli. — Ueber die französische Politik gegenüber den größeren Reichsstädten s. Bertrand, Lettres inédites de Talleyrand, S. 31.

4. schlechterdings keine Hoffnung zu schöpfen, bei denen von Seiten Frankreichs für Leiningen besonders günstigen Gesinnungen das Oberamt Mosbach ganz oder auch nur die Amtskellerei Hilsbach anders als allenfalls kaufsweise zu acquiriren, da auf der einen Seite der erste Consul eine sehr entschiedene Abneigung gegen jede Abänderung zu hegen scheine, und auf der andern Seite man die Vertheilung der Rheinpfalz nach den ganzen Oberämtern auf alle Weise souteniren müsse, um sich dadurch gegen die äußerst lebhaften darmstädtischen Bemühungen, den auf der rechten Neckarseite gelegenen Theil der Oberämter Heidelberg und Ladenburg noch zu erhalten, zu sichern.

5. Gegen ebendiese Machinationen sei daher auch nöthigenfalls in Petersburg mit dem größten Eifer zu arbeiten.

6. Würtemberg verlange die . . . Herrschaft Neuhausen, die ihm aber französischerseits als zu dem badischen Loose gehörig abgeschlagen worden. Auch hierwegen müsse man daher in Petersburg wachsam sein.

7. Man habe immer mehrer Grund zu vermuthen, daß Oesterreich die Absicht haben dürfte, nach dem Beispiel der nächstbevorstehenden preußischen[1] und pfalzbairischen Occupationen auch seinerseits von dem auf dem rechten Innufer liegenden Theil Baierns militärischen Besitz zu nehmen, wogegen Baiern die Rheinpfalz behalten und Baden allenfalls das Breisgau angeboten werden möchte. Sollte in Petersburg ein derartiges Ansinnen geschehen sein, so erfordere es das diesseitige Interesse, sich fest an den kurbairischen Gesandten anzuschließen und den Kaiser zu vermögen, sich bei dem Wiener Hof peremtorisch dagegen zu erklären.

8. Ebenso habe man den Wiener Hof sehr im Verdacht, die geheime Absicht zu hegen, Preußen zwar ruhig von den ihm zugedachten Landen Besitz ergreifen zu lassen, den übrigen mindermächtigen Reichsständen aber solches quovis modo zu erschweren.

Auch dagegen, räth Reitzenstein, solle man sich in Petersburg verwahren.

Von Reitzensteins Hand, mit Correcturen Edelsheims.

---

280. Prinz Ludwig an Edelsheim[2].

Berlin, 20. Juli 1802.

[Unterredung mit Haugwitz. Die russische Ratification steht noch aus. Billigung und Unterstützung der Mission des Prinzen. Man räth zur Besitznahme der Entschädigungslande. Ernennung zum Generallieutenant.]

Prinz Ludwig ist am 18ten[3] in Berlin eingetroffen und hat noch am gleichen Tage mit Haugwitz conferirt.

---

[1] Die Besitznahme der preußischen Entschädigungslande erfolgt am 3. August; — ein weiterer Anhaltspunkt für die Datirung.

[2] Wie alle folgenden Berichte von der Hand Vierordts, der als Secretär den Prinzen begleitete, und von dem Prinzen unterzeichnet.

[3] Im Original ist irrthümlich der 20. Juli angegeben.

.... Er ging mit aller Bereitwilligkeit und Offenheit in die Entschädigungsangelegenheit ein. Noch hat der Kaiser von Rußland nicht unterzeichnet, man schmeichelt sich aber den 26ten d. M. die Nachricht davon zu erhalten auf wiederholtes Dringen und zwei eigenhändige Schreiben des Königs. Ich bin dringend angegangen worden, auf den Nichtunterzeichnungsfall des russischen Kaisers auch alles anzuwenden und alle Gründe vorzutragen, um den Kaiser unterzeichnen zu machen ....

Man giebt dem Entschluß meines Herrn Vaters, mich nach Petersburg abgeschickt zu haben, vollkommenen Beifall und hat mir versprochen, mich (sic!) an nichts fehlen zu lassen, was dazu beitragen könne, meinen Endzweck zu erreichen ....

Der Minister von Haugwitz hat mir heute noch aufgegeben zu berichten, daß, in dem Falle der Kurfürst von Baiern seine Entschädigungsobjecte besetzen würde, er sehr anrathe, ein gleiches von Seiten meines Herrn Vaters zu thun ....

Am 21ten, bemerkt der Prinz, werde er seine Reise nach Rußland fortsetzen, er erwarte nur noch einige nähere Mittheilungen „in Betreff des in Paris geschlossenen Tractats".

Der König, der ihn ausnehmend freundlich und zuvorkommend empfangen, habe ihn zum Generallieutenant der preußischen Armee ernannt.

281. Prinz Ludwig an Edelsheim.

Berlin, 21. Juli 1802.

[Mittheilung des Textes der Convention vom 3. Juni. Vorrang in der Kur. Odenheim nicht erwähnt.]

.... Mein hiesiger Aufenthalt giebt mir schon die Genugthuung, daß die Reise nicht ganz umsonst ist. Wenn die Auslegung der in Paris geschlossenen Convention[1] Wort für Wort so gelten soll, daß bei der Proposition der drei neuen Kurwürden der Rang derer, die sie erhalten sollen, ganz so etablirt werden solle, wie jeder genannt ist, so werden Würtemberg und Kassel, ohngeachtet sie eine Standeserhöhung erhalten, doch nicht ganz zufrieden sein[2]. Ich habe in dem badischen Loos das befragte Stück O[denheim] nicht besonders bestimmt gefunden und werde deswegen alles versuchen, um diese Omission herzustellen ...

282. Graf Haugwitz an König Friedrich Wilhelm III. von Preußen.

Berlin, 23. Juli 1802.

[Antwort auf das Schreiben des Markgrafen.]

Le Margrave de Bade ayant écrit à Votre Majesté à l'occasion du voyage du Prince Louis, pour Lui recommander de nouveau ses intérêts

---

[1] Den Wortlaut derselben theilt der Prinz beiliegend im Auszuge mit.

[2] Baden wird in der Convention bekanntlich an erster Stelle unter den neuen Kurfürsten genannt; vergl. Abschnitt 6.

au moment décisif où nous nous trouvons pour l'arrangement des indemnités en Allemagne, j'ai cru rencontrer Vos intentions, Sire, en faisant rédiger une réponse en Votre nom à ce Prince, conforme aux sentiments de bienveillance et d'amitié que Votre Majesté lui porte . . . .

Berlin. St.-Arch.

283. König Friedrich Wilhelm III. von Preußen an Karl Friedrich.

Berlin, 23. Juli 1802.

[Zusicherung nachdrücklichster Förderung der badischen Interessen.]

Ew. Durchlaucht und Liebden kürzlich an Mich erlassenes sehr schätzbares Schreiben habe Ich aus den Händen des Prinzen Louis zu Baden Liebden zu empfangen das Vergnügen gehabt. Ich ersuche Dieselben versichert zu sein, daß Ich, so wie Mir überhaupt nichts angenehmer sein kann, als Ihnen, wo es immer in Meinem Vermögen stehet, Beweise Meiner aufrichtigsten Theilnahme und Freundschaft zu geben, auch den gegenwärtigen entscheidenden Zeitpunkt in der Entschädigungssache dazu zu benutzen Mir gern werde angelegen sein lassen. Von der Aufrichtigkeit dieser Gesinnungen werden des Prinzen Louis Liebden bei Ihrer hiesigen Anwesenheit sich persönlich zu überzeugen Gelegenheit gehabt haben, und es bleibt Mir nur zu wünschen übrig, daß durch die großmüthige Mitwirkung Sr Kaiserl. Majestät von Rußland, sowie der französischen Republik der Erfolg bald, und wie Ich gewiß hoffe, auf das vollständigste den gerechten Erwartungen Ew. Durchlaucht und Liebden entsprechen möge. Empfangen Dieselben die wiederholte Bezeugung der wahren Hochachtung und Freundschaft, mit welcher Ich stets verbleibe.

Concept Berlin. St.-Arch. Orig. Karlsruhe.

284. Der schwedische Botschafter von Stedingk an Edelsheim.

Petersburg, 12./24. Juli 1802.

[Vereinte Bemühungen Stedingks und Hédouville's um die Ratification der Convention vom 3. Juni. Der Zar giebt nach und genehmigt dieselbe.]

In Folge einer Reise nach Finnland, wo er dem schwedischen Königspaare aufgewartet, habe er — berichtet Stedingk — das Schreiben Edelsheims[1] erst am 6ten Juli n. St. erhalten.

. . . . Le vicechancelier Prince de Kourakin étant l'homme du monde le plus obligeant et le mieux intentionné, ce fut à lui que je m'adressai le premier pour lui faire part des ordres réitérés que le Roi m'avait donnés pendant mon dernier voyage, de témoigner en toute occasion, combien Sa Majesté s'intéressait au succès des justes réclamations de S. A. S. Msgr. le Margrave[2] et que, le temps de la décision approchant, j'étais prêt à lui faire un office à ce sujet, s'il en était besoin. Il m'a dit qu'à la vérité

[1] Vom 15. Juni; oben Nr. 269.

[2] In einem an den Markgrafen gerichteten Schreiben vom 4./16. Juli bemerkt Stedingk, der König habe ihm ausdrücklich befohlen, «de m'occuper des intérêts de V. A. S. et de Sa maison comme de ceux qui regardent personnellement Sa Majesté».

toutes les difficultés n'étaient pas encore levées, mais qu'il espérait pouvoir bientôt me donner des nouvelles satisfaisantes. Cette réponse ne m'a pas rassuré entièrement, sachant combien l'ambassadeur d'Autriche se donnait de mouvement pour retarder du moins la résolution finale de l'Empereur. J'ai vu Mr d'Hédouville. Il a été au devant de mes désirs, en me communiquant non seulement tout le plan des indemnnités, mais aussi les démarches qu'il avait faites à cet égard et les obstacles qu'il rencontrait. Je me suis convaincu que V. Exc. était parfaitement bien informée des intentions de Mr de Morkow[1], et nous sommes convenus que, tandis qu'il insisterait conformément aux ordres du 1er Consul sur une prompte décision de la part de S. M. I., je ferai de mon côté des insinuations tendantes à la même fin et que sans trop brusquer il fallait éviter les délais.

En conséquence Mr d'Hédouville donna une note assez forte[2] pour déclarer, que si on n'acceptait pas le plan en entier, la Prusse et la Bavière de concert avec la France se mettraient en possession du lot qui leur était échu . . . . et que le Grand-Duc de Toscane serait obligé de chercher ailleurs que dans le pays de Salzburg le dédommagement qu'il devait avoir et qui en tous les cas ne pouvait pas outrepasser deux millions et demi de florins. Cette note fit un grand effet.

On trouva qu'elle était en termes trop forts, quoiqu'elle ne l'était (sic!), qu'elle avait même un air de menace, et on voulut engager Mr d'Hédouville à la retirer. Il n'en fit rien d'abord, mais quelques jours après sur la promesse du ministère que tout s'arrangerait au gré du 1er Consul, il eut cette complaisance[3] et obtint le lendemain $\frac{4}{16}$ juillet de Sa Majesté l'Empereur l'assentiment pur et simple de tout le plan des indemnités. Les changements que l'Empereur avait projetés à ce plan ou plutôt les additions qu'il y désire ont été remis à Mr d'Hédouville pour être recommandés aux bons offices du 1er Consul. La dignité électorale pour la maison de Mecklembourg en forme l'article principal. Le reste n'est d'aucune conséquence. Voilà, Mr le Baron, le résultat de cette affaire qui à ma très grande satisfaction a tourné entièrement à l'avantage de S. A. S . . .

---

[1] Morkow hatte in der That beantragt, die Ratification abzulehnen: genehmige der Kaiser den Plan, so verliere Oesterreich allen Einfluß im Reiche, die Reichsstände aber, die Bonaparte jetzt begünstige, würden für immer willenlose Werkzeuge Frankreichs. Auch Kotschubey theilte diese Bedenken. Auf Grund eines Vortrags Kurakins vom 7. Juli entschied sich aber das Conseil für die Ratification, zumal durch weitern Aufschub die Interessen der verwandten deutschen Fürsten geschädigt und Bonaparte schließlich doch nicht an der Durchführung seines Willens gehindert werden konnte. Tratchevsky, a. a. O. I, 416 ff., 445 ff. Wassiltschikow, a. a. O. II, 4, S. 307 ff.

[2] Dat. 16./28. Juni. Tratchevsky, a. a. O. I, 454.

[3] Vergl. Tratchevsky, I, 468 ff.; Thiers, Histoire du Consulat et de l'Empire etc., IV, 88.

285. Kaiser Alexander I. von Rußland an Karl Friedrich[1].

Petersburg, 14./26. Juli 1802.

[Anzeige der erfolgten Ratification. Der Zar erwartet die Annahme des Entschädigungsplans durch den Reichstag.]

Animé des mêmes motifs que ceux que m'exprime V. A. S. dans Sa lettre du 15 juin n. st. et reconnaissant comme Elle, combien il peut être utile au repos de l'Allemagne que les mesures prises pour les arrangements qui doivent le consolider ne soient point assujettis à de nouveaux délais, j'ai fait expédier, il y a quelques jours déjà, les ordres nécessaires pour que le plan que j'ai arrêté avec le gouvernement français soit incessamment présenté à la Diète de l'Empire. J'ai tout lieu de présumer de la sagesse de ses membres et de la conviction de leurs propres intérêts qu'ils ne mettront aucun obstacle à son acceptation. Je le désire vivement et je m'applaudirai d'autant plus d'y avoir contribué, que V. A. S. aura lieu d'en être pleinement satisfaite. J'ai saisi avec plaisir cette occasion de lui donner un nouveau témoignage des sentiments d'amitié et de considération avec lesquels je suis etc.

Unterschrift eigenhändig.

286. Prinz Ludwig an Edelsheim.

Königsberg, 28. Juli 1802.

[Ueber die Zusammenkunft der Souveräne zu Memel. Geheimhaltung der Convention vor Görtz; dessen Angaben betr. die Ortenau irrig. Der Zar hat ratificirt.]

|: A Memel on s'est amèrement plaint au Cte de Kotschubey de la manière dont Morkow s'est conduit vis-à-vis de la Prusse. Kotschubey a promis d'écrire à ce sujet à Morkow et qu'à l'avenir il espérait que ça n'arriverait plus. On assure que ces deux ministres ne sont pas bien ensemble.

Je Vous prie de ne rien dire au Cte de Gœrtz des articles copiés de la convention que je Vous ai envoyés. On a exigé de moi que je lui en fasse un mystère . . . . Si le Cte de Gœrtz Vous assure d'avoir vu dans la dite convention qu'outre le lot de la maison de Bade que nous connaissons il était encore dit expressément qu'une partie de l'Ortenau, évaluée à 200 000 fl de revenus, y était ajoutée, Vous pouvez être sûr que cela n'est vrai (?) . . . .

Peut-être qu'à mon retour je trouverai le moyen de me procurer la convention en entier, ce qui cette fois-ci n'a pas été possible sans être trop indiscret. J'ai lu deux fois et avec attention la copie originale de cette convention. Il n'y est rien dit de la prévôté d'Odenheim. Aussi n'est-

[1] Mit einem Schreiben des Fürsten Kurakin ähnlichen Inhalts vom 6./18 Juli, auf der Favorite am 14. August präsentiert.

elle pas promise à quelque autre personne, ainsi on peut être tranquille à ce dernier sujet.:|

Es ist nun noch nachzutragen, um den Theil der Instruction rücksichtlich der in Berlin einzuholenden Erkundigungen zu befolgen, daß in Memel von keinen Geschäften gesprochen worden, der Minister von Haugwitz nicht in dem Gefolge des Königs war, Kotschubey anfänglich auch nicht in dem Gefolge des Kaisers sein sollte, der Erbprinz von Mecklenburg aber eigens noch im Namen des Kaisers anfragen mußte, ob Kotschubey von Polangen mit herüber kommen dürfe. Von einem darmstädtischen Gesandten, der anwesend gewesen sein solle, will niemand etwas wissen oder gesehen haben[1] .... Soeben kommt der bairische Feldjäger zu mir, um mich zu versichern, daß der Kaiser unterzeichnet habe, daß bereits zwei Tage vor ihm der franz. Courier mit dieser so unbeschreiblich glücklichen und sehnlichst erwarteten Nachricht abgegangen seie. ... Es ist der glücklichste Augenblick in meinem Leben, indem ich dieses dictire. ...

---

287. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 29. Juli (1802).

[Räth, die Besitznahme der Entschädigungslande nicht zu übereilen. Wird mit Görtz in Regensburg conferiren.]

Das Schreiben des Prinzen Ludwig aus Berlin (vom 20 Juli) enthält überaus günstige Nachrichten.

.... Quant au conseil de Mr le Cte de Haugwitz de s'emparer aussi des objets d'indemnisation destinés à Votre Altesse, au cas que l'Electeur prenne ce parti[2], je crois qu'il sera infiniment sage de ne pas trop se précipiter à cet égard. Jusqu'à mon retour on y verra plus clair. Comme le Cte de Gœrtz doit être maintenant déjà en route pour Ratisbonne, je crois que je ferai conformément à la permission que Votre Altesse m'en a déjà donnée le crochet à mon retour de Munic pour me procurer un entretien avec lui ....

288. Prinz Ludwig an Kaiser Alexander I. von Rußland[2].

Peterhof, 9. Aug. 1802.

[Gesuch um Ueberweisung von Odenheim und Hirschhorn. Motivirung durch Hinweis auf die neuerwachsenden financiellen Lasten. Privilegium de non appellando.]

L'acquiescement de V. M. I. à l'important projet de médiation, signé à Paris entre Son ministre et celui du Gouvernement français, ne pouvait

---

[1] Vergl. Nr. 270 u. 305.

[2] Der Entwurf undatirt, von Reitzensteins Hand; eine Copie von Vierordts Hand ist irrthümlich vom 9. Juli aus Peterhof datirt, als Datum ist vielmehr der 9. August einzusetzen (s. Nr. 289 u. 305). Der darauf bezügliche Vermerk im Original ist jedenfalls erst am Tage der Uebergabe, 9. August, erfolgt.

pas encore être connu à Carlsruhe à l'époque de mon départ, mais les intérêts des trois maisons qui ont l'honneur, Sire, d'appartenir le plus près à Votre personne, s'y étant trouvés ménagés avec une grande précision, mon père osa se flatter que cette circonstance contribuerait beaucoup à déterminer V. M. à la ratification du résultat actuel des négociations qu'Elle avait confiées au C[te] de Morkow. Le Margrave, mon père, dès qu'il eut connaissance de l'importante convention qui doit fixer son sort . . ., n'eut rien de plus pressé que d'implorer à cet effet les bonnes grâces de V. M. par la lettre qu'il eut l'honneur de lui adresser en date du 15 de juin n. st. Rempli du doux espoir que V. M. I. n'aurait pas été insensible à ses très humbles sollicitations, il m'a expressément chargé, Sire, d'obtenir de V. M. la permission d'être auprès d'Elle l'organe de son très respectueux dévouement et d'une reconnaissance que je ne me sens pas capable d'exprimer complètement.

Des avantages considérables sous plusieurs rapports sont maintenant stipulés en faveur de notre maison; V. M. daigne y mettre le sceau par Son auguste approbation. Il ne me conviendrait donc nullement d'émettre des vœux qui se trouvent déjà remplis presqu'en entier ou de m'exposer au cruel reproche d'avoir cherché à abuser de Ses gracieuses dispositions à cet égard. Pour compléter cependant tout ce que les véritables intérêts de notre maison doivent faire désirer encore à mon père, il ne manque essentiellement que quelques objets de détail qui auront paru peut-être trop minutieux aux négociateurs de la convention de Paris pour les y exprimer ou bien qui ont pu avoir être oubliés dans la dernière copie.

C'est sous ce point de vue que je dois supplier très humblement V. M. I. de vouloir bien faire ordonner à Son chargé d'affaires à Ratisbonne de demander expressément que la prévôté d'Odenheim — oubliée dans l'énumération des objets d'indemnité assignés à notre maison par le traité de paix de l'année 1796, y soit comprise. Cette prévôté, Sire, ne comprend à la vérité que 5 villages, mais son siège est dans la capitale même de l'évêché de Spire, et malgré qu'elle ait presque toujours appartenu aux évêques, sa sécularisation au profit de la maison de Bade pourrait rencontrer des difficultés, si elle n'était pas expressément stipulée . . . . Il paraît aussi que dans la distribution des indemnités le très petit baillage de Hirschhorn n'a été assigné à personne et que conséquemment il est encore disponible. Ce baillage, composé seulement d'un bourg et de deux hameaux, a pu échapper par son peu d'étendue même à l'attention de tous les compétiteurs; enclavé dans le grand-baillage de Heidelberg, il arrondirait néanmoins, en y comprenant le couvent de Hirschhorn, le lot de mon père. Voilà donc, Sire, les deux objets qu'un seul mot de la part de V. M. assurerait à mon père sans aucune difficulté et dont le premier surtout

est vraiment indispensable pour plus d'une raison. Un vœu si modique paraîtra d'autant plus raisonnable à V. M., si Elle daigne porter un moment Son attention sur l'énormité des dettes dont une grande partie des pays destinés à notre maison est grevée et sur la nécessité évidente d'assurer par des rentes viagères la subsistance de tant de bénificiers qui ne doivent pas être entièrement la victime d'une mesure générale commandée autant par la justice que par la force des circonstances. Les finances de mon père se ressentiront plus que celles d'aucun autre Prince de l'Empire d'un fardeau auquel néanmoins sa manière de penser ne lui permettrait jamais de vouloir se soustraire.

On lui a destiné entre autres les restes de l'évêché de Bâle dont les revenus compensent à peine les fraix d'administration; il n'en retirera certainement pas la vingtième partie de ce que les pensions alimentaires de l'Evêque et de tout le chapitre lui coûteront; et si V. M. daignait faire ordonner à Son chargé d'affaires à Ratisbonne d'appuyer par cette raison la demande de la prévôté d'Odenheim et du baillage et couvent de Hirschhorn, il n'y aurait personne qui n'en dût sentir l'extrême justice. Enfin, Sire, tous les Electeurs actuels jouissent du privilège illimité de non appellando, c'est à dire du droit de faire juger en dernier ressort et sans appel les procès civils de leurs sujets entre eux; ce droit, accordé aussi aux maisons de Hesse et de Mecklembourg, est inhérant au Palatinat du Rhin dont une partie est destinée à mon père; pour l'étendre à tous ses états actuels et futurs il suffirait que V. M. en fît la demande ou à la Diète de l'Empire ou à la cour de Vienne.

Si j'ai osé fixer l'attention d'un monarque dont tous les moments sont destinés à faire le bonheur de 30 millions d'âmes sur quelques villages qui intéressent spécialement les indemnisations de la maison de Bade, ce n'est, Sire, que dans la respectueuse confiance que m'inspirent les sentiments de bienveillance dont V. M. I. a daigné donner de témoignages si affectueux à mon père. J'y fonde également l'espoir qu'Elle voudra bien accueillir gracieusement l'hommage de ma plus profonde vénération.

Copie Vierordts.

---

289. Prinz Ludwig an Edelsheim.

Peterhof, 10. Aug. 1802.

[Ankunft in Petersburg. Das Memoire dem Zaren übergeben.]

Gestern Abend um 8 Uhr kam ich hier an. Durch die regierende Kaiserin wurde ich dem Kaiser vorgestellt. Nachdem ich meine Briefe übergeben hatte, nahm ich Gelegenheit, dem Kaiser das Mémoire[1] zu überreichen. Er schien es gnädig aufzunehmen. Dem Fürst Kurakin und Grafen Kotschubey, die beide hier

[1] Oben Nr. 288.

anwesend sind, habe ich von diesem Mémoire bereits gesprochen und es ihnen dringend empfohlen. Beide schienen mir auch nicht sehr viel dagegen einzuwenden . . . .

---

290. Prinz Ludwig an Edelsheim.

Peterhof, 12. Aug. 1802.

[Keine Aussicht, mehr, als das Memoire vom 9. Aug. fordert, zu erhalten. Alles Weitere bleibt Frankreichs Initiative überlassen. Verzicht auf Hirschhorn. Zurückhaltung des russischen Cabinets.]

|: Le Prince Kourakin est très obligeant sur tout, mais porte seulement le nom de négociateur dans l'étranger. Kotschubey est proprement le faiseur; il est fort haut et difficile de lui parler d'affaires, évitant la question [1].

Doch hoffe ich, daß ich zu meinem Endzwecke gelangen werde. Mehr aber, als in meinem übergebenen Mémoire verlangt wird, ist schlechterdings nicht zu erhalten. Herr von Stedingk versichert, daß der Grundsatz des hiesigen Cabinets dahin gehe, daß, da einmal die Hauptsache entschieden seie, man sich auf die kleineren Details hier nicht einlassen wolle, sondern diese meistens Frankreich zu überlassen scheine. Dieses halte ich für sehr wichtig und gut und glaube, daß das, was M[athieu] als Nachtrag proponirt [2], hier keinen Anstand finden werde, weil die hiesige Stimmung leidend sehr gut, im Selbstwirken aber schläfrig ist. Alles kommt also meines Erachtens darauf an, daß M[athieu] gestimmt werde, die Desiderien hinzuzusetzen. Man glaubt hier die ganze Entschädigungssache vollendet, weil Oesterreich versichert haben solle, dagegen wenig Einwendung machen zu wollen . . . .

Eine Abschrift der Pariser Convention hat der Prinz noch nicht erhalten. Stedingk verspricht, ihn in seinen Bemühungen zu unterstützen.

(Nachschrift vom 13. August.)

. . . . Auf Hirschhorn werde ich nicht mehr appuyiren [3], ganz zurücknehmen kann ich es nicht mehr füglich, Odenheim und das ius de non appellando aber so dringend als möglich ans Herz legen. Die Hauptsache ist, daß Frankreich diese Gegenstände proponire. Hier ist's äußerst schwer zu negociiren.

Es wird so leicht nichts abgeschlagen, aber der gute Wille, — Sachen, um die man bittet, mit Lebhaftigkeit zu befördern — ist hier nicht zu Hause. Es ist mir ungemein angenehm, daß Sie meine Mission für vollendet ansehen, da die russisch kaiserliche Ratification erfolgt ist. . . . :|

---

[1] Der französische Text in Zahlchiffren, das Folgende in Geheimtinte.

[2] S. oben Nr. 279.

[3] In Folge der neuesten Weisungen aus Karlsruhe, die wol eine nur fragmentarisch erhaltene Depesche Edelsheims vom 21. Juli, praes. 12. Aug. in Petersburg, enthielt. Vergl. oben Nr. 279.

291. Prinz Ludwig an Edelsheim.

Peterhof, 16. Aug. 1802 (prs. 7. Sept.).

[Weisungen an Morkow und Bühler behufs Unterstützung der badischen Desiderien. Dankschreiben an Kurakin. Bedauern über den Verzicht auf Hirschhorn.]

Soeben trägt mir der Kaiser auf, meinen Herrn Vater nebst vielen Freundschaftsversicherungen zu benachrichtigen, daß er den Inhalt meiner übergebenen Note an den Grafen Morkow nach Paris und an den Herrn von Bühler nach Regensburg heute abgeschickt habe . . . . mit dem Befehl, die drei darin verlangten Gegenstände für Baden auf das nachdrücklichste zu verlangen und dafür zu sorgen, daß sie womöglich der Declaration beigefügt werden . . . .

Fürst Kurakin werde umgehend den Markgrafen selbst von dieser Entschließung benachrichtigen; es sei daher wünschenswerth, daß der Markgraf diesem „dem badischen Hause und dem König von Preußen ganz ergebenen Mann" in einem eigenhändigen Schreiben danke.

. . . . Nun hoffe ich den Zweck meiner Mission erfüllt zu haben und darf mir schmeicheln, daß in dieser Sache keine weibliche Seele gearbeitet hat. . . . Wäre es dann nicht möglich, da der Kaiser so gut gesinnt ist, Hirschhorn zu erlangen? Ich muß angelegentlichst bitten, in Paris und Regensburg alles anzuwenden, daß das russische Verlangen gut aufgenommen werde und man französischerseits nicht zu viele Schwierigkeiten mache. . . .

---

292. Edelsheim an Prinz Ludwig.

Favorite, 17. Aug. 1802.

[Mathieu auf der Favorite. Besprechung mit Bühler und Görtz in Regensburg. Neue Nachrichten von Reitzenstein. Hirschhorn und Hilsbach vergeben. Verlegenheit.]

. . . . Daß Bürger Mathieu den Tag nach meiner Zurückkunft hier bei S^mo gespeiset[1] und sodann nach Regensburg gereiset, um dem franz. Ministre Laforest, dessen genauere Bekanntschaft ich in München besonders cultivirt habe, in den bevorstehenden wichtigen Reichstagsunterhandlungen mit Rath und That an Hand zu gehen, wird Ew. D. bereits durch andere Briefsteller meistens bekannt worden sein. So kurz auch besagten M[athieus] hiesiger Aufenthalt gewesen, so war er doch in mehrerer Hinsicht ungemein interessant, und ich kann mit Wahrheit bezeugen, daß die wechselseitige Unterhaltung sehr erwünscht von statten ging. Auch mit Graf Görtz und Baron von Bühler habe ich sehr vertraute Gespräche in Regensburg gepflogen und die verbindlichsten Versicherungen ihres Eifers für das diesseitige Interesse von ihnen erhalten. . . .

[: Folgen Mittheilungen aus Reitzensteins Bericht vom 8. Aug. (oben Nr. 204) über Odenheim. Hirschhorn sei s. Zt. bereits den Grafen von Wartenberg, Hilsbach «immédiatement par le 1er Consul» dem Fürsten von Leiningen zugewiesen worden.

Tout cela est sans doute fort bon et nécessaire à savoir, mais ces avis postérieurs exigeraient des changements et des modifications essentielles

---

[1] Am 13. August, nach Edelsheims Rückkehr aus München. Vergl. oben S. 183.

au mémoire que Votre Altesse aura maintenant déjà présenté à l'Empereur: cette sollicitude me peine d'autant plus sensiblement qu'il n'y a pas eu moyen de L'informer à temps de ces circonstances et qu'il en résultera tout au moins des mal-entendus infiniment désagréables qu'il n'est plus possible de prévenir d'aucune manière. Cela me fait à cette heure blâmer et maudire un peu l'insatiabilité de notre bon Mr de Reitzenstein.:|

Concept.

---

293. Prinz Ludwig an Edelsheim.

Petersburg, 20. Aug. 1802 (prs. 10. Sept.).

[Der Kaiser wünscht, daß Baden erst nach dem Vorgange Preußens und Baierns die neuen Entschädigungslande besetze. Baron Stedingk.]

. . . . Die Meinung des Kaisers in Hinsicht der Besitzergreifung ist, daß er nicht wünscht, daß ein Haus, das mit ihm in engen Familienverhältnissen steht, das erste seie, das sich in den Besitz seiner Entschädigungsobjecte setze, daß aber auf den Fall, wenn Baiern seine Truppen aus der Pfalz zurückziehen sollte, um sich damit in den Besitz seiner neuen Entschädigungsgegenstände zu setzen, es allerdings der Wille und die Meinung des hiesigen Cabinets wäre, daß Baden durch das Beispiel von Preußen, Baiern und vielleicht noch einigen anderen Reichsfürsten gezwungen, um nicht der letzte zu sein, auch die Besitzergreifung zu unternehmen[1], um nicht durch das gar zu lange Zaudern vielleicht in Verlegenheit zu kommen.

Dies ist die mündliche Aeußerung des Grafen Kotschubey, die ich für Pflicht halte mitzutheilen. . . .

Den Herrn von Stedingk habe ich die Zeit gesprochen. Er scheint mir ein ungemein redlicher, für meinen Vater sehr aufrichtig gesinnter Mann zu sein[2]. . . .

---

294. Fürst Alexander Kurakin an Karl Friedrich.

Petersburg, 8./20. Aug. 1802.

[Badens nachträgliche Forderungen bewilligt. Weisungen an die Gesandten in Paris, Wien und Regensburg.]

Le mémoire remis à l'Empereur par le Prince Louis, exprimant les demandes que fait V. A. S. du droit de non appellando, commun à tous les Electeurs, et de quelques enclaves nécessaires pour Son arrondissement, a été agréé en plein par S. M. I., et je m'empresse de Lui annoncer que conformément à Ses désirs, les ordres ont été donnés aux ministres de l'Empereur à Paris, à Vienne, à Berlin et à Ratisbonne d'appuyer ces

---

[1] Sic! Zu ergänzen etwa: sich anschicke.

[2] Ueber Stedingk vergl. die rühmende Charakteristik Czartorisky's, Mémoires du Prince A. Czartorisky I, 340 ff.

demandes au nom de S. M. I. Il me reste à désirer que cette intervention, comme il y a tout lieu de l'espérer, ait tout l'effet que Vous avez lieu d'attendre, Monseigneur, du dégré d'intérêt que l'Empereur se fait un plaisir de porter à tout ce qui peut contribuer à Votre satisfaction.

Organe des volontés de l'Empereur dans cette occasion, je m'estimerai heureux d'avoir pu y contribuer etc.

Mit eigenhändiger Unterschrift.

295. Prinz Ludwig an Edelsheim.

Petersburg, 25. Aug. 1802.

[Aufenthaltsverlängerung. Gegen einen Verzicht auf Hirschhorn, da man in Petersburg günstig gestimmt. Graf Saurau.]

Auf Wunsch des Kaisers entschließt sich Prinz Ludwig, seinen Aufenthalt bis Mitte September zu verlängern, um den Manövern beizuwohnen.

. . . . Mein dringendstes Anliegen ist, ob es nicht möglich wäre, Hirschhorn zu erhalten, da hiesigerseits alles dazu beigetragen wird, es auch für mich hier viel zu spät war, nach dem erhaltenen Resultat der Unterredung des Herrn von Reitzenstein mit Mathieu davon abzustehen, ich also sehr compromittirt werden würde, wann badischerseits nicht ebenso lebhafte Schritte zu Paris und Regensburg wegen dieses Gegenstandes gemacht würden, als von Seiten Rußlands. Sollte es dann nicht möglich sein, denjenigen, dem es Frankreich zugedacht hat, durch andere Objecte zu befriedigen? Es arrondirt uns ja sehr, und diese Gelegenheit kommt nie wieder!

Mit dem Grafen Saurau[1] habe ich meine liebe Noth. Er bombardirt mich mit Höflichkeiten und Fragen rücksichtlich der Entschädigung, daß ich mir ihn beinahe nicht vom Leib halten kann. Er versichert mich, ohne daß ich ihn darum befragt habe, daß österreichischerseits dieses Geschäft in Regensburg keine großen Schwierigkeiten finden werde. . . .

296. König Friedrich Wilhelm III. von Preußen an den Grafen Görtz.

Berlin, 6. Sept. 1802.

[Weisungen Kurakins an Alopeus. Die badischen Nachtragsforderungen. Bedingte Unterstützung derselben durch Preußen.]

. . . . Vous trouverez ci-jointe en copie une lettre du Prince Kourakin au Sr d'Alopeus du 8 d'août[2], concernant la double demande du Margrave de Bade: 1° d'une petite extension de ses indemnités, 2° du privilège de non appellando. Vous appuyerez décidément et de Votre mieux la seconde. Quant à la première, il faudrait y voir plus clair pour en juger; si elle était favorable, j'en serais volontiers d'accord, mais si elle altère le fond de

[1] Oesterreichischer Gesandter in Petersburg.

[2] Beilage fehlt. — Baron Alopeus, russischer Gesandter in Berlin.

l'arrangement, je dois supposer que les ministres des puissances médiatrices seront les premiers à faire comprendre au Margrave l'impossibilité d'y déférer[1] . . . .

Concept, gez. Haugwitz. Berlin. St.-Archiv.

297. Edelsheim an Karl Friedrich[2].

Karlsruhe, 7. Sept. 1802.

[Der Zar schätzt den Prinzen Ludwig, vor allem seine militärischen Kenntnisse.]

Briefe aus Petersburg und Peterhof sind eingelaufen.

. . . . Es steht alles fürtrefflich und nach dem, was Prinzeß Amélie an ihre Frau Mutter schreibt[3], ist der Kaiser ganz à son aise und vertraulich mit unserem liebenswürdigen Prinzen Louis, besonders schätzen ihn S. Kais. Majestät wegen seiner militärischen Kenntnisse und finden, daß seine Grundsätze und Ideen ganz mit den Ihrigen harmonirten. Aber auch in der Politik ist des Prinzen Verwendung von dem besten Erfolg. Ich werde morgen das Erforderliche darüber nach Paris und Regensburg melden. . . .

298. Der französische Botschafter in Petersburg, General Hédouville, an Edelsheim.

Petersburg, 25 Fruct. an 10 (12. Sept. 1802).

[Seine Bemühungen für Baden eine Folge der Weisungen Bonaparte's.]

Msgr. le Prince Louis de Bade m'a remis la lettre que Vous m'avez fait l'honneur de m'écrire pour me prévenir de l'objet de sa mission auprès de S. M. l'Empereur Alexandre. Le C^en Massias a dû Vous informer que S. M. I. a donné son assentiment entier au projet d'indemnités . . . .

Je n'ai d'autre mérite dans cette affaire que d'avoir suivi de tout mon cœur les instructions du 1er Consul en ce qui concerne S. A. S. Msgr. le Margrave de Bade qui dans les moments les plus critiques n'a pas désespéré des destins de la France[4] . . . .

Eigenhändig.

299. Prinz Ludwig an Karl Friedrich.

Petersburg, 12. Sept. 1802.

[Schreiben des Kaisers an den Markgrafen. Ordensverleihungen.]

. . . . Der Kaiser hat mir, wie ich es heute früh in der Eile Ihnen schrieb, den Alexander Newsky und Andreas Orden gegeben; bei dem Abschiednehmen er-

[1] Am 20. Sept. berichtet Graf Görtz, da Frankreich die badischen Forderungen gleichfalls begünstige, scheine ihre Annahme nicht zweifelhaft. Berlin. St.-Arch.

[2] Der Markgraf hielt sich z. Zt. noch auf Schloß Favorite auf.

[3] Die Briefe der Prinzessin an ihre Mutter, die Erbprinzessin, sind nicht mehr vorhanden, wie denn überhaupt nur ein kleiner Bruchtheil der umfangreichen Correspondenz der letztgenannten Fürstin im Karlsruher Archive erhalten, das meiste aber anscheinend vernichtet ist.

[4] Die Phrase fast wörtlich aus dem Erlaß Talleyrands an Hédouville, vom 17 Prairial, bei Tratchevsky, I, 437.

hielt ich von ihm einen Brief an Sie[1]; er trug mir auf, Ihnen mündlich zu versichern, daß Sie sich bei allen Gelegenheiten, wo er Ihnen nützlich sein könnte, an ihn wenden möchten; was er im Stand sein würde zu thun, würde mit vielem Vergnügen geschehen; es war kein Compliment von seiner Seite, sondern sein wahrer Ernst; ich schmeichle mir, daß mein hiesiger Aufenthalt nicht ohne Nutzen war[2]. . . .

Eigenhändig.

300. Lucchesini an König Friedrich Wilhelm III. von Preußen.

Paris, 14. Sept. 1802.

[Prinz Ludwig hat in Petersburg weiteren Gebietszuwachs für Baden erwirkt.]

. . . . Un courrier dépêché de S[t] Pétersbourg par le Prince Louis de Bade au Margrave, son père, et par celui-ci à son ministre à Paris, y a apporté la nouvelle de l'adhésion de l'Empereur Alexandre à une augmentation du lot de cette maison d'une abbaye et de deux baillages mayençais [sic!] qui avaient échappé à l'avide recherche des nombreux aspirants à des indemnités. Le ministre de Bade m'a paru embarrassé lui-même de la justification de cette nouvelle extension des indemnités de cette maison. Je ne connais pas encore l'opinion du gouvernement français sur ce point . . .

Berlin. St.-Archiv.

301. Prinz Ludwig an Edelsheim.

Mitau, 17. Sept. 1802.

[Verlegenheit für Reitzenstein wegen Hirschhorn. Der Zar mit Baiern unzufrieden. Keine weitere Entschädigung des Großherzogs von Toskana auf Kosten von Baiern und Baden.]

|: Es war mir unmöglich, auf den Inhalt Ihres letzten Schreibens mit Bleichtinte[3] von Petersburg aus zu antworten. Ich selbsten fürchte, das an den Kaiser übergebene Memoire, welches den 16[ten] August nach Paris und Regensburg abgefertigt worden, möchte dem Herrn von Reitzenstein in Paris einige Verlegenheit verursachen. Indessen war es sein Wunsch und Wille, daß diese Gegenstände in Petersburg möchten betrieben werden, und mir schlechterdings unmöglich, nach denen von Ihnen erhaltenen Nachrichten einige Abänderungen darin zu bewirken.

Dem Kurfürsten von Baiern hat das Petersburger Ministerium ungemein übel genommen, daß er sich wegen der Besetzung von Passau und der von Oesterreich angebotenen Privatnegociation durch einen Courier eher nach Paris als nach Petersburg um Unterstützung gewandt hat. Die eigenen Ausdrücke des Kaisers desfalls gegen mich waren: «Quelle espèce d'homme est-ce Montgelas qui a fait faire ce pas de clerc à son maître?» . . . .

[1] Fehlt. Ueber die Ordensverleihungen vergl. Schöchlin, Gesch. des Großherzogthums Baden unter der Regierung des Großherzogs Leopold. S. 57.

[2] Prinz Ludwig tritt noch am gleichen Tage die Rückreise an.

[3] Oben Nr. 292.

Ferner hat der Fürst Kurakin auf Befehl seines Herrn den königl. kaiserl. Ambassadeur officiell benachrichtigen müssen, daß der Kaiser, sein Herr, sehr gerne das Loos des Großherzogs von Toskana zu vergrößern die Hand bieten würde, daß es aber nach der Lage seiner Entschädigungen nicht anders als [zum[1]] Nachtheil seiner nächsten Anverwandten Baiern und Baden geschehen könnte. Der königl. kaiserl. Hof dächte zu billig, um ihm zumuthen zu können, das Loos dieser beiden Verwandten zu vermindern, wozu er sich nie verstehen würde, indem er diesen Anverwandten ihre Entschädigung garantirt habe und dafür Sorge tragen würde, daß sie zu seiner Zeit in den Besitz gesetzt und darin erhalten würden. . . . :|

302. Edelsheim an Prinz Ludwig.

Karlsruhe, 22. Sept. 1802.

[Aussicht auf Erwerbung von Odenheim und Hirschhorn. Besitznahme des letztern durch Darmstadt.]

. . . . Zur Erlangung von O[denheim] giebt man uns anjetzt beinahe die gewisseste Zusicherung und sogar wegen Hirschhorn sollen wir die Hoffnung noch nicht ganz aufgeben, wiewol wir in der That in keinem Betracht weder irgend einen gegründeten Anspruch, noch auch nur ein zweckmäßiges Begehren darauf zu richten vermögen. Inzwischen hat Darmstadt solches angeblich als zu seinem Loos des mainzischen Landesantheils provisorisch occupirt. . . .

Concept.

303. Prinz Ludwig an Edelsheim.

Berlin, 28. Sept. 1802.

[Prinz Ludwig empfiehlt die Regelung seiner Ansprüche auf Salem.]

Prinz Ludwig ist am 28ten wieder in Berlin eingetroffen.

. . . . Da nun eigentlich der mir gegebene Auftrag vollführt ist, so werden Ew. Exc. es mir nicht verargen, daß ich zutrauensvoll nun auf meine Privatangelegenheit in Rücksicht des Entschädigungsgeschäfts übergehe. Bisher hat mir [sic!] Pflicht und die Hauptangelegenheit des badischen Interesses, über Salmansweiler[2] mich zu äußern, zurückgehalten. Nun aber erlauben Sie, daß ich diesen Gegenstand Ihnen dringend empfehle und so freundschaftsvoll die Auseinandersetzung dieser Angelegenheit in Geduld erwarte. . . .

304. Prinz Ludwig an Edelsheim.

Wittenberg, 3. October 1802.

[Rußland hat die Note vom 9. Aug. auch Preußen zur Unterstützung empfohlen. Ordre an Görtz.]

. . . . Meine in Petersburg eingereichte Note ist von dem russischen Cabinet zur Unterstützung auch Preußen anempfohlen worden. Der Minister

[1] Unleserlich, weil die Tinte verblaßt.

[2] Die Abtei Salem war durch den Entschädigungsplan den Prinzen Ludwig und Friedrich als Entschädigung für Kutzenhausen überwiesen.

von Haugwitz zeigte mir die Weisung des Königs an den Graf Görtz, die so bestimmt als schmeichelhaft für meinen Herrn Vater abgefaßt ist[1]. . . . Es sollte mich ungemein freuen, wann, aller Umstände ohngeachtet, Baden gleichsam gezwungen würde, Hirschhorn bon gré, mal gré annehmen zu müssen; nur schade, daß Darmstadt es schon in Besitz genommen hat. . . .

---

305. Schlußbericht des Prinzen Ludwig.

Karlsruhe, 12. October 1802.

[Resultate seiner Mission.]

Einen Hauptbericht über die von meinem Herrn Vater mir aufgetragene Negociation in Petersburg glaube ich nicht vollständiger erstatten zu können, als wann ich, wie hiermit geschieht, die sämmtlichen Bemerkungen, welche ich über jeden Punkt meiner Instruction, wobei das Ettlinger Conferenzprotokoll von dem 29. Junius[2] zum Grund gelegt wurde . . . ., nach Maßgabe ihrer Ausrichtung zu meiner eigenen Erinnerung nach und nach aufgezeichnet habe, anbei überreiche.

Somit unter Bezug auf dieselbe:

ad art. 1.

Es war in Berlin nicht möglich, von dem verlangten Entschädigungsproject abschriftlich mehr zu erlangen, als ich den 21. Juli von da einschickte. Die Mittheilung dieser Punkte durch den Minister von Haugwitz beweisen [sic!] seine Bereitwilligkeit, das badische Interesse zu befördern, wovon er mir auch bei anderen Gelegenheiten unzweifelhafte Beweise gab.

Die kaiserliche und königliche Zusammenkunft in Memel hatte wenig directen Einfluß auf das fernere Benehmen beider Monarchen bei den Entschädigungsangelegenheiten. Durch die persönliche Bekanntschaft und dadurch entstandene Freundschaft wurde von beiden verabredet, ohne Zuziehung ihrer Ministres sich wechselseitig zu schreiben. Da nun dem Vernehmen nach dieser Briefwechsel seinen Anfang genommen haben soll, so kann man hieraus einigermaßen die Vermuthung schöpfen, daß er mit zur kaiserlichen Ratification beigetragen habe. . . .

ad art. 2, c.

Das Mémoire an den russischen Ministre der auswärtigen Angelegenheiten[3] wurde nicht übergeben, weil bald zu beurtheilen war, daß die Stadt Augsburg zu annehmliche Gründe in Paris aufstellen würde, wodurch der Inhalt dieser Note keinen Eingang finden konnte. Späterhin wurde die Weisung von Karlsruhe als Resultat der Unterredung des Herrn Geh. Raths von Reitzen-

---

[1] Schwerlich ist damit die oben Nr. 296 mitgetheilte Weisung an Görtz gemeint; ihr Inhalt stimmt wenigstens nicht ganz zu dem, was der Prinz hier darüber berichtet.

[2] Oben Nr. 270.

[3] Oben Nr. 272.

stein mit dem Bürger Mathieu Favier in Straßburg ertheilt, keine Erwähnung von der Stadt Augsburg zu thun. Die beiden Empfehlungsschreiben meines Herrn Vaters — a und b — nebst dem Mémoire[1], . . . wurde (sic!) den 9ten August in Peterhof den Abend meiner Ankunft dem Kaiser überreicht. . . .

Auf die Schreiben a und b erhielt ich bei meiner Abreise vorzüglich für die Zukunft sehr befriedigende und erfreuliche Rückantwortschreiben[2], wobei der Kaiser mir mündlich äußerte, wie sehr gerne er es sehen würde, wenn man sich bei allen vorkommenden Gelegenheiten, worinnen er das badische Interesse befördern könnte, unzurückhaltend an ihn wendete, sowie wenn das Entschädigungsgeschäft sich in die Länge ziehen sollte oder sonsten Umstände dabei eintreten würden, wobei man seine Verwendung, um sie zu heben, für nöthig erachtete, er bereit wäre, jedes Ansuchen dieser Art mit Vergnügen zu empfangen.

ad art. 3.

Die vollständige Declaration von dem russischen kaiserlichen Cabinet, so wie sie als Convention von dem Grafen Morkow eingeschickt und dorten ratificirt wurde, habe ich unter dem 31. August über Stockholm, der Sicherheit wegen, eingeschickt. . . .

Der schwedische Botschafter war zuvorkommend höflich gegen mich. Es war deutlich zu bemerken, daß ihm das badische Interesse zu unterstützen von seinem Hof aufgetragen war. Der französische Abgeordnete aber erzeigte weit volleres Vertrauen[3]. Er war unrückhaltbar offen bei allen Gelegenheiten gegen mich, sagte mir, daß er beauftragt sei, die badischen Angelegenheiten als die der Republik anzusehen, daher er auch keinen Anstand nahm, mehrere seiner Depeschen und Papiere mich einsehen zu lassen. Er äußerte mir, daß er schon öfters den russischen Ministres versichert habe, daß das französische Gouvernement fest entschlossen sei, Baden auf das beste, wie es sich nun ergebe, zu entschädigen. Es geschehe keineswegs, um wegen der obwaltenden Verwandtschaft des Kaisers mit dem badischen Haus dadurch von ihm ähnliche Gefälligkeiten bei eintretenden Fällen zu erlangen; nur schmeichle sich der Erste Consul, daß wegen diesen Verwandtschaftsverhältnissen man russischerseits keine Verhinderungen ihm, um den Markgrafen von Baden anständig zu entschädigen, in den Weg legen würde.

ad art. 4.

Das Entschädigungsproject wurde bekanntlich vor meiner Ankunft in Petersburg ratificirt. . . . Da in der russischen Declaration alle Entschädigungsobjecte garantirt worden, so wäre es überflüssig gewesen und würde einen Schein

---

[1] Vom 9. Aug.; oben Nr. 288.

[2] Fehlen. Vergl. Nr. 299.

[3] Ueber den Verkehr des Prinzen mit Hédouville s. den Bericht des letztern vom 26. Aug. bei Tratchevsky, I, 498.

von Mißtrauen und Zweifel vorausgesetzt haben, eine eigene Garantie für das badische Loos zu verlangen.

ad art. 5, 6 und 7.

Dem Inhalt dieser drei Punkte gemäß wurde eine Note übergeben. . . . Dieses Mémoire wurde russischerseits dem Herrn von Morkow in Paris und dem Herrn von Bühler in Regensburg unter dem 14ten August[1] zugeschickt mit dem bestimmten Befehl, [es] dem ganzen Inhalt nach in Erfüllung zu bringen. . . .

Nachdem dieses mehrgedachte Mémoire durch das Département der russischen auswärtigen Angelegenheiten zur Bewirkung seines ganzen Inhalts nach an die beeden oben angeführten Orte und zur Unterstützung nach Berlin abgegangen war, wurde mir 8 Tage später von Karlsruhe aus die Weisung ertheilt, das Amt Hirschhorn nicht zu verlangen, indem schon französischerseits für Nassau-Usingen weiter darüber disponirt sei. Einige Zeit nachher wurde mir der Wunsch von Haus geäußert, das Stift Odenheim aus dem einzureichenden Mémoire herauszulassen, allein beede Weisungen erhielt ich zu spät, es war daher unmöglich, dieses Verlangen zu erfüllen[2].

In dem Augenblick, als ich dieses schreibe, hat Darmstadt provisorischen Besitz des Amts Hirschhorn genommen; es ist mir unmöglich, ganz meine Empfindung hierüber zu unterdrücken, sowie ich die Nichterlangung dieses mehrgedachten Amtes schlechterdings nicht dem Kaiser von Rußland zuschreiben kann. Haben sich die Abgeordneten wegen dieses Gegenstandes etwas zu Schulden kommen lassen, so wird der Kaiser, wann er davon Kenntnis erhält, den Herrn von Bühler gewiß zur strengsten Verantwortung ziehen.

ad art. 8.

Dieser Punkt ist bereits genugsam durch den art. 2, lit. c erläutert. Die geflissentliche Neigung des russisch kaiserlichen Hofes, Baden noch weiter, als es bereits geschehen, zu begünstigen, ließ sich übrigens außerordentlich nicht verspüren. Dieser Grund scheint vorzüglich in der einmal abgeschlossenen Convention zu liegen, wodurch man russischerseits dieses Geschäft für geendiget ansieht. . . .

ad art. 9.

Bei der kaiserlichen und königlichen Zusammenkunft in Memel fand sich kein darmstädtischer Abgeordneter, wie vermuthet wurde, ein. . . . Der Prinz Georg von Darmstadt war zwar anwesend, ohne aber irgend eine Aeußerung zu thun, wodurch man die Vermuthung hätte schöpfen können, daß ihn der Landgraf mit irgend einem Auftrag dahin abgeschickt habe.

Eigenhändig.

---

[1] Am 16. Aug. nach dem Berichte vom 17. Sept. oben Nr. 301.

[2] Die beiden Schreiben fehlen; über den Inhalt des ersteren s. oben Nr. 292.

306. Note Reitzensteins.

O. D. (Nov. 1802)[1].

[Aufträge Bonaparte's. Ministerwechsel in Petersburg und seine Folgen. Herrschsucht der Kaiserin-Mutter und Gefahr für die regierende Kaiserin. Bonaparte wünscht regere Theilnahme der letzteren an der Politik, im Anschlusse an Frankreich.]

La communication dont le Premier Consul m'a fait charger par le ministre des relations extérieures, est relative aux trois points suivants.

1) Que S. M. l'Empereur de Russie soit informé du but de l'intervention française dans les affaires de la Suisse, ce qui a déjà été résolu.

2) Que S. M. l'Impératrice Elisabeth soit prévenue sans aucun délai des dangers personnels auxquels cette Princesse allait se trouver exposée et généralement du point de vue sous lequel le Premier Consul envisage les changements ministériels qui ont eu lieu dernièrement à Pétersbourg[2]. En voici le développement.

La nomination du Prince Czartorisky en remplacement de Mr de Kotschubey n'a point déplu à Paris, parce qu'on a cru avoir des raisons fondées pour ne pas mettre une entière confiance dans la sincérité du zèle qu'à la vérité celui-ci a montré en différentes occasions pour les intérêts de S. M. l'Impératrice régnante, à laquelle on croit Mr de Czartorisky bien plus sincèrement dévoué. Mais, ce qui a paru alarmant au dernier point, c'est la nomination du Cte de Woronzow à la place de grand-chancelier. Le Premier Consul voudrait qu'on ne laissât pas ignorer à S. M. l'Impératrice Elisabeth que ce choix d'ailleurs peu agréable sous d'autres rapports à la France n'a pu être proposé ni par le amis de Sa Majesté, ni par ceux de l'Empereur même et qu'il doit être attribué exclusivement à l'influence, ou plutôt à la prépondérance absolue de l'Impératrice Mère. On a recueilli à Paris des données assez positives, pour qu'on croie pouvoir supposer que cette nomination tient à d'autres combinaisons et qu'elle n'est que le premier pas vers l'exécution d'un projet qui tend à exclure l'Empereur lui-même des affaires, à donner les rênes du gouvernement à l'Impératrice Mère et à lui faciliter par conséquent les moyens de s'abandonner au projet de vengeance, qu'elle médite depuis longtemps et dont S. M. l'Impératrice régnante serait infailliblement la première victime. Le Premier

---

[1] Die Note fällt ihrer Entstehung nach in die Zeit von Reitzensteins Aufenthalt in Karlsruhe im Nov. 1802. Vergl. oben Nr. 233.

[2] Zur Situation: Am 18. Sept. ist der russische Vicekanzler Fürst Kurakin entlassen worden, an seine Stelle tritt Graf Alex. Woronzow, Bruder des Botschafters in London und wie dieser ein Freund Englands; Graf Kotschubey, bisher Minister des Auswärtigen, übernimmt das Ministerium des Innern, während der dem Zaren befreundete Pole Czartorisky als Adjunct Woronzow beigegeben wird. Vergl. Tratchevsky, a. a. O, I, 511 ff., 515 ff.; Czartorisky, Mémoires I, 316, 331 ff.; Tatistchew, a. a. O., II, S. 41 ff.

Consul désire que dans une conjoncture aussi importante la tendresse maternelle de S. A. S. Mme la Princesse héréditaire, l'ascendant paternel de Msgr. le Margrave et les exhortations fraternelles de Msgr. le Prince Louis puissent être réunies à la fois pour conjurer S. M. l'Impératrice Elisabeth, de ne pas rejeter les avertissements qui Lui sont donnés, de croire à la réalité des dangers qui L'environnent, d'être sur Ses gardes au bord du précipice, de considérer enfin, que Sa Majesté n'est pas une dame ordinaire, et que puisque la Providence l'a placée au poste éminent où Elle Se trouve, des devoirs sacrées Lui sont imposés envers Elle-même, envers Son auguste époux, envers la maison et le pays qui Lui ont donné le jour, envers la Russie, envers l'humanité entière. Sa Majesté ne doit pas se flatter que le sacrifice généreux de Sa personne suffirait pour détourner l'orage de ceux qui doivent être chers à Son cœur. Des propos inconsidérés, échappés à la sécurité, peut-être même à l'impatience de Mr de Morcow à Paris et du Cte de Woronzow, frère du grand-chancelier actuel, sont venus à l'appui des soupçons conçus depuis longtemps sur l'étendue affreuse des projets de l'Impératrice Mère et font naître la crainte horrible que la voix du sang ne l'empêcherait pas de se défaire du monarque même, dès qu'au lieu d'y voir son fils elle croirait ne voir en lui qu'un obstacle à son domination exclusive[1].

3) Le Premier Consul ne voit qu'un seul et unique remède à ce mal, c'est que S. M. l'Impératrice Elisabeth puisse allier à Ses autres belles qualités une sans laquelle les Impératrices de Russie ne se sont jamais soutenues et dont l'absence en a déjà fait mourir ou exiler quelques unes; c'est à dire de la vigueur dans la conduite, la persuasion de l'absolue nécessité de prendre part aux affaires, enfin la force de volonté nécessaire pour exercer l'influence, que sa sûreté personnelle, le bien de l'état et la tranquillité de l'Europe lui imposent le devoir d'exercer. C'est en quoi le Premier Consul veut aider Sa Majesté. Un des premiers pas à faire c'est de Se créer un parti à la tête duquel Elle soit. Quand il s'agira par conséquence de faire entrer au gouvernement des personnes éprouvées et entièrement dévouées à la personne de Sa Majesté, Elle pourra s'adresser avec confiance au général Hédouville, il a déjà les ordres et les instructions nécessaires à cet égard, il fera tout ce qui sera en son pouvoir pour mettre en avant de pareilles personnes; lorsqu'au contraire il s'agira d'éloigner ceux dont les intentions seraient mauvaises ou douteuses, Sa Majesté doit compter de trouver le même appui de la part du ministre français. Comme enfin l'ascendant de l'Impératrice régnante ne

[1] Ueber die gegen das liberale Regime des Zaren gerichtete altrussische Opposition, die von dem Salon der Kaiserin-Mutter ausging, vergl. Czartoryski, Mémoires, I, 316.

saurait être mieux établi qu'en entourant Sa Majesté du respect national, le Premier Consul le lui fera également obtenir[1].

La Russie peut avoir des vues ou des vœux qu'elle ne saurait remplir sans l'assentiment de la France; cet assentiment dans les affaires d'importance, quand même on l'aurait refusé à toutes les autres instances, sera donné par le Premier Consul, lorsque ce sera par S. M. l'Impératrice Elisabeth qu'il aura été demandé.

Toute la question se réduit à savoir, si ce doit être la mère ou l'épouse qui aura la confiance du monarque et les rênes de l'état. Il n'y a point de milieu. Il faut seulement se conduire avec de la vigueur et de la prudence en même temps; surtout il faut s'appliquer à bien connaître les hommes. Mr de Woronzow est celui de l'Impératrice Marie, son caractère se rencontre merveilleusement avec celui de sa protectrice, il le porte à la violence dans les entreprises et aux extrémités dans leur exécution[2].

---

307. Karl Friedrich an Kaiser Alexander I. von Rußland.

Karlsruhe, 26. Nov. 1802[3].

[Beruhigt den Zaren über Bonaparte's Pläne betr. der Schweiz. Reclamationen wegen Ostrach. Event. Beilegung der Differenzen mit Baiern wegen der Pfalz durch Schiedsspruch des Zaren.]

Dank für die huldvolle Aufnahme des Prinzen Ludwig. Der Zar habe ihn ermächtigt, ihm auch weitere Anliegen vertrauensvoll vorzutragen[4].

. . . . Le premier besoin que j'éprouve à cet égard, c'est de rendre compte à Votre Majesté des dispositions tout-à-fait rassurantes, dans lesquelles j'ai trouvé le 1er Consul de la République française touchant une affaire de la dernière importance pour la tranquillité future de mon pays. Il n'y a pas un seul Prince de l'Allemagne qui [ne] soit aussi particulièrement

---

[1] Das Bestreben, mit Hilfe der regierenden Kaiserin eine einflußreiche französische Partei zu begründen, verräth sich auch in dem für Bonaparte's Politik bezeichnenden Versuche, die Kaiserin durch die Pariser Modeneuheiten für Frankreich zu gewinnen. S. die Weisung Talleyrands bei Tratchevsky, I, 521.

[2] Ob man in Karlsruhe diesen Wink befolgt und sich des Auftrages entledigt hat, ist zweifelhaft; aus verschiedenen Bedenken hat man, wie anzunehmen, wol darauf verzichtet. Die Briefe der Erbprinzessin Wwe. an die Kaiserin, die darüber Aufschluß geben müßten, liegen in Petersburg; Concepte dieser Correspondenz sind im Karlsruher Archive nicht vorhanden.

[3] Concept, undatirt, von Reitzensteins Hand; Copie bezw. Concept mit obigem Datum im Gr. Fam.-Archiv. — Ueber den Anlaß zu dem Schreiben s. Nr. 233 und 306.

[4] S. oben Nr. 299.

intéressé que moi à ce qui se passe en Suisse[1]. Le voisinage de mon pays et du canton de Bâle avait établi depuis longtemps avec toute la confédération helvétique des rapports directs qui ont été extrêmement multipliés par l'acquisition actuelle de l'évêché de Constance qui tire de la Suisse la plus grande partie de ses revenus.

Le 1er Consul n'a pas méconnu l'importance des motifs qui m'ont dû déterminer à m'informer directement de ses dispositions relativement à l'Helvétie. Il m'a fait sur cet objet les ouvertures les plus franches, en me faisant assurer officiellement que le seul but de son intervention dans les affaires de la Suisse avait été de faire cesser les guerres intestines et l'esprit de faction qui désole effectivement depuis 4 ans cette malheureuse contrée, de connaître par lui-même le véritable vœu national et de contribuer enfin à l'établissement d'un gouvernement, assez impartial, assez indépendant des différents partis qui ont alternativement joui et abusé d'un triomphe aussi facile que l'a été ensuite leur défaite, assez respecté enfin de la nation pour pouvoir maintenir sa neutralité à l'avenir.

Ce que le 1er Consul m'a particulièrement témoigné, c'est que pour prévenir toutes les inductions qu'on pourrait vouloir fonder à cet égard sur le résultat de la consulte de Lyon[2], il était déterminé à ne se mettre dans aucun cas à la tête du gouvernement de l'Helvétie et à se refuser même à toutes les sollicitations qui pourraient lui être faites à cet égard par les Suisses même. Les troupes françaises, en conséquence des mêmes ouvertures, ne resteront en Suisse que jusqu'à l'établissement du gouvernement que la nation aura jugé le plus propre pour la sauver. Celui-là seul paraîtra remplir ce but aux yeux du 1er Consul qui ne sera dans la dépendance ni de la France, ni de l'Autriche. Je suis entièrement persuadé de la sincérité de ces ouvertures et j'ai par conséquent tout lieu d'espérer que le rétablissement de l'ordre et de la subordination dans la Suisse contribuera efficacement à préserver ses voisins et particulièrement mon pays des suites que l'anarchie à laquelle elle a été trop longtemps en proie me faisait craindre pour l'avenir[3].

---

[1] Zur Situation: In Folge des bewaffneten Widerstandes gegen die Einführung der von Frankreich begünstigten Verfassung vom 3. Juli hatte Bonaparte durch die Proclamation vom 30. Sept. zur Abordnung einer Consulta nach Paris und Berathung über eine endgiltige Verfassung aufgefordert und Befehl zum Wiedereinmarsch franz. Truppen ertheilt, unter deren Einfluß die Wahlen zur Consulta erfolgten. Vgl. v. Tillier, Gesch. der helvet. Republik, III, passim. Ueber das durch Laharpe geweckte Interesse des Zaren an diesen Vorgängen s. Tratchevsky, I, 545, 553, 593.

[2] Die Consulta zu Lyon vom Jan. 1802, wo sich Bonaparte zum Präsidenten der cisalpinischen Republik hatte proclamiren lassen.

[3] Ähnliche Gedanken hat Reitzenstein, wie man sich erinnert, schon in einem Berichte vom 10. Oct. (oben Nr. 226) ausgeführt.

La déclaration additionnelle que le ministre plénipotentiaire de Votre Majesté à Ratisbonne et celui de la France ont présentée le 8 du mois passé à la Députation de l'Empire ayant compris dans le lot du P^ce de Tour et Taxis des appartenances de l'abbaye de Salmansweiler qui n'en avaient point été nommément exceptées dans la convention du 3 juin[1], mon ministre à Paris, — auquel je n'avais pas encore pu faire parvenir des instructions à ce sujet, avait cru devoir adresser au gouvernement français des réclamations contre une modification qui fait perdre 25000 fl. de revenus à mes deux fils; il y avait ajouté des propositions qui lui avaient paru offrir un moyen assez facile pour compenser cette perte par un sacrifice léger qui serait imposé à l'ordre de St Jean[2] . . . . A présent qu'il vient de me rendre compte de cette démarche, je n'ai pu que l'approuver, mais je m'empresse en même temps d'adresser au grand-chancelier de Votre Majesté . . . . une copie de la note présentée à Paris, osant me flatter, qu'Elle daignera accorder d'avance Sa gracieuse approbation aux démarches que le Bon de Bühler pourra être dans le cas de faire et qu'Elle voudra approuver un expédient dans lequel je vois le seul et unique moyen de me mettre en état de dédommager mes fils qui ont perdu en Alsace la seigneurie importante de Kutzenhausen . . . .

Mes relations amicales avec mon petit-fils, l'Electeur de Bavière continueront, à ce que j'espère, à subsister dans toute leur intimité, malgré la différence d'opinion qui s'est manifestée sur quelques points assez importants relatifs au Palatinat du Rhin. Je me flatte que la loyauté naturelle de l'Electeur écartera les difficultés qu'on a pu entrevoir dans une première discussion, mais qui ne résisteront pas aux efforts que j'emploierai pour faire rendre justice à l'équité des principes qui me dirigent. Dans le cas bien malheureux cependant qu'un accomodement juste et équitable ne pourrait être amené par l'extrême modération dont je ne m'écarterai jamais dans cette affaire, je compte de recourir alors à la décision des puissances médiatrices, et je ne doute nullement que le ministre plénipotentiaire de Votre Majesté ne travaille de son côté à l'arrangement conciliatoire que je désire bien sincèrement. C'est une affaire de famille; V. M. I. est sans doute persuadée qu'il vaut mieux la terminer sous Ses auspices que de toute autre manière . . . .

Je suis avec la plus profonde vénération etc.

Concept Reitzensteins, mit Correcturen Edelsheims.

---

[1] Vergl. Abschnitt 6, auch oben Nr. 230.

[2] Folgt der bekannte Vorschlag; diese Stelle wird indeß in der Originalausfertigung unterdrückt. Ueber die Gründe s. Edelsheim an Reitzenstein, d. d. 2. Dec. 1802. Oben S. 214.

308. Kaiser Alexander I. von Rußland an Karl Friedrich.

St. Petersburg, 27. Jan./8. Febr. 1803.

[Sympathien für Baden. Das Wittum der Erbprinzessin; lebhaftes Interesse für dieselbe. Die Angelegenheiten der Schweiz. Der Zar bezweifelt die Aufrichtigkeit der Versicherungen Bonaparte's.]

Mon très cher grand-père,

J'ai reçu la lettre que V. A. S. m'adressée en date du 26 novembre de Carlsruhe et je ne puis assez Lui dire, combien j'ai été touché de la sensibilité avec laquelle Elle veut bien s'y exprimer à mon égard.

En contribuant à terminer l'affaire des indemnités en Allemagne outre le but que j'ai dû avoir, de préserver la tranquillité en Europe et d'assurer, autant qu'il pouvait dépendre de moi, le sort de l'Empire Germanique, aucun autre résultat ne m'a été aussi agréable que de voir Votre maison retirer de l'avantage du nouvel arrangement des choses d'autant que c'était faire en même temps le bonheur des pays qui Vous sont dévolus et dont les habitants vont jouir d'une prospérité certaine par la justice et la sagesse reconnue de Votre gouvernement . . . .

Dankt für die Anzeige von der Vermählung der Prinzessin Marie mit dem Prinzen Wilhelm von Braunschweig.

La princesse héréditaire, ma belle-mère, vient de m'instruire de la générosité avec laquelle V. A. S. l'avait avantagée, en lui assurant un douaire de 30000 fl. et lui accordant de plus les denrées en nature . . . . Permettez-moi, mon cher grand-père, de Vous exprimer aussi mes remerciements à ce sujet. J'avouerai à V. A. S. qu'Elle ne saurait me faire dans aucun cas un plus grand plaisir, ni me prouver véritablement la reconnaissance qu'Elle juge à propos de vouloir me témoigner qu'en comblant ma belle-mère de toutes les bontés dont Votre cœur sensible est capable pour elle. Je lui suis extrêmement attaché, autant parce qu'elle est la mère de l'Impératrice, qu'aussi par les sentiments que ses qualités personnelles m'inspirent: et la facilité que Vous avez, mon très cher grand-père, de lui marquer Votre amitié est un moyen sûr que Vous possédez pour me faire contracter des obligations envers Vous.

Il me reste à entretenir V. A. S. sur les affaires de Suisse. Je désire extrêmement que ce qu'Elle me dit à ce sujet se réalise; mais il faut avouer que les effets ne paraissent pas répondre aux sentiments que le Premier Consul Vous a exprimés et dont j'ai aussi reçu de lui l'assurance directe[1]. Ce n'est pas que je ne puisse croire qu'il ait l'idée de se mettre à la tête du gouvernement helvétique, cependant l'entrée des troupes françaises en Suisse, la conduite du général Ney, l'appel des députés à

---

[1] Dat. 19. Oct. 1802. Tratchevsky, I, 523.

Paris[1] ne présagent pas que la justice, l'impartialité et le désintéressement entrent pour beaucoup dans toute cette transaction. Pour pouvoir fixer une opinion sur ce sujet, il faut attendre que la fin de la consulte helvétique et le séjour plus ou moins prolongé des troupes françaises en Suisse aient démontré clairement, quelles sont les véritables intentions du Premier Consul à cet égard. Je souhaiterais infiniment que la Suisse fût laissée à elle-même; ce peuple saura se donner le gouvernement qui lui convient le mieux et que personne n'est en droit de lui prescrire; si pendant quatre ans il a été en proie aux maux de l'anarchie, on connaît à quelles causes il faut l'attribuer. Jusqu'à présent la majorité n'a jamais eu le temps de se prononcer, et ce n'est que lorsqu'elle le pourra avec calme et liberté, qu'il y aura lieu d'espérer qu'il en résultera un état de chose stable, tranquille et pas forcé. C'est avec le plus vif déplaisir que je verrai une influence étrangère poser sur ce pays et le vexer de quelque genre qu'elle soit et de quelque manteau qu'elle veuille se couvrir. Je pense que V. A. S. partagera ces sentiments que je Lui exprime dans toute la confiance de l'intimité qui existe entre nous. Personne n'est en effet plus intéressé que Vous, mon cher grand-père, à voir la Suisse paisible, indépendante et capable de soutenir sa neutralité . . . .

Unterschrift eigenhändig.

[1] Die schweizerische Consulta war inzwischen am 6. Dec. 1802 in Paris zusammengetreten und hatte ihre Berathungen begonnen, die mit der Annahme der franz. Mediationsacte ihren Abschluß fanden. S. Hilty, Oeffentl. Vorlesungen über die Helvetik, S. 568 ff.

3. Verhandlungen mit Baiern wegen Abtretung der Pfalz. (Juni 1802 — November 1802.)

309. Edelsheim an den kurbairischen Staatsminister Grafen Montgelas.

Karlsruhe, 20. Juni 1802.

[Geplante Reise nach München vorerst verschoben. Die Cession der Pfalz. Man wünscht Baierns Zustimmung und Befürwortung des auch für Baiern vortheilhaften Projects.]

Dès que Msgr. le Margrave a été informé par le Bon de Reitzenstein, qui se trouve actuellement ici, du projet de médiation qui a été signé dernièrement à Paris entre Mr. le Cte de Morkow et le ministre des relations extérieures, S. A. S. s'est proposé de m'envoyer le plus tôt possible à Munich, pour exprimer de Sa part à Msgr. l'Electeur tous les sentiments, qu'Elle éprouve pour S. A. S. E. dans cette circonstance, conformément à Son sincère attachement pour Elle et à Sa juste confiance en Ses bontés et dans Son amitié personnelle.

Cependant les dernières nouvelles de la prochaine arrivée de Mme la Princesse héréditaire ont engagé Msgr. le Margrave à différer encore ma mission jusqu'après cette époque[1], mais il se flatte qu'en attendant V. Exc. voudra bien être l'interprète de ses vœux auprès de S. A. S. E. et Lui faire agréer l'ouverture franche et loyale que j'ai l'honneur d'adresser présentement à V. Exc. relativement à cet objet. Parmi les propositions qui concernent Msgr. le Margrave dans le projet susmentionné, dont tous les détails, M^r^ le Baron, Vous sont complètement connus, la disposition en faveur de la maison de Bade d'une partie du Palatinat du Rhin que Msgr. l'Electeur veut céder de bon gré contre des indemnités supérieurement avantageuses à ses intérêts, sera d'autant plus précieuse à Msgr. le Margrave, si, comme il l'espère, S. A. S. E. s'étant préalablement déjà déterminée à une telle cession motivée par des conditions conformes à Ses vues, Elle daigne appuyer aussi relativement à Lui à Pétersbourg et partout ailleurs où il en sera besoin un plan si favorable aux intérêts réciproques de leurs maisons respectives, qui se trouvent si heureusement unies par les liens du sang les plus chers et par des rapports précieux que les vœux de Msgr. le Margrave tendront constamment à cultiver avec tout le zèle que lui inspirent les sentiments qu'il a consacrés à S. A. S. E. et la reconnaissance dont il sera invariablement pénétré envers Elle. La confiance qu'il a en

[1] Edelsheims Abreise erfolgt erst Ende (29.) Juli.

Ses bontés et dans Son affection personnelle ne peuvent pas le laisser douter qu'il ne rencontre les mêmes sentiments auprès d'Elle; mais sa satisfaction à cet égard sera à son comble, si V. Exc. se trouve autorisée à me confirmer préalablement le suffrage inappréciable de Msgr. l'Electeur en faveur des avantages qu'on destine à la maison de Bade dans l'arrangement définitif des affaires d'Allemagne. . . .

Concept.

310. Staatsminister Graf Montgelas an Edelsheim.

München, 26. Juni 1802.

[Baiern erklärt in Paris und Petersburg seine Zustimmung zu dem Entschädigungsplane, macht jedoch die Cession der Pfalz von der Besitznahme seiner eigenen Entschädigungslande abhängig.]

L'Electeur a vu dans la lettre que Vous m'avez fait l'honneur de m'écrire, le 21 (sic!) de ce mois une nouvelle preuve de l'amitié précieuse que Msgr. le Margrave lui accorde et de la franchise avec laquelle il est disposé à traiter des intérêts réciproques. S. A. S. E. en agréant pour Sa part le projet de médiation, en tant qu'il La concerne, et en écrivant en conséquence à Pétersbourg et à Paris, Se félicite d'avoir été au devant du désir de Msgr. le Margrave. Je dois seulement y ajouter l'observation, qui ne saurait échapper à la pénétration de V. Exc. que cette clause particulière étant nécessairement relative aux avantages qu'on fait en retour à la maison Bavaro-Palatine, ce ne sera qu'autant qu'elle se trouvera en possession de toute la compensation qui lui est destinée, que la cession d'aucune partie de ses anciens domaines pourra avoir lieu et que jusque là elle ne saurait se départir d'aucun des droits et des possessions qui lui appartiennent.

Je serais enchanté que les circonstances pussent me procurer, M^r le Baron, le plaisir de Vous voir ici . . . . .

311. Memoire Reitzensteins.

Ettlingen, 9. Juli 1802.

[Die pfälzische Schuldenlast und ihre Vertheilung. Eventuelle Einverleibung des Oberamts Mosbach.]

Die kurpfälzische Regierung hat in den Jahren 1792 und 1793 Anleihen von je 700 000 fl., im Jahre 1794 eine Anleihe von einer Million und im Jahre 1795 eine solche von 3 600 000 fl. begeben; man hat dann im Jahre 1796 daraus eine Hauptanleihe von 6 Millionen zu 5½ %, unter Verpfändung der Einkünfte der Ämter Heidelberg und Mosbach, der Grafschaft Leuchtenberg und des Herzogtums Neuburg, gebildet[1]. Die Rückzahlung sollte am 1. Juli 1802 mit jährl. 200 000 fl. beginnen.

[1] Die betreffende Obligation abgedruckt in dem von Baden i. J. 1803 in Regensburg überreichten «Mémoire concernant les dettes du Palatinat du Rhin».

Bei der Repartition der Schuldenlast handle es sich, meint Reitzenstein, vor allem um die wahrscheinliche Intention des Hauptcontrahenten, des Unterpfandnutzers. Da der Ertrag von Leuchtenberg und Neuburg ausdrücklich mit 100 000 fl. jährlich angegeben worden, so folge daraus, daß ein Kapital von dem Umfange, wie es diese Summe als Zinsen zu 5½ % repräsentire, d. h. 1 818 181 fl., auf beide Lande hypothekisirt sei. Das Verhältniß, nach welchem in den Jahren 1792—94 die drei ersten Anleihen versichert worden, — 1 400 000 fl. auf Heidelberg, eine Million auf Mosbach, — also 14 : 10, gelte wol auch als Maßstab bei der Repartition der späteren Anleihe.

Demnach entfallen auf Leuchtenberg und Neuburg 1 800 000 fl., auf Heidelberg 2 450 000 fl. und auf Mosbach 1 750 000 fl. Da Mosbach an Zinsen mithin jährlich 96 250 fl. aufbringen müsse, seine Einkünfte aber ausschließlich der Verwaltungsunkosten nur 118 000 fl. betragen, würde Leiningen sich vielleicht zu einer Abtretung des Amtes an Baden bereit finden.

312. Edelsheim an Karl Friedrich.

München, 3. August 1802.

[Conferenzen in München. Man erwartet Nachrichten aus Petersburg. Die Pfälzer Schulden und die Mannheimer Sammlungen. Schwierigkeiten. Vertagung der Verhandlungen.]

Edelsheim zeigt an, daß er am 1. d. M. in München eingetroffen sei und alsbald, noch ehe er bei Hof erschien, mit Montgelas eine Unterredung gehabt habe.

.... Les explications préalables qu'il m'a données sur différents objets aussi bien que les bontés que Msgr. l'Electeur m'a fait l'honneur de me marquer ensuite n'ont pu que me confirmer davantage la loyauté des dispositions amicales que V. A. S. a lieu d'attendre des sentiments que S. A. E. Lui a voués bien véritablement. Nous ne sommes cependant pas encore entrés en de grands détails sur les objets qui nous intéressent réciproquement, parce que le courrier que l'Electeur attend de retour de Pétersbourg d'un jour à l'autre déterminera plus précisément peut-être les points qu'il importera davantage de discuter et de fixer entre Votre Altesse et l'Electeur. En conséquence je serai obligé de prolonger peut-être mon séjour ici d'une couple de jours pour attendre l'arrivée du courrier mentionné ....

Einen ausführlichen Bericht über den Erfolg seiner Mission behält er sich bis zu seiner Rückkehr nach Karlsruhe vor.

Weitere Berichte aus München liegen nicht vor. Wie sich aus einer späteren Denkschrift Edelsheims vom 14. September ergiebt, handelte es sich bei den Conferenzen in erster Linie um die Pfälzer Schulden und ihre Vertheilung. Montgelas bestritt, daß auch die Oberpfalz, obgleich sie doch ausdrücklich als Specialhypothek verpfändet sei, zu der bekannten Anleihe von sechs Millionen zu concurriren habe. — Die angebliche Schenkung vom 5. Februar 1800, durch die der Kurfürst seine kostbaren Sammlungen zu Mannheim der dortigen Akademie der Künste und Wissenschaften als Eigenthum überlassen, habe nur den Zweck verfolgt, sie vor feindlicher Plünderung zu retten. Ein Gegenrevers, den die Akademie gleichzeitig ausgestellt, annullire die Schenkung. Sämmtliches Privatmobiliar habe dem Kurfürsten, das Palais zu Mannheim und Schloß Rohrbach der Kurfürstin zu verbleiben; alles, was eigent-

lich dem Lande gehöre, falle dem Regierungsnachfolger zu; auch von dem Eigenthum der Universität Heidelberg solle nichts „veräußert oder entwendet werden". Für die Versorgung der Civildienerschaft sollen billigerweise neben Baden auch Darmstadt und Leiningen nach Maßgabe ihres Antheils an der Pfalz beigezogen werden; den Hofstaat aber werde der Kurfürst übernehmen und nach München ziehen. — Eine Verständigung über die streitigen Punkte wurde durch Edelsheim nicht erzielt, es blieb „vielmehr alles auf weitere nähere Uebereinkunft ausgesetzt".

---

313. Montgelas an Edelsheim.

München, 6. Sept. 1802.

[Wünscht Wiederaufnahme der Verhandlungen wegen der Pfalz. Ernennung eines badischen Bevollmächtigten.]

. . . . Le moment de la prise de possession générale approchant d'un moment à l'autre, il me paraît qu'il devient urgent de s'occuper d'un arrangement entre Msgr. le Margrave et l'Electeur sur ce qui concerne les différents points dont nous nous sommes entretenus pendant Votre séjour à Munich et d'après les principes dont nous sommes tombés d'accord. Ersucht um Absendung eines Bevollmächtigten nach München.

Der Markgraf ernennt als solchen zunächst den Geh. Rath Meier, mit der Weisung, die Verhandlungen in Regensburg mit dem dortigen bair. Gesandten von Rechberg zu führen (dat. 13. Sept.); auf erneute Vorstellungen von Montgelas, der Meier nicht für die geeignete Persönlichkeit hält und aus sachlichen Gründen eine Verlegung der Verhandlungen nach München wünscht (dat. 19. Sept.), wird am 23. Sept. der Geh. Rath von Geusau beauftragt, sich in Begleitung des Geh. Secretärs Hertzberg nach München zu begeben, um mit der bair. Regierung zu conferiren.

---

314. Instruction für den Geh. Rath von Geusau.

Karlsruhe, 23. Sept. 1802.

[Zusammenfassung der badischen Forderungen in einer Note. Geusau zu Zugeständnissen bezüglich der Pfälzer Schulden und einer Schenkung an die Heidelberger Universität ermächtigt.]

Geusau wird angewiesen, die beiliegende Note[1] in München als Basis der Verhandlungen vorzulegen, zugleich aber ermächtigt, in einer Reihe von Punkten, wenn die bair. Regierung sich schwierig zeige, nachzugeben. Das wichtigste Zugeständnis erfolgt in der Schuldenfrage. Falls das Münchner Cabinet einigermaßen glaublich nachzuweisen vermöge, daß das Pfälzer Anlehen nur für die Rheinpfalz und nicht für die Oberpfalz verwendet worden, habe Geusau auf die Uebernahme eines Theils der auf der rechtsrheinischen Pfalz ruhenden Schulden zu verzichten, um so mehr aber darauf zu bestehen, daß Baiern wegen seiner linksrheinischen pfälzischen Lande einen entsprechenden Theil der Pfälzer Schulden, im Verhältniß zur Seelenzahl mindestens ein Drittel, trage. Bezüglich der Gefälle der linksrheinischen Stiftungen ꝛc., welche der Entschädigungsplan dem künftigen Besitzer der rechtsrheinischen Pfalz zuweise, werde die bairische Regierung vermuthlich „eine

---

[1] S. Nr. 315.

. . . an die Universität Heidelberg schon geschehene Schenkung verwenden[1]." Dieselbe lasse sich zwar keineswegs rechtfertigen, dem Kurfürsten zu Gefallen „und weil die Schenkung eine Studienanstalt beträfe, die Wir ohnehin emporzubringen geneigt seien", wolle man sie aber anerkennen, falls sie die Bedürfnisse der Universität nicht überschreite[2].

Concept Brauers.

---

315. Note des Geh. Raths von Geusau.

O. D. (1. Oct. 1802)[3].

[Badische Wünsche und Forderungen. Lehensherrlichkeit. Sonderung von Staats- und Fürstengut. Militärübernahme. Repartition der Pfälzer Schulden.]

Geusau legt bezüglich einer Reihe mit der Uebernahme der Pfalz zusammenhängender Fragen die Auffassung seiner Regierung dar und erbittet sich darüber „die schriftliche Willensäußerung der hohen Kurbehörde".

Die §§ 1, 3, 6, 9 und 10 betreffen Fragen von untergeordneter Bedeutung, auch solche, über die schwerlich eine Meinungsverschiedenheit entstehen dürfte: Titel und Wappen, Uebergang der Hoheitsrechte, Uebernahme der Staatsdienerschaft, interimistische Landesverwaltung, Auslieferung der Urkunden und Acten.

In § 2 erhebt Baden Anspruch auf die Lehensherrlichkeit über die in den drei pfälz. Oberämtern gelegenen oder unmittelbar daran grenzenden Lehen. Schwierigkeiten ergeben sich bei § 4: „Zugehörden". Die Scheidung zwischen Fürstengut und Staatsgut, welch' letzteres dem Lande verbleibe, mache die bair. Regierung von der Art und Beschaffenheit der Mittel abhängig, aus denen die Anschaffung bestritten worden sei: Staats- und Privateinkünfte des Fürsten lassen sich aber, nach badischer Anschauung, nicht immer leicht sondern. Maßgebend für die Trennung der beiden Begriffe erscheint auf dieser Seite die Bestimmung, der das Angeschaffte diene: unter diesem Gesichtspunkte würden die Mannheimer Sammlungen allerdings dem Kurfürsten verbleiben, vorausgesetzt, daß die Akademie nicht bessere Anrechte geltend machen könnte, dagegen seien als Staatsgut zweifellos die Instrumente der Sternwarte aufzufassen, da dieselbe ohne sie ihre Aufgabe als Landesinstitut nicht mehr zu erfüllen vermöge. — Was (§ 5) das Militär betrifft, ist der Markgraf mit der Uebernahme desselben durch Baiern unter der Bedingung einverstanden, daß alle Pfälzer, die nicht außer Landes dienen wollen, ohne Anstand entlassen und eine entsprechende Anzahl Geschütze, Waffen zc. Baden überwiesen werden. Einen „Hauptbetrachtungspunkt" bildet (§ 7) die Vertheilung der Landesschulden: mit Berufung auf das vierte Entschädigungsprincip der Convention vom 3. Juni fordert Baden zunächst, daß „wegen der am linken Rheinufer verloren gehenden Rheinpfalz ein verhältnismäßiger Theil der rheinpfälzischen Schulden" auf die bairischen Indemnitätslande übergehe; für die Ueber-

---

[1] Vergl. Ed. Winckelmann, Die Universität Heidelberg in den letzten Jahren der pfalzbairischen Regierung. Ztschft. f. Gesch. des Oberrheins, 36, S. 78.

[2] Das Bestreben nach einem gütlichen Ausgleich verräth sich auch in der Weisung an Meier vom 13. Sept., die ihm empfiehlt, Baiern, dessen Einwilligung man den Erwerb der Pfalz zum Theil verdanke, „alle billige facilité" zu erweisen; „allzu unbillige" Forderungen freilich solle er zurückweisen, um sich die Aussicht, „eine gute Staatswirthschaft in diesem territorio . . . einzuführen", nicht selbst zu benehmen.

[3] Vom Geh. Rath Brauer gleichzeitig mit der Instruction vom 23. Sept. entworfen; als Datum ist von Geusau in München vermuthlich der Tag der Uebergabe (1. October) eingetragen worden.

tragung der auf der rechtsrheinischen Pfalz haftenden Schulden erachtet man als Maßstab das „arithmetische Verhältniß der verschiedenen Theile, in welche ein Land, für dessen Verwaltung die Schuld gemacht worden, nun zerfallen", und erwartet demgemäß, daß Baiern den aus dem Besitze der Oberpfalz sich ergebenden Verbindlichkeiten nachkommen werde.

Concept Brauers.

316. Geusau an Edelsheim.

München, 13. Oct. 1802.

[Bairische Gegennote vom 12. Oct. Widerstand in den wichtigsten Punkten. Geusau bittet um Abberufung. — Neue Weisungen aus Karlsruhe. Note vom 22. Oct.]

Geusau klagt über den langsamen Gang der Geschäfte; eine Antwort auf seine Note vom 1. Oct. habe er erst heute erhalten[1]. Montgelas geht mit ihm die einzelnen Punkte der Note durch. Die anfänglich zugesicherte Versorgung der Hofdienerschaft wird abgelehnt, wegen Uebernahme des Militärs werden financielle Schwierigkeiten geltend gemacht. Von der ungeheuren Schuldenlast von 8 400 000 fl. will der Kurfürst nicht das geringste übernehmen.

„Der H. von Montgelas geht von dem Grundsatz aus, daß die Rheinpfalz nicht als eine Entschädigung hingegeben werde, welches der Minister Talleyrand auch soll gesagt haben, und dem H. von Reitzenstein bekannt sein müßte, daß die Rheinpfalz eine schlechte Acquisition seie, die der Kurfürst selbst nicht länger mehr hätte erhalten können, daß Baiern zu große Aufopferungen für die Rheinpfalz hätte machen müssen, hauptsächlich in diesem Krieg." Bei einer Schuldenlast von 18 Millionen und angesichts der herrschenden Geldnoth, meint Geusau, müsse Baiern allerdings nothgedrungen „alles, was in Baargeld verwandelt werden" könne, an sich ziehen.

Wie die Dinge liegen, giebt Geusau die Hoffnung auf Abschluß einer Uebereinkunft auf und ersucht um baldige Abberufung, um so mehr, da er überzeugt ist, „daß ohne Einfluß einer anderen Macht man hier nie zurecht wird kommen können."

Im Auftrage seiner Regierung übergiebt Geusau am 22. Oct. eine neue Note, welche die bair. Gegennote vom 12. Oct. beantwortet. In einer Reihe von Punkten (§§ 1, 2, 3, 6, 8 und 9 der Note vom 1. Oct.) erfolgt eine völlige, bezüglich der Ueberlassung des Militärs eine theilweise Einigung; streitig bleibt nach wie vor die Pfälzer Schuldenfrage; bezüglich der Mannheimer Sammlungen, auf die Baden allerdings, wie man sich überzeugt, rechtliche Ansprüche nicht besitze, wünscht man, der Kurfürst werde der Stadt Mannheim zu Gefallen einige an Ort und Stelle belassen; ebenso erheische das allgemeine europäische Interesse, daß man auf dem Verbleib aller Instrumente der Sternwarte in Mannheim bestehe.

317. Bemerkungen Reitzensteins über die Rheinpfalz.

Paris, 19. Oct. 1802.

In der Pfälzer Schuldenfrage verweist Reitzenstein auf seine früheren Darlegungen[2]. Daß Baden die auf den ihm zugefallenen pfälzischen Aemtern haftenden Schulden übernehme, sei verständlich; daß es aber auch die Schulden, für welche andere Gebiete, speciell

---

[1] Dat 12. Oct.; sie liegt nur im Auszuge vor, es ergiebt sich daraus, daß der Kurfürst an seinen Ansprüchen auf die Mannheimer Sammlungen festhält und betr. der Sternwarte eine Theilung der Instrumente vorschlägt.

[2] Vergl. oben Nr. 311.

die Oberpfalz, mitverpfändet seien, trage, werde weder Rußland noch Frankreich dem Markgrafen zumuthen; dagegen müsse man also „mit derbem Nachdruck und ohne Schonung der Wahrheit" protestiren.

Es könne ferner nur von einer theilweisen Uebernahme der auf etwa 118 000 fl. geschätzten Militär- und Civilpensionen die Rede sein: die Militärpensionen müssen lediglich dem früheren Besitzer des Landes zur Last fallen. Alle Besoldungszulagen rc., die der Kurfürst „mit voller Hand" verwilligt, seien von dem Momente ab, wo er der Cession der Pfalz zugestimmt habe, für ungiltig zu erklären.

Zum Schlusse einige Fragen bezüglich der Interpretation des Art. 34, Abs. 3 der Regensburger Declaration vom 8. October: Zuweisung der Güter und Einkünfte, welche Corporationen, Stiftungen rc. des linken Rheinufers auf der rechten Seite besitzen, an Baden.

318. Geh. Secretär Hertzberg an Edelsheim.

München, 21. Oct. 1802.

[Aussichtslosigkeit der Verhandlungen. Die Antwort auf die neue badische Note abzuwarten. Rückkehr nach Karlsruhe.]

Geusau hat die Estafette vom 19. erhalten.

.... So sehr auch ich mich von hier weg und zurück sehne, so war mir doch bange, es möchte auf den schlechtweg auf Rückruf antragenden Bericht des Herrn von Geusau, dessen Abfassung ich so delicat als möglich sollicitirte, aber nicht erhalten konnte, ohne weiteres abgebrochen werden. Ich freute mich daher herzlich über die erhaltene mit so viel Würde, als Feinheit abgefaßte Note. Bei dem brüsken Stolz des Herrn von Montgelas und da der Kurfürst so wenig Selbständigkeit und eigenen freien Willen hat, nebst dem die hiesigen Finanzen in einem Zustand sind, in den die unserigen, auch wenn ihnen die unlautere Schuldenlast von $8^1/_2$ Millionen[1] aufgebürdet bleibt, nie kommen werden und bei dem man alles versucht, erwarte ich von unserer Gegennote keinen glücklicheren Erfolg, indessen muß man sich doch darauf bestimmt erklären und die Verhandlungen werden doch dadurch erschöpft.

Sollte es zu einem abschließenden Receß kommen, so werde ich in Absicht der Fassung alle nur mögliche Vorsicht und Aufmerksamkeit anwenden, es wird aber, glaube ich, nicht dazu kommen, dann in Absicht der convenirten Punkte wird keiner der Mühe werth gefunden und in den anderen wichtigeren wird nicht nachgegeben werden ....

Sollte es zu keinem Abschluß kommen und die Gegenerklärung negativ ausfallen, selbst nur in den wichtigeren Punkten, so werden die Verhandlungen als geschlossen anzusehen sein und wir abreisen können; sollte dies nicht die Intention sein, so bitte ich den Herrn von Geusau darüber zu verständigen, der gewiß nichts versäumt, sich S^mi Interesse äußerst angelegen sein läßt, aber die

[1] Nach einer genauen Zusammenstellung des Hofraths Gaum belief sich die Gesammtsumme der auf der rechtsrheinischen Pfalz lastenden Schulden auf 8 183 349 fl. (dat. 21. Oct. Mannheim).

Sache gerne allzuklug greift, weil er das Schreiben, besonders hier, für völlig unnütz hält . . . .

Vor acht Tagen erhalten wir gewiß keine Antwort, oder wir müßten nur schlechtweg fortgeschickt werden. M[ontgelas] giebt jetzt zu, daß ein beträchtlicher Theil der uns gemachten Zeche das jenseitige Ufer angehe, aber er will eben absolument nichts davon übernehmen. Der Versuch, einen Theil dieser Schulden Frankreich zuzuschieben, soll mißglückt sein. Auch über den neuesten Plan ist man hier sehr unzufrieden.

Diesen Abend, si diis placet, wenigstens morgen Mittag wird die Note übergeben werden.

319. Geh. Secretär Hertzberg an Edelsheim.

München, 28. Oct. 1802.

[Montgelas beharrt auf seinem Widerstande. Hertzberg hofft auf Frankreichs Intervention.]

Nach der Art, wie sich Geheimrath von Zentner[1] noch heute äußerte, beharrt der Minister auf seiner Ansicht der Sache, nur wird man sich vielleicht zur Uebernahme der persönlichen Schulden verstehen, wenn sich, wie er beisetzte, dergleichen unter den verzeichneten finden sollten, auch scheint die Rückäußerung[2] wenigstens in der Arbeit zu sein. Desgleichen scheint man sich zur Abtretung solange wenigstens nicht verstehen zu wollen, als bis auch Passau von Oesterreich abgetreten sei. Herr Geh. Rath Meier soll wegen den Schulden ein Wort in Regensburg gesprochen haben.

Ich sage „soll", denn es wird nur gesprächsweise mit Empfindlichkeit bemerkt und könnte daher nur Besorgniß zum Grunde haben. . . . Eine Commission, wo man bei dem besten Willen so wenig thun kann, ist äußerst unangenehm. Wir trösten uns immer noch mit der Hoffnung auf eine wirksame Verwendung von Seiten Frankreichs, das doch wahrlich nicht wollen kann, daß seine Absicht, uns zu einem bedeutenden Staat zu machen, ... vereitelt oder wenigstens erst in zwanzig Jahren realisirt werde . . . .

320. Geh. Rathsprotokoll.

Karlsruhe, 11. Nov. 1802.

[Geusau aus München zurück. Seine Mission gescheitert. Eine Verständigung wegen der Pfalz nicht erzielt.]

Geh. Rath von Geusau ist von München zurückgekehrt und berichtet über das Resultat seiner Sendung[3]. Er ist vom Kurfürsten entlassen worden, ohne auf seine Note vom 22. Oct. eine Antwort, „noch in den damals strittig gebliebenen Punkten eine Annäherung, noch endlich in denen, wo man einig gewesen, einen Vereinigungsaufsatz, sondern

[1] Der bekannte frühere Heidelberger Professor und spätere bairische Justizminister.

[2] Auf die badische Note vom 22. Oct. oben Nr. 316.

[3] Bei den Acten ein Schlußbericht vom 10. Nov. nebst einem Diarium über die Münchner Mission.

nur in letzterem Betreff die Versicherung erhalten zu haben, es werde das, worin man übereingekommen sei, jederzeit gehalten werden". In dem Recreditive vom 4. Nov. giebt der Kurfürst der Hoffnung Raum, daß die noch nicht erledigten Punkte durch die Entscheidung der Reichsdeputation „auf eine für beide Theile gleich befriedigende" Weise berichtigt würden.

---

321. Edelsheim an den Grafen Montgelas.

Karlsruhe, 14. Nov. 1802.

[Resultat der Sendung Geusau's. Wegführung der Mannheimer Kunstsammlung wider alle Abrede. Drohender Conflict. Energische Beschwerde.]

Das so freundschaftliche Schreiben des Herrn Kurfürsten von Pfalz-Baiern Kf. D. und Ew. Exc. eigenes gefälliges Schreiben, welches meinem gnädigsten Markgrafen und Herrn der Geh. Rath von Geusau zurückbrachte, tröstete hochgedacht meinen gnädigsten Herrn über die Unannehmlichkeit, den Erfolg seiner Mission noch zur Zeit unerreicht zu sehen, mit der angenehmen Hoffnung, es werde noch alles zu einem allerseits vergnüglichen Ausgang kommen, wenn die in jenem Schreiben gezeigte Aussicht zu näheren Unterhandlungen würde realisirt werden und man an der Hand der einschlagenden Papiere nach den Reichsdeputationsgrundsätzen die leicht zu findenden Vereinigungspunkte suchen werde.

Sehr befremdend mußte es daher fallen, als man soeben hier von der Einleitung einer dermaligen Evacuation in Mannheim die Nachricht erhielt.

Die hauptsächlichsten von der Akademie als Eigenthum angesprochenen, einen der bevorstehenden endlichen Vergleichsgegenstände ausmachenden Kunstsachen werden dermalen schon weggebracht[1], und es soll also damit in diesem strittigen Punkt, worin die Akademie, sowie die merklich dabei interessirte Stadt Mannheim diesseitige Verwendung aufgerufen hat, eine wesentliche Veränderung der Lage vorgenommen werden. . . . .

Es geschieht dieses, ohne daß eine nach der Natur der Sache und noch mehr nach den bestehenden freundschaftlichen Verhältnissen zu erwarten gewesene vorläufige Nachricht und bestimmte Angabe der Klassen von Gegenständen, welche weggebracht werden sollen, anhero gegeben worden wäre.

Es wird das Einpacken mit solcher Eile und mit so wenig Vorsicht besorgt, daß man gewiß sein darf, es werde nicht die Hälfte unbeschädigt nach München kommen, es werde mithin der Akademie dadurch für den Fall, wo am Ende des Streits ihr Reclamationsrecht begründet erfunden würde, ein unersetzlicher Nachtheil . . . . zugefügt . . . .

Es wird endlich, was des Herrn Markgrafen Hf. D. persönlich wegen der damit an den Tag legenden Geringachtung Ihrer durch die militärische Occupation

[1] Am 5. Nov. war zu dem Zwecke Bischof Häffelin aus München in Mannheim eingetroffen. Die Akademie, wie die erregte Bürgerschaft baten den Markgrafen, zu interveniren. Vorstellungen ihrer Deputationen in München wurden abschlägig beschieden. Vgl. v. Feder, Gesch. von Mannheim, II, 15 ff.

erlangten kriegsherrlichen Rechte am schmerzlichsten fallen muß, nicht nur öffentlich im voraus geäußert, daß man nöthigen Falls gegen die diesseitigen Truppen Gewalt brauchen werde, sondern es scheinen auch wirklich schon unter der Hand solche Maßregeln vorbereitet zu werden, die in einem militärisch besetzten Cordon ohne Rücksprache und Einverständniß mit dem occupirenden Militärcommando nicht wol mit der Kriegsraison bestehen können!

Sowie unter diesen Umständen des Herrn Markgrafen Hf. D. bedauern müssen, zur Erhaltung des status quo und zur Rettung Ihres so sehr angetasteten kriegsherrlichen Ansehens Ihr sämmtliches Occupationsmilitär mit solchen Ordres zu versehen, welche letzteres hierunter aufrecht zu erhalten vermögen, und Sich übrigens versichert halten, daß dieses Benehmen unmöglich in den Gesinnungen und ordres des Herrn Kurfürsten Durchl. liegen könne, ... so haben Höchstdieselben mir aufgetragen, mich darüber bei Ew. Exc. dringend zu beschweren und die Sache zu geneigtem Vortrag baldiger Remedur bei S^r Kf. D. angelegentlichst zu empfehlen, dabei aber die feierlichste Versicherung zu ertheilen, daß alles, was nach gütlicher Vereinbarung, endlichem rechtlichem Austrag oder Declaration des Willens der vermittelnden Höfe S^r Kf. D. auszufolgen ist, auch alsdann .... mit aller gewissenhaften Treue und der vollen Beihilflichkeit zu dessen schicklichster und sicherster Ueberbringung ausgefolgt werden soll ....

Copie.

322. Geh. Rathsprotokoll.

Karlsruhe, 14. Nov. 1802.

[Die Vorgänge in Mannheim. Militärische Gegenmaßregeln.]

Die badische Occupationscommission in Mannheim wird in Folge der jüngsten Vorgänge angewiesen, sich der Wegführung der Sammlungen zu widersetzen, die betr. Kunstinstitute durch Wachen zu besetzen, und falls von bairischer Seite eine überlegene Truppenmacht ihr entgegengestellt werde, sich unter Protest mit dem badischen Militär nach Ladenburg zurückzuziehen und dort weitere Ordre zu erwarten. Zugleich erhalten drei Compagnien der Karlsruher Garnison und die in Bruchsal entbehrliche Mannschaft Befehl, sich zu sofortigem Abmarsch nach Mannheim bereit zu halten.

So lange noch zu hoffen stehe, daß mit Hilfe dieser Verstärkung die badischen Truppen den bairischen überlegen seien, habe die Commission „alle Gewaltdemonstrationen so lange fortzusetzen, als es, ohne unvermeidliche wirkliche Thätlichkeiten und Handgemenge .... zu veranlassen, möglich“ sei[1].

323. Geh. Rathsprotokoll.

Karlsruhe, 16. Nov. 1802.

[Die badische Regierung lenkt ein, um einen Conflict zu vermeiden. Zurücknahme der letzten Anordnungen.]

Neue Bedenken. Man befürchtet, Baiern werde die Abführung der Sammlungen mit offener Gewalt erzwingen und die badischen Commissäre mit ihren Truppen aus

[1] Auf diese Weisung hin läßt die Commission, da Gefahr im Verzug und ein Theil der Kunstgegenstände am 15. abgeführt werden soll, noch in der Nacht vom 14./15. vor den Sammlungsgebäuden Wachtposten aufstellen und Siegel an die Thüren anlegen.

Mannheim verjagen, um gewisse andere Pläne durchzusetzen. Da der Markgraf aber um der Interessen der Akademie willen nicht Leib und Leben seiner Unterthanen auf's Spiel setzen und mit dem verwandten bairischen Kurhause in eine Fehde gerathen will, erhält die Commission Befehl, dem Transport der Sammlungen weiter keinen Widerstand zu leisten, sondern sich auf Protest zu beschränken. Die Compagnie, die sie aus Heidelberg an sich gezogen, soll zurückgeschickt, alle übrigen militärischen Maßregeln, die man angeordnet, sollen eingestellt werden.

---

324. Graf Montgelas an Edelsheim.

München, 17. Nov. 1802.

[Mißstimmung über Edelheims Schreiben. Weitere Erörterungen vorläufig zu vermeiden.]

J'ai reçu hier au soir la lettre allemande que Vous m'avez fait l'honneur de m'écrire[1]. Je l'ai remise sur le champ sous les yeux de l'Electeur, à qui seul il pouvait appartenir de juger son contenu et d'en prescrire la réponse. S. A. S. E. écrit Elle-même à Msgr. le Margrave sur cet incident aussi désagréable qu'inattendu; il m'a paru en mon particulier qu'en attendant la résolution de Votre Sérénissime maître je devais éviter toute explication sur le fonds de la question, ils (sic!) ne pourraient que compliquer la discussion et aigrir les esprits, si elles étaient continuées sur ce ton et accompagnées de démonstrations hostiles aussi soutenues. Je devais ces réflexions à la dignité de l'Electeur en ma qualité d'homme public; je me livre très certainement comme particulier à un sentiment bien sincère et bien profondement senti toutes les fois que j'ai lieu de Vous entretenir du désir sincère qui m'anime de contribuer de tout ce qui dépendra de moi, de (?) mettre une fin et prompte et solide à ce procès de famille de donner à Msgr. le Margrave toutes les preuves de mon constant et respectueux dévouement qui seront compatibles avec ce que je dois à l'état et au souverain que j'ai l'honneur de servir . . . .

Eigenhändig.

---

325. Kurfürst Max Joseph von Baiern an Karl Friedrich.

München, 17. Nov. 1802.

[Befremden über Badens Vorgehen; Ansprüche auf die Instrumente der Sternwarte. Vorschlag zur Güte.]

Je ne puis me défendre d'un mouvement de surprise que l'attachement tendre et constant que j'ai voué à tant de titres à la personne de V. A. S. rend bien pénible, en apprenant la démarche de Ses commissaires qui ont fait placer un détachement de troupes à la porte de l'observatoire pour mettre obstacle par voie de fait au transport des instruments de l'observatoire.

---

[1] Oben Nr. 321.

V. A. S. voudra bien se rappeler que je les ai toujours réclamés comme une propriété incontestable de ma maison, que c'est une des conditions que j'ai mises à la cession du Bas Palatinat et qui d'après les rapports réitéres de mon ministre à Paris y a été acceptée . . . .

Wenngleich peinlich berührt von dem Zwischenfalle, sei er bereit, als Beweis seines Entgegenkommens auf alle Instrumente der Sternwarte zu verzichten, «à l'exception du quadrant et de l'instrument de passage»[1].

Eigenhändig.

326. Kurfürst Max Joseph von Baiern an Karl Friedrich.

München, 18. Nov. 1802.

[Der Kurfürst, entrüstet über die jüngsten Vorgänge zu Mannheim, forbert Abberufung der badischen Commissäre und des badischen Commandanten. Entsendung von Truppen in die Pfalz.]

Les commissaires de V. A. S. dans le Palatinat viennent de mettre le comble à leur mauvais procédé, en violant l'asyle sacré de mon château de Mannheim; ils ont mis le scellé sur ma bibliothèque et sur mon cabinet d'histoire naturelle, étant placé des sentinelles dans les avenues qui y mènent[2]. Je connais trop, Monsieur et très cher grand-père, Votre façon de penser à mon égard et Votre amour pour la justice, pour ne pas être persuadé d'avance que Vous ne me refuserez pas la satisfaction qui m'est dûe et que je Vous demande instamment. Elle consiste dans le rappel des commissaires civiles et celui du commandant de Vos troupes. Le Palatinat allant être d'ailleurs bientôt remis dans les mains de V. A. S., il me serait impossible d'avoir affaire à ces messieurs. C'est en conséquence de cette prochaine remission que je fais entrer des troupes dans le Palatinat, pour y maintenir la tranquillité et le bon ordre nécessaire dans un cas pareil.

Je renouvelle encore une fois ma prière à V. A. S. et j'ose L'assurer qu'il me serait bien dur de me voir forcé de rompre une liaison basée sur les liens du sang et l'attachement le plus inviolable avec lequel etc.[3] . . . .

Eigenhändig.

---

[1] Vergl. J. L. Klüber. Die Mannheimer Sternwarte. S. 18, 28.

[2] S. oben Nr. 322, Anm.

[3] In einem deutschen Schreiben des Kurfürsten vom gleichen Tage wird nochmals das Eigenthumsrecht auf die Mannheimer Sammlungen eingehend begründet; außer denselben seien als fürstl. Privateigenthum ferner zu betrachten die Mobilien der Schlösser, die Gemälde aus dem Nachlasse des Herzogs Karl von Zweibrücken und die fürstl. Privatgebäude in Mannheim und Rohrbach. Bezüglich der Uebernahme der Schulden und Dienerschaft habe die Reichsdeputation bestimmte, allgemein verbindliche Normen aufgestellt; sollten über ihre Auslegung bezw. Durchführung Meinungsdifferenzen entstehen, hoffe man, sie auf freundschaftlichem Wege durch die Ministerien beizulegen.

327. Graf Montgelas an Edelsheim.

München, 18. Nov. 1802.

[Neuer Zwischenfall zu Mannheim. Kritik des Vorgehens der badischen Commissäre. Marschordre an die bairischen Truppen. Ultimatum. Im Falle der Nichtannahme Truppeneinmarsch in die Pfalz.]

Depuis le départ de la dernière lettre de l'Electeur à Msgr. le Margrave et de celle que j'ai eu l'honneur de Vous adresser, un nouvel incident a forcé S. A. S. E. de recourir à la justice de Votre Sérénissime maître. Je ne me sens pas appelé à examiner la question, s'il n'existait pas de moyen plus compatible avec les égards qu'on doit à un souverain, de remplir les intentions de Votre gouvernement, que celui de s'emparer de force du château électoral, de mettre par voie de fait le scellé sur *des effets* dont la propriété était acquise à l'Electeur aux termes même des explications qui ont eu lieu ici, d'ôter militairement aux commissaires électoraux l'inspection qui leur était confiée, de retenir comme prisonnier dans un château électoral un officier général de la qualité du Comte de Rumford et revêtu d'un caractère public, de s'attribuer enfin à l'aide de la force armée l'exercice d'un acte de souveraineté absolument incompatible avec les droits de l'Electeur, que ce Prince regarde comme étant encore dans toute leur force, jusqu'à ce que l'extradition formelle ait eu lieu et que toutes les difficultés aient été applanies? Des personnes modérées et absolument impartiales répondraient peut-être que, supposé même, ce que nous ne pouvons admettre, ces principes fussent absolument justes, le même but pouvait être atteint, en distribuant des plantons sur toutes les issues de la place et en faisant retrograder les chariots, ce qui aurait empêché tout transport et évité un éclat aussi désagréable que fâcheux. Ce qu'il y a de bien sûr, c'est que l'Electeur prend cet incident avec toute la vivacité de son caractère, qu'il a expédié de son propre mouvement à deux bataillons d'infanterie, deux escadrons de cavalerie et une batterie d'artillerie legère l'ordre de se porter sur Mannheim à marches forcées, mesure militaire qu'on avait toujours empêchée, quoiqu'elle fût vivement sollicitée et qu'on eût été dans le cas d'en menacer la députation de Mannheim, à raison (?) de l'irrégularité, pour ne pas me servir d'un ton plus fort, des prétentions qu'ils ont affichées ici. S. A. S. E., qui se croit personnellement insultée, ferait suivre ce détachement par d'autres et que succesivement toutes nos forces seraient portées sur ce point. Je ne m'étendrai pas sur toutes les suites qu'un démêlé qui prendrait un caractère aussi éclatant pouvait entraîner; je me contenterai de l'expression d'un sentiment que sans doute V. Exc. partage avec moi, c'est qu'au moment où on sacrifie à la paix des évêchés et des principautés entières, il serait un peu extraordinaire de se faire la guerre pour des livres et des

instruments de mathématique et qu'il le serait bien davantage que ce fussent deux maisons que l'inclination et le caractère de leurs chefs, les liens de la parenté, de grands intérêts présents, de plus grands encore pour l'avenir appellent à l'union la plus étroite, qui jouassent ce jeu unique. J'ose croire que les propositions suivantes, si elles étaient admises promptement, préviendraient tous ces inconvénients:

1) que les troupes et le canon qu'on a placées à Mannheim en sus de celles destinées à la première occupation en soient retirées ainsi que le canon;

2) que les scellés soient levés partout où ils ont été apposés et la libre disposition de l'observatoire et de la bibliothèque, de tous les cabinets rendue aux commissaires électoraux, tout le service de la place remis dans son état primitif[1].

3) Il sera sursis à tout transport ultérieur.

4) La bibliothèque, les cabinets de physique et d'histoire naturelle aussi que la salle des modèles et des antiques resteraient à l'Electeur;

5) les effets appartenants à l'école camérale et à l'université de Heidelberg ainsi que tous les instruments de l'observatoire à l'exception du quart de cercle et de l'instrument de passage à Msgr. le Margrave.

6) La galerie de tableaux se trouve ici depuis 1796, les pièces qui sont à Mannheim appartiennent à la succession du feu Duc Charles de Deux-Ponts et ne saurait (sic!) entrer dans le présent arrangement.

7) Les fiefs intra curtem resteraient à Msgr. le Margrave, ceux extra curtem à S. A. S. E.; cette destination est la plus simple comme la plus facile. Comment admettre une autre base sans s'exposer à des procès interminables?

8) S. A. S. E. nomme commissaires le lieutenant général Cte de Rumford et le président Bon de Reibeld, S. A. S. Msgr. le Margrave leur en adjoindra encore un ou deux de qualité égale, ceux-ci s'occuperont conjointement et sans aucun délai de tout ce qui concerne les détails de l'extradition des trois baillages de Heidelberg, Bretten et Ladenburg à la S^me^ maison de Bade ainsi que des séparations d'effets et inventaires d'après les bases établies ci-dessus.

9) Quant aux dettes, arrérages et salaires des employés et pensionnaires, la Députation a établi des principes fixes; s'il s'élevait des discussions ultérieures, elles seraient terminées à l'amiable, en partant de son travail.

L'académie des sciences n'a aucun droit, ses réclamations n'ont pas le sens commun. Quand un souverain annonce un arrangement pour une hypothèse, ce n'est pas dire qu'il y sera tenu, si les choses viennent à

---

[1] Artikel 2 ist im Original irrthümlich doppelt gezählt.

changer; d'ailleurs une promesse n'est pas un titre, dès qu'elle n'est pas réalisée; ce corps caduque n'existe d'ailleurs que de nom, et c'est pour faciliter l'entretien des deux ou trois invalides qui le composent encore qu'on a abandonné à Msgr. le Margrave les fonds de cet ex-institut.

Je prends sur moi de suspendre la marche des troupes, ils ne se mettront en mouvement que sur de nouveaux ordres, mais V. Exc. sait Elle-même que ce délai ne saurait être long. V. Exc. me rendra un vrai service personnel, si Elle procure promptement l'accession à ces propositions modérées et conformes à ce qui a été admis dans les explications précédentes; les commissaires pourront en instruire le C[te] de Rumford que je préviens par une lettre particulière des propositions que j'ai l'honneur de Vous adresser et je remets entièrement à son jugement local la décision de la question, si les troupes doivent être mises en mouvement ou non; appelés l'un et l'autre à la formation des liens qui existent entre nos deux maîtres, il ne pourra que nous être agréable à l'un et à l'autre de contribuer à dissiper des nuages qui ne se seraient, j'aime à en être convaincu, jamais formés, si nous avions pu nous occuper ensemble des détails de ces discussions; jouissant de Votre côté de la confiance entière et méritée de Msgr. le Margrave, S. A. S. E. daignant m'en accorder un peu aussi, nous nous serions trouvés à même de trancher quelques difficultés, d'écarter quelque méfiance et de prévenir bien des discussions juridiques tout au moins inutiles. C'est du fonds de mon cœur que je souhaite que ce qui est différé ne soit pas perdu . . . .

Eigenhändig.

---

328. Karl Friedrich an den Kurfürsten Max Joseph von Baiern.

Karlsruhe, 19. Nov. 1802.

[Ankündigung der Civilbesitznahme der Pfalz. Empfiehlt, die bairischen Commissäre auch zu weiteren Ausgleichsverhandlungen mit den Interessenten zu ermächtigen.]

Durch Beschluß der Reichsdeputation ist, wie der Markgraf gestern Abend durch Eilboten erfahren, als Termin für die Civilbesitznahme nunmehr schon der 23. Nov. anberaumt worden; er setze daher den Kurfürsten in Kenntniß, daß er an diesem Tage von den pfälzischen Aemtern „förmlichen und wirklichen Besitz" ergreifen werde, und gebe anheim, „ob es nicht zweckmäßig sein dürfte", den mit der Uebergabe der betr. Landestheile betrauten bairischen Commissären „zugleich Vollmacht zu Auseinandersetzung der auf die Rheinpfalz Bezug habenden, noch unerledigten Punkte und zu desfallsig gemeinschaftlicher Unterhandlung mit den Bevollmächtigten sämmtlich neuer Besitzer, unter Bezug eines der Landesrechte und Obliegenheiten hinlänglich kundigen, mithin zu Vertretung des Landes geeigneten Raths aus der Ursache zu ertheilen, weil Wir Uns überzeugt halten, daß die für alle Theile wünschenswerthe Erledigung dieses Geschäfts nirgends füglicher und leichter werde zum gedeihlichen Ziel gebracht werden können, als in der Stadt Mannheim."

Concept Brauers.

---

329. Karl Friedrich an den Kurfürsten Max Joseph von Baiern.

O. D. (19. Nov. 1802)[1].

[Der Markgraf persönlich zum Entgegenkommen geneigt; Rücksichten auf die Mannheimer Akademie und die Wünsche Frankreichs verbieten dasselbe.]

J'ai été sensiblement touché, en recevant la lettre infiniment amicale que V. A. S. E. m'a fait l'honneur de m'écrire le 17 du courant par courrier. Je serais prêt à souscrire à tout ce qui peut Lui complaire et être conforme à Ses volontés, si dans la discussion dont il s'agit il était question de mon intérêt personnel et particulier, mais d'après les considérations que je prends la liberté de mettre ci-jointes[2] sous Ses yeux Elle daignera juger Elle-même que dans ce concours de circonstances, ne pouvant d'un côté pas préjuger aux droits acquis de l'académie et devant d'un autre côté nécessairement me mettre à couvert de toute responsabilité envers le gouvernement français, qui semble avoir un si grand intérêt à à la conservation intégrale de l'observatoire de Mannheim, il ne me reste en ce moment qu'à renouveler à V. A. S. E. l'engagement le plus sacré que jusqu'aux moindres objets, qui pourront Lui appartenir, rien ne sera retenu, aussitôt que cette malheureuse discussion aura été terminée définitivement. Soyez bien persuadé, Monseigneur, que rien au monde ne pourra jamais altérer les sentiments de la haute considération et du bien tendre attachement avec lesquels etc.

Bleistiftconcept Edelsheims.

---

330. Karl Friedrich an den Kurfürsten Max Joseph von Baiern.

Karlsruhe, 20. Nov. 1802.

[Rechtfertigung des Verhaltens der badischen Commission in Mannheim. Versöhnliches Entgegenkommen. Ernennung von Bevollmächtigten für die Ausgleichsverhandlungen.]

Beantwortet das deutsche Schreiben vom 18. d. M. unter Widerlegung und Zurückweisung der bairischen Beschwerden. Eine Verstärkung der badischen Truppen in der Pfalz sei bis zur Stunde nicht erfolgt; die Verlegung der Heidelberger Compagnie nach Mannheim sei lediglich angeordnet worden, weil man allen Anzeichen nach einen gewaltsamen Widerstand der Mannheimer Bürgerschaft gegen die bairischerseits geplante „Abführung von Staatseffecten" befürchtet habe. Allerdings seien entgegen dem früheren Abkommen badische Wachen im Schloß aufgestellt worden, allein „diese im Gewirr einer arbeitsvollen Nacht unterloffene Irrung" sei gleich bei Tagesanbruch „redressirt" worden; wären die bairischen Commissäre, statt ohne jede Anzeige bei Nacht und Nebel einpacken zu lassen, „mit Eröffnung ihrer Aufträge freundschaftlich vorangegangen", so wäre diese Maßregel unterblieben.

---

[1] Antwort auf Nr. 325.

[2] Beilage fehlt.

Die Anlegung der Siegel endlich habe erst stattgefunden, nachdem alle Versuche, von den bairischen Commissären die Zusage zu erhalten, daß die Abführung der Sammlungen bis auf weitere Vereinbarung der beiden Regierungen eingestellt werde, völlig gescheitert seien; sie sei nach Lage der Dinge das einzige Mittel gewesen, den status quo zu wahren.

Um jedoch einen Beweis des Entgegenkommens zu geben, sei im Vertrauen auf die jüngsten Zusicherungen des Kurfürsten[1] der Commission die Weisung ertheilt worden, die Siegel wieder zu entfernen und die Heidelberger Compagnie zurückzuschicken.

Zur „Ausgleichung der unentschiedenen Punkte", die sich an die Civilbesitznahme anschließe, werde der Markgraf in den nächsten Tagen einen weiteren Bevollmächtigten[2] ernennen, der im Verein mit den beiden in Mannheim schon befindlichen Commissaren die Verhandlungen mit den bairischen Vertretern führen werde; er hoffe, daß auf diesem Wege alle noch schwebenden Differenzen in Güte beseitigt würden.

Concept Brauers.

---

331. Karl Friedrich an den Kurfürsten Max Joseph von Baiern.

Karlsruhe, 21. Nov. 1802.

[Bedauern über die Mißstimmung des Kurfürsten. Befriedigende Aufklärungen zur Beruhigung.]

Je suis aussi pénétré de reconnaissance de la justice que V. A. S. E. rend à ma façon de penser et aux témoignages qu'Elle daigne me réitérer par Ses lettres du 18 de ce mois de Son inappréciable amitié, que je suis sensiblement affligé du mécontentement qu'Elle me marque sur quelques incidents ultérieurs survenus à Mannheim. Souffrez, Monseigneur, que je m'en rapporte en entier aux faits et circonstances énoncées avec la plus exacte vérité dans l'expédition particulière[3] que j'ai l'honneur de Lui adresser avec la présente, en réponse à la lettre allemande que le courrier m'a apportée de Sa part. Je me flatte qu'Elle voudra bien tirer de ces détails la conviction de la pureté de mes intentions et que par amitié pour moi et pour l'amour des liens qui subsistent si heureusement entre nous sous tous les rapports, Elle accueillera ces explications favorablement et jugera par mon empressement à remplir à l'instant les dispositions préalables qu'Elle m'a proposées, combien j'ai sincèrement à cœur de La convaincre de tous les sentiments que je Lui ai consacrés bien invariablement etc.

Concept Edelsheims.

---

[1] Der Kurfürst hatte versprochen, den Transport der Kunstgegenstände ꝛc. einzustellen, bis die Civilbesitznahme und mit ihr die Sonderung des Landes- und fürstlichen Privat-Eigenthums erfolgt sei.

[2] Als solche ernennt der Markgraf am 25. Nov. den Geh. Rath v. Geusau und Hofrath Johann Gerhard Herzberg.

[3] Vergl. oben Nr. 330.

332. Edelsheim an den Grafen Montgelas.

Karlsruhe, 21. Nov. 1802.

[Bedauern über den Mannheimer Zwischenfall. Entfernung der durch die badische Commission angelegten Siegel. Mittheilungen zur Aufklärung und Rechtfertigung. Man wünscht friedliche Verständigung.]

Si je pouvais exprimer à V. Exc. la vive peine dont j'ai été pénétré des incidents survenus à Mannheim, Elle verrait que je mérite bien Sa confiance en mon zèle et ma sollicitude à concourir avec le plus grand empressement à tout ce qui peut dissiper promptement jusqu'aux moindres apparences de (sic!) quelques nuages entre nos souverains. Les sentiments qui attachent Msgr. le Margrave à S. A. S. E. ne lui peuvent faire rien désirer plus ardemment que de cultiver et de conserver sans interruption les liens et les relations inappréciables qui subsistent si heureusement entre leurs illustres maisons. Elle a déjà confirmé l'assurance de cet hommage bien sincère à Msgr. l'Electeur dans Sa lettre d'hier au soir. Conformément à cette façon de penser, S. A. S. s'est empressée d'ordonner incessamment à Ses commissaires à Mannheim la prompte levée des scellés partout où ils peuvent avoir été apposés. Le principe que V. Exc. établit, savoir qu'il soit sursis à tout transport ultérieur des objets en question satisfait entièrement à ce que la dite commission avait demandé à ce sujet dès le commencement de cette fâcheuse discussion, sans avoir pu obtenir cependant une assurance officielle à cet égard des commissaires électoraux. Quant aux troupes rassemblées à Mannheim, je puis avoir l'honneur d'assurer à V. Exc. qu'il n'a pas été envoyé un seul homme de plus au Palatinat que le nombre qui y a marché au moment de l'occupation provisoire; mais les motifs qui ont forcé notre militaire à quelques mesures urgentes pour sa propre sûreté se trouvent rapportés avec la plus exacte vérité dans la réponse de Msgr. le Margrave à l'expédition allemande que S. A. S. E. lui a fait l'honneur de lui adresser par le même courrier. Pour épargner à V. Exc. les répétitions, je prends la liberté de me rapporter entièrement aux détails exacts qui sont exposés dans cet écrit ainsi qu'au contenu de l'instruction à nos commissaires en date du 8 de ce mois, qui y est annexé. J'ose en appeler à la candeur de Votre caractère, M^r le ministre, et à Votre intégrité pour Vous conjurer de représenter sous leur vrai jour à Msgr. l'Electeur les faits qui l'ont malheureusement tant indisposé, afin de calmer le ressentiment que S. A. S. E. a saisi sur cette affaire et qui affligerait bien sensiblement Msgr. le Margrave, s'il ne comptait sur la justice qu'Elle ne voudra jamais refuser à la pureté de Ses intentions. V. Exc. trouvera également dans l'expédition mentionnée l'expression de la plus parfaite reconnaissance de Msgr. le Margrave à l'égard des ordres que S. A. S. E. a donnés provisoirement pour l'extradition prochaine des

trois baillages du Palatinat du Rhin qui passent à Msgr. le Margrave et S. A. S. s'empressera d'adjoindre aux deux commissaires nommées par Msgr. l'Electeur un plénipotentiaire convenable pour s'occuper conjointement de tout ce qui concerne les détails de l'extradition des trois baillages ainsi que des séparations d'effets et inventaires etc.

Que V. Exc. soit bien persuadée qu'on correspondera sincèrement de notre part à Sa proposition de terminer toutes les discussions ultérieures à l'amiable, en partant des principes fixes que la Députation a déjà établis.

Veuillez aussi Vous persuader, M^r le ministre, que je ne me consolerais jamais de n'avoir pas été assez heureux à pouvoir terminer définitivement tous les objets à discuter avec V. Exc., si j'osais espérer, comme Elle veut m'en flatter, que mon zèle et mon dévouement pour nos souverains réciproques m'eût rendu capable peut-être d'écarter conjointement avec Elle des difficultés et des obstacles dont il eût été à désirer qu'ils ne se fussent jamais présentés, mais qui toutefois, je n'en fais aucun doute, vont être réglés incessamment à l'entière satisfaction de toutes les parties intéressées.

Concept.

333. Kurfürst Max Joseph von Baiern an Karl Friedrich.

München, 22. Nov. 1802.

[Ernennung von Commissären für die Uebergabe der Pfalz. Nachgiebigkeit bezüglich der Sternwarte. Festhalten der Ansprüche auf die Sammlungen. Vergleich vom Jahre 1859 wegen der Schulden.]

Generallieutnant Graf Rumford und Freiherr von Reibeld, Präsident des rheinpfälzischen Generallandescommissariats, sind zu Commissären für die Uebergabe der Rheinpfalz ernannt.

Der Kurfürst verzichtet nach Empfang des markgräflichen Schreibens vom 19. Nov. auf alle Instrumente der Sternwarte ohne jeden Vorbehalt, erwartet aber um so mehr, daß der Markgraf in die Wegführung der Mannheimer Sammlungen einwilligen werde. Es sei lächerlich, von Ansprüchen der drei bis vier Mitglieder der Akademie auf dieselben zu reden, sie seien meist aus fürstlichen Privatmitteln beschafft und s. Zt. der Akademie „nur widerruflich mit dem ausdrücklichen Vorbehalt künftiger Organisation" überlassen worden.

Am 23. Nov. erfolgt ohne Zwischenfall die Civilbesitznahme der Pfalz durch Baden. Auf die langwierigen, verwickelten Ausgleichverhandlungen mit Baiern, die daran anknüpfen, können wir hier nicht näher eingehen. Wir bemerken nur, daß die badische Regierung bezüglich der Sammlungen, nachdem ihre Commissäre schon am 7. Dec. 1802 in dem Entwurf eines Separatrecesses die bairischen Ansprüche als begründet anerkannt, schließlich nachzugeben genöthigt wird. (Vergl. auch Nr. 344 und 347.) Die Verhandlungen wegen Uebernahme eines Theils der Pfälzer Schulden durch Baiern, an denen sich auch Hessen-Darmstadt, Nassau und Leiningen betheiligen, schleppen sich noch lange Jahre durch resultatlos hin, auch ein Schiedsgericht, aus dem Kurerzkanzler und Kurhessen bestehend, vor welches die Frage im Jahre 1804 ver-

wiesen wird, vermag eine Einigung nicht zu erzielen. Im Jahre 1808 erklärt sich Baden bereit, gemeinsam mit Hessen-Darmstadt und Nassau von den Pfälzer Schulden die Summe von 4590000 fl. nebst Zinsen zu übernehmen und den Gläubigern heimzuzahlen, vorbehaltlich eines spätern Regresses an Baiern; wegen des Restes von 3865126 fl. werden die Gläubiger an Baiern verwiesen. Diese aber sowol, wie der Münchner Hof protestiren dagegen. Der letztere weigert sich beharrlich, irgend welchen Antheil an den Pfälzer Schulden zu tragen. Nach dem Zusammenbruche der napoleonischen Herrschaft beschäftigt der Streit dann lange Zeit den Bundestag und überlebt beinahe noch diese Institution. Erst im Jahre 1859 kommt zwischen der Krone Baiern und dem Großherzogthume Baden, als Vertreter zugleich der übrigen Interessenten, ein Vergleich zu Stande, durch den erstere sich verpflichtet, als Abfindung die Summe von 2500000 fl. nebst weiteren 150000 fl. für rückständige Zinsen auszuzahlen und auf alle im Verlaufe des Streites geltend gemachten Gegenforderungen zu verzichten, wogegen Baden und die Mitkläger allen weitergehenden Ansprüchen ein für allemal entsagen (dat. München, 4. Apr. 1859. Orig. Karlsruhe).

4. Sendung des Prinzen Ludwig nach Paris. (Nov.–Dec. 1802.)

334. Denkschrift Reitzensteins.

Karlsruhe, 16. Nov. 1802.

[Die Erbfolge der Grafen Hochberg. Ihre Anerkennung durch Kaiser und Reich eine Frage von europäischem Interesse, ein Gebot der Pflichten gegen das Land.]

Reitzenstein fixirt im Auftrage des Markgrafen dessen Willensmeinung, die dahin geht, daß die Successionsfähigkeit der Grafen Hochberg, die der Markgraf bereits früher testamentarisch anerkannt habe[1], auf's neue bestätigt werde: „neben allen andren Rücksichten" vorzüglich in der Erwägung, „wie Höchstihro bei ihrer geographischen Lage vorhin schon sehr wichtig gewesenen Lande es nunmehro selbst für die Mächte vom ersten Rang in so hohem Grade seien, daß eine nach denen bei Erlöschung des Mannesstammes eintretenden mancherlei Feudal- und Allodialverhältnissen vorgehende, in jedem Betracht ohnedem höchst traurige Zerstückelung derselben schwerlich ohne einen blutigen Krieg ausgeführt werden würde, so halten Sie es für Pflicht und zu Beruhigung Ihres Gewissens erforderlich, daß der erste von der Vorsehung herbeigeführt werdende Zeitpunkt dazu benützt werde, jene Fähigkeit zur Erbfolge von Kaiser und Reich um so mehr anerkennen zu machen, als ein gleiches in einem ganz ähnlichen Fall und aus den nämlichen politischen Motiven in Ansehung des Successionsrechts der Pfalz-Birkenfeldischen Linie in die kurbaierische Lande im Teschener Friedensschluß stipulirt worden ist".

Concept.

335. Karl Friedrich an Bonaparte.

Karlsruhe, 22. Nov. 1802.

[Versicherungen des Dankes und der Ergebenheit. Abordnung des Prinzen Ludwig nach Paris.]

C'est dans le moment où la prise de possession civile des pays, assignés en indemnité aux états de l'Empire germanique, vient de fixer leur destinée d'une manière irrévocable que j'éprouve avec une nouvelle force le besoin de Vous offrir, Illustre Premier Consul, d'offrir au grand chef d'un puissant Empire l'hommage pur d'une gratitude dont l'expression restera toujours au dessus de mes forces. J'aurais désiré pouvoir m'acquitter en personne d'un devoir aussi doux, mais puisque mon âge et plus encore les occupations multipliées auxquelles je ne dois pas me soustraire dans

[1] Durch die Disposition vom 20. Febr. 1796. Vergl. J. L. Klüber, Acten des Wiener Congresses. VIII, 278 ff.

une époque aussi importante, me forcent de renoncer à un vœu dans lequel j'aurais trouvé mon bonheur, j'en ai confié l'exécution à mon fils chéri, le P[ce] Louis . . . .

Veuillez, Illustre Premier Consul, accueillir avec bonté ce que je l'ai chargé de Vous exprimer. Il aura l'honneur, en Vous présentant cette lettre, de Vous retracer des sentiments qu'un de mes soins les plus importants sera de transmettre à mes successeurs. Il Vous dira, combien ma confiance en Votre protection a toujours été inaltérable, combien je désire vivement de me conserver une bienveillance aussi précieuse, quels vœux ardents je ne cesse de former pour Votre gloire. Puissent-ils être remplis dans leur plus grande étendue; le sort du monde est attaché à la conservation de Vos jours.

Daignez agréer etc. . . . .

Copie.

336. Lucchesini an König Friedrich Wilhelm III. von Preußen.

Paris, 26. Nov. 1802.

[Bevorstehende Ankunft des Prinzen Ludwig. Förderung seiner Mission durch Preußen.]

. . . . Après une absence de quelques semaines le B[on] de Reitzenstein, ministre plénipotentiaire de Bade, est retourné de Carlsruhe et nous a donné la nouvelle que le P[ce] Louis de Bade sera ici dimanche prochain. Ce Prince que j'ai eu l'honneur de connaître à Potsdam et à l'armée, m'a fait témoigner un vif désir de suivre les traces de Msgr. le Prince héréditaire d'Orange pour s'assurer les suffrages dont le Premier Consul a comblé le beau-frère de Votre Majesté[1] . . . .

Berlin. St.-A.

337. Prinz Ludwig an Karl Friedrich.

Paris, 6. Dec. 1802.

[Auszeichnender Empfang durch Bonaparte. Unterredung über die Successionsfähigkeit der Grafen Hochberg. Geheimhaltung vor Edelsheim.]

Gestern bin ich dem Ersten Consul vorgestellt worden. . . . . Bonaparte hat mich aus Achtung gegen Sie so ausgezeichnet empfangen, daß ich überzeugt bin, daß das Corps diplomatique neidisch darüber ist. Während dem ganzen Essen über sprach der erste Consul von Ihren Angelegenheiten mit mir; da diese Unterredung sich beinahe von selbst auf die Successionsfähigkeit lenkte, so benutzte ich diese Gelegenheit, ihm ausführlich über diesen Gegenstand zu sprechen; er findet Ihren Wunsch so natürlich, daß er mir sagte, ob am Ende des définitive

[1] Der Erbprinz von Oranien hatte im Febr. d. J. seine Interessen mit Lucchesini's Unterstützung persönlich in Paris vertreten. Bailleu, II, 73. — Lucchesini erhält in der Folge die Weisung, sich des badischen Prinzen in jeder Weise anzunehmen. Dat. Berlin, 10. Dec. 1802.

arrangement des affaires de l'Allemagne nicht der Zeitpunkt eintreten könnte, um damit hervorzutreten. Haben Sie die Gnade, von diesem Gegenstand meines Briefes niemand etwas zu sagen, auch dem E[delsheim] nicht, um daß man, da diese Sache nun eingeleitet ist, nicht contrecarriren kann . . . .

Eigenhändig.

338. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 6. Dec. 1802.

[Morkow durch das badische Geschenk umgestimmt. Versprechungen wegen der Breisgauer Gefälle und Hirschhorn. Die Pfälzer Angelegenheiten.]

|: Reitzenstein hat Morkow als Geschenk des Markgrafen eine kostbare Dose zugestellt. Der russische Gesandte, der bis dahin stets Schwierigkeiten bereitet, ist wie umgewandelt; im Beisein des Prinzen Ludwig erklärt er sich bereit, die badischen Desiderien betr. Zuweisung der Gefälle der breisgauischen Stifter im Badischen zu befürworten[1]. :|

Die Billigkeit und Gerechtigkeit der badischerseits aufgestellten Principien «tant par rapport à la répartition des dettes et des pensions que touchant les droits et propriétés de l'académie des sciences à Mannheim» wird hier allgemein anerkannt. Baiern werde in der letzteren Frage nachgeben müssen.

Touchant enfin la demande additionnelle que V. Exc. sait bien avoir été faite par moi à l'époque de mon départ pour Carlsruhe, j'ai cru qu'il était nécessaire de toucher directement cette corde vis-à-vis de Mr de Morkow, en appuyant ma demande de toute la raison qui l'avait motivée . . . . Mr de Morkow[2], en m'assurant itérativement qu'il lui était toujours encore incompréhensible, comment le baillage de Hirschhorn avait pu nous échapper, puisque Mr de Bühler, qui avait eu des ordres bien précis à cet égard, lui avait mandé qu'il ne croyait rencontrer aucune difficulté, s'expliqua très favorablement au sujet de ma demande additionnelle. Il m'a promis d'en parler officiellement à Mr de Talleyrand qui de son côté m'a paru accueillir également bien les observations que je lui avais déjà précédemment faites sur cet objet. Ce n'est pas que je me flatte déjà de réussir, mais il faudra toujours voir jusqu'où on pourra pousser cette affaire . . . .

339. Prinz Ludwig an Karl Friedrich.

Paris, 8. Dec. 1802.

[Dringt auf entschiedenes Auftreten in den Verhandlungen wegen der Pfalz. Opposition in Karlsruhe. Die künftige Stärke des badischen Militärs.]

Wünscht, daß man bei den Mannheimer Verhandlungen eine feste Sprache führen möge, sonst gehe es wieder wie mit Hirschhorn. Übernehme man mehr Schulden, als die Reichsdeputation vorschreibe, so dürfe man wahrlich nicht die französische Regierung da-

[1] Vergl. oben Nr. 230, 242, 254 u. 307.

[2] Der Markgraf hatte Morkow schriftlich um seine Verwendung ersucht, dat. 24. Nov.

für verantwortlich machen, sondern den Einfluß „einiger Karlsruher Leute, die befürchten, daß der Kurfürst von Baden zu mächtig werden möchte, wodurch der Stolz der Juristen herunter gestimmt wird[1]".

.... Der 1te Consul hofft, daß Sie zum wenigsten 4000 Mann nun halten können, um in der Folge auf das Doppelte durch gute Finanzeinrichtungen gebracht zu werden; nachdem ich ihm sagte, daß Sie vielleicht mir die Organisation Ihres militaire anvertrauen würden, sagte er: j'en suis fort charmé, Vous ferez notre avantgarde, en cas qu'il y aura une guerre avec l'Autriche[2] ....

Eigenhändig.

340. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 8. Dec. 1802.

[Bonaparte und Prinz Ludwig. Günstige Aeußerungen wegen des Breisgaus; Baierns Drohungen nicht zu fürchten.]

|: Prinz Ludwig war am Sonntag zum Diner bei Bonaparte.

.... Il m'a été ordonné de Lui [scil. V. Exc.] mander qu'au dîner de dimanche chez le 1er Consul le Prince a cherché et trouvé l'occasion de faire tomber le discours sur le Brisgau et que le 1er Consul s'est expliqué d'une manière dont on pouvait juger qu'il reconnaissait parfaitement la convenance de cette acquisition pour la maison de Bade et de l'autre côté l'inconvénient d'avoir l'Autriche au milieu du pays.

C'est déjà beaucoup que cette idée paraisse avoir maintenant germé dans la tête de Bonaparte; les plus grands efforts du département des affaires extérieures n'y avaient pu réussir jusqu'ici.

Reitzenstein hat den Prinzen gebeten, bei der nächsten Gelegenheit wieder die Sprache darauf zu bringen und Bonaparte zu ersuchen, daß er Talleyrand ermächtige, mit ihm (R.) darüber in Unterhandlung zu treten.

Quant aux menaces précédemment faites par l'Electeur de Bavière de faire marcher des troupes à Mannheim, le 1er Consul a dit que l'Electeur se garderait bien d'une démarche qui autoriserait ensuite les Autrichiens à agir de même à l'égard de ses propres indemnités ....:|

341. Lucchesini an König Friedrich Wilhelm III. von Preußen.

Paris, 10. Dec. 1802.

[Ehrenvolle Aufnahme des Prinzen Ludwig in Paris. Unterredung mit Bonaparte über preußische Verhältnisse.]

.... Msgr. le Prince Louis de Bade, arrivé ici depuis deux jours (sic!) sous le nom du Cte d'Eberstein, a été présenté hier au Premier Consul

---

[1] Anspielung auf Brauer? Vergl. Nr. 239, S. 212.

[2] Die badischen Truppen zählten Ende 1802 etwa 1900 Mann; das Militärbudget belief sich auf 378000 fl. jährlich. S. Badischer Militäralmanach, J. 1861, S. 77. Nach dem Stande vom Dec. 1803 betrug in Folge der durch den Anfall der neuen Lande bedingten Vermehrung ihre Zahl, mit Einschluß des Garnisonregimentes von Lindheim, rund 4300 Mann. Badischer Militäralmanach, J. 1862, S. 14—20.

qui l'a accueilli d'une manière distinguée et semblable à celle qu'il employa envers S. A. S. Msgr. le Prince d'Orange. Assis à table à côté de lui, le Prince de Bade eut l'occasion de s'entretenir avec le chef du gouvernement français des grandes qualités qu'il admire en Votre Majesté, de la sagesse de la conduite du cabinet de Berlin et de l'excellence de l'armée prussienne. Le Prince de Bade m'en a témoigné un sensible plaisir. Il m'a paru en même temps que je continue à lui communiquer des notions que j'ai acquises pendant le séjour du Prince héréditaire d'Orange, afin de rendre le sien tout aussi agréable au gouvernement français . . . .

Berlin. St.-A.

342. Edelsheim an Reitzenstein.

Karlsruhe, 12. Dec. 1802.

[Verhandlungen mit Baiern wegen der Pfalz. Präliminarreceß. Morkows Versprechungen kommen voraussichtlich zu spät.]

Hofft, daß die Auffassung der Pfälzer Angelegenheiten in Paris auf die Münchener Regierung ihre Wirkung nicht verfehlen und eine freundschaftliche Verständigung herbeiführen werde.

Je Vous ai déjà informé par mes précédentes jusqu'où avaient mené alors les pourparlers réciproques sur cet objet. Depuis on a engagé nos plénipotentiaires à dresser un peu précipitément un projet de recès préalable sur les points convenus[1], lequel projet, tout imparfait qu'il est, a été expédié sans délai par le général Rumford à Munich pour en requérir l'assentiment de l'Electeur.

Il est cependant plus vraisemblable qu'on le renverra avec une forte critique peut-être et avec des amendements qui pourront exiger de nouveaux éclaircissements de part et d'autre.

Il est à souhaiter que les dispositions favorables que M^r le Cte de Morkow Vous a marquées relativement à Vos demandes additionnelles influent assez sur Mr de Bühler pour lui suggérer maintenant encore quelque moyen praticable à seconder efficacement nos vœux, après que le recès de la Députation a déjà été transmis par les ministres médiateurs comme un ultimatum inaltérable à la Diète de l'Empire à Ratisbonne. . . . .

v. Edelsheim'sches Fam.-Archiv.

343. Prinz Ludwig an Edelsheim.

Paris, 13. Dec. 1802.

[Die Mannheimer Sammlungen- und die Pfälzer Schuldenvertheilung. Man billigt Badens Verhalten. Die Johannitergefälle. Verhandlungen mit Leiningen wegen Hilsbach.]

Prinz Ludwig dankt für Edelsheims Schreiben vom 9. d. M.

1) Alle in Mannheim befindliche Cabinete, ohne die mindeste Ausnahme, welche der Akademie in dem Schenkungsbrief zugesagt sind, werden, wenn man

[1] Vom 7. Dec. Vergl. oben Nr. 333.

ein wenig ernstlich darauf bestehet, in Mannheim bleiben. Dies ist der Wille des Ersten Consul, durch den Minister Talleyrand dem Herrn von Cetto auf das deutlichste hinterbracht und mir noch gestern in Malmaison auf das unzweideutigste wiederholt worden; folglich alles, was davon nach München abgeführt wird, ist ein freundschaftliches Geschenk;

2) ist der Erste Consul überzeugt, daß der Kurfürst von Baiern auf die drei pfälzischen Oberämter nicht mehr als diejenigen Schulden wälzen kann, die den Grundsätzen der Deputation gemäß sind; in dem entgegengesetzten Fall rathet er an, diese Angelegenheit auf den Ausspruch der vermittelten (sic!) Mächte auszusetzen, wo er alsdann schon dafür sorgen wird, daß dieser Ausspruch nicht zum Nachtheil der badischen Interessen ausfallen wird und

3) scheint es mir außer Zweifel, daß diejenigen Güter und Gefälle der dem Malteser-Orden zugewiesenen Klöster des Breisgaues, die in dem Badischen liegen, für meinen Herrn Vater zu erlangen sind. Könnte sich durch irgend einen Zufall die Gelegenheit ereigenen, dem Kaiser Alexander von Karlsruhe aus den Wunsch zu äußern, solche zu besitzen, so wäre es sehr sachdienlich . . . .

Da der Graf Morkow seit der Tabatière sehr für das badische Interesse geneigt ist . . . . und der Minister Talleyrand die Erlangung dieser Güter und Gefälle für gar nicht unmöglich haltet, beede mir versprochen haben, sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen, so gebe ich die Hoffnung gar nicht auf, sie zu erlangen, auch ohne die directe Genehmigung des Kaisers Alexander. . . .

Um durch Kauf oder Uebernahme eines Theils der Schulden des Fürsten von Leiningen die Amtskellerei Hilsbach zu erlangen, habe ich mir alle Mühe gegeben, den hiesigen Abgeordneten[1] darüber auszuforschen, aber eine bestimmte Abneigung, etwas zu veräußern, an ihm bemerkt; daher ich unmaßgeblich der Meinung bin, daß mit dem Erbprinzen von Leiningen es vielleicht räthlicher wäre, in Unterhandlungen zu treten; man erwartet ihn hier; sollte er noch während meiner Anwesenheit ankommen, so werde ich gewiß keine Gelegenheit versäumen, um seine Gesinnungen hierüber zu ergründen, und nach Maßgabe der Umstände handeln. . . . .

---

344. Reitzenstein an Edelsheim.

Paris, 23. Dec. 1802.

[Prinz Ludwig hat völlig reüssirt. Der Streit wegen der Akademie. Klage über mangelhafte Informationen aus Karlsruhe. Abberufung erwünscht.]

Le journal que Msgr. le Prince Louis va apporter avec lui[2], le précis pour l'usage de Mme la Princesse héréditaire et celui enfin sur la situation

---

[1] Rath Greuhm.

[2] S. Nr. 347.

actuelle des affaires[1] épuisant tout ce qui pourrait entrer dans un rapport à faire à V. Exc., je puis me borner à bien peu de lignes. Je ne saurais en écrire davantage à cause de l'épuisement où je me trouve par suite d'une représentation non interrompue de 20 jours. Ce qui est mieux que cela, c'est que Son Altesse a été infiniment bien accueillie et même sous quelques rapports mieux que le Prince d'Orange et que le but de ce voyage a été parfaitement rempli. Peut-être aurait-on pu faire mieux encore touchant la contestation avec la cour de Munich relativement aux propriétés de l'académie de Mannheim, mais après la connaissance officielle que Mr de Cetto m'a donnée de la note des commissaires bavarois en date du 2 décembre et de la réponse en date du 5 il a fallu rester tout court . . . .

Reitzenstein bedauert, daß man ihn von der letzteren nicht in Kenntniß gesetzt habe, da ihr Inhalt doch die ihm früher ertheilten Weisungen aufhebe. Ein solches Verfahren lasse ihn mehr und mehr wünschen, in Bälde durch einen Nachfolger abgelöst zu werden.

---

345. Lucchesini an König Friedrich Wilhelm III. von Preußen.

Paris, 24./25. Dec. 1802.

[Prinz Ludwig über Morkow erbittert. Unterredung mit Bonaparte über die russischen Zustände. Mißtrauen. Rußlands Politik im Orient und Anschluß an Oesterreich und England. Geplante Ehescheidung Bonaparte's und angebliches badisches Heirathsproject.]

Morkow und seine Intriguen.

. . . . Le Prince Louis de Bade n'a eu guères à s'en louer dans les rapports de politesse sociale et l'a toujours trouvé en opposition avec les désirs ou les intérêts du Margrave. Ce Prince est parti d'ici hier, on ne peut pas plus irrité contre ce ministre et résolu de prévenir l'Empereur que, s'il n'y prend garde, les rapports du Cte de Morcow le brouilleront avec le Premier Consul. Celui-ci en a dit beaucoup de mal au Prince de Bade, mais il a fini par conclure qu'il préfère de le garder à Paris, où sa méchanceté est connue et surveillée, que de le savoir à l'oreille de l'Empereur Alexandre, Prince bon, mais facile à captiver. Dans les entretiens que le général Bonaparte a eus avec ce Prince sur la Russie, je sais qu'on a témoigné de part et d'autre quelque crainte de l'influence que pourrait avoir le Grand-Duc Constantin qu'on suppose aveuglement attaché à la cour de Vienne et atteint de préjugés contre la Prusse dans les rapports politiques du cabinet de St Pétersbourg. Je sais qu'on se réjouit de l'intimité établie par les correspondances particulières et directes entre Votre Majesté et l'Empereur Alexandre et cimentée par l'entrevue de Memel. Mais l'on a quelque inquiétude sur l'effet des intrigues de l'Im-

---

[1] Das letzte Actenstück fehlt; das erstere s. Nr. 346.

pératrice mère et du ministère actuel et particulièrement sur la faiblesse du caractère de ce souverain. On connaît l'esprit des trois ministres russes à Londres, Paris et Vienne, ... on sait qu'élevés tous les trois dans les maximes de l'Impératrice Catherine ils reportent sans cesse leurs regards vers l'Orient et n'ont d'autres vues ambitieuses qu'au détriment de la Porte Ottomane. On se rappelle que de tels projets ont toujours enfanté les alliances des deux cours impériales et l'on est persuadé que si l'ancien ministère pouvait reprendre sa place en Angleterre, le cabinet de St James redevenu belliqueux ne demandera pas mieux que de payer par des provinces ottomanes les efforts d'une nouvelle coalition contre la France . . . . En général le Premier Consul n'a pas caché au Prince de Bade ses inquiétudes tant sur l'Angleterre que sur les deux cours impériales, et celui-ci m'en ayant fait part avec des témoignages d'un vif intérêt pour Votre Majesté, j'ai cru devoir Lui transmettre dans leur ensemble . . . .

Schon wiederholt, versichert Lucchesini, sei davon die Rede gewesen, Bonaparte beabsichtige eine Scheidung von seiner Gemahlin, da seine Ehe kinderlos sei. Gerüchtweise verlaute, er denke daran, sich mit der jüngsten Enkelin des Markgrafen von Baden nach Lösung seiner ersten Ehe zu vermählen; mit dem Project bringe man die Reise des Prinzen Ludwig in Zusammenhang[1].

Berlin. St.-A.

---

346. Précis Reitzensteins.

O. D. (Dec. 1802).

[Bonaparte geneigt, die Johannitergefälle und den Breisgau Baden zu überweisen; erwartet nur weitere Anregung von Rußland. Baden soll den Zaren dazu bestimmen. Geheimhaltung der Correspondenz. Czartorisky.]

Le Premier Consul ayant marqué à S. A. S. Msgr. le Prince Louis que son intention était de faire encore davantage pour les intérêts de la Sme maison de Bade, pourvu que la Russie pût être disposée à seconder les vues du gouvernement français, il est nécessaire d'entrer un peu en détail sur la manière dont le Premier Consul croit lui-même qu'il faudrait se prendre pour parvenir à ce but. Les ministres russes influencés par l'Impératrice Marie et uniquement guidés par le désir de complaire à une

---

[1] Prinzessin Wilhelmine, spätere Großherzogin von Hessen-Darmstadt. — Dieser letzte Abschnitt der Depesche mitgetheilt bei Bailleu, II, 106. Aehnlich berichtet Lord Withworth am 23. Dec.: «Should the divorce take place, he is to marry the only remaining daughter of the Margrave of Baden, a princess only fourteen years of age, whose brother is now here and much caressed by the Consul and his courtiers». Vergl. Browning, England and Napoleon in 1803. S. 31. Allem Anscheine nach handelt es sich hier lediglich um ein Gerücht, das durch die Reise des Prinzen entstanden ist und, soweit es Baden betrifft, jeder Grundlage entbehrt. In den badischen Correspondenzen, insbesondere den Berichten des Prinzen, ist nirgends davon die Rede.

Princesse qui s'est tout-à-fait emparée des rênes du gouvernement ont montré au moins une très grande faiblesse dans tout ce qui concernait les justes réclamations de la maison de Bade; le Cte de Morcow y a même ajouté une malveillance marquée . . . .

Durch Vermittelung des Cabinets von St. Petersburg werde daher schwerlich etwas zu erreichen sein, um so weniger, als Morkow wiederholt bewiesen habe, daß er sich um die striktesten Vorschriften nicht kümmere, falls sie seinen politischen Principien nicht entsprächen. Zum Glücke bestehe noch zwischen dem Kaiser und dem Ersten Consul eine persönliche Correspondenz, die nicht durch die Ministerien laufe und deren sich der letztere des öfteren mit Erfolg bedient habe.

C'est encore de ce même moyen que le Premier Consul désire qu'il soit fait usage pour lui donner l'occasion d'augmenter le lot de la maison de Bade. Il s'agit de deux objets; le premier concerne le consentement de l'Empereur à ce que les revenus perçus jusqu'ici par les couvents médiats du Brisgau dans le Margraviat soient réunis au domaine de Msgr. le Margrave.

Wie der Kaiser sich erinnern werde, seien die Mediatklöster des Breisgaus als Entschädigung für den Johanniterorden, speciell für das deutsche Großpriorat bestimmt. Da der Orden durch Abtretung des linken Rheinufers nicht mehr als 50000 fl. Einkünfte eingebüßt habe, die Mediatklöster im Breisgau aber jährlich 300000 fl. einbringen, werde der Orden immerhin noch fünffache Entschädigung für seine Verluste erhalten, wenn auch die Renten und Gefälle, welche die breisgauischen Klöster in der Markgrafschaft besäßen und deren Gesammtertrag sich auf etwa 50000 fl. belaufe, in Wegfall kämen.

On peut se flatter que l'Empereur pour sa personne affectionne la maison de Bade plus que l'ordre de Malte et qu'ainsi S. M. sera d'autant plus disposée à seconder les vœux de Ses proches parents, quand Elle sera convaincue qu'on ne demande rien d'injuste ni qui saurait blesser les intérêts fondés d'un tiers. Le gouvernement français étant déjà disposé à accueillir cette demande à laquelle il ne trouve aucune difficulté, il suffirait d'un simple consentement de S. M. l'Empereur exprimé au Premier Consul[1].

Le second objet est beaucoup plus important et a été provoqué par le Premier Consul lui-même. Il désire de fortifier la maison de Bade et de compléter la contiguité de ses états, en faisant restituer à cette maison le Brisgau, le plus ancien domaine de ses ancêtres, les Ducs de Zähringen. Il a exprimé l'intention de diriger vers ce point les négociations dans lesquelles il se trouve encore avec l'Autriche; pour avoir, s'il est permis

---

[1] Diese französische Zusage ist um so bezeichnender, als bekanntlich gerade in den Tagen, in denen sie erfolgt, durch die Convention mit Oesterreich vom 26. Dec. dem Herzoge von Modena der Breisgau ohne jede Einschränkung zugesprochen wird. Vergeblich hat sich später der Malteserorden auf § 26 des Reichsdeputationsschlusses berufen: thatsächlich ist er niemals in den Besitz der breisgauischen Mediatstifter gelangt. Vergl. (J. L. Klüber): Essai sur l'ordre de Malte. S. 19.

de s'exprimer ainsi, un prétexte de le faire, il désirerait que l'Empereur de Russie lui marquât dans une de ses lettres particulières que, si par l'arrangement définitif qui devait encore être concerté avec l'Autriche on pourrait encore trouver moyen de faire quelque chose pour la maison de Bade et de la fortifier par l'arrondissement de ses états, S. M. l'Empereur le verrait avec plaisir et désirait que la France pût obtenir ce but .... Il paraît qu'il serait surtout utile que sans aucune intervention du ministère de Carlsruhe S. A. S. Mme la Princesse héréditaire priât S. M. l'Impératrice régnante et Mme la Princesse Amélie de faire tous leurs efforts pour engager S. M. l'Empereur à insérer dans sa prochaine lettre particulière au Premier Consul deux périodes de la teneur dont Bonaparte même le désire ....

Das russische Ministerium, vor allem Woronzow, dürfe nicht darum wissen, noch weniger Graf Morkow, der sich jetzt, nachdem er von einer Besprechung mit dem Botschafter in London, Graf Simon Woronzow, aus Lille zurückgekehrt, gehässiger als je gegen Frankreich zeige. Nur falls Fürst Czartorisky in die Privatcorrespondenz mit Bonaparte eingeweiht sei, möge man auch ihn ins Vertrauen ziehen und zu gewinnen suchen. Zu dem Zwecke möge man ihm vorstellen, man habe ein Mittel gefunden, «de persuader au Premier Consul d'augmenter autant que possible l'établissement du Roi de Sardaigne qui n'avait pas encore été trouvé suffisant jusqu'ici et auquel on sait que le Prince Czartorisky prend personnellement la plus vive part[1]».

Concept von Groos, nach Reitzensteins Dictat; die letzten Zeilen von Reitzensteins Hand.

---

347. Aus dem Diarium über den Aufenthalt des Prinzen Ludwig in Paris[2].

Dec. 1802.

[Wichtige Unterredung mit Bonaparte. Er wünscht, daß Kaiserin Elisabeth ihren Einfluß auf die Politik geltend mache. Politische Bulletins. Uebelwollen Morkows. Aussicht auf Erwerb des Breisgaus und der Johannitergefälle, falls Rußland zustimme. Günstige Stimmung in der Pfälzer Frage durch das Karlsruher Cabinet selbst vereitelt. — Besprechung mit Talleyrand und Morkow.]

Am 18. Dec. wird der Prinz nach St. Cloud berufen.

Hier hatten Sie eine äußerst wichtige, beinahe zweistündige Rede mit dem Ersten Consul, welche hauptsächlich folgende Gegenstände umfaßte:

1) Die dermalige innere Lage des russischen Cabinets und die Verhältnisse gegen diese Macht. Es schien, als ob der Nachdruck, mit welchem Rußland immer noch die Execution der Pariser Convention vom 3. Juni in Regensburg betreibt, eben so viel als die Versicherung, die der Erste Consul vom Berliner Cabinet erhalten, daß nämlich die russische Ministerialveränderung auf die Continental-Verhältnisse keinen beträchtlichen Einfluß erhalten würde, das heftige Mißfallen des Ersten Consuls über die Ernennung des Grafen v. Woronzow

[1] Czartorisky war früher (1798/99) russischer Gesandter am Hofe zu Florenz.

[2] Von Reitzenstein redigirt und unterzeichnet, 24 Folioseiten umfassend.

zum Reichskanzler[1] wenigstens insoweit gemildert habe, daß derselbe dermal weder auf heftigen, noch präcipitirten Mitteln bestehet, sondern seinen Wunsch im allgemeinen darauf beschränkt, daß der Einfluß der Kaiserin-Mutter nach und nach vermindert, der regierenden Kaiserin Majestät aber durch kluge Rathschläge die Nothwendigkeit und der Entschluß beigebracht werde, mit der Zeit mehrern Antheil an den Regierungsgeschäften, hauptsächlich den äußern Verhältnissen, zu nehmen. Der Erste Consul äußerte hierbei die Idee, ob es nicht nützlich seyn dürfte, von Karlsruhe aus der regierenden Kaiserin Majestät von Zeit zu Zeit interessante Bulletins über die Lage der politischen Angelegenheiten in Europa, gleichsam nur als objets de curiosité betrachtet, zuzuschicken und durch diese Mittheilung, die sie wahrscheinlich bald in den Fall bringen würde, dergleichen Bulletins dem Kaiser in einsamen Stunden vorzulesen, theils ihr Interesse an politischen Begebenheiten zu erwecken und zu unterhalten, theils Ihro Majestät in die Lage zu setzen, eine dergleichen Lecture mit mündlichen Bemerkungen, durch die nach und nach mancher höhere Zweck erreicht werden dürfte, zu begleiten. Nebenbei äußerte der Erste Consul den Wunsch, daß man doch die regierende Kaiserin disponiren möchte, bei Cercles und anderen öffentlichen Gelegenheiten dem französischen Gesandten etwas ausgezeichnetere Attentionen zu erweisen.

Ein zweiter Hauptpunkt der Unterhaltung betraf die deutsche Indemnisations-Angelegenheit. So viel das Entschädigungs-Supplement des Großherzogs von Toskana betrifft, wiederholte derselbe die im Publico schon ziemlich bekannte Auskunft, daß sich Oesterreich mit dem Bistum Eichstädt als Zugabe schlechterdings begnügen müsse und Baiern so reichlich entschädigt worden seie, daß solches den Verlust dieses Bistums verschmerzen könne, wenn es sich dadurch den Besitz alles übrigen sichere. Er gab hiernächst neue Beweise von der schon so oft einberichteten malveillance des russischen Cabinets und namentlich des Grafen von Morkow, welcher letztere für den Großherzog ausdrücklich alle badische neue Besitzungen am Bodensee mit so vieler Heftigkeit in Vorschlag gebracht habe, daß der größte Nachdruck des Ersten Consuls persönlich nöthig gewesen seie, um ihn mit diesem Project, das man nun als ganz beseitigt ansehen dürfe, abzuweisen[2]. Der Erste Consul wiederholte insbesondere, daß schon während der der Convention vom 3. Juni vorausgegangenen Unterhandlung der Graf von Morkow sich stets für Würtemberg verwendet, gegen alles aber, was zum Vortheil Badens hätte geschehen sollen, äußerst gekämpft habe. Dem ohnerachtet wolle der Erste Consul nicht ablassen, zum Vortheil des Badischen Hauses fortzuarbeiten. Er habe vorhin schon Serenissimum regnantem sehr verehrt; es habe ihm nun ein sehr großes Vergnügen gemacht, die Erhebung zur Kurfürstenwürde und die erlangte

---

[1] Vergl. oben S. 262.

[2] Wenn diese Angaben richtig sind, hat Morkow wider seine Instruction gehandelt, die ihm ausdrücklich vorschrieb, eine weitere Entschädigung Toskana's nicht auf Kosten von Baden und Baiern zu suchen. Tratchevsky, I, 546.

Indemnitäten durchgesetzt zu haben; da inzwischen theils (sic!) das Badische Land noch immer nicht stark genug sei, um unter den übrigen Kurfürsten den angemessenen Platz zu behaupten, so seie seine Intention, Serenissimo auch noch das Breisgau zu verschaffen, wobei er nicht leugne, der Politik Frankreichs angemessen zu handeln, weil es nicht angenehm seie, Oesterreich so nahe auf dem Nacken zu haben. Er gehe wirklich mit diesem Gedanken um, und dürfe ihn nöthigenfalls auch wol allein durchsetzen; inzwischen würde es ihm doch sehr behilflich sein, und wünsche er gar sehr, daß man den Kaiser von Rußland, der mit ihm in einer Privatcorrespondenz stehe, nur so weit disponiren könne, ihm in einem Privatschreiben zu erkennen zu geben, daß, wenn bei einem Definitif-Arrangement dem Badischen Haus einige weitere Vortheile sowol in Ansehung des Breisgaus als der den breisgauischen Mediatstiftern in den altbadischen Landen zustehenden Gefälle verschafft werden könnten, Se Majestät es wünschten und es Ihnen angenehm sein würde.

In Ansehung nur gedachter Gefälle äußerte sich der Erste Consul, daß er nicht nur dieselbe, sondern sämmtliche Breisgauische Mediatstifter überhaupt weit lieber Serenissimo nostro als dem Malteser-Orden, an dem er sammt und sonders gar nicht lebhaften Antheil nehmen könne[1], und es daher auch in Ansehung jener nur gedachten Einkünfte auch blos darauf ankomme, den russischen Kaiser nur zu einem Wort von Aeußerungen eines Wunsches oder Einwilligung zu disponiren.

Auch in Ansehung auf die Mannheimer Bibliothek und Cabinete gab der Erste Consul solche Gesinnungen zu erkennen, aus denen sich sein bester Wille, die von der Akademie anfänglich gemachten Ansprüche zu unterstützen, abnehmen ließ, allein Smus Princeps konnten leider wegen der Ihnen schon officiell bekannt gewordenen unseligen Note vom 5. Dec., die allen Ansprüchen förmlich entsagt und dem Herrn Kurfürsten zu Baiern die vollkommene Disposition über alle diese Objecte auf eine unbegreifliche Weise und ohne daß nur Unterzogener davon benachrichtigt worden wäre, zugestanden hatte[2], von diesen vortheilhaften Dispositionen keinen Gebrauch mehr machen.

Der Prinz conferirt wegen der Johannitergefälle auch mit Talleyrand und Morkow. Ersterer zeigt sich einer Ueberweisung geneigt, falls Rußland die Hand dazu biete. Morkow dagegen meint, es sei zu hart, „die drei oder vier armen Commandeurs, die das ihrige auf dem linken Rheinufer verloren hätten, darunter büßen zu lassen", und verweist auf den voraussichtlichen Widerstand Oesterreichs, welches wünsche, daß die Disposition über die breisgauischen Mediatstifter dem künftigen Landesherrn zustehe; verspricht indeß schließlich, mit Talleyrand darüber zu reden.

---

[1] Zu ergänzen etwa: „zuwenden würde".
[2] Vergl. Nr. 344.

5. Beziehungen zu Oesterreich.
(Juni 1802—März 1803.)

348. Baron v. Buol Schauenstein an den kais. Conferenzminister Grafen Colloredo.

München, 16. Juni 1802.

[Prinz Ludwig geht nach Petersburg, an Stelle Edelsheims. Gegenstand der Mission. Edelsheim wird in München erwartet. Begegnung mit Mathieu.]

Nach einer Aeußerung des Kurfürsten dürfte demnächst Prinz Ludwig von Baden nach Petersburg abgehen, um „Dankscomplimente dahin zu bringen". Wie der sächsische Gesandte, Graf Einsiedel, Edelsheims Schwiegersohn, versichert, sei ursprünglich die Rede davon gewesen, daß Edelsheim selbst die Reise unternehmen solle, es handle sich demnach sicherlich um wichtigere Dinge als Complimente. In der nächsten Woche werde Edelsheim in München eintreffen, wobei es sich vermuthlich „um ein besonderes Arrangement wegen des dem Hause Baden zugedacht sein sollenden pfälzischen Antheils" handle[1].

Wien. St.-Arch.

349. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 23. Juni 1802.

[Voraussichtliche Opposition des Wiener Cabinets gegen die badische Kur. Hoffnung auf Tauschverhandlungen wegen des Breisgaus.]

|: Votre dépêche No. 11[2] a assurément été d'un grand intérêt pour moi. J'y ai vu avec beaucoup de plaisir qu'on pense au titre d'Electeur. Vous savez que j'ai toujours persisté à considérer cette dignité comme la seule base solide de l'existence future. Je ne me dissimule pas que cela éprouvera une grande opposition de la part de la cour de Vienne sous le rapport de la religion, cependant je me flatte que les obstacles céderont à la persévérance que sans doute le S[me] Margrave y mettra, en continuant à réclamer une juste égalité avec les états qui se trouvaient jusqu'ici sur la même ligne.

Quant au Brisgau et à l'Ortenau, je ne suis pas fâché de les voir omis entre les objets d'indemnisation. Ce sera matière à nouvelles négo-

[1] Mit Bericht vom 20. Juni zeigt Baron von Buol an, die Reise Edelsheims habe einen Aufschub erlitten in Folge vertraulicher Conferenzen, die der Minister und der badische Gesandte in Paris, Freiherr v. Reitzenstein, zu Ettlingen mit dem französischen Abgeordneten für Regensburg, Mathieu, gehabt (sic! haben werden). Wien. St.-Arch.

[2] Fehlt, wie die meisten Erlasse Edelsheims an Gemmingen aus diesem Jahre. Sie enthielt vermuthlich einige Mittheilungen über die Pariser Convention vom 3. Juni.

ciations plus favorables peut-être par des échanges à faire, pourvu qu'on puisse éviter que ces objets ne soient pas cédés à un autre qu'à l'Archiduc Ferdinand. Mais en général l'affaire des indemnisations rencontrera encore de grands obstacles. Il y a des trames artistement ourdies. Ce ne sera que le gouvernement français qui pourra trancher le nœud gordien. Le cabinet de Pétersbourg s'est engagé à modérer les différentes prétentions autant que possible . . . :|

---

350. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 30. Juni 1802.

[Gemmingen empfiehlt Cobenzl die badischen Interessen. Man ist in Wien im Unklaren über den Stand der Entschädigungsfrage.]

Gemmingen empfiehlt im Auftrage seiner Regierung dem Grafen Cobenzl und durch dessen Vermittelung dem Kaiser die badischen Interessen angelegentlichst zur Berücksichtigung; Cobenzl möge überzeugt sein, „daß so tröstlich dem durchlauchtigsten Markgrafen auch die Theilnahme sein müsse, welche der Kaiser von Rußland schon mehrmalen und nun auch der König von Schweden erst neuerlich durch ihre Minister hätten bezeugen lassen, Höchstdemselben doch nichts erfreulicher sein würde, als die Gerechtigkeit, welche er bei der Berichtigung des Entschädigungsgeschäfts hoffen dürfe, ganz vorzüglich dem Wolwollen des Wiener Hofs verdanken zu können".

Cobenzl verspricht dem Kaiser darüber zu berichten, der, wie er im voraus versichert, geneigt sei, „alles zu thun, was Sr Durchlaucht dem Herrn Markgrafen angenehm sein könne. Uebrigens wisse man hier von Unterhandlungen wegen der Entschädigungen nichts Officielles, sondern nur durch allgemeine Gerüchte, und sei noch über die Angelegenheiten des eigenen Hauses in der größten Dunkelheit."

Abschr.

---

351. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 11. Juli 1802.

[Gerüchte über die badische Entschädigung. Einkünfte der Ortenau.]

. . . . So sehr es überflüssig scheint, die mancherlei Gerüchte überhaupt anzuführen, so halte ich doch für zweckmäßig, eine Ausnahme bei der Sache zu machen, welche die Baden'schen Angelegenheiten betrifft. Man sagt nämlich, es sei Seiner Hf. D. eine ansehnliche Entschädigung zugedacht worden, nebst der Kurwürde. Höchstdieselben hätten aber diese letztere ausgeschlagen, insofern eine dem angemessene Erhöhung der Einkünfte nicht damit verbunden wäre, und daß demgemäß jetzt davon die Rede sei, die Entschädigung bis zum reinen Einkommen von fünf Millionen Gulden zu erhöhen[1]. . . .

---

[1] Aehnliche, eben so unzutreffende Gerüchte theilt Gemmingen in einem Berichte vom 17. Juli mit; nach zuverlässigen Nachrichten sollen sich die Einkünfte der Ortenau auf 24000 fl. belaufen.

352. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 31. Juli 1802.

[Der Großherzog von Toskana soll den Breisgau erhalten. Werth der Erwerbung von Wimpfen.]

|: On parle d'être décidé à donner au Grand-Duc de Toscane le Brisgau avec les possessions en Souabe et de réunir Salzbourg et le reste avec les états héréditaires. Je le sais de bonne part. Préparez-Vous à beaucoup de longueurs pour ce qui sera du ressort de la Députation, le B[on] de Hügel en fera des siennes.

Je crois devoir fixer Votre attention sur la ville libre impériale de Wimpfen; c'est une misérable, petite ville, mais susceptible de devenir la clef du commerce du Necker et l'entrepôt du commerce entre la Franconie et la Souabe. Je ne puis en dire davantage dans une lettre, mais fiez-Vous en à moi, je connais les localités. Peut-être que l'occasion se présentera de revenir sur cet objet[1]. :|

---

353. Baron v. Buol Schauenstein an den kais. Conferenzminister Grafen Colloredo.

München, 3. Aug. 1802.

[Edelsheim in München. Geheimhaltung aller Verhandlungen. Rückkehr Reitzensteins nach Paris.]

Edelsheim ist vorgestern Abends eingetroffen; „bei dem strengsten Geheimniß, welches zu Karlsruhe über alle Gegenstände beobachtet wird, weiß man nur so viel", daß der Gesandte von Reitzenstein nach der Ettlinger Conferenz sofort wieder nach Paris zurückgekehrt ist.

Wien. St.-Arch.

---

354. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 4. Aug. 1802.

[Streit wegen Passau. Verworrene Behandlung der Staatsgeschäfte. Hügels Abordnung nach Regensburg. Die Beziehungen zu Rußland abgekühlt.]

|: Conflict mit Baiern wegen Passau; das Kriegsministerium betrachtet die Festung «comme un point principal de défense pour la monarchie».

Le B[on] de Hügel n'est pas encore parti, parce que personne ne lui donne des instructions. La chancellerie de l'Empire s'y refuse, disant qu'elle n'est pas informée de la situation des affaires, et la chancellerie d'état prétend que ce n'est pas de son ressort. On ne conçoit pas ce que cela deviendra. La chose la plus étonnante assurément est le froid qui

---

[1] Es ergiebt sich aus der Stelle, daß man Gemmingen nur im allgemeinen über den Inhalt des französisch-russischen Entschädigungsplans, der bekanntlich Wimpfen bereits Baden zugewiesen, informirt, die einzelnen Bestimmungen aber, wie Reitzenstein es gewünscht, geheim gehalten hat.

règne entre les cours de Vienne et de Pétersbourg et qui certainement est l'effet de la conduite que la première à tenue. Tandis qu'ici on n'a jamais donné une réponse positive aux ouvertures du Cte de Rasumowsky, Mr de Saurau s'est mis dans un état de nullité absolue, affichant de ne pas vouloir se vouer aux affaires d'une mission dont on l'a chargé malgré lui[1] . . . . :|

---

355. Baron v. Buol Schauenstein an den kais. Conferenzminister Grafen Colloredo.

München, 20. Aug. 1802.

[Würtemberg fühlt sich durch den Entschädigungsplan zurückgesetzt. Vorstellungen in Petersburg; in Wien zur Wahrung seines dominirenden Einflusses im schwäbischen Kreis. Buol für Bevorzugung Badens im Interesse des Gleichgewichts.]

Der würtembergische Gesandte am Wiener Hof, v. Bühler, theilt bei seiner Rückreise nach Wien mit, der Herzog sei „in Vergleichung mit den dem Markgrafen von Baden zugedachten reichlichsten Entschädigungen mit den seinigen als unverhältnißmäßig nicht zufrieden", habe „auch dieserhalb bereits bei dem russisch-kaiserlichen Hofe zweckdienliche Vorstellungen gemacht . . ., welche den gewünschten Eingang nicht verfehlet hätten; ferners läge dem Herzoge sehr an, dem Markgrafen wegen des demselben zugedachten Bistums Konstanz in dem schwäbischen Kreisausschreibeamt ja nicht nachgesetzt zu werden, ein Anliegen, in dessen Rücksicht der Herzog besonders auf die Unterstützung unseres allerhöchsten Hofes rechnen zu können glaubte".

v. Buol hat in unverfänglicher Weise geantwortet, glaubt aber, „daß, wenn anders dem allerhöchsten Hofe an der Gründung eines bisher fast immer durch die würtembergische Uebermacht vermißten Gleichgewichtes im schwäbischen Kreise zu thun ist, dieser Zweck wol am füglichsten durch die Nichtzurücksetzung des Baden'schen Hauses erreichet werden zu können scheine".

Wien. St.-Archiv.

---

356. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 24. Aug. 1802.

[Besitznahme von Passau. Würtembergs Absichten auf Ulmer Gebiet. Ansprüche auf Vorrang vor Baden im Kreisdirectorium und Kurcollege.]

Nachrichten über die Besetzung von Passau durch die österreichischen Truppen und die Verhandlungen zwischen Oesterreich und Baiern über eine provisorische Besitzergreifung der neuen Gebiete[2].

Le ministre de Wurtemberg à Vienne qui . . . . s'arrête maintenant encore à Munich a proposé à l'Electeur de céder trois baillages du territoire d'Ulm pour lesquels le Duc offrait 300 000 fl., mais cette proposition a été entièrement refusée.

---

[1] Die Schlußzeilen nach einer Abschrift im Wiener Gesandtschaftsarchive, da die Dechiffrirung des Originals hier fehlerhaft.

[2] Vergl. Häusser, a. a. O. II, 380; Montgelas, Denkwürdigkeiten 63 ff.

|: Le même ministre a témoigné au B[on] de Buol que le Duc, son maître, ne céderait pas au Margrave de Bade le rang — ni à l'égard du Directoire du Cercle de Souabe, ni comme Electeur. Le ministre impérial a fait un rapport en cour à ce sujet, favorable au Margrave. :|

Concept.

---

357. Gemmingen an Edelsheim.

O. D. (Sept. 1802).

.... J'ose Vous transmettre quelques réflexions sur le plan des indemnités[1]. Vous en ferez l'usage que Vous jugerez à propos. Je n'ai pas fait mention des possessions au lac de Constance, parce qu'il y aurait trop à dire là dessus ....

---

358. Bemerkungen über den Entschädigungsplan in Rücksicht auf das Interesse des durchlauchtigsten Hauses Baden.

Wien, 4. Sept. 1802.

[Erwerbung von Odenheim und Hilsbach wünschenswerth; ebenso Unterstellung des pfälzischen Districts unter badische Lehenshoheit. Werth Wimpfens. Uebertragung der Stimmen von Speier, Straßburg und Basel. Landesbistum.]

Gemmingen fühlt sich, nachdem der französisch-russische Entschädigungsplan nunmehr öffentlich bekannt geworden[2], auf Grund seiner Localkenntnisse veranlaßt, daran einige Bemerkungen anzuknüpfen, die bei einer eventuellen Abänderung des Planes vielleicht Beachtung finden dürften.

1. Zunächst sei auffallend, daß das Stift Odenheim unter den Entschädigungen nicht genannt sei, man habe es wol für einen Bestandtheil des Bistums Speier gehalten, was doch nicht zutreffe. Jeder Zweifel müsse hier beseitigt werden.

2. Gewichtigere Bedenken verursache die Bestimmung des kurpfälzischen Antheils; als die äußerste Spitze des Landstrichs sei die Reichsstadt Wimpfen anzusehen. „Aber man scheint nicht bemerkt zu haben, daß das dem Fürsten von Leiningen zugetheilte Oberamt Mosbach über den Neckar hinüber ziehe und mit seinem Unteramte Hilsbach sich bis nach Sinsheim herunter erstrecke, welches noch dazu gehört ....

In politischer und commercieller Rücksicht wäre es schon sehr zu wünschen gewesen, daß die sämmtlichen pfälzischen Lande am linken Ufer des Neckars dem Badenschen Loose zugetheilt wären, da der Leinpfad hauptsächlich auf dieser Seite des Neckars ist, und dort die vorzüglichsten Schifffahrtsanstalten von der kurpfälzischen Regierung gemacht worden sind. Ganz unentbehrlich aber wird das oben benannte Mosbachische Unteramt Hilsbach, durch welches eine Commercialstraße zieht und das die Stadt Wimpfen gleichsam von den übrigen Baden'schen Landen abschneiden würde."

Von jeher sei Kurpfalz bestrebt gewesen, die Handelsstraßen aus Franken und Schwaben möglichst durch seine Lande zu leiten, während die würtembergische Regierung, von ähnlichen Absichten beseelt, nach Kräften diesem Plane entgegengearbeitet habe. Schließlich seien bekanntlich drei Hauptstraßen zu Stande gekommen: für den fränkischen Handel die Straße Heidelberg—Mosbach—Borberg auf dem rechten Neckarufer; für den schwäbi-

---

[1] Gemeint ist zweifellos die folgende Denkschrift (Nr. 358).

[2] Durch Mittheilung an Albini und die Deputation vom 18., bezw. 28. August.

schen Handel eine zweite „über Bretten in das Würtembergische"; als dritte die Straße Heidelberg—Sinsheim—Heilbronn. Nach dem Entschädigungsplane aber fiele die Mosbacher Straße außerhalb der Markgrafschaft, nicht minder ginge ein Theil der Heilbronner Straße verloren, falls das Amt Hilsbach nicht in badische Hände käme.

3. Wimpfen selbst könne ein bedeutender Handelsplatz am Neckar werden, da die directe Route Nürnberg—Rothenburg dahin laufe, falls Würtemberg wegen seiner Aemter Möckmühl und Neustadt keine Schwierigkeiten bereite; gelänge es durch Tausch diese Aemter zu erwerben, so würden sich selbst beträchtliche Opfer lohnen.

Bekanntlich besitze Wimpfen auch Salzwerke, die einen erheblichen Gewinn einbringen können und bisher, „vorzüglich der Armuth der Reichsstadt wegen", nur mangelhaft betrieben worden seien.

4. Ob und wie weit der pfälzische Lehenhof dem Markgrafen übertragen werde, sei nicht bekannt; sehr wünschenswerth jedoch wäre es, „wenn der ganze Landesstrich zwischen der bisherigen würtembergischen Grenze und dem Neckar, von Heilbronn angefangen, von allem fremden Lehenseinfluß, welcher so oft zu Verdrießlichkeiten Gelegenheit giebt, könnte gereiniget werden", so daß Baden gegen Entsagung auf die auswärtigen Lehen hier überall das dominium directum erhielte.

5. Man dürfe wol voraussetzen, daß die Stelle: «les votes ecclésiastiques seront exercés par les princes qui .... se trouveront en possession des chefs-lieux»[1] sich nur auf mehrere Theilhaber an geistlichen Landen beziehe, daß mithin die Stimmen von Basel, Straßburg und Speier dem Markgrafen nicht bestritten würden, „ohngeachtet die chefs-lieux nicht dabei sind".

6. Die Dotation der neuen Bistümer solle nach dem Plane aus den Einkünften „der nicht zugetheilten, aber in dem künftigen Staatsumfang begriffenen Stiftungen und Klöster" entnommen werden. Ein vorläufiger Ueberschlag, um zu ersehen, wie weit man damit reiche, wäre erwünscht, „damit, im Falle die Dotation eines Bistumes für diesen Staat dadurch möglich wird, man die Gründung desselben selbst übernehme und den Einfluß eines auswärtigen Bischofs vermeide".

---

359. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 18. Sept. 1802.

[Auf Drängen der vermittelnden Mächte steht die provisorische Besitznahme der Entschädigungslande bevor. Ein Einverständniß mit den bisherigen Besitzern erzielt. Würdige Haltung des Bischofs von Speier.]

.... Toutefois je n'ai pas des choses bien essentielles à Vous mander aujourd'hui, si ce n'est que, quoique Msgr. le Margrave se fût proposé, de ne pas occuper les indemnités qui lui sont destinées, comme ont fait nos coïntéressés, jusqu'à ce que cet important objet fût constitutionnellement déterminé par l'Empereur et l'Empire, S. A. S. a reçu des invitations si pressantes de la part des puissances médiatrices de ne pas tarder plus longtemps à suivre l'exemple qu'avait donné l'Autriche elle-même par ses occupations provisoires pour le Grand-Duc de Toscane, qu'il a fallu se déterminer, après que le conclusum du 8 sept. de la Députation de

[1] Punkt 7 der Schlußbemerkungen der Convention vom 3. Juni. Beilagen zum Protokolle der a. o. Reichsdeputation, I, S. 30.

l'Empire a accepté le plan proposé en général, sauf certaines modifications[1]. Nous nous mettrons donc en mouvement mardi prochain avec l'agrément des Evêques de Spire et de Constance, qu'on a prévenus amicalement à cet égard, ainsi que l'Electeur Palatin et le Landgrave de Darmstadt. Il me semble qu'il reste cependant encore différentes choses à régler et à déterminer à Ratisbonne, avant que nous puissions nous flatter d'entrer dans la jouissance réelle de ces nouvelles acquisitions. Vous savez, Mr le Baron, que nous avons Mr Meier maintenant à Ratisbonne et que le Prince Louis est à Pétersbourg, d'où il sera à la vérité parti à cette heure, mais l'Empereur l'y a comblé de bontés et de marques de bienveillance; il a réussi supérieurement sous tous les rapports. Avec tout cela je Vous assure que je voudrais bien que le dénouement fût à son dernier terme, et que nous ne fussions plus dans le cas de conserver encore les moindres sollicitudes sur l'avenir. J'ai été voir lundi passé Msgr. l'Evêque de Spire à Bruchsal, que je connaissais intimement depuis longtemps.

J'ai l'honneur de Vous assurer que je l'ai trouvé si raisonnable, résigné et obligeant que j'en ai été sensiblement touché. C'est un sacrifice bien pénible, mais il y met les formes les plus complaisantes possible et la confiance la plus flatteuse pour Msgr. le Margrave[2]. . . .

---

360. Karl Friedrich an Kaiser Franz II.

Karlsruhe, 22. Oct. 1802.

[Uebertragung der Kur. Bitte um Genehmigung.]

Verweist auf den von den vermittelnden Mächten in ihrer jüngsten Declaration wiederholten Vorschlag, den Häusern Baden, Würtemberg und Hessen-Kassel die Kurwürde zu übertragen, und empfiehlt diese Angelegenheit „zu kaiserlicher und reichsoberhauptlicher Fürsorge, Genehmigung und allermildesten Beförderung und Bekräftigung"[3].

Abschrift.

---

361. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 25. Oct. 1802.

[Der Markgraf hat sich nach dem Vorgang von Würtemberg und Hessen wegen Erlangung der Kur an den Kaiser und die verschiedenen Deputationshöfe gewendet.]

Unter Beziehung auf meinen vorletzteren Erlaß vom 2. d. M.[4] habe ich die Ehre, Euer Hochwohlgeboren anmit zu benachrichtigen, daß, da die Höfe von

---

[1] Protokoll der a. o. Reichsdeputation, I, 54.

[2] Vergl. dagegen das Geh. Rathsprotokoll v. 26. Aug. d. J., Abschnitt 6.

[3] Schreiben ähnlichen Inhalts ergehen an die weltlichen Kurfürsten und den Kurerzkanzler. — In dem Antwortschreiben König Friedrich Wilhelms III. sichert dieser seine Fürsprache zu und beglückwünscht den Markgrafen zu einer Auszeichnung, die „das deutsche Reich und ganz Europa gerne mit dem altverdienten Ruhme seines hochgeachteten Hauses vereinigt" sehe. d. d. 26. Nov. 1802. Berlin. St.-Arch.

[4] Fehlt.

Stuttgart und Kassel den Vorgang gemacht und ihre allerunterthänigsten Bittschreiben an Kaiserl. Majestät wegen der verhoffenden Kurwürde an die Kaiserliche Plenipotenz und resp. den kurböhmischen Reichsdeputationssubdelegaten in Regensburg haben überreichen lassen, man diesorts sich ebenfalls beeilen zu müssen geglaubt hat, mit solchem Gesuch nicht länger zu säumen, sondern auch an sämmtliche übrigen Deputationshöfe und insbesondere an des Herrn Hoch- und Deutschmeisters Erzherzogs Karl K. H. gleichermaßen schickliche Schreiben durch Ihre Gesandte in Regensburg unter angelegenster Empfehlung zur günstigen Berichtbegleitung zu erlassen. . . .

362. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 27. Oct. (prs. 8. Nov.) 1802.

[Directe Schritte wegen Erlangung der Kur vorerst inopportun.]

. . . . Was die neuen Kurwürden betrifft, so glaube ich den mir bekannten Gesinnungen Sr Hf. D. gemäß zu handeln, wenn ich bis jetzt gar keine officiellen Schritte deßwegen gemacht habe. So lange Sich Seine Majestät weder als Mitglied der Reichsdeputation, noch als Reichsoberhaupt bestimmt über den Entschädigungsplan geäußert haben, so lange halte ich es für Mangel an Achtung, ihn als in allen Theilen angenommen zu behandeln. Sollte ich auch erfahren, daß andere diese Delicatesse nicht haben, so würde ich doch vor der Hand von diesem Vorsatze nicht abgehen und höchstens nur dem Vice-Staatskanzler die Ursachen dieses Benehmens in einer Privataudienz anführen . . . .

Abschrift.

363. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 28. Oct. 1802.

Unterredung mit Bühler. Würtembergs Ansprüche auf den Vorrang in der Kurwürde.]

Unterredung mit dem würtembergischen Gesandten von Bühler über die Kur, deren Uebertragung Würtemberg beim Kaiser bereits nachgesucht hat. Bühler sucht zu sondiren, wie man in Karlsruhe über die Rangfrage denke. Dem Gerüchte, der Markgraf werde dem Herzog den Vorrang in der Kurwürde streitig machen, habe er nie Werth beigelegt. Die Ansprüche Würtembergs liegen zu klar; wiederholt sei den Herzögen seit Kaiser Joseph II. die Anwartschaft auf die Kur ertheilt worden, der Vorrang entspreche ihrer bevorzugten Stellung im schwäbischen Kreise, wie auch am Reichstage „bei der bekannten Alternation"; wenn Baden im Entschädigungsplane vor Würtemberg genannt werde, sei dies ein Zufall, keinesfalls dürfe dies als Norm gelten. Gemmingen beschränkt sich darauf zu erwidern, er besitze noch keine Instructionen darüber, hoffe aber, daß der „alte, langwierige Rangstreit"[1] in einem Zeitpunkte, wo es sich um weit wichtigere Dinge handle, nicht von neuem aufleben, vielmehr ein gemeinsames Vorgehen beider Höfe in dieser Angelegenheit erzielt werde.

Abschrift.

[1] Die Karlsruher Acten über diese sogenannten „Bankvorsitzstreitigkeiten" reichen bis in's 16. Jahrhundert zurück.

In Folge dieser Aeußerungen Bühlers halten die Karlsruher Geh. Räthe es für dringend nothwendig, daß der Markgraf seine Rechte wahre. Da man in Wien und Berlin wol auf keine Unterstützung zählen dürfe und die Intervention des Petersburger Hofes vielleicht nicht mehr zeitig genug erwirkt werden könne, bleibe nichts übrig, als sich an die französische Regierung zu wenden und diese zu ersuchen, für den Vorrang Badens kraft des Mediationsplanes einzutreten, ein Schritt, der freilich, insofern er die Einmischung einer fremden Macht in die inneren deutschen Angelegenheiten bezwecke, nicht überall im Reiche gerne gesehen werden dürfte (G. R.-Prot. v. 8. Nov.).

Der Markgraf lehnt indeß den Vorschlag ab, wiewol er geglaubt, daß die Reihenfolge im Entschädigungsplane nicht minder, wie das hohe Alter seines Hauses sein Anrecht auf den Vorrang genügend begründe. „Mit alledem aber gedächten Sie, da Sie die Kurwürde niemals gesucht hätten, auch wegen der Locirung Ihrer Kur keinen Schritt zu thun, sondern solches, je nachdem es dem Laufe der allgemeinen Staatsunterhandlungen zufolge noch einer Discussion unterworfen und einer Interpretation bedürftig sei, diese ganz der Gnade Ihrer K. Kgl. Majestät und dem Gutfinden der Mediationshöfe anheim zu lassen, wonach sich die Gesandten in Wien, Regensburg und Paris gegen die kaiserlichen, auch französischen und russischen Behörden .... zu äußern" hätten (G. R.-Prot. v. 11. Nov. 1802).

---

364. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 3. Nov. 1802.

[Man besorgt die Erwerbung des Breisgaus und der Ortenau durch Würtemberg; wünscht die Ortenau für Baden zu retten.]

Die Vermählung der Prinzessin Marie mit dem Prinzen Wilhelm von Braunschweig hat vorgestern stattgefunden.

|: D'après quelques indications indirectes on soupçonne fort le Duc de Wurtemberg étayé d'avances très considérables en espèces que la cour de Londres doit lui avoir offertes, de viser à acquérir le Brisgau et l'Ortenau à prix d'argent. Nous ne serions pas infiniment jaloux de la première de ces deux acquisitions, mais quant à l'Ortenau nous ne pouvons pas la laisser échapper, s'il se présentait une occasion favorable à l'acquérir. Le Margrave Vous prie donc, Monsieur, d'être bien attentif et vigilant pour tout ce qui pourra concerner cet objet et de nous informer promptement des démarches et des propositions que Vous jugeriez les plus convenables pour atteindre à ce but selon le concours actuel des circonstances. :|

Concept.

---

365. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 10. Nov. 1802.

[Audienz beim Kaiser. Günstige Zusicherungen wegen der Kur; Empfehlung der Sickingenschen Interessen.]

Befriedigung in Wien über die bisherigen Beschlüsse der Reichsdeputation.

Bei dieser Stimmung und nach dem, was Euer Excellenz mir in Ihrem verehrlichen Erlaß Nr. 15[1] von denen durch die kaiserlichen Gesandten überschickten Schreiben

[1] S. oben Nr. 362.

zu wissen gemacht haben, hielt ich es für zweckmäßig, die Kurangelegenheit S[r] Majestät persönlich zu empfehlen, welches ich dann auch heute in einer besondern Audienz gethan habe. Der Kaiser hat mir mit gewohnter Gutmüthigkeit die Versicherung gegeben, daß er gerne alles thun würde, was dem Herrn Markgrafen angenehm sein könnte. Zugleich hat er mir von der Commission gesprochen, welche S. Hf. D. haben, denen Reichsgrafen ihre Theile auszumitteln, und bezeugte mir, wie er dem Grafen von Sickingen gerne gönnen würde, wenn er dabei könne zufrieden gestellt werden. Ich erwiderte S[r] Majestät, daß mir von dieser Commission nichts als aus den öffentlichen Nachrichten bekannt sei, wo ich aber den Wirkungskreis in dem Commissorium so genau bestimmt gefunden hätte, daß ich besorgen müßte, es würden dem durchlauchtigsten Markgrafen wenige Mittel bleiben, S[r] Majestät zu beweisen, wie sehr die Erfüllung Allerhöchst Ihrer Wünsche Ihm angelegen seien[1]. Der Kaiser war der Meinung, daß es am besten sein würde, wenn man die Grafen über ihre Antheile vergleichen könne: übrigens wünsche er darüber nichts, als was mit Recht und Billigkeit vereinbar wäre. . . . .

---

366. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 18. Nov. 1802.

[Schicksal des Breisgaus und der Ortenau. Verhandlungen darüber in Wien. Schwankende Politik des Wiener Hofes. Das Gerücht über würtembergische Kaufabsichten dementirt. Vorschlag, eventuell die Ortenau durch Kauf zu erwerben.]

|: J'ai très bien reçu Votre dépêche en date du 5 de ce mois Nr. 16[2], Vous connaissez le prix que j'ai toujours attaché à la possession tant de l'Ortenau que du Brisgau comme un arrondissement nécessaire aux états du S[me] Margrave. Je n'ai pas cessé de prêter l'attention la plus suivie à cet objet dont le résultat à été que jamais le cabinet de Vienne n'a eu quelque plan bien prononcé par rapport à ces possessions, dont l'une avait été cédée au traité de paix, sans cependant perdre l'espérance de la conserver. Ce qui plus est, je puis assurer que le gouvernement est resté dans l'ignorance du véritable rapport de ces possessions . . . .

Tout l'avantage qu'on retirait de ces possessions se réduisait à ne pas soigner l'entretien des troupes qui s'y trouvaient. Cependant on a su intéresser personnellement l'Empereur à la conservation de ces possessions sous le rapport d'un attachement particulier des habitants à sa maison[3]. Avec toutes ces vues particulières on a dressé le premier état

---

[1] Ueber das betr. Commissorium vergl. Abschnitt 6. — Der badische Subdelegirte bei der zu Ochsenhausen tagenden Commission, Geh. Ref. Hofer, erhält in der Folge Auftrag, sich für das Interesse der Grafen von Sickingen zu verwenden, soweit es „die Reichsinstruction nach Lage der Umstände" gestatte. Edelsheim an Gemmingen, 27. Nov.

[2] Vom 3., exp. 5. Nov. Oben Nr. 364.

[3] Ueber die Stimmung, die im Breisgau herrschte, siehe die Actenstücke bei Bader, Die ehemaligen breisgauischen Stände, S. 184 ff.

des revenus du Brisgau, de façon que la recette se réduisait à si peu que le Duc de Modène et son beau-fils, l'Archiduc Ferdinand, n'ont été nullement tentés de cette acquisition. Leur refus remplissait l'attente, mais lorsqu'on s'est aperçu que tout cela ne menait qu'à faire donner le Brisgau à un tel Prince et lorsque dans un premier plan de la Russie on destinait ce pays au S^{me} Margrave[1], alors les prêtres se sont joints aux bureaucrates pour parer ce coup et on a dressé un autre état dans un sens opposé et augmentant les recettes, comme on les avait diminuées auparavant. Cette différence des deux états a naturellement laissé l'Archiduc Ferdinand dans la plus grande incertitude et a tellement indisposé le Duc de Modène, déjà mécontent de la cour de Vienne, qu'il n'a plus voulu entendre du Brisgau et qu'il a menacé l'Archiduc de le déshériter, s'il se prêtait à l'accepter. Il y a quatre semaines qu'il y avait une scène très vive entre l'Empereur et l'Archiduc Ferdinand à ce sujet. Déjà on avait formé en dernier lieu le projet de faire avoir le Brisgau au Grand-Duc de Toscane, lorsque tout d'un coup le Duc de Modène a consenti que l'Archiduc Ferdinand l'accepte[3]. Quant à l'Ortenau, dont Mr de Summerau assure que les revenus se montent à 20 mille florins, on persiste à soutenir ainsi que, cette possession n'étant pas une partie du Brisgau, on ne pourrait en disposer sans le consentement de la cour de Vienne.

J'ai tout lieu de croire que jusqu'ici le Duc de Wurtemberg n'a fait aucune démarche pour l'acquisition du Brisgau et de l'Ortenau, mais il a fait proposer d'acheter le bas comté de Hohenberg, partie en quittances de fournitures, partie en argent comptant; de plus il s'est montré disposé à entrer en négociation pour toutes les parties des possessions autrichiennes en Souabe qui avoisinent plus ou moins ses états . . . . Voilà l'état présent des choses, mais on ne sait jamais ce qui demain sera à l'ordre du jour; d'ailleurs le Duc, remuant comme il l'est, voudra tirer partie des bonnes dispositions de son beau-père et, à ce qu'on prétend, l'Archiduc aime trop l'argent qu'on peut mettre à intérêts, pour ne pas le préférer à des possessions dont il se méfie[2]. Si on peut le faire sans choquer le gouvernement français qui a déjà disposé de l'Ortenau, je crois que le meilleur moyen, d'ouvrir une négociation pour cet objet, serait de me charger de dire au ministre, que le S^{me} Margrave ayant appris par le vote de la subdélégation de Bohème que S. M. réclamait différents droits sur les objets

[1] Die Nachricht verdient wol keinen Glauben. Von einer Zuweisung des Breisgaus an Baden in einem russischen Entschädigungsplane ist sonst nirgends die Rede (vergl. auch oben Nr. 41); bekannt ist nur, daß nach dem Tode des Erbprinzen in Petersburg vorübergehend die Rede davon war, der Wittwe den Breisgau zuzuwenden. Siehe oben Nr. 246.

[2] Die beiden letzten Sätze sind ziemlich wörtlich in Edelsheims Rescript an Reitzenstein vom 2. Dec. (oben Nr. 241) übergegangen.

destinés comme dédommagements à la maison de Bade[1], ces droits étant en partie dérivés de la possession de l'Ortenau, dont Sa Majesté se réservait d'ailleurs d'en disposer, — le Margrave, toujours empressé de prévenir tout ce qui pourrait fournir matière à des discussions désagréables, proposait de faire l'acquisition de l'Ortenau, y compris la renonciation aux titres quelconques sur tous les objets que le Sme Margrave aurait en dédommagement. Je ne serai pas embarrassé de persuader le département des finances de l'utilité de cette proposition et selon l'aveu de Mr de Summerau ces droits qu'on réclame se réduisent à bien peu de chose, mais je ne saurais présumer, combien le nouveau plan changera le tout. J'attends Vos instructions ultérieures; dans tout le cas je désirerais beaucoup de connaître les intentions précises du Sme Margrave par rapport à cette acquisition, pour que, si l'occasion se présente, je puisse en tirer partie[2]. On pourra faire naître les occasions, mais il faudra bien se garder de se montrer trop empressé, surtout si l'on aurait à faire à l'Archiduc Ferdinand, grand calculateur, comme j'ai déjà eu l'honneur de Vous dire. Vous jugerez, si le cas peut encore exister que la cour puisse refuser son consentement à l'abandon de l'Ortenau, et si la politique permet de profiter de ce moment. En ce cas il n'y a pas un instant à perdre pour me donner des instructions. En attendant j'y porterai la vigilance nécessaire et je ferai ce que l'occasion fournira et la prudence permettra . . . . :|

---

367. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 24. Nov. 1802.

[Die Mäßigung des Markgrafen in der Kurfrage berührt in Wien angenehm. Befremden über Würtemberg.]

Euer Excellenz

habe ich die Ehre den richtigen Empfang des mir gütigst mitgetheilten Auszuges aus dem fürstl. Geheimenrathsprotokoll vom 11. dieses Monats[3] gehorsamst mitzutheilen. Es ist mir sehr angenehm, gestützt auf diese höchste Resolution, mein bisheriges Benehmen fortsetzen zu können, das mir so ganz der Würde unseres verehrungswürdigen Fürsten angemessen scheint. Man hat hier dem durchlauchtigsten Markgrafen Dank gewußt für die Verzögerung seines Begehrens um die Kurwürde und man steht in der Ueberzeugung, daß auch die

[1] Siehe das Protokoll der 9. Sitzung vom 30. Sept., worin der kurböhmische Subdelegirte erklärt, er behalte sich vor, die Rechte der Landvogtei Ortenau über die Reichsstädte Offenburg, Gengenbach und Zell a. H. gelegentlich näher darzulegen, um zu wahren, was Oesterreich „in altem unbestrittenem Besitze" halte. Protokoll, I, 196.

[2] Die erbetenen Weisungen fehlen.

[3] Oben Nr. 363.

über Regensburg eingetroffenen Schreiben nur auf Betrieb des würtembergischen Subdelegirten veranlasset wurden, wie man dann überhaupt sich über das besondre Vergnügen wundert, welches ein gewisser Herr und seine Diener an dieser Titelveränderung haben ....

368. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 18. Dec. 1802.

[Befriedigung des Kaisers über das von Baden beobachtete Verhalten bei Besitznahme der Entschädigungslande.]

.... Der Vicestaatskanzler Graf Cobenzl hat mir eröffnet, wie es Sr Majestät nicht entgangen sei, mit welcher Achtung und mit wie vieler behutsamer Rücksicht auf die kaiserlichen erbländischen Besitzungen und Rechte Seine Durchlaucht der Herr Markgraf von den verschiedenen ihm zugetheilten Gegenständen habe Besitz ergreifen lassen. Seine Majestät wüßten den Werth dieses Benehmens desto mehr zu schätzen, je weniger von anderen auf ähnliche Art wäre verfahren worden. Auch hätte der Graf Cobenzl den ausdrücklichen Befehl erhalten, dem Herrn Markgrafen wissen zu lassen, wie sehr Seine Majestät der Kaiser ihm dafür verbunden sei ....

369. Der kais. Conferenzminister Graf Colloredo an v. Buol Schauenstein.

(Wien), 12. Jan. 1803.

[Bitte um Auskunft über den Stand der badischen Truppen mit Rücksicht auf Werbungen für's Reich.]

|: Auf Ersuchen des Kriegsministeriums wollen mir Deroselben Ihre vertrauliche Meinung darüber eröffnen, ob der Markgraf von Baden den Stand seiner Truppen beträchtlich vermehren und hiernach in seinen alten oder neuerworbenen Besitzungen noch einige Aussicht für die Reichswerbungen erübrige? .... :|

Concept. Wien. St.-Arch.

370. v. Buol Schauenstein an den kais. Conferenzminister Grafen Colloredo.

München, 18. Jan. 1803.

[Vermehrung der badischen Truppen auf Wunsch Frankreichs. Nachtheile für die Reichswerbungen. Vorstellungen in Karlsruhe.]

Beantwortet das Rescript vom 12. d. M. Allerdings sprechen alle Anzeichen dafür, „daß das betreffende bisher sehr wenig beträchtliche Militär demnächst ansehnlich werde vermehret werden“.

In wie ferne diese Vermehrung durch eine eigene, nach verschiedenen öffentlichen Blättern an den Herrn Markgrafen diesfalls ergangene Einladung des Ersten Consuls mitveranlasset worden sein dürfte, konnte ich bisher noch nicht mit Zu-

verlässigkeit in nähere Erfahrung bringen[1]; diese Einladung scheint indessen nach den öfters eben dieserhalb von Seite des französischen Gouvernements bei dem hiesigen Hofe erneuerten Ansinnen ganz wahrscheinlich zu sein. Es entsteht hieraus auf alle Fälle die gerechte Besorgniß mannigfacher Beschränkungen für die diesseitige Reichswerbung; wenn indessen ihre Belassung gleichwol für den allerhöchsten Dienst zuträglich befunden werden sollte, so ließe sich allerdings von der persönlichen Devotion des Herrn Markgrafen für S. K. K. Majestät und dem Einfluß des sich mir bisher besonders gefällig bezeigten Minister v. Edelsheim, Schwiegervaters des k. k. H. F. M. Lts. Grafen von Giulay, alle thunliche Willfährigkeit hoffen ....

Wien. St.-Arch.

371. Karl Friedrich an Kaiser Franz II.

Karlsruhe, 20. Jan. 1803.

[Durchmarsch österreichischer Truppen nach dem Breisgau.]

Der Markgraf dankt für die vom 14. d. M. batirte Anzeige von dem Durchmarsch zweier Compagnien vom Regimente Bender von Bregenz über Salmansweiler, Stockach, Engen, Donaueschingen und Neustadt zur Besetzung des Breisgaus und der Ortenau für den Herzog von Modena: er habe die nöthigen Weisungen, diese Truppen in jeder Weise zu unterstützen, an die Behörden erlassen.

Wien. St.-Arch.

372. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 26. Jan. 1803.

[Oesterreich will die Entscheidung über den Vorrang in der Kur Rußland überlassen.]

|: Je tiens de bonne source que l'Empereur a pris le parti d'abandonner le rang électoral entre Bade et Wurtemberg à l'Empereur de Russie comme proche parent des deux cours. Rasumowsky est trop politique pour parler ouvertement là-dessus, mais la conversation qu'il a entamée et dont je rendrai compte ci-après était claire pour moi qui me trouvais initié. Pour ne pas compromettre la personne de la quelle je tiens cette donnée, on ne saurait en faire un usage direct. Il est de fait que le Duc de Wurtemberg a cru l'emporter de vitesse et d'escamoter ce rang tant désiré par lui; mais l'Empereur a tenu bon. :|

Graf Rasumowsky hat vor ein paar Tagen im Gespräch mit Gemmingen auf die Reclamationen des Herzogs von Würtemberg gegen die Ansprüche hingewiesen, „welche zur Bestimmung des Ranges unter den neuen Kurfürsten aus der in dem Entschädigungsvorschlag .... gebrauchten Ordnung könnten abgeleitet werden".

Gemmingen bemerkt, niemand sei mehr interessirt, „die Giltigkeit jener .... Ordnung zu behaupten", als der Herzog, denn „bei einer neuen Erörterung dieses Ranges" würde sich ergeben, „daß der einzig brauchbare Bestimmungsgrund nach dem Zeitpunkte des Eintritts in den Fürstenstand folgenden Rang festsetzen würde: Baden, Hessen, Würtemberg".

[1] Vergl. oben Nr. 339.

373. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 8. Febr. 1803.

[Sendung Günderode's nach Wien. Ihr Zweck: gemeinsame Schritte wegen der Alternation. In Folge der neusten Nachrichten aus Rußland für Baden Zurückhaltung geboten. Hoffnung auf eine Entscheidung zu Badens Gunsten.]

|: Depuis l'expédition de ma dépêche d'avant-hier j'ai été informé par Mr le Cte de Gœrtz de la mission du ministre comitial du Landgrave de Cassel[1], auquel il a donné une lettre de recommandation pour Vous; ils semblent même persuadés d'avance l'un et l'autre que Vous seriez empressé à faire cause commune avec lui au sujet de l'alternation qu'il doit chercher à obtenir pour le rang entre les trois nouveaux Electeurs, mais Vous aurez un bon prétexte pour éluder encore cette participation sans le désobliger aucunement, en Vous repliant le plus convenablement possible sur le défaut d'instructions précises relativement à cet objet. D'après l'avis secret que Vous m'avez donné dernièrement, l'Empereur attendra indubitablement la réponse de la cour de Pétersbourg avant de se déterminer définitivement sur le rang en question et les tentatives du Bon de Günderode n'auront vraisemblablement aucun succès jusqu'à cette époque et n'influeront guères ensuite sur la décision de S. M. I.; d'ailleurs il serait pourtant possible que l'Empereur de Russie, conformément à l'ordre qui a déjà été établi dans les plans présentés à la Diète de l'Empire, ne voulût peut-être rien y changer que de concert avec le 1er Consul, et il y a grande apparence que celui-ci prononcerait en faveur du Sme Margrave. La circonspection, accompagnée de la plus exacte vigilance, Vous guideront donc dans cette circonstance. Je Vous préviens confidemment que le chargé d'affaires de France ici a fait des démarches pressantes auprès de Laforest et de Talleyrand en faveur des intérêts du Margrave à cet égard[2]. Je viens d'en informer secrètement le Cte de Gœrtz, mais il a déjà entravé ces mesures salutaires d'une manière fort prononcée. :|

Concept.

---

374. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 23. Febr. 1803.

[Vorsicht gegen Günderode. Das Verhalten von Görtz durch Weisungen aus Berlin beeinflußt. Gemmingens Bemühungen vereitelt. Empfiehlt Protest gegen die Alternation und Forderung des Vorrangs.]

. . . . Vous aurez vu par ma dépêche No. 13[3] que j'ai été assez heureux de prévenir Vos intentions et d'agir dans le sens des instructions

[1] Freih. Max. v. Günderode. Zur Sache vergl. Abschnitt 6.

[2] Siehe oben Nr. 231 und 251.

[3] Dat. 19. Febr. Gemmingen berichtet, er habe es abgelehnt, mit Günderode gemeinsam wegen der Alternation vorstellig zu werden, obgleich dieser versichert habe, Geh. Rath Meier sei damit einverstanden, und obgleich Graf Görtz behaupte, Baden und Hessen-Kassel wollten sich mit der Alternation begnügen.

que Vous avez bien voulu me transmettre. Je me suis empressé à répondre au désir que Mr de Günderode m'a témoigné d'être présenté par moi; je lui ai d'abord donné à dîner, je tâche de lui procurer autant d'agréments que je puis, je suis même fort aise de son arrivée pour pouvoir m'entendre avec lui sur différents objets d'un intérêt vraiment commun, mais je n'ai pas donné dans le panneau sur ce que lui et le Cte de Gœrtz appellent cause commune contre la maison de Wurtemberg, tandis que toutes les démarches faites en commun avec le Cte de Gœrtz et dont Mr de Günderode a eu l'ingénuité de se glorifier vis-à-vis de moi étaient dirigées diamétralement contre la maison de Bade, tel est l'article 5 de la note du 31 janv. et à présent dans celle du 11 février l'alternation du § 31.

Il y a du Ratisbonne dans tout ceci, mais aussi de la Prusse: le Cte de Gœrtz a eu les ordres de déclarer que le Roi ne permettrait pas que la maison de Hesse soit placée en dernier lieu; il s'est acquitté de ces ordres vis-à-vis des ministres médiateurs en sa qualité de ministre prussien et comme ministre de Bade il s'est réuni à Mr de Günderode pour proposer l'expédient de l'alternation.

Ce qu'il y a de Prussien là dedans saute aux yeux, mais sans doute il y a aussi du Ratisbonne et le Cte de Gœrtz s'est laissé imposer par la jactance du ministre de Wurtemberg et par les propos *certainement non officiels* de Mr de Bühler, ministre russe; et c'est ainsi que je m'explique, comment le Cte de Gœrtz a cru pouvoir allier ses instructions berlinoises avec ses devoirs comme ministre de Msgr. le Margrave. D'après les mesures prises par V. Exc. et à raison de ce que j'avais pu faire dans ma sphère, nous ne pouvions guère manquer notre but. Rien n'a égalé la surprise du Cte de Rasumowsky, lorsqu'il a appris par moi la proposition de l'alternation: en général je ne laisse pas que d'avoir ici l'air un peu sot après la manière dont j'ai dû me prononcer, lorsque l'envoyé de Wurtemberg tâchait en dernier lieu d'emporter l'affaire par surprise. Aussi je ne puis m'empêcher de contredire formellement l'assertion que c'est de l'aveu de S^me Margrave que l'alternation a été proposée. Il sera difficile de rétablir cette affaire en entier, mais il est urgent de prévenir les conséquences que le Duc de Wurtemberg voudra déduire de cette alternation inégale d'après les strophes, usitées pour établir une espèce de prééminence, et s'en prévaloir surtout par rapport aux affaires du cercle de Souabe. C'est à cet égard que je serais de l'avis qu'il faudrait s'opposer à l'alternation et demander le rang au collège électoral comme un droit fondé sur l'ancienneté de la maison; on pourrait au moins y gagner de parvenir à une alternation vraiment égale, quelque peu séante que me paraisse une alternation au collège électoral qui toutefois sera également impolitique

pour les trois maisons à raison du caractère de nouveauté que cela leur donnera[1]. Quant à ce qu'il y aura à faire et à payer pour être introduit au collège électoral, je serai incessamment à même de Vous faire parvenir les résultats de mes recherches et démarches . . . .

---

375. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 5. März 1803.

[Das Verhalten von Görtz unbegreiflich. Dringende Nothwendigkeit einer eigenen Vertretung in Regensburg.]

Edelsheim zeigt den Empfang der Depesche Gemmingens vom 23. Febr. 1803 an.

Les observations qui s'y trouvent sont assurément aussi fondées que judicieuses, toutefois il me paraît bien difficile, si non peut-être impossible maintenant, de reparer le mal que la conduite vraiment injustifiable de notre porte-suffrage royal à Ratisbonne[2]. Je me réserve de Vous communiquer confidemment in extenso la note qu'il a eu la maladresse ou bien la mauvaise foi de passer dans cette circonstance au Bon de Bühler, ministre de Russie, sous prétexte puérile que celui-ci l'avait exigée ainsi de lui[3] . . . .

La remarque que Vous faites, cher Baron, au sujet de l'article 5 de la note du 31 janv.[4] est effrayante. J'avoue qu'ébloui par l'ordre qui a été maintenu dans les votes d'Ettenheim, Bruchsal et Constance, cette observation et les conséquences, qu'on ne manquera pas d'en déduire, ont entièrement échappées. Tout cela ne fait qu'augmenter encore davantage le regret que j'ai témoigné souvent à Msgr. le Margrave de ne pas avoir pu Vous employer en même temps à Vienne et à Ratisbonne; mais ces dernières expériences me paraissent confirmer aussi l'impossibilité de laisser dorénavant nos intérêts à la Diète entre les mains de quelqu'un qui ne peut jamais les regarder que comme très subordonnés aux objets et aux principes de sa mission principale. J'attends avec une véritable impatience Vos profondes réflexions à ce sujet ainsi que relativement à ce qui concerne nos sollicitudes ultérieures et les informations particulières que Vous me promettez prochainement . . . .

---

[1] Gemmingen arbeitet in Folge dessen eine Denkschrift für den Wiener Hof aus, in der er für Baden den Vorrang beansprucht.

[2] Zu ergänzen das Zeitwort: etwa «a fait».

[3] S. Abschnitt 6.

[4] Vergl. Beilagen zum Protokoll ꝛc. IV, 6. Darnach berechtigten auf säcularisirten Entschädigungslanden haftende Stimmen die neuen Besitzer derselben nicht zu höherem Range; eine Bestimmung, die auch für Baden insofern in Betracht kam, als die Stimmen von Speier, Straßburg und Konstanz den drei altbadischen im Aufruf vorausgingen.

376. Denkschrift Gemmingens, „die künftigen Religionsverhältnisse der Reichsstände betr."

Wien, 7. März 1803.

[Der Wiener Hof für Aufrechterhaltung der auf die Religionsverhältnisse der Reichsstände bezüglichen Normen der Verfassung. Consequenzen und Nachtheile für die protestantischen Fürsten. Bedenken gegen die Ausübung des schwäbischen Kreisausschreibeamtes durch Baden. Auskunftsmittel.]

Secretim.

Die außerordentliche Gelegenheit, durch welche gegenwärtiger Bericht abgeht, gestattet mir über nebenbemerkten Gegenstand einige Betrachtungen mitzutheilen, deren ich mich in mehrerer Rücksicht enthalten müßte, wenn nicht das Interesse des durchl. Markgrafen zu sehr damit verbunden wäre, als daß es mir gestattet sein könnte, irgend einer anderen Bedenklichkeit Raum zu geben, während ich hoffen darf, daß nur der behutsamste Gebrauch davon wird gemacht werden.

Man hätte erwarten sollen, daß bei den gegenwärtigen Veränderungen im deutschen Reiche der Gedanke, die bisherige Religionsverfassung in ihrer politischen Beziehung nicht ferner zu erhalten, dem Wiener Cabinete hätte sehr willkommen sein müssen. Offenbar würde sich dadurch eine Partei, an deren Spitze der König von Preußen steht, von selbst vernichtet gefunden haben. Bekanntlich sind diese politischen Religionsverhältnisse in unserer Verfassung blos zur Sicherung des protestantischen Theils festgesetzt worden. Da nun dieses Bedürfniß jetzt aufgehöret hat, so würde eine kluge Politik der österreichischen Monarchie erfordern, dieses dem deutschen Reiche ganz eigene, auf Religionsmeinungen sich beziehende politische Verhältniß aufzuheben und alle dahin gehörigen gesetzlichen Bestimmungen widerrufen zu machen.

Von allem dem findet aber nichts statt, und ein warmer, aber nicht berechneter Eifer für die römisch-katholische Religion, angefacht durch den Fanatismus oder Eigennutz der Geistlichkeit, hat den Sieg über die Klugheit davon getragen; man besteht hier darauf, daß die verschiedenen Religionsverhältnisse müssen erhalten werden, und zuverlässig wird man alle Künste aufbieten, um dem nicht zu vermeidenden Mißverhältniß in der Zahl der protestantischen und katholischen Stimmen auf irgend eine Art abzuhelfen.

Viel und mancherlei habe ich darüber gelegenheitlich gehört, worauf ich gar keinen Werth legen würde, wenn ich nicht bemerkte, daß von Seiten des jederzeit richtiger berechnenden Berliner Cabinets man sich die fortwährende politische Religionstheilung gerne wird abnöthigen lassen; wenn ich nicht Spuren hätte, daß man zu München in einem anderen Sinne Vortheile dabei zu finden hofft, und wenn sich endlich nicht täglich mehr zeigte, wie sehr es zur Politik des Ersten Consuls gehört, überall als Beschützer der römisch-katholischen Religion zu erscheinen, unterdessen daß der Petersburger Hof, der seit einiger Zeit so viel wider Willen gegen den hiesigen thun mußte, sich demselben gerne überall

gefällig zeigen wird. So werden höchstwahrscheinlich alle unsere, die Religionsverhältnisse betreffenden gesetzlichen Bestimmungen ferner bestehen und für die Fürsten, welche zur größern Zahl der protestantischen gehören, eben daraus ein Nachtheil entstehen, weil bei der überall erforderlichen Religionsgleichheit sie in vielen Fällen seltener zur Reihe kommen und mithin weniger Einfluß haben werden. Am bedeutendsten würde sich dieses im Kurfürstenrathe zeigen .... Ich habe gleichmäßig Ursache zu glauben, daß man mit Planen umgehe, diejenigen protestantischen Fürsten zu beschränken, in deren Landen katholische Bischöfe sein werden. Endlich, und das ist das bedeutendste für das hohe Haus Baden, — ich muß besorgen, daß man Einwendungen gegen dessen Ausschreibamt im schwäbischen Kreise daher nehmen werde, weil, wie es die Protestanten so oft beim oberrheinischen Kreise behauptet haben, bei gemischten Kreisen erforderlich seie, daß der eine von den ausschreibenden Fürsten katholisch, der andere protestantisch sein müsse, also dem jetzt schon bestehenden protestantischen nicht abermal ein solcher beigesellt werden dürfe. Man täuscht sich hier gerne mit eiteln, auch noch so unwahrscheinlichen Entwürfen und sieht dabei gefällig auf den Besitzer des Breisgaus und der Ortenau, während es dem Münchener Hof vielleicht nicht entgeht, welchen Vortheil er aus dieser Lage der Sachen ziehen kann.

Die Natur des bisher Gesagten gestattet keine auf Thatsachen gegründete Zuverlässigkeit, aber es giebt zuweilen eine solche Anhäufung von Wahrscheinlichkeiten, die von der Gewißheit nicht sehr entfernt ist.

Nur einen Umstand muß ich noch berühren. In der Verlegenheit, wo man sich fand, die Religionsgleichheit wenigstens soviel möglich zu Stande zu bringen, ist es wiederholt zum Vorschlag gekommen, daß man versuchen solle, den durchlauchtigsten Markgrafen durch bedeutenden Einfluß dahin zu vermögen, daß er sich verstehe mit Beibehaltung seines persönlichen Religionsverhältnisses ein katholischer Kurfürst und Fürst zu werden, wie der bekannte sehr eifrig katholisch gesinnte Kurfürst von Sachsen nicht blos ein protestantischer Fürst in politischer Rücksicht ist, sondern sogar als Director des evangelischen Körpers erscheint.

Sorgfältig bin ich dem allem nachgegangen, und meine sehr zuverlässigen Kundschafter haben mich darüber von Zeit zu Zeit genau unterrichtet. Nun hat sich das alles geändert, und nachdem ich genauer habe sondiren lassen, so scheint man Pläne zu haben, die man für hinlänglich zuverlässig hält, um jenes Auskunftsmittel nicht zu brauchen.

Ich muß überlassen, wie S[mus] glauben, diese Nachrichten benutzen zu wollen, und muß nur wiederholt bitten, selbst zum künftigen Nachtheil des höchsten Dienstes weder mich, noch zugleich diejenigen, welche ich dabei brauchte, zu compromittiren.

Abschrift von Groos.

377. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 19. März 1803.

[Hält bei aller Freundschaft für Görtz dessen Entlassung, auch aus Rücksicht für den Wiener Hof, für unumgänglich.]

Gemmingen wird alles aufbieten, die zu Regensburg begangenen Fehler wieder gut zu machen. Einige Aussicht dazu scheint vorhanden. Rußland begehre immer noch die Kur für Mecklenburg, und Oesterreich sei damit einverstanden, falls dem Deutschmeister die gleiche Würde ertheilt werde. Frankreich freilich widerspreche, da es nicht drei Kurfürsten aus dem Hause Oesterreich wünsche. Immerhin müsse man den Ausgang der Verhandlungen abwarten; erhalte auch nur Mecklenburg die Kur, so gebe dies erwünschten Anlaß, die Rangfrage und die Rechte Badens von neuem zur Sprache zu bringen.

. . . . Si dans mes différentes dépêches je me suis trouvé obligé de désapprouver les démarches du Cte de Gœrtz, si même mon opinion manifestée dans mon No. 20[1]

«qu'un changement, quant à la mission de Ratisbonne, s'entende de soi-même»

se trouvait par hasard opposée aux intentions et peut-être à l'intérêt du Cte de Gœrtz, je serais assurément très fâché de ce conflit entre mon devoir et mon attachement personnel pour notre ami commun. Mais tout doit céder à ma convicton intime que la décence et même l'intérêt bien prononcé de S. A. S^me^ exigent que toute apparence d'une dépendance quelconque finisse une bonne fois, et que notre Electeur ait son représentant particulier à la Diète de l'Empire. Vous n'ignorez d'ailleurs pas, quelle est l'opinion du cabinet de Vienne à ce sujet, et certainement il ne faut pas penser à vouloir gagner ici quelque confiance en affaires d'Empire, si le ministre du Roi de Prusse continue à être muni des pouvoirs du Sérenissime Margrave . . . .

[1] Dat. 12. März. Der Bericht rügt das unbegreifliche Verhalten des Grafen Görtz; auch wird bei diesem Anlaß schon darauf hingewiesen, wie dringend man in Wien wünsche, daß Baden durch einen eigenen und nicht durch den preußischen Gesandten beim Reichstage vertreten werde.

6. Sendung des Geh. Raths Meier nach Regensburg und Verhandlungen mit der Reichsdeputation. (Aug. 1802—Mai 1803.)

378. Geh. Rathsprotokoll.

Karlsruhe, 26. Aug. 1802.

[Entsendung des Geh. Raths Meier nach Regensburg.]

Edelsheim theilt mit, der Markgraf habe sich entschlossen, in der Person des Geh. Raths Meier einen eigenen Abgeordneten nach Regensburg zu entsenden und ihn auch mit der Vertretung der badischen Angelegenheiten beim Reichstage, falls Graf Görtz am Erscheinen verhindert sein sollte, zu betrauen; es werden daher die entsprechenden Vollmachten und Empfehlungsschreiben ausgefertigt[1].

379. Geh. Rathsprotokoll.

Karlsruhe, 26. Aug. 1802.

[Ansprüche des Bischofs von Speier auf Landescapitalien. Verwahrung von badischer Seite. Verhandlungen darüber und über den künftigen Unterhalt des Bischofs.]

Es wird beschlossen, dem Grafen Görtz zu rescribiren: „Von langen Zeiten her" seien im Bistum Speier die alljährlich ersparten Ueberschüsse capitalisirt worden und schließlich zu einem Fonds von 1½ Millionen fl. angewachsen, dessen Zinsen im Nothfalle zur Bestreitung der laufenden Ausgaben verwendet werden durften. Diesen Fonds, den der jetzige Bischof weder gesammelt, noch vermehrt, über den er auch im Todesfall keineswegs hätte disponiren können, wolle er dem Vernehmen nach sich aneignen, was man schwer verhindern könne, da er die Capitalbriefe in Verwahrung und die Capitalien im Auslande angelegt habe. Die bischöflichen Unterthanen könnten dies ebensowenig wie der Markgraf ruhig mitansehen. Von Seiten der ersteren sei man daher auch im Vertrauen von dem Vorhaben des Bischofs benachrichtigt und ersucht worden, dasselbe zu vereiteln.

Man stelle daher dem Grafen Görtz anheim, ob er es nicht thunlich finde, als kurbrandenburgischer Subdelegirter bei der Reichsdeputation darauf anzutragen, daß derlei unrechtmäßige Entfremdungen überhaupt in Bälde untersagt würden, wünsche aber, daß er des speierischen Falles nicht namentlich gedenke, damit weder die badische Regierung, noch diejenigen, welche die vertrauliche Anzeige erstattet, compromittirt würden[2].

[1] Meier begiebt sich am 2. Sept. auf seinen Posten, wo er am 5. Sept. eintrifft. Neben der officiellen Berichterstattung an den Markgrafen, bezw. Geh. Rath läuft eine vertrauliche Privat-Correspondenz mit Edelsheim. Die Erlasse und Beschlüsse des Geh. Raths werden Meier nicht durch Ministerialschreiben, sondern kurzer Hand «per extractum protocolli», durch Auszüge aus den Sitzungsprotokollen mitgetheilt.

[2] Die Verhandlungen wegen Auslieferung der Capitalien und der künftig zu bewilligenden Sustentation ziehen sich sehr in die Länge. Bischof Wilderich, der sich ganz

380. Geh. Rathsprotokoll.

Karlsruhe, 30. Aug. 1802.

[Projecte eines Gebietstausches mit Oesterreich, Würtemberg, Fürstenberg und Leiningen. Instruction für Meier.]

Auf Grund verschiedener vorliegender Arrondirungspläne hat der Markgraf beschlossen, das Fürstenthum Konstanz nur in dem Falle abzugeben, „wann von österreichischer Seite ungesucht ein Antrag auf Eintauschung der modenesischen Indemnisationsobjecte gemacht" und derselbe von den vermittelnden Mächten gebilligt werde, unter der dreifachen unabänderlichen Bedingung, daß auf diese neuen Lande unter dem Namen eines Herzogthums Zähringen die Konstanzer Fürstenstimme, sowie das Kreisdirectorialrecht übertragen und der Sitz des Bischofs und des Domcapitels etwa nach Freiburg oder Gengenbach verlegt werde.

Im übrigen gedenke der Markgraf „auf jeden thunlichen Fall" Biberach mit seinem Gebiet, Pfau- und Neuhausen, die Odenheim'sche Hälfte an Großgartach, die Reichsstadt Pfullendorf und einige Salem'sche Parcellen abzugeben, und zwar wünsche er in erster Linie einen Tausch mit Würtemberg, wodurch die Erwerbung des würtembergischen Antheils an Waldangelloch, der Orte Alt- und Neulußheim, Unteröwisheim, Gochsheim, Neuenbürg, Waldrennach, Gräfenhausen, Ottenhausen, Grünwettersbach, Palmbach und Mutschelbach, sowie allenfalls des Dorfes Dobel ermöglicht werde.

Sollte Würtemberg aber auf dieses große Tauschproject nicht eingehen, so habe man danach zu trachten, gegen Pfau- und Neuhausen, halb Großgartach und Unterniebelsbach — Alt- und Neulußheim, halb Waldangelloch, Grünwettersbach, Palmbach, Mutschelbach, Unteröwisheim und eventuell Gochsheim einzutauschen.

In diesem Falle könne man Biberach, Pfullendorf und die Salem'schen Parcellen Fürstenberg zum Tausche gegen die Herrschaft Hausen anbieten.

Gelinge dies nicht, so möge man Biberach dem Grafen von der Leyen gegen das Oberamt Geroldseck antragen.

Wenn Oesterreich keine annehmbaren Vorschläge wegen des Breisgaus mache, so solle man wenigstens dahin arbeiten, daß man womöglich die Ortenau „und zwar zum Theil etwa auf eine leichtere Art durch Mitverwendung der an Oesterreich diesseits gegebenen Vorlehen" erlange und dagegen Biberach, falls es nicht vortheilhafter an Würtemberg gegeben werde, abtrete, — oder wenn Oesterreich darauf sich nicht einlasse, daß man gegen Ueberlassung von Offenburg mit Gebiet die Pflege Ottersweier sowie das Städtchen Neuenburg a. Rh. erwerbe.

Endlich solle man Leiningen die im Oberamt Mosbach gelegene speierische Stadt Waibstadt zum Tausche gegen Sinsheim anbieten.

---

in den Händen seines ehrgeizigen und ränkevollen Rathgebers, des Geh. Raths Joachim, befindet, verweigert hartnäckig die erstere und bezeichnet das Angebot eines jährlichen Deputats von 44000 fl., das im Verhältniß zu den Deputaten anderer geistlicher Fürsten reichlich bemessen ist, als ungenügend. Geh. Rath Joachim begiebt sich in seinem Auftrage nach Wien und Regensburg, um die Forderungen des Bischofs durchzusetzen, erzielt aber mit seinen Vorstellungen anscheinend keinen Erfolg. Selbst der kaiserliche Concommissär v. Hügel gesteht bei aller persönlichen Freundschaft für den Bischof dem Grafen Görtz, „daß die Anerbietungen S^mi hätten mit Dank angenommen werden sollen und die übertriebenen Forderungen des Fürstbischofs keine Rücksicht verdienten". Bericht von Görtz, d. d. 15. Dec. 1802. Erst am 22. März 1803 kömmt eine gütliche Uebereinkunft beider Theile zu Stande. S. unten Nr. 457.

Nach diesen Grundsätzen wird Geh. Rath Meier angewiesen, sich zu benehmen, „sofort, wo er desfalls schickliche Einleitungen anknüpfen könne, solches zu thun, besonders sobald als möglich bei würtembergischen Behörden zu sondiren, ob das vorgemeldete große Tauschproject eine Sache sei, die dort mit einiger Hoffnung eines Ingresses proponiret werden könne und jedesmal, wo sich etwas hierunter ergebe, es zu berichten"[1].

---

381. Meier an Karl Friedrich.

Regensburg, 7. Sept. 1802.

[Besuche bei Laforest und Mathieu. Odenheim soll badisch werden.]

Meier hat Albini[2] seine Vollmacht überreicht.

Späterhin wurde ich dem Minister Laforest vorgestellt und hatte sodann mit Bürger Mathieu eine ernste Unterredung wegen Odenheim. Ich drang in ihn, wenn die hiesige französische Legation sich nicht ermächtiget glaube, das Stift für badisch zu erklären, Instruction darüber von dem französischen Gouvernement einzuholen oder mir gerade zu sagen, daß es hier anderswohin begeben werden wolle, damit der Gesandte von Reitzenstein in Paris seine Schritte danach bemessen könne. Er erklärte mir kurz und gut: dies alles seie nicht von nöthen. Odenheim falle an Baden. Der russische Minister von Bühler habe aus Anlaß meiner gestrigen Unterredung mit ihm darüber gesprochen, ... und ich dürfe mich darauf verlassen, daß Odenheim badisch werde . . . .

---

382. Meier an Edelsheim.

Regensburg, 8. Sept. 1802.

[Empfang bei Albini. Bedenken wegen Talleyrands Bericht an den Senat. Warnung vor zu weitgehenden Forderungen.]

Meier war bei Albini, der ihn mit alter Herzlichkeit aufgenommen und „ganz von der Leber weg gesprochen".

„Es ist hier" — bemerkt dieser — „wieder auf's Leiern wie zu Rastadt angelegt, aber dazu werde ich es nicht kommen lassen, nur muß, was geschiehet, auch mit Anstand geschehen. Morgen, id est heute, machen wir was, wir machen gewiß was, aber ich weiß noch nicht recht, was? Wer hätte in Rastadt gedacht, was wir jetzo hier erleben müssen? — hat er oft ausgerufen."

. . . . Die bewußte Stelle in Talleyrands Rede[3] ist sehr wahr und sehr schmeichelhaft. Aber im Grunde meines Herzens habe ich immer gewünscht, er hätte uns, wie Moreau, im Stillen Gutes gethan.

---

[1] Von all' diesen Projecten sind in der Folge nur die eines Austausches mit Würtemberg und Fürstenberg Gegenstand von Verhandlungen geworden.

[2] Der vom Rastadter Congresse her bekannte kurmainzische Kanzler und Vorsitzende der Reichsdeputation.

[3] Vergl. den Auszug aus Talleyrands Bericht in der Sitzung des Senats vom 3 Fruct., oben Nr. 207.

Jene Stelle erregt Jalousie, erregt Neid, und was das schlimmste ist, sie setzt neben den berechtigten Titel der Indemnisation den unberechtigten einer Quasi-Schenkung. Alle Welt glaubt jetzo, wir bekommen viel zu viel, und selbst das französische Gouvernement erkennt solches, indem es sich vor dem Publico zu rechtfertigen trachtet, warum es uns zu viel gebe. Mit welcher Stirne kann man nun nach H. von Reitzensteins Verlangen immer noch mehr fordern, dazumalen mehrere Reclamanten (!) noch nicht belegt sind und nicht belegt werden können? Ich wünsche dahero, daß in dem von Petersburg anhero kommenden Memoire außer Odenheim keine plus petitio enthalten wäre. Nach allem, was ich bishero vernommen habe, bin ich fest überzeugt, daß für uns an eine Zugabe nicht zu gedenken seie. Vielmehr sucht man recht ernstlich Gegenstände auf, um Unbefriedigte befriedigen zu können und bleibt es nicht strictissime beim Plan, so fällt er zusammen, da neben uns noch ein ganzes Heer von Petenten auftritt. Mathieu hat mich gar bedeutend gefragt, was für unvergebene Stifter, Klöster &c. im Badischen, in der Pfalz, im Konstanzischen seien. Die Reichenau, Oehningen &c. kommen gewiß noch in Ansprache.

383. Meier an Edelsheim.

Regensburg, 9. Sept. 1802.

[Mathieu's Glossen über die badische Schüchternheit.]

Unterredung mit Mathieu. Meier theilt ihm seine Besorgnisse wegen Altenkirchen und einer Verkürzung des badischen Looses mit; man wolle von neuen Projecten wissen, „wo andern zugelegt, Baden genommen werden solle". „Das wissen wir schon lange" — entgegnet Mathieu, — „aber daraus wird nichts. Seid doch nicht so schüchtern gegen die, so euch abkürzen wollen[1]."

384. Meier an Edelsheim.

Regensburg, 12. Sept. 1802.

[Odenheim scheint gesichert. Bedenken wegen Hirschhorn.]

. . . . Odenheim, das theure, süße und saure Odenheim, um das ich mich schon heiser gesprochen habe, dürfte denn doch nun wol badisch werden. Nur Hirschhorn macht mich jetzo und zwar nicht wenig verlegen. Einen Grund zur Ansprache haben Darmstadt und Leiningen, einen mächtigeren die Mediatoren nach dem 2. Artikel ihrer Considérations, — Baden aber gar keinen, selbst nicht der geographischen Lage nach, außer dem, daß man eben gerne mehr haben möchte, und ich sorge, Mathieu jagt mich zum Zimmer hinaus, wenn ich damit zum Vorschein kommen sollte. Indessen steht es nun einmal in der zu Peters-

[1] Noch drastischer drückt sich Mathieu später bei anderer Gelegenheit aus: „Ihr seid wie die alten Weiber: was man euch nicht giebt, das nehmt ihr nicht". Bericht vom 19. October.

burg übergebenen und anhero übersandten Note[1]. Ohne dies — sagt Herr von Bühler — wäre Baden so ziemlich im Reinen und hätte selbst keine neue Reclamationen zu machen. Kommt diese neue Forderung in die Deputation, wo man ohnehin Baden für allzusehr begünstigt mit scheelen Augen ansieht, so wird dort kein geringes Geschrei entstehen. . . . .

---

385. Meier an Karl Friedrich.

Regensburg, 12. Sept. 1802.

[Provisorische Besitznahme der neuen Lande mit Einschluß von Odenheim durch Civilcommissäre, nur im Nothfalle durch Militär. Die Konstanzer Gefälle.]

Meier hat nach Empfang der Weisungen vom 6. d. M.[2] mit dem Grafen Görtz und dem russischen Gesandten von Bühler Rücksprache genommen, die beide der Ansicht sind, daß, zumal nach dem Deputationsbeschlusse vom 8. d. M., die provisorische Besitznahme der neuen Landestheile nicht länger aufgeschoben werden dürfe. Mathieu räth, auch Odenheim in dieselbe einzuschließen; „nur müsse die Occupation der pfälzischen und darmstädtischen cedendorum mit Einverständniß der bisherigen Herrschaften geschehen"[3]. General Lauriston habe im Auftrage Bonaparte's in dieser Hinsicht bereits bei Kurbaiern die ersten Schritte gethan.

Den geistlichen Fürsten empfiehlt Meier die Entschließung des Markgrafen „in glimpflichen terminis" eröffnen, sodann durch Civilcommissäre, im Nothfalle mit militärischer Begleitung, von ihrem Gebiete provisorisch Besitz ergreifen zu lassen; die helvetische Regierung möge man ersuchen, der Besitznahme und Verwaltung der konstanzischen Güter in der Schweiz keine Schwierigkeiten zu bereiten.

Concept.

---

386. Meier an Karl Friedrich.

Regensburg, 15. Sept. 1802.

[Verhandlungen wegen Altenkirchen und Lahr. Wittgensteinsche Ansprüche. Anfall von Salem und sein Werth.]

Der darmstädtische Comitialgesandte hat Vollmacht erhalten, „dahier mit den pfälzischen und badischen Abgeordneten über den Abtritt der gegentheiligen cedendorum sich einzuverstehen". Präsident von Kruse, der Nassau-Usingen'sche Abgeordnete, beabsichtigt bei Kurhannover anzufragen, ob man zum Verzichte auf die Succession in Altenkirchen geneigt sei; bejahenden Falls werde er unter preußischer Vermittelung suchen, sich mit den Grafen von Wittgenstein abzufinden, mit Preußen wegen alsbaldiger Cession der Graf-

---

[1] Vergl. oben Nr. 288.

[2] Der Geh. Rath hatte Meier darin unter Hinweis auf die Mission des Generals Lauriston die Frage vorgelegt, ob er lediglich eine militärische Besitznahme der neuen Landestheile, die „bei der Schwäche des hiesigen Militaires mancher unangenehmen Kritik aussetzen möchte", oder Beiordnung von Civilcommissären, die vielleicht als widerrechtlicher Schritt betrachtet werden könnte, empfehle. Vergl. oben den Anhang zu Abschnitt 1, S. 232 ff.

[3] Durch Geh. Rathsbeschluß vom 14. Sept. wird Meier wegen Darmstadt angewiesen, mit dem dortigen Gesandten Geh. Rath Jaupp die nöthige Vereinbarung zu treffen und sich zur Uebernahme der auf den rechtsrheinischen Aemtern haftenden Schulden bereit zu erklären; letztere werden auf 163000 fl. angegeben. Bericht Meiers vom 17. Sept.

schaft unterhandeln und, wenn dies glücke, mit Baden die sofortige Abtretung der Herrschaft Lahr vereinbaren, deren Ertrag er auf 38000 fl. angebe[1].

Unterredung mit dem Kanzler von Seyfried von Salmansweiler. „Als vor mehreren Jahren der verstorbene Abt und sein vertrautester Rathgeber, der jetzige Prälat, vernommen hätten, daß bei einer vorgehenden Veränderung Salmansweiler an Baden fallen werde, hätten sie beide Gott gedankt, daß dem Kloster dies Loos beschieden seie. Diese nämlichen Gesinnungen habe der Abt noch jezo in vollem Maße." Im vollen Vertrauen auf den Markgrafen übergebe er das Kloster gewissenhaft sammt all seiner Habe. „Man werde Alles im besten Zustand, ansehnliche Activa, eine fürtreffliche Bibliothek, ein mit 90000 fl. neuerbautes und ausgerüstetes Gymnasium ꝛc. und nicht eine Stecknadel werth entfrembet dort finden." Nur die Zerstückelung und Vertauschung der Besitzungen falle dem Abte schwer, er wünsche nichts mehr, als daß der Markgraf das Ganze erhalte.

387. Edelsheim an Meier.

Karlsruhe, 16. Sept. 1802.

[Bedenken gegen weitgehende Forderungen des Prinzen Ludwig.]

.... Unser Durchl. Négociateur möchte freilich wol, daß man alles wagte, um seinen nun einmal günstig aufgenommenen Wunsch durchzusetzen, allein wir sind alle überzeugt, daß dies ein wahres Wagestück wäre, das uns theuer zu stehen kommen könnte und würde. Wir hätten noch immer von Glück zu sagen, wenn die Sache nach dem in dem heutigen Extr. Prot. Ihnen an die Hand gegebenen Vorschlag eingeleitet werden könnte. Wären nur die Sachen einmal ganz zu Ende! Deus bene vertat! ....

388. Geh. Rathsprotokoll.

Karlsruhe, 16. Sept. 1802.

[Man verzichtet auf Hirschhorn und fordert die Kellerei Hilsbach.]

Nach Berichten aus Petersburg habe der Kaiser seine Gesandten in Wien, Paris und Regensburg angewiesen, die badischen Wünsche, die Erwerbung der Prälatur Hirschhorn betr., kräftigst zu unterstützen. Da jedoch aus den Relationen von Regensburg sich ergebe, daß diese Reclamation daselbst keine günstige Aufnahme finden dürfte, und überdies sich zeige, daß die Prälatur keineswegs eine Enclave des Oberamts Heidelberg

[1] Die Pariser Convention hatte bekanntlich die Herrschaft Lahr Baden zugewiesen, sobald der bisherige Landesherr, Nassau-Usingen, in den Besitz der ihm als Entschädigung zugedachten Grafschaft Sayn-Altenkirchen gesetzt sei, die Preußen auf Lebzeiten des Markgrafen Karl Alexander von Ansbach gegen Zahlung einer Rente innehatte; mit dem Tode des Markgrafen sollte Altenkirchen an Nassau, Lahr aber an Baden übergehen. Von Hannover, das gewisse Erbansprüche auf die Grafschaft besaß, hatten die vermittelnden Mächte Verzicht auf dieselben gefordert; die Verhältnisse waren aber dadurch verwickelter geworden, daß das Haus Sayn-Wittgenstein in der Folge, von Preußen begünstigt, unter Zustimmung der Mediatoren seine Erbfolgerechte auf die Grafschaft geltend machte und Nassau und Baden als Interessenten zu einer Ablösung derselben in Geld genöthigt wurden. Vergl. dazu oben S. 196 und 200.

sei, wie „von jenen Orten her unterstellt worden, woher der Anrath zum Anspruch auf solche gekommen", so habe der Geh. Rath dem Markgrafen empfohlen, davon abzustehen, dagegen aber nach Vereinbarung mit dem russischen Minister statt Hirschhorn die Kellerei Hilsbach zu begehren, „weil alsdann .... ein ununterbrochenes Contiguum zwischen dem Speirischen, dem Oberamt Bretten und dem Gebiet der Reichsstadt Wimpfen entstehen würde". Falls dies nicht thunlich wäre, schlage man wenigstens vor, Waibstadt gegen Hilsbach anzubieten und zu diesem Projecte die Zustimmung Bühlers nachzusuchen.

Entsprechende Weisung an Meier.

---

389. Meier an den Geh. Rath[1].

Regensburg, 19. Sept. 1802.

[Das Amt Schafheim. Vorstellungen gegen die Forderung von Hilsbach. Rücksicht auf Leiningen.]

Meier bedauert, daß man Militär zur Besitznahme beiziehe; die anfängliche Abneigung des Markgrafen gegen eine solche Maßregel habe in Regensburg den besten Eindruck gemacht. Die Ansprüche auf Schafheim, befürchtet er, werde Darmstadt nie anerkennen[2]. Der Auftrag, für Hirschhorn tauschweise Hilsbach zu fordern, falle ihm schwer. Der Fürst von Leiningen wisse, wie eifrig der Markgraf sich zu seinen Gunsten in Paris verwendet habe, der Markgraf habe sich selbst über die günstige Entschädigung des Fürsten gefreut und gebilligt, daß Geh. Rath von Reitzenstein nicht den Versuch mache, den auf dem linken Ufer des Neckars gelegenen Theil des Oberamts Mosbach für Baden zu gewinnen. Nun solle er sich wieder bemühen, dem Fürsten die Kellerei Hilsbach zu entreißen, die einen Reinertrag von 22305 fl. jährlich liefere, während Hirschhorn etwa 8—10000 fl. trage!

Bei der Reichsdeputation dürfe er den Vorschlag nicht anbringen, sie halte an der Convention vom 3. Juni fest und wisse nicht, daß Hirschhorn badisch sei oder werden solle. Einen Tausch könne er also nicht proponiren, eine weitere Forderung aber bedürfe des Beleges, daß Baden nicht hinlänglich entschädigt sei: — ein Ding der Unmöglichkeit.

Er müsse sich daher lediglich an die Gesanden der vermittelnden Mächte wenden und werde es auch mit schwerem Herzen thun, so wenig er sich einen Erfolg verspreche[3].

---

[1] Die folgenden officiellen Berichte Meiers sind alle in Form tagebuchartiger Aufzeichnungen an den Geh. Rath gerichtet.

[2] Das Amt Schafheim war erweislich eine Zugehörde der Grafschaft Hanau-Münzenberg und als solche auch durch Hausvertrag anerkannt. Bericht Meiers vom 18. September. Die Declaration der vermittelnden Mächte vom 8. Oct. ersetzt die Worte: «les restes du comté de Hanau Lichtenberg à la droite du Rhin» durch die bestimmtere Fassung «les baillages hessois de Lichtenau et de Willstätt», welche alle weiteren badischen Ansprüche auf Schafheim beseitigt.

[3] Der Markgraf billigt in der Folge die Bedenken Meiers und läßt ihm freie Hand, einen andern geeigneteren Vorschlag zu machen. Geh. Rathsprotokoll vom 24. Sept. Von Hilsbach ist nicht weiter die Rede. „Die Bescheidenheit, die Gelassenheit des Herrn Fürsten von Leiningen und dessen unbegrenztes Vertrauen gegen Smum — gesteht Meier offen — haben mich so entwaffnet, daß ich der ungeschickteste Negociateur in jener Sache gewesen wäre." Bericht vom 29. Sept.

390. Der Geh. Rath an Meier.

Karlsruhe, 20. Sept. 1802.

[Promemoria des Hochstifts Konstanz. Die katholische Kirche in Baden. Konstanz als Landesbistum. Bedingte Ueberlassung des Kirchenguts.]

Protokoll Nr. 1688. —

Mit Rücksicht auf die der Deputation überreichte Note des Freiherrn von Reinach als Vertreters des Hochstifts und Domcapitels Konstanz[1] wird beschlossen, dem Geh. Rath Meier in Regensburg zu eröffnen, das Interesse der badischen Regierung erstrecke sich auf die Jurisdictionalien und das nutzbare Eigenthum. Man müsse erwarten, daß erstere unterschiedlos „mit allen Hoheitsannexis" auf den neuen Landesherrn übergingen. Was das letztere betreffe, hänge alles von der künftigen Organisation der katholischen Kirche in Baden ab; falls, wie französischerseits verlaute, der bischöfliche Sitz zu Konstanz fortbestehen solle und, wie es den diesseitigen Wünschen völlig entspreche, die übrigen alten und neuen badischen Lande seinem Sprengel zugetheilt würden, und falls der Unterhalt des Domcapitels „auf Renten und Gefälle gelegt bleibe und nicht überhaupt auf bestimmte Geld- und Naturalgefälle, wie wol schicklicher wäre, regulirt werde", könne man nichts dagegen einwenden, daß das hochstiftische und domcapitularische Privateigenthum «quoad summam concurrentem» dazu verwendet werde; doch sei darauf zu achten, daß man dabei nicht schlimmer fahre als andere in gleicher Lage befindliche Reichsstände und daß das adoptirte Princip der Incamerirung der stiftischen Gefälle nicht durch das in allgemeiner Fassung gestellte Begehren des Domcapitels aufgehoben werde.

Concept Brauers.

---

391. Der Geh. Rath an Meier.

Karlsruhe, 20. Sept. 1802.

[Schreiben des Kurerzkanzlers und seine Beantwortung. Rücksichtnahme auf die katholische Kirche. Ein Bischof und eine Diöcese.]

Protokoll Nr. 1696. —

Auf ein verbindliches Schreiben des Kurfürsten Erzkanzlers, worin derselbe mittheilt, daß er wegen der provisorischen Besitznahme seiner Regierung und dem Domcapitel in Konstanz die nöthigen Weisungen habe zugehen lassen, und zugleich die Vorstellungen seines Vertreters in Regensburg als im eigenen Interesse Badens gelegen zur Berücksichtigung empfiehlt, wird beschlossen, dem Kurfürsten zu antworten, „wie S^mus es unter eine Ihrer vornehmsten Angelegenheiten mitrechneten, daß solche Vorsorge getroffen werden möge, womit die katholische Kirchenregierung durch die Umwandlungen in der deutschen Staatsverfassung keinen Nachtheil leide, da Sie wol einsähen, daß ein großer Theil der Beruhigung Ihrer alten und neuen Lande davon abhinge; daß Sie dabei nur den Wunsch hegten, dessen Erreichung Sie bei Voraussetzung seiner Mitwirkung, die Sie hiermit sich angelegentlich erbäten, sicher hoffen könnten, — es möchten sämmtliche Dero übrige katholische

---

[1] d. d. 7. Sept. Gedr. in den Beilagen zum Protokolle der außerordentlichen Reichsdeputation zu Regensburg, I, 262. Hochstift und Domcapitel ersuchen darin „zu Erhaltung bischöflicher und hierarchischer Existenz" um Belassung im Genusse des Kirchenguts, um so mehr als dasselbe Privateigenthum der Kathedralkirche sei und nicht von Kaiser und Reich stamme.

Lande, die Sie besäßen und neu bekämen und deren bisherige Diöcesanvorsteher, da ihre Kathedralen über Rhein gewesen seien, ohnehin supprimirt werden müßten, zu der Diöcese Konstanz geschlagen und Sie mithin in den Fall gesetzt werden, nur mit einem Bischof wegen der geistlichen Regierung Ihrer katholischen Lande in Verhältnisse zu kommen, in welchem Fall Sie alsdann auch desto eher im Stand sein würden, den Wünschen des Herrn Kurfürsten in obigem Betreff entgegen zu gehen."

Nachricht hiervon an Geh. Rath Meier.

392. Meier an den Geh. Rath.

Regensburg, 21. Sept. 1802.

[Bemühungen Preußens um einen Vergleich wegen Altenkirchen.]

Der brandenburgische zweite Subdelegirte Hänlein „macht sich ein eigenes Anliegen daraus, die Wittgensteinische Prätension an Altenkirchen zu vergleichen".

Er versichert, sie werde nicht nur von dem preußischen Hof äußerst, sondern nun auch von dem russischen Hof sehr begünstigt, und die hiesige russische sowol, als durch die Intervention des Generals Hédouville auch die französische Gesandtschaft habe, was ich allerdings schon inne geworden bin, die Aufträge zur kräftigsten Unterstützung . . . .

Der König zahle an den Herrn Markgrafen von Ansbach ein nach dem Ertrag von Altenkirchen bestimmtes jährliches Aversum von etlichen und 30000 fl. nebst einigen 1000 fl. Pensionen an alte Diener. Seine Meinung wäre, daß Baden sogleich in den Besitz von Lahr kommen und dagegen jenes Aversum sammt den Pensionen der Kürze halber nicht an Nassau, sondern unmittelbar an Preußen zahlen solle.

In der Abfindungssumme selbst wird der Bogen hoch gespannt. Der Graf von Wittgenstein fordert 30000 fl., ferner eine jährliche Pension von 10000 fl. an seine Vettern und in casum casus eine gewisse Reversibilität . . . .

Concept.

393. Meier an den Geh. Rath.

Regensburg, 21. Sept. 1802.

[Französische Versprechungen betr. der künftigen Declaration. Die speierische Fürstenstimme. Schafheim. Hilsbach.]

Die französischen Minister versichern auf's bestimmteste, daß die neue Declaration der vermittelnden Mächte Baden nichts nehmen, aber auch nichts weiter hinzufügen werde, außer „Odenheim, das Privilegium de non appellando und die Abtei Hirschhorn", mit der Auflage, den Grafen von Wartenberg anderweitig zu entschädigen. Sie würden selbst deshalb „das Nöthige in Anregung bringen, Meier möge daher alle weiteren Schritte unterlassen". „Die speirische Fürstenstimme, was ich auch desfalls vorbringen mochte, wurde mir rund abgesprochen. Ebenso aller Schein von Ansprache auf Schafheim." Bei dieser Lage der Dinge wagt Meier nicht, die Forderung von Hilsbach, die er für aussichtslos hält, zur Sprache zu bringen; er sehe „der Billigung oder Mißbilligung" seines Verhaltens mithin „ängstlich" entgegen.

394. Meier an den Geh. Rath.

Regensburg, 22. Sept. 1802.

[Das künftige Landesbistum. Candidatur des Bischofs von Basel.]

Der Fürstbischof von Basel, der zur Zeit in Regensburg weilt[1], hat gegen Meier geäußert, er setze sein volles Vertrauen auf den Markgrafen; er sehe voraus, daß die jetzige Diöcesaneinrichtung nicht fortbestehen könne und daß man auf Anstellung von Landesbischöfen dringen werde. „Der große District von Konstanz bis gegen den Main hin könne durch einen Bischof nicht versehen werden und nicht jeder der Vorhandenen werde eine solche Territorialanstellung annehmen wollen." Er sei von jeher gewohnt gewesen, seinen geistlichen Functionen eifrig nachzukommen und liebe den Müßiggang nicht, daher würde er eine Stellung als Landesbischof der völligen Pensionirung weit vorziehen. Mit der Eingabe Meiers an die Deputation[2] hat er sich einverstanden erklärt.

---

395. Meier an den Geh. Rath.

Regensburg, 23. Sept. 1802.

[Vergleich wegen Altenkirchen. Französische Zumuthungen. Badisches Angebot.]

Mathieu hat dem Präsidenten von Kruse rundweg erklärt, „die Wittgensteinische Prätension müsse schlechterdings binnen drei Tagen berichtiget und zwar dahin verglichen sein, daß der Graf Wittgenstein 300000 fl. und seine vier dem Vernehmen nach nicht alte Vettern eine lebenslängliche Pension von 12000 fl. . . . . erhalten sollen. Daran müsse Baden, wenn es nicht Lahr entbehren wolle, die Pension und 200000 fl., zur Hälfte jetzo, und zur andern Hälfte nach dem Absterben des Herrn Markgrafen in Ansbach zahlbar, übernehmen, die weiteren 100000 fl. aber Nassau gleich entrichten."

Bitte um Verhaltsbefehle[3].

Concept.

---

396. Hofrath Joh. Heinrich Jung gen. Stilling[4] an Karl Friedrich.

Basel, 25. Sept. 1802.

[Beruhigt den Markgrafen wegen der Erwerbung der neuen Lande.]

Jung Stilling beantwortet die Frage, welche der Markgraf ihm offenbar bei seiner Durchreise nach der Schweiz in Karlsruhe vorgelegt, ob sich nämlich die Erwerbung der

---

[1] Franz Xaver von Neveu. Vergl. über ihn: Vautrey, Hist. des évêques de Bâle, IV, 501 ff.

[2] d. d. 21. Sept., vergl. Beilagen zum Protokolle ꝛc., I, 270. Es wird hier unter Hinweis auf den geringen Umfang der Herrschaft Schliengen und ihre Ueberlastung mit Schulden die Bitte ausgesprochen, man möge Baden bei Bemessung des Unterhalts für Bischof und Domcapitel nicht übermäßig beschweren.

[3] Vergeblich verweist Meier den französischen Gesandten darauf, daß die erste Declaration der vermittelnden Mächte Lahr «pure» Baden zugedacht habe. Darüber, wird ihm entgegnet, habe er sich den Kopf nicht zu zerbrechen; „es sei nun einmal so beschlossen und so werde es in die nächste Declaration inserirt werden" (Bericht vom 25. Sept.). Meier wird in Folge dessen zur Uebernahme der Hälfte der Abfindungssumme und der Ansbacher Rente ermächtigt. Weisung des Geh. Raths vom 27. Sept.

[4] Der bekannte Marburger Professor, mit dem der Markgraf schon seit Jahren in regem Gedankenaustausche über religiöse Fragen stand und der dann im Herbst 1803, einem Ruf des Fürsten folgend, dauernd nach Baden übersiedelte.

neuen Lande mit seinem Gewissen vereinbaren lasse, und kömmt dabei zu dem Resultate, daß dies allerdings der Fall sei und der Markgraf sich dabei beruhigen dürfe. Denn hätte er nicht zugegriffen, so wären die Lande in andere Hände gerathen und hätten „risquirt gedrückt und schlecht regiert zu werden". So aber werde ihnen das Glück zu Theil, „daß sie alle an einen Herrn kamen, zu dem sie alle das beste Zutrauen haben und der sie alle glücklich machen wird".

---

397. Aus den Berichten Meiers an den Geh. Rath.

Vom 27. Sept. bis 6. Oct. 1802.

[Verhandlungen wegen Hirschhorn, bezw. eines Aequivalents. Wandlungen. Ungünstige Wendung für Baden.]

Mathieu theilt Meier mit, man habe dem Grafen von Wartenberg, der mit seiner in Neckarsteinach, Ehrenberg und dem Wormser Hofe zu Wimpfen bestehenden Entschädigung unzufrieden sei, als Zulage Hirschhorn zugedacht[1]; da aber Rußland dieses für Baden begehre, müsse der Markgraf den Grafen für diesen Verlust schadlos halten. Falls er nicht darauf eingehe, werde man Hirschhorn mit derselben Verpflichtung Darmstadt anbieten (27. Sept.). Meier erkundigt sich daraufhin bei dem Agenten des Grafen, Hofrath Nonne, nach den Ansprüchen desselben.

Wartenberg fordert, wie er erfährt, eine Rente von 46000 fl.; da Neckarsteinach und die andern Orte nur 15000 fl. jährlich eintrügen, hätte Baden, selbst wenn man den Ertrag von Hirschhorn, nach Albini's Angaben, auf 10000 fl. veranschlage[2], immer noch aus eigener Tasche über 20000 fl. zu decken; da Hirschhorn überdies mit einer speirischen Hypothek von 200000 fl. belastet sei, wäre seine Erwerbung, meint Meier, ein offenbarer Nachtheil (28. Sept.). Der russische Gesandte v. Bühler, mit dem er sich bespricht, widerräth indeß einem Verzicht: so gut Wartenberg es zum Anschlage von 3000 fl. übernehme, könne dies auch Baden gegen Zahlung einer jährlichen Rente von 3000 fl. an den Grafen; Mathieu bemerkt lakonisch, man möge „den Bettel" fahren lassen (29. Sept.). Mittlerweile tritt eine neue Wendung der Dinge ein: Der Graf von Wartenberg soll, wie Meier am 2. Oct. durch Mathieu vernimmt, mit den übrigen Reichsgrafen anderweitig entschädigt werden; gleichwol aber werde Hirschhorn nicht an Baden fallen, doch solle dieses dafür den speirischen Antheil an dem wartenbergischen Loose, d. h. die Hälfte von Neckarsteinach, erhalten. Auch Bühler bestätigt, daß Baden eine andere Zugabe empfangen werde. Wem Hirschhorn bestimmt ist, vermag Meier nicht zu ermitteln. Angesichts der Lage der Dinge bemüht er sich, wenigstens noch den wormsischen Antheil am wartenbergischen Loose, die andere Hälfte von Neckarsteinach und die Kellerei Ehrenberg, für den Markgrafen zu retten (2. und 6. Oct.). Ueber den weiteren Verlauf der Verhandlungen, bei dem Baden schließlich in jeder Hinsicht das Nachsehen hatte, vergl. unten S. 336, Anm. 1.

---

398. Geh. Rathsprotokoll.

Karlsruhe, 27. Sept. 1802.

[Der künftige Landesbischof. Einfluß auf die Bischofswahlen. Wünsche betr. der Bildung der Landesdiöcese.]

Auf den Bericht vom 22. d. M. wird Meier erwidert, der Markgraf gedenke sich, obgleich ihm der Bischof von Basel als künftiger Landesbischof mehr „als andere mehr an

---

[1] Ueber die wartenbergische Entschädigung vergl. K. Schwabe, Ein kleinstaatlicher Diplomat aus der Zeit des deutschen Länderhandels. Grenzboten, J. 1890, 3, 108ff.

[2] Nach genaueren Mittheilungen belaufen sich die Einkünfte auf nur 8570 fl.

das Regieren der Lande als des Bisthums gewöhnte" geistliche Herren genehm sei, doch vorerst, so lange noch wichtigere Interessen auf dem Spiele stünden, „auf irgend eine Art in die Bestimmung, wer jetzo zum erstenmal zu dem Episkopat Ihrer Lande komme, nicht einzumischen"; wichtiger scheine es, sich für die Zukunft einen Einfluß auf Wahl und Ernennung des Landesbischofs „entweder durch Vorschlag und Nomination oder wenigstens durch Zulassung von Exclusiven" zu sichern. Auch verdiene die Bemerkung des Bischofs von Basel, daß die Diöcese Konstanz mit Hinzurechnung der übrigen katholischen Landestheile für einen Bischof zu umfangreich werde, alle Beachtung. Dies könnte leicht zur Folge haben, daß zwei Diöcesen errichtet und von Baden unterhalten werden müßten, oder ein Theil der katholischen Bevölkerung einem fremden Bischofe unterstellt würde, was beides unangenehm wäre. Meier möge daher, wenn die Rede darauf komme, vorstellen, „daß die diesseitigen Lande, sobald nicht fremde mit zur Diöces geschlagen und allenfalls der Sitz des Bischofs auf eine schickliche Art mehr in der Mitte der diesseitigen Lande, z. E. nach Gengenbach transferirt würde, für einen Bischof nicht zu groß bleiben, mithin durch Abreißung der auswärtigen Theile der Diöces und der (sic!) Zutheilung an andere bischöfliche Sitze ohne diesseitigen Nachtheil geholfen werden könne"[1].

---

399. Meier an Edelsheim.

Regensburg, 28. Sept. 1802.

[Allgemeines über die Behandlung der Geschäfte in Regensburg. Mathieu. Bühler. Klüpfel.]

Ueber die Regensburger Verhandlungen.

Den Stoff zum größten Mißvergnügen giebt der modus tractandi, den ich nicht näher schildern mag. Der Centralpunct, um den sich ausschließlich fast alles dreht, ist die französisch-russische Gesandtschaft. Mathieu macht die meisten Geschäfte. Es sind gewisse Particularabgeordnete hier, die ihm dabei an Handen gehen. Herr v. Bühler scheint sich mit den Particularangelegenheiten nicht besonders zu bemengen. Ich habe aber nun erst erfahren, was ich nicht ahndete, daß der russische Envoyé H. v. Klüpfel oft und viel gemeinschaftlich mit Mathieu arbeite .... Ich werde mich von nun an fester an ihn anschließen[2] ....

---

[1] Bei einer späteren Unterredung mit den französischen Ministern bemerken diese, auch nach ihrer Ansicht müßten die Diöcesen von Konstanz, Straßburg, Speier und Worms zusammengezogen und, wenn der Konstanzer Sprengel zu groß werde, auf Wunsch des Landesherrn, bischöfliche Commissäre aufgestellt werden; auch würden sie vorschlagen, daß dem „Hauptlandesherrn" der Diöcese die freie Wahl des Bischofs und Dompropstes zustehen solle (Bericht vom 16. Oct.). Da man indeß in Karlsruhe befürchtet, daß in dem Falle Oesterreich der Hauptlandesherr würde und die badischen Katholiken einem österreichischen Landesbischofe unterworfen werden möchten, wird Meier angewiesen, diesem Vorschlage nach Kräften entgegenzuarbeiten (Weisung vom 21. Oct.).

[2] Schon am folgenden Tage berichtet Meier, Klüpfel sei günstig gesinnt und habe versprochen, die Baden betreffenden Stellen der neuen Declaration vor der Ausfertigung mitzutheilen.

400. Meier an Edelsheim.

Regensburg, 29. Sept. 1802.

[Hofers Eintritt in badische Dienste. Reitzensteins Rathschläge ungeeignet, seine Forderungen zu weitgehend. Sorge wegen Konzenberg.]

Meier hat dem bisherigen Bürgermeister von Rottweil, Joh. Bapt. Hofer[1], seine Ernennung zum Geh. Referendär mitgetheilt. „Er wird Smo ein nützlicher, treuer Diener sein. Aus den edelsten Grundsätzen hat er Höchstdero Dienste allen anderen vorgezogen."

.... Herr von Reitzenstein würde gewiß anders urtheilen und rathen, wenn er auf dem Platz wäre und wissen könnte, wie täglich die Pferde im Stall stehen[2]. Wie könnt' ich doch dem Herrn Laforest und Mathieu sagen, die genannten Objecte seien uns schlechterdings unentbehrlich, wovon man absolute nicht abstehen könne. Das erste wissen sie besser und mit der letzteren Sprache würden sie mich auslachen, oder wie schon manchem geschehen sein soll, mir die Thüre weisen . . .

Wegen Konzenberg, einer unmittelbaren Herrschaft des Konstanzer Domkapitels, dgl. Oehningen 2c. bin ich noch in großen Sorgen. Ich habe bisher, wenn ich sie erwähnte, auf die erste Considération in der Declaration vom 3. Juni und auf den badischen Separatfrieden provocirt, aber eine positive beruhigende Zusicherung habe ich nie erhalten, und bei der allgemeinen Jagd, die auf dergleichen zumal unmittelbare Güter gemacht wird, ist meine Besorgniß nicht überflüssig . . . .

Abschrift Edelsheims.

401. Meier an Edelsheim.

Regensburg, 3. Oct. 1802.

[Man erwartet die neue Declaration. Tauschverhandlungen mit Würtemberg.]

Hier herrscht jetzt eine ganz eigene Stimmung, fast so wie unmittelbar vor dem ersten Einzug der Franzosen in Karlsruhe oder wie vor dem Ausbruch eines Gewitters, ungewiß ob es wolthätig oder verheerend sein werde. Es ist von nichts die Rede, fast an nichts ein Gedanke als an die Erscheinung der neuen Declaration als eines inappellabeln Endurthels, in dessen Erwartung Furcht und Hoffnung, die auf den Gesichtern abgedruckt sind, alle andern Gefühle verschlingen. Morgen oder doch in den ersten Tagen soll der dies decretorius

[1] Ueber Hofer vergl. Polit. Correspondenz, III, 393; sein Bestallungsdecret datirt vom 23. Sept. Ein ehrenvolles Anerbieten, in würtembergische Dienste zu treten, hatte er ausgeschlagen.

[2] Die Bemerkung bezieht sich auf den Bericht Reitzensteins vom 16. Sept. (oben Nr. 217) und die beiliegende Note wegen Odenheim, Hirschhorn und Lorsch, die Edelsheim mit Schreiben vom 24. Sept. Meier zugestellt hatte, mit dem Beifügen: „Wollte Gott, daß Herr v. R. uns dieser unangenehmen Verlegenheit, wobei wir am Ende mit Schimpf und Schande bestehen werden, entübriget hätte!"

eintreten. Herr von Normann[1] hat nun die wirkliche Genehmigung von seinem Herrn erhalten, wegen Austauschungen mit mir in vorläufige Unterhandlungen zu treten. Vorerst müssen wir obiges Urtheil[2] abwarten. Wir beide wünschen, daß zugleich alle alten Streitigkeiten abgethan werden könnten . . . .

---

402. Meier an den Geh. Rath.

Regensburg, 4. Oct. 1802.

[Die künftige Diöcesaneintheilung.]

Die Deputation wird demnächst in die Berathung über den „Schuldenpunkt" und die Versorgung der Geistlichkeit eintreten.

Die künftige Diöcesaneintheilung betrachtet man als eine Sache, wobei der Papst nicht umgangen werden könne, und man scheint noch sehr unschlüssig zu sein, ob man die desfallsigen Unterhandlungen mit dem Papst von Reichswegen angehen oder sie jedem Landesherrn überlassen soll.

---

403. Geh. Rathsprotokoll.

Karlsruhe, 4. Oct. 1802.

[Die Besitznahme der Konstanzer Güter in der Schweiz. Widerstand der helvetischen Regierung. Sequester. Wiederaufnahme der Verhandlungen. Der Schaffhauser Vertrag vom 6. Febr. 1804.]

Der helvetische Vollziehungsrath hat das Gesuch der badischen Regierung um Einweisung in den Besitz der konstanzischen Güter und Gefälle in der Schweiz abgelehnt, theils mit Rücksicht auf die gegenwärtig im Lande herrschende Gährung, theils weil Frankreich seine Vermittelung bei den Ausgleichsverhandlungen zugesichert, zugleich aber versprochen, keinesfalls fremde Ansprüche auf diese Besitzungen anzuerkennen[3].

Der Geh. Rath beschließt daher von der Occupation derselben vorerst abzustehen.

Auch in der Folge, um des weitern Verlaufs der Angelegenheit hier in Kürze zu gedenken, beharrt die helvetische Regierung bei ihrer ablehnenden Haltung, obgleich § 29 der Declaration vom 8. Oct. die Berechtigung der badischen Ansprüche außer Frage stellt und der Schweiz nur das Recht zuerkennt, diese Gefälle, deren Gesammtertrag nach zehnjährigem Durchschnitte (1786—96) auf 90633 fl. berechnet wird, abzulösen. Sie nimmt dieselben vielmehr als ihr Eigenthum in Anspruch; weder dem Reiche, noch den vermittelnden Mächten stehe es zu, darüber eigenmächtig zu disponiren. „Die bischöflich konstanzischen Besitzungen und Rechte in Helvetien können von der helvetischen Regierung nur als Aequivalente der Diöcesanverpflichtungen betrachtet werden, die der Fürstbischof in geistlichen Angelegenheiten gegen den schweizerischen Theil seines Hirtensprengels auf sich hat"

---

[1] Der würtembergische Abgeordnete.

[2] Die Declaration vom 8. Oct. — Das Resultat der Verhandlungen, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann, ist in der Präliminarconvention vom 10. Dec. d. J. (unten Nr. 433) niedergelegt.

[3] Vergl. Tillier, Gesch. der helvetischen Republik, 3, 234.

(Note des helvetischen Gesandten Stapfer an Reitzenstein, d. d. Paris, 19. Jan. 1803). In Regensburg protestirt der helvetische Abgeordnete Stockar gegen jede „Violation" der Rechte der Republik und ist eifrig, freilich ohne Erfolg, bemüht, eine günstigere Fassung des unbequemen § 29 zu erwirken. Inzwischen verschärfen sich die Gegensätze: verschiedene Kantone, vor allem Thurgau und St. Gallen, verfügen die Beschlagnahme der Konstanzer Gefälle in ihrem Gebiete. Vergeblich fordert Edelsheim Aufhebung des Sequesters, indem er darauf hinweist, daß jene Zehnten und Besitzungen keineswegs aus frommen Stiftungen entstanden und etwa nur zum Unterhalt des Bischofs bestimmt gewesen, sondern größtentheils vom Bischofe als „Regenten" nachweislich durch „Kauf und andere onerose Titel" erworben worden seien (Edelsheim an den Senator v. Mohr, 16. März 1803). Den Bemühungen des Präsidenten Baur von Heppenstein, der sich im Auftrage der Karlsruher Regierung im Juli zu der eidgenössischen Tagsatzung in Freiburg begiebt, gelingt es indeß eine Verständigung anzubahnen. Die Tagsatzung erklärt sich zur Wiederaufnahme der Verhandlungen bereit und gestattet zum Beweise ihres Entgegenkommens, daß die streitigen Gefälle bis zum Austrag der Sache in des Kurfürsten Namen verwaltet und bezogen werden. Ende Nov. 1803 beginnen dann die Conferenzen zu Schaffhausen, an denen von badischer Seite Präsident v. Baur und Geh. Hofrath Maler, von schweizerischer Seite der obenerwähnte Stockar, Seckelmeister von Schaffhausen, und der Aargauer Regierungsrath Karl v. Reding Theil nehmen. Am 6. Febr. 1804 kommt endlich ein Vertrag zu Stande, dem zu Folge die Schweizer Regierung alle Liegenschaften, Gefälle und Rechte des Hochstifts bezw. Domcapitels Konstanz auf Schweizer Boden, sammt den darauf haftenden Schulden im Betrage von 471 994 fl. auf den 31. Dec. d. J. übernimmt, als Entschädigung dagegen an Baden die Summe von 440 000 fl. zu zahlen verspricht[1]; außerdem verpflichten sich die in der ehemaligen Diöcese gelegenen Kantone so lange der Kurerzkanzler das Bistum versehe oder versehen lasse, an seinem jährlichen Unterhalte, den Baden zu bestreiten habe, die Hälfte — 10000 fl. — zu übernehmen, sowie zu den Pensionen, die das Domcapitel beziehe, 15 Jahre lang einen Beitrag von 3000 fl. zu leisten.

Die in der Schweiz beruhenden Gefälle der Beneficien bei der Domkirche, den Nebenstiftern und dem Fabrikamte, sowie die auf badischem Gebiet belegenen schweizerischen Gefälle werden beiderseits späterem Loskaufe vorbehalten.

Aus den Commissionsacten.

---

404. Edelsheim an Meier.

Karlsruhe, 5. Oct. 1802.

[Wendung in Karlsruhe: kein Verzicht auf Hirschhorn. Rücksicht auf Prinz Ludwig.]

Ueber die Erwerbung von Hirschhorn.

.... Ich habe zwar den einleuchtenden Gründen gegen dessen Gehabung allerdings beigestimmt, allein in freundschaftlichem Vertrauen kann ich nicht unbemerkt lassen, daß S^mus P[rinz] L[udwig] es uns nie vergessen wird, [daß man] ein Object, was derselbe, wenn auch vielleicht eilfertiger, als man es erwartete, verlangt und zur kaiserlichen Unterstützung angelegentlich empfohlen, letztere auch wirklich

---

[1] Vergl. Kleinschmidt, Karl Friedrich, S. 161.

bewirkt hat, nun schlechterdings wieder aufgiebt. Er setzt ein point d'honneur darinnen. Ueberdies glaube ich auch, daß es uns auf alle Fälle doch immer ebensoviel als jedem Andern werth sein würde und müßte[1] . . . .

---

405. Meier an den Geh. Rath.

Regensburg, 10. Oct. 1802.

[Die Declaration der vermittelnden Mächte vom 8. Oct. Ueberraschungen und Enttäuschungen. Klagen über unredliches Spiel der Franzosen.]

Sobald die neue Declaration vom 8ten d. M.[2] im Drucke fertig ist, wird Meier dieselbe übersenden.

. . . . Sie mit Anmerkungen zu begleiten, bin ich jetzo noch unfähig. Denn wenn auch das badische Loos, wie man mir jetzo von Seiten der russischen und französischen Gesandtschaft aufdringen will, in solcher keine Verringerung erlitten hätte, so grämt mich doch die dabei beobachtete Behandlungsweise unbeschreiblich. Es ist doch seit meinem Bericht vom 21. Sept. Nr. 12, wo dasselbe zu meiner vollkommensten Beruhigung angeblich berichtigt wurde, fast nicht ein Tag vergangen, wo ich nicht die bündigste Versicherung erhielt, daß daran nicht eine Silbe abgekürzt werde, sondern eher noch etwas hinzukommen solle. Und doch ist nun das Gegentheil der Fall mit Schemerberg und der Pflege Ehingen, womit eine reine Rente von 17000 fl. entgehet, und der Vorwand, daß beides ein Annexum von Ostrach und vorher schon dem Fürsten von Taxis zugedacht gewesen seie, ist eine platte Erdichtung . . . .

Der fürstliche Abgeordnete, Baron v. Vrints, dem Meier darüber Vorwürfe gemacht, hat Mathieu selbst aufgefordert zu bezeugen, „daß ihn die französische Gesandtschaft auf sein eigenes Bedenken, er möchte hierunter gegen Baden anstoßen, stets versichert habe, die Sache sei mit mir [Meier] bereits arrangiret und Baden werde dafür anders bedacht".

---

[1] Entsprechend wird Meier auch durch Erlaß vom 7. Oct. angewiesen, die Zuwendung von Hirschhorn nicht zu verhindern, da man sie nicht für „übermäßig oneros halte und durch Ablehnung nach neueren Nachrichten den Zaren zu verletzen befürchte. Die Weisung kömmt indeß zu spät, der begangene Fehler kann nicht mehr gut gemacht werden; die neue Declaration der vermittelnden Mächte vom 8. Oct. theilt Hirschhorn dem Loose von Hessen-Darmstadt zu.

[2] Abgedruckt in den Beilagen zum Protokolle, II, 19ff. Im neuen Entschädigungsplane werden unter den an Baden fallenden Klöstern Reichenau und Oehningen sowie das Stift Odenheim ausdrücklich genannt, auch werden «les droits et possessions tant médiats qu'immédiats dépendants des établissements publics et corporations de la rive gauche du Rhin au sud du Neckar» Baden zugesprochen; dagegen ist von Hirschhorn, das an Darmstadt fällt, ebensowenig wie von einem Aequivalente die Rede; überdies weist § 13 das zu Salem gehörige Amt Ostrach mit dem früher fehlenden Zusatze: dans toute l'étendue de son administration actuelle avec la seigneurie de Schemelberg (sic!) et les hameaux Tiefenthal [sic! leg. Tiefenhülen], Franzhof [sic! leg. Frankenhofen] et Stetten» dem Hause Thurn und Taxis zu. Vergl. über diesen Besitz: Baumann, Die Territorien des Seekreises i. J. 1800. S. 12.

Mit Hirschhorn und Neckarsteinach ist es mir nicht besser gegangen, und wenn man meine Berichte von Nr. 19 an mit dem endlichen Ausgang zusammenhält, so kann man kein anderes Urtheil fällen, als daß ich nicht aufrichtig behandelt worden seie[1].

Nun kann ich mir auch wol erklären, warum man so großen Anstand genommen habe, mir vor Aussfertigung der Declaration den badischen Passum zur Einsicht mitzutheilen, wohingegen ich nun weiß, daß der würtembergische Gesandte schon in der vorgestrigen Nacht dieselbe durch Courier an seinen Hof abgesendet hat. Dafür wird mir nun der neue Zusatz zu dem badischen Loos als übervoller Ersatz außerordentlich hoch angerechnet .... Dabei kann ich mich aber nicht beruhigen, solange mir außer dem Straßburger Antheil an Kehl und denen drei dabei befindlichen Höfen, dessen Werth ich übrigens nicht mißkenne, ... keine weiteren Objecte bekannt sind, die als ein Augment angesehen werden können[2].

Fast noch mehr als alles Vorstehende grämt mich die Begebung der Mediatklöster der Diöcese Konstanz, folglich auch in dem dortigen badischen Landesantheil an den Deutschorden, ob sie schon durch einen weitern Artikel in der Declaration ziemlich eingeschränkt ist, ... und dies um so empfindlicher, da mehreren anderen Entschädigten solche in ihren Landen zur Disposition überlassen werden[3].

Ich habe mich darüber bei den russischen und französischen Gesandtschaften bitter beklagt und wo immer möglich eine Abänderung nachgesucht. Man hat mir entgegengehalten, die Noth habe dieses Entschädigungsmittel abgedrungen, das man jedoch für die Landesherrn durch die beigefügten Restrictionen minder beschwerlich gemacht habe ....

Eine unangenehme und beschwerliche Aufgabe ist der Auftrag an Baden und Würtemberg, die mehreren Grafen in die ihnen in folle ausgesetzten Entschädigungsobjecte einzutheilen und auszugleichen[4].

---

[1] Zu seiner Rechtfertigung bemerkt Meier, der selbst wol fühlt, „daß es anders sein sollte", später: „Will man scheel dazu sehen, daß andere mit unsäglichem odio Zugaben erhalten haben, so mögen sie Mittel angewendet haben, die ich nicht besitze, vielleicht nicht gebrauchen möchte und die Smi erhabener Gedenkungsart nicht angemessen sind". Bericht vom 13. Oct.

[2] Ein Verzeichniß der betr. Gefälle und Güter wird mit Erlaß des Geh. Raths vom 14. Oct. Meier zugestellt; als einen Gewinn, wird bemerkt, könne man außer den Kehler Besitzungen „nur das anerkennen, was zu dem Wormsischen Stiftsantheil diesseits Rheins, der vorhin mit allen Gefällen an Darmstadt gegeben gewesen, gehört habe". Alles übrige sei durch die dritte Considération des ersten Entschädigungsplanes, der Convention vom 3. Juni, Baden bereits zugewiesen worden. Daß man durch die oben genannten Objecte für Hirschhorn nicht genügend entschädigt sei, könne man vorerst noch nicht behaupten.

[3] Meier wird später über diesen Punkt durch den Hofrath v. Chrismar von Konstanz beruhigt, nach dessen Angabe die Zahl dieser Klöster im Bisthume Konstanz nicht von Bedeutung sei. Bericht vom 12. Oct.

[4] § 24 bestimmt, daß eine aus Würtemberg und Baden gebildete Commission die Entschädigung der Reichsgrafen durch eine Reihe schwäbischer Immediatklöster regeln soll.

Der Herr Ministre von Bühler hat mir aufgetragen, S^mo bei diesem Geschäft den Herrn Grafen von Metternich auf's angelegentlichste zur billigen Rücksichtnahme unterthänigst anzuempfehlen.

. . . . Ich bin so durchaus fremd mit diesem neuen Gegenstande, daß ich noch zur Zeit über das Ob, Wann, Wie und Wo nichts vorzuschlagen vermag, sondern vordersamst mich näher informiren, auch mit der würtembergischen Gesandtschaft darüber konferiren muß . . . .

---

406. Meier an Edelsheim.

Regensburg, 11. Oct. 1802.

[Zur Entstehungsgeschichte der Declaration vom 8. Oct. Die Dietrich'sche Rente.]

Berichtet über die „wahrhaft scandalöse Geschichte" der Declaration vom 8. Oct.

Die Signirung geschah Freitags in später Nacht in dem Baron Bühlerischen Hause. Herr von Normann war zugegen. Die Rente für die Dietrichsche Familie[1] war noch nicht bestimmt ausgemacht, weil man sich zuvor zu dem Verlangten nicht verstehen wollte. M[athieu] bestund auf 2000 Lsdr. „Schreiben Sie 3000, wenn es Ihnen Vergnügen macht", erklärte endlich H. von Normann, und damit es nicht gar zu sehr auffallen möchte, wurden 31200 fl. eingeschrieben und dafür zur Gegengefälligkeit in das würtembergische Loos noch das Stift Obristenfeld eingeschaltet. Es steht deswegen in den Originalien in margine . . . .

---

407. Edelsheim an Meier.

Karlsruhe, 12. Oct. 1802.

[Befriedigung über die Declaration vom 8. Oct. Auch Prinz Ludwig ist beruhigt.]

Edelsheim ist mit der neuen Declaration durchaus zufrieden und fest überzeugt, daß Meier alles Mögliche gethan habe.

Selbst Prinz Louis, der vorgestern Nacht hier angelangt, ist über den Verlust von Hirschhorn ziemlich beruhiget, da doch Odenheim nun deutlich bestimmt ist, und er hofft mit uns, daß die droits et possessions etc.[2], worunter der straßburgische Antheil an Kehl und die dortigen Höfe begriffen sein sollen, auch noch andere Besitzungen und Gefälle, die unter diese Disposition fallen dürften, einen annehmlichen Ersatz für jene Opfer liefern würden . . . .

---

[1] Die bekannte Straßburger Patricierfamilie, für die sich Mathieu als Straßburger und Schwager des Freiherrn v. Türckheim auf Altdorf interessirte. Vergl. im übrigen die betr. Stelle der Declaration, Beilagen ꝛc., II, 27.

[2] Vergl. oben S. 336, Anmerkung 2.

408. Meier an den Geh. Rath.

Regensburg, 12. Oct. 1802.

[Würtembergischer Plan einer neuen Kreisverfassung. Bedenken dagegen.]

Meier übersendet eine Denkschrift, die künftige Organisation der vorderen Reichskreise betr.[1], die ihm die würtembergische Gesandtschaft zugestellt, um die Zustimmung seines Hofes zu den darin vertretenen Grundsätzen zu erwirken.

Sie scheinen in Stuttgart bereits vollen Beifall gefunden zu haben und gehen en gros dahin, aus den bairischen, schwäbischen und den Resten der rheinischen Kreisländer vom Süden bis an den Main drei neue abgesonderte Kreise, den bairischen, schwäbischen und oberrheinischen, zu bilden und solchen statt der bisherigen gemeinschaftlichen Kreisausschreibeämter die Herren Kurfürsten von Baiern, Würtemberg und Baden, jeden in seinem Kreis, als Directoren vorzusetzen . . . .

Der Plan hat für Baden viel anlockendes, aber auch gar viel bedenkliches, und offenbar würde das durch seine Lage ohnehin begünstigte Würtemberg daraus bei weitem die meisten Vortheile ziehen. Sein Kreis würde ein im Umfang und in der Bevölkerung sehr ansehnliches Contiguum ausmachen, von der Reichsgrenze am Rhein mit allen aus der unmittelbaren Anstoßung an einen mächtigen Nachbar entstehenden Beschwerlichkeiten sich entfernen und losmachen und in seinen Kreisbezirk fast lauter solche kleine Stände enclaviren, denen es nach Gefallen imponiren könnte. Baden hingegen würde in Kriegs- und Friedenszeiten den ersten Anlauf mit aller seiner Beschwerlichkeit und Verantwortlichkeit allein auf sich nehmen müssen, ohne den Inbegriff von Breisgau, des Leiningischen und des Darmstädtischen ꝛc. in seinem Kreis keine Stärke erhalten und an Oesterreich, Modena, Fürstenberg, Darmstadt ꝛc. Mitständische haben, die mit jenen im würtembergischen Kreise nicht auf gleichem Fuße behandelt werden können.

Meier hat sich gegen die Würtemberger, denen an der Durchführung des Plans ungemein viel zu liegen scheine, vorläufig weder pro noch contra geäußert, da er nicht gewußt, wie der Markgraf darüber denke. Bitte um Instruction.

---

409. Der Geh. Rath an Meier.

Karlsruhe, 14. Oct. 1802.

[Man greift auf den Plan eines Austausches der schwäbischen Besitzungen am Bodensee zurück. Motive.]

Erwäge man die Einbuße am Salemer Loose, den voraussichtlichen Verlust der Konstanzer Güter und Einkünfte in der Schweiz, welcher durch die eventuelle Acquisition

[1] Liegt abschriftlich bei den Acten, begleitet von einem Gutachten des Geh. Referendärs Hofer. Der oberrheinische Kreis, dessen Directorium Baden zugedacht war, sollte bei den badischen Besitzungen am Bodensee beginnen und bis zur Einmündung des Mains in den Rhein sich erstrecken, doch sollten die auf dem linken Mainufer zwischen Rhein und Neckar gelegenen hanauischen, kurmainzischen und kurpfälzischen Aemter davon ausgeschlossen bleiben (§ 7 des Plans).

der Schweizer Gefälle in Baden bei weitem nicht aufgewogen werde, und endlich die vielfachen Verwickelungen, welche man bei den Konstanzer, Ueberlinger und Salmansweiler Besitzungen bezüglich der Jurisdiction und der Steuerpflicht gegenüber Oesterreich, Fürstenberg und Hohenzollern befürchten müsse, „so werde der erste Gedanke wieder rege, ob nicht am räthlichsten sei, in Zeiten aller dieser in Schwaben gelegenen Objecte mit Einschluß von Biberach und Pfullendorf, aber mit Ausnahme eines zur Entschädigung der durchl. Prinzen sufficirten Bezirks am Bodensee gegen Contiguitäten am hiesigen Lande los zu werden"[1]. Der Markgraf fordere daher von Meier ein Gutachten darüber, „ob nicht eine solche Verwechslung, vorausgesetzt, daß sie mit Salvirung des Fürsten-voti, des Kreis-condirectorii und des Landesbischofs geschehen könne, und daß eine Verwechslung dieser Lande gegen den Breisgau nicht zur Sprache komme, räthlich und solchenfalls auf die Art auch vielleicht ausführbar sein möchte, daß man zuvörderst Fürstenberg wegen der Herrschaft Hausen und Leyen wegen der Herrschaft Geroldseck an schicklichen Orten belegte und den großen übrigen Rest dieser Lande .... dem fürstlichen Hause Würtemberg, das sich gerne nach dem Bodensee ausdehnen werde, gegen Ueberlassung des Rottweiler, Hornberger und allenfalls St. Georger Gebiets, die zu der Herrschhaft Hausen alsdann ein schickliches in die Berge zurückgehendes Contiguum ausmachten, nach einer summarischen Evalvation abtrete"?

410. Meier an den Geh. Rath.

Regensburg, 17. Oct. 1802.

[Feststellung der Instruction für die Commission zur Entschädigung der Reichsgrafen.]

.... In der gestrigen Deputationssitzung ist das Commissorium auf Baden und Würtemberg in der Grafenentschädigungssache beschlossen und ajustirt worden[2], wird auch bei dem starken Betrieb der Beschleunigung allereheestens ausgefertigt werden. Es wird dahero keine Zeit zu verlieren sein, den diesseitigen Subdelegaten zu ernennen und, sobald das Commissorium einlangt, zu bevollmächtigen. Bis dahin werde ich sub spe rati dasjenige besorgen, was indessen zu besorgen vorkommt ....

Concept.

411. Der Geh. Rath an Meier.

Karlsruhe, 18. Oct. 1802.

[Bemerkungen zu dem zweiten Entschädigungsplane.]

Protokoll Nr. 2005. —

Der Geh. Rath eröffnet Meier seine Ansicht über die neue Declaration.

---

[1] S. oben Nr. 380.

[2] Mitgetheilt in den „Beilagen zum Protokolle" ꝛc., II, 125ff.; ebenda II, 131, die Schreiben des kaiserlichen Bevollmächtigten v. Hügel an den Markgrafen und den Herzog von Würtemberg vom gleichen Tage, worin die baldige Erledigung des Entschädigungsgeschäftes empfohlen wird. Von badischer Seite wird zum Commissär für die in Ochsenhausen stattfindenden Verhandlungen der Geh. Referendär Hofer ernannt. Schon Ende Jan. 1803 hat die Commission ihre Arbeit erledigt und erstattet am 29. Jan. der Reichsdeputation ihren Schlußbericht. Beilagen, IV, 100—134. Mit Schreiben vom

.... Ad § 5, der das badische Loos enthalte, finde man demjenigen nichts zuzusetzen, was desfalls die jüngste diesseitige Instruction vom 14. Oct., G. R. Nr. 2006, enthalte[1].

ad § 6 finde man den neuen würtembergischen Zuwachs so mit ewigen Renten belastet, daß man sich diesseits bedenken würde, die Acquisition für einen Gewinn zu achten.

ad § 7 finde man nicht sowol das zu bedauern, daß Hirschhorn an Hessen-Darmstadt .... gekommen, als daß die Propstei Wimpfen, welche in den Ringmauern der Stadt Wimpfen liegt, und viele ihrer Gefälle im Oberamt Heidelberg hat, sobald sie doch ihre vorige Bestimmung verlieren sollte, nicht anhero begeben worden ist, da bei alledem auch bei Neckarsteinach, wovon Darmstadt das wormsische Antheil, sowie Baden das speierische [er]hält, Darmstadt in jenem dreimal soviel als Baden in diesem genießt; man begreife aber auch wol, daß dergleichen fromme Wünsche bei jedem Ausgang jedem Theil in Menge bleiben müssen, und ist deswegen in keine Wege mit dem diesseitigen Loose weniger vergnügt.

ad § 13 gebe man der Konstanzer Occupationscommission heute auf, genaue Erkundigung über den Stand und Umfang der wirklichen Administration, die in Ostrach bestanden ist, nämlich was alles davon dependirt hat, von der Prälatur Salmansweiler einzuziehen ....

ad § 24 werde er aus der vorangezogenen jüngsten Instruction ersehen haben, daß S^mus auf den Geh. Ref. Hofer wegen Vollziehung dieses Auftrags abhüben. So wie aber wegen des Ganzen Sie das Reichsdeputationscommissorium .... abwarten, so überließen Sie ihm auch inzwischen ganz, welche Schritte er zu thun räthlich und ausführbar finde, um zu bewirken, daß jenes Commissorium die möglichste Bestimmtheit erhalte, sowol in Absicht der Personen, auf welche es sich erstrecken, als der Erkundigungsart, die zum Grund des Vollzugs werden solle, damit allem Zwiespalt der Commissarien und aller Mißdeutung der gar verschiedenartig dabei interessirten Parthien möglichst ausgewichen werde.

ad § 26 ersehe man mit Vergnügen die diesseitige kaum gehoffte Enthebung von dem größten Theil der bischöflich Baselischen Schulden[2]....

zu § 31 gedenken S^mus, da hier abermals kein Anlaß gegeben ist, Ihren Vortritt in der Kurwürde zu bezweifeln, noch immer mit allen Schritten und Erklärungen über diesen Punkt bis auf weiteres Ergeben zurückzuhalten ....

---

16. Febr. spricht Hügel dem Markgrafen seinen Dank aus; er habe sich „durch die ebenso schleunige als redliche und genaue Vollziehung dieses wichtigen und schweren Geschäfts ein bleibendes Verdienst um das teutsche Vaterland erworben". A. a. O. IV, 175.

[1] Der Markgraf, heißt es dort, bedauere die „Restriction" des Salemer Looses, könne aber, da sie auf dem gleichen Principe beruhe, dem er den Zuwachs von Odenheim verdanke, dagegen nichts einwenden; auch stehe z. B. noch nicht fest, ob er nicht für den Verlust von Hirschhorn durch den neuen Zusatz genügend entschädigt sei.

[2] Sie wurden dem Johanniterorden aufgebürdet.

ad § 34, Nr. 2 [1], habe die nachgekommene Correctur des Absatzes: la quotepart etc. diejenigen großen Bedenklichkeiten, die sich anfangs dabei dargestellt hätten, gehoben, indem im übrigen man bis dato von allen Occupationscommissarien über das Dasein und die Occupation von ungenannten Klöstern außer einem Dominikanerkloster in Wimpfen und einem Collegiatstift in Ueberlingen noch nichts anderes erfahren habe, als daß fast alle vorhandene, nicht genannte Klöster nur Bettel- oder Unterrichts- und Arbeitsklöster seien, die vom Termin oder der Hände Arbeit, nicht von Fundationen lebten, also auch mit Renten nicht belegt werden könnten, woraus man wenigstens soviel vorausschließen könne, daß das diesseitige Interesse bei diesem Passus und bei dem § 26 gar unbeträchtlich sein werde . . . .

ad § 34, Nr. 7. Nachdem dieser Passus [2] nun abermals so, wie er dastehe, wiederholt worden, und es offenbar sei, daß, wenn man das Wort chef-lieux nicht von den Residenz-, sondern von den Kathedralstädten verstehe, Smo weder wegen Konstanz, noch wegen Speier ein Votum zukommen könnten, wo es doch wegen ersterem Hochstift Ihnen schon bestimmt in Privatunterredungen zugesagt ist, sobald es Ihnen aber bei Konstanz zukömmt, ohnerachtet Sie nicht diese Kathedralstadt, sondern nur die Residenzstadt Meersburg bekommen, es aus gleichem Grund bei Speier, wo Sie auch die Haupt- und Residenzstadt Bruchsal erhalten, zukommen müsse, so wollen Smus, daß er den Uebergang beeder Votorum . . . . als eine nicht mehr fragensbedürftige, sondern durchaus für entschieden anzunehmenden Sache unterstelle, da aber, wo er alsdann Oppositionen gewahr werde, diesen zweckmäßig begegne und besonders die russische Verwendung für deren Beseitigung suche . . . .

ad § 34, Nr. 11 [3], sei sehr angenehm gewesen, hier die Erfüllung eines in eine der vordern diesseitigen Instructionen hingelegten Wunsches zu sehen, so wie auch

ad § 34, Nr. 12, die Bestimmung einer Jahresfrist, in welcher noch Arrondissementsverträge die Kraft der Hauptsanction haben sollen, sehr angenehm sei; da nun die Nothwendigkeit einer desfallsig allzugroßen Eile, die in anderem Betracht allerdings nicht vortheilhaft ist, wegfalle, wie dann deswegen Ihro

---

[1] Vergl. Beilagen zum Protokoll, II, 40; es handelt sich um die im Entschädigungsplane nicht benannten Stifter und ihre Güter, die unter gewissen, ihrerseits wieder eingeschränkten Vorbehalten der freien Disposition der respectiven Landesherren überlassen werden.

[2] Derselbe besagt: «les votes ecclésiastiques seront exercés par les princes et comtes qui par les arrangements précédents se trouveront en possession des chef-lieux».

[3] Er lautet: «Les dispositions précédentes rendent caduques tant les prétentions qui existaient sur les terres devenues françaises que celles qui existent sur les biens donnés en remplacement à la rive droite». Abgeändert, bezw. ergänzt durch § 45 des definitiven Plans.

Hf. D. den wegen Negociationen mit der Schweiz über die Konstanzer Besitzungen beschlossen gewesenen Ausruf des H. von Reitzenstein zum Gutachten .... nun bis auf weiteres Ergeben zurückhielten, sondern auch ihm, Geh. Rath Meier, nun hierin freiere Hände ließen, seine desfallsigen Aufträge zu Gutachtenserstattungen oder Negociationsanknüpfungen bis zu der gelegensten Zeit aufzuschieben. Im übrigen ertheile man heute der Mannheimer Commission zur Besitznahme des speirischen Antheils an Neckarsteinach den Auftrag, sowie der speirischen zur Occupation des Wormser Hofs oder der sogenannten ferme de Wimpfen.

412. Der Geh. Rath an Meier.

Karlsruhe, 18. Oct. 1802.

[Der würtembergische Kreisverfassungsplan durchaus zu verwerfen.]

Protokoll Nr. 2037. —

Antwort auf den Bericht vom 14. Oct. Geh. Rath Brauer hat über den neuen Kreisverfassungsplan ein eingehendes Gutachten erstattet, dem der Markgraf zustimmt. Es wird dem Geh. Rath Meier in Folge dessen bemerkt, „Smus fänden außer der kleinen Annehmlichkeit des Alleindirectorii, welche aber durch die Eintheilung des Ihnen zugedachten Kreises völlig wieder aufgehoben werde, in solchem durchaus weder für das deutsche Reich, noch für Ihr fürstliches Hausinteresse, noch für den größeren Theil Ihrer Reichsmitstände eine vortheilhafte Grundlage, sondern vielmehr denselben mit allen diesen Rücksichten so collidirend, daß Sie es ihm zu einer eigenen Pflicht machen müßten, dem Plane entgegen zu arbeiten“.

Meier wird zugleich angewiesen, dem Grafen Görtz, Baron Albini, sowie dem russischen und französischen Gesandten Mittheilung von dem Plane und den begleitenden Bemerkungen Brauers zu machen und kategorisch zu erklären, der Markgraf werde sich nie auf eine Kreisorganisation einlassen, „worin Sie fast gar allein in einem Kreis ständen, der zwischen Frankreich, Helvetien und dem schwäbischen und fränkischen Kreis noch dazu mit einer Länge von nahe an 80 Stunden auf eine Breite zwischen 6 und 10 Stunden eingeschoben werden wollten, wobei Sie in jedem Kriege dreifache Lasten und dreifachen Verdruß zu unbilliger Erleichterung des projectirten fränkischen und schwäbischen Kreises übernehmen müßten“.

Erhalte Meier keine beruhigende Erklärung, so erachte man die Sache für wichtig genug, „um unmittelbar nach Wien, Paris, Berlin und Petersburg desfalls zu recurriren“[1].

Concept Brauers.

413. Meier an den Geh. Rath.

Regensburg, 19. Oct. 1802.

[Tauschprojecte und ihre Aussichten. Würtemberg. Verhandlungen mit Fürstenberg.]

Antwort auf das Rescript vom 14. Oct.[2]

.... Die hier berührte Idee eines großen Landestausches ist von der äußersten Wichtigkeit. Sie erfordert genauere Kenntniß von den neuen Be=

[1] Das Project blieb auf sich beruhen, da die Reichsdeputation sich mit der Frage der künftigen Kreiseintheilung nicht beschäftigte.

[2] Oben Nr. 409.

sitzungen am Bodensee, als man bis jetzo noch nicht hat .... Es wird sich auch bald ergeben, was dabei zu wissen nöthig ist, ob Modena das Breisgau beizubehalten gedenke und ob sich die Konstanzer Gefälle in der Schweiz verwerthen lassen. Würtemberg wird schwerlich in den großen Tausch eingehen, da es Contiguitätslande gegen entferntere abgeben müßte und damit umgeht, auf Rottweil eine Fürstenstimme für Mömpelgard zu erlangen.

Desto geneigter scheint Fürstenberg zu sein, von seinen vorderen Landen soviel möglich gegen hintere abzugeben. Ich werde keine Gelegenheit versäumen, die Gesinnungen zu erforschen[1] ....

---

414. Edelsheim an Meier.

Karlsruhe, 23. Oct. 1802.

[Note von Massias an Laforest: Verwendung für Badens Präcedenz im Kurcollege. Desavouirung derselben.]

Ein sonderbarer Umstand veranlasset mich, diesmal unter Beziehung auf eine in Abschrift hier angebogene Note des B. Massias[2] an den Minister Laforest, welche ersterer mir heute nach deren Abgang mitgetheilt hat, Sie hierüber schleunig zu präveniren.

Vor einigen Tagen befragte mich discursive B. Massias, wie es denn wol in Ansehung des Rangs unter den neuen Kurfürsten bestimmt werden würde? Es scheine ihm, da S^mus^ noster nun in beiden Declarationen der vermittelnden Mächte zuerst genannt worden seien, so hätten Sie ganz keine Ursache hierunter etwas gegen den Herrn Herzog von Würtemberg nachzugeben, und er wäre willens, dieserwegen an Herrn Laforest zu schreiben, wenn ich nichts dagegen hätte. Ich antwortete, wie ich zwar aus seinem Anerbieten die besondere Anhänglichkeit dankbar erkennte, welche ihn auch hierbei für das Interesse S^mi^ beseele, allein die vermittelnden Mächte würden wahrscheinlich diesen Gegenstand, als zur innern Reichsverfassung gehörig, der besonderen Anordnung Kaiser und Reichs lediglich überlassen und den betreffenden Competenten selbst anheim stellen, welche Schritte sie desfalls etwa einzuschreiten für gut finden möchten. Als er hierauf weiter in mich drang, was ich denn eigentlich von der Sache selbsten urtheilte, so nahm ich keinen Anstand, ihm im Vertrauen zu eröffnen, daß allerdings vorauszusehen wäre, daß der Herr Herzog von Würtemberg alles Mögliche

---

[1] Es werden in der Folge in der That Verhandlungen mit Fürstenberg geführt, bei denen es anfangs auf einen Austausch von Immenstaad, Unteruhldingen und dem Kinzigthale gegen Salem, das Amt Herdwangen und die Herrschaft Konzenberg, später lediglich auf Erwerbung von Konzenberg gegen Abtretung des fürstenbergischen Antheils am Prechthale abgesehen ist; dieselben verlaufen indeß, da sie badischerseits von dem Ausgleiche mit Würtemberg abhängig gemacht werden, schließlich im Sommer 1803 ergebnißlos.

[2] Liegt bei den Acten. Vergl. im übrigen den Bericht von Massias, oben Nr. 231.

anwenden werde, um die entschiedene Präcedenz vor Kassel und Baden zu erlangen, daß er hierzu zwar eigentlich kein gegründetes Vorrecht behaupten könne, daß aber in Ansehung der bisherigen Alternation im Fürstenrath Würtemberg in alle Wege einen so großen Vorzug gegen Baden und Kassel besitze, indem unter den 10 Strophen Würtemberg gegen Baden achtmal vor und nur zweimal nach Baden stehe, gegen Hessen-Kassel aber siebenmal vor und dreimal nachstehe. Er . . . . schien aber daraus keinen Grund annehmen zu wollen, daß man diesorts keine hinreichende Ursache habe, die Präcedenz im kurfürstlichen Collegio standhaft zu behaupten. Nun bekomme ich heute von ihm die obenerwähnte Piece mit dem Beifügen, daß er solche bereits gestern dem Ministre Laforest übermacht habe und früher abgelassen haben würde, wenn er nicht nöthig gefunden, sich vordersamst einige renseignements zu verschaffen, die ihm zu Gunsten Sr Hf. D. des Herrn Markgrafen ganz entscheidend schienen.

Sie werden aus diesem saubern publicistischen Aufsatz den allwissenden Gr. Gr.[1] errathen, der ihn verfaßt oder wenigstens angegeben haben mag. Ich habe geglaubt, Sie nur um deswillen schleunig von all diesem benachrichtigen zu müssen, damit Sie nöthigenfalls, wenn Ihnen davon gesprochen werden sollte, versichern können, daß das hiesige Ministerium keineswegs an diesem von Irrthümern der Reichsgeschichte und -verfassung überströmenden Product einigen Antheil habe[2].

---

415. Meier an den Geh. Rath.

Regensburg, 23. Oct. 1802.

[Tauschverhandlungen mit Modena. Absichten auf den Breisgau.]

. . . . Jeder große Tausch mit Würtemberg oder Fürstenberg wird davon abhängen, ob nicht ein größerer mit Modena zu erzielen seie. Sondirt habe ich bereits, und der modenesische oder erzherzogliche Abgeordnete, der überhaupt noch sehr im Ungewissen schwebt, hat mich ersucht, noch einige Zeit die Tauschgelegenheit offen zu halten, indem er in Bälde in den Stand zu kommen verhoffe, von der jenseitigen Geneigtheit oder Ungeneigtheit Nachricht geben zu können[3] . . . . .

---

[1] Auf welche Karlsruher Persönlichkeit sich diese Stelle bezieht, vermag ich nicht festzustellen.

[2] Die Note bleibt in Folge dessen unberücksichtigt; der Markgraf ist entschlossen, die Entscheidung über die Rangfrage, in der Erwartung, daß er inter pares nicht zurückgesetzt werde, lediglich dem Kaiser bezw. den vermittelnden Mächten zu überlassen.

[3] Meier erhält daraufhin, da man in Karlsruhe besorgte, Würtemberg möchte den Breisgau durch Kauf an sich zu bringen suchen, vom Geh. Rathe Weisung, dem erzherzoglichen Gesandten anzudeuten, daß Baden, falls der Erzherzog wirklich den Breisgau abzugeben beabsichtige, sich zu einer entsprechenden Entschädigung an Land und Leuten bereit finden werde. Protokoll vom 28. Oct.

416. Meier an den Geh. Rath.

Regensburg, 25. Oct. 1802.

[Vergleich wegen Lahr-Altenkirchen.]

Anzeige von dem erfolgten Vergleich in der Lahr-Altenkircher Sache. Meier hat sich entschieden gegen die preußische Zumuthung, einen Theil der Ansbacher Rente zu übernehmen, verwahrt und Präsident v. Kruse darauf auch nicht weiter bestanden. Mittheilung der Bedingungen. Hänlein läßt die Vergleichsinstrumente ausfertigen.

Concept.

---

417. Convention zwischen Baden, Nassau-Weilburg und Usingen und Sayn-Wittgenstein.

Regensburg, 25. Oct. 1802.

[Abfindung der Wittgenstein'schen Erbansprüche auf Sayn-Altenkirchen.]

Unter preußischer Vermittelung wird wegen Abfindung der Ansprüche des Hauses Sayn-Wittgenstein auf die Graffschaft Sayn-Altenkirchen eine Vereinbarung zwischen den Interessenten getroffen. Die Grafen von Wittgenstein verzichten zu Gunsten von Nassau-Weilburg auf diese Ansprüche (Art. 1), wogegen Baden und Nassau (Weilburg und Usingen) sich verpflichten, ihnen eine Entschädigung von 300000 fl. zu zahlen, wovon beide Theile die Hälfte tragen (Art. 2); Nassau-Weilburg wird überdies den Mitgliedern der gräflichen Linie Sayn-Wittgenstein-Sayn eine Jahresrente von 12000 fl. im Ganzen anweisen (Art. 4).

Orig. unterzeichnet und besiegelt von den Bevollmächtigten Meier, v. Kruse und Hänlein, sowie dem Grafen Wilhelm von Sayn-Wittgenstein-Hohenstein.

---

418. Meier an den Geh. Rath.

Regensburg, 30. Oct. 1802.

[Unterhalt des Bischofs von Basel. Charakteristik desselben.]

Unterredung mit dem Bischofe von Basel, der zu erfahren wünscht, wie viel Baden an der mindestens auf 20000 fl. zu bemessenden bischöflichen Sustentation zu übernehmen gedenke. Das Amt Schliengen trage 8—10000 fl., ohne Abzug der Verwaltungskosten.

Dem Bischofe von Speier, meint er, „stecke der Regent noch zu sehr im Kopf". Er hingegen seie von diesen Gesinnungen weit entfernt, das weltliche Regieren seie nicht seine Sache, vielmehr seie er froh, dessen überhoben zu werden, und auch in seinen Bedürfnissen wisse er sich so einzuschränken, daß, wenn er nur für seine Person zu sorgen hätte, ein Einkommen von 1000 fl. ihm genügen würde. Er seie gewohnt, äußerst sparsam zu leben, das bezeugt Jedermann, auch zeigt es seine hiesige Lebensart[1], und sein größter Genuß bestehe im Wolthun gegen Andere.

---

[1] Er wohnte mit nur einem Diener zu St. Emmeran und lebte äußerst einfach; eher schüchtern als zudringlich, verdiene er, bemerkt Meier, in gleichem Maße Achtung wie Theilnahme. Bericht vom 9. Nov.

419. Convention zwischen Preußen, Baden und Nassau-Usingen.

Regensburg, 4. Nov. 1802.

[Uebergang der Herrschaft Lahr an Baden, der Grafschaft Altenkirchen an Nassau-Usingen.]

Preußen verpflichtet sich, sofort nach Ratification des Vertrags die Grafschaft Sayn-Altenkirchen an Nassau-Usingen abzutreten, das gleichzeitig Baden in den Besitz der Herrschaft Lahr setzen wird (Art. 1 und 2)[1]. Dagegen verspricht Baden, da es eigentlich erst nach dem Tode des Markgrafen von Ansbach auf diesen Besitz Anspruch gehabt hätte, die wegen Sayn-Altenkirchen dem genannten Markgrafen von preußischer Seite ausgesetzte lebenslängliche Rente von 33510 fl. zu übernehmen und zur Bestreitung der Sayn'schen Dienerpensionen dem Hause Nassau-Usingen einen jährlichen Beitrag von 3000 fl. auf 10 Jahre zu leisten (Art. 3 und 4). Die geistliche und weltliche Dienerschaft in der Herrschaft Lahr soll von Baden bei ihren gegenwärtigen Gehaltsbezügen belassen und ohne erhebliche Ursachen nicht entlassen werden.

Orig. unterzeichnet und besiegelt von Meier, v. Kruse und Häulein.

---

420. Edelsheim an Meier.

Karlsruhe, 6. Nov. 1802.

[Arbeitslast. Vorwürfe Reitzensteins.]

Arbeit und Sorgen häufen sich von Tag zu Tag.

.... Herr von Reitzenstein ist noch hier, empfiehlt sich, tadelt uns ziemlich ohne Ausnahme, mißbilliget insbesondere die Abgabe von Salmansweiler, giebt aber unter der Hand guten Rath, um auch noch auf Petershausen zu bestehen u. s. w. Das Alles macht uns dann freilich das liebe Leben recht süße, doch seie dies nur unter uns gesprochen, denn außer Freund Brauer bleiben meine desfallsigen Entdeckungen in mir verschlossen ....

---

421. Meier an Edelsheim.

Regensburg, 7. Nov. 1802.

[Görtz sondirt wegen seiner künftigen Stellung. Beibehaltung der badischen Vertretung.]

Graf Görtz erkundigt sich, wie der Markgraf es künftig mit der Vertretung im Reichstage zu halten gedenke. Meier versichert, es sei ihm darüber Näheres nicht bekannt; ein „legaler Anstand ...., zwei Kurstimmen ebensowol als mehrere Fürstenstimmen durch einen Gesandten führen zu lassen", walte seines Erachtens indeß nicht vor, auch bezweifle er, daß „bei dem stets erprobten Diensteifer des Herrn Grafen" dem Markgrafen eine Aenderung erwünscht sein werde. Görtz stimmt seiner Auffassung bei und bemerkt vertraulich, er sei „nicht immer eines Sinnes" mit Haugwitz und strebe keineswegs nach einer Anstellung in Berlin, vielmehr sei er geneigt, „die brandenburgische Vota abzugeben und blos die badische und einige andere Comitialstellen zu begleiten (sic!)".

---

[1] Nach Auswechselung der Ratificationsurkunden, die sich verzögert, erfolgt die Besitzergreifung von Lahr durch den Geh. Rath von Roggenbach erst am 21. März 1803.

422. Der Geh. Rath an Meier.

Karlsruhe, 15. Nov. 1802.

[Abberufung Meiers, sobald er in Regensburg entbehrlich.]

Der Geh. Rath eröffnet Meier, man wünsche, da der Termin der Civilbesitznahme immer näher rücke und die Arbeit mehr und mehr anwachse, ihn baldigst zurückrufen zu können; so lange jedoch noch Punkte, welche das Interesse Badens wesentlich berühren, wie die Frage der Kreiseintheilung und Diöcesanverfassung, von der Deputation zu erledigen seien, und so lange man nicht die Gewißheit habe, daß dieses Interesse, welches nicht immer mit dem der übrigen von Görtz vertretenen Reichsstände harmonire, auch nach Meiers Entfernung genügend gewahrt werde, könne seine Abberufung nicht erfolgen. Sobald aber die k. k. Plenipotenz ihren Beitritt zum Hauptrecesse erkläre, möge Meier sich über seine Rückkehr äußern.

423. Meier an den Geh. Rath.

Regensburg, 18. Nov. 1802.

[Angebliche Begünstigung Würtembergs in der Rangfrage durch Preußen.]

Der Herr Graf von Görtz protestirt gegen die Meinung, als ob er oder der preußische Hof die würtembergische Präcedenz in der Kurwürde begünstige. Er behauptet für sich mehr nicht, als daß in der Strophenordnung Würtemberg einiges zum Voraus habe. Auch will er schon einigemal bei dem französischen Gesandten den Anwurf gethan haben, darüber einen näheren Fingerzeig zu geben, welches sie aber abzulehnen schienen ....

Concept.

424. Edelsheim an Meier.

Karlsruhe, 23. Nov. 1802.

[Civilbesitznahme der Pfalz. Mission des Prinzen Ludwig nach Paris. Präsent für Laforest.]

Nach manchen heftigen Stürmen ist am 22. d. M. spät am Abend eine Uebereinkunft zwischen den badischen und bairischen Commissären erfolgt, wonach die feierliche Uebergabe der pfälzischen Landestheile heute „punkt 12 Uhr" stattfinde[1].

.... Herr von Reitzenstein hat S^mum bewogen, seinen jüngeren Sohn ihm auf einige Wochen nachzuschicken[2]. Was er dort bewirken soll, vermag ich nicht einzusehen, werde aber zuverlässig irgend einen wesentlichen Antheil daran nicht nehmen. Deus bene vertat! ist alles, was ich dazu sagen kann und mag ....

|: Anfrage, ob eine Tabatière mit 30000 ₶ Laforest convenire. :|

---

[1] Vergl. oben Nr. 236 und 333.

[2] Vergl. oben Abschnitt 4.

425. Meier an den Geh. Rath.

Regensburg, 25. Nov. 1802.

[Verhandlungen mit der Schweiz. Meiers Aufgabe erledigt. Bevorstehende Abreise.]

Unterredung mit dem helvetischen Abgeordneten, Junker Stockar von Neuforn, wegen der Konstanzer Besitzungen in der Schweiz; ein Ausgleich müsse einer Commission überlassen bleiben, die „kein leichtes Stück Arbeit" finden werde. Auf Eintausch der rechtsrheinischen Baseler Besitzungen, meint Stockar, dürfe man nicht hoffen, „weil der Kanton Basel bei den Gegentauschobjecten im Kanton Zürich und Schaffhausen nicht interessiret seie".

Wie Albini versichert, werde von der Diöcesan- und Kreisverfassung, sowie der Berichtigung der Matrikel zur Zeit nicht die Rede sein, da die Deputation ja keinen Auftrag habe, sich damit zu beschäftigen.

.... Von den wichtigsten Gegenständen der hiesigen Besorgung wäre also dermalen nur noch das neue Schema der Fürstenstimmen zurück, welches etwa selbst auf Veranlassen der vermittelnden Gesandtschaften nebenher in Vorschlag kommen könnte. Desfalls ist aber, was hier in Ansehung der neuen badischen Stimmen anzubringen ist, bereits angebracht worden, und des Herrn Grafen von Görtz Excellenz werden sich fürohin wie bishero für diese Angelegenheit des fürstlichen Hauses bestens verwenden.

Wenn ich dahero keine Gegenordre erhalte, so werde ich mich zur Abreise um das Ende der künftigen Woche unter Rücksprache mit dem Herrn Grafen von Görtz und mit Dero Genehmigung in Bereitschaft setzen ....

426. Edelsheim an Meier.

Karlsruhe, 25. Nov. 1802.

[Bemühungen Reitzensteins um Zuweisung der Gefälle der breisgauischen Mediatstifter. Mißbilligung durch Edelsheim.]

Edelsheim theilt den von Reitzenstein redigirten Entwurf zu einem Schreiben des Markgrafen an den Zaren mit, in welchem unter Hinweis auf eine Note des badischen Gesandten an die französische Regierung vom 23. Oct. d. J. als Entschädigung für den Verlust von Ostrach die Zuweisung der Gefälle der mittelbaren Stifter des Breisgaus im Badischen begehrt wird[1]. Man habe sich über die Absendung desselben, die Reitzenstein dringend empfohlen, noch nicht entschieden. „Ich habe dawider schon gegründete Vorstellungen gemacht, will aber nicht verbürgen, was am Ende noch daraus werden wird[2]." Am Schlusse des Schreibens finde sich noch eine Beschwerde über den Kurfürsten von Baiern und Montgelas: „lauter recht angenehme Anbringen".

---

[1] Diese Einkünfte waren durch die §§ 26 und 34 der Declaration vom 8. Oct. dem Johanniterorden zuerkannt worden. Das betr. Schreiben oben Nr. 307.

[2] Auch Meier ist überzeugt, daß Note und Schreiben übeln Eindruck machen werden: Die Behauptung, die Entschädigung der Prinzen für Kutzenhausen reiche nicht aus, werde keinen Glauben finden; ihr dortiger Verlust, habe man ihm bemerkt, sei „schon mit dem Mobiliar in S[alem] und P[etershausen] über und über belegt". Meier an Edelsheim. 28. Nov. Auf seine Einsprache unterbleibt schließlich die Absendung des Schreibens in dieser Fassung. Edelsheim an Meier, 3. Dec. 1802. Vergl. oben Nr. 241.

„Morgen oder Samstag will Prinz Louis sich auf den Weg machen. Ich werde ihm ernstlich anrathen, sich vor übereilten Schritten zu hüten, die ihn und uns in ein sehr ungünstiges Register bei dem russischen Kaiser setzen könnten."

427. Note des Geh. Raths Meier an die russische Gesandtschaft.

Regensburg, 25. Nov. 1802.

[Bitte um Uebertragung der Stimmen von Konstanz, Speier und Straßburg.]

Unter den badischen Entschädigungslanden befinden sich die Bistümer Konstanz und Speier. Der Markgraf setze voraus, daß er neben der konstanzischen Comitialstimme auch das Condirectorium im schwäbischen Kreise erhalte, welches ihm der Separatfrieden mit Frankreich bereits zugesichert. Er hoffe aber auch auf die speirische Stimme und gründe diese Hoffnung zunächst auf Artikel 7 der considérations générales der Convention vom 3. Juni, dann aber auf die Thatsache, daß in Speier nur der sedes cathedralis, der sedes episcopalis aber, an welchem Fürstenthum und Fürstenstimme hafte, seit Jahrhunderten sich in Bruchsal befinde.

Auch die Straßburger Stimme werde bis zum heutigen Tage fortgeführt, trotzdem Stadt und Sprengel auf dem linken Rheinufer schon lange vom deutschen Reich losgerissen seien, sie gründe sich mithin lediglich auf die rechtsrheinischen, nunmehr Baden zugewiesenen Lande. Der Markgraf wünscht dieselbe auf die badische Pfalz zu übertragen und ersucht die russische Gesandtschaft, den Intentionen ihres kaiserlichen Herrn entsprechend, sein Anliegen nachdrücklichst zu befürworten[1].

Abschrift.

428. Meier an Edelsheim.

Regensburg, 30. Nov. 1802.

[Reitzensteins Note vom 23. Oct. Ihre Forderungen übertrieben, von Mathieu getadelt.]

. . . . Die abschriftlich beigefügte Note[2] war freilich schon hier; sie ist ebendieselbe, worüber mir Herr Laforest eine tüchtige Lection gelesen hat. Ew. Exc. wollen mir nicht übel deuten, wenn ich davon keinen weitern Gebrauch mache. S^mi Interesse und S^mi Reputation verbieten mir solches in den gegenwärtigen Zeitpunkt. Die Wirkung könnte und würde keine andere sein, als sich gehässig zu machen und den Vorwurf von Ungenügsamkeit laut werden zu lassen, wozu ohnehin der Zunder von so vielen Seiten angelegt ist. Wie kann man sich möglich

[1] Schon früher, Ende Sept., hatte Meier eine Note ähnlichen Inhalts, in der jedoch von einem Anspruche auf die Straßburger Stimme noch nicht die Rede war, den französischen Ministern überreicht, war aber mit seinem Anliegen abgewiesen worden. Erst in Folge des ermuthigenden Zuredens Bühlers, der sein Gesuch mit Einschluß der Straßburger Stimme kräftigst zu unterstützen versprach, entschloß sich der badische Gesandte, eine neue Note zu übergeben. Berichte vom 25. Sept., 2. und 6. Nov. Gleichzeitige Vorstellungen in Paris fanden bei Talleyrand günstige Aufnahme. S. oben Nr. 238. — Ueber den Erfolg dieser Schritte s. unten Nr. 437.

[2] Vergl. oben Nr. 426.

gedenken, daß jetzo, wo die Vermittler ihr Ultimatum gegeben und der Recess gefertiget ist, ohne auf jene Note weder in Paris, noch hier Rücksicht genommen zu haben, annoch eine Aenderung zu unsern Gunsten erfolgen werde, da doch von einer Insufficienz schlechterdings keine Rede sein kann? Und wie kann man räthlich oder wünschenswerth finden, daß noch Aenderungen statthaben mögen? .... Und noch eine Frage: Soll denn Billigkeit und Gewissenhaftigkeit von dem Indemnitätsgeschäft immer entfernt bleiben? Ich fürchte, ich fürchte — —

Die russische Gesandtschaft wird auf jene Note hin an dem vollendeten Plan kein Jota ändern, und am wenigsten zum Nachtheil des Malteser Ordens, dessen Protegirung der Kaiser auf's neue zugesichert hat, und übrigens besagen die neuesten kaiserlichen Resolutionen, man solle Moderation empfehlen, indem man zwar das abgeschlossene souteniren, aber auch nicht weiter gehen werde ....

Auch Mathieu meint:

„Das Plusfordern des Herrn von Reitzenstein seie .... äußerst aufgefallen, sowie ähnliche Beschwerden von Cetto, Gagern ꝛc. Sie seien hier in der Wahl gestanden, ob sie darauf antworten oder schweigen sollten. Sie hätten das letztere präferiret, um nicht eitel Unannehmlichkeiten erwidern zu müssen. Nur den Herrn von Gagern hätten sie gewaschen. Wenn man auf eine Antwort auf die Reitzenstein'sche Note dringe, so solle sie uns werden, aber Herr von Reitzenstein werde sich nicht darüber erfreuen."

---

429. Meier an den Geh. Rath.

Regensburg, 30. Nov. 1802.

[Annahme des Kurfürstentitels. Vorrang im Kreisausschreibeamte. Warnung vor Concessionen gegen Würtemberg.]

Meier empfiehlt mit der Annahme des Kurfürstentitels zu warten, bis der Deputationsreceß vom 23. Nov.[1] durch Kaiser und Reich genehmigt sei.

.... Der Rang unter den künftigen kreisausschreibenden Fürsten in Schwaben muß über kurz oder lang nothwendig zur Sprache kommen, und es ist vorauszusehen, daß Würtemberg Himmel und Erde bewegen werde, um vor Baden den Vorsitz zu behaupten.

Es ist ein anerkannter Grundsatz, daß die Indemnitätslande, wo nicht wie bei der Rheinpfalz besondere Ausnahmen eintreten, mit allen ihren Rechten und Vorzügen auf die neuen Besitzer übergehen .... Baden wird darnach künftig in derjenigen Reihe votiren, worin Konstanz bisher votiret hat, sowie Brandenburg seit der Acquisition von Magdeburg eine der vordersten Stellen .... ohne Widerspruch behauptet.

Aus dem nämlichen Grund sollte dahero auch der Vorrang im Kreisausschreibeamt, den Konstanz bishero genossen hat, Baden um so gewisser zu Theil werden, da solcher auf keinen inferiorem an Rang und Würde über-

---

[1] In der 30. Sitzung vom 23. Nov. war der Deputationshauptschluß in seiner ersten Redaction zur Annahme gelangt. Protokoll, II, 567—620.

gehet, so wie denn auch im fränkischen Kreis, wo Baiern an die vorsitzende Stelle von Bamberg tritt, ersteres ohne Zweifel den Vorgang vor Brandenburg behalten wird.

Unter diesen Umständen hat mir der Anrath Sr Exc. des Herrn Grafen von Görtz sehr einleuchtend geschienen, daß man nämlich mit dem Anerbieten Smo Duci bei Ihren Lebzeiten in kreisausschreibeamtlichen Verrichtungen den Vorrang zu lassen[1], annoch an sich halten möchte, indem bei den dortseitigen Gesinnungen sicher darauf zu zählen seie, daß man diese offenbare Nachgiebigkeit als eine solche nicht anerkennen, gleichwolen aber darauf fußen und noch mehr verlangen werde ....

Concept.

430. Meier an den Geh. Rath.

Regensburg, 3. Dec. 1802.

[Rückkehr Meiers. Seine wichtigsten Aufgaben erledigt.]

Man glaubt in Regensburg, daß die vermittelnden Mächte auch ohne die Zustimmung des kaiserlichen Bevollmächtigten den Deputationsreceß demnächst der allgemeinen Reichsversammlung vorlegen werden[2]. Meier hofft daher, spätestens Ende der nächsten Woche abreisen zu können, „nicht als ob das Deputationsgeschäft zu Ende und dabei nichts mehr zu besorgen wäre, ... sondern weil die noch vorkommenden Besorgungen keinen besonderen Abgeordneten erfordern und von dem Herrn Comitialgesandten werden gewahret werden".

Er werde dem Grafen Görtz ein Verzeichniß der noch zu erledigenden Geschäfte mit den nöthigen Beilagen übergeben.

Concept.

431. Meier an den Geh. Rath.

Regensburg, 5. Dec. 1802.

[Entwurf einer Präliminarconvention mit Würtemberg.]

.... Denen würtembergischen Abgeordneten habe ich den Entwurf einer Präliminarübereinkunft wegen derer vorhabenden Vertauschungen zugestellt und ich muß erwarten, ob sie, da sie die verlangten Nachrichten[3] immer noch nicht erhalten haben, dennoch darauf eingehen werden ....

Concept.

---

[1] Vorbehaltlich der Geltendmachung aller badischen Rechtsansprüche beim Todesfalle, sofern bis dahin die Streitfrage nicht durch Reichsgesetz oder Vergleich entschieden worden. Geh. Rathsprotokoll vom 25. Nov.

[2] Geschieht am 6. Dec.; die kaiserliche Plenipotenz tritt erst am 23. Dec. demselben bei. Vgl. Häusser, Deutsche Geschichte, 4. Aufl., 2, 396 ff. Am 7. Jan. 1803 beginnen dann die Berathungen des Reichstages über die Annahme des Recesses.

[3] Statistische Nachweise über den Werth der Tauschobjecte.

432. Meier an Edelsheim.

Regensburg, 7. Dec. 1802.

[Präsente für Bühler, Hänlein und Laforest. Ergebenheitsversicherungen.]

Meier hat Bühler eine Tabatière im Werthe von 900 Lsdr. überreicht.

Der Herr Baron von Bühler wird ohne Zweifel das erhaltene Schreiben beantworten. Er war äußerst gefällig und schien äußerst vergnügt. Seine letzten Worte waren: Ich werde dieses höchstschätzbare Denkmal meinem Kaiser vorlegen, und da wir noch nicht ganz am Ende sind, so hoffe ich Gelegenheit zu finden, es zu verdienen. Sie können ruhig abgehen, das Interesse S^mi soll und wird auf's beste gewahrt werden ....

Gleiche gefällige Auf- und Abnahme habe ich bei dem Herrn von Hänlein gefunden[1]. Er bittet S^mo seinen verbindlichsten Dank und seine tiefste Devotion zu bezeugen. Altenkirchen ꝛc. ist eine Goldgrube. Graf Wittgenstein hat an die bewußte Frau Schwiegermama[2] 20000 fl. angewiesen. Mit solchen Argumenten läßt sich gut streiten.

Auf morgen bin ich zu Herrn Laforest bestellt. Der Herr Graf von Görtz meinen, und mich dünkt es ebenfalls, da zumalen der Preis der Tabatière bereits überschießt, 30000 ₶ seien zu viel und 24000 seien vollkommen hinlänglich; hingegen würden die weiteren 6000 ₶ bei dem Secrétaire Marandet, einem bescheidenen, geachteten, jungen Mann, der vormals bei Barthélemy in Basel war, wol angelegt sein ....

(Nachtrag vom 8. Dec.)

Auch Laforest hat die ihm zugedachte Dose mit dem Bilde des Markgrafen empfangen und Meier versichert, er werde das Interesse des Markgrafen immer im Auge behalten. Die für ihn bestimmte Summe wünscht er durch Wechsel auf seinen Bankier in Paris zu beziehen[3].

---

433. Präliminarconvention zwischen Würtemberg und Baden.

Regensburg, 10. Dec. 1893.

[Austausch badischer und würtembergischer Ortschaften.]

Die beiden Staaten ergreifen die Gelegenheit „zur besseren Arrondirung .... mittelst gegenseitiger Vertauschung einzelner Orte, Rechte und Einkünfte“ und sind zur „Beilegung der bisher obgewalteten nachbarlichen Irrungen“ und Beseitigung künftiger Mißverständnisse bereit. Sie einigen sich daher zunächst über eine Reihe allgemeiner, für die Tauschverhandlungen maßgebender Grundsätze, die Berechnung der Einkünfte, Abschätzung der „Staatsdienstbarkeiten“ u. a. betr.

Vorläufig sollen, sobald die Ratification des Vertrages erfolgt, von Baden die Orte Neu- und Pfauhausen, sowie der Odenheimische Antheil an Großgartach abgetreten

---

[1] Hänlein empfing eine Dose im Werthe von 70 Lsdr.

[2] Mathieu's vermuthlich.

[3] Mit sehr vielen Reichsständen war, wie Graf Görtz versichert, „accordirt worden auf den Werth eines Jahresertrages der acquirirenden Lande für das Gesammtpersonale“. Bericht Meiers vom 19. Nov.

werden, Baden dagegen von Würtemberg die Orte Alt- und Neulußheim, Grünwettersbach, Palmbach und Untermutschelbach nebst dem würtembergischen Antheile an Waldangelloch erhalten[1].

Orig. unterzeichnet und besiegelt von den beiderseitigen Bevollmächtigten Geh. Rath Em. Meier und Geh. Rath Phil. Christian von Normann.

---

434. Graf Görtz an Karl Friedrich.

Regensburg, 17. Dec. 1802.

[Albini tadelt die speirischen Forderungen. Uebereinkunft mit dem Kurerzkanzler wegen des Unterhalts für Konstanz: begnügt sich mit dem Minimum und empfiehlt das Meersburger Seminar. Uebereinkunft mit dem Domcapitel.]

Albini, den Görtz in der Speirer Angelegenheit um seine Meinung befragt, erwidert, daß „er alle die Anforderungen dieses Fürsten und zumal dessen Ansprache auf die Nutznießung der Million Capitalien sehr unbillig und äußerst übertrieben fände, hingegen das Anerbieten Smi von jährlichen 44000 fl. alles, was nur derselbe hätte erwarten mögen, in sich begreife".

Der kurmainzische Minister theilt dann im Verlaufe des Gesprächs die Wünsche des Kurerzkanzlers wegen Konstanz mit[2].

. . . . Se Kurf. Gnaden wollten Sich wegen des Bistums mit dem Minimo — 20000 fl. — begnügen, welches Sie ohnehin nicht für Sich, sondern nur zu wolthätigen Zwecken zu verwenden gedächten. Sie glaubten, daß, da Sie seit der Zeit, als Sie die Finanzen dieses kleinen Hochstifts besorget hätten, und nachher während Ihrer kurzen Regierung die so große Schuldenlast ansehnlich vermindert hätten, und solche sich nur noch zwischen 2—300000 fl. beliefe, Sie anbei eine völlig gut eingerichtete Residenz, Silberservice, Bildergallerie und Naturaliencabinet, auch Vorräthe von gegen 150000 fl. an Werth hinterließen und für Sich keinen Anspruch auf Arreragen machten, sondern lediglich für und gegen diese letztere es der Großmuth und bekannten Wolthätigkeit Smi überlassen wollten, was Höchstdieselben selbst dem von Sr Kurf. Gnaden bestellten Seminario[3],

---

[1] Nach Unterzeichnung des Vertrags kehrt Meier am 11. Dec. nach Karlsruhe zurück. Die Ratification, zu der man im allgemeinen beiderseits neigt, wird indeß ausgesetzt, die Verhandlungen mit den würtembergischen Landständen erfordern Zeit. Am 28. Nov. 1803 theilt Normann dem Geh. Rath Meier die vorläufige Zustimmung des Kurfürsten zu der Convention mit: falls die 10jährige Ertragsberechnung wirklich für Würtemberg einen so bedeutenden Ueberschuß aufweise, sei man in Stuttgart bereit, auch Kieselbronn und Unteröwisheim abzutreten. Im Aug. 1804 werden dann die Verhandlungen von badischer Seite durch Geh. Hofrath Sensburg von neuem aufgenommen, ziehen sich jedoch abermals in die Länge. Erst am 17. Oct. 1806 ist endlich auf breiterer Grundlage ein sog. Tausch- und Epurationsvertrag zu Stande gekommen, der auch den Austausch der oben genannten Orte in sich begreift. Vergl. Martens, Recueil des principaux traités. Supplém. IV, 336 ff.

[2] Vergl. das Schreiben Dalbergs an Albini vom 8. Dec. d. J. bei v. Beaulieu-Marconnay, Karl von Dalberg und seine Zeit, I, 307 ff.

[3] Zu Meersburg.

es sei an Capital oder jährlichem Zuschuß zu seiner Erhaltung und Verbesserung, für welches Institut Sich Höchstdieselben sehr angelegentlich interessirten, zufließen zu lassen Sich entschließen wollten[1]. Der Herr Kurfürst hofften und wünschten, daß S^mus diese Anträge Ihres Beifalls angemessen finden möchten, und erwarteten in dem Fall nur die Bestimmung des Orts und des Termins, wo Höchstsie die 20000 fl. jährlich würden erheben lassen können[2]. . . .

---

435. Graf Görtz an Karl Friedrich.

Regensburg, 19. Dec. 1802.

[Aussicht auf die Stimmen Bruchsal und Ettenheim. Widerstreben der kaiserlichen Gesandten gegen Vermehrung der protestantischen Stimmen.]

Görtz berichtet, nach Rücksprache mit dem französischen Gesandten Laforest und mit Albini zweifle er nicht, daß die Stimmen Bruchsal wegen Speier und Ettenheim wegen Straßburg für Baden von den vermittelnden Mächten zugestanden würden. Von Tag zu Tag trete übrigens die Eifersucht der kaiserlichen Minister über die Vermehrung der protestantischen Stimmen mehr hervor, wie denn auch ihr Streben dahin gehe, „die Zahl der katholischen, auch durch die unqualificirtesten Subjecte" zu vergrößern.

---

436. Edelsheim an den Grafen Görtz.

Karlsruhe, 19. Jan. 1803.

[Die Vertretung Badens am Reichstage bleibt Görtz auch künftig überlassen. Complimente. Befriedigung über die Convention vom 26. Dec.]

Da Görtz sich bereit erklärt, Kurbaden auch künftig zu vertreten, und es nicht wider den bisherigen Brauch verstößt, wenn ein Gesandter zwei Kurstimmen führe, denkt man in Karlsruhe nicht weiter daran, Görtz durch seinen Neffen, Freiherrn Ludwig von Wöllwarth, zu ersetzen, wie man eine Zeit lang beabsichtigt: «il n'y a plus de neveu . . . . lorsqu'on est assuré de l'oncle dont on s'est toujours si bien trouvé et dont on sait certainement apprécier le rare mérite et les profondes connaissances».

Je juge d'après une réquisition que Msgr. le Margrave vient de recevoir de S. M. l'Empereur et Roi, datée de Vienne le 14 de ce mois, pour le passage de 2 compagnies du régiment de Bender[3], venant de Brégence

---

[1] Der Satz fällt aus der Construction; ein Theil des Nachsatzes fehlt.

[2] Der Markgraf nimmt die Zusage des Kurfürsten mit Dank entgegen und verspricht, „nach vorher erhaltener zureichender Kenntniß der Verhältnisse und der Revenuen" dem Seminare alle Rücksicht angedeihen zu lassen. Rescript an Görtz. 23. Dec. In einer Note vom 3. Jan. macht Görtz der Deputation von dieser Uebereinkunft Mittheilung. Beilagen zum Protokoll, III, 329. — Ende Nov. 1803 wird dann auch mit dem Domcapitel Konstanz ein Vergleich abgeschlossen, wonach die 14 Mitglieder desselben eine Pension von jährlich 2300 fl. empfangen und für ihre rückständigen Einkünfte aus der Schweiz im Betrage von 90000 fl. mit 20000 fl. entschädigt werden. Universitätsbibliothek Heidelberg, Cod. Wessenberg.

[3] Vergl. oben Nr. 371.

pour aller prendre possession du Brisgau et de l'Ortenau au nom du Duc de Modène, en conséquence d'une convention, signée à Paris le 26 du mois passé, que les ratifications de cette convention auront déjà été échangées avant cette époque. De quoi le ciel soit béni!

Concept.

437. Graf Görtz an den Geh. Rath[1].

Regensburg, 20. Jan. 1803.

[Uebertragung der drei geistlichen Stimmen auf Baden. Unterhalt des Kurfürsten von Trier und der Bischöfe von Lüttich und Basel.]

Eine Note der vermittelnden Mächte vom 18. Jan. setzt das neue Stimmenverhältniß am Reichstage fest[2]. Baden erhält außer seinen früheren die ihm zugesicherten drei geistlichen (Konstanz, Ettenheim und Bruchsal), verfügt mithin nunmehr über sechs Stimmen. Eine weitere Note vom gleichen Tage enthält Anträge wegen des Unterhalts des Kurfürsten von Trier, der den übrigen Kurfürsten mit Ausnahme des Kurerzkanzlers aufgebürdet werden soll, sowie der Bischöfe von Lüttich und Basel, für welche die geistlichen Fürsten, die mehr als ein Bistum besaßen, Sorge tragen sollen[3].

438. Graf Görtz an den Geh. Rath.

Regensburg, 23. Jan. 1803.

[Stockars Bemühungen wegen der Konstanzer Gefälle in der Schweiz.]

Görtz berichtet, „beide Gesandte der vermittelnden Mächte seien, wie sie ihm mitgetheilt, fest entschlossen, nichts an dem § 29 ihres Plans .... in Betreff der helvetischen Republik abzuändern"[4]. Allerdings habe seit einigen Wochen schon der helvetische Abgesandte Stockar „in dem Sinne des Schreibens des B. Ministers Mohr, unter dem Vorwand, Helvetien als independente Macht hätte mit den deutschen hiesigen Verhandlungen nichts gemein", eine Abänderung beantragt, er sei indeß als „ein sehr redlicher Mann" selbst von der Unbilligkeit seines Auftrags überzeugt. Laforest habe versprochen, ohne ausdrücklichen Befehl von Paris keine Aenderung an dem Paragraphen zu treffen[5].

---

[1] Die Comitialberichte werden vom 1. Jan. 1803 ab nicht mehr an den Markgrafen, sondern an das Geh. Rathscollegium gerichtet, das seinerseits die höchsten Entschließungen dem Grafen «per extractum protocolli» mittheilt.

[2] Vergl. Beilagen zum Protokolle rc., 3, 336 ff.

[3] Ebenda, 3, 341. Für den Bischof von Basel wird die Hälfte des Sustentationsminimums von 20000 fl. als genügend erachtet.

[4] Vergl. oben Nr. 403.

[5] Reitzenstein erhält hiervon Nachricht mit dem Auftrage, die badischen Interessen nach dieser Seite hin in Paris zu wahren. Geh. Rathsprotokoll vom 27. Jan. 1803.

439. Graf Görtz an den Geh. Rath.

Regensburg, 24. Jan. 1803.

[Der Kurerzkanzler lehnt Unterstützung der schweizerischen Ansprüche ab. Dank für entgegenkommendes Verhalten bei der Uebergabe des Hochstifts Konstanz.]

Der Kurerzkanzler hat Görtz beauftragt, dem Markgrafen zu berichten, der helvetische Minister Mohr habe auch ihn um seine Unterstützung wegen der Konstanzer Güter ersucht; er habe ihm indeß erwidert, er mische sich nicht in fremde Dinge und überlasse es ihm, sich an die vermittelnden Mächte, oder, wenn es sich um geistliche Angelegenheiten handle, an den Papst zu wenden. In der vorliegenden Frage spreche der Wortlaut des Planes und die Entscheidung der Mächte klar für Baden.

Der Kurerzkanzler läßt dem Markgrafen übrigens dafür danken, daß er zu der Konstanzer Inventarisirung außer dem weltlichen Justizcommissär noch einen Geistlichen zugezogen habe.

440. Der Geh. Rath an den Grafen Görtz.

Karlsruhe, 24. Jan. 1803.

[Creirung der Stimme: Baden-Pfalz. Unterhalt für Kurtrier. Sustentationslast.]

Der Markgraf wünscht, da es für die Rheinpfalz, deren rechtsrheinische Lande ihm größtentheils zugefallen, empfindlich sei, wenn ihr Name „unter den Reichskörperschaften sich nunmehr verlieren sollte", eine der drei badischen Stimmen unter der Bezeichnung Baden-Pfalz auf jenen Landestheil zu übertragen, und glaubt, daß dies um so weniger Schwierigkeiten begegnen werde, als dadurch weder an Stimmenzahl, noch an Rang- oder Strophenordnung etwas geändert werde.

Die durch die vermittelnden Mächte vorgeschlagene Ueberweisung des Unterhalts für den Kurfürsten von Trier auf die übrigen Kurfürsten falle Baden zwar schwer, doch werde man sich dem Antrage fügen, nur hoffe man, daß die Vertheilung «pro viribus» erfolge[1], zumal man in der Lage sei, für die Sustentation dreier Bischöfe Sorge tragen zu müssen.

441. Edelsheim an den Grafen Görtz.

Karlsruhe, 5. Febr. 1803.

[Gerüchte über ein kaiserliches Schreiben an den Herzog von Würtemberg. Die Präcedenz in der Kur. Verweisung der Entschädigung an den Zaren. Winke für Görtz. Verlobung des Erbprinzen von Hessen-Darmstadt mit Prinzessin Wilhelmine.]

L'arrivée inattendue du ministre de Wurtemberg près la cour de Vienne a répandu à Stoutgart la nouvelle d'une lettre de S. M. l'Empereur au Duc dont il aurait été le porteur et par laquelle ce Prince avait reçu l'assurance que S. M. lui ferait expédier le diplome électoral avant ceux de ses concurrents.

. . . . Il s'était déjà répandu au départ du Bon de Bühler de Vienne, qu'il apportait au Duc la nomination formelle de l'Empereur à la dignité

[1] Auf Vorstellungen von Görtz läßt der Markgraf diesen Wunsch fallen; in Folge des Deputationsbeschlusses vom 29. Jan. erklärt sich Görtz am 13. Febr. im Namen des Markgrafen zur Uebernahme eines Beitrages pro rata bereit.

électorale; on présumait cependant que S. M. J. se serait vraisemblablement bornée dans cette réponse à n'en donner qu'une assurance préalable sans préjudicier en aucune manière aux réclamations que les autres candidats à cette dignité pourraient former à ce sujet; il semble qu'on fondait particulièrement cette opinion sur la notoriété publique que la maison de Bade s'est trouvée pendant quatre siècles dans la possession non interrompue de la dignité de Prince de l'Empire, avant que les Comtes de Wurtemberg l'eussent obtenue.

Mais je change de matière, pour informer ma chère Excellence . . . . que le Prince héréditaire de Darmstadt nous est aussi venu à l'improviste vers la fin de la semaine passée. Son objet a été énoncé et accordé dès le lendemain de son arrivée. Il a demandé notre cadette Princesse Wilhelmine et est reparti content et satisfait au possible pour informer ses augustes parents de l'accueil que ses vœux ont rencontré ici et leur demander à déterminer l'époque ou [ils] doivent être accomplis. Il y a apparence cependant que ce mariage ne se fera pas avant le mois de septembre, mais je puis Vous assurer en conscience que la Princesse fera une femme charmante sous tous les rapports et qu'aucune des Princesses ses sœurs n'est sortie aussi formée qu'elle des mains maternelles.

|: Je tiens de bonne source, mais avec instance de ménager cet avis afin de n'en pas compromettre la source, que l'Empereur a pris le parti d'abandonner la décision du rang électoral entre Bade et Wurtemberg à la Russie comme proche parent des deux maisons[1]. Cet arbitrage peut cependant ne nous pas être entièrement favorable à cause de l'influence prépondérante de l'Impératrice mère. Toutefois V. Exc. rendrait un service bien important au Margrave, si Elle prévenait confidemment le ministre de France de cette anecdote, en le disposant à tenir ferme à l'ordre établi dans les plans proposés des puissances médiatrices. Il serait à souhaiter que Vous puissiez inspirer des dispositions conformes à Mr de Bühler, mais son frère l'aura déjà trop prévenu en faveur du Duc. :|

Concept.

442. Graf Görtz an den russischen Gesandten von Bühler.

Regensburg, 8. Febr. 1803.

[Die Rangfrage der neuen Kurfürsten. Besorgnisse wegen derselben. Vorschlag, den Alternat nach der Strophenordnung auch auf das Kurcolleg zu übertragen.]

V. Exc. voudra agréer comme une marque de la juste confiance à laquelle Ses bontés m'ont accoutumé, si je réclame aujourd'hui Son appui et Son intervention pour un objet de plus intéressants, celui de l'alternative à conserver et à fixer de nouveau par une déclaration des média-

[1] Vergl. Gemmingens Bericht vom 26. Jan. Abschnitt II.

teurs, pour qu'elle soit observée entre les trois maisons de Wurtemberg, Bade et Hesse dans le collège électoral, comme elle l'a été jusqu'ici dans le collège des princes à la suite des traités solennels qui ont eu la sanction de l'Empereur et de l'Empire. Cette alternative me paraît non seulement être une mesure dictée par la justice et l'équité, qui ont guidé la haute et bienfaisante médiation de Votre auguste monarque et qui sont si personnelles à son cœur magnanime, mais elle est encore l'unique moyen pour prévenir les inconvénients inévitables qui résulteraient, si l'une ou l'autre de ces maisons voulait s'opiniâtrer à se procurer une préférence décidée sur les autres, — incident qui pourrait devenir extrêmement fâcheux en produisant une discussion et des querelles de rang, propres à amener la suspension de toute activité dans les délibérations de la Diète, ce qui dans les circonstances actuelles serait plus que jamais un vrai mal pour l'Allemagne. En obviant à tous ces inconvénients, l'alternative ne préjudicierait aux droits d'aucun des trois Electeurs, le Duc de Wurtemberg en retirerait l'avantage d'être selon l'observance actuelle des 10 strophes sept fois avant Cassel et huit fois avant Bade, l'une et l'autre de ces deux dernières maisons, dont la plus haute antiquité est incontestable, ne demandent que cette alternative, mais jamais aucune d'elles ne pourrait consentir à accorder une préséance absolue à la maison de Wurtemberg.

V. Exc. connaît assez la grandeur d'âme du Margrave de Bade pour être intimement persuadée que S. A. S. ne met aucun prix à ce qui est affaire du rang, mais Elle est aussi trop juste pour ne pas sentir ce que ce respectable grand-père de S. M. I. doit à sa maison et qu'il ne pourrait que lui être très sensible de se trouver peut-être le dernier des trois, après avoir été pendant tout ce temps placé le premier tant par les puissances médiatrices dans les deux déclarations que par le conclusum principal de la Députation. Le même cas existerait avec le Landgrave de Hesse-Cassel qui jouit de la protection et recommandation particulière de S. M. le Roi de Prusse et que le Roi ne verrait qu'avec grande peine placé en dernier.

Je soumets ces observations à Votre pénétration éclairée, Mr le Baron . . . .

Abschrift.

---

443. Graf Görtz an den Geh. Rath.

Regensburg, 10. Febr. 1803.

[Antrag der vermittelnden Mächte auf Alternation. Entstehung des Schreibens an Bühler.]

. . . . Mit Zuverlässigkeit kann ich nun auch versichern, daß die vermittelnden Gesandten in ihrer Finalnote, welche in einer heute vormittags mit allen Mitgliedern der Deputation zu haltenden Conferenz in ihrem ganzen Um-

fang berichtigt werden soll ...., den bestimmten Antrag der beizubehaltenden Alternation unter denen in das Kurcollegium eintretenden drei Alternationshäusern Baden, Würtemberg und Hessen machen werden[1]. Um dieses zu bewirken, verlangte der kaiserlich russische Gesandte von mir, daß [ich] in einem an ihn gerichteten Schreiben welches er zu seiner Legitimation an seinen Hof einschicken könnte, die Bewegungsgründe anführen und ihn um seinen Beitritt ersuchen möchte.

Auf dieses hier angebogene Schreiben, welches ich demselben gleich vorgestern zuerst im Concept und dann gestern in mundo zugestellt, hat derselbe weiter kein Bedenken, und noch gestern Abend haben mir beide vermittelnde Gesandte die bestimmte Zusage gemacht ....

444. Aus den Protokollen des Geh. Raths.

Febr. bis März 1803.

[Tauschverhandlungen und Vertrag mit Hessen-Darmstadt.]

Gegentlich der Verlobung der Prinzessin Wilhelmine mit dem Erbprinzen von Darmstadt wird von Seiten des Markgrafen und des Landgrafen der Wunsch nach gütlicher Beilegung bestehender Differenzen „mittelst gänzlicher Absonderung der zu so manchen Zwistigkeiten Anlaß gebenden Länder- und Revenuenvermischungen“ ausgesprochen. Die Tauschverhandlungen, die schon seit einiger Zeit zu Heppenheim von den beiderseitigen Commissären, Hofrath Sensburg[2] und Geh. Regierungsrath von Stockhausen, geführt werden, rücken in Folge dessen rascher vor. Badischerseits wünscht man zunächst nur den Abschluß eines Tauschgeschäfts von geringerem Umfang. Von einer gänzlichen Austauschung der beiderseitigen Besitzungen auf dem rechten und linken Neckarufer, die man in Darmstadt anstrebt, will man nichts wissen, insbesondere wird Sensburg angewiesen, falls der hessische Bevollmächtigte Absichten auf Erwerbung des badischen Gebiets auf dem rechten Neckarufer äußere, von vornherein bestimmt zu erklären, man werde sich auf ein derartiges Ansinnen niemals einlassen. Ende Febr. legt Sensburg dem Geh. Rathe den Entwurf eines Tauschvertrages vor, der, im wesentlichen genehmigt, am 14. März zu Heppenheim unterzeichnet wird.

Nach dieser Präliminarconvention tritt Baden an Darmstadt ab die mediatisirte Reichsstadt Wimpfen, die Dörfer Wimpfen im Thal, Hohenstatt, Neckarhausen und seinen Antheil an Neckarsteinach und Darsberg; dagegen erhält es von Hessen die Orte Eschelbach, Bargen und Aglasterhausen, sowie den Straßenheimer Hof. Der Definitivvertrag vom 11. Juni d. J. bestätigt und ergänzt diese Uebereinkunft.

---

[1] Die Deputation tritt demselben in der That bei, nicht ohne daß der würtembergische Gesandte sich darüber empfindlich zeigt und Verwahrung dagegen vorbehält. Bericht des Grafen Görtz vom 11. Febr. Vergl. Protokoll, II, 811. Die Note der vermittelnden Mächte vom 11. Febr. in den Beilagen, IV, 89ff.

[2] Früher als Hof- und Regierungsrath in speirischen, seit dem Anfalle der rechtsrheinischen bischöflichen Lande an Baden in markgräflichen Diensten. Vergl. über ihn v. Weech, Badische Biographien, 2, 295.

445. Der französische Gesandte Laforest an Edelsheim.

Regensburg, 13. Febr. 1803.

[Dank für Präsent. Alternat trotz österreichischer Versprechungen gegen Würtemberg.]

Dank für die ihm zugewiesenen 30 000 fl.

Mr le Cte de Gœrtz m'a appris le projet arrêté entre S. A. E. et le Landgrave de Hesse-Darmstadt, c'est, je présume, ce dont V. Exc. l'a chargé.

L'alternat est prononcé. Je désire beaucoup que Vous ayez l'attention d'en témoigner satisfaction à Pétersbourg et à Paris, car il a été très difficile de parer aux promesses de préséance qui avaient été faites de Vienne . . . .

---

446. Graf Görtz an Edelsheim.

Regensburg, 14. Febr. 1803.

[Das Schreiben an Bühler. Gefahr im Verzuge. Sorge wegen Würtemberg. Gehaltserhöhung Faudels.]

V. Exc. — j'espère — m'aura pardonné de n'avoir pas répondu in litteris, mais par le fait en présentant par estafette la note des médiateurs à l'objet sur lequel Elle m'avait témoigné Ses inquiétudes par Sa lettre du 5[1]. Je crois que c'était le seul parti à prendre, et il n'y avait pas de temps à perdre. Votre voisin en aura de l'humeur, — à juger de l'effet qu'a produit cette surprise à son ministre ici, — et cela a pu être d'autant plus sensible que Mr de Bühler de Vienne était venu à St[outgart] pour donner une assurance préalable des intentions et dispositions favorables. Par là, ce frère . . . . ayant pour son retour pris sa route par ici, la chose était devenue très délicate pour le frère et pour l'y déterminer, il a voulu pour sa justification avoir une lettre ostensible à pouvoir envoyer à Pétersbourg de moi. V. Exc. aura trouvé copie de cette lettre jointe à un de mes rapports précédents . . . . Le fameux diplomate Faudel[2], très protégé, comme V. Exc. sait, par Mr le Cte de H[augwitz], me sollicite depuis six mois opiniâtrement à lui procurer de Msgr. le Margrave une gratification ou augmentation pour ses pénibles et importants services. Je m'acquitte de la commission et serai bien aise, si elle peut avoir effet et me mettre en [sic!] même de lui prouver ma bonne volonté.

---

[1] Oben Nr. 441.

[2] Badischer Resident in Berlin.

447. Der Geh. Rath an den Grafen Görtz.

Karlsruhe, 15. Febr. 1803.

[Instructionswidriges Verhalten von Görtz. Nachtheile der Alternation nach der Strophenordnung. Bemühungen um gleiche Alternation.]

Der Markgraf tadelt das Verhalten des Grafen Görtz in der Rangfrage. Wenngleich er letztere durch den Deputationsschluß als zu seinen Gunsten entschieden angesehen habe, würde er doch, der Eintracht wegen, in eine gleiche Alternation eingewilligt haben; eine Alternation nach der Strophenordnung aber, wodurch er «eo ipso den letzten Platz, nämlich die geringste Concurrenz" erhalte, sehe er „für viel beschwerlicher an, als für deroseits nachzugeben in den Zeitumständen Ursache vorhanden war". Er begreife nicht, was Görtz bewogen haben könne, „darauf selbst als etwas von Höchstihnen Gesuchtes und Gewünschtes anzutragen", da er doch durch Geh. Rathserlaß vom 9. Dec. v. J. die bestimmte Weisung erhalten habe, auf dem Vorrange zu bestehen und nur, wenn derselbe streitig gemacht werde, die Entscheidung „ohne alle diesseitige Masgabe" dem Kaiser und den vermittelnden Mächten zu überlassen[1].

Auch verstehe er nicht, „wie diese Alternation nach der Strophenordnung, die wol im Votiren bei dem Reichstag ein anwendbarer Modus ist, auf andere solenne Gelegenheiten z. E. Kaiserkrönung 2c. sollte ausgeführt werden können, ohne Nachrechnungen von langen Jahrenreihen und ewige Altercationen .... herbeizuführen". Der Markgraf suspendire deshalb sein Urtheil, bis er den Erläuterungsbericht des Grafen Görtz empfangen habe, gebe ihm indeß einstweilen anheim zu erwägen, ob nicht noch ein Mittel sich finde, „eine gleiche von Fall zu Fall eintretende Umwechslung" zu beantragen und durchzusetzen.

Concept Brauers mit Zusätzen von Meier.

---

448. Edelsheim an den französischen Gesandten Laforest.

Karlsruhe, 18. Febr. 1803.

[Die Weisungen an Görtz wegen der Rangfrage. Bedauern über Entscheidung derselben. Bitte um nochmalige Erwägung.]

Die Weisungen an Görtz haben sich auf das Alternat und die angeblichen Versprechungen des Wiener Hofes gegen Würtemberg bezogen.

J'avais prié mon ami d'informer V. Exc. de la certitude qu'on avait non seulement décliné à Vienne toute espèce d'engagement sur cet objet,

---

[1] In der von Geh. Rath Meier bei seinem Abgange für den Grafen Görtz hinterlassenen Instruction war bezüglich der Rangfrage — entsprechend den Weisungen vom 11. Nov. (oben S. 309) bemerkt worden: „Smus sind bishero entschlossen gewesen, die Entscheidung hierüber von dem Kaiser oder den vermittelnden Mächten lediglich zu erwarten, in der Hoffnung jedoch, daß Sie inter pares nicht würden zurückgesetzt werden, dazumalen Ihr Haus eines der ältesten fürstlichen Häuser und insbesondere mehrere sæcula vor Würtemberg ein Fürstenhaus gewesen ist". Folgt dann der von Görtz (Nr. 449) zu seiner Rechtfertigung angeführte Satz. Für den Fall, daß Würtemberg am Reichstage seine Ansprüche in einer Weise geltend machen sollte, „die nicht wol ohne Erwiederung gelassen werden könnte", war eine badischerseits abzugebende Gegenerklärung formulirt worden, des Inhalts: „Die wiederholte primo loco geschehene Benennung" Ihrer Hf. D. in den Declarationen der Mediatoren, wie im Deputationsrecesse „scheine zwar Ihre

mais que l'Empereur avait même invité la cour de Pétersbourg de décider entre les maisons de Bade et de Wurtemberg comme également proche parente de l'une et l'autre[1].

En conséquence j'avais prié instamment Mr le Cte de Gœrtz à solliciter V. Exc. de vouloir bien soutenir l'ordre qu'Elle avait établi itérativement avec le ministre de Russie dans le plan proposé à la Députation de l'Empire et sanctionné par le recès de celle-ci. Cependant pour assurer le maintien de la bonne harmonie entre les trois nouveaux Electeurs, Monseigneur aurait sacrifié sans peine ses prétentions fondées sur la bienveillance des cours médiatrices et sur une ancienneté antérieure de 4 siècles à celle de la maison de Wurtemberg, si l'alternat eût été déterminé de manière à ne pas accorder plus d'avantages à cet égard à l'une qu'à l'autre des trois nouvelles maisons électorales; mais maintenant c'est la maison de Wurtemberg qui obtient par les conséquences de l'alternat, suivant les strophes du collège des Princes, une préférence marquante et des avantages très essentiels pour l'avenir dont les inconvénients sont aussi évidents qu'inévitables. Aussi S. A. S. ne comprend pas encore, comment Mr le Cte de Gœrtz a pu prendre sur soi de solliciter même un alternat si défavorable pour Elle, sans avoir eu aucune autorisation pour cela de Sa part.

Je supplie V. Exc. de prendre encore cet objet en considération et d'avoir la complaisance de s'en entretenir ultérieurement avec le Cte de Gœrtz . . . .

Abschrift von Groos.

---

449. Graf Görtz an den Geh. Rath.

Regensburg, 21. Febr. 1803.

[Rechtfertigung. Berufung auf Meier und die Haltung Hessen-Kassels. Würtembergs Bemühungen um den Vorrang und daraus entspringende Gefahr. Abänderung unmöglich. Protest Meiers gegen die Darstellung.]

Görtz versucht sich, gegenüber den in dem Rescripte vom 15. Febr. enthaltenen Vorwürfen zu rechtfertigen. Allerdings sei nach den ihm vom Geh. Rath Meier hinterlassenen Instructionen sowie nach dem G. R. Prot. vom 9. Dec. v. J. der Markgraf entschlossen gewesen, die Entscheidung dem Kaiser und den vermittelnden Mächten zu überlassen, allein in ersteren habe sich der Zusatz befunden:

Stelle unter den künftigen Herren Kurfürsten bereits zu bestimmen und sich auf das Alter Ihres Hauses zu gründen, gleichwol überließen Sie es, wenn dennoch dieser Punkt einer andern Bestimmung empfänglich . . . . geachtet würde, dem allerhöchsten Gutfinden, welche Stelle Ihnen gnädigst angewiesen werden wolle". Durch Erlaß vom 9. Dec. hatte der Geh. Rath diese Instruction gebilligt und in der Erklärung nur den Schlußsatz abgeändert, indem er die Worte „wenn dennoch — geachtet würde" einfügte.

[1] Vergl. oben Nr. 372.

„In den diesfallsigen Unterredungen mit den Hessen-Kasselischen Herren Gesandten haben diese die Alternation nach der Strophenordnung als ein schickliches Expediens gefunden und solches einzuberichten sich vorgenommen, in der Folge aber sich nicht weiter darüber geäußert." — In der That habe von Günderode später, namentlich vor seiner Abreise nach Wien, sich in diesem Sinne bestimmt geäußert und ihm eröffnet, Zweck seiner Mission sei, jene Alternation zu beantragen und durchzusetzen.

Daß auch Geh. Rath Meier diese Ansicht getheilt, habe er nicht nur gesprächsweise bemerkt, sondern sei ihm auch von den Gesandten der vermittelnden Mächte bestätigt worden[1]. Dazu sei neuerdings das nirgends bezweifelte Gerücht getreten, der Kaiser habe Würtemberg, falls die Entscheidung ihm übertragen werde, den Vorrang zugesichert.

Das ganz abgeänderte Benehmen des würtembergischen Subdelegirten, die schnelle Abreise des würtembergischen Gesandten Bühler von Wien nach Stuttgart, die ausgezeichnete Aufnahme und Belohnung, die sein Bruder, der hiesige russische Minister, mir selbst zugestand, die derselbe von dem Herzog erhalten hatte, bestätigten dieses und waren die erste Veranlassung und der Hauptbewegungsgrund, welche den französischen Gesandten Laforest dahin brachten, den Antrag zu machen . . ., und mich dazu aufforderten, hierzu den kaiserlich russischen mit zu vermögen. Dies ist die wahre Geschichte, hieraus die Veranlassung meines an den russischen Gesandten von Bühler erlassenen Schreibens, und mit Freimüthigkeit gestehe ich es dabei: es trat meine innere Ueberzeugung dazu, wenn sie auch irrig gewesen sein mag, daß dieser Ausweg, der der einzige sein konnte, der in der Lage der Sachen dem höchsten Interesse S^mi^ am wenigsten nachtheilig und den großen Vortheil gewähre, ohnausbleiblichen, vielleicht unüberwindlichen Schwierigkeiten auszuweichen, alles aus dem Weg zu räumen, was vielleicht die Introduction der neuen Kuren auf viele Jahre würde haben hinaussetzen und selbst gar die so nothwendige Thätigkeit des Reichstags hätte hemmen können, und diese Ueberzeugung gab mir die schmeichelhafte Hoffnung, dem deutschen Vaterlande und selbst des Herrn Markgrafen Durchlaucht einen nützlichen Dienst geleistet zu haben. Wie es nunmehr abzuändern sei, bin ich und der russische Gesandte, dem ich mich hierüber anzuvertrauen nur habe wagen können, einzusehen nicht vermögend, ohne die fast gewisse Gefahr zu laufen, daß Würtemberg davon den Vortheil ziehen und Anstände, Streitigkeiten und Mißhelligkeiten zwischen S^mo^ und Hessen-Kassel daraus entstehen würden . . . .

---

450. Protokoll des Geh. Raths.

Karlsruhe, 21. Febr. 1803.

[Fixirung der Pension für den Bischof von Basel auf französisch-russische Intervention. Uebernahme der Schweizer und Schliengener Gefälle durch Baden.]

Minister von Edelsheim legt Schreiben der Gesandten Laforest und Bühler vor, in welchen der Markgraf ersucht wird, dem Bischofe von Basel statt der ihm überlassenen

[1] Dem gegenüber versichert Meier auf das entschiedenste, er habe über die Rangfrage nie ein Wort mit den Ministern von Bühler und Laforest gewechselt, sondern nur

jährlichen Einkünfte der Herrschaft Schliengen im Betrage von 2500 fl. ein Jahrgeld von 10000 fl.[1] auszuwerfen. Der Markgraf entschließt sich mit Rücksicht auf diese Verwendung, zumal da durch den Tod des Cardinals Rohan[2] ein Theil seiner Entschädigungsverpflichtungen in Wegfall gekommen, dem Bischofe von Basel eine Jahrespension von 10000 fl. zuzuweisen, dagegen den „vorhin an den Herrn Fürstbischof anerbotenen Selbstbezug sämmtlicher Gefälle in der Schweiz cum onere der Verzinsung der darauf haftenden Schulden wiederum“ zurückzuziehen[3].

451. Der Geh. Rath an den Grafen Görtz.

Karlsruhe, 28. Febr. 1803.

[Beitrag zum Unterhalt des Kurfürsten von Trier. Parität bei der Alternation. Abänderung des § 31 der Note vom 11. Febr., bezw. beschränkender Zusatz.]

Auf den Comitialbericht vom 21. d. M. wird erwidert, der Markgraf genehmige die dem Directorialgesandten von Albini übergebene Erklärung, betr. der Sustentation des Kurfürsten von Trier[4] und sei auch mit der Alternation einverstanden, obgleich er gehofft habe, den Vorrang zu erhalten.

„Nur die Alternation nach der Strophenordnung im Fürstenrathe falle Ihnen beschwerlich und unangenehm.“

Er wünsche daher, daß die Worte: „nach der Strophenordnung“ gestrichen und eine Alternation auf Grund völliger Parität festgesetzt werde, oder aber, wenn dies nicht mehr möglich, daß wenigstens bestimmt werde, daß das Alterniren nach der Strophenordnung sich nur auf Sitz und Stimme im Reichstag erstrecken, bei allen andern Gelegenheiten aber eine völlig gleichmäßige Alternation stattfinden solle[5].

Concept Meiers.

---

bei Mathieu sondirt, nach dessen Aeußerungen damals die französische Gesandtschaft nicht geneigt geschienen habe, sich mit der Sache zu befassen. S. Meiers: „Actenmäßige Erläuterungen zu der Comitialrelation vom 21. Febr. 1803“.

[1] Die an dem Sustentationsminimum von 20000 fl. fehlenden weiteren 10000 fl. hatten bekanntlich die geistlichen Fürsten, die zwei oder mehr Bistümer besaßen, zu übernehmen.

[2] Der Cardinal von Rohan war zu Ettenheim am 17. Febr. nach neuntägigem Krankenlager einer damals herrschenden Influenzaepidemie («gros rhume, maladie epidémique qui règne en ce moment») erlegen; über seinen Tod und die Trauerfeier im Straßburger Münster vergl. Crétineau-Joly, Hist. des trois derniers Princes de la maison de Condé, II, 393—396 (nach Briefen des Herzogs von Enghien). Seine Grabstätte in der Kirche zu Ettenheim ist neuerdings wieder aufgefunden worden; vergl. den Aufsatz von Geres, Rohan-Enghien, im Schauinsland, Bd. 15.

[3] Gleichzeitig erfolgt Mittheilung an die Rentkammer mit der Weisung, sämmtliche Gefälle des Hochstifts in der Schweiz und der Herrschaft Schliengen in Verwaltung zu nehmen. Der Deputation erstattet Görtz erst am 22. März Anzeige von der Uebereinkunft. Beilagen, IV, 337.

[4] Vergl. oben Nr. 440.

[5] Görtz erhält weiterhin die Weisung, einen die Parität empfehlenden Zusatz bei den bevorstehenden Berathungen des Reichstages seinem Votum einzuverleiben. Rescript vom gleichen Tage. G. R. Prot. Nr. 952.

452. Edelsheim an den Grafen Görtz.

Karlsruhe, 6. März 1803.

[Vorwürfe wegen des Verhaltens in der Rangfrage. Berliner Weisungen vermuthlich die Ursache. Bedenken wegen § 32, Absatz 5 des Deputationsschlusses.]

Antwort auf das Schreiben vom 14. Febr.

. . . . J'étais trop affecté de la sensible peine que devait nécessairement causer à Msgr. le Margrave la détermination défavorable de l'alternation entre les 3 nouveaux membres du collège électoral pour pouvoir alors m'expliquer précisément sur cet objet.

Cependant j'ai trop de confiance dans Votre équité et Vos lumières, chère Excellence, pour ne pas me permettre maintenant de Vous exposer avec candeur et franchise mon opinion à cet égard.

Bien loin de me persuader — «que ce fut le seul parti à prendre — qu'il n'y avait pas de temps à perdre, que notre voisin en aurait encore bien de l'humeur etc. etc.», je me croyais assuré au contraire, je Vous l'avoue ingénuement, que Vous tireriez parti de l'avis important que j'avais eu l'honneur de Vous donner et dont je Vous avais prié de faire la confidence à Mr Laforest, en disposant également Mr le Bon de Bühler en notre faveur[1]; j'espérais que cette information, qui Vous était évidemment parvenue encore assez à temps pour en faire un usage salutaire, suffirait pour ne pas Vous en laisser imposer par la jactance des ministres de W[urtemberg], et engagerait sans doute V. Exc. à retirer la lettre adressée au ministre de Russie à sa propre réquisition et dont tout le contenu, je ne Vous le dissimule pas, m'a semblé si obligeant envers le Duc de Wurtemberg et si conforme à tout ce qui pouvait jamais lui paraître possible d'obtenir dans cette lice, que je ne conçois en vérité pas, comment la grimace de la surprise que Mr de Normann a affectée lors de la proposition de l'alternation selon les strophes aurait pu me faire prendre le change à l'égard de la satisfaction secrète qu'il en aura ressentie: d'ailleurs V. Exc. ne doutera pas plus que moi, qu'il n'ait déjà été prévenu complètement alors par ses amis de cette favorable disposition. Je suis également persuadé qu'il aura parfaitement applaudi à la lettre mentionnée au Bon de Bühler, attendu que la sollicitation pressante qu'elle contient n'aurait guères pu être tournée plus conformément aux vœux et aux intérêts de son maître, s'il avait dû lui-même la rédiger. C'est donc bien plutôt Msgr. le Margrave qui en a eu toute la surprise et nous serions peut-être encore à chercher l'explication de cet incident inattendu aussi bien que du fâcheux résultat qui en a été la suite toute naturelle, si à force d'y réfléchir et à l'aide de quelques renseignements indirects je n'étais pas parvenu à en développer les véritables circonstances. Enfin: les ordres du

[1] Vergl. oben Nr. 441.

Roi prescrivaient à V. Exc. d'empêcher et de ne pas permettre que le Landgrave de Cassel fût décidément fixé à la dernière place dans le collège électoral[1]. Elle n'a pas pu se dispenser de se conformer aux intentions de S. M.; cela saute aux yeux, explique tout et ne souffre pas la moindre réplique; je ne me permettrai pas même d'observer, que, lorsqu'il peut y avoir collision entre plusieurs intérêts, il faut bien s'attendre que le principal l'emportera toujours; mais je ne comprendrai jamais, pourquoi il fallait solliciter précisément au nom du Margrave et même à son insçu un arrangement tout en sa défaveur et dont le but principal pouvait être atteint de différentes autres manières, et certes bien plus décemment, par une alternation *vraiment* commune et *entièrement* égale entre les 3 maisons; expédient que S. A. S. eût pu regarder comme une mesure de sagesse propre à terminer à l'amiable une concurrence à laquelle toutefois Msgr. le Margrave n'aurait pas même dû être exposé, après que les deux plans proposés par les puissances médiatrices et conclusions authentiques de la Députation de l'Empire avaient prononcé si constamment en sa faveur à ce sujet.

Pardonnez-moi, chère Excellence, cette discussion sincère, dont j'entrevois bien l'inefficacité à réparer entièrement cette malheureuse affaire; mais Votre profonde pénétration, Votre expérience, le zèle et le dévouement dont Vous avez donné tant de preuves à Msgr. le Margrave, me garantissent que Vous entrevoyez suffisamment l'importance des conséquences qui résulteraient d'autant plus vraisemblablement de cette condescendance, s'il était fondé, comme on le veut soupçonner en partie, que la 5me restriction énoncée dans le § 32 du recès[2] y aurait été insérée aux instances du ministre de Wurtemberg pour favoriser gratuitement les vues du Duc contre les droits incontestables qui doivent passer à la maison de Bade avec la possession de l'évêché de Constance. Je sais que V. Exc. dans Ses entretiens avec Mr le conseiller privé Meier à Ratisbonne lui a fortement recommandé que nous ne devions pas nous relâcher sur les prérogatives de ce genre relativement au Cercle de Souabe. Il serait donc d'autant plus précieux pour les intérêts du Margrave, si V. Exc. voulait me communiquer incessamment Ses conseils eclairés sur les mesures ultérieures à prendre maintenant pour éviter ou écarter les attaques qui ne manqueront pas de nous être faites, parce que les circonstances rendront peut-être bientôt notre résistance à cet égard fort urgente.

Agréez, chère Excellence, l'hommage etc.

Concept.

---

[1] Vergl. die Mittheilungen Gemmingens, vom 23. Febr., oben Nr. 374.

[2] Dieselbe besagt, daß die Fürsten, die frühere geistliche Stimmen erhalten, dadurch kein Recht zu höherem Range, als sie vorher hatten, erlangen.

453. Graf Görtz an Edelsheim.

Regensburg, 7. März 1803.

[Neue Schwierigkeiten wegen Abänderung des § 31. Interpretation desselben durch die vermittelnden Mächte.]

Görtz hat dem badischen Comitialvotum den gewünschten Zusatz nicht beigefügt, noch sich entschlossen, die Eliminirung der Worte „nach der Strophenordnung" im § 31 des Deputationsrecesses zu beantragen, da die Gesandten der vermittelnden Mächte, vor allem Laforest, mit einer gewissen Empfindlichkeit davor warnen und auf die neuen Schwierigkeiten, die ein solcher Schritt verursachen werde, hinweisen. Dagegen begegne der Antrag, „daß das Alterniren nach der Ordnung der Strophen sich nur auf das Sitzen und Votiren in comitiis verstehe", keinerlei Bedenken und dürfe auf ihre Unterstützung rechnen.

Der Markgraf giebt sich damit zufrieden, um die Ratification des Deputationsschlusses durch den Kaiser nicht zu verzögern, spricht aber die Erwartung aus, daß die beiden Gesandten eine entsprechende Erklärung selbst abgeben oder befürworten werden. Rescripte an Görtz vom 14. und 18. März.

---

454. Der französische Gesandte Laforest an Edelsheim.

Regensburg, 14. März 1803.

[Die Wiener Nachrichten grundlos. Oesterreichisch-würtembergische Umtriebe und ihre Gefahr. Das Alternat die beste Lösung. Warnung vor weiterer Verschleppung der Sache.]

Confidentielle!

J'ai différé de répondre, Mr le Bon, à la lettre dont V. Exc. m'a honoré le 18 du mois dernier. Je tenais à vérifier avant tout, si les données qui ont influé sur la note du 12 [sic! lege 11] étaient inexactes en quelque point. J'ai de nouvelles preuves aujourd'hui qu'elles étaient rigoureusement justes et je me félicite d'avoir ignoré les notions qu'une politique déliée avait alors à dessein portées jusqu'à Vous. L'extrême désir de ne faire rien que de très agréable à S. A. E. m'aurait peut-être fait saisir des aperçus artificiels. Il en serait résulté au moins de l'hésitation dans le moment critique où la faculté de mettre ses intérêts à couvert allait échapper. Vous auriez Vous-même à regretter d'avoir sacrifié à de flatteuses apparences. Nous aurions tous à nous reprocher d'avoir prévu, mais de n'avoir pas empêché que les préférences ne fussent pour le premier imitateur de l'exemple donné au commencement du siècle dernier. Si j'avais l'honneur de voir V. Exc., j'aurais beaucoup de détails à lui confier dont une lettre n'est pas susceptible.

Raisonnant au reste, Mr le Bon, dans Votre propre hypothèse, je Vous dirai avec franchise, que comme il ne convenait à personne, à une exception près, que le collège électoral fût exposé à ne pas recevoir promptement son organisation, il fallait briser un charme magique qui

commençait déjà à opérer contre la médiation. Or un pareil parti voulait qu'au moins justice impartiale fût faite et rien n'était justice qu'un *status quo* parfait. C'était le seul expédient pour que l'enchanteur lui-même n'eût rien à dire. Je crains que Vous n'ayez oublié que lors de la rédaction des premières déclarations jusqu'au dernier moment il a été constamment répété par les médiateurs qu'ils n'avaient pas encore voulu préjuger la question du rang au collège électoral.

Je prie V. Exc. de croire que j'ai été très sensiblement affecté d'apprendre qu'un dénouement aussi heureux que peu espéré n'eût pas Votre approbation. Je ne le suis pas moins d'avoir aujourd'hui contre Votre opinion à prier Mr le Cte de Gœrtz d'éloigner tout ce qui pourrait donner prise à des combinaisons opposées à l'intérêt général; je mets dans cette catégorie les réserves qu'il m'a prévenu que Vous désiriez.

Je le conjure au moins de les différer jusqu'à ce qu'il Vous ait fait quelques représentations. Pourquoi donc introduire dans les votes une sorte de désaveu, dont on se servira contre Vous-même pour remettre en question l'alternat établi? Est-ce pour que les discussions se renouvellent que la médiation a mis de soins si variés à les écarter? Les deux gouvernements médiateurs veulent finir très sérieusement. Vous échappe-t-il qu'on veut épisoder ailleurs? Non certes S. A. E. ne consentira pas à y donner lieu le moins du monde.

Loin du foyer central des affaires de Ratisbonne on en parle bien à l'aise. Combien de choses qui n'ont coûté que la peine de désirer eussent ici tout mis en feu! Dans l'amertume de certains moments j'ai eu souvent à le dire à mon gouvernement et toujours avec succès. Je fais des vœux pour que V. Exc. soit bien convaincue que mon zèle pour S. A. S. ne connaît des bornes que le possible . . . .

---

455. Graf Görtz an Edelsheim.

Regensburg, 15. März 1803.

[Keinerlei Rücksichtnahme auf Preußen. Rechtfertigung seines Verhaltens. Bedenken wegen des projectirten Zusatzes zum Comitialvotum. Die Besorgnisse wegen § 32, Art. 5 unbegründet.]

. . . . Je ne m'y attendais pas après mon rapport du 21 février, dans lequel je m'étais flatté avoir développé les raisons et les motifs purs, qui avaient guidé et déterminé mes démarches dans l'affaire de l'alternative entre les 3 maisons destinées à entrer dans le collège électoral; et surtout, je ne Vous le cache pas, Mr le Baron, je ne m'attendais pas à une censure aussi amère, à des accusations d'avoir négligé les intérêts qui me sont confiés et de préférer ceux d'un autre. Avant d'entrer dans aucune autre

discussion je dois me laver de ce soupçon pour le moins injuste. Je dois prier V. Exc. d'être persuadée que les renseignements indirects qu'Elle dit avoir reçus et qui doivent Lui avoir expliqué ma conduite sont faux, qu'il n'existe pas un ordre du Roi qui me prescrive d'empêcher que le Landgrave de Hesse-Cassel fût décidément fixé à la dernière place, quoiqu'assurément aussi je ne connais pas de raison, pourquoi il devait l'être, et, si j'avais pu avoir un tel ordre, Vous auriez dû, Mr le Baron, rendre assez de justice à mes principes d'honneur et de probité dont je ne me suis jamais écarté, pour être persuadé que je n'aurais pu manquer à mon devoir, qui aurait été celui d'en prévenir Msgr. le Margrave.

Si je pourrais [sic!] donc être méconnu de Vous à ce point, si on pouvait avoir donné une telle idée à Msgr. le Margrave, toute discussion ultérieure deviendrait inutile et en Vous priant instamment de ne pas lire plus loin, la seule chose qui me resterait à Vous demander serait de mettre au pieds de S. A. S. Msgr. le Margrave ma démission . . . . Mais si ce soupçon n'existe pas dans le cœur magnanime de Msgr. le Margrave et s'il peut être effacé chez Vous, dès lors ma justification ne deviendra plus pénible et elle sera courte. Je pourrais même m'en dispenser et me remettre à la lettre ci-jointe du ministre Laforest[1] auquel j'ai dû confier le contenu de la lettre de V. Exc., auquel, en sa qualité de ministre français et médiateur, j'ai cru par l'intérêt de Monseigneur devoir faire part de l'ordre que j'avais reçu hier en date du 9 de la part du conseil privé[2], de donner à ce sujet encore une déclaration réservatoire au protocole, et lequel, alarmé de cette démarche, qu'il regarde pouvoir porter préjudice et à S. A. S. et à la cause commune, a exigé de moi d'en faire des représentations pour la non-émission de cette déclaration. Il y joint les siennes dans cette lettre et m'a demandé de suspendre l'exécution du dit ordre jusqu'à lundi prochain, où il sera encore assez temps de la faire. Par l'envoi et le retour d'une estafette je pourrais jusqu'à ce terme connaître les intentions finales de S. A. S., mais je dois toutefois prévenir V. Exc. que, si jusque là il ne me parvient rien et que les délibérations de la Diète devaient être terminées ce jour-la, comme cela est possible, je m'acquitterai ce jour sans faute de ce que les ordres du 9 me prescrivent, quelque intimement que je sois convaincu que cette démarche, si elle doit effectivement avoir lieu, sera très défavorable aux intérêts de la maison de Bade et vraisemblablement à toute l'importante affaire, amenée jusque là si heureusement.

---

[1] Fehlt. Vergl. übrigens oben Nr. 454.

[2] Dieselbe schärft die Weisung vom 28. Febr. wegen Aufnahme eines entsprechenden Zusatzes in das badische Votum von neuem ein. S. oben Nr. 451.

Enfin pour venir encore, puisqu'il le faut, à ma justification dans laquelle je serai aussi court que possible, je Vous dirai, Mr le Baron, que ce n'est pas moi qui ai eu l'idée de cette alternative, que c'est le ministre de France, Mr Laforest lui-même, qui a eu la première conviction que ce fût le seul parti à prendre et qu'il n'y avait point de temps à perdre, puisqu'il avait les notions les plus positives, qu'il y avait urgence, que les intérêts du Margrave et ceux du bien général l'exigeaient. C'était lui qui m'avait engagé d'y porter le ministre de Russie, qui s'y refusait, dont le frère, qui était venu de Vienne par Stoutgart, avait justement passé par ici et qui assurément est trop galant homme pour avoir communiqué la lettre mentionnée que je lui avais écrité[1] pour en faire un objet de jactance. J'avais reçu à la vérité, comme je Vous l'ai aussi annoncé, la veille de la remise de la note, Votre lettre du 5 février, j'en avais parlé à Mr. Laforest, mais la notion que cette lettre contenait n'avait point paru ni à lui ni à moi propre à nous assurer, elle devait plutôt, si elle se vérifiait, augmenter nos inquiétudes, connaissant l'influence prépondérante de la mère[2] et sa prédilection marquée pour sa maison. Voilà les vrais motifs, le vrai secret, et outre ceux-là nous avons eu, Mr. Laforest et moi, le grand intérêt, celui que ma propre conscience et les ordres du Roi et du Premier Consul nous prescrivent sans cesse, d'aller au but pour finir et d'écarter par cet effet tout ce qui pourrait élever des disputes, des discussions et être saisi du parti contraire pour empêcher la conclusion et après celle-ci la jouissance du résultat, l'activité de la Diète. Dirigés par ces ordres précis et guidés par ces motifs purs, nous avons cru que le plus sûr moyen d'y parvenir était celui de suivre la justice, de déranger le moins possible ce qui était établi et ce qu'on pouvait garder des anciennes formes, qui donnaient des droits existants. C'est d'après ce principe qu'a été fait le «schema sessionis» dans le collège des Princes. En y conservant les alternants, on a cru devoir avec la même justice en user pour le collège électoral, ayant dû craindre que toute autre mesure qu'on adopterait, occassionnerait des récriminations fondées et justes et éloignerait alors du but essentiel, auquel on est dans ce moment-ci près d'arriver. Voilà toute ma justification . . . .

Quant à la cinquième restriction du § 32, V. Exc. est encore dans l'erreur, en croyant qu'elle a été insérée sur les instances du ministre de Wurtemberg. Elle n'a eu lieu qu'après de longues, vives et réitérées discussions et après avoir été demandée par presque tous les ministres, mais elle ne saurait en rien du monde préjudicier au cas particulier où se

[1] S. oben Nr. 442.

[2] Der Kaiserin-Mutter von Rußland.

trouve Constance. Ce cas est le même en Souabe que celui de Bamberg en Franconie. Comme le Roi laisse Bamberg à sa place, le Duc de Wurtemberg ne saurait sans commettre une grande injustice se refuser de faire la même chose vis-à-vis de Constance . . . .

---

456. Edelsheim an den französischen Gesandten Laforest.

Karlsruhe, 18. März 1803.

[Der Markgraf fügt sich betr. des Alternats dem Wunsche Laforests. Erklärung der vermittelnden Minister vom 18. April.]

V. Exc. à parfaitement rendu justice à Msgr. le Margrave, en se persuadant d'avance qu'il ne peut certainement pas avoir l'intention de donner lieu le moins du monde à de nouvelles discussions sur les résultats de l'œuvre salutaire que les soins inappréciables des puissances médiatrices ont si heureusement accompli. Plutôt que de s'exposer à ce reproche dans une circonstance si importante, S. A. S. se prêtera au sacrifice de renoncer même à l'égalite parfaite à laquelle Elle avait borné ses réclamations malgré les titres fondés sur l'ancienneté de sa maison et la bienveillance du Premier Consul qui paraissaient lui devoir assurer la préférence sur la maison de Wurtemberg. Les instructions que le Cte de Gœrtz reçoit aujourd'hui[1] l'invitent à se conformer entièrement aux désirs que V. Exc. m'a fait l'honneur de m'exprimer dans Sa lettre du 14 de ce mois, à ce sujet . . . .

Der Markgraf werde Laforests Rathschläge stets zu schätzen wissen, wie er auch hoffe, «de mériter l'approbation du gouvernement français dans toutes ses démarches».

Concept.

---

457. Uebereinkunft mit dem Bischofe Wilderich von Speier[2].

Karlsruhe, 22. März 1803.

[Feststellung des Deputats. Abzüge an demselben und ihre Berechtigung. Differenzen darüber mit dem Bischofe. Ausgang des Streits.]

Geh. Rath Meier, namens der markgräflichen Regierung, und Geh. Rath Joachim, als Bevollmächtigter des Bischofs, schließen behufs Regelung des künftigen Sustentationsgehalts des Bischofs eine Uebereinkunft ab, die am 23. März von letzterem ratificirt wird. Danach sollen die von dem Bischofe während seiner Reise bis zum 1. Dec. 1802 aus dem

---

[1] S. oben S. 368. In einer an die Deputation gerichteten Note vom 18. April entsprechen schließlich Laforest und Bühler dem Wunsche nach einer befriedigenden Erklärung bez. des Rangs der neuen Kurfürsten und stellen ausdrücklich fest, «que la médiation n'a pas entendu en altérer la parfaite égalité dans les différentes fonctions et dans les différentes circonstances étrangères aux délibérations de la Diète». Beilagen, IV, 350.

[2] Gedruckt bei Remling, Urkundenbuch zur Geschichte der Bischöfe von Speier, II, 765 ff. — Ueber die Vorgeschichte vergl. oben S. 321 ff.

Lande bezogenen Gelder, etwa 124000 fl., nicht zur Verrechnung kommen, es soll ihm ferner an Capitalien und Obligationen die Summe von 81400 fl. als freies Eigenthum überlassen werden, wogegen der Bischof auf alle bis zum 1. Dec. d. J. erwachsenen Cameral-ausstände und -vorräthe verzichtet und sich verpflichtet, „alle und jede Originalschuld-verschreibungen über die hochstiftischen Activcapitalien" auszuliefern. Für einen Theil der obenangeführten Summen von 81400 fl., für ein Activcapital nämlich von 50000 fl., wird dem Bischofe eine Obligation der k. k. Commercial-Leih- und Wechselbank in Wien vom 13. Nov. 1799 über 120000 fl. an Zahlungsstatt eingehändigt, wogegen dieser verspricht, das Plus von 70000 fl., sobald es möglich, dem Bruchsaler Kammerzahlamt zurückzuerstatten und, bis dies völlig geschehen, von dem ihm ausgesetzten Deputate jährlich 6000 fl. nebst 5% Zinsen für die Restschuld in Abzug bringen zu lassen (Art. 2).

Als Sommerresidenz wird ihm Schloß Waghäusel mit allem Zugehör und Inventar, als Winteraufenthalt der bisher von ihm bewohnte Theil des Bruchsaler Schlosses auf Lebenszeit überwiesen (Art. 4).

Als jährliches Sustentationsgehalt und Deputat werden dem Bischofe 44000 fl., zahlbar in Monatsraten, bewilligt, „dergestalten, daß, obschon auf Seiten des Herrn Markgrafen Hf. D. bei dem Auswurf dieser Deputatsumme auf die Zinsrenten aus denen hochstiftischen Activcapitalien (s. oben Art. 2) die nothwendige Rücksicht genommen worden ist, dennoch ersagtes Deputat keine Minderung erleiden darf, wenn sothane Capitalien in das Eigenthum und in den wirklichen Besitz und Genuß Ihrer Hf. D. übergegangen sind und dann erst in der Folge eines oder das andere ungiebig werden sollten" (Art. 5).

„Uebrigens" — wird zum Schlusse bemerkt — „haben Ihro Hf. Gnaden annoch den Wunsch geäußert, daß des Herrn Markgrafen zu Baden Hf. D. die Erhaltung des Religionszustandes und dessen Beschützung gegen alle unbefugte Eingriffe und Beschwerden landesherrlich zu versichern geruhen möchten, welchem Wunsch jedoch Ihre Hf. D. denen vorliegenden Reichsdeputationsbeschlüssen und Ihren bekannten gerechten und billigen Gesinnungen gemäß durch die öffentlich erlassene Religionsedicte bereits zuvorgekommen sind" (Art. 9).

Abschrift.

Ein Vertrag, der mit seinen Klauseln unverkennbar die Keime künftiger Zwistigkeiten in sich birgt. Wie es sich bald herausstellte, war es Baden nicht möglich, in den Besitz und den Genuß der in Oesterreich placirten hochstiftischen Activcapitalien zu gelangen, da diese von dem Wiener Hofe mit Berufung auf das landesherrliche Heimfallrecht und Art. 4 der Convention vom 26. Dec. 1802 mit Beschlag belegt wurden. (Vergl. Theil III, Abschnitt 1.) Man war also badischerseits genöthigt, von dem in Art. 5 für diesen Fall vorgesehenen Vorbehalte Gebrauch zu machen und das stipulirte Deputat herabzusetzen, in der Weise, daß zunächst, so lange der Sequester andauerte, außer der vertragsmäßig festgesetzten Abzahlungsquote von 6000 fl. jährlich weitere 11000 fl. von dem Deputate abgezogen werden sollten. Auf die Vorstellungen des Bischofs genehmigte der Kurfürst jedoch am 29. Aug. 1805, daß nicht nur die Abzahlungsquote auf 4000 fl., sondern auch der weitere Abzug von 11000 fl. auf 9000 fl. ermäßigt würde, mit rückwirkender Kraft; danach sollte der Bischof also jährlich 44000 — (4000 + 9000) = 31000 fl. erhalten. An diesem Vergleiche hielt Baden fest, obgleich Bischof Wilderich seinerseits hartnäckig die Zustimmung versagte. Durch den Preßburger Frieden wurde die Sachlage insofern verändert, als Baden darin gegen Abtretung des Breisgaus und der Ortenau Verzicht auf die sequestrirten Capitalien zu leisten hatte[1]. Es

[1] Artikel 15 des Preßburger Friedens: «et réciproquement toutes prétentions actuelles ou éventuelles desdits Etats [scil. Bade, Bavière, Wurtemberg], à la charge

werde daher dem Bischofe, meinte selbst der Geh. Rath, leicht fallen, ein etwaiges Schiedsgericht davon zu überzeugen, daß ein Grund zu einem weiteren Abzuge an dem Deputate nicht mehr vorwalte (G. R. Prot. v. 10. März 1807). Dem gegenüber machte der Geh. Finanzrath jedoch geltend, daß die speirischen Capitalien in Oesterreich an Werth mittlerweile eine erhebliche Einbuße erlitten hätten und z. Z. des Preßburger Friedens wol nur noch die Hälfte des Nominalbetrages werth gewesen seien, während man sie doch badischerseits beim Abschlusse des Sustentationsvertrages vom 22. März 1803 als „ein sicheres, in baarem Geld einziehendes Capital" betrachtet habe. Trotzdem setzte der Geh. Rath am 29. Dec. 1807 den jährlichen Abzug von 9000 auf 6000 fl. mit rückwirkender Kraft herab. Infolge weiterer Verhandlungen mit Oesterreich gelang es, durch den Wiener Vertrag vom 27. Sept. 1808, in dem Baden all' seine wegen Ausübung des Heimfallrechts gegen Oesterreich erhobenen Ansprüche fallen ließ, von den Speirer Capitalien schließlich die bescheidene Summe von 80500 fl. zu retten (Prot. des Finanzministeriums vom 22. April 1809). Auf erneute Beschwerden des Bischofs zeigte sich der Geh. Rath bereit, trotz der finanziellen Nöthe des Landes den Abzug am Deputate «pro ultimato» von 6000 auf 4000 fl. herabzusetzen, unter der Bedingung, daß der Bischof sich dabei ein- für allemal beruhige (G. R. Prot. vom 28. April 1809); ungeachtet des entschiedenen Protestes des Finanzministeriums ertheilte der Kurfürst dem Beschlusse seine Genehmigung. Bischof Wilderich gab sich indeß auch mit diesem Entscheid nicht zufrieden, sondern erhob neue Ansprüche und sträubte sich, den verlangten Verzicht auf alle weiteren Forderungen auszusprechen. Während darüber noch verhandelt wurde, starb der Bischof am 21. April 1810; mit seinem Tode fanden alle Schwierigkeiten ihr Ende. Das Deputat belief sich damals auf 44000 — (4000 + 6000) = 34000 fl.; da im Laufe des Jahres 1810 auch jene Restschuld von 70000 fl. durch Entrichtung der letzten Quote heimgezahlt und getilgt worden wäre, so würde sich dasselbe künftig dauernd auf 38000 fl., bei Ausstellung des gewünschten Verzichtes sogar auf 40000 fl. erhöht haben. Die Angabe bei Remling, Geschichte der Bischöfe von Speier, II, 228, es hätten die Abzüge von dem Deputate beim Ableben des Bischofs 34000 fl. betragen, ist mithin unrichtig, der bedingte Vorwurf, den Kleinschmidt, Karl Friedrich, S. 157 auf Grund dieser Angabe gegen den Kurfürsten erhebt, unberechtigt.

Formell, nach dem Wortlaute des Vertrags vom 22. März 1803, war die badische Regierung, darüber kann gar kein Zweifel bestehen, durchaus im Rechte, wenn sie diese zweifachen Abzüge vornahm, eine andere Frage ist, ob der Vertrag dem Reichsdeputationshauptschlusse entsprach, der im Art. 51 zweifellos ein nach dem Grade der Einkünfte zu berechnendes, dann aber ein- für allemal fixirtes Deputat im Sinne hatte und dessen Absicht sicherlich nicht war, diese Jahrespension von der jeweiligen Finanzlage des Landes oder irgend welchen anderen wechselnden Bedingungen abhängig zu machen. Es war ein Fehler des Bischofs, daß er in einen Vorbehalt, wie er in Art. 5 der Uebereinkunft sich findet, in den Verträgen mit anderen geistlichen Fürsten, wie den Bischöfen von Basel und Konstanz, aber nirgends enthalten ist, einwilligte; nachdem er aber einmal das Abkommen unterzeichnet hatte, mußte er auch die Folgen tragen. Daß die kurfürstliche Regierung von ihrem Rechte im ganzen möglichst milde Gebrauch machte, dürfte sich aus den obigen Ausführungen ergeben.

———

de la maison d'Autriche ou de ses Princes, sont et demeureront éteintes à perpétuité». Martens, Supplément au recueil des principaux traités, IV, 217.

458. Herzog Friedrich von Würtemberg an Karl Friedrich.

Stuttgart, 7. April 1803.

[Flucht des Erbprinzen. Ersucht um Verhaftung und Auslieferung des Adjutanten von Phull.]

C'est le cœur d'un père profondement affligé qui vient aujourd'hui demander des consolations à V. A. S., en espérant d'Elle qu'Elle l'aidera à pénétrer à fond une intrigue qui cause l'égarement cruel de mon fils, le prince héréditaire[1]; je m'adresse à un père de famille bien plus qu'à un souverain, en espérant d'Elle l'assistance que mon ministre d'état, le Bon de Normann, est chargé de La prier de m'accorder et la confiance avec laquelle j'attends l'accomplissement de mes désirs me fait espérer que V. A. S. me pardonnera de ne plus entrer ici dans plus de détails qui doivent m'être trop douloureux et de m'en rapporter entièrement là dessus à ce que le Bon de Normann aura l'honneur de Lui dire à ce sujet[2]. . . .

Eigenhändig.

---

459. Edelsheim an den würtembergischen Staatsminister von Normann.

Karlsruhe, 11. April 1803.

[Widerstreben der badischen Regierung. Zusicherung der Verhaftung von Phulls; Auslieferung nur auf richterliches Erkenntniß.]

Die Beschlagnahme der Papiere des Freiherrn von Phull wird mit der Begründung abgelehnt, daß wol Schloß Obermönsheim, nicht aber die dortige adelige Familie, die zur Reichsritterschaft zähle, unter badischer Lehenshoheit stehe, daß demnach von Phull der markgräflichen Jurisdiction in keinerlei Weise unterworfen „und nur in der Eigenschaft eines ehevogtlichen Vertreters einer Vasallin[3] dem fürstlichen Hause Baden angehörig" sei.

---

[1] Nach jahrelanger Entzweiung mit dem Vater hatte sich der Erbprinz, der sich schon im Jahre 1798 mit Fluchtplänen getragen, mit Hilfe seines Adjutanten von Phull der väterlichen Autorität durch Flucht entzogen und zunächst nach Wien gewandt; später erscheint er dann in Paris, wo er sich vergeblich bemüht, die Zustimmung der französischen Regierung zu seiner Trauung mit Frl. Abel, der Tochter des bekannten ehemaligen würtembergischen Gesandten, zu erlangen. Ueber das Verhältniß zwischen Vater und Sohn und den Aufenhalt des Letzteren in Wien und Paris bieten die Berichte des Grafen Fugger im Wiener und die Berichte Gemmingens und Dalbergs im Karlsruher Archive interessante Details.

[2] In einer an Edelsheim gerichteten Note, dat. Karlsruhe, 10. April 1803, informirt Normann denselben über die Umtriebe des Herrn von Phull und seinen Antheil an der Flucht des Erbprinzen aus Würtemberg und ersucht um seine Verhaftung und Auslieferung, sobald er badisches Gebiet betrete, sowie um commissarische Beschlagnahme seiner zu Obermönsheim befindlichen Papiere.

[3] Schloß Obermönsheim (würtembergisches Oberamt Leonberg) war als badisches Lehen im Besitze der Familie v. Rieppur, der auch das Recht weiblicher Lehensfolge zustand; nach dem Aussterben des Mannesstammes hatte sich die letzte Trägerin des Namens, Philippine Charlotte v. R., mit dem Freiherrn Ernst v. Phull vermählt. Vergl. Beschreibung des Oberamts Leonberg, 208 ff.

In eine Verhaftung von Phulls als eine Maßregel „der höheren Staatspolizei" willigt man „auf Kosten und Gefahr" des Herzogs ein; eine Auslieferung dagegen könne nach dem geltenden Recht nur erfolgen, „wenn entweder Ihro Hf. D. der Herr Herzog sich als nachjagenden Herrn desselben darstellen könnten, oder, da dieses kaum glaublich ist, von einer dortigen ihrer Competenz halber außer Anstand stehenden Gerichtsstelle ein legales Erkenntniß auf Realcitation desselben vorgelegt würde", da jeder, der die badischen Lande in erlaubter Weise betrete, nur «servato iuris ordine» seiner Freiheit beraubt werden könne[1].

Concept Brauers.

460. König Friedrich Wilhelm III. von Preußen an Karl Friedrich.

Berlin, 19. April 1803.

[Glückwunsch zur Kurwürde. Würdigung der Verdienste Karl Friedrichs.]

Unter den mannigfaltigen Veränderungen, welche das nunmehr berichtigte Entschädigungswerk für das deutsche Vaterland zur Folge gehabt, hat keine mit allgemeinerem Beifall und ungetheilterer Zustimmung aufgenommen werden können, als die, daß Ew. Liebden durch den erfolgten Hauptschluß der Reichsdeputation und dessen ohnfehlbare Ratificirung zu der Würde eines Kurfürsten des hl. Römischen Reiches ernannt und erhoben worden sind. Wir erkennen mit allen Unsern Mitständen in dieser Ew. Liebden beigelegten Auszeichnung nur einen gerechten Tribut der Achtung für das ehrwürdige Vorbild, welches Ihre Tugenden und Ihre ruhmvolle Regierung in einer so langen Reihe von Jahren gewähret, sowie der Erkenntlichkeit für die Verdienste, welche Sie Sich um das gesammte deutsche Vaterland erworben haben[2]. Um so lebhafter ist das Vergnügen, womit Wir Ihnen Unseren Glückwunsch bezeugen .... Indem Wir durch dies nähere collegialische Verhältniß die bisherigen Bande der Mitstandschaft noch enger geknüpft und die bewährte Freundschaft, welche beide Häuser seither verbunden hat, noch mehr unterhalten sehen, können Wir nichts angelegentlicher wünschen, als daß der glücklichen Fälle recht viele eintreten mögen, wo Wir mit Ew. Liebden für das Wol des Reichs auch in diesem neuen Verhältniß gemeinschaftlich wirksam sein können[3] ....

---

[1] Dementsprechend bedauerte auch der Markgraf in einem Schreiben an den Herzog, d. d. Karlsruhe 12. April 1803, daß er sich «hors d'état de consentir à ce que V. A. S. me demande» befinde.

[2] Diese ersten beiden Sätze des Schreibens mitgetheilt in der Flugschrift: Ueber die Ansprüche der Krone Baiern an Landestheile des Großherzogthums Baden. Mannheim 1827. S. 12.

[3] Am 2. Mai spricht Karl Friedrich dem Könige seinen Dank aus für das huldvolle Schreiben, „auf dessen Inhalt noch Meine spätesten Nachkommen stolz sein werden", und bittet, ihm bei der „baldigen Einführung in das kurfürstliche Collegium" und der „Aufnahme in den hohen Kurverein" beförderlich zu sein. — Concept Meiers.

461. Graf Görtz an den Geh. Rath.

Regensburg, 23. April 1803.

[Die Sequesterfrage vor der Reichsdeputation. Uneinigkeit.]

Am 20. d. M. hat eine Deputationssitzung wegen des österreichischen Sequesters stattgefunden[1]. Kursachsen schwankt, Würtemberg hat noch keine Instruction ertheilt. Nur Kurbrandenburg, unterstützt von Baiern, weist „die Unstatthaftigkeit" des österreichischen Verfahrens nach und beantragt baldige Abhilfe und Mittheilung der Beschwerden an die vermittelnden Gesandten. Kurmainz und Hessen-Kassel enthalten sich der Abstimmung, letzteres wird nur mit Mühe davon abgebracht, sich für die österreichischen Occupationen zu erklären, da dem Landgrafen bei seiner „nicht hinlänglich ausgefallenen Entschädigung" durch Nichtanerkennung des § 36 des Deputationsschlusses Vortheile erwachsen würden. Die vermittelnden Gesandten sind übrigens fest entschlossen, demnächst „mit einer ernsthaften Note" in dieser Frage vorzugehen.

462. Graf Görtz an den Geh. Rath.

Regensburg, 25. April 1803.

[Der Kurerzkanzler über die badischen Organisationsedicte. Lob der Toleranz und Milde.]

Der Kurerzkanzler rühmt in Gegenwart der beiden vermittelnden Gesandten die weise Regierung des Markgrafen und hebt hervor,

„daß sich dieselbe besonders auszeichnend in denen neuesten Organisationsedicten bethätigte, daß darunter das dritte von Religionsübung und Duldung und das vierte über Stifter und Klöster den edelsten Geist der Weisheit und Duldung athmeten und von allen Ihren Mitständen nachgeahmt zu werden verdienten, sowie das neueste siebente, die Mediatisirung der Reichsstädte betr., Ihnen so gerecht, mäßig und voll Güte schiene, daß Sie es sich bei denen Ihnen zugetheilten zwei Reichsstädten zu Muster dienen lassen würden . . . .

463. Der Geh. Rath an den Grafen Görtz.

Karlsruhe, 27. April 1803.

[Verwahrungen wegen des Vorrangs in der Kur. Ratification des Reichsgutachtens vom 24. März. Vollmacht zur Introduction im Kurcolleg.]

Auf die Meldung, daß der würtembergische Subdelegirte v. Seckendorff in der Deputationssitzung vom 20. d. M. von neuem wegen des von Würtemberg beanspruchten Vorranges Verwahrung eingelegt, wird Görtz angewiesen, „bei schicklicher Gelegenheit" in comitiis zu erklären, der Markgraf trete der Gegenverwahrung[2] des hessen-kassel'schen

[1] Dieselbe war veranlaßt durch die Beschwerden mehrerer Reichsstände, vor allem Kurbaierns, über den österreichischen Sequester. Vergl. Protokoll, II, 957 ff. Ein Beschluß ist nicht zu Stande gekommen, die Deputation hat sich aufgelöst, ohne die Streitfrage entschieden zu haben, und ihre Erledigung dem Reichstage überlassen. Vergl. über die ganze Angelegenheit oben die Einleitung.

[2] Beide Verwahrungen im Protokoll, II, 956.

Gesandten vollkommen bei und mache sich „solche auch rücksichtlich der Gerechtsame Ihres fürstlichen Hauses" zu eigen.

Zugleich wird Görtz durch Schreiben des Markgrafen an den kaiserlichen Principalcommissär, Fürsten von Thurn und Taxis, dat. 30. April, auf Grund der Ratification des Reichsgutachtens durch den Kaiser[1] „zur wirklichen Introductionshandlung und Verführung" der badischen Kurstimme ermächtigt.

---

464. Der Geh. Rath an den Grafen Görtz.

Karlsruhe, 2. Mai 1803.

[Würtembergische Verwahrung wegen des Vorrangs. Badische Gegenverwahrung.]

Graf Görtz hat mit Bericht vom 28. April eine Abschrift der Note des würtembergischen Gesandten vom 26. d. M., in welcher derselbe bei der Deputation gegen die Erklärung der vermittelnden Mächte vom 18. März Verwahrung einlegt[2], eingesandt. Der Geh. Rath ertheilt ihm darauf den Auftrag, der Deputation umgehend eine Gegenverwahrung zu unterbreiten, welche die würtembergischen Ansprüche actenmäßig zu entkräften sucht[3]: weder aus der Geschichte der Reichstage, noch aus der Stellung Würtembergs beim schwäbischen Kreis lasse sich ein Anrecht auf Vorrang ableiten; bezüglich der außercollegialischen Zusammenkünfte habe man sich durch einen Receß von 1746 „auf eine gleiche Alternation" verglichen; die Deputation möge daher erklären, daß bei solchen Zusammenkünften, „die der völligen Rechtsgleichheit der concurrirenden Kurhöfe allein angemessene gleiche Alternation von Fall zu Fall .... zu beobachten sei".

---

465. Graf Görtz an den Geh. Rath.

Regensburg, 3. Mai 1803.

[Uebler Stand der Sequesterfrage. Ablehnende Haltung in Wien. Intervention der vermittelnden Mächte erforderlich.]

Die Sequesterangelegenheit steht nicht günstig.

.... Aus einer ganz zuverlässigen Quelle habe ich in Erfahrung gebracht, daß des Kaisers Majestät in einer dem dermalen in Wien sich befindenden Grafen von Metternich zugestandenen Audienz auf seine dringende und wehmüthige Vor=

---

[1] Das Reichsgutachten vom 24. März, welches beim Kaiser die Bestätigung des Reichsdeputationshauptschlusses vom 25. Febr. beantragte, wurde durch kaiserliches Decret vom 27. April ratificirt, jedoch behielt sich der Kaiser dabei all' seine in Art. 4 des Pariser Vertrags garantirten Rechte nochmals vor und versagte den Bestimmungen über die Neubildung des Fürstenraths und die Vertheilung der Virilstimmen ausdrücklich seine Genehmigung. Vergl. Häusser, Deutsche Geschichte, II, 402.

[2] Beilagen zum Protokoll, IV, 394 ff.

[3] Concipirt von Geh. Rath Brauer; gedruckt in den Beilagen, IV, 438 ff. Auf Grund einer aus den älteren Reichstagsacten geschöpften „Kurzen Uebersicht" bemerkt indeß Brauer, „daß, wenn die Sache nicht nach Billigkeitsgründen, sondern nach dem aus anerkannten Observanzen abzuleitenden strengen Recht entschieden werden müßte", die Angelegenheit für Baden „sehr bedenklich" stehen würde.

stellungen ihm wiederholt die bestimmte Antwort gegeben haben: es thäte Ihnen leid, Sie müßten Sich aber an die Worte der Pariser Convention, welche Sie dazu berechtigten, halten und könnten davon auch selbst gegen Ihren Herrn Bruder, des Großherzogs von Toskana K. H., den es ebenfalls betreffe, nicht abweichen. Darnach wird nach meiner Einsicht nur die Einschreitung der vermittelnden Mächte das einzige Gegenmittel sein, und es wird vielleicht selbst erforderlich und nothwendig werden, die Gouvernements um ihre Intervention zu ersuchen, die dieselben um so weniger wol versagen können, da ohne Remedur dieser Beschwerde die Unmöglichkeit der Ausführung des ganzen Entschädigungsgeschäftes klar darzulegen ist . . . .

466. Karl Friedrich an Kaiser Alexander I. von Rußland.

Karlsruhe, 11. Mai 1803.

[Dank für die in der Entschädigungsfrage bewiesene kaiserliche Gunst.]

Durch die höchste Vermittlung Ew. K. M. ist das große und schwierige Geschäft der deutschen Entschädigungsangelegenheiten zur Bewunderung von ganz Europa glücklich angefangen und durchgeführt . . . . worden. Dafür steigen aber auch die inbrünstigen Segnungen von Millionen Menschen, in deren Hütten und Paläste dadurch Ruhe und Glückseligkeit zurückkehren, für Ew. ꝛc. mit dem innigsten Dankgefühl zum Himmel empor.

Unter diesen aus den Stürmen des Krieges glücklich Geretteten, für den erlittenen Länderverlust Entschädigten und selbst mit neuen Ehren und Würden ausgezeichnet wiederum Hervorgehenden — stehe auch ich vor Ew. K. M. mit jenen Empfindungen des innigstgerührtesten Dankes, für welche die Sprache keine Ausdrücke hat, um sie wahr und würdig genug bezeichnen zu können. Nehmen daher Ew. K. M. die schwachen Züge mit gnädigster Nachsicht auf, womit ich meine lebhafte Freude über den durch die unermüdete Verwendung und Sorgfalt Ew. ꝛc. herbeigeführten . . . . ehrenvollen Ausgang der Entschädigungsangelegenheit und zugleich meine unauslöschlichen Gefühle der devotesten Dankbarkeit für alle die kaiserliche Huld und Gnade zu schildern wage, die mir und meinen Angehörigen schon vorhin in so reichem Maße zu Theil geworden, vorzüglich aber durch jene starke und wolthätige Hand ausgespendet worden ist, mit welcher Ew. ꝛc. das Schicksal meines Hauses und meiner Unterthanen geleitet und aus den Gefahren der Vergangenheit zu jenem Ziel hingeführt haben, wo mir nun der Abend meines Lebens noch so ruhig und ehrenvoll entgegen glänzt und wo ich die kaum mehr zu hoffen gewesene Freude noch zu erleben das Glück habe, den seit einem halben Jahrhundert von mir so sorgfältig gepflegten, aber leider durch den wüthenden Orkan des Kriegs zerstörten Wolstand meiner Lande wiederum herzustellen.

Dafür sollen die übrigen Tage meines Lebens, die mir die göttliche Vorsehung noch fristen mag, vorzüglich dem Bestreben gewidmet sein, das dankbare

Andenken an alle die huldvollen Beweise des kaiserlichen Wolwollens durch deren täglich zu erneuernde lebhafteste Schilderung bei mir und den Meinigen zu erhalten und so auf meine Enkel und Urenkel zu vererben ....

Concept, mit Correcturen Meiers.

467. Graf Görtz an den Geh. Rath.

Regensburg, 12. Mai 1803.

[Auflösung der Reichsdeputation und Schlußbericht derselben.]

Die Noten der vermittelnden Gesandten vom 9. Mai, wonach diese ihre Aufgabe als erfüllt ansehen und ihre Abreise von Regensburg ankündigen[1], haben ihren Zweck, „die Auflösung der Reichsdeputation", erreicht. Albini theilt den Reichstagsgesandten mit, die Deputation werde am 10. d. M. in ihrer nächsten — der fünfzigsten — Sitzung selbst ihre Geschäfte für beendet erklären und einen Schlußbericht darüber an das Reich erstatten; auch sei ein kaiserliches Commissionsdecret eingelaufen[2], das die Auflösung der Deputation verfüge.

Die meisten ihrer Mitglieder versäumen nicht in dem letzten Sitzungsprotokolle, „der hohen Reichsversammlung als ihren höchsten Committenten diejenigen noch nicht ganz berichtigten oder sonst ihrer Aufmerksamkeit und weiteren Vorsorge noch benöthigt bleibende Gegenstände nachdrücklich .... zu empfehlen, da ohne dieses das so äußerst wichtige vaterländische Geschäft als ohnberedet und selbst in seinem Vollzug als gefährdet bleiben würde[3]".

---

[1] Beilagen, IV, 433.

[2] d. d. 9. Mai. Beilagen zum Protokoll, IV, 437.

[3] Protokoll, II, 999 ff.

III.

Die Anfänge des neuen Kurstaates.



1. Verhandlungen in Regensburg und Wien. (März 1803—März 1804.)

468. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 24. März 1803.

[Der österreichische Sequester. Cobenzl sichert Aufhebung zu. Der Wiener Hof dem Markgrafen freundlich gesinnt.]

C'est avec bien du plaisir que je me suis trouvé dans le cas de pouvoir transmettre à la fin de ma dépêche de hier la déclaration officielle du Cte de Cobenzl sur l'objet du séquestre auquel les dépendances des évêchés et abbayes sécularisées en faveur de la maison de Bade avaient été assujetties[1]. J'ai la conviction que je réussirai également par rapport aux capitaux . . . .

Der Kaiser hat dem Herzoge von Würtemberg auf ein Glückwunschschreiben gelegentlich der Pariser Convention vom 26. Dec. 1802, in welchem derselbe zugleich die Interessen seines Hauses, insbesondere bez. der Kur empfohlen, äußerst verbindlich geantwortet.

Le Cte Rasumowsky en ayant fait mention dans ses dépêches, il vient d'avoir une réponse à ce sujet dans laquelle S. M. Impériale de Russie témoigne Sa satisfaction sur ces marques de bienveillance de la cour de Vienne pour le Duc, mais aussi Son désir d'apprendre que la même chose ait eu lieu pour le Sérénissime Margrave. Lorsque l'ambassadeur en a fait l'ouverture au Cte de Cobenzl, celui-ci a répondu que certainement Sa Majesté aurait fait au Sérénissime Margrave une réponse d'autant plus affectueuse qu'Elle lui avait beaucoup de reconnaissance pour ses procédés à l'occasion de prise de possession et en général pour les ménagements que Son Altesse avait montrés dans le cours de négociations présentes, mais que Msgr. le Margrave n'avait pas fourni à Sa Majesté l'occassion de pouvoir Lui témoigner ces sentiments, comme elle s'était présentée lors de la réponse à faire au Duc de Wurtemberg.

Le Cte de Rasumowsky vient de me communiquer cette conversation pour en faire mon rapport à S. A. S. . . . .

---

[1] Dem betr. Berichte zufolge hatte Cobenzl versichert, es sei bereits Befehl ertheilt, „den aus Mißverständnis auf die Badenschen Entschädigungsgegenstände ausgedehnten Sequester aufzuheben". Ueber Anlaß und Gegenstand des Zwistes selbst vergl. oben die Einleitung.

469. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 9. April 1803.

[Die Introduction im Kurcollegium. Aufforderung der Reichskanzlei. Einseitiges Vorgehen Würtembergs.]

.... Von der Reichskanzelei hat man zu verstehen gegeben, wie sie gerne sehen würde, daß man jetzt die Unterhandlung wegen der Introduction eröffne, da die Erforderniße bekannt wären und die Regulirung der Taxen von dem Umfange derjenigen Lande abhänge, auf welchen die Kur ruhen solle. Es reime sich nicht mit der erforderlichen Delicatesse, daß die Reichskanzelei hierüber zuerst Eröffnungen mache, weil es in einer solchen Angelegenheit den Schein der Eigennützigkeit haben könnte.

Ich habe bis jetzt noch keine Gründe gefunden, von dem gleich anfangs aufgestellten Systeme abzugehen, nach welchem ich nur die erfolgte Ratification für den Zeitpunkt halte, wo die gehörigen Vorschritte angemessen zu sein scheinen. Aber bis dahin hoffe ich auch die gnädigsten Instructionen zu erhalten, weil allerdings ein längerer Verzug nachtheilig sein könnte.

.... Nach der Aeußerung des Herrn von Bühler sei der vom Herzog ausdrücklich befohlene Vorschritt[1] durch die dem Badenschen Voto angehängte Reservation[2] veranlaßt worden, weil sie Se Durchlaucht von neuem sehr erbittert habe, welcher glaube, daß von nichts anderem mehr die Rede sein könne, als nach der gewöhnten Weise, um im Kurcollegium nach der ersten Strophe anzufangen. Herr von Bühler schien sich dabei wegen seines allerdings nicht ganz zu billigenden Vorschrittes entschuldigen zu wollen, nachdem ich ihm wiederholt ein gemeinschaftliches Benehmen vorgeschlagen hatte. Es giebt Gelegenheiten, wo es mir am gerathensten scheint, nichts zu antworten, und so habe ich es auch diesesmal gehalten.....

---

470. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 13. April 1803.

[Der Bischof von Basel rühmt die Großmuth des Markgrafen. Unterredung mit dem Nuntius. Wünsche betr. Dotirung des Landesbistums.]

.... Der Fürstbischof von Basel ist hier angekommen und bezeuget laut seine Zufriedenheit über die großmüthige Art, wie Serenissimus ihn behandelt haben. Er hat mir bestätiget, was ich bereits vom päpstlichen Nuntius gehört hatte, daß Serenissimus die Absicht hätten, ein Bistum zu gründen und den bisherigen Bischof von Basel dazu zu ernennen.....

---

[1] Bühler hatte bereits am 6. eine Audienz beim Kaiser, um die Introduction des Herzogs nachzusuchen.

[2] Vergl. oben S. 378.

Der Nuntius, versichert Gemmingen, habe ihm wiederholt erklärt, „wie sehr der Papst durch die ihm bekannt gewordenen Gesinnungen des Durchlauchtigsten Markgrafen getröstet sei und sich freue, auf die Religiosität dieses wenn schon protestantischen Fürsten soviel vertrauen zu können".

Der Nuntius nahm dabei den Anlaß von der Dotation der künftigen Bistümer zu sprechen, und wie sehr es zu wünschen sei, daß sie nicht in Geldrenten bestehe. Ich habe ihm gesagt, daß mir davon gar nichts bekannt sei, daß er aber wegen der badischen Anstalten völlig beruhiget sein dürfe, indem S^mus^ gewöhnt wären, Ihre Verfügungen auf dauerhaftem Grunde zu stützen, und zuverlässig nach den Umständen dasjenige thun würden, was für die Sache selbst am zuträglichsten sei. . . . .

471. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 20. April 1803.

[Päpstliches Breve an den Bischof von Basel. Lob des Markgrafen. Concordatsverhandlungen in Wien.]

Der Fürstbischof von Basel hat beiliegendes päpstliches Breve[1] erhalten. Da von Seremissimo darin die Rede ist, so habe ich geglaubt, es um so mehr einschicken zu müssen, als ich mit der Lage des Geschäfts gar nicht bekannt bin und nicht weiß, wie ferne der Fürstbischof veranlaßt wurde, dergleichen Schritte bei dem päpstlichen Hofe zu machen. So wie ich höre, wird der Kurerzkanzler nächstens einen geistlichen Rath herschicken, welcher mit dem hiesigen Nuntius unter kaiserl. Mitwirkung an [der] Herstellung der hierarchischen Verfassung Deutschlands arbeiten soll. Ich werde nicht unterlassen, den Gang dieses Geschäfts möglichst zu beobachten, und darüber pflichtmäßig zu berichten. . . . .

Abschrift.

472. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 21. April 1803.

[Dankschreiben des Markgrafen an den Kaiser und Accreditirung Gemmingens.]

Man wartet auf die Nachricht von der Ratification des Deputationshauptschlusses durch den Kaiser, «présumant que ce sera alors le moment le plus à propos pour mettre aux pieds de S. M. l'hommage de la respectueuse gratitude de notre S^me^ maître, accompagné de lettres de créance pour Vous relatives à la nouvelle dignité électorale dont on pourra se prévaloir alors en bonne conscience».

---

[1] d. d. Rom, 5. März 1803. Es ist die Antwort auf ein Schreiben des Bischofs, in dem dieser vermuthlich die Curie um ihre Intervention wegen des badischen Landesbistums ersucht hatte. Der Papst lehnt das Ansinnen des Bischofs vorläufig ab und bemerkt bezüglich des Markgrafen: «Laudamus tamen Serenissimi Marchionis Badensis curas ac in dolore nostro gaudemus, quo ille sit animo in catholicos, agnoscere». Copie Gemmingens.

Cette nouvelle catégorie, ne fût-elle que momentanée pour Vous, paraît toutefois très nécessaire à cette époque et n'altèrera certainement pas les dispositions ultérieures de S. A. S. à Votre égard et sera de plus accompagnée des accessions nécessaires, mais je me réserve de plus amples détails sur cette matière lors des expéditions susmentionnés . . . .

---

473. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 23. April 1803.

[Wahl zwischen Eintritt ins Ministerium und dem Wiener Gesandtschaftsposten.]

|: Je Vous demande en confidence l'entrée dans notre ministère avec les appointements ordinaires de 6 mille florins à peu près; Vous satisfierait-elle? ou bien préférez-Vous de rester à Vienne comme notre envoyé électoral avec $\frac{20}{\text{m.}}$ fl. d'appointements annuels? Le Margrave incline pour le premier emploi permanent et personne ne désire plus que moi de Vous y voir fixé, mais à qui confier l'autre place qui devient pourtant plus indispensable que jamais?[1] :|

Concept.

---

474. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 28. April 1803.

[Ankunft Colborns in Wien. Beginn der Concordatsverhandlungen. Die Verleihung der Pfründen. Trennung des Fürstenthums Konstanz von dem künftigen Landesbistume.]

Der Abgeordnete des Kurerzkanzlers, welcher sich mit dem hiesigen päpstlichen Nuntius[2] wegen der künftigen hierarchischen Verfassung Deutschlands benehmen soll, ist angekommen; es ist der Geistliche Rath Colborn, den ich längst als einen sehr geschickten und sehr gewandten Mann kenne, aber auch als einen sehr eifrigen, wenn schon sehr klugen Vertheidiger der hierarchischen Ansprüche. Mir scheint, daß man damit umgehe, die Vergebung der Benefizien den Bischöfen wenigstens dort zuzueignen, wo die Landeshoheit einem protestantischen Fürsten zustehet. Es versteht sich aber von selbst, daß, was hier geschehen kann, blos

---

[1] Gemmingens Antwort fehlt; wie aus anderen Nachrichten hervorgeht, entschied er sich für die Beibehaltung des Wiener Postens. Am 2. Mai erfolgt seine Ernennung zum bevollmächtigten Minister und außerordentlichen Gesandten beim Wiener Hofe. Durch Rescript vom 11. Mai wird in Folge dessen der Freiherr von Mühl seiner Stellung enthoben; noch im gleichen Jahre, am 28. Dez., ist derselbe zu Wien verstorben.

[2] Severoli. Über diese Vorverhandlungen wegen eines Reichsconcordats, über die, wie es scheint, die Acten des Wiener Archives keine Auskunft geben, vergl. die neuste Abhandlung von Frantz, das Project eines Reichsconcordats und die Wiener Conferenzen von 1804. Festgabe der Kieler Juristenfacultät zu Jherings 50jährigem Doctorjubiläum. S. 182 ff.

eine Vorbereitung sein wird, die besonders in Rücksicht auf landesherrliche Rechte erst erörtert werden muß, es sei nun am Reichstage oder wo immer die weltliche Gewalt mitwirken kann. Ein anderer Vorschlag scheint mir im Werke zu sein, das Fürstenthum Konstanz einem andern bischöflichen Sprengel als demjenigen zuzutheilen, welcher, wie ich höre, für die badischen Hauptstaaten errichtet werden soll. Die zu große Entfernung des Fürstenthums Konstanz von jenem bischöflichen Sitze, das Bedürfniß, für die Fürstenbergische und andere gräfliche Besitzungen zu sorgen, die man sonst nirgends hin zu theilen wüßte, sind die Gründe, die man dafür anführt. Ich bemerke alles dieses nur, in sofern als es möglich ist, daß dabei irgend etwas den Absichten Serenissimi nicht gemäß sein könnte; ohngeachtet ich voraussetzen muß, daß die dahin gehörigen Einleitungen bereits längst stattgefunden haben. . . . .

475. Kurfürst Karl Friedrich an Kaiser Franz II[1].

Karlsruhe, 2. Mai 1803.

[Dank für die Ratification, insbesondere der Baden betreffenden Bestimmungen. Annahme des Kurfürstentitels. Bitte um Introduction und Erzamt.]

Dank für die Bestätigung des Reichsgutachtens vom 24. März, durch die „Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Vaterlandes für die Zukunft fest begründet" werden; Dank insbesondere auch dafür, „daß Ew. K. M. . . . . die mir und meinem fürstlichen Hause ausgemittelte Entschädigung allergnädigst zu genehmigen geruhet und mir überdies nach der vorliegenden Beistimmung meiner höchst und hohen Reichsmitstände die Kurwürde zu verleihen huldreichst verwilliget haben". Sein eifrigstes Bestreben werde sein, Kaiserlicher Majestät je und allezeit seine tiefste Ehrfurcht, Treue und Ergebenheit aus der Fülle seines Herzens zu erproben.

Mit dieser treudevotesten Versicherung verbinde ich die unterthänigste Bitte, daß Allerhöchstdieselben meine Einführung in das Kurf. Collegium allergnädigst anzuordnen, demnächst auch mir und meinen männlichen Nachkommen die Kaiserl. Belehnung über die Kurwürde mit allen davon abhangenden, denen übrigen Kurfürsten des Reichs zustehenden Rechten und Vorzügen sammt einem derselben angemessenen schicklichen Erzamt huldvollst zu ertheilen geruhen wollen.

Ich werde mir schuldigst angelegen sein lassen, all dasjenige genau zu erfüllen, was die Reichsverfassung dieserwegen von mir erfordert, auch Ew. K. M. zur desfalsigen Beobachtung an mich gesinnen lassen werden; und indem ich hier

[1] Das Schreiben wird veranlaßt durch die Nachricht von der Ratification des Reichsgutachtens, die am 2. Mai in Karlsruhe eintrifft; zwei weitere Schreiben an den Reichsvicekanzler Fürsten Colloredo und Vicestaatskanzler Grafen Cobenzl beglaubigen den Freiherrn von Gemmingen als bevollmächtigten Minister und außerordentlichen Gesandten beim Wiener Hofe.

zum erstenmal von der mir beigelegten neuen Würde Gebrauch mache[1], so geschiehet solches unter der erneuten Angelobung der innigsten, tiefsten Verehrung gegen meinen allergnädigsten Kaiser und Herrn, in welchen devotesten Gesinnungen ich etc.

Concept Meiers.

476. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 7. Mai 1803.

[Die Concordatsverhandlungen. Schwierigkeiten.]

.... Der hieher geschickte Geistliche Rath des Kurerzkanzlers arbeitet vereinigt mit dem Reichsreferendarius von Frank an dem Vorschlage zu einem neuen deutschen Concordat mit dem päpstlichen Hofe und hat sich auch bereits mit der hiesigen Nuntiatur benommen. Ich vermuthe, daß es ein sehr langwieriges Geschäft werden wird. Es liegt nicht in der Politik des römischen Hofs, sich zu solchen festen Bestimmungen zu verstehen, wie man sie gegenwärtig beabsichtigt, und ich halte fast für unthunlich, den Plan auszuführen, daß bei dieser Gelegenheit die Grenzen der geistlichen Gerichtsbarkeit genau sollen bestimmt werden. Das beste Beförderungsmittel dieses durch sich selbst so weit aussehenden Geschäfts wird wohl sein, daß die Stiftungen für die neuen Bistümer nicht eher stattfinden werden, bis das Ganze angeordnet ist. ....

477. Kaiser Franz II. an Karl Friedrich.

Wien, 12. Mai 1803.

[Glückwünsche. Vertrauen auf die constitutionelle Gesinnung des Kurfürsten. Aufforderung wegen der Introduction.]

Der Kaiser glaubt, der Markgraf werde aus den Abstimmungen der kurböhmischen und österreichischen Gesandtschaft bei der Deputation und dem Reichstage ersehen haben, mit welcher Bereitwilligkeit er den in dem Schreiben des Markgrafen vom 22. Oct. v. J.[2] ausgesprochenen Wünschen entgegengekommen sei. Nachdem er nunmehr dem Reichsgutachten vom 24. März seine Sanction ertheilt habe, bezeuge er dem Kurfürsten seine aufrichtigste Theilnahme an dem erwünschten Erfolge; „es wird diese Theilnahme noch insbesondere durch das Zutrauen vermehret, welches Ich auf die constitutionellen Gesinnungen Ew. Lbd. setze, daß dieselbe Meine auf die Aufrechthaltung der deutschen Reichsverfassung in ihren grundgesetzlichen Normen unwandelbar gerichtete reichsväterliche Absichten durch Ihren patriotischen Rath und thätige Mitwirkung jederzeit bestens unterstützen und befördern werden".

[1] Die Annahme des Kurfürstentitels erfolgt am 2. Mai; noch am gleichen Tage werden die verschiedenen Landesbehörden davon in Kenntniß gesetzt.

[2] Oben Nr. 360.

Uebrigens wünsche Ich von Ew. Lbd. baldigst in den Stand gesetzt zu werden, das wegen der verfassungsmäßigen Qualification Erforderliche an die allgemeine Reichsversammlung gelangen zu lassen, wo es Mir sodann zum besonderen reichsoberhauptlichen Vergnügen gereichen wird, die wirkliche Introduction Ew. Lbd. in das Kurcollegium von kaiserlichen Amtes wegen .... mittelst des herkömmliches Decretes an das Reichsdirectorium zu verfügen, somit dem ganzen Geschäfte die verfassungs- und ordnungsmäßige Vollendung zu geben, dadurch aber zugleich von neuem zu beweisen, wie sehr Ich Ew. Lbd. mit freundvetterlichem Willen, kaiserlichen Hulden und allem Guten beständig wol beigethan verbleibe.....

478. Gemmingen an den Geh. Rath.

Wien, 19. Mai 1803.

[Uebergabe der kurfürstlichen Schreiben vom 2. Mai. Audienz beim Kaiser. Unterredung mit Frank wegen der Introduction.]

Nachdem der würtembergische Gesandte von Bühler am 11. d. M. sein neues Creditiv überreicht, sucht auch Gemmingen behufs Uebergabe der kurfürstlichen Schreiben vom 2. Mai[1] um Audienz nach.

Graf Cobenzl sowol, wie Fürst Colloredo empfangen den badischen Gesandten am 14. äußerst zuvorkommend, letzterer lobt das verfassungsmäßige Verhalten des Kurfürsten, das als ein Muster für alle andern gelten könne.

Am 18. wird Gemmingen zur Audienz bei Hofe befohlen und überreicht seine Schreiben. Der Kaiser „bezeugte seine große Zufriedenheit über das ganze Benehmen und seine wahre Hochachtung für den Herrn Kurfürsten nebst der Hoffnung, bei ihm Unterstützung in allem zu finden, was zur Herstellung der Ordnung im Reiche beitragen" könne.

In einer längeren Unterredung mit dem Reichsreferendar von Frank bemerkt derselbe, die wirkliche Introduction in das Kurcollegium könne nur auf Grund eines kaiserlichen Decretes erfolgen. Man werde kaiserlicherseits die Angelegenheit möglichst beschleunigen, sobald Baden ein Kurland bestimmt und sich zur Uebernahme eines „kurfürstlichen Anschlages" bereit erklärt habe. Die Benennung eines Erzamtes werde weiterer Erörterung ausgesetzt bleiben.

Von der Taxenbestimmung ist nicht die Rede; Gemmingen hofft, es dahin zu bringen, daß die Introduction nicht davon abhängig gemacht werde. Den Kuranschlag und den Beitrag zu den Kammerzielern werde er unbedenklich zusichern, betr. der Bestimmung eines Kurlandes bitte er aber um nähere Weisungen.

479. Graf Görtz an den Geh. Rath.

Regensburg, 20. Mai 1803.

[Beschleunigung der Introduction. Einvernehmen mit Würtemberg und Hessen. Abwartende Haltung des Kurfürsten.]

Der würtembergische Staatsminister von Normann hat gegen Görtz und den Hessen-Kassel'schen Gesandten von Starkloff den Wunsch geäußert, gegenseitig ein vertrauliches Einverständniß zu unterhalten, um die von Seiten des Wiener Hofes der Intro-

[1] S. oben S. 387.

duction bereiteten Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Die Ehrfurcht vor dem Kaiser gebiete, „einen hinlänglichen Zeitraum zur Einlangung eines kaiserlichen Commissionsdecrets pro introductione abzuwarten", er schlage als Termin die Woche nach den Pfingstferien vor; sei bis dahin ein Decret nicht ergangen, so möge man die Introduction durch den Kurerzkanzler vornehmen lassen. Der Vorschlag findet auch den Beifall des russischen Gesandten von Bühler und des Freih. von Albini[1].

480. Gemmingen an den Geh. Rath.

Wien, 28. Mai 1803.

[Verhandlungen mit Frank wegen der Introduction. Zurückhaltung Gemmingens. Die Taxfrage. Forderungen an Würtemberg.]

Gemmingen ersucht im Einvernehmen mit dem Hessen-Kassel'schen Gesandten von Günderode den Reichsreferendar von Frank um eine Unterredung wegen der Introduction. Es handelt sich in derselben darum, festzustellen, in welcher Form und zu welcher Zeit die Erklärung wegen Benennung der Kurlande und Uebernahme des Kuranschlages abgegeben werden solle; eine an den Reichsvicekanzler zu richtende officielle Note erscheint beiden Theilen als das Zweckmäßigste. Gemmingen will damit jedoch noch so lange zuwarten, bis die Introductionsangelegenheit auch der übrigen Kurfürsten geordnet sein werde, fordert und erhält indeß die Zusage, daß, falls dieselbe bei den andern Kurfürsten unerwarteten Schwierigkeiten begegnen werde, die Einzelintroduction Badens sofort nach Abgabe der Erklärung erfolgen solle.

Im Laufe des Gesprächs wird zum erstenmale auch die Taxfrage berührt; Frank bemerkt, das Taxamt werde seine Forderung möglichst beschränken, man müsse aber suchen, bei dieser Gelegenheit ein Capital zur Erhaltung der Reichskanzlei, die sonst bei dem Mangel an anderweitigen Einkünften eingehen müsse, zu sammeln.

Der würtembergische Hofkammerrath Bernritter theilt Gemmingen am gleichen Tage mit, er habe Weisungen erhalten, mit dem Taxamte abzuschließen, das Taxamt fordere 146 340 fl., er habe 60 000 fl. zu bieten und zwar 15 000 fl. für die Ertheilung der Kur nur dann, falls auch Baden und Hessen dazu bereit seien. Gemmingen sowie Günderode erklären sich indeß nicht für ermächtigt, diese Zusage zu ertheilen. Das Taxamt selbst lehnt das würtembergische Angebot ab.

481. Graf Görtz an den Geh. Rath.

Regensburg, 31. Mai 1803.

[Das Rescript der Hof- und Staatskanzlei vom 19. Mai. Beurtheilung durch Hügel.]

„Das von Oesterreich nun behauptete Heimfallsrecht der in seinem Territorio gelegenen Besitzungen und Einkünfte" erregt noch „viele Besorgnisse", die „sich auf das höchste durch das neulich . . . eingesandte Rescript der Hof- und Staatskanzlei an die hiesige kurböhmische und erzherzoglich österreichische Gesandtschaften[2] vermehret haben".

[1] Görtz erhält indeß auf Grund der günstigen Erklärungen des Wiener Hofes, die ein Commissionsdecret baldigst in Aussicht stellen, den Auftrag, vorerst keine weitern Schritte zu thun, da der Kurfürst Bedenken trage, „zum Betrieb dieser Sache auf eine Kaiserlicher Majestät etwa unangenehme Weise aufzutreten". Rescript vom 27. Mai.

[2] d. d. 19. Mai. Beilagen, IV, 463 ff. Dasselbe versucht die Ausübung des Heimfallrechts im vorliegenden Falle zu rechtfertigen und verweist die betheiligten Stände lediglich auf den Weg eines gütlichen Ausgleichs.

Der kaiserliche Concommissarius hat selbst in einer Unterredung, die ich mit demselben über den Inhalt dieses Rescripts gehabt habe, die darinnen aufgestellten Gründe nicht zu vertheidigen vermocht, solche selbst als nicht gründlich, erschöpfend und wolgeordnet anerkannt und nur gemeint, daß man sich bei solchen nicht aufhalten, sondern nur die am Ende befindliche Anerbietung einer gütlichen Unterhandlung benutzen möchte . . . .

482. Der Geh. Rath an Gemmingen.

Karlsruhe, 31. Mai 1803.

[Benennung der Kurlande. Kuranschlag und Kammerzieler. Taxen.]

Dem Gesandten in Wien wird eröffnet, der Kurfürst beabsichtige, die badische Pfalzgrafschaft am Rhein, bestehend aus den pfälzischen Landestheilen, dem Fürstenthum Bruchsal und Ritterstift Odenheim, und die badische Markgrafschaft, bestehend aus den Markgrafschaften Durlach, Baden und Hochberg, dem Fürstenthum Ettenheim, der Grafschaft Gengenbach, den Herrschaften Lahr und Lichtenau und dem Amte Schliengen als Kurlande zu bezeichnen, und sei bereit, auf diese Lande den Kurfürstenanschlag mit 1828 fl., 60 Mann zu Pferd und 277 Mann zu Fuß zu übernehmen; auch werde er „ein verhältnißmäßiges Quantum an Kammerzielern" entrichten, doch hänge die nähere Bestimmung desselben von einer neuen Regulirung der Reichsmatrikel ab[1].

Concept Meiers.

483. Gemmingen an den Geh. Rath.

Wien, 7. Juni 1803.

[Die Concordatsverhandlungen. Forderungen der römischen Curie. Nuntiaturen. Wiederaufrichtung des Jesuitenordens. Bedenken dagegen. Verhandlungen in Wien zwischen Frank und Colborn. Berücksichtigung der badischen Organisationsedicte. Die Vergebung der Pfründen und die landesherrliche Gewalt. Besetzung der Domcapitel. Umfang des badischen Landesbistums.]

Die mir anempfohlene Aufmerksamkeit auf die Unterhandlungen, welche hier zwischen dem päpstlichen Nuntius, der Reichskanzlei, und dem Abgeordneten des Kurerzkanzlers stattfinden, wird mir desto angelegener sein, je mehr ich überzeugt bin, daß der Erfolg dieser Unterhandlungen einen sehr großen Einfluß auf die Wolfahrt der Kirche und des Staats haben wird; freilich findet in dieser Sache, wie in so mancher andern, das anerkannte Gute vielfache Hindernisse, wenn die Rede davon ist, es zu Stande zu bringen. Meine in dem früheren

[1] In einer Note an den Reichsvicekanzler vom 28. Juni giebt Gemmingen, nachdem auch Günderode die nöthigen Weisungen wegen Benennung der Kurlande empfangen, entsprechende Erklärungen ab. Da aber Baden sowol wie Hessen-Kassel keinerlei Zusicherungen in der Taxfrage machen, verzögert sich die Introduction abermals, bis Gemmingen in einer weiteren Note an das Reichstaxamt vom 1. August im Namen des Kurfürsten sich verpflichtet, für sämmtliche Expeditionen der Reichskanzlei 30 000 fl. W. W. zu entrichten und dem Besoldungsfonds der Reichskanzlei die Summe von 40 000 fl. zuzuweisen.

Bericht Nr. 30[1] geäußerten Vermuthungen bezogen sich keineswegs auf den Kurerzkanzler, dessen aufgeklärte Denkungsart und wolwollende Gesinnungen mir aus langjährigem Umgange wol bekannt sind, allein der Geist des römischen Hauses bleibt immer der nämliche; seine Nachgiebigkeit beim französischen Concordat entstand nicht wol aus der Ueberzeugung, daß dadurch allein eine Trennung in der Kirche vermieden werden könne, als weil es um die Rettung des Kirchenstaats selbst zu thun war. Weit entfernt, daß jenes französische Concordat zur Beförderung des deutschen dienen sollte, möchte man in Rom gerne durch dieses einen neuen Beweis geben, daß jenes ein bloßes Werk des Zwanges sei. Nicht bloß diejenigen französischen Bischöfe, welche sich dem Concordat nicht gefügt haben, sondern auch mehrere von denjenigen deutschen Bischöfen, welche ihre weltliche Gewalt verlassen und den geistlichen Sprengel nur noch einstweilen beibehalten haben, wirken unter der Hand in diesem römischen Sinne.

Ich möchte wünschen, nicht auch hinzusetzen zu müssen, daß auch solche dazu gehören, welche den nun zu bildenden deutschen Bistümern vorstehen wollen. Schon der im Reichsschlusse dem Kurerzkanzler zugetheilte erzbischöfliche Sprengel und die ihm dort gegebene Ernennung eines Primas von Deutschland, schrecken den römischen Hof, ungeachtet diese Ernennung ein bloser Titel ist, welcher nur in dem seltenen Fall eines Nationalconciliums von Wirkung sein würde, und ohngeachtet der jetzt bestimmte erzbischöfliche Sprengel sich immer noch nicht so weit erstrecken wird, als einst der Mainzische. Bis jetzt hat der Kurerzkanzler seinen Wunsch vergebens geäußert, daß die päpstliche Bestätigung dieses erzbischöflichen Sprengels und die Versetzung des erzbischöflichen Stuhls nach Regensburg selbst zur Beförderung des Concordats demselben vorangehe und er hat sich beschränken müssen, wenigstens einstweilen seine Bestätigung für das durch den Tod des Bischofs erledigte Bistum Regensburg zu fordern. Unterdessen bringt es die Sache selbst mit sich, daß die Wünsche, nach italienischer Art mehrere Erzbistümer zu gründen, ohne Erfolg bleiben werden, ungeachtet ich einigen Verdacht habe, daß dieses vielleicht der einzige Punkt sei, in welchem der Münchener Hof mit dem römischen einverstanden sein möchte, da in dem Gedanken einen eigenen Erzbischof zu haben, etwas glänzendes liegt, und es dem Geiste völliger Unabhängigkeit mehr entspricht. — Bedeutender ist der Anspruch des römischen Hofs auf das Recht, Nuntien nach Deutschland zu schicken, und der sonderbare Anwurf, ob die Herstellung des Jesuitenordens für den Unterricht der katholischen Jugend nicht ersprießlich wäre. So wenig man dem Papste das Recht der Aufsicht über die katholische Kirche und mithin auch die Befugniß bestreiten kann, in den einzelnen Bistümern von Zeit zu Zeit die erforderlichen Untersuchungen anzustellen, so gewiß ist es, daß man Ursache hat, mit allen Kräften der Anstellung eigener Nuntien zu widerstreben, die nie unterlassen

[1] Oben Nr. 474.

werden, sich in eine mit dem Bischof concurrirende geistliche Jurisdiction zu mischen, so viel auch gegenseitige Versicherungen bei ihrer Anstellung werden gemacht werden. Man kann darauf zählen, daß der Kurerzkanzler ganz im bisherigen Geiste der deutschen Kirche dieser Anstellung von Nuntien widerstreben würde, aber es kann von Nutzen sein, wenn bei sich ereignendem Anlasse er durch eine ähnliche bestimmte Erklärung der Staatsgewalt unterstützt wird. Was die Wiederaufstellung der Jesuiten betrifft, so führe ich dieses blos an, um den Geist kennen zu lernen, in welchem das Geschäft von Seiten Roms behandelt wird.

Uebrigens ist vorläufig ausgemacht worden, daß der Geh. Staatsreferendär v. Frank und der kurerzkanzlerische geistliche Rath Colborn einen Entwurf des deutschen Concordats machen sollen, wozu unstreitig beide sehr geeignet sind. Ueber diesen Entwurf soll dann mit dem hiesigen Nuntius berathschlagt und endlich das ganze zur Reichsdeliberation gebracht werden. Sowol Herr v. Frank, als Herr Colborn haben darüber, jeder einzeln, vorgearbeitet, und sich über ihre Ideen besprochen. Häufige Geschäfte des ersteren verzögerten bisher die förmliche Berathschlagung, die aber jetzt unverzüglich anfangen soll. Man hat die sich darauf beziehende kurfürstliche Organisationsedicte mit großem Beifall aufgenommen, und es ist die Absicht, sich in dem Vorschlage zum Concordat häufig darauf zu beziehen. In diesem Vorschlag wird gewiß davon die Rede nicht sein, die schon bestehenden Patronatsrechte aufzuheben oder auch nur zu beschränken, man scheint aber zu wünschen, daß da, wo bisher bei der Vergebung der Beneficien die vereinigte landesfürstliche und bischöfliche Gewalt zusammenwirkte, den Bischöfen hinlänglich Einfluß gelassen werde, um ihr Ansehen bei derjenigen Geistlichkeit zu verstärken, deren Versorgung wenigstens zum Theile von ihnen abhängig würde. Es giebt einen zweifachen Weg zur Mitwirkung bei Vergebung der Beneficien: daß der Bischof einige Candidaten vorschlägt, aus welchen der Landesfürst einen bestimmt; oder daß von diesem 2 oder 3 dem Bischof zur Auswahl benannt werden. Mir scheint in allen Fällen die erste Art diejenige zu sein, welche der Staatsgewalt am anständigsten ist; überhaupt sollte ich glauben, daß sowol die Kirche als der Staat sich dabei am besten befinden würden, wenn bei Prüfungen, die von Zeit zu Zeit zu wiederholen wären, dem Bischof die Befugniß gelassen und die Pflicht auferlegt würde, jedesmal eine dem Umfange seines Sprengels angemessene Anzahl der von ihm am würdigsten Gefundenen anzugeben, aus welchen dann der Landesherr ohne weiteres bei Vergebung irgend eines Beneficiums zu wählen hätte. Da bei den schon geäußerten Gesinnungen Sr Kurf. Durchl. meine Bemerkungen nicht ohne Wirkung auf den Entwurf des Concordats sein werden, so wünsche ich sehr über diesen Gegenstand, sowie über die andern dahin einschlagenden eine bestimmte Instruction zu erhalten, besonders auch wegen der Stellen im neuzuerrichtenden Domcapitel, wo, wie ich hoffe, weit mehr als bloße landesherrliche Exclusiv-

ertheilungen erlangt werden soll, wenn man sich zur rechten Zeit darum annehmen kann. Das Gerücht geht, als ob Se Kurf. Durchl. gesonnen wären, Ihr Landesbistum nebst dem dazu gehörigen Domcapitel zu stiften. Unter solchen Umständen und, wenn die Art der Ausführung von der Natur der dem Landesherrn vorbehaltenen Rechte abhängig gemacht wird, läßt sich gar viel wirken, besonders auch, was den Umfang dieses Sprengels betrifft. Es würde meines Erachtens nachtheilig sein, wenn das Fürstenthum Konstanz davon ausgenommen würde, und ich muß angelegentlichst empfehlen, darüber keine Nachgiebigkeit auch nur vermuthen zu lassen. In politischer Rücksicht kann es gut sein, wenn auch das Breisgau und die Ortenau unter den Sprengel des badischen Bistums kommen, wie es auch die geographischen Verhältnisse zu fordern scheinen. Nur wird man sich dabei gleichgültig stellen müssen; das entscheidendste wird sein, wenn der gegenwärtige Besitzer jener Lande sich dadurch von allen Stiftungsbeiträgen befreien könne.

Die Bestellung des Capitels für das Erzbistum in Regensburg ist allerdings ein sehr wichtiger fürstlicher und zugleich politischer Gegenstand. Der Erzkanzler findet sich in der Verlegenheit, zwischen den Ansprüchen des ehemaligen mainzischen Capitels und des regensburgischen, wohin nun der erzbischöfliche Stuhl versetzt werden soll, entscheiden zu müssen. Es begreift sich, daß sowol der Gegenwart, als der Zukunft wegen hierüber viele Bewegung stattfindet, daß die Reichsritterschaft sich das glänzende Vorrecht nicht gern nehmen läßt, die Mitglieder eines Capitels allein zu bestellen, durch welches und aus welchem der erste Kurfürst des Reichs bisher gewählt wurde, und daß hierbei der leidige Zwist unserer Zeit über die Verschiedenheit der Stände in größte Thätigkeit kömmt.

Noch einmal muß ich aber mein Gesuch wiederholen, mich über diese Gegenstände insoweit zu instruiren, als es Se Kurf. Durchl. für räthlich halten, indem es nicht ohne Wirkung für den höchsten Dienst sein wird.

---

484. Edelsheim an Gemmingen.

Mannheim, 15. Juni 1803.

[Huldigung der Pfalz. Der Kurfürst mit Jubel empfangen]

.... La réception de l'Electeur dans cette partie du Palatinat[1] et particulièrement dans cette bonne ville de Mannheim a été infiniment flatteuse et satisfaisante pour S. A. S. Electorale et chaque jour Elle reçoit de nouveaux témoignages de l'affection et du dévouement de Ses nouveaux sujets.

[1] Am 2. Juni begiebt sich der Kurfürst nach Mannheim, um dort am 7. d. M. die feierliche Huldigung der pfälzischen Landestheile entgegenzunehmen. Vergl. v. Feder: Geschichte von Mannheim, II, 22.

La solennité de la prestation de l'hommage le 7 du courant a été vraiment intéressante sous tous les rapports. Il faut convenir qu'outre l'opinion favorable et certes bien méritée qui a précédé partout notre Electeur l'ancien gouvernement paraît n'avoir rien voulu négliger pour faire désirer ardemment ce changement à la portion du Palatinat qui nous est tombée en partage, et combien en effet son sort n'est-il pas à envier en comparaison de celui qui a frappé presqu'à la même époque un pays qui n'a guères se croyait bien à l'abri de l'invasion à laquelle il succombe maintenant?[1] . . . .

---

485. Der Geh. Rath an Gemmingen[2].

Karlsruhe, 29. Juni 1803.

[Wünsche und Forderungen bei Regelung der kirchlichen Verhältnisse. Verhältniß der deutschen Kirche zur Curie und der Bischöfe zu den Landesherren.]

Beantwortung des Berichtes vom 7. Juni. Allerdings ist Baden bei den Concordatsverhandlungen in hohem Maße interessirt: so lange man indeß weder ihren Umfang, noch das System kenne, wonach die Grenzen der weltlichen und geistlichen Gewalt gezogen werden sollen, könne man, wird bemerkt, dem Gesandten bestimmte Weisungen nicht ertheilen; man beschränke sich daher auf einige Bemerkungen über die Verhältnisse, denen die Regierung vor allem Werth beilege.

Es werden in dem Rescripte nun der Reihe nach folgende Punkte erörtert: Verhältniß 1) der römischen Curie zur deutschen Kirche, 2) der Metropolitane zu den Bistümern, 3) der Bischöfe zum Landesherren, 4) der Domgeistlichkeit, 5) der Landesdechanten, 6) der Pfarrer und Helfer, 7) der Geistlichkeit überhaupt, 8) der Laien zur Kirchengewalt und 9) der milden Stiftungen. Ueberall tritt das Bestreben, bei der Neuordnung der Dinge die staatlichen und landesherrlichen Rechte möglichst zu wahren, unverkennbar hervor. Am wichtigsten erscheinen die Ausführungen des ersten und dritten Abschnitts, auf die wir uns hier beschränken.

Bei Erörterung des Verhältnisses der römischen Curie zur deutschen Kirche wird in Uebereinstimmung mit den alten Concordaten gefordert, daß jede „den äußeren Zustand des Staatsbürgers betreffende Angelegenheit" künftig nicht mehr durch Appellation dem Spruche des Papstes unterbreitet, sondern durch die landsässige Geistlichkeit im Auftrage des Papstes erledigt werden soll. Eine Ermäßigung der Taxen für die von der Curie ertheilten Dispense und bischöflichen Confirmationen erscheint dringend nothwendig. Jede Appellation gegen ein vom Bischof im Einvernehmen mit dem Landesherrn erlassenes „Jurisdictions- oder Disciplinarerkenntniß" nach Rom ist unzuläßig; jede päpstliche Bulle wird erst dann rechtskräftig, wenn ihr das Placet des Landesherrn und Bischofs ertheilt ist. — Die Metropolitangewalt soll im alten Umfange ihrer Gerechtsame „nach dem Sinne und Plan des Emser Concordats" bestätigt werden.

Was das Verhältniß des Bischofs zum Landesherrn betrifft, wird zunächst für die badischen Lande, eventuell mit Angliederung einiger benachbarter kleiner reichsständischer

---

[1] Die Stelle bezieht sich auf die Occupation Hannovers durch die franz. Truppen im Juni 1803. Häusser a. a. O., II, 456 ff.

[2] Der Erlaß wird citirt bei Frantz, a. a. O., S. 177.

Territorien die Aufstellung eines eigenen Landesbischofs begehrt; damit nicht durch Unterordnung desselben unter fremde Reichsstände „Stoff zu Staatsunruhen gegeben werde", wird jede Cumulirung („Pluralität") der Beneficien im allgemeinen untersagt und von der freien Zustimmung „der dabei interessirten so geistlichen als weltlichen Gewalthaber" abhängig gemacht.[1] Was nach § 35 des Reichsdeputationsschlusses zur Fundirung des Landesbistums übrig bleibt, bedeutet „so viel als nichts"; trotzdem ist der Kurfürst bereit, über seine rechtlichen Verpflichtungen hinaus für eine genügende Dotirung Sorge zu tragen, vorausgesetzt, daß für die gesammten Kurlande „ein Landbischof festgesetzt, sein Verhältniß sowohl als sein und seiner Domkirche Unterhalt" den Wünschen des Kurfürsten entsprechend bestimmt und dadurch „dauerhafte Grundlagen des Wohles Ihrer Staaten" geschaffen werden, vorausgesetzt endlich, daß der Gehalt des Bischofs und der Domherren die Summe von 12000, bezw. 1500 fl. nicht überschreite. Unbedingt muß dagegen dem Landesherrn ein verhältnißmäßiger Einfluß auf die Wahl des Bischofs gewahrt werden, „damit nicht Personen zum Bischofshof gelangen, welche seinem Staat nachtheilige Verhältnisse sich eigen gemacht haben". Falls also das Recht der landesherrlichen Nomination, wie es in Frankreich jederzeit ausgeübt worden, nicht anerkannt wird, hat man zum mindesten darauf zu bestehen, daß entweder das Domcapitel drei Candidaten vorschlage, von denen der Landesherr einen wähle und zur Confirmation präsentire, oder daß der Landesherr drei Kandidaten dem Domcapitel benenne, von denen dieses einen zu wählen habe. Der Gewählte hat vor Zulassung zum Genusse seiner Pfründe mittels Revers dem Landesherrn „seine Staatssubjektion" anzugeloben; alle für seine weltlichen Unterthanen verbindlichen Anordnungen bedürfen vor ihrer Verkündigung des landesherrlichen Placets. Bei Abhaltung von Diöcesansynoden hat der Landesherr das Recht der Beschickung durch einen katholischen Commissär, der in allen Sachen, wo es sich nicht um den Glauben, sondern um Sitten- und Kirchenzucht handelt, mitzustimmen, „auch in Absicht auf die Schlüsse in allen das Staatsrecht betreffenden Gegenständen das landesherrliche Placitum oder Veto" auszuüben berechtigt ist. — Die Ernennung der Domherrn erfolgt nicht durch die Wahl des Domcapitels, sondern durch gemeinsame Intervention des Bischofs, Landesherrn und Domcapitels.

Concept Brauers.

486. Kaiser Alexander I. von Rußland an Karl Friedrich[2].

Petersburg, 18./29. Juni 1803.

[Glückwunsch zur Kur.]

Mit besonderem Vergnügen empfangen Wir den Uns von Ew. Kurf. Durchl. in Dero Schreiben ausgedrückten Dank für Unsere Vermittlung in der Ihnen ertheilten Entschädigung für den beim letzten Kriege mit der französischen Republik erlittenen Schaden, wie auch für Dero Erhebung zur Kurwürde des heiligen römischen Reichs. Indem Wir Ew. Durchlaucht und Liebden zu diesem so glücklichen Ereignisse gratuliren, wünschen Wir von ganzem Herzen, daß Sie bis in

[1] Vgl. den Entwurf zu dem bairischen Sonderconcordate vom Mai/Juni 1803, der in diesem wie in manchen andern Punkten mit den badischen Forderungen übereinstimmt, in andern dagegen, wie bezüglich des Nominationsrechts, über dieselben hinausgeht. Sicherer, Staat und Kirche in Baiern. 69 ff. Urk. 4.

[2] Nach der beiliegenden deutschen Uebersetzung des russischen Originalschreibens.

die spätesten Zeiten eines ununterbrochenen Wolergehens genießen mögen. Uebrigens versichern Wir Sie, daß Wir nie aufhören werden in allem, was Sie und Dero Kurfürstliches Haus anbetrifft, den lebhaftesten Antheil zu nehmen und verbleiben mit beständigem Wolwollen und wahrer Freundschaft jederzeit &c.

487. Graf Görtz an den Geh. Rath.

Regensburg, 13. Juli 1803.

[Hofdecret vom 30. Juni. Kritik desselben. Der angebliche Grundsatz der Religionsparität der Stimmen im Reichsfürstenrath. Die Religionseigenschaft reichsständischer Stimmen. Zweifel wegen des Stimmenaufrufs.]

Görtz hat das am 8. Juli zur Dictatur gebrachte kaiserliche Hofdecret vom 30. Juni, „den in dem kaiserlichen Ratificationsdecret vom 27. April noch ausgeschiedenen Gegenstand der Stimmen im Reichsfürstenrath betreffend"[1], eingesandt. Eine Berathung soll erst erfolgen, wenn die Introduction der neuen Kurfürsten erfolgt ist.

Noch nie, und dieses wird allgemein anerkannt, ist wol ein verschrobeneres kaiserliches Decret an das Reich erlassen worden, aus welchem nur eine Absicht klar hervorleuchtet, nämlich die, den Reichstag in Verwirrung zu bringen, in Unthätigkeit zu halten, denselben in die Unmöglichkeit zu setzen, dem Deputationsschluß . . . . irgend eine gesetzliche Folge zu geben, mithin dieses neue Reichsgesetz, wo es dem kaiserlichen Interesse und vorzüglich dem des Erzhauses Oesterreich nicht angemessen sein möchte, ohne Wirkung zu lassen.

Görtz geht dann des nähern auf den Inhalt des Decrets ein, dessen Vorschläge ihm verfehlt und unausführbar erscheinen. „Wie würden sich 24 protestantische Stimmen supprimiren lassen wollen? — welche sollten es sein? und welche würden sich bequemen, dieses Opfer zu bringen?" „Und wo könnten bei der verlangten absoluten Religionsparität 24 zu einer fürstlichen Virilstimme hinlänglich Qualificirte noch ausfindig gemacht werden?"

Görtz empfiehlt die Frist bis zur Protokolleröffnung zu nützen, um sich durch vertrauliche Correspondenz mit den „vordersten" Höfen „über eine gemeinsam zu führende Sprache zu vereinigen".

Vorzüglich wird dem von dem kaiserlichen Hof als in der Verfassung liegenden aufgestellten Grundsatz der Religionsparität der Stimmen begegnet und im Gegentheil behauptet werden müssen, daß derselbe nicht in der Verfassung

[1] Vgl. oben S. 378 Anm. 1; abgedruckt bei Aegidi, der Fürstenrath nach dem Lüneviller Frieden, S. 319 ff. Mit Berufung auf ein angebliches, thatsächlich nur einmal im Jahre 1754 beobachtetes Herkommen, wonach bei Einführung neuer Stimmen in den Reichsfürstenrath die Religionsparität zu beobachten sei, schlägt dasselbe zur Herstellung der durch den Deputationsschluß total aufgehobenen Stimmenparität vor, entweder noch so viele katholische Stimmen zu creiren, als zur Feststellung der Religionsgleichheit erforderlich, oder aber „die Introduction einer verhältnißmäßigen Zahl von den im Deputationshauptschlusse in Antrag gebrachten protestantischen Stimmen auszusetzen", bis volle Religionsparität erzielt sei.

gegründet, noch nothwendig erforderlich seie. Hiervon sind schon die ersten katholischen Stände, Kurbaiern und selbst der Herr Kurerzkanzler überzeugt. Sie war noch nie, — und daß sie in der Verfassung nicht lag, nicht nothwendig ist, beweiset das Gesetz, die in dem westphälischen Frieden gesetzliche Vorschrift der beiden Religionstheilen gleich zugesicherten itionis in partes. Wenn auch, wie es das Hofdecret anführt, a° 1754, Magdeburg mit den übrigen evangelischen Ständen bei der Taxischen Introduction verlangt hat, daß mit einer katholischen Stimme auch eine protestantische eingeführt werde, so war es, um «so viele gewiß mehr qualificirte Stände auch dieses Religionstheils, als die bishero seit dem westphälischen Frieden in großer Anzahl eingeführte ganz kleine», blos erbländische Fürsten gewesen waren, nicht stets hintan gesetzt zu sehen. Eine solche ängstliche Religionsparität ist auch dem Zeitalter nicht mehr angemessen; dieses, bei dem glücklichen weiteren Fortschritte der Aufklärung, erfordert dermalen mit denen in den Gesetzen schon zugesicherten gleichen Rechten eine völlig gleiche Religionsduldung, — und wollte diese nach dem eigenen Antrag des kaiserlichen Hofdecrets gesetzlich noch angenommen, und da, wo solche noch nicht ist, anzunehmen, in dem künftigen Reichsschluß bestimmet werden, so würde dieses wolthätige Gesetz dem Zeitalter gemäß sein.

Die am Schlusse dieses Decrets noch aufgeworfene Frage: ob dermalen und künftighin die Religionseigenschaft der reichsständischen Stimmen nach der Religion des Landes oder nach der Religion des Landesherrn zu bestimmen sei? ist leicht zu entscheiden und ist schon entschieden. Der Westphälische Frieden hat es schon gethan; nach solchem blieb die Stimme Osnabrück, wovon das Land katholisch ist, zur Zeit eines katholischen Bischofs, auf der geistlich katholischen Bank und bekannte sich zum Corpore Evangelicorum, wann ein evangelischer Prinz Bischof war. Churpfalz, Pfalz-Zweibrücken, in deren Landen die evangelische Religion noch die herrschende ist, wurden katholische Stimmen und so Baden-Baden und Hadamar, obgleich katholische Lande, wurden bei dem Anfall an evangelische Landesherrn protestantische Stimmen; eine Ausnahme davon macht Kursachsen und ehedem Würtemberg und Hessen. Aber diese Ausnahme erforderte Pacta mit den Ständen und diese Pacta beweisen, daß sie eine Ausnahme machen[1]. . . .

Eine noch große Schwierigkeit stehet darüber bevor, welcher Aufruf bei der nächsten Deliberation beachtet werden wird? — welche Stimmen bei solcher mitwirken werden? daß die mit denen säcularisirten Landen an ihre neuen Besitzer, diese seien evangelisch oder katholisch, übergegangene Stimmen davon sich nicht werden ausschließen lassen, nicht ausgeschlossen werden können, das wird die höchste Willensmeinung wol ohnbezweifelt sein; der Herr Kurerzkanzler selbst und dessen Reichsdirectorialis finden das so in der Verfassung gegründet, daß sie dieser Meinung beipflichten und solche unterstützen werden. Ob aber auch

[1] Vgl. die damit übereinstimmenden Ausführungen Aegidi's a. a. O., 221—240.

die durch den Deputationsschluß denen schon introducirten Fürsten neu oder erneuert zugetheilte Stimmen werden zugelassen werden können, darüber waltet noch eine Ungewißheit ob und man glaubt, daß Oesterreich selbst entschlossen ist, von seinen 4 neuen Stimmen keinen Gebrauch zu machen. In diesem Fall würden dann die andern schwerlich durchzusetzen sein, der Nachtheil wäre aber mehr auf jener Seite als auf dieser. An die Zulassung der noch gar nicht introducirten dagegen würde gar nicht zu gedenken sein . . . .

---

488. Précis d'une conversation que l'envoyé de Bade a eu le 1er d'août avec le vicechancelier Cte de Cobenzl[1].

Wien, 1. Aug. 1803.

[Erneute Vorstellungen wegen des Sequesters. Ausweichende Antwort Cobenzls.]

Gemmingen, der auf seine letzte Note in der Sequesterfrage (d. d. 11. Juni) noch keine Antwort erhalten, ersucht den Grafen Cobenzl um eine Unterredung, um die Erfüllung seiner Zusagen[2] zu beschleunigen. Er klagt über die Säumigkeit der österreichischen Beamten und bemerkt: «que les objets dont il s'agissait encore étaient de nature à causer un travail fastidieux, si contre toute attente il fallait procéder à une séparation des fiefs auxquels la maison d'Autriche avait déclaré ne faire aucune prétention, et que par là tout ce qui après ce travail pourrait rester en doute, ne vaudrait pas la peine de diminuer pour cela le mérite de la facilité qu'on avait bien voulu mettre jusqu'ici dans cette affaire».

Le Cte de Cobenzl a répliqué qu'il croyait qu'on avait déjà assez montré de condescendance et combien l'Empereur désirait d'obliger l'Electeur, qu'il fallait cependant laisser un peu de temps pour ne pas trop exciter la jalousie des autres, qu'au reste il s'informerait et tâcherait de terminer cette affaire, dès que cela pourrait se faire.

Le Cte de Cobenzl a avoué que l'Empereur s'était fait un principe sur cet objet des séquestres auquel on n'osait guères toucher par de trop fréquentes représentations et que c'était déjà une grande marque d'égards pour l'intercession de la cour de Russie et de considération personnelle pour l'Electeur en ce que S. M. avait permis de faire une exception à l'égard des indemnités de la maison de Bade. Mais que si dans la dernière note l'objet des capitaux avait également été touché, il devait faire observer la grande différence qu'il y avait à ce sujet.

Auf eine Discussion läßt sich Gemmingen des näheren nicht ein: seine Unterredung habe nur den Zweck «à faire accomplir ce qui déjà avait été statué en principe».

Abschrift.

---

[1] In Abwesenheit des russischen Botschafters, der sich in dieser Angelegenheit zu Gunsten Badens verwendet, theilt Gemmingen den Précis mittelst Note vom 2. Aug. 1803 dem russischen Geschäftsträger von Anstett mit.

[2] Vergl. oben Nr. 464.

489. Graf Görtz an den Geh. Rath.

Regensburg, 4. Aug. 1803.

[Vorläufige Ansicht des preußischen Ministeriums über das letzte Hofdecret. Görtz im Widerspruch mit derselben.]

Görtz theilt im Vertrauen den Inhalt eines preußischen Ministerialrescripts über das Hofdecret vom 30. Juni mit. Danach hege der König, der stets „die Grundsätze ausgedehntester Toleranz" befolgt habe, keinerlei Bedenken, „nach dem zweiten Vorschlage des Hofdecrets", der die geringsten Schwierigkeiten biete, die ihm zugefallenen katholischen Stimmen im Fürstenrath als solche fortführen zu lassen, „wodurch, wenn dieser Grundsatz auch von mehreren, so weit es nöthig sein wird, angenommen würde, der Einführung vieler neuer katholischen Stimmen . . . vorgebeugt werden würde"[1].

Im „tiefsten Vertrauen" bekennt indeß Görtz, daß in diesem Falle seine Ansicht von der des Ministeriums abweiche; nach seiner Ueberzeugung stehe als Grundsatz der Reichsverfassung fest, „daß dieselbe keine Religionsstimmenparität erfordere", wie auch daß die Religionseigenschaft der Stimme von der Religion des Landesherrn, nicht aber von der des Landes abhänge: wozu ohne Noth von dieser in Verfassung und Herkommen begründeten Regel abweichen? Ueberdies werde das von dem Berliner Cabinet acceptirte Auskunftsmittel schwerlich die Zustimmung des katholischen Theils finden, der dadurch der „Möglichkeit der itionis in partes" beraubt werde.

---

490. Der Geh. Rath an den Grafen Görtz.

Karlsruhe, 8. Aug. 1803.

[Zurückhaltung gegenüber der preußischen Erklärung. Gründe.]

Nachdem der Geheime Referendär Oehl[2] ein Gutachten betr. des letzten Comitialberichts vom 8. Aug. erstattet, wird dem Grafen Görtz unter Mittheilung desselben eröffnet, der Kurfürst behalte sich seine Instruction bis zur Protokolleröffnung vor und finde, wenngleich er im allgemeinen dem Gutachten beistimme, doch nicht angemessen, den Gesandten „zu offenen Schritten gegen diese königlich preußische Intention" zu ermächtigen. „Einmal schon weil derselbe als in preußischen Diensten stehend, dem dortigen Ministerio . . . weder thätig entgegen arbeiten könne noch werde, und dann weil, wenn Oesterreich und Preußen einmal hierüber mit einander einverstanden seien, dieselben leicht im Stande sein würden, ihren Zweck durchzusetzen, da im Kurcollegio, Würtemberg ausgenommen, kein Kurhof weiter großes Interesse habe, sich dagegen zu setzen . . , und man also durch zu frühe Motionen leicht in den Fall kommen könne, blos zu stehen, wohingegen, wenn man abwarte, bis über diesen Gegenstand Verlaß genommen sei, sich aus den gelegenheitlich alsdann zu erforschenden Meinungen der mitinteressirten Reichsstände eher ersehen lasse, ob und wie mit Nachdruck gegen die vorgeschlagene drückende Bestimmung agirt werden könne".

Concept.

---

[1] Vergl. dagegen über die spätere Stellungnahme des Berliner Cabinets unten Nr. 495.

[2] Carl Josef Oehl, früher als bischöfl. Hofrath in speirischen, seit 31. Mai 1803 als Geh. Referendär in badischen Diensten.

491. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 16. Aug. 1803.

[Bevorstehende Ankunft des schwedischen Königspaares.]

. . . . En attendant j'ai l'honneur de Vous informer que M[me] la Princesse héréditaire a reçu hier au soir des lettres de Stralsund du 6 de ce mois, d'après lesquelles le Roi et la Reine de Suède nous arriveraient dans 15 jours, sans que cependant le terme du départ de ce souverain ait été indiqué[1] . . . .

Concept.

492. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 17. Aug. 1803.

[Die Verhandlungen über die Verhältnisse der katholischen Kirche ruhen. Bedenken gegen die Ernennung des Bischofs von Basel zum Landesbischofe.]

. . . . Les affaires ecclésiastiques sont en stagnation, comme Vous l'aviez bien prévu; je Vous enverrai ces jours-ci par la poste un rapport à ce sujet dont je désirerais qu'on veuille bien l'ouvrir[2]. Ici je dois Vous répéter et Vous prier de tenir ferme sur la réunion de la principauté supérieure avec le Margraviat et le Palatinat sous le même évêque. Quant à l'évêque de Bâle comme candidat de cet évêché, je suis fâché de devoir dire que moyennant la très grande assiduité qu'il met à me venir voir, j'ai été à même de me persuader, qu'il ne réunit certainement pas les qualités qui seraient désirables pour un évêque, surtout dans les circonstances présentes, et que son aveugle dévouement pour la cour de Rome, autant que ses principes peu compatibles avec l'esprit du temps pourraient devenir une source de maints désagréments, dont je me crois obligé de prévenir V. Exc., sans oublier de faire mention de l'extrême désir qu'il paraît avoir d'amasser de l'argent et d'une parsimonie peu décente pour son état[3]. Il a été de mon devoir d'observer de près un homme qui est en passe d'avoir chez nous un emploi aussi important, les résultats ne m'appartiennent pas; je dois les transmettre, comme ils se présentent. . . .

---

[1] Die erste sichere Ankündigung des geplanten Besuches der schwedischen Majestäten hatte die Markgräfin Amalie am 22. Juli erhalten, nachdem der König schon im Frühjahr 1802 Geusau gegenüber die Absicht, den Karlsruher Hof zu besuchen, ausgesprochen. Edelsheim an Reitzenstein, 4. Mai 1802.

[2] Fehlt.

[3] Vergl. dagegen das günstige Urtheil, das Geh. Rath Meier über den Bischof fällt. Oben S. 346.

493. Graf Görtz an den Geh. Rath.

Regensburg, 20. Aug. 1803.

[Hofdecret vom 13. August. Feierliche Introduction im Kurcollegium.]

Uebersendet das kaiserliche Hofdecret vom 13. August, das am 19. zur Dictatur gekommen. Albini hat alsbald «in circulo» den wesentlichen Inhalt desselben mitgetheilt, „welcher darinnen bestände, daß Kaiserliche Majestät dem Reich zu erkennen gäben, wie die neuen Kurfürsten sowohl durch Bestimmung ihrer eigentlichen Kurlande, als auch übernommenen kurfürstlichen Anschlag der Reichs- und Kammergerichtsmatrikel das, [was] zeithero verfassungsmäßig ihrer Introduction im Wege gestanden, zu Kaiserlicher Majestät Zufriedenheit beseitiget, auch schon vorläufig, um die Kurbelehnung nächstens zu empfangen, angehalten hätten, und nur noch die Bestimmung eines Erzamtes zurück sei, über welche Kaiserliche Majestät das Gutachten des Reichs seiner Zeit gewärtigten; so hätten Allerhöchst Sie dennoch ... dem Reichsdirectorio die Anweisung sofort mitertheilt, das weiter Beförderliche der Einführung in das Kurcollegium ... zu besorgen". In einer daran sich anschließenden Conferenz der altkurfürstlichen Gesandten wird als Tag der feierlichen Introduction, die nach der 6. Strophe — Würtemberg, Baden, Hessen — stattfinden soll, der 22. August festgesetzt[1].

494. Graf Görtz an den Geh. Rath.

Regensburg, 25. Aug. 1803.

[Ankündigung der künftigen Berathungsgegenstände. Termin der Protokolleröffnung. Reichstagsferien.]

Nach erfolgter Introduction der neuen Kurfürsten stellt das Reichsdirectorium „den Antrag auf Verlaßnehmung" des Hofdecrets vom 30. Juni, des Hofdecrets vom 19. Aug., insofern dasselbe die Errichtung der neuen Erzämter behandelt, sowie des Schlußberichts der Reichsdeputation mit den in der Beilage zu demselben „der reichstäglichen Fürsorge heimgegebenen Gegenständen", unter denen die Einsetzung einer Reichsexecutionscommission, die Neueintheilung und Neuorganisation der Kreise, die Berichtigung des Matricularwesens und die Sustentation des Reichskammergerichts als wesentlich bezeichnet werden. Als Termin

---

[1] Sie erfolgt in der That an dem genannten Tage. Es wird dabei durchgehends das Ceremoniell von 1708 beobachtet, nur von der spanischen Tracht wird abgesehen. Die neuen Gesandten fahren 6spännig vor, unter Vortritt ihrer Dienerschaft; an der Thüre des Vorsaals begrüßt sie der kurfürstliche Directorialgesandte und führt sie in das Kurfürstengemach, wo die „mit bedecktem Haupte daselbst schon sitzenden" altkurfürstlichen Gesandten sie erwarten und zum Willkomm ihre Hüte abnehmen. Die neueingeführten Gesandten nehmen hierauf ihre Pläze ein und halten eine gemeinsame Anrede an das Collegium, die der Directorialis erwidert. Mittags findet beim Kurerzkanzler eine solenne Tafel, Abends Souper mit Ball statt. Am folgenden Tage statten die neuen Gesandten dem kaiserlichen Concommissär ihren Besuch ab, während die altkurfürstlichen Gesandten ihnen die erste Visite machen. (Berichte des Grafen Görtz vom 22. und 23. Aug.) Für die üblichen Präsente an die altkurfürstlichen Gesandten und ihre Kanzleien werden 24000 fl. verausgabt. Geheime Rathsprotokoll vom 3. October. Vergl. „Getreue und vollständige Geschichte der Introduction der 4 neuen H. Kurfürsten ... Regensburg 1803.

zur Protokolleröffnung über den ersten Berathungsgegenstand, die Virilstimmen im Fürstenrathe, wird der 7. Nov. festgesetzt[1] und zugleich beschlossen, bis dahin Reichstagsferien eintreten zu lassen. Görtz wird die Zeit dazu benützen, über die verschiedenen Fragen der Karlsruher Regierung sein Gutachten zu erstatten.

495. Das preußische Ministerium an den kurbadischen Geh. Rath.

Berlin, 26. Aug. 1803.

[Mittheilung der Weisungen an Görtz. Verwerfung der arithmetischen Stimmengleichheit. Stimmenaufruf und Ausübungsrecht.]

Der Geheime Rath wird über den Inhalt der wegen des kaiserlichen Hofdecrets vom 30. Juni an den Grafen Görtz erlassenen Instruction vertraulich unterrichtet. „Religionsgleichheit und arithmetische Stimmenparität beim Reichstage seien durchaus verschiedene Dinge. Letztere sei weder nach Verfassung und Herkommen nothwendig, wie schon das ganze seitherige Stimmenverhältniß beweise, . . . noch auch sei sie zur Beruhigung der beiderseitigen Religionsverwandten erforderlich, indem jene Religionsgleichheit immer fester Grundsatz bleibe, zu dessen Sicherung das Recht der itio in partes angeordnet sei und zu dessen noch ängstlicherer Befestigung der aufgeklärte Geist unserer Zeit am wenigsten Anlaß gebe." Man beantrage daher unveränderte Annahme des Deputationsschlusses.

Des weiteren ist dem Comitialgesandten eröffnet worden, daß man auf der Ausübung sämmtlicher auf säcularisirten Entschädigungslanden ruhender Stimmen unbedingt bestehen, auf die der neucreirten Stimmen dagegen, falls der Wiener Hof absolut darauf beharre, vorerst verzichten werde[2].

Mit der Unterschrift Hardenbergs.

496. Graf Görtz an den Geh. Rath.

Regensburg, 29. Aug. 1803.

[Der Wiener Hof empfiehlt volle Gleichstellung der Religionen. Mangel an Toleranz in protestantischen Landen.]

Die kaiserlichen Gesandten wünschen dringend, es möchte in dem künftigen Reichsgutachten für alle deutschen Lande „eine völlig gleiche Religionsduldung" beantragt werden, so daß Katholiken wie Protestanten überall gleiche Rechte genießen und Dienstversorgung erhalten könnten[3]. „Solche dem jetzigen Zeitalter nicht mehr angemessen erkannte Beschränkungen — meint Görtz — sind bis jetzt noch im Würtembergischen und unleugbar in manchen anderen Landen und geben den Katholischen, die meistens mehr allgemeine Duldung annehmen, Veranlassung zu Beschwerden."

---

[1] Sie wird später auf den 14. Nov. verschoben.

[2] Der Geh. Rath stimmt seinerseits diesen Ausführungen bei und ersucht die Berliner Regierung insbesondere, die unverzügliche „Fortsetzung der uralten Stimmen von wegen Konstanz, Speier und Straßburg, der beiden letzteren nur unter verändertem Namen" zu befürworten. An das preußische Ministerium, dat. 14. Sept. 1803. Concept Meiers.

[3] Der Kurfürst erklärt sich damit einverstanden, indem er voraussetzt, der Wunsch des Kaisers gehe wesentlich dahin, „daß den Landesherren in Zukunft die Hände bei Auf- und Annahme anderer Religionsverwandten" nicht, wie mehrfach durch Verträge und Reverse geschehe, gebunden sein sollen. Rescript an Görtz v. 3. Sept.

497. Staatsrath v. Anstett[1] an Gemmingen.

Wien, 31. Aug. 1803.

[Ernennung des russischen Kammerherrn von Maltitz zum außerordentlichen Gesandten in Karlsruhe.]

S. M. l'Empereur de toutes les Russies pour donner une nouvelle preuve de Sa considération à S. A. S. de Bade vient de nommer le chambellan actuel, Baron de Maltitz[2], envoyé extraordinaire à la cour de Carlsruhe.

Le soussigné chargé d'affaires a reçu en conséquence les ordres de notifier cette nomination au ministre plénipotentiaire de S. A. E. de Bade à Vienne, pour qu'il en fasse part à sa cour, et il profite de cette occasion pour renouveler à Mr le Bon de Gemmingen les hommages de sa haute considération etc.

Copie.

---

498. Edelsheim an Gemmingen.

Mannheim, 1. Sept. 1803.

[Hofnachrichten. Ankunft des Prinzen und der Prinzessin von Braunschweig. Geplante Begegnung der Königin von Schweden und der Kurfürstin von Baiern in Frankfurt.]

Die Ankunft der schwedischen Majestäten wird auf 5. oder 6. d. M. erwartet.

Le Prince Guillaume de Bronsvic et Madame la Princesse, son épouse, sont arrivés lundi au soir, ayant quitté à Francfort Mme l'Electrice de Bavière avec laquelle ils étaient venus de Pyrmont. Le rendez-vous que la Reine, sa sœur, lui avait proposé à son passage à Francfort ayant été trop retardé, pour qu'elle ait cru pouvoir l'y attendre, nous espérons qu'elle viendra à Carlsruhe pendant le séjour de L. L. M. M., à moins que celles-ci n'aient le dessein de prolonger leur voyage jusqu'à Munic. . . .

Concept.

---

499. Edelsheim an Gemmingen.

Mannheim, 2. Sept. 1803.

[Weitere Uebergriffe Oesterreichs in der Sequestersache. Protest dagegen.]

Aus den hier beifolgenden Abschriften[3] werden Ew. Hochwolgeboren entnehmen, daß der österreichische Beschlag sich leider immer schärfer und bis auf

---

[1] In Vertretung des russischen Botschafters Grafen Rasumowsky führte während dessen Abwesenheit Staatsrath v. Anstett, ein geborener Straßburger, die Geschäfte. Vgl. Wassiltschikow: Les Razoumowski, II, 68.

[2] Baron Peter von Maltitz; derselbe war schon früher, im April 1797, gelegentlich einer Sendung nach Stuttgart mit dem Karlsruher Hofe in Verbindung getreten; zuletzt vertrat er Rußland als Geschäftsträger in Lissabon.

[3] Fehlen.

die größten Kleinigkeiten ausdehne; ja sogar der Hof zu Ehingen, den man mit so vieler Mühe noch von Taxis herausbekommen hat, jetzo als entschiedene Sache verkauft und die Vorräthe, die man den 1. Dec. 1802 bei der Besitznahme daselbst angetroffen, soviel davon von den sequestrirten Objecten herrührt, herausgegeben werden sollen.

Da der Herr Regierungsrath von Steinherr, dermal zu Ehingen sich aufhaltend, der Generalcommissär über die ganze Sequestersache ist und er diesen stracken Weg in Ehingen geht, so ist vorauszusehen, daß er nun überall ebenso vorschreiten werde.

Baiern, Würtemberg, Taxis, Oranien und den Grafen bleibt fast nichts. Se Kurf. Durchlaucht, unser gnädigster Herr, tragen mir ausdrücklich auf, Ew. Hochwolgeboren angelegentlichst zu ersuchen, alles mögliche in Zeiten anzuwenden, um dieses, mit denen geschehenen Zusicherungen gar nicht übereinstimmende Verfahren, das auch insbesondere die von Kaiser und Reich bestätigten Entschädigungen auf eine sehr kränkende Art verletzet, abstellen zu machen und die gerechten Klagen hierüber zu entübrigen . . . .

---

500. Karl Friedrich an Kaiser Franz II.

Mannheim, 3. Sept. 1803.

[Dank für Introduction. Bitte um Belehnung und Erzamt.]

Dank für die von dem Kaiser angeordnete und bereits vollzogene Einführung in das Kurfürsten-Collegium. Versicherung tiefster Treue, Ehrfurcht und Ergebenheit, mit Verweis auf die Ausführungen in dem Schreiben vom 2. Mai d. J., und Wiederholung der Bitte um Belehnung[1] und Ertheilung eines „schicklichen Erzamtes".

Abschrift. Wien. St.-Arch.

---

501. Edelsheim an Gemmingen.

Mannheim, 5. Sept. 1803.

[Begegnung des Kurfürsten mit dem schwedischen Königspaare in Frankfurt. Empfang in Mannheim.]

Gemmingen wird beauftragt, das Dankschreiben des Kurfürsten vom 3. Sept. zu überreichen.

L'Electeur est revenu hier à dîner de Francfort, où il a été à la rencontre de L. L. M. M. Suédoises. A peine avait-il mis pied à terre dans l'auberge où il était descendu, — au Cygne blanc, — qu'Elles sont venues de l'hôtel de l'Empereur romain, où Elles étaient logées, le surprendre et après cette visite infiniment cordiale on a passé chez L. L. M. M.

---

[1] Die feierliche Belehnungsurkunde war inzwischen bereits am 24. Aug. zu Wien ausgefertigt und vom Kaiser unterzeichnet worden. Orig. Pergamentlibell in Rothsammteinband mit anhängendem Majestätssiegel in Goldkapsel.

pour rester avec Elles jusqu'à l'heure du coucher. Madame la Margrave — c'est le titre que Mme la Princesse héréditaire a pris depuis notre retour ici, — ira les trouver demain à dînée chez Msgr. le Landgrave de Darmstadt à Auerbach et les amènera demain au soir ici, où on a remeublé pour leur reception les ci-devant Kaiserzimmer avec autant d'élégance que de célérité.

On suppose que la durée de ce séjour n'ira guère au delà huitaine et qu'ensuite on ira se reposer à Carlsruhe le reste du temps que L. L. M. M. voudront accorder à leur famille.

---

502. Gemmingen an Edelsheim.

Wien, 15. Sept. 1803.

[Schreiben der Kaiserin Elisabeth an die Markgräfin. Abreise Gemmingens nach Karlsruhe.]

Der russische Geschäftsträger v. Anstett hat Gemmingen ein Schreiben der Kaiserin Elisabeth an ihre Mutter, die Markgräfin, übergeben und ihm die sichere Expedirung desselben dringend empfohlen. Da in Wien zur Zeit nichts dringliches zu erledigen ist und der Kaiser auf ein paar Wochen die Hauptstadt verlassen hat, entschließt sich Gemmingen, das Schreiben persönlich zu überbringen, um zugleich über verschiedene wichtige, noch schwebende Fragen mündliche Instruction einzuholen[1].

---

503. Instruction für den russischen Gesandten, Baron von Maltitz.

St. Petersburg, 21. Sept. (3. Oct.) 1803.

[Accreditirung in Karlsruhe und Stuttgart. Aufträge für beide Höfe. Berichterstattung über die Vorgänge in Frankreich und der Schweiz. Wohnsitz in Karlsruhe.]

Monsieur le Chambellan actuel, Bon de Maltitz. — Les liens du sang qui m'unissent aux maisons électorales de Wurtemberg et de Bade et le désir que j'ai d'entretenir des relations directes avec elles m'ont porté à établir un poste ministériel permanent et en même temps commun à ces deux cours. Le choix que j'ai fait de Vous pour le remplir a été motivé autant par l'opinion avantageuse que j'ai de Votre zèle, que par la considération que les connaissances que Vous avez été à même d'acquérir[2] sur les pays où Vous allez résider, Vous fourniront aussi les moyens de Vous acquitter avec d'autant plus de succès de l'objet de Votre mission.

---

[1] Gemmingens Ankunft in Karlsruhe erfolgt zwischen dem 3. und 11. Oct.; erst im April 1804 kehrt er auf seinen Wiener Posten zurück. Ueber seine diplomatische Thätigkeit in der Zwischenzeit vgl. Abschnitt 3 und 4.

[2] Das Creditiv für den Karlsruher Hof ist vom 1. Oct. 1803 datirt. Die Uebersiedelung des neuernannten Gesandten nach Karlsruhe erfolgt indeß erst im Mai 1804; weshalb sie sich so lange verzögert, läßt sich aus den Acten nicht entnehmen.

En remettant à l'Electeur de Bade, auprès duquel Vous commencerez par Vous rendre Vos lettres de créance, Vous ne manquerez pas de l'assurer, combien j'ai été satisfait de contribuer à l'agrandissement de sa maison, Vous lui direz en outre, que dans le désir que j'avais de le voir placé au rang des premiers princes de l'Empire germanique il était entré celui aussi de lui donner un témoignage éclatant de mon estime. De plus Vous lui renouvelerez l'assurance, que ses intérêts me seront toujours chers et que je saisirai avec plaisir toutes les occasions pour lui en donner des preuves non équivoques.

Après Vous être installé ainsi à Carlsruhe, Vous Vous rendrez incessamment à Stoutgart pour Vous y légitimer pareillement. A la première audience que Vous aurez auprès de l'Electeur de Wurtemberg Vous lui exprimerez la joie que j'ai ressentie de le voir revêtu d'une dignité, qui en augmentant sa considération politique a étendu en même temps les moyens d'assurer la prospérité de ses états. Vous ajouterez que mes dispositions amicales envers lui et tous les princes de la maison électorale de Wurtemberg, seront aussi constantes que l'intérêt, que je prendrai à tous les événements favorables à son pays. — Quelque peu importantes que soient les relations politiques entre la Russie et ces deux pays, il nous importe cependant d'être instruits des rapports de ces deux cours électorales avec la France et de leurs dispositions relativement à la cour de Vienne et celle de Berlin; la proximité où Vous serez de la France, dont les mouvements ne sauraient être surveillés avec assez de vigilance dans les circonstances actuelles, Vous impose des obligations qui doivent fixer Votre attention particulière. C'est à cette vigilance que je recommande de ne pas perdre de vue rien de ce qui peut se passer de remarquable de l'autre côté du Rhin. Rassemblements de troupes, mesures extraordinaires du gouvernement français, opinion et bruits publics sur ces opérations, en général toutes les particularités qui Vous paraîtront devoir mériter mon attention, doivent être soigneusement recueillies et communiquées.

Je désire en outre, que profitant de Votre voisinage avec la Suisse, Vous tâchiez de Vous procurer des renseignements exacts sur ce pays, sur la conduite des troupes françaises qui s'y trouvent ainsi que sur les dispositions des habitants à leur égard.

Votre résidence étant fixée à Carlsruhe, Vous ferez aussi souvent que le bien du service l'exigera des voyages à Stoutgart où le conseiller d'état de Jacowleff restera en permanence en qualité de chargé d'affaires.

Du reste me reposant sur Votre expérience dans les affaires, je ne crois pas devoir entrer dans de plus grands détails et je ne doute nullement que le témoignage de confiance que je viens de Vous donner ne

Vous rende attentif à saisir toutes les occasions pour me donner de nouvelles preuves de Votre zêle. Je suis etc.

Concept. Petersburger St.-Archiv.

---

504. Gutachten Gemmingens. „Ueber das System, welches kurbadischerseits in Reichsangelegenheiten künftig zu befolgen wäre"[1].

Karlsruhe, 18. Oct. 1803.

[Empfiehlt eine conservative Reichspolitik, unabhängig von Wien, unter Führung Badens.]

Die Erhaltung der Reichsverfassung bildet nach Gemmingens Ansicht die Pflicht eines jeden Reichsstandes, insbesondere eines jeden Kurfürsten. Der Kurfürst von Baden habe gegen ihn diese Pflicht ausdrücklich anerkannt; ihre Erfüllung biete dem Kurhause weit mehr Vortheile, als das Streben nach einer unsichern Souveränität. Eine Neugestaltung der durch die letzten Ereignisse stark erschütterten, aber keineswegs vernichteten Verfassung sei unmöglich; die Stände würden sich nie darüber einigen, eine neue Verfassung werde sich immer wieder „als ein bloßes Föderativsystem" darstellen, das erfahrungsgemäß nirgends Ruhe gewähre und die Keime seiner Auflösung in sich trage. Der Kurfürst müsse sich daher jedem Versuche einer derartigen Neubildung energisch widersetzen und allen weiteren Neuerungen seinen Beifall versagen. „Die Aufrechterhaltung des Landfriedens und der gesetzmäßigen kaiserlichen Gewalt", der beiden „Grundpfeiler des deutschen Staatsgebäudes" bilde das einzige Mittel, die Reichsverfassung wieder zu befestigen. Zu dem Zwecke müsse man das Ansehen der höchsten Reichsgerichte in jeder Weise unterstützen und ihre Urtheile prompt vollziehen. Die kaiserliche Gewalt sei im Laufe der Zeit, um sich gegen deren Mißbrauch zu schützen, immer mehr beschränkt worden; die Grenze, an der man nun angelangt sei, dürfe nicht mehr überschritten werden „ohne Gefahr einer gänzlichen Auflösung der Staatsverbindung". Dabei wünscht Gemmingen jedoch nicht völligen Anschluß an die Politik des Wiener Hofes, die stets „von der Wandelbarkeit der höheren Politik" abhänge, im Gegentheile, von derselben die Reichsverfassung möglichst unabhängig zu machen, dies sei „die große Aufgabe".

An einer Oppositionspartei gegen die kaiserliche Gewalt habe es nie gefehlt, wol aber vermisse man eine gemäßigte, „nur die Erhaltung der Verfassung bezielende und standhaft verfolgende Partei" mehr als je.

„Doch sie wird sich um einen angeseheneren, durch sein Benehmen Vertrauen gebietenden Reichsstand zuverlässig bilden, wenn er sich dazu darstellet. Kurhannover hatte einst diese rühmliche Stelle einigermaßen. Die Zeitumstände scheinen jetzt den durchlauchtigsten Kurfürsten dazu aufzufordern, und nur dieser Ruhm fehlt noch den lang bewährten Herrschertugenden."

Wenn der Kurfürst entschieden für dieses conservirende System eintrete und es durch seine Gesandten offen ankündigen lasse, wenn er am Reichstage ohne Rücksicht auf fremde Meinungen „mit der Sprache des Rechts im Geiste der Verfassung" stets vorgehen werde, so könne ihm „jener so erlauchte, dem Reiche so wohlthätige Einfluß nicht fehlen", und er werde als Mittler über den Parteien stehen.

---

[1] Wir geben hier im Auszuge das für Gemmingens politische Anschauungen charakteristische, vielfach unklare und verschwommene Gutachten, das in einer Zeit, wo das Reich alle Zeichen unaufhaltsamer Zersetzung und Auflösung an sich trug, die Erhaltung der alten Verfassungsformen anstrebt.

505. Der Geh. Rath an den Grafen Görtz.

Karlsruhe, 28. Oct. 1803.

[Instruction über das Hofdecret vom 30. Juni. Suspendirung der neucreirten Stimmen. Wahl eines Erzamtes. Reichsexecutionscommission. Kreiseintheilung. Matrikel. Neuorganisation des schwäbischen Kreises abgelehnt. Reichskammergericht.]

In einer Berathung über das Hofdecret vom 30. Juni wird auf Grund verschiedener Gutachten des z. Zt. noch in Karlsruhe weilenden Gesandten am Wiener Hofe beschlossen, den Grafen Görtz nunmehr wegen der Abstimmung zu instruiren. Es wird 1) zugestanden, daß diejenigen neu creirten Stimmen, deren Besitzer jetzt erst in den Fürstenrath eintreten sollen, eventuell auch alle neu creirten Stimmen vorläufig bis zur Entscheidung der Frage in suspenso verbleiben, dagegen sollen die auf ehemals geistlichen Landen haftenden Stimmen schon jetzt zur Ausübung gelangen; falls man den Aufruf von Bruchsal und Ettenheim beanstande, möge Görtz energisch dagegen protestiren. 2) Unter den Erzämtern scheinen dem Kurfürsten die eines Erzstallmeisters und eines Erzkronhüters die geeignetsten zu sein[1], doch habe er sich noch nicht entschieden, da er erst in Dresden sondirt habe, ob nicht von Seiten des dortigen Hofes Einsprache gegen die Uebernahme des ersten Amtes erhoben werde.

Was den dritten Berathungsgegenstand des Hofdecrets betreffe, beantrage der Kurfürst die Einsetzung einer aus Mitgliedern der Reichsdeputation gebildeten Reichsexecutionscommission. Die Neueintheilung der Kreise, die sich auf diejenigen Kreise zu beschränken habe, die „durch den Verlust des linken Rheinufers eine merkliche Veränderung erlitten", und die Berichtigung des Matrikularwesens möge zunächst einem vorbereitenden Ausschusse und dann erst dem Reichstage zur Berathung überwiesen werden. Die Organisation der Kreisverfassungen dagegen sei Sache der Kreise: speciell der schwäbische bedürfe einer solchen durchaus nicht „und am allerwenigsten würden Smus unter dem Vorwand eines solchen Bedürfnisses sich abhalten lassen, von dem mit dem Fürstenthum Konstanz auf Sie übergegangenen Mitausschreibamt in dem schwäbischen Kreis Gebrauch zu machen, oder dieses wol erlangte Recht unter obigem Vorwand irgend einer Discussion unterwerfen".

Ein wichtiges Anliegen bilde weiter die Erhaltung des Reichskammergerichts, der Kurfürst werde nach Kräften hiezu mitwirken und hoffe, „zur Ehre deutscher Nation, man werde bei der unbezweifelten Ueberzeugung von der Nothwendigkeit, dieses höchste Reichsgericht in voller Thätigkeit und so zu erhalten, daß es seinen Geschäften gewachsen sein möge, nicht stehen bleiben, sondern zu diesem heilsamen Endzweck sich fernerhin nach Erforderniß wirksam erzeigen."

Concept.

506. Entwurf des badischen Reichstagsvotums[2].

O. D. [Oct. 1803].

[Antrag auf Ratification des § 32 des Deputationsschlusses. Aufnahme des Toleranzprincips unter die Grundgesetze des Reichs.]

Allerdings sei die Rechtsgleichheit der beiden Religionstheile für die Wolfahrt des Reiches ein dringendes Erforderniß, aber sie beruhe auf der Reichsverfassung und den Grundgesetzen des Reiches, und nicht etwa auf der Stimmengleichheit im Reichstage; so wenig sie bisher durch das Uebergewicht der katholischen Stimmen gestört worden sei, so

[1] Vgl. darüber J. L. Klüber, Ueber Einführung, Rang, Erzämter, Titel, Wappenzeichen und Wartschilde der neuen Kurfürsten. Erlangen 1808. S. 9 ff.

[2] Beilage zu dem Rescript an Görtz vom 28. Oct. 1803.

wenig werde sie es auch jetzt durch das Uebergewicht der protestantischen. Der Kurfürst ersuche daher den Kaiser, auch dem § 32 des Deputationsrecesses und dem darin festgesetzten Verzeichniß der Virilstimmen seine Ratification zu ertheilen.

Um jedoch alle Bedenken zu beseitigen und das Princip der Toleranz allgemein zur Geltung zu bringen, beantrage er,

„daß in die Grundgesetze des deutschen Reichs nicht nur der Grundsatz einer allgemeinen wechselseitigen Duldung und des vollen Genusses der bürgerlichen Rechte für alle Religionsgenossen der drei christlichen Confessionen in dem Maße und zu dem Ende aufgenommen werde, daß die Aufnahme anderer Religionsverwandten zum Schutz, zum Bürgerrecht und zu Staats- und Gemeindeämtern aller Orten von dem gutfindenden Ermessen dem Landesherrn abhangen und diese durch keine Art von Verträgen oder Reversen darin beschränkt sein solle, sondern daß auch in eben dieser Reichsgesetzgebung jede auf die Verschiedenheit der Religionen Bezug habende Verfügung über die Staatsverhältnisse der Reichsstände aufzuheben[1], dabei aber jedem Religionstheil der ungestörte und ungeschmälerte Besitz und Genuß seiner den Kirchen und Schulen gewidmeten Güter und Einkünfte, sowie das Recht in allen und jeden, sowohl Religions- als andern Sachen ohne irgend eine Ausnahme bei reichstäglichen und reichsgerichtlichen Berathschlagungen in Theile zu gehen, auf's neue zu versichern seie . . . .

Der Kurfürst habe bereits in seinen Landen diesem Grundsatze entsprechende Verfügungen getroffen und hoffe „von dem Geist des Zeitalters", daß eine derartige Aenderung in der Gesetzgebung keinen Anstand finden werde. Werde sie abgelehnt, so sei er gerne bereit zu allem beizutragen, was die katholischen Stände „zur Beruhigung ihrer Glaubensgenossen" nöthig erachteten.

Concept Meiers, mit Zusätzen Brauers, im wesentlichen auf Grund eines Gemmingen'schen Gutachtens v. 25. Oct. ausgearbeitet.

---

507. Graf Görtz an den Geh. Rath.

Regensburg, 16. Nov. 1803.

[Aufruf der Stimmen Bruchsal und Ettenheim. Zwist über ihre Fortdauer. Protest von Görtz gegen ihre Suspendirung]

Am 14. d. M. wird die Berathung über das Hofdecret vom 30. Juni eröffnet. Bei diesem Anlasse kömmt es zu einem Zwiste zwischen Görtz und Fahnenberg. Als seitens des Directoriums im Reichsfürstenrathe der Aufruf Speier mit dem Zusatz «cessat» erfolgt, benützt Görtz diese Gelegenheit, um die Rechte Badens auf die Stimmen Bruchsal und Ettenheim und die ungesäumte Ausübung seines Stimmrechts, da es sich nicht um neucreirte Stimmen handle, feierlichst zu wahren[2]. Demgegenüber verliest der österreichische Gesandte einen Protest; die Stimmen Speier und Straßburg seien erloschen, den an

---

[1] Für Baden fielen dadurch, wie Gemmingen richtig bemerkt, alle Schwierigkeiten wegen Uebernahme des konstanzischen Kreismitausschreibeamtes hinweg.

[2] Vergl. über diesen Vorfall und die Streitfrage selbst die Ausführungen Aegidi's, der dem Gegenstande einen eigenen Abschnitt widmet und die Fortdauer und staatsrechtliche Giltigkeit beider Stimmen unbedingt bejaht. A. a. O., 279—97.

ihre Stelle tretenden fehle die kaiserliche Genehmigung; er verwahre sich daher gegen deren Ausübung. Görtz ersucht den Kurfürsten um nähere Weisungen und frägt an, ob er vor Protokollschluß die Fehde gegen Fahnenberg erneuern solle.

508. Der Geh. Rath an den Grafen Görtz.

Karlsruhe, 21. Nov. 1803.

[Verwahrung wegen der Stimmen von Ettenheim und Bruchsal.]

Auf den Bericht des Grafen Görtz vom 16. d. M. wird demselben erwidert, der Kurfürst billige seine Entgegnung vollkommen. Um jedoch nicht die Ansicht aufkommen zu lassen, als seien die Stimmen von Bruchsal und Ettenheim wirklich erloschen, solle er bei der nächsten Gelegenheit erklären, es stehe fest, daß das reichsständische Stimmrecht auf dem ganzen Reichslande sowol wie auf jedem Theile beruhe und selbst im Falle einer gewaltsamen Losreißung einzelner Landestheile nicht erlösche, wie das Beispiel von Straßburg beweise.

Mit kaiserlicher Genehmigung sei festgesetzt worden, daß das Stimmrecht der säcularisirten geistlichen Lande auf die neuen Besitzer übergehe, durch die vermittelnden Mächte sei vorgeschlagen worden, „daß Bruchsal statt Speier und Ettenheim statt Straßburg aufgerufen werden solle".

Damit habe man die Fortdauer der Stimmen anerkannt; das beigefügte Schema der Reichstagsstimmen hebe vollends jeden Zweifel. Die Reichsdeputation habe diesen Vorschlag angenommen, der Kaiser den Receß ratificirt.

Unter diesen Umständen hoffe der Kurfürst, der Kaiser und seine Mitstände würden sich überzeugen, „daß Sie zur Führung beeder befragter Stimmen eine andere Qualification als zu jener wegen Konstanz nicht beburft haben"[1].

509. Graf Görtz an den Geh. Rath.

Regensburg, 12. Dec. 1803.

[Voraussichtliche Annahme des § 32. Widerstreben in Wien. Forderung der Stimmengleichheit beider Religionstheile und ihre Gefahr.]

Die Stimmenmehrheit wird sich im Fürsten= und Kurfürstenrathe für unbedingte Ratification des § 32 des Deputationsschlusses entscheiden, doch erklären die kaiserlichen Gesandten laut gegen alle übrigen, der Kaiser werde ein derartiges Reichsgutachten nie ratificiren, da ihm dadurch alle Aussicht, je am Reichstage eine Majorität zu erhalten, benommen werde. Hügel betont gegen Görtz den hohen Werth, den der Wiener Hof der Frage beilege, dieser hält ihm dagegen vor, daß der Anspruch auf absolute Stimmengleichheit beider Religionstheile weder durch Verfassung, noch durch Herkommen begründet sei und die Uebertragung „einer so beträchtlichen Anzahl theils Haus= theils ganz unwichtigen und größtentheils ganz noch völlig unqualificirten, blos wie Oesterreich votirenden Stimmen dem Kaiser und dem Haus Oesterreich, unter dem Namen des katholischen Theils, ein noch in keinen Zeiten gehabtes Uebergewicht geben würde."

[1] In der Sitzung vom 4. Dec. verliest Görtz eine entsprechende Erklärung; der österreichische Gesandte v. Fahnenberg versteigt sich in seiner Entgegnung zu der Behauptung, der Ausdruck anstatt bedeute so viel wie „caduc und erloschen". Comitialbericht vom 4. Dec.

Auf Gründe, meint Hügel, komme es jetzt nicht mehr an, da man sie doch nicht höre; es bleibe nur übrig, auf dem Wege gütlicher Unterhandlungen, wie sie der neue kaiserliche Gesandte in Berlin vorschlagen werde, einen Ausgleich herbeizuführen.

---

510. Der russische Reichskanzler Graf Woronzow an Baron Maltitz[1].

[Petersburg], 23. Jan. (4. Febr.) 1804.

[Der Zar billigt die Mäßigung der badischen Politik. Die Ernennung von Maltitz soll nicht zur Entsendung eines badischen Gesandten nach Petersburg verpflichten.]

. . . . Indépendamment des liens du sang qui attachent l'Empereur au grand-père de l'Impératrice, Son épouse, S. M. I. ne peut que voir avec satisfaction la sage conduite de ce Prince ainsi que la mesure et la circonspection que S. A. E. continue à mettre dans tout ce qui a rapport aux indemnités et aux autres affaires de l'Empire germanique. Vous aurez soin, Monsieur, que ces sentiments de l'Empereur parviennent à la connaissance de Msgr. l'Electeur de Bade et Vous y ajouterez que jamais S. M. I. ne s'est attendu, ni a prétendu d'avoir ici une mission de sa part et que Votre nomination même auprès de S. A. E. n'a eu pour but que de manifester par là les sentiments d'amitié, d'attachement et de considération que l'Empereur professe pour ce Prince, et qu'en Vous faisant rester à ce poste, il n'a pas eu moins l'intention de lui fournir le moyen de s'ouvrir vis-à-vis de lui sur tout ce qui pourrait le concerner et être de sa convenance.

Abschrift.

---

511. Graf Görtz an den Geh. Rath.

Regensburg, 11. Febr. 1804.

[Gemäßigter Vermittelungsvorschlag Fahnenbergs; in Wien abgelehnt. Resultatloser Verlauf der Verhandlungen über die Virilstimmen.]

Der österreichische Gesandte von Fahnenberg hat vor seiner Abreise nach Wien den Grafen Görtz besucht und ihm die Frage vorgelegt, ob nicht eine befriedigende Lösung der Virilstimmenfrage erzielt werden könnte, „wenn in denen zu fassenden Conclusis und dem Reichsgutachten der Kaiser zu ersuchen wäre, dem § 32 des Deputations- und Reichsschlusses seine Ratification zu ertheilen, wohingegen, nachdem solche erfolgt sein würde, Kurfürsten, Fürsten und Stände zum voraus ihre Bereitwilligkeit zusicherten, denen von Sr kaiserlichen Majestät bezeugten Wünschen und Anträgen wegen mehrerer zu Virilstimmen qualificirten katholischen und anderen Bewerbern nach Möglichkeit entsprechen zu wollen". Ob freilich der Vorschlag, der in der That „der wenigst unbilligste und vielleicht der einzige Auskunftsweg zu sein" scheine[2], im Auftrag des Wiener Hofes erfolgt sei oder dessen Genehmigung finden werde, vermag Görtz nicht zu beurtheilen.

---

[1] «Extrait d'une lettre officielle du Cte de Woronzow etc.»; Beilage zu dem im nächsten Bande mitzutheilenden Schreiben Edelsheims an Karl Friedrich vom 13. Mai 1804.

[2] Auch in Karlsruhe findet man den Vorschlag überaus gemäßigt und versöhnlich und erklärt sich im voraus bereit, demselben beizutreten (Rescript vom 17. Febr.). Wie

512. Der Geh. Rath an den Grafen Görtz.

Karlsruhe, 13. Febr. 1804.

[Bedenken gegen den kurbraunschweigischen Ausgleichversuch. Man bringt auf ein Conclusum. Nichtratification der itio in partes vorzuziehen.]

Der kurbraunschweigische Vermittelungsvorschlag, der die Virilstimmenangelegenheit einer Comitialdeputation überweisen will, erscheint durchaus ungeeignet, da er die bestehenden Schwierigkeiten nicht mindert, die Weitläufigkeit der Verhandlungen vielmehr vermehrt.

Man müsse, meint der Kurfürst, ehe die Majorität sich wieder verliere, nach Kräften das Zustandekommen eines Reichsschlusses betreiben und abwarten, ob der Kaiser wirklich die Ratification desselben versagen werde. Immerhin würde letzteres minder bedenklich sein, als „wenn der kaiserliche Hof zu dem gefährlichen Mittel der itionis in partes schreiten sollte".

„Es würde dahero um die Reichsruhe und um die Reichsverfassung ein sehr verdienstliches Werk sein, wenn der kaiserliche Hof von diesem gefährlichen Vorhaben durch dienliche Vorstellungen abgebracht werden könne"[1].

Concept mit Correcturen Meiers.

---

513. Edelsheim an den Baron v. Buol Schauenstein, kaiserlichen Gesandten in München.

Karlsruhe, 2. März 1804.

[Ernennung des Freiherrn von Schall zum kaiserlichen Gesandten in Karlsruhe.]

Der Kurfürst erblickt in der Ernennung des k. k. wirklichen Kämmerers Freiherrn von Schall zum Gesandten am Karlsruher Hofe, welche von Buol am 26. Febr. vorläufig angezeigt, ein neues Merkmal kaiserlicher Huld; zugleich bezeugt er aber auch seine Freude darüber, daß die Beziehungen zu dem Freiherrn von Buol als kaiserlichem Gesandten bei dem schwäbischen Kreise fortbestehen[2].

Abschrift. Wien. St.-Archiv.

---

indeß Fahnenberg bei seiner Rückkehr von Wien mittheilt, hat man sich dort durchaus ablehnend verhalten und ist fest entschlossen, nicht nachzugeben und jeden Majoritätsbeschluß durch itio in partes zu vereiteln (Bericht des Grafen Görtz vom 1. März). Auch die Hoffnung auf ein erneutes Einschreiten der vermittelnden Mächte zu Gunsten des Entschädigungsplans, wie es, angeblich im Einverständniß mit Rußland, eine Note des französischen Geschäftsträgers Bacher vom 10. März in Aussicht stellt, erweist sich als Täuschung; durch das Interesse, das der Fall Enghien am Reichstage in Anspruch nimmt, wird die Stimmenangelegenheit bald von der Tagesordnung verdrängt und auch später nicht mehr ernstlich zur Sprache gebracht. Ein Reichsgutachten ist nie zu Stande gekommen, die Stimmen Bruchsal und Ettenheim sind bei den Verhandlungen, die späterhin noch über Fragen von untergeordneter Bedeutung im Fürstenrathe geführt werden, vom Wiener Hofe nie anerkannt und von dem badischen Gesandten nie ausgeübt worden.

[1] Görtz bezweifelt, daß eine itio in partes je zu Stande komme, da sowol der Kurerzkanzler als Kurbaiern nach ihren Erklärungen nie dazu die Hand bieten würden. Bericht vom 26. Febr.

[2] Schon Mitte Jan. 1804 hatte Edelsheim von der bevorstehenden Ernennung des Freiherrn Clemens August von Schall, früher kurkölnischen Hofmarschalls, zum Gesandten

514. Gemmingen an Edelsheim.

Regensburg, 30. März 1804.

[Unterredung mit Hügel wegen des Sequesters. Anwendung des Heimfallrechts auf die im Badischen gelegenen Besitzungen der breisgauischen Klöster bei deren Säcularisirung. Absichten und Aussichten auf Erwerbung der Ortenau.]

Unterredung mit dem kaiserlichen Concommissär von Hügel betr. der Sequesterangelegenheit.

.... Als dieser Gegenstand zum Gespräche kam, bemerkte ich dem Herrn von Hügel, wie ich mich nicht genug wundern könne, daß man es in Wien nicht einem höheren politischen Interesse gemäß finde, einen bedeutenden Reichsstand, dem man schon den größten Theil wieder ersetzt habe, vollends ganz klaglos zu stellen und so von den übrigen Beschwerdeführenden abzusondern.

Er schien gleicher Meinung zu sein und behauptete, in seinem Gutachten[1] auch darauf angerathen zu haben. Nur, sagte er, habe man geglaubt, daß sich Kurbaden durch Anwendung des nämlichen droit d'épave auf die im Badischen gelegenen Besitzungen der breisgauischen Klöster sehr würde für den Verlust der noch sequestrirten Gegenstände entschädigen können. Die Säcularisation jener Klöster sei denn doch unfehlbar, es möchte sie nun das Malteser Großpriorat oder der Großherzog behaupten. Ew. Exc. denken wol, daß ich gegen diesen Gedanken Einwendungen machte, ohne ihn gerade ganz zu verwerfen .... In der That würde ich mir für einen sichern gegenwärtigen Verlust einen zukünftigen unsichern Gewinn um so weniger willig aufrechnen lassen, als dieses droit d'épave österreichischerseits nur insoferne angesprochen wird, als man dort nicht zu den Entschädigten zu gehören und mithin den Bestimmungen des Deputationsschlusses nicht unterworfen zu sein behauptet.

Unterdessen hat mich dieses Gespräch doch aufmerksam gemacht, denn in seine richtige Bedeutung aufgelöset, heißt das oben Angeführte nichts anderes, als daß der künftige Erwerber der breisgauischen Klöster dem Kurfürsten von Baden ersetzen soll, was Oesterreich ihm nicht herauszugeben wünscht. Da es kommen kann, daß man so etwas eingehen muß, und da es in der Wirklichkeit vielleicht auch vortheilhaft sein mag, so schlage ich Ew. Exc. auf alle Fälle vor, irgend einem Sachkundigen aufzutragen: das Verhältniß der im Badischen gelegenen Besitzungen der breisgauischen Klöster zu den noch sequestrirten Bestandtheilen der badischen Entschädigung möglichst erörtern zu lassen ....

Noch benützte ich diese Unterredung, um auch das Verhältniß der Ortenau zu berühren.

---

in Karlsruhe erfahren. S. Schreiben an Gemmingen, vom 14. Jan., Abschnitt 3. — Schalls Creditiv datirt vom 30. April; erst im Juni hat er seinen Posten in Karlsruhe bezogen.

[1] Hügel war bei seinem letzten Aufenthalte in Wien aufgefordert worden, ein ausführliches Gutachten über die Materie zu erstatten.

Indem ich von den Nachtheilen Erwähnung machte, welche aus der Durchkreuzung der beiden Regierungen in jener Gegend entstehen, und während wir einig waren, daß es schwer sei, mit dem so genau rechnenden Erzherzoge Ferdinand irgend ein Geschäft zu machen, sprach Herr von Hügel von dem großen Mißvergnügen des Erzherzogs über diese Besitzung, welcher behaupte, daß sie ihm bis in Monat November keine 15000 fl. eingetragen habe und nie über 40000 fl. gehe. Herr von Hügel meinte, man müsse den Erzherzog noch verdrießlicher werden lassen, dann könne man ihn vielleicht abfinden, und dann erst ließe sich von wechselseitigen Convenienzen zwischen dem Wiener und Karlsruher Hofe sprechen . . . .

Anhang.

515. „Auszug aus den hiesigen Acten, den österreichischen Sequester betr." Februar 1803—August 1804. Von Geh. Rath Meier.

Karlsruhe, 31. Aug. 1804.

Die erste Nachricht von „dem immer weiter um sich greifenden deputationsschluß- und selbst verfassungswidrigen österreichischen Verfahren", — es handelte sich zunächst um Beschlagnahme der im Nellenburgischen gelegenen Gefälle und Güter des Hochstifts Konstanz durch das k. k. Oberamt Stockach — erhält man in Karlsruhe am 22. Febr. 1803; noch am gleichen Tage ersucht man den Grafen Görtz, die vermittelnden Gesandten um Abhilfe anzugehen, und benachrichtigt die Gesandten in Wien und Paris. Görtz übergiebt dem kaiserlichen Concommissär von Hügel eine Beschwerdenote und schlägt vor, durch eine Denkschrift die Sache vor die Deputation zu bringen (Bericht vom 1. März). Da Gemmingen indeß Zurücknahme der Maßregeln durch den Wiener Hof in Aussicht stellt, verzichtet man vor der Hand auf weitere Vorstellungen, beklagt sich jedoch bei Gemmingen über die Strenge, mit welcher der Sequester gegen Salem und Petershausen durchgeführt werde[1]. Am 9. März erfolgt die bekannte Erklärung der vermittelnden Mächte[2] an die Reichsversammlung; sie bleibt ohne alle Wirkung. Gemmingen wird daher am 16. März angewiesen, gegen den Sequester ernstlich Verwahrung einzulegen, zugleich empfängt Görtz den Auftrag, sich den Schritten der in gleicher Lage befindlichen Reichsstände: Baiern, Nassau, Oranien u. a. anzuschließen. Da Gemmingen indeß am 23. März berichtet, der Befehl zur Aufhebung des Sequesters sei ertheilt[3], wird Görtz gebeten, vorerst den Erfolg der Wiener Ordre abzuwarten (Rescript vom 1. April). Inzwischen bestätigen Meldungen aus dem obern Fürstenthume, daß die Beschlagnahme der Gefälle und Besitzungen des Hochstifts in der That größtentheils rückgängig gemacht worden, gegen Salem und Petershausen aber nach wie vor fortbestehe[4]. Görtz wird am 15. April hiervon informirt

[1] Ueber die Gründe, auf die der Wiener Hof sein Vorgehen stützte, und ihre Berechtigung vergl. die Einleitung. Wir geben hier den Verlauf der Verhandlungen, die zum Theile freilich über den Rahmen des vorliegenden Bandes hinausgreifen, nach dem Actenauszuge, den Geh. Rath Meier im Aug. 1804 angefertigt; über die weitere Entwickelung der Dinge vergl. die Einleitung und die im folgenden Bande mitzutheilenden Actenstücke.

[2] Sie gipfelt in dem Satze: «Les Electeurs, Princes et Etats d'Empire qui reçoivent en indemnité des objets plus ou moins affectés de droits appartenants à S. M. I. et R. ne peuvent recevoir aucun préjudice de l'article 4 de la convention particulaire du 5 nivôse (26 décembre); le même acte qui confère ces objets aux nouveaux possesseurs définit le sens précis de leur possession».

[3] S. oben S. 383.

[4] Es werden davon betroffen die zu Salem gehörigen Obervogteiämter Mönchhof und Stetten am kalten Markt, die Pflege Ehingen, Gefälle zu Sipplingen und ein Haus

mit dem Beifügen, man müsse unbedingt völlige Aufhebung des Sequesters fordern. Die Berichte des Grafen Görtz aus Regensburg, wo die Beschwerden der geschädigten Stände mittlerweile zur Berathung gelangen, lauten nicht tröstlich[1]. Auf weitere Vorstellungen in Wien erwidert Graf Cobenzl dem badischen Gesandten, man möge ihm Zeit lassen, er müsse erst die nöthigen Erkundigungen nach dem Umfang der Sequestrirung einziehen; auf Wunsch erhält Gemmingen von seiner Regierung ein Verzeichniß der z. Zt. noch beschlagnahmten Objecte. Die Erklärungen der österreichischen Gesandten in Regensburg auf Grund des Rescripts der Hof- und Staatskanzlei vom 19. Mai[2] lassen indeß klar erkennen, daß man in Wien nicht nachgeben werde, wie denn auch Cobenzl im August ausdrücklich versichert, der Kaiser werde auf dem Principe beharren; nur mit Rücksicht auf Rußlands Verwendung habe er bezüglich der Gefälle des Hochstifts Konstanz eine Ausnahme gemacht[3]. Am 7. Oct. findet dann zu Karlsruhe eine Sitzung des Geh. Raths statt, der auch Gemmingen beiwohnt; der badische Gesandte erhält den Auftrag, die Aufhebung des Sequesters gegen Salem und Petershausen, die man in Wien als Besitzungen der Markgrafen Friedrich und Ludwig, nicht als kurfürstliche Lande behandle, aufs neue in des Kurfürsten Namen zu betreiben, eventuell unter gewissen Opfern; von den sequestrirten Capitalien[4] erbietet man sich bis zu 10% dem Wiener Hofe zu überlassen, falls sie freigegeben würden und flüssig gemacht werden könnten.

Während der mehrmonatlichen Abwesenheit Gemmingens von Wien ruht die Angelegenheit. Erst im Mai 1804 werden die Verhandlungen wieder eröffnet durch eine Unterredung des Präsidenten von Baur mit dem österreichischen Regierungsrathe von Steinherr, wobei dieser erklärt, seine Regierung wünsche lebhaft einen gütlichen Vergleich mit den betheiligten Ständen. Die Markgrafen hätten durch ihren Vertrauensmann auch bereits Oberelchingen oder das Kloster Petershausen angeboten, das genüge aber nicht, dagegen könnte etwa Markdorf, ein Theil des Ueberlingenschen Gebiets oder Biberach als annehmbares Aequivalent betrachtet werden. Gemmingen, dessen Gutachten darüber erbeten wird, warnt davor, „über dasjenige in Unterhandlungen sich einzulassen, was bis jetzt als Recht gefordert wurde", solange man nicht sehe, wie weit die Nachgiebigkeit führe (Bericht vom 23. Mai). Schon am 14. Juni aber meldet er, Cobenzl habe den Wunsch geäußert, „daß die Unterhandlungen wegen völliger Berichtigung des .... Sequesters .... durch etwaige wechselseitige Convenienzen in der Gegend, wo sich die Gegenstände befinden, und durch localkundige Leute gepflogen werden möchten", ersucht jedoch dringend, „vor Einlangung seines weiteren Berichtes keine desfallsigen Schritte zu thun". Inzwischen werden die Conventionen, die Oesterreich wegen des Sequesters mit Würtemberg und Nassau-Oranien abgeschlossen, bekannt; der österreichische Gesandte in Karlsruhe, v. Schall,

---

zu Konstanz, sowie das zu Peterhausen gehörige Obervogteiamt Hilzingen, Gefälle der Reichsherrschaft Herdwangen im Dorfe Roth und Gefälle nebst Besitzungen zu Konstanz, Radolfzell und Mengen. Ihr Gesammtertrag wird von Seiten der Markgrafen auf jährlich 40000 fl. berechnet. — Ueber die genannten Gebiete, die sämmtlich erst durch den Staatsvertrag zwischen Baden und Würtemberg vom 2. Oct. 1810 an Baden gefallen sind, vergl. F. L. Baumann, die Territorien des Seekreises i. J. 1800. Neujahrsblatt der badischen historischen Commission, 1894.

[1] S. oben Nr. 465.

[2] S. oben Nr. 481.

[3] S. oben Nr. 488.

[4] Ihr Betrag war nach einer Zusammenstellung Meiers ein sehr beträchtlicher, im ganzen 1118310 fl., wovon allein 970300 fl. auf kaiserliche Schuldverschreibungen gegen das Hochstift Speier entfielen und in österreichischen Staatsfonds angelegt waren.

verbindet mit der Anzeige auf's neue die Einladung zu Verhandlungen mit Steinherr. Am 18. Aug. schreibt endlich Gemmingen, er könne keinen Grund zu besonderen Localverhandlungen absehen: Graf Cobenzl habe dem russischen Botschafter versichert, der badische Sequester beruhe auf Irrthum, und seine Aufhebung s. Zt. zugesagt: wozu also noch Unterhandlungen? Finde man solche indeß wegen der noch sequestrirten Gefälle der Dompropstei und Decanei Konstanz — im Werthe von 3350 fl. — nöthig, so könnten sie mit Rücksicht auf die russische Mediation nur in Wien geführt werden; nur wenn man beabsichtige, gegen diese Gefälle andere Aequivalente zu erwerben, könnte darüber wol mit Steinherr verhandelt werden. Der Kurfürst beschließt sich in Folge dieser Vorstellungen am 28. Aug., die Verhandlungen namens der kurfürstlichen Regierung sollten den Vorschlägen Gemmingens entsprechend, nach wie vor in Wien geführt werden, erbittet sich aber den Rath des Gesandten, was wegen Salem und Petershausen für die Markgrafen, deren Angelegenheit eine schlimme Wendung nehme, weiters geschehen könne.

2. Beziehungen zu Frankreich. (Juni 1803—März 1804.)

516. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 7. Juni 1803.

[Empfang Dalbergs bei Bonaparte. Unterredung über die Pfalz und die Pfälzer Schuldenfrage.]

|: Erste Audienz bei Bonaparte am 5. Juni[1].

Après avoir remis mes lettres de créance au Premier Consul, il me dit: «tout ce qui me vient de S. A. S. l'Electeur de Bade m'est bien agréable. Comment se porte-t-il?» — Très bien, Premier Consul, il s'est rendu cette semaine à Mannheim pour y voir ses nouvelles possessions. — Mannheim est la résidence la plus considérable qu'il possède, plus grande que Carlsruhe. — Elle sera du double. — C'est une des jolies villes de l'Allemagne. A-t-il une jolie campagne dans les environs? — Oui, Premier Consul, Schwetzingen est un bel établissement. — Il va sans doute partager ses moments entre Mannheim et Carlsruhe. — Je le suppose. — Je lui présentais alors Mr Collini[2]. Il demanda s'il était des états de l'Electeur. Avant le dîner, il vint encore à moi et après plusieurs questions qui m'étaient personnelles il demanda: comment va Votre affaire pour l'académie? — Elle est décidée, j'ose bien dire que le plus sage a cédé. L'Electeur, mon maître, a accordé que l'Electeur de Bavière enlève fonds et cabinets. — Mais dites-moi, à qui en appartient la propriété? — C'est une question disputée, à mon avis au pays, en partie à la ville de Mannheim. Mais l'Electeur en a fait le sacrifice pour témoigner à l'Electeur de Bavière tout le désir qu'il avait de rester ami et allié et pour faciliter l'arrangement nécessaire touchant les dettes et les anciens serviteurs de l'état, objet très important sur lequel la Bavière ne se prononce pas avec équité et justice, et il sera peut-être nécessaire, Premier Consul, que je Vous

---

[1] Dalbergs Ankunft in Paris erfolgte am 2. Mai; da Bonaparte indeß während der nächsten Wochen die französischen Seehäfen besichtigte, konnte er sein Creditiv nicht überreichen und die Geschäfte der Gesandtschaft vorerst noch nicht übernehmen.

[2] Auf Vorschlag Dalbergs war der bisherige kurpfälz. Hofgerichtsrath Karl Collini unter Ernennung zum Legationsrath der Pariser Gesandtschaft als Secretär beigegeben worden.

présente un mémoire sur cet objet, si tout arrangement amiable est refusé. — Ces dettes sont sans doute hypothéquées sur le sol? — Elles sont hypothéquées sur les deux rives et l'Electeur de Bavière étant indemnisé pour la rive gauche, il est juste qu'une partie des dettes tombe à sa charge. Il paraît que l'état des finances de la Bavière n'est pas de plus heureux. — Le Premier Consul m'ayant accordé assez d'attention, se tourna alors en appuyant un «ah! ah!» d'un signe de tête. Ayant ainsi touché cet objet si intéressant pour les Princes co-partageants de Palatinat, je saisirai toutes les occasions pour bien préparer cette affaire avec les autres envoyés y intéressés et pour amener un résultat satisfaisant . . . . :|

---

517. Bonaparte an Karl Friedrich[1].

Saint Cloud, 18 Prair. an 11 (7. Juni 1803).

[Glückwünsche zur Annahme der Kurwürde.]

J'ai reçu la lettre de V. A. S.[2] Elle m'annonce qu'Elle vient de prendre le titre que méritait l'illustration de Sa maison; je La prie d'en recevoir mon compliment et d'être persuadée de l'intérêt que je prends à tout ce qui peut être utile à Sa maison et agréable à Sa personne.

---

518. Massias an Talleyrand.

Mannheim, 20 Prair. an 11 (9. Juni 1803).

[Fürstenberg sucht Frankreichs Protection nach.]

Der Fürst von Fürstenberg hat Massias durch seinen Regierungspräsidenten von Kleiser gebeten, Frankreich möge sich seiner annehmen, da er, von lauter mächtigeren Staaten umgeben, nicht im Stande sei «de repousser par la force des prétentions peu fondées qui pourraient s'élever à son désavantage».

Paris. Archiv.

---

519. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 20. Juni 1803.

[Repressalien gegen Oesterreich wegen des Sequesters. Verhandlungen des Grafen von der Leyen in Paris. Aussicht auf Erwerbung von Geroldseck.]

Nachrichten über den österreichischen Sequester.

. . . . Des représailles contre la maison d'Autriche et une déclaration pure et simple de la part de notre cour qu'on ne payerait la partie des dettes qui tombe à notre charge me paraîtraient les mesures les plus pré-

---

[1] Gedruckt: Correspondance de Napoléon I., Bd. VIII, S. 436.

[2] d. d. 15. Mai. Concept.

cises et les plus décisives. Le gouvernement français soutient toujours cette cause en faveur des états de l'Allemagne lésés, mais il paraît que la maison d'Autriche veut profiter des circonstances politiques qui lui offrent une change avantageuse et ne céder qu'aux plus fortes instances . . . .

|: Il se présente une occasion favorable pour négocier l'acquisition du Comté de Geroldseck, appartenant en partie à M^r le Cte de la Leyen, se trouvant ici pour réclamer la levée de son séquestre[1]. Lucien Bonaparte lui a fait offrir d'acheter ses biens sur la rive gauche, de payer la rente à 8 pour cent et de le faire indemniser, lorsque de *nouveaux changements se présenteraient en Allemagne.*

Cette cession faite, le séquestre serait levé et M^r le Cte de la Leyen, indemnisé plus tard, devrait rendre l'argent reçu pour ses biens. Cette affaire se traite par Durant qui en tirera son pot de vin. J'ai parlé à Mr de la Leyen sur la cession ou l'échange de Geroldseck, en lui donnant l'idée qu'il se fasse augmenter son lot d'indemnisation, à condition qu'il puisse et ose nous céder Geroldseck. La France y consentant, cette affaire serait traitée en forme d'une cession ou échange. Il a fait des difficultés, mais son homme d'affaires est entré en matière et veut le proposer à Durant. Lorsque je connaîtrai sa réponse, je me présenterai moi-même. Il m'importe donc de connaître, quels sacrifices on veut faire de notre part, si on veut faciliter l'affaire par échange ou par une somme quelconque?

Il sera bon que V. Exc. fasse faire un travail sur cette affaire qui me paraît importante et qu'on m'envoie des instructions précises[2]. . . .

Mr Mathieu même travaille avec zèle pour Mr de la Leyen. Il entrera, — j'espère, — dans la proposition, mais il ne faut pas tarder de lui payer sans retard l'argent qui lui est dû . . . .

---

520. Note Dalbergs.

Paris, 21. Juni 1803.

[Die Erwerbung von Geroldseck. Entschädigung des Grafen von der Leyen.]

Le Cte de la Leyen est en négociation pour céder la fortune qu'il possède sur la rive gauche, le séquestre pour lors en sera levé, indemnité

[1] Die ritterschaftlichen Güter und Einkünfte des Grafen auf dem linken Rheinufer waren von Frankreich mit Sequester belegt; für den Verlust seiner linksrheinischen Herrschaften hatte der Deputationsschluß ihm eine Entschädigung nicht zugewiesen. Vergl. Beilagen zum Protokoll, IV, 183 ff.

[2] Ein Gutachten des Geh. Raths Meier vom 9. Juli bezeichnet die Erwerbung der etwa 3400 Einwohner zählenden Grafschaft schon mit Rücksicht auf die Tauschverhandlungen mit Fürstenberg als wünschenswerth. Nur dürfe die Rente nicht allzu beschwerlich sein und sei zu beachten, daß Oesterreich als Lehensherr seine Einwilligung in die Cession zu ertheilen habe.

est promise! Qu'importe-t-il à la France d'augmenter cette indemnisation à la valeur que le C[te] de la Leyen puisse céder la partie qu'il possède du Comté de Geroldseck à la maison de Bade? Elle est évaluée à 40000 fl de rentes. Pour ne point éveiller la jalousie des autres puissances et des états voisins de l'Electorat de Bade, cette affaire serait traitée en forme de cession, faite de gré à gré entre S. A. S. E. et M[r] le C[te] de la Leyen.

Abschrift.

---

521. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 29. Juni 1803.

[Reise Bonapartes nach Brüssel[1] und Mainz. Wünscht eine Begegnung mit dem Kurfürsten: Politische Motive.]

|: M[r] de Reitzenstein et moi nous venons d'avoir une longue conférence avec Mathieu .... Voici de quoi il s'agit. Le Consul se rendant à Mayence s'attend à y voir l'Electeur. M[r] Talleyrand et Durant pensent qu'il y aura occasion d'y traiter des intérêts de la maison de Bade. L'ordre de Malte, Hanovre: voilà les objets principaux. On veut aussi que nous agissions pour ramener la Russie. On sait le ministère dévoué aux Anglais. L'Empereur ne s'est point encore déterminé. Ne négligez pas de grâce à mettre tout l'empressement à voir le Consul!

Peut-être serait-il même utile d'écrire à Talleyrand à Bruxelles pour en témoigner le désir.

Comme le Premier Consul ne parle de son départ ou de la direction qu'il prend qu'une heure avant que cela doit se faire, je ne puis Vous dire, combien de temps qu'il restera à Bruxelles. La lettre de V. Exc. pourrait être soignée par Massias .... :|

---

522. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 30. Juni 1803.

[Verhandlungen mit Mathieu wegen Geroldseck. Erwerbung der Grafschaft in Verbindung mit der Aufhebung des Malteserordens.]

Il y a trois jours que j'ai eu avec M[r] Mathieu une longue conversation au sujet de Geroldseck que j'avais annoncé dans ma dépêche No. 7[2].

L'idée que j'avais donnée par la note ci-jointe[3] lui parut bonne. Je sais qu'il s'était abouché avec Durant. Après m'avoir opposé quelques

---

[1] Ueber diese Reise, deren Hauptzweck die Besichtigung der französischen und belgischen Seehäfen war, vergl. Thiers, Hist. du Consulat, IV, 309 ff.

[2] Oben Nr. 519.

[3] Oben Nr. 520.

lieux communs sur le trop d'indemnités qu'on nous avait donnés et sur l'indécence d'en vouloir plus, — il dit: «il s'agit de contenter maintenant les malheureux qui veuillent du pain et qui ont le droit d'en exiger. Ce sont les comtes, les nobles auxquels on ne veut point lever le séquestre; ceci n'est point dans mes principes, ni dans ceux du ministère, mais le Consul est le Consul, et à cet égard il n'y a rien à faire. C'est donc pour eux qu'il s'agit d'opérer quelque bien. J'avais donné Biberach à l'Electeur pour l'échanger contre Geroldseck; si l'affaire du Cte de la Leyen réussit, nous nous opposerons point qu'il cède à la maison de Bade une possession qui est aussi convenable à cette dernière, mais il faudra se charger de quelques rentes; de nouvelles augmentations ne se donneront qu'à ce prix-là. Pour y parvenir il faut ramener les différents partis à un nouveau concert, pour lequel j'ai déjà préparé les voies. Les affaires de Hanovre peuvent servir merveilleusement à cet effet.»

Par suite de cette conversation je vis très bien que les autres objets, sur lesquels il portait ses vues, étaient les possessions de l'ordre de Malte, qui en effet offriraient de quoi satisfaire ceux qui restent à indemniser et à augmenter le partage de ceux qu'on en jugera dignes.

Ces biens ne peuvent pas être pris, à moins que l'ordre de Malte ne soit supprimé et l'île donnée en sûreté des rapports généraux de l'Europe. Il serait possible, probable même, que cela entre dans les vues du Consul. Il est toujours nécessaire d'y porter son attention et, s'il y a jamais eu une occasion d'obtenir le C^té^ de Geroldseck, elle se présente dans ce moment[1] . . . . .

---

523. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 30. Juni 1803[2].

[Die Mainzer Zusammenkunft. Frankreichs Beziehungen zu Rußland. Vermittelnde Dienste Badens in Petersburg. Neue territoriale Veränderungen in Deutschland. Aussichten für Baden. Abberufung des Grafen Görtz erforderlich.]

Mr de Reitzenstein revient de Mathieu; ce dernier a demandé, si le courrier était parti ou s'il était prêt . . . . Mr Mathieu est revenu sur l'intention qu'on a de voir l'Electeur à Mayence; il a parlé du P^ce^ Louis comme essentiel d'y inviter, étant par son rang et son séjour ici un organe fort agréable aux affaires dont il serait question. Il s'est alors étendu sur les détails suivants.

---

[1] Weitere Nachrichten fehlen; die Verhandlungen sind vermuthlich schon im Beginn gescheitert.

[2] Vom gleichen Tage datirt, wie die vorausgehende Depesche. Beide bilden in der Serie der Dalberg'schen Berichte die Nr. 13 und 14.

On vient de faire partir, peu avant le départ du 1er Consul, un courrier pour Pétersbourg, porteur de dépêches qui renferment des déclarations, des projets, des invitations etc. de différente nature. Elles tendent à calmer le ressentiment de la Russie, à lui inspirer confiance, à l'inviter au calme, à l'éveiller sur les intrigues et vues de l'Angleterre et de l'Autriche. On combine le voyage à Mayence avec le retour de ce courrier. On désire par tous les moyens possibles éviter une rupture avec cette puissance qui entraînerait une guerre générale. On nous croit de nouveau en état d'y influer et on désire nous porter à employer toute l'activité possible, en nous offrant de nouvelles chances plus ou moins favorables[1]. Sans venir faire des demandes à Mayence, la situation des choses emmenerait la question sur ce qu'on pourrait faire en notre faveur, le Consul y serait disposé, étant flatté de l'empressement qu'on mettrait à lui porter une sorte d'hommages, et Talleyrand et Durant recevraient avec indulgence des promesses d'une reconnaissance très efficace.

V. Exc. jugera qu'il faut y arriver, paraissant y appelé par le simple désir de voir le héros du siècle, l'homme dont la volonté règle les destinées de l'Europe .... Peut-être y aurait-il moyen d'insinuer le plaisir qu'on aurait à voir la cour consulaire à Mannheim. Un théâtre, une fête y servirait de prétexte ....

Quant aux arrangements politiques dont il est question, voici à peu près un aperçu dont Mathieu même a fourni les éléments.

On est décidé, à moins que l'Angleterre ne revienne au traité d'Amiens, ce qui est moralement impossible, de détacher Hanovre de ses liens avec le Roi d'Angleterre. On respectera les prétentions du Duc de Bronsvic aux anciennes propriétés de sa maison. On détachera Bremen et Hoya, en l'offrant à Oldenbourg pour plaire à la Russie, et Osnabrück pourrait bien être destiné à la maison de Darmstadt. La Prusse obtiendrait ce qui l'arrondit avec ses états de Westphalie, et il me paraît qu'elle a déjà fait des démarches pour cela.

Je sais positivement que Mr de Pappenheim s'est rendu pour cet effet à Darmstadt .... Je puis avoir l'honneur d'assurer V. Exc. que cet homme est très dangereux, les moyens pécuniaires que cette maison développe produisant un effet que je craindrais de ressentir, si on ne fait pas la même chose, et dont nos intérêts se trouveraient fort mal. Il faut gagner sur eux à Mayence, ne pas les y laisser seuls et dans le temps porter ici les sacrifices nécessaires.

---

[1] Ueber die Bemühungen Talleyrands, mit Hilfe des Karlsruher Hofes den französischen Einfluß in Petersburg zu stärken, vergl. auch den Bericht Morkows vom 31. Oct. 1803, der sich auf Mittheilungen Dalbergs stützt. Tratchevsky, a. a. O., II, 385.

Si la maison de Darmstadt obtient Osnabrück, il se pourrait qu'on l'éloigne des bords du Mein et qu'on donne également à la maison de Linange le duché de Berg ou un autre patrimoine vers ces côtés-là. Il resterait alors de quoi nous augmenter entre le Neckar et le Mein, et dût-on même abandonner Constance ou quelques villes impériales, combien n'y gagnerions-nous pas? Ceci exigera une combinaison et un calcul plus étendu, sur lequel il sera bon de faire faire un travail par les *bureaucratistes.*

Il est inutile que j'observe à V. Exc. que l'exécution de cette affaire importante tient à l'intelligence qui existerait entre la Russie et la France et que, s'il y a de l'impossibilité à la former et que l'Europe peut-être nous en aurait peu de reconnaissance, il faut cependant jouer si bien que nous n'ayons pas l'air indifférent et que nous en tirons notre profit . . . .

(Eigenhändiges Postscript.)

J'ose encore ajouter ici qu'en cas que les affaires reprennent une tournure active à Ratisbonne plus que jamais il faudra tâcher d'y tenir un ministre marquant par son talent et bien dépendant de notre cour. M^r de Gœrtz pourrait encore nous jouer quelques niches, et je me persuade plus en plus que l'inactivité de M^r le conseiller intime Meier a filé de la direction qu'il recevait de ce ministre diablement patelin.

V. Exc. aura en même temps l'occasion de parler à Mayence sur les affaires des dettes du Palatinat et de préparer avec les Darmstadtois une décision favorable.

---

524. Edelsheim an Talleyrand.

O. D. [7. Juli 1803].

[Der Kurfürst wünscht Bonaparte in Mainz zu begegnen. Bestimmung der Zeit.]

M^r le ministre.

L'Electeur de Bade, étant pénétré du désir le plus vif de présenter en personne ses hommages au héros du siècle, supplie V. Exc. de vouloir bien demander de Sa part au 1er Consul la permission d'oser Lui venir faire sa cour à Mayence. S. A. S. Electorale aura une obligation toute particulière à V. Exc., si en me faisant expédier Sa réponse le plus promptement possible par estafette, Elle a la bonté de déterminer précisément le jour de l'arrivée du 1er Consul à Mayence ou plutôt celui auquel il voudra recevoir S. A. S. Electorale . . . .

Concept.

---

[1] Das Schreiben wird am 7. Juli an den Bankier von Bethmann in Frankfurt zur Weiterbeförderung nach Brüssel abgesandt.

525. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 19. Juli 1803.

[Mangel an Entgegenkommen bei Morkow und Lucchesini. Die innere Lage Frankreichs. Proclamirung des Kaiserthums. Finanznoth. Erbitterung im Volke.]

Dalberg hat sich in den diplomatischen Kreisen ziemlich eingelebt: nur Morkow und Lucchesini beobachten ihm gegenüber eine gewisse Zurückhaltung.

Les sentiments de Mr de Morkow sont connus, il met même dans la société des formes souvent désagréables à mon égard. A juger la situation de nos affaires, il nous importe peu, puisque la France fera pour nous ce qu'elle jugera bon, sans le consulter, et si cela a lieu, il n'oserait pas s'y opposer sans ordre. Il faudrait pour lors s'adresser directement à Pétersbourg. On le dit informé qu'on ait voulu lui nuire dans l'esprit de l'Empereur.

Quant à Mr de Lucchesini, j'ignore les motifs qu'il peut avoir pour nous être contraire. L'opinion de Mr de Reitzenstein me paraît toujours plus fondée que la France seule est la puissance protectrice de la maison de Bade et que notre politique est sous le canon de Strasbourg.

Je n'ai point encore pu m'étendre dans mes dépêches sur la situation intérieure de la France. J'y viens a cette occasion-ci. Il se répand d'une manière assez générale un bruit qui avait couru il y a quelque temps, celui que Bonaparte veut se faire élire et proclamer Empereur. Il attend le premier succès contre l'Angleterre pour venir a cette démarche. On peut dire que tous les jours son administration prend plus de consistance, malgré le caractère de violence et de despotisme qu'il lui imprime. Il regarde sa volonté comme loi suprême. Voici quelques faits. Il a cassé pour la première fois un arrêté du conseil d'état pris à l'unanimité, portant que des vaisseaux appartenants au commerce de Paris et confisqués injustement devaient être rendus. La valeur en était cinq millions. Il les a jugés bonne prise. Cette mesure aussi illégale qu'injuste cause la perte de plusieurs maisons de commerce. A son départ les deux Consuls lui assurant que le gouvernement seconderait de toutes ses forces ses vues pour la gloire et l'honneur de la France, il leur répondit: le gouvernement est là, où je suis; et il ordonna que toutes les affaires ne s'expédieraient plus sous la signature du second Consul, mais qu'elles lui seraient envoyées . . . .

La pénurie des finances est extrême et le Consul ne peut arrêter l'effet menaçant qu'elle annonce. On ne peut et ne doit point s'éblouir des moyens qui sont à la disposition du gouvernement, en les jugeant par la facilité avec laquelle les communes votent des centimes additionels. Ce sont pour la plupart des préfets ou les maires seuls qui en prennent l'arrêté, et cette augmentation d'impôts et la conscription sévère qui a lieu met le désespoir dans les familles. Si les Anglais répandent adroitement

leurs fonds, il est à craindre qu'on va voir renaître des scènes sanglantes, quoiqu'elles ne feront rien pour produire de grands changements en France.

Les feuilles publiques répandent avec affectation l'indifférence de la Russie sur tout ce que fait la France et le désir des puissances du nord de soutenir les droits des neutres pour la navigation et le commerce.

Man glaubt, Rußland werde sich auf Protestnoten beschränken. Auch Preußen wünsche, wie Lucchesini mittheilt, den Frieden aufrecht zu erhalten; Lombards Sendung nach Brüssel[1] verfolge den Zweck. Cobenzl hat noch keine Weisungen aus Wien erhalten, glaubt aber, seine Regierung werde sich einer Theilung Hannovers nicht widersetzen, «si on lui offrait des avantages qui équivalent ceux faits en son temps à la Prusse».

526. Talleyrand an Dalberg.

Brüssel, 5 Thermidor an 11 (24. Juli 1803).

[Bonaparte bedauert, daß er auf die Reise nach Mainz und eine Begegnung mit dem Kurfürsten verzichten müsse.]

. . . . Le Premier Consul qui avait eu un moment l'espérance que dans le cours de son voyage il aurait pu se rendre à Mayence et qui eût été fort satisfait d'y recevoir l'Electeur de Bade, voyant tout le temps de ce voyage absorbé par les soins importants qui l'avaient motivé[2], a voulu que je fisse parvenir à l'Electeur l'expression du regret qu'il avait de ne pas profiter du désir que montrait S. A. S. Electorale de se rendre à Mayence pendant le séjour que le 1er Consul devait y faire. Tel est l'objet de la lettre que j'adresse à Mr le Bon d'Edelsheim, et j'ai osé y joindre mes regrets personnels . . . .

527. Edelsheim an Dalberg.

Mannheim, 25. Juli 1803.

[Intervention der vermittelnden Mächte in der Pfälzer Schuldenfrage. Maltitz zum russischen Gesandten in Karlsruhe ernannt. Massias Ernennung zum Gesandten wünschenswerth. Vertretung Badens in Petersburg und Stockholm. Abreise des Kurfürsten von Mannheim.]

. . . . Nos commissaires réunis à ceux des cours co-intéressées ayant déclaré à la commission bavaroise qu'on réclamerait l'intervention des puissances médiatrices dans cette affaire, Vous voudrez bien Vous concerter avec les envoyés de Darmstadt et de Linange à Paris sur les démarches à faire auprès du gouvernement français et auprès du Cte de Morkow . . . .

La Russie a nommé le Cte [sic!] de Maltitz son envoyé chez nous[3] et près de l'Electeur de Wurtemberg avec injonction de résider à Carlsruhe et de laisser Mr de Jacowleff comme chargé d'affaires à Stoutgart.

---

[1] Vergl. über dieselbe Bailleu, a. a. O., II, 183 ff.; H. Hüffer: Die Cabinetsregierung in Preußen und J. W. Lombard, S. 124 ff.

[2] Vergl. Correspondance de Napoléon I., Bd. VIII, 523.

[3] Vergl. oben Nr. 497.

Pourquoi Mr Massias n'est-il pas aussi nommé tel, tandis qu'il' y en a un maintenant à Stoutgart? On lui a promis à différentes reprises de vouloir s'intéresser à lui obtenir cette faveur, si cela pourrait se faire ....

La nomination de Mr de Maltitz nous obligera de bon ou de mauvais gré de nommer quelqu'un a Pétersbourg, et il en sera vraisemblablement de même pour Stockholm[1] ....

Nous allons après-demain, jeudi, à Bruchsal et samedi soir on sera de retour à Carlsruhe où l'Electeur ne se reposera pourtant que quelques jours pour aller ensuite prendre les bains à la Favorite avant l'arrivée du Roi de Suède ....

Concept.

528. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 3. Aug. 1803.

[Drohender Ausbruch des Kriegs. Die Reise des Schwedenkönigs. Annäherung Schwedens an Frankreich; Baden als Vermittler. Reise nach Karlsruhe.]

|: La guerre qui me paraît inévitable va tout replonger dans des malheurs incalculables.

La nouvelle du voyage du Roi de Suède occupe beaucoup. La France le voit avec peine. On le connaît comme ennemi de ce gouvernement. On aimerait bien le gagner, en lui présentant l'appas des anciennes possessions suédoises. Il se pourrait qu'on veuille nous employer de reconnaître. Ne nous y prêtons point! Si la Prusse se mêle de la guerre, cette machine ici ne tiendra pas. Je Vous développerai mes idées dans la dépêche dont j'ai chargé Gerstlacher. Mme la Princesse héréditaire peut et doit jouer un grand rôle, en daignant influer par des relations qui sont si importantes et qu'Elle seule peut ménager. V. Exc. pourrait pendant son ministère offrir à notre maître une position qui, sans présenter des dangers ou exiger des sacrifices, serait digne de lui. Une guerre heureuse enfin peut nous rendre le Palatinat inférieur .... :|

Dalberg wünscht den schwedischen Gesandten, Bon Ehrenswaerd, zur Begrüßung des Königs nach Karlsruhe zu begleiten.

529. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 4. Aug. 1803.

[Ernennung eines französischen Gesandten für Karlsruhe. Der österreichische Sequester. Reise des Königs von Schweden.]

Mr Talleyrand a reçu hier de 2 à 5 heures le corps diplomatique. Je n'ai pu lui parler que du désir qu'on avait de voir nommé un ministre près notre cour et celui de la levée des séquestres.

---

[1] Vergl. dagegen oben Nr. 510.

Il me dit: «il est décidé que Vous aurez un ministre[1], le Consul le nommera à son retour, et on aura soin de choisir quelqu'un qui soit agréable à l'Electeur». J'observai qu'on ne pouvait que se louer de Mr Massias. Il répondit: «J'ignore encore qui sera accrédité près Votre cour, mais mandez que c'est une affaire arrêtée». — Quant aux séquestres, je vis qu'il se bornait à dire que le Consul seul en déciderait et que ce moment n'y prêtait point. Durant n'y étant pas, je vis Mathieu qui me dit: «Le Consul ne voit que l'Angleterre, il ne veut point entendre parler de l'Allemagne et cependant il faudra bien qu'il y revienne; il faut prendre patience».

La nouvelle de l'arrivée du Roi de Suède fait une grande sensation. .... Ne doutez point qu'on aura bien l'œil sur nous pendant son séjour en Allemagne .... :|

530. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 7. Aug. 1803.

[Dalberg legt eine Denkschrift über die politische Lage vor.]

|: J'ai l'honneur d'adresser à V. Exc. une note qui renferme quelques observations sur les intérêts de notre Sme maître[2]. Elle est le fruit de mon opinion sur la situation de l'Europe et la solidité de l'administration de ce pays-ci. Elle est en quelque sorte justifiée en y ajoutant:

1° que l'homme extraordinaire qui gouverne ou despotise plutôt ce pays ni conserve plus un ami, à moins qu'il ne le paye;

2° que le désordre et la pénurie des finances qui amena la révolution en 1789 est à son comble, et qu'on regarde le pillage de l'Angleterre comme un moyen de restauration .... :|

531. Denkschrift Dalbergs.

«Considérations sur les intérêts de la maison de Bade et les éléments de son agrandissement futur.»

Paris, 7. Aug. 1803.

[Wahl zwischen Frankreich und seinen Gegnern. Aussichten für Baden in beiden Fällen. Dalberg empfiehlt eine Coalition von Rußland, Oesterreich, Preußen und England gegen Frankreich, die Baden mit Hilfe der Erbprinzessin betreiben und fördern soll.]

La politique de la maison de Bade se trouve inscrite sous les canons de la ville de Strasbourg.

---

[1] Man hegte in Karlsruhe diesen Wunsch um so mehr, als die Stellung von Massias, der als Geschäftsträger nur beim Minister accreditirt war und nach der Anschauung Edelsheims deshalb nicht, wie ein beim Souverän selbst beglaubigter bevollmächtigter Minister, Anspruch auf Zutritt bei Hofe hatte, gerade im Herbste d. J. während des Besuches des schwedischen Königspaares vielfach Anlaß zu Etikettestreitigkeiten bot.

[2] S. Nr. 530.

La France sera toujours l'alliée et la protectrice de cette illustre maison.

C'est à elle qu'elle doit les superbes pays qui agrandissent et augmentent son pouvoir et sa considération. La France peut et veut encore lui donner *l'Ortenau et le Brisgau.* Il n'y a que des changements en Italie ou une brouillerie avec l'Autriche qui peuvent y conduire et en première ligne il faut que la France conserve sa supériorité continentale et que la maison de Bade ait des agents éclairés, actifs et intelligents à Vienne, Berlin, Pétersbourg, Stockholm et Paris, 1° parce que la France ne donnerait pas le pays sans jouir d'un pouvoir immense, 2° que les grandes cours continentales y influeront toujours plus ou moins.

Cet événement peut être amené d'ici à 2 ou 3 ans. Les dépenses que cela occasionne ne doivent point être négligées; $\frac{50 \text{ à } 60}{\text{m.}}$ fl. au delà de la somme, destinée pour la partie politique de l'administration, suffiront pour mettre les légations de Bade au niveau de toutes les autres.

Voilà sans doute des avantages à attendre et à ménager.

Mais il se pourrait que le revers de la médaille se présente, que la France par l'abus de son pouvoir perde son influence, que la maison des Bourbons y soit rétablie, en faisant le sacrifice d'une grande partie des conquêtes faites par la révolution.

Quel avantage se présenterait alors?

L'acquisition du Brisgau et de l'Ortenau ne serait point perdue, parce que dans ce cas la maison de l'Autriche obtiendra de très grands avantages en Italie, et ces deux petits pays ne sont importants qu'à la maison de Bade.

Mais il se présentera l'acquisition d'une partie du Palatinat sur la rive gauche. Personne n'y aura plus des droits, non légitimes, mais relatifs, en politique plus importants souvent que les autres.

Il s'agit maintenant d'examiner, comment on pourrait amener les événements qui donneraient cet agrandissement.

S'il y en a, les voici:

Les démarches publiques et officielles doivent constamment être marqués par une grande soumission à la France; mais en secret ne vaudrait-il pas mieux employer toute l'influence que donnent les alliances de la maison de Bade pour unir les grandes puissances, pour les opposer aux vues de la France, et la faire rétrograder dans ses anciennes limites?

L'accord politique et militaire de la Russie, de la Prusse et de l'Autriche en assurerait le succès. Qu'on revienne à ce superbe plan d'opérations et d'attaque présenté par Mr Grenville et Panin à Berlin, en 1799[1].

---

[1] Vergl. über diese Berliner Verhandlungen H. Hüffer, Diplomat. Verhandlungen aus der Zeit der französischen Revolution, 3, 264 passim.

La Russie a reconnu et décidé sur les dangers de l'Europe, l'Autriche se prêtera à tous les sacrifices, dès que la Prusse se prononce pour des mesures rigoureusés. En jetant un coup d'œil sur le passé, la France n'était-elle pas prête à succomber plusieurs fois, et si la Prusse eût voulu, aurait-elle pu échapper? L'Angleterre va déployer des moyens immenses. De ne pas la secourir serait perdre à jamais l'Europe; la Russie paraît vouloir l'appuyer de toutes ses forces. Le canal de Mme la Princesse héréditaire est celui qui pourrait servir à faire passer en Russie, en Suède et à Berlin les idées les plus libérales; on ne doit le faire que lorsqu'on sera persuadé que les puissances veulent agir contre le despotisme de la France et qu'ils doivent seulement le bien faire.

Si on ne désapprouve point déjà l'audace de ce plan, on présentera à cette époque un mémoire plus détaillé sur son exécution.

Le Roi de Suède peut-être l'a-t-il déjà conçu, sans trouver les moyens de l'exécuter.

Abschrift von Collini.

532. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 9. Aug. 1803.

[Bedenken gegen Dalbergs Besuch in Karlsruhe, der die badische Regierung compromittiren könnte.]

Edelsheim legt die Depeschen Dalbergs vom 3. und 4. d. M. vor.

.... Je ne puis pas dissimuler que je suis tout aussi surpris de sa proposition d'accompagner pour 3 jours le B^on^ d'Ehrenswærd, lorsque le Roi de Suède viendra ici. Cette équipée serait d'autant plus déplacée que d'après les renseignements contenus dans les parties chiffrées des deux dépêches susmentionnées, il n'y a pas de doute qu'on nous observera avec beaucoup d'attention pendant le séjour de ce monarque dont on paraît tant se méfier. Il en résulterait de deux choses l'une, ou que le 1er Consul Vous soupçonnerait, Monseigneur, de faire venir Votre ministre de Paris à cette époque pour lui donner des instructions secrètes relatives à ce qu'on pourrait con[spirer][1] avec le Roi de Suède, ou bien que Napoléon Bonaparte voudrait profiter de cette circonstance pour exiger de V. A. S. E. de ramener Sa Majesté Suédoise au système qui conviendrait le mieux aux vues et aux intérêts de la France.

Cette considération me paraît décisive dans cette circonstance contre le projet de voyage du Bon de Dalberg, cependant V. A. S. E. voudra peut-être attendre de connaître les idées qui seront contenues dans la dépêche annoncée que Gerstlacher doit apporter, avant que de faire donner là-dessus une résolution définitive à Son ministre à Paris.

Concept.

[1] Der Schluß des Wortes fehlt; zu lesen ist wol conspirer.

533. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 14. Aug. 1803.

[Widersprüche und Mangel an Klarheit in Dalbergs Berichten und seiner Denkschrift. Verwerfung seiner Vorschläge.]

Gerstlacher ist mit den Pariser Depeschen Nr. 29[1] und 30 eingetroffen. Edelsheim legt dieselben, nebst den «Considérations» dem Kurfürsten auf Schloß Favorite vor.

. . . . Quant au contenu des trois pièces mentionnées, j'avoue qu'elles me causent autant de surprise que de peine. Le tableau que Mr de Dalberg présente sur la situation de l'Europe, sur l'insolidité de l'administration actuelle du gouvernement de la France, et les trois principaux articles qu'il donne à l'appui de ses observations, n'offrent sans doute une perspective bien effrayante, mais ce qui me paraît vraiment inconcevable, c'est la divergence palpable qui se trouve dans les opinions de Mr de Dalberg sur ces importants objets, lorsqu'on compare plusieurs passages des quatre dépêches que j'ai eu l'honneur de relire hier à Votre Altesse avec le contenu des présentes *considérations* et surtout avec les plans qu'il propose maintenant.

Je ne ferai qu'extraire ici selon l'ordre des dates quelques fragments qui me semblent assez justifier mon étonnement:

de Paris du 2 août.

> «Ne doutez pas que le 1er Consul n'entreprenne une lutte avec l'univers entier, s'il y voit des ennemis . . . . Toutes les mesures qu'il prendra doivent lui réussir, aussi longtemps que la Prusse ne fera pas cause commune avec la Russie.»

Le 3 août.

> «Il se pourrait qu'on voulût nous employer à reconnaître; ne nous y prêtons pas! . . . . Les circonstances pourront offrir à notre maître une position qui *sans présenter des dangers* ou exiger des sacrifices, serait digne de lui etc.[2]»

Du 4 août.

> «Ne doutez pas qu'on aura bien l'œil sur nous pendant le séjour du Roi de Suède en Allemagne.»

Les deux dépêches qui suivent se trouvant tout à l'heure sous les yeux de V. A. S. Electorale, je m'abstiendrai de faire l'analyse des incohérences et des disparates qui me paraissent y régner ainsi que des *dangers inévitables* qui résulteraient pour nous de la moindre participation à ce plan vraiment *audacieux*, comme l'auteur le qualifie lui-même . . . .

Toutefois le contenu de cet important écrit et de la dépêche No. 29 ne devant être connu que de V. A. E., Monseigneur, j'ose La supplier très

---

[1] Depesche Nr. 29 identisch mit Nr. 532. Die zweite Depesche fehlt.

[2] Edelsheim citirt hier nicht genau nach dem Wortlaute. Vergl. oben Nr. 528.

humblement de les conserver, jusqu'à ce que je puisse les recevoir de Ses mains . . . .

Le plus pressant sera de me faire la grâce de m'ordonner ce que je dois répondre au B[on] de Dalberg relativement à son envie de venir ici avec le ministre de Suède.

534. Karl Friedrich an Edelsheim.

Schloß Favorite, 15. Aug. 1803.

[Besprechung mit Edelsheim über Dalbergs Berichte.]

Votre dépêche d'hier, Monsieur, me paraît exiger un entretien verbal: je Vous prie de venir me voir demain pour pouvoir causer ensemble sur son contenu avant dînée et Vous remettre ensuite, en mains propres, la dépêche.

Eigenhändig.

535. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 17. Aug. 1803.

[Dalbergs Denkschrift. Eine persönliche Besprechung wünschenswerth, aber aus politischen Gründen bedenklich. Die Entscheidung wegen der Reise wird Dalberg überlassen.]

|: Je ne puis pas Vous dissimuler que la lecture des considérations que M[r] Gerstlacher a apportées a fait une profonde impression sur l'Electeur et sur moi. Il serait certainement fort intéressant de s'entretenir verbalement avec Vous sur ces importants objets, afin de mieux éclaircir plusieurs points qui nous paraissent vraiment inexplicables.

Mais les observations que je Vous ai déjà communiquées dans mon No. 15[1] sur le projet de Votre apparition momentanée dans les circonstances présentes empêchent S. A. S. E. de décider, si ce voyage pourrait se faire sans inconvénient. En conséquence Elle s'en remet entièrement à Votre prudence et à l'utilité que Vous pouvez envisager dans cette démarche. Si d'après Vos mûres reflexions à ce sujet Vous n'y trouvez pas d'obstacle, Elle sera certainement bien charmée de S'aboucher avec Vous . . . . :|

536. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 22. Aug. 1803.

[Die politische Lage. Badens Aufgabe und Bemühungen um eine Coalition. Vortheile einer Gesandtschaft in Petersburg.]

|: Alle Nachrichten weisen auf einen Bruch zwischen Rußland und Frankreich hin[2].

. . . . V. Exc. jugera par les entretiens avec le Roi de Suède, quelles sont ses vues, ou s'il connaît celles de la Russie. Il me paraît que son

[1] Schreiben vom 10. Aug., in welchem Edelsheim schon vorläufig sich gegen einen Besuch in Karlsruhe ausgesprochen.

[2] Zur Situation: die Zurückweisung der anfangs von Bonaparte erbetenen Vermittlung Rußlands in dem Conflicte mit England, die Rüstungen gegen letztere Macht, das

ministre ici veut lui donner l'idée qu'il doit tout craindre des arrières-pensées de son beau-frère et qu'il vaudrait mieux se livrer avec confiance à la France. Je pense que ce dernier parti serait le plus mauvais de tous. Nous ne pouvons sans doute pas influer autrement sur les événements qu'en profitant des rapports qu'ils présenteront; mais il est incontestable que, si on peut contribuer sans se compromettre par cette voie, que cela puisse être: 1° à concilier la jalousie personnelle des trois grandes puissances, 2° à les réunir à une opposition réelle et durable contre la France, 3° à ramener les esprits vers les principes de l'équilibre général qui est si nécessaire à l'Europe entière, on préparera des changements salutaires. La situation de ce pays, dès qu'il y aurait des revers, sera très orageuse; il dépendrait de la conduite des Princes français pour se retrouver sur le trône et c'est alors que le retour de la rive gauche peut amener de grands avantages pour notre pays.

Hält die Bedenken Edelsheims gegen die Reise nach Karlsruhe für gegründet, bezeichnet es aber als wünschenswerth, «de tenir un bon ministre à Pétersbourg, d'éveiller l'apathie du Roi de Prusse [et] de tenir un homme de confiance à Stockholm auprès du Roi».

Cela serait fort utile 1° pour préparer les esprits à des événements que le besoin amènera tôt ou tard, mais que nous pourrons peut-être précipiter, et 2° pour négocier à notre avantage à l'époque d'un congrès qui tôt ou tard offrira une discussion générale sur les affaires de l'Europe et nous présentera le pendant de celui de Westphalie.

Ce que j'expose ici n'est que l'esquisse de mes vues, de mon opinion et de mes pressentiments. Je m'occupe dans ce moment à rédiger des mémoires qui s'y rapportent; ils éclairciront ce qui peut encore ne pas paraître dans son véritable jour. :|

---

537. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 8 Fructidor an 11 (26. Aug. 1803).

[Angebliche Streichung des Namens der Erbprinzessin aus dem Kirchengebete. Wahrer Sachverhalt.]

Je crois ne pouvoir me dispenser d'instruire V. Exc. du fait suivant. Le conseil intime de S. A. S. l'Electeur a pris il y a quelques jours la résolution et rédigé une circulaire à toutes les églises de l'Electorat,

Verhalten der französischen Regierung gegen den König von Sardinien, die Einverleibung Piemonts und Besetzung von Cuxhaven und Brindisi, sowie die brüske Behandlung Morkows durch den ersten Consul hatten in Petersburg eine wachsende Verstimmung erzeugt und dazu geführt, daß im Herbst 1803 der Plan einer neuen Coalition gefaßt und erörtert wurde, der in dem Fürsten Czartoryski und Grafen Rasumowski seine eifrigsten Vorkämpfer fand. Vergl. Wassiltchikow, Les Razoumowski, II, 71 ff. A. Beer, Oesterreich und Rußland in den Jahren 1804/5. Arch. f. österr. Geschichte, 53, 134 ff.

portant que dorénavant le nom de Mme la Princesse héréditaire de Bade serait rayé du livre des prières publiques et omis dans les cérémonies religieuses; informée à temps elle s'est plainte amèrement, a déclaré qu'elle protesterait publiquement contre une pareille mesure. Le Prince électoral en a été vivement affecté et a dit qu'il ne souffrirait pas qu'on priât pour lui, si l'on ne priait pour sa mère, de sorte que la chose a été non annulée, mais suspendue. La seule explication possible d'un fait aussi peu vraisemblable est la jalousie ombrageuse des ministres de l'Electeur; craignant que Mme la Princesse héréditaire par ses qualités et ses rapports avec la Russie et la Suède ne s'affranchît de leur tutèle, ils n'ont cessé de lui susciter une infinité de mortifications dont celle-ci n'est pas la moins impolitique et la moins odieuse[1] . . . .

Pariser Archiv.

538. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 2. Sept. 1803.

[Warnung vor dem französischen Spionirsystem. Der König von Schweden und der Plan einer neuen Coalition. Aussichten der letzteren.]

|: Mahnung zur Vorsicht.

Je me souviens que lorsque je fus la veille de mon départ de Paris à la Malmaison, le Premier Consul qui alors se méfiait du Mis de Lucchesini me témoigna d'une manière peu équivoque qu'il le faisait suivre à la piste et épier dans toutes les sociétés qu'il fréquentait. Egalement j'appris à Auteuil du ministre Talleyrand les détails les plus précis sur tout ce qui s'était passé l'avant-veille dans l'intérieur du Mr de Kolytchew à l'arrivée du courrier porteur de la nouvelle de la catastrophe de l'Empereur Paul, en me nommant les individus et les divers sentiments que chacun avait exprimés dans cette circonstance.

. . . . Au reste on dit assez publiquement que le Roi de Suède vient prêcher partout une nouvelle croisade, mais les personnes même les plus attachées au système et au parti anglais disent presque tout haut qu'il ne fera que de l'eau claire et que l'entreprise de chercher à accorder les vues et les principes des deux cours impériales et de celle de Berlin à un même but et exécution, ce serait à peu près aller à la découverte de la quadrature du cercle . . . . :|

[1] Was Massias hier mittheilt, entbehrt jeglicher Grundlage: in der durch Geh. Rathsbeschluß vom 4. Mai d. J. festgesetzten Formel für das Kirchengebiet war ausdrücklich an zweiter Stelle „die verwittibte Frau Erbprinzessin" genannt; als dann der Kurfürst am 1. Aug. der Erbprinzessin den Titel einer Markgräfin von Baden verliehen, wurde am 15. Aug. eine entsprechende Aenderung der Titulatur im Kirchengebete angeordnet (Geh. Rathsprotokoll vom 15. Aug.). Vermuthlich ist diese letztere Weisung böswillig entstellt an Massias berichtet worden.

539. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 5. Sept. 1803.

[Eine Entscheidung der vermittelnden Mächte in der Pfälzer Schuldenfrage vorerst schwerlich zu erwarten. Berathung mit Pappenheim und Greuhm wegen gemeinsamer Schritte.]

L'extrait protocolaire du conseil d'état No. 3667[1], concernant les dettes du Palatinat, m'ordonne de me concerter avec les ministres des Princes co-partageants le Palatinat sur les moyens d'obtenir des puissances médiatrices pour les affaires de l'Allemagne une décision analogue à nos intérêts et à la justice de la cause.

J'ai rempli cet ordre, et il m'est pénible d'instruire préalablement V. Exc. du faible espoir que nous avons de réussir de sitôt. J'observe qu'il est difficile de faire une démarche dans ce moment-ci, parce que

1° le 1er Consul ne veut pas même qu'on lui parle des affaires de l'Empire qu'il croit terminées;

2° qu'il n'y a pas moyen d'accorder la France et la Russie, divisées sur tant d'objets importants;

3° qu'on ne fera rien de désagréable à l'Electeur de Bavière dont on veut tirer partie, lorsqu'on serait menacé d'une guerre continentale. Malgré ces observations j'ai passé chez Mr de Pappenheim et Mr Greuhm et voici le résultat de mes conversations avec eux.

La cour de Darmstadt cherche à traîner et à éloigner toute décision dans l'intention de ne payer personne. L'état de ses finances paraît tellement obéré qu'elle est dans l'urgence et le besoin.

Mr de Pappenheim m'a donc invité de ne rien faire dans ce moment et m'a déclaré qu'il n'avait aucune instruction.

Mr Greuhm, plus loyal, dit n'avoir d'autres instructions que celle d'agir de concert avec moi. Mr Mathieu cependant lui a conseillé d'avoir patience sur l'affaire des dettes, en lui disant confidentiellement que le moment n'était point favorable pour obtenir une décision, mais qu'il l'instruirait de celui où il fallait agir . . . .

Dans cette situation je dois prier V. Exc. de me faire connaître ce que j'ai à faire, et si Elle ne juge pas à propos d'attendre une autre époque plus favorable . . . .

---

540. Massias an Talleyrand.

Mannheim, 30 Fructidor an 11 (17. Sept. 1803).

[Audienz beim König von Schweden. Wunsch nach einer Begegnung mit Bonaparte. Anerkennung seiner Verdienste. Politische Annäherung zwischen Schweden und Frankreich. Charakteristik des Königs.]

Audienz beim König von Schweden; Massias drückt das Bedauern des Ersten Consuls aus, daß es ihm nicht vergönnt sei, den König jetzt zu sehen[2].

---

[1] Geh. Rathsprotokoll vom 13. Juli.

[2] Entsprechend einer Weisung Talleyrands vom 21 Fructidor. Pariser Archiv.

S. M. me répondit qu'Elle était vivement pénétrée du désir qu'avait le Premier Consul de faciliter une entrevue avec Elle; qu'Elle saisirait avec empressement les occasions qui se présenteraient de l'effectuer et que, si le Premier Consul ferait encore cette automne son voyage sur le Rhin, Elle profiterait du séjour qu'Elle avait à faire à Carlsruhe pour s'aboucher avec lui; qu'Elle avait pour le grand caractère et le génie du Premier Consul une estime profonde; qu'Elle ne dissimulait pas, combien l'esprit du gouvernement qu'il avait établi, en rendant la France heureuse, était rassurant pour les autres puissances; qu'Elle avouait également qu'outre les rapports du caractère des deux nations, leur union était particulièrement fondée sur leurs intérêts réciproques; qu'Elle appréciait tout ce qui pourrait raffermir ces liens d'amitié ....

La figure du Roi de Suède est singulièrement mobile, ses traits annoncent qu'il saisit avec une grande facilité les moindres nuances des choses, sa voix est douce et, lorsqu'il le veut, affectueuse, il parle très posément, dans ses yeux est le même genre d'audace qu'avait Charles XII; l'affabilité et la douceur de ses manières contrastent singulièrement avec la force et la roideur de caractère dont il a donné des preuves frappantes, étant plus jeune; je ne doute point que ces dernières qualités ne dominent chez lui ....

Der König spricht vor allem von der Markgräfin, seiner Schwiegermutter, mit größter Hochachtung.

Aujourd'hui est venu M^r le Bon de Lagerbjelke[1] qui m'a expliqué assez clairement ce que S. M. le Roi de Suède n'avait fait que laisser entrevoir. Je ne doute point, m'a-t-il dit, que le ministre danois à Paris[2] n'ait indisposé le Premier Consul contre la Suède par des insinuations perfides. «Les facilités que l'Angleterre laisse au commerce suédois donnent à celui-ci les moyens d'approvisionner la France d'objets d'une utilité majeure. Je donnerai dans l'occasion sur ce point des renseignements d'une entière évidence. Quel avantage résulterait-il pour la France de la mésintelligence qui existerait entre la Suède isolée et l'Angleterre? Une confédération maritime pourrait seule préjudicier à celle-ci, mais dépend-elle de la Suède? au reste il n'est aucune manière de lier plus étroitement .... la France et la Suède qui ne convienne à mon maître» ....

Pariser Archiv.

541. Edelsheim an Dalberg.

Mannheim, 19. Sept. 1803.

[Abreise des Hofes nach Karlsruhe. Massias' Empfang bei dem Könige von Schweden. Zusammenkunft des letzteren mit Bonaparte. Widerstreben des Königs.]

.... Nous partons enfin d'ici demain matin. On fera dîner L. L. M. M. à Bruchsal et Elles arriveront assez tard à Carlsruhe à travers le

[1] Ueber den schwedischen Cabinets- und spätern Staatssecretär Baron Gustav Lagerbjelke vergl. Biografiskt Lexikon öfvr namnkunige svnske män. VII, 215–26.

[2] Baron v. Wächter.

jardin pour avoir la prétendue surprise de l'illumination du cercle[1]. On croit que le séjour pourra durer environ un mois.

Massias hat den König im Auftrage des ersten Consuls begrüßt.

|: Mr Massias a dit au Roi de Suède que le ministre l'avait chargé de témoigner à S. M., combien le 1er Consul regrettait de n'avoir pas pu exécuter son plan de voyage tel qu'il l'avait projeté, parce qu'il aurait espéré alors qu'en se rapprochant des bords du Rhin, les circonstances auraient peut-être favorisé son désir de faire la connaissance personnelle du Roi etc. S. M. y a répondu avec toute l'obligeance que méritait ce compliment et je sais très confidemment par Mr de Lagerbjelke que le Cen Rigal[2] a lâché quelques propos qui font présumer que le 1er Consul pourrait bien encore avoir l'intention d'effectuer ce rapprochement, en prenant quelque prétexte pour se rendre à l'improviste à Strasbourg. Cette démarche n'en deviendrait pas moins fort embarrassante pour le Roi qui quoiqu'envisageant une telle entrevue comme pouvant être favorable aux intérêts de notre Electeur, motif qui le disposerait à se prêter à y apporter de son côté toutes les facilités convenables, ne se résoudrait cependant pas à passer le Rhin pour cet objet. J'avoue qu'en mon particulier je n'ai pas encore la conviction que le 1er Consul mette beaucoup d'importance à ce rapprochement, si ce n'est pour donner le change aux Anglais. :|

Concept.

---

542. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 20. Sept. 1803.

[Die Ernennung eines französischen Gesandten in Karlsruhe. Candidaten. Project eines deutschen Fürstenbundes unter Frankreichs Protectorat, nach Dalbergs Ansicht aussichts- und zwecklos.]

|: Je n'ai pas manqué de demander plusieurs fois, si le 1er Consul n'avait point encore nommé un ministre à notre cour; on m'a toujours dit que non. En effet le gouvernement et son chef ne s'occupent que de la grande expédition et le 1er Consul ne voit que les côtes d'Angleterre et la Russie .... Mr Grouvelle et Mr de Beauharnais sont ceux qui se flattent toujours de l'espoir d'être nommés pour représenter chez nous. Mr de Ste Foy[3], auquel également j'ai parlé du désir que nous avions qu'un ministre soit nommé, m'a dit: «Oh, Vous en aurez, c'est décidé». Je suis revenu sur Massias qui convenait à l'Electeur, et il m'a répondu. «Je doute que ce soit lui» ...

On a présenté aux relations extérieures un projet de ligue des Princes

---

[1] Über Ankunft und Aufenthalt des schwedischen Königspaares in Karlsruhe vergl. v. Weech, Gesch. der Stadt Karlsruhe. I, 182 ff.

[2] Mitglied des Corps législatif; von Massias dem Könige vorgestellt.

[3] Abtheilungschef im französischen Ministerium des Aeußern. Vergl. F. Masson, Le département des affaires étrangères, S. 146.

d'Allemagne contre tous ceux qui voudraient nouvellement empiéter sur leurs droits et leurs propriétés. Cette ligue protégée par la France, aurait le but du «Fürstenbund» [1]. C'est l'Electeur de Hesse qui paraît en avoir conçu le plan, et c'est son chargé d'affaires ici, le Sr Starkloff, qui nourrit cet enfant d'une bien faible complexion. J'ai lieu de croire que la chose paraît insignifiante à Mr de Cobenzl, que Mr de Lucchesini lui paraît contraire et que la légation russe n'a pas voulu en dire son avis.

On a demandé les intentions de ma cour et mon opinion. J'ai dit, que je ne connaissais pas les premiers et que je croyais que pour faire une ligue dont les conditions seraient exécutées, comme celle du «Fürstenbund», il ne valait pas la peine de se donner beaucoup de mouvement; que j'étais persuadé, qu'à moins que les grandes puissances d'Allemagne y prennent part et fournissent les troupes, lorsqu'il en faudrait, toute l'affaire ne mènerait à rien.

La France, je crois, protège cette idée pour opposer cette ligue contre les puissances continentales, en cas qu'elles voulussent prendre part à la guerre.

L'idée de cette ligue dont j'ai eu l'honneur de parler à V. Exc. eût été intéressante avant l'occupation du pays de Hanovre, maintenant je crois que l'Electeur de Hesse n'y cherche qu'un soutien contre la violence de la Prusse en cas de guerre, et que ce serait lui qui l'abandonnerait le premier, si on lui présentait d'autres avantages [2] . . . . :|

543. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 26. Sept. 1803.

[Empfang des diplomatischen Corps bei Bonaparte. Antraigues. Ausfälle gegen Rußland. Die Pfälzer Schuldenfrage. Ernennung eines französischen Gesandten in Karlsruhe.]

|: L'audience que le Premier Consul a donnée hier a tout le corps diplomatique, suivie d'un dîner et d'un cercle chez Mme Bonaparte, n'a pas été sans intérêt. Placé entre le ministre de Saxe et celui de Russie j'ai entendu la conversation qui a eu lieu et qui a singulièrement fixé l'attention de tout le monde. Le Premier Consul, approchant le ministre de Saxe, l'accosta, en lui disant: «il y a à Dresde un mauvais sujet, un certain d'Antraigues [3] qui s'avise d'écrire des pamphlets et des brochures insolentes contre la France; pourquoi le souffre-t-on?» M. de Bünau répondit, qu'il était conseiller de S. M. l'Empereur de Russie et que c'était la raison qui empêchait qu'on ne l'eloignât. «Comment la Russie, continua-t-il, peut-elle protéger un tel homme et que signifie une protection

[1] Ueber frühere ähnliche Bestrebungen und Pläne vergl. oben S. 197.

[2] Weitere Nachrichten fehlen; das bisher unbekannte Project wird offenbar bald wieder aufgegeben.

[3] Ueber diesen politischen Abenteurer und die Rolle, die er gespielt, vergl. das jüngst erschienene Buch von L. Pingaud: Un agent secret sous la révolution et l'empire: le Cte d'Antraigues. Paris 1893. — Ueber den im folgenden geschilderten Zwischenfall vergl. Pingaud, a. a. O., S. 304.

pareille!» Il se tourna pour lors vers M. de Morkow, et lui dit: «Ce Mr d'Antraigues est un mauvais sujet. Comment l'Empereur peut-il le souffrir dans son service? Comment peut-on protéger de tels gens? Que dirait la Russie, si j'accueillais ceux qui seraient en révolte contre elle et que je leur donnasse des titres de protection? Elle dirait que je n'ai point une conduite franche et loyale. C'est comme cet espion de l'Angleterre, qui etait au service des Princes que Vous réclamez. Il est Français de Genève, je ne connais point d'immunités pour les Français. Je Vous déclare que je ferai arrêter tous les mauvais sujets qui oseront se conduire, comme il l'a fait.» M. de Morkow ne répondit autre chose que «c'est fort bien, mais cet homme dont il s'agit est d'Yverdun».

Morkow verläßt nach dem Diner sofort die Gesellschaft, ohne dem Cercle beizuwohnen.

.... J'ai trouvé occasion de parler à Mr Talleyrand au sujet des dettes, en lui témoignant, combien il nous était sensible de voir que la Bavière ne se prêtait à rien. J'ajoutai que nous nous prêterions certainement avec les Princes copartageants à payer la moitié, pourvu qu'on finisse. Il me répondit: «C'est encore beaucoup, et je parlerai à Mr Cetto, dèsque je le verrai». Le voyant si bien disposé, je lui avais demandé, si le 1er Consul n'accepterait pas qu'on soumette cette affaire à la décision pure et simple de la France comme arbitre. Il m'a répondu que le Consul n'en voudrait pas, et j'ai remarqué qu'on ne veut pas brusquer la Bavière .... Mr Talleyrand, auquel j'ai encore rappelé le désir de voir un ministre à Carlsruhe, m'a dit ces termes: «Nous en avons choisi un qui conviendra sûrement à l'Electeur». La manière secrète avec la quelle tout se traite ici ne me permettra pas de Vous instruire de cette nomination, avant qu'elle soit publiée. :|

---

544. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 7 Vendémiaire an 12 (30. Sept. 1803).

[Heimlichkeiten am Karlsruher Hofe. Englische Geldspenden zum Zwecke einer neuen Coalition.]

Le Prince de B[runswic][1] sort de chez moi où il n'est resté qu'une minute.

On trame ici quelque chose, m'a-t-il dit, on se cache de moi, le diable est dedans.

Je ne puis douter de la véracité de celui qui m'a parlé, quoique j'ignore ce qu'il y a de réel dans ce qu'il m'a dit.

---

[1] Zu den fürstlichen Gästen, die sich gelegentlich der Anwesenheit des Königs von Schweden im Herbst 1803 am Karlsruher Hofe zusammenfanden, zählte auch Prinz Wilhelm von Braunschweig mit seiner jungen Gemahlin, Prinzessin Marie. Vergl. P. Zimmermann, Herzogin Marie von Braunschweig, S. 11.

Mr Posselt, un des publicistes les plus renommés d'Allemagne[1] et qui a des correspondances très étendues, m'a fait savoir que l'Angleterre répand l'argent à pleines mains pour former une nouvelle coalition . . . .

Pariser Archiv.

545. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 9 Vendémiaire an 12 (2. Oct. 1803).

[Unterredung mit dem Prinzen von Braunschweig. Angebliche Verhandlungen über einen Handelsvertrag zwischen Baden und Schweden. Schwedische Absichten auf Norwegen. Lage in Schweden. Preußen dem Krieg abgeneigt.]

Le Prince Guillaume de Brunswic dont j'ai acquis l'amitié dans une affaire qui lui était personnelle et que l'espérance de voir son Duché érigé en Electorat avait encore plus excité à la confiance est venu ce matin chez moi. Il m'a dit que pour colorer à ses yeux les fréquentes conférences des ministres, de Mr de Lagerbjelke et du Roi, on lui avait parlé d'un traité de commerce à conclure entre la Suède qui donnerait ses fers et l'Electorat qui fournirait en échange ses vins; mais que ne s'en étant point tenu à ces apparences, il était parvenu à tirer d'une personne attachée au Roi ce qu'il cherchait à sa voir. — La Suède veut s'arrondir par l'acquisition de la Norwège, le Danemark s'étendrait à son tour dans l'Electorat de Hanovre; s'il le faut, on donnera la Poméranie à la Prusse[2]. L'Angleterre n'est point éloignée de consentir à ces arrangements moyenant certaines complaisances. — Si nos armes ont des succès contre cette puissance, la chose sera négociée avec la France; si nous avons des revers, on s'adressera à l'Autriche et à la Russie dont on recherche la bienveillance. Il m'a donné pour certain que la conduite récente du Danemark avait été inspirée et soutenue par le cabinet de St. Pétersbourg; que lui au reste, avec son régiment se ferait fort de mettre à la raison l'armée danoise. Quant à la Suède, c'était une puissance qui avait besoin de tout le monde, et dont personne n'avait besoin, et qui néanmoins, dans la bonne opinion qu'elle avait d'elle-même, se repaissait de l'extravagante espérance de s'enrichir des dépouilles de la Russie, lorsque celle-ci serait occupée ailleurs. Il a ajouté, et en ceci il avait un peu l'air de jouer un rob, que la France pouvait compter particulièrement sur la personne du Roi de Prusse qui, par des scrupules d'une morale religieuse, ne s'embarquerait jamais que par nécessité dans une guerre quelconque. Il m'a paru tout aimer dans les Prussiens hors la convoitise qu'il leur suppose de la meil-

---

[1] Der bekannte Herausgeber der „Europäischen Annalen", aus Durlach gebürtig. Vergl. Gehres, Kleine Chronik von Durlach, II, 32 ff., sowie den Artikel von Binder in der Allgemeinen Deutschen Biographie, 26, 461 ff.

[2] Vorschläge in diesem Sinne sind angeblich dem Könige von französischer Seite in der Absicht, ihn für eine Allianz zu gewinnen, im Dec. d. J. in München gemacht worden. Vgl. v. Ompteda, Zur deutschen Geschichte, II, 47.

leure partie du Hanovre; il m'a promis, en s'en allant, de me faire part de ce qu'il pourrait apprendre d'intéressant pour la France et pour le nord de l'Allemagne. Durant son discours il a eu occasion de me dire qu'il était convaincu que l'esprit du cabinet russe était dans ce moment très peu militaire. Quelques jours auparavant, Mr de Lagerbjelke me parlant des inquiétudes qu'avait pu donner à l'Allemagne l'entrée des troupes françaises dans le Hanovre, je lui avais répondu que les yeux de la Suède devaient être tournés plutôt vers l'est que vers le sud de l'Europe; il me répliqua sans hésiter «pour ce point nous sommes tranquilles, car nous avons la certitude de la faiblesse, — je me sers de son expression — de ceux qui gouvernent en Russie».

546. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 16. Oct. 1803.

[Gerüchte über die Reise des Königs von Schweden. Ihr Zweck: Bildung einer Coalition gegen Frankreich.]

|: . . . . Je crois devoir instruire V. Exc. sur les bruits qui se répandent sur le but du voyage de S. M. le Roi de Suède. On dit ici que gagné et subsidié par l'Angleterre il a entrepris ce voyage pour parler aux différentes cours sur le besoin de se liguer contre la France qu'ayant eu l'intention de se rendre à Berlin et à Vienne, ces deux cours ont décliné sa visite et que n'ayant point encore pu obtenir un résultat satisfaisant, il tarde de retourner dans ses états. Vous serez à même de connaître ce qui en est . . . . :|

547. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 18. Oct. 1803.

[Besuch des Kurfürsten von Baiern in Karlsruhe; vermeidet jede Erörterung der Pfälzer Frage. Ernennung des Freiherrn v. Reibeld zum außerordentlichen Gesandten.]

. . . . Msgr. l'Electeur de Bavière dont j'ai déjà eu l'honneur de Vous annoncer le prochain retour, est arrivé dimanche après-dînée et repartira pour Munich, à ce qu'on dit, samedi prochain, afin de ne revenir que lorsque Mme l'Electrice pourra lui marquer avec certitude la durée de son séjour ici qui dépendra du terme auquel L. L. M. M. le Roi et la Reine de Suède fixeront définitivement le leur. On ignore encore parfaitement les dispositions du Roi à cet égard, mais comme on est accoutumé à n'apprendre ses résolutions sur de pareils objets que peu de jours avant leur exécution, personne ne croit pouvoir présager, combien cette incertitude durera encore . . . .

Je n'ai jusqu'à présent pas trouvé l'occasion d'engager Msgr. l'Electeur de Bavière, qui d'ailleurs me donne toutes les marques de son ancienne bienveillance, dans aucun entretien sur les différences de nos deux cours,

et je doute fort qu'il voudra s'expliquer personnellement sur cette matière. Il me reste cependant encore une sorte d'espoir, quoiqu'à la vérité assez faible, de parvenir peut-être avec le temps à une sorte de rapprochement à cet égard avec S. Exc. Mr le Bon de Reibeld que Msgr. l'Electeur m'a prévenu d'avoir désigné pour résider en qualité de son ministre près notre cour[1]. N'ayant pas pu en faire l'acquisition pour notre propre service, Vous pensez bien, que cette nomination est infiniment agréable à notre Sme maître . . . .

---

548. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 23. Oct. 1803.

[Empfang des Kurprinzen von Würtemberg durch Bonaparte. Morkow darüber entrüstet. Dalberg empfiehlt bei der Spannung zwischen Rußland und Frankreich Vorsicht und Zurückhaltung.]

Bei dem Empfange des diplomatischen Corps ist dem Ersten Consul heute durch Cobenzl der Kurprinz von Würtemberg vorgestellt worden[2]: «cette réception distinguée d'un fils en rebellion ouverte contre son père qui s'oublie au point de suivre la fille d'un de ses serviteurs à laquelle il a fait un enfant et qu'il déclare vouloir épouser ne sert qu'à prouver le peu d'égard qu'on veut témoigner à la Russie».

Morkow wird den Besuch des Kurprinzen nicht erwidern; er ist aufgebracht über die nachgiebige Haltung des Grafen Cobenzl, die wider alle Rücksichten verstoße, die er dem Kurfürsten als nahem Verwandten des österreichischen und russischen Kaiserhauses, schulde. Der würtembergische Gesandte v. Steube, der Ordre hat, jede Begegnung mit dem Kurprinzen zu vermeiden, befindet sich in peinlicher Verlegenheit; «il a donc trouvé bon de s'annoncer une goutte pour tout l'hiver».

. . . . Je crois en général devoir communiquer à V. Exc. l'opinion que j'ai que vu nos rapports à la Russie, à la Suède etc., vu l'humeur que le 1er Consul nourrit contre ces puissances, vu l'indifférence marquée sur toutes les réclamations de l'Allemagne, il est de la plus haute importance pour conserver la bienveillance de ce gouvernement et pour ne pas l'indisposer contre nous, de se tenir aussi tranquille que possible, et je puis Vous assurer que j'éprouve toujours de l'inquiétude, lorsqu'on m'annonce une audience, parce que je crains recevoir également une savonade[3] à laquelle je ne saurais pas opposer le front de fer de Mr de Morkow . . . .

Morkow kömmt in jüngster Zeit Dalberg mit auffallender Liebenswürdigkeit entgegen und zieht ihn ins Vertrauen; er hält den Krieg für unvermeidlich: «il vaut mieux précipiter le moment que de perdre encore plus de moyens en le retardant». :|

---

[1] Das Creditiv für den ehemaligen Präsidenten des kurpfälzischen Generallandescommissariats, Geh. Rath Freiherrn Ignaz von Reibeld, der Baiern zugleich beim westfälischen Kreise vertritt, datirt vom 1. Oct.; seinen Wohnsitz nimmt der neuernannte Gesandte in Mannheim, wo die Regelung der Pfälzer Angelegenheit seine Anwesenheit vielfach nöthig macht.

[2] Vergl. oben S. 375 Anm. 1.

[3] Sic! lege: un savonnage.

549. Massias an Talleyrand[1].

Karlsruhe, 1 Brumaire an 12 (24. Oct. 1803).

[Unterredung mit dem Könige von Schweden über die englische Expedition und den Einmarsch in Hannover.]

Audienz beim Könige von Schweden.

Derselbe verweist auf die Schwierigkeiten einer Expedition gegen England; Massias meint, die Haltung der englischen Regierung vor und nach dem Friedensschlusse, wie ihre Vertheidigungsanstalten beweisen zur Genüge, daß man in London eine Landung nicht für unmöglich halte. Die Rede kömmt auf Hannover, der König bedauert den Einmarsch der französischen Truppen, die Capitulation der hannöverischen Truppen[2] sei eine schimpfliche (honteuse). Massias erwidert, die Capitulation einer an Zahl dem Feinde nicht gewachsenen Armee, die von ihrer Regierung preisgegeben worden sei, deren Muth sich aber verschiedentlich bewährt habe, dürfe man nicht so bezeichnen.

Pariser Archiv.

550. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 24. Oct. 1803.

[Empfang bei Bonaparte.]

|: Le Premier Consul à été à l'audience on peut dire aimable pour tout le monde. Il a été de même pendant tout le cercle. Il m'a parlé à trois reprises: à la première il m'a demandé des nouvelles de l'Electeur; il a dit qu'il paraissait que le Roi de Suède se plaisait en Allemagne, qu'il paraissait aimer les réunions de famille. A la seconde il m'a demandé, si notre armée se formait. Je lui répondis que c'était un petit corps de 6000 hommes et qu'appuyé par la France cela paraissait suffisant. La 3me fois parlant à Mr de Ferrette[3] auquel il demanda, si les affaires de l'ordre s'arrangaient en Allemagne, il dit: Vous avez une abbaye qui aurait bien convenu à l'Electeur de Bade; je lui répondis qu'un point touchait l'autre, et en riant il passa . . . . :|

551. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 26. Oct. 1803.

[Politische Motive der Reise des Königs von Schweden. Die inneren Verhältnisse in Schweden. Staatsstreich. Weitere Reisepläne.]

|: Le retard du retour de Mr d'Ehrenswaerd à Paris ne me permet pas de suspendre jusque là les éclaircissements confidentielles que je m'étais proposé de Vous transmettre par cette voie relativement à la prolongation

---

[1] Vergl. Bertrand, Lettres inédites de Talleyrand à Bonaparte, S. 61.

[2] Gemeint ist die Capitulation von Sulingen vom 3. Juni; vergl. darüber F. von Ompteda, Die Ueberwältigung Hannovers durch die Franzosen, S. 240 ff.; F. Thimme, Die innern Zustände des Kurfürstenthums Hannover, I, 55 ff.

[3] Joh. Baptist von Pfirdt (Ferrette), z. Z. Abgesandter des Malteserordens in Paris, später badischer Gesandter daselbst. Vergl. Polit. Correspondenz, II, 134.

aussi inattendue que peu concevable du séjour du Roi de Suède. D'abord je crois pouvoir Vous garantir que les préjugés qui se sont répandus sur des vues qu'on lui a prêtées de vouloir prêcher une nouvelle croisade contre la France sont entièrement déstitués de toute espèce d'apparence; je n'en dirai pas autant des soupçons qui paraissent mieux appuyés par quelques circonstances particulières dont on a lieu d'inférer que quelque grande opération à Stockholm même a engagé le Roi à s'éloigner de sa capitale, pendant qu'elle serait exécutée, mais que les résultats n'ayant nullement répondus à son attente, il se trouve maintenant empêché d'y retourner, avant d'être entièrement assuré que son parti ait gagné le dessus sur celui de l'opposition. Voilà du moins à quoi se réduisent les combinaisons qu'on a pu former jusqu'à présent des observations les plus soignées.

Il est de fait qu'il n'est absolument plus question de retourner cet hiver, il y a même beaucoup d'apparence qu'on forme le projet de se fixer ici le plus longtemps qu'on pourra, de faire peut-être une petite excursion à Munich pour revenir ensuite ici, d'y laisser alors la Reine et d'entreprendre un voyage incognito en Suisse . . . . :|

---

552. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 27. Oct. 1803.

[Die Denkschrift über die europäischen Verhältnisse. Verwerthung und Mittheilung derselben an den König von Schweden. Bitte um Discretion.]

Je viens de terminer le mémoire dont j'ai fait mention dans mes No. 25 et 29[1]. J'ose le soumettre à V. Exc. Je crois que le moment d'une grande crise approche. Les idées que j'expose me paraissent importantes. Je les crois pratiques. L'Empereur Alexandre peut leur donner l'exécution. Deux années d'efforts, un esprit libéral dans les négociations, ne pourrait-on pas s'en flatter? L'Angleterre, je le sais, se rapproche de ces idées; Mr de Morkow en annonce le besoin. L'opinion publique les sanctionne. — Le mémoire en question me perdrait, si on en connaissait l'existence et l'origine; pour Vous le faire parvenir, je risque de le confier à Mr de Starkloff . . . . qui part samedi matin pour Cassel. Il est sous l'enveloppe adressée: Hr. Bethmann in Frankfurt. V. Exc. l'ouvrira. Elle observera qu'il s'y trouve beaucoup de choses spéculatives pour la distribution des pays en Allemagne, que je cherche en Suisse un établissement

---

[1] Depesche Nr. 29 vom 7. Aug., oben Nr. 530. In Depesche Nr. 25 vom 2. Aug., die sich über Rußlands Verhältniß zu Frankreich und England verbreitet, wird ein Memoire nicht erwähnt, wol aber in Depesche Nr. 26 vom 3. August (oben Nr. 528), mit der vermuthlich eine Verwechslung vorliegt.

pour la famille Hochberg[1] que le Palatinat devrait nous revenir etc., objets à traiter un jour à un congrès général qui finira notre révolution comme celle du 16 et 17ème siècle. C'est une esquisse. Le grand objet serait de combiner l'usage de ce mémoire. Est-ce au Roi de Suède qu'on ose le confier pour en faire usage à Pétersbourg et Londres? Est-ce à Vienne? Toujours Vous prierai-je de ne pas me nommer. A Londres j'ai une voie sûre, à Pétersbourg également pour le porter entre les mains de l'Empereur ou du ministère anglais.

Mais je n'ose et ne puis paraître comme auteur. Il faut y mêler un tiers, et alors le Roi de Suède me paraîtrait le canal le plus sûr. Je pourrais sur la dernière partie de ce mémoire fournir des renseignements et des idées qui ne seraient pas sans utilité, mais elles sont si dangereuses que je m'effraye souvent de les trouver dans ma tête. V. Exc. me tranquillisera par un mot sur le sort de ce mémoire. Pour prouver le moment d'une crise voici quelques observations. 1° si le 1er Consul ne peut exécuter ou réussir à la descente, il lui faut une guerre continentale; 2° pourquoi fait-on des levées et forme-t-on des impôts en Prusse, Autriche etc.? S'il y a donc une crise, il faut y chercher le plus de salut possible. Si l'on croit pouvoir parler au Roi de Suède de cette affaire, il serait important que Mr d'Ehrenswaerd n'en sût rien ....

Das Gerücht von einer Reise Bonaparte's nach dem Rheine verbreitet sich aufs neue. :|

---

553. Denkschrift Dalbergs[2].

Oct. 1803.

[Bildung einer neuen Coalition gegen Frankreich. Ihr Ziel und Programm. Neuordnung der europäischen Verhältnisse. Vorschläge. Restauration der Bourbonen. Operationsplan.]

Europa, führt Dalberg aus, befindet sich in einer Krise; die Unabhängigkeit seiner Souveräne, die Wolfahrt seiner Völker wird bedroht durch den Ehrgeiz Bonaparte's, der nach der Weltherrschaft strebt und, ein zweiter Alexander, die Hand nach dem Orient ausstreckt; schon herrsche er vom Tajo bis zur Weichsel «par la force qu'il déploye, par la crainte qu'il inspire et par la corruption dont il a entouré tous les cabinets». Nur England leistet ihm noch Widerstand, sein Fall würde die Knechtung von ganz Europa bedeuten. Alle anderen europäischen Mächte sind daher mit England solidarisch verbunden und durch ihr eigenes Interesse verpflichtet, es vor der drohenden Katastrophe zu retten,

---

[1] Leider fehlt gerade der zweite Abschnitt der Denkschrift, der sich mit der Ordnung der deutschen Angelegenheiten befassen sollte. Soviel sich aus dem ersten Theile erkennen läßt, gedachte Dalberg in seinem Plane, den Grafen von Hochberg ein neu zu bildendes Fürstenthum, bestehend aus den zwischen dem Jura, dem Bieler, Neuenburger und Genfer See gelegenen Landen, zuzuweisen.

[2] Mit der Aufschrift: «Coup d'œil jeté sur l'Europe de l'observatoire de Pétersbourg. Oct. 1803». 29 Folioseiten.

«pour opposer une digue au torrent destructif qui menace de les engloutir toutes et chacune à son tour».

Rußland vor allem, dessen Kräfte noch ungeschwächt sind, ist berufen, «de se mesurer corps à corps avec le nouvel Antée»: es kann nicht dulden, daß seine Pläne im Orient gefährdet werden, als Garant des westfälischen Friedens, getreu der Politik der großen Katharina, der Invasion in Hannover und den norddeutschen Kreisen nicht stillschweigend zuschauen.

Oesterreich ist zu einem neuen Waffengange bereit; Preußen, das noch unschlüssig zaudert, muß unter Zusicherung gewisser Vortheile beim Friedensschlusse durch russischen Einfluß bestimmt werden, seine Neutralität aufzugeben.

Die neue Coalition darf, wie Dalberg meint, vor allem nicht in die alten Fehler verfallen, welche die Verbündeten früher begangen, als sie statt der ursprünglich beabsichtigten Restauration des Königthums Eroberungen geplant und dadurch das ganze französische Volk, auch die Royalisten, gegen sich erbittert hatten. Ihr einziges Ziel «c'est de mettre des bornes à sa prépotence et à l'ambition de son chef, d'assurer leur propre indépendance et de rétablir sur des fondaments solides l'équilibre de l'Europe».

Es gilt daher Frankreich wieder in seine alten Grenzen einzuschränken, Holland, Belgien, die Schweiz und Italien zu befreien und von Frankreich loszulösen, und dem deutschen Reiche das linke Rheinufer zurückzuerobern. Das wird zu einer allgemeinen Reorganisation der europäischen Verhältnisse führen, über deren Grundlage sich im voraus zu verständigen Aufgabe der verbündeten Mächte sein wird.

Holland sollte sein altes Gebiet, auch die Colonien, wieder erhalten, die Statthalterschaft wieder hergestellt werden.

Der Schweiz wäre ihre alte Verfassung zurückzugeben; die neuen Cantone müßten aufgehoben, ihr Gebiet unter die alten vertheilt, Wallis und Graubünden auf Wunsch zum helvetischen Bunde zugelassen werden.

«On formerait un état particulier de toutes les terres situées entre le mont Jura et les trois lacs de Bienne, Neufchâtel et Genève; les deux villes de Genève et de Bienne y seraient comprises ainsi que la partie du pays de Gex qui s'avance jusqu'au lac de Genève. Dans l'intervalle d'un lac à l'autre les deux rivières de Thiele et de Venoye en formeront la limite vers l'Helvétie.

Cet état composerait une principauté particulière, dont l'emploi serait indiqué dans la seconde partie de ce mémoire. Il serait compris dans l'alliance helvétique et serait représenté à la Diète de l'Empire.»

In Italien empfiehlt Dalberg durchgreifende Veränderungen. Nach Abschaffung aller Republiken sollte Oesterreich das Gebiet zwischen Chiesa, Oglio und Po mit dem Festungsvierecke erhalten; Erzherzog Ferdinand Toskana, Lucca, Bologna, Piombino und Massa Carrara als Königreich Etrurien; der Herzog von Modena seine Stammlande nebst den Fürstenthümern Parma, Piacenza und Guastalla als Großherzogthum Ausonien; der junge König von Etrurien gegen Verzicht auf Toskana das österreichische Mailand und das Land zwischen Ticino, Chiesa und Po als Königreich Lombardien. Der König von Neapel: Benevent, Malta (als Großmeister des Ordens) und die jonischen Inseln; der Papst die Romagna, einen Theil von Ferrara und San Marino; der König von Sardinien endlich sein altes Gebiet, ausgenommen Savoyen und Nizza, dagegen aber die ligurische Küste und eventuell Corsica.

Belgien darf an keinen bourbonischen Prinzen fallen, ebensowenig an Holland, ersteres fordert das englische, letzteres das französische Interesse; das Land verlangt einen katholischen Regenten. Dalberg schlägt daher vor, es dem Kurfürsten von Baiern als

Königreich zu geben, wogegen derselbe auf seine deutschen Staaten verzichten müßte; holländisch Flandern, Limburg, Lüttich, das linksrheinische Kurfürstenthum Köln und die linksrheinisch preußischen Lande wären mit dem neuen Königreiche zu vereinigen.

Da Oesterreich für seine belgischen Provinzen in Italien reichlich entschädigt würde, könnte von einer Einverleibung Baierns nicht die Rede sein; alle bisherigen Bedenken der Reichsstände gegen das belgisch-bairische Tauschproject würden mithin beseitigt.

Für Deutschland begehrt Dalberg das linke Rheinufer: «il y aurait des mesures de la plus grande importance à prendre pour donner à l'Empire germanique comme centre de l'Europe une nouvelle organisation. L'aperçu de ces mesures formera le sujet de la seconde partie de ce mémoire.» Als maßgebend für jede Neugestaltung der deutschen Verhältnisse würden folgende Principien zu betrachten sein:

«1) de former des Electeurs des masses consolidées et d'un plus grand poids;

2) d'établir les tribunaux d'Empire sur un pied plus respectable;

3) de faire du collège des Electeurs, en y admettant les différentes puissances, un foyer des négociations qui servirait à y faire discuter les grands intérêts du continent de l'Europe où l'influence des grandes masses de la Russie, de la France, de l'Angleterre, de l'Autriche et de la Prusse se balancerait utilement.

4) de former de la noblesse inmédiate, de l'ordre teutonique, de la grande maîtrise de l'ordre de Malte un ordre de chevalerie qui serait le foyer des idées de gloire, d'honneur, de vertu etc. si nécessaires dans nos temps.» (!)

Frankreich endlich würde die Grenzen von 1789 wieder erhalten, außerdem aber noch Tournay, Beaumont, Chimay, Saarwerden, Mömpelgard, Avignon, Savoyen und Nizza.

Zum Schlusse wird ein Operationsplan für den neuen Feldzug vorgelegt.

Ein englisch-russisches Heer würde Holland angreifen, ein preußisch-sächsisches Corps zwischen Rhein und Meuse vorgehen; ein zweites russisches Heer, unterstützt von bairischen und würtembergischen Truppen, zur Deckung von Schwaben an der Bergstraße Stellung nehmen und das linke Rheinufer bedrohen. Zwei österreichische Heere sollten inzwischen in Italien und der Schweiz vordringen und endlich ein russisches oder deutsches Corps von Spanien aus in Südfrankreich einfallen und im Namen der Bourbonen auftreten. Die öffentliche Meinung in Frankreich sei Bonaparte nicht günstig, wol aber einer Rückkehr der alten Königsfamilie, welche die Ruhe Europas sichern würde, geneigt. Wenn sich die Bourbonen daher an die Spitze eines Invasionsheeres stellen, die Stimmung benützen und durch einen allgemeinen Amnestieerlaß, Steuererleichterung und Versprechungen und Auszeichnungen aller Art das Volk zu gewinnen suchen würden, läge bald ganz Frankreich wieder zu Füßen seines legitimen Königs.

Concept.

---

554. König Friedrich Wilhelm III. von Preußen an den Grafen Görtz.

Berlin, 31. Oct. 1803.

[Die Successionsfähigkeit der Grafen von Hochberg. Rußland erhebt Einsprache gegen ihre Anerkennung. Haltung des Königs.]

|: . . . . L'Empereur de Russie vient de faire insinuer ici par le S^r d'Alopeus[1] qu'il croyait savoir, que l'Electeur de Bade, marié, comme on sait, à la Ctesse de Hochberg, s'occupe de l'idée de faire reconnaître par l'Empereur et l'Empire la légitimité de ce mariage et de rendre ainsi les

[1] Der russische Gesandte in Berlin.

enfants qui en sont issus habiles à la succession dans ses états[1]. L'Empereur désire qu'on s'explique à Ratisbonne de manière à écarter ou à décliner la proposition.

Il se sera sans doute adressé dans le même sens à la cour de Munich et à d'autres, et en effet, si la supposition était fondée, je ne pourrais que partager l'opinion de ce monarque à cet égard, mais d'après la connaissance que j'ai des sentiments et des principes du digne et vénérable Prince dont il s'agit, j'ai lieu de croire que le tout ne repose que sur un simple soupçon de sa famille qui ne se confirmera point. Toutefois il sera nécessaire que Vous soyez attentif à cette affaire, et j'attendrai de mon côté Vos rapports sur ce que Vous en aurez appris . . . . :|

Concept, gez. Haugwitz. Berlin St.-Arch.

---

555. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 3. Nov. 1803.

[Heirathspläne des Kurprinzen von Würtemberg. Verhalten der französischen Regierung.]

|: Der Kurprinz von Würtemberg besteht auf seiner Vermählung mit Frl. Abel und bemüht sich, die Zustimmung der französischen Regierung zu dem Schritte zu erlangen. Der Vater Abel, der anfangs lange seine Einwilligung versagt, hat sich jetzt durch Versprechungen und die Hoffnung, eines Tages leitender Minister in Stuttgart zu werden, bethören lassen. Bonaparte und Talleyrand billigen anscheinend das Project. Abel hat vor kurzem den schwedischen Gesandtschaftsprediger Gambs um Vornahme der Trauung ersucht, und dann, da dieser abgelehnt, sich an einen calvinistischen Pfarrer, Rabaud, gewandt, der den Kultusminister Portalis um Rath fragte. Auf Wunsch des letzteren erstattete der Tribun Koch ein Gutachten[2], das den löblichen Vorsatz, begangenes Unrecht wieder gut zu machen, zwar anerkennt, aus Gründen des öffentlichen und bürgerlichen Rechts aber eine Eheschließung als unzuläßig bezeichnet und fordert, daß die französische Regierung dazu weder die Hand biete, noch davon Kenntniß nehme[3]. :|

---

556. Edelsheim an Karl Friedrich.

Karlsruhe, 3. Nov. 1803.

[Die Denkschrift Dalbergs. Abfälliges Urtheil darüber.]

Voici le fameux mémoire secret de Mr de Dalberg[4] sur lequel je n'ai presque pas le courage de dire mon sentiment. Je souhaite plus que je n'ose presque l'espérer, que lui-même n'en laisse absolument rien trans-

---

[1] Vergl. oben Nr. 334.

[2] Abschrift bei den Acten.

[3] Vergl. auch die Mittheilungen bei Helfert, Königin Karoline von Neapel, Seite 139; W. Lang, Von und aus Schwaben. II, S. 88.

[4] Oben Nr. 553.

pirer envers qui que ce soit, quoiqu'au fond il n'y a presque rien dans tout cela qu'on n'ait déjà entendu répéter mainte fois par la foule des émigrés exaltés . . . .

557. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 11. Nov. 1803.

[Uebernahme deutscher Truppen in französischen Sold. Verhandlungen mit dem Fürsten von Leiningen.]

|: . . . . On projette ici à l'instar de la capitulation avec les Suisses[1] des capitulations avec les Princes d'Allemagne, dont on veut prendre les régiments en solde. Je sais qu'on en a fait la première ouverture au Pce de Linange qui cherche à le décliner. Le 1er Consul lui avait fait proposer le mariage avec Mlle de Rochambeau et un régiment. Il a refusé le premier et a remercié de l'autre. Ceci est couvert du plus grand mystère. Que ferons-nous, si on nous le propose? . . . . :|

558. Graf Görtz an König Friedrich Wilhelm III. von Preußen.

Regensburg, 11. Nov. 1803.

[Bemühungen des Markgrafen um die Anerkennung des Erbfolgerechts der Grafen von Hochberg. Schritte bei der Kaiserwahl Leopolds II. Die Ansichten der Söhne erster Ehe getheilt. Veränderte Lage nach dem Tode des Erbprinzen.]

|: Görtz beantwortet das Rescript vom 31. Oct. d. J.

. . . . Quoique jusqu'à présent il ne soit rien encore transpiré ici sur ce sujet, les notions que j'ai été à même de recueillir anciennement là-dessus et que je vais soumettre au jugement éclairé de V. M. ne me font que trop craindre que l'avis parvenu à la cour de Russie n'ait quelque fondement.

Déjà en 1790, lorsqu'à l'élection de l'Empereur Léopold il était question de donner plus [de] précision au § 4 de l'article 22 de la capitulation pour restreindre le pouvoir de l'Empereur à légitimer les [lege: de] pareils mariages[2], ce Prince m'envoya expressément son ministre, le Bon d'Edelsheim, pour me découvrir ses vues à cet égard et pour tâcher d'empêcher

[1] Eine Militärconvention, die Bonaparte kurze Zeit vorher mit der Schweiz abgeschlossen.

[2] Einem Wunsche der nassauischen Häuser entsprechend, war in die Wahlcapitulation von 1790 ein Artikel aufgenommen worden, durch den der Kaiser sich verpflichtete, nicht zu dulden, daß den „aus notorischer Mißheirath oder einer gleich anfangs eingegangenen morganatischen Heirath erzeugten Kindern" eines Reichsstandes die väterlichen Titel, Ehren und Würden beigelegt und dieselben ohne Zustimmung der „wahren Erbfolger" „für ebenbürtig und successionsfähig" erklärt würden. Eine nähere Bestimmung des Begriffs notorischer Mißheirathen behielt sich der Kaiser vor; sie ist indeß nicht erfolgt. Vergl.

que l'étendue qu'on voulait donner au dit article ne devînt pas un obstacle à ce projet favori. Il fut néanmoins inséré dans cet article de la capitulation que l'Empereur devait porter cet objet incessamment à la Diète de l'Empire pour y faire fixer par une loi positive de l'Empire ce qui constate un mariage illégitime dans les grandes maisons et duquel les enfants seraient inhabiles à la succession. Mais malheureusement cet engagement solennel comme d'autres n'a point été rempli jusqu'à présent; une couple d'années après le Margrave, constamment occupé à vaincre l'opposition de ses fils, surtout des deux aînés qui avaient à la vérité signé le contrat de mariage, mais avec la clause réservative que les enfants qui en seraient issus n'auraient jamais droit de succession[1], fit discuter cette affaire devant son conseil. Les avis y furent très partagés et ce ne fut que par la fermeté d'un seul membre que l'affaire fut alors suspendue. Elle ne fut pas cependant abandonnée et pendant mon séjour à Rastadt feu le Prince héréditaire et son épouse m'ont souvent entretenu de[s] vives peines qu'elles en éprouvaient surtout, parce que le Prince Louis, frère cadet, s'était séparé de deux aînés. Cependant l'union constante de ces deux frères, affermie par l'ascendant de l'aîné et de son épouse sur le second, l'emportèrent encore alors. Depuis la mort du Prince héréditaire de [sic!] l'influence de Mme la Princesse sur son beau-frère ayant beaucoup diminué, il me paraît très-probable que le Prince Louis soit parvenu à ranger son frère de son avis et que par là cette affaire, ne rencontrant plus d'opposition dans la famille même, voudrait être reprise[2] et le succès ne voulant sûrement pas vu que la cour impériale de la chancellerie de l'Empire, à laquelle cela vaudrait une bonne aubaine, ne refusât plus d'accorder ce décret de légitimation. Comme cette affaire n'est pas du

---

die Wahlcapitulation Kaiser Leopolds II., ed. J. R. Roth, Frankfurt 1790, Seite 74 ff. — Die Berichte Edelsheims aus Frankfurt enthalten nichts über den im Folgenden erwähnten Auftrag. S. Polit. Correspondenz, I, 383 ff.; II, 642.

[1] Die Angabe ist durchaus unrichtig; beide Prinzen haben lediglich, und zwar ohne jede Reservatklausel, eine Versicherungsurkunde des Markgrafen vom 24. Nov. 1787 unterzeichnet, in welcher dieser bezüglich der Successionsfähigkeit etwaiger Söhne aus zweiter Ehe die näheren Bestimmungen sich vorbehielt. Kraft einer weiteren Disposition vom 20. Febr. 1796, die von den Prinzen nicht unterzeichnet wurde, verfügte Karl Friedrich dann, daß beim Aussterben des Mannesstammes aus erster, die Söhne aus zweiter Ehe zur Erbfolge in den gesammten Landen gelangen sollten. Vergl. Klüber, Acten des Wiener Congresses, Band VIII, S. 171—81. — Mit Ausnahme des Geh. Raths v. Wöllwarth waren alle Mitglieder des Geh. Raths darüber einig, daß die Sicherung der Eventualerbfolge für die Söhne aus zweiter Ehe im Interesse des Landes nach Kräften erstrebt werden müsse.

[2] Sic! Die Dechiffrirung der folgenden Worte ist zweifellos incorrect; zu lesen ist vielleicht: avec succès, la cour impériale ne voulant sûrement pas que la chancellerie . . . . ne refusât plus.

ressort de la Diète, le plus sûr et le seul moyen d'y obvier encore serait que la cour de Russie voulût s'en expliquer avec celle de Vienne et lui faire connaître son déplaisir et les inconvénients qui en résultent . . . . :|

Berlin. St.-Archiv.

---

559. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 20 Brumaire an 12 (12. Nov. 1803).

[Bemühungen Fürstenbergs um eine schwäbische Union der kleinen Reichsstände nach dem Vorbilde der Frankfurter, unter Zustimmung Frankreichs.]

Mr de Kleiser, ministre de S. A. S. le Prince de Furstenberg, m'écrit que la garantie que les Princes du 3me rang trouvaient depuis la paix de Westphalie dans les tribunaux supérieurs de l'Empire pour la conservation de leurs droits et prérogatives, se trouvant peut-être un peu trop affaiblis par le nouvel plan d'indemnités, les maisons de Furstenberg, de Hohenzollern et d'Oettingen étaient convenues de former une union à l'instar de celle de Francfort[1]; que cette union était conforme au droit des gens de l'Europe et à la Constitution Germanique, que son but étant d'avoir un résident ou chargé d'affaires auprès du Gouvernement français, on désirerait avant tout connaître ses intentions à cet égard.

Massias wird ersucht, diese Absicht zur Kenntniß seiner Regierung zu bringen; falls dieselbe die Conföderation nicht mißbillige, würden noch mehrere andere schwäbische Reichsfürsten und -stände, wie die Grafen Fugger und Truchseß beitreten.

Pariser Archiv.

---

560. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 15. Nov. 1803.

[Der Kurfürst hat die Denkschrift gelesen und wünscht Zurückhaltung und Verzicht auf jede Initiative.]

|: Ne pouvant pas m'étendre aujourdhui sur l'objet important de Votre mémoire[2], je me bornerai seulement à Vous informer que l'Electeur auquel je l'ai remis en son temps m'a dit l'avoir lu et relu avec attention d'un bout à l'autre, qu'à chaque fois le résultat de ses réflexions s'était réduit à ceci: que nous devions attendre les événements et en profiter le mieux que possible, mais que nous ne devions pas vouloir les faire naître et bien nous garder de prendre jamais le moindre part à leur initiative. :|

---

[1] Ueber den Abschluß der Frankfurter Union vom 29. Aug. 1803 und die Bemühungen um die Gründung einer schwäbischen Union durch die kleineren Reichsstände vergl. M. Mayer, Geschichte der Mediatisirung des Fürstenthums Isenburg, S. 43 ff.; ein Auszug aus der schwäbischen Unionacte ebenda, S. 164 ff. — Siehe ferner v. Ranke, Denkwürdigkeiten des Staatskanzlers Fürsten Hardenberg, II, 37.

[2] S. oben Nr. 553.

561. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 24 Brumaire an 12 (16. Nov. 1803).

[St Génié's Sendung nach Paris und ihr Zweck. Stimmung des Königs von Schweden gegen Frankreich.]

Der König von Schweden hat jemand nach Paris geschickt, um sich über die allgemeine Stimmung in Frankreich zu informiren und die Folgen, die ein glücklicher oder unglücklicher Ausgang der englischen Expedition haben würde. Seit der Ankunft Armfelts, des schwedischen Gesandten in Wien, ist die Stimmung des Königs gegen Frankreich freundlicher und herzlicher geworden.

Pariser Archiv.

---

562. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 16. Nov. 1803.

[Klagen über Preußens schwächliche Haltung.]

|: Alle Nachrichten lassen darauf schließen, daß der Ausbruch eines continentalen Krieges unvermeidlich ist.

«Je vois hélas que le système tout-à-fait incompréhensible du cabinet de Berlin peut perdre l'Europe, et que par la désunion qui règne entre la Prusse et la Russie sur le parti qu'il y a à prendre, la France devient constamment plus forte et plus oppressive».

Auch Morkow bemerkt gegen Dalberg: «qu'il convenait que la lâcheté — telle était son expression — de la Prusse éloignait encore le moment de renverser le gouvernement français qui n'admettait plus la possibilité d'un repos en Europe, mais qu'il croyait que, si tous les ministres et toutes les cours rampaient devant la France, ni son Empereur, ni lui n'étaient faits pour jouer ce rôle . . . . :|

---

563. König Friedrich Wilhelm III. von Preußen an den Grafen Görtz.

Berlin, 18. Nov. 1803.

[Die Succession der Grafen von Hochberg. Aussichten des Projects in Wien. Instruction für Görtz.]

|: Der König dankt für die Mittheilungen des Grafen über die Pläne des Kurfürsten von Baden betr. seiner Söhne aus zweiter Ehe.

. . . . Le Cte Keller[1] me mande qu'il pourrait bien effectivement en être question à Vienne et que si d'un côté l'éloignement personnel du Prince Colloredo pour le Bon de Gemmingen, ministre de l'Electeur, semble augmenter les difficultés de la négociation, ce même ministre se trouve par contre appuyé et protégé par le vicechancelier d'état Cte Cobenzl. Il ne Vous reste pour le présent qu'à suivre ce que Vous apprendrez ultérieurement de la tournure de cette affaire et à m'en faire part. Il semble que l'Electeur aurait fait un grand pas vers l'accomplissement de ses désirs, si en effet ses fils déclaraient y acquiescer, mais il s'agit de savoir encore, si d'autres maisons n'auront pas un droit à s'y opposer, et pour tous les cas il paraît bien que la cour de Russie s'employera efficacement pour le contrecarrer . . . . :|

Concept, gez. Haugwitz. Berlin. St.-Arch.

---

[1] Preußischer Gesandter in Wien.

564. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 19. Nov. 1803.

[Abberufung Morkows. Ausfälle der französischen Presse gegen den König von Schweden.]

|: Morkow ist in ehrenvoller Weise unter Verleihung des Andreasordens seinem Wunsche entsprechend durch kaiserlichen Erlaß von seinem Posten abberufen worden[1].

Il s'est trouvé dans le Journal des Débats une incartade de la dernière insolence contre S. M. le Roi de Suède. Mr de Ehrenswaerd a donné une note assez forte pour s'en plaindre. Il m'a dit avoir écrit au Roi en clair, pour que cela soit lu, que si on ne donnait pas une réponse satisfaisante, il conseillait au Roi, son maître, de ne pas tenir un ministre près un gouvernement qui ne désapprouvait pas de tels procédés . . . . :|

---

565. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 29 Brumaire an 12 (21. Nov. 1803).

[Der König von Schweden in Stuttgart. Vermittelungsversuch. St Génié's Mission nach Paris. Schwedische Bündnißanträge.]

Der König von Schweden war ein paar Tage in Stuttgart, von wo er gestern zurückgekehrt, — wie Massias meint, um die beiden benachbarten Höfe, die lange miteinander verfeindet waren, zu versöhnen[2].

St Génié, den der König nach Paris geschickt, hat, wie Massias erfahren, den Auftrag, die französische Regierung zu sondiren, «si en cas de rupture avec la Russie il serait bien aise de conclure un traité d'alliance avec la Suède» . . . .

Pariser Archiv.

---

566. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 4 Frimaire an 12 (26. Nov. 1803).

[Abreise des Königs von Schweden nach München. Freundliche Gesinnung gegen Frankreich. Französische Bündnißanträge.]

Der König wird am 8 Frim. (30. Nov.) nach München abreisen, um Ende Dec. nach Karlsruhe zurückzukehren[3]. Mehr denn je sucht er jede Gelegenheit, seinem Wunsche nach einem freundschaftlichen Einvernehmen mit Frankreich Ausdruck zu geben; vorgestern erst habe er Massias erklärt, «que tout récemment les Anglais voulant acheter en Suède des armes à feu, Elle avait fait donner la défense expresse de laisser conclure aucun marché de cette sorte contraire à sa neutralité. . . . .

Der hannoversche Gesandte in Wien, Graf Hardenberg, will aus sicherster Quelle, durch den schwedischen Gesandten von Armfelt, erfahren haben, daß Massias dem König eine Note überreicht, welche die Einladung zu einem Bündnisse mit Frankreich enthalten habe. Vergl. v. Ompteda, Zur deutschen Geschichte in

[1] Ueber die charakteristische Scene, die sich bei seiner Verabschiedung von Bonaparte abspielte, vergl. Tratchevsky, a. a. O., II, 427.

[2] Trotzdem, berichtet Massias am 15 Frim., habe der Kurfürst von Würtemberg sich nicht entschließen können, den Besuch des Königs in Karlsruhe zu erwidern, sondern die Erwiderung für den Münchener Aufenthalt verschoben.

[3] Die Rückkehr des Königs, der in München erkrankt, verzögert sich indeß, erst am 2. Febr. 1804 trifft er wieder in Karlsruhe ein.

dem Jahrzehnt vor den Befreiungskriegen, 2, 47. Auffallend erscheint indeß dieser Angabe gegenüber, daß sich im Pariser Archiv, Fonds Bade, weder eine Weisung des Ministers, noch ein Bericht des Geschäftsträgers ähnlichen Inhalts finden. Es wäre ja wol denkbar, daß die betr. Schriftstücke verloren gegangen sein könnten, es ist aber zu beachten, daß in der gesammten Correspondenz zwischen Massias und Talleyrand, die vorliegt, nirgends irgendwelche Anspielung oder Verweisung auf jene angebliche Unterredung mit dem König enthalten ist, wie sie doch, wenn letztere wirklich stattgefunden, zu erwarten wäre. Massias' Bericht vom 19. Sept. (oben Nr. 539) zeigt ja wol, daß gelegentlich von einem engeren Anschlusse Schwedens an Frankreich, wie er nach des Königs Versicherung den gemeinsamen Interessen entsprach, die Rede war, ergiebt aber auch unwiderleglich, daß dieses Thema von schwedischer, nicht von französischer Seite zur Sprache gebracht wurde[1]. Auch bei Schinkel, Minnen ur Sveriges nyare historia, IV, 449 wird eines französischen Bündnißantrages nirgends gedacht. So lange daher nicht urkundliche, aus den schwedischen Archiven zu schöpfende Beweise für die Zuverlässigkeit jener Angaben Hardenbergs und des Pariser „Freundes" beigebracht werden, wird man letztere in Zweifel ziehen müssen.

Pariser Archiv.

567. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 29. Nov. 1803.

[Der Kurprinz von Würtemberg und sein Zwist mit dem Vater. Unterredung mit Cobenzl über die Succession der Grafen Hochberg. Stimmung des Wiener Hofes. St Génié in Paris. Verbleiben von Massias in Karlsruhe.]

Der Kurprinz von Würtemberg hat erfahren, daß sein Vater in Karlsruhe die Auslieferung seines Freundes und Adjutanten v. Phull beantragt habe[2], und Dalberg

[1] Unter den Papieren des Cte d'Antraigues findet sich ein Bericht seines anonymen Correspondenten in Paris, des «ami de Paris», vom 29. Dec. 1803, der sich auf Verhandlungen zwischen Massias und dem Könige von Schweden bezieht. Ich lasse die betr. Stelle, deren gütige Mittheilung ich Herrn Prof. Léonce Pingaud in Besançon verdanke, hier folgen.

.... Talleyrand est furieux contre le Roi de Suède. Vous aurez vu qu'il est venu tout près de la France. Massias a été chargé de négocier avec lui, car il avait averti qu'il tenait sur la Russie des propos assez indécents, surtout contre le chancelier Cte Woronzow. On l'a donc fait tâter. J'ai lu la réponse de Massias. Il a tout refusé à peu près, et c'est fort bien à lui; mais à tout ce qu'il fait il y a un coin de folie. Massias dit qu'il ne lui a parlé que de Charles XII, de la nécessité où il est de le recommencer. Il ajoute que le roi de Suède veut être le médiateur de la paix générale en Europe et agir en conséquence; enfin il dit de lui des choses inconcevables, et cela à travers de très bons et nobles sentiments, dont il rend compte aussi, mais qui ont autant déplu que ses rodomontades à Bonaparte. Ou Massias est une bête, ce qu'on m'assure très possible — je ne le connais pas — ou le roi de Suède a une cervelle en ébullition. Ce terme est de Talleyrand à son sujet. Cela lui a fait attacher aussitôt des espions qui ne le perdent pas de vue..... J'engage l'Angleterre à lui conseiller de retourner vite chez lui .... Vergl. Pingaud: Un agent secret etc. S. 293.

[2] S. oben Nr. 458. In einem Schreiben an Karl Friedrich vom gleichen Tage (29. Nov.) wiederholt der Kurprinz sein Ansuchen, das indeß gleichfalls abschlägig beschieden wird.

durch den dänischen Gesandten v. Wächter ersucht, ihm eine Abschrift des Schreibens zu verschaffen; Dalberg hat das Ansinnen zurückgewiesen; er verstehe nicht, wie der Prinz glauben könne, daß er als badischer Minister und Edelmann ihm Waffen gegen seinen Vater in die Hände liefern werde; sein Verhalten entspreche so wenig seinem Rang und seiner Würde, daß er ihn bitte, «de m'épargner la peine d'être désapprouvé par l'Electeur, mon maître, qui ne connaissait et ne suivait que les principes de loyauté et de droiture».

Quant aux intérêts de Mme la Comtesse de Hochberg, M^r^ le Cte de Cobenzl me demanda hier, s'il était vrai que S. A. S. E. voulait faire déclarer Son épouse Electrice et donner la succession à Ses enfants. Lui demandant, qui lui avait parlé de cela, il m'assura qu'il ne s'en rappelait plus, mais qu'on lui avait dit qu'on faisait des démarches pour cet objet près du gouvernement français[1].

Je crus devoir lui dire que S. A. S. E. comme chef de famille et comme père verrait sans doute avec plaisir que les enfants qu'il avait de Mme de Hochberg puissent un jour succéder et qu'il y voyait même un avantage pour toute l'Allemagne, qui à l'extinction de la maison régnante pourrait être agitée pour cet héritage; que d'un autre côté il connaissait les difficultés qui se présentaient à l'exécution de ce projet; que les maisons héritières s'y opposeraient et que la cour de Vienne ne s'y prêterait pas facilement dont la ratification devait consolider la chose.

Mr de Cobenzl me dit sur cela, [que] quant à sa cour, il croyait que, si l'Electeur ne voulait pas se livrer entièrement à la cour de Berlin, elle chercherait certainement à faire tout ce qui lui serait agréable, mais que pour cette affaire il importait essentiellement à connaître les intentions de la cour de Pétersbourg, et qu'on ne se permettrait rien que celle-ci désapprouve. Je lui observai qu'il serait possible que cette cour, guidée par des insinuations particulières, n'approuvât point cette élévation, mais que je croyais qu'en lui présentant l'affaire sous son vrai point de vue, elle y verrait plutôt un avantage pour la tranquillité générale, et que la succession de la famille de Hochberg ne devant et ne pouvant avoir lieu qu'à l'extinction de tous les mâles de la famille régnante, les morts perdaient le droit de s'en plaindre.

Il sentit, à quoi je voulais tendre, et me dit: mais si Vous voulez connaître les intentions de ma cour, Vous n'avez qu'à en charger Mr de Gemmingen et voir ce que Vous obtiendrez à Pétersbourg; — il ajouta qu'il croyait que l'élévation de Mme la Ctesse de Hochberg au rang de l'Electrice y coûterait plus de peine que celle de la succession éventuelle de ses enfants.

---

[1] S. oben Nr. 334 und 337. Vermuthlich ist die Anfrage veranlaßt durch die Petersburger Weisung an Alopeus (oben 554) oder eine entsprechende Ordre an den Botschafter in Wien.

Notre conversation finit ainsi, et je me borne à en faire le récit exact sans y ajouter une autre réfléxion . . . .

Je dois instruire V. Exc. que Mr de St Génié est ici depuis cinq jours et qu'il compte repartir en 2 ou 3 jours. Il m'a dit que des intérêts particuliers l'avaient appelé ici. Il a vu le général Murat auquel il a fortement recommandé les intérêts de Mr Massias. Je me persuade tous les jours plus que ce dernier a des amis particuliers ici et que Mr Talleyrand, ne voulant pas de lui comme ministre, ne peut pas l'éloigner comme chargé d'affaires; que cette collision tardera beaucoup la nomination d'un ministre près notre cour et que le seul bon parti que j'aie à prendre, c'est de laisser aller la chose comme elle peut . . . .

568. Talleyrand an Massias.

Paris, 8 Frimaire an 12 (30. Nov. 1803).

[Man argwöhnt einen geheimen Besuch des Königs von Schweden in Frankreich. Sorgfältige Ueberwachung geboten.]

Citoyen, il y a quelque soupçon ici que le Roi de Suède serait tenté de faire *incognito* un petit voyage en France, il serait donc nécessaire que Vous mettez beaucoup de soin à suivre la marche de ce Prince et à donner avis de chaque absence qu'il pourrait faire avec indication des personnes dont il est accompagné . . . .

Concept. Pariser Archiv.

569. Graf Görtz an König Friedrich Wilhelm III. von Preußen.

Regensburg, 2. Dec. 1803.

[Görtz wird sich bei Gemmingen wegen der Successionsfrage erkundigen. Schädigung der pfälzischen Hausinteressen durch das Project.]

|: Quant au dessein, supposé à l'Electeur de Bade, de vouloir faire légitimer son mariage avec Mme de Hochberg, je me tiendrai à la conduite passive que V. M. a daigné me prescrire à cet égard, mais comme le ministre de l'Electeur à la cour de Vienne, le Bon de Gravenreuth[1] doit incessamment passer par ici, revenant de Carlsruhe pour retourner à son poste à Vienne, j'espère pouvoir approfondir et porter à la connaissance de V. M. ce qui en est de vrai. Si le cas devait réellement exister et que l'Empereur voudrait accorder un tel acte de légitimation d'un mariage notoirement inégal, ... la maison qui en souffrirait le plus serait la maison Palatine, tant par rapport à une convention[2] de succession érigée

[1] Sic! Entweder liegt eine falsche Auflösung der Chiffre oder ein Versehen von Görtz vor; zu lesen ist natürlich Gemmingen.

[2] Der bekannte, in dem späteren Streite mit Baiern um die Pfalz vielgenannte Weinheimer Entscheid vom Jahre 1425, der ein wechselseitiges Erbrecht beider Häuser begründete. Vergl. Schoepflin, Hist. Zaringo-Badensis, VI, 144 ff.

avec la maison de Bade sur Sponheim, que par rapport à tout ce qui tient aux possessions allodiales, sur lesquelles l'Electrice actuelle, comme la fille aînée de l'Electeur de Bade[1], a des droits fondés . . . . :|

570. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 14. Dec. 1803.

[Baierns Vorgehen gegen die Reichsritterschaft wird mißbilligt. Das Schicksal der letzeren noch unentschieden. Erhaltung wahrscheinlich.]

|: Es scheint sich ein Gewitter über Baiern zusammenzuziehen. Bonaparte hat Cetto sein Mißfallen über die Schwierigkeiten, die man der Regelung der kirchlichen Verhältnisse bereite, bezeugt und neuerdings das eigenmächtige Vorgehen des Münchener Hofes gegen die Reichsritterschaft scharf getadelt[2].

. . . . Instruit de cela, je fus aux relations extérieures pour juger mieux de l'esprit des bureaux et après avoir fait sonner très haut la manière équitable et modérée avec laquelle nous nous conduisons envers tous nos voisins, je fis sentir que, lorsqu'il s'agissait de porter sur les terres immédiates les droits de la souveraineté, on nous accorderait bien aussi la même faveur. On me fit connaître qu'on nous rendait justice, que le 1er Consul avait l'affaire de la noblesse immédiate sous les yeux, qu'on attendait une décision, mais qu'on croyait pouvoir prévenir, que se réglant sur les stipulations du recès, on la soutiendra contre les injustes violences de la Bavière . . . . :|

571. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 14. Dec. 1808.

[Fürstenberg ersucht Massias um Intervention in Paris. Ueberwachung seiner Emissäre geboten.]

. . . . J'ai appris confidemment par une voie indirecte que la maison de Furstenberg s'est adressée à Mr Massias pour le prier de vouloir bien envoyer son secrétaire ou quelqu'un de sa confiance à Paris pour y solliciter auprès du gouvernement des intérêts dont l'objet ne m'est point encore précisément connu. . . . Je suis dans le doute, si c'est Mr de St Génié qu'il aura chargé de cette commission ou bien son secrétaire, Mr de Bülow, qui se trouve également absent d'ici depuis une dixaine de jours sans qu'on sache où il est allé[3]. Il est à remarquer cependant que ces deux

[1] Enkelin, nicht Tochter.

[2] Vergl. Abschnitt 4.

[3] In der That hat sich auch Bülow nach Paris begeben; die Vermuthung Dalbergs, daß dieser Diplomat, «tête fort chaude», seitens einiger schwäbischer Reichsfürsten beauftragt sei, «de demander la permission de mettre l'embargo sur la noblesse» (Bericht vom 23. Jan. 1804), dürfte aber auf Irrthum beruhen; der wahre Endzweck seiner Sendung ergiebt sich wol aus dem oben Nr. 559 mitgetheilten Schreiben von Massias.

émissaires ne chassent pas ensemble et que certainement ils ne peuvent pas être chargés du même objet, se détestant l'un et l'autre bien cordialement. Cet avis en général pourra servir toutefois à Vous mettre sur la voie pour épier leurs démarches, en cas qu'ils se trouvent réunis à Paris . . . .

---

572. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 8 Nivôse an 12 (30. Dec. 1803).

[Besuch Morkows in Karlsruhe. Aeußerungen über sein Verhältniß zur französischen Regierung.]

Graf Morkow, bisher russischer Gesandter in Paris, hat sich auf der Rückreise zwei Tage in Durlach aufgehalten, um dem Kurfürsten aufzuwarten. Er hat viel von seinen Bemühungen zu Badens Gunsten in der Entschädigungsangelegenheit gesprochen. Mit Bonaparte sei er stets in bestem Einvernehmen gestanden, bis zur Ankunft Lombards in Brüssel; da erst habe man ihn beschuldigt, er verrathe die Interessen Rußlands und trage Schuld an der eiligen Abreise des Lord Withworth und dessen anmaßenden Forderungen.

Pariser Archiv.

---

573. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 19. Jan. 1804.

[Neue territoriale Veränderungen im Reich. Pfeffel.]

|: Allem Anscheine nach befaßt man sich in Paris mit neuen territorialen Veränderungen in Deutschland «en partie pour y exercer de nouveau une influence prépondérante, en partie pour y piller». Pfeffel hat, wie er Dalberg mittheilt, im Auftrage des Ministers eine Denkschrift ausgearbeitet, «tableau comparatif de la situation de l'Empire à l'égard de la France avant et après les nouveaux changements».

«Mathieu doit lui remettre tous les papiers concernant l'Allemagne et on veut les faire travailler ensemble, ce dont Mr Pfeffel ne se soucie point.» :|

---

574. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 1 Pluviôse an 12 (22. Jan. 1804).

[Der König von Schweden in München. Verlängerung seines Aufenthaltes und ihre Motive.]

Man erwartet den König von Schweden in Karlsruhe anfangs Februar, seine Ankunft sollte schon früher, am 24. Januar, erfolgen.

Des placards a [sic!] été affiché à Munich, dont voici à peu près le sens: «Va-t'en, Gustave, va-t'en, n'achève pas de ruiner un pays qui est trop petit pour la vanité». — L'Electeur de Bavière qui lui-même a montré ce placard au Roi et qui en a envoyé un exemplaire à Carlsruhe a engagé Sa Majesté à prolonger Son séjour à Munich, pour qu'il ne parût pas qu'Elle était chassée par cette insolente affiche . . . .

Pariser Archiv.

---

575. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 25. Jan. 1804.

[Gesuch des Prinzen von Tarent um Verleihung einer militärischen Charge; bei Talleyrands Stimmung gegen Baden zu berücksichtigen.]

Der Prinz von Tarent, für den Talleyrand sich angelegentlich interessirt, wünscht, wie Durant mittheilt, eine Stellung in badischen Militärdiensten «pour avoir de quoi vivre».

|: La demande du Prince de Tarente est en effet aussi désagréable qu'il est embarrassant que Mr Talleyrand intervienne dans cette affaire. Voici cependant des observations que je crois devoir ajouter à ma dépêche.

1) Mr Talleyrand n'est pas trop porté pour nous, il est essentiel de faire quelque chose qui lui marque des égards. 2) Les autres ministres ne cessent d'offrir différents cadeaux à Mme Talleyrand qui est d'une impudence extrême. Mr de Bünau a dû faire venir du linge de Saxe pour elle; il a été alors invité aux cercles du soir où on n'admet que les intimes. 3) Il ne serait pas prudent de ne rien faire en faveur du Prince de Tarent, parce que la demande de Mr Durant prouve que Talleyrand y porte un grand intérêt[1]. 4) Mr Talleyrand nous juge particulièrement dévoués à la Russie et me croit en liaison avec Mr de Morkow qui est sa bête noire. Voilà la raison pourquoi il me marquait il y a quelque temps beaucoup de froideur. C'est à des insinuations de Mr de Lucchesini que je le devais. :|

576. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 14 Pluviôse an 11 (4. Febr. 1804).

[Unterredung mit Prinz Wilhelm von Braunschweig. Stimmung in Berlin. Gefahren für die Unabhängigkeit der kleineren Reichsfürsten. Hinweis auf französische Protection. Die schwedische Note vom 27. Jan. Vergeblicher Vermittelungsversuch des Königs von Schweden zwischen Baden und Würtemberg.]

J'ai vu en particulier le Prince Guillaume de Brunswic. J'ai conclu de sa conversation qu'à son départ de Berlin, où il était il y a environ quinze jours[2], un esprit d'inquiétude vrai ou affecté régnait dans le cabinet

[1] In Folge der Verwendung Talleyrands entschließt sich der Kurfürst später, den Prinzen von Tarent, Charles de la Tremouille, zum Generalmajor der Kavallerie mit 3000 fl Gehalt «sans obligation de service» zu ernennen.

[2] Ueber den wahren Endzweck der Reise des Prinzen nach Karlsruhe, der Massias verborgen blieb, vergl. Häusser, a. a. O. 2, 492 ff. Sie steht im Zusammenhange mit der von dem Berliner Cabinet ausgehenden Anregung zu einem neuen Fürstenbunde, der seine Spitze gegen Frankreichs Uebergriffe sowol als gegen jede russische Einmischung kehren sollte; der Prinz hatte den Auftrag, die Stimmung an den Höfen zu Weimar, Kassel und Karlsruhe zu erforschen. Ob er indeß in Karlsruhe den Plan zur Sprache gebracht hat, erscheint fraglich, wenigstens findet sich in der gesammten badischen Correspondenz aus dieser Zeit keine Andeutung, die darauf schließen ließe. Möglich, daß der Prinz sich

prussien. On cherchait les raisons pour lesquelles le Gouvernement français avait manifesté craindre un rapprochement particulier et même une alliance entre l'Autriche et la Prusse; on y disait que supposé que l'expédition contre l'Angleterre ne pût point avoir lieu dans la belle saison, les trois cent mille hommes qu'on avait rassemblés pour l'effectuer ne pourraient rester dans l'inaction, et que pour les occuper on ne demandait peut-être qu'un prétexte pour porter la guerre au Nord de l'Allemagne, que pour occuper le Hanovre le quart des trente-huit mille cinq cent hommes que la France y a envoyés était plus que suffisant. Il convenait au reste que, si la Russie mettait moins de prétentions et montrait moins de partialité pour les Anglais dans les propositions qu'elle faisait, l'affaire du Hanovre pourrait s'arranger d'après les facilités assez grandes qu'en donnait le Premier Consul. Pendant cette conversation où j'ai beaucoup plus écouté que parlé, j'ai été convaincu que le Prince lui-même ainsi que son père avaient des inquiétudes soit du côté de la France, soit du côté de la Russie qui, m'a-t-il assuré, avait fait des démarches auprès du Roi de Prusse, afin qu'il prît un parti décisif tendant à maintenir l'indépendance du Nord de l'Allemagne. — Après lui avoir dit que nous faisions la guerre dans le Hanovre à l'Angleterre et non à l'Allemagne, je l'ai obligé à se mettre sur la défensive, en lui demandant ce que lui et les Princes du second et du troisième ordre avaient à penser de la manière dont les droits et les propriétés de l'ordre équestre étaient menacés par quelques souverains. Il m'a répondu que ce fait était une bagatelle et qu'il connaissait assez le caractère du Roi de Prusse pour être certain qu'il respecterait toujours l'indépendance de ses voisins, moins forts que lui. J'ai fait semblant d'en être persuadé; mais il m'était facile de voir que le Prince était plus aise de croire ce qu'il disait qu'il ne le croyait effectivement, et que l'avenir lui donnait des inquiétudes pour la souveraineté des Princes allemands qui n'ont point trois cent mille hommes à leur disposition. Cette situation d'esprit dans laquelle je le voyais m'a mis à même de lui observer que l'intérêt du Gouvernement français était à présent, comme il l'avait toujours été, d'être le protecteur et non l'oppresseur des libertés germaniques.

M^r le Bon de Lagerbjelke, secrétaire du cabinet de Sa Majesté Suédoise, m'a fait savoir indirectement que la note de M^r le Bon de Bildt, lue le 27. janvier à la Diète germanique[1] était du Roi lui-même et que pour lui il n'y avait pris aucune part.

überzeugt, daß hier kein günstiger Boden für das Project sei, und deßhalb jede Mittheilung unterließ.

[1] Zu Gunsten der Reichsritterschaft. Gedr. bei Häberlin, Staatsarchiv, 11, 425. Vergl. Abschnitt 4.

Le but principal du voyage du Roi de Suède, lorsqu'il alla à Stoutgart était, ainsi que j'ai eu l'honneur de l'annoncer à V. Exc.[1], de rétablir la bonne intelligence entre les Electeurs de Bade et de Wurtemberg. Celui-ci avait donné au Roi les espérances les plus conciliatoires. Il ne les a point réalisées, et c'est la raison pour laquelle le Roi, à son retour de Munich, a refusé de voir l'Electeur de Wurtemberg et de prendre part à la fête qu'il voulait lui donner à Cannstadt . . . .

Pariser Archiv.

577. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 27 Pluviôse an 12 (17. Febr. 1804).

[Oesterreich bestrebt, seine Stellung in Schwaben zu verstärken. Die Auftheilung des Reichs und die öffentliche Meinung in Deutschland. St Génié von Paris zurück. Bericht über die Lage in Frankreich.]

J'ai été informé que l'Autriche avait des agents chargés de vanter la douceur de son gouvernement et de lui faire des partisans dans les petits états de la Souabe, mesure qui coïncide avec la résolution qu'elle a prise d'affranchir provisoirement de toute imposition le Brisgau et l'Ortenau auxquels elle a en outre fait présent de quatre-vingt mille florins. La direction de l'esprit public me paraît chaque jour davantage tendre au partage de l'Allemagne. Les litérateurs, les hommes à talents non-employés et une grande portion de la classe du peuple commencent à appeler par leurs vœux ce changement si contraire aux intérêts de la France. Les voies de fait exercées contre la noblesse immédiate paraissent à chacun présager et préparer cet événement qui trouverait des encouragements dans l'opinion de la grande majorité des petits états d'Allemagne où l'on dit hautement, combien il est avantageux d'obéir à un souverain assez puissant pour défendre et faire respecter ses sujets.

Mr de St Génié, homme que son caractère et le besoin de faire fortune, forcent à se mêler de toutes les affaires des cours où il se trouve avait été envoyé à Paris par le Roi de Suède ainsi que j'ai eu l'honneur de l'annoncer à V. Exc.

Seit ein paar Tagen ist St Génié zurück; sein Bericht, der die innere Lage Frankreichs im günstigsten Lichte schildert, hat dem König sehr mißfallen.

Pariser Archiv.

578. Massias an Talleyrand.

Karlsruhe, 29 Pluviôse an 12 (19. Febr. 1804).

[Der Stuttgarter Vertrag vom 2. Febr. Angebliche Verstimmung der Markgräfin und des Kurprinzen.]

Il vient d'être conclu un arrangement entre les cours de Carlsruhe et de Stoutgart par lequel l'Electeur de Bade cède le rang dans le cercle

[1] S. oben Nr. 565.

de Souabe à l'Electeur de Wurtemberg[1]. Cette convention cause beaucoup de déplaisir à Mme la Margrave ainsi qu'à son fils, le Prince électoral. On parle même d'une protestation que doit faire celui-ci le jour qu'il aura atteint sa majorité.

Pariser Archiv.

579. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 27. Febr. 1804.

[Die Verschwörung des George Cadoudal. Verhaftung Moreau's. Einleitung des gerichtlichen Verfahrens.]

|: A l'audience d'hier j'ai profité de l'occasion pour témoigner au Premier Consul au nom de S. A. S. E. la part qu'Elle a prise à l'événement de la conjuration[2]; ayant calculé que j'aurais pu avoir des ordres à cet égard, j'ai avancé d'en avoir reçus. Le Premier Consul a fortement apostrophé Mr de Bünau et Mr de Cetto touchant d'Antraigues et le ministre anglais Drake à Munich, en les nommant des machinateurs d'assassinat etc. Il n'a pas dit un mot au ministre de Wurtemberg; son humeur contre cette cour est expliquée par l'arrivée de Sidney-Smith à Stoutgart.

Moreau est constamment menacé[3]. On est à examiner tous ses papiers. Comme on avait annoncé qu'il serait livré à la justice ordinaire, on s'occupe dans ce moment à faire une loi qui suspend pour deux ans les jurys. Le sénat a été assemblé hier pour cet objet.

Rien n'égale la profonde et sourde impression que produit cette mesure. Quoiqu'on fasse et qu'on dise en sa faveur, je le crois perdu, parce qu'on veut se défaire de lui. Veuillez être plus circonspect que jamais, en parlant à Massias des nouvelles que j'ai l'honneur de Vous transmettre. Les ministres français ont reçu de nouvelles instructions pour être plus actifs et plus vigilants . . . . :|

580. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 7. März 1804.

[Die Beglückwünschung Bonaparte's gebilligt. St Génié der Theilnahme an der Verschwörung verdächtig.]

|: Le compliment de félicitation que Vous avez adressé au 1er Consul a comme Vous deviez Vous y attendre, la plus parfaite approbation de

[1] Der Staatsvertrag vom 2. Febr. 1804, vergl. Abschnitt 3.

[2] Die Verschwörung des George Cadoudal, die Ende Jan. d. J. entdeckt worden war. Vergl. Thiers, Hist. du Consulat, 4, 410 ff. Ueber die Betheiligung der englischen Residenten in München und Stuttgart an den royalistischen Umtrieben, ebenda 4, 412.

[3] In Folge der compromittirenden Aussagen eines Theilnehmers an dem Complotte, Bouvet de Lozier, war Moreau am 15. Febr. verhaftet worden. Vergl. darüber und über das Proceßverfahren: Thiers, a. a. O., 4, 419. 424.

l'Electeur et Vous avez une fois pour toute carte blanche pour de pareilles attentions . . . . Je serais bien aise de savoir, s'il a été sensible et reconnaissant, à ce que Vous lui avez dit. Un autre objet de ma curiosité est de voir, si tôt ou tard St Génié ne se trouvera pas indirectement un peu impliqué dans les intrigues de la conjuration. L'arrestation de Pichegru lui cause une sollicitude très visible[1] . . . . :|

---

581. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 8. März 1804.

[Glückwunschschreiben an Bonaparte.]

Edelsheim übersendet ein Schreiben des Kurfürsten, in welchem dieser Bonaparte zur Entdeckung der gegen sein Leben gerichteten Verschwörung beglückwünscht.

|: L'Electeur ne voudrait ni être le seul souverain qui écrivît au 1er Consul dans cette circonstance, ni non plus le seul qui eût négligé une pareille attention. Conséquemment Vous ne ferez usage de l'incluse qu'autant que Vous le jugerez nécessaire et que Vous apprissiez qu'une semblable démarche eut déjà été faite d'autre part ou bien qu'on fût intentionné de la faire. :|

---

582. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 13. März 1804.

[Intervention des Königs von Schweden zu Gunsten der Reichsritterschaft. Französische Allianzanträge bei dem Könige unwahrscheinlich und aussichtslos.]

|: Conformément à Votre direction une copie de la note et du mémoire du Cte de Cobenzl a été communiqué au Roi de Suède[2] . . . . La mention honorable qui s'y trouve des garants de la paix de Westphalie a aussi mis la puce à l'oreille à S. M. et malgré les appréhensions qu'on s'est permis de Lui présenter qu'une démarche trop prononcée dans cette circonstance pourrait aisément le compromettre et lui causer des embarras, sans qu'il en résultât pour la bonne cause un avantage conforme à son patriotisme, S. M. a fait expédier hier un courrier au général d'Armfelt à Vienne pour offrir à l'Empereur de concourir à tout ce que S. M. I. pourrait

---

[1] Auch Dalberg bemerkt: «je croirais que St Génié pourrait bien être du nombre des agents secrets intéressés au rétablissement des Bourbons». An Edelsheim, d. d. 14. März. — In der That wird, wie Dalberg später, am 11. April, berichtet, St Génié in einer von Montgaillard im Auftrage der Regierung verfaßten Schrift über Pichegrus Verschwörung als einer der Agenten bezeichnet, die der Prinz Condé zu Lausanne verwendet habe.

[2] Note vom 29. Februar. Vergl. Dalbergs Bericht vom 5. März. Unten Abschnitt 4.

juger à propos relativement aux affaires du corps équestre, *fusse*[1] *même en sa qualité de garant de la paix de Westphalie.* Ce sont les propres expressions que je tiens de la bouche du Roi, mais je Vous conjure que ceci reste bien entre nous. Il est à espérer que la circonspection de Mr d'Armfelt et les tempéraments que Mr Lagerbjelke aura sans doute pris soin d'apporter à cette instruction modifieront assez les impressions qui en pouvaient résulter pour ne pas prêter à des commentaires défavorables ou peut-être même au ridicule.

Tout ceci Vous fera juger sans doute, combien le soupçon d'une intelligence particulière avec la France est peu vraisemblable. Je crois même pouvoir Vous assurer positivement qu'il n'a jamais été question de lui faire des propositions à cet égard soit par Mr Otto ou Massias et que le Roi serait à 1000 lieues de s'y prêter[2]. Il ne peut pas non plus avoir été question d'un voyage de Lagerbjelke à Paris. Je croirais bien plutôt que S. M. forme toujours encore le projet de faire d'ici, en y laissant la Reine, une poussée à Ratisbonne et à Dresde et de se rendre de là avec Mr d'Armfelt qui viendrait à sa rencontre à Vienne, à moins que la cour impériale n'ait des raisons à décliner cette apparition. :|

[1] Sic! zu lesen wol: fût-ce.

[2] Dagegen berichtet der hannoversche Gesandte in Wien, Graf Hardenberg, unter Berufung auf den schwedischen Gesandten General Armfelt ausdrücklich, daß im Nov. und Dec. 1803 durch den französischen Geschäftsträger in München, Otto, und Massias der Versuch gemacht worden sei, den König gegen Ueberlassung von Norwegen für ein Bündniß mit Frankreich zu gewinnen. Vergl. v. Ompteda, Zur deutschen Geschichte, 2, 47. — Ueber die Betheiligung von Massias vergl. oben Nr. 566; die auf Otto bezüglichen Angaben vermag ich ohne Kenntniß seiner Berichte nicht zu controliren.

3. Würtemberg und das Kreisausschreibeamt.
(Juni 1803—April 1804.)

583. Kurfürst Friedrich von Würtemberg an Karl Friedrich.

Ludwigsburg, 13. Juni 1803.

[Aufstellung des Kreisbudgets; Erhebung einer Kreisumlage für 1803/4.]

Nach Ablauf des Rechnungsjahres 1802/3 ist zur Bestreitung der nach einem beiliegenden Entwurfe auf 333389 fl. berechneten Bedürfnisse der schwäbischen Kreiskasse pro 1803/4 abermals eine provisorische Umlage erforderlich, die der Kurfürst, da damit nicht „bis auf den noch ungewissen Zeitpunkt der Abhaltung" eines allgemeinen Kreisconvents gewartet werden kann, wie im Vorjahre durch schriftliche Bekanntmachung auf 35 Römermonate festsetzt.

Kurfürst Karl Friedrich wird ersucht, seinen Antheil im Betrage von 35890 fl. in den vorgeschriebenen Terminen an die Kreiskasse abführen und frühere Rückstände berichtigen zu lassen.

584. Protokoll des Geh. Raths.

Karlsruhe, 22. Juni 1803.

[Verwahrung gegen das einseitige Vorgehen Würtembergs. Man erwartet künftig Respectirung der kreisausschreibamtlichen Rechte Badens.]

Nachdem Geh. Referendär Hofer ein Gutachten über das würtembergische Schreiben vom 13. Juni erstattet hat, ist man der Ansicht, „daß nun ein entscheidender Schritt" geschehen müsse, um sich in den Besitz der kreisausschreibamtlichen Rechte und Functionen zu setzen.

Es wird daher beschlossen, dem Stuttgarter Hofe zu erwidern, der Kurfürst habe erwartet, daß man würtembergischerseits in dieser Angelegenheit nicht einseitig vorgehen, sondern darüber vorerst mit ihm „die herkömmliche und verfassungsmäßige Abrede nehmen" würde, wie er als Rechtsnachfolger der Bischöfe von Konstanz im Kreisausschreibeamte beanspruchen dürfe. Im Interesse des Kreises wolle er diesmal die einseitige „Communication" nicht weiter beanstanden, er hoffe aber, der Kurfürst von Würtemberg werde sich künftig in allen zum Geschäftskreise des Kreisausschreibeamts gehörigen Angelegenheiten „zur gemeinschaftlichen Behandlung und Besorgung" mit ihm gebührend ins Einvernehmen setzen[1].

[1] Karl Friedrich genehmigt den Entwurf vom 25. Juni; das Schreiben d. d. Schwetzingen, 29. Juni, geht am 1. Juli ab.

585. Kurfürst Friedrich von Würtemberg an Karl Friedrich.

Ellwangen, 25. Juli 1803.

[Rechtfertigung seines Verhaltens. Die Entscheidung über die badischen Ansprüche auf das Kreisausschreibeamt von Kaiser und Reich abhängig.]

Zeigt den Empfang der Schreiben vom 11.[1] und 29. Juni an. Allerdings habe er sich bewogen gesehen, den Kreisarchivar Volz zur Betreibung rückständiger Kreisgelder im Interesse der Kreiskasse zu entsenden, um so mehr, „als die Verbindlichkeit aller Besitzer kreisständischer Lande zu Entrichtung der Kreispräſtationen“ außer Frage stehe, übrigens aber „in Absicht auf die Verfassung des Kreises und die Verhältnisse im Innern noch gar nichts Bestimmtes auch nur verhandelt worden ist“.

Solange dies aber nicht geschehen sei, werde Kurfürst Karl Friedrich „von selbst zu ermessen belieben“, daß er sich betr. der von badischer Seite erhobenen Ansprüche „in etwas Positives nicht einzulassen, noch der Bestimmung des Kaisers und Reichs vorzugreifen“ vermöge.

---

586. Karl Friedrich an den Kurfürsten Friedrich von Würtemberg.

Karlsruhe, 8. Aug. 1803.

[Zurückweisung der würtembergischen Einwände. Eingehende Darlegung der badischen Rechte. Man fordert ihre Anerkennung. Im Weigerungsfalle Drohungen.]

Aus Ew. Lbden. geehrtestem Antwortschreiben d. d. Ellwangen, 25. v. M., haben Wir nicht ohne das lebhafteste Befremden ersehen, daß Dieselben die Uns als Fürsten von Konstanz unbezweifelt zustehende Rechte des schwäbischen Kreisausschreibamtes blos als Ansprüche betrachten wollen und den darauf gegründeten, in Unseren Schreiben vom 29. Juni und 11. Juli gemachten Ansinnen dermal statt zu geben, aus dem Grunde nicht gedenken, weil von Kaiser und Reich über die Verfassung der Kreise im Innern noch nichts festgesetzt oder auch nur verhandelt worden sei.

Wir müssen frei gestehen, daß Wir Uns von der Bündigkeit des aus diesem Grunde abgeleiteten Schlusses auf keine Art überzeugen können.

Reichsnotorischer Dingen ist das Ausschreibamt in jedem Kreise keine blos persönliche Würde, sondern ein den kreisausschreibamtlichen Landen anklebendes Recht, welches, wie zahlreiche Beispiele in der deutschen Reichsgeschichte beweisen, mit diesen quovis titulo erworbenen Landen auf den neuen Besitzer übergeht. Diesen allgemeinen Satz hat der Reichsdeputationshauptschluß in vorliegendem Fall insbesondere noch bestätigt, da in dem § 36 namentlich festgesetzt worden ist, daß die zur Entschädigung hingegebene Stifter mit allen Rechten, wo nicht eine ausdrückliche Trennung verordnet worden ist, auf den neuen Besitzer übergehen. Von einer ausdrücklichen Trennung des Kreisausschreibamtes von den Hochstiftisch Konstanzischen Landen aber ist in allen Entschädigungsverhandlungen

[1] Dasselbe enthielt eine Beschwerde darüber, daß Würtemberg den Kreisarchivar Volz „vermöge .... kreisausschreibamtlichen einseitigen Auftrags“ zumal auf der „konstanzischen .... Executionsroute“ rückständige Kreisgelder eintreiben lasse. Concept.

der Reichsdeputation nicht die geringste Spur zu finden. Kaiser und Reich haben sich also durch Bestätigung des Reichsdeputationsschlusses über das den Hochstiftischen Landen anklebende Kreisausschreibamt ebenso, wie über die Lande selbst und deren übrige Zugehörden erklärt, und es kann daher nicht der geringste Zweifel darüber vorwalten, daß diese kreisausschreibamtliche Rechte mit den Hochstift Konstanzischen Landen an Unser Kurfürstliches Haus übertragen worden seien.

Nun sind zwar allerdings durch den Verlust des linken Rheinufers in einigen Kreisen, namentlich dem kur- und oberrheinischen solche Veränderungen vorgefallen, daß selbst die dortige kreisausschreibamtliche Lande ganz oder größtentheils von dem Reiche abgekommen sind, und daß folglich anderweite Verfügungen in Absicht auf die Kreisverfassung der diesseits rheinischen Ueberreste dieser Kreislande nothwendig werden. Auch mögen in den unzerstückelt gebliebenen Kreisen, wie namentlich der schwäbische ist, durch die auf dem Wege der Entschädigung erfolgte Saecularisation der Stifter und Klöster, auch Mediatisirung der Reichsstädte einige veränderte Einrichtungen quoad interna circuli erforderlich sein; allein die ersteren von Kaiser und Reich vorzunehmenden Verfügungen betreffen offenbar den in seiner Integrität verbliebenen schwäbischen Kreis nicht. Die anderen innerlichen Einrichtungen aber sind Sache des Kreises selbst und auf jeden Fall ist der Besitz des Kreisausschreibamtes, welches auf den Territorien von Würtemberg und Konstanz in seinem alten Stand und Wesen unverändert fortbestehet, von denselben vollkommen unabhängig. Es ist daher auch durchaus nicht abzusehen, wie auf irgend eine rechtsbeständige Art die Zuständigkeit oder auch nur die wirkliche Ausübung des auf Uns übertragenen fürstlich Konstanzischen Kreisausschreibamtes noch auf fernere Verhandlungen oder Bestimmungen von Kaiser und Reich ausgestellt werden können. Vielmehr liegt aus allen Verhandlungen der Entschädigungen offenbar am Tage, daß Kaiser und Reich, wie die hohen vermittelnden Mächte selbst die Verfassung der in ihrer Integrität verbliebenen Reichskreise in irgend einem Theile hemmen zu wollen, weit entfernt waren und folglich ebensowenig die der Grundverfassung des schwäbischen Kreises zuwiderlaufende einseitige Führung des Kreisausschreibamtes, als das Zurückbleiben der Stände in ihren kreisständischen Schuldigkeiten, wie Euer ꝛc. das Letztere in Dero Schreiben selbst zu bemerken belieben, zu billigen gemeint sein werden.

Bei dieser offenbaren Lage der Sache müssen Wir, vermög der sowol gegen Kaiser und Reich als gegen die Stände des schwäbischen Kreises und gegen Unser Kurfürstliches Haus tragenden Pflichten, auf den in Unsern Schreiben vom 29. Juni und 11. Juli d. J. gemachten verfassungsmäßigen Ansinnen standhaft beharren und Unsere diessfallsige Rechtszuständigkeiten auf das feierlichste verwahren, vordersamst aber Euer ꝛc. ebenso dringend als freundschaftlich ersuchen, daß Dieselben in Erwägung der vorliegenden einleuchtenden Gründe

Unserem gerechten Verlangen mit jener nachbarlichen und verfassungsmäßigen Bereitwilligkeit entgegenkommen wollen, die Wir von Dero Einsichten und Billigkeitsliebe erwartet haben, auch, besonders bei den daraus entstehenden vielfältigen Anlässen, zum Wol des gesammten Kreises mit den freundschaftlichsten Gesinnungen zu erwidern zum voraus entschlossen waren.

Sollte aber wider Vermuthen auch dieses Unser aufrichtiges und mit Gründen unterstütztes Bestreben bei Euer ꝛc. die gehoffte Wirkung nicht haben und dadurch das wechselseitige gute Einverständniß, dessen Aufrechthaltung und Befestigung Unser lebhafter Wunsch ist, nicht erzielet werden, so sehen Wir Uns Pflichten halber aufgefordert, auf diesen unzuverhoffenden Fall unumwunden zu erklären, daß Wir nicht unterlassen werden, die Uns zustehende kreisausschreibamtliche Befugnisse und deren verfassungsmäßige dermalige Ausübung mit allem Nachdruck sowol bei den höchsten Behörden als bei Unsern Kreismitständen zu unterstützen, und daß Wir zwar bedauern müßten, aber es Uns nicht zu verdenken sein würde, wenn die alsdann Uns abgenöthigte Maßregeln unangenehme Weiterungen und Folgen herbeiführen, deren Wir zum wechselseitigen Vortheile und dem Wohl des Kreises selbst enthoben zu sein wünschen[1] . . . .

Concept Hofers.

---

587. Kurfürst Friedrich von Würtemberg an Karl Friedrich.

Heidenheim, 23. Oct. 1803.

[Beharrliche Weigerung, die badischen Rechte anzuerkennen. Neue Einwendungen. Bedingte Bereitwilligkeit zu gütlichem Ausgleich. — Gutachten der badischen Kreisgesandtschaft.]

Antwort auf die Schreiben vom 8. Aug. und 12. Sept.[2] Der Kurfürst erklärt wiederholt, er könne der bevorstehenden Berathung über die künftige Organisation der Reichskreise am Reichstage um so weniger vorgreifen, als es bei den wichtigen Veränderungen im kur- und oberrheinischen Kreise darauf ankommen werde, welchen Zuwachs dadurch eventuell die anderen Kreise erfahren würden: „wozu noch der wichtige . . . . Umstand kommt, daß auch durch die deutsche Reichsverfassung bei dem Kreisausschreibamt in vermischten Kreisen die Religionsparität hergebracht ist“[3].

Von diesem Standpunkte werde er sich auch durch die „den bisherigen freundschaftlichen Verhältnissen beeder Kurhäuser“ wenig angemessene „Aeußerung von vorhabenden weitern jenseitigen Schritten“ nicht abbringen lassen.

---

[1] Graf Görtz legt im Auftrag des Kurfürsten diese Correspondenz mit Würtemberg dem Berliner Hofe vor, der sich vorbehaltlich einer Entscheidung durch das Reich, bezw. einer Vereinbarung beider Staaten, für die provisorische Fortführung des Kreisausschreibeamts durch Baden ausspricht. Bericht von Görtz, d. d. 25. Aug., und Rescript an denselben, d. d. 8. Sept. Berlin. St.-Archiv.

[2] Letzteres enthält neue Beschwerden über einseitige, der Verfassung zuwiderlaufende kreisausschreibeamtliche Verfügungen und die Nichtbeantwortung des Schreibens vom 8. Aug. Sollte nicht in Bälde eine Antwort erfolgen, so werde Baden seine Rechte in einem Erlasse an die Kreisstände öffentlich wahren und alle bisher von Würtemberg getroffenen Anordnungen für unverbindlich erklären. Concept Hofers.

[3] Vergl. über diese Frage: J. J. Moser, Von der teutschen Craißverfassung, S. 187.

Im übrigen scheine der Zeitpunkt, wo eine Entscheidung durch Kaiser und Reich getroffen werde, nicht mehr ferne.

Und so wie Wir auch diesfalls zu Ew. Lbden. Beruhigung das Unserige mit Vergnügen beitragen werden, so stehen Wir in der Hoffnung, daß Ew. Lbd. diesen Zeitpunkt zu erwarten und alles dasjenige, was im schwäbischen Kreise Unordnung und Spaltung zum allgemeinen Nachtheil erwecken könnte, nach Dero patriotischen Gesinnungen zu vermeiden um so mehr geneigt sein werden, als Wir zugleich in eben dieser Hinsicht . . . . bereit sind, die über den vorliegenden Gegenstand bestehende Irrungen auf gütliche Wege zu erledigen, und zu deren Ausgleichung die Veranstaltung einer Conferenz zwischen beederseitigen Räthen in Vorschlag bringen[1]. . . .

588. Karl Friedrich an Kurfürst Friedrich von Würtemberg.

Karlsruhe, 31. Oct. 1803.

[Rundschreiben an die Kreisstände. Antritt des Kreisausschreibeamts. Eine Conferenz nur nach Anerkennung der badischen Rechte annehmbar. — Würtembergische Gegenmaßregeln.]

Der Kurfürst erklärt, solange man in Stuttgart daran festhalte, daß eine Frage, die der Reichsdeputationsschluß längst zu Gunsten Badens beantwortet habe, erst noch durch Kaiser und Reich entschieden werden müsse, könne er sich von einer Conferenz keinerlei Erfolg versprechen. Vielmehr sehe er sich nun genöthigt, zur Wahrung seiner kreisausschreibamtlichen Rechte von denselben öffentlich Besitz zu ergreifen und die Kreisstände, wie das anliegende Schreiben[2] zeige, davon zu benachrichtigen. Er habe dabei vermieden,

[1] Auch der Staatsminister Graf von Wintzingerode empfiehlt in einem Schreiben an Edelsheim dringend eine Conferenz, indem er darauf hinweist, daß angesichts der Lage der Dinge der Eintritt in das Kreisausschreibeamt Kurbaden zum mindesten erschwert werden könnte und „bei politischen Operationen dieser Art" der Erfolg nie mit Sicherheit zu berechnen sei (d. d. 11. Oct.). — Das kurf. Schreiben wird dem Geh. Referendär Hofer und dem Geh. Rath von Wöllwarth zur Begutachtung überwiesen. Betr. des neuen Einwandes wegen der Religionsparität bemerken dieselben in ihrem Gutachten vom 29. Oct., daß, wie sie schon an anderer Stelle dargelegt, „besagte Religionsparität weder in der Natur und ursprünglichen Einrichtung der Reichskreise noch in irgend einem Reichsgesetz einiges Fundament habe, sondern vielmehr durch mehrfache in actis publicis imperii in contrarium vorgekommene Verhandlungen und durch mehrere praejudicia in anderen Kreisen und in dem schwäbischen Kreise selbst widerlegt und dieses von Würtemberg selbst in ehemaligen Anlässen anerkannt worden sei". Im übrigen beantragen sie, „die öffentliche Besitzergreifung der kreisausschreibamtlichen Rechte" nicht länger zu verschieben, damit daraus kein Präjudiz zu Ungunsten Badens abgeleitet werde, zugleich aber den Vorschlag einer Conferenz, wiewol Würtemberg durch denselben augenscheinlich die Angelegenheit nur weiter hinauszuziehen und im status quo zu erhalten suche, doch nicht ganz von der Hand zu weisen.

[2] In einem Rundschreiben an die schwäbischen Kreisstände vom gleichen Tage theilt Karl Friedrich mit, daß er nunmehr in seine Rechte als kreisausschreibender Fürst eintrete, und ersucht demgemäß künftig „nur gemeinschaftlich kreisausschreibamtlichen Verfügungen" nach Gesetz und Herkommen Gehorsam zu leisten. Concept Hofers.

die Einsprache Würtembergs zu berühren, um den Kreisständen „das unangenehme Bewußtsein eines unter den ausschreibenden Fürsten gleich anfangs vorwaltenden Mißverständnisses so lange wie möglich zu ersparen", auch in der Hoffnung, daß Würtemberg die badischen Rechte, wie von Seiten Kurbrandenburgs gegen Kurbaiern im fränkischen Kreise geschehen, schließlich doch noch anerkennen werde[1].

Sollte diese Hoffnung nicht täuschen und Würtemberg geneigt sein, „dieselbe mittelst einer zu veranstaltenden Conferenz zu realisiren" und entsprechende Vorschläge zu machen, so werde man in Karlsruhe dazu bereitwillig die Hand bieten.

Concept Hofers.

589. Protokoll des Geh. Raths.

Karlsruhe, 28. Nov. 1803.

[Wunsch nach friedlicher Verständigung mit Würtemberg. Gemmingens erste Sendung nach Stuttgart und seine Aufgabe.]

Nach Verlesung zweier Gutachten, welche die Kreisgesandtschaft, sowie Geh. Referendär Hofer wegen des Kreisausschreibeamtes erstattet, erklärt der Kurfürst, er wünsche, daß die Differenzen mit Würtemberg, „soweit es nur immer ohne Nachtheil Ihrer Würde und Rechte geschehen könne, in friedlichen Wegen beigelegt werden möchten"; es wird daher beschlossen, der Gesandte am Wiener Hofe, Freiherr von Gemmingen, solle bei der Durchreise durch Stuttgart dem Minister v. Wintzingerode erklären,

„daß man diesseits die wiederholt vorgeschlagene Conferenz zur Beilegung der obschwebenden Differenzien anzunehmen auch jetzt noch geneigt sei, wenn es von würtembergischer Seite gefällig sein wolle, die Punkte, über welche Vergleichshandlungen stattfinden sollen, bestimmt und so anzugeben, daß man hierüber einen Abgeordneten zu instruiren im Stande sei".

Concept des Secretärs Winter.

590. Protokoll des Geh. Raths.

Karlsruhe, 19. Dec. 1803.

[Gemmingens Bericht über die erste Sendung nach Stuttgart. Vollmacht zum Abschluß einer Convention. Verzicht auf den Vorrang im Kreisausschreibeamt und Bedingungen. Zweite Sendung nach Stuttgart.]

Der Geh. Rath von Gemmingen, der sich mit dem Auftrage nach Stuttgart begeben, daselbst Erkundigung einzuziehen, „worin eigentlich die Vergleichsvorschläge bestehen, unter welchen man die Widersprüche gegen die mit dem Fürstenthum Konstanz auf Baden gekommene Mitausübung des Kreisausschreibamts in Schwaben von Seiten Würtemberg wolle fallen lassen, kommt mit der Ausrichtung anhero zurück, was er dorten mündlich vernommen habe und schriftlich gegen ihn geäußert worden sei"[2].

---

[1] Würtemberg beantwortet diesen Schritt gleichfalls mit einem Rundschreiben an die Kreisstände, in dem es die Correspondenz mit Baden denselben zum Theil vorlegt und sich von neuem gegen die badischen Ansprüche verwahrt (d. d. 2. Nov.); zugleich erneuert Graf Wintzingerode indeß dringend den Vorschlag einer Conferenz. (An Edelsheim, d. d. 18. Nov.)

[2] Ein Bericht Gemmingens über diese Sendung, sowie die Schriftstücke, auf die hier verwiesen wird, fehlen.

Man hat daraus zu entnehmen geglaubt, daß das höchste jenseitige Desiderium in dem Vorrang bestehe, den vorhin der mitausschreibende geistliche Fürst von Konstanz vor Würtemberg genossen hat und den nun Würtemberg dem . . . Kurhaus Baden nicht zugestehen will.

Auf erhaltene Vor- und Anträge haben S^mus Elector resolviret:
auf diesen Vorrang in Verwaltung der kreisausschreibeamtlichen Geschäfte, der sich hauptsächlich nur im Sitzen und im Unterschreiben äußert, alsdann zu verzichten, wenn

a) von würtembergischer Seite die unverzügliche Mitausübung des Kreisausschreibamtes von hiesiger Seite anerkannt,
b) das sog. Directorium wirtembergense auf solche Verrichtungen, die der Natur der Dinge nach bei gemeinschaftlichen Geschäften inter pares nur von einem verrichtet werden können, eingeschränkt und
c) zur näheren Bestimmung dieser Restriction dasjenige, was in den Bemerkungen der diesseitigen Kreisgesandtschaft vom 27. v. M. desiderirt und vorgeschlagen worden[1], jenseits zugestanden, überhaupt aber
d) als unbezweifelt und unbestritten vorausgesetzt werde, daß
   1. außer den kreisausschreibamtlichen Verrichtungen und außer der in Comitiis bereits bestimmten Strophenordnung bei allen und jeden anderen Vorkommenheiten in Absicht auf den Rang die vollkommenste Parität bestehen und
   2. bei der ebenso vollkommenen Gleichheit der kreisausschreibenden Fürsten das würtembergische sogenannte Directorium in allen und jeden in vorgedachten Bemerkungen etwa nicht genannten Punkten sich in denen sub Nr. b vorgezeichneten Schranken enthalten (sic!) solle.

Es ist daher für den Geh. Rath und Gesandten Freiherrn von Gemmingen eine Vollmacht zur Unterhandlung und Abschließung einer Uebereinkunft nach vorstehenden Hauptpunkten salva ratificatione auszufertigen und ihm dieselbe nach erfolgter höchster Unterschrift S^mi mit einer Abschrift der neuen angezogenen kreisgesandtschaftlichen Bemerkungen pro instructione per extr. prot. zuzustellen.

---

591. Gemmingen an Edelsheim.

Stuttgart, 21. Dec. 1803.

[Ankunft in Stuttgart. Erste Unterredung mit Wintzingerode. Die Occupationen im Kraichgau. Politische Annäherung der beiden Höfe.]

Ist am 20. d. M. in Stuttgart eingetroffen. Unterredung mit dem Minister von Wintzingerode über die hessischen Occupationen im Kraichgau[2], die Würtemberg zur Er-

[1] Gutachten Hofers, in welchem derselbe die konstanzischen und würtembergischen Vorrechte, sowie ihre gemeinsamen Rechte betr. des Kreisausschreibeamts eingehend erörtert; als die wichtigsten der konstanzischen Privilegien betrachtet er das jus primi voti und das Recht der Prüfung und Mitgenehmigung aller von Würtemberg verfaßten Kreisschriften.

[2] Vergl. Abschnitt 4.

richtung eines Grenzkordons veranlaßt haben. Man ist mit den badischen Gegenmaßregeln gegen den Darmstädter Hof einverstanden.

Nun fragte mich der Minister, ob ich unter günstigen Auspicien zurückkomme? Ich antwortete ihm, daß eine Vollmacht zum Unterhandeln und Abschließen allerdings günstige Auspicien wären, bei den Gesinnungen, welche man hier bereits gegen mich mündlich geäußert habe; er versicherte mich, daß dieser ganze Gegenstand ihm nur in so ferne wichtig dünke, als er die Einleitung sein würde, um das so nöthige Einverständniß zwischen beiden Höfen herzustellen und zu befestigen . . . .

592. Gemmingen an Edelsheim.

Stuttgart, 31. Dec. 1803.

[Die Stuttgarter Conferenzen. Entwurf einer Uebereinkunft. Bedenken von würtembergischer Seite. Ein baldiger Ausgleich mit Rücksicht auf die Lage der Reichsritterschaft wünschenswerth.]

Nachdem mehrere Conferenzen unter weitläufigen Erörterungen ohne Ergebniß verlaufen sind, hat Gemmingen den Entwurf einer Uebereinkunft ausgearbeitet und in der ersten Sitzung nach den Weihnachtsfeiertagen vorgelegt[1].

„Die darauf erfolgte Unterredung wurde lebhaft, meine schon öfters einzeln gemachten Forderungen schienen in ihrer Zusammenstellung zu erschrecken, und die Art, wie ich das Verlangte zugestand, schien auch nicht zu gefallen." Die Würtemberger meinten, Baden werde auf die Weise mehr erhalten, als der Fürstbischof von Konstanz je gehabt. Gemmingen dagegen erklärte, darauf komme es hier gar nicht an; sein gnädigster Herr erblicke in der Uebernahme des Kreisausschreibamts „mehr die Erfüllung einer Pflicht gegen seine Mitstände", als daß er sich davon irgend welche Vortheile verspreche. Maßgebend sei lediglich „die Wirksamkeit des gemeinschaftlichen Kreisausschreibamts und die Würde beider Kurhäuser"; verstoße eine der von ihm vorgeschlagenen Bestimmungen dagegen, so sei er bereit, sie abzuändern. Erfolge aber eine Erklärung, die von diesen Bestimmungen wesentlich abweiche, so werde er die Verhandlungen ungesäumt abbrechen und nach Wien weiterreisen.

Im übrigen, versichert Gemmingen, dürfe er weder zu sehr drängen, noch seine „angenommene Gleichgültigkeit" verleugnen, so sehnlich man auch nach der Lage der Dinge einen gütlichen Ausgleich wünschen müsse. Wie die Pariser Nachrichten bestätigen, sei an der Auflösung der Reichsritterschaft nicht mehr zu zweifeln. Nun könne aber „blos durch Einverständniß zwischen den beiden Kurfürsten als kreisausschreibenden Fürsten verhindert werden, daß nicht fremde Fürsten oder kleinere Fürsten an der Sache in Schwaben Theil nehmen oder wenigstens sie verderben". Da ihm das Kreisausschreibeamt „hauptsächlich nur in dieser Rücksicht jetzt wichtig" scheine, „mehr als Wortstreite und Nebenbestimmungen", so liege ihm viel daran, das Geschäft bald zu beenden.

593. Gemmingen an Edelsheim.

Stuttgart, 31. Dec. 1803.

[Die Verhandlungen schreiten langsam vorwärts. Gemmingens Aufnahme bei Hofe und seine Tactik. Unterredung mit dem Kurfürsten, die Reichsritterschaft betr.]

. . . . Ne Vous impatientez pas, mon cher chef, sur la lenteur de mes opérations; Vous Vous imaginez bien que personne en souffre plus

[1] Bei den Acten; er entspricht im wesentlichen den Instructionen vom 19. Dec.

que moi; mais cette lenteur est ma force. J'ai à faire à la pédanterie des employés et à la fierté du Prince; j'ai essayé et singulièrement réussi à neutraliser celle-ci. C'est depuis ce moment que je combats avec opiniâtreté les pédants qui se préparent toujours et puis viennent à plusieurs se présenter dans l'arène, tandis que je suis seul. Mais je ne les crains plus, depuis que j'ai fait entrevoir à l'Electeur qu'il s'agissait bien d'autre chose que de l'ennuyeux Kreisausschreibeamt, qu'il fallait s'entendre par rapport aux futurs contingents . . . .

Gemmingen schildert im folgenden die ausnehmend zuvorkommende und schmeichelhafte Aufnahme, die er bei Hofe gefunden; man habe ihm zu Ehren den „Hausvater" aufführen lassen. «Je m'étais préparé à produire un grand froid dans notre commerce par mon ultimatum[1], qu'on prétendait ne pas même pouvoir montrer à l'Electeur; ma déclaration de vouloir partir était également faite pour cela. Mais point du tout: le soir c'était le même train . . . .»

Gemmingen erhielt eine Einladung nach Ludwigsburg.

Après le dîné l'Electeur m'ayant mené dans son cabinet sous prétexte de me montrer des bronces, nous eûmes une conversation extrêmement intéressante. Le résultat en était, de ce que nous sommes convenus, qu'il fallait nécessairement attendre l'issue de la rixe que l'Electeur de Bavière avait commencée[2], mais qu'il fallait penser aux moyens d'éloigner les autres du partage de la noblesse immédiate, que comme cela n'en resterait pas là, il faudrait se prémunir contre les dangers d'être en dernier lieu englouti; qu'assurément il aurait été à désirer qu'on ait avant tout consolidé l'ordre présent des choses, mais comme on ne pouvait empêcher le torrent, il fallait pour le moins s'en sauver et en tirer tout le parti possible; que nous concerterions à une autre entrevue les mesures qui paraîtraient le plus convenables . . . .

---

594. Gemmingen an Edelsheim.

Stuttgart, 2. Jan. 1804.

[Feindseligkeiten zwischen hohenlohischen und würtembergischen Truppen. Aufregung in Stuttgart. Gemmingen nützt die Stimmung.]

. . . . L'affaire avec la puissance de Hohenlohe dont j'ai déjà eu l'honneur de faire mention a eu des suites sinistres[3]. Lorsque l'officier de Wurtemberg a voulu arracher la patente affichée par les Hohenlohe,

---

[1] Gemeint ist der Vertragsentwurf. S. oben Nr. 592.

[2] Vergl. Häusser a. a. O., II, 483.

[3] Zwischen fürstlich hohenlohischen Truppen, welche in dem Ritterschaftsorte Unterhambach Besitznahmepatente angeschlagen, und würtembergischem Militär, das sie daran zu verhindern versucht, war es Ende December zu einem Zusammenstoße gekommen, bei dem ein fürstlicher Unterofficier erschossen wurde. Bericht von Görtz, 5. Jan. 1804.

un sergent de ceux-ci a cru devoir s'y opposer de force et a mis la pointe de l'épée sur la poitrine de l'officier, sur quoi un chasseur wurtembergeois a tiré un coup de carabine qui a tué roide mort le sergent.

La chose n'en est pas resté là: l'Electeur y a envoyé un officier et quarante hommes, soixante se sont présentés de la part de Hohenlohe, de sorte que l'officier a cru devoir demander préalablement les ordres de l'Electeur. Celui-ci avait précisément reçu le rapport avant le cercle du soir, il est d'abord en sortant venu m'en parler non sans grande émotion; .... il m'a parlé de la nécessité de désarmer cette puissance. J'ai glissé quelques mots sur la position dans le cercle de Franconie; mais j'ai recommencé l'ancienne chanson sur l'urgence de maintenir la paix publique dans le cercle de Souabe et que je regardais comme très convenant d'étendre ces mesures de façon à tranquilliser les contrées limitrophes .... Le grand point — ai-je ajouté — paraissait de ne prendre que des mesures qui par leur légalité auraient plus de force et ne seraient pas exposées au ridicule qu'on ne manquerait pas d'attacher à ces rixes partielles ....

---

595. Gemmingen an Edelsheim.

Stuttgart, 8. Jan. 1804.

[Lage der Dinge. Normann hat seine Vorarbeiten beendet. Einmischung der preußischen Regierung in die reichsritterschaftlichen Angelegenheiten.]

Je Vous remercie bien, mon cher chef, pour la façon obligeante avec laquelle Vous m'avez témoigné l'approbation de notre S^{me} maître et la Votre ....

Il y avait un calme parfait dans ces parages, après que l'Electeur m'avait dit qu'il avait chargé Mr de Normann de préparer les données d'après lesquelles on pourrait s'entendre sur tous les points qui étaient d'un intérêt commun.

Aujourd'hui Mr de Normann m'a fait l'honneur de me dire qu'il avait fini son travail et le Cte de Wintzingerode de son côté m'a fait des excuses sur les retards que nos conférences avaient éprouvés, mais qu'actuellement tous les obstacles étaient levés, les différents rapports ayant été faits. J'ai répondu que sans l'extrême confiance que j'avais dans la loyauté de l'Electeur et de ses ministres, ces retards m'auraient effectivement effrayé dans des affaires qui étaient si simples sous le rapport de l'intérêt commun ....

Peu après l'Electeur m'a fait l'honneur de me dire que ses lettres de Berlin lui marquaient, combien on s'y occupait des affaires de la noblesse immédiate et qu'on y préparait des communications officielles pour

les Princes avec lesquels on se trouve en relation[1]. Je désirerais — ai-je répondu, — qu'il n'y en ait pas trop qui s'en mêlent! — «Je suis bien de Votre avis» — m'a-t-il riposté . . . .

596. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 10. Jan. 1804.

[Mißvergnügen über den Gang der Verhandlungen. Neigung zum Abbruch derselben.]

Antwort auf das Schreiben vom 8. d. M.

Quoique j'ai très bien reçu hier au soir . . . . Votre lettre du 8, je ne Vous dissimule pas que je commence à augurer assez mal du résultat prochain de Vos travaux. Il n'y aura certainement pas Votre faute, néanmoins il faudra insister au cas de rupture de cette négociation que rien de ce qui a été avancé de notre part en vue d'un accomodement amiable et du bien général ne puisse être jamais employé dans la suite à notre préjudice, mais qu'au contraire sous ce rapport tout soit positivement regardé de part et d'autre comme absolument non avenu . . . .

Concept von Groos.

597. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 14. Jan. 1804.

[Gerücht von der Ernennung des Freiherrn von Schall zum österreichischen Gesandten in Karlsruhe.]

Edelsheim bedauert wiederholt, daß Gemmingen in Stuttgart über seinen Verhandlungen kostbare Zeit verliere, während seine Rückkehr nach Wien doch dringend nöthig sei.

. . . . On me mande d'autre part que Mr de Galler[2], ci-devant grand-maître de feu l'Electeur de Cologne, serait destiné à venir occuper ici la place d'envoyé de la cour impériale, ayant décliné la mission à celle de Dresde sous prétexte d'insuffisance de moyens pécuniaires . . . .

Concept von Groos.

598. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 17. Jan. 1804.

[Mangel an Entgegenkommen in Stuttgart und Klage darüber.]

. . . . La manière dont on nous lanterne à Stoutgart est vraiment indécente et bien peu conforme aux égards auxquels notre Electeur aurait dû

[1] Das preußische Ministerium hatte sich bereits am 3. Jan. nach Karlsruhe gewendet, mit dem Vorschlage, die reichsritterschaftliche Angelegenheit vor den Reichstag zu bringen. Baden hatte sich damit einverstanden erklärt, falls inzwischen alle rechtswidrigen Beeinträchtigungen der Ritterschaft unterbleiben würden (d. d. 18. Jan.).

[2] Sic! Es liegt hier eine Verwechselung mit dem Freiherrn Clemens August von Schall vor, der bald darauf zum Gesandten in Karlsruhe ernannt wurde und ehemals in der That als Hofmarschall im Dienste des Kurfürsten von Köln stand. Vergl. Reichs- und Staatshandbuch. J. 1801, II, 40. Oben S. 413.

s'attendre à si juste titre en retour de la loyauté et de la candeur de ses procédés. Je ne puis pas Vous dissimuler que je suis presque honteux d'avoir eu un préjugé trop favorable de nos adversaires à cet égard, quant je pense qu'on Vous retient déjà depuis passé 5 semaines pour un objet qui avec de la bonne foi et un peu de bonne volonté aurait pu aisément être terminé dans l'espace de 5 jours . . . .

Concept von Groos.

---

599. Gemmingen an Edelsheim.

Stuttgart, 28. Jan. 1804.

[Mehr Mißverständnisse als böser Wille in Stuttgart. Die Schwierigkeiten nun beseitigt.]

Gemmingen dankt für die verschiedenen Mittheilungen Edelsheims, die er bisher noch nicht beantwortet.

. . . . Mais telle a été ma situation que tous les faits dont j'aurais dû faire mention déposaient contre ma conviction intime qu'on voulait ici effectivement un arrangement et qu'il n'y avaient [sic!] que des mésentendus qui en retardaient la conclusion; je n'en ai jamais douté; la justesse avec laquelle l'Electeur de Wurtemberg apprécie les circonstances du moment m'en était garante; et la soirée de hier a levée les doutes qui auraient pu exister, après que déjà les négociations étaient comme rompues et mon départ pour Vienne se trouvant sous ces circonstances fixé au lundi.

A présent j'ai l'honneur de Vous prévenir que Stillgebauer[1] viendra au plus tard mardi prochain . . . .

---

600. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 28. Jan. 1804.

[Man ist in Karlsruhe erstaunt über das andauernde Schweigen Gemmingens. Groos wird nach Stuttgart gehen.]

Je suis revenu hier au soir de Heidelberg et la première question que Msgr. l'Electeur m'a faite a porté sur les renseignements qu'il supposait que j'aurais reçu de Votre part, mon cher Baron. N'ayant pas été dans le cas de le satisfaire à ce sujet, S. A. S. E. a jugé nécessaire que je Vous envoie Mr Groos pour s'informer sur les lieux de la cause incompréhensible qui nous tient depuis 14 jours dans la cruelle ignorance relativement à Votre négociation. Je m'en rapporte à ce qu'il Vous dira verbalement à cet égard et Vous prie de le renvoyer le plutôt possible . . . .

Concept von Groos.

---

[1] Der badische Feldjäger, dessen sich Gemmingen zu seiner Karlsruher Correspondenz bediente.

601. Note des Legationsraths Groos[1].

O. D. [29. Jan.—3. Febr. 1804.]

[Sorge vor einer Einmischung Oesterreichs und Frankreichs in Schwaben. Aufrechterhaltung des Status quo durch Baden und Würtemberg und Vergleich wegen des Kreisausschreibeamts wünschenswerth.]

Herr von Gemmingen hat von Wien vertrauliche Eröffnung erhalten, daß Oesterreich vorgehabt habe, eine deutsche Executionsarmee aufstellen und über den desfallsigen Eindruck beim französischen Gouvernement habe sondiren lassen; Frankreich aber wolle dieses ohne seine Mitwirkung nicht geschehen lassen, so daß zu vermuthen stehe, Oesterreich werde mit Frankreich gemeinschaftlich hierin agiren, und demnach eine vereinigte deutsch-französische Executionsarmee zum successiven Ruin von Deutschland aufgestellt und dieses Reich nach und nach unter die Großen vertheilt werden.

.... Herr von Gemmingen wisse auch, daß zwar die Reichskanzlei constitutionell zum Besten der Reichsritterschaft arbeite, daß man hingegen bei der Staatskanzlei ganz gleichgiltig gegen ihr Schicksal seie und lediglich nichts thue, ihrem Zerfall vorzubeugen.

Um nun der gemeinschaftlichen Einmischung von Oesterreich und Frankreich in die inneren Angelegenheiten des schwäbischen Kreises zu begegnen, schlägt Herr von Gemmingen als das einzige Verwahrungsmittel vor, daß ungesäumt von den kreisausschreibenden Kurfürsten eine Declaration erlassen werde, wodurch unter Festsetzung des dermaligen status quo und unter Bedrohung mit allen zur Hand stehenden executiven Mitteln gegen jeden gewaltsamen Eingriff eines Dritten, sowie gegen jede fremde Einmischung, sich auf's gemessenste ausgedrückt würde.

Zur Erhaltung dieses so heilsamen Zweckes und anderntheils, um auf den Fall, daß die Ritterschaft aufgespeist würde, der alsdann unumgänglich nothwendigen Acquisition des Kraichgaues sicher zu sein, kann Herr von Gemmingen nicht dringend genug rathen, das angefangene gute und freundschaftliche Verhältniß mit Würtemberg auf alle mögliche Art zu erhalten zu suchen, über Kleinigkeiten hinauszugehen und der Eitelkeit und Egoismus des an und für sich gut gesinnten, aber äußerst heftigen Kurfürsten von Würtemberg, da wo es ohne wesentlichen Nachtheil und mit Anstand geschehen könne, nachzugeben ....

Die dereinstige Ernennung eines Gesandten beim würtembergischen Hofe würde den großen Vortheil haben, daß derselbe durch den Einfluß, den er sich leicht verschaffen könne, im eigentlichen Sinn an der Kreisdirection den wirksamsten Antheil nehmen könne ....

Concept von Groos.

---

[1] Am Rande: Zur Privatnotiz Sr Exc. Herrn Ministers von Edelsheim.

602. Staatsvertrag zwischen Baden und Würtemberg.

Stuttgart, 2. Febr. 1804.

[Die Ausübung des Kreisausschreibeamtes betr.]

Nachdem zwischen Sr Kurf. Durchl. zu Baden und Sr Kurf. Durchl. zu Würtemberg wegen Ausübung des Kreisausschreibamts im schwäbischen Kreise sich mehrere Anstände erhoben, beide durchlauchtigste Kurfürsten aber es ihren nachbarlichen Verhältnissen und dem Wunsch, die innigste Freundschaftsverbindung zwischen ihren höchsten Häusern auf immer zu befestigen, sowie dem Wol des gesammten Kreises angemessen gefunden haben, durch eine vorläufige Uebereinkunft, so viel möglich, die Mißverständnisse zu beseitigen, welche bei der Ausübung der gemeinschaftlichen und besondern kreisausschreibamtlichen Befugnisse und Obliegenheiten jenen Zwecken hinderlich sein könnten, so haben Höchstdieselben geruhet zur Ausmittelung einer solchen Uebereinkunft Bevollmächtigte zu ernennen und haben sich als solche von wegen Sr Kurf. Durchl. von Baden

der wirkliche adeliche Geheime Rath und Gesandte am kaiserlich königlichen Hofe Freiherr von Gemmingen

und

von wegen Sr Kurf. Durchl. von Würtemberg

der Staats- und Conferenzminister Geheimer Raths-Präsident Graf von Wintzingeroda

hierzu legitimirt und nach gewöhnlicher Auswechslung der Vollmachten sich salva ratificatione über folgende Punkte einverstanden:

Es sollen demnach

§ 1

von beiden höchsten Kurhäusern das Kreisausschreibamt im schwäbischen Kreise der Verfassung und Herkommen nach und in allem, was nach diesem für das gesammte Kreisausschreibamt geeignet ist, gemeinschaftlich berathen und besorgt werden.

§ 2.

Diejenigen kreisausschreibamtlichen Befugnisse und Obliegenheiten, welche nach dem bisherigen Herkommen von Würtemberg ausschließend ausgeübt wurden und ihm zustanden, namentlich die unter der Benennung des Directorii in allen Angelegenheiten des Kreises oder Kreisausschreibamts bekannte Führung von Mund und Feder, von welcher Einziehung der Stände Gewalt, Proponirung, Haltung der Umfrag, Beschluß, Kreiskanzlei, Benams- und Präsentirung der Secretarii, Begreifung der Aufsätze und Verwahrung der Actorum dependirt, verbleiben wie bisher dem höchsten Kurhause Würtemberg, sowie solches im Jahre 1662[1] von daher behauptet worden.

---

[1] Vergleiche das Protokoll der würtembergisch-konstanzischen Conferenzen vom 31. Mai/11. Juni 1662 bei J. J. Moser, Staatsrecht des fürstl. Hochstifts Constanz. Leipzig 1740, S. 23 ff.

§ 3.

Es wollen auch Se Kurf. Durchl. von Würtemberg, um allen Streitigkeiten vorzubeugen, daß der Ausdruck «Directorium» auch in Zukunft, nach der an Konstanz ebenfalls 1662 gegebenen Zusicherung, gebraucht, sowie überhaupt dieser Vertrag in allen nicht ausgenommenen Punkten in voller Kraft erhalten werden solle.

§ 4.

An Ansehung des Rangs zwischen beiden höchsten Kurhöfen auf den Conventen bei Verhandlungen und Verschickungen des Kreises ist bestimmt worden, daß ohne Nachtheil für die sonst aus der Kurwürde fließende Gleichheit noch für die auf dem Reichstage bestehende Strophenordnung Kurwürtemberg der Vorrang zustehen soll.

§ 5.

Wird in der Art der Anwendung aller und jeder nach den obigen Grundsätzen und Herkommen dem Kurhause Würtemberg besonders zustehenden Befugnisse, sowie in Absicht auf Erlassung provisorischer Verfügungen von Höchstdemselben nach der bisherigen, vom Kreise anerkannten Observanz und zwar in denen für das gesammte Kreisausschreibamt geeigneten Sachen mit vorgängigem gemeinschaftlichen Einverständniß zu Werk gegangen; wo aber die Zeit zu einer solchen vorgängigen Communication fehlen sollte, werden von Kurwürtemberg, wie bisher, die nöthigen Vorkehrungen getroffen und von solchen Kurbaden als mitausschreibendem Fürsten alsobald Nachricht ertheilt.

§ 6.

Da auch jede besondere Bestimmung durch diesen Vertrag festzusetzen, außer der Möglichkeit liegen möchte, so wird die bisherige Observanz bei allen gemeinschaftlichen und privativen kreisausschreibamtlichen Rechten, Verrichtungen, Befugnissen und Obliegenheiten von Kurbaden als Richtschnur anerkannt und in zweifelhaften Fällen eine freundschaftliche Auskunft zwischen beiden höchsten Höfen auf die Analogie der hier aufgestellten Grundsätze getroffen werden.

Da aber diesen allgemeinen Bestimmungen einige besondere zuzufügen für gut gefunden worden, so wird in Zukunft

§ 7

das, was vermöge gemeinschaftlicher kreisausschreibamtlicher Befugnisse von einem beider Kurfürsten oder in dessen Namen an den andern gebracht wird, ein Gegenstand freundschaftlicher Communicationspflege sein und bleiben; die Fertigungen, welche demnächst, kreisausschreibamtlicher Uebereinkunft nach, ergehen müßten, werden von Kurwürtemberg entworfen, an Kurbaden zur Mitgenehmigung oder allenfallsiger Mittheilung der jenseitigen Erinnerungen, übersandt und endlich der

[1] Danach versprach man, sich des Ausdrucks nur zu bedienen, wenn die Nothdurft es erfordere und der Gegenstand der Geschäfte selbst Anlaß dazu biete. Vgl. Moser, a. a. O. S. 24.

beiderseitig genehmigte Erlaß von Kurwürtemberg ausgefertigt und mit beiderseitiger Vollziehung versehen, an die Behörde besorgt.

§ 8.

In Absicht auf die Form derer Namens des gemeinschaftlichen Kreisausschreibamts oder Namens des Kreises ausgehenden Fertigungen ist, in Gemäßheit des vorstehenden § 4 festgesetzt worden, daß in denjenigen, welche nach dem bisherigen Kreisgeschäftsstil die eigenhändigen Unterschriften der durchlauchtigsten kreisausschreibenden Kurfürsten bedürfen, namentlich in gemeinschaftlichen Schreiben und Rescripten, bei welchen auch die Vorsetzung der höchsten Namen zur Form gehört, diese vom Ingrossisten, sowie die höchsteigenen Unterschriften so neben einander zu setzen sei[e]n, daß Kurwürtemberg zur ersten und rechten Seite stehe.

§ 9.

Letzteres ist auch auf gleiche Weise bei solchen Fertigungen bestimmt worden, die Namens beider kreisausschreibenden Fürsten ohne Namensvorsetzung unter der allgemeinen Benennung des Kreisausschreibamts erlassen und mit den beiderseitigen kurfürstlichen Sigillen besiegelt oder bei Kreiszusammenkünften von den ersten Gesandten beider ausschreibenden Fürsten unterschrieben zu werden pflegen.

§ 10.

Die Annahme und Einziehung der Vollmachten und Gewaltsbriefe, sowol auswärtiger Minister, Gesandten und Bevollmächtigten als der kreisständischen Repräsentanten, bleibt wie bisher Kurwürtemberg ausschließlich zustehend; solche sind daher wie ehemals, wann sie sich bei der Kreiskanzlei[1] legitimirt haben, als beim Kreise legitimirt anzusehen; Creditive werden, wie bisher, an das Mitausschreibamt in originali mitgetheilt, und bleibt es Kurbaden unbenommen, vidimirte Abschriften derselben von der Kreiskanzlei zu begehren.

§ 11.

Alle an das Kreisausschreibamt gerichtete Schreiben und Eingaben werden von Kurwürtemberg eröffnet, in originali dem Mitkreisausschreibamt übersendet und von daher zurückgeschickt werden.

§ 12.

Sowie nun laut § 2 die Proposition in allen Kreisangelegenheiten Kurwürtemberg zusteht, die Observanz aber mit sich bringt, daß bei Einberufung eines Kreisconvents die Deliberanda im allgemeinen und vor Eröffnung desselben die Hauptpropositionen zwischen beiden kreisausschreibenden Fürsten oder deren Gesandten gemeinschaftlich concertirt werden, also wird man auch, um zum gemeinschaftlichen Besten ein gutes Einverständniß zu erzielen und, so viel möglich, jeden öffentlichen Widerspruch zu vermeiden, kurwürtembergischer Seits

[1] Nach der ersten Fassung der Convention: Kurwürtemberg.

über die zum Vortrag kommenden Gegenstände mit der kurbadenschen Gesandtschaft vorgängige vertrauliche Rücksprache pflegen, und sowol auf Anträge als Bemerkungen derselben alle freundschaftliche Rücksicht nehmen.

§ 13.

Auch will man auf Seite Kurwürtembergs auf gleiche Art Vorschläge und Erinnerungen aufnehmen, welche allenfalls von Kurbaden wegen Einberufung einer Kreisversammlung, sowie solcher Gegenstände wegen, die zur Proposition zu bringen sein möchten, gemacht werden.

§ 14.

Ueberhaupt aber soll den beiderseitigen kreisausschreibamtlichen Gesandtschaften die heiligste Pflicht auferlegt werden: alles zu vermeiden, was die in so vielfacher Rücksicht nöthige Harmonie der beiden höchsten Kurhäuser stören könnte, vielmehr beider Wirksamkeit in Kreisangelegenheiten durch so viel immer thunlich fortwährende gemeinschaftliche Berathschlagung und durch ein genaues ununterbrochenes Einverständniß zu verstärken; hauptsächlich aber nie durch einseitige unbefugte Verfügungen irgend einen öffentlichen Widerspruch zu veranlassen.

§ 15.

Kurwürtemberg faßt, wie bisher, die Conclusa und führt bei Kreistagen und andern kreisamtlichen Verhandlungen das Protokoll, Kurbaden erhält aus solchem auf Verlangen die Auszüge.

§ 16.

Zur Beförderung und Erleichterung des Geschäftsgangs wird die Kreiskanzlei, wie bisher, die Kreisangelegenheiten zu verfassungsmäßiger Behandlung und Erledigung von Seiten des Kreises oder des Kreisausschreibamts mittelst Berichtseinziehung oder auf andere zum Zweck führende Art, nach Maßgabe der bestehenden Kreisschlüsse und angenommenen Grundsätze vorbereiten und einleiten.

§ 17.

Bleibt Kurwürtemberg die herkömmliche Aufsicht über Kreis kanzlei-offizialen[1] und Diener und erläßt fernerhin herkömmlicher Maßen Kreiskanzleidecrete an die Kreiskasse bei denen Zahlungen, welche auf Observanz, reglementsmäßigem Typus, bestimmte[n] Kreisschlüsse[n] und kreisausschreibamtlichen Verfügungen beruhen.

§ 18.

In Absicht auf die Bestellung der Officialen und Diener des schwäbischen Kreises bleibt es gänzlich bei der bisherigen Observanz; wo jedoch diese Bestellung durch die Wahl des gesammten Kreises stattfinden muß, wird man

[1] Nach dem ursprünglichen Texte der Convention: Kreisofficialen.

sich zwischen den kreisausschreibenden Fürsten über die in Antrag zu bringenden Subjecte vorläufig möglichst einverstehen und hat man sich kurbadischer Seits dahin erklärt, daß man zu diesen Stellen überhaupt und besonders zu denjenigen, welche mit der kurwürtembergischen Geschäftsleitung in näherer Beziehung stehen, vorzüglich solche Subjecte begünstigen[1] wolle, welche dem durchlauchtigsten Kurfürsten von Würtemberg angenehm sind.

§ 19.

Es ist endlich verabredet worden, daß bald nach geschehener Ratification und Auswechslung dieses Staatsvertrags eine kreisausschreibamtliche Conferenz veranstaltet werden solle, um sich über mehrere, die künftige Organisation des Kreises und Wiederherstellung des gewöhnlichen Gangs der Kreisgeschäfte betreffende Punkte zu verabreden.

Gegenwärtige Uebereinkunft soll beiden durchlauchtigsten Kurfürsten zur höchsten Ratification alsobald vorgelegt und solche wirklich ratificirt, wo möglich binnen 8tägiger Frist ausgewechselt werden.

So geschehen Stuttgart, den 2. Febr. 1804.

Original mit Ratification des Kurfürsten Friedrich von Würtemberg d. d. Stuttgart, 5. Febr. 1804. Pergamentlibell in Gelbsammtband mit anhängendem Siegel in Ebenholzkapsel.

---

603. Gemmingen an Edelsheim.

Stuttgart, 3. Febr. 1804.

[Abschluß der Convention. Erläuterung und Rechtfertigung derselben. Maßregeln betr. der Reichsritterschaft in Oberschwaben. Protest gegen ihre Ausdehnung auf den Kraichgau. Verständigung wegen des Kraichgaus mit Baden.]

Ew. Exc. erhalten hiermit endlich den von mir abgeschlossenen Vertrag über die künftige Ausübung des Ausschreibeamts im schwäbischen Kreise, so wie ich ihn nach meiner Ueberzeugung unterzeichnen zu können geglaubt habe, in der Hoffnung, daß Se Kurf. Durchl., unser gnädigster Herr, es Ihrem Interesse nicht unangemessen finden werden, demselben die höchste Ratification zu ertheilen.

Wol bescheide ich mich, daß er nichts weniger als ein des Gegenstandes und der erlauchten sich vertragenden Theile würdiges, übereinstimmendes Ganze sei; nur zu sehr sieht man ihm das wechselweise Mißtrauen an, unter welchem er stückweise entstanden ist, wo ich fast jedes Wort erkämpfen mußte, wo alles durch Nebenbestimmungen verwahrt wird und wo ein Paragraph dem andern immer wieder eine neue Bedeutung gibt.

Unterdessen schmeichle ich mich doch, daß bei einer genauen Erwägung des Ganzen und bei aufmerksamer Prüfung der einzelnen Theile der Geist der mir gegebenen Instruction (G. R. P. Nr. 7016 nebst der Beilage)[2] befolget sei; und

---

[1] Nach dem ursprünglichen Texte: nur .... gelangen lassen.

[2] Oben Nr. 590.

daß, wenn ich auf der einen Seite etwas zugestehen mußte, das ihm nicht ganz zu entsprechen schien, es unter so vielen Beschränkungen geschah und daß andere Bestimmungen eines darauf folgenden Paragraphen so viel daran berichtigen, daß es unschädlich blieb.

Irre ich nicht, so sind die §§ 12, 13, 14 von der Art, daß sie alle übrige in ihr gehöriges Licht setzen: der § 2 begrenzt den Ausdruck Directorium, welcher nicht zu vermeiden war, bestimmter als je geschehen ist, und die in § 4 nun für immer unzweifelhaft gemachte Gleichheit halte ich für einen nicht ohne viel Mühe erst vorgestern ganz erkämpften Gewinn.

Da man würtembergischer Seits immer darauf beharrte, an dem bisherigen Geschäftsgang nichts ändern zu können, so war ich nicht im Stande, die Duplicate der Eingaben als verfassungsmäßig gelten zu machen; unterdessen bleibt es immer Kurbaden unbenommen, sie für sich zu begehren, so wie ich förmlich erklärt habe, daß man die an Kurbaden zuerst kommende Schreiben allemal eröffnen würde.

Was die von mir vorgeschlagene doppelte Ausfertigung derjenigen Erlasse betrifft, welche die eigene höchste Namensunterschrift erfordern, so habe ich, als die Kanzleiherren gar zu viele Einwendungen der Unausführbarkeit machten, erklärt, daß ich von Sr Kurf. Durchl. nie dazu wäre instruirt worden, daß ich es nur vorgeschlagen hätte, weil es im fränkischen Kreise eingeführt sei, aber sogleich die Weisung erhalten hätte, nicht darauf zu bestehen.

Vielleicht hätte ich mehr leisten sollen, ich habe aber das für mich beruhigende Bewußtsein, daß ich gethan habe, was ich nach meinen Kräften vermochte, und daß ich zuverlässig nicht geschwinder und nur mit so vieler zögernden Behutsamkeit zum Ziele gelangen konnte.

Eine umständliche Geschichte dieser Verhandlungen würde dieses vielleicht deutlicher machen, da sie aber meistens nur für mich zur Rechtfertigung dienen könnte und von der unseligen Mühe zeugen würde, die mußte angewandt werden, wodurch aber zur künftigen Harmonie zwischen beiden höchsten Kurhäusern nichts gefördert würde, so halte ich es jetzt für besser, nur die Resultate unterthänigst vorzulegen.

Diese Harmonie zu gründen und zu erhalten, ist eine so wichtige Angelegenheit nicht nur für beide benachbarte Staaten, sondern auch für das Reich, daß ich unter den gegenwärtigen bedenklichen Umständen die Abschließung des Vertrags als ein für Deutschland glückliches Ereigniß ansehe . . . .

Daß auf diese Unterhandlungen wegen des Kreisausschreibamtes die reichsritterschaftlichen Angelegenheiten einen großen Einfluß hatten und daß der hiesige Kurfürst die Absicht hatte, mich hier zu halten, um, nachdem diese Angelegenheiten eine Wendung nehmen würden, sich mit Kurbaden darüber zu verstehen, ist unverkennbar.

Ich habe in dieser Rücksicht den Trost, viel Uebel vermieden zu haben, wenn auch nicht Alles nach meinem Sinne gegangen ist. Täglich hatte ich

heftige vorschreitende Maßregeln zu bekämpfen, welche von einem der Minister unter allerlei Formen in Vorschlag gebracht wurden, und ich darf sagen, daß ich Einfluß genug auf den Kurfürsten hatte, um das größtenteils zu verhindern: nicht ganz, denn man hat sich gegen Oberschwaben umgrenzt, so wenig ich das auch für nöthig gehalten hätte. Ehe dieser Schritt geschah, theilte man mir das Schreiben mit, welches man an die Cantone erlassen wollte: ich wußte, daß alles schon vorbereitet war, und daß die Sache nicht zu hintertreiben wäre; darum äußerte ich mich, daß ich davon gar keine Notiz zu nehmen wünsche, daß ich schlechterdings dieses mitgetheilte Schreiben meinem Hofe nicht einschicken würde, weil darinn von einem Directorium im schwäbischen Kreise die Rede sei, welches wir nicht anerkennten, und weil dadurch das Einverständniß entfernt würde, welches ich herzustellen wünsche. Man antwortete mir, daß der Ausdruck Directorium nur hineingekommen sei, weil man vom Kreisausschreibamt keinen Gebrauch hätte machen können, während wir darüber unterhandelten, und weil man nur unter einem solchen Titel militärische Commando ohne Requisition auf gewisse Punkte hätte bringen können. Ich beharrte darauf, von dem Ganzen keine Notiz zu nehmen, erklärte aber, daß, wenn eine solche Maßregel auch auf den Kraichgau ausgedehnt und gegen irgend Grenzen der badischen Lande gebraucht würde, ich ohne weitere Anfrage am nämlichen Tage noch abreisen würde. Man gab die heiligsten Versprechungen vom Gegentheil, und so ließ ich die Sache. Unterdessen wünscht man hier sehr eine geheime Uebereinkunft wegen des Kraichgaues, insofern es zur Auflösung der Reichsritterschaft kommen sollte. Ich bitte darüber um bestimmte Befehle. Meiner Ansicht nach würde es gerathen sein, alle künftige Collisionen zu vermeiden, und wenn wir den ganzen Kraichgau bis zum Neckar erhalten könnten, so glaube ich, daß man den über die Enz gelegenen Hagenschieß aufgeben könnte, auf den man hier sehr Jagd macht[1].

Ich überlasse Herrn Legationsrath Groos meine Gründe [zu] entwickeln ....

---

604. Gemmingen an Edelsheim.

Stuttgart, 4. Febr. 1804.

[Bedenken wegen des Conservatoriums.]

Bemerkungen über das kaiserliche Conservatorium vom 23. Jan.

.... Ich gestehe Ew. Excellenz, daß dieses ehrenvolle Zutrauen zu unserm gnädigsten Herrn mich nur halb freuen kann, wenn ich bedenke, daß der anscheinend nur für die Gerechtigkeit gebahnte Weg mit so vielen politischen Dörnern versehen sein wird. Unterdessen wird nichts anderes zu thun sein, que de faire bonne mine à mauvais jeu und sich vorläufig zu benehmen, als ob nur von Recht und Gerechtigkeit die Rede wäre.

---

[1] Vergl. oben S. 150.

605. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 6. Febr. 1804.

[Der Kurfürst billigt Gemmingens Verhalten und wünscht eine Verständigung mit Würtemberg.]

Edelsheim übersendet durch Courier einen vorläufigen Bericht über die Geheimerathssitzung vom 6. Febr.[1]. Der Berichterstatter habe dem Verhalten Gemmingens volle Anerkennung gezollt, auch der Kurfürst stimme ihm in jeder Hinsicht bei, nur scheine er «prêter l'oreille quelquefois à l'appréhension qu'on lui suggère de porter peut-être trop loin sa condescendance envers l'Electeur de Wurtemberg».

Ce n'est pas pourtant qu'il ne soit bien pénétré, ainsi qu'il l'a exprimé lui-même hier au conseil, de l'importance et de la nécessité d'un concert intime avec notre voisin dans les circonstances présentes . . . .

---

606. Gutachten des Geh. Referendärs Hofer.

Karlsruhe, 7. Febr. 1804.

[Die Convention vom 2. Febr. Vorzüge derselben. Antrag auf Ratification, vorbehaltlich gewisser Aenderungen.]

Geh. Referendär Hofer faßt in seinem Gutachten die Gründe zusammen, welche für Ratification der Uebereinkunft vom 2. Febr. sprechen. Der Kurfürst, meint er, müsse „die Erwerbung des konstanzischen Kreisausschreibamts als ein wahres Kleinod" betrachten, da er dadurch auf „die Vorbereitung, Berathschlagung, Beförderung oder Hemmung" aller Kreisangelegenheiten entscheidenden Einfluß gewinne, was bei wichtigen Fragen, wie die der Neutralität, der Kreisassociationen, des Münzwesens u. a., zumal in Kriegszeiten von größter Bedeutung sei.

„Die Activirung dieses Kreisausschreibamtes ist vorzüglich dringend in dem jetzigen Zeitpunkte . . . . Seit Jahren ist kein Kreisconvent mehr gehalten worden. Seit Jahr und Tag ist die Kreiskasse ohne Controle; der Schuldentilgungsplan ist ein frommer Wunsch, und der Credit des Kreises sinkt immer tiefer. Je länger diese ökonomische Zerrüttung dauert, desto mehr wird auch Kurbaden für seinen Antheil die Folgen daran büßen müssen.

Noch dringender aber sind die politischen Verhältnisse." Man erwäge die Situation der Reichsritterschaft! Gesetzt, sie bliebe bestehen, so würde Baden als kreisausschreibender Stand die schwäbische Ritterschaft weit wirksamer schützen und das ihm übertragene Conservatorium weit leichter ausüben können, als wenn es lediglich Kreismitstand wäre. Gesetzt aber, was wahrscheinlicher, die Auflösung der Reichsritterschaft würde am Ende doch erfolgen, so würde Baden, im Besitze des Kreisausschreibamtes, in der Lage sein, „den Stand der Dinge in Schwaben bis zu einer gesetzlichen Bestimmung zu erhalten, den rivalisirenden Vorgreifungen Anderer vorzubeugen und sich selbst, wenn es Zeit sein wird, in constitutioneller Form in eine vortheilhafte Lage zu setzen."

„Man denke sich nun auch noch die übrigen politischen Constellationen des gegenwärtigen Moments hinzu, man erwäge die Möglichkeit eines wieder ausbrechenden Conti-

---

[1] Im Orig. irrthümlich 5. Febr. In der betr. Sitzung vom 6. Febr. wird, nachdem Geh. Referendär Hofer ein Gutachten über die Convention vom 2. Febr. erstattet, beschlossen, vor einer definitiven Entscheidung erst noch die Ansicht des Hofrathspräsidenten von Baur in Meersburg zu vernehmen, der „bei seiner vieljährigen Erfahrung in den kreisausschreibamtlichen Verhältnissen" über ein oder den anderen Punkt Auskunft geben könne. Protokoll des Geh. Raths.

nentalkriegs, — einer Reichsexecutionsarmee, — neuer Truppendislocations- und Requisitionsauftritte! Man stelle sich sodann bei dieser Lage einerseits die Art von Anarchie, welche in Ermangelung eines constitutionellen gemeinschaftlichen Kreisausschreibamts vorhanden ist, andererseits die mancherlei Vorfälle vor Augen, in welchen Kurwürtemberg unter vorerwähnten Umständen sein einseitiges Kreisausschreibamt zu seinem Vortheil benutzen und manche Last auf andere schieben kann . . . .!"

Ohne gütliche Verständigung mit Würtemberg könne Baden z. Zt. nicht in den Mitbesitz des Kreisausschreibamts gelangen. Würtemberg verfüge über die Kreiskasse und die Kreisbeamten; die schwäbischen Stände seien, wie sich aus ihren Antworten auf das badische Ausschreiben ergebe, nicht gesonnen, „durch zusammenstimmende kräftige Maßregeln dieser einseitigen würtembergischen Amtsführung sich zu widersetzen".

Nur eine höhere Macht also könne Würtemberg zwingen. Von den Reichsgerichten sei dies so wenig zu erwarten, wie von einer künftigen Reichsexecutionscommission. Auch auf die vermittelnden Mächte dürfe man nicht zählen, denn in Petersburg sei der würtembergische Einfluß mächtig, Frankreich aber handle „in dermaligen Umständen in deutschen Angelegenheiten sehr wahrscheinlich nicht gerne anders als einverständlich mit dem Wiener Hofe". Und ob Oesterreich geneigt sein werde, Baden zu seinem Rechte zu verhelfen, müsse aus mancherlei Gründen, zumal wenn man sein Eintreten für die Parität im Reichsfürstenrath bedenke, bezweifelt werden.

Jede Verzögerung eines Vergleiches ist nach Hofers Ansicht von Uebel. Lasse man erst den Publicisten Zeit, sich dieses Themas zu bemächtigen, so werde es „an gedungenen oder . . . . schreibseligen Federn nicht mangeln . . . ., der ganzen Sache ein problematisches Ansehen zu geben". Habe doch der Salzburger Professor Hartleben[1] in seinem Journale „vielleicht nicht ohne besondere Veranlassung" bereits Kurbaden das Kreisausschreibamt „aus dem Grunde der paritätischen Eigenschaft des Kreises" abgesprochen und Taxis dafür in Vorschlag gebracht!

Die Convention mit Würtemberg ist endlich so beschaffen, daß die Vortheile, die Baden verlangt, die Opfer überwiegen. Die Opfer bestehen darin, daß Baden 1) „den konstanzischen Vorsitz nachgiebt" und 2) gestattet, daß Würtemberg sich „des Ausdrucks Directorium" bediene. Allein im ersteren Falle handle es sich um den Verzicht auf ein sehr bestreitbares Vorrecht, der überdies durch die in § 2 festgesetzte Ranggleichheit und andere Bestimmungen erheblich gemildert werde; im zweiten Falle sei der Begriff des Directoriums, zu dessen Feststellung sich Würtemberg früher nie verstanden, durch § 2 der Convention „auf den Umfang derjenigen Rechte beschränkt, die man dem Kurhause Würtemberg weder bestreiten konnte noch wollte". Im übrigen enthalten die §§ 1, 12, 13 und 14 über die gemeinsame Ausübung des Kreisausschreibeamts und die Befugnisse Badens solch bündige Stipulationen, „daß der kurbadische Einfluß auf das eigentliche der Kreisgeschäfte und Verfassung mehr, als der konstanzische es jemals war, als gesichert betrachtet werden" kann.

Unter Verzicht auf ein streitiges Vorsitzrecht und Einräumung eines unschädlich gemachten Titels verschaffe sich Baden daher durch die Convention „die vollständige, ja vielmehr verstärkte Wirksamkeit des konstanzischen Kreisausschreibamts" in einem Augenblicke, wo weiteres Zaudern gefährlich und den Verlust des Ganzen nach sich ziehen könne. Hofer trägt daher vorbehaltlich einiger Aenderungen im Text[2] auf Ratification an.

---

[1] Theod. Konr. Hartleben, Staatsrechtslehrer in Salzburg, später als Professor der Rechte und Regierungsrath in badischen Diensten. Vgl. v. Weech, Bad. Biographien 1, 335; v. Wurzbach, Biogr. Lexikon des Kaiserthums Oesterreich. 7, 407.

[2] Es sollen u. a. in § 10 die Worte „solche sind — legitimirt" wegfallen, deßgleichen in § 18 die Worte „und hat man sich — angenehm"; § 17 soll ganz

607. Gutachten des Geh. Raths Herzog.

Karlsruhe, 13. Febr. 1804.

[Bedenken gegen die Convention vom 2. Febr.]

Herzog entwickelt seine Bedenken gegen die Convention vom 2. Febr. Die in §§ 2 und 3 enthaltene Beschränkung des Directoriums erscheint ihm u. a. nicht genügend; man möge doch versuchen, Würtemberg zum völligen Verzichte zu bringen. In § 4 sei die Ranggleichheit nicht bestimmt genug gesichert; die Fassung schließe nicht aus, „daß einer prior inter pares sein“ könne. § 15 müsse als unannehmbar bezeichnet werden, da er Baden zu tief heruntersetze und „der würtembergischen Willkür, wenn dieses die Protokolle fassen kann, wie es will, offene Bahn“ gewähre[1]. Der Erfolg der Verhandlungen habe den Erwartungen nicht entsprochen. Es werde „nicht nur der diesseitige vormalig konstanzische Vorrang bis zur Gleichheit nachgegeben, sondern sogar Würtemberg der Vorrang eingeräumt“. § 32, Absatz 5, des Reichsdeputationsrecesses stelle die badischen Ansprüche auf den Vorrang durchaus nicht, wie behauptet werde, in Frage; ziehe man die Bestimmungen des § 36 in Betracht, so erscheinen diese Ansprüche im Gegentheile wol begründet.

Auch das Bedenken, ob in einem gemischten Kreise zwei evangelische Ausschreibämter neben einander bestehen dürften, sei nicht gerechtfertigt, denn der Grundsatz der Religionsgleichheit fordere nur Gleichheit der Rechte. Die Geschichte der gemischten Reichskreise selbst beweise, daß man in einer solchen „Coexistenz“ nie etwas Reichsgesetzwidriges erblickt habe.

Nicht minder hält Herzog die politischen Motive, die für den Vertrag angeführt werden, für belanglos. Entweder erfolge die Entscheidung der Frage nach dem Willen Oesterreichs oder nicht; in letzterem Falle bei einer Intervention der vermittelnden Mächte z. B. habe Baden, da sein Recht klar zu Tage liege, nichts zu besorgen, während im ersteren die Nachgiebigkeit gegen Würtemberg nichts helfen würde.

„Es scheint mir übrigens“, schließt Herzog seine Ausführungen, „ein Kreisausschreibamt, das in seinen wesentlichsten Theilen und in seinem Honorifico so sehr verstümmelt wäre, wie es werden soll, sei es kaum werth, daß ein Kurhaus sehr darnach geize und alles hingebe, um nur die unglücklichen Trümmer in der Geschwindigkeit aus dem Schiffbruche zu erringen.“

---

608. Protokoll des Geh. Raths.

Karlsruhe, 14. Febr. 1804.

[Bedingte Ratification des Vertrags vom 2. Febr. Verwerfung der §§ 10, 17 und 18. Gründe.]

Nach eingehender Berathung über die Gutachten des Geh. Raths Herzog, des Geh. Referendärs Hofer und des Präsidenten v. Baur[2], an der außer dem Kurfürsten und sämmtlichen Geh. Räthen[3] auch Hofer und v. Baur theilnehmen, wird beschlossen, dem

---

beseitigt werden, da die Kreisstände daran Anstoß nehmen könnten. Gutachten Hofers, undatirt [5. Febr.].

[1] Nach Baurs Gutachten entspricht indeß dieser Paragraph durchaus der bisherigen Observanz.

[2] Das Gutachten v. Baurs schließt sich den klaren und überzeugenden Ausführungen Hofers durchaus an.

[3] Das Geh. Rathscollegium bestand z. Zt. aus den Ministern von Gayling und Edelsheim und den Geh. Räthen Meier, Brauer, Reinhard und Herzog.

Freiherrn von Gemmingen zu eröffnen, der Kurfürst sei gewillt, die Uebereinkunft mit Würtemberg ihrem wesentlichen Inhalte nach zu ratificiren.

„Hingegen finde man die §§ 10, 17 und 18 nicht sowol in Absicht auf die diesseitigen Rechte als in Erwägung der Sensation, die sie auf die hoch- und löblichen Stände des Kreises machen dürften, noch allein mit solchen Bedenklichkeiten umwunden und dabei von solcher Beschaffenheit, daß sie für Kurwürtemberg selbst, wenn man dortseits nicht gegen Verhoffen ein Mehreres, als das Herkommen und die Kreisschlüsse mit sich bringen, sowol gegen das Mitkreisausschreibamt als gegen die Stände erreichen wolle, bei dem übrigen Inhalt der Convention von keinem besonderen Werth sein können."

§ 10 verstoße wider die Observanz, insofern die Annahme der Creditive Sache der Kreiskanzlei sei und es keinem kreisausschreibenden Fürsten benommen sein könne, Einsicht in dieselben zu verlangen. In § 17 biete der unbestimmte Ausdruck „Aufsicht" Stoff zu künftigen Zwistigkeiten, da nicht festgestellt sei, worin diese Aufsicht bestehen und ob sie sich auf alle Kreisbeamten ohne Unterschied erstrecken solle. Auch die Fassung des § 18 könne nicht gebilligt werden, da Baden in ihm eine Verpflichtung übernehme, deren Erfüllung bei der Stimmfreiheit der Kreisstände gar nicht von ihm abhänge, und deren Inhalt im höchsten Grade ihr Mißtrauen erregen werde.

Der Kurfürst habe daher „belebt von dem aufrichtigen Verlangen, eine für beide höchste Kurhäuser und den gesammten Kreis so erwünschte Uebereinkunft ohne einigen ferneren Zeitverlust zu erzielen", kein Bedenken getragen, „die Ratificationsurkunde über die obige Convention mit Auslassung der vorerwähnten drei Paragraphen ausfertigen zu lassen und zu unterzeichnen".

Gemmingen wird ersucht, dem Stuttgarter Ministerium die nöthigen Mittheilungen zu machen und die Urkunde gegen eine entsprechend abgeänderte von würtembergischer Seite auszutauschen.

Concept Hofers.

609. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 15. Febr. 1804.

[Die Ministerialconferenz vom 14. Febr. Opposition Herzogs. Eingreifen des Kurfürsten. Edelsheim betrachtet die Unterhandlungen als beendet.]

Stillgebauer m'a apporté hier matin les expéditions, mon cher Baron, dont Vous l'avez chargé. L'Electeur après s'en être fait faire par moi le rapport préalable et très complet a fait appeler 5 heures de l'après-dînée tout son ministère ainsi que M^{r} le président de Baur et le référendaire intime Hofer. Vous trouverez les résultats de cette délibération dans les pièces officielles qui Vous sont communiquées présentement, en partie ostensibles, en parti confidentielles, et conséquemment les derniers pour Votre seule information spéciale.

J'espère que Vous en tirerez des arguments incontestables pour justifier l'émission, dont on n'a en conscience pas pu se dispenser, de quelques articles du traité en question.

L'opposition très isolée du contradicteur connu [1] est tombée à plat dans cette circonstance et ses objections inconsidérées ont été rejetées de

[1] Die Bemerkung bezieht sich auf den Geh. Rath Herzog. Vergl. oben Nr. 607. Der Satz ist übrigens im Entwurfe eingeklammert.

propre mouvement par notre S[me] maître qui a pris la peine de les réfuter verbalement avec beaucoup de précision et de justesse, et aucun de nous ne lui a épargné ses succès particuliers[1].

Attendu Votre dextérité . . . ., je regarde cette négociation assez épineuse comme très heureusement terminée à la satisfaction réciproque, de manière qu'après l'échange des ratifications Vous me renverrez sans doute le chasseur le plutôt possible avec le document principal et les autres communications que Vous devez nous retourner . . . .

Concept.

610. Edelsheim an Gemmingen[2].

O. O. und D. [15. Febr. 1804.]

[Instruction für Regensburg und Wien. Aufrechterhaltung der deutschen Verfassung.]

|: Inseratur. :|

Quant aux instructions ultérieures que Vous souhaitez pour R[atisbonne] et V[ienne] je dois me borner à Vous renvoyer à l'instruction générale que Vous avez reçue avant de partir d'ici, parce que ne pouvant pas prévoir dans les circonstances présentes l'état des choses du jour au lendemain, il ne serait guères possible non plus de préciser d'avance une instruction plus particulière sur des combinaisons encore ignorées. Dans la généralité Votre canevas sera le *maintien de la constitution germanique* etc. et en habile artiste Vous Vous arrangerez la broderie à l'advenant des données qu'on Vous présentera. Vous me direz que voilà une direction bien laconique; convenez toutefois qu'elle est prudente et sage dans notre position actuelle . . . .

Concept von Groos.

611. Gemmingen an Edelsheim.

Stuttgart, 19. Febr. 1804.

[Ablehnung der bedingten Ratification in Stuttgart. Gründe.]

Gemmingen hat nach Empfang der Weisungen des Geh. Raths mit den Ministern v. Winzingerode und Normann gesprochen. Der Vorbehalt der Ratification, behaupten diese, sei gewöhnlich leere Formalität.

Nur äußerst wichtige Fälle ausgenommen, sei die Versagung der Ratification nicht erhört. Hier finde aber ein solcher Fall gar nicht statt; an sich sehr unbedeutende Punkte gäben Anlaß zu einem so auffallenden Schritt, und von diesen Punkten selbst wurde zugestanden, daß hauptsächlich ihre Beziehung auf die

[1] Am Rande das Zeichen für inseratur und der Vermerk: „wegen weiterer Instruction nach Regensburg und W[ien] wegen Geld 2c.".

[2] Auf einem einzelnen Blatt. Die betr. Stelle sollte allem Anscheine nach in die Depesche Edelsheims an Gemmingen vom 15. Febr. eingefügt werden, wie die Randbemerkung daselbst schließen läßt.

übrigen Kreisstände und die Mißdeutung, der sie könnten ausgesetzt sein, diese Abänderung des Vertrags veranlaßten. Man könne aber hier schlechterdings nicht einsehen, warum ein die Kreisverfassung gar nicht ändernder Vertrag .... müßte bekannt gemacht werden. Weder den Kreisständen, noch dem Kaiser habe man mehr zu sagen, als daß das Kreisausschreibamt wieder in ungestörter Thätigkeit sei .... Ueberhaupt müsse eine Ratification entweder ganz gegeben oder ganz abgeschlagen werden.

Auf dringendes Ersuchen beider Minister verspricht Gemmingen, eine officielle Erklärung vorerst zu verschieben und ihre Einwendungen seinem Hofe darzulegen.

---

612. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 21. Febr. 1804.

[Einladung zu einer Zusammenkunft in Pforzheim. Der Kurfürst nach wie vor bestrebt, jeden Bruch zu verhüten. Persönliches.]

Bien loin d'avoir à Vous transmettre, mon cher ami, l'ordre de presser Votre départ pour Vienne, je suis chargé de la part de notre S^{me} maître de Vous inviter à un rendez-vous avec moi, hors d'ici, soit à Pforzheim ou à Enzvaihingen. Il n'y s'agit pas de rompre; notre Electeur veut au contraire épuiser tous les moyens possibles pour écarter un résultat si peu conforme à la candeur de sa façon de penser et à son bien sincère désir de cimenter les rapports les plus intimes avec Msgr. l'Electeur de Wurtemberg. Je Vous apporterai une lettre de propre main pour S. A. S. E. et je Vous dirai le reste de bouche.

Cependant je ne puis pas différer jusque là à Vous témoigner la sensible affliction que Vous nous causez avec Vos funestes projets. J'espère en Dieu que Vous les abandonnerez et que Vous ne me priverez pas de la satisfaction indicible de Vous exprimer bien souvent, combien notre respectable maître apprécie Votre rare mérite et à quel point je Vous suis invariablement attaché de cœur et d'âme[1] ....

Concept.

---

613. Karl Friedrich an den Kurfürsten Friedrich von Würtemberg.

Karlsruhe, 22. Febr. 1804.

[Wünscht dringend eine Verständigung und rechnet auf das Entgegenkommen des Kurfürsten.]

Monsieur,

Sachant que V. A. S. E. a pour principe que les états de l'Empire doivent tâcher de maintenir entr' eux la bonne intelligence pour leur bon-

---

[1] Die Stelle bezieht sich anscheinend auf ein verloren gegangenes Schreiben Gemmingens, in welchem dieser wol die Absicht geäußert, aus dem badischen Dienste auszuscheiden.

heur et leur intérêt réciproque et ayant toujours regardé ce principe sous le même point de vue, la négociation dont j'ai chargé le B[on] de Gemmingen auprès d'Elle, doit m'être extrêmement intéressante, tant pour notre intérêt que celui de notre commune patrie. Je La prie de juger, combien je serais affligé, si ce but salutaire ne pouvait pas être atteint, ou du moins éloigné, — mais j'ai trop de confiance dans la façon de penser noble et élevée de V. A. E. pour ne pas croire qu'Elle éloignera les petites difficultés qui pourraient encore empêcher la ratification du traité.

Je La prie d'écouter favorablement tout ce que M[r] de Gemmingen aura l'honneur de Lui dire de ma part . . . .

Abschrift. Eigenhändiges Concept undatirt.

---

614. Protokoll des Geh. Raths.

Karlsruhe, 24. Febr. 1804.

[Der Kurfürst zu weiterer Nachgiebigkeit bereit. Zusammenkunft Edelsheims und Gemmingens in Pforzheim. Vorschlag eines Additionalartikels.]

Gemmingens Bericht vom 19. Febr. liegt vor. Angesichts der Alternative, „ob ersagter Vertrag pure zu ratificiren, welches aber weder räthlich noch thunlich befunden worden, oder ob die Unterhandlung abzubrechen seie", entschließt sich der Kurfürst „aus eigener höchster Bewegung" im Interesse der Ruhe und Sicherheit des Kreises noch einen Versuch zu wagen, ob nicht die Uebereinkunft „auf eine unanstößige und unpräjudicirliche Art dennoch zu Stande zu bringen seie".

Zu dem Ende hat am 22. d. M. zu Pforzheim eine Zusammenkunft zwischen Edelsheim und Gemmingen stattgefunden, bei der letzterem ein höchstes Handschreiben an den Kurfürsten von Würtemberg zugestellt worden ist. Das Resultat der Unterredung besteht in dem Vorschlage, Würtemberg, falls es auf der Ratification des Ganzen bestehe, einen Additionalartikel vorzulegen, demzufolge die §§ 10, 17 und 18 „keineswegs für irgend einen Theil neue Rechte begründen oder bisheriges Herkommen beschränken, am wenigsten aber die Rechte der Kreisstände beeinträchtigen sollen".

Der Kurfürst genehmigt den Vorschlag und ermächtigt Gemmingen, der würtembergischen Regierung die Wahl zwischen Annahme des gen. Artikels oder dem Verzicht auf jene drei Paragraphen anheimzustellen.

Concept Meiers.

---

615. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, 25. Febr. 1804.

[Der Zusatzartikel genehmigt; die Annahme durch Würtemberg bezweifelt.]

Vous verrez, mon cher Baron, par l'extrait protocolaire ci-joint que Votre proposition a été complètement approuvée. On a seulement quelques doutes qu'elle soit de même acceptée, parce qu'on présume qu'on y regardera cet article additionnel, tel que Vous l'avez proposé, comme plus propre à compromettre notre parti adverse que l'omission des articles sur lesquels nos scrupules sont fondés, parce qu'en effet, si tôt ou tard la con-

vention parvient à la connaissance de nos co-états, l'addition susmentionnée mettra toujours dans le jour le plus favorable nos principes et notre loyauté. Ce n'est donc aussi que pour surcroît de précaution qu'on Vous renvoie le document ratifié de cette convention, tel qu'on l'avait ajusté ici; mais je crois que sous toutes les acceptations cette pièce sera impropre, ne se trouvant pas revêtue du manteau que porte celle avec laquelle elle devrait être échangée.

Comme qu'il en soit, je m'en rapporte bien à Votre dextérité pour le résultat définitif de cette importante controverse. Deus bene vertat! Faites-moi l'amitié de me marquer seulement de quelques mots, comment la lettre immédiate que Vous aurez remise en propres mains, avant de recevoir la présente, a été accueillie . . . .

Concept von Groos.

616. Gemmingen an Edelsheim.

Stuttgart, 29. Febr. 1804.

[Ablehnung des Additionalvertrags. Neuer Vorschlag und Aussichten desselben.]

Weder das Schreiben des Kurfürsten, noch seine eigenen Bemühungen haben den gewünschten Erfolg erzielt. „Die Stimmung ist von der Art, daß ich schlechterdings mir nicht getraue, den vorgeschlagenen Additionalartikel durchzusetzen, so wenig als irgend eines von den andern Auskunftsmitteln." Man gebe wol zu, daß § 18 eines Correctivs bedürfe, etwa durch den Zusatz „jedoch der Stimmenfreiheit der Kreisstände unnachtheilig", von einer Abänderung der §§ 10 und 17 aber wolle man nichts wissen.

Das einzige, was er etwa noch zu erreichen hoffe, sei, daß man in den beiderseitigen Ratificationsurkunden die aus der Beilage ersichtlichen Abänderungen der §§ 10, 17 und 18[1] aufnehme.

Falls man in Karlsruhe diesen Vorschlag ablehne und es lieber auf einen Bruch ankommen lassen wolle, ersucht Gemmingen, ihm wenigstens die Ratificationsurkunde zuzustellen, mit der Weisung, sie nur nach Unterzeichnung des Additionalartikels auszuwechseln, damit die Würtemberger nicht behaupten könnten, man habe „Ausflüchte wegen der Ratification gesucht". Rathen könne er zu einem solchen Bruch weder „als Diener Kurbadens, noch als Deutscher".

617. Gemmingen an Edelsheim.

Stuttgart, 29. Febr. 1804.

[Hinweis auf die Schwierigkeit der Lage. Nachgiebigkeit ein Gebot politischer Klugheit. Dringt auf definitive Entscheidung. Aufnahme des kurfürstlichen Schreibens in Stuttgart.]

Gemmingen erörtert die „gegenwärtige, so bedenkliche Lage".

. . . . „Wir gleichen Leuten, die über die innere Einrichtung eines gemeinschaftlichen Hauses streiten, unterdessen aber die Löschungsmittel versäumen, während die Flamme überall drohet . . . . Sollte sich da nicht das Sprichwort bewähren, daß der klügere Theil nachgiebt?"

---

[1] Vergl. den Staatsvertrag vom 2. Febr., oben Nr. 602.

Weist darauf hin, daß troß der Nachgiebigkeit der bairischen Regierung die österreichischen Truppen sich täglich in Schwaben mehren.

Was die eigentliche Absicht sein möge, weiß ich nicht; ich gestehe auch, daß wir nicht im Stande sein werden, hinlänglich gereifte Pläne zu hintertreiben, wenn es solche giebt; aber jeden Vorwand können und müssen wir wegräumen.

Was soll nun daraus werden, wenn die Unterhandlungen wegen des Kreisausschreibamts unfruchtbar bleiben? Mag das Recht noch so sehr auf unserer Seite sein, mögen wir auch noch so viel, selbst durch diese Unterhandlungen, an sich und in der öffentlichen Meinung gewonnen haben; werden wir deßwegen im Besitze des Kreisausschreibamtes sobald wenigstens kommen? wird das Aergerniß eines Bruchs dieser Unterhandlungen, wird der Vorwand weniger bestehen, daß im schwäbischen Kreise die Mittel zur Erhaltung der Ruhe durch die gehemmte Thätigkeit des Ausschreibamtes mangeln und anderst ersetzt werden müssen? So viel man uns dabei auch schmeicheln mag, das Netz fremden Einflusses wird nicht weniger über uns gezogen.

Man sage nicht, daß ja in Stuttgart die nämliche Gefahr nicht könne verkannt werden werden, daß man es hier zu einem solchen Bruche nicht werde kommen lassen. Wenn ein Minister im Gefühle seiner Ueberlegenheit oder vielmehr seiner Nothwendigkeit, sobald die Geschäfte sich verwickeln, es zu seiner Hauspolitik gemacht hat, durch Häufung der Verlegenheiten seinen Einfluß zu vermehren, und über seinen Kollegen das zu gewinnen, was dieser durch persönliche Neigung voraus hat . . . ., wenn ein solcher Minister es mit einem sehr reizbaren Herrn zu thun hat, wenn diesem gereizten der andere Minister dann nicht zu widersprechen wagt: — soll unter solchen Umständen wohl auf die Mäßigung der Klugheit können gezählt werden? . . . .

Aber auch das Günstigste angenommen, daß man hier nicht endlich brechen wolle, so erfolgt weiter nichts, als daß man beiderseits nicht bricht und eine Zeit mit wechselseitigen Neckereien verschwendet, die so kostbar ist, daß ich jeden Tag, wo wir nicht sagen können, das Kreisausschreibamt ist in Thätigkeit, für einen großen Verlust halte, weil man nicht voraussehen kann, was unterdessen geschieht . . . .

Noch eine dringende Bitte habe ich Ew. Excellenz vorzutragen, daß ein endlicher bestimmter Schluß gefaßt werde, welcher mich im Falle setzt, den hiesigen Ort zu verlassen, wenn der Erwartung nicht entsprochen wird; unterhandeln können, dürfen wir nicht mehr, das würde uns zu viel an Ansehen verlieren machen; aber auch auf mehr, als was in meinem Vorschlage vorkömmt, darf nicht gezählt werden, da ich nicht glaube, ein Wort mehr ändern zu können und selbst beim § 10 genug werde zu kämpfen haben. Unterdessen, soviel glaube ich durchzusehen, wenn ich nicht blos drohen, sondern gehen darf, sobald es nicht gelingt.

P. S. très intime.

La lettre que j'ai dû remettre[1] a fait un fort mauvais effet, on l'a trouvé si froide, si peu témoignante le désir d'une véritable harmonie qu'on l'a uniquement regardée comme un moyen d'obtenir — je ne sais quoi? car vraiment on déraisonne quelque fois dans ce bas monde à force d'esprit. L'Electeur ne m'a point parlé de cette lettre, mais il me l'a envoyée pour la lire, et Mr de Wintzingerode a dû me parler de l'impression qu'elle a produite .... Je désirerais que Vous m'envoyiez, mon cher chef, Mr Groos avec la ratification, si toutefois Vous acceptez mon projet. Si l'expédition et la décoration de la ratification retarderait de quelques jours l'envoi, pour Dieu envoyez-moi une estafette qui me prévienne de la résolution prise, car je suis ici sur des braises et vraiment dans une situation diabolique ....

Wünscht, vor der Weiterreise Edelsheim noch einmal an drittem Orte zu sprechen.

---

618. Protokoll des Geh. Raths.

Karlsruhe, 2. März 1804.

[Badisches Ultimatum. Im Ablehnungsfalle sofortiger Abbruch der Verhandlungen. Brauer gegen diese weitere Concession.]

Auf Gemmingens Bericht vom 29. Febr. entschließt sich der Kurfürst, den Gesandten «pro ultimato» zu der Erklärung zu ermächtigen, Se Kurf. Durchlaucht sei immer noch bereit, die Convention vom 2. Febr. zu ratificiren, falls entweder jene drei Paragraphen eliminirt, oder der Additionalartikel angenommen oder endlich „die anstößigen Stellen" nach dem letzten Vorschlage Gemmingens abgeändert würden[2]. Sollte indeß Würtemberg darauf nicht eingehen, so habe er sofort die Verhandlungen abzubrechen und Stuttgart zu verlassen, zuvor aber in einer Note zu erklären: der Kurfürst bedauere das Scheitern der Unterhandlung; da er jedoch durch Abänderung oder Auslassung der betr. Artikel selbst kein neues Recht gewinne, sondern nur «jura tertiorum» wahre, könne ihn auch kein Vorwurf deshalb treffen. Im übrigen sei ihm das Kreisausschreibeamt durch Reichsschluß zugefallen, „mithin für dessen Erlangung ebensowenig als Kurbaiern wegen Franken eines besonderen Vertrags von nöthen". In der Rangfrage, die vielleicht Schwierigkeiten hätte bereiten können, habe er nachgegeben, „in Hinsicht der Verhältnisse beider kreisausschreibeamtlichen Rechten und Pflichten" wolle er, wie er nochmals ausdrücklich betone, nichts weiter, „als was die Kreisabschiede, vorige Verträge und Observanzen zur Norm bestimmt hätten".

Er erwarte daher „die unverweilte Zulassung zum Kreisausschreibamt oder die bestimmte Angabe der Weigerungsgründe", um sein Recht „reichsconstitutionsmäßig" geltend zu machen.

Concept Meiers.

---

[1] S. oben Nr. 613.

[2] In einem bei den Acten befindlichen Votum hatte Geh. Rath Brauer sich, zumal „die jetzige politische Staats-, noch mehr vielleicht die politische Kirchenlage äußerste Attention" fordere und Gemmingens Anwesenheit in Wien dringend erheische, aufs entschiedenste gegen jede weitere Concession für sofortigen Abbruch der Verhandlungen, bei denen Baden „nur immerfort der würtembergischen Dictatur" nachgeben solle, ausgesprochen.

619. Edelsheim an Gemmingen.

Karlsruhe, o. D. [2. März 1804].

[Die Entschließung ist eine unabänderliche, die Zustimmung des Stuttgarter Hofes zweifelhaft; voraussichtlich daher Bruch.]

Vous verrez, mon cher ami, par les ordres ci-joints[1] relativement à la négociation qui Vous a fait perdre un temps si précieux à Stoutgart que notre Sme Electeur est bien décidément résolu à la voir plutôt rompue qu'à se soumettre à des conditions préjudiciables aux dépens de notre honneur et de la réputation de loyauté et de probité si justement acquise dans le cercle de Souabe et dans tout l'Empire .... Je ne crois pas que le public impartial méconnaîtra que l'Electeur, notre maître, a épuisé tout ce que l'amour du bien commun et les efforts les plus sincères pour établir une harmonie intime entre les deux cours pouvait faire désirer et partout où nous serons forcés à dévoiler les articles qui ont empêché la ratification de notre part, on ne blâmera que ceux qui ont exigé de nous des modifications injustes et inadmisibles.

Quoiqu'il en soit, comme je ne les crois pas assez sages et raisonnables pour revenir de leur obstination, et que nous ne nous prêterons certainement à aucune autre alternative qu'à celles qui sont contenues dans cette instruction définitive, je regarde la négociation comme absolument rompue et je Vous avoue ingénuement que sous plusieurs rapports j'en ai quasi[2] moins de regrets que de l'impossibilité que j'entrevois de me ménager un rendez-vous avec Vous, cher ami, avant Votre départ pour Vienne que l'Electeur souhaite que Vous pressiez le plus que Vous pourrez, croyant que Votre absence de cette cour nous serait infiniment préjudiciable dans le moment actuel où tant d'objets importants paraissent s'y traiter en fait de politique et relativement à un concordat etc. ....

Concept.

---

620. Gemmingen an Edelsheim.

Stuttgart, 4. März 1804.

[Zustimmung Würtembergs zu dem letzten Vorschlage. Ratification des Vertrages und Austausch der Ratificationsurkunden.]

Uebersendet „den Vertrag nach der letzten Vorschrift abgeändert"; er habe aber versprechen müssen, die Auswechselung der Ratificationen abzuwarten und selbst zu besorgen. Sechs Stunden nach Eintreffen der badischen Ratification werde er nach Wien abreisen[3].

---

[1] Die Auszüge aus dem Geh. Rathsprotokolle vom 2. März; daraus ergiebt sich auch das Datum des Schreibens.

[2] Im Concepte: casi!

[3] Die badische Ratification erfolgt am 5. März; am 7. d. M. werden die beiderseitigen Urkunden in Stuttgart ausgewechselt; am 24. März geben die beiden kreisausschreibenden Fürsten den schwäbischen Kreisständen Nachricht von der erzielten Einigung.

621. Staatsminister von Wintzingerode an Edelsheim.

Stuttgart, 12. April 1804.

[Wechselseitige Ernennung von Gesandten. Accreditirung des Freiherrn von Bühler.]

Se Kurf. Durchlaucht, mein gnädigster Herr, geneigt, jedes Mittel zu ergreifen, welches die glücklich bestehenden freundschaftlichen Verhältnisse mit Sr Kurf. Durchlaucht von Baden sich immer gleich erhalten und möglichst befestigen könne, glauben ein solches in gegenseitiger Beschickung durch Gesandte zu sehen.

Indem ich den höchsten erhaltenen Befehl befolge und Ew. Exc. hiervon die Eröffnung mache, soll ich Hochdieselben ersuchen, durch gefällige Rückäußerung mir zu erkennen zu geben, inwiefern diese Absicht an sich mit denen Sr Kurf. Durchlaucht, Ihres gnädigsten Herrn, übereinstimme und inwiefern insbesondere die vorläufig getroffene Wahl des diesseitigen kurf. wirklichen adeligen Geh. Raths, Freiherrn von Bühler, bisherigen Gesandten am k. k. Hofe, die höchste Approbation finden könnte . . . .

Edelsheim erwidert, der Kurfürst erblicke in der Entschließung des Kurfürsten von Würtemberg einen neuen Beweis von dessen freundschaftlicher Gesinnung, stimme dem Vorschlage „einer gegenseitigen Beschickung durch Gesandte" gerne bei und billige die Wahl des Freiherrn von Bühler vollkommen. Er werde sich seinerseits „mit der Auswahl eines anständigen Subjects zur Gegenbeschickung nun angelegentlich beschäftigen".

Das Creditiv für Bühler ist vom 29. Juni datirt und wird von demselben am 4. Juli in Karlsruhe überreicht. Als badischer Gesandter wird dann später im Jahre 1805 der Geh. Rath Freiherr Ludwig von Wöllwarth am Stuttgarter Hofe beglaubigt.

4. Reichsritterschaft und Conservatorium. (Dec. 1803—Juni 1804.)

622. Protokoll des Geh. Raths.

Karlsruhe, 13. Dec. 1803.

[Hessen-Darmstadt kündigt Besetzung der Ritterorte an. Respectirung der badischen Ansprüche. Karl Friedrich allen gewaltsamen Schritten gegen die Ritterschaft abgeneigt.]

Mit einem Schreiben des Landgrafen von Hessen-Darmstadt vom 11. d. M. ist der Oberst von Baumbach in Karlsruhe eingetroffen, um zu eröffnen, der Landgraf sehe sich durch die Ereignisse in den benachbarten Landen[1] veranlaßt, „die zur unmittelbaren Reichsritterschaft gehörigen Vasallen .... in Ihren Landen nach näherem Inhalt öffentlicher Patente .... für Ihre Landsassen zu erklären", verspreche aber im voraus, falls „bei Vollstreckung dieser Maßregel" aus Versehen badische Gerechtsame verletzt würden, unverzüglich Abhilfe zu schaffen.

Es wird darauf beschlossen, dem Obersten zu erwidern, der Kurfürst werde seine Vorkehrungen danach treffen, in der festen Zuversicht, daß er nicht in die Lage versetzt werde, sich beschweren zu müssen.

„In der Hauptsache selbst haben Smus Ihre Entschließung dahin gefaßt, vorstehende .... Vorgänge nicht nachzuahmen", dagegen zum Schutze der lehensherrlichen Rechte geeignete Schreiben an die Ritterdirectorien der Kantone Kraichgau, Neckar-Schwarzwald und Ortenau zu erlassen[2].

Concept Meiers.

623. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 14. Dec. 1803[3].

[Mission Baumbachs. Der Kurfürst wünscht erst der Zustimmung Frankreichs versichert zu sein.]

Informirt Dalberg über die Sendung des Obersten von Baumbach.

Cependant S. A. S. E. n'ayant nulle connaissance de l'opinion et de l'agrément du Premier Consul à ce sujet, ne prendra certainement pas de

[1] Ueber die Ausschreitungen verschiedener Reichsstände gegen die Ritterschaft vergl. die Einleitung.

[2] In den betr. Schreiben wird sämmtlichen Mitgliedern der Ritterschaft, die badische Vasallen sind, oder deren Besitzungen vermöge ihrer geographischen Lage in natürlichem Verbande mit dem Kurstaate stehen, gegen Eingriffe Dritter in ihre Reichsfreiheit der kurfürstliche Schutz zugesichert (d. d. 13. Dec.). — Zur Wahrung der eigenen Gerechtsame wird weiter beschlossen, in allen ritterschaftlichen Lehensorten durch die Ortsbehörden offene Patente anschlagen zu lassen, durch welche die Lehensunterthanen gewarnt werden, einer etwaigen „fremden reichsständischen Occupation" Vorschub zu leisten, oder sich, falls „zur Herstellung der vorhinigen Ortsfreiheit" der Einmarsch badischer Truppen nöthig werden sollte, sich irgendwie darein zu mischen (d. d. 14. Dec.).

[3] Zweite Depesche vom gleichen Tage.

parti définitif là-dessus, avant que d'avoir par Vous, Mr le Baron, des notions précises sur cet accord présumé entre les puissances prépondérantes . . . .

---

624. Karl Friedrich an den Landgrafen Ludwig von Hessen-Darmstadt[1].

Karlsruhe, 14. Dec. 1803.

[Occupation der Ritterorte im Kraichgau durch Hessen=Darmstadt. Verletzung badischer Lehensrechte. Man fordert Remedur und Zurückziehung der Truppen.]

Die Nachricht ist heute eingelaufen, daß gestern, während Oberst von Baumbach in Karlsruhe empfangen worden, Hessen=Darmstadt die kraichgauischen Ritterschaftsorte, darunter auch badische Lehen, „bis herab in die Gegend von Münzesheim“ occupirt habe.

So wenig ich nun geneigt bin, noch zur Zeit und ehe eine reichskonstitutionsmäßige Berechtigung dazu vorhanden ist, oder allenfalls, da Gott vor sei! ein eintretender Krieg und Zerstörungsstand der Reichskonstitution mich dazu nöthigt, die Reichsfreiheit meiner Vasallen und benachbarter Ritterglieder anzutasten, so wenig kann mir doch zugemuthet werden, geschehen zu lassen, daß von Andern in die Reichsfreiheit dieser für solche Fälle meiner Tutel heimfallenden Rittergüter zu deren jetzigem und meinem künftig wirklichen oder doch möglichen Nachtheil eingegriffen werde, und Ew. 2c. müssen es gewiß selbst rechtlich und billig finden, daß ich meinen Vasallen für die Reichsunmittelbarkeit ihrer Lehre den kräftigsten . . . . Schutz, denen übrigen in Umgebungsverhältnissen zu meinen Landen befindlichen Rittern aber alle nachbarliche Hilfe und Assistenz angedeihen lasse.

Folgt ein Verzeichniß der badischen Lehen im Kraichgau. Weder in diesen, noch überhaupt in allen Orten des Kantons Kraichgau unterhalb Sinsheim und Eppingen, gegen den Rhein zu, werde er, versichert der Kurfürst, „eine fremde Landsasserei“ dulden; er fordere den Landgrafen daher auf, all' diese Orte, soweit sie besetzt seien, unverzüglich wieder räumen und die Patente entfernen zu lassen[2].

Concept Brauers.

---

625. Landgraf Ludwig von Hessen-Darmstadt an Karl Friedrich.

Darmstadt, 21. Dec. 1803.

[Zurückberufung der hessischen Truppen und Räumung der von Baden bezeichneten Ritterorte. Ansprüche auf Mönchzell.]

Erwidert auf das durch den Hauptmann von Porbeck überbrachte Schreiben vom 19. d. M., er sei dem Verlangen des Kurfürsten „durch einen gemessenen Befehl vom

---

[1] Abgedruckt im Badischen Militäralmanach v. J. 1862, S. 57 ff., wo sich auch weitere Nachrichten über diesen Conflict mit Hessen=Darmstadt finden. Den Ernst der Lage kennzeichnet die dort mitgetheilte „Disposition zur Vertreibung der Hessen=Darmstädtischen Occupationstruppen“.

[2] Der Landgraf rechtfertigt in seiner Antwort vom 18. d. M. sein Verhalten gegen die Ritterschaft, das nur durch den Vorgang Oraniens und die Sorge vor Uebergriffen dieses Reichsstandes veranlaßt worden sei, verzichtet im übrigen aber auf alle aus der Occupation im Kraichgau etwa abzuleitenden Rechte und Ansprüche auf die oben be=

18. d. M. bereits zuvorgekommen", wie er auch im übrigen seinen Wünschen „nach Möglichkeit" entsprechen werde. Der „zum rheinpfälzischen Ausgleichungsgeschäfte" verordnete hessische Commissär, Geh. Regierungsrath Strecker, werde entsprechende Instructionen erhalten.

Nur bezüglich des Ortes Mönchzell wahre er sich „auf das bestimmteste und feierlichste" alle Ansprüche seines Hauses auf die Landeshoheit, werde aber aus Rücksicht auf die freundschaftlichen Beziehungen zu dem Kurfürsten auch hier die Abnahme des Besitzergreifungspatents anordnen.

626. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 21. Dec. 1803.

[Man mißbilligt in Wien und Paris die Ausschreitungen gegen die Reichsritterschaft. Mahnung zur Vorsicht. Verständigung mit den Nachbarstaaten, bezw. der Reichsritterschaft für den Fall ihrer Auflösung.]

. . . . Mr de Cobenzl m'a assuré que sa cour soutiendrait fortement l'existence du corps équestre et qu'à moins d'un arrangement général elle n'admettrait point des procédures aussi illégitimes et aussi violentes que celles qu'on exerçait dans ce moment. J'ai su depuis qu'on a fait connaître les mêmes principes à Mr Cetto . . . .

Unterredung mit Talleyrand, dem Dalberg eine Note[1] überreicht.

. . . . Il me fit connaître que, ne connaissant pas précisément les intentions du 1er Consul sur des événements dont il venait seulement d'être instruit, il ne manquerait pas de lui soumettre ma demande et différentes autres qui s'y rapportaient, qu'il croyait cependant que ces velléités de toujours prendre en Allemagne en éloignaient la tranquillité et qu'il fallait une bonne fois se tenir à quelque chose.

Je lui ai répondu que tels étaient les sentiments de l'Electeur de Bade, qui se refusait à toute démarche contre le corps équestre, du moment que la France la désapprouverait; mais qu'il croyait que, lorsqu'il serait question de le soumettre à la jurisdiction territoriale, il jouirait des mêmes avantages que les autres Princes d'Empire.

Il me fit entendre que la France consentirait avec plaisir à voir le corps équestre faire des arrangements avec les différents états et qu'elle appuyerait tout ce qui consoliderait la tranquillité générale . . . .

V. Exc. verra par ces différentes notions qu'on est bien loin d'approuver la conduite que les états ont tenue et qu'il vaut infiniment mieux avancer à petits pas que de s'exposer à trouver de trop grands obstacles à la fin . . . .

---

zeichneten Ritterorte; da indeß in dem Schreiben einer Ordre zur Zurückziehung der hessischen Truppen nicht gedacht wird, beauftragt der Kurfürst den Flügeladjutanten Hauptmann von Porbeck, eine solche in Darmstadt zu erwirken.

[1] d. d. 20. Dec. Unter Hinweis auf Darmstadts Vorgehen wünscht Dalberg: «les dispositions du Premier Consul à l'égard du rapport de l'ordre équestre» kennen zu lernen. Orig. Paris. Archiv.

Je crois cependant pouvoir y ajouter quelques autres avis et exposer ici ma manière de voir et de juger cette affaire. La Bavière ayant été la première à lever la main contre le corps équestre a manqué à ses devoirs et est certainement fort blamable. Elle a été suivie par le Prince d'Orange. Le Prince d'Orange ayant alors occupé plus de 100 villages non-enclavés dans son territoire a éveillé la jalousie de l'Electeur de Hesse, du Landgrave de Darmstadt, du Duc de Meiningen et des autres maisons de Nassau.

Tous ont occupé, prétextant la crainte que le voisin vienne prendre ce qu'il ne lui appartient pas.

La position de nos états exige également une attention particulière. Nos voisins à Darmstadt, Stoutgart et Fribourg sont entreprenants, ils ne se porteront point sur nos enclaves, mais peut-être sur les points intermédiaires, et s'il est à la fin question d'un arrangement avec les nobles immédiates, les occupations faites pourraient être avantageuses. Je crois donc qu'il est essentiel d'observer ce que font les voisins et de ne pas les laisser gagner la main.

Il n'est peut-être point à moi de donner des avis, mais voilà toujours mon idée.

On pourrait convenir avec les voisins qu'aucun n'occupât, jusqu'à ce qu'on sache que les puissances consentent, ou par des insinuations engager les nobles à faire des arrangements, comme ils l'ont fait à Fulde, ou tenir des postes militaires prêts pour prévenir les occupations des voisins.

On veut faciliter ici entre la noblesse immédiate et les états d'Allemagne des arrangements convenables, mais on a l'idée que cela doit se faire sans difficulté, sans trouble, on veut assurer le sort de la noblesse, les dettes des cantons, les pensions des serviteurs, trouver dans cet arrangement de quoi indemniser la noblesse de la rive gauche etc. etc.

Il m'importe de connaître sur tout cela les intentions de S. A. S. E. . . . .

---

627. Graf Görtz an den Geh. Rath.

Regensburg, 22. Dec. 1803.

[Ausschreitungen gegen die Reichsritterschaft. Vorgänge in der Wetterau. Heillose Verwirrung. Rücksichtsloses Verfahren von Hessen-Darmstadt.]

Berichtet über die von Tag zu Tag sich mehrenden Ausschreitungen gegen die Reichsritterschaft. Dem Vorgange von Kurbaiern seien Oranien-Fulda, Sachsen-Meiningen, Kurhessen und Hessen-Darmstadt gefolgt, sogar ein Graf von Salm-Bedburg (sic!), der vor dem Entschädigungsgeschäfte „kaum einige Dorfschaften" besessen, habe sich daran betheiligt[1]. Vielfach entstehen dabei Collisionen: in der Herrschaft Schlitz, dem Stamm-

---

[1] Gemeint ist die Linie Salm-Reifferscheidt-Bedbur, seit den Veränderungen des Jahres 1803 Salm-Reifferscheidt-Krautheim, die, wie Görtz an anderer Stelle mittheilt,

gute der Familie von Görtz, wird erst von Oranien=Fulda, dann von Kurhessen das Besitzergreifungspatent angeschlagen, letzteres so, daß ersteres ganz verdeckt wird. Am häufigsten finden Conflicte in der Wetterau zwischen Hessen=Kassel und Darmstadt statt, „beide Häuser nehmen und vertreiben sich .... nach der Anzahl des Militärs wechselseitig von einem und dem andern Ort in der ganzen Gegend", so daß niemand mehr wisse, wer eigentlich Herr sei.

Das darmstädtische Patent zeichnet sich dabei durch die Härte und einen mehreren Despotismus verrathenden Ausdruck aus. Auch scheinen da die wenigsten Rücksichten auf Beschönigung durch Scheingründe genommen werden zu wollen, wovon seine Unternehmungen gegen den in dem schwäbischen Kreis gelegenen Ritterkanton Kraichgau den Beweis liefern, wodurch auch den hohen Lehenrechten Sr Kurf. D. und von Kurwürtemberg zu nahe getreten worden ist ....

---

628. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 26. Dec. 1803.

[Unterredung mit Bonaparte über die Reichsritterschaft. Zurückhaltung desselben.]

|: J'ai eu occasion de parler hier au 1er Consul du désir qu'avait S. A. S. E. de voir à Sa cour un ministre français, il m'a répondu qu'on n'y avait pas pensé jusqu'ici, mais que cela devait se faire. Il m'a parlé alors de l'affaire de la noblesse sans prononcer cependant son opinion, se bornant à dire qu'il fallait conserver le repos. Il m'a demandé, combien l'Electeur gagnerait en revenus, si la noblesse était supprimée; j'ai articulé sans trop le savoir $\frac{50 \text{ à } 60}{\text{m}}$ fl. de rentes, si leurs terres étaient imposées comme les autres. Il me parut par la manière dont il me parla que Mr Talleyrand ne pouvait guères lui avoir exposé ni le désir d'avoir un ministre, ni lui avoir fait connaître l'objet de ma note. Je remarque en général que Mr Talleyrand n'est pas celui qui soutiendra le plus nos intérêts, et j'en accuse ses entours auxquels il faut toujours faire des sacrifices pour oser se vanter de leur amitié ....

Dalberg theilt daher den Inhalt der an Talleyrand gerichteten Note dem Ersten Consul mit: «il faudra tâcher de conserver le repos et s'entendre», ist alles, was Bonaparte ihm erwidert.

Il parla alors de notre militaire, me demandant des nouvelles du P^ce Louis, il répéta la question de combien le militaire était pour le moment. Je lui dis qu'on le portait à 6000 hommes, mais que notre force était la protection de la France. Il sourit .... :|

---

lediglich „durch den Einfluß des zu bekannt gewordenen Mathieu, dessen Schwester bei der Gemahlin des einen Grafen ist, eine vielleicht mehr als zehnfache Entschädigung ihres Verlustes" durch das zum Fürstenthum erhobene ehemals kurmainzische Amt Krautheim erhalten habe. Bericht vom 4. März 1804.

629. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 29. Dec. 1803.

[Die reichsritterschaftliche Angelegenheit. Empfang einer Deputation der Ortenauer Ritterschaft durch den König von Schweden. Intervention wegen Aufhebung des Sequesters.]

Der Kurfürst läßt für die Mittheilungen betr. der Reichsritterschaft danken.

. . . . Il ne paraît pas au reste que Msgr. l'Electeur soit disposé jusqu'à présent à donner une publicité particulière à son système, osant se flatter qu'on lui rend généralement assez de justice pour ne pas le soupçonner de nourrir un autre sentiment à ce sujet . . . .

Les bons offices que M[r] d'Ehrenswærd a reçu l'ordre d'interposer en faveur des familles séquestrées est sans doute une suite d'une députation du corps équestre de l'Ortenau, formée gratuitement par M[rs] les B[ons] de Wurmser, Gayling le pacha et Berkheim pour demander solenellement dans une audience particulière à S. M. le Roi de Suède son appui et son intercession relativement à cet objet partout où Elle le jugerait salutaire . . . .

---

630. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 31. Dec. 1803.

[Bemühungen der deutschen Höfe, ihr Vorgehen gegen die Reichsritterschaft zu entschuldigen. Frankreich freut sich der Verwirrung in Deutschland. Intervention.]

|: L'affaire de la noblesse immédiate occupe toujours beaucoup les ministres allemands qui se trouvent ici. Voyant qu'on la désapprouve, ils cherchent mille excuses et tendent à faire agréer l'idée de rester en possession des territoires occupés, jusqu'à ce qu'un arrangement définitif soit convenu . . . .

D'un autre côté il paraît ici que la France se plaît à cet état de violence, d'incertitude et inexécution du recès en Empire. L'Archichancelier et, à ce que je crois, le Roi de Suède désirent une commission pour l'exécution du recès d'Empire.

M[r] Talleyrand a dit à un de ses intimes: «Nous ne pouvons pas dans ce moment porter notre attention de ce côté-là; dès que nous aurons les mains libres, nous reviendrons sur les affaires de l'Allemagne et pour lors il vaut mieux ordonner que conseiller» . . . . :|

---

631. Landgraf Ludwig von Hessen-Darmstadt an Karl Friedrich.

Darmstadt, 4. Jan. 1804.

[Der Landgraf beschwert sich über Dalberg und dessen gehässige Darstellung seines Vorgehens gegen die Reichsritterschaft.]

. . . . Meine Gesandtschaft zu Paris hat unterm 20. Dec. v. J. angezeigt, daß Dero dortiger Minister, Freiherr von Dalberg, sehr angelegentlich bemühet

wäre, die von Mir verfügte provisorische Besitznahme der enclavirten und angränzenden reichsritterschaftlichen Güter bei den franz. Staatsbeamten sowol, als bei verschiedenen Mitgliedern des diplomatischen Corps in einem gehässigen Lichte darzustellen, daß er behauptet, wie die Absendung Meines Obristen von Baumbach den Zweck gehabt habe, Ew. Lbden. zu der nämlichen Maßregel einzuladen, daß er von gewaltsamen Eingriffen in Dero Gerechtsame und von Ihrem ernstlichen Misfallen hierüber geredet und wegen der ganzen Angelegenheit einer entscheidenden Erklärung des franz. Gouvernements entgegen gesehen habe[1]. Unmöglich kann Ich annehmen, daß der Herr von Dalberg, wie er ausdrücklich vorgegeben, zu einem solchen Verhalten von Ew. Lbden. beauftragt worden. Der Eifer für die Erhaltung der reichsritterschaftlichen Corporation, auch wenn ich ihn in einem gewissen Grade voraussetzen dürfte, würde Dieselben keine Handlungsweise gutfinden lassen, welcher, den äußern Formen nach, keine andere Tendenz beigelegt werden kann, als Dero Verfahren in der reichsritterschaftlichen Sache auf Meine Kosten unter dem vortheilhaftesten Gesichtspunkte vorzustellen. Denn über die Beweggründe der durch gebieterische Umstände und keineswegs durch arbiträre Vergrößerungsabsichten veranlaßten provisorischen Besitznahme habe Ich Mich gegen Ew. Lbden. so frühzeitig erklärt, Ihre Mir nachmals geäußerten Besorgnisse mit einer solchen Bereitwilligkeit entfernt, und überhaupt so viele Achtung gegen Dero Interesse und Gerechtsame zu erkennen gegeben, daß man nicht zu bezweifeln im Stande ist, wie hieraus noch ein Stoff zu Beschwerden genommen werden könnte. Auch darf ich mir schmeicheln, sofern Ew. Lbden. wider Erwarten noch irgend eine Bedenklichkeit hegten, daß Sie mit Ihrem gewöhnlichen Vertrauen Mich davon benachrichtigen und nicht durch Ihre Gesandtschaft Sich dieserhalb sogleich an eine auswärtige Regierung wenden würden....

Der Landgraf hofft, daß diese Eröffnung genügen werde, „um dem Herrn von Dalberg sein seltsames Betragen verweisen zu lassen“.

Copie.

632. Karl Friedrich an den Landgrafen Ludwig von Hessen-Darmstadt.

Karlsruhe, 10. Jan. 1804.

[Der Kurfürst weist die Beschwerde über Dalberg als ungerechtfertigt zurück; er wünscht ein freundliches Einvernehmen beider Höfe.]

Der Kurfürst versichert, jede Verstimmung, die zwischen beiden Höfen Platz greife, berühre ihn peinlich.

.... Daß ich aber Meinen Gesandten zu Paris von der mündlichen Ausrichtung des an Mich eigens abgeordneten Herrn Obristen von Baumbach vollständig habe benachrichtigen lassen, auch ihm zugleich den Auftrag ertheilte, die dortige Ansicht des betr. Gegenstandes möglichst zu erforschen und Mir darüber genauen Bericht zu erstatten, werden Ew. Lbden. wohl ebensowenig misbilligen, als daß Mein Verfahren in dieser Sache kein Geheimniß geblieben, noch

[1] Vergl. oben Nr. 622 und 623.

auch verborgen bleiben konnte, ohne Mich dem Verdachte auszustellen, daß Ich an entgegengesetzten Maßregeln wirklich schon Theil genommen hätte oder noch zu nehmen gedächte.

Die darüber entstandene Verschiedenheit der Aeußerungen Unserer beiderseitigen Gesandten in Paris und die ebenso verschiedenen Urtheile, die daraus geflossen sein mögen, dürften denn wol den Freiherrn von Pappenheim verleitet haben, jene in einem ungleichen Gesichtspunkt zu fassen und darzustellen.

Wenigstens hat Mein Gesandter keinen Auftrag je erhalten, dessen Befolgung Ew. Lbden. zu irgend einem Nachtheile gereichen sollte. Ich werde daher auch nicht ermangeln, die ihm vorlängst schon ertheilte Weisung zu erneuern, unter allen Umständen das freundschaftliche Einverständniß mit dem Deroseitigen zu unterhalten, welches die glücklich bestehenden engen Bande und Verhältnisse Unserer beiden Häuser öffentlich bestätigen möge . . . .

Copie.

633. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 11. Jan. 1804.

[Mittheilung der darmstädtischen Beschwerde. Man vermuthet, daß auch von Baiern eine solche erfolgen werde. Empfiehlt Dalberg Vorsicht.]

Edelsheim theilt das Schreiben des Landgrafen von Darmstadt vom 4. Jan. d. J., sowie die Antwort des Kurfürsten vom 10. d. M. abschriftlich mit.

|: Msgr. l'Electeur présume que c'est peut-être principalement la note que Vous avez présentée à Mr Talleyrand[1] et dont Mr de Pappenheim pourrait s'être procuré une copie qui aura causé sa grande sensibilité à ce sujet. S. A. E. pense que cet office, n'ayant produit aucun effet, ni réponse, autant eût valu qu'on s'en fût dispensé, en s'en tenant aux données qui Vous étaient déjà parvenues. Elle appréhende même de recevoir peut-être également de semblables remonstrations de Munich, supposant que le Bon de Pappenheim n'aura pas manqué d'animer Mr de Cetto à faire cause commune avec lui. Au reste Elle s'en rapporte entièrement à Votre pénétration et à Votre prudence pour tenir à cet égard la conduite que Vous jugerez la plus convenable afin d'écarter toute apparence de mésintelligence et de désapprobation ouverte de la conduite de nos plus proches alliés. :|

634. Das Directorium des Rittercantons Kraichgau an Karl Friedrich.

Heilbronn, 16. Jan. 1804.

[Dank für die Beschützung der ritterschaftlichen Rechte.]

Ew. Kurf. D. haben in einem Zeitpunkte, wo der gewaffnete Angriff auf unsere Rechte und Verfassung statt aller Titel das Beispiel nannte, mit ehr=

[1] Vergl. oben S. 500 Anm. 1.

würdiger Festigkeit und ächter Fürstengröße Sich für Recht und Constitution in derjenigen erhabnen Sprache erklärt, welche Deutschland von den Grundsätzen eines Fürsten, der in allem, was edel und gut ist, seit vielen Jahren die praktische Lehre gibt, zu erwarten berechtigt war.

Glücklich ist bei den Stürmen, welche die erneuerte Verfassung Deutschlands begleiteten, unser Vaterland, unter seinen ehrwürdigsten Häuptern Ew. Kurf. Durchl. mit Ehrfurcht zu nennen, und die gehaltvollen Worte jener grauen Stiftungsurkunde der deutschen Constitution verwirklichet zu finden, indem es in Höchstdenenselben eine Säule der deutschen Verfassung verehren darf.

Jemehr das Gefühl der Theilnahme sich zu dem Mindermächtigen, der gegen die Gewalt nur den Schild des Gesetzes vorzuhalten vermag, hin neiget: desto gewisser wird der allgemeine Ruf diese erhabne Handlungsweise mit Enthusiasmus verbreiten und den Triumph der Gerechtigkeit zugleich mit dem hehren Namen Ew. Kurf. Durchl. feiern . . . .

Der Director des Rittercantons Kraichgau, der preußische Kammerherr Freiherr Ernst von Gemmingen, wird im Namen der Ritterschaft dem Kurfürsten persönlich ihren Dank aussprechen[1].

635. Kaiser Franz II. an den Kurerzkanzler und die Kurfürsten von Sachsen und Baden.

Wien, 23. Jan. 1804.

[Kaiserliches Conservatorium zum Schutze der Reichsritterschaft.]

Hinweis auf die Officialanzeige des ritterschaftlichen Generaldirectoriums über die der Reichsritterschaft zugefügten vielfältigen Unbilden[2] und auf die Dringlichkeit des reichsoberhauptlichen Schutzes, zu dem den Kaiser überdies die Wahlcapitulation verpflichte. Unter Annullirung aller von den betreffenden Reichsständen rechtswidrig verfügter Maßregeln wird den Kurfürsten „mittelst gegenwärtigen kaiserlichen Conservatorii" der Auftrag ertheilt, die Reichsritterschaft, wenn nöthig mit gewaffneter Hand, in all' ihre Rechte wieder einzusetzen und binnen zwei Monaten über den Erfolg zu berichten.

Orig. der für Kurbaden bestimmten Ausfertigung.

636. Der kaiserl. Concommissär von Hügel an Karl Friedrich.

Regensburg, 29. Jan. 1804.

[Das kaiserliche Conservatorialdecret. Befriedigung über die verfassungstreue Haltung des Kurfürsten.]

Uebersendet das kaiserliche Conservatorialdecret vom 23. d. M.; die Beilagen werden folgen. Der Kurfürst werde aus dem ihm ertheilten Auftrage „das besondere allergnädigste Wolgefallen Sr Kaiserlichen Majestät über die in dieser wichtigen Reichsangelegenheit durch die offene Anerkenntniß der rechtlich bestehenden ritterschaftlichen Corporationen bewährten verfassungsmäßigen Gesinnungen", sowie das besondere Vertrauen auf die von ihm jederzeit bewiesene „edle, gerechte und patriotische Denkungsart" erkennen.

[1] Auch das Directorium der fränkischen Ritterschaft, Orts an der Baunach, richtet später, am 1. Febr., ein ähnliches Dankschreiben an den Kurfürsten.

[2] Vergl. Häberlins Staatsarchiv, XI, 417.

In seiner Antwort vom 3. Febr. versichert der Kurfürst seine Bereitwilligkeit, dem kaiserlichen Auftrage nach Kräften Folge zu leisten, und ersucht, vorläufig dem Kaiser seinen Dank für die bewiesene Huld auszusprechen.

---

637. Kaiser Franz II. an den Kurerzkanzler und die Kurfürsten von Sachsen und Baden.

Wien, 10. Febr. 1804.

[Besetzung der Burg Friedberg durch Hessen-Darmstadt. Die Conservatoren mit der Wiederherstellung des status quo beauftragt[1].]

Ew. Liebden Lbd. werden aus den angeschlossenen Exhibitis ersehen, daß des Landgrafen zu Hessen Darmstadt Lbden. am ein und zwanzigsten des verflossenen Monats Unsere kaiserliche und des heiligen Reichs Burg Friedberg bei nächtlicher Weile mit offener Gewalt und militärischer Mannschaft überfallen und okkupirt, die Burggarnison arrestirt und entwaffnet, ja demnächst sogar geladene Kanonen mit brennenden Lunten am vordern und hintern Burgthor aufgepflanzt und auf die Burg gerichtet, Ihre Mannschaft am fünf und zwanzigsten gedachten Monats mit Kavallerie verstärkt, auch selbst schweres Geschütz in der Stadt niedergelegt und überhaupt mancherlei, die öffentliche Ruhe und vornehmlich die Sicherheit der Burg und ihrer Angehörigen bedrohende Veranstaltungen getroffen haben.

Nachdem Wir nun, um diesen landfriedensbrüchigen Unternehmungen entgegen zu gehen, laut des weiteren Anschlusses des ernannten Landgrafens Liebd. unterm Heutigen alles Ernstes befohlen, Ihr Militär aus gedacht Unserer und des Reichs Burg sogleich zurückzuziehen und Ihre sämmtlichen, die gemeine Sicherheit und Ruhe gefährdenden Veranstaltungen unverzüglich abzustellen:

Als wollen Wir Euren Liebden Liebden, sammt und sonders auf den Fall, daß der Landgraf diesem Unsern kaiserlichen oberstrichterlichen Befehle die schuldige ungesäumte Folge nicht leisten sollte, im Vertrauen auf Ihre reichskonstitutionsmäßige Denkungsart hiermit gnädigst aufgetragen haben, denselben unverweilt und auf seine Kosten, auch, wo nöthig, mit gewaffneter Hand dazu anzuhalten, und überhaupt Alles dasjenige, was die Handhabung des Landfriedens erfordert, zu thun und vorzukehren ....

Ueber den Erfolg wird binnen zwei Monaten Bericht erwartet[2].

Originalausfertigung für Baden.

---

[1] Vergl. über die Vorgänge Berghaus, Deutschland vor 50 Jahren, I, 388 ff.; Häusser, a. a. O., II, 484; das Nähere in den beiden von dem Burggrafen an den Reichstag gerichteten Promemorien vom 16. Dec. 1803 und 28. Jan. 1804, dictirt am 4. Febr.

[2] In Folge dieses Rescripts ergeht am 27. Febr. ein Mahnschreiben des Kurfürsten an den Landgrafen; am 3. März zieht Darmstadt nach sechswöchentlicher Besetzung der Burg seine Truppen zurück und zeigt am 17. März dem Kurfürsten an, daß es dem kaiserlichen Befehle in allen Stücken Gehorsam geleistet habe.

638. Minister von Albini an den Geh. Rath.

Regensburg, 12. Febr. 1804.

[Die Vollstreckung des kaiserlichen Auftrages. Ansicht des Kurerzkanzlers darüber. Monitorien, im Nothfalle Execution.]

Dank für die Zuschrift vom 3. d. M., in welcher der Minister ersucht wird, über die Vollziehung des kaiserlichen Auftrags „die erleuchteten Gesinnungen" des Kurerzkanzlers mitzutheilen.

Inmittelst scheint Sr Kurf. Gnaden keinem Zweifel zu unterliegen, daß da, wo ein einzelner höchster Conservator um seine Verwendung und Hilfe eigends angerufen wird, oder sonst schickliche Gelegenheit hat, an einzelne Stände des Reichs die Herstellung des Status quo vom 1. Dec. 1802 zu gesinnen, solches von jedem Herrn Conservatoren nicht nur geschehen könne, sondern auch um so geschwinder zum Zweck führen werde ....

Allemal werden Dehortatorien und Monitorien gegen alle diejenigen Stände, welchen von Kaiserl. Majestät die erkannten Conservatorien bekannt gemacht worden sind, vorangehen müssen. Sollten diese jedoch nichts helfen, so werden die ernstlicheren Maßregeln jedesmal wenigstens von einigen am nächsten gelegenen Herrn Conservatoren zur wirklichen Vollziehung dieses allerhöchsten Auftrags gemeinsam zu verabreden und ins Werk zu setzen sein.

Sei einmal der Zustand vom 1. Dec. 1802 allenthalben hergestellt, so bleibe jedem Reichsstande unbenommen, seine Ansprüche gegen die Reichsritterschaft auf verfassungsmäßigem Wege zu verfolgen.

639. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 12. Febr. 1804.

[Die reichsritterschaftlichen Angelegenheiten. Mißtrauen gegen Preußen. Gewisse Zugeständnisse der Ritterschaft im Interesse des Friedens wünschenswerth.]

Cobenzl hat eine Note in Sachen der Reichsritterschaft überreicht; er ist überzeugt, daß Frankreich den Erzherzog von Oesterreich nicht hindern werde, gemeinsam mit den übrigen Conservatoren zu Gunsten der Reichsritterschaft einzuschreiten. „Der vom Berliner Hof gegebene Rath, daß die verschiedenen Stände ihre Truppen aus den besetzten ritterschaftlichen Besitzungen zurückziehen möchten", verräth, daß man dort beabsichtigt, „diese Sache blos durch die Feder ausmachen zu lassen und dadurch langen Streitigkeiten offenes Feld einzuräumen". Im übrigen betrachtet Cobenzl „den Gang der Angelegenheiten" als gehemmt, denn nachdem die Reichsstände unter Vorbehalt ihrer Ansprüche ihre Truppen zurückberufen, in Regensburg aber „aus Mangel an Einverständniß" keine ernstliche Entscheidung zu erwarten sei, werde die Frage nicht eher wieder zur Sprache kommen „als bis zu dereinstiger Entscheidung der durch den jüngsten Reichsreceß noch unerledigt gebliebenen Punkte". Inzwischen hält er für wünschenswerth, daß die Reichsritterschaft „zu solchen schicklichen Opfern vermocht werden könnte, wodurch ihre verfassungsmäßige Existenz gesichert und zugleich den billigen Erwartungen der .... Reichsstände in Rücksicht der für ihre Lande und Staatsverwaltung gereichenden Vortheile entsprochen würde".

640. Graf Görtz an den Geh. Rath.

Regensburg, 29. Febr. 1804.

[Man dringt in Wien auf Zusammentreten der Subdelegirten in Regensburg. Bairische Paritionsanzeige.]

Der kaiserliche Concommissär von Hügel und der kurböhmische Gesandte Graf v. Stadion haben Görtz eröffnet, der kaiserliche Hof halte Regensburg für den geeignetsten Ort für die Verhandlungen der Conservatoren; sie selbst hätten ihre Vollmachten zu dem Ende bereits empfangen. Da wol auch die übrigen betheiligten Stände dem Beispiele von Kurbaiern[1] folgen würden, stehe eine baldige befriedigende Erledigung der Angelegenheit, ohne Anwendung gewaltsamer Mittel, zu erwarten: um so mehr wünsche man aber in Wien, daß die „Herren Mitconservatoren" ihre Subdelegirten ernennen und mit Vollmacht versehen möchten[2].

641. Gemmingen an Edelsheim.

Stuttgart, 1. März 1804.

[Nothwendigkeit einer eigenen Vertretung am Reichstag. Candidatur Seckendorffs.]

Die Lage der Dinge in Regensburg erweist von neuem, wie dringend es nöthig, daß Baden dort einen eigenen Vertreter habe. Wie der Regierungsrath von Seckendorff in Stuttgart Gemmingen mittheilt, sei auch Görtz von der Nothwendigkeit einer Aenderung überzeugt und habe seinem, Seckendorffs, Vater gerathen, sich um den badischen Gesandtschaftsposten zu bewerben; er hege indeß Bedenken, in Karlsruhe darauf anzutragen[3].

642. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 5. März 1804.

[Note Cobenzls vom 29. Febr., das Conservatorium betr. Scharfe Gegenantwort Talleyrands. Ablehnung des Conservatoriums und Ankündigung einer Intervention der vermittelnden Mächte. Vorsicht für Baden geboten.]

Dalberg übersendet abschriftlich eine Note[4] nebst Denkschrift, die Cobenzl wegen des Conservatoriums in Paris überreicht.

---

[1] Baiern hatte sich am 19. Febr. vor dem Reichstage zur Wiederherstellung des früheren Rechtszustandes bereit erklärt. Vergl. Häusser, a. a. O. II, 486.

[2] Da man in Karlsruhe mit Rücksicht auf die in der vorliegenden Frage bestehende Meinungsverschiedenheit gegenüber der preußischen Regierung Bedenken trägt, den Grafen Görtz zum Subdelegirten zu ernennen, erhält Gemmingen die Weisung, bei der Durchreise durch Regensburg sich zu erkundigen, ob etwa Albini geneigt wäre, die Aufgabe zu übernehmen. Geh. Rathsprot. v. 5. März 1804.

[3] Edelsheim ersucht darauf Gemmingen, Erkundigungen über Seckendorff einzuziehen, ohne sich indeß irgenwie zu engagiren, «parce que l'opinion qu'il était très mal vu à la cour impériale paraît exiger une circonspection toute particulière». Der Kurfürst stimme Gemmingens Ausführungen vollkommen bei: «il désire seulement de faire un bon choix et d'affliger le moins possible celui qui doit céder sa place». d. d. 5. März, Concept. — Der hier erwähnte Freiherr Ernst Albrecht v. Seckendorff war ehemals würtembergischer Minister und als solcher Amtsvorgänger seines gleichnamigen Vetters.

[4] d. d. 29. Febr. Cobenzl theilt das kaiserliche Conservatorialdecret vom 23. Jan. Talleyrand mit und versichert, das Vorgehen des Wiener Cabinets bezwecke lediglich die

|: Cobenzl ersucht, sie dem Könige von Schweden mitzutheilen; er hat gestern eine Antwort auf seine Note erhalten, gleichzeitig auch der russische Geschäftsträger, Baron Oubril.

.... Celle-ci [sc. note] se bornait à lui dire, que l'ambassadeur Hédouville serait chargé d'exposer les idées de la France sur l'affaire de l'ordre équestre, que le conseil aulique avait de nouveau donné une preuve de sa violence et de sa partialité, que les mesures du Conservatoire n'étaient point de nature à conserver la tranquillité en Allemagne, que l'Autriche voulait de nouveau gagner sur la Bavière, et que c'était à la Diète et par l'entremise des puissances médiatrices, que ces différends sur l'ordre équestre pourraient s'arranger.

La note à Mr de Cobenzl est d'un autre style, et on me dit, d'une force et chargée d'expressions presque menaçantes[1]. Elle dit approchant, que les armements considérables de l'Autriche avaient un autre prétexte; qu'ils étaient l'effet de l'intrigue anglaise, et que loin de conserver la tranquillité, ils serviraient à agiter et à troubler l'Allemagne, qu'on ne tendait qu'à l'envahissement de la Bavière, que le Premier Consul ne souffrirait jamais qu'on le servît d'un si petit objet d'intérêt qu'était l'ordre équestre, pour éblouir sur d'autres projets; que ces différends pourraient et devraient être discutés à la Diète; que le Conservatoire outrepassait toute mesure; que les puissances médiatrices interviendraient par une déclaration[2]. Mr de Cobenzl a sur le champ répondu; sa note désavoue avec force les armements; la phrase y est, à ce qu'on me dit, que si le Premier Consul avait des vues aussi pacifiques que l'Empereur, la paix et la tranquillité n'étaient point menacées, et qu'on ne voulait que le rétablissement de l'ordre et des loix en Empire.

Je crois avoir exactement rendu le sens des notes que je n'ai point lues, mais dont hier à minuit on est venu me parler, et que même aujourd'hui on obtiendra sous le secret, s'il est possible. Massias a écrit ici, que S. A. S. E. avait accepté le Conservatoire, j'ai pris l'occasion de dire plusieurs fois, que de l'acceptation à l'exécution il y avait encore

Aufrechterhaltung des Friedens und der Ruhe im Reiche: der Kaiser hoffe daher auf die Mitwirkung Frankreichs. Die Note Talleyrands an Oubril vom 9 Ventôse bei Tratchevsky, a. a. O. II, 484 ff.

[1] Vergl. darüber Wertheimer, Geschichte Oesterreich-Ungarns im ersten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts I, 189. Tratchevsky, a. a. O. II, 504 ff.

[2] Wie Dalberg ein paar Tage später erfährt, ist diese scharfe Entgegnung wesentlich durch den bairischen Gesandten von Cetto veranlaßt worden, der im Auftrage seiner Regierung gemeinsam mit Lucchesini die Rüstungen Oesterreichs und die Besorgnisse des Münchener Hofes vor einem Angriffe von dieser Seite in übertriebener Weise dargestellt und erstere mit der eben entdeckten royalistischen Verschwörung in Verbindung gebracht. Bericht vom 8. März. Vergl. dazu Graf Du Moulin Eckart: München und Wien. Forschungen zur Kultur- und Litteraturgeschichte Baierns. IV, 227.

du chemin. V. Exc. voudra parler dans le même sens, mais d'une manière confidentielle, sans qu'il paraisse que je Vous aie rendu compte de ce qui s'est passé; la soumission de la Bavière peut y prêter; on n'a pas besoin d'en venir à des mesures sérieuses etc. Il faudra maintenant attendre les réponses de Pétersbourg. :|

---

643. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 7. März 1804.

[Oubril bemüht, vor Eintreffen der Weisungen aus Petersburg eine Erklärung in Regensburg zu hintertreiben. Angebliche Werbungen Frankreichs um ein schwedisches Bündniß.]

|: Mr Oubril s'est rendu hier chez Mr de Talleyrand pour lui demander de ne point faire de démarches à la Diète au nom des puissances médiatrices avant d'avoir reçu la réponse sur les intentions de S. M. I., puisqu'il n'avait eu ordre que de demander la connaissance de celles du Gouvernement français et aucunement de convenir de démarches ultérieures . . . . La légation russe ici m'a parlé du soupçon qu'elle avait que la France avait fait faire des propositions au Roi de Suède ou par Otto[1] ou par Massias, pour s'en servir contre la Russie, en cas de rupture. Il faut qu'il y ait en quelque chose, puisque Mr d'Ehrenswærd m'a demandé plusieurs fois, s'il était vrai que Mr Lagerbjelke venait ici, et si on ne m'en parlait pas, qu'il en avait été question aux relations extérieures, et qu'il n'avait pas l'idée de ce qu'il devait y faire. Je lui ai assuré que je n'en savais pas le mot. V. Exc. m'obligerait, si Elle voulait me communiquer ce qui Elle en pensait . . . . :|

---

644. Talleyrand an Massias.

Paris, 17 Ventôse an 12 (10. März 1804).

[Mißbilligung der Annahme des Conservatoriums durch Baden. Die Rüstungen Oesterreichs und ihr Zweck. Die Sicherheit des Reiches bedroht. Zusicherung französischen Schutzes.]

Der Eifer, mit dem sich der Kurfürst beeilt, das Conservatorium, welches der Reichshofrath ihm übertragen, anzunehmen, hat in Paris um so mehr unangenehm berührt, «qu'il est difficile de ne pas voir dans la détermination de la cour de Vienne relativement aux affaires de l'ordre équestre moins un motif qu'un prétexte qu'elle s'est empressée de saisir pour colorer des armements considérables qui menacent l'indépendance des états secondaires de l'Allemagne et pourraient compromettre le repos de l'Empire et du continent».

Le Premier Consul est en effet déterminé à ne point laisser porter atteinte aux stipulations du recès d'Empire et à accorder secours et protection

[1] Französischer Geschäftsträger in München. Zur Sache vergl. oben Nr. 566 und 582.

aux états qui seraient menacés par les armements de l'Autriche . . . . Il n'a pu voir sans sollicitudes les dispositions extraordinaires de la cour de Vienne et il a dû lui faire demander directement des explications sur des armements et des mouvements de troupes si peu proportionnés à l'importance réelle du sujet et à la puissance des états contre lesquels ces dispositions étaient dirigées[1]. Vous Vous attacherez dans Vos entretiens avec les ministres de l'Electeur à fixer l'attention de la cour de Bade sur les arrière-pensées de la cour de Vienne dévoilées par le parti violent qu'elle vient de prendre et Vous aurez soin de bien faire connaître la ferme résolutions du Gouvernement français de protéger efficacement les états d'Empire qui seraient menacés par les armements de l'Autriche.

Concept. Pariser Archiv.

---

645. Edelsheim an Gemmingen.

O. O. u. D. [Mitte März[2] 1804].

[Cobenzls Note vom 29. Febr. Weisungen des Königs von Schweden an Armfelt betr. der Reichsritterschaft. Verhütung nachtheiliger Folgen für Baden.]

Je profite de l'expédition d'un courrier de Mr de Lagerbjelke au général d'Armfelt[3], non seulement pour Vous informer de l'objet de cette mission, mais aussi pour Vous communiquer, cher Bon, maintes choses intéressantes.

Le Cte Philippe Cobenzl, en chargeant le Bon de Dalberg d'envoyer à notre Electeur une copie de la note accompagnée d'un mémoire qu'il a remis le[4] . . . . au ministre Talleyrand relativement aux affaires du corps équestre et au Conservatoire qui y a rapport, a fait prier S. A. E. de faire également part de ces offices au Roi de Suède. Le patriotisme dont S. M. est pénétrée lui fait saisir avec chaleur cette circonstance pour faire témoigner à l'Empereur son empressement à concourir — fût-ce même en sa qualité de garant de la paix de Westphalie, — à tout ce que S. M. I. pourrait juger à propos[5]. Je me dispense de Vous observer, combien cette démarche nous paraît tout au moins assez superflue, — peut-être même fort hazardée; il suffira de Vous faire part de quelques données à ce sujet, qui Vous feront voir les choses dans leur vrai jour; d'ailleurs la prudence et la circonspection de Mr d'Armfelt lui feront sans doute éviter tout ce qui pourrait compromettre le Roi ainsi que nous . . . .

---

[1] Vergl. Wertheimer, a. a. O., I, 118.

[2] Das Schreiben stützt sich auf Mittheilungen Dalbergs vom 5. März, die am 10. d. M. nach Karlsruhe gelangen; danach ergiebt sich annähernd die Datirung des Schreibens.

[3] Schwedischer Gesandter in Wien.

[4] Lücke im Concept; zu ergänzen ist nach der oben erwähnten Depesche Dalbergs 29 février.

[5] Vergl. B. von Schinkel, Minnen ur Sveriges nyare historia, IV, 155.

A moins que la France et la Prusse n'engagent maintenant l'Electeur de Bavière à un nouveau démenti, nous pourrons être fort tranquilles sur les suites du Conservatoire; il n'y a du moins nulle part lieu en ce moment à procéder à l'exécution. Cependant Vous voyez le contraire de l'opinion que la France énonce maintenant sur les affaires du corps équestre d'avec les principes qu'on lui attribuait naguères gratuitement à ce sujet.

Concept.

646. Gemmingen an Edelsheim.

Regensburg, 11. März 1804.

[Ankunft in Regensburg. Görtz wünscht Mitglied der Subdelegation zu werden. Bedenken. Note Bachers. Besorgnisse.]

Ist gestern Nacht in Regensburg eingetroffen.

Noch habe ich niemand als den Grafen Görtz gesprochen und da zuerst sehr ungerne vernommen, daß er auch die Bevollmächtigung zu denen Conferenzen wünscht, welche das Conservatorium betreffen sollen: bei den übrigen freundschaftlichen Verhältnissen, in welchen wir uns befinden, machen mich alle diese sonderbare Wünsche sehr verlegen[1].

Die französische Note[2], welche Graf Görtz Ew. Exc. heute einschicken wird, bringt nun wol wieder neuen Kummer und neue Sorgen und wird eine neue Epoche in unserer traurigen Geschichte sein: unerwartet war sie mir nicht, aber nach meiner Ansicht darum nicht weniger unangenehm. Wenn ich wegen der Folgen einer Friedensexecutionsdeputation immer sehr besorgt war, wieviel mehr muß ich es unter diesen Umständen sein! . . . .

647. Gemmingen an Edelsheim.

Regensburg, 14. März 1804.

[Aufgaben der Subdelegation. Die Wahl des badischen Bevollmächtigten. Nachrichten über Seckendorff.]

Daß die Höfe, welchen das Conservatorium aufgetragen ist, eigene Subdelegirte bevollmächtigen sollen, welche dieses Geschäfts wegen in der Stadt Regensburg sich zu versammeln hätten, war bereits eine allgemein ausgemachte Sache. Meine erste Beschäftigung mußte also sein, den wahrscheinlichen Wirkungskreis dieser Vereinigung der Subdelegirten zu erforschen . . . . Nun ist aber über jenen Wirkungskreis die gemeinschaftliche Meinung diese, daß von den Sub-

[1] Gemmingen machte mit Recht dagegen geltend, daß die „Delicatesse“ es verbiete, den Grafen Görtz als Mitglied der Ritterschaft in die Commission zu berufen.

[2] Die Note des französischen Geschäftsträgers vom 10. März, welche zur endgiltigen Berichtigung des Entschädigungswerkes und Beseitigung aller Hindernisse «notamment en ce qui concerne les privilèges de l'ordre équestre» die erneute Intervention der vermittelnden Mächte ankündigt, bei Häberlin, Staatsarchiv, XII, 81.

delegirten zuvörderst müsse erörtert werden, welche ritterschaftlichen Beschwerden bereits gehoben sind, und in wie fern sie es sind, und welche noch bestehen. Dann hätten die Subdelegirten zu erwägen, welche Maßregeln gegen diejenigen Reichsstände zu nehmen wären, welche den ehemaligen status quo noch nicht hergestellt hätten[1] .... Ferner würde ein gemeinschaftlicher Bericht an Kaiserl. Majestät zu verabreden sein und dann zu erwarten stehen, welche neue Ereignisse fernere Maßregeln nöthig machen würden .... Ueberhaupt müsse das Conservatorium blos als eine Justizvollstreckung angesehen werden, mit möglichster Beseitigung aller politischen Rücksichten und ohne sich zu bekümmern, was dereinst noch aus der Ritterschaft werden möge.

Nach dieser Erörterung kam es dann auf die Auswahl eines kurbadischen Subdelegirten, dessen schleunigste Ernennung und Bevollmächtigung allgemein für sehr dringend gehalten wurde .... Mein Antrag auf den Herrn von Albini fand geradezu keinen Eingang, man behauptete, daß zuerst ein eigener müsse ernannt werden, daß es aber cum facultate substituendi geschehen könne, und daß dieser dann einen ex gremio substituiren dürfe. Das Resultat der übereinstimmenden Meinungen war nun, daß ich meinem Hofe vorschlagen möchte, mir .... cum facultate substituendi eine Vollmacht auf mich gestellt zuzuschicken, worauf ich dann der ersten förmlichen Sitzung beiwohnen würde und bei meiner Abreise nach Wien einen ex gremio substituiren könnte. Herr von Hügel hatte Bedenklichkeiten, ob das Herr von Albini sein könne, da er die Direction haben würde und ob man allenfalls den Kurerzkanzler nicht ersuchen wolle, noch einen Subdelegirten zu ernennen. Ich verstand wol, daß man mir wollte bemerken machen, daß einer von den zwei österreichischen Subdelegirten könnte substituirt werden, ich wollte es aber nicht verstehen und sagte, daß, wenn es dahin kommen sollte und mein Hof diesen Vorschlag genehmige, so würde der Kurerzkanzler sicher die Gefälligkeit haben ....

Man wünscht allgemein Beschleunigung der Verhandlungen, die womöglich schon vor dem Einlauf der Vollmachten beginnen sollen.

Mittheilungen über den ehemaligen würtembergischen Gesandten Freiherrn von Seckendorff, über den Gemmingen Erkundigungen eingezogen.

Jedermann läßt ihm hier seiner Geschicklichkeit wegen Gerechtigkeit widerfahren, sehr viele entbehren ungerne die Annehmlichkeiten, welche man in seinem Hause fand, das nun für die Gesellschaft geschlossen ist, seitdem blos seine Gemahlin und Tochter hier geblieben sind. Mehrere seiner ehemaligen Collegen wissen sich nur über seine allzuwenige Mittheilung zu beschweren, während seine Freunde nur bedauern, daß er sich zu oft dem Reize überlasse, etwas Witziges und Beißendes zu sagen. In Stuttgart behauptet das Ministerium, daß er zu eigensinnig auf seinen Meinungen beharre .... Was seine Verhältnisse zum Wiener Hofe betrifft, so scheinen sich diese sehr gebessert zu haben, und ich zweifle

[1] Also namentlich Oranien-Fulda.

nicht, daß ich mit Hilfe seines Bruders, des Generals, jede wirkliche Mißbilligung vermeiden kann, denn um ihre Genehmigung bei Besetzung des Regensburger Postens können wir doch nicht fragen . . . .

---

648. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 15. März 1804.

[Bemerkungen Talleyrands über das Conservatorium. Das Verhalten Badens wird mißbilligt.]

Dalberg hat das Schreiben des Kurfürsten an Bonaparte dem Minister überreicht[1].

Il fut alors question du Conservatoire et Mr Talleyrand m'assura que le Premier Consul s'était attendu que l'Electeur l'eût instruit des motifs qui le lui avaient fait accepter; que l'Electeur de Saxe l'avait également accepté, mais qu'il y avait mis un ménagement particulier aux intérêts des autres puissances. Il m'a paru animé contre la maison d'Autriche qui avait cherché à profiter des circonstances. J'ai cherché à lui exposer que l'Electeur avait sans doute vu dans cette mesure un moyen de protection aux loix et à la constitution, et que je ne doutais point que s'il eût été nécessaire d'en venir à l'exécution, on se serait empressé à connaître la direction que la France eût désiré lui donner . . . .

|: Mr Talleyrand m'a fait sentir toujours avec beaucoup d'égard, mais très fortement combien le Premier Consul avait été sensible au manque de confiance qu'il avait cru voir dans l'acceptation pure et simple du Conservatoire. Le ressentiment n'est excité que par les circonstances du moment développé dans mon No. 18[2], l'agitation du Gouvernement et ses inquiétudes étant visibles. Cette exigence prouve la prétention qu'on a ici, que rien ne se fasse que par leurs ordres. Ni l'Archichancelier ni la Saxe ont fait des démarches ici; et que dira le Roi de Suède qui ne voulait pas même que les puissances médiatrices fussent mêlées dans cette affaire?[3] On assure que, si la réponse de la Russie est favorable à l'idée de renouer les négociations à Ratisbonne, on y enverra d'ici Mathieu, ne voulant point de ministre, pour être plus maître de ce qui se payera à cette occasion . . . . :|

---

649. Gemmingen an Edelsheim.

Regensburg, 15. März 1804.

[Die Note Bachers und ihre Bedeutung. Gemmingens anfängliche Bedenken gegen das Conservatorium beschwichtigt. Seine Wirkungen jetzt unschädlich.]

Herr von Hügel sprach von der neulichen Note des französischen Geschäftsträgers mit Zweifeln über ihre Folgen und über den Einfluß, den sie auf den

---

[1] Oben Nr. 581.

[2] Vom 8. März. Vergl. oben S. 510, Anm. 2.

[3] Vergl. die schwedische Erklärung vom 26. Jan. Häberlin, Staatsarchiv, XI, 425.

Zweck des Conservatoriums haben könne. Ich sagte ihm, daß in der allgemeinen Ungewißheit, was zu unseren Zeiten der kommende Tag bringt, ich mich blos an den buchstäblichen Sinn der Note hielte und es gar nicht ersprießlich glaube, dem vieldeutigen Ausdruck einer künftigen Intervention eine zu große Bedeutung im voraus zu geben. Wol konnte ich aber merken, daß Herr von Hügel darüber mehr Aufschluß habe.

Was nun das Conservatorium betrifft, so habe ich darüber meine Ansicht gleich anfangs mitgetheilt und es für die constitutionelle Form einer sehr gefährlichen Maßregel gehalten, die nothwendig andere Mächte aufmerksam machen mußte, insoferne dem Haus Oesterreich dadurch die Gelegenheit gegeben wurde, unter dem Vorwand des Schutzes für die Ritterschaft jeden andern Plan auszuführen. Gleichviel, ob solche Pläne vorhanden waren, die Möglichkeit ist in solchen Fällen hinlänglich. Es wird erinnerlich sein, daß ich wenig Freude darüber empfand, unsern gnädigsten Herrn unter den Conservatoren zu wissen. Nachdem aber jetzt die Sache, wo nicht eine andere Wendung, doch eine bestimmtere Richtung erhalten hat, nachdem man bairischerseits nachgegeben hat, und seit der österreichischen Entsagung auf einzelne Wirksamkeit, erscheint das ganze in einem andern Lichte. Der Zusammentritt von Subdelegirten, so unfruchtbar er auch sein mag, und die Bestimmung, daß alles ferner gemeinschaftlich behandelt werden soll, giebt dem Conservatorium eine völlig unschädliche Richtung . . . .

Da einmal das Conservatorium besteht, da es die dazu bestimmten Höfe einmal angenommen haben, so muß meiner Meinung nach zur Ehre Kaisers und Reichs doch etwas geschehen, und weniger kann nicht geschehen, als daß sie durch Subdelegirte zusammentreten, welche sich wol meistens werden angelegen sein lassen zu finden, daß die Absicht des Conservatorii bereits überall erreicht sei, und die, wo es auch unvermeidlich wäre etwas zu thun, doch leise genug auftreten werden. Selbst die österreichischen Subdelegirten werden sich gewiß so benehmen. Unter diesen Umständen sollte ich glauben, daß man auch von Seiten des französischen Gouvernements diese unschädlichste Mitwirkung als solche erkennen müsse.

---

650. Gemmingen an Edelsheim.

Regensburg, 17. März 1804.

[Eine Sitzung der Subdelegation noch nicht erfolgt. Bedrohliche Ansammlung österreichischer Truppen in Oberschwaben und Ausschreitungen derselben. Gemmingen interpellirt die kaiserlichen Gesandten.]

. . . . Der Kurerzkanzler ist entschlossen in Ansehung des Conservatorii wie in allen übrigen Sachen denjenigen Weg ungestört fortzugehen, welchen er für den constitutionellen hält . . . . Noch hat kein beiläufiger Zusammentritt wegen

des Conservatorii stattgefunden; fast vermuthe ich, daß man Briefe von Wien abwartet . . . .

Gemmingen weist auf die Ansammlung österreichischer Truppen in Schwaben hin; 3 Bataillone vom früheren Regiment Bender, 4 Compagnieen Tiroler Scharfschützen und eine Escadron Husaren sind dort eingerückt; weitere Verstärkungen werden erwartet[1].

Es ist nicht zu leugnen, daß die jetzt schon in jenem Districte vertheilten Truppen dem Landmann sehr lästig sind, wovon ich bei meiner Durchreise Zeuge war, doch das ist Sache der Regierung, und der Wiener Hof muß wissen, warum 5000 Mann dort sein sollen, wo 500 hinlänglich wären, wenn es nicht 150000 sind. Wenn aber diese Truppen sich damit abgegeben haben, viele von den berichtigten würtembergischen Grenzstöcken umzuhauen, wenn sie sich auch in ritterschaftliche Orte begeben haben und ohne irgend eine Requisition sowol über würtembergisches, als bairisches Territorium marschirt sind und sich sowol Vorspann als Fuhren haben geben lassen, so verdiente das Aufmerksamkeit. Ich habe geglaubt, daß wir, die [wir] uns überall constitutionell zeigen, auch das Inconstitutionelle nicht unbemerkt lassen dürfen, es komme her, wo es wolle. Darum fragte ich die k. k. Minister, in welcher Eigenschaft die österreichischen Truppen die Expedition mit den Grenzen und Hoheitsstöcken vorgenommen hätten. Man antwortete mir, der Wiener Hof habe dieses als souveräne Macht dort gethan, wo eigene Rechte wären verletzt worden. Ich erwiderte, daß meines Berufs es nicht sei, dieses Verhältniß zu untersuchen, ... sehr müßte ich aber in jedem Fall bedauern, daß durch Verletzung reichsständischer Territorien zu Klagen Anlaß wäre gegeben worden, die so gegründet wären und nicht ausbleiben würden, und wobei kein auch nicht betroffener Reichsstand gleichgiltig bleiben dürfte, wenn er nicht die Ueberzeugung hätte, daß es blos Fehler der Unterbehörden seien, welches dafür würde erkläret werden. Man sagte darauf, daß es allerdings ein solcher Irrthum sei, den man ohnstreitig als solchen förmlich erklären würde . . . .

---

651. Das preußische Ministerium an den Geh. Rath.

Berlin, 21. März 1804.

[Protest gegen das Conservatorium. Die angebotene Vermittelung Frankreichs und Rußlands ist anzunehmen.]

Es wird auf die bekannte Note des französischen Geschäftsträgers Bacher vom 10. März, welche „zur Berichtigung der aus dem Entschädigungswerk gefolgten mancherlei Schwierigkeiten" ein erneutes Einschreiten der vermittelnden Mächte in Aussicht stellt, verwiesen; sie biete in der That einen glücklichen Ausweg zur Wiederherstellung der Ruhe. Im übrigen habe der König durch seinen Reichstagsgesandten Verwahrung eingelegt[2]

---

[1] Ueber die Truppensendungen nach Schwaben vergl. auch die Angaben bei A. Fournier, Gentz und Cobenzl, S. 94.

[2] Vergl. die von dem Grafen Görtz am 27. März überreichte preußische Denkschrift in Häberlins Staatsarchiv, XII, 82 ff.

gegen das Conservatorium, welches der Reichshofrath in einer so wichtigen, vor den Reichstag gehörigen Frage, „zumal mit verfassungswidriger Uebergehung Sr Kgl. M. in Absicht derjenigen Kreise, worin Ihnen das Kreisdirectorium zustehet, und dagegen mit Hineinziehung des durchlauchtigsten Erzhauses Oesterreich, welches solchergestalt als Partei, als Richter und Executor zugleich dargestellt wird", verfügt und ertheilt habe. Aufforderung, die von Frankreich und Rußland angebotene Vermittelung anzunehmen und zu einer zu dem Ende „baldigst zu eröffnenden Comitialberathung" den Gesandten am Reichstage mit Instruction zu versehen.

---

652. Gemmingen an Edelsheim.

Regensburg, 24. März 1804.

[Wiener Nachrichten. Schlußbericht über die Stuttgarter Verhandlungen. Bemerkungen über die badische Kreispolitik.]

Nachrichten aus Wien melden, daß man dort fest entschlossen ist, den Frieden möglichst zu wahren, doch fürchte man, daß Frankreich nicht die gleiche Gesinnung hege. Man beschwere sich „über die mehr als je thätigen Intriguen des Marquis Lucchesini in Paris" und klage über das Benehmen des Grafen Keller seit seiner Rückkehr nach Wien. „Er, heißt es, sei in steter Vertraulichkeit mit dem bairischen Gesandten von Gravenreuth, und beide vergäßen die wenigstens anständige Mäßigung."

.... Der Kurfürst Erzkanzler hat mir gestern gesagt, daß ihm Hessen-Darmstadt eine völlig genügende Paritionsanzeige wegen der Burg Friedberg zugeschickt habe.

Ew. Exc. muß ich bitten, mich zu entschuldigen, wenn ich den versprochenen Schlußbericht über die Unterhandlungen wegen des Kreisausschreibamtes noch nicht erstattet habe. Meine Absicht ist, neben dem Vertrage einen Hauptbericht in den Acten für künftige Zeiten niederzulegen, woraus der Stand der Sache vor dem Vertrage, die Unterhandlungen wegen des Vertrags im allgemeinen und die gegenwärtige Beschaffenheit der kurbadischen Rechte und Vortheile beim Kreisausschreibeamte ersichtlich wären. Dazu habe ich bis jetzt die Zeit noch nicht gewinnen können[1] ....

Unterdessen sollte ich glauben, daß vor der Hand in diesen Kreisangelegenheiten nichts zu thun sei, als nach Ueberschickung der ausgeschmückten Ratificationsurkunde und des Präsents für den würtembergischen Bevollmächtigten .... die gemeinschaftliche Anzeige an die Kreisstände auszufertigen und sich sodann über Zeit und Ort für eine Conferenz des Kreisausschreibamtes zu vereinigen .... Alles wird darauf ankommen, wie man sich kurbadischerseits beim Antritt des Kreisausschreibamts benimmt, und eine völlig gleiche Mitwirkung wird nicht fehlen, wenn man zwar nicht unterläßt, die bisherigen konstanzischen Maßregeln und Erfahrungen sorgfältig vor Augen zu haben, sich aber nicht merken läßt, daß man sie zur Richtschnur nehmen wolle. Der Hauptkunstgriff wird meiner Meinung nach darin bestehen, statt des bisherigen kämpfenden Zustandes einen

---

[1] Die Erstattung dieses Schlußberichts ist, wie es scheint, unterblieben; wenigstens liegt ein solcher in den Acten nicht vor.

Geschäftsgang herbei zu führen, der mit mehr liberalen Formen jeden Anlaß zu den ehemaligen Neckereien beseitiget und durch Scherz und Ernst, je nachdem es sich giebt, entfernet ....

653. Gemmingen an Edelsheim.

Regensburg, 25. März 1804.

[Föderative Tendenzen. Vertrauliche Correspondenz zwischen München und Berlin. Die Neubesetzung des Regensburger Gesandtschaftpostens.]

Dringende Bitte um baldige Entscheidung des Kurfürsten betreffs der Subdelegation.

.... Mir ist beinahe kein Zweifel mehr übrig, daß die Tendenz zur Auflösung des Reichssystems in ein völliges Föderativsystem immer stärker und schneller werde.

Man hat darüber in München gar kein Hehl und die Correspondenz dieses Hofs mit dem Berliner ist ebenso thätig als geheimnißvoll, da man, wider die sonstige Gewohnheit, die nach Berlin hier durchgehenden Depeschen dem hiesigen Gesandten nicht mehr sub volante zuschickt ....

Aber erstaunend dringend wird es, daß Vorsorge wegen unsrer hiesigen Gesandtschaft getroffen werde und sobald als möglich. Es ist nöthig, daß Graf Görtz auf eine ehrenvolle, seine Einnahme wenigstens nicht vermindernde und seinen langbewährten Verdiensten gemäße Art von einer Bevollmächtigung entlediget werde, die ihn in Collisionen bringen kann, bei welchen ein weit entschlossener (sic!) und mehr fester Mann sich in Verlegenheit finden würde.

Uebrigens hat er dazu selbst Gelegenheit gegeben, indem er mich wiederholt gebeten hat, zu machen, daß er wisse, woran er wäre, ob er die Stimme behalte oder nicht. Der Umstand, daß man dem Legationssecretär seinen Gehalt verdoppelt und für ihn nichts gethan, spreche zwar laut genug, daß man auf eine Aenderung denke und nur jemand suche, aber zum pis-aller könne er doch nicht dienen u. s. w. ....

654. Gemmingen an Edelsheim.

Regensburg, 26. März 1804.

[Vollmacht für die Subdelegation. Beginn der Berathungen.]

Die erwartete Vollmacht ist eingetroffen.

.... Ich habe nicht gesäumt, davon den übrigen Subdelegirten Nachricht zu geben, welche sie mit desto größerem Vergnügen vernommen haben, da einem jeden bange ist, was täglich Unerwartetes geschehen könne, und alle es doch der Würde Kaisers und Reichs gemäß halten, daß wenigstens etwas geschehe, wodurch der wirkliche Bestand des Conservatorii beurkundet werde.

Auch wird wahrscheinlich morgen die erste Subdelegationszusammenkunft sein ....

655. Gemmingen an Edelsheim.

Regensburg, 29. März 1804.

[Erste Sitzung der Subdelegirten. Die preußische Erklärung vom 27. März. Gerüchte über kriegerische Gesinnungen des Wiener Hofes, wol auf Gentz zurückzuführen. Verlegenheit des Grafen Görtz in Folge der preußischen Erklärung.]

Gemmingen hat durch Stafette den ersten Subdelegationsbericht[1] zugleich mit der preußischen Erklärung vom 27. März[2] übersandt.

.... Aller Wahrscheinlichkeit nach werden die meisten im Conservatorium benannten Reichsstände der königlich preußischen Aufforderung folgen, und soviel thunlich eine ähnliche Erklärung geben, wenigstens möchten es Baiern und Würtemberg schwerlich unterlassen und unsre Subdelegationsschreiben geben dazu einen bequemen Anlaß ....

Die sich häufig verbreitenden Nachrichten von den zunehmenden kriegerischen Gesinnungen des Erzherzogs Karl[3], sowie von den mancherlei kriegerischen Anstalten haben mich veranlaßt, darüber genaue Erkundigung einzuziehen ......

Wie diese Nachrichten in Wien unter mehreren vom Corps diplomatique in Gang kommen konnten, erkläre ich mir dadurch sehr gut, weil seit meiner Abwesenheit der durch seine Schriften bekannte Herr Gentz bei dem noch immer allvermögenden Herrn von Faßbender[4] Eingang gefunden hat und viel mit ihm umgeht.

Dieser Herr Gentz, welcher bekanntlich sehr viel und sehr einleuchtend gegen die französische und für die englische Regierung geschrieben hat, auch von dieser eine beträchtliche Pension zieht, wurde, wie ich zu seiner Zeit berichtet habe, bei der Wiener Staatskanzlei der auswärtigen Geschäfte mit 4000 fl. Gehalt angestellt, erhielt aber nie einen Auftrag, keine Art von Geschäften, und nichts wurde ihm mitgetheilt[5]. Dagegen tummelte er sich unaufhörlich in den Zirkeln der Gesandten herum und predigte laut den Kreuzzug gegen die Franzosen; vorzüglich war er aber in der größten Vertraulichkeit mit dem englischen Gesandten. Es war immer eine besondere Erscheinung, daß Graf Cobenzl dieses duldete und der französische Botschafter ruhig zusah. Mehrere meiner Collegen stehen mit diesem Herrn Gentz in genauem Verkehr, unter andern auch der schwedische: ich habe mich jederzeit davor gehütet. Immer noch treibt dieser Herr Gentz das nämliche

[1] d. d. 28. März; er enthält lediglich die Mittheilung, daß die Commission sich in den beiden ersten Sitzungen vom 27. und 28. März constituirt und den von dem Conservatorium betroffenen Reichsständen, sowie dem Kaiser davon Anzeige erstattet habe.

[2] S. oben S. 517, Anm. 2.

[3] Wie sehr speciell diese Nachricht alles Grundes entbehrt, beweist die vertrauliche Denkschrift des Erzherzogs vom 23. April d. J., in welcher dieser entschieden die Friedenspolitik vertritt und zum Anschlusse an Frankreich räth. Vergl. E. Wertheimer, Geschichte Oesterreich-Ungarns, I, 197 und 221 ff.

[4] Damals Geh. Referendär im Kriegsdepartement. Sein Rücktritt erfolgte noch im April d. J. Wertheimer, a. a. O. I, 236.

[5] Vergl. A. Fournier, Gentz und Cobenzl, S. 65 ff; 125 ff.

Wesen fort, und nichts scheint mir wahrscheinlicher, als daß sein Umgang mit Herrn von Faßbender und einige Indiscretionen, die beim viel Sprechen unvermeidlich sind, zu den Gerüchten Anlaß gegeben haben, die der bairische Gesandte mag gefürchtet, geglaubt und berichtet haben, und die man in München vielleicht absichtlich verbreitete . . . .

Supplément.

. . . . Notre pauvre Cte Gœrtz s'est trouvé dans un bel embarras avec sa déclaration. Imaginez Vous que les deux estafettes, celle que Vous avez fait expédier à moi et celle de Berlin avec la déclaration lui étaient arrivées simultanément et, comme il l'avoue à présent lui-même, quel bien autre embarras cela aurait été, si c'était pour lui que l'estafette de Carlsruhe aurait porté les pouvoirs. .

En attendant il a gardé dans son bureau un mémoire qu'il comptait remettre à la subdélégation contre le P^ce^ d'Orange par rapport aux possessions de sa famille et il a traîné jusqu'au lendemain l'après-dînée pour émettre sa déclaration, n'ignorant pas que la première séance de la subdélégation devait avoir lieu le matin.

Lorsque après avoir la dépêche, je m'étais rendu chez lui, je fus vraiment saisi de l'abattement extrême dans lequel je le trouvais, il me recommandait avec l'anxiété que Vous lui connaissez de presser l'ouverture des séances et de m'employer pour en avoir déjà une l'après-dînée . . . .

Prenant le prétexte très réel de mon départ nécessaire, j'ai fait l'impossible pour faire convenir ces Messieurs qu'il y aurait une séance le lendemain matin. Le Cte Gœrtz n'a pas manqué de se rendre chez M^r^ d'Albini, dès qu'il nous savait rassemblés et ne pouvant naturellement pas lui parler à cette époque il a remis sa communication à l'après-dînée.

Il est bien triste pour un employé d'être dans une pareille opposition de principes avec sa cour.

Je n'attends, mon cher chef, que Vos instructions sur ce que je dois dire à Vienne par rapport à l'expédition française et je me mets enfin en route pour retrouver mes pénates. On s'attend à Vienne à quelque communication de ma part sur cet objet . . . .

---

656. Gemmingen an Edelsheim.

Regensburg, 4. April 1894.

[Dritte Sitzung der Subdelegirten. Albini zum Stellvertreter Gemmingens bestellt. Abreise des letzteren nach Wien.]

Ew. Excellenz

erhalten in der Anlage den zweiten Subdelegationsbericht [1], aus dem Sie erkennen werden, wie behutsam wir zwischen Nichtsthun und compromittirendes

[1] d. d. 2. April. In dieser dritten Sitzung wird beschlossen, das Generaldirectorium der Reichsritterschaft um Auskunft zu ersuchen, wie weit der status quo vom 1. Dec. 1802

Thun durchschiffen. Meine Substitution des Herrn von Albini fand nicht ohne Capitulation mit den kaiserlichen Gesandten statt, so wenig harmoniren sie mit ihm ....

---

657. Der kurbadische Geh. Rath an das preußische Ministerium.

Karlsruhe, 4. April 1804.

[Antwort auf das Schreiben vom 21. März. Stand der Reichsangelegenheiten. Man wird eine gemeinsame Erklärung der vermittelnden Mächte abwarten.]

Der jüngste Reichsschluß hat bekanntlich noch manche Fragen einer künftigen Erörterung vorbehalten.

Mehrere und die wichtigsten der hierher gehörigen Gegenstände sind von der außerordentlichen Reichsdeputation in ihrer letzten Sitzung aufgezeichnet und der weiteren Vorsorge Kaiserlicher Majestät und des Reichs anempfohlen worden. Auch hat das kaiserliche Hofdecret vom 8. Julius[1] vorigen Jahres den Anlaß gegeben, solche zur reichstäglichen Berathschlagung auszusetzen, und diese wirklich anzugehen.

Bekanntlich hat sie aber den mindesten Erfolg noch nicht erwirket, da schon über den ersten Deliberationsgegenstand, die Stimmen in dem Reichsfürstenrath betreffend, ohnerachtet die Vota darüber längst abgelegt sind, bis jetzo ein Reichsgutachten nicht hat zu Stand gebracht werden können, und inmittelst sind die Ereignisse gegen die Reichsritterschaft hinzugekommen, welche neuen Stoff zu Besorgnissen für die Ruhe und Ordnung im Reich herbeigeführt haben.

Unter diesen Umständen kann nichts erwünschteres sein, als daß sich ein wirksames und constitutionelles Mittel ergebe, sowol die älteren und neueren ritterschaftlichen Irrungen, als alle weitere von dem Entschädigungsgeschäft herrührende, noch unberichtigte Punkte in den kürzesten Wegen zu erledigen und damit die volle Beruhigung des Vaterlandes endlich sicher zu stellen.

Euren Excellenzien haben wir bereits unter dem 18ten Januar d. J. rückantwortlich zu erwideren die Ehre gehabt, wie Ihre Kurfürstliche Durchlaucht, unser gnädigster Herr, mit dem Vorschlag Seiner Königlichen Majestät von Preußen dahin einverstanden seien, daß die Angelegenheit der Reichsritterschaft, so viel die nähere Bestimmung ihrer Verhältnisse betrifft, unter Einstellung aller factischen Vorschritte an die allgemeine Reichsversammlung zur Erörterung gebracht werden möge; und wenn nun die bei ersagter Reichsversammlung von dem Geschäftsträger der Republik Frankreich am 10ten des v. M. übergebene Note die vorläufige Versicherung giebt, daß das französische Gouvernement mit

überall wieder hergestellt sei. Durch kurfürstliche Vollmacht vom 23. März wird zugleich an Stelle Gemmingens der kurmainzische Minister von Albini substituirt. Wenige Tage später, am 6. April, reist Gemmingen nach Wien ab, wo er nach halbjähriger Abwesenheit am 9. April wieder eintrifft.

[1] Richtiger 30. Juni; am 8. Juli erfolgte die Dictatur.

dem russisch kaiserlichen Hof sich vereiniget habe, zur Berichtigung dieser und aller weiteren aus dem Entschädigungswerk entstandenen Irrungen und Ungewißheiten ihre Vermittelung abermalen eintreten zu lassen, so sehen Ihre Kurfürstliche Durchlaucht der vereinten Erklärung dieser beiden hohen Mächte vertrauensvoll entgegen und werden ihr Anerbieten mit demjenigen innigsten Dank verehren, welcher der damit bezielten Wolfahrt des Reichs angemessen ist.

Ebenso groß wird aber auch Höchstderoselben dankbarste Verpflichtung sein, wenn in jedem Fall Ihre Königliche Majestät von Preußen Allerhöchst Ihre patriotische Bemühungen fortzusetzen geruhen, um alle vorhin erwähnten Reichsangelegenheiten zu einem erwünschten gedeihlichen Ausgang zu befördern[1]....

Concept Meiers.

---

658. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 13. April 1804.

[Conservatorium und Reichsritterschaft. Unterredung mit Lucchesini. Mißtrauen Preußens gegen Oesterreich. Begünstigung Baierns auf Kosten der Ritterschaft. Baden lediglich bestrebt, die Reichsverfassung aufrecht zu erhalten. Rechtfertigung der kurfürstlichen Politik.]

Unterredung mit Lucchesini über die Lage der Reichsritterschaft.

Il paraît que la cour de Berlin a été vivement affectée que le cabinet de Vienne ait saisi ce rapport d'affaires pour relever en Empire son influence et sa considération, dont l'une et l'autre ne peuvent être fondées que sur la protection du plus faible. Rien n'est moins constant à ce qu'il me semble que l'intention de la cour de Vienne d'abuser de son pouvoir et d'employer le Conservatoire pour des vues particulières, pour l'envahissement de la Bavière[2] etc. Elle avait donné à Berlin, à Pétersbourg et ici les assurances les plus formelles, et elle n'aurait pu y manquer sans se couvrir de blâme et s'exciter mille embarras.

La cour de Berlin cependant sensible d'avoir été négligée, se voyant compromise, profita fort adroitement des circonstances du moment pour éveiller toute la jalousie et la méfiance du Gouvernement français en l'alarmant par les nouvelles des levées et de la marche des troupes autrichiennes. Il en resultèrent les différentes explications entre la France et l'Autriche dont j'ai eu l'honneur d'instruire [sic!]. On conseilla dans cet intervalle aux états envahissants la noblesse immédiate, de se mettre en règle et de ne pas outrepasser certaines lignes de violence et on amena

---

[1] Auf die preußische Verwahrung gegen das Conservatorium wird, wie man sieht, in dem Schreiben nicht eingegangen, da man es für Sache des Wiener Hofes hält, darauf zu erwidern.

[2] Vergl. über diese Befürchtungen des Berliner Cabinets Häusser, a. a. O. 2, 487.

encore l'intervention des puissances médiatrices dont il faut maintenant attendre le résultat. C'est à cet égard que M[r] de Lucchesini m'a dit, que la cour de Russie avait déjà fait connaître à Berlin et ici qu'elle ne voyait aucun inconvénient à donner à la Bavière le complément de son indemnisation par des droits sur la noblesse immédiate située dans ses états et que la Prusse s'y intéresserait vivement que la Bavière, loin d'avoir perdu par ce Conservatoire, dont l'Autriche avait voulu se servir pour l'abaisser, y trouverait une nouvelle source d'augmentation par l'intérêt que sa position avait excité près de deux grandes puissances.

Je lui observais alors que l'Electeur de Bade, étranger à toutes les grandes questions de la politique de l'Europe et de cette active rivalité des grandes puissances, se bornait à considérer le besoin urgent de soutenir la constitution de l'Empire et à desirer la paix; qu'il avait cru voir dans le Conservatoire une mesure de dignité et de protection accordée aux loix et à la constitution; qu'un Prince aussi patriotique et aussi constitutionnel méritait la confiance qu'il ne se serait jamais prêté à faire réussir des vues particulières de la maison d'Autriche, mais qu'il était persuadé que l'Empire se perdait, dès qu'on ne respectait plus les propriétés et l'exécution des loix; que maintenant les Princes ayant satisfait aux dispositions du Conservatoire, les différends qui subsistaient étant portés à une délibération comitiale, le Conservatoire serait comme non avenu et qu'il me paraissait inutile de s'y arrêter pour blâmer les vices constitutionnels qu'il avait présentés. Que quant à l'indemnisation que l'Electeur de Bavière devait recevoir sur la noblesse immédiate, l'Electeur de Bade verrait avec plaisir qu'à cette occasion tout ce qui concernait encore les affaires de l'Empire serait présenté, discuté et terminé, puisque alors l'affaire des dettes palatines pourrait également être réglée.

M[r] de Lucchesini parut sentir ces vérités sans les admettre et me dit, qu'il n'en doutait point; que du reste Bacher avait reçu les ordres d'agir en tout d'intelligence et d'accord avec le C[te] de Gœrtz et de déclarer que la déclaration donnée par la cour de Berlin[1] répondait entièrement aux vues et aux intentions de la France . . .

---

659. Talleyrand an Dalberg.

Paris, 24 Germinal an 12 (14. April 1804).

[Die Annahme des Conservatoriums, ohne Frankreich zu befragen, wird mißbilligt. Seine Aufgabe ist erfüllt. Man erwartet Abberufung des badischen Bevollmächtigten.]

Le Premier Consul n'avait déjà pu voir sans quelque regret que S. A. S. l'Electeur de Bade eut été si empressé d'accepter une part dans

[1] Vom 27. März d. J. Häberlin, Staatsarchiv, 12, 82.

l'exécution du mandat conservatoire du conseil aulique, touchant les privilèges de l'ordre équestre. Il paraissait en effet naturel que dans une question qu'on présentait comme essentiellement liée à l'exécution du recès de l'Empire, l'Electeur fût porté à désirer de la part du Gouvernement français quelques éclaircissements et quelques conseils par rapport à la conduite qu'il devait tenir. On a été informé que la cour de Dresde avait pris cette précaution à l'égard de la Prusse. Quoiqu'il en soit, les griefs dont s'était plaint l'ordre équestre n'existent plus aujourd'hui, la Prusse ayant d'ailleurs fait faire à Ratisbonne une déclaration motivée contre le mandat du conseil aulique; et par-dessus cela la France et la Russie ayant annoncé l'intention d'intervenir de nouveau pour l'entier aplanissement des difficultés subsistantes, notamment en ce qui concerne la noblesse immédiate, le mandat aulique tombe de lui-même, et la commission d'exécution, formée en vertu de ce mandat, n'a plus aucun motif pour se réunir et pour donner suite à ses opérations. Toute démarche de ce genre serait contraire aux intérêts du Corps Germanique, elle serait offensante pour les puissances qui ont offert de nouveau leur médiation, et le Premier Consul ne peut douter que S. A. S. E. de Bade ne soit empressée de rappeler le ministre qu'il avait institué pour tenir sa place dans cette commission et de témoigner ainsi la confiance qu'il met dans les bons soins des médiateurs[1].

---

660. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 15. April 1804.

[Unterredung mit Lucchesini. Andeutungen über Talleyrands Note vom 14. April. Weisungen an Dubril, das Conservatorium betr. Verworrene Lage.]

Wie die Dinge liegen, wäre es, meint Dalberg, das beste gewesen, wenn Baden mit dem Conservatorium gar nichts zu thun gehabt hätte.

Lucchesini, den er gestern Abend in Gesellschaft getroffen, sprach mit geheimnißvoller Miene von der Nothwendigkeit, den badischen Subdelegirten abzuberufen; Dalberg entgegnete, da es sich in Regensburg nur um Formalitäten handle und die Berathungen der Commission weiter keine Folgen hätten, sehe er nicht ein, weshalb der Kurfürst sich dazu verstehen solle.

Il me dit alors: «mais l'amitié de la France doit lui importer». Je répondis que ce rapport était le plus essentiel pour lui, mais que je ne concevais point, comment il la perdrait, en marchant sur la ligne que prescrivait la constitution et la loi . . . . Il répéta alors, combien il était essentiel de finir promptement l'affaire du Conservatoire et qu'il ne voyait pas d'autre moyen; il ajouta: «Vous aurez sans doute lu la note de Mr Talleyrand qu'il Vous a adressée pour cet effet?» Je lui répondis que

---

[1] Ueber den Inhalt der Note vergl. auch Häusser, Deutsche Geschichte, 2, 505.

n'ayant pas été chez moi depuis 4 heures je n'avais encore rien reçu. «Ah! — dit-il — il faut donc que Vous en soyez instruit et puis nous en causerons.» Il rompit alors la conversation et insista que je lise la note avant d'énoncer une opinion, ajoutant: «il faut laisser agir l'Electeur et ne donner aucun avis». Revenu chez moi, je trouvais en effet la note ci-jointe que S. Exc. Mr Talleyrand m'avait adressée. J'y ai répondu ce matin par la lettre dont j'ai l'honneur de transmettre la copie.

Ein Versuch, Talleyrand zu sprechen, bleibt erfolglos, da der Minister den ganzen Tag in St. Cloud verweilt.

|: M^r d'Oubril a reçu des ordres de sa cour, de déclarer que quoiqu'elle approuvât la mesure du Conservatoire, cela n'empêchait point qu'elle ne sentît le besoin d'intervenir dans les affaires d'Allemagne. Cette déclaration augmente les embarras et les incertitudes, et Mathieu me disait aujourd'hui très justement: «tout est tellement embrouillé qu'on n'y entend plus rien». Les démarches de M^r de Gœrtz prouvent bien évidemment qu'il n'y entendait rien lui-même. Nous devons, il me semble, nous tirer d'affaire le mieux possible . . . . :|

---

661. Dalberg an Talleyrand.

Paris, 15. April 1804.

[Antwort auf die Note vom 14. April. Rechtfertigung der badischen Politik, die Reichsritterschaft betr. Die Aufgabe der Regensburger Commission erfüllt, ihre weitere Thätigkeit belanglos.]

Zeigt den Empfang der Note vom 24 Germinal (14. April) an.

C'est par le courrier d'aujourd'hui que j'ai fait passer cette office à S. A. S. E. Quelque pénible que Lui sera l'apparence du reproche sur un manque de l'abandon de confiance que le Gouvernement français a le droit d'attendre d'Elle, Elle verra cependant dans cette communication un témoignage nouveau des intentions bienveillantes, que le Premier Consul porte à Ses interêts et à ceux de Sa patrie.

Quant à l'objet du mandat conservatoire même, S. A. S. E. m'a fait instruire qu'Elle l'avait jugé comme une mesure constitutionelle tendante à protéger l'ordre établi en Allemagne et faisant respecter les dernières dispositions du recès d'Empire, dictées pars les puissances médiatrices, à arrêter des voies de fait incompatibles avec l'esprit de la constitution et les loix qui en règlent les rapports.

Elle m'a encore fait connaître qu'Elle n'a donné des pleins pouvoirs à Son ministre, le Bon de Gemmingen, qu'après que les autres Princes conservateurs en avaient fait tenir à leurs subdélégués et que les instructions dont Elle les a fait accompagner répondent à l'opinion, que la commission

d'exécution ne pouvait que s'assembler pour remplir des formalités prescrites dans l'ordre administrative et judiciaire, que les motifs qui avaient motivé son installation n'existant plus, et la médiation des deux grandes puissances étant annoncée comme prochaine, elle devait rester sans effet.

Ces dispositions m'ayant été communiquées pour mon information particulière, je crois satisfaire à mes devoirs de les faire connaître à V. Exc. . . .

Copie.

---

662. Dalberg an Edelsheim.

Paris, 17. April 1804.

[Erläuterungen Talleyrands zur Note vom 14. April. Abberufung des badischen Bevollmächtigten in Regensburg nothwendig. Vorschläge zur Motivirung.]

Ayant été voir M. Talleyrand hier, voici la conversation que j'eus avec lui sur l'affaire du mandat conservatoire. Il m'a dit: «Le Premier Consul a désiré que l'Electeur connaisse la manière dont il envisage la commission d'exécution nommée à Ratisbonne. Il ne lui paraît pas convenable que lors et après que les puissances médiatrices ont déclaré vouloir intervenir dans les affaires de l'Allemagne cette commission continue à exercer des fonctions; il croit par conséquent que l'Electeur ne peut se refuser à rappeler le ministre qu'il y a nommé.

Je lui observai que j'avais eu l'honneur de lui écrire que l'Electeur était également de l'opinion, que, vu que les Princes avaient satisfait aux dispositions générales du Conservatoire et la médiation étant annoncée, cette commission n'avait plus des motifs d'agir en forme d'exécution; que l'Electeur ne pouvant se refuser à ce que dictait la force des circonstances désirerait cependant connaître, si la même demande eût été faite aux autres Princes conservateurs et si dans le rappel du ministre même il ne s'agissait de mettre quelque forme pour éviter l'aigreur envers la cour de Vienne.

Il me répondit, que, quoiqu'il n'était point nécessaire d'annoncer qu'on avait demandé le rappel du ministre, on pouvait se borner à la déclaration, que les puissances médiatrices ayant eu connaissance du mandat conservatoire et cependant cru nécessaire d'intervenir dans les affaires de l'Empire, l'Electeur croyait que la commission pouvait suspendre ses fonctions et qu'il se voyait dans le cas de retirer son ministre. Il insista fortement sur cette tournure qu'on devait donner à la chose, et ajouta qu'il ne doutait pas que la Saxe prendrait la même mesure et que sur la demande que je lui en faisais il ferait passer la même communication à l'archichancelier[1] . . . .

---

[1] Gegen Cobenzl und Oubril leugnet Talleyrand alle Schritte, die er zur Vereitelung des Conservatoriums unternommen, mit dem Bemerken, man habe sich noch nicht einmal im Principe dafür oder dagegen entschieden. Bericht Dalbergs vom 21. April.

663. Edelsheim an den Minister von Albini[1].

Karlsruhe, 28. April 1804.

[Das Conservatorium. Vorsichtiges Zuwarten zu beobachten.]

Bei diesen vorwaltenden, äußerst bedenklichen Umständen und Aussichten[2] ꝛc. läßt sich wol kaum bezweifeln, daß auch die übrigen Conservatoren darinnen vollkommen übereinstimmen dürften, daß ein sehr vorsichtiges Zuwarten anderweiterer Ereignisse der gegenwärtigen Lage dieser Sache wol am angemessensten sein werde; in welcher Unterstellung Se Kurf. Durchlaucht, mein gnädigster Herr, Ihres Orts nöthig finden, Ew. ꝛc. zu ersuchen, sich dieses einstweilen pro instructione gefälligst dienen zu lassen ꝛc.

---

664. Graf Görtz an den Geh. Rath.

Regensburg, 2. Mai 1804.

[Bachers Erklärung vom 28. April. Die Intervention der vermittelnden Mächte abzuwarten. Die Conservatorialcommission überflüssig.

Nur mündlich und ohne davon eine Abschrift mitzutheilen, hat der hiesige französische Geschäftsträger aus einer unter dem 21. April an denselben erlassenen Depesche nachfolgende Erklärung[3], wie ich glaube, solche im Gedächtniß genau aufbehalten zu haben, mir und allen übrigen Gesandten gemacht:

Que dans la situation actuelle des affaires d'Allemagne toutes les contestations et discussions qui devenaient absolument oiseuses, devraient être évitées et cessées, jusqu'à ce que l'intervention qui avait été offerte par la France et la Russie serait effectuée; qu'il était donc à désirer que les différents états du Corps Germanique voulussent attendre tranquillement la solution des différends subsistants *de la décision qui sera prise à Ratisbonne sur les propositions des puissances médiatrices;* qu'il ne pourrait être que désagréable aux médiateurs de voir, que la commission conservatoire nommée par le décret du conseil aulique, voulût s'établir et donner cours à son exécution, et qu'il était à espérer d'après ce qui précédait et d'après les avis qu'on avait, qu'elle tomberait d'elle-même, ainsi que les protestations et réservations auxquelles elle avait donné lieu.

Bei diesem so reichhaltigen Text erlaube ich mir keine weitere Bemerkung als nur, daß bis jetzt von Seiten des kaiserlich russischen Hofes noch keine Erklärung erfolget ist.

---

[1] Copie in Auszug. Beilage zu dem Erlasse an Dalberg vom 6. Mai. Original fehlt.

[2] Der in der Copie fehlende Eingang des Schreibens enthielt vermuthlich einen Hinweis auf Bachers Note vom 10. März und den Widerstand, dem das Conservatorium in Paris begegnete.

[3] In Regensburg mitgetheilt am 28. April. Ihr theilweise von der vorliegenden Fassung abweichender Wortlaut bei Häberlin, Staatsarchiv, 12, 86.

665. Minister von Albini an Edelsheim.

Regensburg, 4. Mai 1804.

[Vorsichtige Zurückhaltung der Subdelegation angesichts der Einsprache Preußens und Frankreichs. Weitere Sitzungen haben nicht stattgefunden.]

Es war mir äußerst schmeichelhaft, daß ich bei dieser Subdelegation bisher die Stelle Sr Kf. D. habe vertreten dürfen. So wie ich aber gewohnt bin, mich stets in die Lage meiner höchsten Principalen zu denken und ich untröstlich gewesen sein würde, wenn ich durch irgend einen raschen Schritt S. Kf. D. auch nur eine augenblickliche Unannehmlichkeit hätte zuziehen können, so fand ich alsbald in den Erläuterungen des königl. preußischen Hofes und in der ersten Insinuation des Citoyen Bacher Grund genug, um in dieser Sache mich vorerst in weiter nichts einzulassen. Wir haben daher auch seit dem Abgang des Freiherrn von Gemmingen gar keinen weiteren Zusammentritt gehabt und S. Kf. D. können das französische Gouvernement mit voller Wahrheit versichern, daß in Ihrem höchsten Namen nichts weiter geschehen ist, ob ich gleich Stoff genug gehabt hätte, die Herren Subdelegirten zu einer weiteren Berathung einzuladen. . . . . Ohnehin ist wirklich mehrere Parition erfolgt, als man je erwarten konnte, und ich weiß, daß man sich in unserem lieben Reich mit halben Erfolgen begnügen muß, auch ja nicht zu eifrig sein darf . . . .

Copie im Auszug. Original fehlt.

666. Edelsheim an Dalberg.

Karlsruhe, 8. Mai 1804.

[Die Verbalerklärung Bachers. Alle weiteren Bemühungen der Conservatoren zwecklos. Die Vernichtung der Reichsverfassung unvermeidlich.]

Uebersendet einen Auszug aus dem Berichte Albini's vom 4. Mai.

|: Je pense au reste que la déclaration du C^en^ Bacher[1] que je Vous ai communiquée avant-hier Vous persuadera suffisamment que nous ne pouvons pas avoir d'opinion sur les délibérations qui auront lieu prochainement à la Diète, ignorant absolument les propositions que les puissances médiatrices trouveront bon d'y faire discuter ou plutôt de lui dicter. En conséquence ce serait vraisemblablement une entreprise aussi inutile que présomptueuse de notre part, de Vous fournir maintenant un petit mémoire sur cette importante matière qui ne peut nous présenter aucune autre perspective certaine que celle de la destruction entière de la constitution germanique. Dixi. :|

[1] Vom 28. April. Oben Nr. 664.

667. Minister von Albini an Edelsheim.

Regensburg, 8. Juni 1804.

[Drängen der Reichsritterschaft. Unthätigkeit und Zaghaftigkeit der Subdelegation.]

Uebersendet eine Reihe von Actenstücken und Eingaben, die reichsritterschaftlichen Angelegenheiten betr.

Es erhellt nun freilich aus diesen Anzeigen, daß in dem Sinn des reichshofräthlichen Conclusi bei weitem noch nicht parirt worden ist, und es drängt daher sonderlich das schwäbische Generaldirectorium, welches in dieser Absicht eigens einen Consulenten hieher geschickt hat, sehr in mich, daß ich die Herren Subdelegirten versammeln möchte, damit doch wenigstens weitere Monitorien beschlossen würden. Wenn nun zahlreiche Monitorien noch keine Execution sind, so habe ich mich doch bis jetzt noch zu nichts verstanden, jedoch mit Freiherrn von Hügel und von Globig[1] darüber Rücksprache genommen, um zu vernehmen, zu was sie etwa von ihren Höfen instruirt seien. Der Freiherr von Hügel erklärte sich zum Zusammentritt und zu Erlassung bloßer Monitorien bereit; Herr von Globig aber vertraute mir, angewiesen zu sein, sich zwar in dieser Sache nicht herauszustellen, jedoch auch sich von den anderen nicht zu trennen. Er nehme daher keinen Anstand mitzumachen. Ich hingegen, als Kurerzkanzlerischer, konnte mich noch nicht entschließen, eine Conferenz zu veranstalten und auch nur Monitorien zu erlassen; qua substitutus Badensis würde ich mich hierbei ohnehin nicht eingelassen haben, und lieber war mir doch immer, in hac qualitate gar nichts äußern zu dürfen . . . .

Um jedoch etwas Unschädliches zu thun, und da doch selbst auch Frankreich und Preußen von der Unterstellung ausgehen, daß im Hauptwesen parirt sei, scheint mir, ich könne wol mündlich gelegenheitlich den Gesandtschaften der Höfe, gegen welche von der Ritterschaft noch geklagt wird, sagen, die Herren Conservatoren wünschten, daß ihre Höfe mehr parirten, um die Ritterschaft einigermaßen zu beruhigen . . . .

---

668. Minister von Albini an Edelsheim.

Regensburg, 17. Juni 1804.

[Vorsichtige Zurückhaltung. Verweisung der ritterschaftlichen Beschwerden an den Reichshofrath.]

Einsendung weiterer Eingaben.

Ich nehme dabei zugleich keinen Anstand, Ew. Exc. im Vertrauen zu eröffnen, daß mittlerweile der Kurfürst, mein Herr, mein Vorhaben auf alle diese

[1] Hans Ernst v. Globig, kursächsischer Comitialgesandter und Mitglied der Subdelegation.

Vorstellungen nichts zu machen, sondern abzuwarten, bis etwa der Reichshofrath, wohin eigentlich die Klage über Unzulänglichkeit der Parition gehört, etwas weiteres erkennen werde, vollkommen genehmigt haben[1].

[1] Kurfürst Karl Friedrich läßt dem Minister durch Edelsheim für die von ihm „beobachtete Vorsicht" danken und erklärt sich mit der Ansicht des Kurerzkanzlers durchaus einverstanden. Edelsheim an Albini, d. d. 28. Juni 1804. Abschrift. — Die Verhandlungen stocken in der Folge völlig, man hört von der Thätigkeit der Commission nichts weiter, bis im Jan. 1805 ein kaiserliches Excitatorium die Conservatoren wieder an ihre Aufgabe mahnt. Ueber den ferneren Verlauf der Angelegenheit vergleiche den nächsten Band.

Nachträge zu Band I und III.

669. Instruction für den Chevalier de Ternan[1].

O. D. (Mai 1790).

[Zweck der Sendung an die deutschen Höfe: Entschädigung der linksrheinisch begüterten Reichsstände für ihre droits féodaux. Winke für die Verhandlungen. Frankreichs Vorgehen in seinen Hoheitsrechten begründet. Vasallitätsverhältniß der deutschen Fürsten zu Frankreich; ihre politische Existenz beruht lediglich auf ihrem rechtsrheinischen Besitz. Die Feudalrechte mit den Menschenrechten unverträglich, also abzulösen. Gefahr eines Aufstandes der Unterthanen, bezw. kriegerischer Verwickelungen bei fortgesetzter Weigerung der Reichsstände. Weisungen für die Höfe von Kurköln, Kurtrier, Pfalz-Zweibrücken, Hessen-Darmstadt, Speier, Baden und Würtemberg. Angaben über den linksrheinischen Besitz dieser Fürsten.]

Le compte avantageux qui a été rendu au Roi du zèle, de la capacité et de la prudence du Sr Chevalier de Ternan a déterminé S. M. à lui confier une commission au succès de laquelle Elle met une grande importance. Il s'agit de déterminer les Princes allemands qui ont des possessions en Alsace et dont les droits sont fondés sur des traités ou des conventions à recevoir des indemnités pour les droits féodaux dont la suppression a été décrétée par l'Assemblée Nationale.

On ne se dissimule pas les obstacles que le Chevalier de Ternan rencontrera. La plupart des Princes attachent une grande valeur tant aux droits honorifiques qu'utiles dont ils ont joui jusqu'à présent dans leurs terres, et ils sc récrieront contre une décision à laquelle ils n'ont pas participé et sur laquelle ils n'ont pas même été préconsultés; ils invoqueront les traités sur lesquels leur possession est fondée et ils s'attacheront d'autant plus à les faire valoir que ces mêmes traités sont le seul titre auquel la Province d'Alsace a passé sous la souveraineté de la France.

---

[1] Mit der Aufschrift: «Mémoire pour servir d'instruction au Sr. Chevalier de Ternan, colonel du régiment Royal Liégeois, chargé de déterminer les Princes allemands qui ont des possessions en Alsace et dont les droits sont fondés sur des traités ou des conventions à recevoir des indemnités pour les droits féodaux dont la suppression a été décrétée par l'Assemblée Nationale». — Wir bringen das Mémoire, das sich nachträglich in den Archives des affaires etrangères, Abtheilung Mémoires et documents, fonds Allemagne, gefunden hat, hier zum Abdruck. Ueber Ternans Mission vergl. Polit. Correspondenz, ed. Erdmannsdörffer, I, 332; über die Verhandlungen in Karlsruhe ebenda, I, 353ff., 366ff.

Le S[r] Chevalier de Ternan est trop prudent pour ne pas sentir qu'il ne devra point combattre l'humeur qu'on lui montrera partout dans le début de sa négociation.

Il ne combattra pas davantage le principe que l'on étayera sur le traité de Westphalie, parce que ce principe est incontestable. Mais il observera que c'est en conséquence de ce même principe que l'Assemblée Nationale s'est montrée disposée à accorder aux possesseurs de terres en Alsace une indemnité qu'elle a refusée à tous les possesseurs de fiefs dans le reste du Royaume; il n'omettra rien pour faire sentir et valoir cette disposition.

Le point sur lequel les Princes insisteront le plus est: que le traité de Westphalie est un titre commun, qu'il est synallagmatique; qu'il est aussi obligatoire pour le Roi qu'il l'est pour les Princes, et qu'en l'attaquant à leur préjudice on le rend caduc pour la France comme pour eux. La conséquence que l'on tirera de cette assertion est que les Princes doivent être maintenus dans la jouissance paisible de tous leurs droits, ou que la France doit renoncer à la possession de l'Alsace.

Le Chevalier de Ternan ne relèvera cette proposition qu'avec beaucoup de ménagement, parce qu'elle est essentiellement vraie: il tâchera toutefois de l'affaiblir par les observations suivantes:

1°. Le maintien des droits des Princes a été subordonné à la souveraineté, c'est à dire que tous les droits inhérents à la souveraineté ont été réservés. Or, un des droits les plus essentiels de la souveraineté est de régler tout ce qui tient à l'ordre public et politique: c'est en conséquence de cette vérité que l'Assemblée Nationale a aboli le régime féodal et qu'elle s'est attachée à établir dans tout le royaume l'uniformité sur cette matière. Révoquer le pouvoir de la France à cet égard serait attaquer directement les stipulations du traité de Munster. La manière de posséder est la base fondamentale de toute société; si cette manière est vicieuse, elle peut et doit être rectifiée; il est constant que le régime féodal est vicieux par lui-même. Il n'est supportable que dans les pays où les habitants ne participent ni directement ni indirectement à l'administration publique; et partout où cette participation existe, le régime féodal est inconnu.

Mais le Chevalier de Ternan conviendra en même temps que la France, en rectifiant et épurant son régime politique, doit respecter et ménager les intérêts particuliers et les combiner avec ses principes. Il représentera que c'est précisément là ce qu'a fait l'Assemblée Nationale. Forcée par la loi impérieuse de la liberté et de l'uniformité dans le régime politique, elle a réservé les intérêts des possesseurs d'Alsace qui ont des traités à invoquer; elle a décrétée qu'il serait pourvu à leur indemnité.

On sait que ces droits n'ont en général de valeur que par leur produit. C'est là le véritable, ou pour mieux dire l'unique intérêt des Princes possessionnés en Alsace. Ainsi, en remplaçant le produit des droits supprimés, ils auront tout ce qu'ils peuvent raisonnablement désirer. Ils auront même cet avantage qu'ils ne seront plus exposés aux non-valeurs. Un seul exemple suffira pour faire sentir cette double vérité: c'est celui des corvées: il importe plus aux seigneurs territoriaux de percevoir en argent l'équivalent de cette charge que de voir des malheureux très mal employer leur journée à un travail qui ne les alimente pas; et l'expérience prouve qu'aucune partie de recette seigneuriale n'est autant assujettie aux non-valeurs que le sont les corvées.

La deuxième observation à faire est que les droits féodaux dont les Princes jouissent en Alsace ne constituent pas leur existence politique. Cette existence est en Allemagne; en Alsace, ils sont, comme tous les autres possesseurs de fiefs, simples vassaux de la couronne; la justice ne se rend pas en leur nom; ils sont assujettis à notre ordre judiciaire comme le dernier citoyen. Il est vrai qu'ils nomment leurs officiers de justice; mais leurs baillis sont institués par le tribunal supérieur de la Province qui peut les rejeter pour cause d'incapacité, d'ailleurs, la chose considérée en elle-même, c'est une prérogative bien insignifiante que celle de nommer un officier qui demeure indépendant; ce n'est que le privilège de faire un ingrat. Quant aux droits purement honorifiques, les Princes ne doivent les compter pour rien, puisqu'ils n'en jouissent pas, aucun d'eux ne résidant dans ses domaines d'Alsace. D'un autre côté, ces droits sont une affaire de pure opinion, de pure ostentation; et ils ne sont point faits pour détourner les [Princes] de l'arrangement qui leur est proposé[1].

Troisième observation: Les Princes, pour prouver qu'ils ne doivent pas être confondus avec les autres possesseurs de fiefs dans le Royaume, établissent une différence entre les droits dits féodaux et ceux de supériorité territoriale; ils soutiennent que les premiers sont censés une aliénation faite par le souverain et que les autres sont un effet de la souveraineté; mais il est à remarquer que l'énonciation de *supériorité territoriale* est moderne; que dans l'ancien régime, les domaines des Princes de l'Empire n'étaient que des fiefs et qu'ils n'y jouissaient que des droits féodaux proprement dits. Les révolutions que la constitution germanique a subies ont insensiblement amené un nouvel ordre de choses. Les seigneurs territoriaux ont étendu leurs droits, de simples vassaux ils sont devenus co-régents. Ils ont en conséquence changé la dénomination de leurs droits

---

[1] Vergl. damit übereinstimmend die Ausführungen Schlossers, in dessen Gutachten vom 19. Juni 1790. Polit. Correspondenz, ed. Erdmannsdörffer, I, 360.

anciens et nouveaux; ils les ont confondus et désignés sous le terme générique de *supériorité territoriale.*

Par le traité de Westphalie, on n'a pas distingué les anciens et les nouveaux droits, on s'est borné à la conversation de ceux qui n'étaient pas incompatibles avec la souveraineté: par cette stipulation les Princes possessionnés en Alsace ont été ramenés à leurs simples droits féodaux, c'est-à-dire qu'ils ont été remis dans le même état où ils étaient avant d'avoir acquis ce que l'on nomme la supériorité territoriale. C'est d'après ce principe qu'ils ont perdu le droit d'armer, la haute police, l'exercice de la juridiction, le droit de battre monnaie, celui d'imposer leurs justiciables, les corvées illimitées etc. En un mot, ils ont été réduits à l'état de simples vassaux soumis à la souveraineté de la France. L'attribut le plus éminent de la souveraineté est de déterminer le régime politique de l'état, de le changer, de le perfectionner, selon que les circonstances l'exigent; il ne saurait y avoir de transaction au préjudice de cette grande vérité. Elle est la base de l'abolition du régime féodal en France, régime incompatible avec la liberté et avec l'égalité des droits reconnues et adoptées par la nation française. Toutefois il importe de ne pas confondre tous les droits considérés communément comme féodaux. Tout ce qui appartient au servage doit être détruit comme contraire à la loi naturelle, comme dégradant la dignité de l'homme. L'homme ne saurait avoir le droit de propriété sur un autre homme; mais tout ce qui est prestation, soit personnelle, soit pécuniaire, doit être considéré comme une propriété. Ces prestations ont ou sont censées avoir leur source dans un contrat synallagmatique, elles ne sauraient donc être anéanties sans la consentement du propriétaire. Mais ce même propriétaire n'a pas un droit indéfini de refuser son consentement. Il est soumis à la volonté générale de la société; et la seule chose qu'il puisse réclamer est de ne point être dépouillé du fruit de sa propriété.

Telle est la position des Princes possessionnés en Alsace. L'Assemblée Nationale de France a jugé le régime féodal incompatible avec la liberté; elle l'a aboli et elle n'a fait aucune exception pour l'Alsace.

La noblesse française a adhéré à ce nouvel ordre de choses; les Princes étrangers s'y refusent. Mais peuvent-ils forcer la nation française de conserver dans une petite partie du royaume un régime proscrit partout ailleurs? Cette prétention serait absurde: tout ce que les Princes ont le droit de faire est de se préserver de la perte de leur revenu et de le percevoir sous quelque dénomination que ce puisse être. C'est là précisément ce qui leur est proposé: juste indemnité.

Quatrième observation: Les Princes s'exposeraient à de grands embarras, s'ils parvenaient à maintenir le régime féodal dans leurs domaines: l'exemple du voisinage soulèverait leurs vassaux; il y aurait des insur-

rections journalières et aucune force publique ne se prêterait à les réprimer; il arriverait, au contraire, que les insurgents trouveraient de l'appui dans toutes les municipalités voisines, en sorte que les Princes ne verraient chez eux que trouble et confusion; leurs revenus ne seraient pas perçus, et ils seraient forcés, en dernière analyse, de faire de plus grands sacrifices que ceux qu'on leur propose aujourd'hui, sacrifices qui n'affecteront en aucune manière leur propriété ou, pour mieux dire, leur revenu, et qui ne porteront que sur un régime que la saine raison désavoue.

Cinquième observation: Le refus des Princes de transiger sur des bases équitables et leurs démarches auprès de la Diète de Ratisbonne ne pourraient avoir d'autre but que de provoquer l'Empire contre la France. Si le résultat répond à leurs vœux, la guerre s'établira entre les deux états. Les Princes pourront-ils se justifier des maux qui en résulteraient? Seraient-ils en état de dédommager leurs sujets des pertes qu'ils éprouveraient? Quels motifs pourraient-ils alléguer pour établir la nécessité de la guerre: on offre de mettre leurs intérêts à couvert. Cet intérêt ne saurait consister dans des choses purement honorifiques introduites dans des temps d'ignorance; ce sera cependant là l'unique perte qu'ils éprouveront.

Le S[r] Chevalier de Ternan employera toute sa dextérité pour faire prévaloir ces observations, et il y a lieu de se flatter qu'il y réussira, parce que les Princes finiront par sentir, combien leur résistance serait odieuse et combien ils courraient de risque, se trouvant voisins de la France, s'ils s'obstinaient à vouloir l'exposer à une guerre avec l'Empire. Au reste, ce sera à lui à juger des nuances ou de la force qu'il conviendra qu'il mette dans son langage. Il se règlera à cet égard sur les dispositions qu'il croira remarquer. Il est inutile de lui faire observer qu'il ne doit rien omettre pour établir la justice du décret de l'Assemblée et pour inspirer de la confiance relativement aux bases, aux taux et au mode des indemnités. Les Princes qui en admettront le principe, le S[r] de Ternan les invitera à faire mettre leurs titres sous les yeux du ministre des affaires étrangères pour être discutés contradictoirement avec lui.

Les Princes chez lesquels se rendra le S[r] Chevalier de Ternan sont: l'Electeur de Cologne en sa qualité de Grand-Maître de l'Ordre Teutonique; l'Electeur de Trèves; M[r] le Duc de Deux-Ponts; M[r] le Landgrave de Hesse-Darmstadt; le Prince Evêque de Spire; M[r] le Margrave de Bade; M[r] le Duc de Wurtemberg. Il serait inutile qu'il vît le Prince Evêque de Bâle, parce que ce Prince et son chapitre ne possédant dans le royaume que des dîmes, ils ne sauraient faire la moindre difficulté d'accepter une indemnité.

L'Electeur de Cologne ne pourra point donner de réponse définitive, parce qu'il sera obligé de prendre le consentement du chapitre de l'Ordre

Teutonique; ainsi ce qu'on peut attendre de ce Prince est qu'il se montre disposé à appuyer de son crédit la proposition que lui fera le Chevalier de Ternan.

Il en sera de même de l'Electeur de Trèves. Il sera obligé de prendre l'avis de son chapitre métropolitain. Ce Prince a des possessions sous la souveraineté du Roi dans le petit pays de *Saargau* placé dans la Lorraine allemande, outre Fumay, Feppin et Slevin[1]. Ses droits ont été déterminés et assurés par une convention signée le 1er Juillet 1778[2].

La Maison Palatine de Deux-Ponts a des possessions très étendues: une partie a passé sous la souveraineté de la France en vertu du traité de Westphalie. Tel est le comté de Ribeaupierre possédé par le Prince Maximilien de Deux-Ponts. L'autre n'y a été depuis réunie qu'en vertu du consentement libre de la Maison de Deux-Ponts et uniquement pour la convenance de la France.

Mr le Landgrave de Hesse-Darmstadt possède le comté de Hanau-Lichtenberg et celui d'Ochsenstein. Les droits de ces deux terres ont été rappelés et maintenus par le traité de Westphalie et confirmés par lettres patentes[3]. Le Prince Evêque de Spire possède en Alsace six baillages et la prévôté de Wissembourg. C'est par une transaction faite en 1752[4] que les baillages ont été reconnus de la souveraineté du Roi.

Mr le Margrave de Bade possède la terre libre de Beinheim. Elle est comptée parmi les pays contestés[5]. Ni le Prince ni ses sujets n'acquittent les impositions usitées en Alsace.

Mr le Duc de Wurtemberg possède en Alsace les comtés de Horbourg et de Riquevir[6] et sept seigneuries en Franche-Comté. Des actes particuliers du droit de gens règlent la nature des droits appartenant à la maison de Wurtemberg.

---

[1] Sic! Fépin sur Meuse und Revin, Stadt und Dorf im Départ. Ardennes.

[2] Gedruckt bei Reuß, Teutsche Staatskanzlei, 25, 285—290.

[3] Durch Lettres patentes aus den Jahren 1701, 1707 und 1717, sämmtlich gedruckt bei Reuß, a. a. O. 26, 61—78.

[4] Das Datum ist falsch; die betr. Lettres patentes, die bei Reuß, Staatskanzlei, 25, 186—204 mitgetheilt werden, sind vom Juni 1756 datirt.

[5] Vergl. darüber die Bemerkungen Erdmannsdörffers in der Politischen Correspondenz, I, 328. Es fällt auf, daß die in Luxemburg gelegene badische Herrschaft Rodemachern, über welche Frankreich die Souveränität ausgeübt und behauptet, nicht angeführt wird, obgleich sie durch die Beschlüsse der Nationalversammlung gleichfalls betroffen worden ist.

[6] Die im Oberelsaß gelegenen Herrschaften Horburg und Reichenweiher. Vergl. die beim Reichstag im Juli 1791 übergebene würtembergische Beschwerdeschrift bei Reuß, Staatskanzlei, 29, 7 ff.

A Bonn, le Chevalier de Ternan trouvera le Comte de Maulevrier-Colbert, à Coblence le Comte de Vergennes, et à Stoutgart le Baron de Mackau. Il confiera à ces ministres l'objet de sa mission et se concertera avec eux sur les moyens de la remplir; ils s'empresseront sûrement à lui donner les connaissances locales dont il aura besoin pour diriger sa marche.

Il n y a à Deux-Ponts qu'un simple secrétaire chargé de la correspondance; ce sera au Chevalier de Ternan à juger jusqu'à quel point il pourra lui accorder sa confiance. La personne avec laquelle il aura à traiter est le Baron d'Esebeck, ministre d'état du Duc; c'est un homme borné, mais bien intentionné et facile en affaires. Le Chevalier de Ternan trouvera aussi à Deux-Ponts l'abbé de Salabert, abbé de Tholey. Cet ecclésiastique est très attaché à Mr le Duc de Deux-Ponts et a une grande part à sa confiance. Il conviendra de lui montrer des égards et de lui inspirer de la bonne volonté. Il en est de même d'un Sr de Montgelas que le Duc employe dans ses affaires extérieures.

Quant au Prince Evêque de Spire, le Roi n'a jamais eu aucun rapport politique direct avec lui. Ce Prince est dans l'arrondissement de la légation du Baron de Groschlag[1]. Ce sera donc avec ce ministre plénipotentiaire que le Chevalier de Ternan aura à concerter la marche qu'il devra tenir à Bruchsal. Il en usera de même avec Mr le Landgrave de Hesse-Darmstadt. A Carlsruhe, les affaires sont confiées à Mr le Baron d' Edelsheim. Ce ministre n'est pas affectionné à la France; il est attaché par principe et par inclination à la cour de Berlin. Ainsi il y a apparence que le Chevalier de Ternan ne trouvera pas de grandes facilités à la cour de Carlsruhe. Ce qui donne néanmoins lieu d'espérer qu'il réussira, c'est que le Margrave a plusieurs fois été inquiété dans ses possessions alsaciennes; à chaque mécontentement que l'on a eu de lui, on l'a menacé d'un séquestre. Le désir de [se] rédimer d'une pareille mesure entraînera peut-être celui d'aliéner entièrement sa terre de Beinheim. Dans ce cas le Chevalier de Ternan, sans s'engager en rien, excitera le Margrave à proposer au Roi cet arrangement. Il aura soin de prévenir le Baron de Mackau, accrédité près ce Margrave, de son arrivée à Carlsruhe, et de l'inviter à s'y rendre et à travailler de concert avec lui au succès de sa mission.

On joint ici les lettres nécessaires pour accréditer le Sr Chevalier de Ternan auprès des différents Princes près desquels il doit se rendre. Le Roi ne lui donne aucune qualification, parce qu'il a jugé que la nature de sa commission n'en comportait aucune. Il ne s'agit en effet que de

---

[1] Französischer Gesandter beim oberrheinischen Kreise.

déterminer les Princes à donner une réponse quelconque sur le principe de l'indemnité, et la discussion sur cette proposition n'exigera partout qu'un séjour momentané[1].

Pariser Archiv.

670. Instructions pour le citoyen Massias, chargé d'affaires de la République en Souabe[2].

O. D. (Febr.—März 1801).

[Weisungen für Massias. Eine Beglaubigung beim schwäbischen Kreise z. Zt. ebensowenig angebracht, wie eine Niederlassung in Stuttgart. Wohnsitz in Karlsruhe. Versprechungen an Baden. Berichterstattung über die Kriegsereignisse.]

Le Premier Consul a fait choix du citoyen Massias pour résider en Souabe comme chargé d'affaires de la République.

Il était autrefois d'usage que l'agent français dans ce Cercle résidât à Stoutgart et fût particulièrement accrédité près le Duc de Wurtemberg, qui est le Prince le plus puissant de la Souabe. Mais depuis que l'Archiduc a fait peser l'influence autrichienne sur les parties intérieures de l'Allemagne, le Duc de Wurtemberg a suivi sans réserve l'impulsion qui lui a été donnée, et après avoir laissé partir le citoyen Trouvé qui était ministre reconnu de France à sa cour, il a mis tout à fait en oubli les liens d'amitié et de bonne intelligence qui résultaient de son traité de pacification avec la République. Ainsi le citoyen Massias ne pourrait sous aucun rapport établir sa résidence dans les états du Duc de Wurtemberg; il ne pourra pas davantage être en ce moment accrédité près la Diète du Cercle de Souabe, parce que toutes ses résolutions annoncent qu'elle est dévouée aux vues de la cour de Vienne. Il n'y a donc dans le Cercle de Souabe que le Margrave de Bade qui n'ait pas cessé de mettre du prix aux rapports qui existent entre la République et lui. Son ministre plénipotentiaire, Mr de Reitzenstein, est resté à Paris, et il a témoigné que le Margrave verrait avec plaisir à Carlsruhe un agent français et s'empresserait de lui faire accueil.

Le citoyen Massias se rendra en conséquence auprès du Margrave de Bade; il se présentera à M^r d'Edelsheim, son ministre principal, pour lequel il lui sera donné une lettre de crédit.

---

[1] Vergl. Reuß, Staatskanzlei, 24, 361.

[2] Die undatirte Instruction für den neuernannten Geschäftsträger beim Karlsruher Hofe fällt in die ersten Monate des Jahres 1801. Vergl. Politische Correspondenz, ed. Obser, III, Einleitung S. LV ff. Sie liegt nicht bei den Berichten von Massias im Fonds Bade, sondern unter der Serie: Mémoires et documents. Fonds divers. Allemagne, vol. 120. Vergl. Inventaire sommaire des archives du département des affaires étrangères. Paris, 1892, S. 36.

Son premier soin sera de renouveler au Margrave l'assurance des dispositions amicales de la République française et de la satisfaction particulière avec laquelle le Premier Consul a toujours accueilli les preuves de la conduite pleine de sagesse et de loyauté de S. A. S. Il s'attachera à entretenir la cour de Bade et le ministre dans des principes et une conduite aussi convenables. Il sera autorisé à déclarer que, si l'acharnement des coalisés force la République à porter de nouveau la guerre sur la rive droite du Rhin, le Margrave ne doit pas douter que ses états ne continuent à être traités par les généraux français avec des égards tout particuliers. De même qu'à l'époque de la pacification germanique aucune des promesses faites précédemment au Margrave et dont il n'aura pas cessé de mériter la confirmation ne sera mise en oubli par le Gouvernement français, empressé toujours de distinguer les états amis et de leur procurer le fruit d'une loyale et honorable conduite.

En même temps que le citoyen Massias remplira à cet égard les intentions du Premier Consul, il n'oubliera point que sa mission est principalement une mission d'observation et que, sous ce point de vue, les circonstances la rendent aussi délicate qu'elle est importante.

La Souabe est le champ de bataille où se porteront les premiers coups de la prochaine campagne et d'un moment à l'autre cette campagne peut s'ouvrir. Il n'est donc pas douteux que déjà les mouvements de l'armée autrichienne ne puissent servir à indiquer les plans de guerre médités à Vienne pour cette campagne. Le citoyen Massias s'attachera à se procurer des informations exactes, promptes et précises sur les forces ennemies, sur leur direction, sur leurs mouvements, et il négligera point de les transmettre tant au département des relations extérieures qu'au général en chef de l'armée du Rhin, avec lequel il sera utile qu'il se mette en correspondance.

Mais pour remplir cette partie spéciale de sa mission avec succès et sécurité, le citoyen Massias aura besoin d'employer beaucoup de circonspection, car il n'est pas douteux qu'aussitôt qu'il sera arrivé à Carlsruhe les généraux autrichiens ne cesseront d'avoir l'œil sur lui, et qu'ils seront même portés à abuser de la force pour éloigner un agent dont ils craindraient les observations, ainsi que l'Archiduc a fait l'année dernière à l'égard de ceux qui résidaient à Ratisbonne, à Munich et à Stoutgart.

Le Premier Consul se repose sur le zèle et sur l'habileté du citoyen Massias pour qu'il mette dans ses recherches ce qu'il faut d'adresse et de soin pour les rendre profitables, sans compromettre, et lui-même, et la cour près de laquelle il résidera.

Pariser Archiv.

671. Der dänische Gesandte, Baron Rosenkrantz, an den Minister des Auswärtigen, Grafen Bernstorff[1].

Rastadt, 28. April 1799.

[Die Vorgänge in der Nacht vom 28./29. April.]

Rosenkrantz hat die französischen Gesandten besucht und ihnen sein Bedauern ausgedrückt über die peinliche Lage, in die sie versetzt seien, da sie weder mit Sicherheit abreisen, noch länger verweilen könnten; er hat sie ziemlich ruhig gefunden, vor allem Roberjot. Sie erwarten jeden Augenblick die Antwort aus dem Hauptquartier, die ihre sichere Abreise verbürge.

Fortsetzung:

Karlsruhe, 30. April 1799.

J'avais écrit jusqu'ici et n'attendais que l'arrivée de la réponse qui devait décider du départ de la légation française, pour me mettre dans la voiture déjà attelée et pour faire remettre ce très humble rapport à la poste, lorsque les scènes de la tragédie la plus horrible commencèrent. Les ministres français et toutes les personnes leur appartenantes avaient été sur pied depuis 6 heures le (sic!) matin prêts à partir au premier instant. La réponse n'étant point encore arrivée à 6 heures du soir, plusieurs de nous se rendirent chez eux, pour leur témoigner, combien nous prenions part à cette prolongation et incertitude, qu'ils supportèrent cependant avec une assez grande patience. Je fus encore avec plusieurs Allemands chez le ministre Roberjot, lorsqu'arriva dans la cour du château et descendit chez le Bon Albini un officier des houssards Szekler, accompagné d'une trompette. Notre joie fut grande et générale; mais elle fit bientôt place à l'indignation, lorsque nous apprîmes qu'à des ministres d'une grande puissance appelés en Allemagne pour traiter de la paix et *qui avaient annoncé vouloir partir ce même jour* le colonel Barbaczy enjoignait tout simplement de partir dans 24 heures. Le ministre Roberjot, en rentrant de la conférence qu'il avait eue avec ses collègues, pour prendre connaissance de cette lettre à eux adressée, nous dit qu'ils avaient pris la résolution de partir sur le champ. Je lui témoignai à lui comme à ses collègues, combien j'étais frappé de cette issue de notre attente. Ils furent très sensibles a ce procédé de ma part et de presque tous les Allemands alors présents à Rastadt. Je m'en

---

[1] Als Nachtrag zu dem Abschnitte über den Rastadter Gesandtenmord in Band III veröffentliche ich die folgenden für die Geschichte desselben nicht unwichtigen Actenstücke, deren abschriftliche Mittheilung dem liebenswürdigen Entgegenkommen des Baron Zytphen-Adeler, Chefs des kgl. dänischen Archivs des Auswärtigen Amtes, zu verdanken ist. Eine eingehende Verwerthung und Würdigung haben diese Berichte auf Grund der vorliegenden Abschriften bereits in der jüngsten Abhandlung Herm. Hüffers gefunden, welche uns dank einem glücklichen Wiener Funde der Lösung des Rastadter Räthsels näher gebracht hat als alle bisherigen Forschungen. Vergl. H. Hüffer: Der Rastadter Gesandtenmord, mit bisher ungedruckten Archivalien. Bonn 1896.

acquittai avec des larmes aux yeux que bientôt une autre cause devait faire couler. Le ministre Bonnier était fort ému et me serra la main en disant: *j'avoue que je crains, qu'on nous fera quelque violence.* Convaincu, comme je devais l'être, que cela fût impossible, je tâchais de le rassurer de toutes manières et lui dis à la fin, que si cela lui pouvait faire le moindre plaisir, je lui proposais de me mettre à côté de lui dans la voiture; mais il m'en remercia très poliment. Il fut tard et déjà presque obscur et nous ne voulions pas embarrasser les partants; nous les quittâmes donc et je fus de mon côté donner les ordres pour mon départ sur le champ; mais ayant vu la sortie de la ville, près de ma maison, occupée comme toutes les avenues de la ville par des houssards, je demandais, s'il était vrai, comme on m'avait dit, que personne ne sortirait de la ville, à quoi les houssards me répondirent avoir ordre de s'opposer. Désirant beaucoup de partir, je vis par la porte du jardin du château, que l'on n'avait point encore occupée, courir sur la chaussée où se trouvait posté le capitaine, premier commandant de la troupe, d'environ 200 chevaux qui avaient dans un instant cerné la ville, comme si l'on voulait y surprendre quelqu'un. Il avait en même temps été envoyé un détachement d'un officier et 30 chevaux sur le chemin qui mène au Rhin, par où les Français devaient passer. Je demandai au capitaine, s'il était vrai qu'on ne laisserait sortir personne, et soutins, qu'il ne fût point en droit de m'empêcher. Il me répondit avoir ordre *de ne laisser sortir qui que ce fût:* lui ayant observé, que cela était en contradiction avec le contenu de la lettre que les ministres français venaient de recevoir de son chef d'après lequel ces ministres eussent à partir dans 24 heures, ce qu'ils exécutaient dans le moment que je lui parlais, il me répondit, *qu'il n'avait point d'ordre d'empêcher leur départ.* Je lui demandai donc, s'il leur donnerait une escorte jusqu'au Rhin? à quoi il répondit *n'avoir point d'ordre* pour cela et être là seulement pour prendre garde à *sa propre sûreté.* Lui ayant dit en riant, que celle-là, comme il savait, n'était point exposée bien essentiellement, j'ajoutai la prière qu'il ne voulût point envoyer des patrouilles sur la route vers le Rhin pour ne pas donner de l'inquiéter (sic!) aux femmes parmi lesquelles il y en avait une enceinte, ce qu'il ne refusait ni ne promettait positivement. Je le quittai en lui disant, que j'essayerais peut-être encore de passer malgré son refus. Rentré dans la ville dans laquelle on refusait l'entrée et la sortie à tout le monde, j'appris a mon grand étonnement que les ministres français n'avaient point pu passer et qu'eux pour leurs personnes étaient retournés au château et se trouvaient chez le B[on] Albini de qui ils avaient des passe-ports. Je m'y rendis aussitôt auprès d'eux que je trouvais naturellement fort agités. Le ministre de Mayence avait envoyé son secrétaire à l'officier commandant pour demander

ce que cet empêchement voulait dire, et, revenu bientôt avec la réponse, *que ce n'était qu'un mésentendu,* ces ministres prirent le résolution de rejoindre leurs voitures à la porte, dans lesquelles leurs femmes, enfants et toute leur suite étaient restés. Ils prirent cette résolution, plutôt pour voir une fin aux tracasseries auxquelles ils avaient été en butte et pour s'épargner les embarras du retour, que parce qu'ils jugeaient favorablement de l'aventure qu'ils venaient d'avoir. Arrivés aux voitures ils prirent cependant la résolution de demander une escorte. Cela fit, que retournant, au bout d'une quart d'heure vers ma maison, je les trouvai encore devant la sortie de la ville. Il passa encore plus d'un quart d'heure avant que le commandant de la ville pour M^sgr. le Margrave, Mr de Harrant, revint avec la réponse du capitaine autrichien, *qu'il ne pouvait point donner d'escorte, n'ayant point d'ordre pour cela, mais que les Français pouvaient partir sans inquiétude.* Ils en avaient cependant beaucoup; mais les mêmes motifs qui les avaient déterminés à se mettre en voiture sur le champ et si tard malgré le passage de l'eau qu'ils avaient à faire, les portèrent encore à se décider à poursuivre leur route, surtout comme personne d'entre eux voulait le premier opiner pour un parti qui décèlerait leur peur. Moi et ceux qui se trouvaient avec moi à leurs voitures nous ne leur parlâmes que de l'inconvénient de passer la rivière si tard, ne pouvant absolument pas nous imaginer, qu'il y eût pour eux d'autre danger sur le chemin qu'on achève de jour en voiture pendant une demie heure. Il partirent donc, précédés et accompagnés de beaucoup de flambeaux à cause de l'extrême obscurité de la nuit. Je prie congé d'eux tous, de Bonnier le dernier qui me donna la main, qui dans moins de dix minutes après lui fut coupée par les mêmes houssards qu'on n'avait pas voulu leur donner pour escorte et qui l'assassinèrent lui et Roberjot, ce dernier sous les yeux de son aimable épouse qui sollicitait la mort des bourreaux de son mari, qui la tinrent de force pendant que leurs camarades achevèrent leur abominable crime. J. Debry fut aussi tiré hors de sa voiture et arraché des bras de sa femme enceinte et de ceux de ses filles. On lui fit beaucoup de blessures, mais peu dangereuses; il eut la présence d'esprit de se laisser rouler dans le fossé et d'y rester comme mort. Je croyais ces malheureux près du Rhin, lorsque mon domestique vint me dire qu'ils avaient été assassinés. Je n'en voulus naturellement rien croire d'abord; mais ayant reçu la confirmation de cet horrible forfait de la bouche d'un de ceux qui avaient accompagné les voitures avec des flambeaux, je me rendis vite à notre casino, où je savais que je trouverais toute notre société assemblée. Le ministre ligurien et son frère qui s'étaient sauvés du massacre s'y trouvèrent déjà, mais on n'avait presque pas ajouté foi à leur recit, tant il parut incroyable. Je priai d'abord tout le monde de me suivre à la porte devant

laquelle se trouvait le capitaine avec le piquet. Arrivés avec la rage et l'indignation dans le cœur, ces sentiments ne furent qu'augmentés par la résistance que nous opposaient les houssards de garde et par l'extrême lenteur qu'ils mirent à avertir cet officier, que nous étions tous là pour reclamer de secours pour les malheureux Français que nous ne crûmes alors guères que dispersés dans la (sic!) forêts. Il nous fut à la fin permis de passer auprès de lui, que le Bon Albini venait de quitter, en nous disant que tout était déjà fait, parce que le capitaine avait fait partir un lieutenant et deux hommes pour porter de secours. Nous ne fûmes pas contents de cela et ayant réfléchi, que si même cet officier était de bonne foi, tous les Français, égarés dans le bois, se cacheraient devant lui, comme devant un ennemi, je le priai de permettre que je me jetasse sur le premier cheval qu'il me donnerait pour chercher ces malheureux, accompagné par une couple de houssards, mais il me le refusa durement tout comme au Cte de Bernstorff qui lui fit la même prière; nous parvînmes à la fin, après bien des sollicitations, à obtenir que le major Mr de Harrant, irait avec une couple de houssards fouiller le bois. Le flegme et l'indifférence de cet homme me mirent moi et plusieurs autres hors de nos sens; mais rien ne put émouvoir ce misérable qui eut l'insolence de me demander, si je comptais l'interroger comme dans un «Inquisitionsverhör»? Un ami m'arracha de devant lui, parce qu'on me vit prêt à tomber sur lui avec la fureur qui m'avait inspirée son inhumanité. Une demi-heure plus tard, environ à onze heures et demi, nous apprîmes, que les voitures allaient rentrer en ville: en effet il en vint une dans laquelle se trouvait Mme Roberjot, jetant des cris épouvantables et tombant d'une faiblesse dans une autre; à la place de son malheureux mari se trouvait un fidèle valet de chambre; tous deux nous tendirent de temps à autre les bras, en demandant notre secours; mais les houssards avaient ordre de ne laisser approcher personne des voitures et maintes fois nous fûmes sur le point d'être foulés sous les pieds de leurs chevaux. Madame Debry avec les filles de son mari arriva aussi, craignant comme ses compatriotes d'être assassinées par les bourreaux de leurs maris. Il se passa bien 20 minutes avant qu'un officier, que nous avions envoyé requérir auprès du commandant, vint avec la permission que ces dames pourraient être conduites au château, *mais à pied.* Cela étant impossible pour Mme Roberjot, qui ne pouvait point se tenir sur les pieds, nous obtînmes la permission de la conduire chez le Bon Jacobi, devant la porte de qui sa voiture s'était arrêtée. La voiture n'avait point encore été pillée, comme nous vîmes à l'ouverture de la portière; mais il ne nous fut point permis d'en emporter la moindre chose. Mme Debry fut d'abord conduite au château, mais Mme de Reden la prit ensuite, avec les filles, chez elle. Je Vous épargne, Monsieur,

nombre de détails qui réunissent des horreurs, comme on n'en a jamais ni vu, ni entendu, ni lu. Ayant appris avec la plus grande probabilité que J. Debry était vivant, nous fûmes de nouveau négocier avec le capitaine, pourqu'il voulût permettre, que le Cte de Solms accompagné du commandant des troupes de Bade et de quelques houssards pussent de nouveau fouiller le bois de grand matin, ce qu'il accorda. Nous restâmes presque tous ensemble la nuit entière, pour concerter ce qu'il y aurait à faire pour la sûreté et le départ des débris de la légation française. Vers les quatre heures du matin Mr de Jordan de la légation prussienne fut envoyé au colonel Barbaczy avec une lettre signée de nous tous presque, excepté par le Baron Albini qui s'y refusa *sous prétexte* qu'il partirait de grand-matin, tandis que nous autres nous avions résolu de ne point quitter Rastadt, avant que les Français seraient en sûreté. Nous passâmes le reste de la nuit et la matinée dans la situation la plus affreuse; la plus profonde douleur nous empêcha de faire beaucoup d'attention au danger imminent auquel nous serions exposés, si les Français sur l'autre rive venaient à apprendre ce qui s'était passé, puisqu'il dépendrait d'eux de venir avec une couple de mille hommes mettre le feu à la ville et nous massacrer tous dans une ville où les houssards autrichiens nous tenaient prisonniers, sans être en force pour se défendre un instant contre de l'infanterie. Ni le Cte de Solms, ni Mr de Jordan ne revenaient. Nous attendions avec impatience la réponse du colonel et des nouvelles sur le sort de J. Debry. Celui-ci entra à la fin chez le Cte de Gœrtz à notre grande joie. Se voyant à la fin en sûreté, il se jeta à genoux et remercia la Providence de l'avoir sauvé si miraculeusement. Ce fut à qui de nous l'embrasserait, qui mêlerait ses larmes avec les siennes. Il avait le visage couvert de sang et de boue à cause d'un coup de sabre au travers du nez. Il avait passé la nuit et la première partie de la matinée caché dans la forêt, voyant et entendant les houssards qui passaient à côté de lui pour le chercher. Ne tenant plus à une position aussi pénible que périlleuse, il prit le parti d'entrer dans la ville et de se livrer plutôt lui-même que de continuer une lutte que ses forces ne permettraient plus longtemps. Il s'approcha de la porte et eut le bonheur de passer au milieu d'un gros de paysans sans être remarqué par les houssards. Il avait passé à quelque distance de la ville auprès des corps morts de ses malheureux collègues. Je n'essayerai pas de rendre la scène de l'entrevue avec sa femme. Il ne m'est pas possible d'exprimer les sentiments de reconnaissance et de haute sensibilité qu'il fit éclater envers nous tous, ni la dignité et la bonté de cœur qui se peignaient dans tout ce qu'il faisait, dans tout ce qu'il disait. Il donna en partant 100 louis aux pauvres. Mr de Jordan revint à la fin avec une réponse du colonel qui exprimait sa douleur et qui offrait toute

facilité pour le départ des Français sous escorte et pour le nôtre. Il y mettait l'attentat sur le compte de quelques voleurs qu'il ferait arrêter et punir. Mais *rien* dans cet attentat *ne porte le caractère d'un dessein de voler,* quoiqu'il ait été volé plus de 60000 florins et beaucoup de nippes. A une heure après-midi ces malheureux, mourant de peur d'être encore attaqués, se remirent en route par le même chemin sur lequel ils avaient été assassinés le soir auparavant, escortés à notre prière par quelques houssards de Bade, de Mr de Harrant et de Mr de Jordan, qui passait comme officier prussien, ce qu'il n'est pas, *parce qu'on avait refusé à tous ceux qui appartenaient aux missions d'accompagner les Français* qui d'ailleurs avaient un lieutenant et une vingtaine de houssards de *la même avantgarde* qui tenait Rastadt cerné depuis 17 heures. J'avais promis à Mme Roberjot, aux Liguriens et aux secrétaire Rosenstiel, qui tous étaient persuadés qu'on allait de nouveau les mener au supplice que je les accompagnerais; je fus pour cela à la maison mettre mon uniforme, mais à mes grands regrets j'appris que le capitaine refusait absolument à un chacun d'en être, s'il devait répondre du succés du départ. J'eus donc le chagrin affreux de voir la peur de tous ces malheureux augmenter à un dégré extrême, dèsqu'il s'aperçurent que je ne les accompagnerais pas. Nous restâmes à Rastadt trois heures après eux et n'ayant eu aucune mauvaise nouvelle, nous osions nous flatter que le passage avait été heureux, ce que nous apprîmes encore hier au soir avant de nous coucher pour nous reposer après avoir passé 20 heures dans des horreurs qui ne se laissent ni imaginer, ni décrire. Nous sommes convenus de faire dresser par Mr de Dohm un simple exposé des faits que nous signerons tous et qui sera remis au Margrave et à M^sgr^ l'Archiduc Charles par lui. — J'ai écrit cette relation fort à la hâte sans en prendre copie, ainsi je Vous supplie, Monsieur, d'en excuser le désordre. Elle va d'ici à Cassel par estafette et je la ferai partir de la même manière, si elle ne rencontre pas la poste. Mr de Dohm, qui s'est exposé comme l'homme le plus robuste, est tombé malade ici, ce qui fait que l'espèce d'acte qu'il doit dresser ne sera achevé que demain.

C'est un grand bonheur, même pour l'Allemagne, que J. Debry a été sauvé, puisque certainement il se piquera de générosité pour diminuer le ressentiment de son gouvernement et de sa nation, s'il est possible. Il est à remarquer que les houssards n'ont porté des coups qu'aux trois ministres après s'être assurés que c'était bien eux, ce qu'ils ont fait en parlant quelques mots français assez mal prononcés.

J'omets ici plusieurs détails et notions importantes à cause de la brièveté du temps et parce que j'espère qu'ils trouveront place dans le récit commun, que j'aurai l'honneur de Vous adresser, Monsieur, de Wurzbourg. Il est fort heureux qu'il s'est encore trouvé quelques ministres de quelque

conséquence à Rastadt, dont les procédés ont pu prouver au ministre J. Debry, que tous les Allemands ne sont pas des assassins, s'il y en a parmi les troupes qu'un souverain allemand employe contre leur nation.

J'ai l'honneur etc. — Apostille.

Les effets qui se trouvaient encore, mais en petit nombre, dans les voitures, ont été rendus avec celles-ci, mais nous n'avons pas pu obtenir la restitution des papiers qui comprennent les archives etc. Le capitaine disait devoir les envoyer à son chef.

Staatsarchiv Kopenhagen.

---

672. Der dänische Gesandte, Baron Rosenkrantz, an den Minister des Auswärtigen, Grafen Bernstorff.

Würzburg, 6. Mai 1799.

[Schreiben an den Erzherzog. Sendung Eybens ins Hauptquartier. Nachträge zum vorigen Bericht. Burkhard und die Szekler. Die zweite Abreise der französischen Gesandtschaft. Beschlagnahme der Papiere. Die Frage nach den Urhebern. Ungelöste Räthsel.]

Après avoir employé le 30. du passé à Carlsruhe à concerter l'exposé que j'ai l'honneur de mettre ci-joint sous Vos yeux, Monsieur, avec les annexes y appartenantes, nous sommes encore convenus du contenu des deux lettres pour l'Archiduc et pour le Margrave que Vous trouverez également ici jointes en copie[1]; et le 1. du courant nous avons signé ces pièces que Mr de Dohm avait rédigées et modifiées avec beaucoup de complaisance, selon que l'un ou l'autre, du consentement de tous, trouvait à ajouter ou à retrancher de son ouvrage. Il fut ensuite question de la manière de faire parvenir la lettre à l'Archiduc. La voie par estafette ayant été rejetée, et le ministre du Margrave ayant aussi trouvé peu convenable, que ce fût par le canal de son Prince qu'elle fût transmise, comme le Cte de Gœrtz parut le désirer, on témoigna spontanément et d'un commun accord, que personne serait plus propre à en être le porteur que le Bon d'Eyben. N'ayant pas cru pouvoir nous refuser à ce qu'on demandait de nous, j'ai muni d'un passeport le Bon d'Eyben et de l'instruction ostensible que j'ai l'honneur de mettre ci-jointe sous Vos yeux, Monsieur. Il dut partir le 2., après s'être un peu remis d'avoir passé tout la nuit à écrire. Nous jugeâmes tous convenable de nous séparer au plus vite, pour ne pas donner des soupçons contre nous, ce qui m'a obligé de remettre jusques à mon arrivée ici d'avoir l'honneur de revenir sur le triste évènement qui fit l'objet de mon précédant très humble rapport de Carlsruhe, qui est suppléé par l'exposé allemand qui accompagne celui-ci[2], mais qui

---

[1] Abgedruckt im „Authentischen Bericht", S. 29 ff.

[2] Gemeint ist der aus Karlsruhe datirte Bericht der Gesandten vom 1. Mai.

cependant ne contient point encore tous les détails et notions que nous avions ramassés, chacun de son côté n'ayant pas voulu charger le tableau par un récit trop circonstancié, quoique véridique, d'un évènement dont l'horrible résultat suffit pour nous plonger tous dans la plus profonde douleur et pour couvrir de honte éternelle les auteurs de l'attentat. C'est ainsi qu'il n'a été rapporté, ni dans ce récit, ni dans mon précédant très humble rapport, que le capitaine de houssards qui est natif de cette ville-ci[1] dont le nom est Burkhard, me fit dire le 29. le matin, par forme d'excuse, et me répéta ensuite lui-même, *qu'après ce qui s'était passé la nuit, je devais lui savoir gré de m'avoir empêché de partir le soir*[2]; sur quoi je lui observai très sérieusement, que je devais le prier de ne point s'en faire un mérite. S'il avait été en droit de s'en attribuer quelque mérite, il eût dû m'avoir prévenu, que c'était pour ma propre sûreté qu'il m'empêchait de partir, de laquelle cependant il n'avait point été question entre nous. Personne de nous n'avait aussi pu jusque là s'imaginer, que notre sûreté courrait le moindre danger au milieu d'une troupe comme celle des houssards en question, auprès des vedettes et postes avancés desquels nous avions passé plusieurs fois la nuit les derniers jours en revenant de Bade, sans être nullement inquiétés de leur part. Il est aussi remarquable, que cette troupe s'est conduite à merveille dans les quartiers de cantonnement qu'elle occupait dans les villages dans le voisinage de Rastadt et d'une manière si exemplaire qu'il n'y a pas eu la moindre plainte contre ces houssards.

Mais on leur avait visiblement exalté les esprits, en leur représentant les Français, et nommément les ministres, et parmi ceux-ci particulièrement Bonnier, comme la cause, que la paix ne s'était pas faite, et que par conséquent eux, qui pour la plupart ont femmes et enfants en Transylvanie, ne pouvaient obtenir la permission de retourner chez eux maintenant depuis plus de 6 ans qu'ils en sont partis. On leur a aussi fréquemment entendu dire, que les ministres français n'avaient eu que ce qu'ils avaient mérité: et entre autres motifs d'excuse du forfait, ils alléguaient que les Français avaient fait mourir les ministres de l'Empereur, de Russie et d'Angleterre à Florence, et qu'ils en avaient fait autant avec le Grand-Duc. Comment ces gens-la avaient-ils reçu ces informations? Ne croit-on pas en voir l'horrible but qu'on s'est proposé, en les leur donnant?

Lorsque les Français furent répartis le 29. sous escorte, le lieutenant des houssards autrichiens dit au major des troupes de Bade, qu'il savait

[1] Unrichtig; vergl. Helfert: Der Rastadter Gesandtenmord, S. 242.

[2] Die Angabe bestätigt die Mittheilung Zandts: Der Rastadter Gesandtenmord, S. 31, und widerlegt die dagegen gerichteten Ausführungen Helferts, a. a. O. S. 338, Anm. 196.

bien que j'avais mis mon uniforme pour accompagner les Français, mais qu'il avait laissé un houssard devant la maison du C[te] de Gœrtz, d'où le convoi était parti, pour l'avertir, si je venais, afin qu'il pût sur le champ retirer l'escorte. Le même officier autrichien fit faire halte au convoi à peu de distance de la ville, ce qui donna sur le champ des frayeurs mortelles à ceux qui étaient dans les voitures: il fit ensuite nombre des questions au major de Harrant, pour apprendre de lui dans quelle voiture était Jean Debry, de quel côté dans la voiture il était assis etc. et de même au sujet du ministre ligurien, ce qui détermina le dit major à lui déclarer, qu'il était bien le plus fort et en nombre, mais que lui, Harrant, ne souffrirait cependant pas que les Français fussent inquiétés et qu'il le priait par conséquent de ne point s'éloigner de ses côtés jusqu'à ce qu'ils seraient arrivés aux bords du Rhin avec le convoi. M[r] de Harrant ne fut ainsi point sans inquiétude, surtout comme il entendait l'officier de houssards parler en hongrois à un sergent et prononcer le nom de J. Debry. On ne sait si l'on doit qualifier de connivence ou de simple négligence, que le 30. le même capitaine Burkhard eut non seulement encore le commandement du poste qu'il avait occupé le 28. au soir, mais qu'il put encore entrer dans Rastadt et se loger avec sa troupe au château.

Il fut question, lors de la rédaction de notre exposé d'y faire entrer aussi l'enlèvement des papiers des Français, encore le lendemain matin après l'assassinat, par l'ouverture des cassettes en présence d'un employé du gouvernement de Bade, ainsi que le refus de les rendre après que l'on les avait réclamés au nom des ministres français; mais je m'y opposai en soutenant, qu'il valait mieux omettre ce fait aggravant et que je refuserais plutôt ma signature, surquoi cet article fut rayé[1]. J'avais tant en vue la possibilité que ces papiers, parmi lequels le secrétaire Rosenstiel avait dit devoir se trouver les plus importants et les plus secrets de la légation, pourront contenir des griefs contre les ministres français, que le tort qu'il ferait à la cour de Vienne aux yeux de l'Europe, qu'on pût lui reprocher d'après notre témoignage, que les officiers autrichiens ont enlevé de force et de sang-froid et refusé de restituer les papiers de la mission française après que les houssards avaient assassiné les ministres la nuit auparavant. Il est impossible d'accuser qui que ce soit d'en avoir voulu particulièrement aux papiers de ces ministres que l'on avait tout lieu de croire mis en sûreté par maints envois d'effets qu'ils avaient faits depuis 15 jours. Il ne fallut pas non plus assassiner ces malheureux

---

[1] Bekanntlich wird die Beschlagnahme der Gesandtschaftspapiere im „Authent. Bericht" nicht erwähnt; diese Stelle erklärt zur Genüge, weshalb dies geschehen ist. Vergl. dazu auch die Angaben des wetterauischen Gesandten Grafen Solms Laubach bei v. Sybel: Deutsche Rundschau, Jahrg. 1876, III, 60.

pour avoir leurs papiers. — On a beau examiner les circonstances de cet horrible attentat de quel côté qu'on veuille, on ne trouve aucun but utile, même pas en admettant l'absence de toute moralité, de toute considération quelconque de la part de ceux qui en auraient conçu l'idée et amené l'exécution. Il faut donc s'attacher, s'il est possible à la supposition, que c'est une haine fanatique ou personnelle que l'on a voulu satisfaire, mais de nouveau on est embarrassé par l'impossibilité de trouver, comment des individus, plus ou moins obscurs, auraient pu se procurer les moyens de satisfaire leurs cruelles passions aux dépens de l'honneur de l'Allemagne? comment ils auraient pu en concevoir la possibilité? Et cependant plus on considère les actions qui se sont passées sous nos yeux, plus on se persuade, qu'elles n'ont point été l'effet du hazard, mais qu'elles ont été dirigées et calculées. Qui peut en effet douter que le capitaine de houssards n'ait eu ordre exprès de cerner la ville et de n'en laisser sortir personne de nous autres, mais seulement les Français, et qu'il avait ordre de refuser l'escorte, comme il nous l'a dit? Quel était donc le but de son envoi à la tête de sa troupe, dans un poste qui se trouvait hors de portée et de tout rapport avec l'ennemi, puisque la sûreté des ministres français, qu'on savait prêts à partir et que l'on se donnait pourtant l'air de chasser, n'y entrait pour rien? Son colonel lui avait sans doute donné ces ordres; mais en a-t-il pu concevoir l'idée lui-même? a-t-il pu prendre sur lui de faire un esclandre seulement et surtout de lui pousser jusqu'à l'insulte et même jusqu'au crime? Cela n'est pas croyable, et j'ai d'ailleurs appris d'une source sûre ici, qu'il s'est plaint plusieurs jours auparavant d'avoir des ordres très sévères à exécuter à l'égard des ministres français[1]. Je me rappelle encore, en examinant la valeur que pourrait avoir ce que ce colonel dit dans sa réponse à nous au sujet du départ des ministres français *pendant la nuit* et tout ce qu'on a dit là-dessus, après coup, tant à Rastadt qu'à Carlsruhe, que lorsque je demandai au capitaine Burkhard, *quand je pourrais donc partir et ce qu'il entendait par demain matin?* qu'il ne voulait point s'expliquer à ce sujet, répétant seulement, *qu'il ferait savoir, quand le passage serait libre.* D'où il suit avec quelque probabilité, que ceux qui avaient osé prendre sur eux de faire assassiner les ministres français n'auraient pas craint de faire commettre le crime dans la matinée, et que par cette raison le capitaine ne pouvait point m'indiquer l'heure où il pourrait me permettre de partir le lendemain. Et en effet peut-on s'imaginer que ceux qui avaient pu concevoir cet abominable projet et qui avaient trouvé moyen de monter les ressorts pour son exé-

---

[1] Vergl. v. Reichlin Meldegg, Der Rastadter Gesandtenmord, S. 22; Helfert, a. a. O. S. 239.

cution, se seraient laissés arrêter par la clarté du jour? Le crime était trop grand pour qu'on eût pu le concevoir sans en poursuivre l'exécution par considération pour la présence de quelques laboureurs dans les champs. On savait les Français préparés au départ depuis le matin: on leur annonça l'ordre de partir dans 24 heures, on pouvait se flatter, que cet ordre outrageant les déterminerait à se mettre sur le champ en route, ou du moins à n'attendre que l'aube du jour pour partir. Le supérieur immédiat du colonel Barbaczy, vieux soldat de bonne réputation, est le général Goerger. Celui-ci a-t-il été le maître de prescrire tout ce qui regardait le départ des ministres français jusqu'à *l'heure même* de l'annonce de l'ordre de partir, qui correspondait avec celle du cernement de la ville de Rastadt? A-t-il pu être le maître de donner pour réponse à des ministres qu'on avait annoncés comme prêts à partir l'ordre de s'en aller, sans rien répondre au sujet de la sûreté du départ? Le supérieur immédiat de ce général est le Cte Merveldt, homme d'honneur et d'un mérite reconnu. Les mêmes questions que ci-dessus peuvent s'appliquer à lui, sans qu'on avance davantage dans ce dédale de conjectures. Je prolongerais encore davantage cette série de questions sans trouver moyen de donner des réponses satisfaisantes ou probables et propres à nous indiquer un but raisonnable; la méchanceté la plus noire se le fût-elle proposée elle-même! Je ne ferai point l'apologie de la résolution que j'ai prise de concert avec mes collègues, le Bon Albini seul excepté, de ne point quitter Rastadt tant que les débris de la légation française n'avaient passé le Rhin, ni des mouvements que je me suis donnés pour porter quelques secours aux malheureuses victimes d'un fanatisme exécrable et de la persécution la plus inhumaine, et pour les consoler par l'expression de mon indignation pour leurs bourreaux et de mon sincère désir de leur être de quelqu'utilité. Je suis sûr, Monsieur, que Vous en eussiez au moins fait autant, et si nous tous avions fait plus que nous n'en avons fait, on aurait dû passer quelque chose à des ministres de princes allemands, à des hommes outragés, maltraités par un capitaine de houssards et sa troupe qui n'avait rien à nous commander et qui nous exposait par son entreprise sur la ville, dans laquelle il nous consignait et que nous ne devions quitter qu'en conséquence des ordres de nos souverains, à être égorgés par représailles de la violation de tous les droits que sa troupe venait de commettre. J'ose dire que si la cour de Vienne voit dans notre exposé autre chose qu'un sincère désir de la ménager et de désarmer, s'il est possible, la vengeance que les Français voudraient exercer contre tous les Allemands et toutes les contrées de l'Allemagne en général, en leur prouvant que nous n'avons pas craint de dire la vérité, cette cour nous ferait tort à nous, mais encore plus à elle-même. — Le Duc de Wurtemberg a le projet de faire former et

rassembler en Souabe une 20me de milliers d'hommes, pour garder le pays et surtout les gorges des montagnes. Il espère que l'Angleterre donnera des subsides pour l'entretien de ce corps. Il envoie pour cette effet quelqu'un à Londres . . . .

Staatsarchiv Kopenhagen.

673. Der dänische Legationssecretär von Eyben an den dänischen Gesandten von Rosenkrantz.

Regensburg, 13. Mai 1799.

[Bericht über die Sendung ins Hauptquartier. Unterredungen mit Faßbender und Erzherzog Karl. Verhalten des Grafen Görtz; Verdächtigung Lehrbachs. Empfang beim Kurfürsten. Reise nach Regensburg. Unterredung mit Hügel.]

Eyben giebt zu dem Berichte[1] vom 7. Mai über seine Sendung ins Hauptquartier einige Nachträge, die er „in einem an so viele und verschiedene Herren Gesandte gerichteten Promemoria glaubte nicht anführen zu dürfen".

Ew. Hoch- und Wolgeboren wissen selbst, daß der Gedanke vorzüglich mehrere Herren Gesandte bewogen hatte, mich zur Ueberbringung der Darstellung an Se Königl. Hoheit zu bestimmen, daß vielleicht sonst ein anderer mit dem Auftrage beehrt worden wäre, der aus manchen Gründen mit Bitterkeit sich geäußert und vielleicht selbst ungegründete, nicht zu erweisende Vermuthungen zu erkennen gegeben haben würde, eine Ursache, die vielleicht auch Ew. Hoch- und Wolgeboren bewog, mir die gewogentliche Erlaubniß zu ertheilen, diesen Antrag anzunehmen.

Schon unterwegens hörte ich sehr verschieden über den schrecklichen Vorfall, der sich am 28. zu Rastadt zugetragen hatte, urtheilen; welches mich bewog, nochmals meinen Leuten aufs strengste anzubefehlen, nicht zu sagen, daß ich von Rastadt komme, und durchaus nicht von dem traurigen Vorfall zu sprechen.

Meine Ankunft und den meinen Wünschen entsprechenden Empfang in dem Hauptquartier Sr Königl. Hoheit habe ich in meinem vorigen Bericht Ew. Hoch- und Wolgeboren schon ganz gehorsamst angezeigt. Mehrere Herren Officiere frugen meine Leute, wo ich herkomme, und bekamen zur Antwort von Stuttgart; kaum aber war eine Stunde seit der ersten Audienz, die ich bei Sr Königl. Hoheit hatte, verflossen, als wieder ein Officier zu meinem Jäger kam und ihm sagte: „es ist ja nicht wahr, daß Sein Herr von Stuttgart kommt, er kommt von Rastadt; wie heißt er?" Als ihm mein Name genannt wurde, sagte er: „So? Eyben heißt der ehrliche Mann, der kommt um andere Leute unglücklich zu machen? Ist schon gut!" und machte einige elende drohende Bewegungen mit der Hand.

[1] Ueber den Inhalt dieses ersten Eybenschen Berichtes vergl. die erschöpfenden Mittheilungen bei H. Hüffer: Der Rastadter Congreß, II, 328 und H. v. Sybel: Histor. Zeitschrift, 39, S. 69.

Wie der Herr Hofrath Faßbender einige Zeit darauf zu mir kam, und mit mir über die Sache wol schon eine Stunde gesprochen hatte, kamen zwei Officiere in das Zimmer; einer wandte sich an mich, um mich zu fragen, was ich denn über den Vorfall zu Rastadt mit dem französischen Gesandten sagte; der Herr Hofrath fiel sogleich ins Wort und sagte: es ist leider wahr, daß die Sache geschehen ist, allein wir wissen noch nichts bestimmtes und haben noch keine Berichte vom Obristen aus Gernsbach, der [sic!] die näheren Umstände enthielte; der Officier wandte sich darauf an den Herrn Hofrath und sagte ihm: es würde sehr traurig für alle Officiere sein, wenn brave Officiere in Unannehmlichkeiten über einen Vorfall kommen würden, der zwar unangenehm sei, allein die Franzosen hätten das Völkerrecht so oft und viel schrecklicher gebrochen, als es durch diesen Vorfall sei, und wenn dieser Vorfall deutsche Minister in Frankreich getroffen hätte, so würde gewiß kein Mensch bestraft worden sein, sondern man würde sich mit der Unmöglichkeit entschuldigt haben, die Thäter herauszubringen; warum man denn jetzt so streng gegen alle Officiere handeln wollte. Der Herr Hofrath suchte mit vieler Gelassenheit ihm begreiflich zu machen, daß wenn auch alles dieses als richtig angenommen würde, es doch nicht erlaubt wäre, wenn ein Staat oder Mensch unrecht handle, der andere es auch thun dürfte; allein der Officier, ein Mann von einigen 40 Jahren, kam immer wieder auf das zurück, daß die Franzosen das Völkerrecht durch die Wegnahme von Ehrenbreitstein mitten im Frieden verletzt hätten und, so lange sie dafür keine Genugthuung geben, man ihnen auch keine geben dürfe und am allerwenigsten Officiere strafen, denen man nichts beweisen könne. Da er mir dieses sagte und der Herr Hofrath nichts hierauf antwortete, erwiderte ich ihm: daß er sehr unrecht habe, mir dies zu sagen, indem weder mir, noch dem König, dem ich diene, die Sache etwas anginge, ausgenommen insofern es jedem Monarchen nicht nur, sondern auch jedem Manne von Ehre und Gefühl wehe thun müsse, zu sehen, daß Gesandte, deren Person in allen Ländern und von jeher als heilig und unverletzbar angesehen worden, ermordet wären; daß ich auch nicht wüßte, daß irgend jemand die Bestrafung eines Officiers verlange, noch viel weniger behaupte oder erwiesen habe, daß Szeckler Husaren-Officiere an dieser Begebenheit Antheil hätten, daß ich aber überhaupt glaube, [daß] er sowohl wie ganz Deutschland und Frankreich die Sache recht ruhig in den Händen Sr Königl. Hoheit sehen könnte, der, wie ich hier gehört habe, eine Untersuchung angeordnet hätte und der eben so wenig irgend einem seiner Officiere Unrecht thun, als irgend einen Schuldigen unbestraft lassen würde. Worauf er mit dem andern Officier, der gar [nichts] gesprochen hatte, wegging. — Ich führe diese Unterredung blos deshalb an, da es die Veranlassung war, weshalb ich dem Herrn Hofrat sagte: ich bäte nicht allein ihn, sondern auch Se Königl. Hoheit und alle, die mit ihm von der Sache sprächen und von der überbrachten Schrift Kenntniß erhielten, zu bitten, diese Darstellung durchaus nicht als eine Klage sondern blos als

einen Beweis der unbegrenzten Hochachtung für Se Königl. Hoheit anzusehen, da man überzeugt gewesen, der Gerechtigkeitsliebe Sr Königl. Hoheit würde es angenehm sein, alle möglichen Nebenumstände kennen zu lernen, die vielleicht zur geschwinderen Entwickelung der Sache und Erforschung des Grundes Anlaß geben könnten, da man hätte glauben können, daß der Herr Obriste, der zu Gernsbach, und der Herr Rittmeister, der nicht in der Stadt gewesen, selbst nicht von allen Nebenumständen so gut unterrichtet sein konnten als die verschiedenen Herren Gesandte, die beständig in der Stadt und in Unterredungen mit dem Herrn Rittmeister, mit den Franzosen und einzelnen anderen Leuten gewesen wären. Ich setzte noch hinzu, der stärkste Beweis, daß es nicht als Klage angesehen werden dürfe, sei außer meiner Versicherung, noch der, daß obgleich die Person mehrerer Gesandte mehr oder weniger beleidigt worden seien [sic!], man doch deßhalb auch nicht ein Wort gesagt habe, weil man die feste Ueberzeugung habe, daß nie die Absicht habe sein können, diese Herren zu beleidigen und es nur aus Unverstand geschehen. Bei dieser Gelegenheit fügte ich hinzu, daß auf solche Art der königlich dänische Herr Gesandte beleidigt worden sei, welcher aber, um dies so viel als möglich zu unterdrücken, es nicht einmal in die an Se Königl. Hoheit überbrachte Darstellung habe anführen wollen, daß nämlich er verhindert worden abzureisen, obgleich er es verlangt und ausführlich hinzugesetzt habe, daß er glaube, der Herr Rittmeister könne keinen Gesandten einer Macht, die in dem besten Freundschaftsvernehmen mit seinem allerhöchsten Hofe stehe, die Abreise verbieten. Der Herr Hofrath antwortete, daß er dieses Benehmen gewiß als sehr freundschaftlich erkenne, und sagte mir ferner, daß man sich gewundert habe, daß die französischen Minister nicht eher abgereist, auch habe man geglaubt, daß die königl. preußischen und der königl. dänische Herr Gesandte wol schon abgereist wären; da er eine Antwort hierauf zu erwarten schien, erwiderte ich: daß ich nicht wissen könne, was die königl. preußischen Minister für Instruction deßhalb gehabt hätten, eben so wenig wisse ich, ob und was für eine Instruction der königl. dänische Gesandte gehabt habe, allein daß mir wahrscheinlich wäre, daß derselbe wegen der weiten Entfernung entweder noch gar nicht habe instruirt sein können, und der Herr Gesandte, da Dänemark neutral sei, nicht für sich, ohne besondere Befehle habe abreisen können, oder ob vielleicht, da ein solcher Ausgang zu Kopenhagen nie habe vermuthet oder für denkbar habe gehalten werden können, man den Herrn Gesandten blos instruirt habe, dann abzureisen, wenn die höchstansehnliche kaiserliche Plenipotenz und die französischen Minister abreisen würden. Weßhalb der Herr Gesandte vielleicht geglaubt hätte, seine Abreise, obgleich die kaiserl. höchstansehnliche Plenipotenz schon abgereist war, seine Entfernung bis zur Abreise der französischen Minister verschieben zu müssen; doch, wiederholte ich, sei dies nur meine Muthmaßung, indem ich in meiner Lage nicht von allen Instructionen, die der Herr Gesandte erhalten, unterrichtet sein könnte.

Der Herr Hofrath sagte mir nun, daß er doch glauben müsse, daß französische Emigrirte die Hand im Spiel gehabt hätten, welches der Herr Obriste von Barbaczy auch in seinem zweiten Bericht angeführt habe, und welche Meinung dadurch verstärkt würde, daß in der Darstellung stehe, daß einer der Mörder gesagt habe «es-tu Jean Debry?» Ich erwiderte hierauf, das was ich in meinem vorigen Berichte schon zu sagen die Ehre hatte[1], und setzte noch hinzu, daß wenn dieses sei, es zwar schwer sein würde, der Sache bis auf den ersten Grund nachzuspüren, allein, da es doch gewiß sei, daß wenigstens einige Szeckler, wenn auch vielleicht in dem Augenblick des Mordes nicht gegenwärtig, doch in der Nähe gewesen wären, diese wissen müßten, ob französisch gesprochen worden oder nicht; daß, was mich beträfe, mich das Wort «es-tu» mehr als irgend etwas anderes auf die Vermuthung bringen könnte, als wären Emigrirte die Thäter, denn kein Deutscher, kein Ausländer, selbst kein Emigrirter, der zu der royalistischen Partei gehöre, würde Jean Debry tutoyirt haben, da dies gar nicht im Geiste der Sprache wäre; es könne daher vielleicht einer gewesen sein, der zu der Partei des Robespierre gehört habe und nach dessen Sturz emigrirt sei, und der auf diese Art sich an Bonnier und J. Debry, die damals im Rathe der 500 saßen, rächen wollen; allein das würde sich doch leicht in der Untersuchung herausbringen lassen, denn nach Aussagen der Kutscher und einiger anderer, wären die Mörder doch in Husarenkleidung gewesen und hätten also wahrscheinlich, wenn es Emigrirte gewesen, einige Husaren haben gewinnen müssen, ihnen ihre Kleidung zu überlassen. Ueberhaupt aber müßte ich gestehen, daß ich so viele Widersprüche in der ganzen Sache fände, daß ich gar keine Vermuthung, was meiner [sic!] Person beträfe, weder auf Szeckler noch auf Emigrirte haben könnte. Ich wurde hierauf gefragt, welche Vermuthung ich denn hätte, was ich denn glaubte, und der Herr Hofrath setzte hinzu, daß ich mit vollkommenster Sicherheit ihm alles sagen könnte, weil er mich nie nennen würde und nur deßwegen es gerne wissen wollte, um so leichter in der Untersuchung fortfahren lassen zu können. Ich wiederholte, daß ich für meine Person nichts bestimmtes anführen könnte, was ich vorzüglich vermuthe, weil ich (sic!) für alle Meinungen viel für und viel gegen stände, allein ich wollte ihm sagen, was die mehreren getheilten Meinungen gewesen wären, die ich hier und da hätte äußern hören, doch sage ich dies nur ihm, da ich gewiß überzeugt wäre, daß wol immer wieder andere Meinungen geäußert worden. Einige hätten vermuthet: daß es Leute vom Regiment Berchini[2] oder Latour gewesen, da diese Regimenter ganz aus Niederländern bestünden, unter welchen wohl mehrere seien, die durch die Anwesenheit von Treilhard und Bonnier in den Niederlanden, welche gleich nach deren ersten Einnahme als Commissaires da gewesen, das ihrige verloren und unglücklich geworden wären, und die bei dieser Gelegenheit

[1] Vergl. v. Sybel, Histor. Zeitschrift, 39, S. 75.

[2] Richtiger: Bercseny. Vergl. Politische Correspondenz, III, 428 Anm. 1.

ihre Rache hätten auslassen wollen; andere hätten geglaubt, daß Emigrirte es gewesen, die sich unter die Maske von Husaren gesteckt oder durch Corruption solche Kleidung sich zu verschaffen gewußt hätten, oder auch einzelne Szeckler dadurch gewonnen, daß sie gesagt hätten: das wären die Leute, die den Frieden nicht hätten schließen wollen, weßwegen sie schon seit 7 Jahren im Felde von Haus und Hof entfernt wären — Aeußerungen, die mehrere Personen von einigen Szecklern gehört hätten, — vielleicht auch durch Vorwand der Religion oder daß diese für den Tod des Königs — zwei Gegenstände, durch welche diese Leute noch jetzt nur durch ein Wort in die äußerste Wuth gesetzt werden könnten —, gestimmt hätten; daß [sie] durch Vorspiegelung, wie viel Geld sie bei ihnen finden würden, was die Gesandte aus Deutschland mit herausnähmen, diese Leute noch mehr gereizt hätten; endlich wäre noch geäußert worden, daß vielleicht der Herr Rittmeister herumstreifende Patrouillen zu avertiren vergessen, daß die französische Gesandte jetzt Erlaubniß, sogar Befehle hätten, abzureisen, und da diese in der Nacht die französischen Minister getroffen, sie angehalten hätten und durch unglückliche Mißverständnisse bis zur letzten Grausamkeit verleitet worden. Ich wiederholte, daß ich selbst keines von allem diesem als gewiß glauben könne, und auch nur anführe, was man im ersten Augenblick gemuthmaßet hätte. Der Herr Hofrath frug mich ferner, ob ich nicht gehört habe, ob man den Obristen oder einen anderen Officier beschuldigt habe, von der That dieser Leute unterrichtet gewesen zu sein, oder was man ihnen eigentlich zur Last lege. Ich versicherte ihm hierauf, erstens [sic!] gar nicht, allein freilich habe man geglaubt, dieses oder jenes den beiden Officiers zur Last legen zu können. Dem Herrn Obristen, daß er einem Officier diesen wichtigen und äußerst delicaten Auftrag gegeben habe, der durchaus nicht die Fähigkeit zu haben schien, sich bei vorkommenden Vorfällen mit Klugheit zu benehmen; ferner daß, als in der Nacht nach vollgebrachtem Morde dem Herrn Obristen eine Anzeige von der traurigen Begebenheit durch den preußischen Legations-Secretair Herrn v. Jordan im Namen aller Gesandten gemacht worden, er den commandirenden Officier nicht habe ablösen lassen. So sei man auch unzufrieden mit dem Herrn Rittmeister gewesen, weil er die Thore habe sperren und dadurch gewissermaßen alle gesandtschaftlichen Personen im Arrest gehalten; daß er die von den französischen Ministern verlangte Escorte abgeschlagen, eine Sache, die niemals an solche Personen verweigert werden könne; daß er mit der größten Unempfindlichkeit gehört habe, in welcher Gefahr die französischen Gesandten seien, und nicht die geringste Anstalt oder Vorkehrung getroffen habe, sie zu retten, als bis er nach dem dringenden Bitten mehrerer Gesandten erst einen Officier mit 2 Mann hinaus geschickt habe; daß er noch immer niemanden aus die Thore habe lassen wollen, um denen Unglücklichen zu Hülfe zu kommen; daß er den folgenden Morgen anfänglich zugegeben habe, daß auch gesandtschaftliche Personen den französischen Minister Jean Debry, der einige Beruhigung darinnen fand, be-

gleiten dürften, in der Folge aber es wieder mit dem Zusatze, daß wenn gesandtschaftliche Personen mitgingen, er für nichts stehen könne [abgelehnt habe]; niemand habe sich erklären können, was dieses habe bedeuten sollen, da man die kaiserlichen Truppen zu gut kenne, als man glauben dürfte, daß die Insubordination unter ihnen so eingerissen wäre, daß fremde Personen nicht sicher mit ihnen reisen könnten, noch zumal wenn ein Officier dabei sei. Der Herr Hofrath ließ sich nun vorzüglich darüber aus, daß er gar nicht begreifen könne, warum die Escorte abgeschlagen worden; ob dieses gewiß sei? Dieses konnte ich versichern und mich deßfalls noch auf die überreichte Darstellung beziehen.

Wie ich gegen 9 Uhr wieder bei S[r] Königl. Hoheit dem Herrn Erzherzogen war, geruhten Höchstdieselben mich auch zu fragen, ob der Minister Jean Debry es selbst gesagt habe, daß er auf französisch gefragt worden: «es-tu Jean Debry?»; wie ich versicherte, daß ich es habe sagen hören, daß der Minister es selbst erzählt habe, so sagten Höchstdieselben mir, daß Sie daraus doch vermutheten, daß Emigrirte dabei gewesen wären und keine Szeckler, denn die könnten höchstwahrscheinlich kein französisch. Ich habe geglaubt, diese Aeußerung ebenfalls nicht anführen zu dürfen, weil [man] gewiß hie und da, wo man so gerne das österreichische Gouvernement im Verdacht haben will, als habe es wenigstens diesen Mord zugelassen, aus derselben würde geschlossen haben, als wolle der Erzherzog Königl. Hoheit auch jetzt schon die Schuld auf Emigrirte werfen, und daß man sich bemühen würde die Untersuchung so zu leiten, daß die Schuld vielleicht auf einige einzelne Emigrirte falle.

Höchstdieselben sagten[1] noch mit einer Lebhaftigkeit hinzu, daß Sie nicht begreifen könnten, wie das Unglück habe geschehen können, da Sie zu zweienmalen die Ordre gegeben, für die Sicherkeit (sic!) der französischen Gesandten Sorge zu tragen, und sagten: „das muß einen Grund haben". Ich habe geglaubt, auch diese Aeußerung S[r] Königl. Hoheit nicht in meinem allgemeinen Bericht sagen zu dürfen, da ich sichtlich wahrnahm, daß S[e] Königl. Hoheit sie mit größerer Lebhaftigkeit als alles vorhergehende sagten.

Auch kam der Herr Hofrath Faßbender wieder auf den Gegenstand, daß man zu dem französischen Minister «es-tu Jean Debry?» gesagt habe, wie ich noch spät am Abend mit ihm zu sprechen das Vergnügen hatte, zurück. Er frug mich, ob ich nicht wüßte, ob mehr französisch gesprochen worden wäre? Ich versicherte, daß ich nichts hiervon gehört habe; daß die Kutscher, die die Minister gefahren hätten, gesagt hätten, den Minister Bonnier auf französisch sich beklagt haben zu hören; daß sie das Wort «pardon» glaubten gehört zu haben, aber ob er nur allein für sich oder auch mit andern französisch gesprochen habe, davon hätten sie nichts gesagt.

Der Herr Hofrath frug mich, wie es sich mit der Schrift halten würde, die S[e] Königl. Hoheit mir zu geben die Gnade hatten, ob ich nach Karlsruhe

[1] Sic! Zu lesen ist wohl: setzten.

zurücke ginge und ob die sämmtlichen Herren da noch versammelt wären? ich erwiderte ihm: nein, ich ginge nach Regensburg, wo Se Majestät mich bei der Gesandtschaft angestellt hätten, und ich hätte an den (sic?) Herren Gesandten den Auftrag, ihnen zu communiciren, was Se Königl. Hoheit die Gnade haben würden, mir schriftlich mitzutheilen; dies habe ich jetzt erhalten und wolle dies in München erbrechen, um von da aus es nicht allein meinem Herrn Gesandten, sondern auch allen denen, die die Schrift unterzeichnet hätten, eine Abschrift davon zuzusenden. Der Herr Hofrath bat mich, in Regensburg dem Herrn Concommissario doch von meinen Unterredungen hierselbst einige Eröffnungen zu machen. Ich versprach dieses nicht allein, sondern setzte hinzu, ich würde sogar mit Vergnügen dem Herrn Concommissario eine Abschrift von dem mittheilen, was ich über diesen Gegenstand an die Herren Gesandten einsenden würde, welches ihm viel Vergnügen zu machen schien.

Hier darf ich noch bemerken, daß, da ich schon bei meiner ersten Aufwartung bei Sr Königl. Hoheit sahe, wie unendlich tief dieser traurige Vorfall Höchstdieselben schmerzt, ich gleich damals frug, wenn (sic!) Se Königl. Hoheit mir gnädigst befehlen würden, wieder unterthänigst aufzuwarten, da ich wünschte Höchstdieselben mögten die hohe Gnade haben, mir wenigstens von Ihrer Kanzlei einige Zeilen anfertigen [zu] lassen, daß ich an dem heutigen Tage die Darstellung Höchstdenenselben unterthänigst zu Füßen gelegt hätte. Meine Absicht war freilich nicht, einen Schein der richtigen Uebergabe zu verlangen, sondern ich hielt es aus mehreren Gründen für meine Pflicht, Sr Königl. Hoheit, so viel an mir lag, Gelegenheit zu verschaffen, Höchstdero gerechten Schmerz und Unwillen über die schändliche That offen an den Tag zu legen. Diese meine Absicht gelang mir vollkommen, da Se Königl. Hoheit die hohe Gnade hatten, mir ein Schreiben an die sämmtlichen bevollmächtigten Herren Minister und Abgeordnete, die das Schreiben an Höchstdieselben unterzeichnet hatten, mitzugeben.

Hier muß ich noch anführen, daß der Herr Hofrath Faßbender mit der vorzüglichsten Höflichkeit mir nicht allein Quartier, was für keinen Preis in Stockach zu haben war, sondern auch seine Pferde, bei etwaigem Mangel an Postpferden anbot.

Ich fuhr gegen 12 Uhr Nachts mit einem Passe Sr Königl. Hoheit versehen, welchen mir der Herr Hofrath als rathsam anbot, wieder von Stockach ab, und kam, da ich sehr schlechte und tiefe Wege fand, auch einen Umweg machen mußte, um nicht durch den Train des Regiments Olivier Wallis, was aus dem Innern der Erbstaaten kam, und durch den Transport der Memminger und Mindelheimer Magazine, die vorwärts nach Wangen und Ravensburg verlegt wurden, auf der Landstraße zu lange aufgehalten zu werden, erst den 7. Morgens früh in München an.

Hier fand ich Se Excellenz den Herrn Grafen von Görtz, und glaubte es ihm schuldig zu sein, von ihm das Schreiben Sr Königl. Hoheit an die Herren

Gesandte erbrechen zu lassen. Dieses Schreiben nebst seiner Einlage habe ich schon bei meinem vorigen Bericht Ew. Hochwolgeboren ganz gehorsamst mitzutheilen die Ehre gehabt. Der Herr Graf von Görtz that mir die Ehre an, mit mir über meinen Auftrag zu sprechen; ich sagte ihm vorläufig das, was ich in meinem vorigen Bericht anzuführen die Ehre hatte. Er sagte mir hierauf, daß der Herr Graf von Lehrbach den 1. Mai und folgende Tage in München gewesen, und nur erst den Tag vor seiner Ankunft abgereist sei. Dieser habe in einem Zimmer gewohnt, wo nebenan jemand gewohnt habe, der den Herrn Grafen von Lehrbach oft sehr laut habe sprechen hören und mehrermale gehört[1], wie er auf den Herrn Grafen von Görtz und den Herrn von Rechberg, Schwiegersohn des ersteren, ganz außerordentlich geschimpft habe; wie er gesagt habe, er könne nicht begreifen, wie der Herr von Rosenkrantz und der Herr von Jacobi, die er doch als gut denkend kenne, noch nach der Abreise des Herrn Grafen von Metternich in Rastadt hätten bleiben können; daß der Graf Görtz da geblieben, wäre ihm leicht zu erklären; den hätte die Furcht vor den Franzosen da festgehalten. Ferner solle der Herr Graf von Lehrbach einen Brief erhalten haben, der sich damit angefangen, „Es ist vollbracht, die französischen Gesandte sind nicht mehr“[2], woraus man habe schließen wollen, daß derselbe darum gewußt habe, was gegen die französischen Minister in Ausübung gebracht worden; auch solle man aus einer Unterredung, die der Graf Lehrbach mit dem als Secretair bei ihm angestellten Herrn von Hoppe gehabt hat, haben schließen wollen, daß letzterer nichts davon gewußt habe. Es soll ferner der Herr Graf von Lehrbach gesagt haben, er erwarte in diesen Tagen die Abschrift der wichtigsten Papiere, die man bei denen französischen Minister [sic!] gefunden habe. Welches sehr verdächtig sei, denn wenn das österreichische Gouvernement nichts von dem Vorhaben gegen die Minister gewußt oder es nicht gebilligt habe, so hätte man zum Beweis, wie unzufrieden man mit der That gegen dieselben sei, auch gleich die Papiere wieder zurücksenden sollen. Aus allem diesem wolle man schließen, daß der Herr Graf von Lehrbach um diesen Mord gewußt habe und, da es eine zu wichtige Sache sei, als daß derselbe dieses allein auf sich hätte nehmen können, so wolle man ferner daraus schließen, daß er dazu beauftragt gewesen. Ich konnte nicht umhin zu sagen, daß ich nicht im Stande wäre zu urtheilen, ob eine so schreckliche und lieblose Vermuthung auch nur einige Wahrscheinlichkeit habe, da ich nicht wüßte, ob der, der dieses mit angehört und wieder erzählt

[1] Die Aufzeichnungen des Lauschers sind bekanntlich von H. v. Sybel, Historische Zeitschrift, 39, S. 49 ff. veröffentlicht worden; die ersten, freilich höchst ungenauen Mittheilungen über Lehrbachs Unterredungen mit Hoppe finden sich in den von einem Schwiegersohne des Grafen Görtz, Freiherrn v. Labes, hinterlassenen „Memoiren eines deutschen Staatsmanns“. Leipzig, 1833, S. 168 ff.

[2] Daß die letzten Worte ein eigenmächtiger Zusatz des Grafen Görtz sind und in dem Münchener Lauscherprotokolle nicht stehen, hat schon H. Hüffer festgestellt. Deutsche Rundschau, 1895, S. 206.

habe, eine glaubwürdige Person sei oder nicht. Der Herr Graf von Görtz versicherte mir zwar, daß die Person Glauben verdiene, nannte mir aber dennoch nicht, wer es gewesen.

Ich hielt es meiner Schuldigkeit gemäß, Sr Kurfürstlichen Durchlaucht mich unterthänigst vorstellen zu lassen, und ward von Höchstdenenselben aufs gnädigste aufgenommen. Nach der Tafel, wie Se Kurfürstliche Durchlaucht mit mir ebenfalls über diese Reise nach Stockach sprachen, und ich Höchstdenenselben ohngefähr das sagte, was ich in meinem allgemeinen Bericht schon gesagt hatte, ward ich überrascht, wie Se Kurfürstliche Durchlaucht hinzusetzten: „ja, eine Hauptsache ist, daß der Erzherzog Ihnen gesagt hat, das muß einen Grund haben"; worauf ich sogleich erwiderte, daß, wenn der Erzherzog dieses gesagt hätte, so stände[1] ich doch nicht besonderes darin, indem jede Sache ihren Grund haben müßte. Ueberrascht ward ich durch diese Aeußerung, weil ich es nur an dem Herrn Grafen von Görtz gesagt hatte und auch gleich hinzusetzte, daß ich nur ihm dieses sagen wolle und gegen jeden andern es leugnen werde, da ich bemerkt habe, daß Se Königl. Hoheit es mit mehr Lebhaftigkeit als das vorhergehende gesagt hätte und es Höchstdenenselben vielleicht nicht angenehm sein würde, diese Aeußerung allgemein bekannt zu wissen. Doch ward ich hierdurch bewogen, dem Herrn Grafen von Görtz nichts weiter mitzutheilen.

Mittheilungen über die unglaubliche Erbitterung, die in München wider die österreichische Regierung herrsche, während Erzherzog Karl dort beliebt sei. Am 10. Mai setzt Eyben seine Reise nach Regensburg fort.

Versprochener Maßen machte ich dem Herrn Concommissario, Freiherrn von Hügel, meine Aufwartung, so bald Se Exc. der Herr Geheimde Rath von Diede die Bewogenheit gehabt hatte, mich in den Gesellschaften vorzustellen. Er nahm mich mit vieler Höflichkeit auf und, nachdem er mit vieler Freimüthigkeit, oft mit sehr vieler Feinheit nicht allein nach allen Nebenumständen, sondern auch um meine eigene Meinung directe und indirecte über die traurige Begebenheit zu Rastadt gefragt hatte, worauf ich so, wie dem Herrn Hofrath Faßbender, geantwortet, that er mir die Ehre, mir die erhaltenen Briefe von Sr Königl. Hoheit vorzulegen, worinnen auch meiner Erwähnung geschah und einiges, was ich da gesagt hatte, angeführt war; da ich aber bemerkte, daß einige Irrthümer oder Schreibfehler eingeschlichen waren, z. B. daß ich gesagt habe, einer der Mörder habe gefragt: es-tu Bonnier, statt daß ich gesagt habe: Jean Debry; ferner, daß ich gehört hätte, daß Bonnier noch mehr mit andern französisch gesprochen habe, statt daß ich gesagt habe, die Kutscher hätten nicht gesagt, ob Bonnier mit andern oder nur allein französisch gesprochen, so bat ich Se Excellenz zu bemerken, daß ich dieses als einen Irrthum oder Schreibfehler berichtigt zu sehen wünschte. Noch muß ich bemerken, daß am Ende des Briefes steht: „so schwer auch der Grund in dieser Sache bis jetzt mit einiger Wahrscheinlichkeit

[1] Sic! Lies: fände.

nur gefunden werden kann, so scheint es doch gewiß, daß eine unbekannte Hand den Faden der Sache halte". Auch lasen der Herr Concommissarius mir die Antwort der Reichskanzlei auf seinen ersten Bericht in dieser Sache an Se Fürstl. Gnaden den Herrn Fürsten von Colloredo vor, worinnen ihm gesagt wird, daß er fernerhin von dem weiteren Gange der Sache unterrichtet werden sollte.

Vorzüglich schien mir der Herr Concommissarius auf eine in Bayreuth herauskommende Zeitung, deren Verfasser Lange heißt, und wie ich glaube mit Recht, aufgebracht zu sein, in welcher dem österreichischen Gouvernement geradezu Schuld gegeben worden, den Mord der französischen Gesandten zu Rastadt veranlaßt zu haben[1].

Da nichts weiter in unserer Unterredung vorfiel, was verdiente gemeldet zu werden, und ich ohnedies vielleicht schon zu weitläufig gewesen bin, so darf ich nicht mehr hinzusetzen . . . .

Staatsarchiv Kopenhagen.

[1] Vergl. Helfert: Der Rastadter Gesandtenmord. S. 124 ff.

Personenverzeichniß.

A.

Abel, Konrad, würtemberg. Gesandter in Paris 53—5, 108, 150, 443, 449.

—, Fräulein, Tochter des Vorigen 375, 443, 449.

Albedyll, von, russ. Flügeladjutant 33.

Albini, Franz Joseph Frh. von, kurmainz. Staatsminister LXXII, LXXIII, 32, 196, 197, 214, 305, 323, 331, 343, 349, 354, 355, 365, 380, 390, 398, 401, 508, 509, 514, 521, 522, 528—31, 542—45, 551.

Alopeus, russ. Gesandter in Berlin 448, 456.

Anhalt-Dessau, Leop. Friedr. Franz, Fürst von 11, 12, 28.

Ansbach-Bayreuth, Christian Friedrich Karl Alexander, Markgraf von LI, 130, 191, 326, 329, 330, 347.

Anstett, Iwan Ossipowitch, russ. Legationssecretär in Wien 399, 404, 406.

Antraigues, Cte. d' 439, 440, 455, 463.

Armfelt, Graf, schwedischer Gesandter in Wien LXIV, 453, 464, 465, 512, 520.

Augsburg, Clemens Wenceslaus, Bischof v., s. Trier.

B.

Bacher, Theobald, franz. Geschäftsträger in Regensburg LXXI—LXXIII, 11, 65, 66, 69, 204, 513, 515, 517, 522, 524, 528, 529.

Baden, Amalie, Prinzessin von XXVII, 55, 92, 94, 107, 108, 113, 120, 126, 131, 153, 159, 167, 221, 224, 225, 236, 256, 298.

—, Amalie Friederike, Erbprinzessin von XXIII—XXVIII, XXXVII, XLIII, XLIV, LXII, LXIV, 21, 28, 31, 33, 34, 52—55, 107, 108, 126, 131, 132, 140—42, 147, 153—57, 159, 161, 164 bis 67, 171—74, 179, 209, 217—19, 221, 236, 239, 256, 263—4, 267, 269, 294, 298, 311, 401, 406, 428, 431, 434, 435, 451, 462, 463.

Baden, Friedrich, Prinz von XLII, 80, 96, 97, 100, 103, 104, 116, 128, 182, 208, 225, 258, 417, 418, 451, 453.

—, Karl, Prinz von XXVII, XXVIII, XLII, 28, 33—35, 55, 136, 160, 167, 221, 435, 462, 463.

—, Karl Friedrich, Markgraf und Kurfürst von passim.

—, Karl Ludwig, Erbprinz von XIX, XXVI—XXVIII, XXXIV, XLII, XLIV, 21, 25, 31, 51, 55, 69, 83, 87, 91, 92, 101, 105, 106, 109, 121, 146, 153, 157, 159, 160, 161—64, 166—69, 171—74, 218, 225, 227, 311, 451.

—, Ludwig, Prinz von XXXIII—XXXVI, XLI—XLV, L, LXII, 12, 46, 80, 96, 97, 100, 103, 104, 116, 128, 178, 179—82, 185, 187, 188, 191, 196, 198, 200, 203, 208—12, 215, 218, 219, 225, 236—62, 264, 289—96, 298—301, 307, 326, 335, 338, 348, 350, 417, 418, 423, 451, 453, 502.

—, Marie, Prinzessin von XXVI, XXVII, 33, 50, 51, 53, 55, 153, 159, 167, 172, 267, 309, 440.

—, Wilhelmine, Prinzessin von XLIV, 35, 296, 358, 360, 404.

Barbaczy, Joseph von, k. k. Oberst 541, 545, 546, 547, 550, 551, 553—56.

Barthélemy, François, franz. Diplomat 353.

Basel, Franz Joseph (Frh. von Roggenbach), Bischof von 536.

—, Franz Xaver (Freih. v. Neveu), Bischof von LIII, LVII, 188, 215, 216, 222, 223, 233, 251, 330—32, 346, 356, 364, 365, 384, 385, 401.

Baudissin, Heinr. Fr. Graf v., dän. Gesandter in Berlin 28.

Baumbach, von, hess. Oberst 498, 499, 504.
Baur von Heppenstein, Franz Konrad, bad. Hofrathspräsident LXVII, 335, 486, 488, 489.
Bauriedel, Ludwig Georg, bad. Legationssecretär in Regensburg 519.
Beauharnais, François, Marquis de 220, 438.
Bennigsen, Levin Aug. Graf von, russ. Generallieutenant 140.
Berckheim, Freih. von 503.
Bernritter, J. Fr., würtemb. Hofkammerrath 390.
Bernstorff, Christ. Günther Graf von, preuß. Legationsrath 544.
—, Christian Günther Graf von, dänischer Minister des Auswärtigen 541, 546, 547, 551.
Berstett, Phil. Jak. Reinhard, v., präsidirender Directorialrath der ortenauischen Ritterschaft 192.
Bethmann, von, Bankier in Frankfurt a./M. 425, 445.
Beust, Karl Graf v., kurmainz. Gesandter in Paris 113, 197.
Bildt, Knut von, schwed. Geschäftsträger in Regensburg 461.
Boccardi, ligur. Gesandter in Rastadt 546.
—, Luigi, Bruder des Vorigen, ligur. Legationssecretär 546.
Bock 227.
Böhringer & Cie., Pforzheimer Handelsfirma 38.
Bößner, Heinr. Joh. Thomas, Abgeordneter des Herzogs von Modena in Regensburg 345.
Bohlen, Graf XXXII.
Bonaparte, Hortense 116.
—, Joseph, franz. Staatsmann 43, 49, 116, 202, 204.
—, Josefine 220, 296, 439.
—, Lucien 421.
—, Napoléon XIII, XV—XXIII, XXV bis XXVII, XXX, XXXII, XXXIII, XXXV bis XXXVII, XLI, XLIII—XLV, LXII bis LXIV, LXX—LXXII, 31, 35, 38 bis 41, 44—7, 49, 50, 64, 66—70, 72, 75—78, 80, 82, 87—91, 93, 95—8, 101—103, 105, 106, 108—12, 115 bis 20, 122, 125, 126—29, 135—7, 147, 150—52, 156, 157, 158, 163, 164, 167—69, 177, 183, 184, 187, 189 bis 190, 192—96, 199, 200, 203, 207—8, 212, 213, 217—20, 229—33, 239, 244, 247, 253, 260, 262—65, 267, 268, 289, 290, 292, 294—300, 313, 318, 371, 372, 419, 420, 422—27, 429, 431—33, 435—41, 443, 444, 446, 448, 449, 450, 458, 459, 461, 463, 464, 498, 500, 502, 510, 511, 515, 524—27, 539, 540.
Bonde, Baron von, schwed. Kammerherr 109.
Bonnier d'Arco, Louis Antoine, franz. Gesandter in Rastadt 541—43, 545, 548, 549, 555, 556, 557, 559, 560.
Borgenstjerna, schwed. Oberst 35, 137, 173, 227, 229.
Bouvet de Lozier 463.
Brauer, Joh. Nik. Friedrich, bad. Geh. Rath LVII, LXVIII, 6, 48, 84, 94, 178, 212, 232, 233, 234, 236, 273, 274, 283, 285, 292, 343, 347, 362, 377, 378, 410, 488, 495, 499.
Braunschweig-Wolfenbüttel, Friedrich Wilhelm, Prinz von XXVI, LXIII, 51, 53, 55, 167, 172, 267, 309, 404, 440—42, 460, 461.
— —, Karl Wilhelm Ferdinand, Herzog von 172.
Bühler, Albrecht Christoph von, würtemberg. Gesandter in Wien, sp. in Karlsruhe 221, 304, 305, 308, 309, 316, 357, 358, 361, 364, 371, 384, 389, 497.
—, Karl von, russ. Gesandter in München 31, 182, 188, 189, 204, 223, 233, 237, 253, 261, 266, 291, 293, 317, 323, 325, 326, 331, 332, 338, 343, 350, 351, 353, 358—61, 364, 366, 371, 372, 377, 390.
Bülow, von, franz. Legationssecretär 458, 459.
Bünau, Rudolf Graf von, kursächs. Gesandter in Paris 439, 460, 463.
Buol-Schauenstein, Karl Frh. von, k. k. Gesandter in München u. beim schwäb. Kreis XIII, 25, 26, 28, 29, 31, 34, 301, 303—5, 313, 413.
Burkhard, Joh. Ludw. von, k. k. Rittmeister 542—50, 554, 556, 557.

C.

Cadoudal, George 463.

Cambacérès, Jean Jacques, zweiter Consul der franz. Republik 426.

Caprara, Giov. Battista Conte, Cardinal 127.

Cetto, Anton Frhr. von, baier. Gesandter in Paris XX, LXXI, 54, 56, 82, 113, 125, 130, 133, 134, 177, 189, 192, 200, 201, 294, 295, 351, 440, 458, 463, 500, 505, 510.

Champagny, Jean Baptiste, franz. Botschafter in Wien 34.

Chrismar, Joseph Edler von, bischöfl. Konstanzischer Hofrath 337.

Clarke, Henri Jacques Guillaume, französ. Diplomat XXIV.

Cobenzl, Ludwig Graf v., k. k. Vicestaatskanzler XIII, LVI, 9, 14, 15, 22, 23, 33, 48, 49, 103, 111, 138, 152, 302, 313, 383, 387, 389, 399, 417, 427, 439, 443, 453, 520.

Cobenzl, Philipp Graf von, k. k. Botschafter in Paris XVII, XLIII, XLV, LXX, LXXI, 15, 56, 59, 123, 124, 191, 197, 217, 456, 464, 508, 509, 510, 512, 527.

Colborn, s. Kolborn.

Collini, Karl, bad. Legationsrath in Paris 419.

Colloredo, Franz Graf von, k. k. Cabinets- und Conferenzminister 8, 9, 14, 28, 31, 34, 301, 303, 304, 308, 313.

Colloredo-Mannsfeld, Franz Gundakar, Fürst von, Reichshofvicekanzler 387, 389, 453, 561.

Condé, Louis Joseph von Bourbon, Prinz von 464.

Czartoryski, Adam Fürst, russ. Staatsmann 254, 262, 264, 298, 434.

D.

Dänemark, Christian VII, König von 553, 558.

—, Christian Friedrich, Prinz von, Sohn des Vor. 35.

—, Friedrich, Erbprinz von 28, 35.

—, Sophie Juliane, Prinzessin von 28, 35.

Dalberg, Emmerich Joseph, Freih. von, bad. Gesandter in Paris XXXII, LX bis LXIII, LXX, LXXII, 225, 228—30, 375, 419—50, 452—60, 463—65, 498, 500—505, 508—12, 515, 523—28.

Dalberg, Karl Frhr. von, Bischof v. Konstanz, sp. Kurerzkanzler XXXII, LIII, LXV, LXX, LXXIII, 26, 29, 188, 194, 197, 205, 207, 214, 215, 227—29, 233, 307, 328, 329, 354—57, 377, 390—94, 398, 402, 413, 503, 506, 508, 514 bis 516, 518, 527.

—, Wolfgang Heribert, Frh. von, bad. Oberhofmeister u. Geh.-Rath LX, 229.

Debry, Eléonore 543, 544.

—, Félicité, Gemahlin des Vorigen 541, 543, 544, 545.

—, Jean, franz. Gesandter in Rastadt 541—47, 549, 555, 556, 557, 559, 560.

—, Victoire 543, 544.

Delmas, franz. General 117.

Deutschorden, Hoch- und Deutschmeister, Karl, Erzherzog v. Oesterreich 219, 308, 320.

Diede, W. C. von, dänischer Gesandter in Regensburg 560.

Dietrich, von, Familie 338.

Dohm, Chr. von, preuß. Gesandter in Rastadt 546, 547.

Drake, engl. Resident in München 463.

Dreyer, Christoph Wilh., Frh. von, dänischer Gesandter in Paris 51, 67, 437.

Dumas, franz. Staatsrath 104.

Durant de Mareuil, franz. Staatsmann 66, 69, 75, 111, 133, 185, 186, 196, 200, 202, 204, 219, 223, 421, 422, 424, 460.

Duroc, Michel, franz. General und Gesandter in Petersburg 50, 51, 67, 155, 156, 165, 167.

E.

Eck, Albert Neri v., bad. Oberstlieutenant 234.

Edelsheim, Fried. Adelheid, Freifrau von, Gem. des Vor. 149, 227.

Edelsheim, Georg Ludwig Frh. von, bad. Staatsminister XI, XII, XV, XXI, XXV, XXXI, XXXII, XXXIV, XXXVIII, XLI, XLIX, LX, LXII, LXIII, LXVII, 4, 5, 8—16, 18—23, 26—40, 46—60, 63, 65, 67, 69—75, 78—80, 82—84, 87, 88, 92—95, 102 bis 104, 106—110, 112, 113, 116 bis 119, 120, 127, 130—39, 147—50, 153

bis 158, 160—62, 163—65, 169, 171, 177—81, 183—85, 187—92, 194—96, 198—230, 235, 236, 239, 240—49, 251—58, 266, 269—72, 273—79, 281 bis 83, 285—87, 291—95, 301—17, 320, 321, 323, 324, 326, 332, 333, 335, 338, 344, 345, 347—50, 353, 355, 357, 358, 361—63, 366—72, 375, 383—88, 294—95, 401, 404—6, 412 bis 414, 419—29, 431—39, 442—46, 449, 450, 452—60, 463—65, 471—78, 483, 485, 486, 488—500, 502, 503, 505, 508—13, 515, 516, 518—21, 523, 525, 527—31, 539, 547.

Edelsheim, Wilhelm, Frh. von, bad. Minister 450, 538.

Edling, Roxandra, Gräfin von, geb. Fürstin Stourdza XXV.

Egloffstein XXXII.

Ehrenswaerd, Karl August, Frh. von, schwed. Gesandter in Paris 87, 135, 428, 431, 433, 444, 446, 454, 503, 511.

Einsiedel, Karl Graf von, sächsischer Gesandter in München 301.

England, s. Großbritannien.

Erbach, Graf XXVII, 154.

Esebeck, L. von, zweibrückischer Conferenzminister 538.

Etrurien, Karl Ludwig, König von 447.

Eyben, Friedr. Frh. von, dänischer Legationssekretär 547, 552—61.

F.

Fahnenberg, Egidius Jos. von, österr. Reichstagsgesandter LIX, 4, 410—13, 417.

Faßbender, Mathias von, k. k. Geh. Referendar 520, 521, 552—57, 560.

Faudel, Tobias von, bad. Resident in Berlin 22, 27, 28, 131, 148, 242—3, 361.

Ferrette (Pfirdt), Jean Baptiste, Bailli de, Gesandter des Malteserordens 444.

Fischer, N. N. 208.

Frank, Peter Anton Frh. von, Geh. Reichsreferendarius LVII, 11, 388, 389, 390, 391, 393.

Frankreich, Ludwig XVI, König von 532, 533, 537, 538, 556.

Fürstenberg, Karl Joachim Fürst von 101, 420, 452, 458.

Fugger, Grafen von 452.

Fugger, Joseph Maria Graf von, k. Gesandter beim schwäb. Kreis XIII, 375.

Fulda, Adalbert, Fürstbischof von 214.

G.

Gaber, Jakob, bad. Courier 91, 107, 235.

Gagern, Hans Christoph von, nassauischer Gesandter in Paris 82, 200, 351.

Gambs, schwedischer Gesandtschaftsprediger in Paris 449.

Garant-Coulon, franz. Senator 117.

Gaum, Wilhelm, kurpfälz., später bad. Hofrath XXXVIII, 209, 275.

Gayling von Altheim, (Ludwig?) Freih. 503.

— von Altheim, Christian Heinrich, Frh. von, bad. Kammerpräsident u. Geh. Rath 84, 102, 104, 106, 107, 146.

— v. Altheim, Friedrich, Frh. von, russ. Hauptmann 146, 148.

— v. Altheim, Ludwig Christian Heinrich, Frh. von, badischer Rittmeister XXVIII, 153.

Gemmingen, Ernst, Freih. von 506.

Gemmingen-Hoffenheim, Otto, Freih. von, bad. Gesandter in Wien XI—XIII, XVIII, XLV, XLVII, LVI—LVIII, LXVI—LXVIII, LXXI—LXXIII, 8 bis 22, 26—28, 30—6, 60, 70—72, 78, 79, 83, 164, 167, 224, 301—20, 358, 367, 375, 383—95, 399, 401, 404—6, 408—10, 414—18, 453, 457, 471—79, 483—86, 489—96, 509, 512—22, 526.

Gentz, Friedrich, Publicist 520, 521.

Georgien, Heraclius II, Fürst von 143.

Gerstlacher, Christian Friedrich, bad. Geh. Secretär 109, 223, 428, 431—34.

Geusau, Karl Freih. von, bad. Oberstkammerherr IX, XX, XXIII, XXV—XXVIII, XXXVIII, XL, 12, 21, 33, 50—52, 54, 67, 69, 107, 147, 149, 151—62, 164—68, 171, 174, 200, 209, 213, 215, 225, 272—77, 285, 401.

Giulay, Ignaz, Graf von, k. k. Gen.-F.-M.-Lieutenant 227, 314.

—, Julie Marie, geb. von Edelsheim, Gemahlin des Vorigen 227.

Globig, Hans Ernst von, kursächs. Comitialgesandter 530.

Görger, Philipp von, k. k. Generalmajor 551.
Görtz, Joh. Eust. Graf von Schlitz, genannt G., bad. und preuß. Reichstagsgesandter VIII—X, XLIII, XLVII—XLIX, LIII, LIX, LXXI, LXXII, 3, 4, 6—8, 11 bis 13, 17, 18, 22, 23, 27, 30, 31, 39, 59, 183, 185, 186, 190, 215, 216, 219, 224, 226, 233, 241, 248—9, 253, 255, 256, 259, 315—17, 320, 321, 343, 347—349, 352—72, 377—80, 389 bis 91, 397, 398, 400, 402, 403, 409—12, 416, 417, 425, 448, 450, 453, 457, 469, 474, 502, 509, 513, 517, 519, 521, 524, 526, 545, 547, 549, 558 bis 60.
Goll & Söhne, Bankiers zu Frankfurt a. M. 200.
Grant, Mme XIX, 59, 206, 460.
Gravenreuth, Karl, Freih. von, bair. Gesandter in Wien 518, 521.
Grenville, Thomas, engl. Gesandter in Berlin 430.
Greuhm, fürstl. leiningenscher Agent in Paris 198, 199, 427, 436.
Groos, Georg, bad. Kammerassessor, sp. Legationsrath 38, 50, 75, 84, 102, 124, 126, 149, 160, 177, 220, 223, 298, 319, 363, 476—78, 485, 490, 493, 495.
Groschlag, Baron, franz. Gesandter beim oberrhein. Kreis 538.
Großbritannien, Georg III, König von 213.
Grouvelle, Philippe Antoine, franz. Gesandter in Kopenhagen 220, 438.
Günderode, Maximilian, Freih. von, hessenkassel'scher Gesandter in Wien XLVII, 315, 316, 364, 390, 391.

H.

Hack, Karoline Philippine, geb. v. Rathsamhausen, bad. Oberhofmeisterin 154.
Häffelin, Kasimir, Freih. von, Bischof von Chersones, kurbair. geh. Rath 277.
Hänlein, Konrad Sigm. Karl, kurbrandenburgischer Subdelegirter in Regensburg und Kammerpräsident zu Ansbach 329, 347, 348, 353.
Haf, Friedrich, bad. Hauptmann 234.
Hamilton, Freih. Karl von, schwed. Oberstkammerjunker 166.
Hardenberg, Ernst Chr. Graf, Georg, hannöver. Gesandter in Wien 454, 455, 465.
—, Karl August, Frh. von, preuß. Staatsminister 403.
Harrant, Aug. Valentin von, bad. Obervogt zu Bühl 193, 233.
Harrant, Valentin von, bad. Major, sp. Oberstlieutenant 234, 543, 544, 546, 549.
Hartleben, Theod. Konrad, Staatsrechtslehrer 487.
Haugwitz, Christ. Heinr. Karl Graf von, preuß. Staatsminister X, XXXIV, 4, 5, 17, 46, 47, 148, 236, 242, 244—46, 249, 256, 259, 347, 361, 449, 453.
Hédouville, General, franz. Botschafter in Petersburg XXI, XXIII, XXXVI, XXXVII, 95, 178, 179, 208, 237, 247, 256, 260, 263, 299, 329, 510.
Helbing, Joh. Jakob, bad. geh. Registrator und Courier 40.
Hertzberg, Joh. Gerhard, bad. Hofrath und Geh. Secretär 142, 200, 213, 272, 275, 276, 285.
Herzog, Ernst Sigism., bad. Hofrathsdirector, sp. Geh. Rath LXVII, 200, 226, 233, 488, 489.
Hessen-Darmstadt, Christian Landgraf v. 173.
—, Georg, Prinz von 261.
—, Ludwig X., Landgraf von L, LXI, LXIX, 58, 184, 188, 194—196, 201, 203, 212, 307, 361, 406, 498—501, 503—505, 507, 536, 537.
—, Ludwig, Erbprinz von 51, 53, 358, 360.
Hessen-Kassel, Wilhelm IX., Landgraf von XXII, 19, 69, 120, 129, 186, 198, 359, 367, 370, 377, 439, 501.
Heyking, Baron von 140.
Hildesheim, Franz Egon, Fürstbischof von H. und Paderborn 214.
Hochberg, Karoline, Gräfin von 12, 29, 31, 448, 456, 457.
—, Grafen von XLII, XLIII, 40, 46, 80, 289, 290, 446, 448, 450, 451, 453, 455, 456.
Hofer, Joh. Baptist, Bürgermeister von Rottweil, später bad. Geh. Referendär LI, LXVII, 310, 333, 339—41, 466, 469 bis 472, 486—489.

Hoppe, k. k. Legationssecretär 559.
Hügel, Joh. Aloys Jos. Freih. von, kais. Concommissär in Regensburg LX, 13, 303, 322, 340, 341, 391, 411, 412, 414 bis 417, 507, 509, 514—16, 530, 558, 560, 561.
Hug, Joh. Leonhard, Professor an der Universität Freiburg 206, 207.

J.

Jacobi-Klöst, J. K. von, preuß. Gesandter in Rastadt 544.
Jacowleff, von, russ. Staatsrath und Geschäftsträger 407, 427.
Jaupp, Helw. Bernhard von, hessen-darmstädtischer Gesandter in Regensburg 325.
Joachim, Joh. Andreas, fürstbischöfl. speirischer Geh. Rath 214, 218, 322, 373.
Jollivet, Jean Bapt., franz. Staatsrath und Referent für die Rheindepartements 63.
Jordan, Joh. Ludwig von, preuß. Legationssecretär 545, 546, 556.
Jung, gen. Stilling, Joh. Heinrich 330, 331.

K.

Kalm, August von, bad. Landvogt zu Rötteln 233.
Kappler, hessen-darmstädt. Regierungsrath und Oberbeamter in der rechtsrhein. Grafschaft Hanau-Lichtenberg 204.
Keller, D. L. C. Graf von, preuß. Gesandter in Wien 453, 518.
Kleiser von Kleisheim, Joseph von, fürstenbergischer Regierungspräsident 452.
Klingspor, Moritz, Graf von, schwedischer Gen.-Lieut. und Gouverneur v. Finnland 166.
Klopstock, Friedr. Gottlieb 163, 164.
Klüber. Joh. Ludwig, Prof. zu Erlangen XLVIII, LV.
Klüpfel, Baron von, russ. Geschäftsträger in Regensburg 137, 186, 332.
Koch, Christ. Wilhelm, franz. Publicist und Mitglied des Tribunats 216, 449.
Köln, Anton Victor, Kurfürst von, Bischof von Münster 19.
—, Maximilian Franz, Kurfürst von 16, 476, 536, 537.
Kolborn, Karl Joseph, Freih. von, Weihbischof und geistl. Rath des Kurerzkanzlers LVII, 385, 386, 391, 393.
Kollowrat, Leopold, Graf von, k. k. Staatsminister 9.
Kolytchew, Graf, russ. außerordentl. Gesandter in Paris XXIV, 4, 5, 9, 38, 46, 48, 50, 51, 57, 67, 155, 158, 159, 435.
Konstanz, s. Dalberg.
Kotschubey, Victor Paulowitsch, Graf von, russ. Minister des Auswärtigen XXXV, 126, 171, 239, 247—9, 251—52, 254, 259, 262.
Kruse, Karl Friedrich, Freih. von, Nassau-Usingen'scher Geh. Rath und Gesandter in Regensburg 325, 330, 347, 348.
Kurakin, Alexander, Fürst, russ. Vicekanzler 21, 83, 94, 149, 153, 155, 165, 166, 168 bis 171, 185, 204, 208, 246, 247, 251 bis 255, 258.
Kurerzkanzler, s. Dalberg.

L.

Labes, Frh. von 559.
Lacépède, Bernard Germain Etienne, franz. Senator u. Naturforscher 221, 227.
Laforest, Antoine René Charles, franz. Gesandter in München XLVIII, 183, 186, 188, 189, 192, 204, 206, 221, 222, 253, 315, 323, 329, 333, 343 bis 45, 448, 350, 353, 355, 358, 361 bis 64, 366, 368, 370—72, 377.
Lagerbjelke, Gustav Freih. v., schwed. Cabinetssecretär LXIV, 229, 437, 438, 441, 442, 461, 465, 511, 512.
Laharpe, Fr. César XXVII, 158, 265.
Lamezan, Ferdinand, Freih. von, pfalz-baier. Geh. Rath 215.
Lange, Karl Julius, Journalist 561.
Lanjuinais, franz. Senator 118.
Lassolaye, Franz von, bischöfl. straßburgischer Obervogt zu Oberkirch 193.
—, Joseph von, bad. Obervogt zu Gernsbach, Bruder des Vorigen 193, 234.
Lauriston, Jaques Alexandre Bernard, franz. Brigadegeneral XXX, 190, 192, 194, 195, 199, 232, 233, 325.
Lavater, Joh. Kaspar 166, 168.
Lehrbach, Konr. Ludwig, Graf von, k. k. Gesandter 559.
Legrand, siehe Grant.
Leiningen, Emich Karl, Erbprinz von 294, 450.

Leiningen, Karl Friedrich Wilh., Fürst von L, LII, 130, 184, 197—99, 253, 294, 327.
Leyen, Philipp Franz, Reichsgraf von der LII, LXI, 83, 103, 421—23.
Lindheim, Friedrich von, bad. Oberstlieutenant 234.
Lombard, Joh. Wilhelm, preuß. Cabinetsrat 427, 459.
Louis, bad. Courier 110.
Lucchesini, Girolamo, Marquis de, preuß. Gesandter in Paris XI, LXXI, 4, 5, 38, 39, 46 bis 49, 54, 75, 130, 138, 149, 152, 184, 186, 191, 197, 198, 200, 229, 257, 290, 292, 293, 295, 296, 426, 427, 435, 439, 460, 510, 518, 523—526.
Lüttich, Franz Anton, Bischof von 356.
Lusi, Graf, preuß. Gesandter in Petersburg 6, 145, 161.

M.

Mackau, Armand Louis, Baron de, franz. Gesandter beim schwäb. Kreis 538.
Madeweiß, von, preuß. Ministerresident in Stuttgart LIV.
Mainz, Friedr. Karl, Kurfürst von 32, 130.
Maler, Karl Maxim., bad. Oberamtsverweser zu Müllheim, sp. Hofrat 234, 335.
Malsburg, von XXXII.
Maltitz, Peter Freih. von, russ. Gesandter in Karlsruhe 404, 406—8, 412, 427, 428.
Marandet, Alex., franz. Legationssecretär in Regensburg 353.
Massias, Nicol., franz. Geschäftsträger in Karlsruhe LXIV, LXXI, 54—56, 63, 64, 95, 107, 108, 147—49, 154, 185, 204, 207, 219—221, 225—27, 229, 240, 256, 344, 420, 422, 427—29, 434—38, 440—42, 444, 452—55, 457 bis 63, 465, 510—12, 539, 540.
Mathieu, Favier, franz. Kriegscommissär XV, 39.
—, Jacques, franz. Diplomat XV, XVII, XVIII, XX, XXIX, LXI, LXII, 39, 41, 56, 65, 69, 75—78, 81, 82, 94, 102 bis 4, 109—12, 125, 127, 129, 133, 134, 137, 177, 178, 180, 184—86, 192, 200, 201, 202, 204, 207, 219, 233, 238, 242—43, 252—53, 255, 260, 301, 323—25, 329—33, 336, 338, 351, 353, 365, 421—24, 429, 436, 502, 515, 526.
Mathieu, Michel, Bruder des Vorigen 39.
—, Mlle, Schwester des Vorigen 502.
Maulevrier-Colbert, Cte. de, franz. Gesandter in Bonn 538.
Mecklenburg-Schwerin, Friedrich Franz, Herzog von 212.
— Friedrich Ludwig, Erbprinz von 249.
Medicus, Ludwig, Professor zu Heidelberg 216.
Meier, Emanuel, bad. Geh. Rath u. a. o. Gesandter in Regensburg XXXI, XXXIV, XLVII—LIII, LVII, 7, 17, 38, 46, 48, 49, 60—2, 84, 87, 94, 189, 198, 200, 201, 203, 206, 207, 211, 213, 225, 233, 236, 239, 272, 273, 307, 315, 321—54, 362—65, 367, 372, 376, 380, 401, 403, 410, 413, 416, 417, 421, 425, 488, 492, 498, 523.
Merveldt, Maxim. Graf von, k. k. Generalmajor 551.
Metternich-Winneburg, Franz Georg Karl Graf von, k. k. Plenipotentiarius in Rastadt 559.
Modena-Este, Ercole, Herzog von XII, XIX, XLV, 32, 33, 51, 71, 78, 86, 89, 102, 124, 150, 206, 217, 311, 314, 447.
—, Ferdinand, Herzog von, s. Oesterreich.
Mohr, Joh. Melchior, helvet. Staatssecretär des Auswärtigen 335, 357.
Montgaillard, Jean Gabriel Maurice, Cte. de 464.
Montgelas, Maxim., Graf von, bair. Staatsminister XLI, 178, 195, 200, 201, 204, 209, 257, 269—72, 274—279, 281 bis 83, 286, 287, 349, 538.
Montperniß, Friedr. Camill Magnus, Mis de, bad. Oberhofmarschall 154.
Moreau, Jean Victor, franz. General 40, 45, 80, 118, 463, 540.
Morkow, Arkadi, Graf von, russ. Botschafter in Paris XVII—XIX, XXI—XXIII, XXVII, XXVIII, XXXIII, LXI, 35, 64, 72—76, 87, 89, 92—4, 101, 105, 107—9, 113—15, 119—38, 155, 160, 168, 169, 189, 196—200, 203, 223,

235, 236, 240, 247, 248—50, 253, 260—61, 263, 269, 291, 293—95, 297 bis 300, 424, 426, 427, 434, 439, 440, 443, 445, 453, 454, 459, 460.
Mühl, Christoph Christian von, bad. Geschäftsträger in Wien XI, XII, 386.
Münster, Anton Victor, Bischof, s. Köln.
Murawjew, Graf, russ. a. ord. Gesandter 54.

N.

Nassau-Oranien, Wilhelm V., Fürst von XI, 48, 103, 120, 184, 228, 501, 521.
—-Oranien, Wilhelm Friedrich, Erbprinz von 290, 293, 295.
—-Usingen, Karl Wilhelm, Fürst von LI, 327.
Neapel, Ferdinand IV, König von 447.
—, Karoline, Königin von, Gemahlin des Vor. XXVII, 154.
Ney, Michel, franz. Divisionsgeneral 267.
Nicolai, Ferd. Friedrich von, würtemberg. Generalmajor und Gesandter in Petersburg XXIV, 53.
Nicolay, Ludw. Heinrich, Baron von, k. russ. Geh. Rath und Präsident der Petersburger Akademie der Wissenschaften 166.
Nonne, Friedr. Christian, gräfl. Wartenbergischer Kanzleidirector und Agent in Regensburg 331.
Normann-Ehrenfels, Philipp Christian, Frh. von, würtemberg. Gesandter in Paris bezw. Regensburg 57, 58, 108, 112, 138, 185, 198, 334, 338, 352, 354, 366, 367, 375, 376, 389, 390, 463, 475, 490, 491.

O.

Oehl, Karl Joseph, bad. geh. Referendär 400.
Oesterreich, Ferdinand, Erzherzog von, Thronfolger von Modena XII, 18, 41, 71, 100, 150, 214, 302, 311, 312, 345, 414, 415, 447.
—, Franz II., Erzherzog von, deutscher Kaiser, VII—X, XIII, XLVI, XLVII, XLVIII, LV, LVIII, LIX, LXXI, LXXII, 3, 4, 6—9, 11—15, 25, 27, 29, 59, 78, 138, 158, 170, 213, 214, 228, 238, 302, 307—15, 355, 357, 358, 359, 362, 363, 368, 378, 383, 384, 385, 387—90, 399, 405, 406, 410, 417, 448, 457, 464, 506, 507, 516, 520, 548.
Oesterreich, Joseph, Erzherzog Palatin 221, 224, 225.
—, Joseph II., deutscher Kaiser, Erzherzog von 308.
—, Karl, Erzherzog von, und Hoch- und Deutschmeister 14, 15, 25, 520, 540, 546, 547, 552—54, 557, 558, 560.
—, Leopold II., deutscher Kaiser, Erzherzog von 214, 450, 451.
—, Maria Theresia, deutsche Kaiserin 14, 15.
Otto, Ludwig Wilhelm, franz. Geschäftsträger in München 465, 511.
Oubril, Baron, russ. Geschäftsträger in Paris LXX, 510, 511, 525, 526, 527.
Oudinot, Nicolas Charles, franz. General 117.

P.

Paderborn, s. Hildesheim.
Pahlen, Peter Ludwig, Graf, Generalgouverneur von Petersburg 143—45, 153, 156.
Panin, Nikita, Graf, russ. Minister des Ausw. XVII, XXV, XXVIII, 69, 70, 83, 149, 153, 155, 156, 161, 165—67, 171, 430.
—, Gräfin, Gemahlin des Vorigen XXIV.
Pappenheim, Aug. Wilh. von, hessen-darmstädt. Gesandter in Paris 51, 57, 69, 82, 184, 185, 188, 196, 201, 203, 216, 222, 424, 427, 436, 505.
Papst Pius II. 385, 392, 395, 447.
Pfalz-Baiern, Karoline, Kurfürstin von XLIII, 56, 164, 271, 404, 458.
—, Karl Theodor, Kurfürst von XXXVII.
—, Max Joseph, Kurfürst von XX, XXXIX, XL, XLII, LX, 3, 4, 6, 11, 18, 19, 24, 28, 31, 53, 54, 56, 57, 64, 77, 78, 80, 89, 97, 106, 111, 125, 127, 129, 133, 134, 151, 161, 165, 177—80, 192, 194, 195, 197, 199, 201, 209, 210, 216, 245, 257, 266, 269—88, 292—94, 300, 304, 307, 349, 436, 442, 447, 459, 474, 513, 524, 560.
Pfalz-Zweibrücken, Karl II., Herzog von 280, 282, 536—38.
—, Max Joseph, Prinz von 537, s. auch Pfalz-Baiern.

Pfeffel, Christ. Friedr., franz. Staatsmann 459.
Pflummern, Franz Xaver von, Geh. Rath, Gesandter der Stadt Augsburg 243.
Phull=Rieppur, Ernst Frh. von, Adjutant des Erbprinzen von Würtemberg 375 bis 376, 455.
—, Philippine Charlotte, Gem. des Vorigen 375.
Pichegru, Charles, franz. General 464.
Porbeck, Heinr. Phil. Reinhard von, bad. Hauptmann 499, 500.
Portalis, Jean Etienne Marie, franz. Staatsrath und Kultusminister 104, 449.
Posch, Frh. von, bair. Gesandter in Petersburg 137.
Posselt, Ernst Ludwig, Schriftsteller 189, 441.
Preußen, Friedrich II., König von XI.
—, Friedr. Wilhelm III., König von XXI, XXXIV, LXIII, 4—6, 23, 27, 30, 31, 47, 48, 59, 132, 138, 157, 161, 184, 202, 224, 236, 241—42, 245—46, 253, 255—57, 259, 290, 292, 293, 295, 307, 320, 329, 359, 367, 370, 372, 376, 400, 441, 448, 450, 451, 453, 457, 461, 517, 518, 522, 523.
Preuschen, Friedr. Wilhelm, bad. Geh. Rath 233.

R.

Rabaud, Pfarrer 449.
Rasumowsky (Razoumowsky), Andreas Cyrillowitsch, Graf von, russ. Botschafter in Wien XIII, 20, 21, 23, 24, 26, 27, 34, 35, 48, 92, 163, 164, 167, 169, 170, 304, 314, 316, 383, 399, 404, 434.
Rechberg, Aloys Frh. von, bair. Gesandter in Regensburg 23, 58, 155, 165, 272, 559.
Reden, Baronin von 544.
Reding, Karl von, Regierungsrath des Kantons Aargau 335.
Regensburg, Joseph Konrad, Fürstbischof von 392.
Reibeld, Ignaz Frh. von, Präsident des pfälzischen Generallandescommissariats 210, 282, 287, 443.
Reinach, Hesso Frh. von, bischöfl. konstanzischer Gesandter in Regensburg und Domcantor zu Konstanz 328.
Reinhard, Maxim. Wilhelm, bad. Geh. Rath 49, 233, 234, 488.
Reitzenstein, Sigismund Karl Johann Frh. von, bad. Gesandter in Paris X, XII, XV, XVI—XXIII, XXVI, XXVIII bis XXXVI, XLI, LIII, LXI, 31, 37 bis 46, 49—60, 61, 63, 65—90, 92—96, 98, 99, 101—4, 106—39, 149, 150, 160, 177—231, 236, 237, 239, 240, 242—44, 249, 253—55, 257, 259, 260, 262—66, 269—71, 274, 289 bis 98, 301, 303, 324, 327, 333, 335, 343, 347—49, 351, 357, 401, 422, 423, 426, 539.
Reitzenstein, Auguste von, Gem. des Vorigen XXXI, 205, 210, 222.
Reubell, Mme, Gemahlin des franz. Directorialmitgliedes 206.
Rigal, Mitglied des Corps législatif 438.
Roberjot, Claude, franz. Gesandter in Rastadt 541—45, 549, 556, 559.
—, Mme, Gemahlin des Vorigen 543, 544, 546.
Robespierre, Maxim. 555.
Rochambeau, Mlle 450.
Röder von Diersburg, Georg Friedr. Frh. von, bad. Major 154.
Roederer, Pierre Louis, franz. Senator, 117, 118.
Roggenbach, Adam Franz Xaver, Frh. von, bad. Geh. Rath und Landvogt zu Mahlberg 233, 347.
Rohan, Louis René Prinz von, Cardinal und Bischof von Straßburg LIII, 193, 215, 216, 223, 233, 365.
Romanzow, Nicolaus Graf von, russ. Staatsmann 149, 153.
Rosenfels, Karl Wilhelm von, bad. Oberstlieutenant 192.
Rosenkrantz, Nicolaus Frh. von, dänischer Gesandter in Rastadt 541—52, 554, 559.
Rosenstiel, Charles Henri, franz. Legationssecretär 546, 549.
Rosenzweig, K. Friedr., sächs. Legationssecretär in Petersburg 140.
Rostoptschin, Fedor Wasiljewitsch, Graf, russ. General XXIV.

Roux, preuß. Legationsrath in Paris 127, 130, 197, 202.
Rumford, Benj. Thompson, Graf von, bair. Generallieutenant 210, 212, 213, 216, 281, 287, 293.
Rußland, Alexander I., Kaiser von XIII, XVII, XIX, XXI—XXIII, XXV bis XXVII, XXXIII, XXXVII, XLIII bis XLV, L, 7, 21, 23, 30, 31, 33, 35 bis 7, 46, 48, 51—5, 58, 60, 64, 67, 69, 72, 74, 76, 83, 88—95, 101, 105 bis 10, 113, 114, 119—21, 129, 131, 135—37, 140—49, 151, 155—72, 183, 187, 203, 208, 214, 235—41, 244—68, 294, 295, 297—300, 302, 307, 314, 315, 326, 336, 349, 350, 353, 379, 380, 383, 396, 404, 406 bis 8, 412, 434, 439, 446, 448, 449, 453.
—, Anna, Großfürstin 141, 159.
—, Elisabeth, Kaiserin von XXIII—XXVI, XXVIII, XXXIII, XXXVI, XXXVII, XLIII, XLIV, 20, 33, 54, 67, 72, 74, 89—91, 94, 108, 131, 133, 135, 137, 138, 140—42, 146, 147, 152, 155, 157—59, 163, 208, 217—19, 239, 240, 251, 262—64, 267, 298, 299, 406, 412.
—, Marie, Kaiserin von, Gem. Pauls XVII, XXIV, XXXVI, XLVI, 67, 72, 138, 140, 141, 145, 158, 159, 166, 168, 221, 224, 262—64, 296, 299, 358, 371.
—, Paul, Kaiser von XXIII, XXIV, XXV, XXVII, 5, 6, 46, 50, 53, 55, 140—48, 150, 156—58, 435.
—, Katharina II, Kaiserin von 9, 143, 151, 296.
—, Konstantin, Großfürst 140, 147, 295.

S.

Sachsen, Friedrich August, Kurfürst von LXX, 319, 506, 515.
Sachsen-Meiningen, Georg, Herzog von 501.
St. Génié, franz. Emigrant LXIV, 50, 154, 453, 454, 457, 458, 459, 462—64.
Sainte Foy, franz. Diplomat 438.
Salabert, Abbé 538.
Salem, Anselm II, Abt von (1746—78) 326.
—, Robert, Abt von (1778—1803) 326.
Salm Reifferscheidt Bedbur, Franz Wilh. Reichsgraf von LXIX, 501, 502.
Sardinien, Karl Emanuel IV., König von 217, 219, 298.
—, Victor Emanuel I., König von, Bruder des Vor. 447.
Saurau, Franz, Graf von, k. k. Gesandter in Petersburg 14, 15, 25, 247, 255, 258, 304.
Sayn-Wittgenstein, Friedr. Albrecht Fürst von 184.
Sayn-Wittgenstein-Hohenstein, Friedr. Karl, reg. Graf 329, 330, 353.
—, Wilhelm, Graf von 346.
Sayn-Wittgenstein, Grafen von 326, 327, 329, 346.
Schall, Clemens August Frh. von, kaiserl. Gesandter in Karlsruhe 413, 414, 476.
Schiller, Friedrich LXI.
Schweden, Friederike, Königin von, geb. Prinzessin von Baden LXIII, 401, 404, 442, 445, 465.
—, Gustav IV. Adolf, König von XXVIII, XXXV, LXII—LXV, LXXI, LXXII, 35, 107, 109, 126, 135, 138, 139, 173, 174, 227, 229, 246, 401, 404, 405, 406, 428, 429, 431, 432—38, 440, 441, 444—46, 453—55, 457, 459 bis 62, 464, 465, 503, 510—12.
—, Karl XII., König von 437, 455.
Seckendorff, Christoph Albrecht Frh. von, würtemberg. Comitialgesandter 58, 377, 509, 514.
—, Frh. von, Sohn des Vorigen, würtemberg. Regierungsrath 509.
—, Friedrich Frh. von, k. k. Gen. F. M. Lieutenant 515.
Sensburg, Ernst Philipp, bad. Geh. Hofrath 354, 360.
Seuffert, Joh. Michael, bischöfl. würzburg. Geh. Referendar 32.
Severoli, Anton Gabriel, päpstl. Nuntius zu Wien LVII, 384, 385, 391.
Seyfried, Joh. Willibald Edler von, Kanzler des Abts von Salem 326.
Sickingen, Friedrich Wilhelm, Graf von, k. k. Geh. Rath 310.
Sidney-Smith, engl. Resident in Stuttgart 463.

Silverstolpe, Fr. von, schwed. Geschäftsträger in Wien 34, 35, 138.
Solms-Laubach, Friedr. Ludwig, Graf von 545, 549.
Speier, August (Reichsgraf von Limburg-Stirum), Bischof von 536—38.
—, Wilderich (Graf v. Walderndorff), Bischof von LIII, 193, 205, 214, 216, 218, 222, 233, 234, 307, 321, 322, 346, 354, 372—74.
Stadion, Friedr. Lothar Reichsgraf v., kurböhm. Gesandter in Regensburg 509.
—, Joh. Philipp Graf von, österr. Gesandter in Berlin X.
Stapfer, Phil. Albert, helvet. Gesandter in Paris 335.
Starkloff, Georg Wilhelm von, hessen-kasselscher Subdelegirter in Regensburg, später Geschäftsträger in Paris 389, 439, 445.
Stedingk, Kurt Baron von, schwed. Botschafter in Petersburg XXXV, 107, 135, 166, 235, 237, 246—47, 252, 254, 260.
Steigentesch, Andreas von, kurmainz. Directorialgesandter in Regensburg 13.
Steinherr, von, österr. Regierungsrath 405.
Stetten, Eberh. Ludw. Maximilian von, bad. Major 154.
Steube, Frh. von, würtemb. Gesandter in Paris 443.
Stillgebauer, Ludwig, bad. Feldjäger 477.
Stockar von Neuforn, Junker, helvet. Abgeordneter in Regensburg 219, 335, 349.
Stockhausen, Dr. Georg Konrad, hessen-darmstädtischer Regierungsrath 360.
Stockhorn(er) von Starein, Carl Max Frh. von, bad. Oberlieutenant, 234.
Stößer, Philipp Rudolf, bad. Geh. Hofrath 234.
Straßburg, s. Rohan.
Strecker, J. Fr., hessen-darmstädtischer Geh. Regierungsrath 500.
Subow (Zoubow), Nicolay Graf, russ. Senator 143—45.
—, Platon Graf, Gouverneur des russ. Cadettenkorps 143—45.
Suder, Baron von, schwed. Major 166.
Sumerau, Joseph Thadd. Frh. von, vorderösterr. Regierungspräsident 18, 312.

T.

Talleyrand-Périgord, Charles Maurice, Prince de, franz. Minister des Auswärtigen XV, XVI, XVII—XXIII, XXXIII, XLV, LXII, LXIV, LXXI bis LXXIII, 37—40, 43, 45, 47, 49 bis 51, 54, 55, 57, 63, 64, 66—70, 72 bis 75, 82, 87, 88, 93, 94, 98, 101, 102, 109, 110, 112, 114, 119, 120, 122, 123, 126—30, 133, 135—37, 147, 148, 183, 185—87, 191, 192, 193, 196, 198—200, 202, 204, 206—8, 211, 212, 219, 220, 221, 223, 226—230, 236, 240, 256, 269, 291, 292, 294, 300, 315, 323, 350, 420, 422, 424, 425, 427—29, 434—36, 440, 441, 444, 449, 452—55, 457, 459—62, 500, 502, 503, 505, 509—12, 515, 524—27.
Tarent, Charles de la Tremouille, Prinz von 460.
Ternan, Chevalier de, franz. Oberst u. a. o. Gesandter 532—39.
Thugut, Jos. Amadeus Franz von, k. k. Minister des Aeußern a. D. 9, 13, 14.
Thurn und Taxis, Karl Anselm Fürst von L, LI, 126, 206, 207, 336, 378.
Toskana, Ferdinand III., Großherzog von 13, 24, 39, 41, 46, 49, 66, 77, 78, 127, 133, 134, 151, 158, 165, 191, 195, 198, 206, 212, 224, 247, 258, 299, 303, 306, 311, 379, 548.
Traitteur, Theod,, pfalzbair. Hofkammerrath 182.
Trautmannsdorf, Ferdinand Graf von, k. k. Staatsminister 9, 13, 14, 16.
Treilhard, Jean Bapt., Mitglied des Pariser Directoriums 555.
Trier, Clemens Wenceslaus, Kurfürst von, Bischof von Augsburg LIV, 26, 356, 357, 365, 536, 537.
Trouvé, Claude Jos., franz. Geschäftsträger in Stuttgart 539.
Truchseß, Grafen von 452.
Türckheim, Frh. von 338.

V.

Vergennes, Cte. de, franz. Gesandter in Coblenz 538.

Vierordt, Heinrich, Kammerrath 70, 75, 80, 104, 244, 249, 251.
Volz, Archivar des schwäb. Kreises 467.
Vrints, Alex. Konrad von, fürstl. Taxis'scher Geh. Rath und Gesandter in Regensburg 206, 208, 336.

W.

Waitz von Eschen, Friedr. Sigism., Frh., hessen-kassel'scher Gesandter in Paris 186, 200.
Wächter, Karl Eberhard von, dänischer Gesandter 456.
Wartenberg, Ludwig, Graf von L, 253, 331.
Wielandt, Friedr. August, bad. Hofrath und Cabinetssecretär 28.
Winter, Georg Ludwig, bad. Geh. Rathssecretär 471.
Wintzingerode, Levin, Graf von, würtemb. Staatsminister 470—73, 475, 479, 490, 491, 495, 497.
Withworth, Lord, engl. Gesandter in Paris 296, 459.
Wöllwarth, Ludwig Frh. von, kurbad. Gesandter beim schwäbischen Kreise und Geh. Rath 154, 233, 355, 451, 470, 497.
Wolkonsky, Fürst, russ. Geh. Rath und Senator 157, 158.
Woronzow, Alexander, Graf, russ. Reichskanzler XXXVI, 208, 262—64, 298, 299, 412, 555.
Woronzow, Simon Graf, russ. Botschafter in London XVII, XXXVI, 208, 262, 263, 298.
Wrede, Franz, Frh. von, bad. Hofrathsvicepräsident zu Mannheim 215.
Würtemberg, Charlotte, Herzogin von 213.
—, Friedrich, Herzog, sp. Kurfürst von XXII, XLVI, XLVII, LI, LIV, LIV, LXVII, LXVIII, 19, 26, 30, 48, 53, 57, 64, 66, 77, 80, 81, 95, 108, 120, 126, 129, 132, 134, 138, 150, 178—80, 207, 213, 225, 243, .305, 309, 311, 313, 314, 316, 340, 344, 352, 357 bis 59, 364, 366, 372, 375, 376, 383, 384, 407, 427, 443, 454—56, 462, 463, 466—86, 491, 492, 495, 497, 539, 551, 552.
—, Friedrich Wilhelm, Erbprinz von 51, 53, 375, 443, 449, 455, 456.
—, Karl Eugen, Herzog von 536, 537.
Würzburg, Georg Karl, Fürstbischof von 32.
Wurmser von Vendenheim, Friedr. Ludwig Reinh. Frh. 503.

Z.

Zentner, Georg Friedr., bair. Geh. Rath 276.
Zwiefalten, Gregor, Abt von LIV.

Berichtigungen.

Band III, S. 194, Z. 6 v. u. lies: ausgebrütet statt verbreitet und beseitige die Anführungszeichen.

„ „ „ „ Z. 3 v. u. hat der erste Satz der Anmerkung wegzufallen; das Citat bei Mendelssohn ist correct.

„ „ „ 227, Z. 15 v. u. lies: capitaine st. capitaines.

„ „ „ 228, Z. 14 v. u. lies: en même st. en le même.

„ „ „ „ Z. 21 v. u. lies: fortuné salut st. salut.

„ „ „ 241, Z. 19 v. u. lies: Baron von Albini st. General Albini.

„ „ „ „ Z. 20 v. o. lies: Mireur st. Muirer.

„ IV, „ 31, Z. 6 v. o. ist nach égard einzuschalten: nous aurions tout lieu de nous tenir bien assurés.

„ „ „ 34, Z. 16 v. o. lies: am 7. d. M. st. am 1. d. M.

„ „ „ 35, Z. 1 v. u. lies: In dem Schreiben vom 14/26. März.

„ „ „ 40, Z. 15 v. o. lies: dermaligen st. damaligen.

„ „ „ 57, Z. 4 v. o. lies: Pétersbourg st. Petersbourg.

„ „ „ 58, Z. 6 v. o. lies: qu'il st. quil.

„ „ „ 104, Z. 8 v. u. lies: Dec. st. Nov.

„ „ „ 117. Vgl. hierzu die vor kurzem erschienene Schrift von E. Guillon, Les complots militaires sous le Consulat et l'Empire, S. 8 ff., die übrigens über Ziel und Wesen dieser Verschwörung nur spärliche Mittheilungen bringt; ferner Mémoires du Duc de Rovigo, I, 429 ff. Nach Savarys Erzählung hätte sich Delmas zu Junot, nicht zu Oudinot geflüchtet.

„ „ „ 192, Z. 17 v. o. lies: Entschädigungslande st. Enschädigungslande.

„ „ „ 206, Z. 20/21 v. u. lies: werde er — überreichen st. habe er — überreicht.

„ „ „ 353, Z. 15 v. u. lies: **1802** st. 1893.

„ „ „ 404, Z. 20 v. o. lies: Brunswic st. Bronsvic.

„ „ „ 414, Z. 10 v. o. lies: Erzherzog st. Großherzog.

„ „ „ 543, Z. 18 v. u. lies: pris st. prie.

C. F. Winter'sche Buchdruckerei.









